Der

Digitized by Google

Library of
Princeton University.

Digitized by Google

Der

niedersächsisch-dänische Krieg.

Von

Julius Otto Opel.

Dritter Band.

Der dänische Krieg von 1627 bis zum Frieden von Lübeck (1629).

Magdeburg,

Druck und Verlag: Faber'sche Buchdruckerei A. & R. Faber.

1894.

Digitized by Google

Digitized by Google

Der

niederſächſiſch-däniſche Krieg.

Von

Julius Otto Opel.

Dritter Band.

Der däniſche Krieg von 1627 bis zum Frieden von Lübeck (1629).

Magdeburg,

Druck und Verlag: Faber'ſche Buchdruckerei A. & R. Faber.

1894.

Digitized by Google

Der Vollendung dieses Werkes haben sich viele Hindernisse in den Weg gestellt, so daß sie weit später, als sie in Aussicht genommen war, zustande gekommen ist. Zuletzt hinderte auch ein nachdrücklicher auftretendes körperliches Leiden eine schleunigere Drucklegung.

In der Durcharbeitung des Materials mußten aus nahe liegenden Gründen dieselben Gesichtspunkte maßgebend bleiben, welche in den früheren Bänden die leitenden waren. Die Landesgeschichte mußte sogar noch eingehendere Berücksichtigung erfahren, wenn dem Leser die Zustände jener so traurigen Zeit deutlicher vor die Augen geführt werden sollten.

Den zahlreichen sich darbietenden Veranlassungen zu polemischen Streifzügen ist der Verfasser mit Absicht ausgewichen: er hat aber streitige Punkte und ungewisse Angaben als solche bezeichnet und im übrigen seine von der bisherigen Überlieferung abweichenden Feststellungen in den Anmerkungen möglichst kurz zu begründen versucht. Große Schwierigkeiten bot der Versuch zahlreiche Daten der gedruckten Briefe Wallensteins richtig zu stellen. Tagesangaben sind, wo nichts anders angegeben ist, nach dem neuen Kalender aufgeführt.

Umfangreiche Aktenstücke verdankt der Verfasser der nie ermüdenden Hilfsbereitschaft des Königl. Geheimen Archivs zu Kopenhagen und insonderheit des Herrn Geheimen Archivars Dr. Jörgensen und der Herren Dr. Bricka und Matthiessen. Dem letztern fühlt er sich für zahlreiche, öfter auch vergebnislose Nachforschungen für immer verpflichtet. Durch die Übersendung einer ausgezeichneten Abschrift von Briefen hat Herr Archivar Cartwright in London den Verfasser zu um so lebhafterem Danke verpflichtet, als er seine Bemühungen einem ihm persönlich ganz Unbekannten widmete. Das

1580
.161
688
J. 3 744779

Digitized by Google

Reichsarchiv im Haag steuerte zu den in diesem Bande benutzten Archivalien zahlreiche Briefe des niederländischen Agenten bei den Hansestädten, Foppius van Aitzema (Aissema), in dankenswertester Weise bei. Auch dem Kön. Archive in Brüssel konnten einige Mitteilungen entnommen werden.

Noch zahlreicher sind die deutschen Archive, deren Verdiensten um diesen Band meine wärmste Anerkennung gebührt. Die Güte Sr. Excellenz des Herrn Geheimen Rats Ritters v. Arneth machte die widerholte und ausgiebige Benutzung der reichen Schätze des K. K. Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien möglich: der Vorstand des Archivs des K. K. Kriegsministeriums legte mir die seiner Obhut anvertrauten und auf diese Zeiten bezüglichen Archivalien mit gleicher Bereitwilligkeit zur Verwertung vor. Die Benutzung der in dem Geh. Staatsarchiv zu Berlin, sowie der in den Staatsarchiven zu Hannover und zu Magdeburg befindlichen Aktenstücke in den Räumen der hiesigen Universitätsbibliothek verdanke ich der Geneigtheit des Herrn Geheimen Rats Dr. Hartwig. Das Königl. Hauptstaatsarchiv in Dresden, das Königl. Reichsarchiv und das Staatsarchiv zu München gestatteten in ebenso bereitwilliger Weise wie früher die Einsicht in ihre Bestände.

In sehr liebenswürdiger Weise sind mir die Samlungen des Herzogl. Archivs zu Wolfenbüttel, des Großherz. Archivs zu Schwerin, ferner des Großherz. Badischen Landesarchivs zu Karlsruhe und die der freien Städte Bremen und Lübeck, sowie der Stadt Braunschweig zugänglich gemacht worden.

Endlich gedenke ich noch dankbarlichst der Königl. Bibliotheken zu München und Stuttgart, sowie der Universitäts-Bibliotheken zu Göttingen und Leipzig und der Stadtbibliothek zu Stralsund.

Zuletzt kann ich nicht unterlassen, der freundlichen Teilnahme des K. K. Hofrats Herrn Dr. Hermann Hallwich in Wien und des Prof. Herrn Dr. Stieve in München an diesen Studien und der bereitwilligen Unterstützung, mit welcher mein geehrter Kollege, Herr Professor Dr. Julius Krebs in Breslau, in der Korrektur und sonst aushalf, meine besondere Erkenntlichkeit auch hierdurch an den Tag zu legen.

Halle a./S. am 18. Februar 1894.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Inhaltsangabe.

Das Jahr 1627.

Erstes Buch.

Der siegreiche Kaiser.

Vorbereitungen zur Fortsetzung des Krieges von seiten des Kaisers. S. 1—8. Wallenstein und der kaiserliche Hof. S. 8—16. Das Scheitern des in Nürnberg angesetzten Deputationstages, der vergebliche Vermittelungsversuch in Kolmar und die Verhandlungen der Ligisten in Wien. S. 16—29. Französische Einmischungsversuche. S. 29—35.

Zweites Buch.

Christian IV. und seine Verbündeten.
Die Zustände in den von der dänischen Einquartierung besetzten Landschaften Bremen, Mecklenburg und Holstein.

Das Erzstift Bremen. S. 35—42. Die Herzöge Adolf Friedrich I. und Johann Albrecht II. von Mecklenburg und ihre Landstände. S. 42—62. Die Rüstungen im Herzogtum Holstein und die Vermittelungsversuche des Herzogs Friedrichs III. von Holstein-Gottorp und des Kurfürsten von Sachsen. S. 62—76. Der Plan des Markgrafen Georg Friedrich von Baden. S. 76—80. Der dänische Gesandte Dr. Joachim Cratz in Venedig. S 80—83. Französische Versprechungen. S. 83—85. Das Bündnis Christians IV. mit dem Fürsten Bethlen Gabor von Siebenbürgen. S. 85—92.

Drittes Buch.

Die neuen Rüstungen des Königs.

Werbungen im In- und Auslande. S. 93—104. Die oberen Offiziere. S. 104—109. Stärke des Heeres. S. 109—111. Mittel zur Erhaltung des Heeres und zur Beschaffung der Kriegsbedürfnisse. S. 111—120.

Viertes Buch.

Die Dänen und ihre Hilfstruppen im unteren Weser- und Elbgebiete.

Die englischen Hilfstruppen in den Schanzen von Achim. S. 120—127. Die Festung Nienburg. S. 128—132. Die Dänen in Stillhorn, Bleckede und Winsen. S. 132—143.

Digitized by Google

Inhaltsangabe.

Fünftes Buch.

Tillys Übergang über die Elbe.

Tilly und sein Heer im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel. S. 144—163. Die Harzschützen. S. 163—174. Die Stadt Northeim. S. 174—178. Vormarsch der Ligisten gegen die Elbe. S. 179—184. Christian IV. in Rendsburg. S. 184—186. Tilly überschreitet den Fluß. S. 186—190. Tilly in Lauenburg. S. 190—191. Die Folgen des Übergangs der Ligisten über die Elbe. S. 192—202.

Sechstes Buch.

Wallensteins Feldzug gegen die Dänen in Oberschlesien bis zur Niederlage ihrer Reiterei in der Mark und dem Rückzuge der Dänen aus dem Brandenburgischen.

Der Übertritt der weimarischen und der mansfeldischen Regimenter nach Oberschlesien. S. 202—215. Die Kaiserlichen in Niederschlesien. S. 215—221. Östreicher und Dänen in der Mark Brandenburg. S. 221—231. Die Dänen auf Dom Havelberg und im Norden der Mark. S. 231—237. Der Übertritt des Kurfürsten auf die Seite des Kaisers. S. 237—240. Märkische Vasallen im Dienste des Kaisers. S. 240—248. Weitere Folgen der Sendung des Burggrafen von Dohna an den Kurfürsten Georg Wilhelm. S. 248—252. Wallensteins Zug gegen die dänischen Besatzungen in Oberschlesien. S. 252—265. Die Flucht des dänischen Kommissarius Joachim v. Mitzlaf aus Oberschlesien nach der Mark und seine Niederlage. S. 265—272. Die Dänen in der nördlichen Mark bis zu ihrem Rückzuge. S. 272—284. Bethlens Außenbleiben und der Administrator Christian Wilhelm. S. 284—288.

Siebentes Buch.

Die östreichisch-ligistische Armee in den Elbherzogtümern und in Jütland.

Wallensteins Marsch aus Schlesien durch die Mark nach Mecklenburg und der Parteiwechsel der Herzöge von Mecklenburg. S. 289—296. Wallenstein und Tilly in und um Lauenburg. S. 297—300. Der Vormarsch der kaiserlich-ligistischen Armee nach Holstein bis zur Rückkehr Tillys. S. 300—306. Die Zerstörung Breitenburgs, die Einnahme Rendsburgs und die Enthauptung des Obersten Görzenich. S. 306—315. Der Übergang des Markgrafen Georg Friedrich von Baden von Poel nach Heiligenhafen und Oldenburg. S. 315—330. Der Rückzug der dänischen Reiterei nach Jütland. S. 330—337.

Achtes Buch.

Der Krieg an der Weser und in Niedersachsen diesseits der Elbe.

Anholts Vormarsch an der Weser und der Rückzug des Generals Morgan bis unterhalb der Stadt Bremen. S. 337—347. Die Belagerung und Einnahme der Städte Nienburg und Wolfenbüttel. S. 347—362. Anholt bemächtigt sich des Erzstifts Bremen mit Ausnahme von Stade. S. 362—373.

Neuntes Buch.

Der kurfürstliche Kollegialtag zu Mühlhausen.

Die Vorbereitungen zum kurfürstlichen Kollegialtage zu Mühlhausen und der Verlauf der Verhandlungen bis zum Eingreifen des kaiserlichen Gesandten. S. 374—386. Die Wendung der Verhandlungen nach dem Eintritte des Reichsvizekanzlers v. Stralendorf in die Versamlung. 386—397.

Digitized by Google

Inhaltsangabe.

Zehntes Buch.

Christian IV. nach dem Verluste seiner Armee.

Die Entlassung des Markgrafen von Baden und des Herzogs Bernhard von Weimar. S. 397—401. Dänemarks Lage gegen das Ende des Jahres 1627. S. 401—410.

Eilftes Buch.

Die kaiserliche Armee in Nord- und Mitteldeutschland im Herbste des Jahres 1627.

Wallenstein und die Herzöge von Mecklenburg. S. 410—419. Wallensteins Aufbruch nach Böhmen. S. 419—423. Der Einzug der Kaiserlichen in Pommern. S. 423—434. Die Einquartierung der Kaiserlichen im Kurfürstentum Brandenburg. S. 434—441. Die Vorschiebung kaiserlicher Regimenter nach Mitteldeutschland. S. 442—444. Die Stärke der kaiserlichen Armee in Nord- und Mitteldeutschland. S. 445—447.

Das Jahr 1628.

Erstes Buch.

Ausbreitung der kaiserlichen Gewalt über das protestantische Norddeutschland.

Pläne zur Kräftigung der Kaisergewalt. S. 449—458. Auffallende militärische Maßregeln der kaiserlichen Politik. S. 459—461. Die Erwerbung Mecklenburgs durch Wallenstein. S. 462—465. Die Städte Bremen, Hamburg und Lübeck am Schlusse des Jahres 1627 und in den ersten Monaten des folgenden Jahres. S. 466—483. Der östreichisch-spanische Handelsvertrag mit den Hansestädten und die Gründung einer norddeutschen Handels- und Kriegsflotte. S. 483—490. Die Versamlung der wendischen Städte in Lübeck im Dezember 1627. S. 490—495. Der Hansetag zu Lübeck vom Februar bis April 1628. S. 495—505. Die Zurüstungen zu einer Kriegsflotte und die Abberufung Schwarzenbergs. S. 505—511.

Zweites Buch.

Die Gegenmaßregeln der protestantischen Staaten des Auslands.

Die Unternehmungen Christians IV. von Dänemark zur See im März und April. S. 512—516 Die Uebergabe Stades an Tilly. S. 516—519. Krempe und Glückstadt und das untere Elbgebiet unter dem Schutze der Holländer in der ersten Hälfte des Jahres 1628. S. 520—533. Christian IV. und die Stadt Rostock. S. 533—538. Die Vermittelungsversuche der Generalstaaten zwischen England und Frankreich. S. 538—543.

Drittes Buch.

Höhepunkt der Kaisergewalt in der Belagerung Stralsunds.

Die Belagerung Stralsunds durch Hans Georg v. Arnim bis zur Aufnahme der dänischen Unterstützung. S. 544—566. Die hansische Gesandtschaft in Prag und ihre Erfolge. S. 566—582. Die spanisch-ligistischen Anschläge gegen Wallenstein. S. 582—590. Stralsunds Belagerung von Wallensteins Ankunft in Norddeutschland an bis zu ihrer Aufhebung. S. 590—620. Versamlung einiger Hansestädte in Lübeck im Juli und August 1628. S. 620—626.

Viertes Buch.

Unsicherheit der Stellung der Kaiserlichen an der Ostsee.

Die Landung des Königs von Dänemark bei Wolgast und sein Rückzug. S. 626—632. Stralsund unter schwedischem Schutz. S. 632—638. Der Hansetag zu Lübeck im September 1628. S. 638—648. Christian IV. und die Niederlande im Sommer 1628. S. 648—653. Die Einnahme von Rostock durch Wallenstein. S. 653—656. Die Besetzung von Krempe. S. 656—661. Die öffentliche Meinung im protestantischen Norddeutschland. S. 661—665.

Fünftes Buch.

Die Zwistigkeiten des Kaisers und der Liga im Sommer und Herbst des Jahres 1628.

Andauernde Mißstimmung der Ligisten gegen den Kaiser und seine Politik. S. 665—669. Schwierigkeiten bei den Versuchen der Verminderung des kaiserlichen Kriegsvolks. S. 669—674. Die Sendung des Freiherrn von Questenberg zu Wallenstein. S. 674—680. Die ligistische Armee im Herbste 1628. S. 680—682. Die Zusammenkunft Wallensteins und Tillys in Boizenburg. S. 682—684.

1629.

Der Friede von Lübeck.

Der Friede von Lübeck im Zusammenhange mit der Politik Spaniens und den Zuständen Östreichs und des Reiches. S. 685—690. Die Vorverhandlungen bis zur Zusammenkunft Wallensteins und Tillys in Boizenburg. S. 690—695. Christians IV. Friedensneigungen. S. 695—698. Der Gang der Unterhandlungen bis zur Einreichung der ersten kaiserlichen Friedensbedingungen. S. 698—702.

Gegenbestrebungen der mit Dänemark befreundeten Mächte.

Gustav Adolf. S. 702—710. Pläne der Holländer und Engländer. S. 711—713. Der französische Gesandte Charnacé in München. S. 713—716. Wallenstein und die Hansestädte. S. 716—718. Wallensteins neues Friedensprogramm und der Friedensabschluß. S. 718—727. Wallenstein und Tilly in Güstrow. S. 727—731. Die Unterhandlung des französischen Gesandten Charnacé mit Christian IV. S. 731—733. Der Friedensschluß. S. 733—740. Der Angriff des Königs auf Schleswig. S. 740—744.

Schlußwort. S. 744—749.

Das Jahr 1627.

Erstes Buch.

Der siegreiche Kaiser.

Vorbereitungen zur Fortsetzung des Krieges von seiten des Kaisers.

Wallenstein hatte in seinen Verhandlungen mit dem Fürsten v. Eggenberg zu Bruck an der Leitha (25., 26. Nov. 1626) nicht nur seine Kriegführung in Schlesien und Ungarn mit Erfolg gerechtfertigt, sondern den damaligen obersten Leiter der östreichischen Politik auch davon überzeugt, daß Östreich bei einem Kampfe mit Ungarn und der Türkei augenblicklich im Reiche mehr auf das Spiel setze, als es im günstigsten Falle in Ungarn gewinnen könne.[1] Damit hatte er zugleich die Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark und die Behauptung einer starken militärischen Stellung im Reiche als die Hauptaufgabe, deren Lösung Östreich zunächst oblag, bezeichnet. Ebenso muß die Erhaltung des Heeres durch die besetzten deutschen Reichsgebiete und andere nur irgendwie erreichbare Stände und selbst auf Kosten östreichischer Lande, sowie

1) Über diese Verhandlungen vgl. Opel, Der Niedersächsisch-Dänische Krieg 2, 60 ff., dazu Tadra, Briefe Albrechts von Waldstein an Karl von Harrach (Fontes rerum Austriacarum II. Diplom. et Acta B. 41, 459—463) und Schebeck, die Lösung der Wallensteinfrage 51 ff. und 544 ff. Die letztgenannten Forscher haben zugleich eine aus dem Beginn des Jahres 1627 stammende Kritik des bekannten italienischen Berichtes über diese Zusammenkunft, der erstere teilweise, der letztere vollständig zum Abdruck gebracht. Zuletzt hat M. Ritter in der Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 4, 24 ff. den italienischen Bericht einer eingehenden Würdigung unterzogen. Das Ergebnis derselben, daß dieser italienische Bericht für die Erkenntnis der Vorgänge, um die es sich handelt, „... durchaus wertlos sei" (S. 35), halten wir besonders im Hinblick auf die von Ritter nicht herangezogene Kritik des Berichtes und auch aus anderen Gründen nicht für gesichert.

ferner die schließliche Befriedigung dieses Heeres durch Dänemark und seine sogenannten deutschen Bundesgenossen einen Gegenstand dieser noch immer dunklen Verhandlungen gebildet haben.

Schwerlich wird der General dagegen die Ansicht ausgesprochen haben, daß der Kriegsschauplatz mitten in das Reich zu verlegen sei, schwerlich wird auch die Stärke des Heeres ausdrücklich auf 70,000 M. und 70 Kanonen beschränkt worden sein. Daß dagegen Wallenstein schon damals den Plan angeregt haben könnte, Christian IV. nach einem günstigen Verlaufe des Krieges in Deutschland auf seinen Inseln heimzusuchen, erscheint nicht undenkbar: kurze Zeit darauf hat östreichische Politiker und Offiziere der Gedanke einer Landung in Dänemark wirklich beschäftigt.

Die unmittelbare Folge dieser Verhandlungen zu Bruck war die, daß Wallenstein seinen Entschluß vom Oberbefehle zurückzutreten, nicht ausführte, sondern sein weiteres Verbleiben im Dienste von der Erfüllung gewisser Forderungen abhängig machte. Die Annahme dieser Anträge setzte Eggenberg nach seiner Rückkehr an den Hof durch.

Wallensteins Hauptquartier befand sich seit der dritten Novemberwoche 1626 bis tief in den Dezember hinein in der königlichen Freistadt Modern bei Preßburg. Hier wurden ihm endlich durch Questenberg die kaiserlichen Entschließungen auf seine Anträge überbracht. Obgleich wir nun auch über die Zugeständnisse, zu denen sich der Kaiser seinem General gegenüber bereit finden ließ, direkt nicht näher unterrichtet sind, können wir doch soviel mit einiger Sicherheit behaupten, daß dem Führer des kaiserlichen Heeres in allen rein militärischen Angelegenheiten eine größere Unabhängigkeit von dem Hofkriegsrate und eine fast vollständige Freiheit in der Zusammensetzung und Leitung dieses Heeres gewährleistet wurde. Äußerte sich doch der General bald darauf ohne Scheu dahin: „er wolle vom Hofe nit kommandiert sein, er wisse ebensowol und besser, als die zu Hofe, was J. M. Dienst erfordere."

Nur eine Forderung Wallensteins war in Wien auf hartnäckigen Widerstand gestoßen: er nahm für seine sehr herabgekommene Armee die Landsteuer in Böhmen in Anspruch und erklärte sich auch noch nicht zufrieden gestellt, als man ihm dieselbe für drei Monate zugestand. Böhmen sollte für immer zu den Kriegsleistungen herangezogen werden.

Mit großer Entschiedenheit drängte Wallenstein in dieser Zeit auf den Abschluß des Friedens mit Bethlen Gabor, dessen Verzögerung ihn in Modern festhielt. Er schrieb damals an Harrach: „Man mache nur Frieden mit dem Bethlehem, denn weder mich noch keinen von dieser Armee bringt man nicht mehr in dies Schelmensland." Und ein ander

Mal mahnt er den Vater seiner Gattin: „Bitt, man schließe mit dem Bethlehem; denn je länger man sich spreizt, je größere Impertinenzen wird er begehren, und auf die Letzt wird man's bewilligen müssen, denn man denke nicht drauf, daß diese Armee mehr in Ungarn kommt."[1]

Über die böhmische Kriegskontribution scheint sich Wallenstein vorläufig mit dem Kanzler Verda, welcher auf seine Veranlassung nach Modern gesendet wurde, verglichen zu haben.

Von Modern wurde das Hauptquartier am 13. Dez. nach Mähren verlegt, wodurch Wallenstein den heftigsten Groll des Fürstbischofs von Olmütz, des Kardinals v. Dietrichstein, auch gegen seine Person erregte. Von Mähren aus, wo er bis zum Weihnachtsfeste verweilte, bereitete er den Übertritt seiner Regimenter nach Schlesien vor; die noch in Ungarn stehenden Truppenteile zog er an sich. Auch über die Verlegung der Truppen ist wahrscheinlich eine Abrede mit Questenberg getroffen worden, der sich gegen Weihnachten abermals bei der Armee einfand.[2] Dem Kaiser wurde die Einlagerung in Niederschlesien als ein Sukkurs für die geringen und wenig zuverlässigen Scharen, welche die schlesischen Stände aufgeboten hatten, dargestellt. In Wahrheit wollte aber Wallenstein seinen Regimentern dadurch die Möglichkeit gewähren, sich in den verhältnismäßig gut weggekommenen niederschlesischen Fürstentümern von den Mühseligkeiten des ungarischen Feldzuges zu erholen und ihre stark gelichteten Reihen wider auszufüllen. Denn nicht weniger als die Hälfte der ganzen Armee soll in Ungarn vor Hunger und Kälte umgekommen sein oder sich verlaufen haben; viele von den Mannschaften, welche aus Erschöpfung den Marsch nach Mähren und Schlesien nicht mehr antreten konnten, blieben da, wo sie ihr elendes Leben aushauchten, unbestattet liegen. Von den übrig bleibenden aber hat Wallenstein selbst das Urteil gefällt, daß er sie vor Juni oder Juli nicht werde in das Feld führen können.

Von Gerau aus kündigte Wallenstein am 25. Dez. dem Fürstentume Breslau die bevorstehende Einquartierung seines Leibregiments an, und der Oberstlieutenant des Regiments wendete sich an diesem Tage auch mit derselben Botschaft an die Stadt. Man hatte anfangs geglaubt, daß der General sein Winterlager persönlich in Schlesien halten werde; allein er zog es doch vor, sich die trüben Erinnerungen an das ungarische Schelmenland in Prag aus dem Sinne zu schlagen. Gewährte ihm doch seine Abwesenheit vom Heere auch eine gewisse Sicherheit vor ungestümen Klagen über die Soldateska.

1) Tadra, Briefe Albrechts von Waldstein an Karl von Harrach in den Österreichischen Geschichtsquellen; Zweite Abteilung, 41. Band, 464, 467.

2) Tadra, Briefe Albrechts von Waldstein an Karl von Harrach, 468.

Am 29. Dez., gerade einen Tag nach dem Friedensschlusse mit Bethlen Gabor, brach er von Olmütz auf und langte nach einem kurzen Aufenthalte in Gitschin am 3./13. Jan. 1627 mit geringem Gefolge krank und mißgestimmt in der böhmischen Landeshauptstadt an. Windlichter erhellten das Dunkel der Nacht, in welcher er in einer Sänfte liegend seinen Einzug hielt.

Noch vor Wallenstein selbst war der brandenburgische Geheime Rat Sigismund v. Götz in Prag eingetroffen. Er wollte hauptsächlich die Zurückziehung der kaiserlichen Truppen aus der Altmark, welche nach widerholten Versicherungen Ferdinands II. ohne sein Wissen und Wollen besetzt worden war, oder wenigstens eine Ermäßigung der Kriegskontributionen und die Aufhebung der Elbsperre durchsetzen.[1] Mit dem General zugleich langte der junge Fürst Ernst von Anhalt, ein Sohn Christians von Bernburg an, um Wallenstein zur gänzlichen Abführung der Truppen aus dem Anhaltischen zu bewegen und dem Hause Anhalt das Oberaufsichtsrecht über das Stift Gernrode und die Rückgabe der alten Grafschaft Askanien zu sichern.[2] Beide, der Fürst von Anhalt und Götz, waren mit kursächsischen Verwendungsschreiben versehen. Auch der kursächsische Kammerherr von Brandenstein ging Ende Februar über Prag nach Wien, denn Johann Georg war dem Vernehmen nach mit der Abtretung der Lausitzen nicht zufrieden, sondern nahm für seine Dienste im böhmischen Kriege auch noch eine Geldentschädigung oder einen Kreis in Böhmen in Anspruch. Als man später in Wien den brandenburgischen Abgesandten an die Entrichtung der Reichssteuern, mit denen Brandenburg im Rückstande war, erinnerte, wurde in Götz sogar der Verdacht rege, daß Brandenstein und Lebzelter diese Angelegenheit erst zur Sprache gebracht hätten und damit umgingen, den Kaiser zu bestimmen, Johann Georg eine Anweisung auf dieselben zu erteilen.

Schon in Prag beschäftigten Wallenstein zumeist die Vorbereitungen zum neuen Feldzuge, die in einer Ausdehnung betrieben wurden, welche uns heut noch in Erstaunen versetzt. Von Ungarn aus bis in das Erzbistum Trier und nach Saarbrücken hin sollten sich die von ihm

---

1) Ausführlicheres über diese Reise Götzens nach Prag und Wien findet sich in meinem Aufsatze: „Das Kurfürstentum Brandenburg in den ersten Monaten des Jahres 1627." Historische Zeitschrift, Bd. XV, 200 ff. Die im Geh. Staatsarchiv zu Berlin befindlichen Berichte dieses Gesandten sind hier öfter benutzt worden.

2) Nähere Mitteilungen über die Gesandtschaft enthalten Krauses Urkunden, Aktenstücke und Briefe, Bd. I, 231 ff.—253.

aufgestellten Truppen die Hand reichen und eine Unterstützung des nordischen Königs von Süden oder eine feindselige Seitenbewegung von Westen her zur Unmöglichkeit machen. Schon in den ersten Januartagen des neuen Jahres vernahm man mit Schrecken die Kunde, daß der gefürchtete Feldhauptmann im nächsten Sommer eine Armee von 98,000 M. nach Norden führen wolle. Unter den ersten Offizieren, welche sich in Prag einstellten, befand sich Aldringer, dem die Oberaufsicht über die Stifter Magdeburg und Halberstadt übertragen war. Ohne die der Ermäßigung ihrer Kriegssteuern halber früh am Morgen um seinen Wagen versammelten Stände des Saalkreises nur eines Blickes zu würdigen, war er von Halle aufgebrochen; in Leipzig erregte indessen sein Erscheinen einen Auflauf. Eine der Hauptsorgen, welche Wallenstein damals beschäftigten, war die Gewinnung kriegsverständiger Obersten für die neuen Regimenter und besonders auch für die ersten Befehlshaberstellen überhaupt. Schon im Februar (11.) ersuchte er den Marquis de Balbaços in Brüssel um seine Vermittelung bei dem Grafen Johann von Nassau, dem die Stelle eines Feldmarschalls zugedacht war. Allein der Graf wies das Anerbieten angeblich aus Besorgnis für seine oranischen Güter, welche er durch einen Vergleich zu retten hoffte, zurück, und der Marquis de Balbaços schlug Wallenstein an seiner Stelle den Grafen Ernst von Isenburg vor, der spanischer Oberst über ein Regiment hochdeutsches Kriegsvolk war, sich an der Belagerung von Breda beteiligt und im vorigen Jahre das dem Grafen Tilly zugedachte spanische Hilfskorps hatte befehligen sollen. Auf diesen Vorschlag ging aber Wallenstein nicht ein, weil sich seiner Behauptung nach der Kaiser bereits entschlossen hatte, seinen General der Artillerie, den Grafen Schlick, zum Feldmarschall zu ernennen.[1] Dieser aber war nebst Lorenzo de Maestro und Pechmanns Oberstwachtmeister im Oktober[2] voriges Jahres in Ungarn gefangen genommen und von Bethlen Gabor auch noch geraume Zeit nach dem Friedensschlusse festgehalten worden. Der Fürst von Siebenbürgen forderte angeblich ein Lösegeld von 60,000 Thlrn. für ihn, zu dessen Aufbringung Wallenstein selbst den dritten Teil angeboten haben soll. Endlich wurde Schlick, gewiß infolge des unablässigen Drängens des Generals, gegen ein Lösegeld von 16,000 Thlr., welches kaiserliche Offiziere aufbrachten, in Freiheit gesetzt und begab sich darauf nach Brieg zu

1) Königl. Archiv in Brüssel.

2) Vgl. Opel, Niedersächsisch-Dänischer Krieg II, 598. Nach einem Briefe Wallensteins an Harrach geriet Schlick am 27. Okt. 1626 in Gefangenschaft, Tadra 454/5.

ſeinem Regiment, wo er am 12. April[1] eintraf. Wahrſcheinlich hat er auch bereits um dieſe Zeit ſein Amt als Feldmarſchall angetreten.

Die Stelle eines Generallieutenants erhielt Marrades, denn ſchon von vornherein war ihm ein beſonderes Kommando zugedacht, ſo daß er in keine unmittelbare Abhängigkeit von Wallenſtein kam. Daher trug dieſer auch Collalto auf, der Kanzlei Befehl zu geben, daß man ihn nicht als ſeinen Generallieutenant, ſondern als Generallieutenant über die kaiſerliche Armee bezeichne.[2]

In allen dieſen Anordnungen iſt Wallenſteins Wille, dem man ſich in Wien wenn auch grollend fügte, maßgebend geweſen. So wußte er den Grafen Wolf v. Mansfeld, für den ſich ſein in Wien ſehr einflußreicher Bruder Graf Bruno, damals ſchon katholiſch, angelegentlichſt verwendete, von ſeiner Armee fern zu halten. Er erklärte dem Grafen Harrach rund heraus: „Der Graf von Mansfeld wollte gern ſeinen Bruder zum Feldmarſchall haben; dafür behüte mich Gott; will ihn der Kaiſer gar zum General haben, ich bins gar wohl zufrieden; denn ich halte gänzlich darfür, daß man vermeint, mir durch dieſe Sachen disgusto zu geben; man hätte dies gar nicht bedürft, denn durch dies leidt der Kaiſer und nicht ich. Ich vor meine Perſon verlang nichts anders, als daheimb zu bleiben.“ Dieſe kräftige Zurückweiſung muß Wallenſtein für ſehr notwendig erachtet haben, da er ſich ſchon einige Zeit zuvor gegen Harrach über den Grafen mit den Worten geäußert hatte: „Den Graf Wolfen von Mansfeld muß man nicht gedenken, daß ich dazu werde brauchen, denn unſere humori ſtimmen ſo gar nicht zuſammen“.[3] Doch erhob er ſpäter keine Einwendung dagegen, daß kaiſerliche Truppen im Elſaß unter Mansfelds Befehl geſtellt wurden.

Damals glückte es Wallenſtein einen hervorragenden Offizier, der bereits das Patent eines kaiſerlichen Oberſten beſaß, ganz für den kaiſerlichen Dienſt zu gewinnen, den lutheriſchen Hans Georg v. Arnim-Boizenburg. Dieſer erhielt in den Tagen vom 7.—17. Jan. das Regiment des Oberſten Wratislav und wurde einige Wochen ſpäter auf den Befehl des Kaiſers

1) Den Tag entnehmen wir einer Korreſpondenz aus Prag vom 24. April in Nr. 18 eines Wochenblattes, deſſen Geſamttitel lautet: Zeitungen | deß MDCXXVII Jahrs, | darinnen zu finden | was hin vnd wider an vnderſchiedlichen Orten, zu Waſſer vnd Land, . . . | . . ſich gedenkwürdiges zugetragen, | wie jede Sachen in den Ordinari Wochentlichen Zeitungen, von einer Wochen zu der andern einkommen, | vnd nach vnd nach in Truck geſertigt worden. | Getruckt im Jahr 1627, 4. Kgl. Bibl. in Stuttgart.

2) Chlumecky 49.

3) Tadra 470, 471.

„installiert".[1] Mit Arnims Eintritt in das kaiserliche Heer waren nicht unbeträchtliche politisch-militärische Vorteile für die kaiserliche Sache verbunden. Der hochgeachtete Offizier, welchem die brandenburgischen Stände eine Zeit lang den Oberbefehl über die von ihnen aufgestellten wenigen hundert Mann hatten übertragen wollen, obwol sie bereits von seiner kaiserlichen Bestallung Kenntnis hatten, warb im Brandenburgischen eine ansehnliche Abteilung für den Kaiser und hinderte durch sein Dazwischentreten die völlige Überrumpelung des Landes durch die Dänen; sowie er ihnen auch die Verbindung mit den in Oberschlesien liegenden mansfeldisch-weimarischen Scharen zur Unmöglichkeit machte.

Ferner verfügte sich ein lutherischer Hohenzoller, der Markgraf Johann Georg von Brandenburg-Kulmbach, nach Prag, um von Wallenstein Patente für sehr bedeutende Werbungen ohne Geld entgegenzunehmen.

Der Oberst Görzenich, gegen welchen sich die katholischen Kurfürsten im vorigen Jahre in so dringender Weise beschwert hatten, daß ihn Wallenstein von dem Schauplatze seiner Schandthaten aus der Wetterau zur Armee zurückberufen mußte,[2] erhielt trotzdem widerum Aufträge zu sehr umfassenden Werbungen. Er sollte zu seinen 4 Komp. Küraſſieren noch 6 Komp. Arkebusiere werben und daneben ein neues Regiment Fußvolk aufstellen. Die Wetterau nebst ihren Nachbargebieten wurde ihm zum Quartier und zum Musterplatz angewiesen, und Grafen, Adel und Städte dieser Landstriche aufgefordert, seine Scharen aufzunehmen und mit Unterhalt zu versehen.[3] Der lutherische Oberstlieutenant Vitzthum von Eckstädt errichtete auf Aldringers Befehl in der Grafschaft Stolberg am Harz einige Kompagnien.

Ende Februar befanden sich mehrere Obersten bei Wallenstein in Prag, welche er aus allen Kräften zur schleunigsten Ergänzung ihrer Regimenter antrieb, ohne daß er freilich im stande war, ihnen auch die Mittel dazu anzuweisen. Er erteilte ihnen dafür den Rat, das Geld zu nehmen, wo sie es bekommen könnten, hütete sich aber wol, auch dahin lautende schriftliche Anweisungen ausfertigen zu lassen. Sie sollten es nur für sich anstellen, wie sie wollten, sie würden dabei nicht sündigen.

Am 21. März wies er drei hohen Offizieren Werbungs- und Musterplätze von der Eifel bis nach Saarbrücken an: Philipp Cratz zu Scharffenstein und Ulrich, Graf zu Sulz, sollten je ein Regiment z. F.

---

1) Wallenstein an Harrach, Tadra a. a. O. 484.

2) Wallenstein an Görzenich, Tirnau, 17. Okt. 1626. Der Brief ist nach einem freilich sehr fehlerhaften Texte von Tadra 450, 451, abgedruckt.

3) Kgl. St.-A. in Dresden.

und der erstere außerdem fünf Kompagnien Arkebusiere zusammenbringen, während Adam Dietrich Cratz zu Scharffenstein nur fünf Kompagnien Arkebusiere zu stellen hatte. Auch in dem auf diese Werbungen bezüglichen, von dem Kriegskommissar Metzger ausgestellten Patent ersuchte Wallenstein und zwar nicht im Namen des Kaisers die Fürsten, Grafen und Klöster, die Herren vom Adel und die Reichsstädte in ganz gleicher Weise um die Aufnahme und die Verpflegung dieser Truppen. Sie alle sollten dem kaiserlichen Muster- und Zahlungskommissarius jegliche Förderung erweisen.

Rüstungen und Waffen bezog man aus dem ganzen Reiche, ja sogar aus den spanischen Niederlanden. So ließ besonders Franz Albrecht zu Lauenburg, ferner auch die oben genannten Offiziere für ihre neu geworbenen Reiter hier ungehindert Rüstungen aufkaufen. Dagegen scheint die Infantin Werbungen nicht gestattet zu haben.

Wallenstein und der kaiserliche Hof.

Das Verhältnis Wallensteins zu dem Hofe und den meisten maßgebenden Persönlichkeiten desselben blieb während dieser ganzen Zeit ein sehr gespanntes. Einen Hauptgrund dieser Spannung bildete immer noch die böhmische Kontribution, über deren angedrohte Schmälerung sich der General in sehr trotzigen Worten gegen Harrach vernehmen ließ: „Aus meines Herrn Schreiben vernimb ich, daß man wegen der 14,000 fl. difficultieren will; man sei versichert, nicht 14 Kreuzer kann ich mir abbrechen lassen, ich verlange doch in der Welt nichts mehr, als einen Prätext zu haben und den Kopf aus der Schlingen zu ziehen." . . . „Ich mache keine Präparation, will auch keine machen, das kann mein Herr dem Kaiser und allen ministris sagen, denn man gibt mir keine Mittel . . . in Summa, ich bin verdrossen zu allem, was ich sich und was ich thue".[1] Außerdem erregten natürlich auch die zahlreichen Beschwerden der östreichischen Landesbehörden und die vom Kaiser fast stets darauf erteilten tröstlichen Versprechungen Wallensteins Mißmut, da er diese Versprechungen in den meisten Fällen weder erfüllen konnte noch wollte.

Auch die Direktoren des katholischen Bundes, die Kurfürsten von Baiern und von Mainz, erhoben gegen den Schluß des Jahres 1626 eine sehr ernste Anklage gegen den Herzog Rudolf Maximilian zu Sachsen, in welcher sie dem Kaiser zu bedenken gaben, ob den Unterthanen die

1) Tadra, Briefe Albrechts von Waldstein an Karl v. Harrach, Österreichische Geschichtsquellen, zweite Abteilung, 41. Band, 473 f.

Selbstverteidigung gegen die Bedrängnisse solcher Offiziere zu verdenken sein würde. Dieses Schreiben blieb nicht ohne Eindruck: durch einen besonderen Kourier ersuchte der Kaiser Friedland, ihm Mittel zur Abhilfe an die Hand zu geben. Er wollte es nicht dazu kommen lassen, daß seine bisherigen Bundesgenossen von seinen eignen Mannschaften verderbt und ihrer Bittgesuche wegen sogar noch härter bedrängt würden, so daß sie endlich wider ihren Willen zu einer Erhebung genötigt werden könnten. In die Beständigkeit der hieraus entstehenden Zustände setzte der Kaiser selbst kein Vertrauen.[1]

Trotz dieser ziemlich deutlichen Sprache Ferdinands II. rüstete derselbe Herzog Rudolf Maximilian nicht nur weiter, sondern wurde sogar noch mit der Aufstellung zahlreicherer Abteilungen betraut.

Wallensteins Zornesausbrüche über eine solche Beurteilung seiner Heeresverwaltung haben schon damals weder des Kaisers noch des Königs von Ungarn verschont; des Kardinals v. Dietrichstein, der über die Verwüstungen Mährens durch die ausschweifenden Scharen Merodes persönlich in Wien Klage führte, gedachte er nur in den unehrerbietigsten Schmähungen, zu deren gelinderen das Wort gehört: Ein jeder Musketier des Merode dient dem Kaiser besser, als er. Ebenso zogen sich Trautmansdorff, Collalto und der Graf Bruno von Mansfeld seinen Groll zu. Doch näherte er sich dem letztgenannten bald wider, indem er sich den auf ein höheres Kommando gerichteten Wünschen seines damals noch in Italien befindlichen Bruders Wolf geneigter zeigte.[2] Denn dieser Graf Bruno von Mansfeld stand damals bei dem Kaiser in hohen Gnaden. Als sich seine Tochter mit dem Hofmarschallamtsverwalter Grafen Achaz von Losenstein vermählte, erschienen der Kaiser und die Kaiserin nebst dem ganzen Hofe, dem päpstlichen Nuntius, dem Kardinal v. Dietrichstein, dem Erzbischof von Prag und vielen fremden Gesandten auf dem Hochzeitsfeste.

Vielleicht waren es gerade die Beschwerden des Kardinals v. Dietrichstein, welche den Kaiser hauptsächlich veranlaßten, seinen Feldhauptmann nach Wien zu entbieten. Indessen auch andere zahlreiche militärische und

---

1) Schon am 16. Dez. 1626 hatte der Kaiser ein sehr ernstes Schreiben auf die Beschwerden des Kurfürsten von Mainz gegen diesen Herzog erlassen (Bilek, Beiträge zur Gesch. Wallensteins 307, 308). Die hier in unserer Darstellung verwerteten Briefe hat Aretin in seinem Wallenstein, Urkunden 4 ff. abgedruckt.

2) Das von Chlumecky 40 unter Nr. LXXIII veröffentlichte Schreiben Wallensteins ist nicht an Collalto, sondern an den Grafen Bruno von Mansfeld gerichtet.

politische Geschäfte machten endlich die Anwesenheit desselben am kaiserlichen Hofe dringend notwendig. Schon die sich häufenden Bittgesuche wegen der Einquartierung waren ohne mündliche Verhandlungen mit ihm meist gar nicht zu erledigen; und der schleppende schriftliche Verkehr zwischen Prag und Wien trug nur dazu bei, die Schwierigkeiten der Verwaltung auch in andern Fällen zu vermehren und den kaiserlichen Hof bei den Reichsständen in noch größeren Verdacht zu bringen. Und so wurden denn endlich alle Klagenden, auch die aus den Erblanden, auf Wallensteins bevorstehende Ankunft in Wien vertröstet.

Von der Absicht des Kaisers, ihn nach Wien zu entbieten, ist Wallenstein in der Zeit zwischen dem 18. bis zum 21. Februar in Kenntnis gesetzt worden.[1] Er bemühte sich aber aus allen Kräften, die maßgebenden Kreise von diesem Entschlusse zurückzubringen und ersuchte besonders Harrach, dann aber auch Collalto um ihre Verwendung. An den ersteren schreibt er: „Ich bitt nochmals meinen Herrn ganz dienstlich, daß man mich nicht fordert, denn J. M. werden dadurch leiden, indem meine Kur müßte verschoben werden, und ich dardurch um ein par Monat später zu Feld ziehen".[2] Und als demungeachtet zwischen dem 24. und 27. Febr. zwei kaiserliche Schreiben in Prag einliefen, welche den bestimmten Befehl enthielten, sagte er allerdings sein Erscheinen nach Beendigung seiner Kur in etwa 14 Tagen zu, verschob aber die Abreise doch noch länger, sodaß er erst am 25. März von Prag aufbrach. Dagegen stellte er offenbar unter dem Eindrucke dieses Befehls die von dem Kardinal von Dietrichstein erhobenen Beschwerden, so weit wie es ihm möglich war, ab.

Zum 28. März wurde Wallensteins Eintreffen in Wien sicher erwartet. Aber auch an diesem Tage erschien er nicht. Obwohl ihm Max von Wallenstein, sein Schwager, und der böhmische Kammerrat Paul Freiherr v. Michna entgegengesendet wurden, blieb er in Habern[3] liegen, da er abermals an Gicht und Steinbeschwerden erkrankt war, so daß man in den Hofkreisen sein Erscheinen überhaupt in Zweifel zog. Trotzdem wurde Questenberg von neuem mit der Weisung an ihn gesendet, nicht nachzulassen, bis er ihn bringe. Aber auch dieser trat am 6. April die Rückreise von Habern nach Wien ohne den Feldhauptmann an.

---

1) In einem Schreiben an Collalto vom 18. Febr. (Chlumecky 41) gedenkt Wallenstein dieser Berufung noch nicht, dagegen bittet er Harrach schon am 21. Febr. (Tadra 482) sich der Berufung zu widersetzen.

2) Tadra 482.

3) Im heutigen Kreise Pilsen.

So blieben denn die mannigfaltigen Geschäfte, welche Wallensteins in Wien harrten, noch länger in der Schwebe und ruhten natürlich auch während der Osterwoche. In der nächsten Woche aber nahm der Beginn der Feier eines zweimonatlichen päpstlichen Jubiläums den Kaiser und den Hof zunächst in Anspruch. Eine außerordentlich zahlreiche Prozession, an der sich nicht nur Ferdinand II. nebst seiner Gemahlin, sondern auch der ganze Hof beteiligte, bewegte sich am Sonntage nach Ostern von den Augustinern zu den Schotten und von diesen in das Profeßhaus der Jesuiten und darauf zu den Franziskanern und fand ihren Abschluß endlich im Stephansdom, wo der Kardinal von Dietrichstein die Predigt und dann auch die Messe hielt.[1] Und am Tage darauf erschien der Kaiser noch einmal in der Kapelle der Franziskaner vor dem Kärntner Thore, um der Feier des Festes des Ordensstifters beizuwohnen. Nachdem er am 3./13. April den Abgesandten des Herzogs Wilhelm von Weimar, Heusner von Wandersleben, sehr gnädig empfangen hatte, erkrankte er bald darauf am Fieber, so daß er mehrere Wochen das Zimmer hüten mußte. Die Ärzte maßen den Jesuiten die Schuld an der Erkrankung bei: der Kaiser sollte sich bei einer Prozession verdorben haben.[2]

Nur mit größtem Widerstreben hat Wallenstein endlich seine Abneigung, an den Hof zu gehen, überwunden, wie er seinem Schwiegervater ganz offen bekannte: „Mit mir bessert sichs wohl etwas, aber ich hab schlechtes Verlangen gesund zu werden, denn dardurch bekomme ich ein schwerere Krankheit, die mich mehr, als das Podagra, tormentiren wird. Nichts desto weniger, wenns besser wird, will ich mich aufmachen und auf Wien verfügen".[3] Dieses Widerstreben ging aber nicht aus der Scheu hervor, seinen Gegnern gegenüber den ungarischen Feldzug und den Frieden mit Bethlen Gabor, den man in Wien auch damals noch als ein Pasquill bezeichnete, zu rechtfertigen, sondern war vielmehr in der Erkenntnis begründet, daß den zahllosen Klagen über die Gewaltthätigkeiten seiner Truppen seinerseits nichts entgegengestellt werden konnte, als das Eingeständnis der Wahrheit, und daß er auch für die Zukunft weder selbst bindende Zusicherungen zu erteilen noch die

1) Nach einer Wiener Zeitung „N. II. Auß Wien vom 17. April, Anno 1627", 4. Einblattdruck. Außerdem ist dem Verfasser noch ein Blatt dieser Zeitung vom 1. Mai zu Gesicht gekommen. Die Blätter finden sich in dem Großherz. Archiv zu Weimar.

2) Der brandenburgische Gesandte Sig. v. Götz an den Kanzler Pruckmann, Wien 14./24. April. K. G. St.-A. in Berlin.

3) Tadra 485. Von mehreren Seiten und zwar auch am Hofe selbst wurde Wallensteins Unwohlsein als „Schulkrankheit" bezeichnet.

den drängenden Bittstellern von dem Kaiser gemachten Versprechungen zu erfüllen im stande war. Er hat sich niemals verhehlt, daß der mit rücksichtslosester Gewaltthätigkeit gegen zahlreiche, an diesen Unruhen gänzlich unbeteiligte Stände begonnene Kampf auch nur unter dem Drucke der militärischen Diktatur weiter geführt werden konnte. Und zu Ferdinand II. selbst fühlte sich Wallenstein durch keine wärmere Empfindung ritterlicher persönlicher Huldigung und aufrichtiger Verehrung hingezogen, sondern er sah in ihm zunächst hauptsächlich den ihm zum höchsten Dank verpflichteten Herrn und Gebieter.

Am 20. April Abends 10 Uhr kam der so lange Erwartete endlich auf einer von Prag gesendeten Sänfte in Wien an und nahm im Hause seines Schwiegervaters, des Grafen von Harrach, auf dem Bauermarkte Wohnung. Da am nächsten Tage gerade eine große Feuersbrunst ausbrach, welche 24 Stunden wütete und 146, nach andern sogar 200 Häuser zerstörte, schrieb der brandenburgische Gesandte Götz an den Kanzler Pruckmann die bezeichnenden Worte: „Des Herzogen von Friedland Ankunft hat uns nicht mehr, als Sturm, Feuer und Schrecken mitgebracht, und haben es andere observiert, daß nun zum andern Mal, wann gedachter Fürst anhero kommen, sich ein solch Unglück zugetragen habe. Als er im Januario zu Prag einkam, brannte sein eigen Haus. Was ist anders daraus zu schließen, als daß er viel andere und zuletzt sich selbsten konsumieren und verderben werde?“[1] Während seiner Anwesenheit in Wien hat Wallenstein seine Wohnung nur sehr selten verlassen: im Bett liegend erteilte er, gerade wie früher Eggenberg, am 17./27. April dem brandenburgischen Gesandten eine Audienz. Und da sich auch der Kaiser von seinem Unwolsein noch nicht völlig erholt hatte, ist es zu keinem lebendigeren persönlichen Verkehr zwischen beiden gekommen. Collalto, Questenberg und Max von Wallenstein haben die notwendigen Verhandlungen zwischen dem Kaiser und seinem General geführt, die aber bis jetzt noch in das Dunkel des Geheimnisses gehüllt sind. Doch wird man behaupten können, daß die Weisungen, welche Wallenstein erteilt worden sein mögen, keine Bestimmungen über die Stärke der Armee, mit welcher er aufzuziehen gedachte, enthielten, und daß auch im Kriegsrate keine bestimmten Beschlüsse über die Einquartierung und Verpflegung gefaßt wurden. Man überließ es vielmehr Wallenstein trotz der zahllosen Klagen das Heer in der hergebrachten Weise weiter zu unterhalten und sich mit den Klagenden, so gut es gehen mochte, abzufinden. Ja man erklärte den Klagenden aus dem Reiche geradezu, daß die Kronländer nicht besser behandelt

1) Wien am 14./24. April. K. G. St.-A. in Berlin.

würden, und der Kaiser nicht einmal dem Unwesen in seinen eigneu Landen abzuhelfen vermöge. Collalto sagte einst dem weimarischen Rate Heusner gerade heraus: „Mein Herr, ich mag nicht betriegen. Es ist auch mein Brauch nicht. J. M. befehlen dem Herrn Generaln viel, allein es beschieht nichts. Er siehet, wie wir Freunde in Mähren, der Herr Kardinal und ich und andere, traktiert werden: wir möchten Blut schwitzen. Ich kann erachten, wie es an weit entlegenen Orten dahergehen mag".[1] Und der Kardinal von Dietrichstein äußerte sich gegen den jugendlichen Herzog Ernst von Anhalt fast mit denselben Worten. Ein ander Mal weigerte sich der Kardinal sogar die Gesundheit Wallensteins zu trinken und charakterisierte die Heere der beiden Parteien durch die beißende Bemerkung, „des Feindes Volk zahle die Hälfte, wo es hinkomme, J. K. M. Volk aber zahle nicht allein nichts, sondern nehme noch dazu hinweg, was es finde". Und so scheint denn Wallenstein die Unbefangenheit der alten Rücksichtslosigkeit, wenn sie anders einmal geschwunden war, sehr schnell zurückgekehrt zu sein. Als einst ein kaiserliches Dekret für den Herzog von Koburg an ihn abgefertigt wurde, ließ er es in seiner Kanzlei beilegen.

Ja bisweilen hatten Beschwerden und wolwollende Verwendungen für die geplagten Landschaften gerade den entgegengesetzten Erfolg. Aldringer legte nach seiner Rückkehr von Prag der Stadt Halle trotz ihrer widerholten Klagen zwölf Steuern mit einem Male auf; und als sich der kursächsische Agent Lebzelter ohne Wissen seines Herrn für die Stadt verwendete, erwiderte Wallenstein die Fürbitte mit so beleidigenden Schmähungen der hallischen Bürger, daß der eingeschüchterte Johann Georg seinem Vertreter sein Mißfallen über den eigenmächtigen Schritt mit dem Bemerken ausdrückte: „Wenn der General der Injurien halber belangt werden sollte und deren nicht gestünde, würdest Du empfinden, was für Verantwortung Du auf Dich geladen".[2] Nur im äußersten Falle zügelte der General die Ausschreitungen der Soldaten. So befahl er einst Aldringer, als sich die Domkapitel von Magdeburg und Halberstadt über die den Feldbau verhindernden Streifereien der Truppen beschwerten, diesem Auslaufen entgegenzutreten.

Daß man dem General keine Beschränkungen in Beziehung auf die Anzahl der aufzustellenden Regimenter auferlegte, beruht hauptsächlich darin, daß Wallenstein überhaupt die europäische Stellung des Kaisertums

---

1) Heusner an Herz. Wilhelm 5./15. Mai. Großh. St.-A. in Weimar.

2) Vgl. über diese Angelegenheit Opel, Wallenstein und die Stadt Halle 31. K. St.-A. in Dresden.

weit mehr in das Auge faßte, als die inneren deutsch-dänischen Kämpfe, in welche dasselbe im Augenblicke verwickelt war, und daß er diese Anschauung auch den kaiserlichen Politikern gegenüber zur Geltung brachte. Er war damals fest davon überzeugt, daß Bethlen Gabor nur bis auf den Sommer Ruhe halten würde: die Anstrengungen, welche die Feinde machten, den kriegerischen Fürsten wider in die Waffen zu bringen, ließen ihm sein baldiges Einschreiten wahrscheinlich erscheinen. Ganz offen sprach er sich gegen den brandenburgischen Bevollmächtigten schon in Prag dahin aus, „daß der Kaiser sehr viele und große Feinde habe, die sich zum Teil öffentlich als Feinde erwiesen, zum Teil aber wider J. K. M. allen Vorschub thäten. Da wären Dänemark, Schweden, die Staaten, Frankreich, England, die Venetianer, die Türken und Tartern und Bethlehem, und im Reich wäre auch nicht alles, wie es sein sollte. Dawider müßte J. K. M. eine große Macht haben".[1] Mit Besorgnis blickte man in Wien auch auf Frankreich. Noch vor Wallensteins Aufbruche zum Feldzuge mußte der Kaiser den Kurfürsten die Mittheilung machen, daß Ludwig XIII. den kaiserlichen Adler in Verdun hatte entfernen lassen.

Wer also der Meinung Raum geben wollte, daß sich Wallenstein bei der Aufstellung einer für die damaligen Verhältnisse des Krieges so ungeheuren Armee eines Übergriffs über die ihm gezogenen Grenzen schuldig gemacht habe, würde sich einem Irrtume hingeben. Wallenstein handelte auch in diesem Punkte im Einverständnisse mit seinem kaiserlichen Kriegsherrn, der die Aufstellung der zahlreichen Regimenter später geradezu als seine That in Anspruch nahm. Scheint doch in diesen Monaten auch das wenig regsame Gemüt des Kaisers Ferdinands II. von dem Thatendrange seines Generals, dessen Leidenschaftlichkeit durch die Kühle der Berechnung kaum von gewaltsamen Ausbrüchen zurückgehalten wurde, in raschere Bewegung versetzt worden zu sein. Mit eigner Hand schrieb der Kaiser an den Kurfürsten von Mainz, als die Kriegsereignisse in Holstein einer Entscheidung entgegen gingen: „Ich habe E. L. aus aufrichtigem deutschem Herzen und Gemüt erinnern wollen, daß diese meine starke Armierung, ob sie gleichwohl vielen schwerlichen fallet, aus keiner andern Ursache beschehen und keinen andern Intent hat, als daß alle diejenige, so sich gar zu viel in

1) Aus Götzens Bericht vom 6./16. Jan. über seine Audienz bei Wallenstein am 5./15. Januar 1627. Wallenstein sprach sich in dieser Audienz auch mit Bedauern über den Tod des Herzogs Herrn Johann Ernst von Weimar aus und erwähnte ferner merkwürdiger Weise, „daß es so wohl nicht aufgenommen worden sei, daß Graf Tilly also eilend, und ehe sich des Königs von Dänemark Intention etwas mehr geäußert, in den niedersächsischen Kreis gefallen wäre."

des heiligen Reichs Sachen mischen wollen, so es sie doch nit betrifft, als der König aus Dänemark und andere seiner Anhänger, dermaßen gedämpft möchten werden, damit man dadurch zu einem solchen beständigen Frieden gelangen könnte, bei welchem Ich als das Haupt des heiligen Reichs und dessen getreue Stände, insonderheit die katholische Kur- und Fürsten erhalten und denen Capriciosen der Humor benommen würde, allezeit ihre böse intentiones widerum vorzunehmen oder neue rumores nach ihrem Gefallen anzufangen".[1]

Außerdem aber wird man in Anschlag bringen müssen, daß die Verhältnisse in den Erblanden, besonders auch in Östreich und Mähren noch keineswegs so befestigt waren, daß die Dynastie nicht immer noch hätte Besorgnisse für ihre Existenz hegen können. Götz schrieb an die brandenburgischen Räte: „Volk muß geworben werden, will sich der Kaiser nicht ganz aus dem Lande vertreiben lassen". In Mähren befürchtete man in diesen ersten Monaten einen Bauernaufstand, und die Führer der dänischen Schaaren in Schlesien rechneten auf neue und große Bewegungen in Ungarn. Neue Werbungen für das Reich befestigten daher auch die Verhältnisse der östreichischen Länder und entzogen zugleich dem Feinde die Tausende, welche man andernfalls hätte bekämpfen müssen. Da man aber in Wien weder die älteren Regimenter befriedigen noch auch den neu errichteten eine Aussicht auf Bezahlung eröffnen konnte, mußte man ihnen die kleineren und auch viele wehrlose größere Stände preisgeben und that dies zugleich in der Hoffnung, daß sie um so gehorsamer sein würden, je mehr man ihnen die Flügel beschnitten hatte. Doch sollten wenigstens die zur Liga steuernden Reichsgebiete von den Kontributionen befreit bleiben, und die kursächsischen Lande verschonte man wirklich, so weit es möglich war, aus einer gewissen furchtsamen Zurückhaltung. Dieser enge Zusammenhang zwischen der Sicherung der Erblande mit der Errichtung neuer Regimenter auf Kosten der Reichsstände tritt sehr deutlich in dem Befehle zu Tage, welche den neu geworbenen Scharen Görzenichs die Aufnahme sichern sollte. Wallenstein erklärte: „Des Reiches Wohlfahrt und J. K. M. Dienst erfordert es unumgänglich, auf Mittel und Wege zu denken, wie bei so unaufhörlichen verderblichen Machinationen wider das h. r. Reich und J. K. M. vermittelst neuer Werbungen J. K. M. Erbkönigreiche, Fürstentümer und Lande vor je länger je mehr androhender Gefahr errettet werden".[2]

---

1) Eigenhändiges Schreiben des Kaisers an den Kurf. von Mainz. Wien, 8. Sept. 1627 bei K. M. Frh. v. Aretin, Wallenstein Urk. S. 11 f.

2) K. St.-A. in Dresden.

Die auch in diesem Patente den ligistischen Ständen verheißene Befreiung blieb freilich für solche Offiziere wie Görzenich und die lauenburgischen Herzöge ein leeres Wort. Endlich bewog Wallenstein aber auch die Rücksicht auf die Liga zu einer Ausdehnung seiner Rüstungen, wie sie damals im Reiche unerhört war. Die Beteiligung der ligistischen Streitkräfte an dem Kriege möglichst einzuschränken und die Regimenter derselben selbst in ihren Quartieren einzuengen, war er schon damals bemüht.

Wie sehr hatten sich also die politischen Propheten getäuscht, welche den Sturz Wallensteins voraussagten und vielleicht auch hofften. So erzählte man sich, daß die Infantin den Vorschlag gemacht habe, den Pfalzgrafen Wilhelm von Neuburg, welcher sich seit Ende Januar mit seinem Sohne und zahlreichem Gefolge in Wien aufhielt, mit dem Generalkommando zu betrauen, während Marradas Feldmarschall und der Graf Johann von Nassau General über die Artillerie werden sollte. Wallenstein wollte man nach diesem Gerüchte diesen Oberbefehlshabern als Generalleutenant an die Seite setzen. Daß derselbe aber unter solchen Umständen seinen Abschied fordern würde, galt als gewiß. Andere wollten dagegen wissen, daß der Graf Wolf von Mansfeld, ein Freund des spanischen Gesandten, zu seinem Nachfolger ausersehen wäre. Diesen mansfeldischen Grafen nebst Marradas und Collalto hielt man für durchaus spanisch gesinnt.[1] Man maß ferner Ferdinand II. die Absicht bei, die jülich-klevischen Länder in Sequestration zu nehmen und dem ungarischen Könige die Regierung derselben zu übertragen. Zur Kräftigung des Reichs sollte Ferdinand III. in Aachen seinen Wohnsitz aufschlagen und noch bei Lebzeiten seines Vaters zum römischen Könige erwählt werden.

Das Scheitern des in Nürnberg angesetzten Deputationstages.

Ungeachtet aller Vorbereitungen zur Wiederaufnahme des Kampfes suchte man doch in Wien eine Zeit lang den Schein zu erwecken, als ob man auf die Herstellung des Friedens bedacht sei. Der Kaiser faßte den Entschluß, in persönlichen Verhandlungen mit den Kurfürsten auf einem sogenannten Reichs-Deputationstage diese für das ganze Reich und für Österreich entscheidungsvolle Frage einer Lösung entgegen zu führen.

Er erteilte dem Kurfürsten von Mainz am 20. Januar den Auftrag zur Ausschreibung einer solchen Versammlung, dessen sich dieser am 2. Februar entledigte. Hierbei nannte der Kurfürst Nürnberg als den Ort, wo dieser

---

1) Nach Berichten Heusners an Herzog Wilhelm von Weimar.

Kurfürstenkonvent vom 1. Juni n. St. an abgehalten werden sollte. Diese Einladung wurde schließlich von allen Kurfürsten im Ganzen zustimmend beantwortet. Johann Georg von Sachsen sagte dem Mainzer sein Erscheinen bedingungsweise zu, wenn sich seine Mitkurfürsten gleichfalls persönlich einfinden und es ihm wegen des rings um sein Land lagernden Kriegsvolks möglich sein würde. Freilich hegte er sehr erhebliche Zweifel an dem Zustandekommen desselben, wenn den militärischen Belästigungen nicht abgeholfen würde, und bezeichnete zuletzt die Einberufung eines Reichstages als das einzige geeignete Mittel, die Unruhen, welche das ganze Reich erfüllten, zu stillen.[1] Wenn der Kurfürst von Mainz diese Antwort des Sachsen zur Kenntnis des Kaisers gebracht hat, woran nicht zu zweifeln ist, so wird er die Neigung Ferdinands II. zum Besuche des Tages nicht gerade befestigt haben. Später nahmen am kursächsischen Hofe nur die Vorbereitungen zur glänzenden Feier der Hochzeit des Landgrafen Georgs II. von Darmstadt mit der ältesten Tochter Johann Georgs aller Gedanken in Anspruch.

Auch Maximilian von Baiern versprach dem Kaiser widerholt, sich persönlich einzustellen, und erklärte sich gegen Mainz noch am 23. März in demselben Sinne. Köln wird sich schwerlich anders entschieden haben, als Baiern. Eine sehr geringe Neigung, sein Gebiet zu verlassen und nach Nürnberg zu gehen, scheint dagegen Trier empfunden zu haben, weshalb der Kaiser dem Kurfürsten am 2. März eine sehr dringende Einladung mit der Mahnung zugehen ließ, keine Entschuldigung weiter einzuwenden, sondern hintangesetzt aller eignen Geschäfte und Privatanliegen den Konvent zur festgesetzten Zeit persönlich zu besuchen, wozu sich Philipp Christof auch unter dem 27. März bereit erklärte. Die brandenburgischen Räte zu Berlin erreichte die mainzische Einladung am 14. Februar, allein bis zum 15. März hatten sie weder dem Kaiser noch dem Kurfürsten eine Antwort zu erteilen vermocht. Der in Preußen befindliche Kurfürst scheint jedoch nach dem Empfange der Botschaft zustimmend geantwortet zu haben. Die in der Heimat zurückgelassenen Räte schenkten indessen dem ganzen Unternehmen nur geringes Vertrauen. Sie bemaßen die Kosten des persönlichen Besuches des Deputationstages auf 100,000 Reichsthaler, und es schien ihnen unglaublich, „daß alle Beutel der Einwohnenden in der Mark, wenn sie durchsucht würden, 100,000 Thaler Species enthielten. Und andere Münze gilt nach Nürnberg

1) Johann Georg an den Kurfürsten von Mainz 3./13. März 1627. K. G. St.-A. in Berlin.

hinein nichts".[1] Auch gegen eine Vertretung ihres Landesherren durch Gesandte machten sie Einwendungen: sie wußten am 9. April noch nicht, wer hierzu verwendbar sein könnte. Endlich bezweifelten auch sie, daß es zu einem solchen Deputationstage überhaupt kommen würde: „denn es wird an allen Orten ganz still davon. Die Nürnberger würden nicht so geklagt haben, wenn man den Fortgang des Tages ernstlich meinte". Später bestimmte man jedoch zu Vertretern des Kurfürsten den Landvoigt und Komtur zu Schievelbein Georg v. Winterfeld und den Dr. jur. Johann Henßler und traf auch Anstalten zur Aufbringung der erforderlichen Reisekosten. Aber das Mißtrauen der Räte gegen die Wirkungen, welche selbst ein unter den obwaltenden Zeitumständen zustande gebrachter Friede nach sich ziehen konnte, kam nicht zur Ruhe. Sie fürchteten, man werde durch diesen Frieden die Herbeiführung einer Einigung in der Religion befördern wollen, und sprachen ihre Besorgnis vor dem Ausschlusse des reformierten Bekenntnisses aus dem Religionsfrieden aus. Verbreitete sich doch gerade damals das Gerücht in Berlin, Aldringer stehe im Begriffe, das Erzstift Magdeburg zu gunsten des zweiten Sohnes Ferdinands II. einzuziehen und katholische Domherren einzusetzen.

Allein trotz dieser scheinbaren Einmütigkeit der Kurfürsten traf man von keiner Seite ernstliche Vorbereitungen zum Aufbruche. Ebensowenig vernahm man etwas davon, daß in Wien Zurüstungen zur Reise des Kaisers gemacht wurden. Zweimal schrieben die brandenburgischen Räte vergeblich deshalb nach Wien. Sie erklärten endlich ihrem in der Ferne weilenden Kurfürsten, daß dieser Deputationstag so wenig seinen Fortgang nehmen würde, als der im vorigen Jahre angesetzte und waren damit sehr zufrieden.[2] Es hatte sie die Furcht ergriffen, daß irgend ein böser Anschlag hinter diesen Friedensversicherungen verborgen liegen könnte. „Sind die Worte weiß, so ist die That schwarz, wie wir zwischen hier und Michaelis wol erfahren werden". Die öffentlichen Angelegenheiten schienen ihnen so verzweifelt zu stehen, daß sie ebenso wie der Kurfürst von Sachsen eine allgemeine Revolution befürchteten.

In eine sehr eigentümliche Lage wurde die Stadt Nürnberg selbst durch diese Anordnung des Kaisers versetzt. Ihre Genugthuung darüber, daß das Reichsoberhaupt mitsamt den Kurfürsten einen längern Aufenthalt innerhalb ihrer Mauern nehmen würde, scheint nicht sehr groß gewesen zu sein: wenigstens wurden von vornherein nur geringe Vorbereitungen zu ihrem Empfange getroffen.

1) Pruckmann und Stripe an den Kurfürsten. Köln, 30. März/9. April 1627.

2) Pruckmann, Samuel v. Winterfeld, Se. Stripe. Cöln a. d. Spree, 16./26. April 1627.

Zudem hatten schon im Dez. 1626 einige Kompagnien ligistischer Reiter vom Regiment des Obersten von Schönberg im Landgebiete der Stadt ihr Winterquartier genommen und waren trotz aller Beschwerden bei dem Kurfürsten von Baiern, bei dem Markgrafen Christian von Baireuth als Kreisobersten und bei Tilly selbst nicht wider von dannen gezogen. Ungeachtet der Erklärung des Kurfürsten Maximilian, daß er keinen Befehl zu dieser Einlagerung erteilt habe, blieben die Reiter doch bis gegen den Ausgang des April im Stadtgebiet.[1]

Allein dem Rate war eine noch größere Überraschung zugedacht. Er erhielt in der ersten Hälfte des März die Mitteilung von Wallenstein, daß er dem Markgrafen Johann Georg von Brandenburg die Werbung einiger Kompagnien zu R. und F. aufgetragen habe, welche ihr Rendezvous unumgänglich auf einige Zeit im Landgebiete der Stadt nehmen müßten. Der Rat wird noch daran erinnert, daß der Kaiser die Absicht habe, seinen auf dem Boden des Reichs sich täglich mehrenden Feinden starken Widerstand zu thun, und daß die Stadt infolge davon als ein gehorsamer Stand des Reiches die Scharen des Markgrafen aufzunehmen habe.[2]

Noch seltsamer lautete eine Nachricht, welche Wallenstein dem fränkischen Kreisobersten zukommen ließ, nach welcher das Gebiet um Nürnberg zum Musterplatze von zwei Regimentern des Markgrafen Johann Georg, seines eignen jüngeren Bruders, sowie für Werbungen des Herzogs Julius Heinrich zu Sachsen-Lauenburg bestimmt war.[3] Ferner wurde die Stadt mit Durchzügen der Scharen des Obersten Görzenich bedroht. Und bald langte auch das Schreiben an, in welchem Wallenstein unter Hinweis auf sein früheres das Erscheinen von 500 Reitern des Herzogs Julius Heinrich zu Sachsen kurz und gemessen ankündigte.[4] Ferner meldete der Markgraf Johann Georg von Baireuth aus am 8./18. März sein baldiges Eintreffen an und forderte den Rat auf, sich mit seinem Oberstquartiermeister und Hauptmann Adam Pannlochner v. Polnstein zu vergleichen. Am 18./28. März hatte der Markgraf sein Hauptquartier bereits zu Beyersdorf aufgeschlagen, wohin nun auch der Herzog zu Sachsen die Stadt ersuchte Abgeordnete zu entsenden, da

1) Franz Ludw. Frh. v. Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg II, 342 ff.

2) Abschrift des Briefes aus Prag vom 1. März im K. G. St.-A. zu Berlin.

3) F. L. v. Soden a. a. O. 345.

4) Dieses Schreiben an den Rat ist Prag am 18. März gezeichnet. In ihm beruft sich Wallenstein auf seine vorausgehende Mitteilung vom 28. Febr.(!)

er im Begriff stand, seine Kompagnien hereinzuführen. Zum Markgrafen Johann Georg kam noch sein Bruder Johann, der später auch ein Regiment übernahm.

Mit Staunen bemerkte man in Nürnberg diese auffälligen Vorbereitungen zur Abhaltung des Deputationstages. Markgräfliche und lauenburgische Soldaten nahmen einst 30 Ochsen und 4 Wagen mit Wein weg, welche zur Vermehrung der für den Deputationstag bestimmten Vorräte herangeschafft wurden.

Selbstverständlich beschwerte sich die Stadt an allen den Orten, von denen ihr Hilfe zukommen konnte: bei dem Kaiser, dem Kurfürsten von Baiern, bei Wallenstein selbst und anderwärts Unter Übersendung der Schreiben Friedlands und des Markgrafen Johann Georg teilte die Stadt dem Kurfürsten von Brandenburg mit, daß sie die Einquartierung beiden Fürsten gegenüber abgelehnt und ihnen vorgestellt habe, daß diese Maßregel zur Verhinderung des Reichsdeputationstages gereichen müsse, und daß es die Stadt nicht werde verantworten können, die Reiterei der Kurfürsten in verwüsteten und ausgesogenen Quartieren unterzubringen. Ungeachtet aller dieser Einwendungen hatte Wallenstein doch seine neue Forderung im Betreff des Herzogs von Lauenburg gestellt. Der Rat hielt jedoch die Abhaltung des Deputationstages unter solchen Umständen für unmöglich und bat nun den Kurfürsten von Brandenburg um seine Fürsprache bei dem Kaiser und Wallenstein, „damit nicht eben alles Ungewitter über diese Stadt allein mit ausdrücklicher Verschonung aller Benachbarten gehen müßte.“[1] Da wird sich des Rates auch der Gedanke bemächtigt haben, daß die Ansetzung dieses Musterplatzes neben andern die Absicht verfolge, die Abhaltung dieser Friedensversammlung trotz der Einladungen des Kaisers unmöglich zu machen. Beide Bestrebungen, die des Kaisers, den Reichsdeputationstag zu befördern, und die Wallensteins, das Gebiet von Nürnberg zu einem Werbe- und Musterplatze zu machen, liefen eine Zeit lang neben einander her. Am 1. März zeichnete Wallenstein zu Prag seine Weisung an Nürnberg zur Aufnahme des Markgrafen und seines Volkes und am 2. März ließ der Kaiser zu Wien die ebenso gemessene Aufforderung an den Kurfürsten von Trier ergehen, sich rechtzeitig in Nürnberg einzustellen. Von diesem Zeitpunkte an verlautet aber von solchen kaiserlichen Aufforderungen nichts mehr, während Wallenstein seine Absicht durchsetzte. Als endlich der letztere dem fränkischen Kreisobersten mitteilte, daß man den Kreis zum Sammel- und Musterplatze mehrerer Regimenter auserkoren habe, und daß auch

1) Schreiben des Rats an den Kurfürsten von Brandenburg vom 23. März a. St.

noch anderes Kriegsvolk seinen Weg durch Franken nehmen würde, verging natürlich den Kurfürsten die Neigung vollständig, sich zur Anbahnung friedlicher Verhältnisse in der fränkischen Reichsstadt einzufinden.[1] Der Kaiser erklärte zuletzt, daß er sofort aufbrechen werde, wenn die Kurfürsten angelangt sein würden!!

Die sich von selbst erhebende Frage, ob Wallenstein durch seine Maßnahmen gegen Franken und Nürnberg die Pläne einer friedlicheren Partei am Hofe wirklich gekreuzt hat, kann zur Zeit nicht mit voller Sicherheit bejaht werden. Wir müssen aber darauf hinweisen, daß jene Briefe des Generals an Nürnberg, durch welche dem Landgebiete der Stadt die Einquartierung angekündigt wurde, nicht von einem Schreiben des Kaisers begleitet waren wie die Einladungen des Kurfürsten von Mainz zum Deputationstage, und daß sich Wallenstein in denselben auch nicht auf einen besonderen kaiserlichen Befehl berief. Selbstverständlich wird des Deputationstages nicht ein einziges Mal in ihnen gedacht. —

Dagegen trat gerade während der in diesen fränkischen Gebieten jetzt ausbrechenden Anarchie ganz deutlich hervor, daß im Reiche zur Zeit eine Säbelherrschaft schlimmster Art zur Geltung gekommen war, welche friedliche Bestrebungen nicht aufkommen ließ. Die beiden Markgrafen Johann und Johann Georg von Brandenburg waren die jüngsten Söhne des Kurfürsten Johann Georg von Brandenburg aus seiner dritten Ehe mit Elisabeth von Anhalt, der ältere der beiden Brüder, Johann, 1597 geboren und Johann Georg ein Jahr später. Sie waren die jüngeren Brüder des Markgrafen Siegmund, der im Jahre 1627 die Landesverwaltung des Kurfürstentums an Stelle des abwesenden Kurfürsten übertragen erhielt und wie dieser unvermählt. Sie waren zugleich die Großoheime des Kurfürsten Georg Wilhelm von väterlicher Seite, doch war Georg Wilhelm fast zwei Jahre älter, als der Markgraf Johann. Beide lutherische Markgrafen waren wenig bemittelt. In den letzten Tagen des März (16./26. März)[2] fanden sie sich mit ihrem zum größten

---

1) Der Kurfürst von Mainz drückte sich in seinem Schreiben an den französischen Geschäftsträger Marcheville Aschaffenburg 28. Juli über die Verhinderung dieser Versammlung folgendermaßen aus: Hunc in finem antehac electorum et principum deputatorum conventum Norimbergae indictum quidem fuisse, sed gliscente in dies magis magisque in imperio armorum et belli apparatu principibus impedimentum allatum, quominus illi conventui locus esse possit, indeque factum, ut majoribus in dies incrementis Germaniae calamitates augerentur et pacis constituendae spes everterentur . . . .

2) Franz L. Freih. v. Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg. II. Teil, 345 ff.

Teil waffenlosen Gesindel im nürnbergischen Landgebiete ein. Hans Georg hatte es besonders auf die unmittelbare Umgebung der Stadt, das sogenannte Knoblauchsgebiet, abgesehen. Nach kurzer Frist gesellte sich zu diesen beiden Markgrafen noch der etwas ältere Oberst Julius Heinrich, Herzog von Lauenburg, ein Sohn des kinderreichen Herzogs Franz II., und ein Stiefbruder des regierenden Herzogs August (1619—1656).

Die damals noch sehr blühende und wolhabende Reichsstadt hatte sich trotz der Jahre langen Kriegsunruhen nicht in eine Verfassung gestellt, kraft deren sie imstande gewesen wäre, ihr Landgebiet vor den Verwüstungen dieser anfangs meist unbewehrten Scharen zu schützen. Der Rat gebot allerdings seinen Bauern, ihre Dörfer durch Wagenburgen zu schirmen, verstärkte die Bürgerfahnen, nahm Geworbene in den Dienst und sendete seinen kleinen Landstädten schwache Militärposten von etwa 25 M., welche den Ausschuß und die Bürgerschaften der Städte unter die Waffen rufen und einüben sollten. Allein den Räubereien einer Soldateska, welche sich auf diese Weise erst Pferde und Waffen verschaffen wollte, vermochte er trotz aller Anstrengungen keinen Einhalt zu thun.

Am schlimmsten trieben es, je mehr sie sich verstärkten, die brandenburgischen Reiter, die Kühdiebe, wie sie geradezu genannt wurden: sie schreckten selbst vor Brandstiftungen nicht zurück, fingen gleich den gemeinsten Wegelagerern Kaufmannsgüter ab, verbrannten Pflüge und Ackergeräte, bemächtigten sich der Getreidevorräte und fanden noch eine besondere Genugthuung darin, ihre Beute an den Festungsgräben der Reichsstadt vorüber zu führen. Der Rat befürchtete endlich einen Angriff auf die Hauptstadt selbst und ließ infolgedessen die Wachen besetzen und das grobe Geschütz in Bereitschaft stellen.

Demungeachtet mehrten sich die Haufen ungebetener Gäste fast täglich. Auf ihrem Zuge nach Niedersachsen nahmen auch die aus der Pfalz zu Tilly marschierenden Regimenter Plarer und Lindlo, sowie die aus Oberösterreich herannahenden Regimenter Curtenbach und Pappenheim in dem städtischen Landgebiet Quartier. Mehrere Obersten dieser Truppenteile warteten gar nicht, bis die Stadt ihnen die üblichen Geschenke bot, mit welchen wohlhabende, aber bedrückte Gemeinden damals ihre Bittgesuche um Erleichterung von militärischen Drangsalen zu unterstützen pflegten. Der Oberst Curtenbach ersuchte den Rat um drei Dutzend silberne Teller, erhielt sie aber nicht.

Nun ordnete der Rat freilich bereits in der ersten Hälfte des April einen Gesandten Paul Ayrer zu Wallenstein nach Prag ab, um Beschwerde gegen die Gewaltmaßregeln einzulegen und die Abführung der Truppen durchzusetzen, und wurde in diesen Bemühungen auch von dem fränkischen

Kreisobersten, dem Markgrafen von Kulmbach (Baireuth) unterstützt, der hier gegen seine eignen Brüder wirken mußte. Nach einiger Zeit ging auch ein besonderer Botschafter nach Wien, und selbst die Kurfürsten wurden um ihre Verwendung zu gunsten der geängsteten Stadt ersucht. Indessen alle diese Versuche des Rates, sich aus der bedrohlichen Lage zu befreien, waren zunächst erfolglos. Ja ihre Klagen bei Friedland brachten die Obersten noch mehr gegen die Stadt auf.

Und demungeachtet dachte der Rat der protestantischen Stadt nicht im entferntesten daran, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, sondern traf vielmehr mit großer Ängstlichkeit Vorsorge, daß niemand den Feinden —, so wurden nun die von lutherischen Obersten geführten kaiserlichen Truppen in der Reichsstadt doch bezeichnet —, selbst mit Worten zu nahe trat. Er ließ ein gedrucktes Gebet zu Gott um Abwendung leiblicher Feinde wegnehmen; die Prediger sollten sich bei dem Entwerfen eines andern Gebets sorgfältig davor hüten, ihm eine Richtung „gegen die Verfolger der Wahrheit" zu geben. Man ordnete strengere Censurmaßregeln an.

Unter solchen Umständen wird man auch in Wien über ein Schreiben an den Kaiser, in welchem der Rat endlich mit Selbsthilfe drohte, nicht eben in Bestürzung geraten sein, obwol der Wortlaut „sehr pathetisch" gehalten war. Der Rat erklärte jetzt, „er könne nicht glauben, daß es des Kaisers Wille oder Befehl sei, oder daß er dem Friedländer Vollmacht gegeben habe, dergestalt im römischen Reiche und in Ihrer Majestät Eigentum zu verfahren: er habe zur Zeit noch dem Kaiser zu allerunterthänigster Ehre mit der Gegenwehr und Vertheidigung zurückgehalten und diesem Volke allen Mutwillen nachgesehen, könne es aber, weil es seiner Pflicht entgegen sei, ferner nicht mehr thun". Die einzige Folge dieser derben Vorstellungen, in der auch die Einzelheiten nicht gespart waren, bestand darin, daß sich nach einiger Zeit der Erbmarschall Maximilian von Pappenheim durch den Augenschein davon überzeugte, wie begründet die Klagen der Reichsstadt waren, und daß die Stadt natürlich die Kosten dieser Untersuchung zu tragen hatte.

Die beiden markgräflichen Obersten suchten einander in der Besetzung der einzelnen Schlösser und Weiler zuvorzukommen und scheinen endlich geradezu auf die Eroberung des Landgebiets ausgegangen zu sein. Die Zügellosigkeit der Soldateska entfesselte aber auch die niedrigen Raubgelüste nicht weniger Stadt- und Landbewohner, von denen manche zu den Markgräflichen übertraten, so daß der Rat endlich den Bürgern verbieten mußte, die Stadt ohne obrigkeitliche Erlaubnis zu verlassen.

Nur eine einzige kleine Stadt besaß den Mut, die Räuber mit Gewalt zurückzuweisen.[1] Das winzige, aber wol ummauerte Velden verteidigte sich unter seinem mannhaften Pfleger Christof Waldstromer mit 66 Bewaffneten und einigen Flüchtlingen vom Lande gegen den Hauptmann Daniel Kleinsdraitl, welcher markgräfliches Fußvolk, verstärkt durch lauenburgische Reiter, im ganzen eine Abteilung von angeblich 1000—1500 M. am 19./29. Mai vor Tagesanbruch gegen die Stadt führte. Drei Trompeter bliesen in ächt mittelalterlicher Weise das Städtlein schon beim ersten Morgengrauen an. Der erste ließ die treuen Stadtwächter die Melodie hören: „Aus meines Herzens Grund Sag ich Gott Lob und Dank"; der zweite erhob die Weise: „Dank dir, lieber Herre"; und der dritte schloß die an urwüchsigem Humor selbst die Dichtung übertreffende Reihe mit der Melodie: „Der Herr ist mein getreuer Hirt." Und darauf nahten sich zuerst die gottesfürchtigen Reiter, und nach ihrer Zurückweisung stürmte das Fußvolk. Die wackern Verteidiger aber warteten der frommen Landsknechte mit großen Steinen, siedendem Wasser, selbst heißer Milch und mit Gewehrsalven, so daß sie bald die Flucht ergriffen. Auch ein zweiter Ansturm glückte nicht: selbst die Frauen nahmen an der Verteidigung teil, gossen Kugeln oder erquickten die Kämpfenden mit Speise und Trank. Nur die Mühlen und einige Häuser fielen der Rachgier der Räuber zum Opfer. Als sie aber nach Verrichtung solcher Heldenthaten wider über die Berge zogen, ließen sie 24 Tote und fünf Verwundete zurück. Die Stadt hatte nur einen einzigen Toten, den Bürger und Musketier Jürg Schraywogel, der den ersten Stein herabgeschleudert hatte, und drei Verwundete zu beklagen. Der tapfern Bürgerschaft zu Ehren erhielt auf die Weisung des Rates der Reichsstadt die That ein Dank- und Erinnerungsfest mit Predigt, Schießen und Tanz in der fröhlichen Erinnernng der nachkommenden Geschlechter bis in unser Zeitalter hinein. Ein Volkssänger, ein verwundeter Fähnrich, wählte mit glücklichstem Gefühl zur Melodie der Reimerei, in welcher er den Hauptmann Kleinsdraitl verspottete, die noch immer lebendige Weise des alten Volksliedes von dem berühmten Räuber Lindenschmidt.[2]

Endlich gediehen die Verhandlungen des Rates in Wien zu einem Abschluß. Die Stadt mußte für die Abführung dieser Scharen, welche sich im Namen des kaiserlichen Generals in ihr Gebiet eingelagert hatten, an denselben 40,000 Thaler oder 60,000 Gulden zahlen und erhielt

1) Franz L. Freih. v. Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg. II. Teil, 364 ff.

2) Franz L. Freih. v. Soden: Der Sturm auf Velden. S. 50 f., S. 69.

dagegen die Zusicherung, daß sie von Durchzügen und Einlagerungen ein Jahr lang befreit sein sollte.[1] Selbst in Wien hatte der Vertreter der Stadt seinem Gesuche durch Geschenke Nachdruck verleihen müssen. Eggenberg wurde mit 1500 Gulden und der bei Wallenstein damals in hoher Gunst stehende Hofkriegsrat Gerhard v. Questenberg mit 600 Gulden bedacht.

Und darauf schlossen die Vertreter der Stadt mit dem Markgrafen Johann Georg von Brandenburg und dem Herzoge von Lauenburg unter der Mitwirkung des Kreisobersten im Hauptquartiere der Fürsten zu Frauenaurach einen Vertrag, nach welchem die Abführung der Söldner innerhalb acht Tagen erfolgen sollte. Die Zahlung an den wallensteinischen Kriegszahlmeister Vigilius Constant leistete die Stadt nach Verlauf zweier Wochen, mußte sich aber außerdem mit allen ihren in diesen Angelegenheiten beschäftigten Gegnern bis zum letzten Kanzleischreiber herab noch besonders abfinden. Auch die nicht unbeträchtlichen Kosten für die Musterung und die Verpflegung des Volkes in dieser letzten Zeit wurden ihr noch aufgehalst. Dem oben erwähnten Maximilian v. Pappenheim bezahlte der Rat die Wirtshausschuld mit 600 Gulden und belohnte die Dienste desselben noch außerdem mit einem Geschenk von 200 Dukaten und einem Trinkgeschirr im Werte von 117 Gulden.

Und als am 7./17. Juni zu Thos bei Fürth Musterung gehalten wurde, stellte sich heraus, daß der Herzog von Lauenburg nur drei Cornet Reiter oder etwa 210—240 Pferde besaß, während der Markgraf Johann Georg 14 Fahnen Fußvolk (1500—2100 M.) und 5 Cornet Reiter, gegen 350—400 Pf. unter seinem Befehl hatte. Schon damals wurde es auffällig gefunden, daß die Reichsstadt dem wüsten Treiben dieser an Anzahl so geringfügigen Scharen Raum gegeben hatte. Ein Chronist beschließt seine Schilderung mit der Klage: „Es ist zu erbarmen, daß man diesem geringen Häuflein Volks so großen Mutwillen in die 13 Wochen hat gestatten müssen, welche über vier Tonnen Golds Wert der Landschaft Schaden gethan".[2] Am 12./22. Juni brach der ganze Schwarm „noch malcontent" auf und führte seinen Raub auf 60 Wagen, deren Bespannung die Stadt noch hatte stellen müssen, von dannen, während er die Landschaft ohne Schiff und Geschirr überfallen hatte. —

In dieser Weise hatte Wallenstein den Kurfürsten den Besuch des Deputationstages verleidet.

Aber auch friedliche Verhandlungen, welche die kaiserliche Politik schon vor längerer Zeit mit dem Pfalzgrafen angeknüpft hatte, ließ man

---

1) Fr. L. Frh. v. Soden, Kriegs- und Sittengeschichte a. a. O. 370 ff.

2) Murr, Beyträge 28, 29.

in Wien nicht ganz fallen, sondern beschäftigte die Unterhändler wie den Herzog Karl v. Lothringen und den Herzog Friedrich v. Würtemberg weiter.[1] An den letzteren übersendete Eggenberg endlich vier Punkte, gegen deren Anerkennung und Ausführung dem Pfalzgrafen Verzeihung und Aussöhnung mit dem Kaiser zugesichert werden sollte. Der Pfalzgraf maß diesen Bemühungen eine solche Bedeutung bei, daß er dem Könige von England davon Mitteilung machte, wurde aber von diesem keineswegs zur Fortsetzung dieser Verhandlungen ermutigt. Aber endlich gingen doch im Namen des Kurfürsten zwei Räte Andreas Pawel und Johann Joachim v. Rusdorf nach Kolmar im Elsaß, wohin der Kaiser eine Versammlung ausgeschrieben hatte, die einen direkten Vergleich mit dem Kurfürsten von der Pfalz herbeiführen sollte. Außer den pfälzischen Vertretern fanden sich noch Gesandte des Herzogs von Lothringen und des Würtembergers (Pleikard v. Helmstädt und Löffler) ein; allein weder der Kaiser noch der Kurfürst von Baiern hatten es für der Mühe wert erachtet, sich durch Abgeordnete an diesem Tage zu beteiligen. Trotzdem behandelten die erschienenen Diplomaten (Juli 1627) die vier Punkte, welche Eggenberg dem Pfalzgrafen hatte vorlegen lassen, mit eingehender Gründlichkeit. Für den ersten Punkt, die Abbitte des Pfalzgrafen vor dem Kaiser, sprachen sich auch die Räte des ersteren aus; dem zweiten, der Anerkennung Maximilians als Kurfürsten fügten sie gewisse Einschränkungen hinzu —; der Pfalzgraf wollte gestatten, daß Maximilian den Titel eines Kurfürsten neben ihm führen und sich wechselsweise auch der kurfürstlichen Rechte bedienen durfte; auf jeden Fall aber sollte die Kur nebst allen Rechten nach Maximilians Tode wider auf den Pfalzgrafen und seine Kinder übergehen —; den dritten Punkt, die Anerkennung der bereits in die Pfalz eingeführten katholischen Konfession wiesen sie zurück und wollten höchstens etwa drei Klöster den Orden wider einräumen, denen gegenüber trotzdem die landesherrlichen Rechte in Kraft bleiben sollten, und den vierten Punkt, welcher den Schadenersatz betraf, bezeichneten die Pfälzer als unmöglich und ganz unausführbar.

---

1) Theatrum Europaeum, Bd. 1 (1662), S. 996 ff. Sattler, Geschichte des Herzogtums Würtemberg unter der Reg. der Herzoge. T. 6 Beylagen, S. 191. Lettre du Duc de Lorraine au Duc de Wirtemberg par le sujet de la paix entre l'Impereur et le Comte Palatin d. d. 7. Jan. 1627. Vgl. die folgenden Schreiben Friedrichs v. d. Pfalz an den Herz. Johann Friedrich von Würtemberg und des Königs Karl I. von England an den Pfalzgrafen, sowie des Herzogs Johann Friedrich an den Kaiser bei Sattler a. a. O. S. 190—194. Dazu Rusdorfs Brief an A. Oxenstierna bei Cuhn 2. 398—402.

Die Gesandten der vermittelnden Fürsten haben darauf ihren Herren, und diese dem Kaiser Bericht erstattet, der aber am 27. August dem Herzoge von Würtemberg erwiderte, daß die Erklärungen der Gegenpartei ihn nicht zur Fortsetzung dieser Verhandlungen ermutigten. Um diese Zeit aber war gegründete Aussicht vorhanden, daß die Hoffnungen, welche der Pfalzgraf auf den König von Dänemark noch setzen mochte, scheitern würden. —

Verhandlungen der Ligisten in Wien.

Die kaiserlichen Staatsmänner waren also offenbar nicht ernstlich bestrebt, den Einfluß der Kurfürsten auf die Reichspolitik durch gütliche Vereinbarungen mit ihnen zu stärken und ihren Bemühungen um eine Einschränkung der östreichischen Rüstungen irgendwie entgegen zu kommen. Von dieser beharrlichen Zurückhaltung der Politiker Ferdinands II. sollten die katholischen Kurfürsten bald noch deutlichere Beweise erhalten.

Um ihren berechtigten Beschwerden über die maßlosen Bedrückungen, welche sich die östreichischen Heere in ihren Gebieten erlaubten, Luft zu machen und womöglich Abhilfe zu schaffen, hielten die Ligisten im Februar (21.) 1627 einen Tag in Würzburg ab, auf welchem der Kurfürst von Baiern eine ziemlich schroffe Stellung gegen den kaiserlichen Feldherrn, der nun die Oberleitung der östreichischen Politik mehr und mehr in seine Hände bekam, einnahm. Seine Hauptbesorgnis beruhte darauf, daß Wallenstein durch die Verstärkung seines Heeres ihm, dem Führer der Ligisten, die Gebiete des Reiches schmälern möchte, aus denen die ligistischen Scharen ihren Unterhalt ziehen konnten.[1] Wenn aber diese Befürchtung in Erfüllung ging, dann fiel die Weiterführung des Kampfes gegen Christian IV. überhaupt nicht in erster Linie den Ligisten, sondern den Kaiserlichen zu. Da Wallensteins Plan nach Maximilians Anschauung darauf gerichtet war, mit seinem Heere die unkatholischen Gebiete Norddeutschlands ausschließlich zu besetzen, so mußten die ligistischen Stände schon an der Beherbergung ihrer eignen Regimenter zu Grunde gehen. Aus der Auflösung der ligistischen Regimenter schien aber mit Notwendigkeit auch die Auflösung des Reiches zu folgen.

Nun setzte es Maximilian wirklich durch, daß die Ligisten ihre Nöte dem Kaiser durch eine besondere Gesandtschaft vorzutragen beschlossen, welche Baiern und Mainz über sich nahmen. Schien es ihnen doch sogar, als ob ein Waffenkampf mit den Kaiserlichen in Süddeutschland unver-

---

1) Vgl. Gindely, Waldstein 1. 235 ff.

meidlich sei, zu dessen Durchführung man mit dem Könige werde Frieden schließen und Tilly zurückberufen müsse. Zu Trägern dieser Botschaft wurden der mainzische Rat Johann Reinhard v. Metternich und der bairische Rat Kurz v. Senftenau ausersehen. Beide hatten ein Klagschreiben der vier katholischen Kurfürsten gegen die Gewaltthätigkeiten der kaiserlichen Offiziere und Mannschaften in Wien zu überreichen, welches an derber Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ, und um die Entfernung der kaiserlichen Regimenter aus den rheinischen und den süddeutschen Gebieten überhaupt nachzusuchen.

Allein die Gesandten erreichten trotz des Eifers, mit welchem sie ihren Verpflichtungen Wochen lang oblagen, sehr wenig oder vielmehr gar nichts. Ja man stellte bald sogar die Zumutung an die geistlichen Kurfürsten, 3 Regimenter Fußvolk und 2000 R. auf längere Zeit aufzunehmen und mit Unterhalt zu versehen.[1] Um sich von den Franzosen nicht überraschen zu lassen, wollte man am Rhein 12000 M. aufstellen und begründete diese Absicht ausdrücklich mit den Gefahren, welche von dieser Seite her dem Reiche drohten. Doch sollten in Zukunft die Werbepatente wirklich vom Kaiser unterzeichnet und auch eine rechtzeitige Benachrichtigung der Stände, in deren Gebieten geworben und Truppen zusammengeführt werden sollten, erfolgen. Auch machte man für die Notwendigkeit dieser Maßregel geltend, daß es bei einem etwaigen Unfalle Tillys den Feinden um so weniger gelingen würde, sich weiter auszubreiten. Das war besonders auch die Meinung Wallensteins, der sich übrigens nach einem ausdrücklichen Befehle des Kaisers[2] bereit erklärte, den auf das härteste angeklagten Obersten Herzog Rudolf Maximilian von Sachsen seines Befehls zu entheben und vor den Generalstab zu citieren. Beides ist nach einiger Zeit wirklich geschehen. Freilich warf Wallenstein den Klagen über die Ausschreitungen der kaiserlichen Soldaten auch das kecke Wort entgegen, ob die Ligisten denn glaubten, der Kaiser wäre gar „eine Statua", und den Vertreter des Kurfürsten von Mainz schüchterte er durch die Forderung ein, in den mainzischen Schreiben in Zukunft als „besonders lieber Herr und Freund" angeredet zu werden. Als die Gesandten auch dem Pater Lämmerman ihre Klagen und Befürchtungen für die Zukunft vortrugen, erklärte ihnen dieser, die Staunen erregenden Kriegsrüstungen seien nicht

1) Gindely a. a. O. 1. 247.

2) Wien, 24. Mai 1627. R. M. Fr. v. Aretin, Wallenstein, Urk. 7. Wallenstein übertrug dem Feldmarschall Gr. Schlick die Untersuchung; am 2. Aug. konnte er dem Kaiser die Entschuldigungen des Lauenburgers einsenden. Archiv d. K. K. Kriegsministeriums in Wien.

zur Verteidigung des Hauses Östreich allein, sondern des ganzen römischen Reichs bestimmt, so wie auch der Feind nicht allein das Haus Östreich, sondern ebenso das Reich und besonders die katholische Religion zu vertilgen gedenke.[1] Dagegen wurde ihm freilich erwidert, bis jetzt habe dieses Heer mehr den gehorsamen Fürsten und Ständen, als den Feinden geschadet.

Nur die Gewißheit, daß wenigstens ein Teil der Truppen, welche bis dahin den rheinischen Kurlanden so schweren Schaden zugefügt hatten, demnächst gegen die Feinde geführt werden würde, mag den Ligisten einigen Trost gewährt haben. Als sich jedoch einige Regimenter vom Rheine her nach den fränkischen Bistümern und Herzogtümern in Bewegung setzten, traten sofort bambergische, würzburgische, kulmbachische, ansbachische und koburgische Abgeordnete am 9./19. Juni in Haßfurt zu einer Vereinigung zusammen, in welcher man übereinkam, allen Unziemlichkeiten bei Durchzügen wenn nötig mit Waffengewalt zu begegnen. Den Kaiser aber wollte man ersuchen, seinen Kriegskommissaren aufzutragen, den Durchmarsch seiner Truppen vorher mit den Abgeordneten und Offizieren des Kreises bestimmt zu vereinbaren.[2]

Französische Einmischungsversuche.

Wie gegen Spanien wahrte sich der Kaiser auch gegen Frankreich die Selbständigkeit und Freiheit des Handelns, wenn er auch die Bemühungen Ludwigs XIII., durch Maximilian von Baiern und die rheinischen Kurfürsten Einfluß auf die deutschen Verhältnisse zu gewinnen, nicht ganz zurückzudrängen vermochte.

Schon am 18. September 1626 hatte Ludwig XIII. eine Vollmacht für seinen damals in Deutschland öfters verwendeten Geschäftsträger, den Herrn v. Marcheville, unterzeichnet,[3] um dem bairischen Kurfürsten als dem Haupte der Liga ein Bündnis anzubieten, welches auch auf protestantische deutsche Fürsten berechnet war. Der französische König wollte auf diese Weise zugleich die pfälzische Sache ordnen und den Kurfürsten Friedrich zwar wider in die Unterpfalz einsetzen, aber auch den Katholizismus in allen Gebieten der Kurpfalz widerherstellen und die nicht streitigen geistlichen Güter zurückgeben. Dem lutherischen Bekenntnis

1) Gindely, Waldstein 1. 257, 259.

2) Rezeß zu Haßfurth 19. Juni. K. K. H. H. u. St.-A. zu Wien.

3) Henri de Gournay, Herr v. Marcheville. G. Fagniez, Richelieu et L'Allemagne. Revue historique, T. Quarante-Cinquième 1891. 15. 24.

sollte die reichsverfassungsmäßige Freiheit gelassen (?!), dem reformierten aber nur in der kurfürstlichen Residenz Duldung gewährt werden. Maximilian behielt diesem Vorschlage gemäß die Kur für die Zeit seines Lebens, wenn aber nach seinem Ableben Friedrich V. oder sein erster Nachfolger zur alten Kirche zurücktrat, mußte sie ihm und seiner Linie wider übertragen werden. Auch in den Besitz der Oberpfalz konnte sich der Pfalzgraf wider setzen, falls er im stande war, binnen sechs Jahren die Summe von drei Millionen Livres an Maximilian zu zahlen. Vermochte er das nicht, so fiel das Land seinem jetzigen Inhaber als Eigentum zu. Der Kaiser aber sollte den Pfalzgrafen nach geleisteter Abbitte vom Banne lossprechen und in alle seine Länder und Güter wider einsetzen.

Obgleich sich nun Marcheville nicht mit der Autorität eines königlichen Gesandten in München einführen konnte, erhielt er doch bei dem Kurfürsten Gehör[1] und übergab diese Vorschläge, über welche Maximilian in kein allzugroßes Erstaunen geraten zu sein scheint. Denn er erklärte sich sogar mit der Rückgabe der Unterpfalz an Friedrich V. einverstanden und wollte ihm und seiner Linie auch den abwechselnden Besitz der Kurwürde einräumen. Doch wahrte er in seiner Antwort die Autorität des Kaisers und der Reichsstände. Eine weitergehende Verpflichtung ohne Wissen seiner Bundesgenossen einzugehen, lehnte er ab, sendete aber doch auf Verlangen Marchevilles den Pater Rota nach Paris, um der Tragweite und der Aufrichtigkeit dieser Eröffnungen auf die Spur zu kommen. Übrigens hielt Maximilian die ganze Angelegenheit besonders dem Kaiser gegenüber geheim und machte wol nur seinem Bruder, dem Kurfürsten von Köln, davon Mitteilung.[2]

Um die Wende des Jahres wird man jedoch auch in Frankreich von den umfangreichen östreichischen Rüstungen zur Fortsetzung des Kampfes Kenntnis erhalten haben, und Richelieu suchte darauf den weiteren Siegeslauf der habsburgischen Politik durch ein noch kräftigeres Mittel zu hemmen.[3] Im Januar 1627 sendete er Marcheville von neuem nach München, um den Kurfürsten von dem Werte der Freundschaft Ludwigs XIII. zur Herbeiführung eines billigen Friedens zu überzeugen. Da Maximilian aber die streng ablehnende Haltung des

1) Am 3. Oktober 1626. Maximilians lat. Antwort ist vom 8. Oktober. K. R.-A. zu München; Dreißigj. Kr. Eine Mitteilung über den Inhalt dieser französischen Botschaft findet sich schon in Aretin's Buche: „Bayerns auswärtige Verhältnisse", S. 251 f. Vgl. G. Fagniez a. a. O. S. 26.

2) München, 27. Oktober 1626.

3) Nach Fagniez a. a. O. S. 29 ist die Instruktion schon vom 6. Dez. 1626.

Kaisers gegenüber diesen französischen Vermittelungsversuchen recht wol kannte, war er genötigt, Marcheville's Anerbietungen von neuem zurückzuweisen. Dagegen machte er den Abgesandten auf die auch ihm bekannten Verhandlungen der Infantin aufmerksam und sprach den Wunsch aus, daß sein König den Deputationskonvent befördern und die Kriegslust Christians IV., der nach dem Abkommen des Kaisers mit Bethlen von diesem nichts mehr zu erwarten habe, mäßigen möge. Diese Anschauungen sollte Frankreich nach Maximilian's Rat in England und bei dem Pfalzgrafen gleichfalls zur Geltung bringen.

Allein im Grunde genommen kam Marcheville's Gesuch dem Kurfürsten doch nicht ganz ungelegen: er benutzte es wenigstens dazu, dem Kaiser allerhand Vorstellungen zu machen, welche von seiner Geneigtheit, mit der Unterstützung Frankreichs das Friedenswerk zu fördern, Zeugnis ablegten. Um diesen Vorstellungen ein noch größeres Gewicht zu verleihen, führte er Ferdinand II. zu Gemüt, was ihr gemeinsames Vorgehen gegen die Feinde seiner Vermittelung bei Ludwig XIII. bereits zu verdanken habe. Er schrieb ihr die bedeutende Einwirkung zu, daß sich „Frankreich mit England, Dänemark und ihren Interessenten" bis jetzt in keine offensive Verbindung gegen den Kaiser, sein Haus und die katholischen Stände eingelassen und daß es nirgends, wie es wohl im stande gewesen wäre, eine Diversion gemacht habe. Auch daß Frankreich dem Könige von Dänemark und den andern Feinden des Hauses Habsburg seine Unterstützung wenn nicht ganz verweigert, so doch nicht im vollen Betrage geleistet habe, nahm er als sein Verdienst in Anspruch. Und nach dieser Richtung machte sein Vertrauter, der Pater Alexander, noch zur Stunde seinen Einfluß am Hofe zu Paris geltend. Aber auch die Gefahr, welche dem kaiserlichen und dem ligistischen Heere drohte, wenn Christian IV. von Frankreich wirklich Hilfe zugesendet wurde, stellte der Kurfürst dem Kaiser vor die Augen.

Um dem Kurfürsten von Mainz Georg Friedrich zum Antritt seiner Regierung Glück zu wünschen, begab sich Marcheville von München nach Aschaffenburg und bot demselben gleichfalls und zwar als französischer Gesandter die Vermittelung seines Königs in den deutschen Kriegsunruhen an. Und hier fanden die französischen Zusicherungen ein geneigteres Gehör, als in München. Ungeachtet der kaiserlichen Warnung erteilte der neue Kurfürst, der offenbar eine viel größere Besorgnis vor Wallensteins Militärdiktatur, als vor den Plänen des Königs von Dänemark hegte, einen noch freundlicheren dankerfüllten Bescheid.[1] Er

1) Die lat. Antwort des Kurfürsten ist vom 2. Februar. K. H. u. St.-A. in Wien.

rechtfertigte aber zugleich seine dem Franzosen erteilte Antwort mit der Besorgnis, „daß es noch größere alienationes und Ungelegenheit erwecken dürfte, wenn der Kön. Gesandte so bloß und ohne einige Antwort von ihm dimittiert werden sollte, sonderlich bei jetzigen fast aller Orten im h. Reich von neuem obhandenen Armaturen, und da ohne das fast männiglich des friedländischen Kriegsvolks beharrlicher, landverderblicher Einquartierung und anderer vielfältiger Kriegspressuren und dabei ungescheut vorlaufenden, sehr weit aussehender Reden halber zu ungleichen und mißtreulichen Gedanken, gestalt ermeltem König in Frankreich und andern ausländischen Potentaten nit unbewußt ist, geraten wollen".[1]

Gerade in den Tagen, in welchen Marcheville in München verweilte, erließ Ludwig XIII. ein Schreiben an die geistlichen Kurfürsten, in welchem er sie seiner Bereitwilligkeit zur Anbahnung des Friedens versicherte. Der Kurfürst von Mainz wurde hierdurch von so großer Freude erfüllt, der er derselben sogar in einem Briefe an den Kaiser Ausdruck gab.[2] Allein Ferdinand II. untersagte ihm ohne weiteres, sich ohne sein Vorwissen weiter mit Frankreich einzulassen und bezeichnete jede schiedsrichterliche Thätigkeit des französischen Königs in deutschen Reichsangelegenheiten ganz offen als unratsam und sogar gefährlich.

Ob Marcheville sich bei dieser Gelegenheit auch noch anderer Aufträge entledigte, welche ihm Richelieu erteilt haben mag, bleibe dahin gestellt. Angeblich sollte er in Maximilian die Hoffnung auf die Nachfolge im Reich nach des Kaisers Tode erwecken und den Kurfürsten unter den Fuß geben, daß es ihrem Vorteil gemäß sei, sich unter den obwaltenden Umständen der Wahl eines römischen Königs zu enthalten, und wenn sie sich ja dazu entschließen sollten, den Kaiser zu verpflichten, dem Reiche den Frieden zu geben. Richelieu hat vielleicht ferner den Kurfürsten durch Marcheville den Vorschlag machen lassen, einen Kurfürstentag abzuhalten, oder sich schon jetzt erboten, den König von Dänemark und die niedersächsischen Fürsten zur Annahme eines Waffenstillstandes zu bestimmen, falls die Kurfürsten Ludwig XIII. die schriftliche Versicherung erteilen würden, auch den Kaiser zum Stillstande zu nötigen und dann einen Reichstag abzuhalten. Ja angeblich sollte Marcheville den Kurfürsten unter diesen Verhältnissen sogar den Vorschlag eines Bündnisses mit

1) Georg Friedrich an den Kaiser, Johannisburg, 5. Febr. K. H. u. St-A. in Wien.

2) Vgl. Friedrich v. Hurter, Französische Feindseligkeiten gegen das Haus Österreich, 20.

Frankreich machen. In den mündlichen Verhandlungen des französischen Abgesandten mögen manche dieser Gedanken schon jetzt gestreift oder wirklich erörtert worden sein; allein die matten Einmischungsversuche Frankreichs sind trotzdem ziemlich spur- und fruchtlos verlaufen.[1] Da Richelieu während dieses Sommers vor allem den Krieg gegen Rochelle und die Engländer als seine Hauptaufgabe betrachtete, war er nicht geneigt und auch nicht imstande, dem habsburgischen Hause in Deutschland ernstliche Hindernisse in den Weg zu legen. Konnte ihm doch der Kaiser in Lothringen außerdem recht erhebliche Verlegenheiten bereiten.[2]

Allein Marcheville's Thätigkeit war damit noch nicht beendet. Der König erteilte ihm vielmehr, nachdem er Kenntnis von dem Scheitern des Tages von Nürnberg erhalten hatte, neue Aufträge für die katholischen Kurfürsten. Er beschwor jetzt besonders die geistlichen Kurfürsten, das Jahr nicht vorübergehen zu lassen, ohne die Kriegsdrangsale Deutschlands zu erleichtern und sagte seine Mitwirkung zu ihren hierauf gerichteten Bemühungen zu: alles, was in seiner Macht stand, wollte er zur Erreichung dieses Zweckes beitragen.[3]

Marcheville scheint darauf nicht nur in Mainz, sondern auch in Trier und Köln den Vorschlag gemacht zu haben, durch die Berufung einer Kurfürstenversammlung den Frieden vorzubereiten und unterbreitete dann den Kurfürsten von Mainz und Trier den Vorschlag seines Königs, Christian IV. dahin zu vermögen, die Waffen vorläufig ruhen zu lassen oder überhaupt niederzulegen. Sollte der König aber nicht dazu zu bewegen sein, so wollte

1) Diese Worte sind geschrieben, bevor mir der Aufsatz des erwähnten G. Fagniez in der Revue historique bekannt wurde, in dem diese Verhandlungen nicht ausführlicher erörtert werden: doch stimmt das Urteil dieses Schriftstellers mit dem meinigen überein. Es lautet S. 29: Marcheville ne réussit pas à faire entrer les électeurs dans les vues de son gouvernement, il se borna à constater que la médiation de la France était desirée et bien accueillie et à attacher définitivement l'électeur de Trèves à nos intérêts en lui faisant accepter une pension . . . .

2) Le Cardinal vouloit que Marcheville insinuât finement ces choses, sans commettre le Roi qui ménageoit la Maison d'Autriche. On craignoit que Ferdinand chagriné des intrigues des Ministres de France dans l'Empire, ne suscitât des affaires du côté de la Loraine, pendant que Louis seroit occupé à repousser les Anglois et à réduire les Reformez. Le Vassor, Histoire du règne de Louis XIII. T. V, P. 2. S. 613—615.

3) Französisches Schreiben Ludwigs XIII. an die drei geistlichen Kurfürsten Paris, 26. Juni 1627. Dieses Schreiben enthält freilich die von Marcheville übergebenen Vorschläge nicht, sondern ist nur ein Beglaubigungsschreiben des Geschäftsträgers.

er ſich ſeiner gänzlich entſchlagen und auf einem künftigen kurfürſtlichen Kollegialtage ganz auf die Seite der Liga treten.[1] Ludwig XIII. machte ſich hierzu anheiſchig, ſobald er ſicher ſein würde, daß die katholiſchen Kurfürſten einen billigen Frieden eingehen würden. Außerdem wird Marcheville auch die Verſicherung erteilt haben, daß ſein König für die Freiheit des Reiches und ſeiner Kurfürſten und Stände eintreten werde.

Mit dem Beſcheide der beiden rheiniſchen Kurfürſten von Mainz und Trier begab ſich Marcheville nach München. Der Kurfürſt von Mainz hatte ihm ſeine Freude über das Wolwollen Ludwigs XIII. ausgedrückt, ſich aber einer beſtimmten Antwort auf die Vorſchläge des Königs dadurch entzogen, daß er auf die bereits erfolgte Berufung eines Kurfürſtentages nach Mühlhauſen hinwies. Auch die Einreichung von Friedensbedingungen durch den Kurfürſten von Sachſen verhehlte er ihm nicht.[2]

Maximilian ſchloß ſich in der Hauptſache den geiſtlichen Kurfürſten an, ohne deren Zuſtimmung er ebenſo wenig handeln wollte wie ohne die Genehmigung des Kaiſers. Eine durch den franzöſiſchen Geſandten in Ausſicht geſtellte Unterſtützung in der Bekämpfung oder Zurückdrängung des kaiſerlichen Heeres und ſeines Oberfeldherrn lehnte er in durchaus würdiger Weiſe ab.[3]

Von ſeiten des Kurfürſten von Mainz wurde jedoch die ganze Angelegenheit der Entſcheidung des Kaiſers mit dem Anheimgeben unterbreitet, eine Antwort zu erteilen, welche man Ludwig XIII., ohne ihn zu verletzen, einſenden könnte. Der Kurfürſt zollte ſogar der vermittelnden Thätigkeit des franzöſiſchen Königs noch jetzt eine gewiſſe Anerkennung,

1) Schreiben des Kurfürſten von Mainz an den Kaiſer. Aſchaffenburg, 2. Auguſt.

2) Lateiniſche Antwort des Kurfürſten von Mainz an Marcheville, 28. Juli 1627.

3) Lat. Antwort Maximilians von Baiern auf Marchevilles Anſuchen, München, 9. Auguſt. Maximilians Beſcheid iſt freilich ſehr vorſichtig abgefaßt: Hinc dominus comes judicabit, serenissimum electorem ad ea, quae is suae Serenitati reliquos dominos electores, principes et status catholicos aeque concernentia proposuit, sine consilio et communicatione eorundem dominorum electorum alio modo respondere non posse, obstante vinculo et lege, qua tam Caesareae Majestati et imperio quam dominis unitis catholicis obligatur .... Arbitratur sua Serenitas, neminem fore, qui aliquid contra eandam libertatem, salutem et conservationem quicquam moliri aut eisdem in minimo praeiudicare, vel sibi aliquid juris privati quaerere velit; si vero quis praeter opinionem quicquam simile tentare ausus fuerit, tunc sua Serenitas aeque bene ac reliqui electores urgente officio et juramento gravi, quo Caesareae Maiestati ac romano imperio obligantur, nunquam consentiet, quin potius pro viribus attendet et exequetur ea, quae eidem suae Serenitati ratione dicti juramenti et officii incumbunt.

wenn er auch hervorhob, daß Ludwig XIII. in den von Christian IV. an den Kurfürsten von Sachsen übersendeten Friedensbedingungen als Bundesgenosse bezeichnet werde, und daher, so lange er sich dieser Verbindung nicht gänzlich entschlage, nicht gut die Vermittlerrolle zwischen dem Kaiser und dem Reiche und dem dänischen Könige übernehmen könne.

In Wien erregte natürlich die Art, wie die Kurfürsten von Mainz und Trier Marchevilles Anträge aufgenommen hatten, die größte Befriedigung.[1] Ferdinand II. fand es ganz natürlich, daß diese bedeutsame Friedensangelegenheit nur vor das Forum des Kaisers und der Kurfürsten, seiner geheimsten und innersten Räte, und sonst nirgends anders wohin gezogen werde. Er ging also noch weiter, als die Kurfürsten von Trier und Mainz, welche die Vermittelung des französischen Königs in der pfälzischen Angelegenheit der englischen vorzogen.

So ward der französische Einmischungsversuch von neuem zurückgewiesen: die geistlichen Kurfürsten wollten sich trotz aller Leiden, welche ihnen der Krieg verursachte, weder von Maximilian noch von dem Kaiser trennen, und der erstere war weit entfernt davon, in einem Augenblicke, wo seine Armee sich bereit machte, eine Vereinigung mit den kaiserlichen Regimentern nordwärts der Elbe herbeizuführen, gegen den kaiserlichen Generalissimus die Unterstützung des ausländischen Königs anzurufen.

Zweites Buch.

Christian IV. und seine Verbündeten.

Die Zustände in den von der dänischen Einquartierung besetzten Landschaften Bremen, Mecklenburg und Holstein.

Nachdem Wallensteins Heer zum größten Teil aus Mitteldeutschland durch Schlesien nach Ungarn abgezogen und hier in eine sehr schlechte Verfassung geraten war, blieb die siegreiche ligistische Armee unter Tillys Führung als die einzige Macht im niedersächsischen Kreise zurück, welche die Armee des dänischen Königs von einem Vorbrechen über Weser und Elbe abzuhalten vermochte. Doch auch Tilly fühlte sich viel zu schwach

1) Ferdinand II. an den Kurfürsten von Mainz, Wien, 20 August 1627. Man wird nicht daran zweifeln können, daß auch Maximilian seine Marcheville erteilte Antwort dem Kaiser eingesendet hat.

dazu, dem Könige in den Wintermonaten jenseit der Elbe entgegenzutreten und seine Bemühungen, von neuem eine ansehnliche Streitmacht auf die Beine zu bringen, von vornherein zu vereiteln.

Denn das protestantische Norddeutschland war zwar infolge der Schlacht von Lutter tief erschüttert worden, allein der Bestand seiner zahlreichen kleinen Staatsbildungen noch keineswegs vollständig vernichtet. Unter diesen Umständen konnte es von großer, ja vielleicht entscheidender Bedeutung werden, wenn diese kleinen politischen Gemeinwesen, welche noch nicht unter der unmittelbaren Gewalt der kaiserlichen und der ligistischen Regimenter standen, wie das Erzstift Bremen, die Elbherzogtümer, Mecklenburg und die Hansestädte dem protestantischen Könige als ihrem Erretter alle ihre Hilfsquellen eröffneten und seine Sache gleich ihrer eigenen förderten. In diesem Falle konnte sich die Lage des Königs um so günstiger gestalten, als er die Gebiete der unteren Weser und Elbe beherrschte, und ihm so mit Leichtigkeit Unterstützungen von seinen außerdeutschen Bundesgenossen zugeführt werden konnten.

Es scheint daher unerläßlich, einen Blick auf die Verhältnisse, welche sich in den nächsten Monaten besonders im Bremischen, auf der cimbrischen Halbinsel und in Mecklenburg entwickelten, zu werfen.

Unter den aufrichtigsten und demütigsten Beteuerungen hatte der protestantische Erzbischof von Bremen, der Herzog Johann Friedrich von Schleswig-Holstein, schon vor der Schlacht bei Lutter auf ein kaiserliches Schreiben vom 25. März n. St., welches ihm erst am 29. Juli 1626 übergeben worden war, Ferdinand II. seiner Treue versichert.[1] Wie er Gottes Befehl jederzeit vor Augen habe, so solle auch sein Gehorsam und seine Treue gegen den Kaiser niemals erlöschen, so lange er lebe.

Als sich jedoch Johann Friedrich in Eutin vor den Dänen nicht mehr sicher genug fühlte, begab er sich auf seinen Stiftshof in Lübeck, während Landvogt, Kanzler und Räte der Mehrzahl nach in Stade zurückblieben. Unter ihnen waren der Landdrost Levin v. Marschalk und der Kanzler Dr. Johann Lüning erklärte Anhänger des Königs; der erstere bekleidete sogar die Stelle eines Kriegskommissarius in dem Heere, und auch der letztere trat sehr bald ganz in seine Dienste. Der seit alter Zeit im Stift Bremen einflußreichen Familie Marschalk gehörte damals

---

1) Eutin, 27. Juni 10. Juli 1626. Plaß: Aus der Korrespondenz von Johann Friedrich, Erzbischof von Bremen, im Archiv des Vereins für Gesch. und Altertümer der Herzogtümer Bremen, Verden und des Landes Hadeln. Bd. 3, 359/60. Dazu Akten des K. St.-A.'s zu Hannover. Regierungsarchiv Stade, Acta betr. Militärsachen A. F. 13. Nr. 58 b.

auch der Abt des Klosters U. L. Frauen zu Bremen an, Balthasar v. Marschalk, der Bruder des Landdrosten. Dieser selbst aber war zugleich Propst der Klöster Zeven und Neuenwalde. Der damalige Domdechant von Bremen und Propst St. Anscharii und des Klosters Himmelpforten Franz v. Marschalk war der Schwager des Landdrosten.

In der Besetzung des Stiftes Bremen kam der König Tilly zuvor und bemächtigte sich, da er den größten Teil seiner Reiterei gerettet hatte, desselben fast vollständig. Schon in den letzten Septembertagen marschierte sein Fußvolk in das Stift ein, dem dann unmittelbar darauf mehr als 38 Kompagnien Reiter folgten.[1] So nahm im Alten Land der Oberst Bernd Geist mit einem Kavallerieregiment von 8 Kompagnien, im Lande Kehdingen der Oberst Graf v. Solms mit einem ebenso starken Regiment, im Amt Neuhaus und im Land Hadeln der Oberst Slavata mit einem Regiment von gleicher Stärke Quartier. Der Generallieutenant Johann v. Norprath[2] führte den Oberbefehl und ergriff mit seinem Regiment (9 Komp.) Besitz vom Lande Wursten. Außerdem wurde auch Bremervörde und Osterstade mit je 2 Komp. besetzt. Der südliche Teil des Erzstifts und das Stift Verden, soweit es die Dänen behaupteten, war vornehmlich dem Regiment des Obersten Jakob Sehestedt und Kompagnien des Oberstlieutenants Bremer überwiesen.

Nach dem Befehle des Königs sollte das Land gegen den Erlaß der bisher gezahlten Kreiskontribution die Verpflegung und die Löhnung der Soldaten übernehmen. Für die Unterhaltung der Reiterei war eine besondere Vorschrift erlassen worden, kraft deren wenigstens die Offiziere ein wahres Schlaraffenleben führen konnten. Jeder gemeine Reiter hatte nicht nur Heu und Stroh und „gewöhnliche services", sondern auch wöchentlich 2½ Reichsthaler zu fordern. Die Einquartierung erfolgte ohne Vorwissen und Zustimmung des Erzbischofs und der Stände.

Das Stift Verden mußten die Dänen ihrem Gegner preisgeben. Den Ämtern Tedinghausen, Langwedel und Rothenburg war freilich auch dänische Einquartierung zugedacht, allein sie wurden von Tilly's Scharen unter großen Verwüstungen überfallen und behauptet. Tilly selbst verweilte längere Zeit auf Rothenburg. Dagegen bemächtigten sich die Dänen des Gerichts Achim wider und setzten sich dauernd in demselben fest.

1) Die Ordonnanz der Kommissare bei der Einquartierung der Reiter in des Erzstifts Marschland ist Stade 22. September/2. Oktober ausgestellt.

2) Dem Anschein nach aus einem kurkölnischen Geschlechte. Johann v. Norprath, Herr zu Dickhof und Hulhusen war 1651 Generallieutenant und Gouverneur zu Düsseldorf. A. Fahne, Geschichte der Köln., Jülichschen und Bergischen Geschlechter I. 306, II. 107.

Anholt, der nach Tilly's Abzug das Kommando übernahm, schlug sein Hauptquartier in der Stadt Verden auf, versuchte aber zunächst vergeblich das bremische Domkapitel und die Stände dem dänischen Einflusse zu entwinden.

Die Stadt Bremen selbst hatte sich natürlich von jeder Einquartierung freigehalten, zog sich aber durch die Sprödigkeit, mit welcher sie seine Proviantforderung ablehnte, schon damals Anholts erklärte Feindschaft zu.

Als sich die Verwirrung, welche der Einzug der Dänen verursachte, etwas gelegt hatte, traten die Stände am 14./24. Oktober[1] in Bremen zu einem sogenannten Kommunikationstage zusammen und faßten den Beschluß, ihren flüchtigen Landesherren zu bitten, mit Zuziehung anderer Kreisfürsten die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg um die Wiederaufnahme der braunschweigischen Verhandlungen zu ersuchen.

Zu diesem Tage entsendete auch der König seine Räte und Kriegskommissare Levin v. Marschalk und Skeel, um die Stände vor Tilly und der päpstlichen Sklaverei zu warnen und in der Treue gegen sich und seinen Sohn, den bremischen Koadjutor, zu erhalten. Christian IV. erteilte den Ständen die königliche Versicherung, daß er bei ihnen „Fuß halten" und das Erzstift nicht preisgeben wollte. Zugleich versprach er aber auch, alle denkbaren Mittel anzuwenden, um den Frieden wider herzustellen und die reine Lehre und die deutsche Freiheit zu erhalten. Die Antwort der Stände mußte die Gesandten des Königs durchaus zufrieden stellen: sie versprachen die Rechte des Prinzen aufrecht zu halten, und erklärten auch, daß ihnen noch keine Aufforderung zugegangen sei, von ihrer Wahl zurückzutreten. Denn so gern man auch die Dänen los gewesen wäre, so suchte man doch die Aufnahme der katholischen Armee auf jede Weise zu vermeiden: auch die vornehmeren Kreise hatten ein mehr oder weniger deutliches Gefühl der Unsicherheit der konfessionellen Verhältnisse, welches sich in den unteren Ständen im Gepräge der vollsten Gewißheit geltend machte. Als jedoch die dänischen Kriegskommissare eine bindende Erklärung über den Unterhalt der im Erzstift einquartierten königlichen Truppen forderten, beriefen sich die Stände auf die geringe Anzahl der anwesenden Mitglieder. Zuletzt erteilten die dänischen Gesandten den Ständen noch die ausdrückliche Zusicherung, daß der König, so lange der Religionsfriede in Geltung bleibe, und man nicht unter das päpstische Joch gesteckt werde, die Verbindung des Erzstifts und jedes andern Reichsgebiets mit Kaiser und Reich aufrecht erhalten werde.

---

1) An diesem Tage legten Levin v. Marschalk und Otto Skeel ihre Vollmacht vor; am folgenden Tage erteilten die Stände ihren Bescheid.

Der Erzbischof Johann Friedrich war damals als Inhaber der beiden nachbarlichen Stifter Bremen und Lübeck und Herzog von Schleswig-Holstein weit davon entfernt, dem Könige geradezu entgegen zu treten, dessen Sohn ihm einst in Bremen nachfolgen sollte. Auch ihn beherrschte die Besorgnis, daß die Kaiserlichen seine beiden Stifter eben so wenig wider aus den Händen lassen würden, wie sie Magdeburg und Halberstadt wider aufgegeben hatten. Daher erhielten die erzbischöflichen Gesandten Dr. David Gronow und der Kammerjunker Detlev Reventlow, welche sich in der letzten Dezemberwoche[1] von Lübeck zu Tilly auf den Weg machten, auch nur den Auftrag, die Unmöglichkeit eines wirklichen Anschlusses an den Kaiser und das von Tilly befehligte Heer hervorzuheben und die Einquartierung oder den Einfall des Kriegsvolks durch ihre Bitten möglichst abzuwehren. Wenn auf diese Weise Tilly dem Stifte Bremen gewissermaßen Neutralität gewähre, dann hoffte wol der Erzbischof auch den König zur Räumung der Quartiere bewegen zu können!!

Die Versammlung der bremischen Stände, welche auf Veranlassung der eben genannten erzbischöflichen Gesandten am 28. Dez. 1626/7. Jan. 1627 zu Bremen zusammentrat, beteiligte sich nicht an dieser Absendung landesherrlicher Abgeordneten an Tilly, sondern nur das Domkapitel trat jetzt auf die Seite seines Erzbischofes, richtete aber doch auch ein zum Frieden mahnendes Entschuldigungsschreiben an den König.

Als die Botschafter Johann Friedrichs bei dem Grafen von Anholt unter einem militärischen Geleit von 200 M. Fußvolk und 60 Reitern in Verden anlangten und diesem zunächst ihre Bittgesuche unterbreiteten, mußten sie herbe Vorwürfe darüber anhören, daß man die Kaiserlichen nicht in das Land gerufen hatte, obwol man sich zur Verteidigung der Päße zu schwach fühlte. Ganz offen wendete sich ferner Anholt gegen die allgemeine Stimmung, welche dem Feinde so sehr zu statten kam. Er hob die große Erbitterung der Gemüter bei dem gemeinen Mann hervor, beschwerte sich darüber, daß man sie papistische und spanische Hunde schalt, während sie doch gar keine Spanier bei sich hätten und noch viel weniger spanische Gesinnungen hegten. Dem Kaiser wäre es nicht um Unterdrückung der Religion, sondern allein um den schuldigen Gehorsam zu thun, und daß Ruhe und Friede im Reiche erhalten und ein jeder bei dem Seinigen geschützt würde. Und doch konnte Anholt nicht einmal eines Bauern, geschweige denn eines andern mächtig werden, der ihm über Weg und Steg Auskunft geben wollte, oder den er auf Kundschaft zu schicken vermochte.

1) Ihre Instruktion ist Lübeck 12./22. Dez. 26 ausgestellt. Zwei Tage später brachen die Gesandten auf und gingen zunächst über Buxtehude nach Bremen.

Von Verden begaben sich die Gesandten über Hildesheim in Tilly's damaliges Hauptquartier nach Peine, wo sie aber den General nicht antrafen, sondern nur den bairischen Generalkommissarius Ruepp und den kaiserlichen Rat Reinhard v. Walmerode fanden. Da sie sich bei dem Bescheide des letzteren nicht beruhigten, suchten sie auf dem Rückwege bei Tilly um eine Audienz nach, die ihnen dieser zu Neustadt am Rübenberge (17./27. Jan. 1627) gewährte.[1] Sie erteilten dem General die Versicherung, daß ihr Herr alles, was er noch übrig habe, in den Dienst des Kaisers stelle. Als aber Tilly darauf die boshafte Frage an sie richtete, was denn ihr Herr noch sein eigen nenne, mußten sie antworten: sie wüßten nichts mehr, als ihres Herrn Gehorsam und Leben. Auch Tilly ließ seinem Verdruß über den tief eingewurzelten Haß und das Mißtrauen gegen den Kaiser und seine Armee freien Lauf und stellte sogar die Anforderung an Johann Friedrich, dahin zu wirken, daß der ungegründete Vorwurf, der Kaiser gehe mit spanischen Praktiken um und wolle auf deutsche Fürsten und Stände ein spanisches Joch bringen, entkräftet werde. Sein letzter Bescheid bestand in der ersten Forderung, daß sich der Herzog gerade heraus „als einen Feind des Königs erklären und mit Zuthun seiner Unterthanen die Dänen aus dem Erzstift entfernen" sollte. Bevor sich der Erzbischof nicht wirklich hierzu anschickte, wollte Tilly auch ihm nicht trauen, weil er von allen Kreisfürsten und insonderheit von den mecklenburgischen Herzögen „mit guten Worten abgespeist würde." Der Feldherr bekannte, daß er ohne Gewalt kein Stück Brot erhalten könne.

Tilly forderte von Johann Friedrich das Unmögliche; doch schüchterten die Mahnungen und Drohungen der katholischen Offiziere den elenden Fürsten endlich so ein, daß er, als jede Aussicht auf eine Wiederaufnahme der braunschweigischen Verhandlungen verschwunden war, direkt gegen den König auftrat, soweit dies seine schwachen Kräfte und sein schwankender Charakter überhaupt zuließen. Dafür wurde ihm wie später auch den Ständen die Unterstützung durch die kaiserliche Armee und die Erhaltung der wolhergebrachten und rechtmäßigen Privilegien und Freiheiten in politischen und geistlichen Sachen ausdrücklich zugesichert.[2]

1) David Gronow ist dem Anschein nach nicht sofort zum Erzbischof zurückgekehrt. Er befand sich am 22. Jan./1. Febr. 1627 in Hamburg und entschuldigte sich von hier aus bei dem Erzbischof mit Warnungen, die er erhalten haben wollte. Doch forderte ihn dieser demungeachtet zur schleunigen Rückkehr auf

2) Das Schreiben des Kaisers vom letzten April 1627 an Johann Friedrich und das an die Stände des Erzbistums Bremen vom 10. Juni 1627 ist von Plaß a. a. O. S. 385 ff. zum Abdruck gebracht.

Nun würde man freilich sehr irren, wenn man glauben wollte, daß die Einwohner des Erzstifts Bremen und die Landesbehörden die Sache des Königs mit Aufopferung und Begeisterung zu der ihrigen gemacht hätten. Eine solche Gesinnung und eine solche Thatkraft sucht man bei ihnen vergebens. Von einer aufopferungsvollen Hingabe schreckten sie schon die Lasten der Einquartierung ab.[1]

Die Eingesessenen des Landes Wursten waren sogar bemüht, durch die Fürsprache des Kapitels bei dem Könige die Einquartierung überhaupt von sich abzuwenden. Die Bewohner des Viehelandes beschwerten sich bei dem Kapitel unter anderm über die Belästigungen, welche ihnen die aus den Niederlanden zuziehenden Offiziere und Gemeinen verursachten, die sie speisen und zu Wagen weiter schaffen mußten. Ähnliche Klagen reichten die Eingesessenen von Osterstade und der Börde Bramstedt ein. Johann Frese Besitzer des Hofes zum Campe, verklagte den Kapitän Brun Karl v. Uffeln, der seinen Hof hatte ausplündern lassen. Mit einem Knotenriemen hatte ein Soldat eine Frau durchgeprügelt, weil er von ihr bezaubert zu sein versicherte: er hatte „Wehtage" in einem Arme bekommen. Aus einem Schreiben jenes Kapitäns v. Uffeln an das Domkapitel geht hervor, daß die Stimmung der Domherrn dem Könige nicht mehr durchaus geneigt war. Der Kapitän klagt darüber, daß sich unter ihnen Leute fänden, welche, wenn sie könnten, die Feinde, deren Absicht doch die Ausführung des tridentinischen Concils sei, auf den Händen tragen würden. „Während sie sehen, wie ihre Häuser und Dörfer lichterloh brennen, laufen sie nicht herzu, das Feuer zu löschen, sondern gießen täglich mehr Öl als Wasser zu, um dem Könige verhinderlich zu sein."

Mit diesem Ausdrucke mochte der begeisterte Kapitän vielleicht auf die Beschwerde- und Klagschriften hindeuten, welche von Seiten des Kapitels bei dem Könige allmählich einliefen. Das Kapitel klagte (6./16. Dez. 26) über die Verwüstung der bremischen Kanzlei und des Archivs, sowie zweier Häuser in Bremervörde und richtete ein sehr scharfes Schreiben an den dänischen Kapitän Heinrich v. Buchwald, dessen Mannschaften den Schaden angerichtet hatten. Darauf brachte die Ritterschaft ihre Beschwerden an und forderte, wenn nicht die völlige Abführung der Armee, so doch zum wenigsten eine beträchtliche Milderung der mit der Einquartierung verbundenen Drangsale. Ihre Beschwerden galten zunächst nur den gemeinen Soldaten, welche die Bauern einzeln mit Pferd und

1) Ottersberg, 9./19. Januar 1627. K. St.-A. in Hannover, Acta betr. Militärsachen des Erzstifts Bremen 13, Nr. 59.

Wagen von einem Dorfe zum andern auf ihre Wachtposten befördern mußten, während sie doch zu zweien und dreien das Land meilenweit nach Vieh und Beute jeder Art durchstreiften. Ein kleiner Geestbauer hatte 7—10 Soldaten mit ihren Jungen und Huren zu unterhalten. Aber auch gegen die Offiziere richtete die Ritterschaft schwere Vorwürfe.

Daß unter solchen Verhältnissen die Begeisterung der Landesbehörden für die Sache des Königs und ihre Kriegslust nicht erstarkte, ist selbstverständlich. Als in den ersten Tagen des Februar 1627 eine ständische Gesandtschaft nach Stade ging, wo man damals den König erwartete, sollte sie ihn der göttlichen Obhut zu langwieriger Leibesgesundheit und friedfertigem, glückseligem Regiment empfehlen. Einige Zeit darauf ersuchte der Kapitelssyndikus Dr. Sixtinus die Räte des Königs nicht nur um die Erleichterung der Militärlasten, sondern auch um die Annahme billiger und ehrenvoller Friedensbedingungen, wenn sie zu erlangen sein sollten. In seiner Antwort gab der König freilich den Ständen zu bedenken, ob sie der Feind, wenn er das Erzstift räumen würde, nicht zehnfach höher belasten werde, und wies auf Bockelum im Braunschweigischen hin, welches dem Feinde bereits über 50,000 Reichsthaler gezahlt hatte, mehr als der ganze Ort wert war. Doch verfehlte der König nicht, die Stände ausdrücklich seiner Friedensliebe zu versichern.[1]

Die Herzoge Adolf Friedrich I. und Johann Albrecht II. von Mecklenburg und ihre Landstände.

In Mecklenburg regierten damals die beiden Söhne des im Jahre 1592 verstorbenen Herzogs Johanns VII. Beide Brüder standen im kräftigsten Mannesalter: der ältere Adolf Friedrich I. war 39 Jahr alt, und Johann Albrecht II. zwei Jahre jünger. Die sehr früh des Vaters beraubten Herzöge waren unter der Vormundschaft ihrer väterlichen

1) Der niederländische Agent Aitzema (Aissema) an die Generalstaaten. Stade, 14./24. März: „onder des so hebben oick die stenden van Holstein, item vant sticht Bremen doer enige gecommitterden versoecken laeten, den bedroefsten toestand van de landen te willen behertigen ende als den Keiser enige dinlike middell van vrede soude willen ingaen, dieselbe niet te refuseren noch te vergeefs passeren laten, den Koninck heeft an haer geremonstreert dat het by die tegenpartie tot noch toe geen rechte ernst geweest was ende als hie tot enige solide ende bestandige vrede soude enige apparentie vinden, dat sie versekert mochten syn, dat syne ma. die dinlickheid wilde plaets geven. R.-A im Haag.

Oheime, der Herzöge Ulrich und Karl herangewachsen. Diese beiden Landesregenten hatten die herzogliche Regierung hintereinander unter großen pekuniären Bedrängnissen geführt. Als Herzog Ulrich gestorben war, konnte sein Nachfolger Karl die Mittel zu seiner Bestattung nur dadurch flüssig machen, daß er 3000 Gulden aus dem Türkensteuerkasten entlehnte.

Johann Albrecht II. hatte sich schon im 18. Lebensjahre (1608) mit einer Verwandten, der in Schweden erzogenen vierundzwanzigjährigen Tochter des Herzogs Christof von Mecklenburg Margaretha Elisabeth und nach deren Tode mit einer Tochter des Landgrafen Moriz von Hessen vermählt, welche ebenfalls bald verstarb. Im Jahre 1627 hatte er in dritter Ehe Eleonore Marie, eine Tochter des Fürsten Christians I. von Bernburg,[1] zur Gattin. Noch vor seiner Vermählung mit Elisabeth von Hessen war Johann Albrecht II. zum reformierten Bekenntnis übergetreten (1617).

Von den beiden Brüdern scheint Adolf Friedrich I. der charaktervollere und bei aller Umsicht und politischen Zurückhaltung auch der thatkräftigere gewesen zu sein. In seiner unmittelbaren Umgebung übte er strenge Zucht und führte auch seine Regierung mit großem Nachdruck. Er selbst zeichnete in sein Tagebuch ein, daß er einst über Tafel eine Ohrfeige ausgeteilt, ein ander Mal, daß er seinen Diener persönlich abgeschmiert, und auch daß er dem Kanzler seine Meinung deutsch gesagt habe. Einem Blücher, der 15 Jahre zuvor einen Bauern umgebracht hatte, ließ er so lange Zeit nach der Verübung der Frevelthat noch enthaupten. Einem Ehebrecher Samuel Plessen schenkte er das Leben nicht, obgleich sich seine Gattin mit ihren Kindern ihm zu Füßen warf, und auch der Herzog von Schleswig-Holstein für ihn Verwendung einlegte.

Sehr stark ausgeprägt zeigte sich sein fürstliches Standesgefühl den Landständen gegenüber. Die Beschlüsse derselben erschienen ihm nicht selten toll und leichtfertig und ihre Beschwerden nicht der Mühe wert. Wenn ihm die Herren von dem Landtage scharfe Briefe schrieben, war er sofort darauf bedacht, ihnen wider einen Possen zu reißen.

Schon sehr früh entzweite sich der leicht reizbare Adolf Friedrich mit seinem Bruder und zwar wol besonders deshalb, weil dieser seinem Plane, das ganze Herzogtum zu teilen, Widerstand entgegensetzte. Dieser unheilvolle Plan wurde von Adolf Friedrich seit dem Jahre 1611 mit größtem Nachdruck betrieben, obwol sich ihm auch die Stände aus aller Kraft widersetzten, und die Ritterschaft dem Herzoge endlich für den Fall,

1) Vgl. K. Ch. F. v. Lützow, Versuch einer pragmatischen Geschichte von Mecklenburg. Dritter Teil, S. 141 ff.

daß die Teilung unterbliebe, 600,000 Gulden zu zahlen versprach. Die Stände sprachen ihre Wünsche dahin aus, daß sie bei einer Religion, bei einem Recht und Gericht verbleiben und auch eine einige Landesversammlung bilden wollten. Da wurde der Landtag seit dem Jahre 1612 vorläufig nicht mehr einberufen.

Als aber Johann Albrecht II. zu den „leichtfertigen Calviniſten" übertrat, fühlte ſich ihm der ältere Bruder noch mehr entfremdet. Trotzdem machte jedoch Adolf Friedrich dem calviniſchen Bruder endlich (1621) das Zugeſtändnis, daß die Städte Roſtock und Warnemünde, die vier Landesklöſter, das Hof- und Landgericht und das Conſiſtorium, und endlich die Comturei Nemerow beiden Landesteilen gemeinſchaftlich verbleiben ſollten. Sonderlandtage wurden beiden Teilen zugeſtanden, allein die Bewilligung der allgemeinen Landesſteuern blieb den gemeinſamen Landtagen zu Sternberg oder Malchin vorbehalten. Der älteſte Herzog ſollte ferner jedesmal Senior der Familie ſein. Die Stände übernahmen bis zum Antonitermine 1629 die Abtragung der auf eine Million Gulden angegebenen und für ſehr drückend gehaltenen Schulden. Und darauf erhielt Adolf Friedrich das Herzogtum Schwerin und ſein Bruder das Herzogtum Güſtrow. Das jus reformandi freilich ward Johann Albrecht in ſeinem Gebiete nur in ſehr geringer Ausdehnung zugeſtanden: er durfte in beſonderen Kapellen oder Kirchen und auch im Dome zu Güſtrow für ſich und ſeine unmittelbare Umgebung predigen laſſen und erhielt das Recht der Beſtattung in dem letzteren.[1]

Den öffentlichen Zuſtänden im niederſächſiſchen Kreiſe und auch im Reiche widmete Adolf Friedrich I. ſeit Jahren rege Teilnahme. Er war ein ſehr geſchätztes Glied des Kreiſes, wie ſeine Wahl zum Kreiszugeordneten beweiſt, und wurde ſogar im Jahre 1621 dazu auserſehen, dem Kaiſer perſönlich eine Botſchaft zu überbringen, was er indeſſen ablehnte. Während des böhmiſchen Krieges bewahrte er dem Kaiſer gegenüber die ſtrengſte reichsgeſetzliche Haltung: er verſagte daher auch dem nach Böhmen beſtimmten engliſchen Kriegsvolke den Durchzug durch ſein Gebiet, trotz der Bitten ſeines Bruders. Die Engländer berührten ſein Land nicht.

Beide Brüder ſuchten ihr Gebiet durch Einverleibung ehemals geiſtlicher Stiftungen abzurunden und zu erweitern. Um ſich gewiſſe von ſeinem Schwiegervater, dem Herzoge Chriſtof von Mecklenburg, ererbte Forderungen zu ſichern, machte Johann Albrecht einen Einfall in das Stift Ratzeburg, ſchloß aber darauf mit dem Herzoge Auguſt von Lüneburg

1) K. Ch. F. v. Lützow, Verſuch u. ſ. f. III. S. 155—160 und K. v. Lützow, Beitrag a. a. O. S. 76.

als Administrator einen Vertrag, nach welchem diesen beiden herzoglichen Linien das ausschließliche Recht auf den Besitz des Stiftes zugesprochen wurde, und ließ sich im Jahre 1616 zum Koadjutor des Herzogs August ernennen.

Größeren Schwierigkeiten begegnete dagegen sein Bruder Adolf Friedrich in dem Bestreben, seinem Hause die seit alter Zeit in Anspruch genommenen Rechte auf das Bistum Schwerin zu sichern.[1] Hier war im Jahre 1550 der Bruder seines Großvaters, Herzog Ulrich von Mecklenburg, einstimmig zum Bischof erwählt worden und hatte sich huldigen lassen. Schon er war bemüht, eine Vereinigung des Stifts mit dem Herzogtum in der Verwaltung und im Gerichtswesen herbeizuführen. Seine Tochter, die verwitwete Königin Sophie von Dänemark, setzte es durch, daß ihr Sohn Ulrich, der jüngere Bruder des Königs Christians IV. zum Nachfolger seines Großvaters erklärt wurde. Die im Jahre 1597 für ihn ausgestellte Kapitulationsurkunde versah auch der König von Dänemark mit seiner Unterschrift und seinem Siegel.

Dieser dänische Prinz (Ulrich II.) aber setzte sofort nach seinem Regierungsantritt eine förmliche Stiftsregierung und ein höheres Gericht ein und wahrte also dem Herzogtum gegenüber die politische Selbständigkeit des ehemals bischöflichen Sprengels. Ulrich II. war wie sein Bruder Christian IV. ein Freund starker Sinnengenüsse. Zur Genossin seines Lagers erkor er sich Katharina v. Hahn, ohne eine rechtsgiltige Ehe mit ihr einzugehen;[2] durch seine Gastlichkeit erwarb er sich zahlreiche und dankbare Verehrer. Sein Leichenredner, der Pastor Cracovius in Bützow erklärte hieraus auch die zahlreiche Beteiligung an seinem Leichenbegängnisse: „denn dieses seligen Herrn Tischtuch, Bier- und Weinkeller hat sich weit erstrecket.“[3] Im Jahre 1605 unterstützte Ulrich II. den Kaiser Rudolf II. durch eine kleine Abteilung von Reiterei an 1000 Pf. stark in seinem Kampfe gegen die Ungarn.

Nicht gar lange nach dem Regierungsantritt Ulrichs II. wurden schon Wünsche für die Bestellung eines Nachfolgers laut. Die verwitwete Herzogin Sophie von Mecklenburg ersuchte ihn, bei dem Kapitel darauf hinzuwirken, daß es ihm einst nur einen Nachfolger aus dem herzoglichen Hause geben möge. Indessen nach Verlauf einiger Jahre wirkte dieser

---

1) Vgl. den sehr eingehenden Aufsatz des Archivars Herrn Dr. Fr. Schildt, Das Bistum Schwerin in der evangelischen Zeit, Teil II in den Jahrbüchern des Ver. f. mecklenb. Geschichte. Bd. 49, S. 147—197.

2) Vgl. Schildt gegen Lisch a. a. O. S. 174.

3) Schildt a. a. O. S. 177.

däniſche Prinz vielmehr für die Wahl eines Sohnes ſeines königlichen Bruders. Und dieſe Beſtrebungen glückten durchaus: im Jahre 1611 wurde der zweite Sohn Chriſtians IV., Herzog Friedrich von Schleswig-Holſtein, zum Koadjutor erwählt und zugleich ſein Bruder Herzog Ulrich zum Nachfolger desſelben beſtimmt. Und als darauf Prinz Friedrich das Bistum Verden erhielt, bezeichnete der König von Dänemark ohne weiteres dieſen ſeinen unmündigen Sohn Ulrich als Nachfolger des Bruders in Schwerin, ließ aber noch eine beſondere Urkunde ausſtellen.

In einer für die Sicherheit der ehemals geiſtlichen Stifter ſehr bedenklichen Zeit, im Jahre 1624, ſtarb nun der Biſchof Ulrich II. von Schwerin, und es folgte ihm von ſelbſt ſein Neffe Ulrich III., für welchen ſein Vater die Regierung übernahm. Allein bei dieſem Wechſel im Regimente hatte den Domherrn auch der Herzog Adolf Friedrich I. ſein landesfürſtliches Intereſſe am Stift angelegentlichſt empfohlen und um die Berückſichtigung ſeines am 1. Dez. 1623 a. St. geborenen älteſten Sohnes Chriſtian nachgeſucht. Und obwol der König ſchon gewiſſermaßen Erbanſprüche auf das Stift gemacht zu haben ſcheint, denn er dachte daran, wenn ſein Sohn Ulrich ſterben ſollte, den Bruder desſelben, den Prinzen Friedrich wider an ſeine Stelle zu ſetzen, erklärte das Kapitel doch endlich im Auguſt 1625[1] den noch nicht zweijährigen mecklenburgiſchen Prinzen zum Nachfolger des unmündigen däniſchen Königsſohns Ulrichs III. Und falls dieſes Kind ſterben ſollte, ohne daß der Herzog Adolf Friedrich andere männliche Erben hinterließ, wollte man den Vater gewiſſermaßen als Erben des Sohnes im Stift anerkennen und ihm die Nachfolge überlaſſen. Freilich verzichtete das Domkapitel auch jetzt nicht gänzlich auf das Wahlrecht: nach dem Tode des Herzogs Adolf Friedrich I. oder eines Sohnes desſelben, der das Bistum wirklich verwaltet hatte, nahm es die Wahl wider in Anſpruch.

Die Berückſichtigung dieſer neu erworbenen und viel verſprechenden Anrechte auf das Stift Schwerin wirkten natürlich auch auf die Stellung der Herzöge zur deutſchen Politik des Dänenkönigs nicht unerheblich ein. Während das Einvernehmen des älteren Herzogs mit dem Biſchofe Ulrich II. nicht immer das beſte geweſen war, da dieſer das Stift für einen Reichsſtand, Adolf Friedrich I. aber für einen mecklenburgiſchen Landſtand erklärte, konnte der letztere dem Könige nach dem Tode des Biſchofs nicht in einer geradezu feindſeligen Weiſe entgegentreten. Denn nur wenn Chriſtian IV. ſeinen Beſitzſtand an ehemals geiſtlichen Gütern an der unteren Elbe und an der Weſer gegen ſeine Feinde aufrecht erhielt,

1) Schildt a. a. O. S. 195 ff.

konnte auch Adolf Friedrich I. nach den letzten Vorgängen in den Bistümern Halberstadt und Magdeburg mit einer gewissen Sicherheit auf die Wahrung der Ansprüche seines Hauses an das Stift Schwerin rechnen. Und obwol der Herzog von Gustav Adolf vor dem politischen Ehrgeize Christians IV. nachdrücklich gewarnt wurde, daß das Schiff seiner und der übrigen niedersächsischen Stände Freiheiten „nicht durch solchen Schiffmann stranden möge an den Felsen der Knechtschaft", hielten es beide Brüder trotzdem mit dem dänischen Könige.

Allein schon im Herbste des Jahres 1625 scheint Adolf Friedrich die Hoffnung auf eine glücklichere Gestaltung der schwankenden Verhältnisse Norddeutschlands durch den König verloren zu haben: denn er flehte schon damals Gustav Adolf dringend an, persönlich nach Deutschland zu kommen, und zum Rechten zu sehen.[1] —

Christian IV. hatte am 26. März/5. Juni des Jahres 1626 seinem Oberstlieutenant Joachim v. Hünecke den Auftrag erteilt, auf Kosten der Herzöge von Mecklenburg ein Regiment von 2000 M. Fußvolk zusammenzubringen. Die Herzöge sollten ihm das Laufgeld von 3600 Reichstalern, für jeden Mann 2 Rtlr., aus ihren der Kreiskasse zufließenden Kriegsbeiträgen gewähren, während er das Laufgeld für seine eigne Kompagnie vorläufig vorschießen und sie auch selbst bewehren sollte.[2] Allein Monate vergingen, bevor Hünecke mit seiner Werbung zu stande kam. Erst im September eröffnete er seinen Laufplatz im Mecklenburgischen und setzte sich in Neubrandenburg fest, wo er gegen 700 M. zusammenbrachte.

Zu gleicher Zeit hatten die Herzöge dem schwedischen Obersten Streiff im Landesteile Güstrow und um Wismar herum Werbungen verstattet, und auf Kosten der Stände waren schon früher Truppen zur Landesverteidigung geworben und die Lehenpferde aufgeboten worden.

Allein trotz dieser anscheinend kriegerischen Maßregeln waren die Herzöge sehr friedlich gestimmt. Durch Bartold v. Bülow, den Amtmann von Boizenburg, ließen sie dem Könige ihre aufrichtige Neigung zu einer friedlichen Beilegung der Kriegswirren aussprechen und forderten ihn auf, Vorschläge zu machen, auf welche Weise und durch welche Personen die Verhandlungen eröffnet werden könnten. Für den Fall der Zurückweisung dieses Ersuchens sollte ihr Gesandter sogar ein selbständiges Vorgehen der Herzöge in Aussicht stellen. Zuletzt ersuchten die Herzöge den König um die Abführung seiner nach der Schlacht bei Lutter in ihre Lande übergetretenen Scharen und um die Abberufung des Oberstlieutenants

1) Styffe, Konung Gustav Adolfs II. Skrifter 421, 460 f.
2) Verzeichnis der Kriegsbestallungen. K. G. A. in Kopenhagen.

Hünecke.[1] Die kaiserlichen Abberufungsbefehle wurden damals in Mecklenburg, wie es bereits in Brandenburg und Pommern geschehen war, zur öffentlichen Kenntnis gebracht, und damit also die mecklenburgischen Landeskinder unter Androhung der höchsten Strafen aus dem dänischen Heere abgefordert.

Aus der Antwort des Königs auf ihr Gesuch mochten die Herzöge die Hoffnung schöpfen, daß seine kriegerischen Neigungen wirklich einer friedlicheren Stimmung Platz gemacht hatten. Christian IV. ging zwar über die ihm zugemutete Wahl von vermittelnden Unterhändlern mit Stillschweigen hinweg, billigte aber anscheinend den Entschluß der Herzöge, dem Kaiser auch ihrerseits Personen und Mittel zu einer friedlichen Vereinbarung vorschlagen zu wollen, und ließ sich sogar dahin verlauten, daß sich die Herzöge dadurch um den ganzen Kreis höchlich verdient machen und denselben zur Dankbarkeit verpflichten würden. Die Abführung des Regiments Hünecke sagte der König zu und zog dasselbe nach Verlauf einiger Zeit wirklich zurück.

Den mecklenburgischen Ständen, welche am 5./15. September in der Kirche zu Sternberg zusammentraten,[2] genügten freilich diese vorbereitenden Maßnahmen ihrer Landesherren bei weitem nicht.

Während die Herzöge die Stände ersuchten, dafür Sorge zu tragen, daß die nach den Beschlüssen des braunschweigischen Kreisabschiedes ausgeschriebenen, aber noch nicht eingezahlten Kreissteuern schleunigst zusammen gebracht würden, ging der eifrigste Wunsch der Stände dahin, daß sich ihre Landesherren, ähnlich wie Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel, von dieser ganzen Sache lossagen möchten. Und in dieser Gesinnung wurden die Stände um so mehr bestärkt, als ein ihnen allen bekannter mecklenburgischer Vasall, Heinrich v. Husanus, einst Rat des Herzogs Adolf Friedrich I., jetzt Bevollmächtigter des Kaisers, die kaiserliche Bestätigung der Privilegien der Ritter- und Landschaft in ihre Hände legte. Dieser Edle v. Husanus, der nicht weniger als sieben Güter im Lande besaß, erweiterte damals noch die Kluft zwischen den

1) Vgl. den Extrakt der Instruktion Bartolds v. Bülow vom 30. Aug./9. Septbr. 1626. Apologia, Beylagen S. 556—560, und die Antwort des Königs aus dem Hauptquartier Stipelitz vom 3./13. Septbr. a. a. O. 561 ff. K. v. Lützow, Beitrag zur Charakteristik des Herzogs Adolf Friedrich . . . aus Tagebüchern in den Jahrbüchern f. meckl. Gesch. Bd. 12. 85. Dazu O. Schulenburg, Die Vertreibung der mecklenburgischen Herzöge Adolf Friedrich und Johann Albrecht durch Wallenstein (1892). 45 f.

2) Joachim Heinrich Spalding, Mecklenburgische öffentliche Landes-Verhandlungen Bd. II, 22 ff.

Herzögen und ihren Ständen und steigerte dadurch die Schwierigkeiten, welche sich von allen Seiten gegen seine Landesherren erhoben, nicht wenig.[1]

Die Herzöge erklärten die von Husan überreichte Bestätigung der Privilegien für unnötig, die Stände beschlossen sie durch den Druck zu jedermanns Kenntnis zu bringen. Die Ritterschaft legte Verwahrung dagegen ein, daß die durch den Durchzug der Mansfelder entstandenen Kosten aus Landesmitteln bestritten werden sollten, und sprach ihren Tadel darüber aus, daß Gelder aus dem allgemeinen Landkasten für den dänischen Oberstlieutenant und seine Truppen verwendet worden waren. Die Herzöge entschuldigten dagegen die Aufnahme der dänischen Scharen mit der unumgänglichen Notwendigkeit und vertrösteten die Stände auf ihre baldige Abführung. Auf die Anfrage der Landesherren aber, wie man das Land vor weiteren Drangsalen und Durchzügen schützen könnte, erwiderten die Stände, wenn die Herzöge nur die Räumung des Landes von Dänen und Schweden würden durchgesetzt haben, dann wollten sie die äußersten Anstrengungen machen, der Gewalt zu steuern und das Vaterland zu retten. Bis auf den letzten Blutstropfen würden sie sich dann unter der Anführung ihrer Fürsten gegen jedermann verteidigen, der sich mit Gewalt den Aufenthalt im Lande erzwingen wollte.[2]

Die Stände gaben sich also wirklich der Hoffnung hin, daß es ihnen möglich sein würde, eine bewaffnete Neutralität zwischen den kämpfenden Parteien aufrecht zu halten. Sie schlugen den Herzögen deshalb vor, durch eine Gesandtschaft bei Tilly und dem Kaiser jeden Argwohn zu zerstreuen und besonders hervorzuheben, daß sie sich die Befreiung des Landes von den fremden Truppen würden angelegen sein lassen. Seiner besonderen Aufträge an die Ritterschaft entledigte sich der kaiserliche Bevollmächtigte auf die Bitte des Herzogs Adolf Friedrich angeblich damals noch nicht; dagegen drang er bei dem Rate der Stadt Rostock persönlich darauf, diesen feindlichen Kriegsheeren keinerlei Vorschub zu thun, sondern dem Kaiser Gehorsam zu leisten, da das Unternehmen des Königs ganz andere Ziele verfolge, als das der Verteidigung des niedersächsischen Kreises. Rat und Bürgerschaft der Stadt beriefen sich in ihrer Antwort nicht nur auf ihre bisherige treugehorsame Haltung gegen das Reichsoberhaupt, sondern gaben auch für die Zukunft die aufrichtigsten und von Husan mit Befriedigung entgegengenommenen Versicherungen.

In ihrem berechtigten Mißtrauen gegen die öffentliche Sicherheit ersuchten die Stände zuletzt ihre Landesherren, das Hofgericht nach Rostock zu verlegen und alle Akten, Urkunden, Briefe und hinterlegten

1) Vgl. Opel, Der Niedersächsisch-Dänische Krieg II, 570. 571.

2) Spalding a. a. O. S. 35.

Gelder innerhalb der Mauern der wolbefestigten Stadt Rostock zu bergen, wie ja auch das brandenburgische Kammergericht bereits nach Küstrin verlegt worden war.

Als die Stände auseinander gingen, hatten sie keine neuen Kreissteuern bewilligt, sondern den Herzögen nur Vorschläge über die Einziehung der rückständigen unterbreitet.

Husans Auftreten auf dem Landtage und die entschiedene Haltung der Stände scheinen einen tiefen Eindruck auf die Herzöge hinterlassen zu haben. Noch war auch ihr Vertrauen auf das väterliche Wolwollen des Kaisers nicht gänzlich geschwunden und sie klammerten sich noch an die Hoffnung an, daß der Kaiser geneigt sein werde, mit dem Könige und den Ständen des niedersächsischen Kreises in Verhandlungen einzutreten. Sie ließen daher durch Dietrich Barthold v. Plessen den Herzog Friedrich III. von Holstein-Gottorp auffordern, den Kurfürsten von Sachsen um die Wideraufnahme der Friedensverhandlungen zu ersuchen und ihm zu versichern, daß die Fürsten und Stände des Kreises den Frieden mit größter Bereitwilligkeit annehmen würden.[1] Herzog Friedrich von Holstein, der bereits die kursächsischen Geheimen Räte nach der Geneigtheit Johann Georgs ausforschen ließ, war hoch erfreut über diese Botschaft und versprach mit Nachdruck für die Sache bei dem Kurfürsten einzutreten. Nur wünschte er zuvor noch Kenntnis von den Anforderungen zu erhalten, welche der König mit den Kreisständen jetzt an den Kaiser erheben würden. Im Auftrage der Herzöge begab sich nach einigen Wochen der Landrat Heinrich v. Levezow auf Lünow auch nach Berlin, um den Kurfürsten für die Wideraufnahme der Friedensverhandlungen zu gewinnen. Auch Georg Wilhelm äußerte seine unverholene Anerkennung über die Bestrebungen der Herzöge und lehnte seine persönliche Beteiligung an diesem Friedenswerke nicht ab, falls ihn der Kaiser zu demselben heranziehen würde: die Ernennung der Unterhändler stand also nach der jetzigen Anschauung des Kurfürsten bei dem Kaiser.

In dieser zweifelhaften Lage blieben die Verhältnisse einige Zeit. Die Herzöge waren nicht imstande, die Dänen und die Schweden mit Gewalt aus ihren Quartieren zu treiben und wagten auch nicht die geringsten Anstrengungen dazu zu unternehmen. Ja sie hielten wol ihre eigene Sicherheit während dieser widerwillig getragenen Einquartierung für viel weniger gefährdet, als durch die Aufnahme der Scharen Tillys. Denn

1) Plessens Bericht über seine Sendung ist Schwerin, d. 12./22. September gezeichnet. Apologia, Beylagen 546—553.

es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie auch von den damals noch geheimen baltischen Plänen des habsburgischen Hauses Kenntnis erhalten hatten. Die gütlichen Bemühungen der Herzöge bei Christian IV. um eine schleunige Zurückziehung der Truppen blieben erfolglos.

Ja der König gab endlich den Dingen eine neue Wendung und beraubte die Herzöge geradezu der Möglichkeit, auf der Bahn friedlicher Vermittelung weiter fortzuschreiten. Nach dem Einmarsch der Östreicher in die Altmark schien es ihm unerläßlich, Mecklenburg trotz des Sträubens der Stände festzuhalten. Auf seinen Befehl verlegte der Generalwachtmeister Balth. Jakob v. Schlammersdorf die Regimenter Bernhards v. Weimar und des Oberstlieutenants Bremer, welche bisher im Lauenburgischen gestanden hatten, nach Mecklenburg. Der Herzog Adolf Friedrich, welcher bereits einige Wochen zuvor das Gesuch des Königs um die Aufnahme eines Regiments abgelehnt und darauf hingewiesen hatte, daß er eine so schwerwiegende Entscheidung ohne einen Ständebeschluß nicht auf sich nehmen könnte, scheint Schlammersdorf persönlich einen ähnlichen Bescheid erteilt zu haben, sendete aber auch noch zwei Bevollmächtigte an den König, welche der Ausführung eines raschen Entschlusses vorbeugen sollten. Die Antwort des Königs aber bestand darin, daß er Schlammersdorf Befehl zum Einrücken erteilte.[1] Dieser begab sich darauf nach Boizenburg und leitete von hieraus den Einmarsch der Truppen. Am 13. November wurde das Regiment des Herzogs von Weimar durch Bevollmächtigte beider mecklenburgischen Herzöge in seine Quartiere geführt. Alles in allem genommen zählte es 1004 Pferde; da aber die Offiziere eine ungewöhnliche Menge von Pferden mit sich führten, waren die Mannschaften an Anzahl viel schwächer. Um dieselbe Zeit waren noch 4 Komp. Reiter vom Regiment Bremer über die Elbe gegangen, denen Adolf Friedrich Quartier in Dömitz verschaffen sollte. Die beträchtliche Last der Einquartierung der weimarischen Reiter wurde zunächst den kleinen Städten Grabow, Neustadt, Parchim, Lübze und Goldberg aufgebürdet, ihrem Obersten Bernhard selbst das Hauptquartier auf dem herzoglichen Schlosse in Grabow bereitet.

Darauf ist es zu einer förmlichen Vereinbarung zwischen dem Herzoge von Schwerin und Schlammersdorf gekommen, in welcher jedoch nur dem weimarischen Regimente Aufnahme zugesichert wurde. Doch erhob der Herzog keine Einwendung gegen das Verlangen, Fußvolk an die Elbe zu legen, das man gegen Bezahlung zu verpflegen versprach.

1) Der Befehl des Königs ist zu Stade am 19./29. Oktober ausgefertigt, Apologia, Beylagen S. 599.

Bemerkenswert ist in diesem Abkommen noch, daß eine Verstärkung der Dänen durch mecklenburgische Landestruppen bestimmt ausgeschlossen wurde. Auf den besonderen Wunsch des Herzogs ließ der König Schlammersdorf den Oberbefehl. Daß die Stimmung des Herzogs Adolf Friedrich aber trotz der Aufnahme der Dänen eine durchaus friedliche war, that er durch die Bitte dar, daß die königlichen Räte bei jeder sich darbietenden Gelegenheit den Frieden befördern möchten.

Wie verzweifelt er überhaupt seine jetzige Lage betrachtete, beweist sein Hilfsgesuch an Gustav Adolf. „Tilly hat diese Quartierung ohne Zweifel erfahren und nähert sich derowegen zu unsern Landen. Auf jenseit der Elbe hat er in der Kur Brandenburg (Altmark) mit Gewalt Quartier genommen ... Ich habe gestern Zeitung bekommen, daß er nicht weit von unserm Lande über die Elbe eine Schiffbrücke zu schlagen soll im Werk sein; wo das geschieht, kann er in anderthalb Tagen im Lande sein. des Königs zu Dänemark Volk, so hierum liegt, wird ihm geringen Widerstand thun können, unsere sämtliche Unterthanen werden auch wenig helfen, daß es also ein Ansehen hat, als wenn Holstein und .. die Kron Dänemark sowol als wir werden in große Gefahr kommen ... Wenn der König in Dänemark unsere Vorschläge hätte beliebet, möcht es vielleicht zu unserm Besten geraten und ihm selbst auch zuträglich gewesen sein. Von uns hat er sonst wenig Hilfe, und wir neben ihm das Verderben zu gewarten". Zuletzt richtete der Herzog die Bitte an den König, einige Kriegsschiffe in den Hafen zu Wismar zu senden und dadurch die Festung Pöl zu sichern. Gustav Adolf verweigerte indessen die geforderten Schiffe und empfahl dem Herzoge von neuem ein Bündnis der protestantischen Ostseestaaten. Seine denkwürdigen Worte lauten: „Nach Disponierung der Dinge ist kein anders Mittel, das Papsttum und die Tyrannei von uns abzuwenden, als wenn etwas Bündiges könnte geschlossen werden zwischen den angrenzenden Potentaten der Ostsee: Ich meine beide Kronen, Schweden und Dänemark, die Fürsten von Mecklenburg und Pommern und die Städte. E. L. möchten vielleicht sagen, daß solch Konzept leichter zu machen, als ins Werk zu stellen wäre. Das muß ich zwar nachgeben, meine aber, daß die gemeine Gefahr so groß sei, daß mancher wol thun wird, was er sonsten lassen würde. Und wenn E. L. könnten zu Wege bringen, daß vornehme Leute möchten an mich gesandt werden von den Stätten mit Plenipotenz, von solchen Sachen zu tractiren, vormeine ich, daß die Sache wol zu retten wäre. Wo aber solches auch unpraktikabel, halte ich, daß keine remedia mehr gefunden werden, so diesem Bösen remedieren können". „Ich habe es lang geprophezeiet, daß es so gehen würde, E. L. die remedia ofte communicieret, aber es

ſeind impracticabilia geweſen, den Reichs- und Kreisordnungen zuwider. Darum ſeind wir ad haec extrema geraten, daß bald nunmehr kein Rat mehr iſt."[1]

Aber wie ſehr täuſchte ſich der König von Schweden auch jetzt noch über die geiſtige Schnellkraft, über das Selbſtvertrauen und die Stärke des Willens, welche er dieſen Fürſten und dieſen ſtädtiſchen Ratsherren zutraute. Einige Wochen ſpäter machte ſich ſeine bitterſte Entrüſtung über die Schlaffheit und Charakterloſigkeit des norddeutſchen Proteſtanten in noch herberen Worten Luft:

Er ſchrieb ſeinem Vetter Adolf Friedrich: „Was das allgemeine Weſen betrifft, davon kann ich nichts mehr diskurieren, denn es nu ſo böſe iſt, daß es ärger nicht groß werden kann; denn die Zeiten ſeind kommen, daß das Zeitliche dem Ewigen vorgezogen wird, und das man heute geläſtert hat, lobet man morgen, und des Freund man geſtern war, des Feind iſt man heute, welches von ſich gebäret, daß wenig gefunden werden, die beſtändige Reſolution in ihren ſelbſt eigenen Sachen faſſen können, denn ſie nicht wiſſen, ob ſie lutheriſch oder päpſtiſch, ob ſie kaiſeriſch oder däniſch, ob ſie endlich frei oder Sclaven ſein wollen".[2]

Daß der König mit dieſen Worten beſonders die Stimmung im Mecklenburgiſchen ſehr richtig bezeichnet hatte, erwies ſich auf dem Landtage, der am 14./24. Nov. zu Güſtrow zuſammentrat. Auch dieſer Tag war ſehr ſchwach beſucht, und die Stände nahmen auf demſelben eine faſt feindſelige Haltung gegen ihre Landesherren ein. „Die groben Flegel" weigerten ſich anfangs ſogar auf das Schloß zu kommen. Während dieſes Landtages erſchien der Oberſtwachtmeiſter Balth. v. Schlammersdorf als Überbringer einer königlichen Botſchaft in Güſtrow, die ſich auf die weitere Unterhaltung des Volkes bezogen haben wird, welches die Herzöge nach einem vom Könige entworfenen Anſchlage verpflegen ließen. Die Stände erinnerten indeſſen die Herzöge an ihre Erklärung gegenüber dem kaiſerlichen Abgeſandten, bis an ihr Ende in der kaiſerlichen Devotion verharren zu wollen, und ſtellten ihrer Erwägung anheim, ob dieſer Erklärung die Aufnahme einer däniſchen Beſatzung

1) Das Schreiben des Herzogs Adolf Friedrich (Schwerin 31. (?) Oktob a. St.) iſt in deutſcher und lat. Sprache abgedruckt in dem Schriftchen Ludovici Camerarii i. e. aliorumque epistolae nuper post pugnam maritimam in Suedica navi capta captae a victore Polono. M. DC. XXVII. 4. 25—35. Die Antwort des Königs aus dem Lager vor Falkenow vom 5. (?) 8ber a. St. findet ſich in Styffe's Sammlung: Konung Gustav II. Adolfs Skrifter 464 f. Einer dieſer beiden Briefe iſt unrichtig datiert.

2) Styffe a. a. O. 446. 467.

entſpreche, oder ob ſich der Kaiſer dadurch nicht auf das höchſte beleidigt fühlen werde. Die Stände waren der Meinung, daß die Herzöge die kaiſerliche Armee geradezu in das Land lockten, und baten ihre Landesherren nochmals, nachdem der zu Braunſchweig gefaßte Majoritätsbeſchluß durch die Majorität wider umgeſtoßen ſei, Schweden und Dänen aus dem Lande zu ſchaffen.

Im ſchroffſten Gegenſatze hierzu teilten die Herzöge den Landräten einen Vorſchlag des ſchwediſchen Oberſten Streiff mit, welcher das Anſinnen an ſie gerichtet hatte, die im Lande befindlichen 1500 ſchwediſchen Reiter, zu denen noch 2000 M. Fußvolk erwartet wurden, den Winter über für eigne Zwecke zu gebrauchen.

Dagegen faßte die Ritterſchaft nach beſonderer Beratſchlagung den ritterlichen und einſtimmigen Beſchluß, die eingedrungenen Scharen mit Gewalt aus dem Lande zu treiben, machte aber freilich die Ausführung desſelben von der Zuſtimmung und perſönlichen Beteiligung ihrer Landesherren abhängig. Falls dieſe dem Unternehmen nicht beitreten würden, wollten ſie vor dem Kaiſer Klage führen und „es Serenissimis auf ihr Gewiſſen zu verantworten befehlen.“ Die Seeſtädte, alſo Roſtock und Wismar, erklärten, in kaiſerlicher Ergebenheit verharren zu wollen, ohne der Ritterſchaft geradezu beizufallen. Und auch die Landſtädte, welche den Entſchluß der Ritterſchaft für nicht unausführbar erachteten, da ſie die Widerſtandsfähigkeit der däniſchen Reiter nicht ſehr hoch ſchätzten, zogen der Waffengewalt zunächſt die Anwendung friedlicherer Mittel vor. Ihr Wunſch ging dahin, daß ihre Landesherren im Verein mit andern Leidensgenoſſen noch einmal Friedensverhandlungen anknüpfen und durch eine neue Geſandtſchaft an den König die ganze Einquartierung rückgängig machen möchten. Sie ſchreckten vor dem erſten feindſeligen Schritte zurück; denn es ſchien ihnen leicht, „die Fahne anzubinden, aber nicht ſo leicht, ſie wider zu löſen“. Am 28. Nov. begaben ſich endlich Ritterſchaft und Landſchaft auf das Schloß, um den Landesherren in perſönlicher Zwieſprache Rede und Antwort zuſtehen. Hier bekämpfte Dr. Cothmann im Auftrage der Fürſten den Beſchluß der Ritterſchaft von allen Seiten und wies beſonders auf die Nähe der däniſchen Hauptarmee hin. Er hob hervor, daß den Landesherren und ſämtlichen Unterthanen an einem freundſchaftlichen Einvernehmen mit den benachbarten proteſtantiſchen Königen nicht wenig gelegen ſein müſſe. Da Schlammersdorf noch anweſend war und auf Beſcheid wartete, drang Cothmann nachdrücklichſt darauf, daß ſich die Stände der Anſchauung der Landesherren, nach welcher wenigſtens die vorläufige Unterhaltung der Soldaten von den Ständen übernommen werden müßte, anbequemen

sollten, und sagte dagegen eine abermalige Verwendung der Landesherren bei Christian IV. für die baldige Abführung zu. Demungeachtet verharrte aber die Ritterschaft bei ihrer früheren Erklärung und zwar besonders, weil sich viele ihrer Mitglieder nach der Beschlußfassung entfernt und schon im voraus Verwahrung gegen eine Abänderung derselben eingelegt hatten. Die Vertreter der Seestädte aber besaßen überhaupt keine Vollmacht, über die Aufnahme und Verpflegung der Truppen zu verhandeln. Nur die unter der Einquartierung seufzenden Landstädte waren bereit, auf Verhandlungen einzugehen, weil sie durch eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten zu gewinnen hofften. Auf eine Änderung in dem Beschlusse der Ritterschaft übte jedoch auch diese Erklärung keinen Einfluß aus. Ohne irgend ein greifbares Ergebnis ihrer Verhandlungen gingen endlich die Landtagsmitglieder auseinander, nachdem den Herzögen anheim gegeben worden war, die fruchtlosen Beratungen innerhalb acht oder vierzehn Tagen weiter fortzusetzen.

Am 9. Dez. versammelten sich indessen die Stände auf dem Klosterhofe zu Sternberg von neuem. Und schon in der ersten in der Kirche abgehaltenen Sitzung traten einige Mitglieder der Ritterschaft von ihrem früheren Beschlusse zurück[1] und erklärten es für unerläßlich, den Herzögen zur Abwendung der großen Gefahr mit einer Steuerzulage zu Hilfe zu kommen. Die letzteren ließen darauf den Ständen noch vorstellen, daß sie gar nicht in der militärischen Verfassung wären, um ihre kriegerischen Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, und daß die Dänen sich in den Besitz der wichtigsten Punkte gesetzt hätten und sich leicht stärken könnten. Ferner wiesen sie auf die Nachteile hin, welche ein vollständiger Bruch mit Dänemark für den Handelsverkehr besonders der Seestädte haben mußte, und suchten die Furcht der Stände vor dem Kaiser durch die Erklärung zu beschwichtigen, daß die Einquartierung ohne ihr Vorwissen vorgenommen worden sei, und daß sie alles, was in diesen Landen vorgegangen sei, vor Gott, ihrem Gewissen und auch vor dem Kaiser zu verantworten hofften.

Diese ernsten Mahnungen Cothmanns machten Eindruck, und die Stände beschäftigten sich darauf mit Ausnahme Rostocks, dessen Vertreter ohne Vollmacht waren, mit der Aufbringung einer Steuer. Die in Vorschlag gebrachte Kopfsteuer wurde zurückgewiesen und man einigte sich endlich dahin, die letzte Steuer um die Hälfte zu erhöhen[2] und die

1) Spalding a. a. O. 61—63.

2) „Den 3./13. Dez. endlich haben die Landstände eine halbe Kontribution bewilligt zur Unterhaltung des Kreis- und dänischen Volkes und mit den Städten, da sie ihre Quartiere genommen, tractirt, daß sie den Verlag thun sollen". Tagebücher des Herz. Adolf Friedrich (Jahrb. d. V. f. meckl. Gesch. Bd. 12. 86).

Quartiergeber und Soldatenwirte aus diesen in den Landkasten fließenden Mitteln zu entschädigen. Doch sollte dieser Beschluß auch nur für den Fall gelten, daß eine neue Abordnung an den König die Befreiung des Landes nicht durchzusetzen vermöge. Mit den dänischen Offizieren aber wollten sich die Landstände behufs der Ablohnung der Soldaten nicht in die entfernteste persönliche Verbindung setzen. Von ihren fortgesetzten Versuchen, durch Friedensunterhandlungen einen Vergleich der Gegner herbeizuführen, machten die Herzöge den Ständen Mitteilung, indem sie ein Schreiben des Herzogs Friedrich von Holstein und eine Erklärung Christians IV. vorlesen ließen. Denn auf eine neue Mahnung Kursachsens und des Herzogs von Holstein hatten die mecklenburgischen Herzöge ihre Geneigtheit, sich auf die im Januar 1626 von den Vermittlern in Braunschweig übergebenen Punkte hin mit den Kaiserlichen zu vertragen, fast umgehend zu erkennen gegeben. Sie sendeten ihren Rat Hartwig v. Passow nach Gottorp und wiesen ihn an, auf dem Wege dahin auch bei dem Erzbischofe Johann Friedrich, ihrem Oheime, in Lübeck vorzusprechen und womöglich einen Rat desselben zu den Verhandlungen in Gottorp hinzuzuziehen. Auch waren beide Brüder bereit, in einer persönlichen Zusammenkunft mit den beiden holsteinischen Herzögen, Friedrich von Gottorp und Johann Friedrich, dem bremischen Erzbischofe, diese vorbereitenden Maßregeln zur Widereröffnung der Friedensverhandlungen in Beratung zu ziehen.[1]

Unter dem Eindrucke dieser Mitteilungen überkam auch die Ritterschaft das Gefühl, daß man der Not gehorchen müsse; doch sprach sie immer noch den Wunsch aus, daß die Herzöge durch öffentlichen Aufruf die Erlaubnis erteilen möchten, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, wenn sich die fremden Soldaten noch weiterer Vergehen schuldig machen würden.

Den Herzögen genügten freilich diese Beschlüsse sehr wenig, denn es lag ihnen daran, die dänischen Offiziere nach der von dem Könige aufgestellten Verflegungsordnung vollständig zu befriedigen. Allein die Stände ließen sich für keinen bestimmteren Vorschlag mehr gewinnen, sondern stellten die Ausführung ihrer Beschlüsse den Landesherren anheim und empfahlen ihnen nur noch, die Rückstände der bereits bewilligten Steuern einzuziehen. Und als man ihnen noch die Frage vorlegte, wie die aus den bereits ausgezehrten Städten näher an die Elbe verlegten Truppen mit Proviant und Futter versehen werden sollten, blieben sie die Antwort schuldig.

---

1) Die Urkunden sind in der Apologia, Beylagen 563—571 abgedruckt.

Die Herzöge haben sich darauf nochmals mit dem Könige in Verbindung gesetzt, was aber ohne jeden Erfolg blieb. Ja Christian IV. nahm auch noch den Unterhalt für das Regiment Bremer in Anspruch. Von ihren Bemühungen um die Widereröffnung der Friedensverhandlungen gaben die Herzöge durch Heinrich Husan den kaiserlichen Bevollmächtigten im niedersächsischen Kreise, dem Herzog Christian von Lüneburg und Tilly, ganz offen Nachricht. Allein beide stellten in voller Anerkennung ihrer versöhnlichen Haltung nun vielmehr die Forderung an die herzoglichen Brüder, in aller Stille und Geschwindigkeit und ohne weitere geräuschvolle Verhandlungen zum Gehorsam gegen den Kaiser zurückzukehren und wiesen sie noch besonders auf „eine herrliche kaiserliche Erklärung und Anerbietung" hin. Hätten sich die Herzöge diesem Ansinnen gefügt, so hätten sie mit vollem Bewußtsein Zustände über ihr Land gebracht, wie sie Monate hindurch im Braunschweigischen bestanden. Der Herzog Hans Albrecht erwiderte also, daß sie auf diese Weise und durch die Einnahme kaiserlicher Völker die ganze dänische Armee nur um so sicherer in das Land ziehen würden, und ersuchte die kaiserlichen Bevollmächtigten um die Eröffnung gütlicher Verhandlungen, von denen er sich immer noch ein erwünschtes Ende versprach, während diese doch nur den Auftrag besaßen, die Erklärung der unbedingten Unterwerfung von den einzelnen niedersächsischen Ständen entgegenzunehmen.[1]

Auf Schlammersdorfs Drängen gestand endlich Adolf Friedrich die Aufnahme von 400 M. dänischen Volkes in die Festung Dömitz zu, in welcher jedoch trotzdem der mecklenburgische Hauptmann Gerhard Oberberg den Oberbefehl führen sollte, dem zugleich verboten wurde, Einfälle in das von den Feinden behauptete lüneburgische Gebiet zu unternehmen.[2]

Dagegen drohte Tilly, die Dänen, wenn sie im Lande bleiben würden, als offenbare Feinde des Kaisers zu verfolgen.

Da schien sich den geängsteten Herzögen noch ein Ausweg zu bieten. Wenn Tilly das Versprechen erteilte, sich der Lande enthalten zu wollen, nachdem sie die Dänen geräumt haben würden, dann war vielleicht auch der König geneigt, den Herzogtümern eine blutige Entscheidung zu ersparen. Dieser Vorschlag wurde den kaiserlichen Bevollmächtigten noch unterbreitet, scheint aber unbeantwortet geblieben zu sein.

---

1) Herzog Christian und Tilly an die Herzöge Adolf Friedrich und Johann Albrecht von Mecklenburg 21./31. Dez. 1626. Apologia, Beylagen 602—605. H. Hans Albrecht an H. Christian und Tilly, Güstrow 13./23. Jan. 1627.

2) Apologia 328.

Der dänische Oberstwachtmeister Schlammersdorf war Monate lang fast ununterbrochen in Mecklenburg anwesend; in Neustadt hatte er sein Hauptquartier. Der dreiundzwanzigjährige Oberst Bernhard v. Weimar scheint jedoch erst in den letzten Tagen des Dezember 1626 angelangt zu sein. Am 29. Dez. verhandelte er zu Schwerin mit dem Herzoge Adolf Friedrich über Quartierangelegenheiten, verließ aber darauf Mecklenburg wider und kehrte erst nach einigen Monaten zurück.[1]

Die Herzöge zahlten in diesen Monaten der dänischen Besatzung Wochengeld, so daß die Soldaten selbst für ihre Verpflegung gegen Bezahlung zu sorgen hatten. Auch Schlammersdorf war auf dieses Wochengeld angewiesen, erhielt aber von Adolf Friedrich noch eine persönliche Zulage. Wenn man den Zahlungsverpflichtungen nicht rechtzeitig genügen konnte, wurden die Gemeinden angehalten, die Soldaten vorschußweise in Verpflegung zu nehmen. Durch einen solchen Befehl wies Adolf Friedrich einst (März 1627) den Rat von Grabow an, der den einquartierten Reitern weder Nahrungsmittel noch Geld reichen wollte, die Bezahlung von den Mannschaften in Empfang zu nehmen, wenn sein Kommissarius ihnen das Wochengeld auszahlen werde.

Die Abneigung der Ritterschaft und der Städte gegen die fremde Einquartierung wurde auch von den unteren Klassen geteilt. Im Amt Dömitz hatten sich schon im Dezember die mendorfischen Bauern zusammengethan und waren zwei Kompagnien des Herzogs Bernhard, Mannschaften des Majors Johann Geißo, in die Quartiere gefallen, so daß es zu einem Kampfe kam, in welchem es Tote gab.[2]

Außer den Regimentern Herzog Bernhard und Bremer hatte man einige Kompagnien des Administrators von Magdeburg, der damals noch den Titel eines Generallieutenants des niedersächsischen Kreisobersten führte, aufnehmen müssen, die in Gadebusch, Rehna und Boizenburg untergebracht waren. Widerholt forderten die Herzöge von dem Administrator die Abführung dieser Truppen, welche durch ihre Räubereien große Klagen veranlaßten. Dann ließ Adolf Friedrich (5. Febr.) an alle seine Beamten den Befehl ergehen, ausstreifende dänische Soldaten, welchen wirklich im Lande Aufnahme gewährt worden war, geradezu in ihre Quartiere zu treiben, allen andern raubenden Parteien aber, welchen keine Quartiere angewiesen waren, mit Waffengewalt zu begegnen. Dem Markgrafen Christian Wilhelm aber drohten beide Herzöge endlich damit,

1) K. v. Lützow, Beitrag a. a. O. S. 86.

2) Nach Akten des Großh. Archivs in Schwerin.

daß bei noch längerem Verweilen seiner Scharen die Unterthanen zur Selbsthilfe greifen würden.[1]

So wuchs allmählich die Verwirrung in sehr bedrohlicher Weise; die Landesherren, sowie die ständischen Gewalten waren ratlos. In einer Sitzung zu Rostock[2] zeigte sich der große Ausschuß, nachdem alle Verhandlungen mit dem Könige erfolglos geblieben waren, sehr entmutigt. Mußten sie doch jetzt von ihren Landesherren noch den Vorwurf hinnehmen, daß gerade die Stände, welche einst gedroht hatten, die Einquartierung mit Gewalt aus dem Lande zu entfernen, die Verstärkung derselben veranlaßt hätten. Der König habe sich entschlossen, da die Ritterschaft lieber Tilly, als ihn im Lande haben wolle, „das Land vorher so kahl machen zu lassen", daß jener nicht viel finden sollte. Und der Verdacht Christians IV. gegen die Ritterschaft hatte sich um diese Zeit wirklich so weit gesteigert, daß er seinen Generallieutenant anwies, sich zur Verteidigung gefaßt zu halten und im Notfalle sogar den Obersten Streiff mit seinen Schweden zur Hilfe heranzuziehen. Mit dem Hinweis auf günstige Friedensaussichten forderten die Herzöge die Summe von 16,000 Gulden für die Unterhaltung der Besatzungen an der Elbe, die nicht mehr wußten, wovon sie leben sollten, und die Einzahlung der Rückstände besonders auch von Rostock und Wismar. Der Ausschuß gab endlich seine Einwilligung dazu, daß den Herzögen die ganze noch im Landkasten befindliche Summe zur Verfügung gestellt würde, sprach aber auch dies Mal die Erwartung aus, daß das Geld zur Unterstützung der von den Soldaten Bedrängten verwendet werden möchte, und wie es die Herzöge sonst vor Gott, vor dem Kaiser und den Ständen verantworten könnten. Sie wollten auch dies Mal dem Vorwurfe die Spitze abbrechen, daß sie die Feinde des Kaisers aus den Mitteln des Landes unterhalten hätten. Die Ritterschaft stand zugleich unter dem Eindruck eines Schreibens des Grafen Tilly,[3] welches sie aufforderte, im Verein mit

---

1) Adolf Friedrich und Hans Albrecht an den Administrator am 26 Febr /8. März. Christian Wilhelm hatte durch ein Schreiben aus Tremsbüttel vom 6./16. Febr. um Nachsicht gebeten. Großh. Arch in Schwerin.

2) Ueber den vom 30. Jan./9. Febr. 1627 an zu Rostock gehaltenen Konvokationstag vgl. Spalding a. a. O. II. 69 ff.

3) Dieses Schreiben Tillys war den 18 /28. Dez. eingegangen (vgl. Spalding 70) und war wol das in Rethem am 10. Dez. n. St. ausgestellte. Vgl. das zweite Schreiben Tillys an die mecklenburgische Ritterschaft vom 3. Febr. 1627 n. St. Londorp, Acta publ. Bd. III. (J. 1668). 966

den niederſächſiſchen Kreisſtänden den König zur Niederlegung der Waffen zu bewegen und, wenn das nicht möglich ſein ſollte, dem Kaiſer thatſächlich ihre Unterſtützung angedeihen zu laſſen.

Nun zeigte ſich aber andererſeits der König den Herzögen gegenüber im Verlauf der Zeit immer unerbittlicher. Als Moriz von der Marwitz und Bartold v. Bülow in Rendsburg wenigſtens die Abführung der Reiterei Bremers durchſetzen wollten, erteilte er ihnen keine Audienz, ſondern ließ ſie wiſſen, daß ihre Herzöge alles Volk, welches im Lande läge, zu unterhalten hätten.[1] Von dieſem Beſcheide wird man auch im Lager der Feinde Kenntnis erhalten haben, wenigſtens lief nach einiger Zeit ein Schreiben des Herzogs Chriſtian v. Celle und Tillys bei den Herzögen ein, in welchem geradezu die Einnahme einer Beſatzung gefordert wurde.[2] Dazu war jedoch unter den obwaltenden Umſtänden keiner der beiden herzöglichen Brüder geneigt, ſondern Johann Albrecht ſendete unter der vollen Zuſtimmung ſeines Bruders Joh. Joachim v. Wartensleben nach Dresden, um die Verſuche der Friedensvermittelung, welche der Kurfürſt damals noch nicht aufgegeben hatte, deſtomehr zu beſchleunigen.

Den König aber ſuchten die Herzöge auf andere Weiſe zur Abführung der Truppen zu vermögen, indem ſie ihm durch Bartold v. Bülow mitteilen ließen,[3] daß die Kaiſerlichen ihr Augenmerk auf die Havel gerichtet hätten, und zugleich auf die zuletzt eingelaufenen Schreiben der beiden kaiſerlichen Bevollmächtigten hinwieſen, welche die Abſicht der Feinde, den Krieg diesſeit der Elbe zu verlegen, gleichfalls bezeugten. Nach dem ſehr erklärlichen Wunſche der Herzöge ſollte nun der König den Öſtreichern an der Havel zuvorkommen und hierzu die in Mecklenburg ſtehenden Regimenter verwenden, während ſie ſelbſt die von ihm notwendig erachteten Punkte mit ihren Landestruppen beſetzen und dadurch dem Könige dieſelbe Sicherheit gewähren wollten. Außerdem mußte Bülow ein begütigendes Wort für die mecklenburgiſchen Landſtände einlegen und wenigſtens für die Mehrheit eine gewiſſe Bürgſchaft übernehmen. Sehr ernſte Klagen gegen die Eigenmächtigkeiten und Räubereien der Mannſchaften des Adminiſtrators und Bremers bildeten den Schluß ſeiner Botſchaft.

1) Nach den Tagebüchern 86 reiſten beide Geſandte ſchon am 30. Dez. 26/9. Jan. 27 ab, kamen aber erſt am 16./26. Jan. nach Rendsburg, da ſie keine genaue Kenntnis von dem Aufenthaltsorte des Königs erhalten konnten und ſich 8 Tage in Kiel verweilt hatten. Großh. Archiv in Schwerin. Einquartierung d. K. D. Völker in Meckl. Fasc. I.

2) Das Schreiben langte am 18./28. Febr. an. Vgl. K. v. Lützow, Beitrag in den Jahrbüchern XII. S 86.

3) Seine Inſtruktion iſt vom 22. Febr./4. März. Großh. A. in Schwerin, Einquartierung der Kön. Dän. Völker in Mecklenburg. Fasc. I.

Indeſſen hat auch dieſer Schritt die Herzöge dem erſehnten Ziele der bewaffneten Neutralität nicht näher gebracht. Der König war gar nicht imſtande, den Feinden in der Beſetzung der Havelpäſſe zuvorzukommen und hütete ſich ſogar, den Herzögen die Ausſicht darauf zu eröffnen. Auch auf die Beſchwerden gegen ſeine Truppen ging ſeine Antwort nicht ein. Dagegen hielt er den Herzögen als Warnungs- und Abſchreckungsmittel gegen einen Vergleich mit Tilly die Zuſtände im Herzogtum Wolfenbüttel und in Heſſen-Kaſſel vor die Augen und mahnte ſie von neuem zur Standhaftigkeit und Beharrlichkeit. „Was ſind dergleichen Trennungen und Spaltungen anders, als eine Brück zu Totalſupprimier — und Unterdrückung der deutſchen, ja ganzen ſeptentrionaliſchen und endlich der weiten Welt Religion und Profanfreiheit?“ — ſo lauteten ſeine Worte. Doch erteilte er wenigſtens dem Herzoge Franz Karl von Lauenburg, dem die Kompagnien Bremers jetzt überwieſen waren, Befehl, die Beſatzung nicht noch zu erhöhen.

In der letzten Märzwoche 1627 wurden die Stände von neuem zuſammenberufen,[1] da die den Herzögen aus dem Landkaſten zur Verfügung geſtellten Mittel ſich als ganz unzureichend erwieſen hatten. Allein auch jetzt glaubten die Stände ſich einem bindenden Entſchluſſe entziehen zu können: ſie ſahen kein anderes Mittel zur Abwendung der äußerſten Gefahr, als den König ſowie Tilly wiſſen zu laſſen, daß ſie mit allen ihren Lehensleuten und Unterthanen ihre Grenzen beſetzen und gegen feindliche Einfälle verteidigen wollten. Auf der Stelle ſollte dieſe Meldung zur Kenntnis der Häupter der feindlichen Parteien gebracht werden.

Einer Bewilligung neuer Mittel wichen die Stände unter einem Hinweis auf die noch nicht eingezahlten Beträge aus, und die Ritter zogen nach dieſen mannhaften Erklärungen dem Verbote der Herzöge zum Trotz zum größten Teile nach Hauſe. Darauf einigten ſich die Herzöge noch mit den zurückgebliebenen Mitgliedern, vor der wirklichen Ergreifung der Waffen gegen beide Parteien wenigſtens die Vertreter des Kaiſers zu einer unverfänglichen Erklärung zu beſtimmen, ob ſie auf einer Beſetzung Mecklenburgs auch dann noch beſtehen würden, wenn man die däniſchen Regimenter entfernt habe.[2] Zur Linderung der allerdringendſten Not boten endlich die noch anweſenden Ständemitglieder den Herzögen die Summe von 8—10,000 Gulden: nur die Vertreter einiger kleinen Landſtädte zeigten auch Geneigtheit zur Bewilligung einer neuen Landſteuer.[3]

1) Vgl. die Landtagsverhandlungen zu Güſtrow vom 13./23. März an bei Spalding a. a. O. II. 75.

2) Am 17./27. März, vgl. Spalding a. a. O. II. 83.

3) Spalding a. a. O. 86—88.

Bei Tafel ließen die Herzöge freilich ihrer Zunge gegen die noch anwesenden Landtagsmitglieder freieren Lauf und erklärten sich mit solcher Deutlichkeit über ihre Pläne, daß die Abgeordneten von Rostock nicht umhin konnten, ihnen Vorstellungen zu machen und den Rat zu erteilen, ihre Sachen so einzurichten, daß Herr und Knecht einig bleiben möchten.

Die erhöhten Ansprüche, welche Tilly an die Treue der Fürsten gegen den Kaiser stellte, trieb sie dem Könige um so schneller in die Arme, so daß sich allmählich auch die Besorgnisse vor der Gefahr abschwächten.

So lag also den ständischen Gewalten und auch den Fürsten dieser Gebiete, auf welche der König durch seine Besatzungen einen sehr bedeutenden Druck ausübte, doch viel mehr an der Herbeiführung friedlicher Verhältnisse, als an der Fortsetzung des Krieges. Aber auch der König selbst war in dieser Zeit einer friedlichen Vereinbarung nicht abgeneigt und würde sie nach Kräften gefördert haben, wenn er die Überzeugung hätte gewinnen können, daß man auch in Wien den Frieden ernstlich wolle.

Unter allen niedersächsischen Fürsten widmete nun gerade der Mitregent des Königs im Herzogtum Holstein, der Herzog Friedrich III., der Anbahnung friedlicher Zustände die eifrigste und aufrichtigste Sorgfalt.

Die Rüstungen im Herzogtum Holstein und die Vermittelungsversuche des Herzogs Friedrichs III. von Holstein-Gottorp und des Kurfürsten von Sachsen.

Das Herzogtum Holstein zerfiel damals in zwei Teile, in ein königliches und ein herzogliches Gebiet, von denen das letztere unter dem Herzoge Friedrich III. von Holstein-Gottorp stand. Beide Beherrscher des Landes, König Christian IV. von Dänemark und Herzog Friedrich III., stammten von dem Könige Friedrich I. ab und waren seine Urenkel. Beide wurden aber auch noch durch ein engeres Band der Verwandtschaft verknüpft. Denn Christians IV. Schwester Auguste war als Gattin des Herzogs Johann Adolf von Schleswig-Holstein, der das Erzbistum Bremen und das Bistum Lübeck in seiner Hand vereinigte, Mutter des Herzogs Friedrichs III. Der jüngere Bruder Johann Adolfs, Johann Friedrich, erhielt von diesem die beiden Bistümer überwiesen und hatte einen erheblichen Anteil an der Wahl Christians IV. zum Kreisobersten genommen, sich aber noch vor der Schlacht bei Lutter von dem Könige getrennt.

Sein Neffe Friedrich III. teilte dieſe dem Könige mehr oder weniger feindſeligen Anſchauungen. Derſelbe war ohne eine förmliche Wahl nach dem Tode ſeines Vaters (1616) in einem Alter von 19 Jahren zum Herzoge von Holſtein angenommen worden und hatte noch in demſelben Jahre vom Kaiſer ſämtliche Rechte auf Schleswig und auch die Belehnung empfangen. Friedrichs III. jüngerer Bruder, Herzog Adolf, war in das kaiſerliche Heer eingetreten und bekleidete in Wallenſteins Armee die Stelle eines Oberſten.

Die fünf abgeteilten Herzöge, wie man ſie nannte, Chriſtian, Alexander, Johann Adolf, Philipp, Joachim Ernſt, Söhne Johanns des Jüngeren, des väterlichen Oheims Chriſtians IV., erhielten bei dem Tode ihres Vaters (1622) die von dieſem hinterlaſſenen Beſitzungen Arröe, Sonderburg, Norburg, Glücksburg und Ämter in Holſtein, übten aber als Glieder der Königlichen Linie in denſelben keinerlei Hoheitsrechte aus.

Das Herzogtum Holſtein ſtand alſo damals unter zwei Regierungen; im königlichen Anteile war dem Statthalter Gerhard (Gert) v. Ranzau die höchſte Gewalt übertragen, während ſich in der Verwaltung des gottorpiſchen Teils der Kanzler Martin Chemnitz einen Namen gemacht hatte. In dieſen Jahren war Aegidius v. d. Lancken, Oberhofmeiſter und Amtmann zu Ripen und Propſt in Lübeck, von beträchtlichem Einfluß. Auch er gehörte der friedliebenden Partei an und ſcheint dem Könige von Dänemark beſonders abhold geweſen zu ſein.

Friedrich III. war ein Freund der Wiſſenſchaften und beſonders der Geographie und der Mathematik. Seine Kunſtkammer in Gottorp war berühmt. Auch ſchmückte er dieſes Schloß durch die Anlegung eines großen Gartens. Durch die Aufnahme von arminianiſchen Niederländern gründete er Friedrichſtadt und gewährte hier auch wie in ſeinen übrigen holſteiniſchen Beſitzungen den Katholiken freie Religionsübung. In ſeinem Auftrage begab ſich ſpäter der Dichter Paul Fleming als Mitglied einer Geſandtſchaft nach Rußland und nach Perſien.[1]

Friedrichs Vater Johann Adolf hatte ſich dem Calvinismus zugeneigt, während ſich der Sohn wider dem ſtrengeren Luthertume zuwendete, aber ſelbſt Jeſuiten in ſeiner Nähe duldete.

---

1) Vgl. Georg Waitz, Schleswig-Holſteins Geſchichte, Bd. II. S. 454 ff. Dazu Lucht: Glückſtadt oder Beiträge zur Geſchichte dieſer Stadt und des dreißigjährigen Krieges. Kiel 1854. S. 5 ff. Allgem. Deutſche Biographie, Bd. VIII. 15 ff. Pieper, A. Die Propaganda-Kongregation u. die nord. Miſſionen im 17. Jahrh. Görres-Geſellſchaft 1886. 23.

Christian IV. war sichtlich bestrebt, seine königliche Macht über die des Herzogs von Holstein emporzuheben. Deshalb gründete er Glückstadt, wenn auch zunächst nur als Festung (1616) gegen Hamburg; deshalb suchte er auch Krempe zu befestigen.

Sofort nach der Besetzung Holsteins begann der König damit, die reichen Hilfsmittel der Elbherzogtümer seinen Plänen dienstbar zu machen. Denn weit mehr als in andern deutschen Landschaften war es ihm hier gelungen, breitere Schichten der niederen Bevölkerung und zahlreiche Mitglieder des Adels in sein Interesse zu ziehen. Die königliche Gewalt hatte dem persönlichen Einflusse Christians IV. bereits Jahrhunderte lang vorgearbeitet.[1]

Aus den höheren Kreisen Holsteins waren es hauptsächlich zwei Familien, die v. Ranzau und die v. Buchwald, welche die deutsche Politik des Königs mit Eifer und Nachdruck förderten. Besonders Gert v. Ranzau auf Breitenburg, der königliche Statthalter der Herzogtümer, hatte in den beiden vorigen Jahren einen bedeutenden Einfluß entwickelt.

Dieser charaktervolle Mann war der vierte Sohn des durch seine humanistischen Bestrebungen als aufopferungsvoller Freund der Wissenschaften in ganz Norddeutschland und darüber hinaus wol angesehenen Heinrichs v. Ranzau, dem einst der magdeburgische Rektor Rollenhagen seinen Froschmeuseler gewidmet hatte, von welchem ferner Tycho de Brahe auf seiner Flucht aus Dänemark aufgenommen worden war. Zu Heinrichs Zeit soll die ganze Sippe der Ranzau nicht weniger als 118 Mitglieder männliches Geschlechts gezählt haben: in ihrem Besitze befanden sich der Überlieferung nach 70 Güter.

Gerhard v. Ranzau hatte seine Jugendbildung in den Niederlanden erhalten und dieselbe der Sitte der Zeit gemäß durch Reisen in Süddeutschland, Östreich und dem Orient bereichert. Auch England und Frankreich hatte er in der Jugend mit eignen Augen gesehen. Nachdem er die Stellen eines Amtmanns von Flensburg und von Hadersleben durchlaufen hatte, erhob ihn der König im Jahre 1600 zum Statthalter. Als Oberstwachtmeister nahm er an dem Kriege gegen Gustav Adolf teil, in welchem sein Bruder Breide die ganze dänische Armee befehligte. Im Jahre 1612 ernannte ihn Christian IV. zum Feldmarschall. Während des Feldzuges in Deutschland in den Jahren 1625 und 1626 war Gert v. Ranzau in der Armeeverwaltung thätig. Er und Heinrich Blome hatten dem Könige je eine Kompagnie Reiter auf eigne Kosten errichtet.

---

1) Nach einer Samlung von Landtagsakten und Beschlüssen in der Kön. Un.-Bibliothek zu Kiel und dem K. St.-A. in Schleswig.

Nach der unglücklichen Schlacht bei Lutter förderte der angeſehene Schloßherr von Breitenburg mit Begeiſterung die neuen Rüſtungen des Königs in Holſtein und leitete die Verhandlungen des Landtags, welcher am 8. Dez. n. St. auf dem Rathauſe zu Rendsburg eröffnet wurde.[1] Mit entblößtem Haupte empfing damals der König auf dem Stadtthore die in kriegeriſchem Aufzuge erſchienene Ritterſchaft der Herzogtümer nebſt den Abgeordneten der Städte. Gert v. Ranzau zog an der Spitze von 50 durch ihn ausgeſtatteten Reitern ein. Die Ritterſchaft beſchloß hier nicht allein den Roßdienſt nach dem früheren Anſchlage aufzubringen, ſondern im Notfalle von jedem Pfluge einen Fußſoldaten in das Feld zu ſtellen, und wenn auch das noch nicht genügen ſollte, Mann bei Mann aufzurufen und von jedem Pfluge zwei Mann auszuheben. In den Städten ſollten vier Buden für einen Pflug gelten. Mit dieſen Maßnahmen erklärten ſich auch die erzbiſchöflichen und die fürſtlichen Städte einverſtanden. Den Herzog Friedrich von Holſtein wollte man auffordern, ſich den Beſchlüſſen anzuſchließen, und ſtellte ſogar das Anſinnen an ihn, die Führung dieſer ſtändiſchen Truppen zu übernehmen. Denn von einer vollſtändigen Vereinigung des ſchleswig-holſteiniſchen Landesaufgebotes mit den königlichen Truppen ſah man auf dem Landtage ab[2] und ſcheint auch die Verwendung derſelben außerhalb der Herzogtümer zurückgewieſen zu haben. Das auf 70—80,000 M. zu Roß und zu Fuß geſchätzte allgemeine Landesaufgebot beider Herzogtümer ſollte ſeine Dienſte ausſchließlich der Verteidigung von Haus und Herd widmen. Mit Begeiſterung erklärte der Statthalter ſelbſt an die Spitze ſeiner Scharen treten und dem Feinde ſein graues Haupt darbieten zu wollen.

Das Schickſal hatte indeſſen anders über ihn beſtimmt. Wider Erwarten wurde er am 28. Jan. n. St. den Kämpfen der Zeit durch den Tod entrückt, und der König mußte in einer ſo ſchwierigen Lage auf die Thatkraft und den bedeutenden Einfluß eines ſeiner getreueſten Diener

---

1) EXTRACT der PRO-|POSITION, So Ihre Königliche Mayeſt. zu Dennemarck . . . vff. den 28. Tag Nov. des vergangenen 1626 Jahrs zu Renßburg . . . proponieren laſſen. 4. 4 Bll.

2) Tage Tott teilte dem Kanzler Friis Rendsburg 29. Nov. a. St. über die Bewilligung des Landtags mit „ad handz mtt. haffuer vaerit her paa den holſteinske landtag, och haffuer adelen beuilget icke alleniſte medt deris ryſteiniſte at begegne fienden, om hand vil offuer Elffven, mens ochſaa halffparten aff deris boender ſtrax ens at lade monſtre och, om behoff goeris, alle och medt dennem at moede fienden. Fries, F.: Nogle Breve til Kongens Kanſler Chriſtian Friis angaaende Krigen om Landets Tilſtand under den i Aarene 1625—1628. (Danske Magazin, Fjerde Raekke, Sjette Binds andet Hefte 126.)

verzichten.[1] Am Tage nach seiner Widerankunft in Kiel (13./23. März) gab Christian IV. mit einem großen Teile des holsteinischen Adels, der mit Frauen und Jungfrauen erschienen war, seinem Statthalter das letzte Geleit zur Nikolaikirche in Kiel, in welcher der Trauergottesdienst abgehalten wurde.

Wenige Tage später wurde in Kiel ein neuer Landtag eröffnet, auf welchem der König eine nicht unwichtige Abänderung der früheren Beschlüsse vorschlug. Da er entschlossen war, sich sowol gegen den Weser und Elbe bedrohenden Tilly, wie gegen Wallenstein, dessen Einmarsch in Brandenburg und Mecklenburg man schon damals fürchtete, zu wenden, so hielt er es für notwendig, daß die Stände anstatt des Landesaufgebotes etwa fünf Regimenter Geworbener auf ihre Kosten errichteten, die er selbst mit Offizieren versehen wollte. Er war der Meinung, daß die Unterthanen diese Last lieber auf sich nehmen, als selbst ins Feld rücken würden, hoffte aber auch, dadurch dem Feinde größeren Schrecken einzujagen. Diese ganze Defensionsverfassung übergab der König jetzt der Leitung seines Rats und Amtmanns zu Steinburg, Detlev v. Ranzau, der Christian IV. auch auf den Landtagen und in allen Versammlungen zu vertreten hatte.

Der Landtag nahm die Anträge des Königs im Ganzen und Großen an und wollte etwa 5500 M. werben.[2] Vier Marschpflüge sollten drei Mann, und drei Geestpflüge einen unterhalten. Zu diesen Geworbenen trat ferner der Roßdienst der Prälaten und der Ritterschaft hinzu. Zwei Drittel der Geworbenen wollte man mit Musketen, die übrigen mit

---

1) In den Zeitungen wurde Ranzau's Tod mit einem Raubanfalle in Verbindung gebracht. Der Statthalter wollte angeblich mit einer bedeutenden Geldsumme und einer nur schwachen Bedeckung von 15 Reitern von Breitenburg nach Kiel fahren, wurde aber auf dem Wege von 40 Reitern angefallen und beraubt. Bald darauf verfiel er in eine Krankheit, von der er nicht wider genesen sollte.

2) Aitzema nannte den Generalstaaten in seinem Briefe vom 31. März/10. April eine höhere Zahl: Nu so beginnen oick die stenden von't land tot Holstein, naer dat sie aent exempel van de edeldom van Bronswyck geleert hebben, dat geen subjectie noch gehoirsamheid dieselbe heeft van hare destructie end bederf(?) bevrien of redden konen, tot die wapens te tasten, hebbende ordre gestelt om acht duisent man tot hare defensie, ende tot best van syne ma. op haer buidell op haere frontieren te onderhouden ende also 'tvolck van Tilly van wegen faute van vivres ende quade betalinge seer onwillich is, so meenen dese met liberale betaelinge ende andere middelen daer van vele te konen debaucheren.

Piken bewaffnen; Offiziere und Mannſchaften ſollten nicht nur dem Könige und dem Herzoge Friedrich, ſondern auch den Ständen vereidigt werden. Von einer Verwendung dieſer Truppen außerhalb der Fürſtentümer nahm auch dieſer Landtag Abſtand. In Krempe, Kiel, Rendsburg und auf dem Schloſſe zu Segeberg ſollten Vorratshäuſer errichtet werden. Zum Generalproviantmeiſter war Detlev v. Buchwald zu Haysbüttel auserſehen, dem die Bürgermeiſter Paul Kolbladt zu Kiel und Titus Thomä zu Wilſter zur Seite ſtehen ſollten. Zu Mitgliedern des Ausſchuſſes der Landesverteidigung wurden Wolf v. Buchwald, Amtmann zu Hadersleben, als Vertreter des Königs ferner Benedix v. Aleſeld, Propſt zu Ütterſen, Goſche v. Aleſeld, Propſt zu Schleswig, Schacke Ruhmor, Detlev Seheſtedt und Otto v. Pogwiſch als Vertreter der Ritterſchaft beſtimmt; die Stimmen der Städte ſollten Hinricus v. Hatten und Carſten Beier, Bürgermeiſter zu Flensburg, führen.

Im Namen des Herzogs Friedrich konnte nach dem Ermeſſen des Landtages noch der Amtmann zu Tondern Wolf Blume in den Ausſchuß eintreten. Bei beſonders wichtigen Anläſſen aber ſollten die Mitglieder des Ausſchuſſes auch noch die übrigen königlichen und fürſtlichen Landräte und vier in der Nähe von Kiel anſäſſige ritterſchaftliche Abgeordnete zu Rate ziehen. Der Ausſchuß hatte ſich monatlich wenigſtens zwei Mal zu einer gemeinſchaftlichen Sitzung in Kiel einzufinden.

In einem Bittgeſuche an den König brachten die Stände einige beſondere Punkte der Landesverteidigung zur Sprache. Sie wünſchten die Anordnung eines wöchentlichen Bettages, zu welchem ſich alle Einwohner ohne Ausnahme in den Kirchen einfinden ſollten. Man forderte ferner noch einmal die Abführung der königlichen Truppen, um für die Einquartierung der ſtändiſchen Geworbenen Platz zu gewinnen. Die Stellung der Artillerie erwartete man von dem Könige, dem man anheim gab, die Offiziere vor der Hand mit Wartegeld anzunehmen, ſodaß ihre Beſtallung erſt nach der Muſterung in Kraft trat. Endlich erſuchten die Stände den Monarchen, ihnen im Falle der Not mit einigen Regimentern zu Hilfe zu kommen, die aber bis zum entſcheidenden Augenblicke im Reiche verpflegt werden ſollten.

Auch aus dieſen Geſuchen geht hervor, daß die Stände trotz ihrer Rüſtungen keineswegs ſehr große Neigung zeigten, ſich in den Krieg ihres Landesherren hineinziehen zu laſſen, und daß ſie vielmehr der Hoffnung lebten, das möglichſt geringe Maß ihrer Teilnahme ſelbſt beſtimmen zu können. Daher forderten ſie den König in demſelben Bittgeſuche auf, die unterbrochenen Friedensverhandlungen wider aufzunehmen. Die Bitte der Widerbeſtellung der Statthalterei durch eine Perſönlichkeit aus der

Mitte des holsteinischen Adels ist gleichfalls in diesem mehr friedlichen Sinne aufzufassen. Andererseits waren sich freilich die Stände auch wol bewußt, wie eng überhaupt ihre Landeswolfahrt mit der Persönlichkeit des Landesherren verknüpft war: diesem Bewußtsein entsprang die Bitte an den König, sich in Zukunft nicht der äußersten Lebensgefahr auszusetzen, denn nächst Gott hing ja „von seiner Person dieser Fürstentümer Wol allein ab."

Im übrigen hoffte man dieses Landrettungswerk mit allergrößter Strenge durchführen zu können. Nur Frauen und Jungfrauen, Kindern und alten Leuten, welche keinen Widerstand mehr zu leisten vermochten, wollte man die Auswanderung aus dem Herzogtum gestatten; dagegen sollte sich kein anderer Mann bei Strafe ewiger Verbannung aus den Fürstentümern entfernen oder auch nur während dieser Zeit aus seinem Wohnorte verziehen. Zur Unterhaltung der Soldaten wurden alle Stände bis auf Knechte und Mägde herab und selbst die Kinder verpflichtet. Alle dienenden Personen mußten von jeder Mark Lübisch Verdienst sechs Pfennige zahlen; demselben Steuerbetrage wurden alle Geistlichen und Lehrer von ihrem Diensteinkommen unterworfen. Jeder Kapitalist zahlte von je 1000 Thalern so viel, wie er von einem Geestpfluge gezahlt haben würde, monatlich zwei Reichsthaler und acht Schillinge. Selbst ausgewanderte Frauen und Kinder blieben von der Steuer nicht frei; im Auslande angelegte Kapitalien wurden geradeso zur Steuer herangezogen, wie die inländischen. Die Zahlungsstelle befand sich bei dem Landgerichtsnotar in Kiel.

Diese Rüstungen in den Elbherzogtümern waren also nicht allein das Werk des Königs und seiner Beamten, sondern beruhten auf der breiten Grundlage der verfassungsmäßigen Landesordnungen. Allein alle hierauf bezüglichen Beschlüsse litten an einem sehr erheblichen Mangel, der ihre Bedeutung für die Unterthanen sehr abschwächte. Der Herzog Friedrich von Holstein, der Mitregent des Königs und der größte Grundbesitzer nach demselben, hatte sich ebensowenig wie die übrigen holsteinischen Herzöge an einem dieser beiden Landtage beteiligt, sondern dem Könige sogar die Ausschreibung derselben überlassen, so daß es Christian IV. für nötig hielt, beruhigende Versicherungen über die politische Stellung seines Mitregenten und Neffen zu erteilen, welche jedoch schwerlich von bedeutenderer Wirkung gewesen sind. Schon aus diesem Umstande geht hervor, daß Christian IV. die allgemeine Stimmung selbst in Holstein nicht ausschließlich für sich hatte. Warf man ihm doch auch hier geradezu vor, daß er das Schwert nicht zur Verteidigung der Religion, sondern um sich die norddeutschen Stifter zu sichern, gezogen habe. In einer Zuschrift

an den Landtag verteidigte er sich daher gegen diese sehr oberflächliche Anschuldigung und erwiderte, „daß sein Interesse an den Stiftern seine gute Sache doch nicht bös machen könne."

Der holsteinische Landrettungsausschuß trat nun thatsächlich in Wirksamkeit und machte auch den Versuch, eine kleine ständische Armee auf die Beine zu bringen. Wolf v. Buchwald, welcher bereits im vorigen Jahre als dänischer Kavallerieoberst und Kriegskommissarius besonders in der Altmark thätig gewesen war, entwickelte in der Stellung eines königlichen Rates und Kommissarius eine dem Anschein nach sehr angestrengte Thätigkeit. In der dritten Aprilwoche erließ er nebst den übrigen Ausschußmitgliedern eine Mahnung an Adel und Städte, den Soldaten, welche sie ihnen demnächst zusenden würden, den notwendigen Lebensunterhalt zu gewähren. Von der Thätigkeit des Amtmanns zu Steinburg, Detlev Ranzau, dem der König zuerst die Oberleitung dieser Defensions-Verfassung zugedacht hatte, ist jedoch in den uns bekannten Aufzeichnungen weniger die Rede. Dagegen wird der königliche Rat und Amtmann zu Rendsburg Heinrich Ranzau als Kriegskommissarius öfter erwähnt. Breide Ranzau erhielt den Auftrag in Trembsbüttel Schanzen zu errichten, scheint aber denselben nicht durchgeführt zu haben. Sehr große Schwierigkeiten stellten sich bei der Besetzung des obersten Kommandos heraus, welche an einer anderen Stelle ihre Erörterung finden werden.

Zeitungsnachrichten zufolge hatte ferner der Tod des Statthalters auch die engen Beziehungen des Königs zum holsteinischen Adel gelockert. Man machte jetzt geltend, daß schon der vorletzte Landtag nicht ordnungsgemäß ausgeschrieben worden sei und wollte sich daher nicht mehr an seine Beschlüsse binden. Ja es hieß sogar, daß manche Ständemitglieder ihre bereits erlegten Kriegssteuern wider zurückgenommen hätten. —

Herzog Friedrich III. hatte sich bei einem persönlichen Besuche am kursächsischen Hofe die Gunst des Kurfürsten erworben und den Entschluß gefaßt, sich mit seiner zweiten Tochter Marie Elisabeth zu verheiraten. Schon bei dieser Gelegenheit hatte er auch dem Kurfürsten seine Wünsche in Betreff einer friedlichen Beilegung der Kriegsunruhen an den Tag gelegt. Später, als in seinem Auftrage Aegidius von der Lancken die feierliche Werbung glücklich vollzog, ist wider von einer gütlichen Vermittelung die Rede gewesen, und der Kurfürst ließ dem Herzoge endlich sogar einige Punkte einsenden, über welche sich nicht allein der König, sondern auch der Administrator des Erzstifts Magdeburg und die Herzöge von Mecklenburg zuvor erklären sollten.

Der König wies den ihm durch Aegidius von der Lancken gemachten Vorschlag zur Widereröffnung der braunschweigischen Verhandlungen nicht

zurück, sondern versprach, zu demselben Abgeordnete mit solchen Vollmachten abzuordnen, daß man auf seiner Seite keinen Mangel zur Widererlangung eines aufrichtigen Friedens spüren werde. Und sollten durch diese Verhandlungen nicht alle Schwierigkeiten gehoben werden, so könnte man auf einem Kompositionstage oder auch durch andere Vermittelungsversuche von Kurfürsten oder Fürsten zu einem Ausgleiche zu gelangen versuchen.[1] Ja der Herzog Friedrich teilte sogar Johann Georg mit, daß er nach dem Berichte seines Rates über eine Unterredung mit dem Könige die zuversichtliche Hoffnung hege, daß Johann Georg seinen Zweck erreichen werde. Er ersuchte ihn deshalb, auf einen Waffenstillstand während der Dauer der Verhandlungen hinzuwirken oder wenigstens die Offiziere wie Tilly, Herzog Georg von Braunschweig und den Grafen v. Anholt von allen Feindseligkeiten während dieser Zeit abzumahnen.[2]

An einem Waffenstillstande mußte auch den Herzögen von Mecklenburg sehr viel gelegen sein. Herzog Friedrich von Holstein sah aber in dieser kursächsischen Vermittelung seine einzige Rettung. Nachdem er dem Kaiser selbst Mitteilung von seiner Sinnesänderung gemacht hatte, war er noch bessere Beweise von seiner Devotion zu geben bereit, wenn ihm der Kurfürst nur an die Hand geben wollte, was etwa zur Verhütung des Totalruins von Land und Leuten gereichen könne. In tiefster Bekümmernis schrieb er damals dem Kurfürsten: „ich bezeuge mit Gott, daß ich von je hero an diesem Unwesen so wenig Belieben gehabt und noch habe, daß ich an allem, so vorgegangen, ganz unschuldig bin."

Aber auch von anderen Kreisfürsten wurde Johann Georg in dringlichster Weise um seine Vermittelung bei dem Kaiser ersucht. So hoch, als er immer konnte, flehte ihn Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel an, sich des Vaterlandes anzunehmen und stellte seinen Bemühungen unsterblichen Ruhm bei der Nachwelt in Aussicht. Der Herzog Christian von Lüneburg ersuchte den Kurfürsten noch am 8./18. Nov., in Gemeinschaft mit Brandenburg die braunschweigischen Verhandlungen wider aufzunehmen.

Selbst der König fühlte das Bedürfnis, seine isolierte Lage durch die Vermittelung des Kurfürsten zu verbessern und seine Sache in engster Verbindung mit den Schicksalen des norddeutschen Protestantismus zu erhalten. Ja, es scheint sogar, als ob in den letzten Monaten dieses Jahres seine Friedensneigungen aufrichtiger gewesen wären, als ihm selbst seine nächsten Verwandten zutrauten.

---

1) Stade 27. Okt./6. Nov. 1626. K. G. St.-A. in Dresden.

2) Gottorp 11./21. Nov. 1626.

Einen Tag nach ſeiner Rückkehr von Hoya ſchrieb der König[1] an ſeine jüngſte Schweſter, die verwitwete Kurfürſtin Hedwig von Sachſen, welche ſich gewöhnlich auf ihrem Witwenſitze zu Lichtenburg aufhielt, einen vertraulichen Handbrief, aus welchem hervorgeht, daß er der Vermittelung Kurſachſens nicht abgeneigt war. Nachdem er der Schweſter mitgeteilt hat, daß er in dem „Huddelwerk vor Hoya“ einen Schuß in den rechten Arm bekommen, fährt er in einer etwas gezwungenen humoriſtiſchen Laune weiter fort: „Durch ſelbigen Schuß ſeind viel tauſend Lügener geworden, die gar gewiß ſagten, ich wäre hart oder ſchußfrei. Der Teufel hole den, der es kann, und den, der es zu gebrauchen begehrt! Egidius von der Lancken iſt hier geweſen von wegen des H. von Holſtein und vorgegeben, ſein Herr wollte den Kurfürſten zu Sachſen dazu disponieren, er ſollte uns den Frieden widerum einführen. Da es S. L. ernſt iſt, kann S. L. viel darbei thun, und iſt die hohe Zeit, daß es Seine L. thut, was Sie immer thun können, und das bei Zeiten. Dann möglich, es ſoviel wie itzo bei Sr. Ld. hinfüro nicht ſtehen möchte. Der Kaiſer wird von dieſem Unweſen wenig gebeſſert ſein. Und wann der Türke Fortgang gewinnet, würden wol wenig Fürſten gefunden werden, die viel Hilf thun könnten, wenn ſie ſchon wollten.“

Dieſes Schreiben überſendete die Kurfürſtin Witwe ſofort im Original an Johann Georg mit der Bitte, falls er aus demſelben erſehe, daß es dem Könige mit dem Frieden Ernſt ſei, ſich der Sache anzunehmen. Sie erbot ſich ferner, dem Bruder auch das Antwortſchreiben Johann Georgs zuzuſenden, „damit er nicht ſagen darf, er hätte es mich geſchrieben, ich hätte aber es nicht weiter berichtet. Doch ſtehet es alles in E. L. Gefallen, wie ſie es haben wollen, will ich es machen, Gott helfe nur, daß es zum guten Ende kommt.“

Nur zwei Tage früher[2] hatte ſich freilich die Kurfürſtin gegen ihren kurfürſtlichen Schwager ganz anders über die Aufrichtigkeit dieſer friedlichen Neigung ihres Bruders geäußert. Sie ſchrieb damals: „Ich kann und will nicht glauben, daß es meinen Brudern Ernſt iſt, Friede zu machen; da er es gleich im Willens ſeie, ſehen E. L. aus Ihres Sohns des Herzogs Schreiben, wer ihm darzu anmahnt, und deucht mich, meinen albern Verſtand nach, er hat den von Langk[en] nur eine Naſe gemacht, denn E. L. erinnern ſich bruderlich, wie Friede ſollt gemacht werden zu Braunſchweig, da hat er, der König, mit eigener Hand an Pogwiſch (Böwiſch)

1) Stade 14./24. Nov. 1626. Die Kurfürſtin erhielt dieſes Schreiben am 7./17. Dez. zu Lichtenburg und ſendete es mit ihrem Briefe von demſelben Tage dem Kurfürſten ein. Kgl. Geh. St.-A. in Dresden.

2) Lichtenburg, d. 5/15. Dez. 1626.

geschrieben diese Wort: — „Ihr sollt Euch zwar stellen, als wollt Ihr Friede machen, aber keinen schließen —"; als ich das weiß und gehöret habe, so bekenn ich frei gegen E. L.: ich traue ihm nicht . . Mich deucht, er sicht, daß er kein Glück hat, und will sich die Schand nicht nachsagen lassen, daß die „Keysers" ihm mit Glück überlegen, wie wol es von Gott kommt."

Und wenige Tage darauf,[1] als sie Johann Georg mitteilt, daß sie dem Könige sein Antwortschreiben übersendet habe, äußert sich die Schwester über den Bruder folgendermaßen: „Nun wird es offenbar werden, ob er Lust dazu hat oder nicht. Wird er die Punkt eingehen, die E. L. vorschlagen, . . so ist es sein Ernst; wo nicht, so bleibet er der Meinung, wie er an [den] Herzog zu Braunschweig geschrieben hat. Ich habe ihm aber geschrieben, Fried zu machen und einzugehen, stünd einig und allein bei ihm, wenn er nur Lust selber darzu hätte. E. L. hätten zu diesem Werk nie keine Beliebung gehabt und auch noch nicht, es wäre nur an ihm gelegen. Gott gebe ihm Lust zu Fried, und daß er wider in sein Königreich ziehe und seiner Unterthanen wahrnehme, die ihm von Gott befohlen sein, wie sein Vorfahren gethan haben, dann wird er wol Glück haben". Dieser charakteristischen Äußerung der Schwester gegenüber verdient eine Stimme aus der damaligen unmittelbaren Umgebung des Königs Beachtung. Der Reichsrat Tage Tott äußerte damals, daß der König nur einen Waffenstillstand bewilligen werde, wenn man in Friedensunterhandlungen eintrete, bezeugte aber die friedlichen Neigungen desselben ausdrücklich.[2]

Nach längerem Zögern und nicht ohne Bedenken hatte sich der Kurfürst von Sachsen, nachdem er unter der Hand Erkundigungen über die zu erwartende Aufnahme seiner Vermittelung eingezogen hatte, entschlossen, mit dem Kaiser in Verhandlungen einzutreten. Noch am 25. Nov. erwiderte er freilich dem Herzoge Friedrich Ulrich, daß er der Entschließungen sämtlicher Kreisstände noch nicht versichert sei, und betonte überhaupt die große Veränderung der Sachlage, nachdem die Feinde durch ihren Einfall in die kaiserlichen Erblande einen Angriffskrieg eröffnet hatten. Ein günstiger Erfolg seiner Vermittelung kam ihm ebensowenig wahrscheinlich vor, wie die baldige Abführung der Truppen aus dem Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel.

Nichtsdestoweniger erklärte sich jedoch Johann Georg, noch bevor das letzte Schreiben der Kurfürstin Witwe in seine Hände gelangt war, zur

1) Lichtenburg 11./21. Dez. 1626.

2) Jeg kand icke andit formerckie, end handz mtt. er endnu til fred affectionerit. Tage Tott an den Kanzler Friis, Rendsburg 29. Nov. 1626 a. St a. a. O.

Wideraufnahme der Friedensverhandlungen von Braunſchweig bereit, falls ihn der Kaiſer ſeiner Genehmigung verſichern würde, und fragte ſogar in Wien an, ob er auf die in Braunſchweig vermittelten Friedensbedingungen abſchließen dürfte.[1]

Dieſe Bemühungen des Kurfürſten, dem Kriege durch einen gütlichen Ausgleich ein Ziel zu ſetzen und die proteſtantiſchen Küſtenſtaaten der Nord- und Oſtſee von der drohenden Vergewaltigung durch ein katholiſches Heer zu erretten, ſchienen eine Zeit lang auch durch auswärtige Mächte begünſtigt zu werden. Die Infantin Iſabella in Brüſſel verwendete ſich bei Ferdinand II. ſehr bald nach der Schlacht von Lutter für Chriſtian IV. Schon am 12. Okt. 1626 dankte ihr jener für dieſe wolwollenden Beſtrebungen und ermächtigte ſie ſogar dazu, für ihre Perſon dieſe Vermittelungsverſuche fortzuſetzen. Dabei verhelte ihr der Kaiſer freilich nicht, daß man nur in dem Falle keine weiteren Feindſeligkeiten vornehmen werde, wenn der König von Dänemark die Waffen niederlege und jeder Einmiſchung in die Verhältniſſe des Reichs, ſie möchte nun die pfälziſche Angelegenheit oder andere Sache betreffen, entſage. Alle Reichsangelegenheiten ſollten ausſchließlich der Entſcheidung des Kaiſers und der Reichsſtände vorbehalten bleiben. Demgemäß erſuchte der Kaiſer einige Zeit darauf die Infantin, den König nochmals zur Entlaſſung ſeiner Armee und zum Austritt aus ſeinen Bündniſſen aufzufordern. Dagegen ſcheint die Infantin das Anſinnen an den Kaiſer gerichtet zu haben, dem kaiſerlichen Geſandten Grafen v. Schwarzenberg, welcher längere Zeit in Brüſſel verweilte, die vom Könige geforderte Vollmacht zur förmlichen Eröffnung von Friedensunterhandlungen zu erteilen.[2] Allein darauf ließ man ſich in Wien nicht ein, ſondern rief Schwarzenberg wider den ausdrücklichen Wunſch der Infantin endlich geradezu ab. Das Verſprechen aber, den Grafen ſelbſt oder irgend eine andere taugliche Perſönlichkeit, wenn es der Stand der Verhandlungen mit Dänemark erfordern ſollte, zurückzuſenden, wird auch die Infantin nach ſeinem wahren Wert geſchätzt haben. Denn ſie legte trotzdem noch einmal ihren Einfluß in die Wagſchale, indem ſie Ferdinand II. mitteilte, daß ſich der König zunächſt ſeiner „Intentionen“ verſichern und in Erfahrung bringen wolle, ob der kaiſerliche Geſandte auch die genügenden Vollmachten beſitze. Es iſt ſicherlich bezeichnend, daß man der Infantin auch auf dieſes Geſuch keinen eingehenderen und irgendwie verläßlicheren Beſcheid erteilte,

1) Der Kurfürſt an den Kaiſer Sitzenroda, 4./14. Dez. 1626. Extrakt des Schreibens im K. G. St.-A. zu Dresden.

2) Kgl. Staatsarchiv in Brüſſel.

ſondern daß Ferdinand II. die Abberufung ſeines Geſandten mit dem ausdrücklichen Bemerken widerholte, daß es weiterer Vollmachten umſoweniger bedürfe, als der König auf ſeine Vorſchläge vom 2./12. Okt. noch keine Antwort erteilt habe.

Als der Infantin dieſe Antwort zu teil wurde, hatte man ſich in Wien bereits die neue, unerwartet günſtige Lage der Dinge vollſtändig zu Nutze gemacht. Man war entſchloſſen, von jeder Verhandlung, welche den kleinen und ſo ſchwer gefährdeten Staatsbildungen Norddeutſchlands ein gewiſſes Gewicht verleihen konnte, abzuſehen und jedes einzelne Fürſtentum ſowie jede einzelne Stadt zum unbedingten Anſchluß an den Kaiſer zu nötigen. Zur Durchführung dieſer Aufgabe hatte man ſich zunächſt Tilly und den Herzog Chriſtian von Lüneburg als Kommiſſare auserſehen, zu deren Unterſtützung außerdem der Reichshofrat Reinhard v. Walmerode nach Norddeutſchland entſendet wurde.[1] Die Aufträge, welche dieſen Bevollmächtigten erteilt wurden, ſchloſſen die Mitwirkung jeder fremden Macht und jedes anderen deutſchen Fürſten zur Herbeiführung friedlicherer Verhältniſſe, alſo auch Spaniens und der Infantin oder des Kurfürſten von Sachſen, aus. Selbſt die Abhaltung eines niederſächſiſchen Kreistags hielt man in Wien für unthunlich, da der König noch immer als Kreisoberſter die Oberleitung der niederſächſiſchen Kreisverhältniſſe in Anſpruch nahm, und man fürchtete, daß auch die pfälziſche Sache auf demſelben zur Sprache kommen könnte. Traten dagegen die norddeutſchen Stände und Städte einzeln zum Kaiſer über und unterſtützten die katholiſchen Truppen in der Vertreibung der Dänen, dann ſchien man in Wien friedlicheren Neigungen Raum geben zu wollen.

Und ſo iſt es auch nicht zu verwundern, daß das Anerbieten des Kurfürſten von Sachſen kein Gehör in Wien fand, ſondern der Kaiſer die kurſächſiſche Vermittelung ablehnte. Indem er auf die dem Herzoge von Lüneburg und Tilly erteilten Aufträge ſowie auf die Verhandlungsverſuche der Infantin hinwies, gedachte er des beſonderen Geſuches Johann Georgs, mit Brandenburg zuſammen die braunſchweigiſchen Verhandlungen wideraufzunehmen, mit keinem Worte. Ja den weiteren Inhalt dieſes kaiſerlichen Schreibens konnte ſelbſt der neutrale Kurfürſt von Sachſen nur als eine Drohung auffaſſen. Der Kaiſer ſprach die Hoffnung aus, daß ſich die Stände vor noch größerem Unheil hüten und dem Könige, oder wer ſonſt unter dieſer ihrer Kriegsverfaſſung begriffen ſein möge,

1) Das kaiſ. Schreiben an Herzog Chriſtian von Lüneburg und den Grafen Tilly iſt vom 13./23. Nov. 1626. Daſſelbe Datum trägt auch die Inſtruktion Walmerodes.

die ihm bisher ohne Urſache und zu ihrem eigenen Schaden dargebotenen Mittel, wider ihn, den Kaiſer, zu kriegen, entziehen würden. Dagegen ſollten ſie auf Mittel und Wege denken, wie die durch ſie verurſachten ſchweren Kriegskoſten einigermaßen widererſtattet, die kaiſerliche Armee bezahlt, und der niederſächſiſche Kreis von den Kriegbeſchwerden entledigt werden und ſich zugleich der kaiſerlichen Gnade würdig und teilhaftig machen könnte. Wenn der Kurfürſt dazu helfe, und die ihm befreundeten Fürſten zum Gehorſam und zur Unterſtützung des Kaiſers ermahne, werde er ein ſehr ruhmwürdiges Werk thun.

Den holſteiniſchen und mecklenburgiſchen Herzögen deuchte jedoch dieſe Zögerung ſehr gefährlich. Widerholt mahnte daher Herzog Friedrich den Kurfürſten von Sachſen, ſeine Bemühungen fortzuſetzen. Am 12./22. Dez. teilte er ihm mit, daß der König ſeiner Vermittelung gewärtig ſei, und erſuchte ihn noch vor Ablauf des Winters mit derſelben den Anfang zu machen.

Darauf ſetzte der Kurfürſt den Herzog von der Antwort des Kaiſers in Kenntnis (24. Jan./3. Febr. 1627), welche natürlich eine große Niedergeſchlagenheit in den Kreiſen, welche durch ſie berührt wurden, zur Folge hatte.

Aber auch der König ſcheint einen andern Ausgang dieſer Vermittelungsverſuche des Kurfürſten erwartet zu haben. Er ging zwar nicht ohne weiteres auf den Antrag der Infantin ein, ſondern erwiderte ihr, daß er geſchehen laſſen könnte, daß *neben dem Kurfürſten* auch ſie ſich der Vermittelung unterziehe. Mit der Infantin allein zu unterhandeln, lehnte er entſchieden ab, ſchon weil ſie kein Reichsſtand war. Auch wollte er die Verhandlungen nicht in Brüſſel, ſondern etwa in Bremen führen. Als aber Ende Januar 1627 Aegidius von der Lancken in des Königs Auftrage abermals zum Kurfürſten von Sachſen ging, um ihn ſeiner Friedensliebe zu verſichern, gab er ihm ein Handſchreiben mit, in welchem dieſelbe beſonders betont, aber auch der Kurfürſt nachdrücklichſt zum Einſchreiten ermahnt wurde. Er ſchrieb unter anderm: „Weil wir nun genugſam bewußt, daß E. L. an der Ruin des Vaterlandes kein Gefallen tragen, auch wol wiſſen, wie ſchwer es bei der lieben Poſterität zu verantworten dermaleinſt fallen wird, zweifle derohalben nicht, E. L. werden das itzt brennende Feuer ehe löſchen helfen, denn weiter einzureißen verſtatten, in Betrachtung, daß von mir und meinen Conföderierten[1] nichtes begehrt iſt, denn was ehrlich, redlich und dem Religionsfrieden totaliter gemäß iſt, welches alles E. L. ohne meine Erinnerung wol werden in Acht haben."

---

1) Handſchreiben des Königs an den Kurf. Rendsburg 19./29. Jan. 1627. Kön. St.-A. in Dresden.

Freilich wird man auch bei diesen Versicherungen im Auge behalten müssen, daß Christian IV. damals bereits Kenntnis von den Versprechungen hatte, welche Bethlen Gabor seinem Vertreter Mitzlaf[1] für den Sommer erteilt hatte, und daß seine Hoffnungen auf eine wirksame Beteiligung Englands, Frankreichs und Venedigs an den in Aussicht stehenden Kämpfen noch nicht völlig erschüttert waren. Während der König den Frieden suchte, unterließ er daher nichts, um seine Kriegsbereitschaft zu erhöhen und seinem Feinde Besorgnisse einzujagen, dessen Absichten auf Norddeutschland in Wallensteins Werbungen mehr und mehr an das Licht traten.

Der Plan des Markgrafen Georg Friedrich von Baden.

Es war eine sehr natürliche Folge der unheilvollen Kriegführung des Königs, daß seine Verbindungen mit den norddeutschen Staaten und Ständen nicht einmal den früheren Grad der Festigkeit und Zuverlässigkeit wider erreichten. Um so wertvoller und unerläßlicher mußte es ihm also erscheinen, seine nächsten außerdeutschen Bundesgenossen England, Frankreich und Holland zu einer kräftigen Unterstützung heranzuziehen, um das Vordringen Östreichs und der Ligisten unmöglich zu machen. Denn daß die Östreicher, deren General sich schon im Jahre 1625 mit dem Gedanken einer Besetzung Holsteins getragen hatte, diesen früher mißlungenen Versuch in der nächsten Zeit zur Ausführung bringen würden, davon mußte man auch in Frankreich und England überzeugt sein.

Der König unterließ daher nichts, um beiden Mächten die Notwendigkeit, ihm nun endlich ausreichende Unterstützung zu gewähren, recht nahe zu legen. Und eine Zeit lang schien es sogar so, als ob ihm England mit Venedig und Savoyen nach Mansfelds Abzug eine neue auf Deutschlands Boden errichtete Streitmacht zur Seite stellen würden.

Der Markgraf Georg Friedrich von Baden, von militärischem Ehrgeiz erfüllt und in Verzweiflung darüber, daß er die Sache, der er sein Herz geweiht hatte, täglich mehr verfallen sah, hatte schon im Juni 1626 seinen Obersten Nikolaus Boet nach Turin entsendet, um die Aufstellung eines Heeres auf Kosten Englands, Venedigs und Savoyens in Süddeutschland

1) Den Tod des Herzogs von Weimar meldete Aitzema den Generalstaaten in einem Schreiben aus Hamburg vom 31 Jan. 1627. a. St. Die weimarischen Offiziere hatten einen Rittmeister Leining (?) an den König entsendet und um eine Neubesetzung seiner Stelle gebeten. R.-A. im Haag.

vorzubereiten, deſſen Führer er ſein wollte.[1] Allein in Italien trafen nicht gerade ſehr verlockende Berichte aus England ein, die der engliſche Geſandte Wake dem Agenten des Markgrafen in Zürich mitteilte: der Herzog von Savoyen zeigte ferner zwar größere Bereitwilligkeit als Venedig, wollte ſich aber auch nicht eher entſcheiden, als bis ihm von Frankreich zwei Millionen Livres zur Verfügung geſtellt würden.[2]

Da hielt es denn der Markgraf für erſprießlicher, zunächſt mit England abzuſchließen, in der Hoffnung, daß ſich dann die italieniſchen Mächte, auf deren Beitritt zu dieſer Verbindung er rechnete, um ſo leichter gewinnen laſſen würden. Und ſo ſendete er im tiefſten Geheimnis im September 1626 in Tobias v. Ponickau[3] einen Botſchafter über Paris nach London, um dem Könige Karl I. dasſelbe Anerbieten zu machen, welches er in Turin und Venedig hatte vorlegen laſſen. Der Markgraf wollte für engliſches Geld 1000 R. und 4000 (5000?) M. Fußvolk werben und auf ſechs Monate erhalten, und erbot ſich, falls der König Karl aus Geldmangel Anſtand nehmen würde, auf ſein Geſuch einzugehen, die Koſten dieſer Rüſtung auf ein Jahr vorzuſtrecken, was man freilich vor Savoyen und Venedig ſorgfältig zu verbergen wünſchte, um ihre Bereitwilligkeit zur Beteiligung an dem Unternehmen nicht abzuſchwächen.

Ponickau langte am 14. Okt. in London an. Er meldete ſich bei dem erſten Staatsſekretär Conway und wurde durch den Vicekanzler Carleton dem Könige vorgeſtellt, der bereits durch Rusdorf und den engliſchen Geſandten Iſaak Wake von den Plänen des Markgrafen unterrichtet war. Unter Dankesverſicherungen für die wolmeinenden Abſichten ſeines Auftraggebers wies Karl I. David v. Ponickau an den Geheimen Rat. Noch bevor er vor dieſen gerufen wurde, machte der Geſchäftsträger eines Fürſten ohne Land Buckingham ſeine Aufwartung und wurde von dieſem mit guten Hoffnungen entlaſſen. Im Geheimen Rate erteilte man ihm darauf den Beſcheid, daß der König einen ähnlichen Vertrag mit dem Markgrafen auf ſechs Monate eingehen werde und forderte ihn

1) Vgl. die ſehr eingehende Darſtellung der Beſtrebungen des Markgrafen in der Abhandlung Obſer's: „Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach und das Projekt einer Diverſion am Oberrhein in den Jahren 1623—1627 (Zeitſchrift f. Geſchichte des Oberrheins n. F. V. 3, S. 58.)

2) Obſer S. 64.

3) Er iſt der ſpätere Geheime Rat Bernhards von Weimar in Würzburg, den Rudolf Weckherlin beſang. Akten des Groß. Badiſchen General-Landesarchivs; Negotiation bey der Cron Engellandt: betr. eine Werbung von 4000 M. zu F. und 1000 Pf., welche Herr Markgraf Georg Friedrich übernommen gegen Verſicherung, daß ihm die Koſten von Engelland wider erſetzt werden ſollten.

nuf, ſeine Anträge ſchriftlich einzureichen. Ponickau ſtellte darauf das Anſinnen an den König, ſich zur Bezahlung dieſer Werbung und zu einer einjährigen Unterhaltung der Truppen zu verpflichten. Die Baarzahlung hatte zwei Jahre nach der Muſterung zu erfolgen. Das ganze Abkommen ſollte der König in Venedig und in Turin zur Kenntnis bringen laſſen und beide Staaten zu einem möglichſt raſchen Anſchluſſe an dieſes Unternehmen antreiben.[1] Im Geheimen Rate wollte man nur auf eine halbjährige Unterhaltung eingehen, behandelte aber doch den Plan allem Anſchein nach mit Ernſt und Nachdruck. Und da Ponickau auch von einem außerordentlichen Geſandten Chriſtians IV. lebhaft unterſtützt wurde, ſchien Georg Friedrich eine günſtige Entſcheidung zu winken. Karl I. erteilte ſeinem däniſchen Oheim das erneute Verſprechen, durch den Markgrafen eine Diverſion in Süddeutſchland anſtellen zu laſſen und teilte dem letzteren durch ein beſonderes Schreiben (21. Nov.) mit, daß er ſofort zur Erfüllung aller ſeiner Wünſche bereit geweſen ſei. Chriſtian IV. aber ermahnte darauf (13. Dez.?) ſeinen königlichen Neffen noch ausdrücklich, Georg Friedrich die erforderlichen Mittel bereit zu ſtellen.[2]

Nachdem man Tobias von Ponickau Wochen lang in London zurückgehalten hatte, gewährte man zwar das Geſuch ſeines Herrn unter den von ihm geforderten Bedingungen und machte ſich auch zur einjährigen Unterhaltung des auf England fallenden Teiles der Werbung anheiſchig und ſtellte ein Werbepatent für den Markgrafen aus: zwei Jahre nach der Muſterung wollte England Zahlung leiſten. Allein das Schreiben Karls I. an den Markgrafen vom 21. Nov. a. St. enthielt außer einer ehrenvollen Anerkennung der edlen Beſtändigkeit Georg Friedrichs zuletzt doch nur fromme Wünſche für das Gedeihen ſeiner guten Abſichten. Denn in den leitenden Kreiſen war man zu der Erkenntnis gekommen, daß man augenblicklich keine Mittel beſaß, um auch dieſen Anſprüchen irgendwie Genüge zu leiſten. Die Hochzeit Karls I. und der Empfang der jungen Königin nebſt Buckinghams Reiſen hatten ſo hohe Summen verſchlungen, daß man zufrieden ſein mußte, wenn man nur die laufenden Unternehmungen durchzuführen imſtande war. Und zu dieſen gehörten außer den gewaltigen Rüſtungen zur See auch die Aufrechterhaltung des Königs von Dänemark ſelbſt und Mansfelds. Sowol Conway als der König machten kein Hehl mehr daraus, daß man genug damit zu thun haben werde, den Verpflichtungen, welche man für die auswärtigen Angelegen-

1) Vgl. Rusdorf a. a. O. 297 f.

2) Der Entwurf des Schreibens bei G. F. Bricka och J. A. Fridericia, Kong Christian den Fjerdes egenhaendige Breve, 2. Bind. 47.

heiten bereits eingegangen war, Genüge zu leisten. Und dabei gedachte Conway ausdrücklich Mansfelds, den er auf keinen Fall im Stiche lassen wollte. Rusdorf aber rechtfertigte die schwächliche, Englands unwürdige Entschließung des Königs und des Staatsrats noch einmal gegenüber dem Markgrafen durch eine ausführliche Schilderung der englischen Finanznöte und ihrer Gründe: nur mit einer Mondfinsternis konnte er Englands sonst hellleuchtendes Gestirn vergleichen.[1]

Noch bevor der Markgraf davon unterrichtet war, wie wenig er für den Augenblick von England zu erwarten hatte, ließ er auch der Signoria von Venedig durch den bereits erwähnten Obersten Boet ähnliche Anträge unterbreiten.[2] Allein alle Bemühungen des Unterhändlers blieben erfolglos. Nach der Schlacht bei Lutter und dem zweifelhaften Ausfalle des Einbruchs der dänischen Truppen in die östreichischen Erbländer zeigte man sich in Venedig sehr zurückhaltend, besonders als man erfuhr, daß der Herzog von Savoyen seine Stellung zu dem Unternehmen von der Haltung der Republik abhängig machen werde. Die Versicherung, daß die erforderlichen englischen Gelder schon bereit lägen, fruchtete nichts, und die Unterstützung des englischen Gesandten Wake brachte Boet ebenso wenig vorwärts. Ja obwol während seiner Anwesenheit die Nachricht vom Tode Mansfelds eintraf, dessen Credit bis dahin bei den Venetianern

1) Ungedruckter Brief Rusdorfs an den Markgrafen Kingston ce 29. Nov. 9. Dec. 1626. Premierement le Roy entretient et paye six mille hommes aux Estats, secondement donne au Roy trente mille livres sterlings par moy, dont il n'en a payé que trois, pour le reste, il faut trouver de fonds. Tiercement le Roy a payé, que je scay, plus de cents et quarante cinque mille livres sterlings desia au Conte de Mansfeld, maintenant il aura derechef de deniers pour pouvoir subsister, puis qu'il s'est joint au Roy de Dennemarck ...., où sont maintenant les frais pour la defense d'Irlande et des ports? Les funerailles, le mariage, la venue et reception de la Royne, les deux voyages du Duc de Buckingham ont cousté une infinité de l'argent. De cecy V. A. peut veoir, tant qu'elles sont les actions du Roy, que combien de charges a sur les bras et qu'il n'est pas manquement de bonne volonté que l'on n'embrasse incontinent les ouvertures de V. A. Il ne faut pas pourtant totalement desesperer où abandonner ceste genereuse resolution: nous observerons les occasions. Dagegen sollte Conways Schreiben an Roe in Konstantinopel (Whitehall, 6/16. Dec. 1626, Negotiations S. 580 f.) hier offenbar die Vorstellung erwecken, daß alles im besten Zuge sei.

2) H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik der Republik Venedig während d. dr. Kr. II. S. 67 f. Ungedruckter Brief des Dr. Craß an Christian IV. vom 1./11. Mai 1627. Fiedler, Correspondenz des Pfalzgrafen Friedrich u. s. Gemahlin Elisabeth mit H. M. v. Thurn. S. 29.

noch ziemlich hoch gestanden hatte, und obwol Boet mit dem gerade anwesenden dänischen Abgesandten Dr. Cratz zusammenwirkte, wies man die Anerbietungen des Markgrafen doch kurzer Hand zurück.

Später hat der englische Gesandte in Venedig, Isaak Wake, die Signorie noch einmal durch die Vorspiegelung für das Unternehmen zu gewinnen gesucht, daß der englische König die Forderungen des Markgrafen wirklich erfüllt habe; allein man leugnete hier jetzt geradezu, jemals Versprechungen zur Ausführung eines solchen Planes erteilt zu haben und verhelte endlich auch den Zweifel an der von Wake ausgesprochenen Versicherung keineswegs. Die Venetianer wußten jedenfalls recht gut, daß dem Markgrafen von England noch kein Pfennig gezahlt war, und hüteten sich wol, ihr Geld für eine von vorn herein als verloren geachtete Sache zu verschleudern.[1] —

Der dänische Gesandte Dr. Joachim Cratz in Venedig.

Der dänische außerordentliche Gesandte in Venedig, Dr. Cratz, war ein Altmärker, der einst in Orleans juristische Studien gemacht und sich während eines längeren Aufenthaltes in Italien eine gute Kenntnis der italienischen Sprache erworben hatte. Schon damals war er auch nach Venedig gekommen und von der Republik aus einem uns unbekannten Grunde durch den Markusorden und eine goldene Kette ausgezeichnet worden. Nach seiner Rückkehr in die Heimat hatte ihm der Kurfürst Georg Wilhelm die Stelle eines Hof- und Quartalgerichtsrats und Kastners in Tangermünde verliehen (1619). Später finden wir ihn als Landrat und Burggrafen in Tangermünde. Infolge seiner Vermählung mit Anna Heideck, der Tochter eines kursächsischen Oberhofgerichtsassessors zu Leipzig, welcher zugleich magdeburgischer Hofrat und mansfeldischer Kanzler war, hatte er Grundbesitz in der Nähe von Leipzig erworben.

Seit dem Eindringen der protestantischen Heere in die Altmark war Cratz in amtliche Beziehungen zu den höheren dänischen Offizieren getreten und scheint auf diese einen günstigen Eindruck gemacht zu haben. Wahrscheinlich hatte er den Dänen während ihres Aufenthalts manchen wichtigen Dienst erwiesen. Genug, schon in den ersten Septembertagen 1626 machten Mogens Kaas und Axel Ahrenfeld dem des Italienischen und Französischen kundigen altmärkischen Landrate den Antrag, diplomatische Gesandtschaftsreisen im Auftrage des Königs auf sich zu nehmen und erhielten seine Zustimmung. Aus dem königlichen Hauptquartier zu Stade

1) Rusdorf a. a. O. II. 239.

wurde er darauf, nachdem er eine förmliche Ratsbestallung erhalten hatte,[1] im Laufe der ersten Novembertage nach Venedig abgefertigt, wo er gegen das Ende des Jahres anlangte (29. Dez.). Er hatte die Republik im Namen des Königs um Unterstützungen zur Errichtung von fünf oder sechs Reiterregimentern zu ersuchen und durfte derselben auch erforderlichen Falls strengste Geheimhaltung zusagen. Am 12. Januar entledigte er sich vor dem Dogen und den Geheimen Räten seines Auftrags und übergab denselben in italienischer Sprache schriftlich. Allein man beeilte sich in der für den König so dringlichen Angelegenheit keineswegs. Der ganze Januar verfloß, ohne daß Cratz ein endgiltiger Bescheid zu teil wurde. Viermal wurde in der Angelegenheit Pregadi gehalten. Erst am 13. Febr. hob der Doge in einer langen Auseinandersetzung gegen Cratz die schweren Kosten hervor, mit welchen die Republik dem Umsichgreifen der spanischen Universalmonarchie im Veltlin und im Mailändischen Widerstand geleistet habe.[2] Er gedachte ferner der bei der Kinderlosigkeit des Herzogs so unsicheren Zukunft des kleinen mantuanischen Staatswesens, welche die Republik zu vorsichtiger Wachsamkeit nötigte und verlor sich endlich in allgemeinen und nichtssagenden Versprechungen. „Die Serenissima Republica wäre des hohen Anerbietens und wollte J. K. M. versichern, in communi causa nicht von ihm zu treten, sondern nach höchstem Vermögen zu befördern; sowol in ihren Grenzen und auch was ihr höchstes Vermögen außer denselben sein könnte oder möchte, in dem wollten sie ferner korrespondieren und in aller Freundschaft J. K. M. bereit erscheinen". Schon vorher hatte der Doge den dänischen Gesandten auf die Vorteile hingewiesen, welche dem Könige aus der „Diversion gegen Genua und im Veltlin" im Laufe der beiden letzten Jahre nach der Anschauung der Venetianer erwachsen waren: man wollte verhindert haben, daß die Gegenpartei ihre ganze Macht wider den König führte. Cratz erklärte vor versammelter Signorie, daß er nicht nur mit den Gesandten Englands und der Niederlande, sondern auch mit dem französischen und dem savoyischen in Unterhandlungen über die Angelegenheit

1) Sie ist in der Schanze vor Schnakenburg am 29. Aug./8. Sept. 1626 ausgestellt. Christian IV. bat den Kurfürsten Georg Wilhelm Cratz die Erlaubnis zu diesen Reisen zu gewähren, die dieser weder erteilt noch versagt hat. Die Instruktion, welche Cratz erhielt, ist vom 21./31. Okt. G. F. Bricka og J. A. Fridericia, Kong Christian den Fjerdes egenhaendige Breve. 16de Hefte. S. 42.

2) Freilich ist der Entwurf eines Schreibens der Signorie an den dänischen König schon am 21. Jan. 1627 gezeichnet. Denn in dieses Jahr gehört der im Diplomatarium relationum Gabrielis Bethlen cum Venetorum republica S. 238 von Óváry Lipót abgedruckte Brief.

treten werde. Allein die Vertreter Frankreichs und Savoyens waren ohne jede besondere Weisung und Vollmacht, und die Fürsprache der ersteren, Isaak Wakes und Berkas, vermochte den Entschluß der Signorie nicht umzustoßen. Als der dänische Abgesandte nach einiger Zeit (23. Febr.) in der Signorie auf einen deutlichen und bestimmten Bescheid hindrängte, ob Venedig zur Unterhaltung einiger Regimenter etwas thun wollte und könnte, und offen damit drohte, daß sein König im Falle der Verweigerung den ihm angebotenen Frieden nicht ausschlagen würde, erschütterte er zwar den Gleichmut der Herren sichtlich, allein sie blieben zuletzt doch bei ihrem Entschluß. Denn der päpstliche Nuntius sowie die Gesandten Spaniens und Östreichs erklärten sofort, daß man die Republik als einen Feind betrachten würde, wenn sie irgend eine Unterstützung leisten sollte. Cratz erhielt darauf noch einen geheimen Bescheid, der von dem früheren nur dem Wortlaute nach verschieden war. Sobald die veltlinische Angelegenheit friedlich beigelegt wäre, wollten die Venetianer in der That zum Besten des Königs thun, was ihnen ihre Freunde, wie Frankreich, England, Holland und Savoyen angeraten hätten!

Von der ganzen Reise schien nur Cratz selbst einen Vorteil davon tragen zu sollen, denn man machte ihm zum Abschied ein Geschenk von 1000 venetianischen Kronen. Er reiste darauf im Geleite des oben erwähnten Abgesandten des Markgrafen von Baden, Boet, durch das Veltlin zurück nach Rötteln und begab sich von da nach Frankreich. Von hier aus wollte er auf einem französischen Schiffe nach den Niederlanden und von da in das Lager des Königs zurückkehren. Auf diesem Schiffe wurde er aber in der Nähe von Dünkirchen von einem spanischen Kapitän aufgegriffen und seiner Baarschaft, seines Ordens und aller seiner Habseligkeiten sowie seiner Papiere beraubt. Auch seine dänischen Begleiter verloren ihr ganzes Gepäck. Man brachte die Gesandtschaft darauf nach Brüssel, wo Cratz sogar einige Zeit in Haft gehalten wurde. Nach seiner Befreiung ließ die Infantin durch den Herrn v. Schönburg und Spinola die Verhandlungen über einen Frieden zwischen dem Könige und dem Hause Habsburg mit ihm weiter fort spinnen, so daß Cratz endlich anstatt der von Venedig erhofften Kriegsunterstützungen die Friedensbedingungen der Infantin zurückbrachte.[1] Von Brüssel nach

1) Nach der Relation des Dr. Cratz vom 1./11. Mai 1627 (K. G A. in Kop.) und einem Schreiben desselben an den König, Hamburg 1./11. April 1628. Der ersteren sind auch die Zeitangaben entlehnt, welche von den bereits bekannten abweichen. Cratz hat sich wol des alten Kalenders bedient; vgl. dazu H. von Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik der Republik Venedig im dreißigjährigen Kriege, II. 67 u. Dreyhaupt, Saalkreis, II. Beylage 27.

Antwerpen ließ ihn die Infantin durch den Grafen von Taxis geleiten und bestritt auch die Reisekosten. Den Verlust, den er durch seine Gefangennahme bei Dünkirchen erlitten hatte, schätzte Cratz etwa ein Jahr später auf 1200 ungarische Dukaten; den seiner Reisegenossen gab er auf 1000 Dukaten an.

Französische Versprechungen.

Nach Frankreich entsendete Christian IV. Jakob de Freville[1] (Frieville), einen Franzosen, der einst Tanzmeister seines ältesten Sohnes gewesen war, und der nun als ständiger Vertreter des Königs seine diplomatischen Künste zeigen sollte. Dieser Freville war der zweite Vertreter des Königs am Hofe zu Paris, da auch Zobel bereits im Juni 1626 von England nach Frankreich übergesiedelt war.

Christian IV. ließ Ludwig XIII. die Versicherung aussprechen, daß er an der Sache, welche er auf seine Veranlassung unternommen habe, mit ungebeugter Standhaftigkeit festhalte, beklagte sich aber zugleich darüber, daß nicht nur er selbst, sondern auch Bethlen Gabor von den Königen Frankreichs und Englands vollständig im Stiche gelassen worden wäre. Ganz offen machte er dem so wenig zuverlässigen Bundesgenossen von der wider erwachenden Neigung des Fürsten von Siebenbürgen, seinen Frieden mit dem östreichischen Kaiserhause zu machen, Mitteilung. Ueber die Erfolge, welche diese Botschaft des ehemaligen Tanzmeisters davon getragen hat, wissen wir nichts: schwerwiegend dürften sie in keinem Falle gewesen sein. Dagegen sind dem bremischen Bürgermeister Zobel in den letzten Monaten dieses Jahres bestimmtere Aussichten auf Kriegsunterstützungen eröffnet worden.[2]

Demungeachtet nahm aber eine zweite Gesandschaftsreise des Palla Rosenkranz wider einen ziemlich kläglichen Verlauf. Rosenkranz sollte in Paris nicht nur auf Beschleunigung der vertragsmäßigen Unterstützungen, sondern auch darauf dringen, daß Ludwig XIII. zur Erleichterung des

1) Er beglaubigte ihn durch ein Schreiben vom 22. Nov./2. Dez. 1626. K. G.-A. in Kopenhagen. Vgl. Joh. Grundtvig, Meddelelser fra Rentekammerarchivet S. 146, 177. Frevilles Bestallung ist zu Stade 17./27. Nov. ausgestellt. Er sollte jährlich 400 Reichsthaler erhalten. Schon am 1./11 Juni 1627 erhielt jedoch auch Peter Wibe eine Bestallung als diplomatischer Agent in Frankreich, Grundtvig a. a. O. S. 177.

2) L. Camerarius an A. Oxenstierna, Haag 1./11. Dez. 1626, Schybergson, Sveriges och Hollands diplomatiska Förbindelser 1621—1630. 495.

Königs seiner Zusage gemäß ein besonderes Heer aufstelle. Er hatte also wol den Auftrag, in Paris für die Pläne des Markgrafen von Baden zu wirken. Empfehlungen des Königs Karl und seiner Gemahlin an Ludwig XIII. und seine Mutter sollten ihm seine Aufgabe erleichtern.

Nachdem Rosenkranz die Ausrüstung von 6000 Schotten vermittelst der englischen Bundesbeiträge durchgesetzt hatte, verließ er in der letzten Novemberwoche 1626 England und begab sich nach Paris. Der pfälzische Agent Rusdorf zweifelte,[1] nachdem Ludwig XIII. Zobel bereits eine Unterstützung zugesagt hatte, und weil Rosenkranz in Paris ganz offen als königlicher Gesandter auftreten sollte, von vorn herein an einem erheblichen Erfolge dieser Sendung. Und schon die Aufnahme, welche Rosenkranz bei seiner Ankunft in Paris fand, rechtfertigte diese Zweifel und bildete einen schroffen Gegensatz gegen die geflissentliche Freundlichkeit, welche man dem östreichischen Gesandten, dem Grafen Khevenhiller auf seiner Durchreise von Madrid nach Brüssel und von da nach Wien entgegenbrachte. Ganz ähnlich wie Cratz in Venedig —, und es ist dies kein Zufall —, wurde auch Rosenkranz Monate lang mit Ausflüchten und Vertröstungen hingehalten. Ja man leugnete endlich geradezu jede vertragsmäßige Verpflichtung zu Kriegsleistungen an den König und stellte alles, was man bisher für ihn gethan hatte, als einen Ausfluß der freien königlichen Gnade hin.

Auch Rosenkranz erlitt einen ähnlichen Unfall, wie Dr. Cratz, aber noch in Paris. Zur Nachtzeit wurde ihm seine Reisetruhe mit allen Briefschaften und der Vollmacht, ferner der in England erhaltenen goldenen Kette und der ganzen auf der Reise ersparten Summe aus seinem Schlafzimmer entwendet.

Nach einiger Zeit sagte man Rosenkranz 500000 brabantische Gulden zu, händigte ihm aber nur 100000 Livres baar ein und versprach ihm den Rest in drei Terminen zu zahlen. Der Marschall von Schomberg entschuldigte[2] den König, indem er auf die inneren französischen Wirren und die Spannung zwischen England und Frankreich hinwies. Ja Rosenkranz sollte sogar in London, wenn auch im eignen Namen, einen Vorschlag zu einem gütlichen Vergleiche zwischen beiden Königen machen. Nach dem 19. März 1627 ist derselbe wider nach England aufgebrochen. Den durch den Diebstahl erlittenen Verlust hatte man ihm durch ein vergoldetes Silbergeschirr von 2000 Kronen an Wert zu ersetzen gesucht.

---

1) Rusdorf an A. Oxenstierna, London 4./14. Nov. Cuhn, v. Rusdorf, Geheime Unterhandlungen und Urkunden II. 281. 296.

2) K. H. H. u. Staatsarchiv in Wien, Gallica d. a. 1627.

Durch die gedruckten Zeitungen wurde damals die Nachricht verbreitet,[1] daß Cratz die von Rosenkranz an den dänischen König erstatteten Berichte über seine Verhandlungen mit dem französischen Hofe wahrscheinlich der größeren Sicherheit wegen mit sich geführt habe. Wenn das richtig ist, so würde man in Brüssel viel eher Kenntnis von dem, was Rosenkranz in Paris erreicht hatte, erhalten haben, als Christian IV. selbst.

Während dieser Verhandlungen wurden Ludwig XIII. auch dänische Werbeoffiziere, wie ein Capitän Torsi und ein gewisser Petrus de Lambermont[2] empfohlen. Der letztere sollte in Frankreich 9000 M. zusammenbringen, und der König ihm für den Mann 5 Thlr. aus den vertragsmäßigen Bundesunterstützungen zahlen lassen. Auf Lambermont war Christian IV. durch den Herzog v. Bouillon aufmerksam gemacht worden. Allein Ludwig XIII. und seinem politischen Ratgeber war in diesen ersten Monaten doch mehr daran gelegen, Einfluß auf Maximilian von Baiern und die rheinischen Kurfürsten zu gewinnen, als durch reichliche Unterstützungen den König von Dänemark in den Stand zu setzen, Tillys Heer von der Elbe zurückzudrängen.

Das Bündnis Christians IV. mit dem Fürsten Bethlen Gabor von Siebenbürgen.

Noch vor der Schlacht bei Lutter war der siebenbürgische Gesandte Matthias Quad v. Wickrodt, Hauptmann bei den deutschen Truppen des Fürsten, im Haag erschienen, um den Generalstaaten den ausdrücklichen Wunsch seines Herrn um Aufnahme in das Haager Bündnis auszusprechen, mit dessen Bedingungen sich derselbe vollständig einverstanden erklärt hatte.[3]

---

1) Zeitungen | deß MDCXXVII. Jahrs, ... | Getruckt im Jahr 1627. K. B. in Stuttgart. Der Bericht ist aus Paris und befindet sich in Nummer 18. Vgl. J. C. Opel. Über eine bisher unbekannte süddeutsche Zeitung im Archiv f. Gesch. d. deutschen Buchhandels Band X. S. 207 f.

2) Am 20./30. Dez. 1626. K. G.-A. in Kop.

3) Über Quads Aufenthalt im Haag im Sept. 1626 berichten einige Briefe des Camerarius an L. Oxenstierna, Schybergson a. a. O. S. 430, 436, 440, 442. Die von dem siebenbürgischen Gesandten an die Generalstaaten gehaltene Rede findet sich in der Flugschrift CANCELLARIA SVEDICA ..... Anno M. DC. XXVII. Wir heben aus ihr den das Bündnis mit der Türkei betreffenden Teil heraus: Inprimis etiam illa, quae nuper de solenni confoederatorum legatione ad Portam Ottomanicam instituenda, imperatoreque in partes nostras omni conatu et viribus protrahendo ut confoederatis proponerem, Serenissima sua Celsitudo in mandatis mihi dederat, hinc (?) ut nunc denuo repeterem, serio mihi injungere pro singulare suo in rempublicum ardore et vigilantia prae-

Denn der Fürſt wollte ſofort gegen den Kaiſer aufbrechen, ſobald ihn der König von England und die übrigen Verbündeten mit Geld verſehen haben würden. Ueber einen Monat verweilte jedoch Quad, ohne etwas auszurichten, im Haag und wurde hier Zeuge des erſchütternden Eindrucks, welchen die Niederlage des Königs auf die Holländer machte. Sein Anbringen bei den Generalſtaaten blieb unter den obwaltenden Umſtänden gänzlich erfolglos. In der letzten Septemberwoche brach er von den Niederlanden nach England auf. Obgleich der Geſandte ſchon am 6. Okt. n. St. bei dem Könige Audienz erhielt, bedurfte es doch auch hier wochenlanger Verhandlungen, bis man ihn abfertigte.[1]

Endlich nahm aber Karl I. den Fürſten von Siebenbürgen mittelſt eines beſonderen Vertrages[2] in das Haager Bündnis auf (10. Dez. 1626). In dieſem Vertrage war der Kaiſer ausdrücklich als einer der Feinde der Bundesgenoſſen genannt, gegen welche der Fürſt die Waffen zu führen hatte. Für jeden Monat des Kampfes verſprachen der König von England und ſeine Verbündeten Bethlen 40000 Reichsthaler in Konſtantinopel zahlen zu laſſen, wie er es gefordert hatte. Die Zahlungsverpflichtung ſollte mit dem Tage, an welchem er ins Feld rücken würde, beginnen. Da ſich aber die Verbündeten infolge der Ortsentfernung über den einem jeden zufallenden Anteil nur ſchwer mit einander zu verſtändigen vermochten, ſo machte ſich Karl I. anheiſchig, bis zum Junimonate des folgenden Jahres die Summe von 10000 engliſchen Pfund (70000 Reichsthaler) in Konſtantinopel zu erlegen, welche Bethlen als einen Vorſchuß auf die England zufallenden Bundesbeiträge anſehen ſollte. Nach dieſem Vertrage nahm England und ſeine Verbündeten ferner die Verpflichtung

terire nullo modo potuit. Et si unquam utilem et necessariam illam judicaverit, nunc utilissimam .... judicat.

Etenim cum suae Serenitati per homines secretos ac fide dignos tam Vienna, quam Constantinopoli iteratis vicibus innotuerit, domum Austrio-Hispanicam modis omnibus anniti, ut potissimam gentem Ottomanicam in partes suas trahant, et venales Viziros mira calliditate ad libidines suas disponant. S. 25 26.

1) Rusdorf, Cuhn 1. 748, 773.

2) Der Inhalt des Vertrages wurde von Lord Conway dem engliſchen Geſandten in Konſtantinopel durch ein Schreiben aus Whitehall vom 6. Dez. a. St. (Roe, Negotiations 580), und durch Rusdorf Friedrich von der Pfalz (Cuhn 2. 305 f.) mitgeteilt. Rusdorf reichte dem engliſchen Staatsſekretär Conway zwei kleine Quads Angelegenheit erörternde Denkſchriften ein. (Cuhn 1. 761 f. 771, 775 f.) Vgl. außerdem die nicht immer zuverläſſigen Nachrichten des venetianiſchen Geſandten Contareno bei Óváry Lipót, Diplomatarium relationum Gabrielis Bethlen cum Venetorum republica 798—804.

auf sich, dem Fürsten mit 12000 M. Hilfstruppen beizustehen, erklärte aber, daß derselben bereits durch die Entsendung des mansfeldischen Heeres genügt worden sei. In einem besonderen Schreiben forderte Karl I. seinen Bundesgenossen auf, nun Hand ans Werk zu legen, ohne ihm übrigens den bedenklichen Zustand der englischen Finanzen zu verbergen.

Noch vor Jahresschlusse begab sich darauf der siebenbürgische Gesandte, wenig zufriedengestellt mit dem Erfolge seiner Sendung und in Zweifel darüber, ob man in England auch nur diese geringfügigen Zusagen halten würde, nach dem Haag.[1]

Aber auch die Generalstaaten schlossen erst im zweiten Monate darauf einen fast gleichlautenden Vertrag mit Quad ab, nur ward des Kaisers als eines Feindes, gegen welchen der Fürst die Waffen zu ergreifen hatte, nicht ausdrücklich in demselben gedacht. Ferner enthielten sich die Generalstaaten eine Summe namhaft zu machen, zu deren Zahlung sie sich besonders verpflichteten. Sie begnügten sich vielmehr mit dem allgemeinen Versprechen, daß die Verbündeten dem Fürsten für jeden Kriegsmonat 40000 Thaler in Konstantinopel überweisen würden. Andererseits erklärten sie jedoch die Armee Mansfelds ebenfalls als das dem Fürsten vertragsmäßig gebührende Unterstützungscorps. Den Gesandten beschenkten sie bei seinem Scheiden mit einer goldenen Kette.

Vom Haag eilte Quad in das Hauptquartier des Königs von Dänemark nach Stade, wo er, wenn wir gut unterrichtet sind,[2] Christian IV. von der weiteren Verfolgung des friedlichen Ausgleichs mit dem Kaiser zurückzuhalten suchte und ihn vor einem übereilten Friedensschlusse warnte. Er stellte ihm vor, daß seine Feinde nicht eher ruhen würden, bis sie endlich allein im Reich regierten, und bot dem Könige die Dienste seines Herrn geradezu an. Bethlen wollte hiernach mit 15000 ungarischen Reitern in Schlesien oder Mähren zum Könige von Schweden stoßen. Falls aber Gustav Adolf nicht kommen könnte, sollte Christian IV. 8000 oder 9000 M. Fußvolk und 2000 Pf. zu ihm senden. Er forderte ferner 40000 Rchtlr. als Monatsbetrag der Kriegskosten und Unterstützung gegen Polen, wenn er von dieser Seite her angegriffen werden sollte. Quad

1) Schybergson, Sveriges och Hollands diplomatiska förbindelser 1621—1630. S. 494, 503. Arend, Algemeene Geschiedenis des Vaterlands III 4. S. 181, 182.

2) Wir halten die in Történelmi Tár (Hist. Magazin für Ungarn) N. F. IV. (1881) 196—110 abgedruckte Urkunde für die damals von Quad im Auftrage seines Herrn übergebene Instruktion. Sie war in der Hauptsache die alte, mit welcher Quad im vorigen Jahre seine Reise angetreten hatte.

entwickelte weiter den Kriegsplan Bethlens dahin, daß der König Tilly angreifen und in die Pfalz ziehen, Frankreich und der Herzog von Savoyen den Krieg in Italien fortsetzen, die Venetianer in Friaul einbrechen und die Staaten gegen Spinola zu Felde ziehen sollten. Von diesen Unternehmungen versprach sich der Fürst die Folge, daß der Kaiser Wallensteins Armee aus dem Reiche zurückziehen oder eine neue rüsten müsse, besonders wenn sich die Verbündeten bemühen würden, die Türkei auf ihrer Seite zu behalten. Bevor das Bündnis mit den Westmächten seinen Abschluß erhalten habe, weigerte sich Bethlen Gabor freilich etwas zu thun, aber sein Botschafter versprach dem Könige doch, bis dahin die Pforte von der Unterzeichnung des Friedens mit dem Kaiser zurückzuhalten.

Am 10. März n. St. erteilte Christian IV. seine Zustimmung zur Aufnahme des Fürsten in das Haager Bündnis und schloß einen besonderen Vertrag mit ihm.[1] Nach demselben hatte Bethlen den Krieg gegen die gemeinsamen Feinde des Bundes mit voller Kraft zu führen und mit einem Heere von mindestens 15 000 Ungarn entweder gesondert oder mit den Streitkräften der Verbündeten vereinigt das feindliche Gebiet zu überziehen.

Die vertragsmäßige Verpflichtung zur Aufstellung einer Hilfsarmee glaubten England und Holland durch die Zusendung der mansfeldischen und Christian IV. durch die Zuführung der mansfeldischen und weimarischen

1) Die drei Verträge sind von Szilágyi zum Abdruck gebracht worden in Értekezések a történeti tudományok köréből. II. Kötet. VIII. Szám. 1873, S. 78—93. Der die Zahlungen betreffende Punkt des dänischen Vertrages lautet: 3. Dicti Confoederati Transylvaniae singulis mensibus, quibus militabit ob hoc foedus, subsidio Quadraginta mille Thalerorum Imperialium juvabunt; Quotam suam quisque Constantinopoli singulis mensibus persolvi curabit, pro uno mense triginta duos dies computando Et a die, quo dictus Transylvaniae Princeps in Campum progressus fuerit incipiendo. Quoniam autem ob locorum et regionum confoederatorum distantiam Confoederati de quota, quae cuique persolvenda hic erit, ut tractent, convenire nequeant, ideo nos, ne tam utile et necessarium communi bono bonum recipiat impedimentum, intra mensem proxime adventantem Julium (!) summam triginta mille thalerorum imperialium (ultra jam persolutos triginta mille) in dicta civitate Constantinopolitana persoluturos spondemus et promittimus. Et interim nobis cum reliquis confoederatis, quid unicuique persolvendum erit, conveniet. S. 92, 93. Anstatt Julium ist Junium zu lesen, was die beiden andern Verträge auch enthalten. Das englische Bündnis ist am 30. Nov./10. Dez. 1626, das niederländische am 9./19. Febr. und das dänische am 28. Febr./10. März 1627 abgeschlossen worden. Vgl. hierzu Alexander Szilágyi, Gabriel Bethlen und die schwedische Diplomatie, Budapest 1882. S. 12 f.

Scharen erfüllt zu haben. Außer dem allgemeinen Versprechen einer monatlichen Zahlung von 40000 Reichsthalern erteilte jedoch der dänische König die besondere Zusage, daß er Bethlen im Verlaufe des nächsten Juni 30000 Reichsthaler in Konstantinopel zahlen werde, und versprach auch noch, wie es Karl I. gleichfalls gethan hatte, sich unterdessen mit seinen übrigen Verbündeten über die Aufbringung der monatlichen Unterstützung zu verständigen.

Einem jeden dieser drei Sonderverträge war eine Abschrift des Haager Bündnisses beigefügt. Der siebenbürgische Gesandte erteilte das ausdrückliche schriftliche Versprechen, daß sein Herr die einzelnen ihn verpflichtenden Punkte des dänischen Bündnisses genehmigen und getreulich halten werde.

Die beiden Könige hatten sich also dem Fürsten von Siebenbürgen gegenüber anheischig gemacht, bis zum Juni dieses Jahres 100000 Thaler Hilfsgelder für ihn in Konstantinopel zu hinterlegen, während sich Holland nur zur Zahlung seines Anteils an der monatlichen Unterstützungssumme von 40000 Thlrn. verpflichtet und keinen bestimmten Zahlungstermin festgesetzt hatte. Schon hieraus ergibt sich, daß diese Bündnisse mit Bethlen von vorn herein der sicheren Grundlagen entbehrten. Nur von England wurde der Kaiser, also Östreich, ausdrücklich als der anzugreifende Feind bezeichnet. Die Generalstaaten hatten keine ganz bestimmte Zahlungsverpflichtung auf sich genommen.

An dem Tage, an welchem Karl I. das Bündnis zeichnete (10. Dez.), war ferner Mansfeld bereits tot († 29. Nov.) und die mansfeldischen Truppen in der schlechtesten Verfassung, was in England noch unbekannt war. Ebensowenig kannte Karl I. die Verhandlungen, welche Bethlen im Geheimen mit den Kaiserlichen führte, und schloß daher ohne sein Wissen ein Bündnis mit einem Fürsten, der im besten Zuge war, sich mit dem Kaiser zu vergleichen.[1] Dieser Vergleich kam im Vertrage zu Leutschau zu stande (28. Dez. 1626.)

1) In einem Schreiben vom 4./14. Dez. 1626 gab jedoch Roe bereits dem Lord Conway Nachricht von der Veränderung der Dinge in Ungarn, von der Bethlen durch einen besonderen Boten Mitteilung in Konstantinopel gemacht hatte. Bethlen ließ hier verbreiten, „that the terrible noyse of the King of Denmarkes disgrace made him stand, and seeing the winter begunn, that it was not safe to bee too far engaged, before he had aduice of the recouery of the affayres in Germany, and that therefore, according to his nature, he did seeke to winne tyme, and to enterteyne the emperor with treatyes, of which he will make no conclusion without his alliyes...“ Roe, Negotiations.

Dagegen waren natürlich die Generalstaaten bei dem Eingehen dieses Bündnisses von dem Tode der beiden Führer der für den Fürsten von Siebenbürgen bestimmten Truppen, von dem Umschwunge in dem Verhältnisse Bethlen Gabors zu dem Kaiser und wol auch von seinen Versprechungen für das nächste Jahr genau unterrichtet.[1] Daraus ist auch die sehr vorsichtige Fassung ihres Vertrages zu erklären.

Christian IV. aber besaß bei der Unterzeichnung dieses Vertrages nicht nur von den Unfällen der beiden Abteilungen seiner Hilfsarmee und dem Tode ihrer Führer, sondern auch von dem Übertritt dieser protestantischen Truppen nach Schlesien und von den Versprechungen, welche Bethlen ungeachtet seiner Abschwenkung zum Kaiser an Mitlaf erteilt hatte, eingehendere Kenntnis.[2] Dagegen scheint Bethlen nach seinem Vertrage mit Wallenstein und dem Kaiser bis zur Ankunft Quads bei Christian IV. keinen direkten Verkehr mehr mit dem Könige unterhalten zu haben. Denn Christian IV. versicherte dem Fürsten durch ein besonderes Schreiben, daß er sich in seinen Bestrebungen, von der Gegenpartei den Frieden zu erhalten, noch keiner Entscheidung genähert habe, und wollte ohne Wissen und Zustimmung des Fürsten und seiner Verbündeten überhaupt nicht abschließen. Doch weigerte er sich auch trotz der allerzuverlässigsten Nachrichten von dem Vertrage des Fürsten mit dem Kaiser dem Gerüchte Glauben zu schenken, wenn es ihm der Fürst nicht durch Briefe oder besondere Boten selbst bestätige. Er sprach vielmehr die Hoffnung aus, der Fürst werde auch fernerhin mit ihm einen Strang ziehen und ohne Wissen und Zustimmung seiner Verbündeten keinen dem Bunde nachteiligen Frieden eingehen.[3] Christian IV. schloß also den Vertrag geradezu in der Absicht, den kriegslustigen Bethlen von neuem zum Bruche mit dem Kaiser zu bewegen.

Von einer Absendung an den Hof zu Konstantinopel und einem Bündnisse der vereinigten Westmächte mit dem Sultan, wie es Bethlen früher gefordert hatte, enthalten freilich diese drei Verträge nicht die geringste Andeutung. Anstatt eines Wechsels von 120 000 Thalern, welchen der Fürst früher haben wollte, sagten ihm die beiden protestantischen Könige nur 100 000 Thlr. zu.

---

1) Beweise dafür finden sich in den Briefen des Pfalzgrafen Friedrichs V. an Thurn schon aus dem Januar bei Fiedler, Correspondenz 28 ff.

2) Vgl. Opel, der Niedersächsisch-Dänische Krieg II. 600 f.

3) Christian IV. an Bethlen, Stade 1./11. März 1627. K. G.-A. in Kopenhagen. Történelmi Tár (Histor. Magazin f. Ungarn) Budapest 1881. N. F. IV. 102 f.

Über die besonderen mündlichen Aufträge des Königs, deren sich Quad zu entledigen hatte, wissen wir ebenso wenig Bestimmtes, wie über die Aufnahme dieser Verträge, von denen auch der letzte Mitte April zur Kenntnis Bethlens gelangt sein möchte. Auf keinen Fall aber konnte der Fürst in diesen unbestimmten Verheißungen eine Erfüllung der ihm gemachten Versprechungen und seiner eignen Forderungen erblicken. Aus den Berichten seines Vertreters bei den protestantischen Mächten des Westens muß ihm außerdem klar geworden sein, wie gering die Aussichten auf die Erfüllung auch nur der Versprechungen waren, welche ihm seine Bundesgenossen in diesen Verträgen erteilten. In diesem begründeten Mißtrauen wird er auch durch die Erinnerung daran nicht beschwichtigt worden sein, daß Christian IV. um die Mitte des Jahres 1626 wirklich 30 000 Thlr. nach Konstantinopel entsendet hatte.[1] Und da Christian IV. gerade in diesen Wintermonaten auf seinen Rat selbst Annäherungsversuche an den Kaiser unternahm, fanden die allzu verschwenderischen Versprechungen des englischen Gesandten in Konstantinopel bei Bethlen um so weniger Gehör.[2]

Auf der andern Seite hütete sich jedoch der Fürst auch bis tief in den Sommer hinein, seinen Bundesgenossen jede Hoffnung auf ein

1) Diese Thatsache wird durch das Schreiben des Thomas Roe an Isaak Wake in Venedig vom 3./13. Febr. 1627 bezeugt: „He complaineth of a generall fayling with him, and J know he hath neuer touched any part, but 30000 dollers remitted hither to the Dutch ambassador, which came to late to keepe him in action. If his majestie and his allyes fynd him worth yt, they must take care euery two moneths to feed him here or in Venice: the summe is little and not much considerable.“ Thomas Roe, Negotiations S. 610. Auf diese Summe beziehen sich auch die Worte in dem Bündnisse des Königs mit dem Fürsten vom 28. Febr./10. März 1627, „ultra jam persolutos triginta mille“. Vgl. Rusdorf, Cuhn I. S. 731, 776.

2) Roe an Bethlen Gabor Konstantinopel 5. Febr. Concerning the contribution I haue receiued command from his majestie, to assure your highnes of his full resolution to maynteyne the army sent vnto yow, and to performe what soever hath beene promised: wherof part hath beene payd by the kyng of Denmarke, part by the Duch; and your ambassador, capteyne Quad being then in England shall fully satisfye your highness of the constant course settled therin for the tyme to come; so as yow shall haue no cause to daubt or complayne.

His majestie also ordered his ambassador at Venice to doe a solemne office in his name to the senate, to promoue them really to concurre with your highnes, and to procure from them some proportion for the maynte-nance of the war u. s. f. Roe, Negotiations S. 612.

Zusammenwirken mit den dänischen Regimentern in Schlesien, wie er es ausdrücklich versprochen hatte, zu entziehen. Er befahl freilich seinem Agenten in Konstantinopel, Thomas Burgos, den fremden Gesandten die ausdrückliche Mitteilung zu machen, daß er nicht weiter gehen könnte, wenn er nicht bezahlt werde, ließ aber noch immer seine Geneigtheit, gegen den Kaiser aufzutreten, erklären und versicherte, am Hofe zu Wien vorgestellt zu haben, daß ihn die Besetzung der Herzogtümer Krossen und Jägerndorf zur Unterstützung des Kurfürsten von Brandenburg verpflichte.[1] Damals mag vielleicht der englische Gesandte Roe dem Agenten des Fürsten das Anerbieten gemacht haben, die erste Anzahlung zu deponieren und auch für die Fortsetzung der monatlichen Zahlungen, je nachdem der Fürst seinen Verpflichtungen Monat für Monat gerecht werden würde, Bürge geworden sein.[2] Trotzdem ist es aber auch begreiflich, daß Bethlen, der die Verwirrung der inneren Verhältnisse Englands recht wol kannte und sicherlich auch aus Östreich davon unterrichtet wurde, daß Karl I. nicht einmal die Christian IV. erteilten Zusagen zu erfüllen imstande war, der Bürgschaft des englischen Gesandten nur geringen Glauben geschenkt hat.

Daß Bethlen in diesem Jahre 1627 Unterstützungen aus England erhalten habe, ist nicht einmal von den dem Fürsten sehr übelgesinnten englischen Diplomaten behauptet worden. Der König von Dänemark hat aber, wie weiter unten dargelegt werden wird, seine Anweisung auf die Zahlung von 30 000 Thlrn. im Juli dieses Jahres ausdrücklich zurückgezogen.

---

1) Nach dem oben angeführten Schreiben des Fürsten an seinen Vertreter Burgos in Konstantinopel.

2) Thomas Roe an den Administrator von Magdeburg, Konstantinopel 14. Nov. 1627. Bene notum est omnibus ministris amicis publicis in hac Porta, cum misit ad petendum nondum meritum subsidium post pacem ab eo factam, et cum defectionem suam praevideremus, me nihilominus agenti suo obtulisse primariam pensionem deponere et me ipsum obligare pro solutione totius stipendii pro singulis mensibus, quibus militavit, secundum tenorem et expressa verba articulorum. Roe, Negotiations 698.

Drittes Buch.

Die neuen Rüstungen des Königs.

Werbungen im In- und Auslande.

Der König von Dänemark war im Januar 1627 nach Fünen gegangen und von da nach einigen Tagen nach Seeland, war aber schon am 25. Jan. n. St. wider in Rendsburg.[1] Von hier aus begab er sich jedoch wider nach Fünen, wohin er die Stände durch die Reichsräte hatte entbieten lassen. Der bairische Rat Ruepp bezeichnete in einem Schreiben an Maximilian als Grund dieser Reise, daß der Reichsrat die Nachricht von einer im Reiche entstandenen Unruhe erhalten habe, welche nur des Königs persönliche Anwesenheit würde stillen können.[2] In Wahrheit sind es jedoch die bevorstehenden Verhandlungen der Stände in Odense gewesen, welche die Anwesenheit des Königs nötig machten.

Auf dieser Versammlung bewilligte die Ritterschaft von Jütland, Fünen, Seeland und Schonen ein Fünftel ihres Jahreseinkommens und außerdem zwei Prozent von ihren Rentenerträgen nebst einer Tonne Hartkorn von der Last.[3] Auch die Geistlichkeit verstand sich dazu, den fünften Teil des Einkommens von ihren Gütern zu opfern; jeder Priester hatte 12 Reichsthaler zu zahlen.[4] Die Städte nahmen eine vier Mal höhere Steuer auf sich, als sie in Friedenszeiten entrichtet hatten. Alle Stände erboten sich von freien Stücken, von jeder untersiegelten Schuldverschreibung noch eine besondere Abgabe, zwei Prozent vom Hundert zu entrichten. Diese Abgabe sollten auch alle Vögte, Schreiber und Bauern zahlen, welche 500 Thaler auf Rente hatten. Die Bauern der Krone und des Adels mußten eine doppelte Schatzung auf sich nehmen. Der erste Zahlungstermin ward auf Philippi-Jakobi festgesetzt (1. Mai.)

---

1) Bricka, Udtog S. 17.

2) Peine d. 13. Febr. K. R.-A. in München.

3) Erslev, Aktstykker og Oplysninger til Rigsraadets og Staendermoedernes Historie i Kristian IV's Tid, II. 2 ff. Die Bewilligung geschah am 1./11. Febr. Erslev II. 8 ff.

4) Aarhus Kapitels Bevilling 12. Febr. Erslev II. 11 f. Vgl. Raadets Erklaering 20. Febr. Erslev II. S. 27.

Wie viel freilich von diesen Bewilligungen dem Könige und seinen Rüstungen wirklich zu gute gekommen sein mag, kann nicht entschieden werden.

Am 20. Febr. gaben die Reichsräte dem Könige, der unterdessen von Odense nach Kopenhagen gegangen war, Nachricht von diesen Beschlüssen. Aber sie begleiteten diese frohe Botschaft auch mit einer sehr ernsten Friedensmahnung. Da man aus dem Vorschlage des Herzogs Friedrich und den Schreiben der Infantin den irrtümlichen Schluß zog, daß der Kaiser dem Frieden doch nicht ganz abgeneigt sei, riet man dem Könige, ja zuzugreifen und das unverhoffte Anerbieten nicht auszuschlagen. Wenn im Laufe der Verhandlungen der frühere Religions- und Profanfriede bestätigt sein würde, und der niedersächsische Kreis in allen weltlichen und geistlichen Verhältnissen in dem Stande gelassen würde, in welchem er sich vor dem Kriege befunden hatte, dann sollte sich der König dabei begnügen und die ganze pfälzische Angelegenheit Preis geben!! Die Räte machten geltend, daß Dänemark doch nicht imstande sei, sich mit Aussicht auf Erfolg in einen Krieg mit dem ganzen katholischen Europa einzulassen; sie wiesen den König darauf hin, wie wenig Frankreich und England bis jetzt ihren Verpflichtungen nachgekommen waren, und wie sich die deutschen Fürsten in ihrer eignen Sache bisher verhalten hatten. Auch von Bethlen Gabors Verhandlungen hatten sie bereits einige Kenntnis und setzten auf seine Beständigkeit gar kein Vertrauen mehr.[1] Endlich verbargen sie dem Könige auch ihr Mißtrauen gegen Schweden nicht, dessen Siege ihnen um so gefahrdrohender erschienen, je mehr sich Dänemark von allen Verteidigungsmitteln entblößte.

Der König setzte nach einem mehrtägigen Aufenthalte in Fünen auf das Festland über. Nachdem er in Dänemark Maßnahmen zur Unterstützung seiner Pläne durchgesetzt hatte, suchte er die

---

1) at baade Franckrige och Engelandt lidet eller intet of all det, som udlofvit er, hafver efterkommet; hvorledis och herefter af begge gemelte riger, saa lenge regieringen der ved fremhed catholisk anslag kand pertusberis, er at formode, kand ex praeteritis de futuris af alle eftertenckende sluttis; hvorledis de tydske furster udi deris egen sagh sich hafver forholdet, er unoedigh at erindre; hvad constants hoes Betlehem Gabor er at forvente, som allerede tracteret hafver och uden al tvifl af keiseren meget tilbiudes och efter denne tidts leilighed letteligh det til at indgaa kand disponeris, forstaar eders kong. may. allerbest; hvor merckelig stor mangel och feil ofver al Thydtslandt paa hoeie officierer er, som til saadan en kongelig armee udkrefvis, det gifver dagligh fremfarenhed til kiende. ..... Erslev II. S. 27.

letzteren besonders auch in den deutschen Herzogtümern zu fördern. Dabei stand ihm aber der Herzog Friedrich von Gottorp hindernd im Wege, der bis jetzt keiner seiner kriegerischen Maßregeln in Holstein zugestimmt und nicht einmal die Einladungen zu den Ständeversamlungen unterzeichnet hatte.[1] Um diesen seinen Neffen durch die unmittelbare Einwirkung seiner Persönlichkeit zu gewinnen und zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen Ständeversamlung zu bewegen, suchte ihn der König in Gottorp auf, verfehlte aber den Zweck seines Besuches vollständig. Der Herzog Friedrich fürchtete offenbar schon damals, falls kein Friede geschlossen wurde, ein weiteres siegreiches Vordringen der kaiserlichen Heere und wollte sein Herzogtum und sein Erbrecht nicht vorschnell in Gefahr bringen. Ja der persönliche Verkehr des Oheims und des Neffen brachte dem Anschein nach den König noch mehr gegen den unbotmäßigen Herzog auf, so daß beide einst bei der Mahlzeit geradezu handgemein wurden. In der öfter von uns herangezogenen Zeitung, wie in einem Schreiben Ruepps an den Kurfürsten Maximilian wird des Vorfalls mit dem Ausdrucke gedacht,[2] „daß es von Worten zu Streichen gekommen sei", und nach einem Zusatze der Zeitung wäre der Herzog vom Könige in einen Arm verwundet worden: in Wien war sogar die Nachricht verbreitet, daß der Herzog den König bei einem Banket erstochen habe.

Von Gottorp ging der König nach Glückstadt und von da zu Wasser nach Stade, wo er einen längeren Aufenthalt nahm (vom 7.—20. März). In Stade empfing Christian IV. den von Holland kommenden siebenbürgischen Gesandten Quad unter auffälligen Ehrenbezeigungen und nahm den Fürsten in das Haager Bündnis auf. Von hier aus erklärte er dem Herzoge Friedrich Ulrich von Braunschweig, welcher ihn durch einen Gesandten zur Räumung Wolfenbüttels aufforderte, daß er die Festung lieber in des Herzogs, als in seinen eigenen Händen sähe, sprach aber auch in seiner sarkastischen Weise seinen berechtigten Zweifel darüber aus, daß der Kaiser den Religions- und Profanfrieden wirklich gewähren werde. „Es wäre zu wünschen, daß man so viel von dem Religion- und Profanfrieden nicht redete, sondern denselben realiter gewährte. Müglich, da ist noch irgend ein Land oder zween, die noch ruinieret sein mussen."[3] In diesen Tagen

1) Der König war am 20. Febr./2. März in Gottorp. Bricka, Udtog S. 18.

2) Zeitungen, | deß MDCXXVII Jahrs, | .... Getruckt im Jahr 1627. Nr 10. Kgl. Bibl. in Stuttgart. Ruepp an Maximilian, Peine 13. Febr. 1627.

3) Christian IV. an den Herzog Fr. Ulrich von Braunschweig, Stade d. 9./19. März, s. Bricka og Fridericia, Kong Christian den Fjerdes Egenhaendige Breve Bind II. 58.

ging der hamburgiſche Oberſt v. Hatzfeld mit Vorwiſſen des Königs und nach der Aufnahme Bethlens in das Bündnis zu den Generalſtaaten. Dieſer Oberſt ſtand damals noch in den Dienſten der Generalſtaaten, an welche er noch Forderungen hatte. Der König hatte zu Anfang des Januars die Staaten ausdrücklich um ſeine Entlaſſung gebeten, weil er ihm eine entſprechende Stellung in ſeinem Heere gewähren wollte. Möglicher Weiſe betrieb Hatzfeld gerade dieſe Sache damals bei den Generalſtaaten perſönlich.[1]

Damals ſtellte ſich auch der Graf Anton Günther von Oldenburg bei dem Könige ein, um Friedensbedingungen von ihm entgegen zu nehmen, welche er Tilly und Fürſtenberg mitteilen wollte. Zugleich erſuchte er den König um Schonung ſeines Landes, falls er genötigt ſein würde, den im Namen des Kaiſers auftretenden Generälen Unterſtützungen zu teil werden zu laſſen. Der König übergab ihm einige Punkte, welche auch den Generalſtaaten bekannt waren, erteilte ihm aber in Beziehung auf den zweiten Punkt keinen zufriedenſtellenden Beſcheid.[2]

Beſonders empfindlich war dem Könige bei ſeinen Bemühungen, eine neue Armee aufzuſtellen, der Verluſt mehrerer ſeiner angeſehenſten und fähigſten deutſchen Offiziere, wie des Herzogs Chriſtian von Braunſchweig und des Oberſten Fuchs. Und als auch der Herzog von Weimar ſeine Laufbahn allzufrüh beſchloſſen hatte, wird er ſich des herbſten Gefühls der Enttäuſchung kaum erwehrt haben.

Von den regierenden proteſtantiſchen Fürſten Deutſchlands befand ſich im Anfange des Jahres 1627 kein einziger als Bundesgenoſſe und Heerführer in ſeiner Armee. Nur der aus ſeinen Landen vertriebene mittelloſe brandenburgiſche Markgraf Chriſtian Wilhelm und der im Kriegsdienſte ſeinen Erwerb ſuchende Herzog Franz Karl zu Sachſen-Lauenburg nebſt dem vierundzwanzigjährigen, an begeiſterter Hingabe für die Sache und an kriegeriſchen Fähigkeiten beide weit überragenden Herzog Bernhard von Weimar vertraten, bevor der Markgraf von Baden nebſt ſeinem Sohne bei dem Könige eintrafen, den deutſchen proteſtantiſchen Fürſtenſtand.

---

1) Aitzema an die Generalſtaaten, Stade 2./12. März . . . men heeft gesprooken van eenen Colonel Arnim, item van een Antoin Monier, die capabel souden syn om't general commendo daerover (die Artillerie) te voeren, jedoch so hebbe ick by myn ankomste verstaen, dat monsieur Hatzfelt, colonel van Hamborch, gaende naer beneden van wegen enige syne particuliere pretensien hadde aen syne Ma. en passant enige hoipe gemaeckt van enige andere qualificeerde commendeurs synde in den dienst van Uwe Ho. Mo. . . . R.-A. im Haag.

2) Aitzema an die Generalſtaaten, Stade 14./24. März.

Nach seiner Ankunft in Stade (7. März) übernahm der König die Oberleitung aller Geschäfte, ohne daß er sich jedoch mit einem geordneten Kriegsrate umgab. Denn das seit dem Oktober des vorigen Jahres in Stade seines Amtes waltende Generalkommissariat hatte in der Hauptsache nur die Geschäfte der Militärverwaltung und die zahllosen Klagen über die im Erzstift Bremen einquartierten Regimenter zu erledigen.[1] Besonders thätig waren in demselben Tage Tott, Otto Skeel, Axel Arenfeld, Georg Brahe und der erzbischöflich bremische Landdrost und Propst zu Zeven Levin v. Marschalk. Ihre Sitzungen hielten die Generalkommissare im englischen Hause.

Einige Tage nach seiner Ankunft ließ der König den Obersten Johann Georg v. Arnim aus Boizenburg nach Stade entbieten, der ihm seine Dienste angetragen hatte. Allein Arnim wird schwerlich erschienen sein, da er zugleich mit den Feinden des Königs in Verbindung getreten war und sich schon damals durch feste Versprechungen den Katholischen verpflichtet hatte.

Nach einigen Wochen erteilte der König Ratsbestallungen an Wolf v. Buchwald und Kay v. Alefeldt und ernannte den ehemaligen wolfenbüttelischen Kanzler Johann Eberhard Sohn zu Elz zu seinem Geheimen Rate, der aber im Laufe eines Jahres die Partei wechselte und zu Wallenstein übertrat.

Sehr tief empfand der König den Mangel eines erfahrenen obersten Anführers des ganzen Heeres. Und als seine Wahl endlich auf den in niederländischen Diensten stehenden Grafen Ernst Kasimir von Nassau fiel, den Neffen des Statthalters und den Gemahl einer Tochter der verstorbenen Schwester des Königs, der Herzogin Elisabeth von Braunschweig, verweigerten sowol die Generalstaaten wie der Statthalter die Erfüllung seines Gesuches; beide scheuten sich offenbar, eine Maßregel gut zu heißen, welche sich mit ihrer sehr weiten Auffassung der Neutralität doch nicht wol vereinigen ließ.[2]

Später richtete Christian IV. sein Augenmerk auf den zu seiner Unterstützung bestimmten englischen General Karl Morgan und machte ebenso wie der englische Gesandte Anstruther Karl I. davon Mitteilung. Und als Morgan im Bremischen anlangte, bot er ihm den Oberbefehl über sein ganzes Fußvolk an und wollte ihn auch zum General über die Artillerie machen. Zur wirklichen Ausführung ist indessen dieser Plan nicht gelangt, obwol Morgan die betreffenden Titel geführt zu haben scheint.

---

1) Das vom 25. Sept. 1626 bis zum 19. Aug. 1627 reichende Protokoll desselben bewahrt das G.-A. in Kop.

2) Vgl. Opel, der Niedersächsisch-Dänische Krieg Band II. S. 612.

Wie geringes Vertrauen die Leitung der Kriegsangelegenheiten durch den König in Holland erweckte, geht daraus hervor, daß die Generalstaaten den Obersten Kettler mit dem Auftrage zu ihm entsendeten, ihm begreiflich zu machen, daß es besser sein würde, wenn er der Oberleitung ganz entsagen und den Obersten Kettler mit derselben betrauen werde. Dieser sollte dann zuerst die untauglichen Offiziere entlassen und tüchtige holländische an ihre Stelle setzen. Für den Fall, daß er sich nicht hierzu verstehen würde, sollte Kettler den König wenigstens dazu bewegen, einen aus acht Personen bestehenden Kriegsrat einzusetzen und ohne dessen Beschluß nichts vorzunehmen. Endlich hatte er ihm den Vorschlag zu machen, entscheidende Schlachten zu vermeiden, sich aber dafür an verschiedenen Punkten festzusetzen und den Feind von diesen aus in Atem zu halten.[1]

Um die Regimenter und Truppenteile, von denen manche erst in der Bildung begriffen waren, wenigstens in eine gewisse äußere Verbindung mit einander zu bringen, ergriff Christian IV. eine sehr eigentümliche Maßregel, welche ein deutliches Zeugnis davon ablegte, wie unsicher er sich selbst in der Leitung aller Kriegsangelegenheiten fühlte. Er entbot die Regimentsobersten zu sich, von denen ausdrücklich der Administrator Christian Wilhelm, der Herzog Bernhard von Weimar, der Graf Philipp Reinhard zu Solms, der Graf zu Ortenburg, Johann v. Norprath und noch andere genannt werden, und erteilte ihnen den Befehl, ihm einen General der Infanterie nebst einem Stellvertreter oder Generallieutenant, ferner je einen General der Cavallerie und der Artillerie und einen Feldmarschall durch eine mit dem größten Geheimnis umgebene schriftliche Wahl zu benennen. Dabei waren die Obersten nicht an die bereits im königlichen Dienste stehenden Offiziere gebunden, sondern konnten auch solche vorschlagen, welche erst für die Armee des Königs gewonnen werden mußten.

Diese Wahlen sind vollzogen worden, ohne daß jedoch eine sichere Nachricht über ihren Ausfall in die Öffentlichkeit gedrungen ist.[2] Derselbe ist jedoch auf keinen Fall ein solcher gewesen, daß eine Anzahl höherer

1) Wir entnehmen diese auffällige Nachricht, welche uns zuverlässig erscheint, der elften Nummer der öfter erwähnten Zeitung, wo sie als eine Mitteilung aus Niedersachsen vom 10. März (a. St.?) erscheint.

2) Selbst der holländische Gesandte scheint keine genaueren Nachrichten besessen zu haben. Er schrieb an die Generalstaaten nur: Den koninck staet met syne armee in tamelike defensie, heeft alle syne oversten dese dagen bysamen gehadt, om op alle nohtwendichheiten van den oirloch te consulteren, als om die vacerende hoge chargen wederom met capable personen te besetten .... Aitzema an die Generalstaaten 24. März 1627. R.-A. im Haag.

Offiziere vom Könige damit beauftragt wurden, die Leitung der Armee und ihrer Unternehmungen unter seiner Oberaufsicht in die Hand zu nehmen und einen gewissen Zusammenhang zwischen den in weiten Zwischenräumen aufgestellten Regimentern zu erhalten, der ein berechnetes Zusammenwirken derselben gestattet hätte. Wir haben vielmehr nirgends eine Spur von der Einwirkung eines wirklichen Kriegsrats wahrgenommen, und auch die Gesandten seiner Bundesgenossen, Englands und Hollands, Robert Anstruther und Foppius van Aitzema, haben keineswegs den Einfluß auf die Kriegführung des Königs ausgeübt, der ihnen damals von dem Feinde beigemessen wurde.

So war der König Höchstkommandierender im ausgedehntesten Sinne des Wortes. Daraus entstand aber der bedenkliche Übelstand, daß auch sehr unbedeutende militärische Verwaltungsangelegenheiten von den kommandierenden Obersten vor den König gebracht wurden, dessen Entschlußfähigkeit und Geistesklarheit durch die Menge der Geschäfte natürlich stark beeinträchtigt wurde. —

Zahlreiche Bestallungen für in- und ausländische Offiziere wurden in diesen Monaten vom Könige ausgegeben, während die Mannschaften aus Mangel an Geld nur allmählich zusammengebracht wurden, und die auf diese Weise geworbenen Regimenter die in Aussicht genommene Stärke wol niemals erreichten.[1] Manche Werbeoffiziere und Obersten, welche Bestallungen erhalten hatten, gelangten mit ihren Kompagnien überhaupt nicht zur Stelle und brachten gar keine Werbung zustande. So erging es dem westfälischen Freiherrn von Morian, welcher 1000 Pf. und 3000 M. Fußvolk aufstellen sollte; von dem Erfolge der Werbung des vor kurzem aus der Morizburg in Halle entflohenen Obersten Dodo v. Kniphausen, dem der König den Auftrag erteilte, ihm 3000 M. Fußvolk zuzuführen, verlautet ebenfalls nur wenig.[2] „Uns fehlt Fußvolk" klagte Tage Tott dem Kanzler Friis, „denn die Hauptleute, welche werben sollen, kommen teils mit 150, teils mit 100, ja auch mit 60 Mann."[3]

---

1) Die Nachrichten über die neuen Rüstungen sind zum Teil dem Protokoll der Generalkommissare in Stade entnommen, welches zu Buxtehude 25. Septbr. (a. St.) 1626 begonnen, bald darauf in Stade fortgesetzt und hier am 19. Aug. (a. St.) 1627 geschlossen wurde Als Hauptquelle diente jedoch das Verzeichnis der Kriegsbestallungen vom Jahre 1625 bis 1631. Beide Aktenstücke befinden sich im K. G.-A. in Kopenhagen.

2) Vgl. Sattler, Reichsfreiherr Dodo zu Innhausen und Knyphausen 1891. 161ff.

3) Tage Tott an Friis Stade 6./16. April 1627. Fries, Nogle Breve til Kongens Kansler Christian Friis angaaende Krigen og Landets Tilstand under den i Aarene 1625—1628 (Danske Magazin. Fjerde Raekke; Sjette Bind S. 128).

Der Herzog Franz Karl zu Sachsen erhielt die Bestallung eines Obersten für ein Regiment zu Fuß und sollte dazu zwei Regimenter Arkebusierreiter zusammenbringen. Aber noch am 23. April mußte er daran erinnert werden, sich mit seinem Volke zur Musterung bereit zu halten.

Der König ernannte die Obersten zu seinen und des niedersächsischen Kreises Obersten, verpflichtete sie aber auch im Notfalle seinen dänischen Landen Dienste zu leisten.

Unter den in jenen Wintermonaten neu eingetretenen Obersten heben wir Konrad Kolbe v. Wartensleben aus Hadersleben, der Bestallung über ein Regiment von 3000 M. z. F., und Ludwig Heinrich (Heidenreich) v. Calenberg, einen Hessen, heraus, der während der Anwesenheit des Markgrafen Christian Wilhelm bei dem Heere des Königs, unmittelbar unter diesem stand. Der erstere sollte bis zum 11. April 1627 in Krempe oder Glückstadt 600 Knechte, der letztere ein Regiment Arkebusierreiter stellen. Kolbe gab aber seine Bestallung in die Kanzlei zurück, weil er die in Ansatz gebrachten Summen für Löhnung und Verpflegung für unzureichend erachtete, und Calenberg wollte sie anfangs des „geringen Tractements" halber gar nicht annehmen. Der nähere Grund der Unzufriedenheit Kolbes bestand darin, daß man ihm früher „90 Soldaten jeden für 6 Reichsth. gut gethan", jetzt aber „nicht mehr als 80 passiert werden sollten". Der etwas dunkle Satz kann nur bedeuten, daß man früher Kolbe für 90 Soldaten je sechs Reichsthaler monatliche Löhnung erteilte, während man jetzt dieselbe Löhnung nur für 80 ausgeworfen hatte, die übrigen Gemeinen aber mit je fünf Thaler Monatslöhnung bedacht werden sollten. Calenbergs Reiterregiment erwarb sich durch seine Feigheit und Unbotmäßigkeit sowol an der Elbe wie später in Jütland einen sehr übeln Namen.

Auch dem Rheingrafen Otto Ludwig wurde (10. Dez. 1626) eine Obersten-bestallung auf 1000 Arkebusierreiter ausgefertigt, welche jedenfalls noch zu werben waren. Nachdem der König den Grafen v. Solms zum Statthalter von Wolfenbüttel ernannt hatte (11. April 1627), wurde das Reiterregiment desselben dem Grafen v. Ortenburg übertragen: in diesem Regimente diente Philipp Herr von Kniphausen als Major. Ferner erhielten auch einzelne Kapitäne Aufträge, Kompagnien zu 300 M. Fußvolk gegen ein Werbegeld von 4 Reichsthalern für den Mann zusammenzubringen. Den Obersten v. Hatzfeld, den damaligen hamburgischen Stadtkommandanten, versuchte Christian auch in seine Dienste zu ziehen. Allein Hamburg scheint Hatzfelds Entlassung verweigert zu haben.

Die zahlreichen Bestallungen beweisen, wie stark das Bedürfnis des Königs war, sein Fußvolk zu vermehren, besonders nachdem die General-

staaten seine Bitte, ihm einige Regimenter zu überlassen, bis er sein eigenes wider in einen bessern Stand gesetzt haben würde, abgelehnt hatten. Nur die Provinz Holland war dazu geneigt gewesen, stand aber von ihrem Vorhaben wider ab, als sowol der Statthalter wie der Graf Ernst Kasimir Bedenken äußerten.

In besonderer Verlegenheit war der König wegen eines kommandierenden Generals für die von den Herzogtümern Schleswig-Holstein aufzustellenden Landestruppen, denen er endlich den bereits erwähnten niederländischen Offizier, Kettler, zu überweisen gedachte. Er ersuchte Foppius van Aitzema (13. Mai), Kettler zu bestimmen, sich eiligst zu ihm zu begeben, weil Gefahr im Verzuge sei. Der Oberst war aber am 29. Juni noch nicht im Lager des Königs angelangt und hatte sich mit demselben überhaupt noch in keine nähere Verbindung gesetzt, weshalb Christian IV., der ihm die Stellung immer noch vorbehielt, Aitzema von neuem um Bericht anging. Kettler erschien darauf in Hamburg, wartete aber vergeblich auf die holsteinischen Bevollmächtigten, die ihn annehmen sollten. Und darauf zog Aitzema Erkundigung bei dem Könige darüber ein, „ob die holsteinische Verfassung einen Fortgang haben werde, oder ob der König dieses alten und erfahrenen Mannes in andere Weise gebrauchen wolle, es wäre in Westfalen oder anderswo".[1] Aber am 24. Juli a. St. war die ganze Angelegenheit noch nicht weiter vorgerückt. Kettler hatte bereits mit seinem Gefolge gegen fünf Wochen vergeblich auf die Bestallung gewartet und wollte sich nun an Aitzema schadlos halten. Dieser drang nochmals in den König, durch die Stände eine Entscheidung herbeiführen zu lassen, Kettler trat auch persönlich mit den holsteinischen Kommissaren in Verbindung; allein trotzdem nahmen ihn die Stände nicht in ihren Dienst, da sie offenbar davor zurückschreckten, einen Ausländer an die Spitze ihrer Landestruppen zu stellen. Da sich den Werbungen auf dem Boden des Reichs überhaupt sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellten, war der König von vorn herein auch auf die Verstärkung seiner Streitkräfte aus dem Auslande, besonders aus Frankreich und England bedacht.

Geringere Schwierigkeiten, als seinen Bitten um die Zahlung der Bundesbeiträge, setzte Ludwig XIII. den Werbungsgesuchen Christians IV. entgegen, die verhältnißmäßig schnell seine Genehmigung erhielten. Es handelte sich dabei anfangs um einen Grafen de la Val, der dem dänischen Könige 3000 M. zuführen sollte. Allein der dänische Gesandte Zobel vermochte sich mit demselben um so weniger zu einigen, als der König auch dem Grafen von Montgommery ein

1) Briefe Aitzemas an den König, Hamburg 3./13. Juli u. 24. Juli/3. Aug. 1627.

Werbepatent erteilte. Allein auch dieser konnte seinem Auftrage erst ziemlich spät nachkommen. Erst nachdem Ludwig XIII. im pariser Parlament einige Edikte durchgesetzt hatte (18./28.) Juni, erhielt Zobel Unterstützungen, von denen er Montgommery Laufgeld zahlen konnte.

Dieser Graf Ludwig v. Montgommery brachte nach und nach 4000 M. zusammen, welche um den 5./15. August in St. Valery in der Pikardie eingeschifft werden sollten. Als Landungspunkt hatte Zobel den Truppen auf eigne Faust die Gegend von Glückstadt bezeichnet. Der Gesandte hätte gern zwei Regimenter zu 6000 M. werben lassen, allein die ihm zu Gebote gestellten Mittel reichten hierzu nicht aus. Montgommery erhielt für den Mann 4 Thaler Werbegeld, bestand aber darauf, daß Zobel die Kosten der Überfahrt bestreiten sollte, was auch geschah. Zu derselben konnte sich der dänische Agent übrigens keiner französischen Schiffe bedienen, sondern mußte Fahrzeuge aus Holland kommen lassen. Doch erteilte Ludwig XIII. die Genehmigung zur Ausfuhr der erforderlichen Waffen.

Zobels Mitteilungen zufolge wäre es nicht unmöglich gewesen, noch mehr Regimenter in Frankreich zusammenzubringen, wenigstens nannte er dem Könige eine Anzahl Offiziere, welche bereit waren sich seinem Dienste zu widmen. Unter diesen waren der ehemalige Generalkommissar Pöblitz, der Oberst Durant, Batilly und ein Graf de la Suse auch nicht abgeneigt, unter dem Markgrafen von Baden zu dienen, von dem der Gesandte also damals noch geglaubt zu haben scheint, daß er eine besondere Armee führen werde. Durant und Batilly traten wirklich in die dänische Armee ein.

Allein dem Versprechen, die Streitkräfte der Feinde durch einen Einfall in das Elsaß zu teilen und Christian IV. hierdurch seine kriegerische Aufgabe im Norden zu erleichtern, gab Ludwig XIII. nach dem Scheitern der mansfeldischen Pläne keine weitere Folge. Er hütete sich, in dem Markgrafen von Baden bestimmtere Hoffnungen zu erwecken und wies auch alle ähnlichen Aufforderungen zurück. Doch fügte er sich hierbei nicht lediglich dem Einflusse des päpstlichen Nuntius und der übrigen Gesandten der katholischen Mächte, sondern folgte zugleich einer klugen, den eignen Vorteil zu Rate ziehenden Berechnung. Denn gerade in diesem Jahre bemächtigte er sich der weltlichen Gewalt im Bistum Verdun, dessen Bischof damals Herzog Franz von Lothringen war. Selbstverständlich erregte aber diese Dreistigkeit der Franzosen doch einen gewissen patriotischen Unwillen bei den kaiserlichen Politikern, so daß sie die Angelegenheit zur Kenntnis der Kurfürsten brachten. Allein die Verhältnisse des Reichs befanden sich in so großer Verwirrung, daß weder der Kaiser noch die Kurfürsten den Anlaß ergriffen, die Frage in einer der Nation würdigen

Weise zu lösen: am allerwenigsten waren die rheinischen Kurfürsten geneigt, die Angelegenheit etwa zu einem Austrage durch Waffengewalt bringen zu helfen. Andererseits hütete sich aber auch Richelieu, die Gereiztheit der Deutschen geradezu durch einen Einfall in das westliche Reichsgebiet zu einem Kriege gegen Frankreich zu treiben. Man begnügte sich damit, dem Herzoge von Nevers als Gouverneur der Champagne Befehl zu erteilen, ein Beobachtungskorps in der Champagne aufzustellen.

Eine nicht ganz unerhebliche Verstärkung erhielt ferner das dänische Fußvolk durch die Ankunft der englisch-schottischen Regimenter, welche, durch widrige Winde lange zurückgehalten, in den ersten Apriltagen 1627 aus den Niederlanden in die Elbe übergeführt wurden. Der König hätte es freilich lieber gesehen, wenn die vier Regimenter zu Lande über Ostfriesland in das Bremische gebracht worden wären, allein der Statthalter äußerte sein Bedenken gegen einen solchen Marsch, den die Kaiserlichen nach der Besetzung Oldenburgs durch Reiterei leicht zu stören vermochten, und wünschte offenbar auch die Anschuldigung zu vermeiden, als ob die Staaten den Dänen eine Armee aus ihrem Gebiete zu Hilfe geschickt hätten. Diese Armee bestand aus den Überresten der vor zwei Jahren aus England nach den Niederlanden übergeführten, von England unterhaltenen vier Regimenter, deren Dienstzeit mit dem Anfange des November 1626 abgelaufen war, und deren weitere Unterhaltung auf ihre Kosten die Generalstaaten abgelehnt hatten. Sie hatten aber Karl I. veranlaßt, die Regimenter auf seine Kosten Christian IV. zuführen zu lassen.

Den Oberbefehl über dieselben hatte der englische König einem bejahrten und charaktervollen, aber wenig thatkräftigen Obersten Karl Morgan übertragen, der den Niederlanden bereits über dreißig Jahre die besten Dienste geleistet hatte und Christian IV. von dem Prinzen von Oranien angelegentlichst empfohlen war.

Allein die geringe Anzahl dieser Truppen, welche bei der Musterung im April nur 2470 M. betrug,[1] während man auf 6000 M. gehofft hatte, täuschte die Erwartungen Christians IV. im hohen Grade, so daß er schon damals Karl I. schrieb, er werde den Feldzug nur zu seiner und der Verbündeten größten Schmach führen können, wenn ihm nicht schleunigst ein starker Nachschub zugeführt werden würde.

Übrigens betrieb Christian IV. auch selbst Werbungen in England. Er wünschte anfangs nur ein Regiment aufbringen zu lassen und erteilte

1) Gardiner, A history of England under the duke of Buckingham and Charles I. 1624—1628. 1875. II. 124 f. Schreiben des Königs an Karl I. aus Wasserbaden vom 19./29. April 1627 bei Lackmann, Einleitung III. 158 f.

hierzu einem Grafen v. Morton Auftrag. Die Laufgelder hoffte er ebenso, wie es in Frankreich geglückt war, vom Könige zu erlangen, was seinem Vertreter Wilhelm Below nach einigen Anstrengungen glückte. Allein Belows Verhandlungen mit Morton blieben erfolglos, und an dessen Stelle trat ein Herr v. Spyney, ein Bruder des schottischen Kanzlers; und darauf erhielt noch Jakob Sinklair den Auftrag vom Könige, ein zweites Regiment zusammenzubringen. Zu diesen beiden meldete sich endlich ein Graf Nithisdale, der mit Buckingham befreundet sein wollte und sich dem dänischen Könige für den Schutz, den er einst seinem Bruder hatte angedeihen lassen, verpflichtet fühlte.[1] Es gelang Below wirklich das Laufgeld für diese drei Regimenter Schotten unter den genannten Obersten herauszupressen.

Die oberen Offiziere.

Diejenigen Offiziere, welchen ein höherer Rang, als der eines Obersten, erteilt wurde, erhielten denselben hauptsächlich nur als eine ihrem Stande gebührende Auszeichnung und zur Vermehrung ihrer Einkünfte.

Die höchste Stellung im Heere hatte der König am 26. Dez. 26./5. Jan. 1627 vorläufig dem Markgrafen Christian Wilhelm übertragen, indem er ihn zum Generallieutenant über die ganze Armee erhob. Nach seinem Abzuge aus Norddeutschland folgte ihm in dieser Würde der Markgraf Georg Friedrich von Baden, dem der König schon in der ersten Hälfte des März eine Einladung, ihm seine Dienste zu widmen, hatte zugehen lassen. Dies ist durch Bernhard von Weimar geschehen, der auch bereits gewisse Bedingungen zwischen dem Könige und dem Markgrafen vereinbart haben mag.[2]

Karl Morgan wird in der Kriegsrechnung zwar als königlicher und des niedersächsischen Kreises General über das Fußvolk und die Artillerie bezeichnet, ohne daß er jedoch auf beide Waffengattungen, oder auf die allgemeine Leitung des Krieges irgend einen erheblichen Einfluß ausgeübt hätte. Oberst Johann v. Norprath führte den Titel eines Generallieutenants über die Reiterei: Konrad Nell wurde zum Generalmajor über die sämtliche Kavallerie ernannt. Auch die Quartiermeisterstellen über das Fußvolk und die Reiterei waren an verschiedene Offiziere übertragen. Generalquartiermeister über das Fußvolk ward Hartwig Sasse,

1) Wilhelm Below an den König, London 29. Jan. a. St. ? 1627.

2) Rusdorf, Haag den 26. April. a. St., an A. Oxenstierna. Cuhn, II. 370.

einige Monate ſpäter ernannte der König zu derſelben Stelle bei der Reiterei Melchior v. Dargitz. Als Generalwachtmeiſter wird Balthaſar v. Schlammersdorf bezeichnet.

Durch ein beſonders hohes Gehalt wurden die Generalkriegskommiſſare ausgezeichnet, unter denen wir Gabriel v. Donop, Georg v. Uslar und den Franzoſen Ezechiel Durant nennen, den der König außerdem zum Oberſten über ſein Leibregiment erhob. Neben ſeinem Oberſtengehalt bezog Durant als Kommiſſarius monatlich noch 400 Thlr. Den Kriegskommiſſarius Ferdinand v. Spiegel wies der König der engliſchen Weſerarmee Morgans zu.

Faſt alle däniſche Kommiſſare mit Ausnahme des Kriegszahlmeiſters Arenfeld wurden im Laufe des Sommers wider entlaſſen oder gaben ihre Ämter freiwillig auf, und es traten darauf Deutſche in die erledigten Stellungen ein.

Mit den ſchleſiſch-ſiebenbürgiſchen Plänen des Königs ſteht endlich das völlige Ausſcheiden des Adminiſtrators Chriſtian Wilhelm aus dem Armeeverbande, dem er bis dahin angehört hatte, in Verbindung, obwol es zugleich in Zwiſtigkeiten zwiſchen beiden Fürſten ſeinen Grund haben mag, von denen uns nur eine unſichere Kenntnis überliefert iſt. Chriſtian Wilhelm überließ dem Könige nach einem Vertrage denjenigen Teil ſeiner ganzen militäriſchen Ausrüſtung, welchen er als ſein perſönliches Eigentum in Anſpruch nehmen konnte, wie Pferde, Geſchütze und Schießbedarf gegen eine Entſchädigung von 16850 Thalern, welche die Generalſtaaten dem Markgrafen aus den Bundesbeiträgen zahlen ſollten.[1] Da aber dieſe anfangs die Zahlung verweigerten, wies endlich Foppius van Aitzema die Gelder auf eigne Hand in Hamburg an, die dann dem Könige an ſeinen Unterſtützungen gekürzt wurden.

Die Truppen Chriſtian Wilhelms, welche bisher einen beſonderen Teil der königlichen Armee gebildet hatten, gingen dagegen in den unmittelbaren Dienſt des Königs über, wenn ſie auch den Namen ihres früheren Inhabers eine Zeitlang weiter führten.

Der König übergab dafür dem brandenburgiſchen Markgrafen, der nach dem Tode des Herzogs Johann Ernſt Anſpruch auf eine beſondere Armee erhob, als ſeinem Stellvertreter die ſchleſiſchen Truppen und er-

1) Ein Extrakt der hierbei von Chriſtian Wilhelm ausgeſtellten Urkunde iſt in der „Grundtligen vnd Warhafften Relation“ enthalten. K. G.-A. i. Kop. Arend, Algemeene Geschiedenis III. 4 S. 235. Chriſtian IV. an die Generalſtaaten 11./21. April. Foppius van Aitzema an die Generalſtaaten Hamburg 19./29. Mai, 16./26. Juni, dazu ein Schreiben desſelben an den Prinzen von Oranien 23. Mai/2. Juni.

teilte ihm zugleich den Auftrag, den Fürsten von Siebenbürgen, den Gemahl seiner Nichte, gegen Östreich in die Waffen zu bringen. Christian IV. rechnete darauf, daß die verwandtschaftlichen Beziehungen mit Bethlen, sowie der Anspruch, den auch Christian Wilhelm als Hohenzoller auf Jägerndorf erheben konnte, für sein Unternehmen von erheblichem Vorteil sein würde. In allen militärischen Dingen hatte er den Markgrafen freilich an einen aus Mitzlaf und einigen Obersten zusamengesetzten Kriegsrat gewiesen, dessen Beschlüssen er sich unterzuordnen hatte.[1]

Unter Wahrung des größten Geheimnisses begab sich darauf Christian Wilhelm, nur von zwei Dienern begleitet, ohne Gepäck, ohne Pferde und ohne Geld nach dem Haag, wo er sowol die Staaten, wie auch den Prinzen von Oranien von seinem Entschlusse, über Frankreich nach Venedig und von da nach Siebenbürgen und Schlesien zu gehen, in Kenntnis setzte. Mit Geld scheint er jedoch auch im Haag nicht in der erwarteten Weise versehen worden zu sein, da Aitzema noch am 26. Juni die dringlichste Bitte um Zahlung seines Wechsels an die Generalstaaten richten mußte. Er stellte seinen Auftraggebern vor, daß sich der Administrator mit diesem Gelde nach seiner Ankunft in Schlesien wider standesgemäß einrichten und seine in Hamburg zurückgelassene Dienerschaft zur Reise nach Schlesien flott machen wolle, wogegen Gefahr vorhanden sei, daß er sich, wenn er bei seiner Ankunft in Schlesien kein Geld finde, entweder der Armee des Kaisers ergeben oder sein Leben in Armut endigen müsse. Außer dieser Summe konnte der Administrator nach seiner Versicherung nichts mehr auf der Welt sein eigen nennen. Trotz der geringen Neigung der Generalstaaten, dem Administrator erheblichere Mittel zu Gebote zu stellen, setzte man ihn wenigstens auf einem Kriegsschiffe nach Calais über.

In so wenig rühmlicher Weise schied der Markgraf aus einem Kriegsdienste, in welchem er des Erzbistums Magdeburg verlustig gegangen war. Freilich mochte auch er bereits die Hoffnung aufgegeben haben, gerade auf diesem Kriegsschauplatze Ehre einzulegen: hatte ihm doch der König auf seine Mahnung, die Havelpässe vor den Feinden sicherzustellen, noch in der letzten Zeit ganz offen erklärt, daß er im Augenblicke außer Stande sei, mit einer Armee an die Havel zu gehen.

Als einer der letzten unter den höheren Offizieren, welche sich dem Dienste des Königs widmeten, erschien der Markgraf Georg Friedrich von Baden, von seinem jüngsten Sohne Christof und einem kleinen militärischen Gefolge begleitet, bei dem Könige in Boizenburg. Er war von Rötteln aus nach Frankreich gegangen, wo er sich in der zweiten

1) Schreiben des Königs vom 18. und 19. März a. St. an Mitzlaf.

und dritten Aprilwoche aufgehalten haben mag. Er hat hier jedenfalls die Gelegenheit benutzt, der Sache des dänischen Königs am Hofe Dienste zu leisten, obgleich bis jetzt keine näheren Nachrichten über die Erfolge dieser Bestrebungen zu Tage getreten sind. Am 23. April n. St. meldete er Christian IV. von Boulogne aus, daß er aus wichtigen Ursachen veranlaßt worden sei, ihm einen Besuch abzustatten, und daß er am 28. April von Boulogne nach dem Haag gehen werde, um in Verhandlungen mit dem Könige von Böhmen und den Generalstaaten einzutreten. Im Haag finden wir ihn bereits am 5. Mai, wo er dem Könige nochmals seine baldige Ankunft anzeigte.[1] Er ersuchte hier die Generalstaaten um Gehör, die es aber vorzogen, seine Wünsche durch einige ihrer Mitglieder entgegen zu nehmen.[2] Sein Begehr bestand darin, von den Generalstaaten mit Geld ausgestattet zu werden, um sich zum Könige von Dänemark begeben zu können; auch forderte er zur Ueberfahrt ein Kriegsschiff. Diese letztere Bitte verweigerten ihm die Generalstaaten nicht und wiesen ihm in Texel ein Kriegsschiff an; die erstere dagegen lehnten sie unter freundlichen Entschuldigungen ab.[3] Am 26. Mai n. St. meldete Georg Friedrich dem Könige seine Ankunft in Santstein (?) mit dem Ersuchen, ihm durch den Rittmeister H. Ernst v. Landsberg Ort und Zeit bestimmen zu lassen, wo er bei ihm Gehör finden könnte.[4] In keinem dieser Schreiben des Markgrafen an den König ist von einem bereits bestehenden förmlichen Dienstverhältnisse des ersteren die Rede.

Nach seiner Ankunft bei dem Könige übernahm Georg Friedrich nach einigem Zögern die ihm angebotene erledigte Stelle eines Generallieutenants der Armee[5], also des Höchstkommandierenden, gegen ein Monatsgehalt von 2000 Thalern. Da der Markgraf jedoch trotz seiner bisherigen Mißerfolge noch keineswegs auf die Hoffnung verzichtet hatte, vielleicht dereinst noch zur Führung einer selbstständigen Armee berufen zu werden, so ließ er sich vom Könige zugleich das Versprechen erteilen, ihn wider zu entlassen, falls die Herrscher von Frankreich und von England eine Diversion durch ihn ausführen lassen würden.

Ja, Christian IV. wollte ihm sogar für ein solches Unternehmen 2000 wolgerüstete Pferde überlassen und unterhalten, wenn der Mark-

1) Schreiben des Markgrafen aus Gravenhaag am 25. April/5. Mai 1627 an Christian IV. K. G.-A. in Kop.

2) Arend, Algemeene Geschiedenis des Vaderlandes .... III. 4. 254.

3) Haag, VI. Kal. Maji. 1627. Rusdorf an A. Oxenstierna II. 372.

4) Santstein 16./26. Mai 1627. K. G.-A. in Kop.

5) Aitzema an die Generalstaaten 9./19. Juni.

graf ihre sichere Führung gewährleisten würde.[1] Am 18. Juni brachte der Herzog von Schwerin dem Markgrafen seine Glückwünsche dar.[2]

Georg Friedrich hat von Anfang an seine Unzufriedenheit über die Verhältnisse, welche er bei seinem Dienstantritt im Heere vorfand, nicht verhelt. Denn niemals ist der Markgraf vor der völligen Zerstreuung und Vertreibung der Truppen in die Lage versetzt worden, seinen Oberbefehl auf andere Weise, als durch gute Ratschläge an den König zur Geltung zu bringen. Man war nicht einmal im Stande, ihm während der kurzen Dienstzeit, welche vom 1./11. Juni an gerechnet wurde, sein Gehalt zu zahlen, so daß er sich in Havelberg und später in Assens genötigt sah, seine Bedürfnisse aus der für die Mannschaften angewiesenen Summe zu bestreiten. Er entnahm derselben unter Hinterlegung von Quittungen 5175 Thaler, welche er teilweise zu seiner Widerausstattung verwendete, nachdem er auf dem Rückzuge von Havelberg sein Gepäck nebst Pferden und Wagen hatte preisgeben müssen. In Havelberg hatte er 2 500 Reichsth. für die Befestigung und Erweiterung der Verschanzungen und zur Bezahlung der sächsischen Reiter ausgegeben.[3]

Einige Wochen nachdem Georg Friedrich den Oberbefehl übernommen hatte, ernannte der König seinen Sohn Christof zum Obersten über ein Regiment.

Noch später als der ältere Markgraf von Baden traf der lang erwartete Graf Matthias von Thurn bei dem Könige ein, welcher noch im Anfange dieses Jahres in venetianischen Diensten gestanden hatte, dann aber auf das Ersuchen des englischen Gesandten Wake von der Republik ohne weiteres entlassen worden war.[4] Er war am 13. Juli noch nicht in Lauenburg angekommen und erst am 22. August wurde ihm sein Patent als Feldmarschall ausgestellt.

Der Markgraf von Baden und Matthias v. Thurn waren einander persönlich ebenso fremd wie dem Könige und allen seinen Offizieren. Und so trat der verhängnisvolle Fall ein, daß um die Zeit, wo Tilly die Elbe überschritt, auf den wichtigsten Punkten des Kriegsschauplatzes

---

1) Der König erteilte dieses Versprechen in einer eigenhändig unterschriebenen und gesiegelten Urkunde zu Boizenburg 6./16. Juni. Großherz. Bad. Gen.-Landesarchiv zu Karlsruhe.

2) R. v Lützow, Beitrag z. Charakteristik des Herzogs Adolf Friedrich in den Jahrbüchern des Ver. f. mekl. Gesch. Bd. 12. S. 88.

3) Nach einer Rechnung vom 23. Okt. 1627 a. St. in demselben Großh. Bad. Archive.

4) H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Die Politik der Rep. Venedig während des dreißigjährigen Krieges. Bd. II. S. 68 f.

der Oberbefehl Offizieren anvertraut war, die weder eine eingehendere Ortskenntnis besaßen noch in einem gewissen vertrauteren Einvernehmen mit einander und mit den übrigen maßgebenden Personen standen und nur seit kurzer Zeit dem Dienstverbande der königlichen Armee überhaupt angehörten. So war es nicht nur mit dem auf Dom Havelberg stehenden Markgrafen, sondern auch mit dem Generalkommissarius Ezechiel Durant, welcher unter Thurn in der Boizenburg gegenüber gelegenen Schanze den Oberbefehl führte und endlich mit Karl Morgan an der Weser der Fall. Kein einziger von diesen hohen Offizieren war überdies ein Däne und keiner ein Norddeutscher.

Stärke des Heeres.

Wenn in Arenfeldts Rechnung über das Kriegsjahr 1627 alle Regimenter und größeren Truppenteile des Königs aufgeführt wären, so würde die Stärke der Gesamtarmee, welche sich in diesem Jahre auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen befand, 12 Regimenter Reiterei und 20 Regimenter Fußvolk nebst 5 Komp. Dragoner und einer königlichen Leibkompagnie Reiter betragen haben.[1]

---

1) Wir stellen die in Arenfelds Rechnung erwähnten Regimenter übersichtlich zusammen. I. Fußvolk. 1) Das Regiment (?) des Generals Karl Morgan. 2) Das königliche Leibregiment unter dem Obersten Wilhelm v. Lohausen. 3) Reg. des Oberstlieutenants Isaak Lardin v. Limbach. 4) Reg. des Oberstlieut. Georg v. Hatzfeld. 5) Reg. des Obersten Konrad Kolbe. 6) Reg. des Oberstlieut. Franz Jakob Beck. 7) Reg. des Oberstlieut. Joachim v. Hünecke und später des Markgr. Christof v. Baden d. J. 8) Reg. des Oberstlieut. Johann v. Loo (Lohe). 9) Reg. des Obersten Donald Mackay. 10) Reg. des Grafen Ludwig v. Montgommery. 11) Reg. des Oberstlieut. Johannes von und zu Frencking. 12) Reg. des Oberstl. Kruse. 13) Reg. des Oberstlieut. Dietrich v. Görtzen (?). 14) Reg. des Oberstlieut. Jakob Sehestedt. 15) Reg. des Oberstlieut. Klaus v. Linstow. 16) Reg. des Obersten Rheingrafen Philipp. 17) Reg. des Oberstlieut. Thomas Siegmund v. Schlammersdorf. 18) Reg. des Oberstlieut. Marquard Ranzau. 19) Reg. des Grafen v. Nithisdale. 20) Reg. des Obersten Jakob Sinclair. II. Reiterei. 1) Reg. des Generallieut. des niedersächs. Kreises über die ganze Kriegsarmee, des Markgrafen Christian Wilhelm unter dem Obersten Ludwig Heinrich (Heidenreich) v. Calenberg. 2) Reg. des Generallieut. über die Reiterei Johann v. Norprath. 3) Reg. des Herz. Bernhard v. Weimar. 4) Reg. des Grafen Phil. Reinhard v. Solms, später unter der Führung des Grafen v. Ortenburg. 5) Reg. des Wild- und Rheingrafen Otto Ludwig. 6) Reg. des Obersten Joachim

Allein in dieser Rechnung werden die schlesischen Regimenter, weil sie vom Könige kein Geld erhielten, nicht vollständig aufgezählt und ebensowenig die englisch-schottischen und die französischen Truppen, so daß diese rechnungsmäßige Übersicht keinen einigermaßen zuverlässigen Schluß auf die Anzahl der im Namen des Königs aufgebotenen Truppen zu ziehen gestattet. Die von den Herzogtümern besonders in Holstein aufgestellten oder geworbenen Mannschaften sind, da sie als Landestruppen ihren Sold von den Ständen bezogen, in dieser Rechnung gänzlich übergangen. Ebenso fehlt der im Stift Bremen aufgebotene Landesausschuß.

In den Niederlanden war die sicherlich falsche Nachricht verbreitet, daß die Armee des Königs schon vier Wochen nach der Schlacht von Lutter wider 20 000 M. stark gewesen sein soll;[1] in Wahrheit dürften sie damals auch diejenigen noch überschätzt haben, welche die zur unmittelbaren Verfügung stehenden, nicht in Besatzung liegenden Truppenteile auf 8000 R. und 7000 M. Fußvolk angaben.[2]

Über 25 000 Mann wird die ganze vom Könige westlich von der Oder aufgestellte Feldarmee vor der Ankunft der Franzosen überhaupt schwerlich gezählt haben. Und diesem Heere war die Aufgabe zugewiesen, die Gebiete der unteren Weser, Elbe und Havel sowie Holstein und Mecklenburg gegen die Feinde zu decken und sich womöglich durch das Brandenburgische bis zur Oder hin auszubreiten. Eine einigermaßen vollständige Angabe über die Anzahl der in diesen Landesteilen stehenden Truppen hat sich aber in keinem einzigen der von uns durchforschten Archive vorgefunden, so daß der Schluß nicht allzu kühn erscheint, daß der König überhaupt keine solche Übersicht besessen hat.

In Arenfeldts Kriegsrechnung scheinen nur die Trümmer der zurückgeworfenen schlesischen Truppen, welche der König nun zu seiner Armee rechnete, aufgeführt zu sein. Einer andern Übersicht über die schlesischen Regimenter entnehmen wir, daß sie von dem Beginn der Kämpfe an aus 9400 M. Fußvolk, 3600 R., 600 Dragonern und außerdem 3600 M. bestanden, welche zum Generalstab, zur Artillerie und zu andern militärischen

---

v. Slawata. 7) Reg. des Obersten Bernd v. Hagen, genannt Geist. 8) Reg. des Obersten Konrad Nelle. 9) Reg des Oberstlieut. Benedix Bremer. 10) Reg. des Obersten Leo Freytag. 11) Reg. des Obersten Wolf Heinrich v. Baudissin. 12) Reg. des Obersten Heinrich Holk. 13) Königliche Leibkompagnie unter dem Rittmeister Moriz Hermann v. Oenhausen. III. Dragoner. Fünf Kompagnien (?) des Grafen v. Montgommery.

1) Arend, Algemeene Geschiedenis a. a. O. S. 184.

2) Schybergson, Sveriges och Hollands diplomatiska förbindelser 1621—1630. S. 460.

Dienstzweigen gehörten. Wenn diese für den König bestimmten Zahlen zuverlässig wären, so hätte das schlesische Heer gegen Ende Mai 1627 etwa 17 300 M. betragen.[1]

Daß die Stimmung dieser mühsam geworbenen und noch mühsamer zusammengehaltenen Regimenter von vorn herein keine sehr zuversichtliche war, ist selbstverständlich. Auch die Feinde wußten ferner, daß sich unter manchen Regimentern, wie z. B. in denen des Administrators, die Zucht sehr gelockert hatte, und daß viele Gemeine fahnenflüchtig wurden. Nur der durch gute Quartiere gestärkten Reiterei spendeten selbst die Feinde Lob, wogegen das Fußvolk und das Geschützwesen in keinem hohen Ansehen bei ihnen stand.

Mittel zur Erhaltung des Heeres und zur Beschaffung der Kriegsbedürfnisse.

Die Verpflegung der Truppen wurde besonders in den Wintermonaten von 1626 zu 1627 zum Teil den Landschaften aufgebürdet, in denen dieselben Quartiere bezogen hatten. Doch haben auch die größeren Städte, besonders Bremen, Hamburg und Lübeck, die Regimenter mit den Bedürfnissen versorgt, deren sie gerade bedurften. Denn so sehr sich die Städte auch gegen den Anschluß an den König wehrten, so untersagten ihre Behörden den Bürgern doch den geschäftlichen Verkehr mit den in ihrer Nähe liegenden Truppen keineswegs, da ja alle Lieferungen bezahlt werden mußten. In Bremen hatten die dänischen Regimenter eine Zeit lang sogar zwei Proviantverwalter, Wolfgang Gabel und Dietrich Kreffingk. Der letztere ließ das Brot in der Stadt backen.

Auch im Jahre 1627 waren die Mittel, durch welche der König seine zahlreichen Kriegsbedürfnisse befriedigen mußte, sehr geringfügig, und zunächst war er überhaupt auf die Summen angewiesen, welche er in seinem eignen Reiche flüssig machen konnte. Selbst die Generalstaaten erwiesen sich in den Wintermonaten von 1626 zu 1627 als sehr säumige Zahler und mußten von ihrem Gesandten Aitzema mehrmals erinnert werden. Christian IV. verwendete in dem Jahre 1627—28 der Rechnung Axel Arenfelds zufolge für Kriegsbedürfnisse eine Summe von 252 930 ½ Thal. 44 Schill. 2 Alb. Dänisch, welche ihm die Rentekammer in Kopenhagen zahlte, und außerdem wurden seiner Kriegskasse

1) Diese Angaben finden sich in Mitzlafs Bericht an den König.

noch 26687 dänische Reichsthaler von dem Zolleinnehmer zu Helsingör zugeführt.[1]

In dieser Rechnung werden von den auf dem Kreistage zu Braunschweig bewilligten Kriegssteuern der niedersächsischen Kreisstände nur die holsteinischen Beiträge in der Höhe von 63380 1/2 Thalern und die von dem Stift Bremen und dem Lande Hadeln gezahlten im Gesamtbetrage von 14029 Reichsthalern aufgeführt.

Daneben finden sich in der Rechnung noch 163390 Thaler als ein Beitrag der Erben des verstorbenen Statthalters Gert Ranzau verzeichnet, der von einer Anleihe des Königs bei seinem Statthalter herzurühren scheint. Daß dem Könige aus Deutschland von Privatpersonen oder öffentlichen Behörden irgend welcher Art noch andere erheblichere Unterstützungen zugekommen sein könnten außer den eben erwähnten, dafür hat sich uns in dem weitschichtigen durchforschten Material nirgends die leiseste Vermutung aufgedrängt. Auch von bedeutenderen geheimen Anleihen bei deutschen Fürsten oder Städten ist nirgends die geringste Spur zu entdecken.

Mit diesen winzigen Summen hat sich das protestantische Deutschland an einem Kampfe beteiligt, welcher als ein Verteidigungskampf für die höchsten religiösen und politischen Interessen des deutschen und des europäischen Protestantismus überhaupt unternommen worden war. Wie gelähmt vor Schrecken sah der norddeutsche Protestantismus einem Kriegsspiele zu, in dem es sich in Wahrheit um das Bestehen seiner kirchlichen und staatlichen Einrichtungen handelte.

Aus den holländischen Bundesbeiträgen sind jener Rechnung zufolge 25800 Thl. und aus der englischen 65000 Thl. eingegangen. Bei allen diesen Summen handelt es sich um dänisches Geld. Die ganze Rechnung schließt mit einer Einnahme von 710796 Thl. 1 1/2 Ort 11 1/2 Schill. 2 Alb. und 3464 Lot 1/2 Quentchen an ungemünztem Silber ab. In die Ausgabe sind 710708 Thlr. 25 Sch. 2 Alb. gestellt und dieselbe Summe in ungeprägtem Silber, welche die Einnahme enthält. Freilich haben bei weitem nicht alle Einnahmen des Königs die Rechnung dieser Kriegskasse durchlaufen; die von seinen auswärtigen Bundesgenossen für Werbungen und Löhnung sowie für Kriegsbedürfnisse jeder Art gezahlten Beiträge sind in derselben gar nicht gebucht und dem Anschein nach von den Empfängern der Waffen und der Waren überhaupt nicht ordnungsgemäß verzeichnet worden.

1) Kongl. Maitz. och den Niedersachsischen Cräißes Kriegs Regenschaff . . . for Itt Aar Beraignett Fraa Nye Aarßdag Anno 1627 Och till Aarßdagen Anno 1628 F. K. G.-A. i. Kop.

Auch in der Umgebung des Königs griff unter diesen Umständen der Mißmut noch vor dem eigentlichen Beginn der Kämpfe stark um sich. Der Komissarius Tage Tott schrieb gegen das Ende des Juni an den Kanzler Friis: „All unser Mangel besteht im Geld; hier befinden sich drei Regimenter zu Roß, die ebensowenig Geld bekommen haben, wie das Fußvolk. Auch haben wir nichts zum Mustermonat für das neu angekommene Volk und ebensowenig Geld für Gewehre. Wenn wir nicht bald Geld bekommen, bleibt all unser Werk liegen". Einer ähnlichen Klage fügte er die Worte hinzu: „Gott verzeihe es denen, welche Seine Majestät hereingeführt haben und ihn nun dergestalt im Stiche lassen".[1]

Der Vorwurf der dem Kriege überhaupt abgeneigten Dänen, durch welchen die sogenannten Bundesgenossen ihres Königs für die Ebbe in seiner Kriegskasse und für den von Anfang an sehr mißlichen Gang der Kriegsunternehmungen verantwortlich gemacht wurden, war keineswegs unbegründet, da sie alle mit größeren oder geringeren Summen hinter ihren Verpflichtungen zurückblieben.

Frankreich hatte dem Könige vertragsmäßig jährlich 500000 Livres zu zahlen, deren Beitreibung für das Jahr 1626 der ehemalige bremische Bürgermeister Zobel zu seiner Aufgabe machen mußte.

Im November erteilte man Zobel in Paris endlich die Zusage, daß man dem Könige und auch Mansfeld die gegebenen Versprechungen erfüllen werde, schränkte aber diese Zusage durch die Bedingung wider ein, daß England in seinen Unterstützungen gleichen Schritt mit Frankreich halten müßte. Etwas später wurden Zobel 50000 Kronen (Livres) baar ausgezahlt und für das mansfeldische Unternehmen, das bereits gescheitert war, 40000 Kr. in Aussicht gestellt.[2] Als nach einigen Monaten Palla Rosenkranz nachdrücklichere Vorstellungen machte, erhielt er 100000 Livres baar und 250000 in Anweisungen, und Zobel wurde darauf noch einmal mit 150000 L. bedacht.

---

1) Tage Tott an den Kanzler Friis. Stade 6./16. April und Boizenburg 15./25. Juni 1627. H. Fries: Nogle Breve til Kongen Kansler Christian Friis angaaende Krigen og Landets Tilstand under den i Aarene 1625—1628 (Danske Magazin, Fjerde Raekke, Sjette Bind 128, 131.)

2) Umfangreiches Schreiben Zobels, Paris 12./22. März 1627. Palla Rosenkranz selbst hat sich in seinem Schreiben an Friis vom 3./13. Juni 1627 über seinen Erfolg in Paris folgendermaßen geäußert: „Anlangendis min forrettning i Frankerige hassuer jeg tillsorn skressuit dig till, att dj hassde gissuett mig assignation paa 500000 brabansk gylden, men ij rede penge sick ieg ikun strax 150000 l., dj andre skulle en partisan betale till iij terminer, huoresster Dr. Zobel skulle sortoessue". Fries a. a. O. S. 129. 130.

Auf diese Summen hat sich aber die Bundestreue Ludwigs XIII. gegen Christian IV. beschränkt.

Im Laufe des Jahres 1628 ließen die Franzosen den König vollständig im Stich. Ende dieses Jahres schuldete ihm Frankreich daher 1 350000 Livres, ungerechnet eine halbe Million, welche dem Könige für das Jahr 1628 für einen gewissen, nicht näher bekannten Fall zugesagt war.

Christian IV. wird daher aus den ihm dem Haager Bündnis zufolge zustehenden französischen Unterstützungsgeldern höchstens die Summe von 650000 Livres bezogen haben, denn auch von dieser Summe waren im Febr. 1629 noch 140000 Livres, auf welche Anweisungen erteilt waren, nicht wirklich zur Zahlung gelangt.[1] Der französische Gesandte Charnacé war vor seiner Abreise zu Christian IV. nicht imstande gewesen, diese Zahlung durchzusetzen. Im Anfange des Jahres 1629 waren von den drei Millionen Unterstützungsgeldern, auf welche der König bis Ostern dieses Jahres Anspruch erhob, etwa 510000 Livres erlegt worden.

Für diese Unterlassungssünde Frankreichs gegen seinen Bundesgenossen wird man nicht allein das Entgegenwirken der spanisch-päpstlichen Partei verantwortlich machen dürfen. Zobel klagt auch über „die unwandelbare Confusion in diesem estat" und führt für den fast unglaublichen Mangel an Barmitteln, welcher sich die Regierung mit Leichtigkeit hätte bedienen können, einen sprechenden Beweis an. Als er sich endlich durch sein Drängen bei der Königin-Mutter einer erheblicheren Summe versichert hatte, mußte er von dem Schatzmeister einige Ämter oder Bestallungen an Zahlungsstatt annehmen, welche er in der Hoffnung, daß sein König nichts daran verlieren würde, weiter veräußern wollte. Freilich entstanden dabei unvermeidliche Unkosten, und er mußte auch dem Schatzmeister noch ein Geschenk reichen.[2] Etwas später schreibt Zobel dem Könige,[3] daß er 50000 Kronen nicht flüssig zu machen vermöge und fügt hinzu: „Von den noch übrigen 250000 Franken werde ich innerhalb zwei oder drei Monat noch nichts erlangen." Demungeachtet erteilt er freilich seinem Könige den Rat, um die in Aussicht gestellte halbe Million auch nachzusuchen.

Da Ludwig XIII. im Jahre 1627 im Kampfe gegen seine protestantischen Unterthanen und die Stadt Rochelle auch den König von England als ihren Bundesgenossen zu bekämpfen hatte, ist die Unterlassung der Zahlungen an den so bedürftigen Oheim seines offenen Feindes freilich um so erklärlicher.

1) Schreiben Zobels aus Paris vom 14. u. 20. März (n. St.?) 1629.

2) Paris 19. Febr. a. St. 1627.

3) Zobel an Christian IV. Paris 23. Mai/2. Juni 1627.

Reichlicherer Unterstützungen erfreute sich der König in dieser Zeit wider von den Holländern. Einer Rechnungsübersicht, welche bis zum 24. Aug. a. St. 1626 zurückreicht, entnehmen wir, daß die bis in den Oktober 1628 bewilligten und wol auch zum allergrößten Teil gezahlten Summen 1066189 Gulden betrugen. Eine andere Zusamenstellung vom 3./13. Mai 1629 schließt mit einem noch höheren Betrage von 1337000 Gulden ab. Zu den Beiträgen wurden auch die einzelnen Staaten herangezogen, obgleich der Gesamtstaat sich gleichfalls beteiligte. Den höchsten Beitrag leistete der Staat Holland: auf den ihm zufallenden Anteil von 962000 Gulden waren schon im Juni 1627 707149 Gulden entrichtet worden. Doch sind auch erhebliche Rückstände in den Provinzen zu bemerken. Von den 33 Monaten, für welche sich die Staaten verpflichtet hielten, hatte Zütphen 30 Monate, Seeland 14 Monate nicht gezahlt. Als rückständige Gesamtsumme ist in einer nach dem Lübecker Frieden aufgestellten Übersicht[1] der Betrag von 513973 Gulden angegeben.

Groß war die Unzufriedenheit des Königs darüber, daß ihm von Morgan anstatt der ersehnten Barmittel ein kostbares mit zehn Rubinen, deren einige so groß wie Wallnüsse waren, besetztes Halsband von zehn Schnüren Perlen überbracht wurde, auf das man ihm zumutete, sich Geld zu verschaffen. In dringlichster Weise ersuchte er daher Karl I. um Zahlung der rückständigen Bundesbeiträge, welche er damals auf 600000 Pfund Sterling berechnete.

Das Kleinod hatte ihm Karl I. als ein Pfand im Werte von 100000 Pf. Sterling überwiesen; für diese Summe wollte er dasselbe wider einlösen. Allein Christian IV. machte Monate lang nicht den geringsten Gebrauch von dem kostbaren Unterpfande, sondern ließ es in den Händen des englischen Gesandten Anstruther. Erst im September des Jahres 1627 händigte es ihm derselbe aus, und es ging in den Pfandbesitz eines Schwagers des hamburgischen Kaufmanns Jakob Mores (Morsen), Capit in Amsterdam, über, der 50000 Reichsthaler auf ein Jahr lieh und erbötig war, das Kleinod nach Verlauf dieses Zeitraums gegen Erstattung der Pfandsumme und der Zinsen zurückzugeben. Mehr wollte aber auch im Oktober 1628 niemand darauf leihen, weil Capit sein Pfand nicht aus den Händen geben wollte. In den Besitz des kostbaren Schmuckes hätte sich sehr gern der zeitweilige Vertreter des Königs

1) Staet van t'gene de respective provintien noch schuldich syn in twee jaren negen maenden Subsidie voor syne Mat van Dennemarcken, daervan descharges uyt gegaen syn op den name van de gewesen ontfanger Generael. Gemaeckt den 25. Juni 1629. R. A. im Haag.

in Holland, Josias van Voßbergen, gesetzt, der den englischen Gesandten ausdrücklich um Vollmachten anging; Anstruther war jedoch gewissenhaft genug, dem Manne, dessen Zuverlässigkeit schon im Jahre 1627 sehr erschüttert war, diese Vollmachten nicht zu ertheilen. Voßbergen versicherte später, daß er dem Könige 200000 Thaler mehr würde verschafft haben, wenn er den als Besitztum Christians IV. in Amsterdam versetzten Halsschmuck auf den Namen des Königs von England würde verpfändet haben.

Im März des Jahres 1629 hoffte der König, daß Karl I. sein Kleinod gegen Erlegung der darauf geliehenen Summen demnächst einlösen würde und gab die Summe, welche hamburgische Kaufleute und einige Personen aus seiner Umgebung darauf stehen hatten, auf 160000 Thlr. an. Die Auslösung scheint auch damals nicht zustande gekommen zu sein.[1]

Der genannte Vertreter des Königs in den Niederlanden erhielt ferner den Auftrag, hier gegen Verpfändung der Bundesbeiträge und dem Könige gehörender Kleinodien Geld aufzunehmen, und in Wahrheit hat Christian IV. in Amsterdam auch Juwelen versetzen lassen.

Der Monatsbetrag der englischen Unterstützungsgelder belief sich auf 30000 Pf. Sterling; als Anfangstag der Zahlungen wurde von Christian IV. der 25. Mai a. St. 1625 angesehen. Schon im Juli des Jahres 1627 berechnete man jedoch in Dänemark die Rückstände der Unterstützungsgelder auf 660000 Pf.,[2] doch wollte der englische Gesandte von diesem Betrage 40650 Reichsthaler für gelieferte Gewehre in Abzug bringen. Eine andere Zusammenstellung schließt mit der Summe von 247000 Pfund ab, welche England dem Könige vom Juni 1625 bis zum Sommer 1627 entrichtet hatte. In diese Bundesbeiträge sind aber die Werbegelder für die drei Regimenter Schotten — Spigney, Sinklair, Mackay — eingeschlossen;[3] und eine Summe von 10000 Pf. Sterling, welche Rosenkranz im April 1627 empfing. Seit dem Sommer 1627 blieb aber Karl I. mit seinen Bundesbeiträgen noch mehr im Rückstande, und als es sich allmählich immer deutlicher herausstellte, daß für die Sache der Pfalzgräfin und ihrer Kinder von dem Könige von Dänemark nichts

1) Christian IV. an Karl I. Kopenhagen 13./23. März 1629.

2) Memorial, wie die Rechnung stehet zwischen K. M. in Großbritanien und der K. M. zu Dänemark (vom 29. Mai 1625 bis 5. Juli (a. St.) 1627). K. G. A. in Kop.

3) Für die Regimenter Spigney und Mackay wurden 3000 Pf., für Sinklair 2000 Pf. gezahlt. Dieser Rechnung liegt noch eine Quittung Mansfelds Winsen bei Zelle 22. Nov. 1625 a St. über 12000 Reichsthaler bei, welche Christian IV. bei dem Sekretär der englischen Societät zu Hamburg, Joseph Averie, zur Zahlung angewiesen hatte.

mehr zu hoffen war, verlor sich die unmittelbare und natürliche Teilnahme, welche der König diesen dänischen Dingen geschenkt hatte, fast gänzlich. Sein politisches Interesse und seine persönliche sehr lebhafte Empfindung wurden von einer ihn noch näher berührenden Angelegenheit in Anspruch genommen, und der Gedanke der Demütigung seines französischen Schwagers drängte diese widerwärtigen deutsch-dänischen Verhältnisse fast in den Hintergrund.

Trotz der mißlichen Verhältnisse, in welchen sich seine Kriegskasse befand, hat Christian IV. in den ersten sechs Monaten des Jahres 1627 ziemlich beträchtliche Summen für die Löhnung seiner Truppen ausgegeben und wenigstens den sehr anerkennenwerten Versuch gemacht, sein Heer durch regelmäßige Soldzahlungen in geordneten Verhältnissen zusammenzuhalten. Doch hat er dabei aus einem schwer erklärlichen Irrtum die Reiterei besser bedacht, als das Fußvolk. Die für die Löhnung der ersteren in die Jahresrechnung aufgenommene Summe beträgt 323 200 Thl. 2 Ort, während auf das Fußvolk nur 125 880 ½ Thl. 16 Schill. zu demselben Zwecke verwendet wurden. Einzelne Reiteroberſten erhielten ziemlich beträchtliche Summen. So wurden für das Regiment des Grafen Reinhard v. Solms (später Ortenburg) 59 726 Thlr. gezahlt, der Rheingraf Otto Ludwig mit 44 179 Thlrn. bedacht, und der Oberst Joachim v. Slavata empfing für sein Regiment und seine Kompagnie 51 789 Thlr. Die Ausgaben für das Regiment des Herzogs Bernhard v. Weimar und seine Leibkompagnie betrugen im ganzen 43 222 Thlr.; die letzte für den Herzog gemachte Zahlung ist unter dem 6./16. Okt. 1627 eingetragen. Dem schottischen Obersten Donaldus Mackay sind für sein Regiment 26 752 ½ Thl. gezahlt worden; der die Weserfestung Nienburg lange behauptende Isaak Lardin v. Limbach hat für das seinige 17 035 Thlr. erhalten, der Oberst Wilhelm v. Lohausen dagegen für das königliche Leibregiment nur 12 239 Thlr. 16 Schill. Andere Regimenter wie z. B. das des Oberstlieutenants Johann v. Frencking bekamen weniger, für dies Regiment sind nur 5038 Thlr. verwendet worden.

Unter dem Geldmangel haben besonders die fremden Truppen, am meisten vielleicht die an der Weser liegenden Engländer und Schotten Morgans gelitten. Christian IV. scheint diese Regimenter mit einer gewissen Absichtlichkeit vernachlässigt zu haben, da die Unterhaltung derselben der König von England auf sich genommen hatte, und durch die Bankiers Burlemachi und Calandrini in London, sowie Philipp Calandrini in Amsterdam besorgen ließ.[1] Die dänischen Generalkommissare in Stade

1) Morgans Briefe an Conway vom 8. und 23. Juli 1627 a. St. und sein Schreiben an den Staatsrat (Lords of the council) vom 26 Juli a. St. London, Record office, Denmark 5.

konnten Morgan im Mai 1627 nur 4500 Thlr. zur Verteilung unter die notleidenden Soldaten überweisen. Man entnahm den Betrag aus einer eben erhaltenen Summe von 7000 Thalern. Morgan zahlte darauf von dem erhaltenen Gelde 800 Thaler an den Obersten Mackay, der sie aber als zu geringfügig gar nicht annahm. Darauf blieb den Generalkommissaren nichts übrig, als den unzufriedenen Obersten zur Geduld zu ermahnen: wenn mehr Geld anlangen würde, sollte er befriedigt werden. Calandrini in Amsterdam wies Anfang August Morgan darauf hin, daß Burlemachi nur noch Zahlungsaufträge für den Juli 1627 besitze. Der reizbare General geriet infolge dieser Geldverlegenheit und anderer Nöte in die bitterste Stimmung und hielt sich für aufgegeben von beiden Königen.

Um 20000 bis 30000 Thaler für die Besatzung von Wolfenbüttel aufzubringen, verhandelte man mit einem bremischen Bürger Levin Steinkuhle, der die Summe bei mehreren bremischen Bürgern aufnehmen wollte und in Hamburg wider befriedigt werden sollte. Bürgschaft übernahm der Generalkommissar Otto Skeel.

Dem Sekretär des Obersten Limbach, der sich anheischig gemacht hatte, für den letzteren 6000 Thaler zusammenzubringen, wollte man in Hamburg gleichfalls Zahlung leisten.

In der ersten Juniwoche waren die Generalkommissare außer stande, dem Kapitän Gottfried von der Mühlen 100 Thlr. zur Vollendung der Schanzen in Bremervörde zu übersenden, weil angeblich kein Geld vorhanden war. Doch erwartete man stündlich aus Dänemark neue Barmittel. —

Sehr schlecht war es lange Zeit um das Geschützwesen bestellt, da es an fast allen notwendigen Bedürfnissen und selbst an Mannschaften und Offizieren fehlte. Man bemühte sich daher um Anwerbung von Bedienungsmannschaften in Holland und bei den Hansestädten sehr angelegentlich. Um Konstantables und Pioniere zu gewinnen, entsendete der König einen Kapitän Antonio Rosa in die Niederlande. Einem andern Kommissar über die Artillerie Johann Jonas Ludwig erteilte er Auftrag, ihm Artillerieoffiziere zuzuführen, welcher denselben aber so ungenügend erfüllte, daß er sich die königliche Ungnade zuzog. Im April 1627 konnte der König den Generalstaaten auch für die Überlassung einiger Geschütze nebst den zugehörigen Ausrüstungsgegenständen und Pferdezeug danken. Er versprach dabei, die Geschütze mit Fleiß und Eifer der evangelischen Sache zum Besten zu verwenden und nach äußerster Möglichkeit zu verhüten, daß sie dem Feinde in die Hände fielen. Dem englischen Gesandten in Hamburg empfahl er den von ihm zur Werbung von Konstabels in die Stadt gesendeten Kapitän Hoffa (Goffa?), welcher zugleich Einkäufe

für die Artillerie in dem kaufmännischen Geschäfte der Gebrüder Mores bewirken sollte. Im Juni 1627 hatte man in Stade keinen einzigen Konstabel verfügbar, so daß Tage Tott und Axel Arenfeld dem Könige Vorstellungen machten. Wie schlimm es bisweilen mit den notwendigsten Erfordernissen des Geschützwesens bestellt gewesen ist, geht daraus hervor, daß das Artillerieamt einst Befehl erhielt, zwei schottischen Komp. zwei Tonnen Pulver, ein Fäßchen Kugeln und 24 Büsche Lunten zukommen zu lassen. Bis in den Juni hinein war der Mangel selbst an Schießbedarf besonders empfindlich.

Unter den Bedienungsmannschaften der Geschütze sollen viele Dänen gewesen sein, welche nur zur See gedient hatten, was ihre Brauchbarkeit nicht steigerte. Seit dem 18. Aug. stand die Artillerie wenigstens dem Namen nach unter dem Oberstlieutenant Johann Ludwig v. Zollikofer, einem Schweizer.

Ein Ingenieuroffizier Richard Doucet wurde mit einem Monatsgehalt von 100 Reichsthalern am 27. April angenommen; noch später (22. Aug.) ernannte der König Traitorrens zum General der Fortifikation und machte ihn zugleich zum Oberstlieutenant über ein Regiment Fußvolk.

Das Magazin, aus welchem der König zunächst fast alle seine Kriegsbedürfnisse befriedigte, bildeten die Niederlande. Einen großen Teil seiner Waffen sowie der Munition und des Schanzzeuges wird er durch seinen Faktor Paul de Willem in Amsterdam erhalten haben. Die kopenhagener Kaufleute Lorenz Müllengraff und Johann de Willem dienten dabei als Vermittler und führten auch selbständige Aufträge in den Niederlanden aus. Daneben bediente sich der König aber auch hamburgischer Kaufleute, wie z. B. der Gebrüder Mores, Peter Hinsch u. a.[1] An den Rat zu Hamburg stellte er einst das Ansinnen, dafür Sorge zu tragen, daß der hamburgische Bürger, welcher für Johann de Willem in Kopenhagen die Lieferung von Piken übernommen hatte, untadelhafte Ware liefere.

Die notwendigsten Kriegsbedürfnisse, Waffen jeder Art, Pulver und Kugeln scheinen niemals für das unmittelbare Bedürfnis ausreichend gewesen zu sein. An Musketenkugeln mangelte es selbst in Stade bereits in den ersten Junitagen 1627; in dem Kampfe bei Oldenburg war der Mangel an Kugeln geradezu verhängnisvoll. Als der König vor Bleckede erschien, mußte er den Herzog von Schwerin bitten, ihm mit Pulver auszuhelfen.

1) Vgl. Jahn II. 510 f.

Viertes Buch.

Die Dänen und ihre Hilfstruppen im unteren Weser- und Elbgebiete.

Die englischen Hilfstruppen in den Schanzen von Achim.

Trotz der Besetzung des Erzstifts Bremen durch die Dänen waren die Verhältnisse des ganzen unteren Wesergebiets in den letzten Monaten des Jahres 1626 wenig gesichert. Nachdem sich Anholt mit 14 Komp. zu F. und einigen Komp. zu Pf. in Verden eingelagert, der Graf v. Fürstenberg sein Hauptquartier in dem oldenburgischen Wildeshausen aufgeschlagen, und Erwitte das dem Könige versetzte braunschweigische Amt Syke mit Beschlag belegt hatte, mußte man im Bremischen ein weiteres Vorgehen des Feindes erwarten, sobald er sich des Erfolges nur einigermaßen getrösten konnte.

Anholt und Fürstenberg ließen die Stadt und das Erzstift ihre Macht schon in den Wintermonaten fühlen, wo sie es nur vermochten. Die Stadt Bremen mußte dem ersteren als Entschädigung für eine Lieferung von 1000 Scheffeln Roggen 1000 Rthlr. entrichten und ihm anstatt der geforderten 1000 Scheffel Hafer die gleiche Summe zusagen. Da der Graf indessen von Verden aus die städtischen Unterthanen arg bedrängte, weigerte sich die Stadt, noch mehr zu zahlen und sprach dem Obersten ihre Mißbilligung über sein Verfahren in ziemlich herben Worten aus. Der Gogrefe des Gerichts Achim, Alverus Clüver, versagte Anholt die Stellung von 200 Fröhnern, welche an der Befestigung der Stadt Verden arbeiten sollten, da er als Gogrefe den Leuten nichts zu befehlen und die Einwohner des Erzstifts mit dem westfälischen Stifte Verden überhaupt nichts zu schaffen hatten. Bei einem Streifzuge der Ligisten in das Gebiet des Amtes Achim hatte der Gogrefe vier Kutschpferde verloren. Er selbst war geflüchtet und hielt sich in Bremen auf. Als ihm hier seine Gattin starb, ersuchte das Domkapitel den Grafen, wenigstens am Tage der Bestattung derselben in dem Erbbegräbnisse zu Achim keine Streifzüge in das Gericht vorzunehmen. Die gleiche Bitte richtete das Domkapitel an den dänischen Befehlshaber auf dem Ottersberge, Brun Karl v. Uffeln.[1]

1) Archiv d. fr. St. Bremen.

Ebenso wie Anholt fügte Fürstenberg auf seinen Streifzügen über die Weser den Unterthanen der Stadt Bremen erheblichen Schaden zu.

Die Besatzung des Erzstifts und des Ländchens Hadeln wurde noch vor dem Eintreffen der Engländer auf 5000 M. z. F. und 800 Pf. geschätzt. Und obwol diese Angabe nicht wenig übertrieben ist, so waren die Dänen doch stark genug, um in den letzten Tagen des Jan. 1627 Nienburg erhebliche Proviantvorräte zuzuführen. Tilly war in der Absicht, dieses Vornehmen zu hindern, in die Nähe von Neustadt am Rübenberge gezogen, aber zu spät eingetroffen.

Immerhin aber scheint der König die Besatzung des Erzstifts für ungenügend gehalten zu haben. Denn gerade die ersten erheblicheren Verstärkungen, welche ihm im Jahre 1627 zugeführt wurden, bestimmte er für die Sicherstellung des unteren Wesergebietes. Als in den ersten Apriltagen Karl Morgan mit seinen englischen Hilfsvölkern auf der Elbe anlangte, ließ er die Truppen sofort über Land an die Weser und zwar nach Achim führen. Die Stadt Bremen entsendete zur Beobachtung der Durchziehenden einen Offizier mit einer geringen Mannschaft und hatte auch den ihr gehörigen Flecken zur Burg an dem Lesumflusse besetzt. Allein der Durchzug ging ohne irgend eine erheblichere Schädigung des Landvolks von statten, und Achim war gegen das Ende der ersten Aprilwoche, ohne daß es der Feind hatte hindern können, mit einer Besatzung versehen. Den Oberbefehl über dieselbe führte anfangs der Generallieutenant Norprath, bis Morgan an seine Stelle trat.

Bremen unterstützte den König damals mit Schiffen, gab auch die sechs früher in der Stadt eingestellten niederländischen Geschütze heraus, weigerte sich aber, Pferde zu ihrer Fortschaffung zu stellen.

Zu diesen vier englischen Regimentern kamen noch das dänische Regiment Hatzfeld und einige Kompagnien des schottischen Regiments Mackay, welches den Winter über in Glückstadt gelegen hatte, und einige Reiterei. Das Regiment Hatzfeld wurde jedoch bald zurückgezogen.[1]

---

1) Aitzema an die Generalstaaten Bremen 24. April n. St, dazu Morgans Schreiben an Conway, Wasserbaden 12./22. Juni. Hier findet sich die Stelle: the King of Denmarke left me in this place which is 10 english mylles from Bremen, et about four mylles from Ferne (Verden) I am quartered in a place where the rivers of the Alder (!) and the Weser meet, the purpose hereof beinge to make good a passadge, which lyes from hence a myle towards Ferne, which hath the river on the one side and a morace on the other, betweene which before I came, there was a line drawn with severall redoubtes and workes, which the King left to my care, leaving for that purpose, and for the garde of some fortes of the river betweene this and Bremen the Regiment of Hattsfeild with the 4

In der Nähe von Achim hatte der König schon früher zwei Schanzen aufwerfen lassen, von denen die eine bis auf eine Viertelmeile nach Langwedel zu vorgeschoben war. Hier hatte man „eine alte Landwehr ausgeräumt und durch fünf Reduten und eine Hauptschanze den ganzen Paß von einem Morast an bis an die Weser geschlossen". Dem Könige war gerade diese Verteidigungslinie sehr gerühmt worden, während Morgan keineswegs so günstig über sie urteilte, denn im Sommer bot die Weser verschiedene Stellen dar, auf welchen man sie durchwaten konnte, und auch über den Morast konnte man die Truppen auf verschiedenen Punkten mehrere Mann neben einander hinüberführen. Die Schanzen selbst waren von keiner erheblichen Stärke. Morgans Hauptquartier war gewöhnlich Wasserbaden, in der Nähe des Zusammenflusses von Aller und Weser. Ferner sperrten die Dänen etwa eine Viertelmeile weserabwärts den Fluß durch zwei Verschanzungen, von denen die eine auf der rechten Seite auf einer Anhöhe, die andere auf dem westfälischen Ufer des Flusses angelegt wurde. Beide Schanzen wurden durch eine Schiffbrücke verbunden, vermittelst deren der König seiner Reiterei den Zutritt zu den westfälischen Stiftern zu eröffnen gedachte.

Demungeachtet war der König nicht sofort imstande, den Ligisten den Verkehr mit der Stadt Bremen gänzlich abzuschneiden, da ihnen die Straße über Brinkum und Delmenhorst noch einige Zeit nach dem Einrücken der Truppen in Achim offen stand. Zu diesem Behuf ließ er noch vor seiner Rückkehr nach Stade auf einem zwischen Bremen und Oldenburg streitigen Gebiete in der Nähe des Zollhauses bei Dreye ein Schanzwerk errichten. An einem einzigen Tage nötigte man hier einst (1. Mai a. St.) 27 mit Kriegsbedürfnissen und Proviant für den Feind beladene Wagen zur Rückkehr nach Bremen.

Welcher persönliche Anteil dem Könige an allen diesen Maßnahmen zukommt, muß dahin gestellt bleiben: doch hob Foppius van Aitzema seinen Eifer und seine Thatkraft in einem Schreiben an die Generalstaaten rühmend hervor. In der Zeit vom 21. April bis in den folgenden Monat hinein hatte Christian IV. sein Hauptquartier in Wasserbaden zwischen Achim und Langwedel. Als ihm Abgeordnete der Stadt Bremen am 19. April n. St. ihre Aufwartung in Bremervörde machen wollten, ließ er sie nicht vor, sondern beschied sie in das Gericht Achim, wohin

---

of my owne nation with 4 Companies of Scotts and of horse sometymes more and some tymes lesse. Zu diesen Nachrichten kommt noch ein Zeitungsbrief aus Cöln vom 15. April (n. St.?) in Nummer X. 1 der öfter angeführten Zeitung. Monro, His expedition with the worthy Scots Regiment .... London 1637 1. S. 4 behauptet, fünf Kompanien Schotten seien zu Morgan gezogen.

er also unmittelbar darauf gegangen sein wird. In seinem Gefolge befand sich hier eine Zeit lang der holländische Gesandte bei den Hansastädten, welcher indessen noch vor dem Könige das Feldlager verließ und nach Bremen zurückging.

Am 1. Mai n. St. erschien der König in Arsten auf dem linken Weserufer und ritt sogar zur peinlichsten Überraschung des Rats durch die neuen bremischen Festungswerke. Einen von den der Stadt gehörigen Pässe „zum Korbe" hatte er an diesem Tage zeitweise mit 40 M. belegt. Doch beruhigte er den städtischen Kämmerer Pohlmann durch die freundliche Zusicherung, daß er sich der Pässe der Stadt nicht bemächtigen werde.[1] Aus der Umgebung der Stadt zog der König darauf wider dem Lager zu und ist damals vielleicht unmittelbarer Zeuge eines Angriffs der Feinde auf die Verschanzungen von Dreye geworden. Nach einigen Tagen besichtigte er das jenseits des Kattenturmes[2] gerade über die gepflasterte Straße weg gegen Delmenhorst hin errichtete Schanzwerk und ging von da weserabwärts nach Vegesack, denn auch unterhalb Bremen sollte den Ligisten der Fluß gesperrt werden.

Bremen war in jenen Monaten geradezu von der dänischen Armee blokiert. Ungehindert verkehrten die Soldaten aus den benachbarten Schanzen in der Stadt, wenn sich auch manche den Zutritt durch ein nicht unerhebliches Eintrittsgeld von den Thorwachen erkaufen mußten.

In der dritten Maiwoche verbreitete sich die Nachricht in Braunschweig, daß die Besatzung der Schanze von Dreye einen ligistischen Angriff glücklich zurückgewiesen und dem Feinde dabei einen Verlust von 500 M. zugefügt habe.[3] Im übrigen wagte weder Anholt noch Fürstenberg in diesen Frühsommermonaten einen erheblicheren Vorstoß, was sich schon daraus erklärt, daß Maximilian Tilly jede Vorwärtsbewegung vor dem Eintreffen neuer Verstärkungen untersagt hatte.[4] Die Verbindung zwischen den diesseit und jenseit der Weser liegenden Heeresteilen hatte sich Tilly durch eine Schiffsbrücke bei Hoya gesichert.

---

1) Archiv d. fr. St. Bremen und Bricka, Udtog . . 18.

2) Der Kattenturm (Katzenturm) lag nordnordwestlich von Dreye an der Straße von Brinkum nach Bremen.

3) Wir folgen einem braunschweigischen Zeitungsbriefe vom 17. Mai (n. St.), der sich in Nr. XXI der öfter herangezogenen Zeitung vorfindet. Nach einem andern braunschweigischen Berichte der XX. Numer hat Fürstenberg diesen Angriff am 4. Mai (n. St.) unternommen. Diese letztere Zeitangabe ist ziemlich zuverlässig; da sie der Kalender des Königs in einer Bemerkung zum 24. April a. St. bestätigt, Bricka, Udtog S. 18.

4) Maximilian an Lerchenfeld, München 15. April.

Da Morgan an der Beschaffenheit der Befestigungswerke mancherlei auszusetzen hatte, suchte er die Mängel zu verbessern, wozu freilich seine Mannschaften nicht ausreichten. Daher mußten die königlichen Kommissare in Stade für Zimmerleute und Werkleute sorgen; Hunderte von Bauern aus dem Lande Khedingen wurden noch im Juni als Schanzengräber herangezogen.

Auch die Verpflegung der Truppen bereitete dem englischen General erhebliche Schwierigkeiten, besonders als sich herausstellte, daß die Soldaten nach dem Genusse des deutschen Proviants, d. h. wol des Brotes, erkrankten. Doch wurden Lebensmittel und Bier durch den Proviantverwalter Wolmar Gabel in Bremen dem Lager zugeführt.

Die Hauptschanze wurde nebst einigen andern befestigten Punkten an der Weser anfangs von dem Regiment des dänischen Oberstlieutenants Georg v. Haßfeld, der ein Vetter des hamburgischen Stadtobersten war, ferner von vier Kompagnien des englischen und der gleichen Anzahl des schottischen Fußvolks besetzt gehalten. Die großen Lücken der vier Regimenter wurden zwar nach einiger Zeit durch Rekruten unter Sir Archibald Douglas und dem Kapitän Conisbye nach Möglichkeit ausgefüllt, allein die neuen Ankömmlinge mußten auch sofort in die Schanzen gelegt werden. Denn Morgan fühlte sich bald in seiner Stellung sehr unsicher. Er schätzte das ihm gegenüber stehende feindliche Kriegsvolk auf 12 Regimenter z. F., jedes mindestens 1500 M. stark und fünf Regimenter Reiter oder 34 Kompagnien. Die ihm selbst zugewiesene Reiterei war besonders unzuverlässig: nur auf etwa 500 M. scheint er mit einiger Zuversicht gezählt zu haben.[1] Als einst eine Abteilung einen Zug nach Nienburg geleiten sollte, versagte sie, da man mit der Löhnung im Rückstande war, den Dienst ohne weiteres und kehrte in ihre ländlichen Quartiere zurück, in denen sie sich wenigstens der Verpflegung versichert halten durfte. Später wurde Morgans Verfügung fast ein ganzes Regiment entzogen und über die Elbe geführt.

Auch durch die Franzosen, welche ziemlich spät im Wesergebiete anlangten, ist Morgan keine erhebliche Unterstützung zu teil geworden. Der Graf von Montgommery erhielt zwar von den Kommissaren zu Stade den Befehl, mit Offizieren und Mannschaften nach Achim zu marschieren, wo er Quartiere erhalten sollte; allein da sein Kapitän Batilly angeblich nach einem Befehle des Königs mit seiner Kompagnie zu diesem stoßen sollte, weigerte sich der Graf mit der geringen Anzahl, welche er noch

1) Morgan an Lord Conway, Wasserbaden 12. Juni a. St. Bremen 8. Juli a. St. London, Record Office, Denmark 5.

behielt, weiter vorzugehen. Eine Zeit lang lag Montgommery um Bremervörde, wurde aber mit seinem Volke am 29. Juli/8. Aug. zur Musterung nach Ütterſen im Holſteiniſchen entboten.

Wie locker die Disziplin im Lager Morgans war, trat beſonders deutlich zu Tage, als der König den Verſuch machte, das Regiment Hatzfeld über die Elbe zu ziehen. Das Regiment verweigerte den Gehorſam, bevor es nicht Geld zu Kleidungen und Schuhen erhalten würde, ſo daß der Befehl zurückgenommen, und die Meuternden Morgan wider überwieſen wurden.

Die Löhnung und Verpflegung der ganzen engliſch-ſchottiſchen Abteilung war, wie erwähnt, die Sache der engliſchen Kommiſſare Calandrini, welche indeſſen ihre Aufgabe ſo läſſig und in ſo unzureichender Weiſe erfüllten, daß ſich Morgan zu den bitterſten Beſchwerden an den Lord Conway veranlaßt ſah. Allein weder der General noch der Staatsſekretär waren imſtande, Abhilfe zu ſchaffen. Erklärte doch der Bankier Burlemachi in London rund heraus, daß er keinerlei Zahlungen leiſten werde, wenn ihm nicht beſondere Anweiſungen von dem Könige und ſeinem Geheimen Rate zugefertigt würden. Von derſelben Erbitterung wie Morgan waren auch die meiſten ſeiner Offiziere erfüllt.

Die üble Laune des erſteren ſteigerte ſich noch, als alle ſeine Verſuche, Chriſtian IV. zu veranlaſſen, ſeine Stellung an der Weſer zu einer geſicherteren zu machen, ſcheiterten. Vergeblich hatte er ſich bei dem Könige über den Ungehorſam der Reiterei beſchwert, den er viel weniger aus dem Mangel an Löhnung, als aus ihrer Feigheit herleitete. Nachdem er ſeinen Dienſtherren ebenſo vergeblich erſucht hatte, ihn mit ſeinem Volke abzuberufen und ihm eine Stellung anzuweiſen, wo er imſtande ſein würde, ihm beſſere Dienſte zu leiſten,[1] warf ihn der Kummer und Ärger auf das Krankenlager, ſo daß er ſich nach Bremen zurückzog, wo er eine Woche das Zimmer hüten mußte. Er ſchrieb ſeine Krankheit ausdrücklich dem Ärger über die Nachläſſigkeit des Königs zu. Nicht geringere Erbitterung freilich empfand er gegen die hochgeſtellten Berater desſelben, welche ihm den Rat erteilten, ſeine Streitkräfte zu teilen und denſelben

1) In dem Schreiben an Lord Conway vom 12. Juni a. St. finden ſich die Worte: All this I have have particularly made knowne by one sent expressly to our Ambassador (Anstruther), that he might truely enforme the Kinge (Chriſtian IV.), and withall I have besought him to give the King a true informacion of our estate, and that the King would be pleased to call us hence, where we shall unprofitablie consume, where his Matie imagins we can do him great service, and that we may be employed with him, where we shall, I am assured, give a good account of ourselves.....

ſo zahlreiche Aufgaben auf ein Mal aufzubürden, daß die ganze Armee gefährdet wurde. Anfangs Auguſt richtete er eine Beſchwerde an die engliſchen Geheimen Räte, in welcher er hervorhob, daß ihm der König auf alle ſeine Bitten um Verſtärkung die Unmöglichkeit entgegen gehalten und ihn endlich auf die jüngſt angelangten ſchottiſchen Regimenter verwieſen habe.

Das Ausbleiben der Löhnung, die im Lager zu Achim entſtandenen Krankheiten und der ziemlich angeſtrengte Dienſt hatten zur Folge, daß ſich nach und nach die Reihen der Mannſchaften lichteten, und das Ausreißen überhand nahm. Um die Zeit, wo er zum Rückzuge gedrängt wurde, litt Morgan den bitterſten Mangel, und die zu ſeiner unmittelbaren Verfügung ſtehenden dienſtfähigen Mannſchaften waren dem Zeugniſſe Anſtruthers zufolge auf 1600 M. zuſammengeſchmolzen.

Morgan führte dem Namen nach den Oberbefehl in Gemeinſchaft mit Norprath über alle im Bremiſchen Gebiet ſtehenden königlichen Truppen; beide Offiziere waren den königlichen Kommiſſaren in Stade, deren Befehle ſie zu vollziehen gehabt hätten, untergeordnet, doch beſaß der König in Ferdinand v. Spiegel (von den Spiegeln) noch einen beſonderen Vertreter und Auditeur bei den engliſch-ſchottiſchen Regimentern.

Zur Entſetzung Nienburgs, welche der König von ihm forderte, hielt Morgan die unter ihm ſtehenden Streitkräfte für unzureichend, und ſeine obern Offiziere teilten dieſe Anſchauung. Überhaupt verharrte die ganze Beſatzung des bremiſchen Gebiets den ligiſtiſchen Heeren gegenüber während der Sommermonate in auffälligſter Unthätigkeit.[1] Obwol in den Landſchaften zwiſchen Weſer und Elbe noch die Regimenter des Oberſten Beck, des Grafen Johann Philipp v. Ortenburg, der Oberſten Slavata und Norprath, des Oberſtlieutenants v. Hünecke und des Grafen von Wittgen-

1) Monro ſagt: Being thys joined to General Morgan his forces, where we remayned ten weeks, having great dutie in watching, many alarummes, but little service, so that our souldiers longing for service said, the imperialists were no enemies. — Morgan an Lord Conway, Waſſerbaden 23. Juli 1627. The King doth expect great matters from us; our power is small to performe his desire, and to putt for that place, he would have us goe to, that is to relieve Newburgh, when it is besieged, for nowe we heard that the ennemie is neere to it, blocking uppe the passadges . . . We presently here uppon made our streanth knowne to the King; if he will have us to putt forwardes, it will be a verie harshe peece of busines We all the chief officers both of horse and foote, have conferred about this entreprise et doe finde it impossible, by reason the ennemie lyes so strong in the waye, et the place distant from our quartier 5 leagues, to which we shall not be able to march in 24 houres.

ſtein ſtanden, fehlt doch jede Hindeutung darauf, daß dieſe Truppenteile jemals im Verein mit den Engländern zu einem Vorſtoße nach Verden beſonders in den erſten Monaten vor der Ankunft von Verſtärkungen im ligiſtiſchen Lager Befehl erhalten hätten. Eine im Anfange des Auguſt von den Engländern in der Nähe von Verden eingenommene Schanze mußte nach einigen Tagen bei der Annäherung zahlreicher Streitkräfte wider aufgegeben werden.

Dagegen ſteigerten ſich ſchon im Mai die Beſorgniſſe der däniſchen Kommiſſare in Stade: ſie fürchteten ein Vorbrechen des Feindes von Harburg nach Freiburg zu und erſuchten den Oberſten Beck zu Buxtehude, die Päſſe mit Schanzen zu verſehen. Dann ſollte Morgan noch zwei Kompagnien nach Bremervörde legen und einige hundert Mann in die Umgegend von Stade entſenden. Die Kommiſſare ſahen bereits eine Belagerung Stades voraus und erließen den Befehl, daß ſich jeder Bürger und Einwohner wenigſtens auf ein halbes Jahr mit Lebensmitteln verſehen und niemand etwas aus der Stadt ausführen ſollte. Die Arbeiten an den ſtädtiſchen Befeſtigungen wurden beſchleunigt. Ein ähnliches Mahn- und Warnungsſchreiben erhielt Buxtehude. Als Morgan einſt Befehl vom Könige bekam, einige Kompagnien nach Havelberg zu entſenden, mahnten ihn die Kommiſſare ſelbſt ab und erſuchten ihn, das Volk bei ſich zu behalten.

Kurz vor dem Rückzuge kam wider ein Aufruhr der Reiterei zum Ausbruche, ſo daß die Empörer Miene machten, die Cornets von den Standarten zu reißen. Auf das Erſuchen des Generallieutenants begab ſich darauf Morgan mit einem däniſchen Kommiſſar nach Bremen, wo man 13000 Reichsthaler zu ihrer Befriedigung aufnahm: Morgan verbürgte ſich perſönlich für 4000 Thlr. Um dieſe Zeit während ſeines letzten Aufenthaltes in Glückſtadt richtete Chriſtian IV. die Aufforderung an Morgan, dem Feinde auf irgend eine Weiſe an der Weſer zu ſchaffen zu machen und ihn von der Elbe, nach welcher bereits zwei däniſche Reiterregimenter aufgebrochen waren, abzuziehen. Allein Morgan war auch das unmöglich: er war damals kaum noch imſtande, die von ihm eingenommenen Stellungen zu behaupten.[1]

1) Morgan an den Lord Carleton, Waſſerbaden 9. Sept. a. St. The King desires that we should seeke with these powers I have, to divert the enemie by some meanes here. I should be happie in it to present myself et to dye in his service ... The nights we are seldom free from alarms, our works are not as the should be, so that by continuall travailing of our men that are in health, we consume daylye.

Die Festung Nienburg.

In die kleine Stadt Nienburg an der Weser hatte sich der Oberst Isaak Lardin von Limbach geworfen und auch noch kleinere benachbarte Punkte, wie Wölpe und Steierberg, besetzt. Nienburg behauptete er mit anerkennenswerter Hartnäckigkeit. Nachdem der König Norprath die Weisung erteilt hatte, Limbach mit Lebensmitteln zu versorgen, wurden der Festung, denn als solche galt der Ort damals, auf Veranlassung der dänischen Kommissare in Stade in der zweiten Hälfte des Januar 1627 unter ansehnlicher militärischer Bedeckung Vorräte und Kriegsbedarf aus Bremen zugeführt.[1] Auch später bezog Limbach Kugeln und Gewehre aus Bremen: die Löhnung wurde ihm hier in der ersten Zeit gleichfalls angewiesen. Im Juni sagten ihm die Generalkommissare 6000 Reichsthaler zu, welche sich Levin v. Hodenberg vorzuschießen erbot. Im Ganzen erhielt der Oberst der königlichen Kriegsrechnung zufolge 17035 dänische Reichsthaler, wobei freilich dahin gestellt bleibt, ob in dieser Summe nicht auch Zahlungen für das Jahr 1626 enthalten sind.

Limbach hatte auch dafür zu sorgen, daß vermittelst der damals noch ungehinderten Weserschiffahrt dem Feinde keine Kriegskontrebande zugeführt wurde.

Obgleich anfangs von der dänischen Heeresverwaltung für den weit vorgeschobenen Posten nach Kräften gesorgt wurde, so war die Besatzung von Nienburg doch darauf angewiesen, sich die fehlenden Bedürfnisse aus der Umgebung einzuholen. Und da die Ligisten in der ersten Hälfte dieses Jahres weder westlich noch östlich von der Weser imstande waren, diesen Ausflügen der Besatzung erheblichen Widerstand entgegen zu setzen, so wurden besonders die westlich vom Flusse gelegenen Ortschaften, z. B. Liebenau und der Flecken Siedenburg, arg heimgesucht. Im Anfang April gelang es den Dänen, die damals für sehr stark gehaltene Festung, ohne daß es die Ligisten zu verhindern vermochten, abermals mit Lebensmitteln zu versehen. Nach Norden streiften die Reiter des rührigen Obersten im Mai bis vor Hoya und trieben hier Vieh von dannen: die feindliche Besatzung folgte den Dänen zwar, geriet aber in einen Hinterhalt und verlor bei dem Scharmützel mehrere Offiziere durch den Tod und gegen 100 M. durch Gefangenschaft.[2] Sogar ein Streif- und Plünderungszug nach Lübbecke im Bistum Minden wurde einst unternommen. Noch in der letzten Maiwoche machte Ruepp dem Kurfürsten von einem glücklichen

1) Protokoll des Generalkommissariats. K. G.-A. in Kopenhagen.
2) Zeitungsnachricht.

Ausfalle der Besatzung Meldung, bei welchem das Regiment Fürstenberg Verluste erlitten hatte. Gegen 40 M. desselben waren niedergehauen, etwa 130 M. gefangen und 30 Pferde sowie Schlachtvieh fortgeführt worden.

Die Mannschaften hatten sich offenbar überraschen lassen, da sie die Not dazu trieb, zu ihrem Unterhalte einen Beutezug zu unternehmen.[1]

Erst als größere feindliche Abteilungen um Braunschweig und im Wesergebiete bei Hoya angelangt waren, konnte man die Ausfälle besonders nach der Besetzung von Liebenau und Drakenburg verhindern. Im Juni wehrten denselben am östlichen Weserufer der Oberst Gronsfeld, am westlichen der Oberst Erwitte.

Der größte Teil der Besatzung von Nienburg bestand aus Fußvolk, angeblich aus 2000 M. Von Offizieren werden außer dem Obersten noch ein Major Pappenheim und drei Kapitäne Stubenvoll, Sprintze und Sobolitz genannt. Auf feindlicher Seite fürchtete man, daß sich Limbach der Weser bis nach Bremen hin bemächtigen werde; allein diese Besorgnis ging nicht in Erfüllung, da der in Verden stehende Anholt Teile des Fürstenbergischen Volkes aus dem Stift Minden nach Hoya zurücknahm und in der Nähe dieser Stadt eine Schanze errichtete. Außerdem drang Tilly darauf, daß Fürstenberg bei Hoya Brücken über die Weser legen mußte.[2] Allmählich verstärkten die Ligisten ihre Streitkräfte sogar bis zu der Höhe, daß es dem zwischen Weser und Aller liegenden General Morgan ganz unmöglich däuchte, zur Rettung des Platzes etwas beizutragen. Hoya war um die Mitte des Juni von einem Regiment Fußvolk des Obersten Fürstenberg, 6 Kompagnien zu Fuß des Obersten Lindlo und 200 Reitern des Oberstlieutenants Eckstädt besetzt. In Verden lagen die beiden Infanterieregimenter Gallas und Anholt mit drei Kompagnien Reitern, zu Schlüsselburg südlich von Stolzenau Oberst Erwitte mit 10 Komp. und Oberst Wahl mit 8 Komp. zu Fuß. Sonst war auf dem westlichen Ufer der Weser nur noch Syke mit ligistischer Besatzung versehen, mit zwei Kompagnien Fußvolk. Noch im Juli gelangten aber zwei dänische Kompagnien von Bremen aus unangefochten nach Nienburg, das man zugleich um diese Zeit wider mit Lebensmitteln versehen konnte.

Allein schon im Juni hielt Limbach trotzdem seine Lage für gefährdet. Von seinen beiden Reiterkompagnien konnte er nur 140 bis 150 M. in das Feld bringen, während der Feind ihm 400 bis 500 M. entgegenstellte. Und diese Reiter waren samt ihren Rittmeistern äußerst schwierig. Der streitbare Oberst wünschte daher von Norprath eine erhebliche Ver-

1) Ruepp an Maximilian, Peine 26. Mai. K. R.-A. i. München.

2) Tilly an Maximilian, Peine 28. April.

ſtärkung derſelben und etwa 300 bis 400 Wagen mit Proviant zu erhalten und hoffte auch auf eine beträchtlichere Geldunterſtützung. Bis Siebenburg- oder Vilſen wollte er einem ſolchen Unterſtützungszuge entgegen gehen. Dieſe Bitte hatte Limbach ſchon einmal an Norprath gerichtet, der ſich indeſſen mit Mangel an Wagen entſchuldigt hatte. Seiner Verſicherung nach befand ſich der Verteidiger von Nienburg der Notwendigkeit gegenüber, die Reiter ganz abzuſchaffen, wenn nichts für dieſelben geſchähe.

Ein beſonderer Unglückstag war für Limbach der 4./14. Juni, an welchem die Stadt von beiden Seiten angegriffen wurde. Auf der weſtlichen Seite fielen Erwittes Reiter, von einigen hundert Mann Fußvolk unterſtützt, in die Stadtweide ein und trieben gegen 150 Stück Vieh nebſt einer Anzahl Pferde fort, ohne daß Limbach imſtande war, ihnen die Beute wider abzujagen. Und als er unverrichteter Sache wider in die Stadt zurückgekehrt war, drang von Drakenburg her eine Abteilung von 500 Musketieren mit Reiterei bis in die unmittelbare Nähe der Stadt vor, entführte Pferde und machte Gefangene. Limbach folgte ihnen bis vor Drakenburg, ſtieß aber vor dem Gehölz in der Nähe des Ortes auf feindliches Fußvolk und mußte, da der Feind ihm auch an Reiterei überlegen war, wider umkehren.[1]

Das Schreiben Limbachs an Norprath, welches dieſe und andere Mitteilungen enthält, wurde von Morgan ſpäter dem Könige zur Entſcheidung über das Unterſtützungsgeſuch eingeſendet. Übrigens beſtätigte Morgan damals, daß Offiziere und Soldaten in Nienburg äußerſt unwillig ſeien: ja es ſchien ihm eine ſehr gefährliche Meuterei bevorzuſtehen.[2]

Demungeachtet erfüllten ſich jedoch die Befürchtungen Limbachs und Morgans nicht, was der Verteidiger Nienburgs wol auch dem Umſtande zu danken hatte, daß der Feind noch nicht alle in der Nähe verfügbaren Streitkräfte gegen ihn zu verwenden imſtande war. Denn nach der Bewältigung Nordheims wurde der Graf v. Fürſtenberg noch Wochen lang vor Stolzenau feſtgehalten, welches er mit dem Regiment Tilly und noch ſieben Kompagnien z. F. und zwei ſchwachen Reiterregimentern umlagerte. Nienburg konnte er in dieſer Zeit nur in ſofern Nachteil zufügen, als er ſich nach Kräften bemühte, die Verſorgung des Platzes mit Lebensmitteln von Braunſchweig her unmöglich zu machen.

1) Copia ſchreibens aus Nienborgk von herrn obriſt Limbachen an herr. generall leutenandt Johan von Norprahten. (5. Juni a. St.) K. G.-A. in Kopenh.

2) Morgan an den König, Waſſerbaden den 15. Juni a. St. hora 12. — K. G.-A. in Kopenh.

Erst die Eroberung Stolzenaus durch Anholt verschlimmerte die Lage Nienburgs ganz erheblich. Nachdem dieser die kleine Festung zuletzt einen halben Tag lang mit sechs Kartaunen beschossen und die Einwohner mit Granaten geängstigt hatte, gab die dänische Besatzung ihre Sache verloren, obwol sie noch hinreichend mit Lebensmitteln und Schießbedarf versehen war, und zog den freien Abzug mit Sack und Pack einer längeren vergeblichen Einschließung vor.[1] Oberst Gallas rückte darauf mit seinem Regiment vor das feste Haus Wölpe bei Nienburg, welches ebenfalls nur geringen Widerstand zu leisten vermochte, und zog noch mehr Regimenter um Nienburg zusammen.

Anfangs August war Nienburg durch bedeutendere Streitkräfte ziemlich eng umschlossen. Obgleich nun Morgan mit seinen Engländern und Schotten nur fünf englische Meilen entfernt lag, wagte er doch zur Rettung desselben keinen Vormarsch und teilte dies auch dem Könige mit. Als Limbach einst die Frauen und Kinder aus der Stadt entlassen wollte, weil es ihm an Nahrungsmitteln und Salz zu fehlen begann, wurden die Beklagenswerten von dem Feinde wider hineingetrieben.

Ebenso unthätig wie Morgan verhielt sich der König in der Zeit, in welcher es ihm noch allenfalls möglich gewesen wäre, etwas zur Rettung des tapferen Haudegens beizutragen. Ganz auf eigne Faust und mit den ihnen gerade erreichbaren Hilfsmitteln mußten überhaupt diese preisgegebenen Garnisonen an der Weser dem Feinde entgegentreten, ohne imstande zu sein, ihm hier großen Nachteil zuzufügen oder seine Bewegungen nach der Elbe hin empfindlich zu stören.

Endlich erteilte der König jedoch in den Tagen, in welchen Wallenstein an der Elbe eintraf, den Befehl, daß man Limbach aus der Festung heraushelfen möge: allein dieser Befehl ist nicht ausgeführt worden.[2] Denn General Norprath, an den er sehr wahrscheinlich gerichtet war, und der nach der Vereinigung mit Limbach zur Verstärkung des königlichen Heeres über die Elbe gehen sollte, wendete hiergegen ein, daß er mit 34 Reiterkompagnien und 3930 M. Fußvolk den 3000 Reitern und 3930 M. Fußvolk des Grafen Anholt gegenüber zu schwach sei.[3] Da-

1) Stolzenau kam am 25. Juli n. St in die Hände der Ligisten. Vgl. Jahn II 525. Anm. 256; Friedrich Ulrich an den Kurfürsten von Sachsen 20. Juli a. St. H. A. in Wolfenbüttel.

2) Er war vom 20./30. Aug. Copia eines intercipirten Schreibens Limbachs Secretarii, Londorp II. 1351.

3) Vgl. Jahn II. 311 f. Leider haben sich die hierzu S. 520 angeführten Urkunden, Commissair Ferentz's Rapport til Kongen over Begivenhederne i Erkestifte Bremen fra 5. August til 2. Sept. a. St. mit sieben Beilagen bis jetzt nicht wider gefunden.

gegen war Limbach nach dem Befehl des Königs angewiesen, die Festungswerke zu sprengen, die Stadt anzuzünden und sich mit Norprath zu vereinigen. Ob bei dieser Gelegenheit auch der Oberst Morgan von neuem Marschbefehl erhalten hat, steht dahin: nach einer Zeitungsnachricht ist es geschehen.

Doch hat Limbach wirklich einmal den Glauben bei den Feinden erregt, als wollte er die Stadt aufgeben, indem er Anstalten zum Abmarsche vorbereitete. Allein er ließ zugleich die Artillerie unter einem Thore auffahren, welche die vordringenden Feinde sehr übel empfing. Dazu hatte er einen Angriff vom Rücken veranstaltet, so daß die Belagerer zurückweichen mußten.

In seiner trostlosen Lage machte der preisgegebene Oberst den Versuch, mit dem Feinde ein gütliches Abkommen zu treffen und erschien einmal persönlich in Anholts Lager. Allein er nahm angeblich die seit ungefähr Jahresfrist rückständige Löhnung für die Soldaten gegen die Überlassung des Kriegsmaterials in Anspruch, woran der Vergleich scheiterte.

Die Dänen in Stillhorn, Bleckede und Winsen.

In denselben Tagen, in welchen sich die königlichen Truppen oberhalb Bremens an der Weser festsetzten, traf Christian IV. zugleich Anstalten, sich der unteren Elbe nach Möglichkeit zu bemächtigen und seinen Feinden die Zufuhr auch von hier aus abzuschneiden.

Sieben dänische Schiffe näherten sich am 30. März/9. April der zwischen Hamburg und Harburg liegenden Insel Stillhorn und legten sich auf den Süderstrom, worauf die Mannschaften Verschanzungen auf der Insel aufwarfen. Da der größte Teil derselben noch unter Wasser stand, wurde die aus etwa 400 M. bestehende Besatzung der Schiffe zunächst nur am Tage an das Land gesetzt und kehrte abends wider in ihre Fahrzeuge zurück. Schon diese erste Besatzung der Insel führte Geschütze mit sich. Drei Tage darauf langten jedoch auf der anderen Seite der Insel nicht weniger als 21 Schiffe mit Fußvolk, Pferden und allerhand Schanzzeug an, und am Abend des nächsten Tages noch einmal 25 Fahrzeuge. Die Landungsmannschaften nahmen nun von den auf der Insel befindlichen Häusern Besitz und besetzten zugleich einen Punkt an der Elbe, „den Götche Ort", mit zwei Geschützen, so daß sie alle auf- oder abwärts gehenden Fahrzeuge unter ihr Feuer nehmen konnten.

Obwol nun in den ersten Tagen der Besetzung die Schiffahrt nicht gerade gestört wurde, sperrten die Dänen dennoch sehr bald den Fluß von Hamburg an aufwärts vollständig.

Den größten Schrecken verursachte der Überfall in den benachbarten lüneburgischen Gebieten, wo man nicht allein für Winsen a. d. Luhe, sondern auch für das Neue Land die stärksten Besorgnisse hegte. Aus dem Neuen Lande wurde daher die Bitte an das Amt Winsen gerichtet, den Einwohnern etwa eine Kompagnie deutsches Volk zur Besatzung zuzusenden, die man zu verpflegen versprach. Die Kaiserlichen aber besetzten damals Lüdershausen mit 150 Musketieren und ebenso viel Kroaten. In Winsen an der Luhe stellte der Kapitän Friedrich Merrettich, der zur Verteidigung des Schlosses nur eine Kompagnie lüneburgischer Geworbener hatte, die Stadt unter die Obhut der Mann für Mann aufgebotenen Bürgerschaft. Nach einigen Tagen sendete jedoch Herzog Georg auf die Bitte seines Bruders Christian zur Verstärkung der Bürgerschaft noch 100 M. in den kleinen für den Augenblick nicht unwichtigen Ort.

Die Dänen behaupteten Stillhorn und befestigten zunächst vier Punkte der Insel.[1]

Nachdem der König in Tremsbüttel noch die Anlegung einer Schanze angeordnet hatte, zog er sich mit der bis dahin in Holstein einquartierten Reiterei von Oldesloe über Trittau nach Lauenburg. Er hatte damals etwa 1000 Pf., größtenteils Reste des Regiments Sparre, und 500 Dragoner bei sich. In Lübeck war man der Meinung, daß er nach der Havel marschieren würde, wohin er wenigstens einen Teil seiner Truppen entsendet hatte. In Wirklichkeit galt aber der Zug des Königs der Elbe: er wollte eine Brücke über den Fluß legen, um das Fürstentum Lüneburg die Parteinahme ihrer Fürsten entgelten zu lassen.

Diese leidenschaftliche Erbitterung Christians IV. gegen das lüneburgische Fürstenhaus war nicht allein darin begründet, daß Herzog Georg Dienste bei dem Kaiser genommen hatte. Vielleicht in eben so hohem Grade haßte der König den Bruder desselben, den regierenden Herzog Christian von Celle; der, obwol seine Unterthanen zeitweise von

1) K. St.-A. in Hannover. Briefe Fr. Merrettichs an H. Christian v. Celle vom 9., 10., 12., 13., 14. April n. St. In einem undatierten Schreiben Merrettichs aus dieser Zeit findet sich die Stelle: „In Stillhorn neben Harburg machen sie ein Rundel oder Schanze; die Soldaten haben etliche Stücke bei sich, wenn sie die auf die Schanze führen, kann niemand nach Harburg vorüber kommen. Auf der andern Seite, da die Elbe nach Hamburg fleußt, haben sie ein großes Stück aufgestellt, kann nichts 'rauf und 'runter, wollen auch die Vierlande besetzen."

den katholischen Regimentern härter bedrängt wurden, als von den Dänen, doch fast immer in sehr freundlichem, persönlichem Verkehr mit Tilly stand und den General öfter durch kleine Geschenke von Lebensmitteln erfreute.

Aber dieser eifrig lutherische Herzog hatte zugleich gewissermaßen den Nachrichtendienst für Tilly übernommen, und seine Beamten mußten auf ausdrücklichen Befehl den katholischen Offizieren über alle auffälligen Bewegungen der Feinde diesseit und jenseit der unteren Elbe Bericht erstatten. Der auf Winsen liegende Hauptmann Merrettich unterhielt zu diesem Behufe mancherlei Verbindungen und zog z. B. eine Zeit lang Nachrichten von einem Kornschreiber zu Lauenburg ein; mitten hinein in die von den Dänen besetzten Plätze sendeten die herzoglichen Beamten ihre Kundschafter.

Ferner hegte der König den Verdacht gegen den frommen Fürsten, daß er Neigung empfinde, zum Katholicismus überzutreten. Er schrieb hierüber an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg: „Der Herzog von Lüneburg hat sich gegen den Papst verpflichtet, katholisch zu werden, wann er möchte verschonet werden, da ihm dasselbige doch nichts helfen kann. Denn obschon Tilly ihn von wegen seiner neuen angenommenen losen Religion verschonen wollte, so habe ich noch etwas darein zu sprechen und will ihm es nit zu Gute halten, daß er meine Religion, worein er geboren und erzogen ist, kassiret hat".[1]

Am Sonnabend vor dem protestantischen Pfingstfeste (12./22. Mai) zog Christian IV. mit einer nicht unbedeutenden Anzahl Fußvolk, einiger Reiterei und drei halben Kartaunen nebst einigen Mörsern in Lauenburg ein, wo er einige Tage verweilte.[2] Er hatte die Absicht, Lauenburg gegenüber Befestigungen zu errichten und weiter aufwärts bei Boizenburg oder Bleckede womöglich eine Schiffbrücke über den Fluß zu schlagen. Über diese wollte er Streifzüge durch das Lüneburgische unternehmen, den Feinden in die Quartiere fallen und sie auf diese Weise von der Annäherung an die Elbe zurückhalten. Zur größeren Sicherheit für das Gelingen dieser Pläne sollte auch die Vertreibung des Feindes aus dem Lüneburgischen Schlosse Bleckede dienen.

---

1) C. F. Bricka og J. A. Fridericia, Kong Christian den Fjerdes egenhaendige Breve. 2. Bind 80 f.

2) Johann Dannemann Lüne 15./25. Mai an den Herzog Christian. Der Amtsschreiber zu Bleckede Johann v. d. Myl berichtet an den lüneburgischen Statthalter, Kanzler und Räte am 16./26. Mai, daß der König vorgestern mit den Truppen in Lauenburg angelangt sei. Der von uns festgehaltene Tag ist indessen durch eine Bemerkung in dem kön. Schreibkalender gesichert, vgl. Bricka, Udtog 18.

Bei dem Herannahen größerer Truppenteile an das rechte Elbufer gaben die Kaiserlichen Lüdershausen aus freien Stücken preis, äscherten das Haus samt der Kirche ein und ließen nur ein Sommerhaus am Wasser nebst dem Vorwerke stehen. Dagegen verließ der Hauptmann Merrettich das ihm anvertraute Winsen an der Luhe nicht. Als daher der König am zweiten Pfingsttage einige Kompagnien Dragoner über den Fluß setzte, fanden diese am andern Ufer keinen Feind mehr, plünderten einige an der Elbe gelegene Dörfer (Hittbergen, Brarörde und Sassendorf) ungestört, zogen sich aber dann wider über den Fluß zurück. Doch legten die Dänen eine Besatzung von 100 M. in das Dorf Lüdershausen und bemächtigten sich auch Artlenburgs. Ferner zogen von dänischen Besatzungen jenseit des Sevenflusses Streifparteien aus, welche zwei Dörfer der Vogtei Pattensen (Wesel und Asendorf) ausplünderten und ganze Heerden von Vieh wegtrieben. Zu Hunderten ritten die Streifenden durch das Land und suchten schon damals das alte Bardowiek heim. Die ummauerten Städte und Ortschaften, besonders Lüneburg, füllten sich mit Flüchtigen: die Vorräte der offnen Orte mußten dagegen meistens den Feinden Preis gegeben werden.

Darauf begann der König eine Schiffbrücke über die Elbe zu schlagen und auf dem linken Ufer Verschanzungen aufzuwerfen. Mit dreißig Dragonern ritt der Befehlshaber der kleinen Besatzung von Bleckede, Albanus v. Brandenstein, an diese Verschanzungen heran, kam aber glücklich wider in sein Standquartier zurück. Da er von Kundschaftern erfuhr, daß der König ziemlich ansehnliche Truppenteile in Lauenburg um sich sammle und auch Bleckede in seine Gewalt bringen wollte, ließ er schon am 15./25. Mai durch den Amtssekretär Johann v. d. Myl den kaiserlichen Obersten Cerboni um Hilfe ersuchen, welche ihm zugesagt wurde.[1]

Von Lauenburg zog der König nach Boizenburg und überschritt hier am Abend des 19./29. Mai den Fluß. Mit dreizehn bis fünfzehn Fähnlein, aber nur zwei bis vier Geschützen näherte er sich dem kleinen eben genannten Schlosse. Albanus v. Brandenstein, seines Entsatzes durch Cerboni sicher, schoß darauf das Vorwerk nebst den Scheunen in Brand, so daß auch der Flecken selbst zum großen Teil eingeäschert wurde, und zog sich mit der Besatzung auf das Schloß zurück. Wer sich von den Einwohnern der Ortschaft in Sicherheit zu bringen hoffte, ergriff die Flucht.

Der König ließ den Hauptmann Brandenstein zur Ergebung auffordern, erhielt aber von ihm eine so spitze Antwort, daß er sich tief verletzt fühlte und sofort die Stücke gegen das Haus spielen ließ. Allein

1) Nach dem oben angeführten Briefe des Amtssekretärs vom 16./26. Mai.

gleich der erste Angriff am Tage nach der Landung wurde von Brandenstein kräftig zurückgewiesen, und die Dänen begannen darauf sich auf einer bewachsenen Insel (einem Reißwerder) zu verschanzen.[1]

Am 31. Mai kam der König selbst in Lebensgefahr: er erhielt eine Kugel in den Mund; allein sie fügte ihm, da sie zu schwach war, keinen Schaden zu. Der Herzog Georg berichtete Tilly, daß eine ganze Kartaune in dem Augenblicke, in welchem sie der König losbrannte, zersprang. Da rief der König die Worte aus: „Das müsse Gott erbarmen, ich soll kein Glück haben." Und kaum hatte er ausgeredet, als eine von der Festung kommende Kugel auch noch eine halbe Kartaune zerschmetterte.

Da das Schloß durch Wassergräben und niedrige Wälle gedeckt wurde, suchte es der König mit allen Mitteln der damaligen Belagerungskunst zu Falle zu bringen. Es wurden Laufgräben gezogen, Schanzen errichtet und im Laufe von acht Tagen nicht weniger als 162 Schüsse aus zwei Vierundzwanzigpfündern gegen das Schloß gerichtet. Trotzdem brachte der König den Widerstand des zähen Verteidigers nicht zum Wanken, der sicherlich darauf rechnete, daß mit jedem Tage der Belagerung auch der Entsatz um so näher rücke.

Und wirklich hatte Herzog Georg dem Obersten Cerboni hierauf bezügliche Weisungen erteilt, infolge deren derselbe in der Nacht vom 4. auf den 5. Juni mit einer nicht unbeträchtlichen Hilfsmannschaft von Dannenberg aufbrach,[2] nachdem er bereits eine Abteilung von 500 aus drei kaiserlichen Regimentern ausgewählten Reitern vorausgesendet hatte. Als Cerboni bis zur Mitte des Weges zwischen Dannenberg und Bleckede gelangt war, meldeten ihm Abgesandte der Offiziere seiner Vorhut, daß der Feind von Bleckede abgezogen sei, so daß er den Weitermarsch einstellte und die Mannschaften Quartiere beziehen ließ. Demungeachtet wollte er sich jedoch persönlich von der Lage der Verhältnisse in und um Bleckede überzeugen, ging mit einer kleinen Begleitmannschaft vorwärts

1) Fr. Merrettich an den Herzog Christian, Winsen 21./31. Mai. K. St.-A. zu Hannover. Nach diesem Bericht haben die Dänen bei dem ersten Angriffe einen Verlust von 200 M. gehabt.

2) Bericht des Hauptmanns A. v. Brandenstein an d. Herz. Christian von Celle vom 6. Juni n. St. und der fehlerhaft abgedruckte Brief des Ob. Cerboni an d. Herz. Georg vom 7. Juni n. St. bei Fr. v. d Decken, Herzog Georg Bd. 1. 379, 380. Der letztere hat uns auch in einer ausführlicheren Abschrift des K. R.-A. zu München vorgelegen, welche indessen ebensowenig ganz zuverlässig ist. Dazu kommt ein Schreiben des Herz. Georg an Tilly aus Linneburg (!) d. 7. Juni/27. Mai (!) in fehlerhafter Abschrift in demselben münchener Archiv. Aitzema an die G.-St. Hamburg 23. Mai/2. Juni.

und erfuhr nun, als er wirklich auf die Vorhut stieß, daß der König die Belagerung keineswegs unterbrochen hatte. Mit dieser aus 500 Pferden bestehenden Vorhut setzte Cerboni darauf den Marsch unverzüglich fort und kam am 6. Juni morgens vor der heißumstrittenen kleinen Festung an.

Auf seinen Befehl machte jetzt Brandenstein mit nur 50 bis 100 Musketieren einen Ausfall, den der kaiserliche Oberst mit seinen 500 Pferden unterstützte.

Cerbonis Ankunft scheint den König sehr überrascht zu haben. Er ließ auf die Kunde davon die Geschütze abführen und auf die Schiffe bringen und gab Befehl zum Rückzuge. Bei dem Angriffe der Kaiserlichen bemächtigte sich der Dänen ein panischer Schrecken. Da man wahrscheinlich die Anzahl der Feinde überschätzte, dachte anfangs niemand daran, Widerstand zu leisten, sondern jeder war bestrebt, den Fluß und die Schiffe zu erreichen. Dänen und Engländer wurden in die Elbe gejagt, „eben als wenn die Frösche vom Ufer ins Wasser springen, und also nach Dänemark zugesendet." Auch der König geriet abermals in Lebensgefahr. Er befand sich schon bis an die Schultern im Wasser, als er endlich von einem Schiffer in sein Fahrzeug aufgenommen wurde. Für diejenigen Feinde der Protestanten, welche die Schlacht bei Höchst mitgemacht hatten, bildete das feindliche Zusammentreffen eine fast ebenso ergötzliche Kurzweil wie jene Niederlage Christians von Braunschweig.

Die kaiserliche Reiterei folgte den Flüchtigen bis an die unterhalb Boizenburg auf der linken Elbseite (am Hollufer) errichtete große Schanze. Am 7. Juni nachmittags gegen vier Uhr kam Cerboni auch hier an, fand aber, daß er den Feinden keinen Abbruch mehr thun konnte. Denn von einem Anger, auf welchem sie vor seiner Ankunft gelegen hatten, waren sie sofort nach derselben in die ziemlich festen und wolgebauten Verschanzungen eingezogen und bestiegen darauf die Schiffe. Cerboni trat daher am Abend seinen Rückmarsch an.[1]

---

1) Nach einem Berichte Cerbonis aus Bleckede vom 8. Juni an einen Obersten, wahrscheinlich Aldringer. K. G. St.-A. in Dresden. Ganz anders und wenig glaubwürdig lauten die Nachrichten in dem Schreiben des Palla Rosenkranz an den Kanzler Friis vom 3/13. Juni, F. Fries, Nogle Breve til Kongens Kantsler Christian Friis angaaende Krigen och Landets Tilstand under den i Aarene 1625—1628, im Danske Magazin, Fjerde Række, Sjette Bind S. 129. Hiernach hätte der König 3 Kompagnien bei sich gehabt. Von dem Rückzuge auf die Schiffe berichtete Rosenkranz: der finden falt dennom an till heft och fods on morgen, och min herre var hoff dennom, retirerede dj sig med hans mt. paa samme stibe. Nogle faa bleff der, och j eller ij dronede. En suoemede offuer wandit, nansett, att finden stoed effter hannom."

Einer Zeitungsnachricht aus Celle zufolge wurden 800 M. von den Flüchtigen niedergehauen oder in die Elbe gesprengt. Die kaiserlichen Offiziere, welche über den Ausgang der Belagerung berichtet haben, geben die Anzahl der Ertrunkenen auf 200 an. Das Lager bei Bleckede samt zwei Schiffen und Hunderten von Gewehren wurde die Beute der Kaiserlichen.

Die militärische Ausrüstung des ganzen Unternehmens war trotz der beträchtlichen Anzahl der verwendeten Truppen, dem Vorgeben nach 4000—5000 M., ungenügend gewesen. Mußte doch Herzog Adolf Friedrich von Schwerin dem Könige während der Belagerung von Dömitz aus widerholt kleine Pulversendungen zukommen lassen, zuletzt sechs Tonnen nebst drei Centnern Salpeter und einem Centner Schwefel. Bei demselben Herzoge beklagte sich der König bald darauf über die Offiziere, welche nicht genug Schießbedarf mit sich geführt hatten.[1]

Dieser so wenig ehrenvolle Rückzug hatte trotzdem für den König keine weiteren unglücklichen Folgen. Der Feind wagte noch nicht über den Strom zu gehen und die Dänen zu einer Zeit von der unteren Elbe abzudrängen, wo sie sich erst an derselben festzusetzen begannen. Ja man war nicht einmal imstande, zu verhindern, daß der König die Schiffbrücke unterhalb Boizenburg über den Strom legte, zu deren Schutz die oben erwähnten nicht unbeträchtlichen Verschanzungen errichtet waren. Vielleicht darf man annehmen, daß der nächste Zweck der ganzen Unternehmung gegen Bleckede überhaupt nur der gewesen ist, den Bau der Brücke gegen unvermutete Störungen von dieser Seite her zu sichern. Die Brücke ließ der König errichten, um seine Streifzüge ganz nach Belieben über die Elbe ausdehnen zu können.

Im Lager der Katholischen glaubte man ihm aber damals einen so wirkungsvollen Schrecken eingejagt zu haben, daß er in den nächsten 14 Tagen nicht daran denken würde, über die lüneburger Heide zu marschieren. Besonders groß soll die Furcht unter seinem Fußvolke gewesen sein; Kundschafter berichteten, daß sich die Soldaten bei Tillys Namen entsetzten.

Nach dem gescheiterten Versuche auf Bleckede kehrte der König nach Boizenburg zurück, wo er bis zum 1. Juli sein Hauptquartier hatte. Dieser lange Aufenthalt hat jedenfalls darin seinen Hauptgrund, daß Christian IV. sich die Möglichkeit sichern wollte, Tilly's Versuche, die Elbe zu überschreiten, schon im Entstehen zu ersticken. Denn auch er

1) R. v. Lützow, Beitrag z Charakteristik des Herz. Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin in den Jahrbüchern d. Ver. für mecklenb. Geschichte u. Altertumskunde, Jahrg. 12, S. 87.

wird in Erfahrung gebracht haben, daß ihm der alte Korporal, wie er den diensteifrigen feindlichen General gewöhnlich nannte, schon vor Bleckede hatte persönlich entgegentreten wollen.

Zugleich war der König aber auch jetzt noch eifrigst bemüht, seine Rüstungen auszudehnen und den Feind durch neue Werbungen womöglich von der Weser und Elbe abzuziehen. Zu diesem Behufe ersuchte er die Generalstaaten, an Karl v. Cullant, Ritter und Herrn zu Gent, dem er Bestallung gegeben hatte, 3000 M. in Frankreich zu werben, 18000 Thlr. zu zahlen. Zu diesem Behuf betrieb er den Plan, eine Armee in die westfälischen Stifter zu werfen und den Feind zur Rettung derselben von den niederdeutschen Flüssen abzuziehen.

Zur Ausführung seiner Absichten gegen die westfälischen Stifter hatte sich der König zunächst den Erbmarschall des Stiftes Münster, Freiherrn von Morrien (Morian), ausersehen, dem er eine Werbung von 4000 M., 3000 M. Fußvolk und 1000 Reitern, zugedacht hatte. Morrien forderte für diese Zwecke die Summe von 150000 Reichsthalern.

Um die Zahlung dieses Betrages aus den rückständigen Bundesbeiträgen mußte der westfälische Freiherr darauf bei Karl I. von England persönlich nachsuchen. Zugleich scheint er aber auch dem englischen Könige noch ein anderes Mahnschreiben seines bedrängten Oheims überreicht zu haben, in welchem derselbe Karl I. die ernstesten Vorhaltungen machte im Betreff des bösen Einflusses, welchen der Geldmangel auf die Lockerung der Disciplin ausübte.

Um diese Zeit muß Buckingham dem Könige wider einmal Versprechungen gemacht haben. Denn Rosenkranz übergab Christian IV. bei seiner Rückkehr aus England einen Brief, über dessen Inhalt dieser sehr erfreut war. Buckingham scheint damals wirklich die Summe von 150000 Thlr. zugesagt zu haben; Christian IV. sprach wenigstens gegen den allmächtigen Minister sein festes Vertrauen aus, daß er Wort halten werde.[1]

Ferner machte der König dem Kurfürsten von der Pfalz Mitteilung von diesem Plane und ersuchte ihn, die Diversion in Westfalen bei den Generalstaaten auf das eifrigste zu betreiben. Er wünschte, daß Morrien in den Niederlanden Werbe- und Sammelplätze angewiesen, und daß ihm Schießbedarf gegen Bezahlung überwiesen werden möchte. Um den Eifer Friedrichs noch anzuspornen, erklärte er ihm endlich rund heraus, er würde die allgemeine Sache im Stich lassen, wenn sich seine Verbündeten so unzuverlässig wie bisher gegen ihn erweisen sollten.

---

1) Lateinischer Brief des Königs an Buckingham, Boizenburg 2./12. Juni. K. G.-A. in Kopenhagen. Latina.

Denn nun empfand der König allzu deutlich, daß gerade seine Hilfsbedürftigkeit den Eifer seiner Verbündeten von Tag zu Tage mehr abschwächte. Nachdem er die deutschen protestantischen Gebiete bis zur Elbe hin sich selbst hatte überlassen müssen, konnten alle Unterstützungen Englands und der Niederlande zunächst nur auf die Verteidigung der Elbherzogtümer und der dänischen Inseln verwendet werden. Und diese gab man mehr und mehr dem Könige selbst anheim. „Gott gebe uns Glück dazu", schrieb in jenen Junitagen der sich beim Könige aufhaltende Reichsrat Tage Tott an den Kanzler Friis, „daß wir diesen Sommer Elbe und Weser verteidigen, Weiteres zu unternehmen, ist nicht rätlich". Und für den Winter hoffte dieser unweise Reichsrat damals sogar noch auf Frieden.[1]

Tiefer durchschauten die niederländischen Politiker den wirklichen Zusammenhang der politischen Verhältnisse der europäischen Großmächte. In vorsichtigster Zurückhaltung hüteten sie sich vor einer ihr eigenes Bestehen geradezu gefährdenden Teilnahme an den Kämpfen des Königs, obwol ihnen derselbe gerade die Unterstützung dieser westfälischen Diversion in den dringendsten Mahnungen als eine ihre eigene Sicherheit betreffende Angelegenheit an das Herz legte. Als der dänische Gesandte Buchner das Ansuchen an sie richtete, die Obersten Gent, Morrien und Kniphausen drei Regimenter werben zu lassen, erteilten die Staaten einen ablehnenden Bescheid, den sie mit der Thatsache begründeten, daß sie selbst Ausländer in ihre Dienste nehmen und eine beträchtliche Anzahl Landesverteidiger auf Wartegeld bestellen müßten. Die von Buchner gleichfalls in Anregung gebrachte Besetzung der Weserlinie wurde ebensowenig in Aussicht gestellt. —

Um die Zeit, wo Tilly seine Regimenter an die Elbe heranzuführen begann, unternahm der König einen neuen Einbruch in das Lüneburgische, welcher nicht nur Tillys Bewegungen hemmen, sondern auch Schrecken im Lande verbreiten sollte. Denn dies Mal drangen die dänischen Scharen unter den ärgsten Verwüstungen vor und ließen die Unterthanen an Hab und Gut und Leib und Leben entgelten, was ihre Herzöge gegen den König gesündigt hatten.

Ein besonders böser Tag für die schutzlosen Dörfer zwischen Harburg und Lüneburg war der zweite Juli. An diesem Tage brachen dänische Reiter aus dem Erzstift Bremen durch das Amt Harburg ein und verheerten eine ziemliche Anzahl lüneburgischer Ortschaften. „Die stattlichen

1) Totts Briefe an den Kanzler Friis, Boizenburg 10./20. Juni und 15./25. Juni, Danske Magazin, Fjerde Raekke, Sjette Binds andet Hefte S. 180 f.

Dörfer Ludorf, Roidorff, Gastete(!), Wulssen, Badelburg, das bereits im Herbste des vorigen Jahres Brandschaden erlitten hatte, samt der Amtsmühle, Tangendorff und die daran gelegene Schäferei Pattensen samt der Voigtei, der Kirche und dem Glockenturme, die Häuser auf dem How und etliche Häuser, so in vorigen Tagen in dem ... Neuenlande noch stehen geblieben, wurden gänzlich eingeäschert." Unser Berichterstatter Bartold Rahrstette meldete den herzoglichen Räten, daß die Kompagnie Christof v. Dannenbergs, also eines Landeseingeborenen, unter den Brandstiftern gewesen sein sollte. Auch von anderer Seite hören wir, daß sich unter den streifenden Banden lüneburgische Edelleute befanden, welche ihre eigne Heimat verheeren und brandschatzen halfen. Das waren also offenbar leidenschaftliche Gegner der von ihren Landesfürsten ergriffenen, den Katholischen in so erfolgreicher Weise zu gute kommenden Politik. Die Verbindung mit Hamburg hatten die Dänen damals vollständig gesperrt.[1]

In dem herzoglichen Schlosse Winsen a. d. L. lag noch immer der lüneburgische Hauptmann Friedrich Merrettich mit seiner Kompagnie von 200 M. Landestruppen, während der Ort selbst von den Bürgern und von 100 M. eines kaiserlichen Regimentes verteidigt werden sollte. Merrettich war ein entschlossener Offizier, der sich der Bedeutung der Aufgabe, deren Erfüllung ihm im Augenblick oblag, voll bewußt war. Die herzoglichen Beamten feuerte jedoch keine kriegerische Neigung an: sowol der Amtmann wie der Amtsschreiber und der Müller waren, als die Gefahr näher rückte, davon gegangen und hatten sich nach Lüneburg geflüchtet, so daß neben Merrettich nur der Hausvoigt zur Stelle geblieben war. Und auch Merrettich suchte dringend um Verstärkungen nach, um das Städtchen selbst halten zu können, ohne jedoch von seinem Landesherren einen andern Bescheid zu erhalten, als die Aufforderung, sich bis zum letzten Mann zu verteidigen, und eine unbestimmte Vertröstung auf Unterstützung.

Da machten die Dänen am 3. Juli zwischen zwölf und ein Uhr nachts einen Angriff auf zwei Punkte vor der Stadt: auf einen Teich und auf das Nordthor. Sofort erhob sich Hauptmann Merrettich mit einer halben Kompagnie vom Schlosse, zog noch einige Mannschaften von den Kaiserlichen an sich und trat den Feinden entgegen. Die Einwohner hatten die Wälle besetzt. Allein kaum war der Kampf eröffnet, als sie sich von den Wällen zurückzogen und davon liefen. Da verließ auch Merrettich der Mut, die Stadt mit seiner kleinen Schaar zu halten,

1) Nach Archivalien des K. St.-A. in Hannover. Celle, Briefarchiv Design. 10, Nr. 46. „Herz. Christians vertrauliche Correspondence mit dem Gen. Grafen v. Tilly und Herzog Georg zu Br. u. L."

und er zog sich mit derselben wider auf das Schloß zurück. Um die Bürger noch mehr zu erschrecken, steckten die Dänen darauf die Stadt in Brand, so daß die ganze Straße vor dem Nordthore, einige Häuser vor dem Teichthore und das Rathaus in Feuer aufgingen. Sehr hitzig kann das Nachtgefecht nicht gewesen sein, da Merrettich nur einen Toten, und die Bürger deren sechs hatten. Die Dänen ließen ebenfalls fünf oder sechs Tote auf dem Kampfplatze zurück.

Ganz in der Nähe des Ortes an der Seebrücke begannen die Feinde darauf Schanzen aufzuwerfen und sich in denselben festzusetzen. Merrettich besaß jedoch Mut genug, ihre Entschlossenheit auf die Probe zu stellen. Mit nur fünfzig Musketieren näherte er sich am 4. Juli n. St. der Seebrücke und schritt zum Angriffe. Als er sich jedoch zu schwach fühlte, machte er wider Kehrt, verstärkte seine kleine Schar auf 150 M. und bedrohte die Feinde von neuem. Diese ergriffen darauf ohne weiteres die Flucht, während sich Merrettich mit seiner geringen Mannschaft der Schanzen bemächtigte und die von den Feinden erbauten Hütten in Brand steckte. Die Verfolgung der Abziehenden verbot sich jedoch bei der Geringfügigkeit seiner Streitkräfte von selbst.

Merrettichs Stellung war indessen trotzdem eine sehr mißliche, da er vollständig im Stiche gelassen wurde. Am 3. Juli schrieb er an seinen Landesherrn, daß er auf vier Schreiben an ihn keine einzige Antwort erhalten habe, und zwei Tage darauf übersendete er ihm die Namen von 25 verbrannten Dörfern und Ortschaften[1] und berichtete zugleich, daß in Winsen selbst 24 Häuser nebst dem Rathause und dem Glockenturme, das Nordthor und das Teichthor dem Feuer zum Opfer gefallen waren. Noch am 5. Juli erblickte man von Winsen aus acht Feuer.

Eigentümlich und wol auf besonderen Weisungen des Königs beruhend war bei diesen Verwüstungen, daß die Feinde auch Menschen, selbst kleine Kinder mit sich davonführten.

Der auf das äußerste bedrängte Herzog Christian konnte nichts anderes thun, als bei seinen Beschützern um Hilfe nachsuchen. Er forderte daher

1) Es sind die Dörfer und Ortschaften: „Wullenburg, Fliegenberg, Hoopte, Röckte, zum Hove, Laßrönne, Tonhausen, Hunden, Mover, Ollershausen, Farenholz, Sangenstedt, Rottorff, Wittorff, Handorff, Bardow, Bostel, Ludorf, Roidorf, Pattensen, Palborch, Gostedt, Tangendorf, Oldendorf, Stelle und leider noch mehr, welche ich in Eil nicht specificiren können." Fr. Merrettich an Herz. Christian Winsen a. D. L. 25. Juni/5. Juli 1627. In einem anderen Verzeichnisse der Dörfer, welche in den Ämtern Hoya, Nienburg, Bleckede, Lüne und Winsen verbrannt worden sind, finden sich noch Liebenow, Schafferhoff (Schäferhof?) vor Nienburg, Drakenburg, Vorwerk Memerßen (!), Brake, Radegast. K. St.-A. in Hannover.

den Obersten Cerboni auf, mit seinem Regimente und andern kaiserlichen Truppen herbeizueilen und die Festsetzung der Feinde in den bedrohten Gebieten zu verhindern. Mit gleichen Gesuchen wendete er sich an seinen Bruder Georg und an Tilly. Bei dem letzteren aber hatte er zugleich durch den Großvoigt Johann v. Beer Einspruch gegen die Räubereien der ligistischen Truppen thun lassen. Wie sehnlichst wünschte der Herzog damals, daß Tilly seine beiden um Gifhorn liegenden Regimenter näher an Winsen heran führen möchte, welche das Amt vollständig ausgezehrt hatten und die Unterthanen auf das höchste beschwerten.

Trotzdem erhielt Herzog Christian zunächst nur Versprechungen; und Merrettich mußte sich bis in den August hinein mit seinen 200 M. behelfen, so gut er konnte, war aber natürlich nicht imstande, die Dänen vollständig aus der Umgebung von Winsen zu verjagen. Daran wurde er schon durch die in den Schanzen bei Hohnstorff liegende dänische Besatzung verhindert.

Am 5. Juli erschienen dänische Reiter in Bardowiek und steckten nicht nur die alte Bischofsstadt, sondern auch die benachbarten Orte St. Dionys und Adendorf in Brand, so daß in Bardowiek allein 53 Wohnhäuser ohne Scheunen und Nebengebäude und darunter auch zwei Domherrenkurien eingeäschert wurden.[1] In St. Dionys und Adendorf sollen alle Häuser und am letzteren Orte auch die Kirche vernichtet worden sein. Ehe man zur Brandstiftung schritt, bemächtigte man sich des Viehes, welches aber den Landverwüstern zum teil durch die Kroaten des Obersten Davolitsch wider abgejagt wurde. Auf der Brittlinger Haide trat dieser Oberst den nach der Elbe Zurückkehrenden mit einigen hundert Mann entgegen, und es kam zu einem unbedeutenden Zusammenstoße, der bei der Übermacht der Dänen ungünstig für die Kaiserlichen verlief. Zwanzig und dreißig Pferde stark zogen die Parteien damals durch die Dörfer und ließen den roten Hahn fliegen. Aus der Voigtei Pattensen holten die Dänen in einer Nacht über 200 St. Vieh und trieben die Tiere über den Sevenfluß nach Buxtehude. Auch vor dem herzoglichen Hofe und Kloster Lüne erschienen streifende Rotten, wurden aber von zwei kaiserlichen Kompagnien zurückgetrieben. Der Amtmann zu Winsen Bartold Kahrstette ging nach Bleckede zu Cerboni, um ihn zur Besetzung von Artlenburg zu veranlassen, was ihm jedoch nicht glückte.

1) Bardowiek hatte schon im Herbste des vorigen Jahres, als es von den Reitern des Oberstlieutenants Konrad Nell besetzt war, viel zu leiden gehabt. Am 23. Sept./3. Okt. 1626 entstand eine Feuersbrunst, welche neben andern Häusern allein sieben stiftische Kurien vernichtete.

Fünftes Buch.

Tillys Übergang über die Elbe.

Tilly und sein Heer im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel.

Tilly hatte um das Weihnachtsfest 1626 seine Winterquartiere bezogen und mit seinem Gefolge von dem kleinen hildesheimischen Städtchen Peine Besitz genommen. In seiner Umgebung befanden sich der bairische Geheime Rat v. Ruepp, der Generalauditeur Johann Mercator sowie der Generalkriegskommissarius Christof v. Lerchenfeld; auch der kaiserliche Rat Reinhard v. Walmerode und der östreichische Bevollmächtigte Heinrich v. Husan waren in jenen Monaten öfter in Peine anwesend.

Den Zusammenhang mit dem in der Altmark den militärischen Oberbefehl führenden Herzog Georg unterhielt nach seiner Rückkehr aus Prag Aldringer, den Wallenstein damals seines höchsten Vertrauens würdigte.

Tilly bekannte ganz offen, daß der Herzog von Lüneburg nicht im Verhältnis der militärischen Unterordnung zu ihm stand, war aber in den ersten Monaten ganz im Unklaren über die Ausdehnung seines Oberbefehls und die weitere Fortführung des Krieges. Von dieser merkwürdigen Unsicherheit in der Auffassung seiner Stellung zeugt Tillys an Maximilian gerichteter Wunsch: „Der Kaiser muß jemand herschicken, damit man weiß, woran man ist, und wer zu gubernieren. Sonst ist es unmöglich, bei solcher Unordnung durch den Winter zu kommen". Trotzdem würdigte man in Wien Tilly auch später keines größeren Vertrauens: in die militärischen Pläne der kaiserlichen Politik wurde er ebensowenig eingeweiht wie sein Herr. Die Stellung, welche er einst Wallenstein gegenüber einnehmen sollte, blieb ihm ein Geheimnis, bis Wallenstein durch sein persönliches Erscheinen auf dem Kriegsschauplatze der Unsicherheit ein Ende machte.

Eine Zeit lang schien es, als ob Maximilian den ehrgeizigen Plan verfolge, den Krieg gegen den König vor Wallensteins Rückkehr nach Norddeutschland durch seinen alten versuchten General wider zu eröffnen und die kaiserliche Armee überhaupt in den Hintergrund zu drängen. Er forderte von dem Kaiser eine erhebliche Verstärkung Tillys durch die Regimenter des Herzogs Georg in der Altmark und durch die Scharen des Herzogs Rudolf Maximilian von Lauenburg in der Wetterau. Nur so erklären wir uns die Sendung des bairischen Hofrats Ludwig

v. Sestich an Friedland,[1] durch welchen Maximilian den Herzog ersuchen ließ, den lauenburgischen Herzog aus den Maingegenden über die Elbe vorrücken zu lassen und außerdem noch 4000 bis 5000 M. aus Böhmen in das untere Elbgebiet herauszusenden. Zur Unterstützung in diesem etwas geheimnisvoll betriebenen Geschäft sollte Sestich den angeblich bei Wallenstein sehr einflußreichen Kapuzinerpater Valerianus Magnus heranziehen.

Endlich machte Wallenstein zwar ein Zugeständnis und wollte die Regimenter des Herzogs Georg wirklich unter Tillys Oberbefehl stellen, weigerte sich aber hartnäckig, dem sachsen-lauenburgischen Volke die Quartiere zu kürzen oder dasselbe Tilly gleichfalls zu überlassen. In Wahrheit aber hat der Herzog von Lüneburg doch keinen seine Unterordnung unter Tilly geradezu aussprechenden Befehl Wallensteins erhalten, der offenbar das kaiserliche Interesse besser gewahrt glaubte, wenn der Herzog als kaiserlicher Offizier den Dänen in der Besetzung des Havelgebietes zuvorkam, als wenn er dieselbe auf die Weisung des ligistischen Generals und mit seiner Unterstützung ausführte.

Nur wenn der König seine Hauptmacht gegen die Weser wenden würde, entschloß sich Wallenstein später, den Herzog Georg mit denselben Regimentern zu Tilly stoßen zu lassen, mit denen er ihn im vorigen Jahre unterstützt hatte.[2] Und als die Verhältnisse in Mecklenburg bedrohlicher erschienen, ließ sich der kaiserliche General zu einem noch bestimmteren Zugeständnisse herbei. Auf Tillys Ersuchen sollten sich im Notfalle ohne weitere Rückfrage bei ihm selbst 11 000 M., 4000 M. von den Truppen des Herzogs Georg und 7000 M. von den lauenburgischen Regimentern, mit Tillys ligistischen Scharen vereinigen. Allein sowie der Herzog Georg die Havellinie besetzt hatte und Arnims Werbungen im Brandenburgischen einen günstigen Verlauf nahmen, schränkte Wallenstein seine Zusage wider ein, wenn er sie auch nicht völlig zurückzog. —

Tilly bereitete in diesen Monaten die Verpflegung seiner Truppen große Schwierigkeiten. Nach seiner Schilderung befand sich die Armee in einer sehr übeln Verfassung, da sie nicht allein an den Folgen des Herbstfeldzugs litt, sondern auch unter den Offizieren eine so starke Abneigung,

1) Vgl. C. M. v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse, Urk. S. 268 ff. Die hier abgedruckte Instruktion Sestichs ist vom 13. Febr. 1627.

2) Vgl den großen Bericht Leukers über sein Zwiegespräch mit Wallenstein vom 21. April im K. St.-A. zu München, der von Gindely, Waldstein während seines ersten Generalats Bd. 1, S. 209 f. teilweise abgedruckt ist; dazu Wallensteins eigenhändiges Schreiben aus Wien vom 24. April bei K. M. Frh. v Aretin, Wallenstein Beiträge zur näh. Kenntnis seines Charakters, Urk. S. 7 f.

in dem Heere der Ligisten ihr Glück weiter zu versuchen, Platz gegriffen hatte, so daß Hunderte ihre Stellen aufgaben und bei den Kaiserlichen eintraten.

Die Heeresverwaltung scheint überhaupt nicht die stärkste Seite des ligistischen Generals gewesen zu sein: selbst sein Kriegsherr erhob damals gegen ihn die bittersten Vorwürfe. Tilly hatte demselben im Anfang des Januars die Mitteilung gemacht, daß er ohne Erweiterung seiner Quartiere und ohne Unterstützung durch die Kaiserlichen nicht imstande sein werde, die Armee durch den Winter zu bringen und für den Frühling marsch- und schlagfertig zu machen. Er wünschte daher nicht allein die Quartiere im Halberstädtischen und Magdeburgischen mit den Kaiserlichen zu teilen, sondern wollte seinen Truppen auch in den Bistümern des Erzbischofs von Köln Erholung gewähren. Auf diese und ähnliche Klagen erwiderte Maximilian, daß er samt seinen Verbündeten seit dem Jahre 1624 bis 1626 etwa 2 538 400 Reichsthaler auf die Armee verwendet habe,[1] während die Kaiserlichen weder von ihrem Kriegsherrn noch von ihrem General Sold erhalten hätten. Der Kurfürst beschuldigte die Offiziere geradezu, daß sie die Kontributionen nur für sich und nicht für die Mannschaften verwendeten. Er erhob den Vorwurf gegen die Musterungen, daß da alles mitgezählt werde, und wendete sich zuletzt auch gegen Tilly mit den harten und ehrenrührigen Worten: Euch ist am meisten daran gelegen, wenn Euch auf dem Papier viel Männer, zum Fechten aber wenige vorgestellt werden. Mit Geld kann man die schlechte Wirtschaft in den Quartieren nicht ersetzen. Zuletzt versprach der Kurfürst zwar, den General nach und nach wider mit Barmitteln zu versehen, schärfte ihm aber noch einmal ein, daß der Soldat auch die Vorteile der Quartiere nutzen möge; ja er wünschte ebenso wie Wallenstein, daß auch die Mittel zu neuen Werbungen in den Quartieren aufgebracht werden möchten.

Ende Februar richtete Tilly indessen einen neuen großen Bericht an den Kurfürsten,[2] in welchem er zu seiner Verteidigung hervorhob, daß die Soldaten bereits fünf Vierteljahre keinen Heller aus der Bundeskasse erhalten hätten, und daß überhaupt nur zwei Dritteile der eingezahlten Summen auf die Löhnung hätten verwendet werden können: der Rest war für Proviant und Fuhrwesen, besonders aber auch für die Artillerie und andere Bedürfnisse verbraucht worden. Tilly behauptete damals, außerstande zu sein, im ganzen Lande Braunschweig von Göttingen an bis zur Elbe 500 Pf. unterzubringen; damals lagen „im ganzen Distrikt

1) Maximilian an Tilly 31. Jan 1627. München R.-A.

2) Tilly an Maximilian, 26. Febr. München, R.-A. a. a. O. Vgl. Gindely, Waldstein während seines ersten Generalats 1. 183 ff.

Braunschweig" nicht hundert Pferde (?)! Gegen den Generalwachtmeister Lindlo und den Obersten v. Eckstädt erhoben sich im Lüneburgischen die Stände. Das Fußvolk hatte in den offenen Plätzen im Braunschweigischen, Lüneburgischen und im Stift Verden nicht das trockene Kommißbrot. Nicht besser erging es den Regimentern in Münster und Osnabrück; nur die in Hessen liegenden Truppen erfreuten sich nach der Versicherung des Generals einer befriedigenderen Verfassung. Auch in diesem Berichte sprach es Tilly offen aus: „Ich kann an diesem Orte nicht bleiben, sondern muß mit dem Feinde um das Land fechten."

Sehr bedenklich erschien ihm der Übertritt zahlreicher Offiziere der mittleren und unteren Grade zu den Kaiserlichen. Er behauptete damals, daß sich bei der friedländischen Armee nicht unter 300 ehemaliger ligistischer Offiziere befänden. Im Januar hatte sogar der Feldmarschall Graf v. Anholt seine Entlassung nachgesucht, welche der Kurfürst indessen, nachdem ihn Tilly um ein Gnadengeschenk für den unzufriedenen Offizier gebeten hatte, verweigerte. Anholt wollte aus dem Dienste des katholischen Bundes ausscheiden, um sich nicht vollständig zu ruinieren. Später sendete derselbe von Verden aus den Oberstlieutenant Gallas an Maximilian, konnte aber auch durch diesen seine Entlassung nicht durchsetzen.

Unter solchen Verhältnissen ist es nicht auffallend, daß auch Tilly selbst wolerworbene Ansprüche geltend machte. Er erbat sich damals bei dem Kurfürsten die Zahlung von 40—50 000 Thalern aus der ihm früher zugesicherten Summe von 100 000 Thlrn.

Bei dieser mißlichen Lage der ligistischen Armee konnte ein erheblicheres Unwolsein, an welchem Tilly noch im März zu leiden hatte, leicht die übelsten Folgen für den ganzen Bestand des Heeres nach sich ziehen. Maximilian sandte daher seinen Leibarzt Dr. Ferd. Sagittarius auch aus Besorgnis für die Truppen zu seinem General. Sein Zorn auf den General machte nach einiger Zeit wider einer besseren und geneigteren Stimmung Platz. Auf die Berichte des Generals vom 21. und 26. Febr. versprach der Kurfürst in begütigenden Worten demnächst Geld zu schicken; nur sollte Tilly dafür Sorge tragen, daß auch die Mannschaften befriedigt würden, und nicht die Offiziere allein ihren Vorteil davon hätten.

Die Stärke der ligistischen Armee scheint Tilly dem Kurfürsten damals auf 21 000 M. z. F. und 7000 Pf. angegeben zu haben; Wallenstein schätzte sie im April ungefähr eben so hoch, nämlich auf 11 Regimenter Fußvolk und etwa 7000 Pf. Doch war Tilly schwerlich imstande, auch nur die Hälfte dieses Heeres zum Marschieren aufzubieten: besonders schien ihm sein Fußvolk nicht ausreichend. Maximilian erachtete indessen unter der Voraussetzung, daß die Kaiserlichen dem General

Unterstützung gewährten, eine Verstärkung durch neue Werbungen damals für unnötig.[1]

Seine Truppen hatte Tilly in jenen Wintermonaten südwärts bis nach Franken und in die Maingegend vorgeschoben; ferner hielt er große Teile von Hessen besetzt sowie die Herzogtümer Braunschweig-Wolfenbüttel und Lüneburg mit Ausnahme weniger Städte und Festungen. Auch der Stifter Münster und Paderborn hatte er sich bemächtigt und selbst Verden dazu gewonnen. Nach Osten dehnte sich seine Aufstellung bis an die Grenzen des Erzbistums Magdeburg und die Altmark hin aus, im Norden erreichten seine Besatzungen nach einiger Zeit bei Dannenberg und Bleckede die Elbe.

Schon im Januar machte er den Versuch, seine Hand auch auf die Stifter Magdeburg und Halberstadt zu legen und womöglich selbst in Kurbrandenburg festen Fuß zu fassen. Am 12. Januar richtete sein Kriegsherr ein darauf bezügliches Gesuch an Wallenstein, welches indessen eine energische Zurückweisung erfuhr. Wallenstein erwiderte: „Weiln wir uns einbilden, E. G. Suchen auf die Stifter Magdeburg und Halberstadt verstanden und gemeint sei, mögen Dieselben hochvernünftig ermessen, ist ihm, Herrn Grafen v. Tilly, auch genugsam bewußt, daß unmöglich, über diejenige Soldateska, so bereit darin losiert und sich über die dreißig Comp. zu R. und F. erstrecken, auch schwerlich unterhalten werden können, etwas mehrers deren Orten einzunehmen."

Sehr eigentümlich gestaltete sich die Abgrenzung der Quartiere an der Weser und Aller. In Tillys Besitz befand sich die Weserlinie von Münden bis Minden und noch einzelne Punkte westlich des Flusses, z. B. Blotho; Petershagen wurde von den Ligisten erst später besetzt. Die nördlichsten Hauptstützpunkte dieser Aufstellung waren Hoya und Verden: im letzteren Orte lag im Febr. der Graf von Anholt. Die am weitesten nach Süden vorgeschobenen, von den Dänen behaupteten Punkte Wolfenbüttel und Northeim waren also fast ganz auf sich selbst angewiesen, denn auf eine Unterstützung derselben durch die dänischen Besatzungen von Stolzenau und Nienburg an der Weser konnte kaum gerechnet werden, und sie ist, so viel wir wissen, auch nicht versucht worden. Andererseits waren auch die ligistischen Besatzungen um Minden, Hoya und Verden herum Monate lang nicht imstande, zur Vertreibung der Feinde aus Stolzenau und Nienburg zusammenzuwirken.

Die Abteilungen, mit welchen die einzelnen kleinen Städte belegt wurden, waren meist schwach und betrugen kaum mehr, als eine Kompagnie:

1) Maximilian an Tilly 16. März. Entwurf. München R.-A.

nur Neustadt am Rübenberge wurde wegen der in den Händen der Feinde befindlichen Plätze Stolzenau und Nienburg stärker bedacht, nämlich mit vier Kompagnien Fußvolk. Nach einer von Ruepp an Maximilian eingesendeten Liste (vom 29. März) entfielen auf die Besatzungsmannschaften von 114 Kompagnien Fußvolk etwa 55 Komp., so daß für den Dienst im Felde nur 59 K. übrig blieben. Daher erhielt Tilly auch die Weisung, vor dem Eintreffen neuer Verstärkungen die Feindseligkeiten nicht zu eröffnen.

Der Kurfürst sendete übrigens vor dem Aufbruche Tillys nach der Elbe Geld, obgleich von den auf dem letzten Bundestage zu Würzburg bewilligten Mitteln die ligistischen Stände bis dahin keinen Heller entrichtet[1] hatten.

Die Summe, welche die bairischen Kommissare im Mai verteilen konnten, wird nicht ganz unbeträchtlich gewesen sein, da die Regimenter Anholt und Gallas, welche nicht lange vorher zwei Monate erhalten hatten, auf Tillys Befehl abermals mit zwei Monaten bedacht wurden. In gleicher Höhe wurde den in und um Verden liegenden Mannschaften ihre Löhnung gezahlt. Da indessen die Regimenter Anholt, Fürstenberg, Gallas und Reinach damals auch zahlreiche Rekruten einstellten, und bald neue Regimenter dazu kamen, scheinen die von Maximilian flüssig gemachten Mittel doch nicht allzu weit gereicht zu haben, so daß man endlich die säumigen Bundesgenossen durch einen Boten mahnen ließ. Der Kurfürst von Mainz erklärte diesem, im Februar dieses Jahres 40000 Thaler gezahlt zu haben; augenblicklich war es ihm dagegen zweifelhaft, ob er bei der Erschöpfung des Landes auch nur die Mittel zum persönlichen Besuche des Kurfürstentages zusammen zu bringen vermöge. Trier hatte den bairischen Kommissaren bereits jede Hoffnung abgeschnitten, überhaupt bares Geld geschweige denn die in Würzburg bewilligten Monate zu erhalten; und doch mußte der mahnende Bote auch hier sein Heil noch einmal versuchen.[2]

Daß man aber überhaupt imstande war, den zwischen Weser und Elbe liegenden Regimentern Löhnung auszuzahlen, verschaffte Tilly und seinen Obersten dem Engländer Morgan gegenüber einen nicht gering anzuschlagenden Vorteil. —

Die allergrößte Verwirrung herrschte nach dem Vertrage des Herzogs Friedrich Ulrich mit Tilly im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel.

---

1) Ruepp an den Kurfürsten, Peine 31. Mai. K. R.-A. in München.

2) H. Chr. Ruepp und Christof v. Lerchenfeld an d. Kurf. Maximilian, Peine 18. Mai, Ruepp an d. Kurf. Peine 26. Mai. Johann Müller an die Generalkommissare, Frankfurt a./M. 24. Aug.

Da sich die Besatzung der herzoglichen Hauptstadt und Landesfestung weder dem Herzoge noch Tilly ergab, und dem letzteren Monate lang die zu einer Belagerung erforderlichen Mittel fehlten, mußte sich Friedrich Ulrich mit seinen Räten nach Braunschweig begeben, wo er sich die ganze übrige Zeit seines Lebens fast ununterbrochen aufgehalten hat.

Die Landesuniversität Helmstedt hatte sich schon im Herbste 1625 aufgelöst; die meisten Professoren waren geflohen, die Studenten hatten sich nach allen Windrichtungen hin zerstreut. Im Jahre 1626 hatte kein einziger Student seine Eintragung in das Verzeichnis der akademischen Bürger nachgesucht; im folgenden Jahre wurden nur zwei Studenten eingeschrieben. Der am Sitze der Universität zurückgebliebene Theologe Calixt hatte wenigstens seine Bibliothek in Sicherheit gebracht.

Die Stadt Braunschweig hatte während der dänischen Einlagerung im Lande eine gewisse neutrale Stellung behauptet, welche sie auch nach der Schlacht von Lutter festzuhalten suchte.[1] Doch hatte sie trotzdem den Dänen gegenüber eine wolwollendere Haltung gezeigt, als gegen die Scharen Tillys und der Kaiserlichen. Diese eigentümliche Stellung der Stadt ist um so bezeichnender, als sie sich stets geweigert hatte, die nach den Beschlüssen der niedersächsischen Kreisstände auf sie entfallenden Kriegssteuern, das sogenannte Triplum triplicatum, dem von den Fürsten erwählten Kreisobersten Christian IV. zu entrichten. Proviant war dagegen beiden Parteien gegen Bezahlung aus der Stadt verabfolgt worden. Da die Stadt selbst gerüstet hatte, wachte der Rat jetzt Tilly gegenüber mit erhöhter Sorgfalt über ihre Sicherheit. Als ihn daher der Kriegskommissarius Ruepp im Auftrage Tillys aufforderte, nun wirklich zum Kaiser überzutreten und auf keinen Messias mehr zu warten, der wol nicht erscheinen werde, gab er die Erklärung ab, die Stadt werde in der Erwartung, daß man sie bei dem Religions- und Profanfrieden erhalte, nach wie vor im kaiserlichen Gehorsam verharren. Wie Braunschweig suchten sich auch kleinere Städte, z. B. Hannover, Tillys Machtgeboten um so hartnäckiger zu entziehen, je größere Widerstandsfähigkeit sie ihren Mauern und Befestigungswerken zutrauten.

Darauf forderte Tilly von Braunschweig ohne weiteres die Einquartierung und Verpflegung von 1000 Reitern und außerdem noch Proviantlieferungen. Die Stadt wendete zunächst einige Entschuldigungen ein, erteilte aber später Tilly weder eine zusagende noch eine abweisende Antwort.

---

1) Zum Teil nach Akten des Archivs der Stadt Braunschweig.

Die braunschweigischen Landstände hatten sich dagegen wirklich zu Kriegsunterstützungen verpflichten müssen, welche zur Einschließung von Wolfenbüttel verwendet werden sollten. Da sie aber Tilly nicht für ausreichend erklärte, machte er den Versuch, sich des Herzogs Friedrich Ulrich selbst zu bemächtigen, um sich der vollen landesherrlichen Autorität für alle seine Pläne und Bedürfnisse zu versichern. Tilly ließ den Herzog durch Massoni darauf aufmerksam machen, daß in der braunschweigischen Bürgerschaft sehr leidenschaftliche Reden verbreitet würden, welche zuletzt ihm und den Landständen gefährlich werden könnten, und stellte ihm anheim, seine hochfürstliche Person außer Gefahr zu setzen und sich an einen Ort zu begeben, wo er des kaiserlichen Schutzes besser genießen könnte. Der Herzog fühlte sich jedoch offenbar hinter den Mauern und den Kanonen der einst von ihm belagerten Stadt weit sicherer, als im Bereiche der Scharen des ligistischen Heerführers, der ihn auch schützen wollte, und vermehrte zum Glück für sich und sein Land die bereits vorhandenen Schwierigkeiten durch seinen persönlichen Übertritt nicht.

Diese sehr verworrenen Zustände des Herzogtums waren es wol auch hauptsächlich, welche Tilly veranlaßten, seiner Winterruhe in dem Städtchen Peine zu pflegen, von wo sich Braunschweig und Wolfenbüttel leicht im Auge behalten ließen, und wo er erforderlichen Falls mit ebenso großer Leichtigkeit von der mittleren Weser wie von der Altmark her Unterstützungen heranziehen konnte.

Im Wolfenbüttelschen nahmen auch zwei kaiserliche Obersten, Hans v. Götz mit seinem Reiterregiment um Schöppenstedt und Helmstedt und Hans Ernst v. Eckstädt mit einem andern nördlich davon um Fallersleben ihr Winterlager. Selbstverständlich war Tilly nicht imstande, Wolfenbüttel wirksam einzuschließen; ja er vermochte Monate lang nicht einmal den ziemlich ungestörten Verkehr der dänischen Besatzung mit Braunschweig zu verhindern.

Denn wol im ganzen Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel nahm die Bevölkerung mit Ausnahme des Adels und der höheren Beamten in Stadt und Land energisch Partei für die dänische Sache, welche ihr zugleich die des Protestantismus war, und begünstigte ihre Verfechter offen. In der Stadt Braunschweig hatte der König nicht nur im Rate einige zuverlässige Freunde, welche nach außen hin freilich sehr behutsam auftreten mußten, sondern auch unter den Geistlichen. Aus dieser Parteinahme der Bevölkerung gegen die im Lande stehenden fremden Truppen der Katholischen folgte endlich eine fast völlige Auflösung aller friedlichen Zustände. Als einst eine flüchtige dänische Partei jenseits des Dorfes Ölper an den braunschweigischen Schlagbäumen bei der Landwehr erschien,

öffneten sich diese den dänischen Soldaten sofort, schlossen sich aber auf der Stelle wider, sobald ihre Verfolger herannahten. Von der Wache aber wurde den Kaiserlichen zugerufen, sie sollten sich fortpacken, oder man würde ihnen Beine machen. Ein ander Mal schickte Götz gegen 70 Reiter, welche eine kleine Abteilung der wolfenbüttelischen Besatzung bis an die Stadt heran verfolgten. Die Verfolgten wurden aber von der Wache am Ägidienthore in die Stadt aufgenommen und durften sogar einen gefangenen kaiserlichen Reiter mit sich nach Wolfenbüttel führen.

Im Januar ließ die Stadt Braunschweig Tilly um einen Schutzbrief für ihre ländlichen Besitzungen ersuchen und bot dafür 2000 Thlr., ohne indessen ihre noch auf dem Lande haushaltenden Unterthanen damit wirklich sicher zu stellen.

Die Besatzung von Wolfenbüttel stand in diesen Wintermonaten unter dem Oberbefehle des ehemaligen wolfenbüttelischen Obersten Johann van Lo (Loo, Lohe), an dessen Stelle im Monat April der Graf Philipp Reinhard v. Solms als königlicher Statthalter trat.[1] Beide Offiziere suchten, so lange die Einschließung der Festung eine so unvollkommene war, den Truppen Tillys durch Streifzüge und Unterstützung der Landleute und der Bürger in den offenen Dörfern und kleinen Städten, welche den Anforderungen der eingedrungenen Regimenter häufig geradezu mit den Waffen in der Hand entgegentraten, nach Möglichkeit Abbruch zu thun. Denn da Tilly außer stande war, seine Regimenter mit Proviant und Geld zu versehen, und die von den Ständen bewilligten Mittel für unzureichend erklärte, hatte er nach seinen eignen Worten: „die Unordnung und Konfusion im Lande ihren Weg lassen müssen." Die furchtbaren Drangsale, welchen unter diesen Umständen die offenen Dörfer und kleinen Städte unterworfen wurden, führten bald dazu, daß die Einwohner scharenweise ihre Häuser verließen, in den Schlupfwinkeln der Wälder Zuflucht suchten, als Harzschützen wider auftauchten und die Soldaten niederschossen, wo sie sich zeigten. Der von dem ligistischen General zum Schutz der Landleute verbreitete gedruckte Aufruf (v. 17. März), in welchem die Soldaten mit Leibes- und Lebensstrafe bedroht wurden, blieb wirkungslos.

Tilly war noch im Mai nicht imstande, stärkeren Ausfällen der Besatzung von Wolfenbüttel mit Erfolg entgegenzutreten. Großes Aufsehen erregte ein Streifzug derselben gegen Goslar, aus dessen Umgebung die städtische Heerde weggetrieben wurde. Und unmittelbar darauf nötigte

1) Seine Bestallung als Statthalter zu Wolfenbüttel ist zu Stade am 1./11. April ausgestellt. Nach ihr sollte er ein Monatsgehalt von 600 Reichsthalern erhalten.

dann Solms auch noch das Regiment Curtenbach sich gegen Lichtenberg zurückzuziehen. Nun wollten aber die Feinde Gleiches mit Gleichem vergelten und bereiteten einen Anschlag vor, um sich des von Wolfenbüttel aus auf die Weide getriebenen Viehes zu bemächtigen und zugleich die Vorstadt Gotteslager in Brand zu stecken. Sie hatten zu dieser Unternehmung einen Tag ausersehen, der auf den Hochzeitstag eines höheren Offiziers folgte, weil sie die Hoffnung hegten, daß Offiziere und Mannschaften mit der Bekämpfung der leiblichen Folgen dieser Hochzeit genug zu thun haben würden. Man war indessen in der Stadt gewarnt worden und hatte Vorbereitungen zum Empfange der Feinde getroffen. Als das Vieh unter dem Schutze einer Kompagnie des Rittmeisters Schenk herausgetrieben wurde, reizte der Offizier die Feinde zum Angriff und zog sich dann allmählich nach einem Orte zurück, wo 500 M. Fußvolk in Gräben und Büschen versteckt lagen. Von diesen wurden die Ligisten so übel empfangen, daß sie unter erheblichen Verlusten den Rückzug antreten und den Dänen auch viele Pferde als Beute überlassen mußten.

Als königlicher Statthalter entbot der Graf v Solms alle Adelige, Prälaten, Bürger und Bauern nach Wolfenbüttel, wo sie sich über ihre Geneigtheit zur Entrichtung der Kriegsleistungen aussprechen sollten. Allein an demselben Tage (23. April a. St.) erließ auch der Landesherr von Braunschweig aus sein Verbot an die Unterthanen, sich weder mit Rat noch That der Anschläge des Statthalters teilhaftig zu machen und drohte mit der Entziehung aller Land- und Stadtrechte. Dabei sagte er dem ganzen Unternehmen ein sehr übles Ende voraus: „Wir zweifeln nicht, Gott der Allmächtige werde über diejenigen, welche die Religion und das seligmachende Wort Gottes zum Deckmantel ihrer Räuberei, Tyrannei und Brandschatzung gebrauchen, endlich mit deren Ach und Wehe seine Rache und Strafe ergehen lassen". In diesem Aufrufe wurde die dem Herzoge und den Landständen im Betreff des Religion- und Profanfriedens erteilte Zusicherung wörtlich angeführt.

Ein besonderes Gesuch des Herzogs um die Räumung Wolfenbüttels beschied Christian IV. abschläglich und bewilligte Friedrich Ulrich den Aufenthalt in seiner Hofstatt nur unter Bedingungen, welche der Herzog für unannehmbar erklären mußte. Wenn Tilly eine genügende Versicherung erteile, daß er die zum Unterhalte des Herzogs freigelassenen Orte wie Schöningen und andere nicht besetzen wolle, und wenn der Herzog nur diejenigen Diener, welche ihm der König benennen werde, zu sich nehme, dann solle er nach Wolfenbüttel zurückkehren dürfen.[1] Friedrich

1) Theatrum Europäum 1 (1662) 980. Khevenhiller, Annales Bd. 10. 1603 f.

Ulrich fragte darauf bei Christian von Celle an, ob er diese Antwort Tilly und dem Kaiser mitteilen solle, und dieser riet ihm dazu.

Als sich jedoch der Graf Solms in Wolfenbüttel hinreichend festgesetzt hatte und sich anschickte, die Landesregierung an sich zu ziehen und sein Amt als Statthalter geltend zu machen, gewann es Friedrich Ulrich, der nicht die leiseste Spur welfischen Trotzes in sich fühlte, über sich, Tilly um die engere Einschließung seiner Haupt- und Festungsstadt anzugehen. Vergeblich ermahnte ihn der Graf v. Solms, in Begleitung guter Patrioten nach Wolfenbüttel zurückzukehren und von hier aus seiner Regierung wider zu warten und versprach ihm hierzu seine besten Dienste zu leisten. Nur die Bestellung der Garnison behielt sich Solms vor, übrigens wollte er dem Herzoge in der Regierung keinen Eintrag thun. Und auf die Nachricht, daß der Herzog Tilly um die Einschließung Wolfenbüttels ersucht hatte, entsendete er den Superintendenten Wiedeburg und den herzoglichen Sekretär Theodor Block, der Friedrich Ulrichs Botschaft an den König von Dänemark überbracht hatte, um ihm von neuem Vorstellungen zu machen. Allein jetzt fügte Solms auch Warnungen hinzu: wenn Tilly sich der Blokade unterziehen würde, müßte er die benachbarten Dörfer in Brand stecken und einäschern lassen.[1] Den Landständen gewährte Solms durch ein Schreiben vom 6./16. Mai noch acht Tage Frist zur Erfüllung seiner Forderungen, dann wollte er zu den angedrohten Notmitteln schreiten, d. h. durch Brandlegung verhindern, daß die noch vorhandenen Lebensmittel dem Feinde zu Gute kamen. Das war die Antwort auf ein gedrucktes Verbot Tillys, welches allen Landständen und Unterthanen die Unterstützung des Grafen v. Solms und seiner Sache auf das strengste untersagte (10. Mai).

Um diese Zeit hatte Friedrich Ulrich Nachricht davon erhalten, daß Solms persönlich nach Braunschweig kommen werde. Sofort ließ er darauf Tilly durch besondere Abgeordnete davon Mitteilung machen und ihn ersuchen, den Rat der Stadt um die Verhaftung des durch seine Energie und seine Liebenswürdigkeit gleich gefährlichen Statthalters anzugehen und den Rat zugleich für den Schaden, den Solms noch anrichten würde, verantwortlich machen. Tilly erließ wirklich die Mahnung an den Rat, Solms, dessen Ankunft zum 18. Mai erwartet wurde,[2] mit seinem Gefolge festzunehmen und ihm sofort davon Kunde zu geben. Der Herzog hatte damals einen so geringen Einfluß in seinem Zufluchtsorte,

1) Hierauf bezieht sich auch das Schreiben des Herzogs an Solms vom 11./21. Mai, vgl. Khevenhiller, Bd. 10. 1607 f.

2) Tilly an die Stadt Braunschweig, Peine 7./17. Mai.

daß er sich sogar genötigt sah, seine Paßzettel und einen öffentlichen Aufruf durch den in Helmstedt zurückgebliebenen Professor Calixt zum Druck befördern zu lassen. Diesen Aufruf sendete er auch nach Wolfenbüttel an den Superintendenten Wiedeburg, den Hofkaplan Pistorius und den Pastor in der Vorstadt Gotteslager. Der größeren Sicherheit wegen sollten ihn die Geistlichen verschlossen mit auf die Kanzel nehmen und hier erst eröffnen und dann vorlesen. Allein die Sendung wurde von der Wache aufgegriffen und gelangte gar nicht in die Hände der Geistlichen.

In seiner Not suchte Friedrich Ulrich auch vergeblich bei den Landständen Unterstützung. Er schrieb Landtage für beide Fürstentümer Wolfenbüttel und Calenberg aus, von denen der erstere am 17./27. Mai im Kloster des heiligen Kreuzes bei Braunschweig zusammentreten sollte. Auch den letzteren in Hannover angesetzten wollte er in eigner Person besuchen, sagte ihn aber dann wider ab.[1] Auf dem Tage zu Braunschweig waren Vertreter der ehemals geistlichen Stiftungen und Mitglieder des Adels, aber, soviel wir sehen können, keine Abgeordneten der Städte anwesend. Die Räte derselben entschuldigten sich mit der Kriegsgefahr: Wolfenbüttel wies auf die Unmöglichkeit, den Landtag zu beschicken, hin, erklärte sich aber auch als viel zu gering und einfältig, um so wichtigen Beratungen beizuwohnen. Von Braunschweig liegt nicht einmal eine Entschuldigung vor.

Der Landtag des Fürstentums Wolfenbüttel stellte sich vollständig auf die Seite seines Herzogs und Tillys. Da der letztere versprochen hatte, das erforderliche Brot für die Einschließungstruppen gegen Entschädigung von Bockenem und Peine zuführen zu lassen, erteilte der Landtag den Rat, Pferde und Wagen zur Abholung desselben aufzubringen. Zu den nötigen Erdarbeiten gedachte man die Bauern heranzuziehen, für die man freilich auch eine mildere Behandlung von den Soldaten und Offizieren forderte. Von seiten des Landesherren wurden die Stände ersucht, 100000 Thaler zur Einnahme Wolfenbüttels und Northeims aufzubringen, während diese erklärten, die Summe nicht auf sich nehmen zu können und dem Herzoge den Rat erteilten, ein Haus, etwa Warberg, mit Zustimmung der Agnaten für diese Summe, möglicher Weise bei Kursachsen, zu verpfänden. Auch die Ämter Schladen, Wiedelah, Vienenburg und Harzburg, welche bisher zum Unterhalte des kaiserlichen Volkes im Halberstädtischen hatten beitragen müssen, gedachte man zur Bestreitung der Kosten der Einschließung heranzuziehen. Noch vor der Ernte sollte die Belagerung ihren Anfang nehmen.

1) Havemann, Göttingen während der Zeit des dreißigjährigen Krieges im Archiv des hist. Ver. für Niedersachsen. N. F. Jahrgang 1848. 127.

Der Herzog erteilte die bündigsten Versicherungen für seine fernere kaisertreue politische Haltung und versprach auch, die Geistlichen aufzufordern, die Unterthanen zum Gehorsam gegen den Kaiser zu ermahnen. Aber der Besorgnis, daß die augsburgische Confession gefährdet sei, konnte er sich trotz der ausdrücklichen Erklärung, daß dieser Krieg nicht als ein Religionskrieg vom Kaiser geführt werde, doch nicht entschlagen. Friedrich Ulrich versicherte freilich, bei der augsburgischen Confession leben und sterben zu wollen, entband aber seltsamer Weise seine Unterthanen schon im voraus der Pflicht des Gehorsams gegen ihn für den Fall, daß ihnen Zumutungen wegen eines Religionswechsels gemacht werden sollten.[1] In übergroßer und zugleich überflüssiger Vorsicht wollte man den Kaiser nochmals um ein offenes Patent für den Religions- und Profanfrieden angehen.

Zu einer Geldbewilligung ließen sich die Stände trotz der Drangsale, in welchen sich ihr Landesherr befand, nicht bewegen, sondern versprachen nur den Versuch zu machen, von dem Rate zu Braunschweig 4000 Thaler zu erheben, die sie noch dazu selbst in Verwahrung nehmen wollten! Die geringfügige Summe war für Gesandtschaften, Botenlöhne und ähnliche Ausgaben bestimmt. Friedrich Ulrich aber machte sich anheischig, die calenbergischen Stände dazu zu vermögen, „das Ihrige auch herbeizuschaffen!" Der Landtagsabschied kam schon am 21./31. Mai zustande.[2]

Dem Ansinnen der Stände wird jedoch die Stadt Braunschweig kaum entsprochen haben. Zum Überfluß ließ noch Graf Solms seinen Warnungsruf vor den Beratschlagungen der Stände erschallen, daß mit dem Gelde und mit dem Vorschub der Stadt angeblich mehr Kriegsvolk auf die Beine gebracht werden möchte. „Die Herren wachen doch fein bei Zeiten und lassen sich keinen Schlaftrunk eingeben. Meinet ihr nicht, wann Wolfenbüttel verschluckt, zum Confect alsdann Braunschweig übrig sei?"[3]

---

1) Wenn in den braunschweigischen Fürstentümern eine Veränderung der Religion eingeführt würde, sollten „sämmtliche und ins gemein jegliches Standes Glieder daran nicht gebunden noch dieselbe anzunehmen schuldig, sondern bei dem corpus doctrinae Julii zu bleiben bemächtigt sein und zu dem Ende mit ihren Pastoren von unserer Jurisdiktion und geistlichen Botmäßigkeit, auch zustehendem jure episcopali auf solchen nimmer verhoffenden Fall eximiert sein und also bei dem freien exercitio augsburgischer Confession ohne unser Ungnad und Behinderung gelassen werden." Landtagsabschied vom 21./31. Mai.

2) In diese Zeit wird auch das ausführliche Mahnschreiben der Stände an Christian IV. fallen, welches bei Khevenhiller Bd. 10. 1618—1630 abgedruckt ist.

3) Solms an die Stadt Braunschweig. 31. Mai/10. Juni. H. A. in Wolfenb.

Bald darauf erschien der Graf persönlich in Braunschweig. Am 4./14. Juni traten die herzoglichen Räte zu einer Beratung darüber zusammen, ob man nicht den Bürgermeister um die Festnehmung des Grafen ersuchen sollte. Trotzdem zeigte sich Solms ganz öffentlich in der Stadt. Er erschien in dem Apothekergarten, wo der gefangene Bernd Geist ihm seine Drohungen mit Brandlegung vorwarf. Friedrich Ulrich aber beschwerte sich bei dem Rate der Stadt, in der er Sicherheit vor Solms und Tilly zugleich gefunden hatte, daß er dem Statthalter von Wolfenbüttel jeglichen Vorschub leiste. Der Rat verweigerte sogar den Dienern des Herzogs auf das Begehren des Grafen einmal das Geleit und entschuldigte sich mit Neutralität.

Als man die Hoffnung mehr und mehr fahren lassen mußte, daß der König imstande sein werde, die Landesfestung zu entsetzen, während Tilly mit Sicherheit auf Verstärkungen rechnen konnte, ließ der Rat der Stadt Braunschweig größere Strenge gegen die Besatzung von Wolfenbüttel walten und hinderte nach Möglichkeit ihre Verpflegung aus städtischen Hilfsquellen, während die Bürgerschaft in ihrer Abneigung gegen die Ligisten verharrte.

So befand sich das Land in diesen Monaten in einem trostlosen Wirrwarr. Wie schwierig die Verhältnisse allmählich auch für das mit Mauern umgebene, für Tilly aus mehr als einem Grunde uneinnehmbare Braunschweig wurden, erhellt aus einem Gespräche Tillys mit Abgesandten der Stadt, die einige von den ligistischen Soldaten aufgegriffene Kaufmannsgüter widerfordern sollten. Tilly war unwirsch darüber, daß man den Grafen von Solms bei seiner letzten Anwesenheit in der Stadt nicht angehalten hatte, und fuhr fort, es müßte keine „Ration bei dem Rate" sein, daß sie „den gemeinen Mann allzu sehr raten ließen". Wollte der Rat und die Gemeinheit Frieden haben, so „möchten sie sich darnach schicken; wo nicht, könnten sie auch genugsam Krieg haben". Als seine Hauptforderung bezeichnete er, „daß die Stadt dazu helfen sollte, den Herzog, der sich ihrem Schutze anvertraut hatte, wider in seine Landeshauptstadt einzusetzen", und widerholte diese Forderung auch nach der Mahlzeit, an der die Abgeordneten hatten teilnehmen müssen, nachdrücklichst. Dafür sollten die Braunschweiger sogar das Äußerste wagen. „Ob sich in historiis fände, daß es jemals einem Stande des Reichs wol ergangen wäre, der sich wider den Kaiser gesetzet; hingegen wäre es allen denen gut ergangen, die es mit ihm gehalten hätten. Die Braunschweiger aber hielten es mit dem Kaiser, so lange es ihm gut ginge, und fielen, wenn es ihm übel ginge, von ihm ab". Schließlich ließ aber Tilly den Gesandten doch den Bescheid erteilen, daß die Besitzer ihre

aufgegriffenen Waren in Celle den Soldaten für ein Billiges verkaufen sollten. Wie erzürnt Tilly war, geht daraus hervor, daß er ein Geldgeschenk, welches die Abgeordneten angeboten zu haben scheinen, kurzweg zurückwies.[1] Glücklicher waren dagegen die Botschafter der Stadt in dieser Beziehung bei Ruepp und dem Audienzrate Merkator: der erstere lehnte nach kurzer Weigerung eine Kette im Werte von 168 Goldgulden doch nicht ab, und der letztere nahm eine etwas geringere von 121½ Goldgulden entgegen.

Ausschreitungen seiner Bürger gegen Tillys Soldaten suchte der Rat durch Geld wider gut zu machen. So entschädigte er einen Korporal, der vor den Thoren der Stadt seiner Pistolen und der Barschaft beraubt worden war, mit 18 Mark 19 Schill., und einigen vom hohen Thore aus mit Scheltworten und anderer Ungebühr empfangenen Gesandten Tillys ließ er 39 Mark 19 Schill. 6 Pf. Schmerzensgeld zahlen.[2]

Endlich aber ließ sich die Stadt durch den drohenden Befehl des Kaisers, zur Einschließung Wolfenbüttels Unterstützung zu leisten, doch so weit einschüchtern, daß sie einen förmlichen Vergleich mit Tilly abschloß und demselben die Versorgung seiner Truppen mit Lebensmitteln erleichterte. Geschenke an Wein und Bier wurden dem General außerdem von der Stadt zugeführt. Wahrscheinlich infolge dieses Vergleiches blieben die städtischen Dörfer von Einquartierung befreit.

Andererseits konnte man sich aber auch der Ansprüche des Grafen von Solms und der wolfenbüttelischen Besatzung nicht vollständig erwehren, die in der Bürgerschaft freiwillige Unterstützung fanden. Man nahm die dänischen Offiziere in die Mauern auf; ja Solms scheint sogar eine Zeit lang den förmlichen Anschluß der Stadt an seine Sache erwartet zu haben.

Tilly beklagte sich nachdrücklichst bei den Landständen, daß der Unterhalt für die Soldaten an einigen Orten nur mit Zwang und Gewalt zu erhalten wäre, daß die streifenden Rotten alle Wege und Stege unsicher machten, und seine Mannschaften heimlich und öffentlich niedergeschossen würden. Noch immer wurde an machen Pässen von Leuten, die sich selbst für gut kaiserlich erklärten, seinen Soldaten der Durchzug verweigert, während denen Thor und Thür geöffnet und aller Vorschub geleistet wurde, die sich auf den König beriefen. Tilly wollte damals durch diese

---

1) Bericht des Bürgermeisters Johann Dette und des Sekretärs Tobias Olfen über ihre Verrichtung bei Tilly am 1./11. und 2./12. Mai 1627. Archiv der Stadt Braunschweig.

2) Braunschweigische Stadtrechnung für das Jahr 1627.

Einschüchterungsversuche vor allem dem Contributionsausschreiben des Grafen v. Solms entgegenwirken,[1] der noch immer das Vertrauen in einige Ständemitglieder setzte, daß sie sich den Schaden Josephs zu Herzen nehmen, und die Sache Gottes, welche jetzt auf dem Spiele stand, sich angelegen würden sein lassen. Der katholische General aber wendete dagegen ein, daß diese alte Ausflucht nunmehr hinfällig sei, da der Kaiser den Religions- und Landfrieden jederzeit gehalten habe, ihn auch in der Zukunft beständig zu halten gedenke, und daß in Glaubenssachen bis auf diesen Augenblick niemand „gehindert und betrübt worden sei". Hatte er doch schon einige Wochen vor dem Zusammentreten der Stände durch öffentlichen Anschlag und durch Flugblätter die Erklärung verbreiten lassen: „Wir haben weder in der hergebrachten Religion noch deutschen Libertät uns jemals die geringste Änderung vorzunehmen unterstanden, wie wir auch von S. K. M. darauf nicht befehligt noch dergleichen uns selbst eignes Belieben anzumaßen gemeint sind".

Denn Tilly gebehrdete sich damals ganz und gar als ein kaiserlicher General, obgleich nicht das Geringste darauf hindeutet, daß Ferdinand II. den Oberanführer des ligistischen Heeres mit einer höheren Autorität bekleidet hatte. Nur Wallenstein bezeichnete Ferdinand II. als „seinen General".[2]

Auch der Herzog Friedrich Ulrich und die Stände schlossen sich Tillys Auffassung der confessionellen Bedeutungslosigkeit des ganzen Kampfes an. Der Herzog erhob den Versuchen des Grafen v. Solms gegenüber, in Verbindung mit den Landständen zu treten und sie durch die grausamsten Drohungen mit Brandlegung einzuschüchtern oder durch den Hinweis auf das gefährdete Bekenntnis auf seine Seite zu ziehen, den Vorwurf gegen den Festungskommandanten, daß er als ein Graf des Reichs seine Feindseligkeiten gegen ihn und das Land unter dem Deckmantel der Religion ausübe. Der Herzog von Wolfenbüttel behauptete, daß die Religion weder in den braunschweigischen Landen noch sonst im niedersächsischen Kreise im Geringsten „angefochten worden sei", und daß nur die Unwissenden durch die Vorspiegelung dieses Vorwandes verführt würden.[3]

1) Dasselbe ist vom 6. Mai (a. St.?).

2) Warhafftter Abdruck | Etlicher dero Röm: Kay: May: auch anderer Schreiben . . . Gedruckt im Jahr, | 1627 | 4. 16. Bll.

3) Friedrich Ulrich an den Grafen v. Solms, Braunschweig, den 11./21. Mai 1627, Londorp A. p. II. (J. 1630) 1640. Schreiben desselben an den König v. D. Londorp, A. p. Dritter Teil (J. 1668) 986—991.

Die braunschweigischen Landstände aber richteten die Bitte um die Räumung Wolfenbüttels und der übrigen noch besetzten Punkte im Lande an Christian IV. mit der Versicherung, Tilly habe sich schriftlich dahin erklärt, von diesen Landen zu Behuf kaiserlicher Majestät nichts begehren und Wolfenbüttel für den Herzog Friedrich Ulrich freilassen zu wollen. Die Stände sprachen dabei ihre völlige Zuversicht auf die Beständigkeit des Religionsfriedens und ihr festes Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der kaiserlichen Zusicherungen aus und schoben denjenigen die Verantwortung zu, welche „um bloßes Mißtrauens" willen die Fortsetzung des Krieges förderten. Sie hatten noch nichts davon gespürt, daß ihnen der Religion halber ein Eintrag geschehen sein sollte.[1]

Da unter diesen Ständen Männer gewesen sind, welche im Stift Halberstadt sehr gut Bescheid wußten, so bleibt nur die Annahme übrig, daß ihnen, als sie diese Erklärung abgaben, die mißlichen konfessionellen Zustände im Stift völlig aus den Augen gerückt waren. Der Herzog aber that so, als ob er nicht die geringste Kenntnis davon hätte, daß man in Wien schon darauf hinarbeitete, das Werk seines thatkräftigen und talentvollen Vaters Heinrich Julius zu vernichten und den Katholicismus im Stift wider zu begründen. Nur über die Mittel, welche den größten Vorteil boten und den geringsten äußeren Anstoß erregten, hatte man sich noch nicht recht geeinigt.

Es ist schwer verständlich, wie der Herzog unter diesen Verhältnissen den Kaiser um Errettung aus seinen Drangsalen angehen konnte. Mindestens ebenso auffällig ist aber der vom Kaiser an alle Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen u. s. f. gerichtete Schutzbrief für den Herzog, nach welchem sein Land von Durchzügen und Kriegsbeschwerden jeder Art befreit bleiben sollte.[2]

Da sich nun die Verbote des Herzogs und Landesherren schließlich doch wirksamer erwiesen, als die Aufforderung des königlichen Statthalters, und die engere Einschließung Wolfenbüttels unausbleiblich war, so ließ Solms nach der Versicherung des Herzogs 24 vornehme und sehr einträgliche Dörfer und Schlösser auf einmal einäschern, zwei Vorwerke vor Wolfenbüttel niederreißen und auf vier Meilen im Umkreise alles zu Grunde richten.

---

1) Bericht der Braunschweigischen Landstände an den König . . . . Relationis Historicae Continuatio . . . . Frankfurt a/M. Fastenmesse 1628) 19—34. Londorp, A. p. II. (1630) 1345—1350.

2) Dieser Schutzbrief ist am 24. Juli 1627 ausgestellt.

Diese planmäßige Verwüstung und Brandschatzung wird stattgefunden haben, bevor sich der Oberst Hans Ernst v. Eckstädt in seinem Hauptquartier Klein-Stöckheim[1] und der Oberst Curtenbach in dem benachbarten Thiede festsetzten.

Am 24. Juni a. St. erließ der Graf den Befehl an die Dorfschaft Salzdahlum, daß am nächsten oder übernächsten Tage vor 12 Uhr die festgesetzte Contribution eingebracht sein müßte, sonst würde Dinstags Nachmittags die Execution vorgenommen und die Dorfschaft Niederdahlum mit Feuer und Schwert verderbt werden, wie ungern er auch daran gehe.

Nachdem die Landtagsverhandlungen für die Unterstützung Tillys bei der Belagerung Wolfenbüttels ziemlich ergebnislos verlaufen waren, schloß endlich Friedrich Ulrich mit Tilly persönlich einen Vertrag, nach welchem der Herzog wöchentlich 15000 Reichsthaler und 800 Malter Korn zur Unterhaltung der Armee beitragen und bei einer Verstärkung derselben seine Leistungen noch erhöhen sollte.[2] Da jedoch der Herzog zahlungsunfähig war, was jedermann wußte, so wollte Tilly den Geldbetrag aus der ligistischen Kriegskasse gegen Verpfändung eines Amtes vorschießen. Allein die gänzliche Mittellosigkeit des Herzogs und wahrscheinlich auch die Ebbe in den ligistischen Kassen haben die Ausführung dieses Vorhabens vereitelt. Friedrich Ulrich verstand sich zuletzt wol nur dazu, die Belagerungsarmee wöchentlich mit 200 Maltern Getreide zu unterstützen.

Widerholt hatte Tilly seinen Kriegsherrn um Vermehrung seiner Streitkräfte gebeten, welche Maximilian endlich bis zur Höhe von 6600 M. gewährte. Die Regimenter Curtenbach, Lindlo, Herberstorf trafen allmählich in diesen braunschweigischen Gebieten ein. Vor seinem Aufbruche nach der Elbe suchte der General endlich noch um das damals in der Markgrafschaft Baden liegende Volk Pappenheims nach, welches der Kurfürst schleunigst mustern und mit Löhnung versehen ließ.

---

1) Er zeichnet Rittershausen am 10./20. Juli und Stöckheim 24. Juli/3. Aug.

2) Über diesen Vertrag berichtete Hornejus an den in Helmstedt zurückgebliebenen Calixtus, Braunschweig am 9./19. Juli; Henke, Georg Calixtus und seine Zeit 1. 373. Christof v. Lerchenfeld an den Kurfürsten aus Thiede im Quartier vor Wolfenbüttel 26. Juli 1627. Maximilian an Lerchenfeld, München 24. Sept. „allbieweil sich selbiger Traktat wegen ermangleter Gelder zerschlagen, so muß es wol dabei sein Bewenden haben". Aus dieser unglücklichen Stellung des Herzogs zu der Armee, welche seine Residenzstadt belagerte, erklärt sich das Gerücht, nach welchem Friedrich Ulrich sogar zum kaiserlichen General über „das pappenheimische und ander Kriegsvolk vor Wolfenbüttel ernannt sein sollte". Vulturnus, Kurtze Erzehlung .... (1631) L. 4.

Als sich jedoch zahlreichere Regimenter in der Nähe von Braunschweig sammelten, und man sich im ligistischen Lager auf eine engere Einschließung Wolfenbüttels vorbereitete, geriet der Rat von Braunschweig in große Bestürzung um die eigene Sicherheit und forderte endlich für den Fall eines Angriffs Bremen, Hamburg und Lübeck geradezu zur Hilfe auf. Nun erteilte zwar Tilly die tröstliche Versicherung, daß den Bürgern alle Pässe geöffnet bleiben und Handel und Verkehr nicht gestört werden sollte, nahm dagegen auch die Gewährleistung des ungehinderten und freundschaftlichen Verkehrs seiner Offiziere und Mannschaften mit den Bürgern innerhalb und außerhalb der Mauern in Anspruch.

Aber schon zwei Tage nach dieser friedlichen Kundgebung erschreckte er die ganze Stadtgemeinde wider durch die barsche Mitteilung, daß sie sich von den Kriegslasten desto eher befreien könnte, je kräftigeren Beistand sie zur Eroberung von Wolfenbüttel leisten würde. Unter Drohungen forderte er, daß man die hohen und niedern in der Stadt verkehrenden feindlichen Offiziere festnehmen sollte.

Im Anfange suchte der König die Kosten der Verteidigung des von ihm besetzten Platzes aus eignen Mitteln oder durch Anleihen aufzubringen. Ein Kaufmann aus Wolfenbüttel erbot sich für die Besatzung im Namen des Königs 8500 Reichsthaler zu zahlen und empfing dazu in Stade 2500 Thlr. bar. Das Haus Gebrüder Mores in Hamburg war zur Zahlung von 10 000 Reichsthalern an den Obersten van Loo verpflichtet.[1] Im Mai verhandelten die königlichen Kommissare zu Stade mit einigen bremischen Bürgern, von denen Levin Steinkuhle namentlich genannt wird, welche in Braunschweig 20 000—30 000 Thaler für die wolfenbüttelische Besatzung erlegen lassen wollten. Auch Wolfenbüttel selbst wurde zur Erhaltung der Truppen herangezogen; es mußte den Mannschaften regelmäßige Servisgelder zahlen und noch eine Verehrung von 3000 Thalern zum Abzuge.[2]

Jene geschäftlichen Abmachungen zur Unterhaltung der Besatzung und der Festung, welche in Hamburg und Stade getroffen wurden, waren

---

1) Jahn II. S. 356 f. Dazu einige Nachrichten aus dem Protokolle der kön. Kommissare in Stade.

2) Bege, Chronik der Stadt Wolfenbüttel S. 89. Nach diesem Schriftsteller soll Solms bei seinem Einzuge 19 700 Thaler erhalten haben Doch scheint es uns sehr zweifelhaft, ob die Stadt imstande gewesen ist, eine Summe von dieser Höhe auf ein Mal aufzubringen. Nach den Akten erhob die Stadt später an den König von Dänemark die Forderung von 19 701 Thalern, darunter befanden sich allerdings 9410 Thlr. bares Geld, welches Loo von den Bürgern zum Besten der Besatzung aufgenommen hatte.

jedoch nur so lange von Wert, wie der Verkehr der Festung mit dem Könige und seinen Kommissaren in Stade sowie den Städten Bremen und Hamburg nicht gänzlich unterbrochen war. Auch werden die auf diese Weise dem Grafen Solms zugeführten Summen schwerlich zur Bestreitung der Bedürfnisse ausgereicht haben. Da trieb die Not und jedenfalls auch die Erbitterung gegen den Herzog den Grafen dazu, sich des herzoglichen Schatzes zu bemächtigen, welcher in ungemünzten Edelmetallen in Wolfenbüttel zu seiner Verfügung stand. Aus einer großen Bürgerversamlung auf dem Bergsaale forderte er die Münzschmiede Samuel Deutsch und Johann Eberhard Tormin (sonst Friese, Frese genannt) vor und befahl ihnen, die Vorbereitungen zur Vermünzung des Goldes und Silbers zu treffen, welches er ihnen liefern werde. Vergeblich wendeten sich die peinlich Überraschten an den Superintendenten Wiedeburg und an herzogliche Beamte und baten um Fürsprache bei dem Landesherren; vergeblich untersagte Friedrich Ulrich den Münzschmieden, diesem Befehle Gehorsam zu leisten und gebot Solms und dem Obersten van Loo, sich des Unterfangens zu begeben.[1] Die bedrängten Münzschmiede mußten ihres Amtes warten.

Wie hoch sich der Erlös aus dem von dem Grafen der Münze übergebenen silbernen und goldenen Tafelgeschirr belaufen haben mag, darüber vermögen wir nichts zu berichten. Es scheint fast, als habe es der Statthalter wie mit der Ausprägung jener vom Volke später als Hahnreithaler bezeichneten Münzen so überhaupt dabei mehr auf die Verhöhnung des Herzogs, als auf die Füllung seiner Kasse abgesehen gehabt.

Die Harzschützen.

Fast in völliger Auflösung befanden sich die Verhältnisse des platten Landes nicht bloß im Braunschweigischen, sondern auch im Bistum Halberstadt und in den Grafschaften Hohnstein und Reinstein, seitdem ein beträchtlicher Teil der Landbewohner ihre Häuser hatten ledig stehen lassen und als Harzschützen mit den Waffen in der Hand ihren Lebensunterhalt zu gewinnen suchten und jedem Widerstande mit Gewalt ent-

1) Wolfenbüttel 31. Juli/10. Aug. teilen der Graf von Solms und J. van Loo Friedrich Ulrich den Empfang eines dem Scheine nach von Fr. Ulr. ausgestellten, aber über Hildesheim ihnen zugegangenen Mandats mit, sich der Vermünzung des Silbergeschirrs zu enthalten, welches sie nach dem Orte zurückgeschickt haben, von dem es gekommen ist.

gegen traten. Waren doch allein im Braunschweigischen 300 Dörfer ohne die Städte und Flecken in die Asche gelegt. Die ganze Bewegung war ursprünglich mehr aus dem Drange der Notwehr und den Versuchen einzelner Dorfschaften entstanden, sich und ihre Familien samt ihrem Eigentum nach Möglichkeit gegen die menschenunwürdigen Drangsale, denen die einsamen Dörfer und Gehöfte besonders in den letzten Monaten des Jahres 1626 ausgesetzt waren, zu verteidigen.

Wenn man hörte, daß ein alter Bauer von 70 Jahren von Tillys Unholden so gepeinigt worden war, daß ihm das Blut aus Augen und Ohren hervorquoll, daß andere Scheusale einen Mann von 80 Jahren und sein siebzigjähriges Weib bei den Knieen aufgehangen, die Füße an den Spannen durchschnitten, die Backen aufgeritzt, Pulver in die Wunden gestreut und angezündet und dann die wunden Stellen mit Salz gerieben hatten,[1] wie hätten da nicht auch die Feigsten den Versuch wagen sollen, solchen Feinden gegenüber ihr Leben so teuer als möglich zu verkaufen.

Das Amt Lichtenberg war von den Kriegsdrangsalen besonders hart mitgenommen worden. Die Gemeinde Broistedt reichte ein Klageschreiben bei Friedrich Ulrich ein, in welchem sie um den Erlaß der von der Besatzung von Steinbrück geforderten wöchentlichen Kriegssteuer von 10 Thalern nachsuchte. Sie berichtete dabei, daß die Ligisten auf ihrem Zuge gegen Steinbrück außer andern Gebäuden 56 Wohnhäuser abgebrannt hatten, wobei auch das Getreide vernichtet worden war, so daß nur noch 50 Häuser stehen blieben. Vierzig Hauseigentümer und 35 Hausfrauen waren an der Pest gestorben und hatten zahlreiche Kinder hinterlassen, von denen einige dem Hunger erlegen waren und andere ihr Brot vor den Thüren suchen mußten. Die bereits ganz verarmten Hauseigentümer hatten sich verlaufen, einige waren nach Braunschweig gegangen. Und doch waren damit die Leiden dieser armen Gemeinde noch keineswegs auf ihrem Höhepunkte angelangt. In den ersten Tagen des August 1627 standen überhaupt nur noch acht Häuser, in die achtzig waren jetzt von Tillys Kriegsvolk in die Asche gelegt worden. Jetzt baten die elenden übrig gebliebenen Leute, wenn sie überhaupt noch etwas an den Hauptmann von Steinbrück zahlen sollten, möge man sich mit dem wöchentlichen Beitrage von einem Thaler genügen lassen.[2]

Auch die Dorfschaften Barbeche und Woltwische in demselben lichtenbergischen Gericht führten in ähnlicher Weise über die nach Steinbrück

1) Archiv der Stadt Braunschweig.

2) Die arme verbrannte Gemeinde zu Broistedt 27. Febr./9. März, 29. Juli/8. Aug. an Friedrich Ulrich, H. A. in Wolfenb.

zu entrichtende Kontribution bei ihrem Landesherrn Klage. Nachdem ihnen von den wolfenbütteliſchen Reitern das Vieh weggenommen worden war, hatten die Scharen Tillys vollends reinen Tiſch gemacht, das Getreide gemäht und verfüttert und die Ortſchaften völlig ausgeraubt. Nun flehten die Unglücklichen, nachdem ſie an den Bettelſtab gebracht worden waren, Friedrich Ulrich in Braunſchweig ſelbſt um Unterſtützung an. Seine Verwendung bei Tilly ſuchten bei dem hilfloſen Herzoge noch ſieben andere Dorfſchaften dieſes Gerichts nach.

Unter den teuerſten Anrufungen, welche die Bedrängten kannten, um Gottes Barmherzigkeit, um des teuren Leidens unſers Herrn und Heilands Jeſu Chriſti willen wird der machtloſe Friedrich Ulrich in ſolchen Bittſchriften um ſeinen Schutz angerufen!

In den Grafſchaften Hohn- und Reinſtein hatte die Bewegung der Landleute beſonders ſtark um ſich gegriffen, worin Friedrich Ulrich nur eine natürliche Folge der übermäßigen Drangſale der bis aufs Blut ausgemergelten und erſchöpften Unterthanen erblickte. Und doch trug der furchtſame Herzog Scheu, Tilly ſelbſt um eine beſſere Behandlung dieſer ſeiner ländlichen Unterthanen zu erſuchen, ſondern wagte nur Chriſtian von Celle zu bitten, ein gutes Wort für die Ärmſten bei dem General einzulegen. Er erklärte den Aufſtand ausdrücklich daraus, daß ſich die Hilfloſen auf dieſem Wege ihren Lebensunterhalt gewinnen wollten.

Im Südharz ſcheint Benneckenſtein eine Zeit lang das Hauptquartier der Harzſchützen geweſen zu ſein. Bauern aus Hüttenrode und Thale werden ausdrücklich als Teilnehmer am Aufſtande genannt. In Hüttenrode erſchien in der zweiten Hälfte des März ein Haufe von 30 Schützen, von denen durch Mannſchaften des öſtreichiſchen Hauptmanns zu Oſterwiek drei gefangen genommen und einer getötet wurde. Dieſer Hauptmann Frey fürchtete, daß ſie ſich der Harzburg bemächtigen und von da aus den reiſenden Kaufleuten und den Bauern auflauern wollten, obwol der Ort wie auch einige andere Punkte am Harz von braunſchweigiſchen Landestruppen beſetzt war. Als aber der Hauptmann auf Aldringers Befehl[1] noch etwa 30 Musketiere nach Harzburg legen wollte, verbaten ſich die braunſchweigiſchen Beamten dieſe Einlagerung. Sie verſicherten, daß der Ort hinreichend geſchützt ſei, und daß ſie Befehl hätten, das herrenloſe Geſindel niederzuſchießen. Als die Soldaten trotzdem erſchienen, wurden ſie abgewieſen.

In einigen Harzſtädten wie z. B. in Quedlinburg verkehrten dagegen die Schützen eine Zeit lang ziemlich ungeſtört und veranſtalteten

1) Halberſtadt, 25. März.

ganz öffentlich Werbungen. Der Rat von Quedlinburg gestattete einem Harzschützen, seine Hochzeit in der Stadt auszurichten; von diesem Stadtrate forderte einst eine Partei die Auslieferung eines gefangenen Kameraden durch eine mit den Worten beginnende Drohschrift: „Wir, von Gottes Gnaden die in der Grafschaft Hohnstein und Reinstein zusammengeschworenen und verbundenen Schützen". Um die Mitte des Juni geriet die Stadt, in der viele Teilnehmer an der Bewegung ihre Beute, besonders das Vieh geborgen hatten oder zu Geld machten, in eine sehr bedenkliche Lage. Da der Rat sowol von dem kaiserlichen Oberstlieutenant Becker in Halberstadt als auch von dem Kurfürsten von Sachsen, dem Schutzherrn des Stifts, die gemessensten Mahnungen erhielt, für Rückgabe des Viehs an die Eigentümer Sorge zu tragen, mußte er eine geradezu feindselige Stellung gegen die ganze Volkserhebung einnehmen. Man hegte daher eine Zeit lang ernstliche Besorgnisse wegen einer Plünderung der freien Höfe und Vorstädte. Mißlich war auch der Umstand, daß die Anschauungen des Kurfürsten von Sachsen und des Oberstlieutenants Becker über das einzuhaltende Verfahren gegen die Gefangenen nicht im Einklange mit einander standen. Während die Stadtbehörden nach dem Verlangen Kursachsens ihrer Verpflichtung schon genügten, wenn sie die Gefangenen gegen das Gelöbnis, sich ihren ehemaligen Kameraden nicht wider anzuschließen, laufen ließen, untersagte der kaiserliche Offizier die Entlassung geradezu.

Im Monat Juni streiften die Schützen bis nach Halberstadt, Aschersleben und Staßfurt. In der ersten Juniwoche wurde das Kloster Aschersleben östlich von Halberstadt geplündert, so daß der Propst und die Nonnen das Weite suchen mußten.

Wenn die kleinen Städte Miene machten, den Wegelagerern mit Gewalt entgegenzutreten oder die innerhalb ihrer Mauern verkehrenden festzuhalten, so setzten sie Leben, Freiheit und Vermögen jedes einzelnen ihrer Bürger auf das Spiel. So hatten die Schützen drei Bürger aus Osterode aufgefangen und forderten nun von dem Rate die Erledigung ihrer in die Stadt eingebrachten Brüder mit der Drohung, daß sie sonst noch mehr Bürger in ihre Gewalt bringen oder geradezu niederschießen würden.[1] Und einer derselben zog den Rat unter Nennung seines Namens dafür zur Rechenschaft, daß er seinen leiblichen Bruder hatte festnehmen lassen. Der kaiserliche Oberstlieutenant Vitzthum v. Eckstädt mußte sich mit seiner kleinen Besatzung aus Stolberg zurückziehen, worauf die Schützen auch hier erschienen, einige Bürger ausplünderten und mit sich führten. Ebenso

1) K. K. H. u. St. A. in Wien.

wurden Gernrode und Güntersberge gebrandschatzt und Klettenberg sogar eingeäschert. Zwischen Güntersberge und Stiege vermag der Ortskundige noch heut die Harzschützenstraße zu verfolgen.[1] Ein Kapitän Ehrhardt Albrecht auf Lora forderte vom Schulzen zu Walkenried binnen vierzehn Tagen Geld mit der Drohung: „Wenn ihr euch nicht werdet einstellen, so will ich euch ebenso raten, wie ich dem Hohnstein geraten habe; ich will das Kloster abbrennen, wie ich das Haus Hohnstein abgebrannt habe".[2] Ein Rittmeister Cäsar Freiherr v. Neuhausen ward von Becker darauf mit der Herstellung der Ordnung in dem Amte Hohnstein beauftragt. Die Zustände im Stift Halberstadt scheinen eine Zeit lang trotz der feindlichen Besatzung sehr bedrohlicher Art gewesen zu sein. Dem magdeburgischen Domherrn Peter Rudolf v. Oppen wurde von Gatersleben und Nachterstedt alles Vieh weggetrieben. Dem Fürsten Christian von Bernburg thaten die Schützen gleichfalls großen Schaden und raubten aus seinen Vorwerken ganze Heerden von Rindvieh und auch Pferde. Und als der Fürst einige Übelthäter und darunter einen Rädelsführer im Amte Ballenstedt zur Haft brachte und an Becker nach Halberstadt auslieferte, ließen ihn die Bauern noch im August durch gewaltthätige Einfälle in seine Güter ihre Rache fühlen.[3]

Im Solling führte Winkel Stoffel von Lipsberge angeblich 600 M. Landleute und ehemalige Soldaten, mit denen er Streifzüge gegen Moringen und Einbeck unternahm. Doch fiel er dem Vernehmen nach endlich einer Meuterei seiner Untergebenen zum Opfer.[4]

Auf manchen Punkten suchten die Harzschützen eine gewisse militärische Ordnung und Regelmäßigkeit in ihr ganzes Auftreten zu bringen: bei einem Verhöre gab ein Gefangener den Obersten Hans van Loo in Wolfenbüttel als Leiter der ganzen Bewegung an. Man glaubte ziemlich allgemein, daß die Harzbauern von Wolfenbüttel Geld und Munition, Offiziere und Fahnen erhielten. Selbst Berittene befanden sich unter den Haufen; einige Scharen führten Feldstücke mit sich. In einer Zeitung wird die Anzahl der Schützen sicherlich viel zu hoch auf 6000 M. angegeben, und die Behauptung aufgestellt, daß jeder Mann, welcher in ihre Reihen trat, vier Thaler Laufgeld erhielt.

---

1) Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Brecht in Quedlinburg.

2) Lohr 11. Juni a. St. 1627. Hurter Bd. 9. 530. St. „Gehalt" ist „Geld" zu lesen

3) Fürst Christian an den Kaiser, Bernburg 7./17. Aug. 1627.

4) Havemann, Göttingen während der Zeit des dreißigjährigen Krieges a. a. O. 120.

Nachdem Tilly begonnen hatte, jedem Widerstande mit Feuer und Schwert entgegenzutreten, war die Gefahr einer allgemeinen Erhebung des Landvolks im Fürstentum Wolfenbüttel keine ganz geringe, da der neue Oberbefehlshaber der Landesfestung, der Graf Philipp Reinhard v. Solms, die Bewegung nach Kräften unterstützte und eine Zeit lang wirklich leitete. Er selbst hat erklärt, daß er die Bauern in den Dienst des Königs genommen und ihnen eine Ordnung gegeben habe. Es hat sich ein Aufruf des Grafen für den Haufen Joachim Göttings aus Thale erhalten, dessen Streiter als treue Patrioten, Makkabäer und Beschützer des Vaterlandes im besonderen Dienste des protestantischen Königs an Männiglich empfohlen werden. Alle Städte und Dörfer, Adel und Unadel, alle, denen ihre Religion, Freiheit und Sicherheit lieb wäre, sollten diese treuen Patrioten aufnehmen und ihnen die Wege offen halten. Dem Rate der Stadt Einbeck zeigte der Graf an, daß er diese guten Patrioten in eine gewisse Ordnung gebracht und ihnen geradezu die Bezeichnung Harzschützen erteilt habe. Zugleich empfahl er sie dem Wolwollen der Stadtbehörden und forderte freien Durchzug für dieselben und Darreichung von Lebensmitteln gegen Bezahlung. Diejenigen, welche der Rat von Einbeck hatte festnehmen lassen, sollten sofort losgegeben werden.

Noch um die Mitte des Jahres war man in Kursachsen der Meinung, daß der Graf v. Solms den Harzschützen die Aufgabe zugewiesen habe, Northeim zu Hilfe zu ziehen und es womöglich zu entsetzen. In Wahrheit wird wol Solms die Schützen hauptsächlich verwendet haben, um seine Forderungen von Kriegsleistungen wirksam zu unterstützen. Der Oberverwalter des Bergwerks zu Zellerfeld, Otto Brendecke, der sich schon früher den Anforderungen der wolfenbüttelischen Besatzung hatte fügen müssen, klagte dem Herzoge Friedrich Ulrich noch zu Ende des Juli,[1] daß ihnen das Messer an die Kehle gesetzt sei. Acht schöne Pferde waren in den letzten Tagen von den streifenden Schützen, welche nach glaubwürdigen Berichten etliche Hundert Mann zu R. und F. stark in den Vorbergen des Harzes lagen und sich noch stärkten, den Fuhrleuten des Bergwerks ausgespannt und weggeführt worden. Der Oberverwalter betonte ausdrücklich, daß diese Schützen die angedrohte Exekution auszuführen bestimmt seien, und bat um Verhaltungsmaßregeln in Betreff der Contribution. Solms behauptete, daß er den Harzschützen Befehl erteilt habe, denjenigen, welche sich in den Schutz des Königs begeben hatten, nicht im Geringsten beschwerlich zu fallen. Zu diesen mit Sauvegarde, wahrscheinlich einer lebenden, versehenen Punkten gehörte eben das Bergwerk zu Zellerfeld,

1) Zellerfeld 10./26. Juli.

welches daher seinen Betrieb nicht eingestellt hatte. Allein als man den Harzschützen keine Förderung mehr erwies, kündigte Solms den Schutz ausdrücklich auf. Denn einer dieser guten Patrioten, dessen Haus und Hof zu Gittelde eingeäschert worden war, und der sich nach einer Verwundung in den Bergwerksort Wildemann hatte flüchten und hier von dem Bader verbinden lassen müssen, war von einem herzoglichen Oberstlieutenant samt dem Bader aufgegriffen und nach Zellerfeld in Gewahrsam gebracht worden. Nun forderte Solms die unentgeltliche Auslieferung beider Personen nach Wolfenbüttel. Dabei verteidigte er zugleich dem braunschweigischen Beamten gegenüber die gewaltsame Erhebung und berief sich auf das öffentliche Urteil, daß die Zusammenrottung den Bauern durch barbarische Gewalt, gegen welche sie von ihrer Obrigkeit „alles Schutzes destituiert und gleichsam zum Raub und in den Tod prostituieret, aus Zulassung Gottes Worts nach natürlichen und aller Völker Rechten abgepreßt worden sei". Diese Leute vor und um den Harz, denen die katholische Armee das Ihrige gewaltsam abgenommen, Weiber und Töchter geschändet, die Wohnungen in Brand gesteckt, habe der König in seinen Schutz genommen.[1]

Während der Belagerung Northeims sah sich die Bergstadt Wildemann von einem Einfalle der Scharen Fürstenbergs bedroht, welcher der Stadt vorwarf, daß sie es mit den Schützen halte und ihnen Essen und Trinken folgen lasse. Der Oberverwalter Otto Brendecke fürchtete daher die Ausplünderung und Einäscherung des Ortes. Und doch hatte er die Befehle des Herzogs gegen die Erhebung von den Kanzeln herab vorlesen und anschlagen lassen und versicherte auch, daß der der Stadt gemachte Vorwurf unbegründet sei, obgleich er das Zustreichen und Einschleichen der Schützen nicht verhindern konnte. Er hatte 11 Mann braunschweigischer Landestruppen nebst zwei Soldaten Tillys in das Bergstädtchen Wildemann gelegt. Allein er selbst bekannte, daß die Schützen während seiner Abwesenheit zwei Dörfer Colnfeld und Sebesen in Brand gesteckt und den Statthalter von Celle nebst andern cellischen Offizieren verfolgt hatten.[2] Denn der Herzog von Celle hatte sich Klausthal durch eine Besatzung gesichert.

1) Solms an den Oberverwalter Otto Brendecke, Wolfenb. 17./27. Juni. H.-A. i. Wolfenb In ganz ähnlicher Weise sprach sich der Herzog in seinem Schreiben aus Braunschweig vom 10./20. Aug. gegen den Kaiser über den Grund des Aufstands aus, obgleich er auch die Aufreizung der Landleute durch den Grafen v. Solms zugab.

2) Otto Brendecke an Friedrich Ulrich, Zellerfeld 9./19. Juni 1627. H.-A. in Wolfenb.

Auch nach der Einnahme Northeims fügten die Harzschützen diesen Gebieten erheblichen Schaden zu, so daß die Offiziere Tillys in der kleinen Festung daran dachten, die vor dem Harze gelegenen Dörfer in Asche zu legen, um die Strauchmörder ihrer Zufluchtsorte zu berauben. Dagegen erhob aber Friedrich Ulrich bei dem in Northeim den Oberbefehl führenden Oberstlieutenant[1] nachdrücklichen Einspruch und stellte ihm vor, daß diese Brandlegung kein Mittel zur Dämpfung, sondern nur eine Veranlassung zur weiteren Ausbreitung des Aufruhrs sein werde, da sich noch mehr Verzweifelte zu den bereits vorhandenen schlagen würden.

Die Dörfer waren natürlich gar nicht imstande, den Schützen Widerstand zu leisten, und auch die kleinen Städte befanden sich in sehr übler Lage, wenn dieselben offenen Anschluß an ihre Partei oder wenigstens jegliche Unterstützung und Förderung nachsuchten. Bei der ligistischen Garnison in Bockenem hatte sich die Stadt Gandersheim in den Verdacht gebracht, daß sie es mit den Schützen halte, wol weil sie mit der Entrichtung der Kontribution im Rückstande geblieben war. In Wahrheit bereitete der Stadt aber eine Streifpartei unter der Führung eines Hans v. Eistorff (Estorf?) gefährliche Nachstellungen und trieb endlich eine über 100 Häupter starke Kuhherde sowie eine Herde Schweine aus der Feldmark hinweg und tötete dabei einen Einwohner. Für die Kuhherde forderte der Hause anfangs eine Entschädigung von 1000, dann von 350 Thalern, aber er verlangte auch, daß die Stadt einen Vertrag mit ihm eingehen und sich gegen eine Summe Geld in seinen Schutz begeben sollte. Andererseits drohte der Hause mit Brandlegung, wie sie dem benachbarten Kloster Bruchhausen zugefügt worden war, und erteilte der Stadt die tröstliche Zusicherung, daß sie im Frieden keine einzige Garbe Getreide einbringen sollte. Friedrich Ulrich ersuchte infolgedessen die Besatzung von Bockenem, Gandersheim, so oft es nötig sei, gegen die Schützen zu verteidigen.[2]

Um diese Zeit berichtete Walmerode an den Kaiser, daß sich die Harzschützen immer noch mehrten, und daß sie sogar unter der Führung adliger Offiziere ständen, was freilich wenig glaubhaft erscheint.

Monate lang haben die kaiserlichen Offiziere und auch Tilly der Bewegung notgedrungen ihren Lauf lassen müssen. Als sich aber die Wallensteiner in Schlesien in Bewegung setzten, und die katholischen Regimenter

1) Friedrich Ulrich an den Oberstlieutenant Kaspar v. Heygen (Heyen?) Braunschweig 27. Juli/6. Aug. H. A. in Wolfenb.

2) Rat und Gemeinde von Gandersheim 15./25. Juli an Friedrich Ulrich. H. A. in Wolfenb.

sich näher um Wolfenbüttel zusammenzogen, griff man zu energischen Maßregeln, die sich auch wirksam erwiesen. Denn der ganze Aufstand hatte doch nur in den untersten Bürgerklassen der Städte und bei den armen vertriebenen Landleuten Teilnahme gefunden, während der Adel und die höheren bürgerlichen Stände sich von demselben fern hielten, und außerdem war auch die Leitung der zerstreuten Haufen eine sehr unsichere.

Der unglückliche Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel hatte schon unter dem 23. April/3. Mai jede Unterstützung des Grafen Solms bei Verlust aller Lehen-, Allodial- und Erbgüter und bei Lebensstrafe verboten, was freilich in den von den Dänen beherrschten Gebieten fruchtlos geblieben war. Später erließ er einen neuen Aufruf (27. Mai n. St.), in welchem er seine Unterthanen auf dem Harz und am Solling auf das ernstlichste zur Rückkehr in ihre Häuser und zur Wiederaufnahme ihrer häuslichen Beschäftigungen ermahnte und ihnen bei weiterem Wolverhalten Verzeihung versprach. Die Ungehorsamen sollten dagegen mit Hilfe der nächsten fremden Besatzungen zur Haft und zur Bestrafung gebracht werden. Andererseits wirkte Friedrich Ulrich durch seinen Agenten in Wien Johann Sternberg nach der Verwüstung von Klettenberg darauf hin, daß die Kontributionen abgeschafft und womöglich das Kriegsvolk zurückgezogen werden möchte. Denn nur nach der Aufhebung der ersteren hatten ihm seine ausgewichenen Landleute die Rückkehr zu ihren friedlichen Beschäftigungen zugesagt. Der seines Landes thatsächlich entsetzte Herzog, welcher den Verwüstungen der Räuberscharen Tillys und des Grafen v. Solms nicht den geringsten Widerstand entgegenzusetzen hatte, tröstete seine verzweifelten getreuen Unterthanen mit der Versicherung, daß er sich bemühe, die Mittel zur Hand zu bringen, damit seine Lande und ein jeder seiner Unterthanen demnächst errettet und ungefährdet bei dem Seinigen verbleiben könne.[1]

Dem energischen Auftreten des Oberstlieutenants Becker und seinem Zusammenwirken mit den Herzögen von Wolfenbüttel und von Lüneburg und dem Kurfürsten von Mainz gelang es endlich noch während des Sommers die ganze Bewegung zu dämpfen, ohne daß es zu bedeutenderen Entscheidungskämpfen gekommen war. Wir hören jedoch, daß Becker in der letzten Hälfte des Juli gegen Benneckenstein zog und den Ort einnahm und ausbrannte. Die hierbei aufgegriffenen 24 Bauern ließ er nach Blankenburg bringen. Durch diesen Zug wurde Kaspar v. Berlepsch

1) Kurtze | Gründliche Information und beständiger wahrer Bericht | Was es vmb die Grafschafften Hohn- vnd Reinstein, | für eine eigentliche Bewandnis habe . . . Gedruckt zu Halberstadt | Anno 1703. S. 215—18.

gerettet, welcher von den Schützen aus dem Amte Stiege entführt worden war und nur gegen eine Summe von 1000 Thalern entlassen werden sollte. Becker ist um diese Zeit auch nach Quedlinburg gekommen, um sich die Gefangenen ausliefern zu lassen, was er indessen nicht durchsetzte.[1] Später fügte sich jedoch die Stadt und übergab dem kaiserlichen Offizier einen Schützen, Namens Andreas Gerlach.

Dieselbe protestantische Zeitung, welcher wir schon einige Nachrichten entnahmen, berichtet unter dem 26. Juli/5. August von dem tragischen Ausgange einer fröhlichen Bauernhochzeit in einem Halberstadt benachbarten Dorfe. Zur Hochzeit eines Bauernanführers waren gegen 300 Bauern und Schützen zusammengeströmt. Becker, welcher von dem Feste Kunde erhalten hatte, ließ die Arglosen den ganzen Tag über guter Dinge sein, brach aber gegen Abend von Halberstadt auf und umzingelte das Dorf. Er sendete darauf einige Reiter hinein, welche sich für dänische Soldaten ausgaben und von den Bauern wol aufgenommen, aber wahrscheinlich zurückgehalten wurden. Als dann ein neuer Kundschafter Becker die erwünschten Nachrichten brachte, ritten die Östreicher ein und nahmen Braut und Bräutigam nebst den Spielleuten und einigen Hochzeitsgästen, zusammen gegen 27 Personen, gefangen, während sie den übrigen Quartier zusagten. Allein viele Bauern verschmähten die Gnade des Feindes, zündeten das Dorf an und stürzten sich „in voller Furie" selbst in die Flammen. Wer darauf seine Rettung nicht durch die Flucht fand, wurde von Beckers Reitern niedergehauen.

Demungeachtet soll es Becker gelungen sein, mit den meisten Schützen ein friedliches Abkommen zu treffen, so daß sie die Waffen niederlegten und dem Kaiser Gehorsam versprachen. Sie sollen sich dabei Befreiung von den Kriegskontributionen ausbedungen und sogar durchgesetzt haben, daß sie sich gegen Gewaltthätigkeiten bei Durchzügen der Kaiserlichen verteidigen durften. Zu einer friedlicheren Stimmung der Aufständischen mag auch ein in der ersten Hälfte des August einlaufendes kaiserliches Mahnschreiben an die Stände das Seinige beigetragen haben.[2]

Von anderen Seiten wird dagegen berichtet, daß der Oberstlieutenant Becker in Halberstadt die grausamsten Strafen vollstrecken ließ. Einigen Schuldigen wurden, wie es heißt, Riemen aus lebendigem Leibe geschnitten.[3]

---

1) Schreiben der Stadt Quedlinburg an Johann Georg von Sachsen vom 14./24. Juli 1627. K. St.-A. in Dresden.

2) Dieses kaiserliche Schreiben ist vom 28. Juli.

3) Abel, Samlung rarer Chroniken. S. 442.

Und auch nachdem die äußere Ruhe einigermaßen wider hergestellt war, ließ Becker von seinen Bemühungen, sich der Anführer und Hauptschuldigen zu bemächtigen, nicht ab.

In der ersten Hälfte des Septembers sprach Christian von Celle seine Befriedigung darüber aus,[1] daß die Harzbauern nun zerstreut waren, und rechnete es Friedrich Ulrich zu einem besonderen Verdienst an, daß er durch die Anschlagung seines Patents so viel dazu beigetragen habe. Kurze Zeit darauf berichtete derselbe Herzog mit einem gewissen Selbstgefühl an den Kaiser, er habe es in Verbindung mit den kaiserlichen und den mainzischen Offizieren auf dem Eichsfelde sowie dem Herzoge von Wolfenbüttel so weit gebracht, daß die Bauern ihren Ungehorsam erkannt, sich zum Gehorsam bequemt, die Gewehre niedergelegt und den ihnen gebotenen Pardon angenommen hätten. Freilich waren noch viele gefangen, und der Herzog wollte auch selbst noch Anführer derselben einziehen und bestrafen lassen. Seiner Versicherung nach waren in Halberstadt viele hingerichtet worden. Der Landgraf Georg von Darmstadt hatte sich der ihm zuständigen Burg Plesse und ihres Zubehörs wegen mit den mainzischen Behörden in Verbindung gesetzt, um Gefahren zu vermeiden.[2]

Daß die Bewegung übrigens mit einem Male, wie uns die Berichte melden, erloschen sei, erscheint wenig glaubhaft. War doch in Hamburg noch in der letzten Septemberwoche die Nachricht verbreitet, daß sich die Bauern zur Nachtzeit der Harzburg wieder bemächtigt und feindliche Truppen, welche von Wolfenbüttel her gegen sie anrückten, zurückgetrieben hätten. Nachdem jedoch die Dänen das linke Elbufer bis nach Harburg hin hatten preisgeben müssen, und Tilly sich bei Lauenburg festgesetzt hatte, konnten auch die leidenschaftlichsten Anhänger der ganzen Bewegung kaum auf irgend einen Erfolg mehr hoffen, und so scheinen denn im Laufe des August und September die letzten Flammen des Aufstandes in sich selbst zusammen gesunken zu sein. —

Wer das Maß der Leiden ungefähr ermessen will, welche in diesen Jahren die vom Kriege unmittelbar heimgesuchten Lande zu erdulden hatten, der wird es vielleicht imstande sein, wenn er amtlichen Aufzeichnungen über die Verluste der braunschweigischen Gebiete Glauben schenkt. Um Mitleid mit seiner Lage zu erregen, ließ der unglückselige Herzog Friedrich Ulrich im Jahre 1628 eine Übersicht der erlittenen Kriegsschäden aufnehmen und den Reichsständen und jedenfalls auch

1) Herzog Christian an Friedrich Ulrich 4./14. Sept. 1627. H. A. in Wolfenb.

2) Herzog Christian von Celle an den Kaiser 13./23. Sept. Er beantwortete hiermit ein an mehrere beteiligte Stände gerichtetes Schreiben Ferdinands II. vom 28. Juli, welches er erst am 19. Sept. erhalten hatte.

dem Kaiser zugehen.[1] Diese Berechnung faßte nur die Schäden und Verluste in sich, welche seit Michaelis 1625 bis zum August 1627 etwa im fünften Teile des Herzogtums ihrem Geldwerte nach hatten geschätzt werden können. Die Gesamtsumme dieser Kriegsschäden wurde auf 10 806 382 Reichsthaler angegeben. Nach dem Urteile der mit der traurigen Aufgabe betrauten Beamten müßte sich jedoch der Verlust des ganzen braunschweigischen Landes an die hundert Millionen belaufen haben. Welche Summe von menschlichem Elend enthalten die Schlußworte dieser Rechnungsübersicht: „und ist gewiß der vierte Mensch nicht mehr übrig!“

Die Verluste des Amtes Liebenburg von Michaelis 1625 bis zum 12. August 1627 sind auf 302 071 Reichsthaler angegeben. Aus 14 Ortschaften dieses Amtes waren die Leute alle verlaufen oder umgekommen, so daß die Schäden nicht verzeichnet werden konnten. Die Angabe über die Verluste des Amtes Calenberg beläuft sich auf 1 040 573 Reichsthaler, das Amt Wolfenbüttel hatte Einbußen im Betrage von 1 907 434 Rchsth. erlitten, und diese Summe umfaßte noch nicht einmal die Verluste der Stadt und der Festung während der Belagerung. Der Brandschaden, welchen der Graf v. Solms durch Abbrennung von 30 großen Dörfern und drei Klöstern verursacht hatte, belief sich auf 307 759 Reichsth. Die Grafschaft Hoya war nach dieser Rechnungsübersicht bis auf den Grund verwüstet, so daß weder Menschen noch Vieh mehr vorhanden war. Eine Wertangabe über den unermeßlichen Schaden konnte daher in dieses Verzeichnis nicht aufgenommen werden.

Die Stadt Northeim.

Unmittelbar nach der Schlacht bei Lutter war auch die schwache dänische Besatzung der Stadt Northeim unter dem Drängen der Bürgerschaft aufgebrochen und von ihren beiden Hauptleuten Lucas Hettenheimb und Borchard v. Linsingen abgeführt worden. Der erstere begab sich von Northeim nach Erichsburg[2] und setzte sich hier eine Zeit lang fest. Infolge seines Vertrages mit Tilly bemühte sich darauf der Herzog Friedrich Ulrich, das Verlangen des ligistischen Feldherrn, auch Northeim mit einer Besatzung zu versehen, zu erfüllen. Die der Stadt zugedachte Besatzung sollte 300 M. betragen; später wollte sie Tilly noch um 100 M. ver-

1) K. R.-A. in München.

2) Erichsburg ist noch im J. 1627 von den Kaiserlichen belagert gewesen; wann es genommen wurde, scheint unbekannt zu sein.

mindern. Allein obwol Friedrich Ulrich dieſe harte Notwendigkeit der Bürgerſchaft ſelbſt unter Drohungen begreiflich zu machen ſuchte, blieb doch ſein Mühen erfolglos, und als ſich Tilly wirklich anſchickte, von der Stadt Beſitz zu ergreifen, ſammelten ſich von neuem däniſche Soldaten und Freiwillige in ihren Mauern, welche im Verein mit den Bürgern die Thore ſchloſſen.

Trotzdem ſuchten ſich im Jan. 1627 die Vertreter des Herzogs mit Tillys Audienzrate Alexander v. Maſſoni über die Beſetzung zu vergleichen. Allein ein Volkshaufe bedrohte das Haus, in dem die Geſandten des Herzogs Wohnung genommen hatten, und der Vertragsentwurf wurde von Tilly nicht vollzogen. Später wurde der Amtmann zum Hardenberge Kaſpar Wulff in derſelben Angelegenheit gen Northeim entſendet, allein vom Walle aus mit Schüſſen empfangen, ſo daß auch dieſer Vermittelungsverſuch ſcheiterte. Am Ende der zweiten Märzwoche kündigte ſich darauf der Stadt von Einbeck aus eine neue landesherrliche Abordnung an, die jedoch ebenſowenig Einlaß fand.

Die däniſche Beſatzung ſamt den aus Land und Stadt aufgenommenen Flüchtlingen gaben damals und ſpäter noch andere Beweiſe ihrer Entſchloſſenheit. Eine gemiſchte Abteilung von 600 M. machte vierzig herberſtorfiſche Reiter nieder und eroberte zwei Geſchütze.[1] Einige Zeit darauf berichtete der bairiſche Bevollmächtigte Lerchenfeld über die ununterbrochenen Ausfälle der mit den däniſchen Soldaten gemeinſchaftliche Sache machenden Bauern und anderer Flüchtlinge. Dieſe Hartnäckigkeit mochte ſich auch daraus erklären, daß die Beſatzung von Northeim mit einer gewiſſen Sicherheit auf die Unterſtützung der Harzſchützen und der an der Weſer erwarteten Engländer rechnete.

Um die Beſetzung der Stadt durch Tilly zu verhindern, hatte Friedrich Ulrich dem General verſprochen, daß die Stadt die Einlagerung durch eine wöchentliche Kriegsſteuer von 200 Thalern abkaufen ſollte, und der Rat hatte Tilly dieſe Summe wirklich angeboten, ohne ihn jedoch von ſeiner erſten Forderung abzubringen. Da trat man endlich in Northeim mit der däniſchen Beſatzung in Wolfenbüttel in Verbindung, „ohne Zweifel aus Deſperation und weil ſie täglich für Augen geſehen, wie erbärmlich mit den armen Leuten zu Göttingen, Münden und andern Orten umgegangen wird: hatten doch Eltern bereits ihre Kinder, denen ſie nichts mehr zu eſſen geben konnten, umgebracht".[2]

1) Ruepp an den Kurfürſten Maximilian, Peine 6. März, Chriſtof v. Lerchenfeld an denſelben, Moringen 31. Mai. K. R.-A. in München.

2) Friedrich Ulrich an den Herzog Chriſtian von Br.-Lüneburg 14./24. März. H.-A. in Wolfenbüttel.

Von Wolfenbüttel aus wurde die erbetene Unterstützung gewährt,[1] und in der Nacht vom 16. zum 17. März einige hundert dänische Reiter in die Stadt eingelassen. Durch dieses Wagnis setzte der Rat seinen Landesherren in noch größere Verlegenheit, so daß derselbe in seiner Beklommenheit Christian von Celle ersuchte, auf Tilly einzuwirken, daß bei der Eroberung der Stadt wenigstens die Unschuldigen und die kleinen Kinder verschont werden sollten.

Der ligistische General dagegen erklärte sich jetzt damit zufrieden, wenn die Stadt die dänische Besatzung auf der Stelle ausweisen, eine Kompagnie ihres eigenen Landesherrn einnehmen und seinen Truppen jeden erforderlichen Vorschub leisten würde. Und darauf befahl Friedrich Ulrich der Stadt bei Strafe des Aufruhrs und dem Verluste der Güter (29. März/8. April), sich seinen hierauf gerichteten Weisungen zu fügen, fand aber keinen Gehorsam. Als sich einige Wochen später abermals landesherrliche Abgeordnete vor der Stadt zeigten, begrüßte man sie sogar mit Kanonenschüssen, und ein ander Mal verweigerten die Wachen die Annahme der Briefe der landesherrlichen Vertreter. Im Laufe des Mai scheint noch eine Art Volksabstimmung über die Frage stattgefunden zu haben, wer von den Bürgern seinem Landesherren Gehorsam leisten wolle. Ein Prediger, der wol mit dem Treiben in der Stadt nicht einverstanden war, wurde abgesetzt. Ein später in Haft genommener Licentiat Vieweg, vielleicht der städtische Syndikus, sagte aus, daß er zu widerholten Malen unter Lebensgefahr darauf hingewiesen habe, wie es die Sache der Bürger nicht sein könne, ihrem Landesherren Friedensbedingungen oder Gesetze vorzuschreiben, sondern nur sie von ihm entgegen zu nehmen.

In dieser Zeit entzog sich der leidenschaftliche und geistesverworrene Herzog Joh. Friedrich von Weimar der Gefahr, seiner Freiheit durch seinen regierenden Bruder beraubt zu werden, ritt geradeswegs auf Northeim zu, wurde aber von Mannschaften des herberstorfischen Regiments in der Umgebung der Stadt aufgegriffen und nach mannhafter Gegenwehr festgenommen, so daß er seine Absicht, sich nach Northeim zu werfen, nicht durchführen konnte.[2]

Schon im Monat Mai waren auch Kompagnien des Obersten Curtenbach vor der Stadt erschienen; da sich die Besatzung indessen noch immer eines

1) Gefangene Bürger erklärten später dem Schultheißen Tedener, daß der Rat und die Gildemeister Erich Altten und Hans Reineke den Auftrag erteilt hätten, zuerst in Wolfenbüttel um Unterstützung nachzusuchen, und wenn diese abgeschlagen werden sollte, bei dem Herzoge in Braunschweig um einen Vergleich anzuhalten. Diese Darstellung ist nicht unwahrscheinlich. K. A. in Hannover.

2) Röse, Dr. B. Johann Friedrich der Sechste, Herzog zu Sachsen. S. 68. 69.

Entsatzes durch die an der Weser aufgestellten Engländer getröstete, warteten ihre Führer die Annäherung noch zahlreicherer Einschließungstruppen ab. Trotzdem hielt sich jedoch der kleine Ort noch Wochen lang.

Erst am 25. Juni begann Fürstenberg[1] mit der Beschießung, die sehr bald Erfolg hatte. Noch an demselben Tage wurden zwei Türme der Stadtmauer niedergelegt und Bresche geschossen. Darauf erschien ein Trompeter aus der Stadt und suchte im Namen der Bürger und der dänischen Besatzung um einen Waffenstillstand bei dem Belagerer nach, der versagt wurde. Fürstenberg forderte Ergebung auf Gnade und Ungnade und stellte auch hierzu nur eine kurze Frist. Von seiten der Belagerten wurde darauf die Ergebung zugesichert. Da Fürstenberg aber Zweifel an der Aufrichtigkeit ihres Versprechens hegte, und von seinen meuterischen Soldaten, sogar den Offizieren der Sturm gefordert wurde, gab er nach und ließ zwei Stunden lang stürmen. Denn er wollte zugleich sein Mütchen an der rebellischen Stadt kühlen. Die Belagerer erstiegen nun zwar den Wall, begegneten aber einem so verzweifelten Widerstande, daß sie mit einem nicht unbedeutenden Verluste an Offizieren und Mannschaften zurückgetrieben wurden. Ein denkwürdiges Zeugnis für die Höhe der Belagerungskunst jener Zeit!

Am andern Tage kam ein Waffenstillstand zur Bestattung der Toten und Aufsuchung der Verwundeten zustande, während dessen die Belagerten abermals ihre Ergebung anboten. Der Kommissarius Christof v. Lerchenfeld vermittelte darauf nebst zwei höheren Offizieren mit den städtischen Bevollmächtigten, denen sich auch der Kommandant der dänischen Reiter angeschlossen hatte, einen Vertrag, kraft dessen der Stadt und ihren dänischen Verteidigern Pardon erteilt wurde. Am 27. Juni berieten die städtischen Behörden über diese Zusicherungen des feindlichen Oberbefehlshabers und erklärten sich mit ihnen einverstanden. Schon an diesem Tage öffnete man den Feinden die Thore der Stadt, und gegen Abend hielten, nachdem die Sieger ihre Zusicherungen auch schriftlich beglaubigt hatten, 600 M. des Regiments Blanckhart als neue Besatzung ihren Einzug.

Alle Einwohner der Stadt, auch die in dieselbe geflüchteten Landleute wurden entwaffnet, die letzteren aber noch eine Zeit lang zurück-

1) Wir folgen hier dem Schreiben Christofs v. Lerchenfeld an Maximilian v. Baiern, Northeim 29. Juni. K. H. H. u. St.-A. in Wien. Vgl. dazu Vulturnus, Kurtze Erzehlung (1631) K. 2, 3. Der Bericht im Theatrum Europaeum (Bd. 1 (J. 1662) 982) ist in den Zeitangaben verworren, enthält aber sonst Einzelheiten, die nicht unglaubwürdig erscheinen. Diese Erzählung ist in den dritten Teil des Meteranus novus (J. 1640) S. 508 f. und auch in Khevenhillers Annalen 10 S. 1611 f. übergegangen.

gehalten, um die Schanzen vor der Stadt abzutragen und die Laufgräben wider zu füllen. Die däniſchen Reiter ſcheinen mit allen militäriſchen Ehren nach Wolfenbüttel geleitet worden zu ſein; wenigſtens hatte man ihnen Quartier und freien Paß bis dahin zugeſichert.

Vor dem Einzuge der Truppen kam es in der Stadt unter den Parteien, den Tillyanern und den Regionern (den Königlichen), zu gewaltſamen Auftritten. Am Morgen des 27. Juni, der ein Sonntag war, wurden einige Mitglieder der königlichen Partei von ihren Gegnern unter Anwendung von Waffengewalt in das Gefängnis getrieben, wo ſie Monate lang feſtgehalten wurden; und am Freitag darauf fanden noch andere Verhaftungen ſtatt. Auch den Prediger eines benachbarten Dorfes traf dieſes Loos. Sein Geſchick teilte ferner jener bereits erwähnte Moriz Vieweg, dann der ſtädtiſche Rittmeiſter Auguſtin Kaſtner und der Stadtſchreiber Johannes vom Berge. Alle dieſe letzteren behaupteten ſpäter, ganz mit Unrecht eingezogen worden zu ſein, da ſie für ihre Perſon in der Stadt nichts zu gebieten und nichts zu verbieten gehabt, ſondern ihrer redlichen Verpflichtung zufolge nur die Beſchlüſſe des Rats und der Gilden zur Ausführung gebracht hätten. Allen Eingezogenen wurde der Prozeß gemacht, der ſich aber viele Monate lang hinzog. Ihre unwürdigen Leiden und Drangſale in den ſchmutzigſten Löchern der Gefängniſſe ſuchte der nachſichtige Landesherr vergeblich zu mildern.

Aber auch die Leiden der übrigen Bürgerſchaft nahmen nach der Einnahme der Beſatzung noch zu. Die Zahl der zu verpflegenden Soldaten mit ihren Anhängſeln von Frauen und Kindern überſtieg ſehr bald die Zahl der noch in der Stadt befindlichen Bürger. Um die Mitte des Septembers wurden die wöchentlichen Kriegsleiſtungen auf 581 Thlr. 18 Gr. feſtgeſetzt, welche 200 Bürger aufzubringen hatten. In den demütigſten Worten baten damals die Gilden und die gemeinen Bürger ihren Herzog um Verzeihung und erſuchten ihn zugleich um ſeine Verwendung für die baldige Abführung oder Verringerung der Beſatzung, damit die noch anweſenden Bürger nicht auch demnächſt das Weite ſuchen müßten.[1]

Der Graf v. Fürſtenberg brach mit ſeinen Regimentern vielleicht ſchon am 30. Juni von Northeim gegen Stolzenau auf.

---

1) Kön. St.-A. zu Hannover. Calenb. Br.-Arch.

Vormarsch der Ligisten gegen die Elbe.

Trotz der eifrigen Bemühungen des Königs, dem Feinde durch seine umfangreichen Rüstungen Schrecken einzujagen, war seine Kriegslust geringer, als die seiner Gegner. Auf keinen Fall darf ihm ausschließlich die Fortsetzung eines Kampfes beigemessen werden, für welchen er niemals hinreichend gerüstet war, und für welchen er schon damals auf keine ausreichende Unterstützung seiner Bundesgenossen rechnen konnte. Gewiß, Christian IV. hätte Friede geschlossen, wenn er sicher gewesen wäre, durch denselben die alten Zustände im niedersächsischen Kreise und besonders in den evangelischen Stiftern widerherzustellen.

Diese Bemühungen förderte schon in seinem eigenen Interesse damals auch der Graf Anton Günther von Oldenburg. Noch vor dem Einzuge der Engländer und Schotten in das Erzstift Bremen erschien derselbe bei dem Könige und ersuchte ihn um die Zustellung gemäßigter Friedensbedingungen, die er Tilly und Fürstenberg vorlegen wollte. Zugleich rief er freilich auch die Nachsicht des Königs an, wenn er genötigt sein sollte, den Armeen seiner Feinde dann und wann unter die Arme zu greifen. Obgleich ihm der König diese letztere Bitte abschlagen mußte, begab sich der Graf doch in das ligistische Lager und teilte hier die ihm vom Könige unterbreiteten Friedensbedingungen mit, welche sogar zur Kenntnis der Generalstaaten gebracht worden waren.[1] Diese Vorschläge erklärte Tilly von vornherein für ungeeignet, erstattete aber doch dem Kaiser Bericht, worauf ihm von Wien aus der Befehl erteilt wurde, die Unterhandlungen auf eigne Verantwortung und ohne den Kaiser durch dieselben zu verpflichten, fortzusetzen. Der Graf v. Oldenburg hatte aber bei dieser Gelegenheit zugleich in Erfahrung gebracht, daß weder Tilly noch einer seiner Untergebenen eine wirkliche Vollmacht aufzuweisen hatten, und mußte also unverrichteter Sache zurückkehren.[2]

Und demungeachtet suchte derselbe in dem Monate April noch einmal Tilly in Verden auf und legte ihm hier ein förmliches Friedensprogramm vor. Der erste Punkt desselben betraf abermals Tillys kaiserliche Vollmacht. Freimütig und unumwunden gestand der ligistische General ein, daß er eine solche nicht besitze. Ebenso offenherzig erklärte er, daß der Kaiser den zweiten Punkt schwerlich genehmigen werde, nach welchem Christian IV. den Frieden für sich und

1) Diese Mitteilungen ließ Aitzema von Stade aus den Generalstaaten am 14./24. März zugehen. Haag.

2) Ruepp an den Kurfürsten Maximilian, Moringen 2. April 1627.

den niedersächsischen Kreis schließen wollte: hatte doch der Kaiser den König von Dänemark niemals als Kreisobersten anerkannt. Ebenso geringe Aussicht eröffnete der General dem Grafen für die Möglichkeit, in einen Frieden die auswärtigen Freunde und Verbündeten des Königs einzuschließen. Den niedersächsischen Stiftern wollte Christian IV. nach der Mitteilung des Grafen die Stellung sichern, welche sie unter dem Kaiser Rudolf II. inne gehabt hatten. Tilly äußerte in Beziehung hierauf seine Meinung dahin, der Kaiser werde in diesem Punkte seine Kapitulation und die Reichsverfassung zur Richtschnur nehmen und wich also einer bestimmten Erklärung aus. Endlich machte derselbe dem Grafen auch nicht die geringste Hoffnung auf die Erfüllung des letzten Punktes, die gleichmäßige Abdankung des Heeres. Seinem Urteile nach konnte der Kaiser diese Bedingung nicht eingehen, weil er außer Christian IV. noch mehr Feinde hatte, und — weil ihm die Mittel zur Abdankung fehlten. Schon jetzt beherrschte Tilly vielmehr die Anschauung, daß die militärische Besetzung dieser norddeutschen Gebiete keine vorübergehende, sondern eine langdauernde sein werde und müsse. „Über das könnte man die Geldmittel, die Totalabdankung ins Werk zu richten, sobald nicht zu Handen bringen, wären . . auch keine Örter vorhanden, dahin das abgeführte Volk widerum hinlänglich einquartieret und verlegt werden könnte, angesehen es dann . . unbillig sein wollte, solch Volk von den Ungehorsamen abzunehmen und den gehorsamen Kurfürsten und Ständen . . auf den Hals zu dringen".[1] Nach diesem gänzlich ablehnenden Bescheide des Generals hielt es der Graf doch nicht für überflüssig, auch noch Walmerode anzusprechen. —

Tilly wendete sich am 15. Juli n. St. von Gifhorn zunächst nördlich gegen Ülzen, in dessen Nähe er am 17. Juli eintraf.[2] In seiner Umgebung hatte sich einige Tage vor dem Aufbruche auch der kaiserliche Bevollmächtigte Walmerode befunden. Der ligistische General hatte seinen Vormarsch mit vier ligistischen Regimentern zu Fuß, Schönberg, Cronberg, Reinach und Herberstorf, und acht Geschützen begonnen, zog aber sehr bald noch vier kaiserliche Regimenter an sich, nämlich die drei Reiterregimenter Desfours, Husmann und das neusächsische und das Infanterieregiment Cerboni: Unter den ligistischen Reiterregimentern war das schönbergische das beste und stärkste, denn es zählte 1400 Pferde; sein Oberster war dem Kurfürsten von Tilly bereits als Generalwachtmeister an Lindlos Stelle empfohlen. Die kaiserliche Reiterei fanden dagegen die ligistischen Offiziere sehr schlecht ausgerüstet.

1) Tilly an den Kaiser, Peine 3. Mai 1627.

2) Nach einem Berichte Walmerodes an den Kaiser vom 11. Juli hatte sein Aufbruch schon an diesem Tage stattfinden sollen.

Große Not bereitete Tilly die Beschaffung von Lebensmitteln für diese zahlreichen Truppen in einem vollständig verwüsteten Lande. Auch das Regiment Cerboni war trotz der Mahnungen Tillys an Aldringer ohne Proviant erschienen und mußte nun gleichfalls verpflegt werden, da es von seinen in Tangermünde lagernden Vorräten keinen Gebrauch machen konnte. Von den benachbarten Städten leistete Lüneburg Zufuhren, aber auch nur gegen einen ziemlich hohen Preis. Selbst von der Weser her mußte der General damals den Unterhalt für sein Heer beziehen. Am 20. Juli hatte Tilly sein Hauptquartier auf Kloster Scharnebeck nordöstlich von Lüneburg und rückte von da den folgenden Tag weiter vor.

Die Dänen hatten bei der Annäherung eines so bedeutenden Heeres das linke Elbufer nach der Zerstörung der Brücken über die Neetze und Ilmenau fast vollständig geräumt und waren über ihre Schiffbrücke in der Nähe von Boizenburg zurückgegangen. Nur einige kleine Besatzungen waren in verschanzten Punkten als Vorposten zurückgelassen worden und zwar an der Straße von Lüneburg nach der Elbe in Brietlingen diesseit der Neetze und in Lüdershausen unmittelbar jenseit dieses Flüßchens. Ferner behaupteten die Protestanten noch einige Zeit die Schanze zu Hohnstorf (Handorf), Lauenburg gegenüber und auch die zum Schutze der Schiffbrücke nach Boizenburg angelegten umfangreicheren Verschanzungen am „Goldufer.“ [1]

Schon am 21. Juli erschien Tilly vor Brietlingen, in dessen Schlosse eine Besatzung lag. Die Schanzen von Lüdershausen wurden nur von einigen hundert Mann des berittenen holsteinischen Ausschusses verteidigt, der sich einige Tage sehr tapfer hielt, sodaß Tilly einer Zeitungsnachricht gemäß in diesen Kämpfen vor Lüdershausen an Toten und Verwundeten 300 M. verlor. Die Dänen hatten unter den Toten den Major Sehestedt von der Leibfahne des Königs und ein Mitglied des holsteinischen Adelsgeschlechtes v. Buchwald zu beklagen. Den Oberbefehl über diese hier aufgestellten Truppen führte der Oberst Durant, der nach Ruepps Versicherung persönlich anwesend war. Die Besatzung von Lüdershausen hielt sich bis zum Abend des 27. Juli, wo sie sich ergab. Die meist aus Ausschuß bestehenden 350 M. wurden von den Ligisten zur Brücke geleitet und so dem Könige zugesendet; ihre Geschütze samt der Munition und den Lebensmitteln hatten sie dagegen dem Sieger als Beute zurücklassen müssen.

---

1) „Goldüber“ wird diese Schanze wol infolge eines Druckfehlers genannt in der Flugschrift: Kurtzer Bericht, Was der Keyſ: General Herr Graff von Tylli . . . durch das (!) Monat Julii vnnd Augusti . . . für . . siegreiche Progress gethan . . . Getruckt im Jahr Christi 1627. 4. 4 Bll.

Nach Ruepps Versicherung hätte sich der Ort bei seiner morastigen Umgebung länger halten können, was indessen bei der geringen Anzahl der Verteidiger kaum glaubhaft erscheint.[1]

Unmittelbar darauf zog auch die kleine Besatzung des Schlosses Brietlingen ab.

In der Nacht vom 27. zum 28. Juli erschienen Tillys Truppen vor der Schanze Hohnstorf, deren Verteidiger nach kurzem Widerstande ebenfalls ihre Stellung aufgeben und sich auf Schiffen über die Elbe zurückziehen mußten.

Überhaupt suchten sich die Ligisten am linken Elbufer weiter abwärts auszubreiten, was ihnen anscheinend ohne erhebliche Schwierigkeiten gelang. Am 27. Juli zeigten sie sich bereits vor den Schanzen gegenüber dem Zollenspieker, in denen sich damals der König selbst befand. Denn auf dieser Hamburg und Lübeck gemeinschaftlich zustehenden Insel hatten sowol die Dänen als auch beide Hansestädte Verschanzungen und zwar sehr nahe nebeneinander angelegt. Auf das Ersuchen des Königs ließen die Hamburger sogar zwei Stück Geschütz in die dänische Verschanzung führen. Der hamburgische Stadtoberst Hatzfeld war selbst auf dem Zollenspieker anwesend. Durch Geschützfeuer wurden die Ligisten von den Verschanzungen am Lande in kurzer Zeit zurückgetrieben.[2] Als Tilly am 28. Juli in der Nähe der Schanze auf dem festen Lande eine Recognoscierung vornahm, wurde einem neben ihm reitenden darmstädtischen Kommissare das Pferd unter dem Leibe erschossen.

Als sich Tillys Scharen Lüdershausen näherten, befand sich Christian IV. in Lauenburg. Die Truppen, welche er um Boizenburg, Lauenburg und im südlichen Holstein zusammengebracht hatte, wurden auf seiten seiner Feinde etwa auf 7000 Pf. und 8000—9000 M. Fußvolk, aber wahrscheinlich viel zu hoch geschätzt. Denn der König selbst gestand damals dem Markgrafen von Baden, daß er sich von Truppen sehr entblößt habe und genug zu thun haben werde, um den Feinden bei Lüdershausen Widerstand zu leisten. Er mahnte ihn daher, sich so gut als möglich mit den ihm untergebenen Regimentern zu verwahren und schnitt ihm die Hoffnung auf weitere Unterstützung ab. Thurn erhielt von Boizenburg aus den Befehl vom Könige, mit ungefähr 2000 Pferden und 1000 M. Fußvolk den Feind vom Uebergange über den Fluß zurückzuhalten.

1) Ruepp an den Kurf. Maximilian, Brietlingen 24. Juli. K. R.-A. in München.

2) Tage Tott an den Kanzler Friis, Hamburg 18./28. Juli a. a. O. S. 135, Christian IV. an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, Wandsbeck 18./28. Juli, Bricka og Friedericia, Kong Christian IV. Eg. Br. II. 89 f.

Wie viel die Ausrüstung der Armee auch damals noch zu wünschen übrig ließ, geht aus einem späteren Briefe des Königs an den Markgrafen hervor, in welchem er sich besonders über die Mängel in der Artillerie beklagte. Hier und da hatte man ferner nicht einmal Kugeln, welche in die Musketen paßten, sondern mußte eine jede vor dem Gebrauche in vier Teile zerschneiden. Der König befahl daher ausdrücklich, daß man eher zu kleine als zu große Kugeln gießen oder kaufen sollte. Tage Tott schrieb in der dritten Juliwoche von Lauenburg aus an den Kanzler Friis: unser Volk ist sehr schwierig, die Ursache kennt der Herr Kanzler recht wol.[1]

Auch dem Könige selbst erschien seine Lage als eine sehr unsichere. Noch einmal berief er sich daher um diese Zeit der Infantin gegenüber auf seine Geneigtheit zum Frieden und versprach keine Forderung zu stellen, zu der sich nicht im Rahmen der Reichsverfassung, der kaiserlichen Wahlkapitulation und des Religionsfriedens eine Berechtigung finde. Doch betrieb er andererseits bei den täglich wachsenden Gefahren gerade damals auch die Ausrüstung eines Zuges in die westfälischen Stifter durch die Generalstaaten auf das nachdrücklichste.

Christian IV. befand sich überhaupt in diesen letzten Juliwochen in leidenschaftlicher Erregung, da ihn ein noch viel lebhafteres und deutlicheres Bewußtsein von den unüberwindlichen Schwierigkeiten seiner Lage, als selbst seine vertrautesten Diener erfüllen mußte. Damals wußte er bereits, daß Bethlen Gabor keine Unterstützungen erhalten hatte und also nicht auf dem Kriegsschauplatze erscheinen würde; damals muß er auch bereits die ersten Ereignisse des unglücklichen Feldzuges in Schlesien gekannt haben. Demungeachtet verlor er jedoch den Mut nicht: die Gefahr und die Enttäuschung stärkte vielmehr seine opferbereite Hartnäckigkeit noch mehr. In jenen Tagen dankte er dem lutherischen Herzoge Adolf Friedrich von Schwerin für seine Beständigkeit mit dem Worte: „Was meine Person betreffen thut, ob schon ich die Welt voll Böses und Untreu erfüllet befinde, so soll doch an mir kein Mangel bis auf das letzte Suspirium gespüret werden".[2]

Der König empfing am 25. Juli noch einmal den Grafen von Oldenburg in Wandsbeck und versicherte ihn nochmals seiner Geneigtheit, einen

---

1) F. Fries, Nogle Breve til Kongens Kansler Christian Friis angaaende Krigen og Landets Tilstand under den i Aarene 1625—28, Danske Magazin IV, 6. S. 134.

2) Christian IV. an den Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg, Krempe 9./19. Juli. Bricka og Fridericia, K. Chr. d. F. Eg. Br. 2. Bind 89.

ſicheren und beſtändigen Frieden einzugehen.[1] Der Graf wollte ſich darauf über den Zollenſpieker in Tillys Hauptquartier begeben; allein dieſer ließ ſich ſeiner zahlreichen Geſchäfte wegen entſchuldigen, ſo daß der beſorgte Friedensvermittler nicht einmal in das Lager gelangte. Dagegen hatte der Graf in Lüneburg eine Unterredung mit Walmerode, in der er ſich bitter beklagte, daß man ſeine treuen Dienſte ſo übel belohne und ihn ſogar ſelbſt für verdächtig halte.

Auch mit dem Kurfürſten von Sachſen ſtand der König damals noch in Verbindung. Wenigſtens wußte man im feindlichen Lager, daß ihn ein kurſächſiſcher Kammerdiener aufgeſucht hatte. Ja Ruepp meldete Maximilian von Baiern ſogar, der König habe an den Kurfürſten das Anſinnen gerichtet, ihm durch ſeine Vermittelung bei dem Kaiſer einen Waffenſtillſtand auszuwirken,[2] wofür wir indeſſen kein glaubhafteres Zeugnis anführen können.

Chriſtian IV. in Rendsburg.

Als der König nicht mehr daran zweifeln konnte, daß Tilly demnächſt die Elbe überſchreiten werde, und auch Wallenſtein herannahe, ſendete er noch einen Botſchafter, den jungen Ulfeld, an die Generalſtaaten und ſtellte ihnen ſeine traurige Lage vor. Er verzweifelte daran, ohne eine erhebliche Verſtärkung ſeines Fußvolkes die Elbherzogtümer behaupten zu können, und um dieſe ſuchte er nochmals dringend nach.[3] Um dieſe Zeit gingen ferner Chriſtian Thomaſſon Sehestedt und Jürgen Brahe nach England und Frankreich, um zunächſt Karl I. friedlichere Geſinnungen gegen Frankreich einzuflößen und ihn zu weiteren Unterſtützungen zu drängen.

Der König hielt ſich Ende Juli und Anfangs Auguſt in Wandsbeck auf: am letzteren Orte finden wir ihn noch am 2. Aug. n. St. Von hier eilte er über Bramſtedt nach Rendsburg, um an den Verhandlungen des einberufenen Landtages perſönlich teilzunehmen. Hier verweilte er gerade an den Tagen, an welchen Tilly den Übergang über die Elbe gewann. Aber auch in Rendsburg warteten ſeiner nur Enttäuſchungen. Die Durchführung des letzten Ständebeſchluſſes, Geworbene aufzubringen, hatte ſich als eine Unmöglichkeit erwieſen: nur einige Kompagnien hatten

---

1) F. van Aitzema an die G.-St. Hamburg 28. Juli.

2) Ruepps Schreiben an den Kurf. Maximilian vom 24. u. 31. Juli.

3) Rusdorfs Schreiben aus dem Haag 30. Juli 1627, Cuhn a. a. O. S. 410.

die Werber zur Stelle gebracht. Nun hoffte der den König begleitende Reichsrat Tage Tott, daß die Stände wenigstens einen Kriegsbeitrag bewilligen würden.[1]

In Rendsburg erhielt der König dem Anschein nach die erste sichere Kunde von der Vernichtung des schlesischen Heeres und von dem bevorstehenden Anmarsche Wallensteins, welche man noch ängstlich zu verhelen suchte.

Nun rief Christian IV. freilich unter den schärfsten Bedrohungen das allgemeine Aufgebot aller Männer über 18 und unter 55 Jahren zusammen und ließ die Stände sogar durch Namensunterschrift zur Verteidigung der Religion und des Vaterlandes verpflichten. Der Adel und die freiwilligen Reiter Schleswigs sollten sich unverweilt zu Rendsburg, die gemeinen Reiter in Neumünster, der holsteinische Adel mit den freiwilligen Reitern in Oldesloe, die gemeinen in Tremsbüttel einstellen: zum Sammelpunkte für das Fußvolk wurde die Hardesheide bestimmt. Allein die Verhältnisse erwiesen sich trotzdem mächtiger, als die in bester Absicht und in patriotischer Begeisterung erteilten Zusagen. Da der Herzog Friedrich von Gottorp seine Stellung zu den Parteien nicht änderte und die Reichsräte noch immer zum Frieden ermahnte, mehrten sich die Anhänger dieser friedlicheren Anschauung, so daß die Herzogtümer damals wol nur sehr geringfügige Geldmittel für den König aufgebracht haben. Der Herzog von Gottorp vereinigte natürlich die von ihm aufgebotenen Mannschaften nicht mit den königlichen Truppen, sondern hielt sein Gebiet den Kaiserlichen offen, und auch die sogenannten abgeteilten Herzöge schlugen sich auf die Seite der Neutralen. Von der verwitweten Herzogin Dorothea von Sonderburg, die ihr Gemahl, der Herzog Alexander, bei seinem Tode (13./23. Mai 1627) mit sechs Söhnen und einer Tochter hinterlassen hatte, war bis dahin trotz der Aufforderung des Breide Ranzau kein einziger Mann zur Errichtung einer Befestigung in Tremsbüttel entsendet worden und noch weniger war dieselbe gewillt, sich jetzt an den Verteidigungsmaßregeln des Königs zu beteiligen. Sie ließ sich vielmehr in Rendsburg entschuldigen.[2] In ganz gleicher Weise wendeten auch die übrigen abgeteilten Herzöge, die Brüder ihres verstorbenen

---

1) Tage Tott an den Kanzler Friis, Rendsburg 27. Juli/6. Aug 1627, Danske Magazin a. a. O. 136. Bricka og Fridericia, Kong Christian den Fjerdes egenhaendige Breve, 2. Bind. 90. Lackmann, Einleitung III. 167 f.

2) Über die Einzelheiten finden sich Angaben in O. Nielsens Aufsatz: Alses Overgivelse til de keiserlige Tropper i Krigen 1627—29 (Historisk Tidsskrift, Tredie Raekke. Redigeret af E. Holm. Sjette Bind. 69—73).

Gemahls, die Herzöge Friedrich von Sonderburg-Norburg, Philipp von Glücksburg und Joachim Ernst von Plön Entschuldigungen ein, so gut sie vermochten.

Als Tilly später näher heranrückte, bat die Herzogin Dorothea unter beweglicher Vorstellung ihrer bedrängten Lage um den kaiserlichen Schutz und berief sich besonders darauf, daß ihr Gemahl stets dem Kaiser treu ergeben gewesen sei und auch seine Söhne in aufrichtigster Verehrung gegen denselben erzogen habe. Nach einiger Zeit stellte der Graf Schlick in der That der Herzogin einen Schutzbrief aus, welcher die härtesten Drohungen gegen die demselben zuwiderhandelnden kaiserlichen Mannschaften enthielt. Der Herzog Philipp von Glücksburg, welcher mit einer Tochter des verstorbenen Herzogs Franz II. von Lauenburg vermählt war, empfing später den freundschaftlichen Besuch seines Schwagers, des kaiserlichen Obersten Herzogs Franz Albrecht.

Im übrigen blieb jedoch das allgemeine Aufgebot des Königs nicht ohne jede Wirkung;[1] besonders das holsteinische Landvolk eilte scharenweise zur Verteidigung seiner Scholle zu den Waffen. Etwa 16 Fahnen hat man aus diesem Landesaufgebote bilden können: bei Bramstedt wurde die allgemeine Musterung gehalten. Dieses Landesaufgebot wurde einige Tausend Mann stark mit Scharen von Geworbenen unter den Oberbefehl des Grafen von Thurn gestellt, dem Georg v. Aleseld zur Seite trat.

Von Rendsburg eilte der König über Steinburg nach Krempe und trat also Tilly nicht persönlich entgegen. In Steinburg sah er sich genötigt, den auffälligen Befehl an Thurn zu erlassen, die Obersten, welche sich in Hamburg gütlich thaten, während Tilly seinen Vormarsch nach Lauenburg ausführte, unter den stärksten Strafandrohungen anzuhalten, sich zu ihren Truppenteilen zu begeben.

Tilly überschreitet den Fluß.

Am 29. Juli zog Tilly die Hauptarmee von Brietlingen näher an die Elbe heran und schlug sein Feldlager in der Nähe der dänischen Schanzen bei Zenburg (?) auf; um eine Gelegenheit, sich der von den Dänen Boizenburg gegenüber aufgefahrenen Schiffbrücke zu bemächtigen,

---

1) Dithmarsische Historische Relation .. dorch Hans Detleff tho Windtbergen in Johann Adolfi's genannt Neocorus Chronik des Landes Dithmarschen; herausg. von Dahlmann. Bd. 2. 473.

abzupassen. Allein diese Gelegenheit wollte sich die ganze nächste Woche hindurch nicht darbieten.[1]

Die zum Schutze der Brücke errichteten Schanzen müssen ziemlich umfangreich gewesen sein, da sie zuletzt von vier Kompagnien Schotten, einer Kompagnie des königlichen Leibregiments und zwei Kompagnien Deutschen verteidigt worden sein sollen. Die beiden deutschen Kompagnien waren freilich erst am 5. Aug. zur Verstärkung in die Schanzen gelegt worden. Den Oberbefehl in dem verschanzten Brückenkopfe hatte eine Zeit lang der schon genannte Ezechiel Durant geführt, und als dieser von Thurn nach Boizenburg entboten wurde, übernahm ihn der schottische Major Dumbar. Tilly ließ diesen während der Abwesenheit Durants zur Ergebung auffordern, wurde aber mit seiner Forderung ohne weiteres abgewiesen. Dem Anschein nach hat Tilly in den ersten Tagen der Einschließung keinen ernstlichen Versuch, sich des auch von Artillerie verteidigten Schanzwerks zu bemächtigen, unternommen.

Nach einigen Tagen aber faßte der ligistische General den Entschluß, selbst eine Schiffbrücke oberhalb Bleckede, aber in der unmittelbaren Umgebung dieses Ortes über den Strom zu schlagen und ließ hier während der Zurüstungen zu derselben einige Abteilungen Fußvolk mit Spaten und Schanzzeug im voraus überführen.[2] Am 7. Aug. war er bereits imstande, größere Abteilungen mit Artillerie über diese Brücke auf das rechte Ufer zu bringen, die unmittelbar nach ihrer Ankunft Schanzen aufwarfen.

Kurz vor diesen entscheidungsvollen Tagen hatte der Graf Thurn vom Könige den Befehl erhalten, sich mit seinem ganzen Gepäck bei demselben in Wandsbeck einzufinden, so daß es scheint, als habe ihm der König einen anderen Auftrag erteilen wollen. Infolge dessen übergab Thurn vor seinem Aufbruche den Oberbefehl an den Obersten Durant und wies auch den Reiteroberſten Calenberg mittelst schriftlicher Ordre an diesen. Der letztere erhielt von dem Feldmarschall noch die besondere Weisung, Bleckede und überhaupt die Quartiere auf dem linken Elbufer,

---

1) Wir folgen hier zwei Schreiben des englischen Gesandten Anstruther, von von denen das erstere kürzere an Lord Carleton gerichtet ist (Hamburg 1./11. Aug.). Das zweite ausführlichere ist nur in einem Auszuge enthalten —, Extract of a lettre from Sr. Robert Anstruther, dated at Hamburg 6th. of August (?) 1627. Ferner wurden zwei Schreiben Ruepps: 1) im Feldheer nächst Boizenburg 31. Juli, 2) Lauenburg 11. Aug. an den Kurfürsten von Baiern benutzt. In Ruepps Briefe vom 31. Juli findet sich der mir nicht bekannte Ort „Zenburg“ als Deutung einer Ziffer.

2) Aitzema an die Generalstaaten, Hamburg 1./11. Aug. R.-A. im Haag.

ſo weit ſie noch reichten, mit aller Kraft zu verteidigen.[1] Allein Calenberg iſt demungeachtet mit ſeinem Regiment gar nicht auf dem linken Ufer erſchienen, ſondern war nicht einmal im ſtande, die Feinde nach ihrem Übergange auf dem rechten zurückzuhalten. Seine Reiter wichen zurück und leiſteten keinen erheblichen Widerſtand.

Als Thurn in Wandsbeck anlangte, traf er den König nicht mehr an und mußte auf den Befehl des General-Kommiſſarius Arenfeld nach Lauenburg zurückeilen. Er übernahm darauf den Oberbefehl wider, war aber in Boizenburg nicht im ſtande, das Unheil auch nur zu mildern. Nach dem Berichte des engliſchen Geſandten betrugen die Streitkräfte, über welche er nach dem Übergange der Feinde verfügen konnte, nur 2000 Reiter und 800 M. Fußvolk. Allein demungeachtet nahm er doch das in der Brückenſchanze liegende Fußvolk nicht über die Elbe zurück, ſondern ſendete den auf der rechten Elbſeite ſich ausbreitenden Kaiſerlichen nur Reiterei, das calenbergiſche Regiment, entgegen, das ſich nicht einmal dem Ufer zu nähern vermochte. Eine kleine Brücke zwiſchen Boizenburg und dem Übergangspunkte der Feinde ließ Thurn in der Nacht vom ſechſten zum ſiebenten Auguſt abwerfen, erfuhr aber bei dieſer Gelegenheit von Gefangenen, daß Tilly ſeinen Übergang mit überlegenen Streitkräften in das Werk ſetzte: ſchon damals hatte derſelbe angeblich vier Regimenter über den Fluß gebracht. Doch war Thurn bereit den Kampf aufzunehmen, wenn der Feind nicht allzubeträchtliche Streitkräfte entwickeln würde.[2]

Während ſo Tilly den Übergang über den Fluß oberhalb der Brücke von Boizenburg ohne Widerſtand zu finden in das Werk ſetzte, hatte er

---

1) Nach einer Denkſchrift Thurns an Chriſtian IV., Harlingen 14./24. Dec. 1627. G.-A. in Kopenhagen.

2) The Count of Thorne, understanding, that Tilly was gone in person to Blecke (!), did imagine it was to passe some men over, and thought not fit to draw any of the forces out of the sconce, they not being above 800 (?!), and therefore commanded some horsmen to doe their endeavors at that passage; but the ground was so advantageous for foote that horsemen could not come neere the river. Friday night Captaine Wilson was comanded with 50 of those that were within the sconce to keepe a little bridge, that lay betweene Beutzenburg and that place where the enemy was passing off his men; he did so, throwing of the bridge, he brougt 3 prisoners to the Count of Thorne, from whome wee had certaine knowledge, that the enemy was passed with 4 Regiments, and still passing more ... Extract of a lettre from S^r. Robert Anstruther, dated at Hamburg, 6th. of August (?!) 1627. London, Record office.

die dänische Brückenschanze keineswegs außer Acht gelassen und führte endlich in der Nacht vom siebenten zum achten August einen Sturmangriff mit überlegenen Streitkräften aus. Auf ein Feuerzeichen von Bleckede her liefen die Ligisten um die zwölfte Stunde mit großer Leidenschaftlichkeit an und überwältigten die Besatzung, so daß sie in die Schanzen eindrangen: allein sie wurden von den tapferen Schotten wider zurücktrieben. Diese Gelegenheit benutzte aber der deutsche Kapitain, um in der Verwirrung mit seiner erst vor zwei Tagen in die Schanze geführten Mannschaft unter Zurücklassung eines Sergeanten mit 12 M. den Rückzug anzutreten. Trotzdem gelang es den mutigen Schotten in dieser Nacht noch zweimal die Feinde wider aus den Schanzen herauszuwerfen, ohne daß sie gerade große Verluste erlitten: die ganze Besatzung hatte nur 16 Tote. Am folgenden Morgen ließ jedoch der Graf Thurn, welcher anfangs gefürchtet hatte, daß die Schanze mit der Besatzung verloren wäre, der letzteren den Befehl zugehen, sich schleunigst über die Schiffbrücke zurückzuziehen, da der Feind am rechten Ufer weiter vorrückte und sich bereits den Höhen gegenüber der Brücke näherte.[1]

Diesen Befehl Thurns hat die Besatzung anscheinend doch erst am 9. August vollständig erfüllt, vielleicht weil man die Kranken und Verwundeten den Feinden nicht überlassen, sondern mit sich führen wollte. Die Zahl der Verwundeten soll beträchtlich gewesen sein. In einem großen Boote brachte man zuletzt noch vier Geschütze herüber. Bevor die Schanze völlig geräumt wurde, zündeten die Mannschaften ihre Hütten an und fuhren dann davon. Der Feind wagte nicht eher einzudringen, als bis die gelegten Pulverminen in die Luft gegangen waren.

Nachdem sich aber die Ligisten am 8. und 9. Aug. an dem rechten Ufer festgesetzt[2] und auch die Höhe genommen hatten, mußten die Protestanten die Brücke, welche die Besatzung der Schanze auf ihrem Rückzuge bereits nicht mehr benutzt hatte, abbrechen, was ihnen nicht ohne Verluste gelang. Sie mußten den Feinden 24 große Schiffe nebst allem Zubehör und auch vier Feldstücke überlassen.

Nach ihrer Ankunft auf der Hochfläche des rechten Ufers fanden die Ligisten, daß ihnen der Feind freies Feld gelassen hatte. Boizenburg

---

1) Von diesen Kämpfen um die Brückenschanze war bis jetzt nur der Bericht bekannt, welcher sich in Monro, His expedition with the worthy Scots regimend (called Mac-Keyes regiment) ... London 1637. 11. befindet. In der Erzählung des M. Liborius Vulturnus Tannebergensis werden die Schotten als Verteidiger der Schanzen nicht einmal genannt.

2) Relationis Historicae Continvatio (Frankfurter Herbstmesse 1627) 91.

war von Thurn geräumt worden, nachdem er seine Munition nicht ohne Schädigung der Kirche vernichtet und die Laffetten zweier Geschütze und viele Reiterarmaturen unbrauchbar gemacht hatte; doch fiel den Ligisten auf dem Rathause noch einiges Schanzzeug, eine Anzahl Gewehre und 100 Malter Roggen in die Hände. Übrigens war das Städtchen von den Einwohnern völlig verlassen und daher den Soldaten preisgegeben: nach dem Berichte des bairischen Rates Ruepp hausten die friedländischen Kroaten sehr übel darin und vernichteten alles.

Am 10. August hatte das dänische Fußvolk, die Leibguarde, fünf Fahnen Schotten, der Graf von Thurn mit 20 Cornet und allem Volk, das in der Nähe war, Boizenburg verlassen, worauf Tilly noch früh am Morgen seinen Einzug in das Städtchen hielt.

Ohne längeren Aufenthalt rückte Tilly darauf auch gegen das von den dänischen Truppen aufgegebene Lauenburg vor, dessen Schloß zuletzt von zwei Kompagnien Schotten unter dem Major Wilson besetzt gewesen war. Dieser hatte jedoch bei dem Herannahen der Ligisten den Platz nach kurzem Widerstande übergeben und hatte freien Abzug nach Glückstadt erhalten, wo er seines Befehls entsetzt wurde, weil er sich in seiner Haft nicht auch der Fahnen durch seinen Vertrag mit den Feinden versichert hatte. Die Einwohner von Lauenburg hatten gleich denen von Boizenburg vor dem Einzuge der Ligisten das Weite gesucht. Auf dem Schlosse des kleinen Städtchens schlug Tilly sein Hauptquartier auf.

Tilly in Lauenburg.

Schon am 11. Aug. konnte Ruepp seinem Kriegsherrn die neue Siegesbotschaft von Lauenburg aus berichten.

Als Tilly seinen Übergang über die Elbe in das Werk zu setzen begann, scheint er bereits von dem Siege der Kaiserlichen über die Trümmer der schlesischen Armee bei Arnswalde unterrichtet gewesen zu sein; wenigstens teilte der Herzog Georg von Lüneburg bereits in dieser Zeit diese von ihm mit Jubel begrüßte frohe Botschaft seinem Bruder Christian von Sandau aus mit. Dagegen war Tilly damals noch ohne nähere Kenntnis von Wallensteins Annäherung aus Schlesien und wußte auch noch am 21. Aug. nichts Näheres über den Marsch seiner Truppen und die Zeit, in welcher sie an der unteren Elbe angelangt sein konnten.

Schon dieser letztere Umstand und dann auch die leicht erklärliche Überschätzung der Streitkräfte des Feindes machen das auffallende Zögern des ligistischen Feldherrn nach der Einnahme von Lauenburg erklärlich.

Tilly wagte nicht, sich mit der Hauptarmee von diesem Punkte der unteren Elbe zu entfernen, sondern war vielmehr eifrigst bemüht, in der unmittelbaren Nähe von Lauenburg eine neue Schiffbrücke über den Strom zu legen, um mit Bequemlichkeit Verstärkungen vom linken Ufer heranziehen zu können. Noch bevor indessen diese Brücke, zu welcher Lübeck und Lüneburg die Anker liefern mußten, vollendet war, traf der Graf v. Fürstenberg mit seinem Regiment z. F. und einigen hundert Pferden in Lauenburg ein, dem bald andere zahlreiche Verstärkungen folgten.[1] Doch scheint es Tilly anfangs an Artillerie und Wagen gefehlt zu haben. Später konnte er sich der Besorgnis nicht ganz erwehren, daß sich der Markgraf von Baden mit dem dänischen Heere in Holstein vereinigen möchte, und ersuchte daher den Herzog Georg von Lüneburg nachdrücklichst, zu ihm zu stoßen.

Noch stärker drängte sich freilich dem Feldherrn das Gefühl auf, daß nach seinem Übergang über die Elbe das Schicksal des diesjährigen Feldzuges entschieden sei, und seine sonst nicht sehr regsame Phantasie spann in diesem Siegesbewußtsein schon weitreichende Pläne. Noch vor seiner Vereinigung mit Wallenstein beschäftigte ihn die Sorge um die Winterquartiere. Er legte damals seinem Kriegsherrn den Plan vor, etliche kaiserliche Regimenter der Krone Polen und einige ligistische der Infantin zu überlassen. Von einer kräftigen Unterstützung Polens hoffte er die völlige Unterdrückung Schwedens und brachte damit auch die Widerherstellung der alten Ordensverhältnisse in Preußen in Verbindung; die ligistischen Regimenter sollten der Infantin im Kampfe gegen die Holländer ihre Unterstützung leisten. Am meisten freilich mag ihn der Gedanke an die Vereinigung mit Wallenstein und die Vergleichung mit demselben über die Winterquartiere beschäftigt haben. Denn die Besorgnis, daß er bei einer solchen Vereinigung wider, wie im vorigen Jahre, den Kürzern ziehen werde, regte sich in ihm schon damals allzu mächtig.[2]

---

1) Nach Ruepps Brief an den Kurfürsten Maximilian vom 2./12. Aug., dagegen berichtet Aitzema 18./28. Aug. an die Generalstaaten, daß Fürstenberg „voor enigen dagen" bei Tilly angelangt sei.

2) Ruepp an den Kurf. Max. 18. Aug. Tilly an denselben Lauenburg 20. Aug.

Die Folgen des Übergangs der Ligisten über die Elbe.

In jenen entscheidungsvollen Tagen wurde in Lübeck als der vorsitzenden Hansestadt ein gemessener Befehl des Kaisers übergeben, welcher den Städten unter Androhung der Exekution jede Verbindung und Unterstützung des Königs verbot. Der kaiserliche Unwille richtete sich besonders gegen Bremen und Hamburg, die nicht nur der thatsächlichen Unterstützung des Königs, sondern auch der für die Kaiserlichen so nachteiligen Sperrung der unteren Weser und Elbe beschuldigt wurden. Tilly aber ermahnte noch von Brietlingen aus den Rat von Lübeck, die Stadt Hamburg zu veranlassen, ohne Säumen zum Gehorsam zurückzukehren, jeden Verkehr mit dem Feinde abzubrechen und besonders auch ihr Geschütz von ihm abzufordern. Ferner sollte Hamburg ihm und seiner „kaiserlichen Armada" zur Widereröffnung der Elbe und Weser und anderer gesperrter Pässe seinen thatsächlichen Beistand leisten.

Darauf begab sich der lübische Bürgermeister D. Hieronymus Schabbel sofort nach Hamburg, wo er in voller Ratsversamlung und vor den Vertretern der Gemeinde, den Oberältesten, den kaiserlichen Befehl zu jedermanns Kenntnis brachte. Da zugleich eine bremische Gesandtschaft unter der Führung des Dr. jur. Preißwerck in diesen Tagen in Hamburg anwesend war, that er auch dieser den Willen des Kaisers kund. Das geschah gerade um die Zeit, wo die Dänen ihre Stellungen um Lauenburg aufgegeben hatten und sich in der Nähe von Hamburg sammelten. Schabbel konnte daher die Stadt nicht wider mit Sicherheit verlassen, sondern mußte sich gedulden, bis der hamburgische Syndikus Vincent Möller in das ligistische Hauptquartier geschickt wurde. Mit diesem begab er sich dann nach Lauenburg.

Am 11. Aug. hatte Tilly dem Rate von Lübeck seine Ankunft in Lauenburg angezeigt und die Stadt zum thatkräftigeren Beistande aufgefordert. Vor allem sollten ihm Lübeck und Hamburg in der Besetzung des Zollenspiekers zu willen sein, den er nach überstandener Gefahr wider zurückzugeben versprach. Dem hamburgischen Gesandten in Lauenburg legte er sogar die Frage vor, ob sich die Städte mit Gewalt widersetzen würden, wenn er sich wider ihren Willen des Zollenspiekers bemächtigte. Möller antwortete zuerst ausweichend, erklärte aber endlich, daß es seinen Herren nie in den Sinn gekommen wäre, dem Kaiser und seiner Armee mit den Waffen entgegenzutreten. Allein auf die noch heiklere Frage, ob Lübeck und Hamburg ihr Kriegsvolk mit gegen den König führen würden, entgegnete Möller, der Kaiser habe das niemals

von ihnen gefordert, und Tilly werde die Städte mit einem ſolchen Anſinnen hoffentlich auch verſchonen. Tilly kam dieſe Antwort nicht unerwartet, denn er erwiderte lachend: „Ja, das dachte ich wol.“

Demungeachtet hatte Möller zuletzt das Gefühl, daß man ihn in Lauenburg feſthalten würde, bis Tillys Wunſch erfüllt ſei, und riet daher zur Nachgiebigkeit.

Doch führten Tillys militäriſche Maßnahmen die von beiden Seiten bedrängten Städte bald von ſelbſt der Entſcheidung näher. In der Nacht vom 15. zum 16. Aug. ſendete Tilly gegen 500 Mann auf das linke Elbufer, um eine noch nicht vollendete feindliche Schanze nicht weit von Winſen an der Luhe mit Namen Huppo (Hope, Hoopte?) zu zerſtören.[1] Dieſer Angriff glückte: die kleine Beſatzung von etwa 60 M. wurde niedergehauen und ein zur Hilfe herbei eilendes Schiff in den Grund geſchoſſen. Auf dieſe Weiſe beraubte Tilly zugleich die Beſatzungen des Zollenſpiekers jeder Hoffnung eines Entſatzes vom linken Elbufer her.

Und darauf brach er endlich am 16. Auguſt, nachdem er den Oberbefehl über die Geſamtarmee an den Grafen von Fürſtenberg übertragen hatte, perſönlich zur Beſetzung der Inſel auf. Als die Städte den Ernſt der Lage erkannten, verſuchten ſie am folgenden Tage durch neue Unterhandlungen das drohende Unheil von ſich abzuwenden, wobei ſich Lübeck noch gefügiger zeigte, als Hamburg. Zuletzt kam man dahin überein, daß Tilly die Verſchanzung beiden Städten wider auszuliefern verſprach, ſobald ſich die Dänen in ihrem benachbarten Verteidigungswerke, „die Stackh oder Hau genannt“, ergeben würden. Das Letztere aber geſchah wirklich. So wie ſich Tillys Truppen dem Zollenſpieker näherten, ſuchte die däniſche Beſatzung des kleinen Werkes wahrſcheinlich unter der Vermittelung der Städte um freien Abzug nach, der ihr gewährt wurde. Mit Sack und Pack und zwei Geſchützen verließen 300 M. die Schanze, während zwei Geſchütze, vielleicht die von Hamburg entlehnten, den Feinden übergeben wurden. Tilly beſetzte darauf die verlaſſene Schanze, während die Mannſchaften der Städte in ihrem Verteidigungswerke verblieben. Mit ſo geringen Anſtrengungen hat Tilly die Truppen des Feindes von Bleckede und Boizenburg bis nach Hamburg hin von der Elbe zurückgedrängt und ſeiner Armee den freien Verkehr auf dem Fluſſe geſichert. Bis über den Zollenſpieker hinaus waren nun die ligiſtiſch kaiſerlichen Armeen Meiſter des Stroms.

1) Ruepp an den Kurf. Maximilian, 18. Aug. Wir ſind der Anſicht, daß unter Huppo eine in der Nähe des Ortes Hope (Hoopte) errichtete Schanze gemeint iſt.

Rasch verbreiteten sich Tillys Truppen durch das ganze lauenburgische Ländchen und zwangen am 12. August das ziemlich stark befestigte Trittau, das Leibgedinghaus der verwitweten Herzogin von Holstein, zur Ergebung. Auch Oldesloe und das der Stadt Lübeck gehörige Möllen mußten Besatzungen einnehmen. Der Hauptlagerplatz der kaiserlich ligistischen Truppen war die Steckniß.

Je mehr sich Tilly aber den beiden Hansestädten näherte, um so dringender wurden seine Anforderungen. Daß die Städte seinen Quartiermeistern die Thore öffnen mußten, um ihre Einkäufe zur Verpflegung der Truppen in größter Ausdehnung durchführen zu können, ist selbstverständlich. Allein Tilly forderte auch von Hamburg die Auslieferung des Stadthauptmanns v. Hatzfeld, von dem er argwöhnte, daß er zugleich in dänischer Bestallung sei, und die Entfernung des englischen und des holländischen Gesandten.

Die Stadt Lübeck hatte ihre Ämter und Dorfschaften durch städtische Truppen zu sichern gehofft, die wol später zurückgezogen wurden. Sie versuchte aber zugleich durch Geschenke die Milde und Nachsicht der ligistischen Offiziere für sich zu gewinnen, unter denen Tillys Generalquartiermeister Adam Schlawitz v. Schlawitzky in erster Linie stand. Schon Dr. Winckler erhielt daher 150 Rthlr. zugesendet, von denen er 100 Thlr. dem Quartiermeister überweisen, die übrigen aber auf die Ausstellung eines allgemeinen Schutzbriefes für alle mit lübischen Besatzungen versehenen Dorfschaften verwenden sollte. Aber auch Tilly selbst wurde bedacht: die Stadt sendete ihm einige Ohm Wein, holländischen Käse und allerhand Süßigkeiten. Der kaiserliche Kriegsrat, Oberst und Kämmerer Otto v. Schönburg erhielt einen halben Ohm Rheinwein und ein ebenso großes Maß Peter Simons.

Demungeachtet konnte sich jedoch die Stadt auch der Erfüllung noch höherer Ansprüche nicht entschlagen. Tilly mutete ihr bald einen sehr beträchtlichen Teil der Verpflegung seines durch Hunger und Mangel an den notwendigsten Ausrüstungsgegenständen sehr herabgekommenen Heeres zu. Die Stadt versagte ihm zwar ihre fernere Unterstützung nicht, begleitete aber ihre Zusage zugleich mit so herben Vorwürfen gegen die Zuchtlosigkeit seiner Truppen, daß man aus ihnen erkennt, wie sich auch Tillys Scharen in nichts von denen Wallensteins unterschieden. Sie erinnerte den Feldherrn daran, daß er selbst sehr viel dazu thun könne, daß die Stadt überhaupt etwas mitzuteilen behalte. „Denn Sie sehen vor Augen, wie alles um die Stadt und in benachbarten Provinzen verheeret, verderbt und vernichtet wird, und daß viel Tausend Menschen, die nicht allein sich und die Ihrigen in ihren Gütern erhalten, sondern

auch andern hätten mitteilen können, zu ihren Verwandten und Freunden in diese Stadt geflohen sind, die wir mit unmenschlicher Unbarmherzigkeit nicht von uns stoßen mögen. Dafern nun E. Exc. nicht ungesäumt eine Vorsehung thuen, daß die Leutlein wieder zu dem Ihrigen kommen und was noch übrig einärnten, können wir nicht wissen, wie lange wir etwas mitteilen können."[1]

Je willfähriger sich aber Lübeck den Ansprüchen des kaiserlich ligistischen Heeres gegenüber zeigte, umsomehr erbitterte die Stadt den König von Dänemark, der die Hoffnung auf ihren Anschluß an seine Sache noch nicht aufgegeben hatte. Widerholt forderte er den Rat zu einer untrüglichen Erklärung darüber auf, ob sich die Stadt ihm anschließen oder seinen Feinden weiteren Vorschub leisten wolle.[2] Dann zeigte er sich sehr ungehalten über die Aufnahme feindlicher Truppen in dem Städtchen Möllen, sowie über die seinen Feinden gewährte Unterstützung durch Lebensmittel und andere Bedürfnisse. Den letzteren Punkt der Anklage entkräftete die Stadt, indem sie dem Könige bemerklich machte, daß sie seinen Feinden nur gewähre, was sie ihm selbst gewährt habe und noch täglich verabfolgen lasse. Lübeck war also ein Magazin für beide feindliche Armeen. Allein bald ließ es der König nicht mehr bei brieflichen Mahnungen und Warnungen bewenden, sondern sendete Kriegsschiffe vor Travemünde, welche die einlaufenden Fahrzeuge, lübische und fremde, untersuchten und selbst lübischen Kaufleuten Salpeter, Gewehre und Eisen mit Beschlag belegten. Ein lübisches Schiff wollte man nach Kopenhagen abführen; allein es geriet unterwegs auf den Sand. Im Laufe des Monats September sperrten dann die dänischen Kriegsschiffe vor Travemünde die Schiffahrt gänzlich.

Wie viel indessen dem Könige gerade damals an einer thatkräftigen Parteinahme Lübecks für seine Bestrebungen gelegen war, erhellt daraus, daß er noch am 25. Aug./4. Sept. eine besondere Gesandtschaft, welcher unter andern Otto v. Pogwisch und Hans v. Alefeld angehörten, mit mündlichen Aufträgen in die Stadt entsendete. Um diese Zeit oder kurz darauf wird ferner auch ein flehentliches Bittgesuch der dänischen Reichsräte in Lübeck eingelaufen sein, welches seinen Zweck ebensowenig erreichte.

Mit seinen besten und aufrichtigsten Wünschen hat gewiß auch der Rat von Lübeck die Unternehmungen des Königs begleitet; aber in dieser gefahrvollen Lage für den König, der seinen Glauben teilte, und dessen Interessen so viele Berührungspunkte mit denen der Reichsstadt darboten,

1) Die Stadt Lübeck an Tilly 13./23. Aug.
2) So am 7./17. und 12./22. Aug.

auch handelnd und thatkräftig einzutreten, war er nicht gewillt. Wenn wir seinen Worten Glauben schenken dürfen, bestand sein Handeln für den König im Beten. In seiner sehr weitläufigen Antwort an die dänischen Reichsräte tritt uns die Versicherung entgegen, „daß der Rat nicht abgelassen habe, Gott flehentlich anzurufen, der hohen Häupter Herzen und Gemüter dahin zu lenken, daß die zureichenden Mittel zum Frieden, so der getreue Gott gleichfalls von oben her geben oder verleihen wolle, ergriffen werden möchten."

Der Eindruck, welchen Tillys Übergang über die Elbe und das Vordringen der Feinde nach der Ostseeküste besonders in Holstein machte, war ein geradezu niederschlagender. Hier fand das Dichterwort eine traurige Bewährung: Alles rennet, rettet, flüchtet. Die größeren und kleineren Städte und Flecken mußten den Flüchtigen Tag und Nacht die Thore offen halten: die dänischen Inseln und die nächstgelegenen Städte der Niederlande wurden als noch zuverlässigere Zufluchtsstätten aufgesucht. Die auf dem Landtage zu Rendsburg anwesenden Landboten stoben bestürzt auseinander.

Von einem Eingreifen der Behörden, um wenigstens die in Holstein vom Könige angeordnete Volksbewaffnung durchzuführen, hören wir nicht viel. Die dänischen Kommissare sind schon damals der Nachlässigkeit, Unwissenheit und Treulosigkeit angeklagt worden. Es gab niemand, der einen Befehl erteilte, und fast niemand, der gehorchte.[1]

Von Wandsbeck aus ersuchte Thurn am 8./18. Aug. dänische Kommissare um eine Zusammenkunft, in welcher er sich mit ihnen darüber vergleichen wollte, ob sein Verbleiben in diesen Quartieren von Nutzen wäre, oder wohin er etwa rücken sollte, um dem Könige das schwer bedrohte Herzogtum zu erhalten. Auch sollten dabei Bestimmungen zum Behuf eines Vergleiches zwischen den Offizieren und dem Lande über die Kriegsleistungen und die Bestellung des Profiants getroffen werden.[2] Wir führen diese Wünsche Thurns nur an, um anschaulich zu machen, in welcher gänzlichen Verwirrung und Ungewißheit sich die Verhältnisse dieser zunächst gefährdeten Armeeabteilung befanden.

Selbst in den größeren Städten erreichte die Unordnung eine Bedenken erregende Höhe. Die in Hamburg ansässigen englischen Kaufleute hegten Besorgnisse um die Sicherheit von Frauen und Kindern und sendeten sie deswegen nach Hause. Auch der englische Gesandte dachte

1) Rusdorf an Oxenstierna, Hamburg 17. Sept. 1627, Cuhn a. a. O. II. 426 ff.

2) G. A. in Kopenhagen.

eine Zeit lang daran, ſich nach Glückſtadt zurückzuziehen, getröſtete ſich aber doch wol zuletzt der Fürſorge des Bürgermeiſters Vogler, der ihm ausdrücklich verſprochen hatte, ſein Auge über ihm offen zu halten. Gegen Chriſtian IV. war damals die Erbitterung des gemeinen Volkes in Hamburg ſo ſtark, daß der engliſche Geſandte die Heranziehung des katholiſchen Generals für nicht ganz unmöglich hielt. Der Grund des Unwillens lag darin, daß die auf der Elbe liegenden engliſchen Kriegsſchiffe die hamburgiſchen Handelsſchiffe nach Kriegskontrebande unterſuchten und daher den hamburgiſchen Handel außerordentlich erſchwerten. Anſtruther richtete infolgedeſſen die Frage an den engliſchen Admiral und den Viceadmiral, ob ſie imſtande ſein würden, innerhalb des Stromgebietes den Kampf gegen die Hamburger aufzunehmen.[1]

Thurn lag in dieſer Zeit in der Nähe von Hamburg und hatte etwa 6000 M. Fußvolk, aber darunter wenigſtens 2000 Bauern, und nicht ganz 2000 Reiter unter ſeinem Oberbefehle. Später ſollen ſich noch mehr Landleute bei ihm untergeſtellt haben, aber ſchwerlich im Ganzen 6000 M., wie der engliſche Geſandte verſichert hat.

Auf keinen Fall war Thurn ſtark genug, um Tilly mit Ausſicht auf einen glücklichen Ausgang eine Schlacht anbieten zu können oder gar den vereinigten kaiſerlich ligiſtiſchen Heeren entgegenzutreten. Thurn führte im Schilde, für alle diesſeits der Elbe befindlichen Truppenteile des Königs ſo wie für das bewehrte Landvolk in der Nähe von Bilsbüttel zwiſchen der Alſter und Hamburg ein feſtes Lager zu errichten und hielt hier thatſächlich die an ihn gewieſenen Truppen eine Zeit lang bei einander. Aber kurz vor Wallenſteins Eintreffen bei Lauenburg teilte er dem niederländiſchen Geſandten mit, daß er von da aufbrechen und ſich in die Umgebung von Wandsbeck wenden werde.[2]

Der König verfolgte damals eine Zeit lang die Abſicht, auch Morgan mit den engliſchen Regimentern über die Elbe nach Holſtein zu ziehen. Dafür ſollten die bremiſchen Landſtände ihr aufgebotenes Landvolk in die Verſchanzungen an der Weſer legen. Die däniſchen Kommiſſare erteilten

1) I desired to Know treuly of them, whether they were able without gread hazard of his Maties shippes to fight with them in the river or not; they confesse ingeniously, that they dare not hazard the Kings great shippes amongst the shallow sandes, and that when they have discharged the one side, they cannot for shallowness cast about the other.. Extract of a lettre from Sir Robert Anstruther, dated at Hamburg 6th of August 1627. London, Record office.

2) Schreiben Aitzemas an die Generalſtaaten, Hamburg 4., 15., 18. Aug. a. St. Haag.

Morgan ſchon am 12. Auguſt die Weiſung, ſich zum Aufbruche bereit zu halten. Da der Plan aber bei den bremiſchen Landſtänden Widerſtand fand, ging der König zur Beſchleunigung der Angelegenheit und um den Übertritt der Engländer nicht noch länger zu verzögern, ſelbſt nach Stade und war auch ſo glücklich, den Widerſpruch der Stände zu beſchwichtigen.[1] Allein die löbliche Abſicht kam trotzdem nicht zur Ausführung, da ſich die engliſche Reiterei wider alles Erwarten weigerte, vor dem Empfange einer dreimonatlichen Löhnung zu marſchieren. Da wurden nach der Verſicherung des Königs die Mittel für zwei Monatszahlungen in Stade bereit geſtellt; und für den dritten Monat lieferte der König dem Oberſten Uslar, welchen er an die begehrlichen Reiter ſendete, Kleinodien als Pfänder aus, z. B. auch ein Halsband ſeiner verſtorbenen Gemahlin. Allein demungeachtet hat Morgan ſeine Truppen nicht über die Elbe geführt. In der Umgebung Tillys war die Meinung verbreitet, daß der engliſche General, als er bei ſeiner perſönlichen Zuſammenkunft mit dem Könige in Stade die Weiſung erhielt, ſich mit Thurn zu vereinigen, unter Berufung auf die Holländer (!!) ſofort Einſpruch gegen dieſen Befehl erhoben habe.

Auffällig iſt ferner, daß in den zu unſerer Kenntnis gekommenen Briefen Morgans von dieſer Mitwirkung in Holſtein nicht viel die Rede iſt, ſondern nur an einer einzigen Stelle davon, daß der König dem General den Befehl erteilt habe, nach Jütland zu gehen.[2]

In einem Schreiben Morgans an den engliſchen geheimen Rat vom 26. Juli a. St. und in einem ſpäteren an Duley Carleton vom 9. Sept. a. St. findet ſich keine Hindeutung auf einen Marſch nach Holſtein. In dem letzteren beklagt ſich ſogar Morgan darüber, daß ihm der König keine andere Verwendung zugedacht habe.

Der engliſche Geſandte in Hamburg hegte eine Zeit lang auch die Hoffnung, daß der Markgraf von Baden demnächſt in Holſtein eintreffen

1) C. F. Bricka og J. A. Fridericia, K. Christian den Fjerdes egenhaendige Breve. 2. Bind. 94. Der Tag der Abfaſſung dieſes Briefes iſt wol von den Herren Herausgebern etwas zu ſpät angeſetzt (omtrent 8. Sept. a. S.). Aitzema meldet den Generalſtaaten ſchon am 18. Aug. a. St.: Hyr komt noch een niwe swarichheid by, dat off well syne Majesteit d'overkomste van de Truppen onder dem colonel Morgan gecommendert hadde, dat int begin die Stenden vant sticht Bremen g. difficultert hebben, die plaetsen ende retranchementen aldaer wederom met landvolck te besetten, ende naer dat dieselve by syne Majesteit selff eindlick gedisponert syn, so bevindt sich nui tegens alle toeversicht, dat die cavallerie aldaer t'enemael verweigert te marcheren, ehr ende bevoor dat sie drie maent sold sullen bekomen hebben, doch hoipt men dat oick dese swarichheid met goed beleit sall konen bemiddelt worden.

2) Vgl. die Ausführungen weiter unten.

und den Feind zur Teilung ſeiner Streitkräfte nötigen werde. Dann konnte, ſo erwartete es wenigſtens Anſtruther, der Graf Thurn um ſo mehr das Seinige thun, wenn Morgan die Elbe überſchreiten würde. Dieſe Mitteilungen des engliſchen Geſandten über das Zuſammenwirken der drei Hauptabteilungen des königlichen Heeres ſind am 11. Septbr. n. St. abgefaßt, zu einer Zeit, in welcher der damals täglich um Kiel erwartete Markgraf anſcheinend noch nicht die geringſte Weiſung zum Überſetzen nach Holſtein empfangen hatte.[1] Aber auch Anſtruther wußte noch am 22. Sept. nichts weiter von dieſem Plane zu melden, als daß der Markgraf ſehr bereitwillig ſei, herüberzukommen, und daß man den beträchtlichen kaiſerlichen Heeren gegenüber alle Vorbereitungen, um ihn an dem beſtimmten Orte unterzubringen, getroffen habe.

Aus allen dieſen Umſtänden wird wol der Schluß zu ziehen ſein, daß ein feſter Plan zu einer Vereinigung der drei Abteilungen des däniſchen Heeres nach Tillys Beſitznahme von Lauenburg und vor Wallenſteins Eintreffen auf dieſem Kriegsſchauplatze vom Könige nicht gefaßt worden iſt.[2] Die nicht unglaubwürdige Anſchuldigung des Königs und ſeiner nächſten Räte, den Markgrafen von Baden erſt zehn Tage nach Tillys Übergang über die Elbe von dem Ereigniſſe in Kenntnis geſetzt zu haben, ſcheint dieſes Urteil zu bekräftigen.[3] Als Morgan dieſen

1) The Count of Thorne must of necessitie retire till hee can be stronger, keepinge in the mean time the ennemy from the most advantagious places. Wee are in good hope the Mar. of Baden will come shor(tly) to us, and if they part their armie to intercept them, I hope the Count of Thorne will doe well enough with the other, especially if Generall Morgan doe come in time, whom wee doe expect, there being Boores appointed to keepe those places which hee held, which hath ben the cause of his stay; the King beinge loath to loose a place of so great importance. Extract of a letter from Sr. Robert Anstruther dated at Hamborrough Septemb. 1./11. 1627. Ähnliche Mitteilungen enthalten zwei Briefe Anſtruthers an Conway, Hamburg 5./15. und 8./18. Sept.

2) So ſieht die Sache auch Rusdorf an, vgl. Cuhn, II. 429.

3) Your Lordpe may see what care was had of the Marques of Baden and his troupes, for it was tenn dayes ere he was advertised, that Tilly was past the Elbe. If the King had given order the Marques might have putt Tilly to a shroude pushe. Nowe he was forced to betake himself towards Lubecke (!), uppon a place which was sufficient for a time to decampe in it, bat little to feed uppon, so that I feare they may be in great want if the shipping doth not come in tyme to transporte them. The Danes are verie negligent for the good of their King. Morgan an Carleton, Waſſerbaden 9./19. Septbr.

Vorwurf gegen den König erhob, befand sich der letztere noch in Glückstadt, und trotzdem gedachte der General einer ihm angesonnenen Beteiligung an dem Feldzuge in Holstein mit keinem Wort. Der König hat die Zeit, wo es noch möglich war, Tilly mit geringeren Streitkräften entgegen zu treten, ohne irgend eine Unternehmung vorübergehen lassen und hat auch den Markgrafen von Baden nicht sofort aus Mecklenburg abberufen, um seine Truppen, den besten Teil der königlichen Armee, vor Wallensteins Auftreten an der unteren Elbe gegen Tilly zu verwenden.

Dagegen betrieb er damals immer noch die Ausrüstung eines Zuges in die westfälischen Stifter durch die Generalstaaten auf das nachdrücklichste. Zu diesem Behufe forderte er die Holländer auf, den Freiherren Wolrab v. Gent mit seinem Volke aus ihren Diensten zu entlassen, ihn mit 6000 M. z. F. und 1000 Pf. zu unterstützen und das Lauf- und Mustergeld in der Höhe von 34000 Thlr. vorzustrecken, welches er sich auf die im Juni und Juli fälligen vertragsmäßigen Unterstützungen wollte anrechnen lassen. Dazu sollten die Staaten die Waffen, Munition und Artillerie stellen und den Freiherren v. Gent nach der Beendigung des ganzen Unternehmens wider in ihre Dienste nehmen. Zugleich übersendete der König die Patente auf die zu werbende Anzahl von Truppen und eine schriftliche Verpflichtung wegen der Löhnung der Offiziere.

Unter Wolrab v. Gent sollte ferner der Erbmarschall des Stifts Münster, Johann Freiherr v. Morian, 3000 M. z. F. und 1000 Pf. führen, für deren Aufstellung und Löhnung der König englische Unterstützungsgelder zu verwenden gedachte. Seiner eigentümlichen Stellung zu Spanien entsprach es, daß der König dem Oberbefehlshaber über den ganzen Zug die Anweisung erteilte, die spanischen Besatzungen bei seinem Einbruche in die Stifter als neutral zu betrachten, die Landeseingeborenen dagegen, wenn sie die Kriegesleistungen nicht auf sich nehmen wollten, als Feinde. Die Stiftsritterschaft sollte Gent wo möglich von den Geistlichen zu trennen suchen. Wegen des Abschlusses der Verhandlungen wurde er an den mit Vollmacht versehenen Kommissarius Gabriel von Donop gewiesen. Ein ähnliches Mahnschreiben wie an die Generalstaaten erließ der König auch an den Prinzen Friedrich Heinrich. Nach dem Verluste des linken Elbufers widerholte er seine Hilfsgesuche an die Staaten und den Prinzen um so dringlicher und stellte den Generalstaaten sehr beweglich vor, daß man im Lager der Feinde bereits von einem Angriffe auf die Niederlande spreche. In kürzester Frist sollten diese daher „solchem crudelen Vorhaben steuern und das dem gemeinen Wohlstand auf der Gurgel stehende Schwert in den Rachen des Feindes verrücken".

Bis in den Anfang des September hinein verweilte der König ununterbrochen in Krempe und betrieb die stärkere Befestigung dieses ihm so wichtigen Platzes eifrigst. Er ließ ferner in dieser Zeit die Schleusen öffnen und die Dämme durchstechen, um die Marschgegenden unter Wasser zu setzen und sich auf jede mögliche Weise wenigstens das untere Elbgebiet zu sichern. Der starke Ostwind that jedoch der Wirkung dieser Maßregel erheblichen Eintrag. Ferner ersuchte der König die Generalstaaten, Tondern und Friedrichstadt für ihn zu besetzen und forderte den englischen Admiral auf, zum Schutze von Glückstadt ein kleineres Schiff in die Umgebung von Blankenese zu legen und so die Beförderung von feindlichem Kriegsvolk zu verhindern.

Zur Versicherung seines dänischen Reiches traf er von Krempe aus gleichfalls Anstalten, indem er den Reichsrat nach Kolding berief,[1] um nicht nur Bettage im ganzen Lande ausschreiben zu lassen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, daß überall Städter und Landvolk mit Waffen ausgerüstet und gemustert, die Festungen mit Lebensmitteln versehen, und überhaupt ganz Dänemark schleunigst in Verteidigungszustand gesetzt werde.

Erst als Wallenstein und Tilly ihren Vormarsch von Lauenburg aus antraten, verließ Christian IV. Krempe und begab sich nach Glückstadt, wo er der Elbe näher war, und verweilte hier noch etwa zwei Wochen, ohne dem Anschein nach eine erhebliche Einwirkung auch nur auf die unter Thurns Befehl stehenden Truppen auszuüben.

Als der englische Gesandte, in dessen Gefolge sich damals auch der pfälzische Rat Rusdorf befand, am 23. Septbr. nach Glückstadt kam, traf er den König nicht mehr an, der am Morgen dieses Tages ganz unerwartet und mit kleinem Gefolge die Stadt zu Schiff verlassen hatte.

In einem zurückgelassenen Briefe bezeichnete Christian IV. dem Gesandten Rendsburg als das Ziel seiner Reise, wo Thurn mit 2500 R. und 6000 M. Fußvolk stehen sollte. Den Markgrafen von Baden dagegen hoffte er jetzt 12000 M. stark in Holstein zu finden, nachdem er bereits vor zehn Tagen die Nachricht erhalten hatte,[2] daß derselbe 2000 M.

---

1) Erslev, Aktstykker og Oplysninger til Rigsraadets och Staendermoedernes Historie i Kristian IV's Tid. Bd. II. 29—41.

2) Diese sehr auffällige Nachricht findet sich in Anstruthers Brief an Conway vom 15./25. Septbr. The Kinge .... left a trumpeter and a leter to me, wherein he writs that he thought it expedient to goe towards Rensborgh, where the Count of Thorne is with some 25 hundrett horse and 6000 foote; he also writs that he had advertisment ten dayes agoe, that the Marquis of Baden had sent 2000 horse and as many foote over, and that he hoped that he should finde him with 12 thosand able men; in

Fußvolk und ebenſoviel Reiter herübergeſendet habe!! Zuletzt erſuchte der König den Geſandten, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß England und Holland mit ihren Schiffen die untere Elbe in ihren Schutz nehmen möchten. Dieſen Mitteilungen folgten die bitterſten Klagen über die Unzuverläſſigkeit ſeiner Bundesgenoſſen, welche ſeine Krone nebſt ſeinem Leben und ſeiner Ehre in die größte Gefahr gebracht hätten.

Der engliſche Geſandte war über die Abreiſe des Königs, durch welche er in voller Verzweiflung alles im Stiche zu laſſen ſchien, um nur wider nach Dänemark zu kommen, ſehr erſchrocken, und machte für dieſen Entſchluß hauptſächlich die däniſchen Räte verantwortlich. Als die Abreiſe bekannter wurde, faßte man ſie allgemein als Flucht auf, und kein Uneingeweihter vermochte das Ziel derſelben zu bezeichnen.

In Wahrheit hatte jedoch der König damals noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben, ſondern war gewillt, dem Feinde noch einmal in Holſtein entgegen zu treten.

Sechstes Buch.

Wallenſteins Feldzug gegen die Dänen in Oberſchleſien bis zur Niederlage ihrer Reiterei in der Mark und dem Rückzuge der Dänen aus dem Brandenburgiſchen.

Der Übertritt der weimariſchen und der mansfeldiſchen Regimenter nach Oberſchleſien.

Johann Ernſt von Weimar hatte bei ſeinem Abzuge aus Schleſien das Regiment Rieſe zurückgelaſſen und mit je vier Kompagnien desſelben die Städte Troppau und Jägerndorf beſetzt. Dieſes Regiment verſtärkte ſich bald um 2 Kompagnien und bemächtigte ſich darauf auch noch einiger andern kleinerer Städte wie Leobſchütz, Freudenthal und Weißkirchen. Ende December rückten dann die übrigen Truppen aus Ungarn wider in Oberſchleſien ein.

---

mean tyme he did desire that all possibill care should be taiken, that ther might come some ships from England and Holland to guard the river . . . Vgl. dazu Rusdorfs Brief an A. Oxenſtierna. Hamburg 17. Sept. a. St. bei Cuhn II. 426 ff

Nach dem Abzuge Mansfelds aus Ungarn und dem Tode des Herzogs von Weimar trat in Ungarn und Oberschlesien Joachim v. Mitzlaf als Bevollmächtigter Christians IV. unter dem Titel eines bestellten Rates und Generalkriegskommissarius und als maßgebende Persönlichkeit im dänischen Heere überhaupt hervor. Seiner unermüdlichen Thätigkeit und seiner Ausdauer hatte es der König hauptsächlich zu verdanken, daß die Heeresträmmer der beiden Generäle binnen Monatsfrist wider in ein festeres Gefüge vereinigt wurden.

Mitzlaf begab sich in der zweiten Dezemberwoche 1626 eiligst über das Städtchen Jablunka nach Teschen. In Oderberg hielt er mit dem Obersten Baudissin über die Einquartierung der Truppen in Oberschlesien Rat. Mit Abgeordneten des Rats und der Bürgerschaft von Friedeck einigte er sich dahin, daß sie dem Obersten Kaldenhof den Laufplatz für seine neugeworbenen Reiter zu gewähren versprachen; indessen vertrieben die Wallachen einen dahin gesendeten Major mit seiner Kompagnie trotzdem. Erst als sich der Oberst Flodorp über Jablunka nach Friedeck begab, wurde der Ort mit Gewalt wider eingenommen: dabei sollen 80 Personen von den Dänen niedergehauen worden sein. In Troppau, wohin er sein Quartier verlegte, erhielt Mitzlaf ein bedeutsames Schreiben eines mährischen Herren Schwitzkowa, der ihm einen Angriff auf die sich Schlesien nähernden Wallensteiner nahe legte. Mit größter Bereitwilligkeit ging der dänische Bevollmächtigte auf den Plan ein, da ja auch Wallensteins Heer in sehr übler Verfassung war und nicht über 12000 M. stark sein sollte, und forderte den Obersten Flodorp auf, an einem bestimmten Tage mit einer möglichst großen Anzahl Truppen in Neutitschein einzutreffen, während er Schwitzkowa Meseritsch als den Punkt bezeichnete, wo er mit seinen Wallachen zu ihm stoßen sollte. Allein Flodorp, der Ungarn überhaupt nur mit Widerstreben verlassen hatte, erschien nicht, und als Mitzlaf in Neutitschein erfuhr, daß Wallenstein bei Leipnik angelangt sein sollte, fühlte er sich nicht stark genug, ihm den Weg zu verlegen, und der ganze Anschlag scheiterte. Doch hatte Wallensteins Nachhut bei Weißkirchen von den Wallachen zu leiden. Außerdem scheint der Oberst Baudissin den Wallensteinern den Einmarsch nach Schlesien erschwert und sich zahlreicher Nachzügler bemächtigt zu haben. Flodorp besetzte auch das Städtchen Wagstadt mit Ungarn.

---

1) Gründliche und warhafte Relation der Campagne in Schlesien und Ungarn unter beden Generalen H. Grafen v. Mansfeld und Herzog v. Weimar 1626 und 1627. K. G.-A. in Kop.

Nach dem Einmarsche in Oberschlesien hielt Mitzlaf eine Musterung ab und bemühte sich bei derselben die zahlreichen einzelnen Truppenteile wider in größere Verbände zusammenzuschließen und dem Könige besonders die mansfeldischen Truppenreste mit den Offizieren zu erhalten. Erst jetzt wurden diese förmlich in Eid und Pflicht genommen. Bei diesen Bemühungen wurde der dänische Generalkriegskommissarius besonders durch die Obersten Bubna und den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld unterstützt, welcher indessen nach einigen Wochen die Armee verließ. Zwei größere Abteilungen mansfeldischer Reiterei stellte Mitzlaf unter den Befehl der Oberstl. Daniel (4. Komp.) und Ercke (6. Komp.); je eine Freikompagnie führten ein Herr du Meny (Meni) und der Böhme Kinsky. Mit dem Befehl über das mansfeldische Fußvolk wurde der Oberstlieutenant Bellersem (?) betraut.

Der Oberst Holk rückte mit dem größten Teile der Reiterei (2 Reg.) in die Gebiete rechts von der Oder bis nach der polnischen Grenze hin und führte hier das Kommando; Oberst Baudissin besetzte dagegen die Grenzgebiete nach Mähren und Böhmen hin ungefähr bis nach Leobschütz; Oberst Kaldenhof lag zwischen Jägerndorf und Oderberg; Troppau war schon früher dem Obersten Riese angewiesen, allein der Oberstlieutenant Ranzau mußte auf Mitzlafs Befehl das Regiment nach Jägerndorf führen, wo es bis nach Ostern verblieb. Doch hatte der Oberst Baudissin in Troppau persönlich sein Quartier, während Schlammersdorf und Rohr Teschen und die Hauptgrenzorte am Gebirge hüteten. Auch des Jablunkapasses hatte man sich versichert; die Mansfelder waren vorzugsweise in den ungarischen Bergpässen einquartiert. Bei der Einnahme von Pleß wurde der feindliche Oberst Fahrensbach gefangen genommen: mit dem Schlosse Pleß kam auch die fahrende Habe der flüchtigen Landleute aus einem weiten Umkreise in die Hände der Dänen, die später auf 150000 Thlr. geschätzt wurde. Drei Kompagnien unter den Hauptleuten Schießbogen, Seidlitz und Wobersnow wurden hier einquartiert.

In dem Städtchen Grätz im Fürstentum Troppau errichtete Mitzlaf eine Münze, in welcher er leichtes Geld schlagen ließ, um seine größtenteils unbezahlten Truppen wenigstens einigermaßen zu befriedigen. Doch befand sich in seiner Kriegskasse auch noch gutes Geld, dessen Stelle übrigens häufig Tuch vertrat, welches in einer bedeutenden Menge erbeutet worden war. Nicht weniger als 400 Stück wurden einst nebst 1200 Reichsthalern einem polnischen Kaufmanne zum Einkauf von Pulver und Blei gegeben.

Von Teschen aus hatte Mitzlaf nach seiner Ankunft einen Vertrauten Dietrich Cardinal, den ehemaligen Kriegsdirektor des letzten piastischen

Herzogs von Teschen († 1625) zum Könige entsendet, um ihn von den Vorgängen in Ungarn und von seiner Verabredung mit Bethlen Gabor in Kenntnis zu setzen und Geld für die Truppen in Empfang zu nehmen. Zugleich schilderte aber der energische Mann dem Könige die traurige Lage, in welcher er sich mit seinen beklagenswerten Truppen befand, in einem ausführlichen eindrucksvollen Schreiben, das wir seiner hohen Wichtigkeit wegen mit Ausnahme des Schlusses ganz mitteilen.[1]

Gnädigster König, wir leben hier in desperatem Stande. Bethlehem hat mit dem Kaiser Stillstand auf drei Monat gemachet, und wird er so wol der Türke gewißlich den Frieden schließen, wofern E. M. erstens nicht 12000 Mann in Schlesien mit notdürftigen Geldmitteln unterhalten, zum andern, also bald es muglich, Bethlehemen auf 6 Monat 240000 Rchsthlr. in Konstantinopel deponieren, und daß solches wirklich und wahrhaftig geschehen, ihm glaubwürdigen Schein nebenst dem diplomate foederis assecuratorio einhändigen lassen, dann solches bei Engeland und Holland allererst zu treiben, wurde zu lange währen und zu spät fallen. Ich bin noch zu Maße kommen und mit großem Fleiß und Arbeit nach geschriebenem Schluß und Veranlassung (!) unter Bethlehem Hand und Siegel erhalten und zu Wegen gebracht (?). Je ehe[r] nun solches gelebet (!) wird, je besser es ist, und hätten wir, E. M. getreue Diener, noch etwa Hoffnung Entsatzes und gewisser Rettung; wirds aber verzogen oder geschicht gar nicht, so ists unmuglich, Bethlehem im Spiel zu behalten, sondern ist alles aus mit uns. Denn Wallenstein mit 20000 M. von der einen und Tilly zusamt den schlesischen Ständen in die 18000 M. stark von der andern Seiten wollen den kunftigen Frühling auf uns ziehen und austilgen. Graf von Mansfeld ist durchgangen, weil er den Braten gerochen; Herzog von Weimar ist von Leid und Melancholie Tods verblichen und mir großen Last, Arbeit und Sorge allein hinterlassen. Unsers so viel mansfeldischen Volks, welches ich in E. M. Dienst und Eid bestellet und übernommen

1) Das Schreiben findet sich in den Beilagen der „Gründlichen Relation" unter B., aber ohne Datum. Als die Antwort des Königs auf dasselbe dürfte sein Schreiben aus Stade 8./18. März 1627 anzusehen sein, welches in derselben Relation unter C. enthalten ist. In seinen Eingangszeilen: „Auß deinem letzten Schreiben sub Dato Troppa den 6. Novemb. habe ich die gelegenheit verstanden, hoffe du werdest auff dein voriges Schreiben bei cardinahl meine resolution bekommen haben" — scheint die Abfassungszeit bestimmt angegeben zu sein, aber das Datum ist offenbar falsch, da der Herzog von Weimar erst am 4./14. Dez. starb. Da Mitzlaf noch vor dem Tode des Herzogs von St. Marton mit den Truppen aufbrach, könnte er das Schreiben den 6./16. Dez. 1626 verfaßt haben. Vgl. Opel, Der Niedersächsisch-Dänische Krieg. Bd. 2, 603 f.

und itzo zugleich aus Ungarn in die Schleſie abhole, iſt nicht 4 Tauſend, ſelbige nicht halb bewehret, vor Hunger verſchmachtet, krank und malkontent, welches alles certissima praesagia unſers endlichen Untergangs, wofern nicht praesentanea remedia unſer Rettung von E. M. erfolgen. Ich bitte E. M. um Gottes Barmherzigkeit willen, wofern Sie ja Ihrer getreuen Diener und ſo viel tapferer Leute vergeſſen und ſelbige umkommen laſſen können, daß Sie dennoch auf die Konſequenz, Ihrer und Ihrer Lande äußerſte Gefahr, wollen gnädigſt bedacht ſein und nicht eine Minute verabſeumen, Bethlehem in allem, was er begehret und geraten, gewiſſes Contentement im Werk zu machen oder auch ſich bei Zeiten um Friede zu bewerben, zu welchem Sie aber meines unterthänigen Dafürhaltens leichter mit Bethlehem als ohne ihn gelangen können. E. M. beherzigen gnädigſt, ob Sie drei Regiment 6 Monat um ſo viel Geld, als Bethlehem begehret, unterhalten können, die aber ſeiner Aſſiſtenz und Macht nicht der zehente Teil mögen gerechnet werden. Wird ſo viel auch auf unſer ſehr notleidendes und ſchwieriges Volk verwendet und kommt nicht zu ſpäte, der medicus post mortem, wie man ſaget, werden E. M. mit der Hilfe Gottes im Werk verſpuren, daß Sie an dieſem Ort mehr .... in einem halben, als dort in dritthalb Jahren gerichtet und gewonnen haben. Bethlehems, welcher warlich ein verſchmitzter, weiſer Fürſt, Gutachten und Rat iſt, daß E. M. den Kaiſer um Inducien zur Friedenstraktation erſuchen. Solches aus vier Urſachen: 1) damit Sie den Feind ſtolz und ſicher machen; 2) uns in der Schleſien vorm Untergang erhalten; 3) inmittels die von Bethlehem begehrte conditiones adimplieren; 4) dadurch die Alliirten, ſowol die Franzoſen, Savoyard[en] und die Venetianer wider aufwachen, zur Diverſion und Geldhilfe anſtrengen und perſuadieren können, ſich inmittels, offensive zu gehen, verſtärken. Welches alles er bittet dahin, wie auch den Muskowiter zum Kriege wider Polen durch expreſſe Schickung zu inducieren, auch beim König in Engeland, daß er beim Muskowiter dergleichen thue, fleißig zu befodern. Wanns Werk auf ſolchen Fuß geſetzet, iſt er erbietig, ſich mit E. M. in Perſon mit äußerſter Macht zu konjungieren und von Deroſelben Ordre zu dependieren, den Feind in viscеribus patrimonii sui anzugreifen und nicht abzuſetzen, bis Gott den Hochmut des Hauſes Öſterreich komprimieret und die Bedrängete in Sicherheit geſetzet habe. Inmittels will ich weiter nach der Gnade, ſo mir Gott verleihen wird, an dieſem Ort thun, was einem getreuen, ſorgfältigen Diener gebühret und mich verſichern, wo mir Gott das Leben erhält, E. M. mirs gnädigſt werden genießen laſſen. Dem Herrn v. Flodorp hat der General noch bei ſeinem Leben die Generalmajorſchaft anvertraut, welcher er denn fleißig vorſtehet. Den Oberſten

Carpzov habe ich bei die Attolerie vermacht, ist ein vigilanter Mann, der auch bei E. Mt. selbsten die Attolerie wol versehen könnte. Dieselben kompetieren aber wegen des Verzugs ihrer Charge. Ich bitte E. Mt. wollen den Ausschlag geben, insonderheit aber dahin bedacht sein, daß der Armee ein düglicher General vorgestellet werde. Ich sollicitiere den Obristen Stubenvoll, ob ich könnte, zu uns gewinnen, die Kavallerie zu kommendieren; aber wie werde ich elender Mensch ihm derweile thun? Das Volk soll auf 12000 M. wider verstärket, wider bewehret, bekleidet und auch befriediget sein; die 2000 Ungarn, so uns Bethlen (36) überlassen, wollen monatlich ihre richtige Bezahlung haben. Ammonition muß auf allen besetzten Häusern und Städten in Vorrat sein, und zu diesem allen weiß ich nichts, weil die Quartier ganz ausgezehret und dem Volk das Brot nicht länger werden hergeben können. Ich habe kein[en] Kredit mehr, weil ich bereit über 60000 Rthlr. schuldig, dieses Orts auch keine Barschaft mehr aufzutreiben weiß. E. M. haben mich mit leerer Hand der Armee zugegeben und verlassen uns so lange! Ich bitte um Gottes Willen, Sie sein eingedenk Ihrer gnädigsten Zusage und reichen mir nunmehr gnädigst Ihre hilfreich[e] Hand, sonst muß ich unter dieser Last auch niederfallen."

Dieser vorwurfsvolle Schmerzensschrei wird auch den König, der Mitzlafs Brief nach seiner Rückkehr aus Dänemark wirklich erhalten hat, gerührt haben. Allein Geld konnte Christian IV. dem Boten des flehenden Bevollmächtigten nicht einhändigen, noch auch für die allernächste Zeit versprechen: er mußte ihn auf die Mittel verweisen, welche man ihm in den Niederlanden zugesagt hatte. Zunächst aber erhielt Mitzlaf überhaupt keine Antwort, da Dietrich Cardinal auf seiner Rückreise in Krakau aufgegriffen und zurückgehalten wurde,[1] so daß die Gegner wahrscheinlich eher von den vergeblichen Versuchen des Königs, Geld aufzubringen, in Kenntnis gesetzt wurden, als sein verzweifelter Kriegskommissarius in Oberschlesien.

Trotzdem verlor jedoch Mitzlaf den Mut nicht vollständig, sondern suchte sich den überlegenen Streitkräften des Feindes gegenüber sogar noch weiter auszubreiten. Unter diesen Bemühungen hatte besonders das nördliche Mähren viel zu leiden. Der Oberst Baudissin nahm das Haus

1) Einige Nachrichten über Dietrich Cardinal von Widdern auf Tscherlieczko, der sich den Dänen angeschlossen hatte, enthält Wattenbachs Aufsatz über David Nentwig in der Zeitschrift des V. f. Geschichte und Altertum Schlesiens Bd. 3., 369 ff. Seiner Gefangennehmung wird hier gleichfalls gedacht, 377. Vgl. auch das Schreiben des Kardinals Dietrichstein an Collalto, Nicolsburg 26. Genaio 1627, Trampler, Correspondenz 49.

Sternberg nördlich von Olmütz, während sein Angriff auf Mährisch-Neustadt mißlang. Nordöstlich von der Oder war der wichtigste von den protestantischen Scharen besetzte Punkt die Stadt Beuthen, deren sich Holk zur Nachtzeit (27. Febr.) bemächtigt hatte. Auch wußte er sie gegen das deutsche Reiterregiment des Obersten Mörder und polnisches Fußvolk unter dem Obersten Sedlnitzki zu verteidigen und nahm den Angreifern eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Gefangenen ab. Bei dieser Gelegenheit erwarb sich sogar bei den Feinden ein Lieutenant eines Majors von Witzleben, der lange Fritz genannt, durch seine Tapferkeit bei dem Ausfalle aus der Stadt, ein wolverdientes Ansehen. Nicht so glücklich waren die Dänen mit einem Angriffe auf Gleiwitz, dessen Vorstädte sie indessen einäscherten. Auch Rybnik mußte sich ergeben, Rauden wurde verwüstet.

Der Kommissarius Mitzlaf mißt sich ferner das persönliche Verdienst bei, den Feinden Kosel wider abgenommen zu haben. Auf seine Veranlassung gingen die Obersten Baudissin und Karpzov auf Bauerwitz nordwestlich von Ratibor und zwar in solcher Eile, daß sie die Infanterie zu Wagen beförderten. Da sich Mitzlaf von dem jüngeren Kochtitzky, einem Sohne des Schloßherren von Kosel, der sich bei der Unternehmung befand, eine Ortskarte und genaue Zeichnungen der Zugänge und Brustwehren verschafft hatte, gelangten die Dänen unvermerkt während der Nacht bis in die unmittelbare Nähe des Schlosses und nahmen zunächst dieses ein. Oberst Holk war die Aufgabe zugewiesen, dem auf der rechten Seite der Oder liegenden deutschen Reiterregiment Mörder in die Quartiere zu fallen und es dadurch von der Unterstützung seines Obersten und der Besatzung in der Festung zurückzuhalten. Nur sollte er sich nicht eher rühren, bevor nicht der Angriff auf der andern Seite erfolgt war. Dieser Plan Mitzlafs glückte vollständig: die Dänen drangen zunächst in das Schloß ein und bemächtigten sich dann der Stadt. Das Regiment Holk aber rieb das Reiterregiment des Obersten Mörder nebst der ihm beigegebenen Infanterie fast vollständig auf und brachte außerdem noch reiche Beute davon. Der Oberst Mörder selbst und sein Oberstlieutenant, der Graf Johann Georg von Mansfeld, nebst dem Oberstwachtmeister Heinrich v. Dohna wurden zu Gefangenen gemacht. In seinen Tagebuchaufzeichnungen gedachte der Graf von Mansfeld des Ereignisses mit den Worten: „Am 26. Febr./8. März ist der Feind mit 4 Regimentern zu R. und 5000 M. zu F. zur Kosel eingefallen und mich gefangen bekommen."[1] In dieser lakonischen Aufzeichnung wird die Zahl der Angreifenden offenbar übertrieben.

1) Königl. St.-A. in Magdeburg.

Während sich die Kaiserlichen in Niederschlesien stärkten und nach Gutdünken über die Mittel der wolhabenden Landschaften zu ihrem Besten verfügten, mußten die dänischen Offiziere in Oberschlesien die größten Anstrengungen machen, um sich in den von ihnen besetzten Plätzen zu halten. Mitzlaf war während des Winters längere Zeit krank gewesen, bereiste aber sofort nach seiner Genesung die Quartiere, um nach dem Rechten zu sehen. Nachdem er in Teschen den Beschwerden gegen den Oberstlieutenant v. Rohr nach Möglichkeit abgeholfen hatte, empfing er in Pleß den Besuch des protestantischen Herrn v. Sunnegk aus Bielitz, eines Schwagers des ungarischen Grafen Illiashazy. Von Pleß aus sendete er ferner den schottischen Kaufmann Alexander Meldrum mit einer Summe von 2000 Thalern und einer dieser Summe entsprechenden Menge von schlesischem Tuch nach Ungarn, um Salpeter zu kaufen, und empfahl denselben durch ein Schreiben an Bethlen Gabor, von dem er annahm, daß er sich noch in Ungarn aufhalte. Der auch mit Empfehlungen des Herrn v. Sunnegk versehene Schotte kam wirklich nach Ungarn und sendete von Eperies aus noch ein tröstliches Schreiben, wurde aber später wahrscheinlich von den Kaiserlichen festgenommen.

Von Pleß begab sich Mitzlaf mit dem Obersten Heinrich Holk nach Kosel und trieb hier den Obersten Riese zur Beschleunigung des Festungsbaues an. Nach kurzem Aufenthalte ging er von da nach Troppau, wo er in den letzten Tagen des April eingetroffen sein wird. Hier erreichten den dänischen Bevollmächtigten zwei wichtige Schreiben seines Königs vom 18. und 19. März. In dem ersteren wurde er auf die schriftliche Mitteilung Christians IV. an den bis dahin nicht wider in Schlesien angelangten Cardinal verwiesen, daß die Generalstaaten sich anheischig gemacht hatten, die von Bethlen Gabor geforderte Summe, d. h. wol in Gestalt eines Wechsels, nach Stettin zu liefern, von wo derselbe über Thorn nach Schlesien gebracht werden sollte. Dem zweiten königlichen Schreiben zufolge war die Armee in Schlesien dem Administrator von Magdeburg übergeben und demselben Mitzlaf und noch eine dritte von diesem zu ernennende Persönlichkeit an die Seite gestellt worden. Der König sprach die Hoffnung aus, daß die Verwandtschaft des Administrators mit dem Fürsten von Siebenbürgen — Christian Wilhelm war der Oheim der Gemahlin Bethlen Gabors — und die Ansprüche dieses Markgrafen auf Jägerndorf von guten Wirkungen für das Ganze sein würden. Endlich hatte der König in Stade auch einen Kriegsrat für die schlesische Armee eingesetzt, in welchem er dem Obersten Stubenvoll eine Stelle zugewiesen hatte, der sich noch gar nicht bei der Armee befand, während der in Schlesien anwesende, dem Könige aber noch nicht vereidigte

Karpzov mit Stillschweigen übergangen war. Dieser Befehl des Königs konnte daher nicht in seiner ganzen Ausdehnung durchgeführt werden.

Bei den unter Mitzlafs Vorsitz in Troppau gepflogenen Beratungen der Obersten über diese und ähnliche Verhältnisse kam die Unzuverlässigkeit des bisherigen Quartiermeisters, des Herrn v. Flodorp, an den Tag. Dieser Oberst hatte Mitzlaf beschuldigt, daß er es an der erforderlichen Beaufsichtigung seines Münzmeisters, welcher in Gräz leichte Münzen prägte und sich dabei in unrechtmäßiger Weise persönlich bereichert haben sollte, fehlen lasse. Mitzlaf hatte darauf den Münzmeister und seine Gehilfen verhaften lassen und brachte nun die ganze Angelegenheit vor den Kriegsrat. Bei dieser Untersuchung stellte sich aber heraus, daß Flodorp den Versuch gemacht hatte, den Münzmeister zu Unredlichkeiten zu verleiten, um selbst an dem Gewinn des Geschäftes teilzunehmen. Nach Mitzlafs Darstellung hatte er in einem eigenen Handschreiben von dem Münzmeister 1000 Thlr. verlangt und ihn zugleich um die Mitteilung des Geheimnisses der edlen Kunst „der Albation" und um einige Pfund des zum Prägen hergerichteten Silbers ersucht. Er wollte selbst eine Münze in Teschen einrichten und die hier geprägten polnischen Geldsorten besonders in Polen vertreiben lassen. Ja der Münzmeister erklärte sogar, daß ihn Flodorp nur deswegen verfolge, weil er zu seinen Gunsten dem Könige nichts unterschlagen oder zu ungebührlichen Zwecken verwendet habe. Der Münzmeister war nicht imstande, sich durch seine Aussagen die Freiheit zu erwirken, hatte aber durch dieselben ohne Zweifel die Stellung Flodorps so arg erschüttert, daß derselbe nach wenigen Wochen die Armee verließ und heimlich davonging.

Nachdem Mitzlaf Troppau und die übrigen benachbarten festeren Punkte mit einer möglichst großen Menge Proviant versehen und besonders auch die Stände zu Lieferungen herangezogen hatte, hielt er endlich eine Musterung ab, bei welcher sich herausstellte, daß die Offiziere die Wintermonate zur Verstärkung ihrer Kompagnien auf das beste benutzt hatten. Nach Mitzlafs Bericht zählte seine ganze Armee damals 3600 Pf., 600 Dragoner, 9400 M. z. F. und außerdem noch 3600 M., unter denen sich auch Mannschaften der Artillerie und des Generalstabes befanden.[1]

1) Gründliche und Warhaffte Relation: Diesen Früling erschienen wol bewehret: 1) Reiter. Ob. Baudissin 1000 Pf. Ob. Holk 1000 Pf. Ob. Caltenhof 600 Pf. Oberstl. Ercken 400 Pf. Oberstl. Daniel 200 Pf. Oberstl. Kochtizky 300 Pf. Herr v. Flodruff (Flodorp) 120 Pf. Herr Kinsky 100 Pf. Mons. du Meny 80 Pf. Aufs wenigste gerechnet 3600 Pf. 2) Dragoner. Unter Major Kugler drei Komp. 400 M. Unter Kap. Bränck (?) 200 M. S. 600 Dragoner. 3) Fußvolk. Ob. Ranzau hat von 800 sich rekompliert auf 2500. Ob. Riese

Freilich waren diese Truppen bei der Musterung nicht alle bezahlt worden. Mitzlaf gesteht, daß von den Mannschaften des Regiments Rohr, mit denen er die „Berghäuser“ besetzte, viele keine Löhnung erhalten hatten.

Unverzüglich gab Mitzlaf nun dem Fürsten von Siebenbürgen Nachricht von dem Bestande seiner Truppen, übersendete ihm die erwähnten Schreiben des Königs und bat zugleich um Verstärkungen und um die Zusendung seiner Munition. Infolge näherer Mitteilungen über den Vertrag des Administrators mit dem Könige scheint seine Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang der verzweifelten Unternehmung wider gestiegen zu sein, obwol er nun erfahren hatte, daß sein zum Könige gesendeter Botschafter Cardinal durch eigne Verschuldung mit allen seinen Papieren in Krakau festgenommen und nach Warschau geführt worden war. Doch glaubte er damals noch, daß der Administrator geradeswegs aus dem Lager des Königs, also von Norden her, zu ihm stoßen würde. Er setzte daher den König von seiner Absicht in Kenntnis, dem Administrator, falls er mit einer Heeresabteilung anlangen werde, mit 6000 M. entgegen zu gehen und äußerte zugleich den Wunsch, der Markgraf möge sich an der Oder, etwa bei Krossen festsetzen und sich der Oderpässe bis nach Großglogau hin bemächtigen. Dann wollte er „ihm entgegen arbeiten“, bis sie sich die Hand reichen könnten!!

Der unglückliche und preisgegebene Mann hatte nicht die leiseste Ahnung davon, daß auch dieser Plan des Königs von vorn herein eine Fehlgeburt war. Aber er ahnte auch nicht, daß seine Mahnungen, Bethlen Gabor schleunigst zufrieden zu stellen, weil dieser sonst nichts für die Sache thun würde, ohne jegliche Wirkung bleiben mußten. Denn wenn er auch dem Könige noch so oft erklärt hätte, „daß es wahrlich mit uns auf der äußersten Spitzen, und das Volk ohne Geld ins Feld zu führen nicht wol geraten sein kann,“ — die erwartete Hilfe konnte ihm doch nicht zu Teil werden.

In dieser seiner äußersten Bedrängnis gelang es jedoch Mitzlaf, sich in Ladislaus Welen v. Zierotin, welchen ihm der König zu seinem „Adjunkt“ gesetzt hatte, einen zuverlässigen und sachkundigen Gehilfen zu erwerben. Nach einem abermaligen kurzen Aufenthalte in Kosel, der

---

hat mit seinem Volk, aus Ungarn gekommen und den neuwen ihm zu Komplierung seines Regiments gegebenen Kompagnien 2000 M. Ob. Schlammersdorf ungefähr 1700. Ob. Putlitz, mansfeldisch transsumiert- und verstärktes Volk 1200. Oberstl. Rohr 2000. S. 9400 z. F. Ausbenommen und nicht gerechnet den Generalstab, die Artolleryperſonen und die Uswarter, so jedweder Obriſter unterhalten; thut S. 3600, so Zug und Wacht thun und combattiren sollen.

vorzugsweise zur Herbeischaffung von Lebensmitteln benutzt wurde, und nachdem Zierotin aus Mähren angelangt war, eilte Mitzlaf widerum nach Troppau. traf aber seinen Mitbevollmächtigten bereits in Jägerndorf. Hier teilte Zierotin Mitzlaf den Inhalt eines Briefes mit, den er von dem Gesandten Bethlen Gabors bei Christian IV., also von Quad, erhalten haben wollte, nach welchem der König die Wünsche des Fürsten vollständig erfüllt hatte, so daß nun an seiner Beteiligung am Kriege kein Zweifel mehr obwalten konnte. Dagegen lüftete Mitzlaf den Schleier über seine geheime Verbindungen in Böhmen und Mähren und versicherte Zierotin, daß in beiden Ländern, so wie sich Bethlen Gabor nur rührte, ein allgemeiner Aufstand losbrechen würde. Mitzlafs geheime Verbündeten wollten 2000 Reiter und 8000 M. Fußvolk, ungerechnet die Scharen der Landleute, aufstellen und unterhalten. So war es nicht nur ihm, sondern auch dem Obersten Bubna zugesichert worden. In seinem Berichte an den König schließt Mitzlaf diese Mitteilungen über die von ihm getroffenen Vorbereitungen mit dem Worte: „Summa, auf Bethlehem hatten wir jederzeit unser Fundament gewidmet, auf ihn hatten alle, so affectioniert waren, bei uns einzutreten, ihr eigentliches Absehen."

Endlich drängte jedoch die Zeit zu einem bestimmten Entschlusse: in ganz Schlesien verbreitete sich die Kunde, daß Wallenstein Neisse zum Sammelpunkte seiner Truppen bestimmt habe, und daß sich gegen den Anfang des Juni die kaiserlichen Regimenter in Bewegung setzen sollten. Mitzlaf berief darauf einen Kriegsrat nach Troppau, stellte demselben Zierotin als den ihm beigegebenen Bevollmächtigten vor und verteilte die obersten Befehlshaberstellen. Oberst Bubna übernahm auf seinen Befehl die Führung der Reiterei, dem Obersten Karpzov wurde der Oberbefehl über das Fußvolk anvertraut. Doch waren beide an den Beirat der königlichen Bevollmächtigten und der gerade anwesenden Obersten gebunden. Zu einem Hauptstützpunkte für die ganze Stellung der Truppen wurde endlich Kosel ausersehen; nur Bubna war anfangs der Meinung, daß man sich besser in Wallachisch-Meseritsch festsetze, was aber der Feindschaft der Wallachen wegen zurückgewiesen wurde. Kosel zog man auch deswegen vor, weil man bei einem Angriffe leicht über die Oder gehen und sich ohne besondere Gefahr in das Gebirge werfen könne, und nahm also eine sehr ernstliche Verteidigung schon damals nicht in Aussicht. Daß man die Festung nicht lange werde halten können, machte dem Kriegsrate schon der Mangel an zureichendem Schießbedarf wahrscheinlich: Baudissin hatte das Pulver in Säcken auf Gebirgspfaden hereintragen lassen; die in Troppau, Oderberg und Pleß errichteten Salpeterhütten lieferten keinen ausreichenden Vorrat.

Wie klar sich Mitzlaf bereits im Mai bewußt war, daß seine Stellung Wallenstein gegenüber unhaltbar war, entnehmen wir aus einem in diese Zeit fallenden Briefe an den König, in welchem er mitteilt: „Wallenstein ist wider in 30 000 M. stark, rucket itzo bei der Neiss zusammen, und werden wir den Kürzern ziehen, bis Bethlehem herauskommt, welcher nicht außen bleibt, dafern ihm Quad nur vollkommene Satisfaction mitbracht hat, wie E. M. aus Verbißtorfs ladistem Schreiben zu ersehen". In denselben Tagen gaben Mitzlaf und Zierotin ferner Bethlen Nachricht von dem Stande der Dinge und ersuchten um schleunige Absendung der ungarischen Hilfsmannschaften. Mit diesem Schreiben entsendeten sie den Vetter Zierotins, Bernhard v. Zierotin, und Mitzlaf ersuchte darauf auch noch den Grafen Illiashazy um Nachrichten über den Marsch des Fürsten. Da erreichte den allzu vertrauensseligen Mitzlaf ein Schreiben des Königs aus Boizenburg (16./26. Mai), welches die Hilfe schon in größerer Nähe zeigte. Der König schrieb etwa: „Allhie stehet es Gott Lob noch wol; der Allmächtige helfe hinfüro gnädiglich und steure dem Baierfürsten. Kundschaft haben wir, daß der Kaiser krank oder ganz tot ist. Ich hoffe, daß Bethlehem sich soll ehrlich halten, dann er durch Quaden alles erlangt, was er begehret. Ich glaube und hoffe, wofern ihr sämtlich mit dem Administrator und er mit euch, wie er mir mit Hand und Mund zugesaget hat, betraget, so hat es, ob Gott will, keine Not. Alles, was zu thun müglich, versuchet man hie. Tilly hat sich zwar vermessen, nach Holstein zu gehen, aber es schlug fehl. Der Kurfürst zu Brandenburg hat den Unterthanen in der Mark befohlen, dem Kaiser zu helfen, mein Volk zu ruiniren, welches ich wol will in Acht haben. Ich nehme meinen Weg mit dem ersten nach der Mark, nach Havelberg, wo ich schon den Thum innen habe. Weil in Polen so große Uneinigkeit ist, er auch mit Schweden zu thun, hat's mit Gottes Hülf keine Not. Ich hoffe, die Zeit wird sich ändern in Deutschland, welches auch wol hohe Zeit wäre, wan's Gott also gefällig sein möchte; Holken will ich hernacher für einen Obersten gebrauchen".

Aus diesem Schreiben werden die dänischen Offiziere den Schluß gezogen haben, daß der König den siebenbürgischen Gesandten mit Geld für Bethlen versehen habe, was leider nicht der Fall war. Obgleich nun alle Nachrichten darin übereinstimmten, daß der Feind nach kurzer Frist zum Angriff schreiten werde, so hoffte Mitzlaf doch nach solchen Mitteilungen um so fester auf eine Vereinigung mit Bethlen, als nicht zu erwarten war, daß die Städte und Festungen Oberschlesiens den Kaiserlichen sofort ihre Thore öffnen würden. Infolge dessen wurde Troppau als der Punkt bestimmt, in und bei welchem diejenigen Heeresteile, welche nicht zu Be-

satzungen dienten, sich vereinigen sollten. Während Zierotin in Troppau zurückblieb, unterwarf Mitzlaf den Festungsbau in Kosel einer neuen Besichtigung, welche freilich ein sehr unerwünschtes Ergebnis hatte. Die Obersten Holk und Riese berichteten ihm, daß der Ort ohne Reiterei und ohne daß die begonnenen Befestigungswerke ihren Abschluß erreicht hätten, nicht zu halten sein würde.

In Troppau, wohin er zurückeilte, wartete Mitzlafs zunächst die Erfüllung einer traurigen Pflicht. Er mußte der Leiche des tapferen Herzogs Johann Ernst auf dem Wege zu ihrer letzten Ruhestätte mit zwei alten Regimentern des Generals, Baudissin und Ranzau, und einer Anzahl von Offizieren und Ständemitgliedern das feierliche Geleit aus den Thoren der Stadt geben.[1] Zur Bedeckung ließ er eine Kompagnie mit derselben bis nach Sternberg marschieren. —

Da der Feind unterdes Leobschütz eingeschlossen hatte, mußten die dänischen Bevollmächtigten eine Entscheidung treffen. In Zierotins Behausung las Mitzlaf darauf den Obersten Bubna und Karpzov das Schreiben des Königs vom 16./26. Mai vor, aus dem er den Schluß zog, daß Christian IV. ihnen entweder selbst die Hand bieten, oder wenigstens den Administrator mit einem Succurs entgegen senden wollte. Daher schien es ihm vorteilhaft, Kosel nicht aufzugeben und er ersuchte die beiden Obersten, die Festungswerke auch ihrerseits in Augenschein zu nehmen.

Eine Folge der abermaligen Besichtigung Kosels war der Abmarsch der Armee von Troppau nach Kosel, obgleich Bubna und Karpzov nach ihrer Rückkehr es für zweckmäßiger erklärten, den Punkt aufzugeben oder sich selbst zu überlassen und die Armee in das Gebirge zu führen. Sie mögen dabei die Absicht gehegt haben, den Anmarsch Bethlens zu erleichtern. Allein Mitzlaf und Zierotin hielten an dem Beschlusse des früheren Kriegrats fest, Kosel auf jeden Fall zu behaupten.

Und darauf ging Karpzov mit dem Fußvolke und einigen Reiterabteilungen der größeren Sicherheit halber bei Oderberg über den Fluß, während Mitzlaf mit der übrigen Reiterei an dem feindlichen Lager bei Leobschütz vorüberzog. Beide Abteilungen gelangten ohne Verlust an ihren Bestimmungsort. Dagegen blieben Zierotin und Marquard Ranzau mit ihren Truppenteilen in Troppau zurück, welches jetzt der Sammelpunkt aller Flüchtigen aus ganz Oberschlesien wurde. Bethlen wurde durch Mitzlaf von der gefährlichen Lage der Verhältnisse mit der

1) Am 9./19. Juni wurde den troppauischen Konstablern für das Schießen bei der Leichenabführung eine Verehrung gegeben, Heermann, Nachlese 105.

dringendsten Bitte in Kenntnis gesetzt, wenigstens 6000 ungarische Reiter vorauszusenden und der Armee das in Ungarn zurückgelassene Pulver zuführen zu lassen.[1]

Die Kaiserlichen in Niederschlesien.

Etwas später als die dänisch-mansfeldischen Scharen rückten gegen das Ende des Dezember 1626 und in den ersten Januarwochen 1627 die kaiserlichen Truppen in Schlesien ein und besetzten allmählich das ganze Land von Grünberg bis nach Ratibor; nur die Fürstentümer Jägerndorf, Troppau, Teschen und die Herrschaften Loslau und Pleß mußte man den Feinden überlassen.[2] Die nicht vorher angemeldete Einquartierung überraschte die Bevölkerung und die Landesbehörden vollständig. Erst als die Regimenter die schlesische Grenze erreicht hatten, lief Wallensteins Ersuchen an Fürsten und Stände ein, Kommissare nach Neiße zu schicken und die Truppen durch diese in ihre Winterquartiere führen zu lassen. Da die Fürsten und Stände gerade in Liegnitz eine Zusammenkunft hielten, einigte man sich dahin, Wallenstein durch Abgeordnete womöglich zu bestimmen, das Volk in Gemäßheit mehrerer kaiserlicher Schreiben nach Oberschlesien gegen den Feind zu führen und es dort Winterquartiere beziehen zu lassen. Allein Wallenstein befand sich wider Erwarten nicht persönlich bei den Truppen; und die Aufträge der Abgeordneten zerfielen daher in sich selbst:[3] die Obersten führten nun ihre Regimenter in die ihnen von dem General angewiesenen Fürstentümer.

In die nördlichen Kreise Schwiebus, Grünberg, Freistadt und Sprottau lagerte sich der Oberbefehlshaber Ob. Pechmann mit seinen Dragonern und

---

1) Als Beilagen seiner Gründlichen und Warhafften Relation hat Mitzlaf drei Briefe an Bethlen beigefügt, von denen der eine Troppau den 30. Mai, der zweite Kosel den 21. Juni (a St.) 1627 abgefaßt ist, ein dritter der Zeitbestimmung entbehrt. Diese letzte zwischen den 30. Mai und den 21. Juni (a. St.) fallende Schreiben ist das hier in Rede stehende.

2) Vgl. Kopietz, Wallensteins Armee in Schlesien im Jahre 1626 und im Frühjahre 1627 (Zeitschrift des Ver. f. Gesch. u. A. Schlesiens Bd. XII. 480—487) und Krebs, die Drangsale der Stadt Schweidnitz im dreißigj. Kriege (dieselbe Zeitschrift Bd. XIV. S. 1—40); dazu Krebs, Zeitschr. XXVII. S. 151 ff. Außerdem wurde auch Krebs, Acta publica, Bd. VI, an vielen Stellen benutzt, doch konnte die sehr reichhaltige und verdienstliche Samlung nicht überall genannt werden.

3) Nach einem Schreiben des Herzogs Georg Rudolf von Liegnitz an den Kurf. von Sachsen, Liegnitz 12. Febr. a. St. (?) 1627, durch welches die von Krebs Acta publ., Bd. VI, 175—78 beigebrachten Nachrichten über diesen Fürstentag in willkommener Weise ergänzt werden. Wallensteins Schreiben erhielten die Stände am 27. Dez. Sie beriefen sich auf kais. Erlasse vom Nov. und Dez. 1626.

zwei scherffenbergischen Kompagnien Fußvolk ein; im Fürstentum Sagan schlossen sich die tieffenbachischen Dragoner und im Kreise Liegnitz die des Obersten Hebron (35 Komp.) an. Das Fürstentum Breslau ward dem wallensteinischen Leibregiment überwiesen; in dem Städtchen Neumarkt lag der hohe Stab und fünf Fähnlein. Die Fürstentümer Schweidnitz und Jauer besetzten in der zweiten Januarwoche 34 Kompagnien unter dem lutherischen Herzoge Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg und zwar wider das ausdrückliche Verbot des Kaisers an Wallenstein und wider den Willen seines Sohnes, des damaligen Landesregenten Ferdinands III. Etwas später breiteten sich diese Truppen auch noch in den Herschaften Trachenberg und Militsch aus. Das Fürstentum Brieg ward der Artillerie und dem Regiment Schlick angewiesen, Frankenstein-Münsterberg dem Regiment Altsachsen und Öls-Bernstadt den Regimentern Coronini und Strozzi. Die Herzogin Anna Sophia von Münsterberg beklagte sich daher bei dem Kurfürsten von Sachsen, daß Wallenstein Öls und Bernstadt zwei Regimenter aufgebürdet hatte, als ob es zwei getrennte Fürstentümer wären. In dem kleinen Öls lagen in den letzten Januartagen beide Obersten mit 1600 Pferden und den Bagagepferden. Das Fürstentum sollte wöchentlich 8000 Thlr. Kriegssteuern und zwar auf drei Monate aufbringen. Neisse, Oppeln und Ratibor waren von Polen und dem Regimente Dohna besetzt. Die ganze kaiserliche Besatzung in allen diesen schlesischen Fürstentümern soll sich auf 88 Fahnen Reiterei und 82 Kompagnien Fußvolk belaufen haben, deren Bestand an Mannschaften demnach 24000 bis 33000 M. stark gewesen sein könnte. In Wahrheit aber dürfte die ganze Einquartierung wenigstens in den ersten Monaten, wo die Fahnen und Kompagnien ziemlich bedeutende Lücken hatten, ein sehr Beträchtliches unter diesen Zahlen geblieben sein. Der Burggraf von Dohna gab am 2. Febr. 1627 in einem Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen die Stärke der Besatzung auf 16 Regimenter an. Danach würde dieselbe sicherlich nicht 24000 M. betragen haben.

Diese ausgehungerte und abgerissene Armee war mit ihrem ganzen Unterhalt und allen Lebensbedürfnissen jeder Art auf das Land und seine Bewohner angewiesen, da sie keinen Pfennig Löhnung erhielt, und Wallenstein auch von den Kontributionen, die er aus Böhmen bezog, nicht das Geringste auf ihre Unterhaltung verwendete.

Den kaiserlichen Befehlen gemäß[1] sollten die Offiziere den Fürsten und Ständen „die Direktion der Quartiere und des Unterhalts" anheim-

1) Vom 12, 18. u. 29. Jan. 1627.

stellen: aber diese Befehle langten erst in Schlesien an, nachdem die Einquartierung stattgefunden hatte.

Zur Richtschnur für die tägliche Unterhaltung der Infanterie sollte eigentlich die mährische Ordinanz genommen werden, während die Obersten der Reiterei besondere Verträge mit den Landesobrigkeiten abschließen konnten. Allein auch die übrigen Obersten fanden bald das letztere Verfahren vorteilhafter. So traf der Oberstlieutenant St. Julien am 25. Jan. ein Abkommen mit der Stadt Breslau, nach welchem ihm für sein Regiment von 13 K. z. F. u. 1 K. z. R. allein an Geld monatlich 72000 fl. gezahlt werden sollten. Der zu liefernde Proviant wurde auf wöchentlich 11000 fl. angeschlagen. Dieser Vertrag scheint jedoch später außer Wirksamkeit getreten und durch einen gelinderen mit den Ständen des Fürstentums Breslau (Neumarkt 19. Febr.) ersetzt worden zu sein, in welchem neben der Verpflegung wöchentlich nur 11500 fl. gefordert wurden. Auch die Verpflegung aber war kostspielig, ein Kapitain v. Fünfkirchen in Neumarkt schlug die seinige wöchentlich zu 100 Thlr. an und suchte die Summe durch Strafeinquartierung einzutreiben. Als Wallenstein nach einigen Monaten noch 4 Komp. zu seinem Regiment werben ließ, mußte die Stadt Breslau auch diese übernehmen.[1] Dem Oberstlieutenant des Schlick'schen Regiments, Graf Friedrich v. Schlick, wurde von dem Fürstentum Brieg auf sein ganzes Regiment und eine Comp. zu R. monatlich 33000 fl. neben der Haferlieferung bewilligt. In Großglogau schloß der Oberst Pechmann mit den Städten des Fürstentums Glogau auf wöchentlich 1905 Thlr. und 60 Scheffel Hafer einen Vertrag auf 4 Wochen ab; zudem mußte ihm die Ritterschaft wöchentlich noch 45000 fl. zahlen. Der Herzog von Liegnitz einigte sich am 27. Jan. mit dem Obersten Hebron ebenfalls nach einem Vertrage auf 4 Wochen über die Unterhaltung seiner drei Regimenter und einer scherffenbergischen Kompagnie; aber man bürdete der Landschaft auch noch die Unterhaltung von 6 Kompagnien des Obersten Görzenich auf. Weder die Stadt noch das Fürstentum Liegnitz konnten den eingegangenen hohen Verpflichtungen nachkommen, so daß der Landtag dem Obersten schon am 12. März für den Rest Güter oder soviel Silbergeschirr, wie zu einer ganzen Silbertafel gehörte, anbot, worauf indessen Hebron nicht einging. In der letzten Augustwoche betrugen die Rückstände für Hebron 218314 fl., für Görzenich 46537 fl., und für Scherffenberg 8500 fl.[2]

---

1) Krebs, Acta publica VI. 288.

2) Vgl. Krebs A. p. 6. 300 ff.

Ganz eigentümliche Verhältnisse treten uns in den Fürstentümern Schweidnitz-Jauer entgegen, welche der Kaiser bereits im vorigen Jahre seinem ältesten Sohne abgetreten hatte, dem von den Ständen darauf die Huldigung geleistet wurde. Da der Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg bei seiner Einquartierung den Befehl des Kaisers unbeachtet gelassen hatte, beschwerte sich Ferdinand III. bei seinem Vater und teilte diese Beschwerde auch dem Landeshauptmanne zur Nachachtung mit. Der Herzog von Lauenburg aber scheute sich nicht, den Landständen gerade heraus zu erklären: „Wären auch noch so viele Befehle und Reskripte vorhanden, so habe er doch nur der Ordinanz des Generals, des Herzogs von Friedland, nachzuleben". Diese Erklärung gab der Herzog zu einer Zeit ab, wo ein fernerer ausdrücklicher Befehl des Kaisers an ihn, die beiden Fürstentümer zu räumen, schon angelangt sein mußte. Vom Offizier bis zum Gemeinen herab konnte man damals das befremdende Wort vernehmen, daß sie von keinem Menschen, er heiße Kaiser oder wie er wolle, außer von ihrem General, Befehle annehmen würden. Die von dem Herzoge von Lauenburg ausgeschriebenen wöchentlichen Kriegssteuern betrugen 20000 Gulden. Später boten ihm die Stände statt des mangelnden Geldes Zinn, Tuch, Leinwand, Leder, Kleider, Vieh und andere zu Geld zu machende Gegenstände an, wurden indessen mit der Entgegnung, daß er kein Handelsmann sei, zurückgewiesen.

Als man Wallenstein von den Maßregeln des Königs von Ungarn in Kenntnis setzte, suchte dieser die Fürsprache seines Schwiegervaters, des Freiherrn v. Harrach, mit den denkwürdigen Worten nach: „Der Künig muß gedenken, daß er soll monarcha der Welt werden und nicht vor sein patrimonium allein Schweinitz und Jauer haben, darvon er ohne das kein Einkommens hat; ich hab kein Interesse darbei, betrachte allein J. M. Dienst, denn Dero Glück und Ruin consistirt in guter oder böser Affection der Armee, drumb bitt ich, man remedir, denn wir spendiren Gut und Blut nicht wegen unser, sondern wegen des Kaisers und des Künigs". Und als ein ander Mal die Stadt Oppeln wegen 500 Reichsthaler über Coloredo in Wien Klage geführt hatte, schrieb der General in ähnlicher Weise an den Freiherrn v. Harrach: „Ich finde kein ragon wegen 500 Reichsthaler, die ein Obrister in J. M. Diensten und sich angelegenen Geschäften verzehrt, ohne daß nie keine Bezahlung empfängt, wol und treulich dient, daß auf solche Weis gegen ihm sollte procedirt werden". Es wäre von Nöthen, daß man nicht alle vor den Kopf stossen sollte, denn die gute Affection der Offizier ist einzig und allein, so den Kaiser erhält; wird die refredirt, so weiß ich kein Mittel noch Hilf.[1]

1) Krebs, A. p. 317 ff. Dazu Tadra 474, 475.

Die Einquartierung dieser hochmütigen Soldateska bedrückte das Land jedoch nicht allein. Bald wurden in Neisse, Großglogau und Ratibor Magazine errichtet, in welchen Vorräte für den Sommerfeldzug aufgehäuft wurden. Selbst ihre Zeughäuser sollten die Fürsten und Stände leeren und die erforderliche Munition herbeischaffen sowie überhaupt für alle möglichen Bedürfnisse eines für den Marsch auszurüstenden Heeres Sorge tragen. Ferner mußte das Land die volle Unterhaltung des Obersten Pechmann und des Generalquartiermeisters sowie des Generalproviantmeisters und des Musterkommissarius auf sich nehmen. Da die Obersten sich bemühten, die stark gelichteten Reihen ihrer Kompagnien durch neue Werbungen wider auszufüllen und auch hierzu keine Mittel angewiesen erhielten, wurden die Kosten für die Ergänzung der Mannschaften ebenfalls dem Lande aufgebürdet.

Und so stieg die Erbitterung über die Aussaugung des Landes schon in den ersten Wochen ziemlich hoch. Infolge derselben beschloß man auf einem Fürstentage zu Liegnitz (Ende Jan./Anfang Febr.) geradezu Einsprache gegen die Einquartierung zu erheben und wenn dieselbe fruchtlos ablaufen sollte, wenigstens darauf zu dringen, daß sie durch Landeskommissare, nicht aber durch die Obersten bewirkt werde. Am meisten fühlte man sich dadurch betroffen, daß durch diese Einquartierung die vom Kaiser genehmigte Vereinbarung zu Dresden vom Jahre 1620 geradezu umgestoßen wurde, nach welcher Schlesien überhaupt von Einquartierung befreit bleiben sollte. Die Stände suchten daher die Verwendung des Kurfürsten von Sachsen bei dem Kaiser nach und klagten ihm, daß die „Soldaten wöchentlich viel Tonnen Goldes forderten, Zölle und Aufsätze auflegten, die des Landes Privilegien schnurstracks zuwiderliefen und Handel und Wandel vollends zu Sumpf trieben". Johann Georg legte wirklich bei dem Kaiser Fürbitte für das kaiserliche, der Verwüstung preisgegebene Land ein und ersuchte ihn um die Abführung des Volkes! Um dieselbe Zeit begab sich eine Gesandtschaft der Fürsten und Stände nach Wien, um über die unerschwinglichen Lasten Klage zu führen, die auch mit Mitteln versehen war, um ihren Klagen bei den kaiserlichen Räten und Politikern leichteres Gehör zu verschaffen.[1] Wenigstens überreichten die Gesandten, die kaiserlichen Räte Dr. Karas v. Rhomstein,[2] Dr. Ernst v. Grüttschreiber, und Dr. Reinhard Rosa, dem Vizekanzler Otto v. Nostiz zugleich mit ihrem Beglaubigungsschreiben eine Anweisung

1) Vgl. Krebs A. p. VI. 179 ff.

2) Er war Domherr zu Ratibor und Neisse, Dekan zu Oberglogau und kaiserlicher Rat, Kastner, Gesch. der Stadt Neiße II. 529.

auf 2000 Reichsthaler. Der Kaiser gab den Abgeordneten „mit kaiserlich- und königlichem Munde" die denkbar freundlichsten Versicherungen; wie ein Vater wollte er „darauf bedacht sein, daß Fürsten und Stände verspüren sollten, J. M. hätten ihr väterlich Herz von ihnen nicht gewendet". Questenberg sprach sein Bedauern darüber aus, daß statt eines bloßen Succurses eine Universaleinquartierung stattgefunden habe. Infolge dieser und anderer Klagen sendete der Kaiser wirklich den Kriegsrat Gerhard v. Questenberg nach Prag zu Wallenstein und von da nach Schlesien, um eine gewisse Gleichmäßigkeit in die Einquartierung zu bringen und den Unordnungen zu steuern.

Questenberg erließ darauf eine etwas billigere Verpflegungs- und Kontributionsordnung, welche auch gedruckt wurde. Allein die Offiziere erklärten sich von Anfang an gegen einige Bestimmungen derselben, wie z. B. daß die Unterhaltung von dem Tage an beginnen sollte, wo man in den Quartieren angekommen war, und verlangten denselben Anfangstermin für alle, nämlich den 28. Dez., den ihnen Questenberg auch bewilligte. Aber auch die Bestimmungen dieser Verpflegungsordnung wurden nicht inne gehalten. Als einst die münsterbergischen Stände auf dem Schlosse zu Frankenstein mit einigen Hauptleuten des Regiments Nassau Abrechnung hielten, hatten diese für die Verpflegung des hohen Stabes 3000 fl. anstatt 1500 fl. nach Questenbergs Ordinanz in Ansatz gebracht. Die Stände sträubten sich gegen die Anerkennung dieser Summe, wurden aber ohne weiteres in diesem kaiserlichen Schlosse von einem Hauptmann mit Arrest belegt.

Und auch auf Verehrungen an die kaiserlichen Offiziere mußte man bedacht sein. Der Oberst Dohna hatte Pechmann auf eine Summe von 8000 fl. vertröstet, während die Stände ihn nur mit 6000 fl. bedenken wollten. Da forderte der kaiserliche Oberst die höhere Summe geradezu mit der Drohung, im Weigerungsfalle auch das zurückzugeben, was er bereits erhalten hatte. Demungeachtet wollte er schließlich das Geld nicht als Geschenk, sondern nur als Ergötzlichkeit seiner vielfältigen Mühe annehmen. Dagegen war der kaiserliche Vicekanzler Otto v. Nostiz weniger empfindlich.

Dem Kaiser waren am 29. Mai 1626 auf einem Fürstentage 150000 Thlr. zum Besuche des niemals abgehaltenen Deputationstages zu Nürnberg bewilligt, aber wahrscheinlich war binnen Jahresfrist noch nicht gerade viel von dieser Summe entrichtet worden. Jetzt forderte Ferdinand II. von der Stadt Breslau einen Vorschuß von 50000 Reichsthalern zur Befriedigung der im Lande liegenden Polen. Die Stadt wies anfangs die Forderung mit dem Bemerken zurück, daß sie vier Fähnlein Soldaten

unterhalte, für das friedländiſche Regiment und die beiden naſſauiſchen Kompagnien in fünf Monaten 170000 Thaler bar ausgezahlt habe und daß ihr an Zinſen für die dem Kaiſer bereits geliehenen Summen noch über 40000 Thlr. zuſtünden. Den nach Neiſſe gelieferten Proviant ſchlug ſie auf 8000 Thlr. an. Indeſſen nach einiger Zeit nahm ſich Wallenſtein der Angelegenheit an, und die Stadt ſuchte ſich durch die Bewilligung von 18000 fl. und zweier Kontributionsmonate im Betrage von 96000 fl. für das wallenſteiniſche Regiment anderen Anforderungen zu entziehen, ließ aber ſicherlich in wolberechneter Klugheit die erſtere Summe Wallenſtein perſönlich zur vollſtändig freien Verfügung zahlen, der ſich nun zufrieden geſtellt erklärte. Und trotz dieſer neuen Bewilligungen erhob der wallenſteiniſche Oberſtlieutenant St. Julien nach Verlauf von noch nicht zwei Monaten abermals einen Anſpruch auf Zahlung von 30000 Thlr. zur Befriedigung der dohnaiſchen Koſaken, da die bewilligten 18000 fl. angeblich auf das Regiment des Herzogs v. Holſtein verwandt worden waren.[1]

Mit geringerer Willkürlichkeit verfuhr man gegen die Iſraeliten, obgleich auch ſie nicht ganz von den Kriegsſteuern verſchont blieben. Da ſie keine Landesſteuern zahlten, hatten ſie vierteljährlich an die kaiſerliche Kammer 10000 fl. zu entrichten.

Öſtreicher und Dänen in der Mark Brandenburg.

Nach der Beſetzung von Niederſchleſien überſchritt Pechmann die Oder und rückte in das Herzogtum Kroſſen ein, welches er als einen zu Schleſien gehörigen Landesteil betrachtete. Dabei war es ihm hauptſächlich um den Beſitz der Stadt Kroſſen und des Übergangs über die Oder zu thun. Die Beſatzung der Stadt betrug anfangs Febr. 4 K. z. F. und eine K. Reiter mit dem Stabe. Von höheren Offizieren lagen in derſelben die beiden Oberſten Graf v. Portia und Johann Wangler. Außer Kroſſen wurden auch Züllichau und Sommerfeld beſetzt und zwar meiſt mit Reiterei. Es waren im ganzen 14 K. zu R. und 4 K. zu F., welche mit einem einzigen Geſchütz den Übergang über die Oder hüteten.

Pechmann wollte einen abermaligen Durchbruch der Feinde von Norden her verhüten, nachdem er im vorigen Jahre Kroſſen vor Mansfelds Eintreffen vergeblich eine Garniſon angeboten hatte.

1) Krebs, A. p. VI. S. 283 ff.

Der Einbruch der Kaiserlichen erfolgte der Bevölkerung ganz unvermutet und zwar erst nach der Abreise des Geheimen Rats Sigismunds v. Götz nach Wien. Auf Veranlassung des brandenburgischen Verwesers in Krossen Busso von Quelen versprachen Landschaft und Städte den kaiserlichen Offizieren eine Kriegssteuer von 6000 fl. schweres Geld, die in vierzehn Tagen gezahlt werden sollte; und diese Summe wurde auch unter der Mitwirkung von Abgeordneten der allgemeinen Ständeversamlung in Berlin zusammengebracht. Als aber die Vertreter der Landschaft im März zur wirklichen Abwickelung des Geschäftes in Krossen zusammentraten, verlangten die Offiziere eine mehr als zehnfach höhere Summe und nahmen die steuerverweigernden Ständemitglieder fest.[1]

Die in Sommerfeld liegenden Dragoner ließen sich bei Fürstenberg über die Oder setzen, so daß man in Berlin für Storkow und Beskow zu fürchten begann. Unter solchen Umständen konnte die Sendung Christians v. Winterfeld, welcher Pechmann im Auftrage der Stände um eine Linderung der Einquartierungslasten ersuchte, nur eine vergebliche sein. Da wendeten sich die Geheimen Räte in ihrer wachsenden Verlegenheit an den Kurfürsten von Sachsen, der auch ein ernstes Abmahnungsschreiben an Pechmann richtete, ihn an die Reichsverfassung erinnerte und die durchaus kaisertreue und reichsgesetzliche politische Haltung seines einzigen protestantischen Mitkurfürsten rühmte.[2]

Indessen erweckten die brandenburgischen Geheimen Räte Verdacht in Pechmann, er beschuldigte sie nicht undeutlich eines geheimen Einverständnisses mit schwedischen Werbeoffizieren. Drei schwedische Werber, die Obersten Maximilian Teuffel, Streiff v. Lauenstein und ein Oberstlieutenant Köddericz, hatten seit den letzten Monaten des Jahres 1626 in Mecklenburg etwa 4000 bis 6000 M., meist Reiterei, zusammengebracht. Darüber geriet man besonders in Pommern in große Besorgnis und suchte den Schweden den Einbruch in das Land zu verwehren, was durch eine scharfe Grenzbewachung in und um Demmin eine Zeit lang gelang. Am 9./19. Febr. 1627 bot der Herzog Bogislav den dritten Mann und für den äußersten Fall Mann bei Mann auf, um trotz der widerholten Bitten des Königs um Gewährung friedlichen Durchzugs den Schweden den Eintritt in das Land zu verwehren. Gerade um diese Zeit aber oder kurz darauf brachen die Schweden bei Friedland durch, lagerten sich bei Spantekow und zogen sich allmählich südwärts in die Umgebung des brandenburgischen Städtchens Schwedt.

1) Vgl. Opel, J. O Das Kurfürstentum Brandenburg in den ersten Monaten des Jahres 1627. (H. v. Sybel, Historische Zeitschrift Bd. 51.)

2) Nach den Akten des K. G.-St.-A. in Berlin.

Darauf wurde den Geheimen Räten in Berlin von den Ständen das Anſinnen geſtellt, den Schweden entgegen zu treten, was dieſe aber für unnötig erklärten, da ihr Zug in gar keinem Zuſammenhange mit den ſich in Deutſchland bekämpfenden Parteien ſtehe.

Vermittelſt zweier Schiffe, eines pommeriſchen und eines ſchwediſchen, ſetzten die ſchwediſchen Scharen endlich über die Oder und ſchlugen den Weg durch Schwedt nach Greifenhagen ein. Außer dem gänzlich unbefeſtigten Schwedt berührten ſie noch drei brandenburgiſche Dörfer. Der Erklärung der brandenburgiſchen Räte zufolge war der Übertritt der Truppen in das Kurfürſtentum ohne ihr Wiſſen erfolgt;[1] auch wäre die Regierung nicht imſtande geweſen, denſelben nur 100 M. entgegen zu ſtellen.

Dieſe ſchwediſchen Geworbenen durchzogen Pommern auf Grund eines Vertrages, kamen aber nur bis nach Hammerſtein in Weſtpreußen, wo ſie ſich dem polniſchen Kronfeldherrn Koniecpolski ergeben mußten.[2] Der Oberſt Köddericz fiel mit einer kleinen Abteilung in der Nähe von Neuſtettin den Pommern in die Hände.

Auf den Oberſten Pechmann wirkten aber dieſe Vorgänge im Brandenburgiſchen in einer ſehr ungünſtigen Weiſe ein und beſtärkten ihn nur in dem Verdachte, daß die Dänen mit 8000 M. in die Mark einbrechen wollten, um die Verbindung mit ihrer ſchleſiſchen Armee zu erzwingen. Selbſt dem Kurfürſten von Sachſen teilte der kaiſerliche Oberſt daher ſeinen Entſchluß mit, daß er in dieſem Falle den Feinden mit 10 000 M. in die Neumark entgegenrücken werde. Später, als die Kaiſerlichen die Havellinie bereits gewonnen hatten, ſetzte er die brandenburgiſche Regierung durch ſeine Drohungen in großen Schrecken. Vergeblich verſicherten ihm dagegen die Räte, daß es dem Könige noch gar nicht in den Sinn gekommen ſei, Truppen nach Schleſien zu ſenden, und bezeichneten einen etwa darauf gerichteten Verſuch, der nur über die Warthe und Oder unternommen werden konnte, als ausſichtslos und undurchführbar.

---

1) Schreiben der Räte an den Kurfürſten von Sachſen vom 17./27. März 1627, in welchem ſie ſich auch auf einen Brief an den Oberſten Streiff berufen.

2) Koſegarten, das friedländiſche Kriegsvolk in Greifswald in den „Baltiſchen Studien", Jahrg. 15. 76 ff. Kawczyński, Polniſch-Preußen zur Zeit des erſten ſchwediſch-polniſchen Krieges (Progr.) Braunsberg 1874. 23. Wie ſtark die Truppen waren, läßt auch der Verfaſſer dieſer Schrift unentſchieden; in Berlin ſchätzte man ſie beim Übergange über die Oder auf 6000 M.: als ſie gefangen wurden, ſollen ſie nur noch 1500 gezählt haben. Rudel, die Lage Pommerns vom Beginn des dreißigjährigen Krieges bis zum Eintreffen Guſtav Adolfs in den „Baltiſchen Studien", Jahrgang 40. 68 ff.

In Wahrheit war die Kriegsleitung des Königs gerade damals eine so unsichere und die ihm zu Gebote stehenden Streitkräfte ihren weitreichenden Aufgaben so wenig entsprechend, daß er den Kaiserlichen nicht einmal in der Besetzung des Havelgebietes zuvorzukommen vermochte.

Allerdings hatte der König seinen damals in Neustadt an der Elde im südlichen Mecklenburg stehenden Generalwachtmeister Schlammersdorf zu sich entboten in der Absicht, mit demselben Verabredungen über einen Einfall in die Mark zu treffen. Allein der Generalwachtmeister war weder zum Könige geeilt noch in das Brandenburgische aufgebrochen, sondern hatte seine Stellung im Mecklenburgischen festgehalten. Und auch als sich der Feind nach einiger Zeit in größeren Massen um Werben sammelte und Miene machte, auf einigen magdeburgischen Schiffen über die weit ausgetretene Elbe zu setzen, kam Schlammersdorf demselben nicht zuvor, obwol er die Bedeutung der Pässe an der Havel und Spree nicht verkannte und sich auch mit einigen Mitgliedern des Adels in der Priegnitz in Verbindung setzte und ihnen Unterstützung zusagte.[1]

Schlammersdorf mag der Meinung gewesen sein, daß die zu seiner Verfügung in Mecklenburg stehenden Streitkräfte die Erweiterung seiner Aufgabe nicht zuließen.

Aber er hatte auch noch besondere Gründe, welche ihn abhielten, die Feindseligkeiten gegen Brandenburg zu eröffnen. Er scheint in der Mark Güter besessen zu haben, deren Verlust er in einem solchen Falle zu fürchten hatte, und trug nach seiner eignen Versicherung auch Besorgnis um sein noch in der Kurpfalz befindliches Eigentum. Daher sagte er dem Könige endlich geradezu den Dienst auf und bat um einen geeigneteren Nachfolger. Allein trotz dieser Erklärungen behielt er den Oberbefehl noch eine Zeit lang, machte aber den Östreichern das Havelgebiet nicht streitig!

Diesem Zaudern des Königs gegenüber entwickelten die Kaiserlichen eine um so größere Thatkraft. Der Herzog Georg forderte von Gardelegen aus den brandenburgischen Oberstlieutenant v. Redern auf, Havelberg durch eine ausreichende Besatzung zu sichern und bot ihm zugleich, falls er sich nicht stark genug dazu fühlen sollte, seine Unterstützung an. Bei Tag und Nacht sollte Redern dem Herzoge von seinem Entschlusse Nachricht geben. Redern erwiderte, daß im Laufe von acht Tagen alle Pässe an der Havel hinlänglich besetzt sein würden, und daß ihm auch die Mittel zur Verstärkung dieser Besatzungen zu Gebote stünden, und lehnte die

1) Schlammersdorfs eigenhändiger lückenhaft erhaltener Brief an den König. K. G.-A. in Kop.

Unterstützung dankend[1] ab. Zugleich sprach er aber auch sein zuversichtliches Vertrauen auf die im vorigen Jahre erteilte Zusicherung des Königs aus, die kurfürstlichen Lande nicht zu berühren, so lange sich der Herzog Georg und seine „Mitsachverwandten" derselben enthalten würden. Bald darauf ersuchte der Herzog von Lüneburg die altmärkischen Kommissare Hempo und Thomas v. d. Knesebeck um die allerschleunigste Erklärung darüber, ob die Pässe an der Havel hinlänglich gesichert seien. Mit den Geheimen Räten setzte sich dagegen der Herzog nicht in Verbindung, obwol diese natürlich von seinem Schreiben an Redern Kenntnis erhielten.

Um diese Zeit hatte Tilly den Obersten Aldringer nach Peine beschieden und mit demselben Verabredungen über die Besetzung von Havelberg getroffen. Von hier aus sollten die Kaiserlichen die Oder zu gewinnen suchen, um die Dänen von Schlesien abzuschneiden. Tillys Ersuchen bei der Regierung in Berlin, eine kaiserliche Besatzung in Havelberg aufzunehmen, wurde aber gleichfalls abschläglich beschieden, weil die Räte diesen entscheidenden Schritt nicht auf eigene Gefahr thun und damit die Vereinbarung vom vorigen Jahre nicht brechen wollten. Zur größeren Sicherheit legte indessen die kurfürstliche Regierung selbst einige hundert Mann in die gefährdete Stadt.

Auch der Kurfürst war von der mißlichen Lage der Dinge in Kenntnis gesetzt worden und befahl am 9./19. April, den Durchmarsch der Dänen mit allem Nachdruck zu verhindern und die Pässe nach Möglichkeit zu besetzen, um jede Veranlassung zur Aufnahme der Kaiserlichen zu vermeiden. Er sah in der Forderung der Kaiserlichen überhaupt nur einen Versuch, ihre Quartiere weiter auszudehnen, und schien sich von der Absicht der Dänen, einen Übergangspunkt über die Oder zu gewinnen, noch nicht recht überzeugen zu können. In seiner Besorgnis forderte er daher den Obersten Pechmann geradezu auf, von weiterem Vorrücken abzustehen. Seinem Obersten Kracht dagegen befahl er am 10./20. April, sich im Falle der Not gegen Dänen und Schweden zugleich zu wenden; von einer Heranziehung der Kaiserlichen zu diesem Zwecke ließ er nichts verlauten.

An demselben Tage aber, an welchem der Kurfürst diese unerfüllbare Forderung von Königsberg aus an Kracht stellte, nahte sich das Verhängnis an der Havel seiner Erfüllung. Die Kaiserlichen waren auf Kähnen in der Nähe von Tangermünde über die Elbe gegangen, und der Oberstlieutenant Oswald v. Bodendieck vom Regiment Coloredo erschien am 10./20. April in feindseliger Absicht, wenn auch ohne Geschütz, vor dem kurfürstlichen Hause Plaue an der Havel, welches eine kleine

1) Spandau 29. März/8. April.

Besatzung von 40 Geworbenen und 40 berlinischen und 50 brandenburgischen Bürgern eben mit Verschanzungen zu versehen im Begriff war.[1] Die Kaiserlichen betrieben ihre Unternehmung mit großer Eile und hatten die dazu verwendeten Korporalschaften aus allen Regimentern auserlesen.

Den Oberbefehl führte in Plaue ein Kapitän Fritz v. Rochow, der an der Spitze einer Abteilung havelländischer Lehnpferde stand. Er war auf die Nachricht von dem Herannahen der Kaiserlichen mit seiner ritterschaftlichen Reiterei von Brandenburg nach Plaue geeilt und noch rechtzeitig eingetroffen. Der Aufforderung der Kaiserlichen, ihnen den Durchzug zu gewähren, schenkte er kein Gehör, sondern setzte den andringenden feindlichen Haufen bewaffneten Widerstand entgegen und ließ eine Brücke abbrennen. Da er hierzu keinen bestimmten Befehl hatte, handelte er jedenfalls in voller Übereinstimmung mit allen denjenigen, welche die Verteidigung des Platzes im Augenblicke auf sich genommen hatten. Darauf kam es zu einem ziemlich heftigen Kampfe, in welchem die Brandenburger unterlagen und nicht unbeträchtliche Verluste erlitten. Ein Teil der Flüchtigen konnte sich retten, die übrigen wurden gefangen genommen, und die Östreicher besetzten am 22. April das Schloß samt der Havelbrücke und einer über der Havel gelegenen Schanze. —

Am Freitage vor dem Einzuge der fremden Truppen in Brandenburg hatte der brandenburgische Bürgermeister Chuede den Räten in Berlin die persönliche Mitteilung gemacht, daß die Stadt im Begriff stehe, sich mit den Städten der Mittelmark und dem Adel in Verfassung zu stellen. Darauf hatte Pruckmann dem Bürgermeister die Bestimmungen des Kurfürsten über das Landesaufgebot[2] aus dem Original vorgelesen und erklärt, wenn man sich innerhalb der Grenzen der Verteidigung halten würde, möchte dem Kurfürsten eine solche Bewaffnung wol nicht zuwider sein; angriffsweise dürfte jedoch durchaus nichts geschehen. Als darauf der brandenburgische Stadtrat in Berlin um etliche Kompagnien Geworbene und Landvolk sowie um Pulver und Blei nachsuchte, entsprachen die Geheimen Räte seinem Verlangen nicht. Ähnliche Weisungen wie an den branden-

---

1) Für die folgende Darstellung sind die Berichte der brandenburgischen Geheimen Räte (Pruckmann, Wilmerstorff und Striepe) vom 13./23. April (pr. Königsberg 3./13 Mai) und vom 15./25. April (pr. Königsberg 7./17. Mai) benutzt. Der letztere beruht hauptsächlich auf den Mitteilungen des J. v. Wilmerstorff und des Kurt Bertram v. Pfuel aus Brandenburg vom 13./23. April. K. G.-St.-A. in Berlin.

2) Über die Rüstungen, welche die Regierung damals unternahm, handelt mein oben angeführter Aufsatz in der Hist. Zeitschrift Bd. 51. 206 ff.

burgiſchen Bürgermeiſter ergingen von den Räten auch auf andere Anfragen; andererſeits konnten dieſelben jedoch den Mut nicht gewinnen, öffentlich zu erklären, daß man nach dem Befehle des Kurfürſten den anrückenden Dänen mit den Waffen in der Hand entgegen zu treten habe. Aus der Antwort Pruckmanns mag aber Chuede entnommen haben, daß die Stadt am beſten wegkommen werde, wenn ſie die Kaiſerlichen ohne Widerſtand aufnehme. Daraus erklärt ſich wol auch, daß das Rathaus der Altſtadt, in welchem die Bürger ihre Waffen niedergelegt hatten, verſchloſſen wurde.

Auch Brandenburg war damals befeſtigt. Allein die Werke waren zum teil zuſammengefallen, und der Kapitain Henning v. Götz hatte ſie nicht wider auszubeſſern vermocht, da er nichts vom Feſtungsbau verſtand und von der Landesregierung keinen Ingenieur überwieſen erhielt. Selbſt an Leuten zur Bedienung der Geſchütze und an Munition litt man Mangel. Und ſo waren denn ſowol der Rat der Altſtadt wie der der Neuſtadt zur Aufnahme der fremden Gäſte bereit. Ja der Bürgermeiſter Georg Chuede ging ſogar den herannahenden Truppen entgegen und führte ſie in die Altſtadt ein. Allein obwol ſich dieſelben hier ohne Widerſtand zu finden feſtſetzten, traten ihnen die Bürger der Neuſtadt mit den Waffen in der Hand entgegen, zerſtörten die Brücke, ſoweit ſie es vermochten, und ſchloſſen das Thor. Die Kaiſerlichen erhielten aus einem Falkonet Feuer; auch die Lehnpferde beteiligten ſich eine Zeit lang an dem Kampfe, in welchem es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Oswald v. Bodendieck wurde dabei einer ſeiner Leibſchützen niedergeſchoſſen. Darauf richteten jedoch die Kaiſerlichen zwei Geſchütze, deren ſie ſich in der Altſtadt bemächtigt hatten, gegen das Thor der Neuſtadt, zertrümmerten es durch wenige Schüſſe und drangen ein. Die Verteidiger aber warfen, ſowie ſich die Feinde des Thores bemächtigt hatten, die Waffen weg und ſuchten ſich durch die Flucht zu retten, was nicht allen gelang, da die Thore verſchloſſen waren. Der nach Brandenburg zurückgekehrte Fritz v. Rochow, auf deſſen Befehl angeblich der erſte Falkonetſchuß gegen die Öſtreicher abgefeuert war, und ein Lieutenant gerieten in Gefangenſchaft. Zwei Bürgermeiſter, Freund und Zieritz, welche ihre Mitbürger zum Ausharren im Kampfe ermuntert hatten, wurden ſchwer verwundet. Sowie ſich die Kaiſerlichen als Herren der Stadt fühlten (12./22. April), unterwarfen ſie dieſelbe einer ziemlich allgemeinen Plünderung, der Bodendieck mit Mühe Einhalt that. Mit den erbeuteten Lehnpferden verſtärkte Bodendieck, nachdem er die Mannſchaften hatte ſchwören laſſen, ſeine eigne Reiterei. Dem Domkapitel erteilte er einen Schutzbrief.

Als nun der Oberſtlieutenant Bodendieck in Rathenow Aufnahme forderte, fragte der Hauptmann Henning v. Götz in Berlin ausdrücklich an, ob er ſich verteidigen ſollte, erhielt aber die ablehnende Antwort der Räte, welche ihn auf die vom Kurfürſten hinterlaſſene Inſtruktion verwies, nicht, weil ſie vom Feinde aufgefangen worden war. Er forderte darauf die Bürgerſchaft um Gottes Willen zur Verteidigung auf, ohne indeſſen Gehorſam zu finden. Auch das aufgebotene Landvolk hielt den Öſtreichern gegenüber nicht ſtand, ſondern lief bei ihrer Annäherung auseinander. Ohne Kampf ergriff Bodendieck, der ſchon in Brandenburg einen Vertrag mit zwei Bürgermeiſtern abgeſchloſſen hatte, auch Beſitz von Rathenow (15./25. April). Der Dompropſt von Brandenburg, Hans Heinrich v. Bredow, ließ ihn in ſeinem Wagen in die Stadt bringen, deren Thore er offen fand. Die aus etwa 60 M. beſtehende brandenburgiſche Beſatzung wurde gefangen genommen, aber ſchon nach zwei Tagen wider auf freien Fuß geſetzt und erhielt auch die Waffen zurück. Mit den Waffen in der Hand begab ſich dieſelbe darauf nach Frankfurt a. d. Oder.

Mit einer kleinen Beſatzung von höchſtens 300 M. ſollte der brandenburgiſche Kapitän v. Schenk Havelberg ſowol gegen die Öſtreicher wie gegen die Dänen ſicher ſtellen. Hier befanden ſich aber die Verhältniſſe inſofern in einer mißlicheren Lage, als man wußte, daß die Dänen im Vorrücken begriffen waren und Verbindungen in der Stadt und mit dem Landadel unterhielten. Ja endlich kam man ſogar dahinter, daß die Freunde und Anhänger des Königs den Kapitän zu bewegen ſuchten, die Dänen in die Stadt einzulaſſen. Und da nun außerdem die Ereigniſſe in Plaue und Brandenburg auf die Bürgerſchaft des winzigen, ſeiner Brücke über die Havel und der Nähe der Elbe wegen in dieſem Augenblicke für beide Parteien ſo wichtigen Städtchens eine ſehr aufregende Wirkung ausgeübt haben mögen, kamen die Bürger zu dem Entſchluſſe, die landesherrliche Beſatzung der größeren Sicherheit wegen ſelbſt aus der Stadt zu ſchaffen! Da der noch jugendliche Schenk, deſſen Lieutenant ein verdorbener Bäcker aus Cöln a. d. Spree war, zuletzt offen mit Feindſeligkeiten bedroht wurde, gab er endlich, wenn auch unter dem Widerſtreben ſeiner Mannſchaften, das ihm angewieſene Quartier auf, und die Öſtreicher wurden darauf von den Bürgern ſelbſt auf kleinen Schiffen, da des hohen Waſſerſtandes wegen der Elbdamm durchſtochen worden war, in die Stadt geführt. Ohne dieſe freiwillige That der Stadtbevölkerung hätten die Feinde nach dem Urteile Bernhards von Weimar bei dem hohen Waſſerſtande nicht in die Stadt gelangen können. Die neue Beſatzung zählte zuerſt 170 M. Am Montag nach Jubilate (26. April) meldete der öſtreichiſche Offizier Joachim v. Weida an die

Stände des ruppiniſchen Kreiſes, daß er ſich des havelländiſchen Paſſes mit Zuſtimmung der brandenburgiſchen Räte Pfuel und Wilmerſtorff bemächtigt habe.

So waren alſo die Öſtreicher den Dänen in Havelberg zuvorgekommen. Denn in der That hatte damals der jugendliche Oberſt Herzog Bernhard von Weimar ſein Augenmerk um ſo feſter auf Havelberg gerichtet, als er von einigen Mitgliedern des havelländiſchen Adels perſönlich zum Einrücken aufgefordert worden war. Infolgedeſſen richtete er an die herzoglichen Brüder von Mecklenburg das Erſuchen,[1] ſchleunigſt ein allgemeines Landesaufgebot zum Schutze gegen die Feinde zu erlaſſen, und rückte mit zwei Kompagnien Fußvolk und ſeinem eignen Reiterregiment von Grabow gegen Perleberg vor, erreichte aber die Havel nicht rechtzeitig. Ja die Kunde von dem Anmarſche der Dänen beſchleunigte nur den Anſchluß der Stadt Havelberg an die Öſtreicher. Die Herzöge von Mecklenburg aber hatten ihre Unterthanen nicht aufzubieten gewagt, da ſie berechtigte Zweifel darüber hegten, ob ſie gegen die Kaiſerlichen fechten würden.

Die verhältnismäßig ſtarke Stellung der Dänen in Mecklenburg und ihr Vorrücken in die Priegnitz nötigte aber die Öſtreicher, vorläufig Halt zu machen und ſich mit der Havellinie zu begnügen, welche ſie im Augenblicke auch nur mit ungenügenden Streitkräften zu verteidigen vermochten. Denn in Plaue hatte Bodendieck nur 220 M. zurückgelaſſen, und in Brandenburg war er mit höchſtens 500 M., wahrſcheinlich aber mit einer noch geringeren Mannſchaft erſchienen. Nach der Schätzung Bernhards v. Weimar hatte dieſer öſtreichiſche Offizier, auch ein lutheriſcher Norddeutſcher, der auf dem Joachimsthal in den Jahren 1613 und 1614 ſeine Jugendbildung erhalten hatte, den ganzen Vorſtoß überhaupt nur mit 1500 M. Fußvolk unternommen. Doch waren in der Nähe von Sandau unterdes die Regimenter Aldringer und Hußmann über den Fluß gegangen.

Sowol der Oberſtlieutenant Redern wie die kurfürſtlichen Räte waren von dem Überfalle Plaues auf das peinlichſte überraſcht worden. Sie ſendeten daher ſofort die beiden kurfürſtlichen Räte Wilmerſtorff und Pfuel den Kaiſerlichen entgegen, um ihrem weiteren Vormarſche womöglich Halt zu gebieten; allein die Abgeordneten fanden die unwillkommenen Landesverteidiger bereits im Beſitze von Brandenburg. Darauf begaben ſie ſich zum Herzoge von Lüneburg nach Gardelegen und forderten die Zurück-

1) Beitrag zur Charakteriſtik des Herz. Adolf Friedrich von Mecklenburg-Schwerin aus deſſen Tagebüchern (v. Lützow) in den Jahrb. des Ver. für meckl. Geſch. Bd. XII. S. 87.

ziehung der Truppen besonders aus Havelberg und die unentgeltliche Freigebung der Gefangenen, indem sie sich anheischig machten, die von den Östreichern geräumten Plätze mit Landestruppen selbst zu verteidigen.

Herzog Georg verschob seine Antwort bis auf die nahe bevorstehende Ankunft Aldringers, nach welcher die brandenburgischen Räte einen ablehnenden Bescheid erhielten: man versicherte ihnen, daß die Kaiserlichen den Dänen nur zuvorgekommen wären, ja daß der König sogar eine Einladung nach Havelberg erhalten hätte. An den Feindseligkeiten und Gewaltthätigkeiten in Plaue und Brandenburg aber wollte keiner von den kaiserlichen Offizieren Schuld tragen: man machte diejenigen dafür verantwortlich, welche sich den Kaiserlichen widersetzt hatten. Denn sowol Herzog Georg wie Aldringer versicherten, daß sie nur als Freunde in das Land gekommen wären.

Auch an den Kurfürsten von Sachsen wendeten sich die brandenburgischen Räte widerholt.[1] Auf zwei Schreiben erteilte ihnen dieser von seinem hochzeitlichen Hause zu Torgau aus den Rat, die Kurfürstin und den jungen Prinzen nach Küstrin zu bringen, sprach aber die Hoffnung aus, daß die Residenzen keine Gefahr laufen würden.

Georg Wilhelm war natürlich über die Vorgänge in Plaue und Brandenburg, welche seine Stellung zum Kaiser nur verschlechtern konnten, sehr ungehalten und beklagte sich gegen Kracht darüber, daß seine bei der Abreise an Redern erteilte Weisung, den Kaiserlichen den Paß nicht zu verweigern, den übrigen Offizieren wol nicht mitgeteilt worden wäre. Er schrieb gewissermaßen entschuldigend an Wallenstein, Tilly und an den Herzog Georg, daß er bei seinem Scheiden aus der Mark den Befehl hinterlassen habe, die Dänen mit aller Macht von seinen Grenzen zurückzuhalten und im Falle der Not sogar die nächste kaiserliche Garnison zur Hilfe heranzuziehen. Aber er forderte auch immer noch die Zurückziehung der Besatzungen aus den eben eingenommenen Plätzen mit Ausnahme von Havelberg, dessen Besitz ihm gegen die Dänen zu genügen schien. Ferner wurde Kracht sogar angewiesen, sich, falls die Festungen angegriffen werden sollten, bis auf weiteres und bis er Weisungen von ihm selbst erhalten würde, auf das beste zu verteidigen.

Einige Zeit darauf schloß die brandenburgische Regierung einen Vergleich mit Bodendieck wegen der Verpflegung dieser auf das rechte Elbufer verlegten Truppen, in welchem dieselben auf 17 Komp. Fußvolk, jede Kompagnie zu 300 M., und eine Komp. Reiter berechnet wurde,

1) Die Schreiben der brandenburgischen Räte sind vom 5./15. und 14./24. April, die Antwort Johann Georgs vom 16./26. April.

also auf ungefähr 5400 M. Doch erscheinen uns diese Angaben als sehr hoch und der Wahrheit wenigstens in der ersten Zeit schwerlich entsprechend. Damals erteilte Bodendieck zugleich das Versprechen, daß nicht noch andere kaiserliche Scharen in das Land geführt werden sollten.

In Havelberg hatten die Kaiserlichen eine ziemliche Menge Holz und Bretter in Beschlag genommen, so daß sie imstande waren, sofort eine Schiffbrücke über die Havel zu legen. Schon fürchtete daher der Herzog von Weimar bei der östreichischen Gesinnung des Adels für Mecklenburg. Er schrieb an den König, „wann man allhier nicht gewachsen, wird es der Adel allem Ansehen nach übeler machen, als der märkische". Von den meisten brandenburgischen Beamten und Offizieren wurden aber die Dänen von nun an geradezu als Feinde betrachtet und auch so behandelt. Als Bernhard von Weimar eine kleine Abteilung nach Lenzen auf Kundschaft schickte, wurde sie von dem hier liegenden brandenburgischen Kapitän aufgehoben.

Natürlich hatten die Östreicher auch den über Havelberg liegenden Domhof besetzt, und bald erschienen der Herzog Georg, Oberst Aldringer und Bodendieck auf dem die ganze Niederung bis zur Elbe beherrschenden Punkte, um Bestimmungen über die anzulegenden Schanzen und Festungswerke zu treffen.

Die Dänen auf Dom Havelberg und im Norden der Mark.

Da rückte endlich am 22. April/2. Mai ein dänischer Kapitänmajor Sebastian Heußler vom Regiment Hünicke ohne irgend eine erhebliche Schwierigkeit mit 500 M. in den Paß Ellenberg[1] vor und bot dem brandenburgischen Hauptmann Reichart in dem Städtchen Lenzen an, mit ihm zusammen die Wachen zu besetzen, indem er ihm erklärte, er komme mit seinem Volke als guter Freund und zur Verteidigung Mecklenburgs in die Mark. Darauf zogen die Dänen in Lenzen ein, ohne daß der brandenburgische Hauptmann die Stadt räumte, die er aber auch nicht zu verteidigen vermochte, weil die Bürgermeister sich dagegen gesträubt hatten, die Stadtmauern in einen bessern Stand zu setzen. Von Lenzen aus näherten sich die Dänen Perleberg, wo sie bereits am 5. Mai festen Fuß gefaßt hatten. Schon an diesem Tage erwartete man, daß dem dänischen Fußvolke demnächst Reiterei und 12 Geschütze folgen würden.

---

1) K. G. St.-A. in Berlin.

Während gerade ständische Vertreter in Pritzwalk zu Beratungen über die von Oswald v. Bodendieck ausgeschriebene Kontribution zusammentraten, drang die dänische Vorhut gegen Havelberg vor und setzte sich am 6. Mai[1] früh vor ein Uhr auf dem Domberge fest, nahm die geringe östreichische Besatzung von angeblich 24 Mann teils gefangen und jagte sie teils bergabwärts in die Stadt. Dagegen vermochten die Dänen weder in dieser Nacht noch an dem folgenden Tage die feindliche Besatzung aus der Stadt selbst zu vertreiben. Von den oberen Stockwerken der Häuser sowie von den abgedeckten Dächern aus verteidigten sich vielmehr die Östreicher trotz ihrer Minderzahl den ganzen folgenden Tag hindurch. Und auch als gegen Abend Geschütze des Feindes anlangten, behaupteten die Östreicher ihre Stellung mit größter Hartnäckigkeit, so daß sich auffallender Weise die Dänen mehrere Wochen hindurch im Besitze des Domberges befanden, ohne daß sie imstande waren, die Östreicher aus der Stadt zu vertreiben.

Den Angriff auf Dom Havelberg soll der Oberst Konrad Nell geleitet haben; am 4./14. Mai lagen der Generalwachtmeister v. Schlammersdorf und der Generallieutenant v. Donop mit zwei Stück Geschütz auf dem Domhofe. Bis dahin hatte man der Stadt noch keinen einzigen Schuß aus den Geschützen zugesendet, sondern wartete noch des ausdrücklichen Befehls, ob man auf diese Weise die Lüneburger aus der Stadt herausbringen sollte, die sich schon damals auf dem Kirchhofe verschanzt hatten. An demselben 14. Mai nahm man indessen die Stadt endlich unter Geschützfeuer, ohne jedoch erheblichen Schaden anzurichten; selbst die hineingeworfenen Feuerkugeln wurden gelöscht. Eine Kugel aus grobem Geschütz durchbohrte das Haus, in dem Bodendieck sein Quartier hatte, durch und durch. Von den Lüneburgern war bisher nur ein Leibschütz Bodendiecks gefallen, nachdem ihm auch einer zu Brandenburg und einer zu Plaue getötet worden war. Nach einigen Tagen entrissen die Östreicher durch einen nächtlichen Überfall den Dänen das von diesen besetzte Zollhaus, wobei drei M. aus der Besatzung blieben, 12 glücklich davonkamen. Die eigentliche Katastrophe erfolgte am 15./25. Mai. An diesem Tage schossen die Kaiserlichen die am Domberge aufsteigenden Gebäude in Brand, worauf die Dänen noch an diesem Tage und am folgenden Morgen Feuerkugeln in die Stadt warfen, so daß die ganze untere Stadt mit Ausnahme der Kirche und des Stallhauses des Rates

1) Der 26. April (a. St.!) wird auch in einem Briefe Davids v. Winterfeld angegeben. L. G. v. Winterfeld-Damerow, Geschichte des Geschlechts v. Winterfeld. Zweiter Teil 447 f.

bei dem ſandauiſchen Thore in Aſche gelegt wurde. Meilenweit leuchtete die Glut der brennenden Stadt; und doch wußte man in Berlin noch drei Tage darauf nicht ſicher, ob Havelberg vernichtet ſei oder nicht.

Der Hitze wegen mußte die bisherige Beſatzung nun allerdings die Trümmerſtätte auf einige Zeit verlaſſen; allein die Kaiſerlichen drangen doch wider in das Stadtgebiet ein, nahmen die däniſche Beſatzung von 20 M. gefangen, zogen vom ſandauiſchen Thore bis an die Kirche Laufgräben und warfen auch eine Schanze auf. Von der Stadt aus beſchoß man ſogar den Dom mit grobem Geſchütz, während ſich die Königlichen an den Bergen hin verſchanzten. Ihre Feinde hatten dagegen auch in einem Gehölz zwiſchen Havel und Elbe Schanzen aufgeworfen. Die Bürgerſchaft der kleinen Stadt war verlaufen, und ſelbſt der Rat hatte in den Nachbarorten Zuflucht geſucht.

Die Kaiſerlichen brachten ihr Fußvolk in und bei Havelberg und Sandau allmählich auf 50 Komp. Jenſeit der Elbe lag die kaiſerliche Reiterei, angeblich 56 Kompagnien ſtark.[1] Nach einer andern Nachricht betrug die Stärke der Kaiſerlichen vor Sandau und jenſeit der Elbe 4 Reg. z. F. und 3 Reg. zu R.[2] In dem Lager um Sandau und auf den Elbwieſen wurden gleichfalls Schanzen errichtet, und auch das linke Elbufer am Einfluſſe der Havel durch Erdwerke gedeckt.

Den Oberbefehl im Lager der Kaiſerlichen führte der Herzog Georg von Lüneburg, welcher ſeit der Mitte des Mai bis zum Übergange über die Havel faſt ununterbrochen anweſend war. Seit den erſten Tagen des Juni wurde er in der Leitung des Ganzen durch Aldringer unterſtützt. So lange die Kaiſerlichen in Havelberg und zwiſchen der Havel und Elbe lagen, ſcheinen ſie ziemlich erhebliche Verluſte erlitten zu haben. Von Leipzig aus wurde einſt (28. Mai n. St.) den gedruckten Zeitungen die Nachricht eingeſendet, daß der Verluſt in der letzten Zeit täglich 60—80 M. betragen habe, und daß er ſich im Ganzen auf 2000 M. belaufe. Der Herzog ſelbſt vermochte ſich einſtmals aus einem größeren Gefechte nur mit ſechs Pferden zu retten. Es koſtete Mühe, die Verpflegung im Gange zu erhalten; faſt täglich kamen Proviantſchiffe aus Magdeburg,

---

1) Herzog Georg an den Kurfürſten Georg Wilhelm 26. Mai n. St. Der Herzog war noch am 3. Mai n. St. in Rathenow, ſcheint aber ſpäteſtens ſeit dem 15. Mai den Oberbefehl perſönlich in Sandau geführt zu haben. Er bediente ſich damals in ſeinen Briefen des neuen Kalenders.

2) Dieſe Zahlen ſind einer Zeichnung, welche ſich im K. G. St.-A. zu Dresden findet, entnommen. Vgl. dazu Bindauſs Briefe an den Kurfürſten von Sachſen vom 12./22., 15./25. u. 18./28. Juni.

welche besonders Hafer geladen hatten; selbst aus Schönebeck, Aken und Dessau führte man dem Lager Lebensmittel zu. Herzog Georg mußte den Soldaten bei Leibes- und Lebensstrafe das Abmähen des Getreides verbieten.

Um die feldmäßige Ausrüstung der Artillerie scheint es nicht zum besten bestellt gewesen zu sein, so daß sich der Herzog genötigt sah, seinen Bruder Christian von Celle widerholt um Unterstützung durch Geschütze und Kugeln anzugehen. Zwei Mörser und 40 Granaten versprach ihm dieser einst zuzusenden. Über 100 Pferde mußte man selbst in Halle und im Saalkreise aufbringen, um das grobe Geschütz von Kalbe in das Lager zu schaffen. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß wir Wochen hindurch von bedeutenderen Zusammenstößen wenig vernehmen. In den ersten Junitagen machten einst die Kaiserlichen unterhalb Havelberg einen Angriff: allein ihre Schiffe gerieten auf den Sand, und sie mußten sich mit einem Verluste von drei Offizieren und zehn Mann zurückziehen.

An die Stelle Konrad Nells trat später als oberster Befehlshaber der Dänen auf dem Domhofe der Generalmajor v. Schlammersdorf, unter welchem der Oberst Herzog Bernhard von Weimar stand. Die Dänen hatten ihre Stellung gleichfalls durch Verschanzungen vor dem Domhofe gesichert, welche sich nach Südosten bis an die Havel herab, nach Nordwesten aber über die Havelmündung hinaus bis an die Elbe erstreckten. Der Zahl nach mögen die Dänen schon anfangs den Kaiserlichen überlegen gewesen sein. Später sollen vier Regimenter auf dem Domhofe und in den unmittelbaren Umgebungen desselben gelegen haben. Zu dieser Überlegenheit kamen aber noch zwei andere glückliche und die Dänen begünstigende Umstände hinzu, nämlich daß sie sich mit größerer Leichtigkeit aus dem mecklenburgischen Hinterlande zu verpflegen vermochten, und seit der ersten Juniwoche ein anhaltendes regnerisches Wetter eintrat, infolgedessen die Flüsse austraten und die Verschanzungen der Kaiserlichen zerstörten. Die Versuche derselben, etwas oberhalb Sandau mit Benutzung einer Elbinsel eine Schiffbrücke über den Fluß zu schlagen, wurden von den Dänen vereitelt und mußten endlich infolge der Überschwemmung ganz aufgegeben werden.

Am 9. Mai forderte Schlammersdorf von Havelberg aus die Stadt Neuruppin auf, einen Vertreter zur Festsetzung der erforderlichen Lieferungen an ihn abzuordnen. Da Neuruppin aber bereits von dem kaiserlichen Hauptmanne Joachim v. Weida um eine Kriegssteuer angegangen war, wagte es keine eigenmächtige Entscheidung zu treffen, sondern fragte in Berlin an, wem sie nun eigentlich steuern sollten. Die Geheimen Räte aber gerieten über den Einbruch der Dänen in einen noch größeren

Schrecken, da sie nun fürchten mußten, daß die Mark Kriegsschauplatz werden würde.

In diesen Tagen schrieb der Kanzler Pruckmann: Wir haben allhier keinen andern Befehl, denn durchaus der dänischen Armee allen Durchzug und Einquartierung durch Entgegenstellung der Geworbenen und des Landvolks zu verwehren.

Aber demungeachtet war man nicht imstande gewesen, den Dänen auch nur einen Fußbreit Landes streitig zu machen und hatte andererseits ebensowenig verhindern können, daß brandenburgische Geworbene samt dem Landvolke die anrückenden Kaiserlichen mit den Waffen in der Hand als Feinde empfangen hatten!

Diese widerspruchsvolle Lage der Dinge empfand der ratlose Kanzler sehr tief, und verzweiflungsvoll brach er in die Worte aus: „Ach du liebes Vaterland, wie übel stehets doch um dich!“ Äußerste Ratlosigkeit und eine mehr oder weniger freiwillige Ergebung in das Unabänderliche waren die Gefühle, welche sich allmählich aller derer bemächtigten, denen die Verwaltung des Landes übertragen war: „Gott der Allmächtige sei unser Trost und gebe mehr Geduld im Leiden“, so rief Gabriel von der Weyde aus, als er den Räten über die Veränderung der Sachlage in der Priegnitz berichtete.

Rasch ergriffen die Dänen unter Schlammersdorfs Führung von dem ganzen Ländchen nördlich vom Rhin Besitz. Der Kommissar Gabriel v. Donop meldete am 19. Mai von Zehdenik aus, daß nun auch Georg Wilhelm die Partei des Antichrists ergriffen habe. Einige Tage später (25. Mai) forderte der Generalmajor Nell von demselben Punkte aus den Rat von Templin auf, seine Truppen mit Brot und Bier zu versehen.

Zum folgenden Tage wurde dänisches Fußvolk in Zehdenik erwartet, während sich in den Umgebungen von Gransee schon seit etwa 14 Tagen 13 Cornet Reiter eingelagert hatten. Zehdenik wurde darauf von einem dänischen Hauptmann befestigt. In den letzten Tagen des Mai standen die Dänen nur noch etwa eine Meile von Prenzlau entfernt. Gabriel v. Donop rief die Stände zu einer Beratung über die Verpflegung zusammen. Das platte Land mußte sich allen Forderungen ohne weiteres fügen, während die Städte in den flehendsten Bittgesuchen die Geheimen Räte um Weisungen bestürmten. Neustadt-Eberswalde sendete zwei Bevollmächtigte nach Berlin, nachdem es sich von Donop zwei Tage Frist ausgewirkt hatte. Denn die Bürger hatten dem Rate gerade heraus erklärt, sie könnten nichts geben, es möchte ihnen gehen, wie es der liebe Gott wollte.

Während von seiten der Kaiserlichen jetzt wie früher mit großer Beflissenheit die Behauptung verbreitet wurde, daß dieser ganze Kampf mit der Religion nichts zu schaffen habe, führte der Oberst Nell die Verteidigung des Glaubens unter den Gründen, auf welche er seine Anforderungen an Hab und Gut der Einwohner stützte, in erster Stelle an. Dieser Verteidigungskampf sollte nicht allein „zur Erhaltung des göttlichen Wortes und seiner Ehre, sondern auch dem gemeinen Vaterlande zum Besten und zur Beschirmung der Unterthanen und Einwohner vor gänzlichem Ruin und Untergang, so wie auch vor Schändung der weiblichen Personen und andern vielfältigen unchristlichen Verübungen gemeint sein."

Um sich von Süden her zu sichern, ließen die Dänen die Brücken z. B. in Neustadt-Eberswalde abbrechen und bei Seite bringen, zogen sich aber dann wider zurück. Gegen 7000 M. stark hatten sie sich nach Krachts Bericht an seinen Landesherrn um Havelberg und Zehdenik gesammelt und bedrohten das mit einer ganz ungenügenden Besatzung versehene Küstrin, zu dessen stärkerer Befestigung der Kommandant die widerstrebenden Bürger nur mit großer Mühe heranzuziehen vermochte. Nach einer andern Nachricht waren die Dänen in dieser ersten Zeit hier 14 Fahnen Fußvolk und einige Tausend Reiter stark.

Kracht fühlte sich damals in der ihm anvertrauten Festung Küstrin sehr unsicher; er schrieb an den Kurfürsten: „Steine können sich nicht allein verteidigen". Auch erhob er gegen den Befehl seines Landesherren, nach welchem sich die brandenburgischen Truppen mit den Kaiserlichen vereinigen und verteidigen sollten, sehr erhebliche Bedenken: „Bei dem Landvolk ist zu considerieren, daß die Altmark ruiniert, Krossen und Sternberg ganz verdorben, . . . aus der Priegnitz, Ruppin und Uckermark, wo beiderseits Kriegsvolk, kein Mann zu erlangen, aus der Neumark kein Mensch von den Pässen zu entraten; an den andern Orten sind die Unterthanen alle schwierig, unter keinen Offizieren, unexercieret. Es ist zu besorgen, daß man unter ihnen viel unsicherer sein müßte, als unter dem Feind."[1] Ja in einigen Städten wurde sogar die Ankunft der Dänen nach Krachts Mitteilung eifrigst gewünscht, und man drohte denen den Hals entzwei zu schlagen, die sich ihrem Vordringen widersetzen würden.

Dennoch stießen die Dänen hier und da auch auf bewaffneten Widerstand des Landvolks. In dem zum Amte Gramzow gehörigen Polzow wurden bei der Verteidigung einer Brücke drei Bauern erschossen, obwohl der Hauptmann des Amtes Sigismund v. Götz mit Konrad Nell

1) Küstrin 21./31. Mai.

in Zehdenik ein Abkommen im Betreff seiner Unterthanen getroffen hatte. Auch andere Mitglieder des uckermärkischen Adels, wie Valentin v. Buchwald, vier Mitglieder der Familie v. Arnim, Jakob v. Klützow, Jakob Ramin, verglichen sich über die Verpflegung mit dem dänischen Obersten.

Allmählich war es aber in der Uckermark ruchbar geworden, daß dem Obersten Arnim die Aufgabe zuerteilt war, das linke Ufer der Oder von Frankfurt abwärts gegen die Dänen sicherzustellen. Denn schon am 15./25. Juni hatte derselbe seinem Schwager, dem alten Hauptmann Basso Clemern, die Warnung zukommen lassen, sich mit seinen Habseligkeiten in Sicherheit zu bringen, weil er demnächst in der Uckermark Quartier nehmen würde. Sigismund v. Götz warnte daher den brandenburgischen Kanzler mit um so größerem Rechte, als der uckermärkische Adel dem Könige feindselig gesinnt war. Er schrieb damals an Pruckmann: „Es sollen etliche unserer Herrn Uckermärker wunderliche consilia vor der Hand haben. Ich will zusehen, wie sie ablaufen werden, geraten sie übel und werden darüber Land und Leute verdorben, so tröste ich mich dessen, daß ich daran unschuldig.[1] In Abwesenheit des Herrn dergleichen schweren Handel anzufahen, sollte jedermann wol bedenken". Infolge dieser feindseligen Stimmung des Landadels konnten die Dänen um so weniger daran denken, Schwedt, Angermünde und Prenzlau zu besetzen, als sie nach dem linken Oderufer hin nur geringe Streitkräfte aufzubieten vermochten.

Nach der Besetzung Frankfurts durch die Kaiserlichen fürchteten die Dänen, daß Arnim die Oder abwärts nach Oderberg und von da auf Liebenwalde und Zehdenik zu gehen werde. Man maß ferner diesem märkischen Patrioten die Absicht bei, nach der Besetzung Schwedts gegen Prenzlau zu marschieren, um den Dänen in den Rücken zu kommen und sich den Weg nach Mecklenburg frei zu machen.

Demungeachtet war jedoch die Hauptstadt der Mark eine Zeit lang wirklich durch die Dänen gefährdet.

Der Übertritt des Kurfürsten auf die Seite des Kaisers.

Nachdem sich die Kaiserlichen der unteren Havel bemächtigt hatten, versicherte sich Ferdinand II. des Kurfürsten Georg Wilhelm auch persönlich, um ihn gänzlich wehrlos zu machen.

Schon im Januar war man in Wien entschlossen, den schlesischen Kammerpräsidenten v. Dohna von neuem an Georg Wilhelm abzuordnen,

1) K. Geh. St.-A. in Berlin.

ſchob aber ſeine Abſendung auffallender Weiſe Monate lang hinaus. Dem Kurfürſten gegenüber ſtellte ſich freilich Dohna ſelbſt als den an der Verzögerung ſchuldigen Teil hin. So berichtete er demſelben am 4. März, daß ihm unmittelbar nach der Rückkehr eines Kuriers vom Grafen von Schwarzenberg, und gerade als er im Aufbrechen war, etwas zugeſtoßen wäre, was dem Kurfürſten gewiß gefallen dürfte, wenn er es ihm demnächſt mündlich berichten würde, und verſprach unter einer Dankesverſicherung für den erhaltenen Paß, in acht Tagen nach Polen aufzubrechen. Trotzdem richtete er aber noch am 23. April von Neiſſe aus die Bitte an den Grafen v. Schwarzenberg, ihn bei dem Kurfürſten zu entſchuldigen, und bemerkte ſogar, daß er ſeines Zögerns halber vom Kaiſer „einen Filz" bekommen habe. Aber er fügte auch dies Mal die Worte hinzu: ich hoffe, wenn J. K. D. ich die Urſache erzählen werde, Sie werden mit mir zufrieden ſein.[1]

Erſt nachdem Wallenſtein in Wien angelangt war, und die Kaiſerlichen ihre Truppen aus der Altmark bis an die Havel, ſo wie die Dänen die ihrigen von Mecklenburg her vorgeſchoben hatten, als Wallenſtein im Begriff ſtand, in Brandenburg eine neue, abgeſonderte kleine Armee aufzuſtellen, hielt man es für erforderlich, mit dem Kurfürſten in nähere Verhandlungen zu treten.

An einem und demſelben Tage (5. Mai) wurden in Wien die Inſtruktionen für zwei Geſandte feſtgeſetzt, für den Burggrafen Hannibal v. Dohna, welcher den Kurfürſten in Preußen aufſuchen ſollte, und für den nach der Mark und nach Pommern beſtimmten Geheimen Rat Dr. Gebhard.[2]

Dohna hatte dem Kurfürſten zunächſt eine Art Entſchuldigung über das unvermutete Eindringen der Kaiſerlichen in die Mark auszuſprechen, andererſeits aber auch das Geſuch an ihn zu richten, ſich mit Hilfe derſelben des weiteren Vordringens der Dänen zu erwehren und zu dieſem Zweck die von den Ständen aufgebotenen Mannſchaften zu den Kaiſerlichen ſtoßen zu laſſen. Endlich forderte man von Georg Wilhelm die unbedingte Anerkennung Maximilians v. Baiern als Kurfürſten. Die Geneigtheit des brandenburgiſchen Kurfürſten, ſich dieſen Forderungen zu fügen, ſollte der drohende Hinweis darauf verſtärken, daß Dänemark nichts Geringeres im Schilde führe, als den Adminiſtrator Chriſtian Wilhelm zum Kurfürſten von Brandenburg zu erheben, wovon doch der König gerade damals ſo weit entfernt war.

---

1) Dieſe Schreiben Dohnas finden ſich im K. G. St.-A. zu Berlin.

2) K. K. H. H u. St.-A. in Wien.

In größter Eile begab sich Dohna darauf, von seinem Privatsekretär, dem Dichter Martin Opitz, begleitet, nach Königsberg und fand den Kurfürsten, der noch am 18. Mai dem Obersten Pechmann untersagt hatte, in die Neumark einzurücken, sehr gefügig.

Wie man es ihm nahe legte, bat Georg Wilhelm nun den Kaiser um Unterstützung gegen die Dänen und zeigte sich sehr aufgebracht gegen seine Räte.[1] In Dohnas Anwesenheit erhob er den Vorwurf gegen sie, daß sie gegen die ihnen erteilten Weisungen gehandelt hätten, und versprach dem Kaiser, durch ihre Bestrafung ihn von seiner Unschuld zu überzeugen. Maximilian von Baiern wollte er während seines Lebens als Kurfürsten anerkennen, wenn er sich auch damit nicht für die Ausschließung des Kurfürsten von der Pfalz erklärte und seine und seiner Kinder Rechte keineswegs preisgab. Er öffnete ferner den Östreichern alle Städte seines Landes, vermittelst deren man den Dänen Abbruch thun konnte, mit Ausnahme von Berlin, Küstrin, Peitz, Spandau und Driesen. Ja in München wurde sogar von Berlin aus die Nachricht gemeldet, daß der Kurfürst zum Zeichen seiner gründlichen Sinnesänderung seinem reformierten Hofprediger Bergius die Kanzel verboten habe und die lutherischen Geistlichen Böhme und Buchemius vor sich predigen lasse.

Da nun aber die Mark selbst zum Schauplatz des Kampfes bestimmt schien, so entsendete der Kurfürst schleunigst seinen lutherischen Vetter, den Markgrafen Sigismund, einen älteren Bruder der beiden kaiserlichen Obersten, in die Kurlande, der bereits am 6. Juni in Küstrin und am 10. J. n. St.[2] in Berlin anlangte. Er erteilte demselben den Auftrag, den Östreichern jede nur mögliche Unterstützung zur Vertreibung der dänischen Eindringlinge angedeihen zu lassen, und wies auch die Räte an, mit ihm Hand in Hand zu gehen. Besonders hatte der Kurfürst seinem Vetter die Sicherstellung der Festungen und Residenzstädte anempfohlen. Spandau hatte Sigismund vor „aller fremden Occupation" zu hüten und erforderliches Falles auch Besatzungen aus andern Orten, Peitz und Küstrin ausgenommen, und Landvolk hinein zu verlegen. Und wenn ihm die Festung auch mit diesen Mitteln noch nicht hinreichend geschützt erscheinen

---

1) Dohnas Vorbericht an den Kaiser, Königsberg 20. Mai n. St. Schreiben des Kurf. von Brandenburg an denselben, Königsberg 12./22. Mai. Einen weiteren schriftlichen Bericht hat Dohna nach Leukers Versicherung dem Kaiser nicht erstattet, sondern seinen Vorbericht durch einen mündlichen Vortrag ergänzt. K. St.-A. in München, Leukers Negotiation in Wien.

2) Hiernach ist die in meinem Aufsatze in der Hist. Zeitschrift a. a. O. S. 220 angeführte Tagesangabe zu verbessern.

würde, sollte er die Kaiserlichen zur Unterstützung heranziehen, aber sie nur in die Stadt Spandau aufnehmen, während die Festung von Brandenburgern besetzt bleiben sollte. Schon vor ihrer Aufnahme hatte jedoch der Markgraf die Östreicher zu verpflichten, die Stadt nach Abwendung der Gefahr und auf das Verlangen des Markgrafen wider zu räumen.

Seinem Obersten Kracht erteilte der Kurfürst die Weisung, nicht nur die Vereinigung der Geworbenen und des Landvolks mit den Kaiserlichen wirklich herbeizuführen, sondern die letzteren auch mit Artillerie aus den Festungen zu unterstützen.[1]

Nach persönlicher Rücksprache mit Tilly und dem Herzog Georg hatte er auf das Begehren dieser Offiziere die völlige Vereinigung der geringen brandenburgischen Streitkräfte mit den kaiserlichen und ligistischen herzustellen. Allein zu einer solchen engen Verbindung der verschiedenen Heeresteile ist es nicht gekommen; auch hat sich Kracht damals weder mit Tilly noch mit dem Herzoge Georg deshalb in Verbindung gesetzt. Die neuen Anordnungen des Kurfürsten erschienen Kracht ebenso gefährlich wie Pruckmann und den übrigen heimgelassenen Räten.

Der Markgraf suchte die Sicherheit der Hauptstädte und besonders des kurfürstlichen Schlosses, welches unter den Schutz einer wenig zuverlässigen Bürgerwehr gestellt war, zu stärken, ließ die Wälle der Stadt Berlin ausbessern, eine Brustwehr einschneiden und den Werder verschanzen. Sein persönliches Verhältnis zu den kurfürstlichen Frauen scheint sich nicht zum besten gestaltet zu haben, wozu wol auch der Umstand beitrug, daß er den brieflichen Verkehr, der vom Hofe aus mit Personen der Gegenpartei unterhalten wurde, unmöglich zu machen bestrebt war. Selbst die Kurfürstin beklagte sich über das Erbrechen ihrer Briefe.

Märkische Vasallen im Dienste des Kaisers.

Die Aufgabe, die Mark von den Dänen zu befreien und vor neuen drohenden Überraschungen zu sichern, übertrug der kaiserliche Feldhauptmann damals in der Hauptsache einem Landeseingeborenen und brandenburgischen Vasallen, dem thatkräftigen und ehrgeizigen Hans Georg v. Arnim auf Boizenburg in der Uckermark. Dieser Oberst mochte sich in den Augen Wallensteins zur Durchführung der ihm überwiesenen Aufgabe um so

1) Schreiben des Kurfürsten an Kracht vom 19./29. Mai; in ihm ist von Arnim noch keine Rede. Dazu Krachts Schreiben an den Kurfürsten vom 13./23. Juni. K. G. St.-A. in Berlin.

mehr eignen, als die brandenburgischen Stände eine Zeit lang die Absicht hegten, ihm die Führung ihrer Geworbenen, ja das Direktorium des Kriegsrats anzuvertrauen. Andererseits mochte freilich Wallenstein auch in Erfahrung gebracht haben, daß man im Heerlager Christians IV. im Anfange des Jahres 1627 auf den Übertritt des Obersten in dänische Dienste rechnete, und vielleicht hat er sogar die Bemühungen Christians IV. und der brandenburgischen Stände, Arnim durch die Gewährung einer höheren militärischen Stellung für sich zu gewinnen, durch die frühzeitige geheime Übertragung des Regiments Wratislav geradezu vereitelt.

Denn diese Übertragung[1] fällt in die Zeit, in welcher der völlig charakterlose Arnim auch dem Könige seine Dienste anbot, und dieser dem Statthalter Gerhard Ranzau den Befehl, mit ihm zu verhandeln, erteilte.

Nach dem bald darauf erfolgten Tode des Statthalters ließ der König durch seine Kriegskommissare in Stade noch in der ersten Märzwoche Arnim die Weisung zugehen, zu ihm nach Stade zu kommen, da er nicht wußte, wie weit die Verhandlungen gediehen waren, und noch geneigt war, sich mit ihm einzulassen. Auch später war man in der Umgebung des Königs noch immer der Ansicht, Arnim werde als General in die Armee des Königs eintreten: noch am 24. März n. St. teilte der holländische Gesandte in Hamburg den Generalstaaten mit, daß derselbe zum Könige entboten worden sei.

Wallenstein aber gewann in Arnim den bei weitem begabtesten aller seiner lutherischen norddeutschen Offiziere, in dem damals auch nicht ein Funke von Anhänglichkeit an die Heimat und von ritterlicher Vasallentreue gegen seinen Kurfürsten lebendig war. Kein Norddeutscher hat mehr dazu beigetragen, die Mark, Pommern und Mecklenburg der drückendsten kaiserlichen Militärdiktatur zu unterwerfen, als dieser märkische Patriot, der seine durch die Unterhandlungen mit den dänischen Politikern gewonnene Kenntnis der von Anfang an sehr mißlichen Lage des Königs bei einer Zusammenkunft in Aschersleben schleunigst Aldringer zu gute

1) Sie geschah am 17. Januar 1627. Förster 1 76 ff. Vgl. überhaupt Hallwich, Hans Georg v. Arnim in d. J. 1627—29 in Webers Archiv f. d. Sächsische Geschichte Bd. 8. 380 ff. und Opel, Das Kurfürstentum Brandenburg in den ersten Monaten des Jahres 1627 in der Hist. Zeitschr. a. a. O. S. 220 ff. Die dänischen Kommissare in Stade entwarfen ein Einladungsschreiben am 27. Febr. a. St. und sendeten es bald darauf an Arnim ab. In diesem Schreiben heißt es, daß Arnim dem Könige seine Dienste vor ungefähr sechs Wochen anpräsentiert habe. Protocollum ..... im General-Commissariat gehalten. K. G.-A. in Kop.

kommen ließ.[1] Daß Arnims Übertritt zur kaiserlichen Armee mit der Zustimmung Ferdinands II. geschehen ist, halten wir für sicher, da es Wallenstein ausdrücklich bezeugt. Die Unthätigkeit, zu welcher er im Anfange bestimmt schien, währte nur so lange, bis man den Kurfürsten selbst moralisch völlig gedemütigt hatte.

Arnim erhielt diesen Auftrag deswegen, weil Wallenstein hoffte, daß die Stände um so geringere Schwierigkeiten gegen die Besetzung des Landes erheben würden. Ja der kaiserliche General war boshaft genug, auch dem Kurfürsten die Wahl dieses Obersten von dieser Seite vorzustellen und ihm zu schreiben, er habe Arnim als „seinen Unterthan zu seiner, des Kurfürsten, besseren Versicherung" abgefertigt.

Arnim sollte über Krossen, Frankfurt und Sonnenburg nach Landsberg a. d. Warthe gehen und sich der Oder und aller brandenburgischen Orte, deren er bedürfen werde, bemächtigen. Erforderlichen Falles hatte er die in das Kurfürstentum geführten kaiserlichen Scharen sogar für den Kurfürsten und die Landstände zu vereidigen und sie mit den Brandenburgern die Wachen gemeinsam beziehen zu lassen. Besorgnisse um das Gelingen der Maßregel scheint Wallenstein nicht eben gehegt zu haben: nur in Beziehung auf Frankfurt a. d. O. traf er die ausdrückliche Bestimmung, daß sich Arnim der Schanzen vor den Brücken bemächtigen und dieselben besetzt halten möge. Von der Verpflichtung, zu den Kriegslasten beizutragen, schloß er die eignen Ämter und Unterthanen des Kurfürsten angeblich deshalb nicht aus, um bei den Landständen keinen Anstoß zu erregen.

Mit der Besetzung der Mark bedrohte Wallenstein natürlich nicht nur die dänische Aufstellung an der Elbe und Weser, sondern trat schon im voraus der Verbindung des Königs mit den in Schlesien stehenden Truppen, welche man damals im dänischen Lager noch immer für möglich hielt, entgegen.

Als die kaiserlichen Regimenter von Krossen her im Anmarsch begriffen waren, machte Arnim den Markgrafen mit dem ihm erteilten Auftrage bekannt[2] und gab die Anzahl der für die Mark bestimmten Truppen auf 8000 M. z. F. und 2000 Pf. an. Zugleich ersuchte er Sigismund um die Bestimmung der Orte, in welchen sie untergebracht werden könnten, und erklärte sich zu Verhandlungen mit den Landständen über die Einquartierung bereit. Der Markgraf war durch diese Mitteilungen

1) Irmer, G. Hans Georg v. Arnim als kaiserlicher Oberst und Feldmarschall. 1877. Diss. S. 5.

2) Frankfurt am 9./19. Juni. Vgl. Irmer, G. Hans Georg v. Arnim als kaiserlicher Oberst und Feldmarschall. S. 12.

offenbar überrascht worden und bezeichnete überhaupt den ganzen „kaiserlichen Succurs" als zur Zeit unnötig, da die aus Schlesien erwarteten Dänen die Oder schwerlich würden überschreiten können. Er läugnete ferner, vom Kurfürsten irgend eine hierauf bezügliche Weisung empfangen zu haben. Doch erteilte er dem Obersten Kracht den Befehl, sich sofort behufs näherer Verhandlungen nach Frankfurt a. d. O. zu begeben.

Nur wenige Tage darauf erschien jedoch Arnim selbst in Berlin, um im persönlichen Verkehr mit dem Statthalter schneller zum Ziele zu gelangen. Der Markgraf erhob anfangs die schon brieflich ausgesprochenen Einwendungen von neuem, fügte sich aber endlich doch, als ihm Arnim das Schreiben Dohnas an Wallenstein über den Entschluß des Kurfürsten im Original vorlegte. Er gab nun die ausdrückliche Erklärung ab, daß ihm der Wille des Kurfürsten durchaus bekannt sei.

Anderer Meinung waren jedoch die zu diesen Verhandlungen hinzugezogenen Räte, der Kanzler Pruckmann, der Hauptmann v. Lebus, Johann v. Wilmerstorff und Jobst Willers nebst dem Obersten Kracht. Sie versicherten auf das bestimmteste, von dem, was aus Preußen geschrieben worden wäre, keine Kenntnis zu besitzen, und verstanden den Befehl des Kurfürsten zur Aufnahme des kaiserlichen Succurses überhaupt nur so, daß er sich auf den Notfall bezöge. Und einen solchen Notfall vermochten sie unter den obwaltenden Verhältnissen nicht anzuerkennen. Endlich wiesen sie noch darauf hin, daß ein so folgenschwerer Entschluß von ihnen überhaupt nur unter Vorwissen des Kurfürsten von Sachsen gefaßt werden könne, und erteilten Arnim den Rat, sich wenigstens bis zum Eintreffen einer Erklärung von dem sich gerade in Annaburg aufhaltenden Johann Georg zu gedulden. Auf diesen letzten Punkt erwiderte jedoch der Markgraf auffallender Weise, daß diese Erklärung des Kurfürsten bereits eingeholt sei, und daß sie zustimmend laute.

Nach diesen Verhandlungen unterzeichneten Sigismund und Arnim noch an demselben Tage (22. Juni) einen Vertrag[1] über die Besetzung Frankfurts und anderer Plätze, nach welchem unter Wahrung der landesherrlichen Autorität auch die Verpflegung geregelt werden sollte. Das bereits von brandenburgischer Seite besetzte Landsberg, ferner Berlin und Cöln sowie die kurfürstlichen Ämter, Vorwerke und Mühlen und ähnliche landesherrliche Besitzungen wurden von der Belegung mit Truppen aus-

1) Dieser Vertrag findet sich als Entwurf in einem Aktenstück des Geh. Staatsarchivs zu Berlin, welches auch die dem Markgrafen eingesendete Verwahrung der Räte vom 13./23. Juni und andere auf diese Verhältnisse bezügliche Briefe enthält.

drücklich ausgeschlossen. Da der Statthalter dem Kurfürsten und sich selbst noch Änderungen vorbehalten hatte, sendete er schon am nächsten Tage einen etwas veränderten Entwurf an Arnim, der sich noch am 22. Juni wider nach Frankfurt zurückbegeben hatte.

Im letzten Punkte des Vertrages hatte sich Arnim anheischig gemacht, dem Markgrafen im Laufe von 14 Tagen Wallensteins Genehmigung durch Hand und Siegel einhändigen zu lassen.

Allein im Anfange des August hatte Arnim selbst noch nicht einmal das zuletzt übersendete Exemplar vollzogen und zurückgegeben, und Wallenstein ist daher wol gar nicht in die Lage versetzt worden, irgend etwas durch seine Namensunterschrift zu bekräftigen.

Die brandenburgischen Räte zogen aber ihren Widerspruch nicht zurück, sondern lehnten jede Verantwortung für den Vertrag ab und bürdeten sie ausschließlich dem Markgrafen auf. In ganz unverblümter Weise setzten sie auch den Kurfürsten von ihrer abweichenden Anschauung der Dinge in Kenntnis. Sie waren der Meinung, daß die Östreicher einen ganzen Haufen Einwürfe gegen die Räumung der Kurlande, welche in dem Vertrage vorbehalten war, erfinden würden, vermittelst deren sie die eingenommenen Quartiere bis an den jüngsten Tag innebehalten könnten. Schon in den nächsten Wochen hatte der Markgraf Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß von dem ganzen Abkommen mit den Kaiserlichen überhaupt nicht mehr die Rede war.

Dem kaiserlichen Oberbefehlshaber in den Marken wurde bald darauf auch alles kaiserliche Volk im Fürstentum Krossen und im Land Sternberg untergeben.[1]

Unter Arnims Oberbefehl führten aber in jenen Wochen noch zwei andere brandenburgische Vasallen als kaiserliche Obersten ihre Regimenter dem Kurfürsten in das Land. Ernst Georg Sparr von Hohen-Finow, einem der ältesten märkischen Adelsgeschlechter entsprossen, und Hans v. Götz, der Bruder Sigismunds v. Götz, der in den ersten Monaten des Jahres brandenburgischer Gesandter in Wien gewesen war.[2] Sparr hatte wie Arnim bereits eine längere militärische Laufbahn hinter sich: er hatte sich im Dienste des Königs von Polen Erfahrungen gesammelt und war im Jahre 1626 als Oberst in die Abteilung des Administrators Christian Wilhelm eingetreten. Nach dem Zeugnisse des Grafen von

1) Förster a. a. O. Bd. 1. 89, 90.

2) Th. v. Mörner, Märkische Kriegsobersten 77 ff. Husans Bericht an den Kaiser vom 10./20. Febr. Brief Walmerodes an den Kaiser, Gardelegen 2./12. April. K. K. St.-A. in Wien.

Oldenburg war er jedoch, weil er gar zu übel in den Quartieren gehaust hatte, von Christian Wilhelm entlassen worden, während er selbst behauptete, auf Zureden des lübischen Stadtobersten Jakob Voitt v. Wendelstein (Mündelstein?) zum großen Verdruß des Administrators seinen Abschied genommen zu haben. Dieser lübische Stadtoberste hatte Sparr als einen guten deutschen Patrioten, der in Kriegsläuften wol erfahren sei und besondere Kenntnisse in der Wissenschaft der Artillerie besitze, dem lutherischen Erzbischof von Bremen, der sich damals in Lübeck aufhielt, empfohlen.

Nach seiner Entlassung hatte Sparr zunächst Tilly seine Dienste angeboten[1] und sich anheischig gemacht, ihm 1000 Pf. zuzuführen. Zu diesem Anerbieten scheint ihn einerseits Ruhmsucht veranlaßt zu haben: er wollte der kaiserlichen Armee getreue Dienste erweisen, „daß sein Name dadurch mehr renommiert und bekannt werde". Zugleich hoffte er aber auch andere höhere Offiziere zur kaiserlichen Partei herüberzuziehen. Der lübische Stadtoberst, welcher von sich bekannte, daß er Auftrag vom Kaiser habe, den Feinden allen Abbruch zu thun, trieb Tilly zur Beschleunigung seines Entschlusses an. Nun ist zwar die ganze Angelegenheit dem Kurfürsten von Baiern unterbreitet worden, allein Sparrs Dienstanerbieten blieb trotz der Empfehlungen erfolglos. Möglicher Weise ließ sich der Kurfürst durch die Höhe seiner Forderungen abschrecken, denn Sparr verlangte die Hälfte des Anrittgeldes auf 1000 Pf. sofort, und die zweite Hälfte, so wie er sich im Heerlager der Ligisten persönlich einstelle: seine übrigen Forderungen betrafen die Anweisung eines sicheren Ortes, an den er sich aus dem Bereiche der dänischen Armee zurückziehen könnte, ferner eines Musterplatzes und des nötigen Unterhalts für die Truppen bis zur Musterung.

Glücklicher war Sparr bei Wallenstein, der wol ebenso wie der Kaiser durch Walmerode und Husanus von seiner Absicht in Kenntnis gesetzt war. Nachdem Sparr Tilly noch persönlich aufgesucht hatte, vermittelte Aldringer auf Wallensteins ganz besonderes Ersuchen seinen Übertritt zur kaiserlichen Armee. Nach Wallensteins Weisung sollte Aldringer den Obersten mit 500 oder 600 Reitern annehmen und ihm das Anrittsgeld aus der hallischen Contribution zahlen, oder ihn, was Wallenstein lieber war, fünf bis sechs Kompagnien auf eigne Kosten werben lassen.[2]

1) Ruepp an den Kurfürsten, Moringen 8. April, Peine 12. Mai. K. R.-A. in München.

2) Wallensteins Brief an Aldringer, Habern 26. März 27. Aus ihm ist ersichtlich, daß der Kf. Rat Reinhard v. Walmerode Wallenstein mitgeteilt hatte, wie er nicht nur Sparr, sondern auch andere höhere Offiziere des Feindes der kaiserlichen Armee zuführen könne. Archiv des K. K. Kriegsministeriums zu Wien.

Schon im Mai erschien Sparr darauf als kaiserlicher Oberst in Berlin, nahm hier eine von Leipzig kommende und angeblich für den König von Dänemark bestimmte Waffensendung weg, von der es sich indes bald herausstellte, daß sie polnisches Gut war, und machte sich den Geheimen Räten durch sein unruhiges, aufwieglerisches Wesen sehr verdächtig. Man traute ihm sogar zu, daß er damit umgehe, in den Residenzen sein Standquartier aufzuschlagen. Die Geheimen Räte gerieten in Besorgnis um die Sicherheit der kurfürstlichen Familie. Dann verließ Sparr Berlin und begab sich nach Trebbin und Treuenbrietzen, wahrscheinlich um seine Werbungen zu ergänzen, und nahm endlich in Angermünde Quartier.

Der später in Wallensteins Sturz verwickelte Reiteroffizier stand damals im einunddreißigsten Lebensjahre und war ein kecker, rauf- und raublustiger, nur der Fortuna folgender Gesell. Als ihn einst die Gemahlin des Markgrafen Christian Wilhelm, dem er bis vor kurzer Zeit gedient hatte, um Schonung ihrer armen Unterthanen in Jüterbock ersuchte, ließ er ihr erwidern: „J. F. G. sollten den Wocken spinnen". Den Vorwürfen und Beschwerden, welche die Geheimen Räte über sein Gebahren im Gebiete seines Landesherren und in der Landeshauptstadt erhoben, setzte der brandenburgische Vasall das trotzige Soldatenwort entgegen: „Und wann den Kurfürsten zu Brandenburg das, was geschehen, verdrösse, was sollte der Obriste Jürge Ernst Sparr wol danach fragen?" Sparr war und blieb Protestant und bekannte sich zu dem in der Mark herrschenden Luthertum.

Hans v. Götz erhielt von dem Herzoge Georg von Lüneburg Befehl, mit 250 Pf. nach Brandenburg zu gehen, wo vor ihm der Oberstlieutenant v. Bodendieck und der Oberstquartiermeister v. Wurmb das Kommando geführt hatten. Götz scheute sich in dieser Stellung als kaiserlicher Oberst nicht, auch die Ämter Potsdam und Lehnin zu brandschatzen, und erhob vor der Ankunft des Markgrafen ganz unglaublich hohe Forderungen. Man sollte ihm monatlich 16 823 Thlr., 1 110 Rinder, 3 338 Tonnen Bier, 89 Wispel und 12 Scheffel Hafer und 166 Wispel Roggen liefern.[1] Auch der Herzog Georg erklärte dies Verfahren für unbesonnen und unverantwortlich und teilte dem Markgrafen auf seine Beschwerde mit, daß er Götz einen ernstlichen Verweis habe zukommen lassen.

Und wie viele andere thatendurstige und abenteuerliche Junker des damals so armen brandenburgischen Adels mögen außer diesen beiden Obersten noch den Werbern des im Lande hoch angesehenen Arnim gefolgt

1) Nach dem Entwurf eines Schreibens des Markgrafen Sigismund an Herz. Georg vom 31. Mai/9. Juni, welches nicht abgesendet wurde.

ſein. Einen Oberſtwachtmeiſter Hans Chriſtof v. Klitzing und einen Cornet Moriz Auguſt v. Rochow, der ſpäter als Oberſt und brandenburgiſcher Lehnsmann den großen Kurfürſten nicht als ſeinen Landesherrn anerkennen wollte und direkt in das kaiſerliche Hauptquartier flüchtete, wollen wir wenigſtens noch namentlich nennen. Die Reihen der Gemeinen aber haben dieſe Offiziere natürlich mit Vorliebe durch ihre engeren Landsleute ausgefüllt.

Im Laufe des Juni ſammelten ſich allmählich die zum Schutze der Oder aufgebotenen Scharen und rückten gegen Ende des Monats in ihre Quartiere ein. Schon am 25. Juni ſcheint Frankfurt beſetzt worden zu ſein.[1] Wallenſtein forderte auch den Herzog Georg von Braunſchweig zur Unterſtützung des Markgrafen Sigismund und Arnims auf.

Der von den Dänen am meiſten bedrohte Teil der Mark, der Norden, wurde bis nach Prenzlau hin allmählich von ihnen geſäubert. Nur gegen Liebenwalde konnte Sparr von Angermünde aus nichts ausrichten, und aus Templin mußte ſich der nur aus 20 Mann beſtehende kaiſerliche Poſten wider zurückziehen. Die Schanzen bei Liebenwalde brachte Arnim am 29. Juli in ſeine Gewalt. Von den wichtigen Übergangspunkten und Feſtungen an der Oder waren anfangs nur Frankfurt und Kroſſen im Beſitze der Kaiſerlichen, während Schwedt und Küſtrin ſchwache brandenburgiſche Beſatzungen hatten. Auf Arnims beſonderen Befehl nahm ſein Oberſtwachtmeiſter Freiherr v. Wratislav mit 13 Komp. Fußvolk und einer beträchtlichen Anzahl von Wagen und Roſſen am 30. Juli in Schwedt Quartier und erwartete hier weitere Befehle. Denn zwiſchen Angermünde und Schwedt wartete in dieſen Tagen Arnim mit allen verfügbaren Truppen der unter der Führung Baudiſſins und Mitzlafs aus Schleſien heranrückenden Dänen.

Arnim hatte die ihm übertragene Aufgabe zur höchſten Zufriedenheit Wallenſteins ausgeführt, ſo daß ihm große Lobeserhebungen von demſelben geſpendet wurden. In den von ihm beſetzten Landſtrichen aber traten ſchon jetzt die Folgen des Kriegszuſtandes in einer Weiſe zu Tage, daß man hätte glauben können, der Mark habe ſich ein erbitterter Feind nach einer ſiegreichen Schlacht bemächtigt, während doch ein brandenburgiſcher Vaſall nach einem beſonderen Vertrage ſeine Truppen zum Schutze des Landes hereingeführt hatte. Der Verweſer des Landesherrn ſchrieb damals an dieſen brandenburgiſchen Lehnsmann und eingeborenen Patrioten, den er in der Anrede immer noch als ſeinen beſonders lieben Freund bezeichnete: „Jeder Trupp zieht ſeines Gefallens, da niemand

1) Hallwich a. a. O. 386.

von weiß, viel weniger Kommissare zugeordnet werden können. Darnach geht es bunt über Eck, niemand will sich an dem Verordneten genügen lassen. Die fremden Nationen wollen auch mit Wein (!) bis zum Überfluß verpflegt sein. Rinder und Schafe werden niedergestochen, und mehr, als wie abzuthun nötig, die Pferde den Leuten allenthalben abgenommen. Am Freitag fanden sich bei einer Truppe an 50 Bagagewagen, die mit geraubtem Zeug an Kupfer, Zinn, Messing und dergl. beladen waren, allzu große Kessel werden zerschlagen und in Stücken mitgeführt. Auf adligen Sitzen werden Fenster und Thüren eingeschlagen, auch die kurfürstlichen Ämter nicht verschont. Alle Dörfer von Frankfurt bis Krossen auf sechs Meilen Weges stehen wüst und öd, und liegen Thüren, Fenster, Öfen, alles darnieder."

Arnim versprach darauf, die Thäter an Leib und Leben zu strafen und weder Gemeine noch Offiziere zu schonen und wird sicherlich dem Unheil nach Möglichkeit gesteuert haben. Darauf läßt auch die Bitte des Markgrafen Sigismund für die Schule zu Joachimsthal schließen, als sich drei Kompagien Fußvolk in dem benachbarten kurfürstlichen Hause und Flecken Grimnitz eingelagert hatten. Der Markgraf bat um einen Schutzbrief für die Schule und ihre Güter, weil er von Arnim wußte, daß er eher geneigt sei, drei Schulen aufzurichten, als eine zerstören zu helfen.

Weitere Folgen der Sendung des Burggrafen v. Dohna an den Kurfürsten Georg Wilhelm.

Der Burggraf v. Dohna eilte, vom Kurfürsten reich beschenkt — er hatte ihm einen neuen Wagen mit sechs Füchsen in neuem Geschirr zu danken — von Königsberg nach Warschau, um sich noch seiner polnischen Aufträge zu entledigen. Welcher Art diese gewesen sind, muß vorläufig dahin gestellt bleiben. Doch wollen wir wenigstens des Gerüchtes gedenken, nach welchem der König von Polen den Kurfürsten aus Preußen vertreiben sollte, sobald ihn der Kaiser der Kur entsetzt habe. Nachdem sich jedoch der Kurfürst so tief gedemütigt hatte, kann Dohna unmöglich Träger einer Botschaft von solcher Bedeutung gewesen sein.

Am 23. Juni traf Dohna wider in Breslau ein und ging von hier, um Bericht zu erstatten, in Wallensteins Lager vor Jägerndorf, nachdem er den General bereits brieflich von dem glücklichen Erfolge seiner Sendung in Kenntnis gesetzt hatte. Hier übergab er Wallenstein zugleich Schreiben des Markgrafen Sigismund. Dohna rühmte sich gegen den Grafen Adam v. Schwarzenberg und gegen den Kurfürsten selbst, daß seine Mitteilungen

an Wallenſtein über das politiſche Verhalten des Kurfürſten eine große Umwandlung in den Anſchauungen des Generals über Brandenburg hervorgebracht hätten. Er ſchrieb an den erſtern von Jägerndorf aus: „Ihr F. G. der Herr General ſeind nun mehr ganz brandenburgiſch, ob ſie gleich zuvorn viel in einer andern Opinion geweſen.“ Und zur Bekräftigung dieſer Verſicherung fügte er hinzu, daß auch der Unmut des Generals über die Titulatur Euer Liebden, welche ihm Schwarzenberg einſt erteilt hatte, durch ſeine Schilderung der treuen, dem Kaiſer geleiſteten Dienſte desſelben vollſtändig beſchwichtigt ſei. Georg Wilhelm aber verſicherte Dohna, Wallenſtein rühme dem Kaiſer ſein gutes Verhalten, und der Kurfürſt könne ſich gänzlich auf den General verlaſſen.[1]

Und wirklich ſtattete der General dem Kurfürſten am 25. Juni ſeinen Dank „ganz dienſtlich“ ab und unterzeichnete ſich als ſeinen dienſtwilligen Diener. Er berichtete ihm dabei auch von der Sendung Arnims in die Mark, von dem er als einem kurfürſtlichen Vaſallen gute Disciplin erwartete.

Der über den Verlauf des Krieges in den höchſten Schrecken verſetzte Kurfürſt verlor damals jegliche Haltung. In dem von Schwarzenberg entworfenen Handſchreiben an Wallenſtein, durch welches er dieſen Brief beantwortete, klagte er auf das bitterſte über die Könige von Dänemark und Schweden und fuhr dann fort: „Gott iſt ein gerechter Richter, er wird ſie auch dermaleinſt heimſuchen und ſie ſtrafen und ihnen das Übel vergelten, was ſie mir und ſo vielen andern Landen und Leuten, auch der Kaiſ. Maj. ſelber ohne einzige gegebene Urſach zufügen. Ich erfreue mich darüber ſehr, daß Gott der Kaiſ. Maj. unter E. L. Direktion ſolche Macht gegeben hat, dardurch der Gewalt und dem Unrechte dieſer Könige kann geſteuert werden . . So lange ich lebe, will ich Ihrer Kaiſ. Maj. devoter und getreuer Kurfürſt von ganzem Herzen verbleiben.“ Nur in der Nachſchrift tritt das Gefühl tiefer Beſchämung über die ganze Sachlage zu Tage; er bittet Wallenſtein in derſelben, den Markgrafen Hans Georg von Brandenburg-Kulmbach kein Quartier in den Marken anzuweiſen, ſondern andere Regimenter in ſeine Lande zu legen. Ebenſo wie

1) Nach einigen Schreiben Dohnas im K. G. St.-A. in Berlin: Schr. an den Grafen v. Schwarzenberg, Breslau 25. Juni, im Lager vor Jägerndorf 30. Juni, an den Kurfürſten, Jägerndorf 5. Juli. In dem letzten Schreiben finden ſich einige nicht ganz verſtändliche Worte. Der Graf ſchreibt: Dem Könige von Polen wird der Herzog von Holſtein zugeſchickt, weil es der König begehrt; ſonſten will man mit Preußen, außer was der König und respublica begehren mochte, zufrieden ſein, damit man dem übel argwöhnigen Volke nit mehr Argwohn erwecke.“

Wallenstein gab der Kaiser selbst dem Kurfürsten in einem besonderen Handschreiben seine Zufriedenheit mit dem Dohna erteilten Bescheide zu erkennen und ermächtigte ihn — in Zukunft gleich den übrigen weltlichen Kurfürsten das Prädikat „Durchlaucht" zu führen.

Ferner rief Georg Wilhelm alle seine Unterthanen, welches Standes sie auch sein mochten, aus den Reihen der Feinde des Kaisers zurück, verbot jegliche Unterstützung der Dänen und befahl ausdrücklich, der kaiserlichen Armee jede Unterstützung zu reichen, auf welche sie nur Anspruch erheben werde. Diesseit und jenseit der Oder sollten Adel, Bürger und Bauern sich bereit halten, um bei der ersten Aufforderung den Dänen mit der Unterstützung der Kaiserlichen entgegenzutreten.

Als Georg Wilhelm in dem erwähnten Briefe an Wallenstein sich der kaiserlichen Sache so tief verpflichtete, war er noch ohne Kenntnis davon, daß gerade in jenen Tagen eine ganz neue und ziemlich unerwartete Anforderung von Wien aus an seinen Stellvertreter in den Marken gerichtet wurde. Am 13. Juli wurde der andere kaiserliche Abgeordnete Dr. Justus Gebhard[1] durch kurfürstliche Reiter von Rüdersdorf aus nach Berlin geleitet und als Gast im Schlosse aufgenommen. Gebhard, zuerst Syndikus in Kamenz, dann Oberstadtschreiber von Zittau, jetzt aber östreichischer Geheimer Rat und Appellationsrat bei der böhmischen Kammer, war vor nicht langer Zeit zum Katholicismus übergetreten und traf in Berlin in einem damals gerade sehr einflußreichen Hofbeamten, Bernhard v. Arnim, einen ihm von der Universität Leipzig her bekannten Studiengenossen, der ihn schnell mit dem Umschwunge der Verhältnisse am Hofe bekannt machte.[2]

Gebhard ersuchte nun den Markgrafen nicht nur um gute Aufnahme der östreichischen Truppen, sondern forderte auch — und das war offenbar der Hauptzweck seiner Sendung — die Bezahlung der alten kaiserlichen Schuld, d. h. der rückständigen Kreis- und Türkensteuern. Zugleich erklärte er sich bereit, sofort mit ständischen Vertretern über die Aufbringung der Mittel in persönliche Verhandlungen zu treten. Der Markgraf Sigismund

1) Justus Gebhard war ein Landsmann Lessings, dessen Vater ihn in seinem zweihundertjährigen Gedächtnis gelehrter Kamenzer S. 100 behandelt hat. Vgl. außerdem Gauhe II. 245—47 u. Knothe, Die Oberlausitz während der Jahre 1623—1631 in dem Neuen Laus. Magazin Bd. 65, 196 ff.

2) Damals lebte der alte Obermarschall und kurfürstliche Rat, Hauptmann zu Gramzow Bernd v. Arnim noch († 1628), auf den sich aber Gebhards Angaben nicht gut beziehen lassen; möglicherweise war Gebhard mit seinem gleichnamigen Sohne bekannt, der aber vor seinem Vater gestorben ist. Vgl. Grundmann, Versuch einer Uckermärkischen Adels-Historie 182 f. 187.

verſprach zwar dem kaiſerlichen Sendboten, den Befehl des Kurfürſten einzuholen, wies ihn aber auch darauf hin, daß ſeit dem Regierungsantritte Georg Wilhelms an dieſen Punkt niemals gerührt worden ſei. Von einer Verhandlung mit den Landſtänden ſuchte er den Geſandten durch den Hinweis auf die Weitläufigkeit eines ſolchen Verfahrens zurückzuſchrecken: „Es muß zuerſt ein jedweder Kreis des Landes an einen beſondern Ort beſchieden werden, gewiſſe Gewalthaber zu erkieſen, die hernacher in aller Namen den Tractaten beiſein, welche Zeit aber abzuwarten, dem Herrn Abgeſandten viel zu beſchwerlich fallen wollte". Endlich aber verſprach der Markgraf, den kaiſerlichen Rat bei ſeiner Rückkehr aus Pommern mit Beſcheid zu verſehen.

Daß dieſe Sendung trotz der ſchmeichelhaften Aufnahme, die man Gebhard im berliner Schloſſe gewährte, ihr Ziel nicht erreichte, erkennt man ſogar noch aus dem ſelbſtzufriedenen Schreiben Gebhards an den Kaiſer.[1] Er erklärte ſich gegen den Schluß ſeines Berichtes dahin, „daß die beſte Tractation sub armis iſt". Wie tief aber der ſchon von Arnim unternommene Verſuch, die Landesbehörden ganz bei Seite zu ſchieben, in den Regierungskreiſen empfunden wurde, tritt in den Worten zu Tage, mit welchen der Kanzler Pruckmann dem Kurfürſten Bericht erſtattete: „Wir wiſſen kein Exempel, weniger haben wirs geſehen, daß jemals ein kaiſerlicher Geſandter ſich unterſtanden hätte, mit eines Kurfürſten oder Fürſten Unterthanen zu tractieren".[2]

Um dem Kaiſer und ſeinen Politikern einen neuen Beweis für ſeine völlige Sinnesänderung zu geben, ließ der Kurfürſt um dieſe Zeit (24. Juli a. St.) einen Hauptvertreter der ſelbſtändigeren politiſchen Richtung, welche bis zur Mitte des vorigen Jahres am Hofe zu Berlin die Oberhand gehabt hatte, den Geheimen Rat Samuel v. Winterfeld ſogar durch Kurt Bertram v. Pfuel feſtnehmen und auf die Feſtung Spandau bringen.[3] Man klagte ihn an, von dem Einrücken der Dänen in die Mark ſowie der Schweden in Preußen vorher Kenntnis gehabt und dasſelbe wol gar

---

1) Das umfangreiche Schreiben vom Schloſſe zu Berlin iſt vom 15. Juli n. St. Der Gebhard erteilte Beſcheid des Markgrafen trägt das Datum des 15. Juli, der kaiſerliche Geſandte antwortete auf dieſen am 16. Juli n. St. Geh. St.-A. in Berlin. Geh. H. H. u. St-A. in Wien.

2) Pruckmann an den Kurfürſten Cöln, 17. Juli 27. G. St.-A. in Berlin.

3) C. A. L. Klaproth, Der K. Preuß. und Churf. Brandenburgiſche Wirklich Geheime Staats-Rath S. 173 ff. J. G. Droyſen, Geſchichte d. Preuß. Politik III, 1. (1. A.) S. 62. L. G. v. Winterfeld-Damerow, Geſchichte des Geſchlechts von Winterfeld. Zweiter Teil 1863. S. 298 ff.

befördert zu haben. In dem gegen ihn angestrengten Prozesse, mit welchem es dem Kurfürsten offenbar kein rechter Ernst war, ist kein Beweis für die Wahrheit dieser Anklagen zu Tage gefördert worden: trotzdem behielt man jedoch Winterfeld bis gegen den Ausgang des Jahres 1629 in Haft.

Wallensteins Zug gegen die dänische Besatzung in Oberschlesien.

Wallenstein brach Sonntags, am 23. Mai, nachdem er sich Tags zuvor von dem Kaiser in einer Audienz verabschiedet hatte, von Wien auf und eilte durch Mähren nach Prag. Schon seit Monaten hatte er seine Vorbereitungen für den schlesischen Feldzug getroffen. Die in Oberöstreich jetzt überflüssigen Regimenter waren durch Böhmen nach Schlesien herangezogen worden; die Festung Neisse hatte er besonders stark besetzen lassen. Man hörte, daß er dem Feinde in Schlesien mit 40 000 oder gar 50 000 M. zu Leibe gehen wollte. Im Brandenburgischen ließ er durch seinen lutherischen Obersten Arnim eine größtenteils aus Norddeutschen bestehende Armee errichten. Oberst Pechmann hatte Befehl, alle Pässe wol zu besetzen, damit der Feind nicht aus Schlesien durchgehen könne.

Die nächste Absicht Wallensteins ging dahin, den Feind vor seiner Vereinigung mit Bethlen Gabor in Oberschlesien zu vernichten.[1] Denn von der Bereitwilligkeit des Fürsten von Siebenbürgen zur Unterstützung des Königs war er damals im ganzen immer noch überzeugt. Er erteilte daher Collalto den Rat, die Rakoczys, welche sich erboten hatten, Bethlen bei seinem Aufbruche entgegen zu treten, durch ein Heer zu unterstützen und ließ sich mit noch ausführlicheren Weisungen gegen ihn vernehmen. Aus diesen geht hervor, daß er noch wenige Wochen vor dem Beginn des Kampfes in Schlesien das Erscheinen Bethlens auf dem Kriegsschauplatze nicht für ausgeschlossen hielt.

Prag verließ der General schon am 2. Juni.[2] Die äußere Ausstattung seines unmittelbaren Gefolges erregte Aufsehen. Achtzehn sechsspännige, mit roten Lederdecken versehene Rüstwagen, 12 Kaleschen zu vier Pferden, ein Leibwagen mit 6 Rossen und eine Senfte, so wie eine Anzahl Leibpferde und Munitionswagen wurden von Prag nach Gitschin

---

1) Wallenstein an Collalto Iglau 25. Mai 1627. Chlumecky 51.

2) Zeitungsnachricht.

vorausgeschickt. Er hoffte in kurzer Zeit mit dem Feinde fertig zu werden, indem er ihn von allen Seiten „con le arme e con le pratice attakierte".[1] Worin die geheimen Praktiken bestanden haben mögen, welche er gegen den Feind anwendete, ist schwer zu sagen. Man wird die Mittel nicht darunter rechnen können, welche geeignet waren, diesen dänischen Truppenteilen die Landesbevölkerung abwendig zu machen, denn schwerlich wird es hierzu geheimer Anschläge bedurft haben. Wahrscheinlicher ist, daß Wallenstein den Versuch unternommen haben mag, die dänischen höheren Offiziere davon zu überzeugen, auf einem wie wenig gesicherten Boden sie das schwankende Gebäude ihrer Hoffnungen errichtet hatten, und wie viel vorteilhafter es für sie selbst sein würde, wenn sie ihre Dienste nicht dem Könige von Dänemark, sondern dem Kaiser widmen würden. Findet sich doch in einer gedruckten Zeitung dieses Jahres die aus Augsburg stammende Nachricht, daß Wallenstein dem Obersten Karpzow 100 000 Gulden und den Pardon bei dem Kaiser angeboten habe, wenn er ihm sein Volk zuführen werde.

Während sich Wallenstein Schlesien näherte, zogen ligistische und kaiserliche Regimenter aus Franken und Schwaben und vom Rhein her der Elbe zu, um zu Tillys oder Wallensteins Truppen zu stoßen und fügten weiten Landstrichen Mitteldeutschlands unberechenbaren Schaden zu.

In den Tagen vom 13. bis zum 16. Juni sammelten sich die Regimenter um den ungeduldigen General in und um Neisse, und am 19. Juni setzten sie sich unter seiner persönlichen Führung gegen Leobschütz in Bewegung. Sein erstes Nachtlager nahm er in und um Neustadt. Schon am nächsten Tage rückte er vor Leobschütz und verschanzte sich in seiner unmittelbaren Nähe. Als jedoch die Feinde die Vorstädte durch Brand zerstörten, begann er die nur von 3 Komp. Fußvolk und zwei Bürgerfähnlein verteidigte Stadt zu beschießen (21. Juni), so daß er der Besatzung bald jegliche Hoffnung auf Rettung benahm. Mit einigen hundert Schüssen setzte der über die Verwegenheit der Verteidiger ergrimmte Feldherr an diesem Tage der Stadt zu, ließ endlich Leitern an die Mauern legen, und obwol noch keine hinreichende Bresche geschossen war, über Hals und Kopf Sturm laufen. Trotzdem verteidigten sich die Belagerten unter dem Oberbefehle des Oberstwachtmeisters Sangerhausen und der Führung zweier Kapitäne, Fingerling und Elko, bis in die Nacht hinein, wo ein ziemlich heftiger Regen die Leidenschaft der Kämpfenden

1) Tadra, Briefe Albrechts von Waldstein an Karl von Harrach (Fontes Rerum Austriacarum II. Diplomata et Acta XLI. Bd. 2. 487.) Kosel, den 7. Juni 1627. Das Datum ist jedenfalls unrichtig, vielleicht auch die Ortsangabe.

abkühlte. Am andern Tage zog es indessen die Besatzung doch vor, sich durch eine Kapitulation freien Abzug zu sichern. Sie lieferte die Fahnen und Oberwehren ab und versprach innerhalb der nächsten sechs Monate die Waffen nicht gegen den Kaiser zu führen und wurde darauf mit Stecken in der Hand, übrigens aber ungekränkt, entlassen. Ja jeder Fußsoldat und jeder Reiter durfte sogar von seinen Habseligkeiten mit sich nehmen, so viel er nur zu Roß oder zu Fuß fortbringen konnte. Allein nur die Offiziere und der kleinere Teil der Mannschaften blieben der Sache, für welche sie bisher gefochten hatten, treu, die Mehrzahl der letzteren hingegen verstärkte sofort die Reihen der bisherigen Feinde.[1] Die Stadt selbst mußte die Plünderung mit 12000 Thlrn. abkaufen; den Mitgliedern des Landadels, welche hinter ihren Mauern Schutz gesucht hatten, legte man eine Schatzung von 6000 Thlr. auf. Mit diesen Summen beschenkte Wallenstein sofort diejenigen Regimenter, welche an dem Sturmkampfe Teil genommen hatten. Nach der geringsten Schätzung verlor er übrigens vor Leobschütz nicht weniger als 300 M.; nach einem anderen Berichte betrug sein Verlust 500—600 Tote und gegen 400 Verwundete. Unter den Toten befanden sich drei Hauptleute und zwei Lieutenants.[2]

Nach einem Ruhetage (23. Juni) rückte die kaiserliche Armee vor Jägerndorf, welches von außen und innen stark verschanzt war, aber nur von zwei Fähnlein Knechten und 60 Dragonern verteidigt wurde. Auch Wallenstein ließ Schanzen aufführen, und näherte sich der Stadt bald so weit, daß man vom Lager aus mit Steinen hineinwerfen konnte. Trotz der geringen Anzahl der Verteidiger und trotz täglicher Kanonaden wurde der kaiserlichen Armee jedoch ziemlich eine Woche lang Widerstand geleistet. Und selbst nachdem bereits am 17./27. Juni Bresche geschossen war, verzögerte sich der Sturm, da man noch am 29. Juni nicht mit den Batterien fertig war. Der Mangel an Artillerie und an Belagerungsgeschützen insonderheit scheint hier wie überhaupt auf den ganzen schlesischen Feldzug der Kaiserlichen lähmend eingewirkt zu haben. Als aber am

1) Die Darstellung folgt hier einem Berichte des Kap. Andreas Matthias Kherauß an den Kurf. von Sachsen, Jägerndorf 7. Juli 1627 und einem Briefe des Dr. Joh. Pein, Breslau 2./12. Juli an denselben.

2) Eine handschr. Chronik bei Krebs, Acta publica Bd. VI. 279 gibt noch höhere Verlustziffern an, die wir aber für übertrieben halten. Er nennt ferner nach den Angaben von Minsbergs Geschichte von Leobschütz den Major „Vengerhäuser" als Verteidiger der Stadt. Unsere Quelle ist auch hier der Bericht des Dr. Pein an den Kurf. v. Sachsen und der Brief des Kapitäns Kherauß an ebendenselben. Nach dem Berichte des ersteren ist Franz Albrecht von Lauenburg nicht vor Leobschütz (Acta VI. 279), sondern vor Jägerndorf (Krebs, Ztschr. XIV. 31) verwundet worden.

2. Juli die Bresche erweitert war, suchten die Verteidiger der Erstürmung durch eine rechtzeitige Übergabe des Ortes zuvorzukommen. Und Wallenstein bewilligte denselben ähnliche Bedingungen wie sie die Besatzung von Leobschütz erhalten hatte. Den Reitern wurden die Pferde, ferner Sattelzeug und Pistolen nebst Sack und Pack belassen. Der Stadt wurde aber ein härteres Loos zugedacht. Wallenstein verurteilte sie dazu, als Ersatz für die Plünderung 40000 Thaler zu zahlen, und zwar sollte sie schon den Tag nach der Einnahme 25000 Thaler und die rückständige Summe innerhalb 14 Tagen aufbringen. Da die Bürgerschaft aber bereits mit dem ersten Zahlungstermine im Rückstande blieb, wurden 14 Personen gefänglich eingezogen und mit fortgeführt. Mitglieder des Adels waren mit Ausnahme einer Witwe nicht in Jägerndorf zurückgeblieben, die übrigen hatten sich rechtzeitig nach Kosel und Troppau geflüchtet. Die der Bürgerschaft auferlegten hohen Strafbeträge wurden von Wallenstein dies Mal ausschließlich den höheren Offizieren vom General abwärts bis auf den Oberstlieutenant überwiesen.

Vor Jägerndorf befanden sich in der unmittelbaren Umgebung des Feldherrn auch die Obersten Graf Schlick, Pechmann und Franz Albrecht von Lauenburg. Der letztere war bei einem Recognoscierungsritt, den er mit Wallenstein ausführte, durch einen Doppelhakenschuß am linken Arme verwundet worden, so daß er das Lager verlassen mußte, um in Schweidnitz Heilung zu suchen.

Zur Sicherung der gewonnenen Stadt ließ Wallenstein in Jägerndorf den Kapitain Kherauß mit einer Abteilung des Regimentes Dohna zurück und wendete sich, nachdem er der Armee noch zwei Ruhetage (3. 4. Juli) gegönnt hatte, gegen die wichtigste Stellung des Feindes, gegen Kosel. Wie schleppend mag der Ungeduld des Generals, dem seine lebhafte Phantasie nach den bisherigen Erfolgen das Endergebnis des ganzen Feldzuges vorzeitig vor die Seele zauberte, diese Art der Kriegführung erschienen sein! Denn seine Gedanken wendeten sich viel weniger den kleinen militärischen Vorfällen in Schlesien zu, dessen baldige Befreiung von dem Feinde ihm vom Beginn seines Vorgehens an ausgemacht schien, als vielmehr dem niedersächsischen Kreise, aus dem er den König von Dänemark möglichst rasch herauszudrängen hoffte. Zu diesem Behuf mahnte er Arnim, den aus Schlesien etwa durchgehenden und in die Mark einbrechenden Feinden mit aller Macht bis zu seiner eignen Ankunft Widerstand zu leisten; deshalb sagte er schon damals dem Markgrafen Sigismund von Brandenburg seine Unterstützung gegen den König zu, forderte ferner von der Stadt Frankfurt a. d. O. unter Drohungen die Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung und gab dem Herzoge Georg von

Braunschweig-Lüneburg den Befehl, demnächst über die Elbe zu setzen und ihm an der Havel die Hand zu bieten. Ja er ersuchte in derselben Zeit bereits den Herzog von Pommern um Proviant für seine einmarschierenden Truppen.[1] Dem Herzoge Georg Rudolf von Liegnitz aber befahl er an demselben 29. Juni, wo die eben angeführten Anordnungen getroffen wurden, da sich der Feind nach Niedersachsen zurückziehen und mit dem Könige verbinden wolle, alle Brücken jenseit der Oder abzubrechen und sofort in Parchwitz Proviant zusammenbringen zu lassen.

Am 5. Juli lagerte die kaiserliche Armee bei der Commende Gröbnig und langte den nächsten Tag in der Umgebung von Kosel „bei dem Teiche" an. Schon den nächsten Tag (7. J.) gelang es Wallenstein, den größten Teil der Armee über einen Morast in die unmittelbare Nähe der Stadt zu bringen, wobei Torquato Conti die feindliche Kavallerie zurückwarf. Mit dem übrigen Teile der Armee bemächtigte sich der General am 8. J. des vom Feinde tapfer verteidigten Mühlgrabens. Das Regiment Preiner kämpfte hier an erster Stelle. Mehr als 20 Kompagnien feindlicher Reiter wurden an dem wallensteinischen Fußvolke vorübergejagt, „wie man die Hirsche am Jäger vorüberjagt," und erlitten empfindliche Verluste. Die feindliche Armee mußte den Wallensteinern die Schanze überlassen, welche von den letzteren noch während der Nacht ausgebessert und mehr befestigt wurde.

Man war nun der Stadt so nahe gekommen, daß Wallenstein Zettel an Steine binden und diese hineinwerfen ließ, auf welchen er allen Feinden, welche die Stadt verlassen wollten, freien Abzug anbot. Glaubte er doch schon damals, daß Neigung bei dem Feinde vorhanden sei, sich nach Norden zurückzuziehen, um die Vereinigung mit dem Könige zu suchen.

Und wirklich hatte sich unter den Eindrücken der letzten Tage in der Stimmung und dem militärischen Urteil der leitenden Offiziere der feindlichen Armee ein sehr folgenreicher Umschwung vollzogen. Während man früher die Reiterei für durchaus unentbehrlich zur Behauptung der Festung gehalten hatte, kam man jetzt zu der bittern Erkenntnis, daß sie hier keine nützlichen Dienste zu leisten vermöge, ja daß man nicht einmal imstande sei, sie während einer Belagerung zu unterhalten. Und da nun überdies immer noch alle Nachrichten, welche bei den Befehlshabern einliefen, von der baldigen Ankunft Bethlens berichteten, so wurde in einer Beratung der Oberbefehlshaber ein für die ganze dänische Armee in Schlesien, ja für den König selbst sehr verhängnisvoller Beschluß gefaßt.

1) Vgl. Wallensteins Briefe vom 27.—29. Juni aus dem Feldlager vor Jägerndorf bei Förster, 1. S. 85—94.

Die Beisitzer dieses Kriegsrats wurden der einstimmigen Meinung, daß es am besten sei, mit der Reiterei den erwarteten Hilfsmannschaften Bethlens entgegen zu ziehen, um durch die letzteren zugleich die in Kosel eingeschlossene Armee mit Pulver versorgen zu lassen. Nach der glücklichen Vereinigung mit Bethlen wollte man die verloren gegangenen Punkte zurückerobern und die eingeschlossenen Städte und Festungen, wie z. B. Kosel, entsetzen. Über die Zurückbleibenden sollte Oberst Karpzov den Oberbefehl führen. Als Besatzung der Festung wurde die Artillerie unter dem unmittelbaren Befehle des Kommandanten und die Infanterieregimenter der Oberstlieutenants v. Schlammersdorf, Riese und v. Putlitz nebst 6 Komp. z. R. (1 Reg.?) und den Dragonern des Oberstlieutenants Ercke zurückgelassen.

Und hierauf zog der dänische Generalbevollmächtigte Joachim v. Mitzlaf mit dem größten Teile der Reiterei in der Nacht vom 8. zum 9. Juli aus der Festung, um sich zunächst nach Schwarzwasser zu wenden. Der Kapitän Kherauß vom Regiment Dohna schätzte die Anzahl der Abgezogenen auf 4000 M. Die eigentliche Führung war den Obersten Bubna und Baudissin übertragen. Das Regiment des letzteren bestand ebenso wie die der Obersten Kaldenhof und Holk aus je 10 Komp.; während Oberst Daniel nur fünf führte. Dazu kamen dann noch einige Kompagnien des Oberstlieutenants Kochtitzky, der damals seinem väterlichen Schlosse für immer den Rücken kehrte. Der Abzug eines so beträchtlichen Teiles der Armee unter den Augen des Feindes mußte natürlich auf die Zurückbleibenden einen sehr schlimmen Eindruck hervorrufen: das Fußvolk plünderte das Gepäck der abziehenden Reiterei.[1]

An dem auf den Abzug folgenden Tage schob Wallenstein die Hälfte seiner Armee mit der Artillerie unter dem Oberbefehle des Grafen Schlick nach der rechten Seite der Stadt vor und sperrte derselben dadurch alle Ausgänge mit Ausnahme der Oderbrücke.[2] Dabei kam es zu einem

1) In seinen Briefen an Arnim und an den Markgrafen Sigismund aus Kosel d. 11. Juli teilt Wallenstein mit, daß die feindliche Cavallerie „vorgestern ausgerissen ist“ (Förster, A. von Wallenstein Briefe 1 S. 96. 98); doch drückt er sich in dem letzteren Schreiben nicht ganz genau aus. Der ungedruckte Brief des Oberstlieutenants Kherauß aus Kosel vom 13. Juli an den Kurf. von Sachsen ist für die Zeitbestimmung entscheidend. Die näheren Angaben sind den Tagebuchsaufzeichnungen des Grafen Johann Georg von Mansfeld entnommen, der sich damals selbst zu Kosel befand. Sie stehen hier unter dem 28. Juni a. St. St.-A. zu Magdeburg.

2) Nach einer Relation wegen der fürgegangenen Treffen in Schlesien, die sich im K. H. St.-A. zu Dresden befindet. Sie ist bis auf den Schreibfehler

ziemlich heftigen dreistündigen Gefecht, an dem auch die Artillerie Teil nahm. Da jedoch Wallenstein den ganzen Feldzug mit außerordentlicher Eile betrieb, scheint er über den nutzlosen Widerstand Karpzovs um so mehr in Unmut geraten zu sein, als ihm die feindliche Reiterei entgangen war, und er sendete daher am 10. Juli den Oberstlieutenant Leo Gropello de Medicis in die Stadt, um einige Frauen herauszuholen und dem Kommandanten zugleich anzuzeigen, daß er bei längerem Widerstand auf kein gütliches Abkommen werde zu rechnen haben. Darauf ließ Karpzov durch einen Trommelschläger einen Vertrag anbieten und kam endlich, während Gropello in der Stadt verblieb, selbst in das kaiserliche Lager, um die Bedingungen der Übergabe persönlich mit Wallenstein festzustellen. Er versprach wie auch die übrigen oberen Offiziere und überhaupt alle nicht in die kaiserliche Armee übertretenden Soldaten jedes Ranges innerhalb sechs Monaten nicht wider den Kaiser zu dienen und erhielt darauf gegen die Übergabe der Fahnen und Cornete nebst den Obergewehren freien Abzug zum Könige. Sechs Cornet und sechzehn Fahnen des Fußvolks nahm Wallenstein als Siegestrophäen in Empfang. Etwa 12 Tage darauf wurden die Überreste der Besatzung, — denn ein Teil derselben nahm sofort nach der Übergabe bei den Kaiserlichen Dienste, in einer Stärke von 16 K. z. F., 6 K. z. R. und 3 K. Dragonern von dem Oberstlieutenant Johann Wangler mit 7 Komp. vom tieffenbachischen Fußvolk und 2 Komp. pernsteinischer Reiter durch das Fürstentum Breslau nach Liegnitz und von da nach der Mark abgeführt. Nach dem Berichte des Kapitäns Kherauß hatte Wallenstein vor Kosel nicht 30 M. eingebüßt. Zum Gelingen der ganzen Unternehmung soll der Stadtschreiber von Kosel, welcher zu Wallenstein übergegangen war, durch seine ortskundige Führung nicht wenig beigetragen haben, wofür ihm auch eine ansehnliche Belohnung zuteil wurde.

Schon am zweiten Tage nach dem Abzuge der Reiterei wurde also von den zurückgebliebenen Offizieren der Besatzung die Absicht, die Festung bis zur Ankunft Bethlens zu halten, aufgegeben.

Bereits vor der Einnahme von Kosel durch die Hauptarmee waren auch Freudenthal und Eulenberg durch kleinere Abteilungen besetzt worden. Nach Freudenthal hatte Wallenstein Pechmann mit nur 150 Dragonern und 2 Komp. Reitern entsendet. Die Besatzung des Ortes ergab sich

---

Gropeti in das Theatrum Europäum I. 990 wenn auch nicht ganz wörtlich übergegangen. Dem Theatrum Europäum schreibt Khevenhiller X. 1634 nach, bei welchem sich der Name Grappeti findet. Aus dem letzteren hat offenbar Weltzel, in der Geschichte der Stadt Kosel S. 185 seine Nachrichten über den Vorfall geschöpft.

am 5. Juli ohne auch nur einen Schuß zu thun und ging mit den Offizieren zu den Kaiſerlichen über. Eulenberg, welches Lorenzo del Maeſtro beſchießen mußte, hielt ſich ebenfalls nur bis zum 5. Juli. Derſelbe kaiſerliche Oberſt lag am 7. Juli bereits vor Sternberg und nahm die Stadt darauf durch Sturm. Dabei ging dieſelbe durch eine Feuersbrunſt, die angelegt war, faſt gänzlich zu Grunde. Das Schloß übergab der junge Graf Thurn nach kurzer Beſchießung vertragsweiſe. In demſelben ſollen ſich über 1000 Frauen und Kinder befunden haben.[1] So war alſo die Verbindung mit Mähren wider eröffnet. Am 11. Juli bemächtigte ſich Lorenzo del Maeſtro Weißkirchens in Mähren. In dieſen Tagen gelangten auch die kleineren Orte Leipnik, Wiegſtadel, Wagſtadt, Odrau, Fulnek und Pleß alle wider in die Hände der Kaiſerlichen. Nur Grätz wurde von dem mähriſchen Hauptmanne Holub auf das hartnäckigſte verteidigt, ſo daß Wallenſtein 600 M. Fußvolk, ferner eine Abteilung Dragoner der Regimenter Pechmann und Hebron und auch drei Stück Geſchütz gegen dasſelbe aufbieten mußte, welche ſich des Schloſſes am 17. Juli mit Gewalt bemächtigten. Der tapfere mähriſche Hauptmann büßte als öſtreichiſcher Unterthan ſeine Verwegenheit mit einem ſchimpflichen Tode.[2]

Einen ebenſo hartnäckigen, aber für ihn ſelbſt glücklicheren Widerſtand wie der mähriſche Hauptmann in Grätz leiſtete der Holſteiner Marquard Ranzau in Troppau, Oberſtlieutenant des Regiments Rieſe, welches als das ſtärkſte nach Oſtern aus Jägerndorf wider nach Troppau verlegt worden war, ſo daß von ſeinen 10 Komp. nur eine in Jägerndorf zurückblieb.[3] Die erſte Aufgabe, welcher ſich Ranzau in Troppau mit größter Energie widmete, beſtand in der Vollendung der Feſtungswerke, deren Weiterführung während des Winters in Stocken geraten war. Beſonders war er bemüht, auf dem Berge vor der Stadt zuſammenhängende Verſchanzungen aufzuwerfen, welche im Verlauf von 16 Tagen vollendet wurden. Als ihm Mitzlaf und die oberen Offiziere den Oberbefehl in der befeſtigten Stadt übertrugen, wollte er ihn anfangs nicht auf ſich nehmen und ſtellte ein Verzeichnis der Verteidigungsmittel auf, die er für den Fall einer Belagerung für unerläßlich hielt. Doch ließ er auf die Erwiderung der Offiziere, daß das Zeughaus des Königs,

1) Zeitungsnachricht.

2) K. H. St.-A. in Dresden.

3) Wir folgen hier hauptſächlich der im K. Geheimen Archiv zu Kopenhagen befindlichen „Relation von dem Zuſtandt der Städte Troppa und Jägerndorff in Ober-Schleſien, und was alda passiret", die von Marquard Ranzau ſelbſt verfaßt iſt.

aus dem man ihn befriedigen könne, nicht am Orte sei, und daß man sich mit dem Vorhandenen begnügen müsse, seine Einwendungen unter einigen Verwahrungen fallen. Im Betreff des Pulvers verwies man ihn auf die von Karpzov errichtete Pulvermühle, aus der er wöchentlich 14 Centner beziehen sollte, während sie, nachdem sie überhaupt in den Gang gekommen war, in derselben Zeit nur 4½—5 Centner lieferte.

Die militärische Besatzung der Stadt, welche unter Ranzaus Befehl stand, bestand aus 13 Fahnen Fußvolk und 3 Komp. Reiter und war also unzulänglich. Die Hälfte aller Kompagnien mußte täglich die Wachen beziehen; die Bürger und der in die Stadt geflüchtete Adel leistete den Soldaten nur sehr geringen oder gar keinen Beistand.

Von den Zuständen in der Stadt hatte man natürlich auch im Hauptquartiere des Feindes Kenntnis: als Wallenstein am 12. Juli von Kosel aufbrach, wußte er, daß bereits Zwistigkeiten zwischen der Bürgerschaft und der Besatzung ausgebrochen waren.[1] In Bauerwitz und Katscher schlug die kaiserliche Armee ihr erstes Nachtlager auf und verweilte hier auch noch den folgenden Tag (13. Juli). Doch ließ Wallenstein die Stadt bereits an diesem Tage anblasen.

Schon am 14. Juli früh zwischen 8 und 9 Uhr erschienen die Heersäulen der Kaiserlichen in den unmittelbaren Umgebungen der Stadt, und Wallenstein ließ den Kommandanten zur Übergabe auffordern. Ranzau lehnte die Aufforderung, mit welcher ihm jedenfalls auch ein ausführlicher Bericht über den Fall Kosels zugegangen war, mit ritterlichem Stolze ab. Weil er vernehme, daß Wallenstein rechtschaffene Soldaten liebe, wolle er mit den Seinen es auch so machen, daß sie sein Lob erhalten könnten, ließ er ihm melden. Schon am 15. Juli war die Stadt von allen Seiten eingeschlossen. Wallenstein schlug sein Hauptquartier mit drei Regimentern, seinem eignen, dem altsächsischen und dem nassauischen, im Westen bei der Wasserkunst auf, während sich die Regimenter Preiner und Schlick im Norden, das neusächsische, das pallantische und merodische Volk aber im Süden festsetzten. Ferner bemächtigten sich die Kaiserlichen eines Hohlwegs nach dem Grätzer Thore zu und errichteten während der Nacht gegenüber der großen Schanze eine Batterie, aus der man schon am andern Morgen Feuerkugeln warf, die aber nur geringen Schaden anrichteten. Bereits am ersten Abend der Belagerung hatten die Kaiserlichen auch das Wasser zur Mühle abgraben lassen und diese damit zum Stillstand gebracht.

---

1) Vgl. Chlumecky S 51. Dazu eine ausführliche Relation im K. H. St.-A. in Dresden, aus der hervorgeht, daß der Aufbruch bereits am 12. Juli erfolgte.

Trotz der Überlegenheit der Feinde ließ Ranzau von der ersten Nacht der Belagerung an die Besatzung häufige Ausfälle machen und beschoß das kaiserliche Lager mit schwerem Geschütz. Selbst Wallensteins Zelt wurde einst von einer fünfunddreißigpfündigen Kugel durchlöchert. Vor und hinter sich hörte der General beim Ausreiten die Kugeln niederfallen.

Am dritten Tage der Belagerung (16. Juli) richtete die feindliche Artillerie ihr Feuer besonders nach der Brustwehr der großen Schanze vor dem Thore und nach einem Thurme in der Stadt, von welchem aus einer kaiserlichen Batterie durch Geschützfeuer beträchtlicher Schade zugefügt wurde. Dieser Thurm wurde durchlöchert und der Konstabel getötet, so daß das Geschütz auf einen andern Thurm gebracht werden mußte. Zwei Tage darauf wurde von den Kaiserlichen eine neue Batterie gegen die Mühlpforte und außerdem zwei andere in den Flankierungen der Schanze auf dem Berge errichtet. Gegen diese neuen Werke machten die Belagerten sofort einen nächtlichen Ausfall mit 350 M., der aber erfolglos blieb, weil der Feind die Ausfallenden erwartete. —

Um diese Zeit mag Mitzlaf mit seiner flüchtigen Reiterei Troppau so nahe gekommen sein, daß Wallenstein hoffen konnte, ihn in Eilmärschen zu erreichen und sein Heer vor der noch immer befürchteten Vereinigung mit den Scharen Bethlen Gabors zur Übergabe oder zum Schlagen zu bringen. In dieser Absicht erhob sich der General am 19. Juli früh mit dem größten Teile der Reiterei und stürmte den Flüchtigen drei Tage lang nach, ohne jedoch ihrer habhaft zu werden und sie einzuholen.[1] Wallenstein verfolgte seine Feinde nach Teschen zu und trug schon durch die Kunde von seinem Anmarsch dazu bei, unter den flüchtigen Reitergeschwadern große Verwirrung anzurichten.

Während der Abwesenheit Wallensteins von dem Einschließungsheere vor Troppau wurde natürlich die Belagerung mit keinem besseren Erfolge fortgesetzt. Doch eröffneten die Belagerer einen Laufgraben zur Schanze über der Lehmgrube und begannen auch am Schlosse hinter dem Wassergraben Verschanzungen zu errichten. Gegen diesen Versuch, sich hier festzusetzen, war der Ausfall der Belagerten vom 21. Juli gerichtet, der mit 400 M. unternommen wurde und große Bewegung im Lager veranlaßte. Doch wurden die Dänen durch eine sehr hartnäckige Verteidigung zur Umkehr genötigt. Damals müssen die Belagerten ihre Verhältnisse bereits als ziemlich mißliche angesehen haben, da sie an demselben Tage

1) Den Tag des Aufbruchs entnehmen wir der erwähnten Relation. Chlumecky 52.

auch noch Palliſaden innerhalb der großen Schanze errichteten. Doch näherten ſie ſich bei einem neuen Ausfalle am nächſten Tage (22. Juli) dem feindlichen Hauptquartiere widerum bis auf Schußweite, wurden aber durch Artilleriefeuer von der Lehmgrube herab, bis an welche jetzt die Approchen reichten, zum Rückzuge genötigt. Für dieſen Ausfall übten die Belagerer durch ein verſtärktes Artilleriefeuer am Abend Vergeltung: aus vier Mörſern wurden mehr als 60 Feuerkugeln und Granaten in die Stadt geworfen, von denen zwei am Niederringe acht Häuſer und außerdem noch die Wenzelskirche in Brand ſetzten. Nachdem man ferner an dieſem Tage (22. Juli) bereits die Wälle und Schanzen mit Musketen beſchoſſen hatte, wurden in der Nacht auch die Batterien in der Nähe der Mühlpforte armiert. Trotzdem beunruhigten die Belagerten auch an dieſem Abend den Feind von neuem. Am 23. Juli richteten die Belagerer ihr Feuer beſonders gegen das Grätzer Thor und den Pulverthurm.

Noch an demſelben Abend, wahrſcheinlich unmittelbar nach Wallenſteins Widereintreffen im Lager, wurde indeſſen der Stadtkommandant durch die Belagerer um eine Unterredung erſucht, die er für den folgenden Tag (24. J.) auch bewilligte. Zur beſtimmten Friſt begaben ſich der Major Johann Throſt v. Tieffenthal und der Kapitain Henning Luttermann in das kaiſerliche Lager, während von hier zwei Oberſtlieutenants Stammer und Praſingh als Geiſeln nach Troppau entſendet wurden.

Wallenſtein drang den däniſchen Abgeordneten gegenüber energiſch auf die ſchleunige Übergabe der Stadt, die ſich, wie er den Dänen jedenfalls mitteilte, keines Entſatzes mehr getröſten durfte. Die letzteren bezeichneten indeſſen den Zeitpunkt als noch zu früh, da ſie der Verſicherung des feindlichen Generals, daß die Reiterei gänzlich geſchlagen wäre, keinen Glauben ſchenkten. Ja ſie erreichten durch ihre Verhandlungen ſo viel, daß Wallenſtein den Belagerten ſogar geſtattete, einen Offizier unter kaiſerlichem Geleite auf vier oder fünf Tage aus der Stadt zu ſenden, welcher wo möglich Mitzlaf und die übrigen Oberſten aufſuchen und ihnen von dem Stande der Belagerung Mitteilung machen ſollte. Ein Waffenſtillſtand wurde aber auf dieſe Zeit nicht geſchloſſen, ſondern es blieb jeder Partei geſtattet, „nach Möglichkeit ihr Beſtes zuthun,“ und Wallenſtein bedrohte ſogar Ranzau und alle ſeine Soldaten mit dem Henker, falls er ihn in die Lage bringen würde, die Stadt mit Sturm einzunehmen.

Tags darauf (25. Juli) erhielt die Belagerungsarmee eine nicht unbeträchtliche Verſtärkung durch die mähriſchen Truppen unter dem Oberbefehle des Don Marradas (die Regimenter Lorenzo del Maeſtro und Coloredo), und durch das ſchleſiſche Regiment des Burggrafen v. Dohna.

Und nachdem nun die Kaiſerlichen alle ihre Batterien wirklich armiert hatten, verſtärkten ſie in den folgenden Tagen (25.—28. J.) das Feuer beſonders auf den Grätzer Thurm. Allein die Belagerten wagten demungeachtet noch einen Ausfall und traten einem Angriffe auf die große Schanze in der Nacht vom 27.—28. J. mit einem ſo wirkſamen Granatfeuer entgegen, daß die Kaiſerlichen unter beträchtlichen Verluſten zurückgehen mußten.

Nun war aber am 28. oder 29. J. früh auch der auf Kundſchaft ausgeſendete Offizier unverrichteter Sache in das Lager vor der Stadt zurückgekehrt, nachdem er über 20 Meilen weit geritten war, ohne daß ihm jemand Nachricht von ſeinen flüchtigen Kampfgenoſſen hätte geben können. Und darauf ließ Wallenſtein am 29. J. vom Morgen an mehrere Stunden lang aus allen Batterien auf die große Schanze Feuer geben, im Ganzen gegen 360 Schüſſe, welche eine Breſche eröffneten und alle „Flanken und Punten“ der Schanze zerſtörten. Trotzdem begann man in der Stadt ſogar noch gegen zwei Minen des Feindes eine Gegenmine zu legen und abermals Palliſaden in der Schanze aufzupflanzen. Allein der Mut war weder bei den Offizieren noch bei der Beſatzung ein ſehr heroiſcher mehr, was leicht erklärlich war. Denn Ranzau ließ endlich ſein letztes Faß Pulver, zwei Centner enthaltend, aufſchlagen und einen Teil desſelben ausgeben.

Da machte Wallenſtein früh gegen 9 Uhr dem Kommandanten Mitteilung von der Ankunft des ausgeſendeten Offiziers und erteilte Ranzau noch einmal 6 Stunden Bedenkzeit für die erwartete Übergabe. Er verlangte unter erneuten ſtarken Bedrohungen, daß Ranzau dieſelben Bedingungen eingehen ſollte, welchen ſich die Beſatzung von Koſel gefügt hatte. Falls er aber die Friſt, ohne ſich zu ergeben, werde verſtreichen laſſen, ſollte die Stadt mit Sturm und Feuer angegriffen und durch ſeine Minen vollſtändig zerſtört werden. Wallenſtein bedrohte ferner die Beſatzung vom Offizier bis zum Trommelſchläger herab mit dem Tode durch Henkershand und wollte die Stadt plündern und alles niedermachen laſſen. Und die Vorbereitungen zum Sturm wurden wirklich getroffen.

Zuletzt erhoben die Offiziere der belagerten Stadt noch den Einwurf, daß ſie den der Beſatzung von Koſel bewilligten Vertrag noch nicht geſehen hätten, und Wallenſtein ließ ihnen denſelben infolge deſſen durch den Oberſtlieutenant Kherauß und einen vor wenigen Tagen ausgewechſelten Offizier Kluppel (Knuppel) in der Stadt überreichen. In der hierauf in der Stadt angeſtellten Beratung nahmen die däniſchen Offiziere beſonders an der verlangten Auslieferung der Fahnen und Feldzeichen Anſtoß, und man ließ noch einmal durch einen Major um beſſere Bedingungen anhalten.

Als Wallenstein diesem jedoch bemerklich machte, daß er ausdrücklichen Befehl vom Kaiser habe, keine Fahnen aus den Erblanden, die man zu einer neuen Rebellion angestiftet habe, passieren zu lassen, und daß die Belagerten innerhalb 10 bis 14 Tagen keinen Entsatz zu erwarten hätten, fügte man sich endlich in das Unabwendbare.[1]

Zu seiner Rechtfertigung hob Ranzau später dem Könige gegenüber noch hervor, daß die städtische Bevölkerung infolge brieflicher Aufreizungen der Feinde bereits ziemlich unzuverlässig gewesen sei, und daß man sich bei längerem Widerstande einer Meuterei der Soldaten habe befahren müssen, was uns keineswegs unglaubhaft dünkt.

Schon am andern Morgen (30. Juli) durfte Ranzau mit seinen Truppen abziehen. Mit Sack und Pack und fliegenden Fahnen und Oberwehren rückten die Mannschaften aus und wurden von wallensteinischen Kürassieren etwa eine Viertelmeile weit außerhalb der Stadt geleitet, wo sie erst die Fahnen und die Oberwehren abzuliefern hatten. Es waren noch 10 Fahnen Fußvolk und ein Kornet Arkebusiere. Auch einen kleinen Mörser und ein kleines Feldstück durften die Abziehenden mit sich führen, worin wir eine besondere Anerkennung der Tapferkeit der Artillerie von seiten des siegreichen Feldherrn erblicken. Dagegen sollen die Dänen den Kaiserlichen 21 Stück Geschütz als sehr erwünschte Beute zurückgelassen haben.

Die Stadt selbst sollte jedoch die Aufnahme der dänischen Besatzung sehr schwer büßen. Wallenstein forderte als Strafe und als seine Entschädigung für die Plünderung die hohe, innerhalb 24 Stunden aufzubringende Summe von 100 000 Thlrn. und ließ zu seiner Versicherung die angesehensten und reichsten Bürger gleich auf das Rathaus bringen. Da sich die so schleunige Zahlung trotzdem als eine Sache der Unmöglichkeit herausstellte, mußte man auch hier, wie anderwärts, dem Sieger goldene und silberne Ketten, Ringe, Armbänder und andere Kleinodien jeder Art ausliefern, welche schleunigst nach Gitschin in die Münze gebracht wurden. Geplündert sollen die Wallensteiner in Troppau nicht haben, aber man „visitierte" die Bürger so stark, daß wenig übrig blieb. Die Stadt war übrigens nicht imstande, die ihr zugedachte Summe zusammenzubringen, so daß sie Wallenstein auf 60 000 Thaler herabsetzen mußte. Aber auch hiervon vermochte man nur 22 000 Thlr. herauszupressen.[2] Die

1) Der Tag der Übergabe Troppaus ist der 19./29. Juli. Tadra, S. 491. K. H. St.-A. in Dresden. Vgl. auch Krebs, Acta publica VI. S 279.

2) Später erhielt der Oberst v. Dohna von Wallenstein den Auftrag, den Rest durch militärische Exekution einzuziehen, und da auch dies nicht möglich war, machte Wallenstein endlich den Jesuiten mit den noch rückständigen Summen ein Geschenk. Biermann, Geschichte von Troppau und Jägerndorf S. 529.

Vertreter der Landschaft, welche man in Troppau ertappte, mußten sich mit 50 000 Thalern auslösen und dem Obersten Torquato Conti außerdem eine Verschreibung über 6000 Thaler Tafelgelder ausstellen.

Nach der Übergabe der Stadt wurde Ranzau Mitteilung von einer im Entstehen begriffenen Meuterei seiner Mannschaften gemacht, welche dem Feinde die Stadt samt den Offizieren hatten ausliefern wollen, falls die Übergabe nur noch drei Tage verzögert worden wäre. Von der gänzlichen Unzuverlässigkeit, welche auch unter den Offizieren herrschte, mußte sich derselbe nach dem Auszuge persönlich überzeugen, als auch Offiziere „bei noch wehenden Fähnlein" zum Feinde übertraten. Den übrig bleibenden Teilen der Besatzung aber wußten die Führer der Begleitungsmannschaft durch Anweisung schlechter Quartiere, unzulängliche Verpflegung und langsame Märsche den Übertritt oder die Flucht in hohem Grade annehmlich zu machen und zu erleichtern, so daß wol nur sehr geringe Reste der ehemaligen Verteidiger von Troppau zum Könige gelangt sind. In Warnemünde erlangten die Übriggebliebenen Gelegenheit, sich zu den königlichen Truppen übersetzen zu lassen: Ranzau aber wurde nach Verlauf eines halben Jahres von Christian IV. der ehrenvolle Auftrag erteilt, den Oberbefehl in Glückstadt zu übernehmen.

Die Flucht des Kommissarius Joachim v. Mitzlaf aus Oberschlesien nach der Mark und seine Niederlage.

Nach seinem Aufbruche aus Kosel mußte Mitzlaf alles aufbieten, um sich durchzuschlagen und dem Könige das Volk zu retten. Da er noch immer den Einmarsch in Ungarn für das Gerathenste hielt, zog er die beiden Kompagnien des Oberstlieutenants Schlammersdorf aus Pleß an sich und gebot auch den Besatzungen von Teschen und Oderberg, vier Kompagnien des Oberstlieutenants v. Rohr, sich marschfertig zu halten. Mitzlaf ging darauf persönlich nach Teschen, erhielt hier einiges Geld von den Ständen und ließ von da aus Bethlen Gabor durch einen Böhmen, der sich in einen Ungarn verkleidet hatte, seine bevorstehende Ankunft melden.

Allein ein Teil der Truppen war nicht geneigt, ihm ohne Bezahlung weiter zu folgen, und so kam es hier in Teschen zu einem Aufstande, an dem der Oberstlieutenant v. Rohr selbst nicht unbeteiligt war. Kurz vor dem Ausmarsche legte die Herzogin von Teschen bei dem dänischen Bevollmächtigten eine Fürbitte für den genannten Oberstlieutenant und den gefangenen Grafen Johann Georg von Mansfeld bei Mitzlaf ein

und ersuchte ihn, beide Offiziere nebst den Mannschaften des ersteren zurückzulassen. Auch die Gattin des dänischen Oberstlieutenants unterstützte mit Thränen diese Bitte, welche Mitzlaf natürlich zurückwies. Darauf begann der Abzug der Reiterei, der Rohr mit seinen vier Komp. und einigen Dragonern nachfolgen sollte. Allein der Oberstlieutenant erschien nicht bei den Truppen, sondern schloß sich in seinem Quartier auf dem Schlosse ein, während seine Mannschaften unter Tumult auf dem Markte zusammentraten, die Offiziere fortjagten und ihre Löhnung forderten. Rohr versprach endlich, die Meuternden herauszuführen, schloß aber unerwarteter Weise doch das Thor wider, und Mitzlaf konnte ihn nur mit großer Mühe zur Widereröffnung desselben bewegen. Darauf begab sich Mitzlaf in die Stadt, sprach den Mannschaften freundlich zu und verpflichtete sich, ihnen am nächsten Tage eine Löhnung und binnen acht Tagen einen Monat Sold reichen zu lassen. Aber auch diese Versprechungen fruchteten nichts mehr; nur mit größter Anstrengung und durch augenblickliche Geldzahlungen vermochte der dänische Bevollmächtigte überhaupt sein Leben in Sicherheit zu bringen. Die meuterischen Kompagnien setzten ihren Willen durch und blieben in Teschen zurück, während ihr Oberstlieutenant genötigt wurde, den Fliehenden zu folgen. Auch der Graf von Mansfeld und die übrigen Gefangenen wurden mit fortgeführt.

Mitzlaf wollte über Jablunka nach der Zips gehen, wo er wenigstens der Vorhut Bethlens zu begegnen hoffte. Und sollte der Fürst auch diesmal nicht erscheinen und der Feind ihm nachfolgen, so hoffte er durch den Paß Orava (Arwa) nach Polen übertreten zu können. Allein als er wirklich in der Nähe des Jablunkapasses ankam, fand er „das Loch verrennt", denn Wallenstein hatte ihn rechtzeitig durch Verhaue unzugänglich machen und besetzen lassen.

In den Quartieren an der Jablunka erhob sich jedoch die dänische Reiterei von Neuem; nur der Oberst Baudissin konnte sein Regiment in Ordnung halten, ließ aber der Sicherheit halber doch alle Standarten in sein Quartier bringen und dieses selbst durch zwei Kompagnien bewachen. Dagegen rückte das Regiment Holk nebst Mannschaften der übrigen dem dänischen Bevollmächtigten vor das Quartier und raubte unter Anwendung von Feuerwaffen nicht nur Mitzlafs Pferde und Gewehre, sondern verteilte auch den noch vorhandenen Rest der Kriegskasse, angeblich etwa 700 Reichsthaler. Als Mitzlaf diesem Angriffe noch mit heiler Haut entkam, wollten sich die Meuterer geradezu unter den Befehl der gefangenen kaiserlichen Offiziere, des Obersten Mörder, des Grafen von Mansfeld und Heinrichs v. Dohna, stellen. Nach Mitzlafs Bericht war es auf seinen Tod und die

Gefangennehmung der übrigen Offiziere abgesehen gewesen, worauf die Rädelsführer die ganze Reiterei zu den Feinden überführen wollten. Allein Mitzlaf rettete sich in die Wohnung des Obersten Baudissin; und darauf gelang es diesem sowie dem Obersten Kaldenhof und dem Oberstlieutenant Daniel, ihre Mannschaften im Gehorsam zu erhalten, so daß sie sich sogar erboten, falls das Regiment Holk in seiner Unbotmäßigkeit verharren würde, die Feindseligkeiten gegen dasselbe zu eröffnen. Aber auch diese gehorsamen Regimenter stellten eine Bedingung: sie wollten nicht nach Ungarn, das ihnen aus dem Winterfeldzuge her bekannt war, sondern geradeswegs durch Polen zum Könige geführt werden. Und so mußten denn die Offiziere dahin gehen, „wohin die Reiter wollten". Auch das Regiment Holk, dessen Oberst sich tief beschämt fühlte, fügte sich jetzt. In Eilmärschen zog man nun gerades Wegs über Skotschau im Fürstentum Teschen nach Pleß und Beuthen gegen Norden.[1]

Wie weit Wallenstein den Flüchtigen persönlich nachgeeilt ist, wagen wir nicht zu entscheiden, sicher aber ist, daß seine Truppen bald nach dem Abmarsche der Dänen Teschen, Jablunka und Pleß durch Vertrag wider in ihre Hände brachten. Bei seiner Rückkehr zu dem Belagerungsheere trennte er sich von seiner Reiterei und überließ dieser unter der Führung der Obersten Pechmann und Merode in guter Zuversicht die Aufgabe, die Feinde unschädlich zu machen.

Schon einige Tage vor seinem Einzuge in Troppau erwartete Wallenstein stündlich die Nachricht, daß der zur Verfolgung der dänischen Reiterei entsendete Pechmann die Feinde in der Nähe der brandenburgischen Grenze getrennt habe. Er war des Sieges seines Reiteroberſten so sicher, daß er an Collalto schrieb: „Trifft man sie an, so sind sie verloren wie Judas' Seel".

Von diesem Glauben, daß ein Zusammentreffen mit dem Feinde ihren Untergang herbeiführen werde, waren aber auch die Dänen erfüllt, denn in den stärksten Eilmärschen setzten sie ihren Rückzug über Beuthen und Tarnowitz auf Schierokau und Rosenberg fort. Hier an der polnischen Grenze stießen sie auf den über Rosenberg und Uschütz nach Polen marschierenden Herzog Adolf von Holstein, steckten seine Quartiere[2] (Dziechowice und Dupine) in Brand und machten einen großen Teil seines Volkes nieder. Mit einer andern Abteilung seiner flüchtigen Reiter bemächtigte sich Baudissin unmittelbar darauf (23. Juli) durch List

1) Schreiben des Synd. Dr. Johann Pein an den Kurf. von Sachsen. Breslau 19./29. Juli.

2) Vgl. Theatrum Europaeum, Bd. 1 (1662) 991, dessen Quelle hier die frankfurtische Herbstmessrelation (des Latomus-Meurer-Franci-Wittib) 87 f. ist.

des Städtchens Pitschen, dessen Rathaus und Kirche nicht einmal von den hungrigen und beuteluſtigen Scharen verschont blieben. Schon am andern Tage rückten die Verzweifelten in das Namslauische ein.

Damals war ihnen der Verfolger außerordentlich nahe; er befand sich am 23. Juli in Rosenberg und am 24. Juli Abends 9 Uhr kamen Pechmann und Merode persönlich nach Namslau, das sie aber am andern Tage früh 5 Uhr in der Richtung nach Wartenberg und Militsch zu wider verließen. Die kaiserlichen Obersten wußten, daß der Feind nach Polen übergetreten war. Pechmann befand sich am 27. Juli in Festenberg. An diesem Tage schrieb er an den kaiserlichen Oberstlieutenant Wengerßky, daß er alles Vieh und besonders auch alle Rosse aus den Dörfern entfernen möge: „denn mein Volk hauset wie der lebendige Teufel, sonderlich die Kroaten und Kosaken.“ Am nächsten Tage hoffte Pechmann ziemlich zeitig in Herrenstadt einzutreffen.

Die Dänen zogen sich über Adelnau nordwestlich nach Krotoschin zu auf Loßzyan (Lissa), überschritten die Obra und eilten der Warthe zu. In der Nähe der Obra fielen ihnen jedoch die Polen in die Nachhut, welche Oberst Holk führte. Bei diesem Angriffe büßte ein Oberstlieutenant Berghauer die Standarte und die Cornete ein und erlitt demnach wol nicht unbeträchtliche Verluste. Über „Grodißko“ (?) gelangten sie darauf nach Schwerin, überschritten hier die Warthe, behielten aber die Brücke eine Zeit lang besetzt.

Dem Anschein nach hatten die Obersten nur sehr ungenügende Nachrichten über den Umschwung, der in der letzten Zeit im Brandenburgischen eingetreten war, und hielten es daher für möglich, ihre Vereinigung mit dem Könige hier herbeizuführen. Zu diesem Zwecke näherte sich Oberst Baudissin mit einer Abteilung Reiterei und einigen Dragonern der Netze, die man in der Nähe von Landsberg oder Zantoch auf Schiffen zu überschreiten gedachte. Allein der brandenburgische Oberst Kracht hatte schon einige Tage zuvor das andere Ufer mit Landvolk besetzt, und Baudissin mußte, da man ihm den Übergang ausdrücklich verweigerte, unverrichteter Sache abziehen.[1] Zu gleicher Zeit war der Oberst Kaldenhof mit seiner Abteilung in nordöstlicher Richtung am linken Netzeufer aufwärts marschiert, um hier einen Übergangspunkt ausfindig zu machen. Er fand ihn endlich in Filehne. Man bemächtigte sich des Ortes mit Gewalt und richtete darauf den Marsch nordwärts auf Schloppe im heutigen Westpreußen.

---

1) Vgl. hierüber auch die oben genannte Herbstmessrelation S. 88 und das Theatrum Europaeum 991.

Bei Schloppe hatte sich Holk abermals der Polen zu erwehren, die einen Angriff auf seine und Kaldenhofs Quartiere machten, aber unter ansehnlichen Verlusten zurückgeworfen wurden. Um diese Zeit überbrachte ein Offizier Briefe des Königs (?) an Mitzlaf, nach welchen die Dänen Schwedt und die Oderberge jenseits der Oder besetzt haben sollten, was freilich gänzlich unrichtig war. Und da nun Mitzlaf auch die ebenso unrichtige Nachricht von der Belagerung Perlebergs durch den Markgrafen v. Durlach empfing, beschloß man, sich so schleunig wie möglich der Oder zu nähern. Allein die Wegweiser führten die Truppen in der Dunkelheit weit rechts nach Fürstenau und Arnswalde zu, so daß man endlich umkehren mußte, um nach einem bedeutenden Umwege das Städtchen Bernstein noch zu erreichen. Die Stadt wußte aber die Einlagerung der verwilderten Truppen durch Zahlung einer kleinen Geldsumme von sich abzuwenden, und man nahm endlich in drei benachbarten Dörfern Granow, Kranzin und Franzensburg (?) Quartier, obwol Oberst Bubna schon Befehle zur Fortsetzung des Marsches erteilt hatte und auch die übrigen Obersten sich gegen eine Verzögerung des Marsches aussprachen.

In Granow (Granau, Gran) schlugen die Dänen das Hauptquartier auf, bei dem sich auch Mitzlaf befand. Hier erfuhr man nun endlich, daß Pechmann, der von Krossen nach Landsberg gegangen war, aber von den Bürgern keinen Einlaß in die Stadt erhalten hatte, schon diesseits Landsberg stand, daß die Dänen ferner niemals die Oder erreicht hatten und also auch Schwedt von den Feinden besetzt war. Nun war guter Rat teuer. Doch kam Mitzlaf mit dem Obersten Bubna dahin überein, den Versuch zu machen, in möglichster Schnelligkeit die Oder unterhalb Küstrin zu überschreiten, um einem Angriffe von zwei Seiten her auszuweichen. Infolge dessen wurde der Befehl gegeben, daß 300 Reiter schleunigst die Straße nach Landsberg rekognoszieren und den Versuch machen sollten, unter fortgesetzter Festhaltung der Verbindung mit der Hauptarmee unterhalb Küstrin die Oder zu erreichen. War das Letztere gelungen, sollten sie alles, was sie an Kähnen und Fahrzeugen ausfindig machen konnten, zusammenbringen und einen passenden Übergangspunkt auskundschaften. Der Aufbruch der Hauptarmee wurde zwei Stunden vor Tagesanbruch festgesetzt; ihre Annäherung an die Oder hatte sie auf dem geradesten Wege über Bärwalde zu vollziehen. Ferner wurde verabredet, die Wachen um die Quartiere auf das beste zu bestellen und alle Straßen und Zugangswege zu denselben bereiten zu lassen.

Allein von all diesen Verabredungen ist merkwürdiger Weise keine einzige ausgeführt worden. Die 300 Reiter blieben, obwol sie Befehl zum Abrücken erhielten, in ihren Quartieren, es wurde keine Straße

beritten, und die Posten sollen geschlafen haben. Ja nicht einmal das Zeichen zum allgemeinen Aufbruch ließ sich zur verabredeten Zeit vernehmen, so daß Mitzlaf, der sich mit seiner Umgebung bereits zum Abmarsche gerüstet hatte, desselben vergeblich harrte. Die Annäherung des Feindes wird eben die letzten Spuren des militärischen Gehorsams in den feldflüchtigen Reiterhaufen vernichtet haben.

Da vernahm Mitzlaf plötzlich nach Mitternacht mitten im Dorfe die Signale des Feindes. Denn Pechmann hatte den Obersten de la Trappola mit Merode gegen das feindliche Hauptquartier gesendet und Granow anzünden lassen. Halb schlaftrunken stürzten darauf die Mannschaften aus den Häusern auf die Straße, wo sie niedergehauen wurden, bevor sie sich zum Widerstande sammeln konnten. Mitzlaf und der in seiner Umgebung befindliche ältere Kochtitzky entkamen durch das Hinterthor ihres Quartiers in das freie Feld, während mehrere mährische Adlige an ihrer Seite gefangen genommen wurden. Der erstere besaß noch Geistesgegenwart genug, um sich in einem nahen Walde eines feindlichen Rittmeisters, der seinen Mannschaften vorausgeeilt war, zu bemächtigen und ihn nebst andern Gefangenen niedermachen zu lassen, entzog sich aber darauf glücklich den herannahenden Feinden.

Mit dem anbrechenden Tage — es war der dritte August[1] — hatte sich wenigstens das Regiment Holk gesammelt, und wurde von seinem Obersten gegen den Feind geführt. Allein die Übermacht desselben war zu stark, und da Holk mit seinem Major gefangen, der Oberstlieutenant und die Rittmeister verwundet und kampfunfähig gemacht wurden, mußte der Rest des Regiments den Rückzug antreten. In diesem Kampfe gegen das Regiment Holk wurde der Oberst Pechmann tötlich verwundet und starb, als man ihn in einer Kutsche nach Klein-Berlinchen bringen wollte. Als Höchstkommandierender trat der Graf Merode an seine Stelle und übernahm die Weiterführung des Kampfes, in welchem es sich immer noch um den Besitz des Hauptquartiers handelte. Pechmanns Zusammentreffen mit Holk muß außerhalb desselben, wenn auch vielleicht in nicht weiter Entfernung davon, stattgefunden haben.

Wenn wir Mitzlaf Glauben schenken dürfen, der hierüber nicht als Augenzeuge berichtet, bemächtigte sich Oberst Kaldenhof des Dorfes Granow wider und befreite sogar den bereits gefangenen Bubna. Mit Kaldenhof vereinigte sich der Oberstlieutenant Daniel, so daß sich der erstere zu einem neuen gemeinschaftlichen Angriffe auf die Feinde entschloß,

---

1) Nach den Tagebuchsaufzeichnungen des Grafen v. Mansfeld, der ausdrücklich den 24. Juli a. St. nennt. Hallwich, H., Gabr. v. Pechmann, Ungar. Revue 1887.

der aber unterblieb, als Daniel anderes Sinnes wurde und Bubna eine Erneuerung des Kampfes unter den obwaltenden Umständen für unratsam erachtete. Darauf leitete Merode Verhandlungen mit Bubna wegen der Uebergabe ein, infolge deren die von der Übermacht bedrängten dänischen Reiterscharen ähnliche Bedingungen annahmen, wie sie ihren Waffengenossen vom Fußvolke in Schlesien gewährt worden waren.[1] Alle Offiziere bis auf den Cornet und Fähnrich herab und selbst die Freiwilligen (Aventurirer) mit ihrem unmittelbaren Gefolge durften mit Sack und Pack, Frauen und Knechten, mit Gewehren und Bandelieren frei und sicher, ungehindert und ungeplündert gegen das Versprechen abziehen, innerhalb eines halben Jahres in kein militärisches Dienstverhältnis gegen den Kaiser treten zu wollen und erhielten auch noch Geleit zu dem königlichen Heere. Diejenigen Mannschaften, welche nicht in das kaiserliche Heer eintreten wollten, wurden mit Pässen versehen und in ihre Heimat entlassen, durften aber nicht über 20 M. stark marschieren. Bei dem plötzlichen Überfalle war eine ziemlich ansehnliche Zahl dänischer Offiziere in die Hände der Feinde gefallen. Mit dem Obersten Holk teilten bald auch Bubna und Kaldenhof, der jüngere Kochtitzky, die Hauptleute Geraltowsky[2] und Rudtzicky das Loos der Gefangenschaft. Nach einer Nachricht aus dem Lager der Sieger sollen die Kaiserlichen damals außer den Offizieren gegen 2000 Gefangene gemacht haben und darunter auch zahlreiche Schlesier.

Dagegen mußten die Dänen ihre kaiserlichen Gefangenen losgeben und die noch vorhandene Kriegsbeute ausliefern. Unter diesen in Freiheit gesetzten Gefangenen befand sich auch der wallensteinische Oberst Mörder mit seinem Oberstlieutenant dem Grafen Johann Georg von Mansfeld und Heinrich v. Dohna.

Oberst Baudissin entkam mit 2 Cornet und 60 Pferden. Der bisherige dänische Bevollmächtigte Mitzlaf vereinigte sich in der Nähe von Pyritz mit den Überresten der holkischen Reiterei und zog mit denselben auf Damm und Stettin zu. Er erwirkte sich vom Herzoge Bogislav die Erlaubnis, die Reiter in kleinen Abteilungen durch Stettin

1) Nach Mitzlafs Darstellung muß man annehmen, daß die Ergebung in dem Hauptquartier Granow selbst oder nahe dabei stattgefunden hat, während es in einem Extract aus eines polnischen Kommissarii Schreiben vom 13. August (K. H. St.-A. in Dresden) ausdrücklich heißt, daß man dem Feinde drei Meilen Wegs nachgejagt habe, bis er habe accordieren müssen. Wir haben Mitzlaf in diesem Punkte für glaubwürdiger gehalten, obwol dieser Extract einige andere gute Nachrichten enthält.

2) Krebs, Acta publ. VI. S. 265.

zu führen. Allein dieselben Mannschaften, welche schon in den Quartieren zu Jablunka gemeutert hatten, erhoben sich jetzt von neuem gegen Mitzlaf, so daß er sich vor ihnen nur mit großer Mühe nach Damm rettete. Zuletzt erlangte Mitzlaf doch keinen Einlaß in Stettin, sondern verweilte einige Zeit in der Umgegend von Kolberg und ging dann über Anklam durch Mecklenburg zum Markgrafen von Baden, der eben vor Poel angelangt war. Von hier suchte er mit dem Pfalzgrafen Christian den König persönlich auf und traf ihn endlich in dem holsteinischen Städtchen Krempe.

Als Held des Tages wurde von den Kaiserlichen der Oberst de la Trappola betrachtet, der seinem kaiserlichen Kriegsherrn 25 Cornet als Siegestrophäen übersenden konnte.

Pechmanns Leiche wurde nach einigen Tagen über Krossen nach Glogau gebracht und hier bestattet. Tag und Nacht hatte der leidenschaftliche und höchst begabte Reiteroberst von den Karpathenpässen bis an die pommerische Grenze die Spuren seines noch ungestümeren Feindes verfolgt, ohne sich des Sieges erfreuen zu dürfen. Es war sein Grabesritt gewesen.

Die Dänen in der nördlichen Mark bis zu ihrem Rückzuge.

Das kaiserliche Lager bei Sandau erhielt um die Mitte des Juni eine nicht unbeträchtliche Verstärkung durch die altsächsischen Regimenter, welche der Oberstlieutenant Bindauf aus dem Weimarischen heranführte. Diese neuen Truppen bestanden hauptsächlich aus Reiterei. Auch der aus der Nähe von Leipzig gebürtige Bindauf war lutherisch und dem Anschein nach bei dem Kurfürsten von Sachsen, mit dem er in brieflichem Verkehr stand, wolangesehen. Er war entschlossen, so wie seine Reiter sich etwas erholt hätten, einen energischeren Vorstoß gegen die Feinde zu unternehmen und führte endlich seinen Entschluß mit 1000 M. Fußvolk und 1000 Reitern aus (24. Juni). Aber auch er trug keinen Erfolg davon, noch immer kam seiner Meinung nach der starke Regen den Feinden zu statten. Allein Bindauf hatte auch das Gefühl, daß die Oberleitung ihrer Aufgabe nicht recht gewachsen sei und sprach daher seine Freude über die bevorstehende Ankunft Tillys in einem Schreiben an seinen Landesherrn aus. Er selbst mußte dem General mit 18 Komp. z. R. entgegenziehen[1] und brachte ihn am 25. Juni in das kaiserliche Lager, wo wir

1) Am 3. Juli beantwortete er von Gifhorn aus eine Beschwerde des Kurfürsten von Sachsen vom 19./29. Juni. K. H. St.-A. zu Dresden.

ihn noch am 28. Juni antreffen. Allein gerade während seiner Anwesenheit bemächtigte sich der Feind durch einen nächtlichen Überfall, der zu Schiff ausgeführt wurde, auf kurze Zeit einer Schanze. Daß Tillys Anwesenheit im Lager auf die militärische Ordnung und Pünktlichkeit günstig einwirkte, darf trotzdem nicht bezweifelt werden, obwol er den Dänen den Domberg überlassen mußte. Allein Tilly verfolgte bei seiner Anwesenheit in Sandau auch persönliche Zwecke. Er wollte den Herzog Georg bewegen, ihm die 1000 Pferde des Oberstlieutenants Bindauf zu seiner Verstärkung zukommen zu lassen, erhielt aber, da dieser eine so wichtige Entscheidung ohne Wissen Friedlands nicht treffen wollte, einen ablehnenden Bescheid.

Auch nachdem Tilly das Lager verlassen hatte, hielten sich die Kaiserlichen in den bisherigen Grenzen der Verteidigung und des Angriffs, so daß der Schluß berechtigt ist, daß der Herzog Georg in jenen Wochen überhaupt nur die Aufgabe hatte, die Dänen vom Übergange über die Havel zurückzuhalten. Den bestimmten Befehl, ihn an der Havel zu erwarten, erteilte Wallenstein dem Herzoge am 28. Juni von Jägerndorf aus; er kündigte ihm an, daß er dem sich nach Niedersachsen zurückwendenden Feinde mit der Reiterei auf dem Fuße nachfolgen und seine Vereinigung mit ihm an der Havel vollziehen werde.[1]

Auch der König hatte die große militärische Bedeutung dieser Verteidigungslinie an der Havel immer nach Gebühr gewürdigt und verlieh ihr dadurch, daß er zuletzt seinen Höchstkommandierenden, den Markgrafen Georg Friedrich von Baden, zum Hüter derselben erkor, eine noch erhöhte Wichtigkeit.

Begleitet von seinem jüngsten Sohne Christof, war der Markgraf in der ersten Hälfte des Juni bei Christian IV. in Boizenburg eingetroffen und hatte nach einigem Zögern die ihm angebotene Stelle eines Generallieutenants der Armee gegen einen Monatsgehalt von 2000 Thalern[2] übernommen. Da der Markgraf jedoch trotz widerholter Enttäuschungen die Hoffnung noch nicht aufgegeben hatte, einst in eine ganz selbständige Stellung berufen zu werden, ließ er sich von Christian IV. noch ausdrücklich versprechen, ihn seiner Verpflichtung sofort wider zu entlassen, sobald die Herrscher von England und Frankreich zum Besten des allgemeinen Wesens eine besondere Diversion durch ihn veranstalten würden. Und Christian IV. sagte ihm sogar für ein solches Unternehmen 2000 wolgerüstete Pferde zu, falls er ihre sichere Durchführung gewähr-

1) Förster, Albrechts v. Wallenstein Briefe. Bd. 1. 90/91.

2) Aitzema an die Generalstaaten 9./19. Juni.

leisten würde.[1] Am 8./18. Juni brachte der Herzog von Schwerin dem Markgrafen in Boizenburg seine persönlichen Glückwünsche dar.[2]

Georg Friedrich hat von Anfang an seine Unzufriedenheit über die Verhältnisse, welche er bei seinem Dienstantritt im Heere vorfand, nicht verhelt. Niemals ist er als Generallieutenant vor der völligen Vertreibung und Zerstreuung der Truppen in die Lage versetzt worden, seinen Oberbefehl auf andere Weise, als durch gute Ratschläge an den König zur Geltung zu bringen. Man war nicht imstande, ihm während der kurzen Dienstzeit von vier Monaten sein Gehalt zu zahlen, so daß er sich in Havelberg und später in Assens genötigt sah, seine persönlichen Bedürfnisse von der für das Heer niedergelegten kleinen Summe zu bestreiten: Er entnahm ihr gegen Quittungen die Summe von 5175 Thalern, welche er teilweise zu seiner Widerausstattung verwendete, nachdem er auf dem Rückzuge von Havelberg sein Gepäck mit Pferden und Wagen hatte Preis geben müssen. In Havelberg hatte er 2500 Rchsth. für die Befestigung und Erweiterung der Verschanzungen und zur Bezahlung der sächsischen Reiter ausgegeben.

Einige Wochen nachdem Georg Friedrich den Oberbefehl übernommen hatte, ernannte der König[3] seinen Sohn Christof zum Obersten über ein Regiment.

Zwei Tage bevor Tilly im Lager der Kaiserlichen anlangte, übernahm der Markgraf persönlich den Oberbefehl in Havelberg und stellte seinem Vorgänger Schlammersdorf ein sehr ehrendes Zeugnis aus.[4] Dieser behielt nur die weiter nach der Oder zu vorgeschobenen Heeresabteilungen unter seiner Führung. Der Markgraf forderte aber auch sofort einige Tausend Mann Fußvolk Verstärkung, da er argwöhnte, daß der Feind nur Tillys Truppen erwarte, um sich mit der Übermacht auf ihn zu stürzen. Mit

1) Der König erteilte dieses Versprechen in einer eigenhändig unterschriebenen und gesiegelten Urkunde zu Boizenburg am 6./16. Juni. Großh. Badische Gen. Landesarchiv.

2) K. v. Lützow, Beitrag zur Charakteristik des Herzogs Adolf Friedrich in den Jahrbüchern des Vereins f. meckl. Geschichte. Bd. 12. 88.

3) Lauenburg am 12./22. Juli. Die Dienstzeit des Vaters und des Sohnes wurde vom 1./11. Juni an gerechnet.

4) „Dieselbe bericht ich gehorsamlich, wie das ich gestern vmb 1 vhr nachmittag glücklich allhie ankhommen, alsbald die posten beschtigt vnd befunden, das, Gott lob, die sachen in guten terminis, Eu: May: wohl bedient, vnd der ehrliche man, der von Schlammersdorf in diesem gantzen werck erwiesen, das er sein stück versteht, also das ohne zweiffell sie ihn dero werden lassen desto mehr befohlen sein." Eigenhändiges Schreiben des Markgrafen an den König vom 14./24. Juni. K. G. A. in Kop.

dieſer Verſtärkung hoffte er ſeine Stellung bis zur Entſetzung durch den König halten zu können. Weiter vorzudringen, wie ihm dieſer befohlen zu haben ſcheint, wagte der Markgraf jedoch aus Beſorgnis, von Rathenow und Brandenburg aus abgeſchnitten zu werden, nicht. Im Laufe der nächſten Wochen erhielt der Markgraf die erwartete Verſtärkung, die ihm aber nicht genügte. Denn noch immer beherrſchte ihn die leicht erklärliche Beſorgnis, daß Tilly ſich Havelberg zum Hauptangriffspunkte auserſehen habe. Er ſchrieb in dieſen Tagen an den König: „Ich hoff .., wir wöllen aufs wenigſt, was wir haben, mit Gottes Hilf erhalten; allein iſt der Major-General Schlammersdorf an Fußvolk nit ſo ſtark, als wol nötig, hätt in allem nit uber 1400 Mann, davon 300 ſchon an Päſſen liegen, wir allhie können nichts mehr entraten. An Reuterei wäre er ziemlich verſehen, wenn die zwo ſachſiſchen Reuterkompagnien in Ordre wären und gemuſtert, ſeind dergeſtalt nit zu brauchen, ſollen ſonſt wackere Reuter ſein. Wir wöllen mit der Hilf des Allmächtigen thuen, was möglich. Ich ſehe aber vor mir, wann Tilly ſich an der Weſer ledig gemacht, ſo wird er mit dem ganzen Schwall übergehn, darum er dieſe Örter okkupiern läßt, da wir alsdann, wie E. M. leicht zu erachten, viel zu ſchwach ſein werden, ihme den Kopf zu bieten. Alſo werden Sie, ohne einige Maßgebung, dahin aufs ſchleunigſt bedacht ſein, wie Sie uns mit einem formierten Läger entſetzen und alſo, was wir inhaben, behaupten mögen, denn ſollten wir uns retirieren müſſen, ſo iſt ganz Mekelburg dahin neben andern Inconvenientien, die E. K. M. beſſer bekannt; wird ſonderlich auf Beſtellung der Proviant und gutes Artellereiweſen müſſen gedacht werden.“ [1]

Die Dänen hatten die Hauptzugänge von Süden her von Sommerfeld bis nach Frieſack und Rathenow in ihre Gewalt gebracht und zum teil auch verſchanzt.

Daher fühlte ſich Schlammersdorf nach einiger Zeit in den von ihm beſetzten Gebieten unſicher und ſuchte um Verſtärkungen durch Reiterei und Fußvolk nach, welche ihm auch gegen den Ausgang des Juni gewährt wurden. Beſonders die ſich bereits ſperrende Uckermark hoffte man durch ein kraftvolleres Auftreten zu einer bereitwilligeren Verpflegung der Truppen zu nötigen.

Wie begründet ihre Beſorgniſſe waren, wurde den däniſchen Offizieren noch deutlicher, als ſie erfuhren, daß ſich die Feinde in der Nacht vom 8. zum 9. Juli Oranienburgs bemächtigt hatten. Auch hier hatten vorher

1) Eigenhändiges Schreiben des Markgrafen an den König, Havelberg 2./12. Juli. K. G. A. in Kop.

Brandenburger unter dem Rittmeister Götz gelegen, welchen der Markgraf Sigismund, weil er unterlassen hatte, den Generalmajor Konrad Nell und einen Ingenieur bei einer Besichtigung festzunehmen, in Eisen schlagen ließ. Von Oranienburg nahmen 2 Komp. des Herzogs v. Lüneburg und 2 Komp. vom Regiment Coloredo Besitz.

Auf die Nachricht von der Besetzung dieses Punktes unterbrach der Generalmajor Nell am 9. Juli n. St. seinen Marsch von Liebenwalde nach Oranienburg und kehrte schleunigst zurück. Auf der Haide vor Bernau mußte sich eine seiner Streifparteien vor hundert Pferden des Feindes zurückziehen. Auch Neustadt-Eberswalde wurde nicht lange darauf von den Östreichern eingenommen. Ferner wußte man im Lager der Dänen, daß in Brandenburg 2000 M. des Befehles harrten, zur Verstärkung dieser Angriffslinie der Östreicher nördlich von Berlin vorzurücken.

Schon damals hatte der Markgraf von Baden die Empfindung, daß hier im Brandenburgischen viel versehen worden sei. Er schrieb damals an den König, den Unfällen hätte begegnet werden können, wenn die Truppen nur um acht Tage zeitiger angelangt wären. Doch hoffte er damals noch, daß Schlammersdorf wenigstens die von ihm beherrschten Punkte mit seinen 1400 M. Fußvolk und einer verhältnismäßig ziemlich zahlreichen Reiterei werde behaupten können. Freilich befanden sich unter dieser auch noch immer ungemusterte und unbezahlte Kompagnien.[1]

Als jedoch Arnim eine ziemlich starke Abteilung, 4 Komp. z. F. und 4 Komp. zu R., von Angermünde nach Schwedt sendete, als sich die Östreicher eines Passes zwischen Zehdenik und Liebenwalde bemächtigten und ihn stark verschanzten, als sie auch das kurfürstliche Haus auf der Heide zu Schönebeck zur Verteidigung einrichteten und ihre Streifparteien bis über den neuen Graben (Finowkanal) versendeten, wurden Schlammersdorfs Berichte an den Markgrafen aus seinem Hauptquartier Altruppin immer düsterer. Schon um die Mitte des Juli teilte er ihm sein Urteil über die Unhaltbarkeit dieser Stellung in vollster Aufrichtigkeit mit. Besonders den Verlust Oranienburgs beklagte er tief und hielt es für sehr schwierig, dem Feinde gerade hier den Durchbruch zu wehren.[2] Die Besetzung der den Dänen allezeit feindlichen Stadt Prenzlau erklärte er mit den ihm zu Gebote stehenden Truppen nicht verhindern zu können. Doch bestrebte er sich wenigstens durch Streifparteien das Vordringen der Feinde über den neuen Graben zu hindern. Zu diesem Zwecke entsendete er (15. Juli n. St.) den Major Nadelwitz vom Regiment Nell,

1) Georg Friedrich an den König, Havelberg 2./12. Juli.

2) B. J. v. Schlammersdorf an den König, Altruppin in der Nacht des 5./15. Juli.

um wegzunehmen, was er von dem Feinde nur antreffen werde. Er war ferner bemüht, die in der Nähe von Oranienburg „am sommerfeldischen Paß“ angelegten Schanzen und weitläufige Verschanzungen in und um Zehdenik auszubauen. Aber auch die Feinde errichteten Erdwerke: einige Monate später unterwarf der Markgraf Sigismund ihre Befestigungen zu Nassenheide, ferner ein achteckiges Sternwerk zu Grunenberg und die Schanze zu Liebenwalde einer Besichtigung.

Aber der Markgraf forderte von Schlammersdorf mehr. Er sollte weiter vorgehen und sich eines Punktes an der Oder versichern. Dies erklärte jedoch der Generalmajor damals für gänzlich unmöglich: „E. F. G. Rat, noch gegen die Oder zu gehen, sehe ich nit müglich, dann der Feind kann zwischen durchgehen, wohin er will, und wäre das Volk alles dem Feinde in die Hände geliefert“. Auch Mecklenburg gab Schlammersdorf schon jetzt verloren: „Wo F. M. nicht Mittel [haben], ein Campo von 10 oder 12000 M. zu formieren, so wird der Feind sein Intention nach Mecklenburg und Holstein wol vollbringen, dann mit diesem Volk kein Widerstand zu thun“.[1] Er sowie der Markgraf versuchten darauf wenigstens den Herzog Hans Albrecht v. Mecklenburg zu bewegen, seine Landesgrenzen durch das Landesaufgebot zu besetzen. Ferner litt Schlammersdorf Mangel an Schießbedarf, und von Geldmitteln war er so sehr entblößt, daß er nicht einmal mehr imstande war, die Auslagen für die Erdarbeiten und das Kundschafterwesen zu bestreiten.

Mit dem letzteren scheint es besonders schlecht bestellt gewesen zu sein. Nähere Nachrichten von den Vorgängen in Schlesien erhielt man auffallend spät, obwol dem Verkehr mit den Gebieten östlich von der Oder lange Zeit hindurch nur sehr geringe Hindernisse im Wege standen. Während des Juni hatte sich ein dänischer Trompeter Wochen lang in Küstrin aufgehalten. Am 1./11. Juli langte in dem Hauptquartiere des Generalmajors Nell der aus Bern gebürtige Jakob Christof v. Erlach, ein jüngerer Bruder des späteren Generals Hans Ludwig v. Erlach, mit Briefen an den König an, von dem man erst sichere Kunde über die Einnahme von Leobschütz und Jägerndorf bekam.[2] Dagegen wurde Schlammersdorf wenige Tage darauf von Berlin aus die falsche Nachricht mitgeteilt, daß Wallensteins Heer am Jablunkapasse durch die Weimarischen einen Verlust von 12000 M. erlitten habe.

Kaum eine Woche später (am 13./23. Juli) erschien ein Fähnrich mit Schreiben von Mitzlaf an den König in Altruppin, der dem letzteren

1) Aus dem oben angeführten Briefe.

2) Konrad Nell an den Markgrafen Georg Friedrich aus dem Quartier Badingen 1./11. Juli.

zugleich mündlich Bericht zu erstatten hatte.[1] Er wurde über Havelberg zu Christian IV. entsendet. Seine Mitteilungen konnten nicht dazu beitragen, Schlammersdorf eine größere Zuversichtlichkeit für das Gelingen der ihm aufgetragenen Unternehmung einzuflößen. Auf Grund dieser letzten Berichte schrieb er damals an den Markgrafen: „Wo nun Bethlen nicht anziehet und Kosel, so belagert, entsetzet, wie auch die andern Ort, so sehe ich einen elenden Zustand". Jener Fähnrich war also noch nicht davon in Kenntnis gesetzt, daß sich Kosel am 10. Juli n. St. ergeben hatte. Noch auffälliger aber war seine Mitteilung, daß zur Zeit noch kein Kriegsvolk aus Schlesien im Anzuge sei, während dem Markgrafen von anderer Seite die wenn auch unbestimmte Kunde zugekommen war, daß sich die schlesische Armee in den Händen der Feinde befinde. Nach einer Mitteilung eines ehemaligen dänischen Hauptmanns, der in Aldringers Dienste getreten war, sollten freilich das pechmannische und das sächsische Regiment getrennt sein, und die Kaiserlichen sich scheuen, die Niederlage einzugestehen.

Wie unbekannt man noch wenige Wochen vor dem Rückzuge mit den Ereignissen in Schlesien und ihrer Tragweite war, beweist der Umstand, daß Schlammersdorf in der letzten Juliwoche doch noch die Möglichkeit vorschwebte, den Feinden zuvorkommen zu können. Er schrieb dem Markgrafen damals:[2] „es wäre hohe Zeit, daß wir mehr Volk hätten und anitzo den Vorstreich, wie die Fechter zu reden pflegen, thun möchten, ehe der Schwall ankommt". Aber freilich thut dieser dem Markgrafen erteilte vorwurfsvolle Ratschlag auch deutlich dar, mit wie geringer Thatkraft der Plan, die Truppen an die Oder vorzuschieben, verfolgt wurde.

Doch hatte der König, der die aus Schlesien bei ihm eingelaufenen Hiobsposten dem Markgrafen wol schwerlich wird mitgeteilt haben, zuletzt noch für eine Verstärkung der Truppen in der Mark Sorge getragen. In den ersten Tagen des August werden die sieben Kompagnien Schotten von dem mecklenburgischen Boizenburg bei Ruppin angelangt sein, welche noch immer der Meinung waren, daß sie nach Schlesien bestimmt seien. Schon auf dem Marsche hatten sie zu ihrer großen Freude erfahren, daß ihre in den Schanzen von Boizenburg zurückgebliebenen Kameraden die Angriffe der Ligisten zurückgewiesen hatten.

Seit der Bedrohung des unteren Elbgebietes durch Tilly hat jedoch der Markgraf wol trotz der Ankunft der Schotten vor Altruppin die Absicht, den Weimarischen jenseits der Oder die Hand zu reichen, ganz aufgegeben.

---

1) B. J. v. Schlammersdorf an den Markgrafen Altruppin 14./24. Juli.
2) Am 24. Juli n. St.

Denn zuletzt war die ganze Stellung der dänischen Truppen in der Mark nach Süden und Osten hin immer unsicherer geworden. Der Feind bedrängte in denselben Tagen, in welchen Tilly seine Regimenter über die Elbe führte, Liebenwalde und besetzte es und nahm auch die zwischen Zehdenik und Liebenwalde errichtete Schanze. Schon damals hatte Schlammersdorf Befehl zum Rückzuge, obwol er von dem bereits erfolgten Übergange Tillys nicht unterrichtet war. Wir entnehmen dies seinen an den Markgrafen gerichteten Worten: „Ich erwarte mit großem Verlangen, was bei Boizenburg vorgehet, sonsten ist alles E. F. G. Befehl nach angeordnet, hoffe, Nell soll sich diesen Tag wider zurück nach Lichem und gegen Zehdenik logiren".[1] Er ersuchte den Markgrafen zugleich um eine Weisung darüber, ob er bei dem Aufbruche das Plündern gestatten dürfe, wogegen er sich für seine Person aus Besorgnis für das Gelingen des Rückzuges erklärte.

Da brachte ein mecklenburgischer Oberstlieutenant Dienheimer Schlammersdorf am Morgen des 10. August die Nachricht, daß vier Tage zuvor ein ehemaliger mansfeldischer Sekretär zu Güstrow berichtet habe, der Kriegskommissar Mitzlaf sei mit der schlesischen Reiterei bei Stettin angelangt, um hier die Oder zu überschreiten. Dieser Sekretär hatte zugleich den vollständigen Verlust Schlesiens gemeldet.

Diese Meldungen überraschten den Markgrafen so, daß er sich auf der Stelle entschloß, nun endlich seine Stellung auf dem Domhofe zu Havelberg aufzugeben, wozu er freilich schon einige Tage vorher Vorbereitungen getroffen hatte. Noch in der Nacht des 10. August teilte er dem Könige diesen Entschluß samt den erhaltenen Nachrichten mit. So unterstützte die erst an diesem Tage in Ruppin und in Havelberg einlaufende Nachricht von dem eine Woche vorher erfolgten Überfalle Mitzlafs und der schlesischen Reiterei bei Arnswalde den Vormarsch der Ligisten von der Elbe nach Lauenburg hin um so wirksamer.

Der Markgraf Georg Friedrich scheint gerade in diesen letzten Tagen noch an eine Vereinigung mit den von Tilly bei Boizenburg zurückgetriebenen Scharen Thurns gedacht zu haben. Noch am 29. Juli/8. Aug. ließ er diesem die Weisung zugehen, sich auf Dömitz zurückzuziehen.[2] Freilich war er damals noch ohne Kenntnis davon, daß auch die aus Schlesien zurückgewichenen Weimaraner bereits zersprengt waren.

---

1) Das erste Schreiben Schlammersdorfs vom 10. Aug. n. St. an den Markgrafen, welches am Morgen dieses Tages geschrieben wurde. Der Brief scheint sich nur in einem Auszuge erhalten zu haben.

2) Fürstliche Mecklenburgische Apologia 348.

Erſt als er am 31. Juli/10. Auguſt durch Schlammersdorf und Nell von dieſem neuen verhängnisvollen Schlage in Kenntnis geſetzt wurde,[1] mußte er ſich zum Aufbruche entſchließen. Er überſendete dem Könige noch in derſelben Nacht die eingegangenen Meldungen und fügte ihnen die nicht ſchwer zu enträtſelnde Mitteilung hinzu, der König werde ſelbſt ermeſſen können, welchen Entſchluß er jetzt zu faſſen habe. Am 10. Auguſt war aber Georg Friedrich ſicherlich auch bereits von den Vorgängen bei Bleckede und Boizenburg unterrichtet, da der Herzog Adolf Friedrich bereits zwei Tage vorher von dem Grafen v. Thurn[2] in Kenntnis geſetzt worden war und dieſer dem Markgrafen die Schreckensbotſchaft ſchwerlich vorenthalten haben wird.

Die Herzöge von Mecklenburg hatten ſich noch in den letzten Wochen der Hoffnung hingegeben, ſich mit Hilfe der Dänen wenigſtens Arnims erwehren zu können. Herzog Hans Albrecht erließ zu dieſem Behuf das Landesaufgebot und bat ſeinen Bruder um Unterſtützung. Noch am 22. Juli erſuchten beide Herzöge den König von Sternberg aus durch Bertold v. Bülow, Truppen gegen Arnim nach Prenzlau zu ſchicken, der damals bereits vor das Haus Feldberg gerückt war und mecklenburgiſche Meierhöfe geplündert hatte. Auch bei dem Markgrafen und bei Schlammersdorf ſuchten ſie damals um ſchleunigen Entſatz nach.[3]

Ferner erteilten die Herzöge dem Rate der Stadt Boizenburg einige Tage darauf den nachdrücklichſten Befehl, den Franzoſen Durant bei der Verteidigung der Schanze vor der Brücke zu Boizenburg mit Holz, Brettern, Latten u. ſ. f. zu unterſtützen und wenn man auch das Holzwerk von den Dächern der Häuſer nehmen müßte. Gerade um die Zeit, wo ſich Tilly des rechten Elbufers bemächtigte, forderten ſie die ſchleunigſte Einziehung der Kriegsſteuern zur Erhaltung der Truppen. Damals entrangen ſich dem ſchwerbedrückten Herzen Adolf Friedrichs die Worte: „Gott helfe uns doch um ſeines Namens Ehre willen“.

Man wird daher annehmen müſſen, daß die Frage des Rückzuges der Dänen von Havelberg die Herzöge von Mecklenburg bereits vor dem Aufbruche beſchäftigt hat. Als Georg Friedrich am 30. Juli/9. Aug. den Major Hans Friedrich Fuchs in „hochangelegenen Sachen“ an den Herzog Adolf Friedrich entſendete und um einen bejahenden Beſcheid auf ſein Anſuchen bat, „wie ihn jetzige Läufte und das eigne Beſte des Herzogs“

1) Schlammersdorfs Schreiben an den Markgrafen Altruppin 31. Juli/10. Aug. Mitteilung des Markgrafen an den König von demſelben Tage. G.-A. in Kop.

2) Jahrbücher für meckl. Geſchichte. Bd. 12. 88.

3) Jahrbücher f. meckl. Geſchichte. Bd. 12. 88. Kayſerl. Manifestum in der Apologia. S. 31.

erheischten, ist sicherlich von dem Abgesandten auch der Rückzug des Markgrafen zur Sprache gebracht worden, ja wahrscheinlich war die Beförderung desselben der hauptsächlichste Inhalt der Bitte des Markgrafen.

Georg Friedrich scheint in diesen letzten Tagen noch den Versuch gemacht zu haben, sich mit Thurn zu vereinigen. Am 2./12. August traf wenigstens der Herzog Adolf Friedrich die markgräfliche Armee oder Teile derselben schon bei Greese[1] südöstlich von Wismar in voller Schlachtordnung an und sah sie dann in die Quartiere abrücken.[2]

Allein in diesen letzten Tagen war auch die Gefahr für den Markgrafen gewachsen, zwischen Tillys Heer und die Truppen des Herzogs Georg in die Mitte genommen zu werden, der sich seit dem 5. August am rechten Ufer der Havel festgesetzt hatte. Er hatte die feindliche Besatzung einer Havelinsel zwischen Havelberg und Rathenow zur Flucht genötigt und sich dann durch seine Leibschützen Kähne vom rechten Ufer herüber holen lassen, auf denen er einiges Fußvolk übersetzte, welches die Feinde bis in ihre Schanzen verfolgte. Dann war er selbst in einem Nachen über den Fluß gegangen und hatte Verstärkungen an sich gezogen, so daß er bereits am 5. Aug. 1200 M. beisammen hatte. Die Östreicher warfen sofort nach ihrer Ankunft auf dem rechten Ufer Verschanzungen auf, ohne indessen einen Angriff auf den Domhof zu machen.[3] Ja nach einer freilich nicht sehr gut bezeugten Nachricht erlitten sie sogar durch die Geschütze der Feinde erhebliche Verluste.

Nun glückte es aber dem Herzoge Georg in den nächsten Tagen eine Schiffbrücke aufzustellen, so daß der Übergang seiner übrigen Truppen in der Nacht vom 13. zum 14. August vor sich gehen konnte. Gegen Mitternacht sollten die Regimenter zur Erstürmung des Domberges übergeführt werden.

Allein um dieselbe Zeit hatten auch die letzten Dänen ihre Stellungen in der Nähe des Domes verlassen.[4] Der Markgraf war bereits gegen

---

1) Beitrag in den Jahrbüchern f. meckl. Gesch. Bd. 12. 89.

2) Jahrbücher f. meckl. Gesch. a. a. O. 89.

3) Zeitungsbericht aus dem Kf. Feldlager vor Havelberg den 5. Augusti in Nr. 33 des Jahrgangs 1627 der in der Königl. Bibliothek zu Stuttgart befindlichen Samlung von Zeitungen.

4) Nach dem Briefe des Herz. Georg von Lüneburg an seinen Bruder (Fr. v. d. Decken 1. 381) müßte man den 16. Aug. als Tag des Abzugs annehmen; allein das entscheidende Wort „gestern" erweist sich als ein Druckfehler für „posten". Wir folgen einem glaubhaften Zeitungsberichte aus Garleben (Gardelegen) den 18. Augusti in Nr. 34 des Jahrgangs 1627 der eben erwähnten Zeitung. Einer zusammenhängenden Darstellung dieser Begebenheiten an der Havel bin ich sonst nirgends begegnet.

Abend aufgebrochen, während sich Bernhard von Weimar wahrscheinlich als Führer der Nachhut unter den letzten Mannschaften befand, welche den Rückmarsch antraten. Am Morgen des nächsten Tages (14. Aug.) ließ der Herzog von Lüneburg die bisherigen Stellungen des Feindes durch zwei Kompagnien des Regiments Coloredo besetzen. Von den Feinden wurde niemand mehr vorgefunden, als zwei frisch Gehenkte. An diesem und am nächsten Tage folgte der Herzog den abziehenden Dänen nach, ohne ihnen Verluste zuzufügen. Dann kehrte er auf den Domhof zurück, den er am 23. Aug. verließ, um das von den Dänen geräumte Wittenberge zu besetzen.

Die am meisten elbabwärts vorgeschobenen dänischen Regimenter traten, als sich die Vereinigung mit Thurn als undurchführbar erwiesen hatte, den Rückmarsch an, um die aus der Priegnitz und der Havel abziehenden Scharen aufzunehmen. Unter diesen letzten Truppenteilen befanden sich auch jene vier Kompagnien Schotten, welche von der Weser nach Ruppin gesendet worden waren, um angeblich von da nach Schlesien geführt zu werden. In der Nähe Ruppins hatten sie gerade acht Tage gelegen, als sie den Befehl zum Rückzuge nach der Ostsee erhielten.[1] In Perleberg haben sich die Regimenter, welche bis dahin im Brandenburgischen ihre Quartiere gehabt hatten, wider mit Abteilungen der Hauptarmee vereinigt.

Am 7./17. Aug. hatte der Markgraf sein Hauptquartier in Parchim aufgeschlagen, wo angeblich zwei Nächte und einen Tag Rast gehalten wurde. Von hier aus gab Georg Friedrich dem Herzoge von Schwerin in aller Form, aber auffallend spät, Nachricht von dem Einbruche in sein Land und versprach ihm gute Mannszucht zu halten, so weit es bei der „korrumpierten Soldateska“ nur irgend möglich sei. Am 19. Aug. war das markgräfliche Hauptquartier in Rubow.

Die Stärke der markgräflichen Armee wird sehr verschieden angegeben: nach den niedrigsten Angaben soll sie 9000 oder 10000 M. betragen haben, nach einer höheren 14000 M.

Das Versprechen des Markgrafen, Mannszucht zu halten, hätte vielleicht auch ein eiserner Wille unter den obwaltenden Umständen nicht zur Wahrheit zu machen vermocht. Denn schon auf die Kunde von dem Aufbruche der bisherigen Bundesgenossen hatte ein großer Teil der adligen Grundbesitzer in Mecklenburg ihre Höfe verlassen und sich nach Wismar und Rostock geflüchtet. Die bäuerlichen Unterthanen aber ließen ihre Strohhütten gleichfalls im Stiche und suchten Zufluchtsstätten in Wäldern

1) Monro, His expedition with the worthy scots regiment I. S. 15.

und entlegenen Ortschaften, so daß die Dänen beim Einrücken in die Dörfer selbst zugreifen mußten und sich dabei natürlich nicht mit dem Notwendigen begnügten. Und auch die Anwesenheit der Bewohner verhinderte sehr oft die Plünderung nicht, da die vorherrschende Stimmung der Bevölkerung jetzt eine den Dänen noch feindseligere war. Kam es doch sogar vor, daß die Unterthanen kleineren Abteilungen mit den Waffen in der Hand entgegentraten: Streifparteien, gegen vierzig bis sechszig Pferde stark, ritten unter der Führung adliger Offiziere aus und schossen die Nahrungsmittel und Futter aufspürenden Soldaten nieder, wo sie nur auf sie stießen. Infolge dieser Feindseligkeit der Landbevölkerung wurde natürlich die Erbitterung der Soldaten noch gereizter, so daß es zu erheblichen Ausschreitungen kam. So griffen die Soldaten in dem Städtchen Kröpelin ohne weiteres zu und plünderten. Auch aus dem Gestüte des Herzogs zu Dobberan wurden Pferde fortgeführt; auf dem Meierhofe Neuenhof waren die Unordnungen so arg, daß der Markgraf dem Herzoge sein Bedauern aussprach. Daß auch der Landesherr selbst seine Hand von dem Heere abgezogen hatte und ihm keine Unterstützungen gewährte, entnehmen wir einer Beschwerde des Markgrafen an Adolf Friedrich. Um so weniger war daher dieser in der Lage, die Truppen, für welche er zu sorgen hatte, zu verhindern, ihre Bedürfnisse auf eigne Faust und in jeder ihnen gut dünkenden Weise zu befriedigen.

Auf ihrem Zuge nach der Küste besetzten die Dänen die damalige Hauptstadt des Bistums Schwerin, Bützow, und langten endlich gegenüber der kleinen, mit dem Festlande durch eine Zugbrücke verbundenen Insel Pöl an. Diese Brücke wurde jedoch nur von vier mecklenburgischen Soldaten verteidigt, welche, als sie angriffen wurden, noch so viel Geistesgegenwart zeigten, die Brücke aufzuziehen, dann aber spornstreichs zur Festung eilten, um von dem Angriffe Meldung zu machen.

Das kleine wol befestigte Schloß lag südlich von Kirchdorf am westlichen Ufer des Kirchsees und hatte unmittelbare Verbindung mit dem Meere. Es war von einem Walle umgeben, welcher sich bis zu einer Höhe von siebzehn Fuß erhob.[1] Innerhalb dieses Walles lief ein etwa funfzig Fuß breiter Graben herum, dessen Sohle gegen vierzig Fuß tief lag. Die kleine Festung hatte nur eine sehr schwache mecklenburgische Besatzung, die sich schwerlich auf 200 M. belief, war aber mit einer beträchtlichen Anzahl von Geschützen und einem ziemlich starken Vorrat an Munition versehen. Den Oberbefehl führte in der Festung schon seit Jahren ein Niederländer, ihr Erbauer Gerhard Evert Pilooth.

1) F. Wigger, Die Festung Pöl; Jahrbücher für meckl. Gesch. Bd. 48 S. 9 f. 48 f. F. M. Apologia S. 263 f.

Mit Leichtigkeit, zum Teil schwimmend, hatten die Dänen den Übergang auf die Insel bei Fährendorf gewonnen und rückten nun sehr bald nach dem Eintreffen der zurückweichenden Brückenwache vor das feste Schloß. Allein Pilooth empfing sie mit Geschützfeuer und brachte sie dadurch zum Weichen. Ein weiterer Angriff auf das Schloß wurde nicht wider unternommen. Dagegen war die kleine Besatzung des Schlosses auch nicht imstande, den Dänen den Besitz der Insel streitig zu machen.

Der größte Teil der dänischen Armee blieb jedoch auf dem Festlande zurück und bezog Quartiere in den Küstendörfern. Diejenigen, welche in diesen kein passendes Unterkommen erlangen konnten, vereinigte der Markgraf in seinem verschanzten Hauptquartiere zu Groß-Strömckendorf, etwas nördlich von Wismar. Hier befand sich dasselbe bereits am 15./25. Aug. und wahrscheinlich auch schon früher. Wochen lang blieb der Markgraf hier gänzlich unthätig liegen, ohne nur den geringsten Versuch zu machen, Arnims oder Wallensteins Scharen auf ihrem Vormarsche entgegenzutreten.

Bethlens Außenbleiben und der Administrator Christian Wilhelm.

Seiner Verpflichtung gegen Bethlen Gabor gemäß hatte der König dem Fürsten von Siebenbürgen bis zum letzten Juni a. St. auf Abschlag 30000 Thaler zu zahlen. Da nun die Generalstaaten mit ihren Bundesbeiträgen im Rückstande geblieben waren, sendete der König Sigismund Buchner nach dem Haag, um dieselben zu veranlassen, diese Summe auf Rechnung der ihm zukommenden fälligen Unterstützungen nach Venedig zu senden und Bethlen Gabor davon in Kenntnis zu setzen, wo er das Geld zu erheben habe. Buchner sollte das Schreiben der Staaten mit seiner eigenhändigen Aufschrift versehen. Lange Zeit hindurch waren diese Gesuche des Gesandten erfolglos.

Endlich erhielt jedoch im Auftrage der Staaten der Kaufmann Jost Brasser in Amsterdam wirklich einen Zahlungsbefehl. Am 10. Juli n. St. wurde sogar in der Kanzlei des Königs zu Lauenburg ein lateinisches Schreiben verfaßt, welches eine Art Begleitschreiben zu den übersendeten 30000 Thalern bilden sollte.[1] Demungeachtet erhielt jedoch Bethlen

1) In der Abschrift dieses Briefes finden sich die Worte: Accipiat itaque Serenitas Vestra dictam triginta millium promissam summam, nec solum morulam solutionis hanc amice excusatam habeat, sed quo fuit hactenus inclinatissimo in nos affectu, eodem deinceps et foederum nostrorum socios, maxime autem incomparabilem istam causam, qua Ecclesiae Christianae libertatisque Germanicae reliquias recolligere aut asserere conamur, fortiter quoque prosequatur. Ita Silesica quoque arma nostra de subsidiis Vestrae Serenitatis tempestivis nihil dubitabunt. K. G.-A. in Kop. Latina.

Gabor die Summe nicht. Denn nachdem bereits die nötigen Zahlungsvorbereitungen mit Brassers Agenten getroffen waren, wurde dem Könige vielleicht geflissentlich die Nachricht von der vollständigen Aussöhnung Bethlens mit dem Kaiser überbracht, und es stieg infolge dessen der leichtbegreifliche Wunsch in ihm auf, die Summe womöglich noch zu retten. Und hierauf schloß sein niederländischer Agent Josias van Voßbergen auf Befehl des Königs einen uns unbekannt gebliebenen Vergleich über diese Summe ab, welcher dem Könige durch einen Eilboten zugesendet und von ihm bestätigt wurde. Die Bestätigung ging darauf samt einer Quittung Brasser wider zu, für den jedoch die Angelegenheit damit ebenso wenig wie für Voßbergen erledigt war.

Auffälliger Weise war nämlich die ganze Angelegenheit auf Befehl des Königs sehr geheim betrieben worden, so daß nicht einmal die später nach den Niederlanden gesendeten Offiziere und Politiker genauere Kenntnis von derselben erhielten. Wol aber wußte man, daß Bethlen berichtet hatte, er habe die Summe nicht erhalten. Wie erstaunt war daher später Gabriel v. Donop, als er in der Rechnung über die niederländischen Subsidien die Summe als einen von den Generalstaaten an Brasser für Bethlen Gabor gezahlten Beitrag vorfand. Donop und Detlev v. Buchwald zogen darauf Brasser zur Rechenschaft und entboten ihn endlich, da er ihnen nicht Rede stehen wollte, vor die Bürgermeister von Amsterdam. Hier erteilte aber der in seiner Ehre gekränkte Kaufmann den Bescheid, daß er die Summe auf Befehl an Voßbergen gezahlt habe, „daß aber demselben geboten worden sei, mit der Übersendung an sich zu halten, ginge ihn, der den Weisungen des Residenten zu folgen habe, nichts an".

Infolge dieser Erklärung ersuchte Donop den König, seinen ständigen Residenten zur Rechnungslegung besonders über diese für Bethlen bestimmte Summe zu nötigen. Zugleich warnte er ihn aber überhaupt vor einem Vertreter, der sich auch Andern und selbst dem Grafen Ernst Kasimir von Nassau verdächtig gemacht hatte. Er bezeichnete ihn als eine Person, welche „sonder Gewissen sich wenig um das höchste Gut der Gnade Gottes noch um Erlangung derselben Bekümmernis mache". Übrigens hatte Voßbergen gerade in den letzten Tagen noch 25 000 Gulden aus den Unterstützungsgeldern erhoben, über deren Verwendung er Donop und Buchwald ebensowenig Rechenschaft ablegen wollte. Nur dem Könige selbst wollte er Rede und Antwort stehen.[1] Der König entließ den dem Anschein nach außerordentlich unzuverlässigen Agenten bald darauf seines Dienstes.

1) Dieses wichtige Schreiben richtete Gabriel v. Donop aus Amsterdam am 17./27. Dez. 1627 an den König. Or. K. G.-A. in Kopenhagen.

Als sicher ist nach all diesen Vorgängen anzunehmen, daß Bethlen diese für ihn bestimmte Summe nicht übersendet worden ist.

Allein er wurde zugleich auch von England im Stiche gelassen. Dietrich von Zierotin, der ihn angeblich im Namen des Prinzen von Dänemark persönlich aufforderte,[1] seine Truppen mit denen des Königs in Schlesien zu vereinigen, erklärte er, daß er dies nicht thun könne, da er die ihm versprochenen Unterstützungen weder von England noch von Dänemark erhalten habe.

Noch vor der Katastrophe in Schlesien erschien eine siebenbürgische Gesandtschaft in Konstantinopel, von welcher Thomas Roe bereits am 16./26. Juni an Conway berichtete. Bethlens Vertreter versicherte damals den englischen Gesandten noch immer der Bereitwilligkeit seines Herren zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, wenn ihm von England 120000 Thaler für drei Monate des verflossenen Jahres und dazu 40000 Thaler, welche ihm Karl I. für den Monat Juni versprochen hatte, in Konstantinopel gezahlt werden würden.[2] Diese Gesandtschaft ersuchte ferner Thomas Roe und die Vertreter der befreundeten Mächte, den Abschluß der Verhandlungen zwischen Östreich und der Türkei zu hintertreiben oder ihn wenigstens in die Länge zu ziehen. Als Beweise seiner Aufrichtigkeit ließ Bethlen die Abschriften seiner Verträge mit Mitzlaf und mit seinen europäischen Bundesgenossen sowie Briefe des Königs von England und Buckingham vorlegen. Ja sein Gesandter drängte Thomas Roe förmlich zu einer Erklärung darüber, ob England

1) Estrattione della Lettera scritta dal Principe di Transilvania al'suo Agente Thomaso Burgos, Residente in Constantinopoli, vista li 16./26. Julio 1627. In diesem Auszuge überrascht uns eine gänzlich unrichtige Mitteilung. Ne è venuto il' signiore Theodorico erosin (Zierotin!), nobile Morauo, da parte del' figlio del' re di Dania, quale con 15000 soldati è arriuato in Silesia, et iui congiontosi, con le rimasti 14000 del' quondam conte Mansfelt (!!!r), Desiderando la unione seco delle forze nostre, per procedere conforme le dissegniate intentioni: il' che noi non potemo fare, per non esserne dato il denaro promesso dal' re della Gran Bretagna et dal' re di Dania. War Bethlen getäuscht worden über den Einmarsch des dänischen Prinzen in Schlesien, oder suchte er in Konstantinopel zu täuschen? Zierotin mag im Juni in Weißenburg angelangt sein.

2) Nach dem wertvollen Schreiben Roe's an Conway, Konstantinopel 16./26. Juni 1627. Gabor hath sent his ambassage, if I mistake not, to saue his reputation and to cast the fayling upon as: for he knows our weakeness, the want of money, for which he called at his day, the 3. of Juni (!! wahrscheinlich zu lesen . . . at this day, the 13 of June). Thomas Roe, Negotiations S. 651.

zur Zahlung der monatlichen Unterstützungen bereit sei, wenn der Fürst 15000 Ungarn zur Armee nach Schlesien senden werde. Roe war jedoch gänzlich außerstande, irgend eine bestimmte Zusage zu erteilen. Er wußte nur zu berichten, daß man ihm von England aus mitgeteilt habe, der König werde Bethlen im Juni 10000 Pfd. in Konstantinopel erlegen lassen.[1] Übrigens war er schon damals fest davon überzeugt, daß der Fürst von seinen Bündnissen völlig zurückgetreten sei, und erhob also zu einer Zeit Vorwürfe gegen ihn, in welcher der König von Dänemark sein Eintreten in den Kampf noch durch die Zusendung von 30000 Thalern herbeiführen wollte.

Ebensowenig scheinen die Generalstaaten ihre vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen den Fürsten von Siebenbürgen erfüllt zu haben. Wahrscheinlich hatte sein Waffenstillstand mit dem Kaiser einen allzu starken Eindruck auf sie gemacht, wenn man es auch den dänischen Gesandten nicht geradezu eingestehen wollte.

Unter solchen Verhältnissen wurde auch die Reise des Administrators von Magdeburg zu einem zweck- und erfolglosen Abenteuer. Der Markgraf Christian Wilhelm hatte von Calais aus Frankreich und Oberitalien durchzogen und war in Padua von dem englischen Gesandten Isaak Wake empfangen und von da nach Venedig geleitet worden, wo er im Hause desselben englischen Gesandten Aufnahme fand. Wake machte darauf den höchsten Staatsbehörden Meldung von seiner Ankunft, und diese empfingen den Markgrafen am 4./14. Juli seinem Stande gemäß. Doch blieb das Schreiben, welches er im Auftrage Christians IV. den republikanischen Staatsbehörden überreichte, ohne jegliche Wirkung.

Obwol nun der Administrator schon in Venedig in Erfahrung brachte, welches Schicksal die Überreste der weimarischen Armee betroffen hatte, ließ er sich von der Fortsetzung seiner Reise nicht zurück halten, sondern verließ Venedig am 30. Juli a. St. und gelangte im September nach Weißenburg in Siebenbürgen, wo er von Bethlen feierlich empfangen wurde.[2] Allein der Fürst wurde in Wahrheit durch seine Ankunft überrascht, da ja der Markgraf auch Kenntnis von dem neuen Einvernehmen, in welches er mit dem Kaiser getreten war, besaß. Bethlen Gabor sprach daher seine Verwunderung über den thörichten Einfall aus, welcher den

1) Since the first aduice that his majestie had promised in June to remitt 10000 pounds, Ineuer heard more of yt...

2) Arend, Allgemeene Geschiedenis III, 4 255. Wake an Roe, Venedig 17. Juli und 7. Aug. 1627. Roe, Negotiations 664, 668. H. v. Zwiedineck-Südenhorst: Die Politik der Republik Venedig während des dreißigjährigen Krieges II. 69.

Markgrafen zu ihm geführt habe, und befahl sofort seinem gerade auf einer Gesandtschaftsreise in Wien befindlichen Sekretär Gregorius Ormankeozy,[1] den Vorfall aus freien Stücken zur Kenntnis der kaiserlichen Politiker und des Kaisers selbst zu bringen. Er behauptete ausdrücklich während der Absendung des Gesandten nichts von der bevorstehenden Ankunft des Administrators gewußt zu haben. Und so machte auch Christian Wilhelm sofort die Wahrnehmung, daß jede Hoffnung auf Bethlens Eingreifen aufgegeben werden müsse. Ja der Fürst soll sogar den Versuch unternommen haben, den gänzlich mittellosen Markgrafen auf die Seite des Kaisers herüberzuziehen[2], in dem er ihm Hoffnungen auf eine Aussöhnung mit Ferdinand II. machte und ihm auch Bedingungen vorlegte. Als er jedoch sah, daß Christian Wilhelm diesen Verlockungen gegenüber unzugänglich blieb, änderte er seine Sprache und stellte von neuem seine Mitwirkung in Aussicht, wenn der König von Schweden mit einem Heere nach Schlesien vordringen würde. Der Administrator aber ermahnte den englischen Gesandten in Konstantinopel in Gemeinschaft mit dem holländischen die Bestätigung des Friedens zwischen dem Kaiser und dem Großtürken zu hintertreiben und dafür zu sorgen, daß die türkischen Truppen nicht ganz von den östreichischen Grenzen abgeführt würden.[3]

Außerdem sollte Roe für einen Waffenstillstand zwischen der Türkei und Persien wirken. Daneben suchte der Markgraf jedoch auch Roes Verwendung bei Karl I. nach, damit ihm dieser die einst dem Markgrafen v. Durlach versprochene Summe und zugleich einen Teil der, wie er meinte, in Konstantinopel niedergelegten Gelder zum Behuf einer im nächsten Frühjahr zu unternehmenden Diversion zuwenden möchte.

Die Weigerung der Gesandten der befreundeten Höfe, diese Summen dem Fürsten wirklich auszuliefern, war nach der Anschauung des Administrators eine Folge des Vertrages, welchen Bethlen mit dem Kaiser geschlossen hatte. In einer wie gröblichen Täuschung über den Anteil, welchen die protestantischen Großmächte und England insonderheit an diesem Kriege des dänischen Königs in Wahrheit nahmen, wiegte sich also der Leichtgläubige noch immer!

---

1) Princeps Transylvaniae ad Gregorium Ormankeozy Secretarium suum, ablegatum ad Sacram Caesaream Regiamque Majtem ex Castro Vinez, loco distanti ab Alba Julia milliari exiguo, die sexta Septembris 1627. K. H. St.-A. in Dresden. Mit Fehlern behaftete Abschrift.

2) Isaak Wake an Lord Conway, Venedig 10. Dez. 1627. Roe, Negotiations 722.

3) Markgraf Christian Wilhelm an Thomas Roe 18. Sept. (a. St.?), Roe a. a. O. 679, 680.

Siebentes Buch.

Die öſtreichiſch-ligiſtiſche Armee in den Elbherzogtümern und in Jütland.

Wallenſteins Marſch aus Schleſien durch die Mark nach Mecklenburg und der Parteiwechſel der Herzöge von Mecklenburg.

Weit länger, als er erwartet hatte, war Wallenſtein in Schleſien zurückgehalten worden: nach dem Falle Troppaus beſchleunigte er aber ſeinen Abmarſch um ſo mehr. Denn es galt ihm nun auch Tilly und ſeinem Kriegsherrn noch rechtzeitig die Siegespalme ſtreitig zu machen. Am Tage der Übergabe Troppaus ſchrieb er in ſeiner Siegeszuverſicht an Harrach: In ein par Tagen marſchiere ich nach Deutſchland. Der aus Bayern hat die andern Kurfürſten an ſich gehenkt, wollte gern ſolches verhindern. Der Poſſen aber wird ihm nicht angehen, denn er wollte allein gern dominus dominantium im Reich ſein.[1]

Wenige Tage darauf verließ er mit dem größten Teile des Heeres Troppau (2. Aug.) und langte noch an demſelben Tage in Jägerndorf an, von wo er über Neuſtadt nach Neiſſe vorrückte (4. Aug.). Eine Woche ſpäter finden wir ihn in Schweidnitz (11. Aug.) und drei Tage darauf in Goldberg (14. Aug.). Da ſein Mißtrauen gegen Bethlen Gabor auch jetzt noch nicht ganz geſchwunden war, ließ er für den Fall, daß er „nicht gut thun wollte", ein nicht unbeträchtliches Korps, angeblich 15000 M., in Schleſien und Mähren zurück, welches er unter den Oberbefehl des Don Lorenzo de Maeſtro ſtellte, deſſen Hauptquartier Neiſſe war. Die für Mähren beſtimmte Abteilung dieſes Heeres befehligte der Oberſt Coloredo.[2] Nach einer andern Nachricht waren jedoch die in Schleſien zurückgelaſſenen Regimenter viel ſtärker und zählten etwa 22500 M.[3]

1) Tadra a. a. O. 491.

2) Wallenſtein an K. v. Harrach, Troppau 31. Juli 1627. Tadra a. a. O. 491.

3) In Nr. 35 der von uns öfter angeführten Zeitung befindet ſich ein „Verzeichniß der Regimenter, ſo in Schleſien verblieben, nachdem S. K. M. General mit der K. Armada nach Nider Sachſen auffgebrochen, den 3. diß". (Aug.) I. Fußvolk: 1) Liechtenſteins Reg. 3000 M.; 2) des von Dohna R. 3000 M.; 3) Pallants R. 3000 M.; 4) Torquato Conti R. 3000 M.; 5) Pechmanns R. 3000 M.; 6) Fahrensbach R. 3000 M., Sa. 18000 M. II. Reiterei: 1) Don Balthaſars [Marradas] 10 Komp., halb Küraſſiere, halb Dragoner 1000 M.;

Die Regimenter, welche Wallenstein unmittelbar folgten, bestanden zum bei weitem größten Teil aus Infanterie. Die für den dänischen Feldzug bestimmte Kavallerie unter der Führung des Grafen Schlick ging über Strehlen, Brieg, Breslau, Liegnitz, Polkwitz und Freistadt auf Krossen zu und wendete sich von hier am linken Ufer der Oder entlang nach Fürstenberg. Ihr äußerstes Ziel war damals die Stadt Brandenburg, wo sich Wallenstein wider mit ihr zu vereinigen gedachte.

Wallenstein selbst langte mit dem Hauptheere am 16. Aug. von Bunzlau her in Sprottau an und lag hier den Tag darauf still. Schon am 18. Aug. marschierte er in Sagan ein.[1] Drei Tage darauf am 21. Aug. Nachmittags 2 Uhr hielt er seinen Einzug in Kottbus. Hier traten ihm brandenburgische Kommissare entgegen und bestimmten ihn zu einer Änderung seines weiteren Vormarsches, den er ursprünglich über Dahme, Mittenwalde, Spandau, Fehrbellin und Wusterhausen nach Brandenburg (!?) hatte nehmen wollen. Sie stellten ihm vor, daß die Brücken zu Fehrbellin abgebrochen wären, und daß er auf diesem Wege durch bereits zu Grunde gerichtete Landschaften schwerlich Unterhalt für sein Heer finden werde. Wallenstein schenkte ihren Vorstellungen Gehör und führte das Heer über Kalau und Luckau.

Schon in Kottbus war er übrigens davon unterrichtet, daß die Dänen ihren Rückzug von Dom Havelberg angetreten hatten.

Nachdem die Armee in Kottbus einen Tag gerastet hatte, schlug sie die Richtung auf Kalau und Vetschau nach Luckau und Dahme ein. Als Wallenstein persönlich in Luckau erschien, kam es zu großen Unordnungen, da fast die ganze Stadt geplündert wurde.[2] Dagegen erteilte er den Offizieren auf Bitten eines kursächsischen Beamten Eustachius Löser, der sich für die kursächsischen Grenzgebiete verwendete, sehr ernste und dem Anschein nach auch wirkungsvolle Weisungen, so daß in den kursächsischen Grenzdörfern, welche ein Korporal mit einigen Reitern beritt, nicht die geringste Klage gehört wurde. Auch in Jüterbock enthielt sich die unmittelbare Umgebung des Generals gewaltthätiger Ausschreitungen: vier

---

2) Avantagno Küraſſiere 300 M.; 3) Strozzi Küraſſiere 500 M.; 4) Coronini Arkebuſiere 500 M.; 5) Magni Arkebuſiere 500 M.; 6) Iſolan Arkebuſiere 400 M.; 7) Eine Komp. franche (!) Arkebuſiere 300 M.; 8) Dragoner 1000 M., Sa. z. R. u. z. F. 22500. Über Wallensteins Maßnahmen gegen Schleſien, Mähren und Ungarn gibt der bei Chlumecky 53 abgedruckte Brief Aufſchluß.

1) Sigismund Seifried v. Promnitz, Landvogt der Niederlauſitz an den Kurfürſten von Sachſen, Sorau 18./28. Aug.

2) Bericht des Korporals Georg Trabert, Seehauſen 19./29. Aug. an den Kurf. von Sachſen.

Kroaten, welche einige Häuser vor der Vorstadt in Brand gesteckt hatten, wurden am nächsten Tage an die Weiden geknüpft. Die Armee selbst langte erst einen Tag nach dem Oberfeldherrn in Jüterbock an (25. Aug.), als Wallenstein die Stadt wider verlassen hatte, und hielt hier am 26. Aug. Rasttag. Unter der Bedeckung einer Kroatischen Leibwache von mehreren Kompagnien eilte er von hier dem Heere voraus.

Über Jüterbock folgten ihm damals 7 Regimenter Infanterie in einer Stärke von etwa 12 850 M. Dazu kamen noch 5 Komp. Reiterei und darunter 2 Komp. isolanischer Kroaten nebst der 700 Köpfe zählenden Artillerie.[1] Nach einem andern Verzeichnisse, welches einige Tage später aufgenommen wurde, bestand die Artillerie aus 21 großen und kleinen Stücken.

Von Jüterbock aus war der Armee der Marsch über Treuenbriezen, Niemeck, Golzow, Schollene nach Havelberg vorgezeichnet, so daß sie täglich 2 bis 2½ Meilen zurückzulegen hatte. Nach Treuenbriezen mußte jetzt auch der bereits in Brandenburg aufgehäufte Proviant geführt werden. Denn in allen Kreisen der Mark Brandenburg warteten der Ankömmlinge ständische Abgeordnete, welche den Truppen im Namen des Landesherrn die Quartiere anweisen und nach Kräften für Lebensmittel und Futter zu sorgen hatten.

Den eben bezeichneten Weg schlug auch der vorausstürmende Wallenstein selbst ein. Am 25. Aug. zog er mit seinen Kroaten von Treuenbriezen her durch Brück, ein Städtchen im Regierungsbezirk Potsdam, während die Armee, welche in Treuenbriezen Widerstand gefunden haben soll, erst einige Tage später in und bei Brück anlangte und im freien Felde ein Lager aufschlug. Darauf aber zerstreuten sich die Truppen durch das ganze Amt Belzig, um es einer vollständigen Plünderung zu unterwerfen,

---

1) Diese Angaben sind aus einem Verzeichnis entnommen, welches Eustachius Löser aus Alßdorff am 19./29. Aug. 27 an den Kurfürsten von Sachsen einsendete. Nach demselben bestand die Infanterie aus folgenden Regimentern: 1) Wallenstein 2428 M.; 2) Feldmarschall (Schlick) 1352 M.; 3) Herz. Franz Albrecht zu Sachsen-Lauenburg 2420 M. nebst 3 Komp. Pferden und 2 Komp. Kroaten (Isolano); 4) Collalto 2000 M.; 5) Nassau 1200; 6) Preiner 1800 M.; 7) Merode 1650. Dazu 700 M. Artillerie und der Hofstab. — In einem anderen von Jakob Heusinger zu Brück eingesendeten Verzeichnisse, welches auf den Angaben eines Zeuglieutenants und anderer kaiserlicher Offiziere beruhte, wird Wallensteins persönliches Geleit auf 2 Leibkompagnien Kroaten und eine Komp. Kroaten „zur Convoi" angegeben. Die Wagen, welche der General der Artillerie Torquato Conti (Duc Guarder Conde!) und Wallenstein mit sich führten, waren hiernach 300, Geschütze 21. In dieser Liste findet sich auch noch ein Regiment Fußvolk mehr, das Tieffenbachische, 11 Komp. stark. K. Geh. St.-A. in Dresden.

ſo daß trotz der ſchriftlichen und der lebenden Sauvegarden faſt kein Dörfchen von den Unholden verſchont blieb. Noch am 31. Aug. lagen viele Dörfer voll von den ſchrecklichen Eindringlingen, welche faſt ſechs Tage lang unter den abſcheulichſten Gewaltthaten das wehrloſe Ländchen durchzogen.

Der General ſelbſt aber eilte über Genthin und Schollene nach Havelberg und von da nach Perleberg, wo er bereits am 28. Aug. ſein Hauptquartier aufgeſchlagen hatte;[1] zwei Tage darauf befand ſich dasſelbe in Dömitz im Mecklenburgiſchen und am 1. September in Lauenburg. Nach einem Marſche von 4½ Wochen war der raſtlos drängende General endlich am Ausgangspunkte ſeiner neuen kriegeriſchen Unternehmungen angelangt. —

Nachdem Tilly die Elbe überſchritten hatte, wurden die herzoglichen Brüder von Mecklenburg aus der Zwangslage, in der ſie ſeit der Schlacht von Lutter mehr oder weniger feſtgehalten worden waren, befreit, um einer noch drückenderen und viel gefahrvolleren Notwendigkeit unterworfen zu werden. Die große Gefahr dieſer neuen Lage ſuchten beide einigermaßen dadurch zu vermindern, daß ſie ihren Parteiwechſel ſofort und mit einem gewiſſen Scheine von Freiwilligkeit vollzogen.

Zuerſt beeilte ſich der calviniſche Hans Albrecht von Güſtrow, dem Kaiſer und auch Tilly die unzweideutigſten Beweiſe ſeiner vollſtändigen Sinnesänderung an den Tag zu legen. Als ihm Huſan das kaiſerliche Mahnſchreiben vom 3. Juli überſendete, unterzeichnete er am 1./11. Aug. ein Antwortſchreiben, in welchem er Ferdinand II. die Verſicherung erteilte, daß er alle Zeit wie ein redlicher deutſcher Fürſt in der Treue gegen ihn verharren wolle. Und ſchon an demſelben Tage entſendete er ſeine Räte Gerhard Moltke und Johann Cothmann an Tilly, um ſeine Trennung vom Könige und ſeinen Übertritt zum Kaiſer anzumelden.

Infolge dieſes Parteiwechſels ſetzte Johann Albrecht auch Arnim, als er am 3./13. Aug. von Lychen aus die mecklenburgiſche Grenze überſchritt, keinen Widerſtand entgegen. Noch war ein Bote des letzteren an den Herzog nicht wider zurückgekehrt, als Arnim am 6./16. Aug. vor Neubrandenburg erſchien und nach einer Verhandlung mit dem Rate hier Nachtquartier nahm.[2] Unter großen Verwüſtungen drangen die Kaiſerlichen weiter nach Malchin vor, wo wir ſie am 7./17. Aug. antreffen.

---

1) Förſter 1. 105. Martin Arnold 7./17. Sept. an den Kurf. von Sachſen. Arnold ſchätzte die ganze Armee auf 18 000 M.

2) Großherz. Archiv in Schwerin; Boll, Chronik der Vorderſtadt Neubrandenburg S. 136.

Von hier aus drückte der kaiserliche Oberst dem Herzoge seine Freude darüber aus, daß er sich gutwillig anerboten habe, seiner Armee alle Städte und festen Plätze einzuräumen und bat zugleich um Marschkommissare. Für sein Hoflager Güstrow versprach er dem Herzoge die größtmöglichste Sicherheit: kein Soldat sollte an das Thor, geschweige denn in die Stadt kommen. Ferner wollte sich Arnim auch bemühen, von Wallenstein Sicherheitsposten für Güstrow und jeden beliebigen anderen Ort auszubringen. Unter sehr erheblichen Unordnungen gelangte jedoch die kaiserliche Armee weiter nach Malchow und von da nach Neustadt in der Nähe der Elde.

Dem fluchtartigen Rückzuge des Markgrafen Georg Friedrich ernstliche Hindernisse zu bereiten, scheint also nicht in der Absicht Arnims gelegen zu haben; sein Vormarsch hatte wol zunächst nur den Zweck, die Dänen vollends von der Elbe abzudrängen.

Zwei Tage nach seinem Bruder stellte Adolf Friedrich gleichfalls in Güstrow eine gleichlautende Erklärung an Tilly aus und erteilte ebenfalls zweien seiner Räte, Dietrich Bartold v. Plessen und Hans Georg Halberstadt, die zu einer persönlichen Verhandlung mit Tilly erforderliche Vollmacht.

Diese vier mecklenburgischen Gesandten begaben sich zunächst nach Lübeck, von wo sie Tilly nach Lauenburg entbot (9./19. Aug.)[1] Hier entledigten sie sich ihrer Aufträge vor dem General und versprachen, daß ihre Herzöge dem Kaiser ihre unterthänigsten Dienste und dem General selbst jeden nur möglichen Vorschub leisten würden. Ihre Festungen und Plätze wollten sie so besetzen, daß sie für den Kaiser in gutem Gewahrsam gehalten werden sollten.

Allein Tilly genügten diese Erklärungen nicht; er forderte die Herzöge vielmehr auf, die Dänen auf der Stelle und wenn es nötig sein sollte, mit seiner Unterstützung aus dem Lande, und insonderheit aus der Festung Dömitz zu entfernen, den Kaiserlichen aber alle Pässe zu Wasser und zu Lande zu öffnen und seine oder Wallensteins Truppen aufzunehmen.

Noch hatte dieser Bescheid die Herzöge nicht erreicht, als die kaiserlichen Offiziere diese Forderungen steigerten. Arnim sah es nun als selbstverständlich an, daß Rostock und Wismar sowie Plau und Dömitz durch kaiserliche, nicht durch mecklenburgische Besatzungen vor dem Feinde sichergestellt würden, und sprach bereits von Verschanzungen an der

---

1) Die Instruktionen dieser vier Gesandten finden sich in der Apologia, Beyl. 673—82, Tillys Antwort Lauenburg 23. Aug. ebendaselbst S. 692—695.

Küſte, beſonders bei Warnemünde.[1] Schlick aber erſuchte einige Tage darauf Adolf Friedrich, mit der Aufnahme einer Beſatzung in die Städte Roſtock und Wismar ja nicht zu zögern, damit die Feinde den Kaiſerlichen nicht zuvorkämen.[2] Er gab dem Herzoge zu bedenken, welches Unheil ihm und ſeinem Lande daraus entſtehen würde, wenn der Feind von den Plätzen Beſitz ergriff. Allein die Herzöge von Mecklenburg waren beider Städte nicht in dem Grade mächtig, daß ihr bloßer Befehl, die Kaiſerlichen einzulaſſen, etwas gefruchtet hätte. Immerhin aber entſchloß ſich Adolf Friedrich, wenigſtens den an ihn geſtellten Anforderungen im Betreff der Feſte Dömitz nachzugeben, fand es aber für ſich und ſein Land zuträglicher, unter gewiſſen Bedingungen dem ligiſtiſchen Feldherrn den damals für ſo wichtig gehaltenen Platz zu überlaſſen.

Als daher Tilly am 23. Aug. den Herzog durch ſeine eigenen Abgeordneten um eine unverzügliche und kategoriſche Erklärung darüber erſuchte, ob er gewillt ſei, von ſeiner kaiſerlichen Armee eine Beſatzung in Dömitz aufzunehmen, entſchloß ſich Adolf Friedrich, der drohenden Mahnung Gehör zu geben. Im tiefſten Geheimnis ſendete er Dietr. Bart. v. Pleſſen (27. Aug.) nach Lauenburg zurück und ließ Tilly unter gewiſſen Bedingungen den Beſitz der Feſtung zuſichern. Nur ſollte derſelbe bedenken, daß ſich die Dänen dann leicht Pöl's und Wismars bemächtigen könnten, was der kaiſerlichen Sache einen Nachteil zufügen würde, welchen der Beſitz von Dömitz nicht aufzuwiegen vermöchte. Dennoch wollte der Herzog Tilly als einem beſtallten kaiſerlichen General (!) die Feſtung auf jeden Fall einräumen, ſobald die däniſche Armee entweder das Land von ſelbſt verlaſſen haben oder von ihren Feinden daraus vertrieben ſein würde. Freilich behielt er ſich den Mitbeſitz der Feſtung ſowie die Rückgabe derſelben nach dem Kriege und die Ausübung der landesherrlichen Rechte im Amte Dömitz vor. Pleſſen erhielt nun zwar im Beiſein des Heinrich Huſanus eine geheime Audienz bei Tilly, die aber ohne jeden Einfluß auf den Beſitz der kleinen Feſtung blieb, deren Geſchick ſich damals bereits entſchieden hatte.[3] Wallenſtein hatte allen Verhandlungen ein plötzliches Ende bereitet und war Tilly in der Einnahme des Platzes zuvorgekommen.

---

1) Vgl. den Bericht der mecklenburgiſchen Geſandten Heinrich v. Levetzow und Johann Joachim v. Wartensleben an die Herzöge, Roſtock 10./20. Aug. in der Apologia; Beyl. 703 ff.

2) Schlick an den H. Ad. Friedrich aus dem Hauptquartier zu Wittenberge 24. Aug. in Folge eines Berichts des H. G. v. Arnim.

3) Über dieſe Reiſe erſtattete Pleſſen am 29. Aug./8. Sept. zu Wismar Bericht.

Um ihn ſeiner Ergebenheit gegen den Kaiſer, wie es von ihm in dem kaiſerlichen Erlaſſe vom 3. Juli gefordert wurde, zu verſichern, hatte der Herzog Adolf Friedrich Wallenſtein einen Oberſtlieutenant Friedrich v. Damnitz entgegengeſendet. Dieſer Bote war aber eine ſehr zweifelhafte Perſönlichkeit. Nachdem er erſt vor kurzer Zeit in die Dienſte Chriſtians IV. und zwar als Oberſtlieutenant in das Regiment des jungen Markgrafen Chriſtof eingetreten war, hatte er auf vierzehn Tage Urlaub genommen, um angeblich ſeine Frau und ſeine Habſeligkeiten, die ſich noch im Machtbereiche des Feindes befanden, in Sicherheit zu bringen, dehnte aber den Urlaub auf fünf Wochen aus und gab nach ſeiner Rückkehr ſeine Stellung, ohne zuvor von dem Markgrafen einen regelrechten Abſchied erhalten zu haben, aus einem ziemlich unbedeutenden Grunde auf.

Als er von Adolf Friedrich zu Wallenſtein entſendet wurde,[1] begab er ſich zunächſt zu Arnim nach Neuſtadt, um in Erfahrung zu bringen, wo er Wallenſtein aufzuſuchen habe. Von dieſem wurde er nach Wittenberge in das Hauptquartier des Herzogs Georg gewieſen, traf aber Wallenſtein ſchon zu Perleberg (28. Aug.).

Der kaiſerliche Oberfeldherr nahm die Treuverſicherungen des Herzogs mit ſichtlicher Genugthuung auf und erteilte ſeinem Botſchafter einen dem Anſchein nach zufriedenſtellenden Beſcheid. Er verſicherte ihm, daß er keinen Auftrag habe, Feindſeligkeiten gegen Adolf Friedrichs Lande zu verüben, wenn der Herzog in der Treue gegen den Kaiſer verharren würde, und berief ſich auch darauf, daß er Arnim befohlen habe, gute Ordnung zu halten und der herzoglichen Reſidenzen und Ämter zu verſchonen. Doch forderte er Proviant und Bier für die kaiſerliche Armee und die Aufnahme einer Beſatzung in die Feſtung Dömitz. Mit dieſer Botſchaft, die nur eine mündliche war, machte ſich Damnitz auf den Weg, wurde aber von dem Markgrafen von Baden feſtgenommen und erſt nach einiger Zeit auf das Erſuchen des Herzogs freigegeben. Am 21./31. Auguſt war er noch nicht zu dem Herzoge zurückgekehrt, der bis dahin wol auch keine Botſchaft von dem Erfolge ſeiner Sendung erhielt.

Schon an dieſem Tage hatten ſich aber die Verhältniſſe in Dömitz ſehr zum Nachteile Adolf Friedrichs verändert.

Denn ſpäteſtens am 30. Auguſt war auch Wallenſtein von Perleberg aus mit einem Teile der Armee vor Dömitz angelangt, deſſen Befehlshaber Gerhard Overberg der Herzog bei ſeinem Abzuge nach Wismar

1) Seine Inſtruktion iſt Wismar am 11./21. Aug. ausgeſtellt. Am 15./25. Aug. befand ſich Damnitz zu Neuſtadt bei Arnim, der keine Auskunft darüber geben konnte, wo Wallenſtein damals ſtand. Die Vollmacht für Damnitz hat Wallenſtein Perleberg am 28. Aug. ausgeſtellt; Apologia, Beyl. 706—710.

trotz der ganz veränderten Verhältnisse ohne jede nähere Weisung gelassen hatte.[1] Als diesem daher die Zumutung gemacht wurde, die Festung zu übergeben, konnte er nur erwidern, daß er von dem Herzoge keinen Befehl hierzu habe. Und als seine Lage drohender wurde, traf er Vorbereitungen zur Verteidigung. Je zahlreicher jedoch die in der Umgebung der Festung anlangenden Regimenter wurden, desto mehr entschwand ihm der Mut, und er erbat sich endlich zwei Tage Bedenkzeit. Diese Bitte wurde ihm von Schlick gewährt, und er entsendete darauf schleunigst einen Boten an den Herzog nach Wismar, um Verhaltungsmaßregeln einzuholen. Allein Wallensteins Drängen entschied die Angelegenheit, bevor eine Antwort von Adolf Friedrich eingelaufen war. Am 21./31. Aug. übergab Overberg nach einem einstimmigen Beschlusse seiner Offiziere und Soldaten und auf einen für seinen Landesherren nicht ungünstigen Vergleich mit Schlick hin die Festung.[2] Offiziere und Soldaten erhielten nicht nur ganz freien Abzug, sondern dem Herzoge wurden auch Munition und Waffen, ja sogar die vorhandenen Lebensmittel zugesichert. Ganz ausdrücklich wurde die Abtretung der Festung als eine zeitweilige und auf die Dauer des Krieges beschränkte bezeichnet. Die Güter, welche der Sicherheit wegen in der Festung geborgen waren, sollten den Besitzern frei und und sicher wider ausgehändigt werden. Erst am Morgen nach der Übergabe erreichte den bisherigen Kommandanten die Antwort seines Landesherrn, von deren Inhalte wir jedoch keine Kenntnis haben. Overberg hatte durch sein eigenmächtiges Handeln zwar die Gunst des Herzogs verscherzt und wurde sogar zum Tode verurteilt, erhielt aber endlich noch eine ehrenvolle Entlassung.[3]

---

1) Der letzte uns bekannte Befehl des Herzogs an Overberg ist zu Schwerin am 31. Juli/10. August ausgestellt. Er teilte ihm mit, daß das dänische Volk seine Fürstentümer gänzlich verlasse und sich nach Holstein begebe, und befahl ihm, dem königlichen Lieutenant anzuzeigen, daß er sich mit seinem Volke gleichfalls „wegzubegeben" habe. Daraus ist der Schluß zu ziehen, daß Dömitz damals auch eine kleine dänische Besatzung hatte. Ohne einen ausdrücklichen schriftlichen Befehl aber sollte Overberg niemand, es sei auch, wer es wolle, auf seine Festung lassen. Großh. Arch. zu Schwerin.

2) Vgl. hierüber Apologia 165, 346 f. und Beyl. S. 33 und 701—703.

3) Schulenburg, O. Die Vertreibung der mecklenburgischen Herzöge Adolf Friedrich und Johann Albrecht durch Wallenstein (Diss.) 64.

Wallenstein und Tilly in und um Lauenburg.

In Begleitung einer Anzahl höherer Offiziere und mehrerer kaiserlicher Räte traf Wallenstein am 1. Sept. in Lauenburg ein. Trotz seiner äußeren Herablassung war er keineswegs gewillt, Tilly die völlige Gleichberechtigung in der Leitung des Heeres zuzuerkennen. Immerhin behandelten jedoch beide Generäle gewisse Fragen gemeinsam, und es kam auch zu einer Verständigung über den Vormarsch und einzelne militärische Rangverhältnisse, so daß der Kaiser sehr erfreut darüber war, daß sich beide dies Mal so einträchtiglich mit einander verständigt hatten. Er ahnte nicht, daß die Eintracht nur von sehr kurzer Dauer sein sollte.

Wallenstein hatte Lauenburg kaum erreicht, als derselbe Friedensmahner vor ihn trat, der bereits Tilly vor einigen Wochen seine Bitten vergeblich vorgetragen hatte, der Herzog Friedrich v. Holstein-Gottorp. Derselbe hatte nicht bloß durch besondere Gesandte, sondern auch durch die Reichsräte auf den König einzuwirken gesucht, worauf dieser den friedlichen Bestrebungen seines Neffen nicht geradezu entgegentrat, aber auf jeden Fall die Vereinigung der herzoglichen Truppen mit den königlichen forderte, während sie der Herzog bereits Tilly im Geheimen in Aussicht gestellt hatte.[1]

So erschien denn Herzog Friedrich allerdings mit Vorwissen des Königs in Lauenburg, allein Christian IV. erklärte später ausdrücklich, daß er vor seiner Abreise von der Ausführung dieser Absicht keine Kunde erhalten habe. Noch weniger hatte er dem Herzoge irgend welche Aufträge materieller Art, welche den Verhandlungen hätten zu Grunde gelegt werden können, erteilt, dagegen stellten die beiden Generäle dem Herzoge wirklich eine Reihe von Forderungen zu, aus denen hervorging, daß sie wenigstens die Eroberung Holsteins bereits als eine Thatsache betrachteten. Mit stolzem Siegesbewußtsein schrieben sie an der Grenze des Landes dem Könige Friedensbedingungen vor: die Entlassung seiner Truppen

---

1) Das Schreiben des Königs an den Reichsrat Krempe 22. Aug./1. Sept. (**Bricka og Fridericia**, Egenhaendigo Breve K. Christian den Fj., B. II. 91 ff. mit der Anm auf S. 93 f. **Gindely**, Waldstein 1. 298 ff. Die im Beisein der kaiserlichen Räte Walmerode und Husan (nicht „Husain") festgestellten Bedingungen finden sich bereits in gleichzeitigen Zeitungen und wenn auch nicht wörtlich bei Londorp a. a. O. II. (1630) 1350 f. Das gemeinschaftliche Schreiben der beiden Generäle an den Kaiser ist vom 4. Septbr. Über die Verhandlungen mit den Generalen hat sich Herzog Friedrich selbst in einem Schreiben an Friedrich Ulrich von Braunschweig, Gottorp 25. Sept. a. St, ausgesprochen.

und die Räumung aller noch besetzten Punkte, den Verzicht auf den königlichen Anteil des Herzogtums Holstein und des Kreisoberstenamtes, sowie aller Stifter, auf welche die Söhne des Königs ein Anrecht geltend machten. Ebenso sollte derselbe alle Ansprüche an die Herzöge von Wolfenbüttel und von Lüneburg, sowie an alle anderen Fürsten, Stände und Städte des Reichs fahren lassen und nicht nur die Kriegskosten im allgemeinen zahlen, sondern auch den genannten braunschweigischen Herzögen vollen Ersatz für alle erlittenen Schäden gewähren. Die Generäle verlangten endlich den Austritt des Königs aus allen gegen den Kaiser und das Haus Östreich gerichteten Bündnissen und eine Herabsetzung des Sundzolls auf die früheren Beträge. Alle Bemühungen des Herzogs, diese dem Stolze des Königs unannehmbaren Vorschläge zu mildern, blieben vergeblich.

Der Herzog wagte nicht, dem Könige diese Bedingungen mitzuteilen, forderte ihn aber nach seiner Rückkehr auf, mit Vollmachten versehene Vertreter nach Gottorp zu entsenden, wo er die Verhandlungen fortzusetzen gedachte. Allein der König ging nicht darauf ein, schon um seine Sache nicht dem Herzoge v. Gottorp anvertrauen zu müssen, sondern erklärte sich nur zur Abordnung von Gesandten nach Hamburg bereit, wenn auch seine Feinde völlig beglaubigte Abgeordnete dahin entsenden wollten.

Der wolgemeinte Versuch des Herzogs Friedrich brachte nicht einmal ihm selbst einen Vorteil, da seine Besitzungen von den vordringenden Kaiserlichen völlig verwüstet wurden.

Dem kaiserlichen Feldherrn stellte sich jedoch hier in Lauenburg auch eine Gesandtschaft vor, welche ganz andere Zwecke verfolgte, der Bürgermeister Johann Alemann von Magdeburg und der städtische Syndikus Dr. Dennhardt. Beide wollten ein für ihre Stadt sehr wichtiges Geschäft mit Wallenstein zum Abschluß bringen, das die lange gehegten Hoffnungen aller magdeburgischen Patrioten ihrer Erfüllung einen Schritt näher bringen sollte.[1] Die Stadt hatte sich schon im Verlaufe des Jahres 1626 der erzstiftischen Landstädte Neustadt und Sudenburg fast gänzlich bemächtigt, ohne aber die von Wallenstein geforderte Entschädigung von 50000 Reichsthalern wirklich abzuführen.[2] Diese Versäumnis mochte zum teil darin

1) Nach den Akten des Kön. Archivs zu Magd. Erzstift Magd. St. Magd. Nr. 96. Ob der Vertrag zwischen Wallenstein und dem Rate vom J. 1625 schriftlich festgesetzt worden ist, mag dahin gestellt bleiben. Eine Urkunde scheint der erstere wenigstens nicht ausgestellt zu haben. Vgl. Opel, Der Niedersächsisch-Dänische Krieg. Bd. 2, S. 463—469.

2) In der ungedruckten Ermahnung des Rats an die Bürgerschaft vom 24. Nov./4. Dez. 1627 heißt es: „Man brach die Vorstädte ab, ließ sich aber

begründet sein, daß nicht nur die städtische Geistlichkeit, sondern auch die Anhänger des Administrators und der protestantischen Sache überhaupt der ganzen widerwärtigen Abmachung des Rates von Anfang an schroff entgegengetreten waren. Der Rat mag aber auch während der ersten Hälfte des Jahres 1627, so lange die Entscheidung des Krieges noch zweifelhaft war, die Ausführung seiner Zusage mit Absicht verzögert haben.

Nachdem jedoch der frühere Landesherr, wie es schien, für immer aus dem Erzstifte verdrängt war, und Wallenstein mit seiner schon durch ihre Anzahl Schrecken erregenden Armee den Boden des niedersächsischen Kreises wider betreten hatte, empfand der Rat der Stadt das dringende Bedürfnis, seine Gewaltthätigkeiten gegen die beiden erzstiftischen Städte mit einem Scheine der Berechtigung zu umgeben und um den einzigen Rechtstitel für seinen neuen Besitz nachzusuchen, der ihm überhaupt von Vorteil sein konnte.

Johann Alemann und Dr. Dennhardt eilten nach einem ausdrücklichen Beschlusse des weiteren Rates nach Lauenburg, um sich von Wallenstein eine Bestätigung der Einverleibung dieser erzstiftischen Gebiete auszuwirken. Sie wurden von Wallenstein nicht eben freundlich empfangen, setzten aber die Wiederaufnahme der Verhandlungen trotzdem durch. Allein die Ratsherren mußten sich jetzt dazu verstehen, für die in Aussicht gestellte kaiserliche Genehmigung ihrer Maßnahmen die doppelte Entschädigungssumme zu versprechen, und zwar sollten 50000 Reichsthaler schon am nächsten Michaelistermin, und die gleiche Summe zum Neujahrsmarkte 1628 aufgebracht werden.

Über dieses neue Abkommen soll Wallenstein der Stadt damals eine Urkunde ausgestellt haben, was uns aber nicht wahrscheinlich erscheint, obwol der kaiserlichen Bestätigung vom 17. Febr. 1628 eine solche beigefügt ist. Wir sind vielmehr der Meinung, daß diese Urkunde vom 1. Septbr. 1627 erst während der Anwesenheit derselben magdeburgischen Abgeordneten, des Syndikus Dr. Dennhardt und des Bürgermeisters Johann Alemann, in Prag abgefaßt, aber zurückdatiert ist.[1] Denn erst damals

---

mit dem Recompens nicht finden". Ein Auszug dieses wertvollen Schreibens ist von Hoffmann in der Geschichte d. St. Magdeburg. Bd. 3, 46 ff. (Neu bearbeitet von G. Hertel und Fr. Hülsse. Bd. 2, 102 ff.) zum Abdruck gebracht worden.

1) Diese Urkunde vom 1. September findet sich abschriftlich in dem oben angeführten Aktenstück des K. Archivs zu Magd. und im städtischen Archiv zu Braunschweig, ist aber auffallender Weise dem Abdrucke der kaiserlichen Bestätigung, welche der Rat in seiner ausführlichen wolgegründeten Deduction (1631) veröffentlichte, nicht einverleibt worden. Nach der Darstellung Neubauers, Wallenstein und die Stadt Magdeburg S. 100 ist die Erhöhung auf 133000 Thlr. schon in Lauenburg geschehen.

wurde die in Lauenburg geforderte Summe von 100000 Reichsthalern auf 133000 Thlr. erhöht. Und diese letztere Summe ist auch in der kaiserlichen Bestätigung enthalten.

Wallenstein schloß freilich in Lauenburg nicht etwa ein Kaufgeschäft mit der Stadt Magdeburg ab. Er erteilte derselben vielmehr nur seine Einwilligung dazu, daß sie das eingenommene Gebiet für ihre Befestigungen verwenden durfte, und schützte sie gegen die Ansprüche der Geschädigten. Über das spätere Verhältnis der abgetretenen Gebietsteile zum Erzstifte ist nichts festgesetzt worden.

Dagegen mögen sich die magdeburgischen Stadtbehörden dem Glauben hingegeben haben, durch diesen Handel auch der Anerkennung der Reichsfreiheit vorgearbeitet zu haben. Wurde ihnen doch sehr bald (Febr. 1628) das Ansinnen gestellt, das Privilegium Otto's I. vorzulegen und Auskunft über andere kaiserliche Privilegien seiner Nachfolger zu erteilen! Aber sie werden auch die Hoffnung gehegt haben, durch die Ausdehnung ihrer Befestigungswerke sich weitergehenden Ansprüchen Wallensteins auf die Einnahme einer kaiserlichen Besatzung um so leichter entziehen zu können und im schlimmsten Falle durch die Schließung ihrer Thore den Übergriffen der Kaiserlichen einen erfolgreichen passiven Widerstand entgegen zu setzen. Für eine solche politische Haltung bot den Magdeburgern das in diesen letzten Jahren so oft von starken Heeren umlagerte Braunschweig das beste Vorbild. Und auf eine baldige Zurückziehung der kaiserlichen Armee aus diesen niedersächsischen Stiftern wird man sich auch in Magdeburg damals keine Rechnung gemacht haben.

Der Vormarsch der kaiserlich-ligistischen Armee nach Holstein bis zur Rückkehr Tillys.

Die Vereinigung der Kaiserlichen mit den Ligisten kam etwas nördlich von Lauenburg zwischen Büchen und Pötrau in der Stecknitz zustande.

Am 4. Septbr. traf Schlick mit 68 Komp. Pferden in der Nähe von Trittau ein, dem am folgenden Tage angeblich 80 Komp. Fußvolk folgen sollten.[1]

Tilly sprach sich seinem Kurfürsten gegenüber sehr ungünstig über die wallensteinische Armee aus. Von dem Fußvolke konnten nach seinem Urteil nicht viel über 7000 M. vor den Feind geführt werden. Noch

1) Trampler, Correspondenz des Cardinals Dietrichstein mit dem Hofkriegsrats-Präsidenten Collalto 111 f. Schreiben Schlicks aus dem Felde bei Trittau (nicht „Trittan") vom 5. Septbr.

schlimmer aber stand es mit der Reiterei, deren Kompagnien außerordentlich schwach und auch schlecht bewaffnet waren: die Kompagnien bestanden nur etwa aus 40—50 Pferden oder höchstens noch einigen mehr. Vollständig feldmäßig ausgerüstet waren eigentlich Tillys Bericht nach nur drei Reiterregimenter, das altsächsische, das lauenburgische und das des Herzogs Georg, sehr mangelhaft dagegen die Regimenter Husmann und des Fours. Die Artillerie bestand aus vier halben Kartaunen und zwei Feldschlangen.

Dagegen übertraf die kaiserliche Armee die bairisch-ligistische an Troß und Gepäck so bedeutend, daß auf einen Wagen der Ligisten durchschnittlich deren sechs in der Armee Wallensteins kamen. Der Mangel an Lebensmitteln hatte auf dem Marsche die größten Unordnungen veranlaßt. Der holländische Gesandte in Hamburg schrieb den Generalstaaten, daß Hunger und äußerster Mangel die Kaiserlichen von selbst würden zerstreut haben, wenn man imstande gewesen wäre, sie noch einige Tage jenseit der Elbe zurückzuhalten.

Wallenstein hat selbst an Arnim gemeldet, daß er mit 40 000 M. nach dem niedersächsischen Kreise aufbrechen werde. Allein nach einem in Wien verbreiteten Verzeichnisse führte er aus Schlesien allerhöchstens 30 800 M. heraus, 18 000 M. Fußvolk, 7 300 Kürassiere und 5 500 Arkebusiere und Dragoner, und zu diesen Truppen gehörten auch noch die Regimenter Pechmanns, welche auf ihrem Vormarsche in die Mark ziemliche Verluste erlitten haben mögen.[1] Der Mangel an Lebensmitteln wird sehr ungünstig auf die Kriegszucht und selbst auf den Bestand der Regimenter eingewirkt haben.

---

1) In Nr. 35 einer Zeitung für das Jahr 1627 findet sich „ein Verzeichnuß was der Hertzog von Fridland für Volk mit sich ins Reich genommen den 3. diß" (Aug.) I. Zu Fuß: 1) J. F. G. Reg. 3000; 2) Collalto 2500; 3) Schlick 2000; 4) Tieffenbach 2000; 5) Preiner 2000; 6) Neusächsisches R. 3000; 7) Altsächsisches R. 1000; 8) Wallonen 1500; 9) Nassauisches R. 1000. Sa. z. F. 18000. II. Kürassiere: 1) Wittenhorst 1000; 2) Ferrari 800; 3) Görzenich; 4) Scherffenberg (Schaffenberg); 5) Pechmann 1000; 6) Neusächsisches R. 1700; 7) Merode 1200; 8) Hebron 400. Sa. Kürassiere 7300. III. Arkebusiere: 1) Ob. Hebron 1000; 2) Merode 1400; 3) Isolano 600; 4) Wallachen 500; 5) Ob. Pechmanns Dragoner 1000; 6) Ob. Hebrons Dragoner 1000. Sa. Arkebusiere 5500. Wir fügen diesem Verzeichnisse noch ein zweites hinzu, in welches die kaiserlichen Truppen an der Havel Aufnahme gefunden haben. I. H. Friedl. Regimenter zu Pferd: 1) Herz. Georg von Lüneburg; 2) Herz. Jul. Heinrich von Sachsen-Lauenburg; 3) Markgraf Hans Georg von Brandenburg; 4) Herz. Rud. Maximilian von Sachsen-Lauenburg; 5) Ob. des Fours; 6) Ob. Husmann; 7) Ob. Graf von Merode; 8) Ob. v. Scherffenberg; 9) Ob. Görzenich; 10) Strozzi; 11) Ob. Coronini. II. Reg. z. F. 1) Herzog Georg von Lüneburg; 2) Herz. Rud. Maximilian von Sachsen-Lauenburg; 3) Markgr. Hans Georg von Brandenburg;

Andererseits vereinigte Wallenstein auch die Regimenter, welche unter dem Herzoge Georg von Braunschweig dem Markgrafen gegenüber an der Havel gelegen hatten, wenigstens zum teil mit den schlesischen, so daß er bei seinem Eintritt in Holstein allerdings über 30000 M. unter seinem Befehle geführt haben wird. Von Rahlstedt aus ersuchten Tilly und Wallenstein die Stadt Hamburg, der verbündeten Armee täglich 40000 Brote zu je drei Pfund zukommen zu lassen und am 8. Septbr. mit der Versorgung zu beginnen.

Nachdem unter Tillys Vorsitz am 5. Septbr. auf dem Schlosse zu Lauenburg noch ein Kriegsrat gehalten worden war, an dem auch Wallenstein teil nahm, bereitete man sich zum Abmarsche vor, der am folgenden Tage angetreten wurde. Am 7. Sept. setzte die ganze Armee ihren Zug über Trittau nach Rahlstedt fort und näherte sich Tags darauf zwischen Hamburg und Altona dem Feinde, der indessen schon am Abend zuvor in größter Verwirrung sein Lager zwischen Altona und Ottensen abgebrochen hatte und in der Richtung auf Rendsburg zurückging.[1]

Thurn soll damals 6000 M. Fußvolk, darunter wenigstens 2000 Bauern und nicht voll 2000 R. unter seinem Befehle gehabt haben. Eine Abteilung Reiterei und französische Dragoner deckten den Rückzug besonders gegen die Kroaten, die dem Hauptheere um einen Tagemarsch vorauszogen. Thurn scheint auf seinem Rückzuge jeden ernstlicheren Zusammenstoß mit dem Feinde vermieden zu haben; doch schlugen seine Reiter einmal fünf wallensteinische Kroatenkompagnien in ihren Quartieren auf, während die verbündeten Feinde seiner Nachhut tagtäglich empfindlichen Abbruch thaten.

Am 8. Aug. näherten sich die Östreicher und Ligisten Hamburg. Die Stadt hatte zu ihrer Verteidigung schon seit dem vorigen Jahre etwa 2500 Geworbene eingestellt und vor drei Thoren Befestigungswerke errichtet. Zur Bestreitung der Kosten bewilligte die Bürgerschaft eine Forterhebung des Grabengeldes auf zwei Jahr und eine Haussteuer auf ein Jahr und gewährte dem Rate im August noch ein besonderes Soldaten=

4) Ob. Coloredo; 5) Ob. Cerboni; 6) Ob. Görzenich; 7) Ob. Graf von Nassau; 8) Ob. Aldringer (R. A. in München, Akten des dreißigj. Krieges. Nach einer Mitteilung Arnims berichteten zwei mecklenburgische Gesandte an die Herzöge von Mecklenburg, daß Wallenstein über Brandenburg auf Parchim mit 40000 M. z. F. und 15000 Pferden anmarschiere, Apologia, Beyl. 705.

1) Extract of a letter from Sir Robert Anstruther dated at Hamborrough Sept. 1./11. 1627. London, State papers, Denmark No. 5. Pappenheim an den Geh. Sekretär Eisenreich, Hauptquartier vor Wolfenbüttel, Klein=Stockheim, den 28. Sept. 1627. Kriegsschriften, herausgeg. von bairischen Offizieren 1, S. 86.

geld auf ein Jahr und eine Kriegssteuer, ohne freilich damit weitergehenden Anforderungen des Rates zu entsprechen.

Als nach Hunderten von Jahren zum ersten Male wider ein kaiserlicher General an der Spitze eines beträchtlichen Heeres an den Mauern der Stadt entlang zog, bemächtigte sich der Bürgerschaft ein Schrecken, als ob der Landesfeind vor den Thoren stünde. Von den Thürmen herab wehte die Blutfahne; Trompetengeschmetter rief Bürger und Soldaten zu den Waffen; die Mannschaften wurden, so wie sie sich sammelten, auf die Wälle geführt. Auch der Rat nahm seine Stellung mitten unter der bewaffneten Bürgerschaft ein. Der englische Gesandte konnte vermöge seines Glases 28 Fahnen der Feinde erkennen und sehen, wie sich die Kroaten im Felde herumtummelten. Um den Mittag herum rückte die Hauptarmee gegen die Stadt heran, welche Anstruther auf etwa 25000 M. schätzte. Die Artillerie bestand nach demselben Gewährsmanne aus zwanzig halben Kanonen und einer beträchtlichen Anzahl Feldstücke. Bis auf Kanonenschußweite näherten sich die Kroaten den Mauern, so daß sechs derselben ergriffen und in das Pesthaus gebracht werden konnten. Als man die allzugroße Annäherung auf dem Walle wahrnahm, gaben drei Geschütze Feuer, wodurch zwei Mann samt den Pferden getötet wurden.

Wallenstein sah man deutlich auf stattlichem Rosse dem Zuge vorausreiten. Als aber 30—40 Personen aus seiner Umgebung bis unmittelbar an die Stadtgräben vorritten, erhielten sie Musketenfeuer, und auch ein großes Geschütz wurde schußfertig gemacht. Allein ein Mitglied des Rates hielt zuletzt den Kanonier davon zurück, Feuer zu geben. Wahrscheinlich ist damals der vor Hamburg gebliebene Diener des Herzogs Georg getötet worden. Da der Mangel in den Reihen der Feinde so groß war, daß man einen kleinen Laib Brot mit einem halben Reichsthaler bezahlte, baten die Generale um Nahrungsmittel, die ihnen zugesagt wurden; doch ließ ihnen der Rat zugleich die Bitte zugehen, die Regimenter nicht allzu nahe an der Stadt vorüberzuführen, und sendete einen Offizier hinaus, der die Truppen nach Altona hinüber geleitete.

Das feindselige Vorgehen ihrer Verteidigungsmannschaften entschuldigte die Stadt damit, daß Wallenstein und Tilly niemand auf dem Walle persönlich bekannt gewesen seien, und daß man der kleinen Abteilung feindselige Absichten gegen die Stadt beigemessen habe, suchte aber das Versehen auch durch Geschenke an Wein, Bier und Lebensmitteln an die Generäle wider gut zu machen. Trotzdem soll sich Wallenstein haben vernehmen lassen, die Stadt werde ihr Unterfangen mit 400000 Reichsthalern entgelten müssen. Dagegen bereitete der Rat den Herzögen von

Holstein und Lauenburg am andern Tage einen um so freundlicheren Empfang und stellte überhaupt der Versorgung des in der Nähe lagernden Heeres nicht das geringste Hindernis entgegen. Die Ausfuhr von Lebensmitteln nahm in Folge davon einen sehr großen Umfang an, und am 10. Sept., wo die ganze Stadt voll von Soldaten war, mußte man das Brot vier und fünf Mal teurer als gewöhnlich bezahlen. Denn die Verpflegung beider Heere war keine unentgeltliche, sondern die Verpflegungsbeamten hatten im Voraus Zahlung zu leisten.

Von Seiten der Stadt hatte man an diesen Tagen alle Wirtshäuser, Straßen, Pforten und Wälle mit Wachen besetzt und die Straßen mit Ketten abgesperrt. Täglich zogen 14 Fahnen Bürger ohne die Geworbenen auf Wache.

Vor den Thoren und in den Außengebieten kam es zu Gewaltthätigkeiten. Kroaten wollten das Vieh wegtreiben, welches die Landleute unter die Wälle der Stadt und unter die Geschütze unmittelbar an der Außenseite der Mauer in Sicherheit gebracht hatten. Von Mannschaften Tillys wurde das Dorf Barmbeck angezündet, worüber ein Auflauf in der Stadt entstand, der den darin befindlichen Offizieren, so auch dem Herzoge von Lauenburg, gefährlich zu werden drohte.[1] Wandsbeck ging damals in Feuer auf.

Wallenstein schlug, während das Heer um Hamburg und Altona eine kurze Rast hielt, sein Hauptquartier im Dorfe Eidelstedt auf, und Tilly und der Herzog von Lüneburg nahe dabei: keiner der beiden obersten Heerführer hat Hamburg mit einem Fuße betreten.

Bis nach Eidelstedt hatte Schlick die Vorhut der ganzen Armee geführt. Hier aber erteilte ihm Wallenstein den Auftrag, mit einer sehr beträchtlichen Abteilung, angeblich sogar 30000 M. (!), in östlicher Richtung nach dem Meere zu vorzugehen und die Ostküste vor dem Markgrafen von Baden zu sichern, dessen baldige Ankunft in Holstein erwartet wurde. Einer Mitteilung Pappenheims zufolge, der freilich nicht auf dem Kriegsschauplatze anwesend war, bestand der Schlick überwiesene Heeresteil aus acht Cornet Reitern und neun Regimentern Fußvolk.[2]

Diese Abzweigung einer besonderen Armee war von sehr großer Bedeutung, da sie wahrscheinlich überhaupt erst die Veranlassung geworden

1) Vierzig Tausend Mann z. F. und zweihundert Cornet Pferde sollen damals an Hamburg vorüber gezogen sein. Zeitungsbrief aus Pinneberg vom 16. Septbr.

2) Pappenheim an den geheimen Sekret. Eisenreich, Hauptquartier vor Wolfenbüttel, Klein-Stockheim 28. Sept. 1627. Kriegsschriften, herausgegeben von baierischen Offizieren 1, 87.

ist, daß dem Markgrafen von Baden der bestimmte Befehl erteilt wurde, seine Regimenter von der mecklenburgischen Küste nach dem östlichen Holstein überzusetzen. Bis dahin hatte der König anscheinend noch gar keinen Beschluß über die Verwendung dieser beträchtlichen Armeeabteilung gefaßt. Dagegen forderte Wallenstein schon am 11. Sept. von Eidelstedt aus die Stadt Lübeck auf, die Truppen seines Feldmarschalls auf ihrem Vormarsche auf jegliche Weise, besonders mit Lebensmitteln zu unterstützen.[1]

Der Hauptstock der Armee, bei welchem sich Tilly und Wallenstein persönlich befanden, rückte darauf gegen das mit Wall und Gräben versehene Schloß Pinneberg vor. Die Verteidiger der kleinen Festung bestanden meist aus holsteinischem Ausschuß und etwa 100 M. Geworbenen, welche der König zuletzt noch durch eine Kompagnie Engländer verstärkt hatte. Obwol der die Verteidigung leitende Offizier wußte, daß er auf keinen Entsatz zu hoffen hatte, hielt er doch der überlegenen feindlichen Armee bis zum 12. Septbr. Stand, da man dem Schlosse nur mit Artillerie zusetzen konnte. Am Abend des 12. Septbr. übergab jedoch der Kommandant nach einem Verluste von 20 Toten und mehr als 40 Verwundeten das Schloß, welches darauf zwei Kompagnien friedländisches Volk zur Besatzung erhielt. Den Kommandanten hatte man schon wegen seines hartnäckigen und aussichtslosen Widerstandes unter einen Baum geführt, um ihn aufzuknüpfen, als er los gebeten und wider in Freiheit gesetzt wurde.

Unter den Verwundeten auf Seite der Sieger befand sich auch Tilly. Als er am 11. Septbr. abends gegen 8 Uhr zu Fuß und ohne Begleitung die von seinen Truppen eingenommenen Stellungen in Augenschein nahm, erhielt er vom Walle aus in die Wade des linken Fußes einen Schuß, so daß er zu Falle kam. Er richtete sich indessen allein wider auf, bestieg in der nächsten Batterie ein Pferd und ritt in sein Quartier.

Trotzdem hatte die leichte Verwundung einen nicht unbeträchtlichen und sehr überraschenden Einfluß auf die obere Leitung des Heeres, welche von diesem Augenblicke an Wallenstein allein an sich zog. Denn der ligistische General begab sich seiner Wunde wegen am 17. Sept. mit zwei Regimentern, dem schönbergischen und dem cronbergischen, nach Lauenburg zurück und erschien überhaupt nicht wider auf diesem Kriegsschauplatze. Die beiden Regimenter ließ er zu den Truppen des Grafen von Anholt stoßen.

Wallenstein aber behielt nach Tillys Abzug die drei übrigen ligistischen Regimenter — Fürstenberg, Reinach und Herberstorff — zurück und

1) Archiv der freien Stadt Lübeck.

zog sogar die ligistische Artillerie an sich. Tilly setzte freilich dieser bedeutenden Veränderung in der Stellung beider Armeen zu einander hartnäckigen Widerstand entgegen, mußte sich aber endlich doch in das Unvermeidliche fügen. Denn Wallenstein sprach die Drohung aus, daß er sich bei der fortgesetzten Weigerung Tillys genötigt sehen werde, das untere Elbgebiet wider zu verlassen und zurückzugehen, da er sich allein dem Feinde besonders auch infolge des schlechten Zustandes seiner Artillerie nicht gewachsen fühle.

Noch weniger als Tilly war natürlich sein nächster Kriegsherr über diese Trennung seiner Armee erfreut und grollte besonders darüber, daß Wallenstein die ligistischen Regimenter nicht einmal mit Proviant versehen wollte. Ruepps hierauf gerichtete Bemühungen scheiterten anfangs vollständig,[1] erst nach einiger Zeit trug die eiserne Notwendigkeit den Sieg über Wallensteins Hartnäckigkeit davon.

Von Pinneberg aus führte Wallenstein die Armee gegen Elmshorn und bedrohte damit schon Krempe und Glückstadt. In der Umgebung von Elmshorn standen der Graf v. Thurn und der Rheingraf mit einigen Regimentern Fußvolk und Reiterei, wagten aber den Kaiserlichen nicht die Spitze zu bieten, sondern steckten bei ihrer Annäherung die Quartiere in Brand und ergriffen die Flucht. Sie wurden darauf von den Östreichern verfolgt und wichen nach Steinburg zurück, wo sie wider Stand zu halten suchten. Bald gaben sie jedoch auch hier Fersengeld, nachdem sie den Ort mit Ausnahme des Schlosses und des Vorwerks durch Brand verwüstet hatten. Das dänische Fußvolk suchte in Krempe Schutz, während die Reiterei ihre Quartiere in und um Rendsburg aufgeschlagen haben wird.

Die Zerstörung Breitenburgs, die Einnahme Rendsburgs und die Enthauptung des Obersten Görzenich.

Schon am Abend des 11. Septbr. langte Wallenstein, in dessen Umgebung sich damals der Generalfeldzeugmeister Graf zu Fürstenberg befand, vor dem an einem nach Krempe, Breitenburg und Itzehoe führenden Damme gelegenen Orte Steinburg an, der ohne jegliche Schwierigkeit besetzt wurde. Am nächsten Tage vertrieb Fürstenberg die etwa 1000 M. starken Feinde aus einem Dorfe zwischen Steinburg und Krempe, das sie eben anzuzünden im Begriff waren. Von der Belagerung der mit sieben Bollwerken verwahrten Festung Krempe, die rund herum in das Wasser

1) Ruepp an den Kurfürsten Maximilian, Pinneberg, 15. Septbr.

gesetzt werden konnte, nahm Fürstenberg für diesen Herbst Abstand.[1] Merode erhielt von Wallenstein Auftrag, die befestigten Schlösser Haseldorf und Haselau westwärts von Pinneberg, von denen aus die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln erschwert werden konnte, zu besetzen, was ihm ohne Kampf gelang. In Steinburg verlor die kaiserliche Armee einen ihrer Obersten, den erst einunddreißigjährigen lutherischen Markgrafen Johann von Brandenburg-Kulmbach, durch den Tod.

Wallenstein war entschlossen, von Steinburg nach Rendsburg zu gehen, wo angeblich der Feind seine größte Streitmacht zusammengebracht hatte. Aber er wollte sich rechts von Steinburg nach Rendsburg wenden, weshalb Fürstenberg bei Kellinghausen und Kesdorf Brücken über den Störfluß schlagen ließ. Die Armee scheint bereits am 14. Sept. nach Itzehoe zu aufgebrochen zu sein, wobei Wallenstein auch in einer gewissen Fühlung mit dem Grafen Schlick blieb.

In Itzehoe fand Wallenstein nicht den geringsten Widerstand: in den Tagen zwischen dem 17. und 20. Sept. mag er hier sein Hauptquartier aufgeschlagen haben. Dagegen schien sich das westlich davon auch am Störflusse gelegene und von 300 Franzosen besetzte Heiligenstedten verteidigen zu wollen. Zuletzt zog jedoch auch dieser kleine Ort einen Vergleich vor.

Von Itzehoe aus ließ Wallenstein Breitenburg einschließen, ein festes Schloß der Familie Ranzau, den Wohnsitz des jüngst verstorbenen Statthalters Gert Ranzau. Die kleine Festung lag auf einem Hügel, dessen weitere Umgebung durch den Störfluß unter Wasser gesetzt werden konnte. Sie war von ziemlich starken Mauern umgeben, aus denen sich Türme und Basteien erhoben, und bildete ein Viereck. Außerhalb der Mauer zog sich ein angeblich 85 Fuß breiter Graben um das Schloß.[2]

Dem Anschein nach war die Umgebung des Schlosses damals wirklich unter Wasser gesetzt worden, allein die Fluten hatten sich bald verlaufen, und die kaiserlichen Offiziere scheinen sich auch mit Hilfe der Landleute durch Eröffnung der Schleusen freie Bahn gemacht zu haben.

Von einem unverdächtigen Gewährsmanne vernehmen wir, daß die Kaiserlichen am 7./17. Septbr. abends den ersten Angriff auf das Schloß

---

1) Copia Schreibens an Ihr Exc. (wahrsch. ist Tilly gemeint) von Herrn Generalzeugmeister Herrn Grafen von Fürstenberg, Steinburg 13. Sept.; Ruepp an den Kurfürsten Max. Lauenburg 26. Sept.

2) Vgl. Posselt, die Bibliothek Heinrich Ranzau's in der Zeitschrift der Ges. für Schleswig-Holst. Lauenb. Gesch. Bd. 11. 73. Monro sagt (I. 38) von dem Schlosse: the Castle of Bredenberg, being a passe, but not strong, nor fortified in Forma.

machten und zwar „von der Winßeldörfer Seite her bei dem Kaninkenberge vor dem Breitenberge". Bald war das Schloß mit Laufgräben umgeben und wurde von der Artillerie beschossen.[1]

Die Verteidigung des Platzes war dem bereits erwähnten Major Dumbarre übertragen, welcher vier Kompagnien Schotten und einiges deutsche Fußvolk von Glückstadt nach Breitenburg geführt hatte. Er war unmittelbar darauf, nachdem die beiden aus Lauenburg entlassenen schottischen Kompagnien in Glückstadt angelangt waren, mit dem Oberbefehle über das „an einem Passe" gelegene Schloß betraut worden und lag also erst wenige Wochen hier.

Nach einer andern Nachricht soll die militärische Besatzung nicht ganz 600 Mann betragen haben: 400 Schotten und 100 bis 150 Hausleute, d. h. Hofbesitzer und Knechte, welche in einem Abhängigkeitsverhältnisse zum Schloßherren standen. Außerdem hatten aber in der Burg Hunderte von Frauen und Kindern Zuflucht gesucht, und die Landleute einen Teil ihres beweglicheren und wertvolleren Besitzes auf die Festung in Sicherheit gebracht. Das Haus war mit Lebensmitteln für eine lange Belagerung versehen; dagegen scheinen die Pulvervorräte gering gewesen zu sein: nach der Einnahme fand man nur noch drei bis vier Tonnen.

Wallensteins Hauptquartier blieb während der Belagerung Itzehoe; vor der Stadt hatte er sein Feldlager aufgeschlagen. Seine nächste militärische Umgebung bildeten der Graf von Fürstenberg, ferner der Herzog Georg von Lüneburg und der Markgraf Hans Georg von Brandenburg; auch Aldringer gehörte seinem Gefolge an.

Die Belagerungsarbeiten leitete der Oberfeldherr ziemlich unmittelbar; fast täglich ritt er von Itzehoe nach Breitenburg hinaus.

Den ersten bedeutenden Erfolg erreichten die Belagerer am 28. September: sie bemächtigten sich des „ersten Rondels im Krautgarten" und

---

1) Unser Gewährsmann ist Heinrich M....., ein Kundschafter des Obersten Durant in Glückstadt. Er berichtete in einem Schreiben aus Krempe vom 21. Sept. a. St. an diesen Obersten, daß es nicht möglich gewesen sei, während der Belagerung Kundschaft aus Breitenburg einzuziehen, und fügte dann die ihm von einem entkommenen Schotten, also wol dem Fähnrich Lumsdall, und einem ebenfalls geretteten deutschen Lieutenant mitgeteilten Nachrichten über die Einnahme der Burg hinzu. Der Brief befindet sich im Original in dem Kön. Geh. Archiv zu Kopenhagen und ist mir von dem H. Archivsekretär Matthiessen gütigst mitgeteilt worden. Die Nachricht, welche Herz. Georg von Lüneburg am 30. Sept. n. St. dem Herzoge Johann Ernst von Eisenach brieflich zugehen ließ, scheint sich nicht erhalten zu haben. Doch bezieht sich Herz. Georg in einem spätern Schreiben an denselben Herzog, Rendsburg 3. Okt., auf diese Benachrichtigung.

der untersten Werke, wurden aber von den heldenmütigen Verteidigern noch an demselben Tage wider daraus vertrieben. Am andern Tage, noch vor dem Morgengrauen, wurde jedoch die kleine Festung von drei Seiten her beschossen und zwar so, daß auf „jeder Seite vier halbe Cartaunen oder etliche ganze Cartaunen“ ihre Schuldigkeit thaten. Und darauf liefen die Belagerer von allen Seiten Sturm. Trotzdem wurde der Angriff dies Mal noch abgeschlagen. Bald jedoch bemächtigten sich die Kaiserlichen des bereits am vorigen Abend eroberten Werkes im Krautgarten wider und richteten nun die eroberten Stücke gegen die Verteidiger. Dann gelang es den Angreifern, zwei ganze Kartaunen an die oberste, freilich abgeworfene Brücke unmittelbar unter eine Linde zu bringen, worauf sie aus nächster Nähe den Turm und den Zwinger zusammenschossen. Da man aber trotzdem noch durch den Graben am Eindringen verhindert wurde, legte man „unten am Wasser eine Brücke hinüber“ und füllte „den alten Graben“ mit Holz und Buschwerk aus, so daß man den Wall ersteigen konnte. In ähnlicher Weise wurden auch der hinterste Zwinger und die Ringmauer heruntergeschossen, und die Eroberer erklommen dann den Wall auch von dieser Seite. Über 700 Schüsse aus grobem Geschütz soll die kleine Festung nach der Versicherung eines kaiserlichen Offiziers im Laufe der Belagerung erhalten haben.

Dumbarre befand sich bei der Eroberung nicht mehr unter den Lebenden. Als er sich sechs Tage tapfer verteidigt hatte, ließ ihn der Feind um Übergabe des Platzes ersuchen. Der edle Schotte aber erwiderte: „so lange Blut in Dumbarres Hirn ist, wird er die Feinde nicht einlassen“, oder nach einem anderen Berichte „man sollte über ein Jahr widerkommen“, und gewährte keinem feindlichen Unterhändler mehr Zutritt. Und auch alle andern Offiziere nahmen sich ihren Vorgesetzten zum Beispiel.[1]

Wallenstein hatte beschlossen, an den hartnäckigen Verteidigern zur Nachachtung für andere ein grausames Strafgericht zu vollstrecken: es sollte alles niedergemacht und kein Pardon erteilt werden.[2] — Als daher

1) Nach einer Mitteilung des Herzogs Georg von Lüneburg an den Herz. Johann Ernst von Eisenach ist die Festung am 11. Tage der Belagerung und im andern Anlaufe erobert worden. Somit scheint der Herzog die Einschließung erst vom 8./18. Septbr. an gerechnet zu haben.

2) Ruepps Schreiben an Maximilian, Lauenburg 2. Okt. K. R. A. in München. Der Ort wurde nach der Mitteilung des Herzogs Georg an seinen Bruder Christian „im andern Sturmblauff“ genommen, woraus Fr. v. d. Decken (Herzog Georg I. 384) oder vielmehr sein Diener „im Andern Steinbrück“ gemacht hat.

die geringe Besatzung dem überlegenen Angriffe keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen vermochte, fielen anfangs alle noch Lebenden der rachsüchtigen Wut der eindringenden Feinde ohne Gnade und Erbarmen anheim. Später schenkte man wenigstens Frauen und Kindern das Leben, jedoch wurde den ersteren alles abgenommen, und die „tauglichen mit in die Quartiere genommen". Von den Männern, welche sich auf dem Hause befanden, entkamen nur etwa fünf oder sechs; nur ein einziger Mann soll wirklich Quartier erhalten haben, der Lieutenant eines gefallenen Kapitäns Nachtigall.[1] Unter den wenigen Geretteten befand sich ein schottischer Fähnrich Lumsdall. Später wurde erzählt, daß die ergrimmten Sieger dem schottischen Major das Herz aus dem Leibe rissen und es ihm in den Mund steckten.[2]

Von einem schottischen Augenzeugen stammen auch die oben mitgeteilten näheren Nachrichten über die Eroberung. Auch sie sind unzureichend und lückenhaft, immerhin aber wertvoll, da sich eingehendere Berichte, die nur die Sieger hätten erstatten können, nicht vorfinden. Und diesen scheint doch ein gewisses moralisches Schamgefühl den Mund geschlossen zu haben. Nur wenn sich die Behauptung, daß die Belagerten durch Schrotladungen aus groben Geschützen die Angreifer zurückzutreiben versuchten, erweisen ließe, würde Wallensteins Blutbefehl in einem etwas milderen Lichte erscheinen.

Damals ist auch die von dem Humanisten Heinrich Ranzau gesammelte wertvolle Bibliothek zum teil verschleppt, zum teil vernichtet worden. Wallenstein hatte dieselbe dem kaiserlichen Beichtvater Wilhelm Lamormaini zum Geschenk gemacht und Aldringer den Auftrag erteilt, dieselbe nach Leitmeritz schaffen zu lassen. Allein am 21. Okt. hatte sich Aldringer seines Auftrages noch nicht ganz entledigt, denn an diesem Tage ersuchte ihn Lamormaini ausdrücklich, einige ketzerische Bücher, wie Luthers Werke, mitzusenden: durch die letzteren wollte er den Beweis führen, daß die Werke Luthers von den Katholiken nicht verderbt seien.[3]

---

1) Der Oberstlieutenant Bindauf meldet dem Kurfürsten von Sachsen aus dem Lager bei Itzehoe und Breitenburg, daß Br. nach achttägiger Beschießung eingenommen, und gegen 800 oder 900 Soldaten und Bürger niedergehauen worden seien. Seinem Berichte nach soll überhaupt keine einzige männliche Person am Leben geblieben sein. Dies ist aber ein entschiedener, wenn auch leicht erklärlicher Irrtum.

2) Monro I. 38. 39.

3) Lamormaini an Aldringer, Prag 21. Okt. 1627. K. H. St.-A. in Dresden. Posselt, Die Bibliothek Heinrich Ranzaus (Zeitschrift der Gesellschaft f. schleswig-holsteinische-lauenburgische Geschichte, Bd. 11, 114) bezeichnete es mit Recht als „wahrscheinlich, daß der größte Teil der Bibliothek von Wallenstein nach Böhmen geschafft" sei.

Von Itzehoe aus unternahmen die Kaiserlichen ferner am 23. Sept. mit ihrer ganzen Kavallerie und tausend Dragonern einen Vorstoß nach Rendsburg, in dessen unmittelbarer Umgebung Prinz Christian V. von Dänemark und der Rheingraf mit 28 Kompagnien Reitern standen. Der Prinz scheint sich hier längere Zeit der Beschleunigung der Rüstungen und der Verstärkung der Verteidigungswerke halber aufgehalten zu haben, da er schon mehrere Tage vorher die Herzogin von Sonderburg von hier aus an die Pflicht der Verteidigung erinnerte.[1]

Dieser Angriff der Kaiserlichen glückte nicht vollständig, doch wurde die dänische Reiterei verjagt und ein nicht unbeträchtlicher Teil derselben niedergemacht. An diesem Vorstoße nahm auch der Herzog Georg von Lüneburg Teil, der aber schon am folgenden Tage in das Feldlager vor Itzehoe zurückkehrte. Die von den Dänen vor Rendsburg errichtete Schanze blieb in den Händen der Kaiserlichen, die bald auch drei Regimenter Fußvolk heranzogen[2] und die Stadt mit Laufgräben und Verschanzungen einschlossen. Nach dem Falle von Breitenburg führte jedoch Wallenstein auch die Gesamtarmee von Itzehoe nach Rendsburg, die am 2. Okt. vor der Stadt anlangte und sofort Anstalten zur Beschießung traf.

Die übrig gebliebenen Verteidiger Rendsburgs, unter denen sich 1 500 Franzosen befanden, hatte der König unter den Oberbefehl eines deutschen Hauptmanns Klinge gestellt, weil er dem Obersten Montgommery als Franzosen keine Festung anvertrauen wollte. Schon als die Hauptarmee der Feinde vor der Stadt ankam, war der Mut der Besatzung gebrochen. Denn die Dänen hatten bei ihrem Abzuge die Stadt angezündet, so daß sich die Verteidiger auf das feste Schloß zurückziehen mußten. Schon war auch der Mangel unter den Soldaten so groß, daß sie in den Stadtgärten ihren Hunger durch Rüben zu stillen suchten, wobei mehrere den Feinden in die Hände fielen. Nur kurze Zeit nach Wallensteins Eintreffen suchten die Verteidiger um eine zwölftägige Bedenkzeit zur Übergabe nach, die ihnen anfangs nicht gewährt werden sollte, da man in Wallensteins Umgebung entschlossen war, unter Zurücklassung eines Teils der Armee unverzüglich den Marsch gegen den Rheingrafen nach Flensburg hin fortzusetzen.

---

1) O. Nielsen, Alses Overgivelse til de Kejserligo Tropper i Krigen 1627—29 (Historisk Tidsskrift, tredie Raekke, Sjette Bind 73).

2) Bindaufs Brief an den Kurfürsten von Sachsen aus dem Lager vor Rendsburg 16./26. Septbr. Drei Tage darauf befand sich Bindauf wider im Lager bei Itzehoe und Breitenburg. K. H. St.-A. in Dresden.

Endlich erteilte Wallenstein der Besatzung die erbetene Frist, worauf der Kapitain Klinge zum Könige ging, um seine Genehmigung zur Übergabe der Stadt einzuholen.[1]

Der kaiserliche Oberfeldherr scheint indessen damals im Vertrauen auf den weiteren glücklichen Verlauf, welchen er von Schlicks Vormarsch erwartete, die persönliche Verfolgung des Rheingrafen aufgegeben zu haben. Immerhin währte es jedoch noch einige Tage, bevor die Verteidiger jeder Hoffnung auf Entsatz entsagten. Erst als Schlick bereits die Umgebung von Wiborg erreicht hatte und Kapitain Klinge mit der schriftlichen Zustimmung des Königs zur Übergabe zurückgekehrt war, gaben sie ihre Sache verloren. Nach einem förmlichen Vertrage (vom 16. Okt.) verließ die Besatzung Tags darauf mit fliegenden Fähnlein und allem Gepäck die Stadt. Man fand sie beim Auszuge ungefähr fünf Fähnlein oder gegen 1500 M. stark. Unter diesen 1500 M. waren nur etwa eine Kompagnie Dänen, die übrigen Kompagnien bestanden meistenteils aus Franzosen. Dem Vertrage gemäß sollten die Abziehenden zum Könige, angeblich nach Kolding, geleitet werden. Den Befehl hierzu erhielt der Oberstlieutenant Bindauf. Doch dürfte in Wirklichkeit nur ein geringer Teil derselben die Überreste des dänischen Heeres erreicht haben, da die das Geleit führenden Offiziere in solchen Fällen alle möglichen Mittel anwendeten, um den Geleiteten den Marsch so unbequem wie möglich zu machen und das Entkommen derselben nicht eben erschwerten. Rendsburg besetzte der kaiserliche Oberst Cerboni mit vier Kompagnien Fußvolk.

Noch bevor sich die Stadt ergeben hatte, wurde den kaiserlichen Heerscharen ein bisher noch nie gesehenes Schauspiel dargeboten. Der Feldhauptmann ließ einen der größten Übelthäter unter seinen Obersten, Adam Wilhelm Schelhart v. Donfurt Freiherrn v. Görzenich (Gürzenich) nach Urtel und Recht enthaupten.

Dieser Oberst war schon im Jahre 1626 mit Werbungen am Rheine beschäftigt gewesen und hatte dabei so übel gehaust, daß ein anderer kaiserlicher Oberst, der Herzog Rudolf Maximilian zu Sachsen-Lauenburg, welcher Görzenich nicht viel nachstand, gegen ihn aufgeboten wurde und ihn aus dem Amte Kirberg und aus Idstein verjagte. Den Erlös dieses Beutezuges gab Görzenich selbst auf 200000 Thaler an. Und demungeachtet erteilte man diesem Freiherrn im Jan. 1627 den Auftrag, zwei Regimenter zusammenzubringen und wies ihm die nassauischen Lande als Werbe- und Sammelplatz an, wo bereits der eben genannte Herzog

1) Wir entnehmen diese Thatsache rendsburgischen chronikalischen Aufzeichnungen, welche in Helmcke's kleiner Schrift, Die Belagerung Rendsburgs im Jahre 1645, 8f. benutzt sind.

mit der Aufstellung von 6000 M. beschäftigt war. Görzenich durchstreifte mit seinen wüsten Scharen den Westerwald und die Wetterau, setzte sich im Mai und Juni 1627 ganz eigenmächtig im Nassauischen fest und fuhr in seinen Erpressungen fort.[1] Von mehreren Seiten wurde bei dem Kaiser Klage erhoben, ohne daß man gegen den Unhold einschritt.

Der dem alten niederrheinischen Geschlechte der Herrn zu Gürzenich entsprossene, im Land Geldern begüterte, noch jugendliche, aber verheiratete Oberst hatte in der letzten Zeit auch in Böhmen Güter erkauft, so daß er recht wol von dem Ertrage seiner Besitzungen hätte leben können. Er hatte gerade in diesem Jahre Großwalten, Tölzelsdorf und Schneckendorf in Böhmen von dem kaiserlichen Obersten Wolraf Wilhelm v. Wittenhorst käuflich erworben und die Besitzungen Wartenberg, Lämberg und Tolzbach für 203790 Gulden oder 215000 Gulden von Wallenstein dazu erkauft.[2] Außerdem muß er ein sehr beträchtliches Baarvermögen und Silbergeschirr erbeutet und mit sich geführt haben, welches nach seinem Tode im Rathause zu Magdeburg in Verwahrung lag. Aus diesem Vermögen forderte Wallenstein im Jahre 1628 von dem Rate der Stadt Magdeburg die neunmonatlichen Zinsen der rückständigen Kaufgelder für die zuletzt genannten Güter im Betrage von 6450 Reichsthalern.[3]

Indem Görzenich also seine wilden Scharen vom Rhein durch Hessen, Thüringen und das Mansfeldische nach der Elbe führte, unternahm er zugleich einen Beutezug, wie ihn großartiger niemals ein Räuberhauptmann durchgeführt hat. Wenn er dabei freilich die Hoffnung gehegt hat, daß sein Feldhauptmann ihm als seinem Schuldner eine wolberechnete Nachsicht werde zu teil werden lassen, so hat er sich darin getäuscht. Er wurde schon auf dem Marsche festgenommen und mußte seine Regimenter als Gefangener nach Holstein begleiten.[4]

1) Vgl. Keller, Die Drangsale des Nassauischen Volkes ... in den Zeiten des dreißigjährigen Krieges 72 ff.

2) Auch Daniel Hebron und Johann Ludwig Isolano hatten durch Kauf Güter von Wallenstein erworben, der erstere Wiltschic, der zweite Zasadka, Thomas Bilek, Beiträge zur Geschichte Wallensteins 82. 83. Über Hebrons Besitzungen in Pommern, Hannke, Rudolf: Cosmus von Simmerns Bericht über die von ihm miterlebten Geschichtsereignisse zur Zeit des Wallensteinischen und Schwedischen Kriegsvolkes in Pommern. (Baltische Studien. Jahrg. 40. 30. Anm. 9.)

3) Vgl. Thomas Bilek, Beiträge 80, 81 und Wallensteins Brief an den Rat der Stadt Magdeburg, Prag 23. Febr. 1628, dessen Entwurf sich im Arch. d. K. K. Kriegsministeriums in Wien befindet.

4) Nach dem Schreiben des Oberstlieutenants Bindauf an den Kurfürsten von Sachsen aus seinem Quartier vor Hamburg, 7. Septbr. n. St. wurde Görzenich damals von 50 Musketieren bewacht.

Am 8. Oktober reichte endlich der Generalprofoß eine Klageschrift gegen ihn ein, und Tags darauf faßte das Kriegsgericht den Beschluß, da der Verklagte nichts Erhebliches gegen die Anklagepunkte einzuwenden vermochte, den Verbrecher „nach kaiserlichem Rechte vom Leben zum Tode hinzurichten" und Kopf und Rumpf auf dem Rade zu befestigen. Der unerhörtesten Gewaltthaten wurde der Oberst in dieser Klageschrift beschuldigt.[1] Er hatte im Kurtrierischen zwei Frauenklöster ruiniert und dem Lande in kurzer Zeit über 150000 Reichsthaler Schaden zugefügt. Ebenso war Kurmainz von ihm gebrandschatzt, und ein Dorf eingeäschert worden. Dem Bischofe von Würzburg hatte Görzenich 5000, dem Abte von Fulda 4000 Thaler abgepreßt. Im Fuldischen hatte er Mörder gedungen, um einen ihm mißliebigen Unterbeamten des kaiserlichen Kommissars Metzger, während derselbe neben dem Abte im Wagen saß, aus der Welt zu schaffen. Nur dem zufälligen Umstande, daß das Pistol versagte, hatte der mit dem Tode Bedrohte seine Rettung zu verdanken. Auch aus dem Darmstädtischen waren der Klagen viel eingelaufen; diese wurden jedoch weit überboten von den Beschwerden des Grafen Ludwig von Nassau. Görzenichs Scharen hatten in Idstein und Wiesbaden zur Nachtzeit die Mauern erstiegen, in Wiesbaden das Rathaus gestürmt, die Badegäste gebrandschatzt und die Bürger vom Löschen zurückgehalten, als durch die Nachlässigkeit der Wachen eine Feuersbrunst entstanden war. Von einer Anzahl Geißeln, die er aus dem Nassauischen in das Stift Fulda führte, hatte der Oberst 18000 Rchsthlr. als Preis der Loslassung gefordert. In der Grafschaft Ysenburg wurden besonders Beschwerden erhoben wegen der Gewaltthätigkeiten gegen das weibliche Geschlecht. Aber auch Graf Wilhelm v. Solms hatte sich persönlicher Angriffe nicht erwehren können, und in Erfurt hatte der Räuber einen seiner Schreiber, welcher seiner Habgier nicht genug thun konnte und sich entschuldigte, mit eigner Hand ermordet. Auf diese und ähnliche Beschuldigungen hin stellte der Profoß seine Klage an, „den Klagenden und von Görzenich höchst offendirten Seufzenden zur tröstlichen Satisfaktion und künftiger besserer Hoffnung".

Wallenstein milderte die festgesetzte Strafe und ließ es bei der Enthauptung bewenden, die am 12. Oktober auf freiem Felde vollzogen wurde. Schon die ziemlich wörtlich mitgeteilte Stelle aus dem Urteile

1) Vgl die seltene Druckschrift: Malefiz: Kriegs: vnd Standt Recht, Auch Anklag vnd Vrtheyl, So in dē Feldt Haupt-Quartier bey Rensburg in Holstein vber den Obristen Görzenich den 8. Octobris Anno 1627 gehalten, vnnd exequirt worden. Getruckt im Jahr, 1627 4. K. B. i. München. Eine Abschrift dieses Druckes verdanke ich der Güte des K. K. Herrn Hofrates Dr. Hallwich in Wien.

beweist, daß die Strafe nicht nur dem beleidigten Gerechtigkeitsgefühle Genugthuung verschaffen sollte. Wallenstein wollte besonders den bis auf das Äußerste gegen ihn aufgebrachten Fürsten der Liga zeigen, daß es ihm wirklich Ernst damit sei, Zucht und Ordnung in seinem Heere aufrecht zu halten. Im Januar des folgenden Jahres ließ er auch Görzenichs ehemaligen Oberstlieutenant Cicogna als einen „unordentlichen, eigennützigen und bösen Menschen, der Görzenich zu vielen Schandthaten verführt" habe, festnehmen, erteilte aber zugleich die Weisung, die Leiche des hingerichteten Obersten seiner Witwe nach Hamburg zur Abführung in die Niederlande zu übersenden.[1]

Viel milder wurden freilich die Vergehungen beurteilt, wegen deren gegen den Herzog Rudolf Maximilian zu Sachsen-Lauenburg Klage erhoben worden war. Der Herzog wurde vorläufig seines militärischen Befehls enthoben und ihm die Stadt Halle zum Aufenthaltsorte angewiesen, wo ihm sogar gestattet war, der Jagd obzuliegen.[2]

Selbstverständlich vermochte jedoch das den Truppen vor Rendsburg vor Augen gestellte Beispiel äußerster militärischer Strenge den Zügellosigkeiten der im Vormarsch begriffenen Regimenter nicht zu steuern.

Der Abergang des Markgrafen Georg Friedrich von Baden von Poel nach Heiligenhafen und Oldenburg.

Nachdem man den Markgrafen von Baden wochenlang mit Munition und Lebensmitteln im Stiche gelassen, ja ihn nicht einmal immer mit den erforderlichen Nachrichten von dem überelbischen Kriegsschauplatze versehen hatte, erschien endlich (16. Septbr.(?) n. St.) der königliche Generalproviantmeister Anton v. Buchwald[3] in seinem Quartiere und überbrachte einen Auszug eines Beschlusses des Kriegsrats, den der Graf Thurn als

1) Chlumecky 57. Förster 1, 259 f. 282.

2) Eine aus Halle in Dresden eingelaufene Nachricht lautet: Aus Halle 16. Aug. (a. St.?). Vorgestern 14. Herzog Rudolf Maximilian, welcher das Volk hereingeführt, so im Amt Sittigenbach, Hegkstedt (Hettstedt) und anderer Örter gehauset, hier mit wenigen Dienern ankommen, im Goldnen Ring eingekehrt: man sagt, er soll dieser Excesse wegen hier im Arrest liegen bleiben.

3) Dieser Abgesandte des Königs kam aus Glückstadt und wird wol kaum vor dem 16. Sept. n. St. in Poel eingetroffen sein, da sein Beglaubigungsschreiben Glückstadt am 5./15. Septbr. gezeichnet ist. In dieser Zuschrift des Königs an den Markgrafen, die uns nur in der Abschrift vorliegt, wird der Gesandte fälschlich Detlev v. Buchwald genannt.

Generalfeldmarschall und Kaspar v. Buchwald, ein Bruder des Überbringers, namentlich unterzeichnet hatten. Dieser uns unbekannt gebliebene Beschluß des Kriegsrats enthielt der späteren Versicherung des Markgrafen zufolge allerlei „unpraktizierliche Vorschläge", da dem Kriegsrate die nähere Kenntnis von der Lage des Markgrafen abging. Georg Friedrich erhob daher Einspruch gegen die ihm gemachten Vorschläge, so daß sie Buchwald fallen ließ. Zuletzt aber erklärte dieser keinen bessern Ort zu wissen, um die Armee des Markgrafen durch den Winter zu bringen, als „das Ländchen Oldenburg" im östlichsten Holstein und suchte den Markgrafen auch durch die Landkarte von der vorteilhaften Lage des kleinen Gebiets zu überzeugen. Er hob besonders die Leichtigkeit hervor, mit welcher das Ländchen zu verteidigen sein würde, und wird sicherlich auf die gerade das Städtchen Oldenburg nach Ost und West schützenden Seeen, den Garzer und den Dannauer See, mit den sich damals nach der Mitte zu anschließenden Morästen hingewiesen haben.[1]

Nach diesem Berichte hatte man sich offenbar im Hauptquartiere darüber geeinigt, die kleine noch wolgeordnete Armee im Ländchen Oldenburg in Sicherheit zu bringen: von einer Teilnahme derselben an dem Kampfe gegen die vorwärts dringenden kaiserlich-ligistischen Truppen scheint nicht die Rede gewesen zu sein. Dagegen hegte der König von vornherein die Absicht, an irgend einem der Küste nahen Punkte des östlichen Holsteins gerade diesen Heeresteil mit den in Holstein sich bereits zurückziehenden Scharen zu vereinigen und dem Feinde die Stirn zu bieten.

Der Markgraf machte darauf dem Könige und seinem neuen Statthalter Heinrich v. Ranzau Mitteilung von den gefaßten Beschlüssen und bat um Lebensmittel, Schießbedarf und Schiffe zum Übersetzen, scheint aber weder von Christian IV., noch von dem Statthalter Bescheid auf diese Gesuche erhalten zu haben. Auch Schiffe langten nicht sofort an.

---

1) Zu dieser Darstellung wurden benutzt: 1) Der Bericht des Markgrafen Georg Friedrich von Baden an den König aus Odense 24. Sept./4. Okt. 2) Die an den König aus Odense 16./26. Okt. gerichtete Verantwortungsschrift desselben. 3) Der große und ausgezeichnete Bericht des Herzogs Bernhard von Weimar an den König, Odense 13./23. Okt. 4) Das Schreiben des Grafen Schlick an Wallenstein, Oldenburg d. 15./25. Okt., welches in der mir vorliegenden münchener Abschrift am 27. Sept. n. St. gezeichnet ist. 5) Das Schreiben Schlicks an den Erzbischof von Bremen aus Heiligenhafen 25. Sept. n. St. 6) Verschiedene andere Schreiben des Markgrafen von Baden an den König, sowie Briefe des letzteren an den ersteren. K. G. A. in Kop. K. K. A. in München. Vgl. dazu Jahrbücher d. Ver. f. meckl. Geschichte, Bd. 12. 89.

In einem von dem Markgrafen zusammenberufenen Kriegsrate wurde nun der Beschluß gefaßt, zunächst ein Regiment des Fußvolks, das königliche Leibregiment, überzusetzen. Und Georg Friedrich ließ, ohne daß er zuvor nähere Erkundigungen über die ihm und seinen Offizieren fast vollständig fremde Ortsbeschaffenheit des Gebietes, in welchem er seine ganze Armee auf längere Zeit unterbringen wollte, einzuziehen, das Regiment die Schiffe besteigen. Doch erhielt wenigstens der dasselbe führende Oberstlieutenant Griebe (Krive, Krieues) den Befehl, an Ort und Stelle die unerläßlichen Nachforschungen anzustellen und dem Markgrafen einen schriftlichen Bericht über die Beschaffenheit der neuen Quartiere einzureichen. Griebe vollzog diesen Befehl, allein der von ihm angefertigte Bericht wurde dem Markgrafen erst ausgehändigt, als die Regimenter längst gefangen waren. Auch die ganze Ausrüstung der überzusetzenden Truppen litt an erheblichen Mängeln: man hatte nicht dafür gesorgt, das erforderliche Schanzzeug in Bereitschaft zu halten, selbst mit Schießbedarf und natürlich auch mit Geld war man in ganz unzureichender Weise versehen.

Nach dem Leibregiment des Königs sollte die Reiterei übergeführt werden, und zwar sollten die Würfel über die Reihenfolge der Regimenter Konrad Rell's, Slawata's, des Herzogs zu Sachsen-Lauenburg und Bernhard's von Weimar entscheiden. Durch das Würfelspiel der Obersten wurde das Regiment des letzgenannten als das erste erkoren. Doch war man nur imstande, fünf Kompagnien im Laufe zweier Tage(?) hinüberzu bringen, denen der Herzog in einem besonderen kleinen Bote etwas später folgte. Einer doch wol zuverlässigen Nachricht zufolge brachte der Herzog am 7./17. Sept. drei seiner Kompagnien zu Schiff,[1] folgte ihnen selbst aber erst am andern Tage nach. Bis zur Ankunft des Generallieutenants ward Bernhard von Weimar der Oberbefehl über die in Oldenburg gelandeten Truppen übertragen.

Während man aber mit der Einschiffung der weimarischen Reiter beschäftigt war, langten ziemlich trostlose Nachrichten über die Bedrängnis des Königs an, so daß der Markgraf den Kriegsrat von neuem berief. Auf das Drängen des Generallieutenants wurde jetzt, wenn auch nicht ohne Widerspruch, der Beschluß gefaßt, von der vorher festgesetzten Reihenfolge in der Absendung der Reiterregimenter wider abzugehen und zunächst die Infanterie folgen zu lassen. Georg Friedrich erwiderte seiner Versicherung zufolge den widersprechenden Obersten: „Unser König ist in Nöten und Gefahr; itz kann man erkennen, wer J. M. begehrt zu dienen.

1) Jahrb. f. mecklenburgische Geschichte, Bd. 12. 89.

In dem Ländlin Oldenburg ist mehr Fußvolk, dann Reuter von Nöten. Ich will in Gottes Namen mit dreien Regimentern Fußvolk und den drei Kompagnien samt etlichem kleinem Geschütz übersetzen. Das wird den Namen eines corps d'armée haben und den Feind stutzen machen. Die übrigen kommen, ob Gott will, bald hernach. Ich will wol dienen oder sterben!"

Und so folgte der Markgraf am 19. (18.?) September mit dem größten Teile des Fußvolks. Später wurde noch die schottische Infanterie übergeführt, dann Reiterei, bis endlich der Ausbruch der Feindseligkeiten um Oldenburg und das Ausbleiben der Schiffe vor Poel die Unternehmung ins Stocken brachte. So gelangte nur ein Teil der Armee des Markgrafen, wenn auch der größere, nach Heiligenhafen und Oldenburg: während der kleinere unter dem Oberbefehle Schlammersdorfs in Poel zurückblieb. Unter den zurückgelassenen Regimentern befand sich das des genannten Obersten selbst sowie das Regiment Kolbe.

Es ist erwähnt worden, daß der Markgraf im Anfange die ganze Unternehmung nur als eine Rückzugsbewegung ansah, deren Hauptzweck die Erhaltung der ihm anvertrauten Armee war, und daß erst neue Nachrichten vom holsteinischen Kriegsschauplatze den Gedanken in ihm erweckten, bei Oldenburg den Feinden entgegen zu treten. Wir haben jedoch an dieser Stelle noch ausdrücklich hervorzuheben, daß der König dem Markgrafen Georg Friedrich niemals den ganz bestimmten Befehl, die Regimenter zu seiner Unterstützung gerade um Oldenburg zusammenzuziehen und hier den Feind aufzuhalten, hat zugehen lassen. Ja es ist sehr wahrscheinlich, daß in dem von Buchwald überbrachten Beschlusse des Kriegsrats nur vom östlichen Holstein oder von Schleswig die Rede gewesen ist. Andererseits war jedoch der Generallieutenant der ausdrücklichen Weisung des Königs zufolge ermächtigt, den Umständen gemäß ohne Rückfrage an seinen Kriegsherrn zu handeln, und so durfte er sich auch für vollständig berechtigt halten, dem Vorschlage Buchwalds, das Heer nach Oldenburg zu führen, Folge zu geben.

Die Reiter-Kompagnien Bernhards von Weimar waren unmittelbar nach ihrer Landung von dem Generalquartiermeister nach Neustadt südwärts von Oldenburg an die nach dem Orte genannte Meereseinbuchtung gelegt worden, von wo sie der Herzog jedoch sofort nach seiner Landung persönlich wider nach Oldenburg zurückführte. Denn man hatte ihm mitgeteilt, daß seine Reiter in Neustadt nur etwa drei Meilen vom Feinde entfernt lägen, der damals bereits in und um Eutin stand. Bei seiner Rückkehr ließ der Herzog jedoch alle Brücken abwerfen und die Zugänge nach Neustadt hin unzugänglich machen.

Ebensowenig war der jugendliche Oberst mit den Quartieren einverstanden, welche das Leibregiment des Königs bezogen hatte. Sie dehnten sich gegen drei Meilen weit aus und erreichten nach Westen hin das Dörfchen Weißenhausen, und im Osten legte eine kleine Abtheilung desselben noch am Tage des Treffens von Oldenburg bei Dahme Verschanzungen an. Den Oberstlieutenant Griebe fand der Herzog in Oldenburg. Noch mehr erschreckte jedoch den jugendlichen Offizier bei näherer Besichtigung der Lage dieses Städtchens die Wahrnehmung, daß sich links von demselben, also östlich, ein etwa hundert Ruten langer Streifen hinzog, der nicht über zwei Ellen tief Wasser hatte, und dessen Untergrund fest war, denn er befürchtete, daß der Feind hier bei widrigem Winde, d. h. bei Westwinde, leicht übergehen könnte, wie es auch geschehen ist. Sobald er daher erfahren hatte, daß der Markgraf mit der Infanterie und dem Reste des weimarischen Regiments in Heiligenhafen eingetroffen war, mußte der Oberstlieutenant Griebe von der Beschaffenheit der ihnen angewiesenen Stellungen in und um Oldenburg mündlichen Bericht erstatten. Schon an diesem Tage ließ der Herzog Streifparteien gegen den Feind ausgehen.

Tags darauf aber (20. September) suchte der eifrige Oberst den Generallieutenant persönlich in Heiligenhafen auf und legte ihm dar, daß hier ihres Bleibens nicht lange sein würde, und machte ihn zugleich auf die Notwendigkeit, Verschanzungen aufzuwerfen, aufmerksam.[1] Während der Herzog darauf mit dem Rest seines Regiments nebst einigem andern Volke nach Oldenburg zurückkehrte, ließ der Markgraf seine Infanterie bei Heiligenhafen ein Feldlager beziehen.

Bei seiner Ankunft in Oldenburg erfuhr der Herzog von den zurückkehrenden Streifparteien, daß der Feind im Walde vor Eutin sein Lager aufgeschlagen und von dem Erzbischofe von Bremen ortskundige Führer zu seinem Vormarsche erhalten habe.

---

1) Wir folgen hier dem Berichte des Herzogs Bernhard, welcher jedenfalls auf persönlicher Besichtigung der Örtlichkeit beruht. Die Darstellung des Markgrafen weicht jedoch einigermaßen von demselben ab. Sie lautet: „Mir ist aber bericht einkommen, daß zwischen vnsern läger vnd Jhme Ob. leuten. (Griebe) ein posten von 1500 Rutten lang seye, da der graben eingefallen (!), also daß man mit druckhenen schuen könte darüber gehen, welches in solcher eyl nit zu uerbesseren, da der Feind sich schon in vnser praesents ahn paß gelägert hatte, habe dero wegen am läger vnd obgedachten Dreyen ohrten von Reuttern vnd knechten starck wachten halten, sonderlich die Reitereien langs dem paß batre la strate machen, vnd waß sonst darzu gehörig, thuen laßen. Bericht des Markgrafen a. d. König vom 24. Sept./4. Okt.

Zu den allerauffälligsten Umständen, unter welchen diese unglückliche Unternehmung des Markgrafen eingeleitet wurde, muß der gezählt werden, daß man dabei auf die im südöstlichen Holstein stehende beträchtliche Armee des Grafen Schlick nicht die gebührende Rücksicht nahm. In den Denkschriften des Markgrafen von Baden und des Herzogs von Weimar wird des feindlichen Feldmarschalls, der schon am 14. Septbr. n. St. sein Hauptquartier in Oldesloe hatte, nicht einmal gedacht. Dagegen erhielt Schlick die zuverlässigsten Nachrichten von den bevorstehenden Bewegungen der feindlichen Streitkräfte so früh, daß man sich auch hierüber des Staunens nicht erwehren kann. Als die Stadt Lübeck ihn wider einmal durch ein ansehnliches Weingeschenk erfreute, und ihm vier Ohm Rheinwein, zwei Ohm spanischen und eine Pipe französischen Wein übersendeten, trafen ihn die lübischen Abgesandten Hans und Heinrich Oldeland noch am 7./17. Septbr. in Oldesloe. Und dieser Gesandtschaft eröffnete Schlick an demselben Tage ganz ohne Scheu, daß er nach Neustadt und Oldenburg marschieren würde, „wo er seinen Feind hätte". An diesem Tage aber kann kaum das Leibregiment des Königs schon in Holstein angekommen sein, während die übrigen Regimenter noch in Poel lagen und die Reiterschwadronen des Herzogs Bernhard eben die Schiffe bestiegen. In Oldesloe wartete Schlick noch das Eintreffen von Geschütz ab und brach dann nach Eutin auf. Am 20. Sept. n. St. hatte er sein Hauptquartier in Brunstorf bei Eutin (Quarsdorp?). Er teilte darauf seine Armee, so daß er den Herzog Franz Albrecht zu Sachsen-Lauenburg von Eutin nach Neustadt hin entsendete, während er selbst auf dem geradesten Wege nach Oldenburg vorwärts ging und zwei Regimenter weiter westlich gegen Weißenhausen vordrangen. Unter der Führung von Förstern und Jägern des Erzbischofs von Bremen rückte er von Eutin aus unter den größten Verheerungen seiner Soldaten, die nicht einmal der erzbischöflichen Güter verschonten, vorwärts.

Am Morgen des 21. Septembers ließ der Markgraf seine Regimenter von Heiligenhafen nach Oldenburg vorgehen und nahm „jenseit der Stadt", so daß er den Feind unter Augen und die Stadt auf der linken Hand hatte, seine Aufstellung. Widerholt zog Herzog Bernhard an diesem Tage Kundschaft von den Bewegungen der Feinde ein und sorgte für die Bestellung der Wachen. Dagegen vernehmen wir nicht viel davon, daß man bereits an diesem Tage begonnen hätte, die Stellung um Oldenburg durch Aufwerfen von Schanzen zu sichern.

Auch am folgenden Tage (22. Septbr.) suchte der Herzog den Markgrafen wider auf und traf bei ihm den Pfalzgrafen Christian von Birkenfeld, welcher Aufträge des Königs überbracht hatte.

Über diese Befehle des Königs scheinen sich keine bestimmteren Nachrichten erhalten zu haben. Da man aber annehmen muß, daß der König von dem Aufbruche der Armee des Markgrafen schleunigst in Kenntnis gesetzt worden ist, so werden sich dieselben auf diesen Zug bezogen haben. Nun wollte der König aber damals in der Nähe von Flensburg eine neue Armee aus der Reiterei und dem aufgebotenen Landvolke aufstellen, um dem Feinde nochmals entgegenzutreten.[1] Man wird daher nicht daran zweifeln dürfen, daß der Pfalzgraf damals dem Generallieutenant Mitteilung von diesem Plane machte und zugleich Befehl im Betreff der Mitwirkung seiner Armee überbrachte. Wahrscheinlich ist damals dem Markgrafen die Weisung erteilt worden, „sich der Quartiere im Oldenburger Land nach Neustadt zu so lange als möglich zu behelfen, und wenn man sie nicht länger halten könnte, sie samt den Mühlen zu ruinieren".[2] Dieser Befehl des Königs dürfte aber auch den nahe liegenden Gedanken an die Widereinschiffung der gelandeten Truppen, wozu es am 22. Sept. noch Zeit gewesen wäre, zurückgedrängt haben, wenn er überhaupt geäußert worden ist.

Während nun Herzog Bernhard noch mit dem Könige verhandelte, traf die Meldung ein, daß der Feind mit zahlreichen Streitkräften geradeswegs auf Oldenburg marschiere und nur noch etwa 1½ Meile entfernt sei. Darauf erhielt der Herzog Befehl, sein Regiment zusammenzuziehen und es in die Stadt zu führen. Darüber mag aber einige Zeit verstrichen sein, da eine Kompagnie des Herzogs immer noch an der Ostküste bei Dahme, und die andere westlich von Oldenburg bei Weißenhausen stand. Der Herzog hatte aber diesen Befehl kaum ausgeführt und sein Regiment über den Paß, d. h. über die von Süden her kommende Straße herübergebracht, als sich der Feind auch schon auf den Höhen südwärts von Oldenburg zeigte, ohne jedoch einen Angriff zu machen.

Während der folgenden Nacht war der Herzog zuerst mit der Aussetzung ziemlich starker Wachen zur Sicherung des Lagers beschäftigt und suchte dann den Generallieutenant noch um Mitternacht zu bewegen,

1) Saa droge uy den 13. sep: fraa glyckstadt y den acht och meening at samle en Armei aff uorris Riitheriie och landfolckit paa ɐt beleiiligdt steed och der griibe stand, Och droge saa ued nat och daag henat Flenssborrig y meening sammestedtz en begindelse at goerre, Och kam saa diid den 15. eiusdem. Brief des Königs an die Reichsräte, 5./15. Okt. Molbech 271—74, Bricka og Fridericia, Kong Christian den Fjerdes egenh. Breve, Bind II. 100—102.

2) Daß er solche „Ordonanzen" vom Könige erhalten hat, versichert der Markgraf in seiner Verteidigungsschrift, Odense 16./26. Okt.

südöstlich von der Stadt ein Regiment aufzustellen. Der Markgraf willigte ein, ließ aber die drei Freifähnlein Holstein, Friese und Kroll dahin abrücken. Der Feind wagte indessen die Ruhe der Dänen während der Nacht vom 22. zum 23. September nicht zu stören, da er erst in den Nachtstunden die Umgebung von Oldenburg mit größeren Massen erreichte, und so zog Herzog Bernhard am Morgen bei sehr starkem Nebel die ausgesetzten Wachen wider ein.

Als er jedoch bald darauf die Meldung erhielt, daß ein feindlicher Offizier in derselben Umgebung „auf dem Damme, welcher über den Morast gegangen", recognosciert habe, begab er sich persönlich mit den drei Freifähnlein nach dem bedrohten Punkte und ließ zugleich den Markgrafen ersuchen, ihm noch ein Regiment Fußvolk nachzuschicken, welches ihm indessen verweigert wurde. Der Herzog traf zwar bei seiner Ankunft keinen Feind mehr an, ließ aber darauf wider drei Posten durch diese drei Freifähnlein, welche unter den Oberbefehl des Kapitains Kroll gestellt waren, besetzen und diese Punkte überdies durch eine Kompagnie Landvolk verschanzen. Noch einmal bat er darauf den Generallieutenant um ein Regiment zu Fuß für „die andere Seite, da diese Posten wachten". Während er aber noch mit dem Höchstkommandierenden hierüber unterhandelte, schritt der Feind zum Angriff und suchte durch Artilleriefeuer das Aufwerfen von Schanzen zu hindern. Unter dem Eindrucke, welchen der Angriff auf ihn machte, überwies der Markgraf dem Herzoge Bernhard ein halbes Regiment Schotten und drei Kompagnien des Obersten Nell, die eben erst aus den Schiffen gestiegen waren, mit welchen Bernhard auf den Kampfplatz eilte. Hier fand er bereits die beiden Kompagnien der Hauptleute Friese und Holstein im vollen Rückzuge — sie waren im freien Felde und ungedeckt dem feindlichen Artilleriefeuer ausgesetzt gewesen — und befahl ihnen, sich auf den Kapitän Kroll zurückzuziehen, in dessen Nähe er selbst mit den herangezogenen Schotten festen Fuß gefaßt hatte. Da der Feind indessen hier von neuem drängte, zog er die drei Freifähnlein ganz aus dem Gefechte, und löste sie durch die Schotten unter dem Oberbefehle ihres Obersten ab. Und als der Feind gegen diese noch stärkere Infanteriemassen heranführte und seine Angriffslinie nach Westen hin weiter ausdehnte, erbat sich der Herzog Bernhard den Rest des schottischen Regiments unter der Führung des Oberstlieutenants, der ihm auch zugesendet wurde. Im späteren Verlaufe des Kampfes begann der Feind an dem Punkte, den die Kompagnie des Hauptmanns Friese verteidigt hatte, dem oberen linken Flügel der Dänen gegenüber eine Brücke zu schlagen und ein Erdwerk aufzuwerfen und zugleich den sich vor ihm hinziehenden Graben „weiter unten" an seinem Haupt-

angriffspunkte, durch Tote, durch Holzwerk und andere Gegenstände auszufüllen und dabei gleichfalls eine Verschanzung zu errichten. In dieser bedrohlichen Lage erbat sich der Herzog abermals Verstärkung und erhielt sie in den beiden Regimentern des jungen Markgrafen Christof und des Herzogs von Sachsen-Lauenburg. Und obwol der Feind mit gesteigertem Nachdruck angriff und im Lager der Dänen mehrere Pulvervorräte in die Luft flogen, wurden die letzteren doch nicht zum Weichen gebracht, so daß Schlick später der Tapferkeit der ihm gegenüberstehenden Regimenter wolverdientes Lob spendete, und auch der Herzog Bernhard selbst in seinem Berichte an den König der Ausdauer der ihm zugewiesenen Truppen rühmend gedachte.

Allein die Dänen empfanden nach einiger Zeit Mangel an Kugeln, so daß endlich die Geschosse, so wie sie während des Kampfes gegossen wurden, verwendet werden mußten, und später ging den Kämpfenden auch Blei und Pulver aus. Dazu waren die Verluste an Toten und Verwundeten auf seiten des Herzogs nicht unbeträchtlich. Mit dieser Unglücksbotschaft eilte der Oberst wider zum Markgrafen, der sich nicht ein einziges Mal auf dem Gefechtsplatze gezeigt hatte, und legte ihm die vorwurfsvolle Frage vor: „Was sollen wir endlich thun, unsere Sachen stehen sehr schlecht?“ Der Markgraf aber erwiderte seinem ungestümen Reiteroberſten mit den Worten: „Es ist kein ander Mittel, hier müssen wir stehen, fechten und sterben“. Der alte gichtische, in seinem Quartier zurückgebliebene Generallieutenant war entschlossen, „nach Gottes Schickung in des Königs Dienst sein Leben zu enden und vermutlich die deutsche Libertät in den oberen Landen mit zu begraben“. Allein auch dieser Hoffnung beraubte ihn die Antwort seines Obersten, welcher entgegnete: „Es wird sich übel fechten ohne Fußvolk, denn sie haben keine Kugeln mehr, als die, so man gießen muß; und wenn der Feind sollte übergehen, würde alles deswegen in Disordre kommen“.

Herzog Bernhard suchte darauf den Pfalzgrafen Christian auf, der eben wider zu Schiff gehen wollte, und begab sich mit diesem zum Markgrafen zurück, bei dem sich wahrscheinlich unterdessen auch andere Obersten eingefunden hatten. Da erbot sich der Herzog, noch in derselben Nacht (23.—24. Septbr.) die Reiterei und was er vom Fußvolke in der Eile beritten machen könnte, über den Paß bei „Weißenhauser Brögke“, eine halbe Meile Wegs von Oldenburg nach Lütjenburg westwärts vom fallentiner See zu führen und sie auf diese Weise nach Kiel hin in Sicherheit zu bringen. Bei einem Vorsprunge von einer Viertelstunde hoffte er sein Ziel zu erreichen. Die unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen des Wagnisses war freilich, daß der Durchbruch bei „Weißen-

hauſer Brögke", in deſſen Nähe der Feind Verſchanzungen angelegt hatte, glückte. Der Generallieutenant ſollte dagegen noch in derſelben Nacht den größten Teil des Fußvolks bis auf einige hundert Mann, welche ſich ſpäter im alten Biſchofsſitze zu Oldenburg ergeben könnten, die Schiffe beſteigen laſſen.

Der Generallieutenant entließ darauf in ſeiner Beſtürzung die Offiziere, rief ſie aber nach einiger Zeit wider zu ſich mit dem Bemerken, daß man auch das Fußvolk auf die Packpferde ſetzen und mitnehmen möchte, während man das Gepäck preisgeben ſollte. Zu dem letzteren ſchien er feſt entſchloſſen, machte aber doch gegen den ganzen Plan des Herzogs die Einwendung, daß man bei ſeiner Ausführung genötigt ſein würde, die Geſchütze preis zu geben. Auch äußerte er ſeinen Zweifel darüber, ob Schiffe genug vorhanden ſein möchten, um das Fußvolk aufzunehmen. Dem entgegnete wider der Herzog, das Geſchütz ſei ſchlecht, und dem Könige müſſe an der Erhaltung der Armee jedenfalls mehr gelegen ſein, als an der Rettung der Geſchütze. Unter ſolchen wenig tröſtlichen Geſprächen fiel dem Markgrafen der Gedanke der Möglichkeit der Gefangenſchaft ſchwer auf das Herz, und er ſprach daher den Wunſch aus, das Loos der Reiterei zu teilen. Dieſes Begehren wies indeſſen der Herzog mit den merkwürdigen Worten zurück, daß er, der Markgraf, „ſolche Cavalcade nicht leiden könnte, ſondern ſie verhindern möchte, das übrige Volk an einen gewiſſen und ſichern Ort zu bringen und da zu Schiffe zu gehen". In welcher Faſſungsloſigkeit ſich der Markgraf damals überhaupt befand, davon zeugen die Worte, mit welchen er dem Könige noch etwa vierzehn Tage ſpäter von dieſem Vorſchlage des Herzogs Bericht erſtattete. Nach demſelben erwiderte er damals Herzog Bernhard: „Ich bin zum Unglück geboren, verzeihe es Gott demjenigen, der mich an den Ort geführt. Ich will gern ſterben und meine Haut wol teuer genug verkaufen. Hilf Gott, mit was Augen würde ich den König können anſehen, wann ich ſo viel Stück und Volk ſollte dahinten laſſen?" Der Herzog entgegnete darauf, daß es der Markgraf weder vor Gott noch vor dem Könige verantworten könne, wenn er anders handeln würde, worauf dieſer ſchwieg und nur noch die Bitte ausſprach: „So will ich mit". — Georg Friedrich ſtellte darauf dem Herzoge eine Ordre aus,[1] in welcher Flensburg oder die Inſel Alſen, wohin der Markgraf das Fußvolk zu bringen hoffte, als Ziele des ritterlichen Gewaltmarſches, durch den Bernhard ſich und einen Teil der Truppen zu retten gedachte, bezeichnet iſt.

1) Sie trägt in der uns vorliegenden Abſchrift das Datum des 3. Sept. anſtatt des 13. Sept. a. St.

Allein auch dieſer etwas abenteuerliche Plan mußte noch an demſelben Tage wider aufgegeben werden. Als Bernhard von dem Major Lex, der ſich mit drei Kompagnien bei Weißenhauſen verſchanzt hatte, nähere Erkundigungen darüber einzog, ob die Reiterei bei Weißenhauſen durchzubringen ſei, wurde ihm die unvermutete Meldung gemacht, daß nur ein ſchmaler Pfad zwiſchen zwei ſtehenden Seen hindurch führe, auf welchem ſich nicht mehr als ein Wagen und auch nur Pferd für Pferd vorwärts bewegen könne. Außerdem aber lag der Feind mit einem Regiment Fußvolk und einem Regiment Reiterei davor. Dieſe Meldung verſetzte den ahnungsloſen Markgrafen, der von der Beſchaffenheit eines Punktes, in deſſen Nähe der Major Lex von ſeinem eignen Leibregiment eine Zeit lang gelegen hatte, nicht die geringſte Kenntnis beſaß, in ſprachloſe Beſtürzung, ſo daß er auf die mehrmals widerholte Bitte des Herzogs Bernhard um Ordre unfähig war, auch nur ein Wort hervorzubringen. Als darauf der ortskundige Rittmeiſter einer holſteiniſchen Kompagnie, Seheſtedt, die Richtigkeit jener Meldung beſtätigte, befahl Georg Friedrich endlich dem Herzoge, das Fußvolk allmählich nach Heiligenhafen abmarſchieren zu laſſen und dann mit der Reiterei nachzufolgen. Er ſelbſt wollte hier Schiffe anhalten laſſen und den Verſuch machen, auf dieſe Weiſe noch durchzukommen. Mit dieſer Weiſung verließ der Generallieutenant Oldenburg und eilte nach Heiligenhafen voraus.

Herzog Bernhard aber hatte zunächſt die traurige Verpflichtung zu erfüllen, die Offiziere mit der troſtloſen Lage der Verhältniſſe bekannt zu machen. Ja er fragte ſie ſogar, indem er ihnen die Ordre des Markgrafen mitteilte, welche Mittel zur Rettung ſie vorzuſchlagen wüßten. Während ſich aber dieſe noch darüber beſprachen, drangen auch ſchon Reiter mit Thränen in den Augen auf den Herzog ein und erhoben herbe Vorwürfe gegen ihn, daß ſie nach dreijährigem redlichem Dienſte ſo ſchändlich auf die Schlachtbank geführt würden. Auch in dieſer Verwirrung machte jedoch das ſelbſtbewußte Auftreten des jugendlichen Offiziers einen ſolchen Eindruck, daß ſich die Meuternden endlich beſchwichtigen ließen. Herzog Bernhard berief ſich auf das, „was er jederzeit und auch heute bei ihnen gethan habe“, ſagte ſie aber auch in Furcht, indem er ſie daran erinnerte, was ihnen bevorſtehen würde, wenn der Feind von dieſen Unordnungen Kunde erhalten und ſie angreifen würde. Kaum aber hatten ſich die Gemeinen zu ihren Truppenteilen zurückbegeben, ſo bedrängten den Herzog die Offiziere mit denſelben vorwurfsvollen Klagen und teilten ihm zugleich mit, daß ſie durch zwei Rittmeiſter bei dem Generallieutenant Beſchwerde erheben würden. Denn die Offiziere fürchteten bereits von ihren eignen Leuten feſtgenommen und dem Feinde ausgeliefert zu werden.

Mitten in dieſer Verwirrung ließ der Herzog zuerſt das Regiment Schotten ſeine Stellung aufgeben und ſich zunächſt auf einer Anhöhe bei der Stadt feſtſetzen und dann abziehen. In ſeine Stelle rückte das Regiment des jungen Markgrafen Chriſtof ein, welches nach einer guten Stunde durch das Regiment des Herzogs zu Sachſen abgelöſt wurde. Dieſes blieb einige Zeit in der ihm angewieſenen Stellung, während die drei Freifähnlein und ein Kapitän Pentz mit der Munition und dem Geſchütz den Rückzug antraten. Erſt hierauf rückte das Regiment des Herzogs Franz Karl zu Sachſen nach, welches jedoch 200 M. in Oldenburg zurücklaſſen mußte. Die Reiterei deckte den Rückzug, den Herzog Bernhard perſönlich überwachte. Er ſchloß ſich erſt den letzten Reiterſcharen unter dem Schutze von 150 Pferden an, die ihm in einiger Entfernung folgten.

Daß der Rückzug freilich ganz ohne Störungen dieſer feſtgeſetzten Ordnung von ſtatten gegangen iſt, wird man ſchwerlich annehmen dürfen. Die Schotten fanden wenigſtens, als ſie nach einem langſamen Marſche gegen zehn Uhr Abends am Strande von Heiligenhafen anlangten, die Reiter bereits damit beſchäftigt, ihre Pferde in die von ihnen aufgetriebenen Fahrzeuge in Sicherheit zu bringen. Doch blieb die zurückweichende Armee zu ihrem Glück von einem feindlichen Angriffe verſchont.

Auf dem Marſche nach Heiligenhafen erboten ſich einige Reiter-Offiziere gegen den Herzog Bernhard, mit den Pferden ſchwimmend über den Fehmarnſund zu ſetzen, wenn man ihnen Fahrzeuge ſtellen würde, um Waffen und Sattelzeug ſicher hinüber zu bringen. Als aber der Herzog in Heiligenhafen anlangte, brachten ihm die beiden von den Offizieren vorausgeſendeten Rittmeiſter Creutz und Wedel die enttäuſchende Botſchaft, daß ſich in Heiligenhafen überhaupt keine Schiffe zum Überſetzen vorfänden. Denn der Markgraf hatte zwar vor ſeinem Aufbruche von Oldenburg einen Rittmeiſter Landenberger vorausgeſendet, um alle vorhandenen Schiffe an das Land zu bringen, fand aber bei ſeiner Ankunft trotzdem das Geſtade ziemlich leer. Und auch der Kommiſſarius Kay v. Alefeld richtete bei den Einwohnern des kleinen Städtchens weder durch gütlichen Zuſpruch noch durch Drohungen etwas aus; nur mit Gewalt ließen ſich meiſtens die widerſpenſtigen und durch den Donner der Geſchütze während des verfloſſenen Tages eingeſchüchterten Bewohner ihre Fahrzeuge, augenblicklich wahrſcheinlich ihr einziges Beſitztum, entreißen. Wer von den Soldaten und Offizieren auf andere Weiſe einen Nachen erlangte, hatte das unverhoffte Glück nur ſeinem gefüllten Geldbeutel zu verdanken. Daß aber auch nur ein einziges däniſches Kriegsſchiff in der Nähe der Küſte von Heiligenhafen erſchienen ſei, davon verlautet nichts.

Unter diesen Umständen kam der Markgraf auf den Gedanken, das Heer nach der Ostküste zu führen und in Dahme einzuschiffen und erteilte dem Herzoge durch die beiden oben genannten Rittmeister eine hierauf bezügliche Weisung. Denn in Dahme sollte allerdings dem Befehle des Generallieutenants zufolge ein Kriegsschiff zur Aufnahme des Oberstlieutenants Griebe bereit liegen.

Indessen Herzog Bernhard wies den Vorschlag des Markgrafen schon aus Besorgnis, auf dem Marsche auf den Feind zu stoßen, sofort zurück und begab sich persönlich zu dem Höchstkommandierenden, der bereits zu Schiff gegangen war. Ein schottischer Lieutenant brachte ihn auf seinem Bote zu ihm. Noch einmal teilte Bernhard dem Markgrafen den Vorschlag der Reiteroffiziere mit, sich mit ihren Pferden in den Fehmarnsund zu stürzen, und Georg Friedrich billigte ihn. Kay v. Alefeld aber erhielt Befehl, möglichst viel Bote und Fahrzeuge jeder Art zur Aufnahme des Gepäcks und der Waffen zusammenzubringen. Darauf begab sich der Herzog, ohne daß ihm der Markgraf im betreff des übrigen Heeres irgend eine Weisung erteilt hatte, wider an das Land und führte seiner Versicherung nach seine Reiter wirklich an das Gestade, wo sie die Schiffe besteigen sollten. Als diese aber hier anlangten, war von Schiffern oder von Fahrzeugen nichts zu erblicken.

Doch sendete der Herzog Abends gegen elf Uhr nochmals die beiden Rittmeister Creutz und Wedel an den Generallieutenant und bat um Verhaltungsmaßregeln. Noch einmal riet dieser, nach Dahme abzubiegen, da ihm der Oberstlieutenant Griebe mitgeteilt hatte, daß man hier durchkommen könnte. Der Rittmeister Creutz sprach jedoch dem Generallieutenant gegenüber seine Meinung bestimmt dahin aus, daß sich die Reiterei dem Feinde ergeben würde. In Dahme traf übrigens trotz des Befehls des Generallieutenants kein Kriegsschiff ein, so daß Griebe mit seinen Mannschaften ebenso dem Feinde in die Hände fiel, wie der größte Teil der bei Heiligenhafen der Einschiffung harrenden Gesamtarmee.

Denn schon auf dem Rückzuge von Oldenburg nach Heiligenhafen hatte sich der Offiziere wie der Truppen der Gedanke bemächtigt, die Gnade des Feindes zu suchen. Und da sich nun auch die Hoffnung, am Fehmarnsunde noch Mittel zur Rettung zu finden, als eitel erwies, wich der größte Teil der Armee vor dem herannahenden Feinde nach Osten aus und gelangte bis zu dem Dorfe Großenbrode.

Der Herzog von Weimar aber entzog sich mitten in der Nacht in der Nähe von Heiligenhafen der Gefangenschaft auf demselben Bote, welches ihn wenige Stunden vorher zum Markgrafen gebracht hatte.

Als nun die von ihren Führern verlassenen Truppen früh bei Tagesanbruch wahrnahmen, daß sich ihnen der Feind bis auf eine halbe Meile genähert hatte, ließen sie Schlick, der ihnen in voller Schlachtordnung auf einer Anhöhe bei dem Dorfe Großenbrode gegenüberstand, die Mitteilung machen, daß sie geneigt wären, Cornets, Fahnen und Gewehre auszuliefern und die Mannschaften für den kaiserlichen Dienst bereitzustellen. Auch ein Teil der Offiziere bot dem General den Eintritt in die kaiserliche Armee an, während andere um Pässe zur Rückkehr in die Heimat nachsuchten. Schlick entließ zwar diese ersten Unterhändler ohne Bescheid, nahm aber das Anerbieten der ratlosen Truppen, als es erneuert wurde, ohne Umschweif an. Das Fußvolk übergab darauf Fahnen und Oberwehr und die Reiterei die Cornets, so daß der Sieger an diesem glücklichen Morgen des 24. September 27 Fahnen und 16 Cornets in seine Hände bekam. Die Offiziere wurden ihres Eides entbunden, blieben aber zunächst in Schlicks Gewahrsam und wurden ihrem militärischen Range gemäß behandelt.

Die Obersten hatten alle Mittel und Wege gefunden, sich im Dunkel der Nacht zu retten. Von Offizieren, welche das Loos der gefangenen Truppen teilten, nennt Schlick den Oberstlieutenant des Herzogs von Weimar, den Wachtmeister des jungen Markgrafen Christof und acht Hauptleute. Es müssen derselben aber weit mehr gewesen sein, denn nach dem Schreiben Schlicks an den Erzbischof von Bremen mußte sich die ganze (?) Reiterei des Herzogs Bernhard, 6 (?) Kompagnien des Obersten Nell und drei Kompagnien Landreiter (offenbar die mehrfach erwähnten Freisähnlein) und drei Regimenter zu Fuß ergeben.

Unter den Offizieren that sich der schottische Kapitän Robert Monro, der gerade in seinem Regiment die Dienste eines Majors verrichtete, durch Thatkraft und Umsicht rühmlichst hervor. Bei seiner Ankunft am Strande von Heiligenhafen stieß er bereits auf Reiter, welche sich der vorhandenen Fahrzeuge zu bemächtigen und ihre Pferde zu retten suchten. Der entschlossene Schotte drängte sie jedoch zurück, entriß ihnen die Schiffe und brachte ungefähr vierhundert Mann seines Regiments auf ihnen in Sicherheit. Selbst die Kranken und Verwundeten vermochte er zu retten und bestieg dann als einer der letzten, während die beiden Armeen einander bereits gegenüber standen, das seiner harrende Boot. Ihre Pferde sowie sämtliches Gepäck hatten freilich auch die Schotten im Stiche lassen müssen.

Die in Oldenburg zurückgelassenen zweihundert Mann von dem Regimente des Herzogs Franz Karl zu Sachsen-Lauenburg ließ Schlick gewiß nicht ohne Absicht durch den Bruder dieses Obersten, den Herzog

Franz Albrecht, entwaffnen. Dieser kaiserliche Oberst wurde von dem General noch dadurch ausgezeichnet, daß er den Auftrag erhielt, die eroberten Feldzeichen zuerst Wallenstein und dann dem Kaiser persönlich zu überbringen. Er mag sich also um das Gelingen des ganzen Zuges große Verdienste und zwar wahrscheinlich nicht nur durch seine Ortskenntnis, sondern auch durch seine vertraute Bekanntschaft mit den Personen und Zuständen des feindlichen Hauptquartiers erworben haben.

In Fehmarn scheint sich der Markgraf, wenn er überhaupt hier an das Land gegangen ist, nur sehr kurze Zeit aufgehalten zu haben. Er schlug mit den geretteten Überbleibseln seiner Armee die Richtung nach Flensburg ein, begab sich aber von da auf die Insel Fünen. Hierher entbot er auch Schlammersdorf mit denjenigen Teilen seiner Armee, welche in Poel hatten zurückbleiben müssen. Noch von Heiligenhafen aus hatte er diesem seinem Generalmajor den Befehl erteilt, mit seinem Volke auf einmal die Schiffe zu besteigen und ihm nachzufolgen. Schlammersdorf aber mußte noch geraume Zeit in Poel aushalten. Erst am 17. Oktober konnte sich sein zum Teil durch widrige Winde zurückgehaltenes Geschwader von 60 Fahrzeugen in Bewegung setzen.[1] Der König scheint demselben damals die Gegend von Horsens als Landungsplatz angewiesen zu haben, da er noch immer hoffte, dem Feinde an der Ostküste der Halbinsel die Spitze bieten zu können. Als sich jedoch die Schiffe der Küste näherten, fand man die Quartiere bereits von dem Obersten Wittenhorst eingenommen, und der Feind brachte sogar mit Hilfe kleiner Fahrzeuge eine Anzahl Schiffe der Dänen in seine Gewalt. —

Nach der Übergabe von Rendsburg zeigte der König dem Markgrafen an, daß er dem Generalmajor und dem Regiment Kolbe Aalborg zum Quartier angewiesen habe. Hierher sollte Georg Friedrich auch die Kranken und alle die weisen, welche sich aus dem oldenburger Treffen und dem Rückzuge nach Großenbrode wider bei ihm einfanden. Denn viele von denen, welche dem Feinde bei Großenbrode ihre Waffen ausgeliefert hatten, machten sich bei der ersten besten Gelegenheit wider von ihm los und ließen sich unter dem Vorwande, in Fünen ihre Regimenter aufzusuchen, übersetzen, wo freilich auch nicht alle Geld oder Quartiere erhalten konnten. Diese begaben sich dann wider auf das Festland und kehrten geradeswegs zum Feinde zurück, von dem sie wenigstens unter Dach und Fach gebracht zu werden und Geld oder die stillschweigende Erlaubnis, in den Quartieren fest zuzugreifen, zu erlangen hofften.

---

1) Lisch, Jahrbücher für die mekl. Geschichte. Bd. 12. S. 89.

Die von Poel kommenden Regimenter konnten natürlich nicht nach Aalborg geführt werden, sondern wurden gleichfalls in Fünen an das Land gesetzt, wo sie die herschende Verwirrung nur steigerten. Die ohne Löhnung gelassenen Schotten zeigten sich hier so widersetzlich, daß der Markgraf in Zweifel war, ob sie ohne Geld marschieren würden.

Der Markgraf hatte nach seinem Übertritt auf die Insel Fünen in der ersten Zeit sein Hauptquartier zu Assens an der Westküste aufgeschlagen, später aber nach Odense verlegt. Nach Assens gelangte endlich auch von Sonderburg aus der Oberst Konrad Nell mit drei Schiffen, in welchen er die Überbleibsel seines Regiments, zum teil wehrlose Reiter ohne Pferde, überführte. In seiner Nähe muß sich ferner das Regiment des Herzogs Franz Karl zu Sachsen-Lauenburg, so viel sich von ihm hatte in Sicherheit bringen können, befunden haben.

Noch gegen Ende Oktober besorgten die östreichischen Offiziere, daß der König vermittelst der in Poel auf die Schiffe gebrachten Regimenter zur See eine Flankenbewegung gegen die Ostküste von Schleswig und Jütland unternehmen werde. Deshalb ersuchte der Generalwachtmeister Schauemburg von Rendsburg aus (19. Okt.) die verwitwete Herzogin Dorothea von Sonderburg, eine Besatzung zur Sicherheit vor Feindesgefahr in ihr Gebiet aufzunehmen, was sie trotz ihres Sträubens endlich thun mußte.[1]

Der Rückzug der dänischen Reiterei nach Jütland.

Gerade an dem Tage, an welchem die Kaiserlichen den Rheingrafen aus der Umgebung von Rendsburg verscheuchten (23. Sept. n. St.), hatte Christian IV. Glückstadt verlassen und war am andern Tage nach Ditmarschen gekommen, wo er das bewaffnete Landvolk in trostloser Verwirrung antraf. Nachdem er in Büsum an das Land gestiegen war, soll im Kirchspiel Wesselbüren sein Leben in Gefahr geschwebt haben. Da er persönlich unbekannt war und die auf dem Rückzuge begriffenen dänischen Soldaten wahrscheinlich die Drohungen der Landbewohner herausforderten, richtete einer der Bauern sein Gewehr und ein anderer seine Pike auf den König, als Christine Munk den rechtzeitigen Ruf ausstieß: „schete nicht, stick nicht, it is de Könink van Dennemarken".[2] Die Ditmarschen scheinen sich indessen

1) Schlick stellte Rendsburg am 27. Nov. die Ordre für den Oberstlieutenant Christian Jakob Reinhard v. Rovvicit aus, Alsen auf allen notwendigen Punkten sofort zu besetzen. Vgl hierüber Nielsen, Alses Overgivelse i Krigen 1627—1629 a. a. O. 75 ff.

2) Hans Detleff tho Windtbergen a. a. O. 2. 474 und Bricka, Udtog. 19.

nicht geradezu gegen den König erhoben zu haben, denn derselbe rühmte die Frauen, welche sich bei den Haufen mit großen Gabeln und Pfählen bewaffnet eingefunden hatten.

Über Lunden begab sich der König nach Tönningen und Husum und langte in fluchtähnlicher Eile, welche nicht einmal durch das Dunkel der Nacht gemäßigt wurde, am 25. September vor Flensburg an. Hier aber hatten wol die von Rendsburg zurückgewiesenen Scharen des Rheingrafen bereits ihren Einzug gehalten. Denn als sich der König dem Schlosse näherte, drang ihm wüster Lärm aus der Stadt her entgegen: Trompetenklang und lautes verwirrtes Geschrei empfing ihn, und er sah auf der Straße nach Hadersleben Reiterzüge abrücken, von denen weder er selbst noch irgend Jemand aus seiner Umgebung zu sagen wußte, ob es Freunde oder Feinde waren. Als man dem Könige endlich mitteilte, daß es Teile seiner eignen Truppen waren, welche den Rückzug nach Jütland fortsetzten, begab er sich auf das Schloß und wurde nun Augenzeuge der Niedergeschlagenheit und Bestürzung, welche sich auch der Offiziere bemächtigt hatte. Er war nicht imstande, die Ordnung wider herzustellen, sondern mußte sich der rückläufigen Bewegung anschließen und befahl der ganzen Reiterei, auf Hadersleben zurückzugehen. Noch hatten die Reiter ihren Abmarsch nicht vollständig beendigt, als sich auch die Vorhut der Kaiserlichen in der Umgebung von Flensburg zeigte.

In Hadersleben scheinen die Flüchtigen keinen längeren Aufenthalt genommen zu haben. Man war wol nur darauf bedacht, die Vorteile, welche die Kaiserlichen aus der Besetzung der Stadt ziehen konnten, von vornherein durch jedes beliebige Mittel möglichst einzuschränken. Deshalb zündeten die Dänen bei ihrem Abzuge die Stadt an und legten sie mit Ausnahme des Schlosses und einiger Häuser in die Asche.

Am 27. Sept. finden wir den König in Kolding.[1] Damals hatte sicherlich auch die Schreckenskunde von den Ereignissen um Oldenburg und Heiligenhafen das Hauptquartier des Königs bereits erreicht und die Wirkung hervorgebracht, daß der Plan, zwischen der Eider und der Ostsee den vordringenden Kaiserlichen womöglich eine Schlacht anzubieten, fallen gelassen wurde.

Denn er hatte dem Generalmajor Nell durch den Markgrafen Befehl erteilt, das Fußvolk in Assens an das Land zu setzen, die Reiter aber nach Horsens und Veile (Wedel) zu führen. Und so wird es auch geschehen sein. Die Scharen Nells sowie die Trümmer der schlesischen

1) De fra Jylland fordrevne Adelsmaend, som begave sig til Sjaelland; derer Begjaering til Danmarks Raad, overgivet paa Herredagen i Slagelse 1627. Danske Magazin. Tredie Raekke. Fjerde Binds foerste Hefte. S 66.

Reiterei, welche Baudiſſin führte, mögen damals um Kolding herum oder etwas nördlich davon an den eben genannten Punkten gelandet worden ſein und ſich von hier aus zum Schrecken der Einwohner über das unglückliche Land verbreitet haben.

Der König verweilte einige Zeit in Kolding, fand aber den Wirrwarr in den Regimentern und die Unzufriedenheit der Einwohner über die ſchrecklichen Folgen des Krieges ſo ſtark, daß jeder Verſuch, wider geordnete Zuſtände in der Reiterei herzuſtellen, erfolglos blieb. Er erhielt auf die Frage, wo man eigentlich feſten Fuß faſſen müßte, um dem Feinde entgegen zu treten, zur Antwort, daß man ſich nur in Fünen oder Wenſüſſel wider ſammeln könnte.

Ob nun der König bereits zu Beginn des Oktobers nach Fünen übergetreten iſt, oder ſeine hinter dem Liimfjord Sicherheit ſuchenden Reiterſcharen noch einige Tage lang begleitet hat, mag dahingeſtellt bleiben. Einer Nachricht aus dem feindlichen Lager zufolge ſoll er am 19./29. Sept. in Viborg zur Nacht geweſen ſein, und ſein Volk bei dieſer Gelegenheit den Einwohnern großen Schaden zugefügt haben.[1]

Sicher iſt jedoch, daß der erwählte Prinz Chriſtian V. die Schickſale der Reiter länger als ſein Vater geteilt hat. In Thiſtedt im nordweſtlichen Jütland erhielt der Prinz am 29. Sept./9. Okt. den auffallenden Befehl von ſeinem Vater, die ganze Reiterei wider nach Kolding und Veile vorzuführen. In ſeiner Umgebung befand ſich damals bereits der Oberſt Baudiſſin mit einem Teile der Reiterei. Der Prinz teilte dieſen Befehl dem Oberſten Kalenberg mit, ſendete aber zugleich Baudiſſin mit der geheimen Botſchaft an ſeinen Vater, daß er Aalborg als den ſicherſten Rückzugspunkt für die Reiterei anſehe. Thiſtedt und den Nordweſten von Wenſüſſel, welches früher zum Quartier auserſehen war, fand er auch aus dem Grunde nicht geeignet, weil er der Treue und Zuverläſſigkeit der Unterthanen beim Herannahen der Feinde kein Vertrauen ſchenkte. Außerdem entbehrte die Küſte der Häfen, ſo daß für den ſchlimmſten Fall an ein Entkommen der Reiter nicht zu denken war.

Welchen Entſchluß der König bei dem Empfange dieſer Botſchaft gefaßt hat, wiſſen wir nicht. Möglicher Weiſe hat ſie ihn gar nicht mehr rechtzeitig erreicht. —

Über Schlicks Marſch von Oldenburg aus durch das öſtliche Holſtein und Schleswig ſcheinen ſich keine näheren Nachrichten erhalten zu haben.

1) Chriſtian V. an den Kommiſſarius Kay v. Alefeld, Thiſtedt den 30. Sept./10. Okt. Dieſes Schreiben enthält die Nachſchrift: Dieß Schreiben dem Oberſten Conrad Nellen zu erbrechen.

Derſelbe begegnete auf keinen Fall ernſtlichen Schwierigkeiten; nicht einmal das wolbefeſtigte Kiel ſcheint verteidigt worden zu ſein.[1]

Und da Schlick bereits am 7. Okt. n. St. in Hadersleben und am 11. Okt. in Kolding ſtand, ſo erwies ſich auch die Ausführung jenes königlichen Befehls an ſich als unmöglich, und der Rückzug über Aalborg und den Limfjord blieb das letzte Rettungsmittel der Dänen.

Auch bei der Beſetzung Jütlands verfuhr Schlick in ähnlicher Weiſe wie auf dem Zuge gegen den Markgrafen von Baden in Holſtein. Wie er hier den Feind im Oſten und Weſten zugleich vom Meere abgedrängt hatte, ſo geſchah es auch in Jütland. Am 29. Sept./9. Okt. wurde die Stadt Ribe durch einen Hauptmann Sprindſendorf beſetzt.[2] Drei Tage darauf zogen die Kaiſerlichen in Ballum (Balle) der Inſel Röm gegenüber ein. Bei dieſer Abteilung befand ſich der Graf Johann Georg von Mansfeld, den wir ferner am 5./15. Okt. in St. Darum (Dorin) und auffallender Weiſe ſchon am folgenden Tage in Viborg antreffen, während der Feldmarſchall ſelbſt am 13. Okt. noch ſechs Meilen ſüdwärts davon ſtand.

Bei Viborg aber hatten die Oberſten Konrad Rell, Baudiſſin und Kalenberg noch wenige Tage vorher ihr Quartier aufgeſchlagen und ihre Truppen auf den benachbarten Dörfern untergebracht. Gegen 3000 Reiter und einige Kompagnien Fußvolk hofften an den Sümpfen und Meereseinbuchtungen des nördlichen Jütlands ihre Rettung zu finden. Viborgs Vorſtadt ſollen die Dänen, wol bei ihrem Abzuge, angezündet haben.

Als Schlick in Viborg angelangt war, erhielt er genauere Kenntnis von den Verhältniſſen der vor ihm zurückweichenden Feinde und erfuhr, daß ſie keine Geſchütze und ſehr wenig Fußvolk mit ſich führten. Der Feldmarſchall faßte darauf den Plan, ihnen das Entweichen unmöglich zu machen und jagte ihnen mit 2000 Dragonern, d. h. berittenem Fußvolk, und der Reiterei und zwei Geſchützen in der Richtung auf Aalborg nach.[3]

Von den däniſchen Oberſten war aber auch diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht worden. Als die Truppen ohne den Prinzen, der ſich bald nach dem 10. Okt. angeblich eines Schadens am Schenkel

1) Schlick iſt nicht, wie mehrere gleichzeitige Berichte behaupten, nach Mecklenburg gezogen.

2) Anno 1627 om S. Michelsdag ſjenderne Komb her til Byenn bleff huos mig Indlagt John Sprindsensdorphs folch och heste, s. Ettervetninger angaaende Byen Ribe udgivne som Indbydels ess krift til den offentlige Examen i Ribe-Cathedralskole 1834. 28. Später kam Schlick auch perſönlich nach Ribe, 20. Die Kenntnis dieſes Schriftchens habe ich dem Herrn Geh. Archivar Dr. Jörgenſen in Kop. zu verdanken.

3) Bindaufs Brief an Johann Georg I., Aalborg 10./20. Okt.

wegen nach Fünen begeben hatte, bei Aalborg anlangten, war nicht die geringste Vorbereitung zu ihrer Weiterbeförderung getroffen, und das Landvolk begegnete Offizieren und Mannschaften der Armee seines Königs mit einer so offenkundigen Widersetzlichkeit, daß sie sich des Schlimmsten gewärtig halten mußten. Die gefangenen Obersten erhoben sogar später die Anklage gegen die Bevölkerung, daß Anschläge auf den Prinzen gemacht worden seien, dessen Auslieferung man dem Feinde zugesagt habe. Denn die unnötige Härte des Königs hatte die Leiden der Bevölkerung ins Maßlose gesteigert. Überall wo es möglich war, hatte man die Dämme und Gräben durchstochen und nicht nur die einzelnen Gehöfte, sondern ganze Dörfer und besonders die Mühlen an den Straßen, welche die Verfolger einschlagen mußten, niedergebrannt. Soll man doch sogar die Mühlsteine zersprengt haben. Man wollte eben den Feinden die Verfolgung aus allen Kräften erschweren, und ihnen den längeren Aufenthalt im Lande geradezu unmöglich machen.

In dieser verzweifelten Lage kam der Oberst Nell mit den andern Offizieren dahin überein, schleunigst auf den Paß bei „Engebürge in Wensüssel" zurückzugehen.[1] Man sprach darauf den bereits aufgeregten Reiterscharen, denen sicherlich schon das Schicksal der Truppen des Markgrafen bei Oldenburg vor den Augen schwebte, gütlich zu und versicherte ihnen, daß andere Rettungsmittel bereit ständen. Diese Beschwichtigungsversuche hatten bei einigen Truppenteilen den gehofften Erfolg. Allein das ebenso feige wie aufrührerische Regiment Kalenberg erhob sich in offener Meuterei und verweigerte den Gehorsam. Es wollte ebensowenig weiter marschieren als etwas von andern Rettungsmitteln hören. Trotzdem versuchten die Obersten noch einmal und dem Anschein nach unter Anwendung von Gewaltmitteln nach Wensüssel überzusetzen. Indessen man stieß hierbei auf eine so starke Widersetzlichkeit der Landleute, daß man den Versuch aufgeben mußte. Der Oberstlieutenant des Kalenbergischen Regiments samt dem Rittmeister Moritz und andern Offizieren und auch hundert Reiter wurden von den erbitterten Landleuten in das Wasser zurückgejagt und darin niedergemacht. Darauf faßten die Offiziere den Beschluß, auf dem Landwege durch „Engebürge" nach Wensüssel durchzubrechen. Man setzte sich eines Morgens in Bewegung und zwar dies Mal unter der Führung des Regiments Kalenberg, während der Oberst Baudissin mit seinen schlesischen Schwadronen zum Schutz der Quartiere

1) Das Schreiben der Obersten Konrad Nell und Ludwig Heinreich v. Kalenberg (Arhausen 23. Okt./2. Nov.) nebst einer Relation derselben von dem Rückzuge und der Gefangennahme enthält die meisten der hier erzählten näheren Angaben. K. A. in Kopenhagen.

vorläufig zurückblieb. Nach einem Marsche von etwa 1½ Meilen stieß man jedoch auf den Feind, der bereits am 7./17. Oktober Ulbjerg in der Nähe vom Lounsbredn genommen hatte.

Die dänische Reiterei befand sich nicht in der Lage, den Versuch eines gewaltsamen Durchbruchs zu wagen, sondern wich zurück, um vor Aalborg den Kampf aufzunehmen. Als sie die Umgebung der Stadt wider erreicht hatte, stand die schlesische Reiterei zu ihrer Aufnahme mitten im Felde bereit. Jenseits eines Passes vor der Stadt wollte man festen Fuß fassen und den Feind erwarten. Das Kalenbergische Regiment, welches auch jetzt noch die Vorhut hatte, erhielt also den darauf bezüglichen Befehl. Allein die Unordnung und der Aufruhr hatten in demselben bereits wider einen so hohen Grad erreicht, daß die Reiter abermals den Gehorsam verweigerten, ihren Obersten mit Gewalt in ihre Mitte nahmen und um einen Berg herum zur Stadt abschwenkten. Sie konnten nicht wider zum Stehen gebracht werden, und die übrigen Regimenter mußten ihnen also folgen. Am Abend oder in der Nacht des 7./17. Oktobers ging die ganze Reiterei wider durch Aalborg. Und als unter solchen Umständen die Offiziere zu einer Beratschlagung zusammentraten, wußte niemand einen andern Rat anzugeben, als sich vorläufig auf eine nordöstlich von Aalborg in den Liimfjord einspringende kleine Halbinsel Holm zurückzuziehen. Von hier aus gedachte man nach Hobro abzuschwenken. Denn man wußte noch nicht, daß auch dieser Ausweg bereits verlegt war, da Schlick den Obersten Scherffenberg rechtzeitig nach Hobro entsendet hatte, welcher den dänischen Vortrapp, etwa 300 M., größtenteils niedermachte. Am 8./18. Oktober nahmen die Kaiserlichen von Aalborg Besitz.

Auf ihrem Rückzuge nach der Halbinsel Holm mußten die Dänen in einem tiefen Moraste ihr Gepäck im Stich lassen, mit dessen Wagen und Fahrzeugen die Östreicher darauf den Weg zugänglich machten. Zwei Tage und zwei Nächte haben die meuternden dänischen Regimenter nach der Aussage ihrer Obersten in größter Unordnung noch auf dem Holm zugebracht, während nach Schlicks Versicherung die Kaiserlichen bereits am 7./17. Okt. gegen Abend zwei Meilen vor Aalborg auf sie stießen und sie schon am folgenden Tage zur Ergebung zwangen. Sicher ist, daß Schlick die ganze feindliche Reiterei durch eine geringe Anzahl Fußvolk, die er selbst auf nur hundert Mann angibt, vollständig abschnitt. Aber auch jetzt noch hätte sich wenigstens ein Teil der Mannschaften durch Preisgebung der Pferde zu Wasser retten können. Allein die feindseligen Einwohner von Wensüssel verweigerten unter Spott und Hohn nicht nur jegliche Hilfe, sondern unterstützten sogar die Feinde ihres Königs mit Rat und That, wo sie nur konnten.

So blieb denn den Abgeschnittenen kein anderer Ausweg, als die Ergebung. Auch hierbei handelten jedoch die Offiziere nicht nach ihrem freien Ermessen, sondern sie standen völlig unter dem Einflusse des Regiments Kalenberg und anderer Aufrührer, welche offen damit drohten, bei weiterer Verzögerung der Ergebung alle Offiziere auszuliefern oder den Generalmajor und den Obersten des Kalenbergischen Regiments geradezu niederzuschießen. Wenn aber die andern Regimenter gegen den Feind fechten würden, wollten die Kalenberger die Feindseligkeiten gegen diese eröffnen. Von diesem Regimente begab sich der erste Unterhändler in das Lager der Kaiserlichen. In der Nähe von Nordrandters (?) hat endlich dieser Rest der dänischen Reiterei am 10./20. Oktober die Waffen gestreckt [1]

Da sich Schlick weigerte, einen Vertrag mit den Offizieren einzugehen, lieferten die Reiter endlich ihre Vorgesetzten ohne Weiteres aus und liefen mit samt ihren Feldzeichen zu den Feinden über. Auch Schlick wollte aber mit solchen Soldaten nichts zu schaffen haben und nahm sie, wie versichert wird, nicht unter seine Truppen auf. Nachdem man ihnen alle ihre Habseligkeiten genommen und sie bis auf das Hemd ausgezogen hatte, jagte man sie von dannen.

Nach dem Berichte des Feldmarschalls fielen damals 28 Cornet und zwei Fahnen vom Fußvolk in seine Hände. Der Graf von Mansfeld hat jedoch nur 27 Cornet verzeichnet, nämlich zwölf Cornet des Obersten Kalenberg, sechs vom Obersten Holk, fünf vom Regiment des Herzogs

1) An diesem Tage halten wir fest, da er nicht bloß von dem Grafen Johann Georg von Mansfeld, sondern auch von dem Oberstlieutenant Bindauf in dem oben angeführten Briefe aus Aalborg überliefert wird. Freilich hat sich der Letztere ein Versehen zu Schulden kommen lassen, indem er diesen Tag als einen Dinstag anstatt der Mittwoch bezeichnet. Welche Bewandtnis es mit dem 18. Okt. hat, an welchem Schlick seinen Bericht an Wallenstein abfaßte (Chlumecky S. 58), muß näherer Untersuchung vorbehalten bleiben. Auch die von uns in den Archiven angetroffenen Abschriften dieses Briefes sind am 18. Okt. ausgestellt. Einer gedruckten Zeitung zufolge überfiel Schlick die Dänen erst am 20. Okt. (neuen Stils) und trieb sie auf eine Insel, wo sie noch 2 Tage lagen, ehe sie akkordirten. In einem andern Blatte desselben Zeitungsunternehmens wird ein Auszug von Schlicks Schreiben an Wallenstein „de dato Aalborg d. 28. Okt." mitgeteilt. Wallenstein hat Schlicks Brief wahrscheinlich erst am 30 Okt. zu Elmshorn erhalten. Das würde aber auffallend spät sein, wenn Schlick das Schreiben am 18. Okt. verfaßt und abgesendet hätte. An welchem Tage die Ergebung stattgefunden hat, sagt übrigens Schlick in seinem Schreiben an Wallenstein nicht ausdrücklich. Über das Schicksal der gefangenen Mannschaften berichtet Bindauf dem Kurf. von Sachsen am 23. Okt./2. Nov.

Franz Karl zu Sachsen-Lauenburg und vier von dem des Generalmajors Nell. Daß diese Kompagnien nicht mehr vollzählig waren, ist selbstverständlich. Unter den Gefangenen befand sich auch noch eine schleswigische Landkompagnie und etwa 200 Baudissinische Reiter.

Von den höheren Offizieren mußte sich der Generalmajor Konrad Nell und der Oberst Kalenberg dem siegreichen feindlichen Feldherren ergeben, während sich der Oberst Baudissin auf einem Bote der Gefangenschaft entziehen konnte. Der Herzog zu Lauenburg war nicht persönlich bei seinen Truppen anwesend.

Daß sich die Kaiserlichen auf ihrem Vormarsche durch die Herzogtümer in den königlichen Gebietsteilen nicht die geringste Zurückhaltung auferlegten, ist nicht gerade auffällig. Aber auch die Besitzungen des Herzogs Friedrich von Gottorp, ohne dessen bereitwillige Unterstützung sie sich nach ihrem eignen Eingeständnis nicht hätten behaupten können, waren vollständig ausgeplündert worden.

Achtes Buch.

Der Krieg an der Weser und in Niedersachsen diesseits der Elbe.

Anhalts Vormarsch an der Weser und der Rückzug des Generals Morgan bis unterhalb der Stadt Bremen.

Mit dem 17. September hatte sich Anholt der Umgebungen der Stadt Nienburg so weit versichert, daß ihre Verteidiger sich nicht leicht einer Unterstützung von außen her getrösten konnten.[1]

Um diese Zeit entschloß sich daher der bairische Feldmarschall zum Angriff auf das nördliche Wesergebiet überzugehen und sich den Weg nach Bremen zu eröffnen. Er marschierte, auch mit Artillerie versehen, von Verden aus am linken Ufer der Weser flußabwärts, ließ aber auch gegen 1000 Pf. rechts von der Weser gegen Ottersberg vorgehen, welche eine kleine dänische Reiterabteilung von 200 Pf. zurücktrieben, den Major

1) Extrakt eines Schreibens des Feldmarschalls Grafen v. Anholt aus „Gramkhe“ unter Bremen bei der Burg vom 5. Okt. K. H. H. St. A. in Wien.

Dalwig gefangen nahmen und ein Cornet sowie zwei Fahnen mit einer Anzahl Gefangener als Beute nach Rotenburg in Sicherheit brachten.[1]

Die erste Folge dieses Vorgehens war, daß die Dänen ihre Schiffbrücke in der Nähe von Achim abführten und eine zum Schutze derselben auf der linken Weserseite errichtete Schanze aufgeben mußten. Die Abführung der Schiffbrücke ging nicht ohne beträchtliche Verluste von statten. Eine Anzahl mit gesunden und kranken Soldaten bemannter Schiffe wurde samt zwei Geschützen und zahlreichen Gefangenen genommen, und von den letzteren angeblich allein 200 Engländer auf Anholts Befehl ohne weiteres über Bord geworfen.

Morgan hatte in den beiden ersten Septemberwochen sein Hauptquartier wider in Wasserbaden gehabt. Er ersuchte von hier aus den Rat von Bremen, seine Soldaten ohne besondere Pässe in die Stadt einzulassen, was jedenfalls auch geschehen ist. Als die Ligisten auf der linken Weserseite über Brinkum nach dem Katzenthurme, einer alten städtischen Warte, zuzogen, sprach er den Wunsch aus, die Stadt möge bei Zeiten die Warte so stark besetzen, daß sie dieselbe werde halten können, widrigenfalls er sich der Befestigung bemächtigen wollte. Noch immer erhielt Morgan Bier und Hafer aus der Stadt, und Dietrich Kreffting ließ gegen Zahlung des englischen Zahlmeisters Calandrini noch immer das Brot in Bremen backen. Der Rat freilich hatte bereits Ende August den Beschluß gefaßt, dem Kaiser nach Möglichkeit Gehorsam zu leisten, und gab sich auch der Hoffnung hin, daß die den Verteidigern des Protestantismus gewogenere Bürgerschaft ihm Folge leisten werde.

Noch bevor Anholt auf das rechte Weserufer überging, begannen die unter Morgans Oberbefehl bei Achim liegenden Engländer, deren Reihen sehr erheblich durch Krankheiten gelichtet waren, zurückzuweichen. Am 21. Sept. wurde die Besatzung noch vor Tagesanbruch aus den so lange behaupteten Verschanzungen gänzlich abgeführt,[2] und Morgan gab die Schanzen ohne jeden Kampf preis.

Nach diesen glücklichen Erfolgen seines Vormarsches führte Anholt seine Hauptmacht nebst dem Geschütz wider flußaufwärts und überschritt in der Gegend von Verden auf der von ihm errichteten Schiffbrücke die Weser, während er auf dem linken Weserufer den Oberstlieutenant v. Glayen mit einigem Fußvolk, einer kleinen Abteilung Reiterei nebst

1) Aus dem 39. Stücke einer süddeutschen gedruckten Zeitung, in welcher dieser Bericht als eine Mitteilung aus Rethem vom 22. Sept. aufgeführt ist. Vgl. Opel, Über eine bisher unbekannte süddeutsche Zeitung in dem Archive für Geschichte des deutschen Buchhandels, Bd. X. 207—224.

2) Die Zeitangabe ist dem erwähnten Zeitungsberichte entnommen.

drei Falkonets zurückließ. Dieſer Oberſtlieutenant hatte die Aufgabe, zunächſt die däniſche Schanze bei Dreye unterhalb Hoya in ſeine Hände zu bringen, was ihm bald gelang. Denn das nur von drei Kompagnien verteidigte Werk bot den Angreifern, welche durch Geſchützfeuer vom rechten Weſerufer her unterſtützt wurden, keine erheblichen Schwierigkeiten dar. Der Beſatzung wurde zwar einem Vertrage zufolge der freie Abzug bewilligt, aber, da ſie ſich hatte beſchießen laſſen, ohne Ober- und Seitengewehr.

Nachdem die Ligiſten in das umfangreiche Schanzwerk bei Achim, ohne Widerſtand zu finden, eingerückt waren, wurde es dem Oberſten Gallas möglich, durch Geſchützfeuer von dem großen hier errichteten Verteidigungswerke eine niedrigere Schanze zur Übergabe zu zwingen. Der hier den Oberbefehl führende Offizier Schäff hatte auf das Erſuchen, die Schanze zu übergeben, geantwortet, „er wäre ein Deutſcher und dächte nicht wie ſeine Geſellen auszureißen, ſondern zu fechten“. Allein das ligiſtiſche Geſchützfeuer brachte ſeinen Mut bald zum Wanken: auch er nahm einen Vertrag an und zog ab.[1]

Außerdem bemächtigten ſich die Ligiſten damals noch einer kleineren Schanze auf der linken Weſerſeite, welche die Dänen zur leichteren Verbindung mit den Stiftern Osnabrück und Münſter errichtet und mit zwei Kompagnien beſetzt hatten.

Schon von ſeinem Hauptquartier Thedinghauſen aus ſendete Anholt (20. Sept.) einen Lieutenant Georg Dadenbeck an den Rat der Stadt Bremen und ließ anfragen, welche Stellung die Stadt nun gegen ihn und ſein Heer einnehmen wolle, und ob ſie auch ihm mit Nahrungsmitteln und Schießbedarf beiſpringen werde, wie ſie es den Dänen gegenüber gethan haben ſollte. Ferner verbat ſich der ligiſtiſche Generalfeldmarſchall, daß die Stadt dem Feinde den Durchzug gewähre.[2]

Dieſe Botſchaft erhielt der Rat am 21. Septbr. Er erteilte darauf dem ligiſtiſchen Lieutenant mündlich einen zuſagenden Beſcheid, entſchloß ſich aber auch, Anholt die Bewilligung ſeiner Forderungen durch eine beſondere Geſandtſchaft kund zu thun. Die den Geſandten, dem Syndikus Dr. Gerlach Buxtorff und dem Ratsverwandten Hermann Moller, erteilte Vollmacht vom 22. Sept. enthielt zugleich eine Entſchuldigung der Stadt für den Fall, daß ſie nicht imſtande ſein ſollte, größere, in die entfernteren ſtädtiſchen Gebietsteile einbrechende däniſche Streitkräfte zurückzuweiſen. Zugleich überſendete die Stadt Geſchenke.

---

1) Bericht aus dem kaiſ. Quartier zu Achim vom 24. Sept. in Numer 41 jener Zeitung.

2) Archiv der fr. Stadt Bremen.

Nun waren aber dem Anschein nach diese Gesandten weder am 22. noch am 23. Sept. imstande, das ligistische Lager aufzusuchen. Die gerade in diesen Tagen sehr große Unsicherheit im Landgebiete der Stadt und wahrscheinlich auch Besorgnis vor den in dieser Zeit durch die Stadt ziehenden dänischen Heeresteilen mag sie daran gehindert haben.

Unterdessen war Anholt auf das rechte Weserufer übergetreten[1] und in größter Nähe der Stadt, in Hemelingen, angelangt. Von hier aus stellte er am Nachmittage des 23. Sept. die Forderung an die Stadt, ihm den Durchzug durch ihr Gebiet zu gewähren. Am andern Morgen früh trat der Rat zu einer Sitzung zusammen und einigte sich in dem Beschlusse, den ligistischen Truppen das Außengebiet der Stadt nach Borgfeld zu für den Durchzug offen zu halten, da er der Meinung war, daß der Feldmarschall diesen Weg einschlagen werde. Und nun erst, am 24. Sept., entledigten sich auch die städtischen Abgeordneten Buxtorff und Moller ihrer Aufträge an den Feldmarschall.

Nach Borgfeld zu hatten auch die Dänen ihren Rückzug angetreten und am 24. Sept. wol größtenteils in das Werk gesetzt. Dabei hatten sie die Stadt selbst nicht unberührt lassen können. Dieser Rückzug muß ein sehr eiliger gewesen sein, da man einen Teil der Geschütze samt dem Schießbedarf in der Stadt hatte zurücklassen müssen. Hindernisse waren dabei den Dänen von seiten der Stadt nicht in den Weg gelegt worden, ja vielleicht hatte der Rat ihren Abmarsch noch mehr befördert, als er Anholt eingestehen mochte, um einen Kampf in der unmittelbaren Nähe der Stadt, so viel an ihm lag, unmöglich zu machen. Doch berief der Rat endlich bei der drohenden Annäherung der Ligisten noch vor dem Eintreffen Dadenbecks die Bürgerschaft, um ihr anzuempfehlen, den Feinden des Kaisers den Zutritt zur Stadt und die Zufuhr zu sperren.

Die Antwort des Rats scheint Anholt anfangs vollständig befriedigt zu haben; er forderte jedoch von Buxtorff und Moller den Durchzug durch die Burg, einen zwischen Bremen und dem hier ziemlich breiten Flusse Lesum und zwar unmittelbar an dem letzteren, noch im Stadtgebiete gelegenen Flecken, welchen die Stadt zwar selbst besetzt hatte, den aber die Dänen von ihren auf der andern Seite des Flusses errichteten Befestigungen aus beherschten.

Anholts Heer mußte, um auf dem schon damals vorhandenen, nach dem Lesumflusse führenden Steinwege zur Burg zu gelangen, den Durchzug durch die bremische Vorstadt nehmen.

---

1) Das ist wahrscheinlich am 21. oder 22. Sept. geschehen.

Dieſe Forderung augenblicklich zu gewährleiſten, hatten die ſtädtiſchen Abgeordneten keinen Auftrag und eilten daher ſofort in die Stadt zurück, wo ſie zwiſchen elf und zwölf Uhr anlangten. Schon um 1 Uhr nachmittags zogen ſie mit den neuen Aufträgen des Rats, welche die Genehmigung der letzten Forderungen Anholts enthielten, abermals hinaus und trafen Anholt noch im Hauptquartier Hemelingen. Derſelbe verpflichtete ſich hier mündlich, wie er es ſchon bei dem Beginn der Verhandlungen zugeſagt hatte, zur Räumung der Burg, ſo bald keine Gefahr mehr von den Feinden zu befürchten ſein würde, und machte ſich auch anheiſchig, der Stadt eine ſchriftliche Gewährleiſtung dieſes Verſprechen auszuſtellen.

Darauf ließ der Rat die Schlagbäume öffnen, ließ in den benachbarten Ortſchaften Mitteilung von dem bevorſtehenden Marſche der Ligiſten machen und beſtellte ſogar das Hauptquartier in der Burg für den Feldmarſchall.

Allein Anholt zog es vor, dem Feinde nicht auf dem Fuße zu folgen, ſondern zunächſt das vor ihm liegende Gebiet auskundſchaften zu laſſen. Wahrſcheinlich nötigte ihn aber außerdem Mangel an Nahrungsmitteln zur Einſtellung ſeines Vormarſches. Auch mochte ihn eine gewiſſe Beſorgnis, zwiſchen der Stadt und dem Leſumfluſſe mit dem Feinde handgemein zu werden, hierzu veranlaſſen, da die Dänen ihm wol kaum um einen Tagemarſch voraus waren.

Ganz unangefochten gelangten dieſe daher über Borgfeld an die Wümme und beſetzten den Flecken zur Burg. Das letztere gelang ihnen um ſo leichter, als die ſtädtiſche Beſatzung nicht den geringſten Widerſtand leiſtete, und ſie ſich des ſtiftiſchen Gebietes jenſeit des Fluſſes ſchon ſeit Jahresfriſt verſichert hatten. Da die Geſchütze von ihren Verſchanzungen am rechten Ufer des Fluſſes aus die Brücke unmittelbar beſtrichen, und die gepflaſterte Straße durch einen Einſchnitt geſperrt war, ſcheint man von Anfang an nicht die Abſicht gehegt zu haben, den Flecken zu halten. Bereits am Abend des 24. Septbr. ließ Morgan die Brücke ſogar in Brand ſtecken und zerſtören, wobei ihm nach Anholts Beſchuldigung die ſtädtiſche Beſatzung in der Burg hilfreiche Hand leiſtete. An dieſem Tage werden alſo die Dänen den Flecken größtenteils geräumt haben, da Anholt ſeine Truppen allmählich gegen Grambke im Norden von Bremen vorgehen ließ.

Am 25. Septbr. hatte der ligiſtiſche Feldmarſchall ſein Hauptquartier in Schwachhauſen öſtlich von Bremen. Hier ſuchten ihn die beiden Abgeordneten der Stadt, Dr. Buxtorff und Moller, wider auf, welche er mit den leidenſchaftlichſten Vorwürfen überhäufte. Er beſchuldigte die

Stadt, daß sie ihn am Vorrücken verhindert habe, ja daß die städtischen Politiker Morgan selbst zur Ansteckung der Brücke angereizt hätten. Die Stadt sollte dem dänischen General jeden Vorschub geleistet, sogar Geschütze geliehen, und überhaupt bis jetzt die kaiserliche Devotion zwar auf der Zunge, den König von Dänemark aber im Herzen getragen haben. Die Abgeordneten der Stadt traten diesen Anschuldigungen mit großer Entschiedenheit entgegen, waren aber nicht imstande, Anholts Argwohn zu beschwichtigen. Derselbe drohte vielmehr geradezu, die Exekution gegen Bremen befördern zu wollen. Einige Tage darauf ließ dagegen die Stadt Anholt die Versicherung erteilen, daß sie den König nicht mit einem Heller an Geld oder einem einzigen Pfund Pulver, geschweige denn mit Geschütz, Gewehren oder Schießbedarf unterstützt hätte.

Anholt nahm darauf mit Gewalt Besitz von der Vorstadt, und unterwarf das Land einer vollständigen Plünderung, welche Frevel und Gewaltsamkeiten ärgster Art in ihrem Gefolge hatte. Einer Frau schüttete man Pulver in den Hals und zündete es an, der Pastor zu Wasserhorst wurde samt seiner Tochter ertränkt.

Drei Tage darauf (28. Septbr.) finden wir Anholt in Grambke: er hatte nun seine Truppen bis an die Burg vorgeschoben, ohne jedoch imstande zu sein, den Übergang über die Lesum zu erzwingen. Auf dem Kirchhofe zur Burg wurden Schanzen aufgeworfen.

Während dieses ganzen Vormarsches gegen Bremen fielen den Siegern acht Geschütze als Beute in die Hände. Am 30. Sept. wurden acht feindliche Fahnen nebst zahlreichen Gefangenen in Verden eingebracht. Schon damals war man hier davon unterrichtet, daß die Dänen das ganze Gebiet zwischen Nienburg und Bremen geräumt hatten. Damals ließ Anholt auch bereits Ottersberg beobachten, dessen Befehlshaber er mit dem Henker bedrohte, wenn er „das Geringste mit Feuer angreifen werde."

Und hier, nur getrennt durch den Fluß Lesum-Wümme lagen darauf beide Heere viele Tage lang einander ziemlich unthätig gegenüber, ohne daß eins derselben einen Entscheidungskampf herbeizuführen wagte. Da sich Anholt trotz seiner 4000 M. zu schwach an Fußvolk fühlte, zögerte er, zum Angriff vorzugehen, wollte sich aber auch aus Besorgnis, den Feinden von neuem Luft zu machen, nicht wider zurückziehen. Im Ganzen soll der ligistische Feldmarschall damals außer den 4000 M. z. F. noch zwei Reiterregimenter gegen das Erzstift Bremen geführt haben. Den Dänen aber standen nach der Schätzung eines ligistischen Offiziers gegen 4000 R. in den Regimentern Norprath, Graf v. Ortenburg,

Bernhard Geiſt und drei einzelnen Cornets zu Gebote, während ſie dem Anſchein nach an Fußvolk noch ſchwächer, als die Ligiſten waren. Da die Beſatzung der Schanzen bei Achim durch Mangel an Lebensmitteln und Krankheiten große Verluſte erlitten hatte, und die Hiobspoſten aus den überelbiſchen Herzogtümern ſich täglich mehrten, war die Stimmung der aus Engländern und Schotten, Franzoſen und Deutſchen zuſammengewürfelten kleinen däniſchen Armee ſchon damals eine ſehr ſchlechte.

Als um die Mitte des Oktobers regneriſche Witterung einfiel, wurden die Bewegungen der Armeen durch natürliche Hinderniſſe noch mehr gehemmt. Es iſt daher wol glaublich, daß der ligiſtiſche Oberſt zwei Schiffbrücken, die auf Rädern fortbewegt werden konnten, erbauen ließ, um mit Hilfe derſelben über das Waſſer zu kommen. Die Stadt Bremen hatte zur Errichtung einer Schiffbrücke Kähne und Fahrzeuge geliehen, die aber von den ligiſtiſchen Soldaten zerhauen worden waren. Da nun Anholt weder die Burg zurückgab noch auch einen Revers ausſtellte, ſo gerieten beſonders die unteren Klaſſen der Bürgerſchaft in große Erregung, die ſich auch gegen Ratsmitglieder richtete, denen man eine beſondere Hinneigung zur kaiſerlichen Partei zum Vorwurfe machte. Der Bürgermeiſter Schlichting wurde ſogar einſt mit Steinwürfen verfolgt, ſo daß er kaum auf das Rathaus in Sicherheit gebracht werden konnte.[1]

Trotz dieſer der ligiſtiſchen Armee feindſeligen Stimmung der unteren Bevölkerungskreiſe beſchwerte ſich die Stadt doch bei den däniſchen Offizieren über die Abbrennung der Brücke und die Einnahme des Amtes Blumenthal, ſowie über die Einäſcherung der Burg und andere Brandſtiftungen.[2] Ja ein däniſches Kriegsſchiff wurde ſogar von einer bremiſchen Yacht gezwungen, ſich in den Hafen von Vegeſack zu legen.

Je länger aber die Ligiſten, deren Anführer überall im Namen des Kaiſers auftraten, das Feld im Stift behaupteten, um ſo verhängnisvoller geſtalteten ſich die öffentlichen Zuſtände für die däniſch-proteſtantiſche Partei.

Noch gegen Ende des Auguſt hatte man den Erzbiſchof Johann Friedrich von den Kanzeln herab ſeines Erzſtifts verluſtig erklärt und jedermänniglich zur Verteidigung des Glaubens aufgerufen. Allein ſchon damals war der Aufruf des Königs zur allgemeinen Landesbewaffnung, durch welche man die Grenzen des Erzſtifts zu ſichern gedachte, ziemlich wirkungslos verhallt. Bei ſeiner letzten Anweſenheit in Stade hatte der

1) Bericht aus dem kaiſerlichen Lager zur Burg unter Bremen vom 6. Okt. in Numer 41 der oben angeführten Zeitung.

2) Inſtruktion für eine bremiſche Geſandtſchaft vom 24. Sept./4. Okt. 1627. Arch. d. fr. St. Bremen.

König mit größtem Mißfallen die Wahrnehmung gemacht, daß die Einwohner des Gebiets Osterstade noch keineswegs marschfertig waren. Georg v. Uslar und Levin Marschalk richteten noch am 24. Aug. den Befehl an den Vogt, diesen Landsturm sofort abzuführen. Derselbe Befehl erging an den Grafen des Alten Landes, infolgedessen etwa 200 M. in Stade erschienen und durchgeführt wurden. Am unbotmäßigsten zeigten sich die Einwohner des Amtes Neuhaus, welche 500 Bewaffnete zu stellen hatten und den Kriegskommissaren durch ihren Amtmann endlich 50 und darauf 100 M. anbieten ließen. Die dänischen Offiziere, welche sich zur Übernahme der Mannschaften in Neuhaus einstellten, waren aber demungeachtet nicht imstande, die Leute zum Marschieren zu bewegen. So schilderte wenigstens der Amtmann Sasse seinem Landesherrn, dem Herzoge Johann Friedrich, die Stimmung in dem ihm untergebenen Bezirke. Endlich erließ der Erzbischof von seinem Stiftshofe zu Lübeck aus eine gedruckte Warnung an alle seine Unterthanen, dem Aufgebote des Königs und seines Sohnes, des Koadjutors von Bremen, irgend welche Unterstützung zu leisten und stellte den Ungehorsamen ausdrücklich die kaiserliche Ungnade in Aussicht.

Unter dem Eindrucke, welchen die ungehinderten Fortschritte der mit dem Landesherrn Hand in Hand gehenden Ligisten im Lande machen mußten, beugten sich bald auch die Stände und in gewissem Sinne selbst die Stadt Bremen.

Als Anholt am 3. Okt. den Obersten de Comargo von Grambke aus zu einer Ständeversammlung nach Bremen sendete, richtete er noch nicht viel aus. Auf ein erneutes Schreiben desselben an die Regierung und an das Domkapitel, sowie an die Stadt Bremen, in welchem er diese Behörden aufforderte, die königlichen Besatzungen aus dem Stift heraustreiben zu helfen, erteilte jedoch zunächst das Domkapitel einen vollständig zufriedenstellenden Bescheid. Es wollte die Sache des Kaisers nach bestem Wissen und Vermögen unterstützen und seinen Feinden keinerlei Vorschub und Hilfe gewähren; freilich ersuchten die Domherren Anholt zugleich, vorläufig nicht weiter in sie zu dringen, da sie selbst nur mit Mühe ihren Unterhalt zu gewinnen vermöchten. Und die Stadt Bremen widerholte den ersten Teil der Erklärung der Domherren wörtlich. Demungeachtet forderte Anholt die Stadt auch noch später zur Unterstützung mit Rat und That auf: sie mochte also den Erwartungen des ligistischen Offiziers nur in geringem Maße entsprochen haben.

Andererseits übte die Stadt nicht lange darauf geradezu Feindseligkeiten gegen die Dänen. Die städtischen Truppen bemächtigten sich zwischen Vegesack und dem Schlosse Blumenthal eines ihnen früher genommenen

Kriegsſchiffs wider, überfielen den däniſchen Hauptmann in Vegeſack, machten eine Anzahl ſeiner Soldaten nieder und führten ihn nebſt andern Offizieren gefangen auf ihr Schiff. Unmittelbar darauf kam freilich ſowol die Stadt wie der Hafen in den Beſitz der Ligiſten. Auf dem platten Lande traten die Bauern den däniſchen Soldaten mit den Waffen in der Hand entgegen, ja aus dem Lande Wurſten und aus Hadeln ſoll ſich damals ſogar ein Haufe von 1500 M. zuſammengefunden haben. Aus der in der Nähe der Burg von den Ligiſten angelegten großen Schanze ſendete man einſt dem bremiſchen Landvolke einen Lieutenant mit einer kleinen Abteilung Soldaten zur Unterſtützung und dieſem wider einen Fähnrich des Oberſten Gallas. Der erſtere wurde jedoch von den Dänen gefangen genommen, und der zweite nach der Behauptung der Ligiſten mit Liſt durch den Grafen von Oldenburg einige Tage zurückgehalten.

Das Vorrücken der Ligiſten zwiſchen der Weſer und der Elbe brachte natürlich auch in Hamburg große Bewegung hervor. Schon Ende September fürchtete der niederländiſche Geſchäftsträger Foppius van Aitzema, daß es Morgan ſchwer fallen würde, von der Bremer Burg über die Heide nach Stade zu gelangen, und erſuchte die Generalſtaaten, ſchleunigſt 50000 Rchthlr. zur beſſern Behauptung von Glückſtadt und Krempe auf der einen und Stade und Buxtehude auf der andern Elbſeite herauszuſenden. Der Rat von Hamburg faßte den Beſchluß, neben ſeinen vier Kriegsſchiffen noch zehn kleine Fahrzeuge von 30 bis 40 Laſt in Kriegsſchiffe zu verwandeln und damit die Elbe nebſt allen ihren Zugängen und Kanälen ſo zu beſetzen, daß ſich die Stadt vor jeder Überwältigung durch die Kaiſerlichen ſicher fühlen konnte.[1] Die Stadt wollte ihre Verbindung mit Holland aufrecht erhalten und den Generalſtaaten eine genügende Erklärung über ihren Handelsverkehr mit Spanien erteilen.

Als ſich ſpäter das falſche Gerücht von der Belagerung Glückſtadts durch Wallenſtein verbreitete, traf der Rat freilich zum großen Verdruß des holländiſchen Geſandten ſofort Anſtalten, ſich der Inſel Krautſand zu bemächtigen und hier Verſchanzungen anzulegen. Foppius argwöhnte, daß dieſe Vorbereitungen mit dem Vorwiſſen Tillys ins Werk geſetzt würden, damit auf dieſe Weiſe Glückſtadt alle Zufuhr und jeder militäriſche Beiſtand zu Waſſer abgeſchnitten werden könnte, und die däniſchen Diplomaten legten ſogar auf dem Rathauſe Verwahrung gegen die Ausführung dieſer Abſichten ein. Als nun eine Einſchließung und Belagerung Glückſtadts nicht erfolgte, gab der hamburgiſche Rat ſeinen Plan zwar vorläufig auf,

1) Aitzema an die Generalſtaaten, Glückſtadt 15./25. Septbr., Hamburg 19./29. Septbr.

ließ aber doch seine besten Kriegsschiffe in der unmittelbarsten Umgebung der Insel Stellung nehmen. Er war jedenfalls davon unterrichtet, daß Foppius die Aufmerksamkeit der Generalstaaten schon längere Zeit auf die Insel gerichtet hatte.

Bei seiner Anwesenheit in Glückstadt hatte der englische Gesandte Anstruther den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß der König von Dänemark Morgan schleunigst Befehl erteilen möge, seine Mannschaften in Stade, Buxtehude, Glückstadt und Krempe unterzubringen, wo sie von Holland und England leicht Unterstützung erhalten konnten.[1] Die dänischen Räte, welchen Morgan diese Vorstellungen machte, erteilten zwar keine zustimmende Antwort, versprachen aber, ihrem Könige Bericht zu erstatten, und womöglich bald Bescheid zu geben. Allein sie werden damals bereits davon gewußt haben, daß ihr König dem Rest seiner Weser- und Elbarmee die Bestimmung zugedacht hatte, Schleswig und Jütland verteidigen zu helfen.

Trotzdem beriet sich Anstruther mit Detlev v. Ranzau, Wolf v. Buchwald und dem Kanzler Friis auch fernerhin über die Lage und die Bestimmung der Truppen Morgans, der zuletzt das Versprechen gab, nach Stade zu gehen und hier wenigstens 1000 M. in Sicherheit zu bringen und sich damit zugleich der Stadt zu versichern. Aitzema nahm es auf sich, Buxtehude zur Einnahme einer Besatzung zu nötigen. Notgedrungen fügten sich die Bürgerschaften beider Städte den Weisungen der fremden Gesandten. Der niederländische Geschäftsträger bezeichnete es als sein und der dänischen Räte in Hamburg Verdienst, daß Stade eine Besatzung aufgedrungen wurde.[2] Buxtehude wurde nach längerem Sträuben das Zugeständnis abgerungen (29. Sept.), sich noch von etwa 160—200 M. mehr verteidigen zu lassen,[3] aber die Stimmung der Bevölkerung war hier eine den Dänen so feindselige, daß man offen damit drohte, die Verteidiger bei der Annäherung der Kaiserlichen aus der Stadt zu treiben.

Auch der Prinzstatthalter der Niederlande teilte die Anschauungen des englischen Gesandten und maß der Erhaltung der Plätze an der Elbe,

---

1) Anstruther an Lord Conway, Hamburg 5. Sept. a. St.

2) Aitzema an die Generalstaaten, Hamburg 26. Sept. a. St. In Staden syn nu omtrent duisent Scotten meist per force ingekomen; in Buxtehude hebben se oick omtrent noch twee hondert ingelaten, dan Uwe Hoog Mogende gelieven te weten, dat dese plaetsen ende nagebuiren mehr op de fortuine ende den Kaiser, als ob die goede partie beginnen te sien. K. R.-A. im Haag.

3) Einer andern Nachricht zufolge sind es nur 60 M. gewesen, Archiv d. Ver. f. Gesch. der Herz. Bremen und Verden und des Landes Hadeln zu Stade 3, 395.

beſonders Glückſtadts, die größte Bedeutung bei.[1] Er empfahl Morgan außerdem die Beſetzung und Befeſtigung der Inſel Krautſand. Schon fürchtete er auch für die Sicherheit des Sundes, verſicherte aber dem Könige, daß er der holländiſchen Kriegsflotte bereits Befehl zur Verfolgung der ſpaniſchen Kriegsſchiffe, welche nach der Nord- und Oſtſee ſegeln würden, erteilt habe.

Auf das Erſuchen Tillys und des proteſtantiſchen Erzbiſchofs verſammelten ſich indeſſen (6./16. Okt.) die bremiſchen Stiftsſtände, und unter dieſen auch Mitglieder der Räte von Stade und Buxtehude, um Mittel ausfindig zu machen, die Dänen gerade aus dieſen beiden Städten zu entfernen. Die Stadträte hegten dabei im Geheimen die Hoffnung, die Vertreter des Königs zu einer freiwilligen Abführung der Beſatzungen zu bewegen, da ſie Vorſorge dagegen treffen wollten, daß man von ſeiten der Ligiſten das Recht der Eroberung geltend machen könne. —

Nachdem ſich beide Heerlager diesſeits und jenſeits des Fluſſes Leſum einige zeitlang vergeblich verſchanzt und vergeblich beobachtet hatten, ſetzten ſich endlich die Ligiſten zur Herbeiführung der letzten Entſcheidung zuerſt in Bewegung und wurden in ihren Märſchen durch die Weiſungen, welche ihnen der Erzbiſchof als Landesherr erteilen ließ, auf das Beſte unterſtützt.[2]

Die Belagerung und Einnahme der Städte Nienburg und Wolfenbüttel.

Der Feldmarſchall v. Anholt hatte bei ſeinem Abzuge von Nienburg dem Oberſten Erwitte den Oberbefehl über die um die Stadt verſammelten igiſtiſchen Regimenter hinterlaſſen. Auch dieſer war aber nur imſtande, die Feſtung zu blokieren. Er führte die Einſchließungswerke und die Schanzen fort, welche der Graf v. Gronsfeld unvollendet hinterlaſſen hatte und ließ Laufgräben auswerfen, um der Stadt etwas näher zu kommen und ſie nötigenfalls durch Sturm einzunehmen.

Nun erkrankte der unermüdliche Verteidiger der kleinen Feſtung, der Oberſt Limbach, jedoch im September an der Peſt und ſendete darauf einen Sekretär aus, um wahrheitsgemäßen Bericht von der königlichen

---

1) In einem Schreiben an Morgan vom 24. Okt. a. St. erklärte es der Prinz für das Beſte, wenn der General ſeine Truppen nach Glückſtadt, Stade und Buxtehude lege, „pourvu que vous n'ayez point autre commandement du Roy". Von dem Befehle Chriſtians IV. an Morgan, nach Jütland zu gehen, ſcheint der Prinz alſo keine genaue Kenntnis gehabt zu haben

2) Waſſenberg, der erneuerte Teutſche Florus, Amſterdam 1647, 127.

Armee und dem Könige selbst einzuziehen.[1] Er war damals noch nicht davon unterrichtet, daß die Armee des Markgrafen von Baden nach Holstein übergeführt worden war, und wußte vielleicht nicht einmal, daß sie dahin übergeführt werden sollte. Dieser Abgesandte gelangte unter den größten Schwierigkeiten durch Dietmarschen bis an die Eider. Hier fand er die ganze Landbevölkerung im Aufstande: die Bauern hatten überall die Brücken abgeworfen, die Wege aufgegraben und schlugen ohne Unterschied der Parteien alles nieder, was sich ihnen entgegenstellte. Da Limbachs Abgesandter keinen Paß des Herzogs Friedrich von Holstein besaß, konnte er nicht über die Eider gelangen und trat daher auf den Rat des Landvoigts von Dietmarschen und anderer Personen seine Rückkehr an. Gerade als er in die Elbe einlief, fielen 4 Komp. feindlicher Reiter und 5 Kompagnien zu Fuß in Brunsbüttel ein und bemächtigten sich der ganzen fruchtbaren Landschaft.

In Stade traf Limbachs Botschafter den deutschen Kanzler des Königs, Martin v. d. Medem, und den bremischen Koadjutor, den zweiten Sohn Christians IV., samt einigen Kriegskommissarien. Hier legte man ihm die unterschriebene und untersiegelte Originalausfertigung eines zur Befreiung seines Obersten Limbach erlassenen königlichen Befehls vom 20./30 Aug. vor, von welchem der Botschafter offenbar nichts wußte, und dem man auffälliger Weise bis dahin nicht nachgekommen war. Limbachs Abgeordneter überhäufte den Prinzen und die Kommissarien mit Vorwürfen darüber, daß man den Befehl des Königs so lange Zeit „hinterhalten" habe. Der Prinz aber entsendete jetzt erst den Kommissarius Uslar zum Grafen von Thurn, um mit dessen Rat die Befreiung Limbachs einzuleiten, während der Botschafter Auftrag erhielt, dem Obersten selbst schleunigst Nachricht zukommen zu lassen. Der dänische Prinz konnte jetzt keinen andern Rat erteilen, als daß Limbach womöglich auf seine Verantwortung einen günstigen Vergleich abschließen möchte, und der Botschafter des letzteren sprach sich dahin aus, daß er zusehen möge, „wie er mit Lüneburg einen guten Accord mache, erstlich daß er aus dem Nest und dann gar mit Ehren darvon komme. Weiln ich des Königs Ordinanz und des Prinzen Parole habe, so mögen es nun E. Gestr. in Gottes Namen drauf wagen, dann auf weitere Hilf darf man diesseits nit warten". Doch wurde von seiten der Dänen der Wunsch geäußert, daß Limbach die dem Könige gehörigen Geschütze nebst einigem Schießbedarf

1) Nach einem kölnischen Zeitungsbriefe war es ein Kapitän Stubenvoll. Der Bericht dieses Abgesandten ist der bereits erwähnte vom 8. Okt. a. St. (Hamburg) und in Londorps Samlung Bd. II. (J. 1631) S. 1351—1353 gedruckt.

die Weſer herab nach Bremen in Sicherheit bringen möge, denn der König hatte in dieſen Gebieten über 50 Stück Geſchütz verloren. Freilich betrieb man in Stade damals die Befreiung Limbachs doch hauptſächlich zu dem Zwecke, daß er mit ſeinen Truppen das Stift Bremen könne verteidigen helfen, an welchem auch dem Prinzen das meiſte gelegen war.

In Stade wird ſich Limbachs Sekretär kurz vor dem 8./18. Oktober befunden haben. An dieſem Tage ließ er ſeinem erkrankten Oberſten dieſe Nachrichten und Weiſungen in mehreren Ausfertigungen von Hamburg aus zukommen, von denen dieſen aber wol keine mehr lebend erreicht hat.

Limbach ſelbſt ſtand ſchon längere Zeit in Verhandlungen mit Erwitte, der nicht ſehr große Neigung gezeigt zu haben ſcheint, die kleine Feſtung durch einen Sturmangriff zu Fall zu bringen. Denn er wußte natürlich von der Erkrankung des feindlichen Oberſten und war ſogar ritterlich genug, den Feind durch Zuſendung von Wein und anderem Labſal zu erquicken. Nach den ihm zugekommenen Nachrichten mangelte es ferner in der Stadt an Korn, Holz und Bier: die Soldaten waren nur dürftig gekleidet, viele hatten keine Schuhe an den Füßen. Doch bekam die Beſatzung bis zuletzt friſches Fleiſch; Limbach ſoll perſönlich einen ziemlichen Vorrat von geräucherten Fleiſchwaren beſeſſen haben. An Schießbedarf ſcheint kein Mangel geweſen zu ſein.

An den Verhandlungen zwiſchen Limbach und Erwitte beteiligte ſich zugleich als Landesherr der Herzog Chriſtian von Lüneburg-Celle. Er ſendete einen Unterhändler an Erwitte, Heinrich v. Fulde, der von dieſem Zutritt zur Feſtung erhielt, wo ihm Limbach den Auftrag erteilte, den bereits aufgeſetzten Vergleich mit Erwitte, beſonders die Zuſicherung des Quartiers für den Oberſten und ſein Volk, durch den Herzog Chriſtian von Celle genehmigen zu laſſen und dann nach Nienburg zurückzukehren. Limbach hatte ſich in ſeinem Vertrage auch die freie Verfügung über das Eigentum des Königs und das, was er ſelbſt als ſeinen Beſitz anzuſprechen ein Recht zu haben vermeinte, ſowie die Bezahlung ſeiner Truppen von Erwitte ausbedungen. Der lüneburgiſche Vermittler ſagte ſeine Rückkehr im Verlaufe von acht Tagen zu, war aber am 17. Okt., wo dieſe Zeit verſtrichen war, noch nicht wider im ligiſtiſchen Lager angelangt.[1] Ebenſowenig waren damals bereits Nachrichten von dem nach Holſtein entſendeten Sekretär von Hamburg aus in Nienburg eingelaufen.

---

1) O. v. Erwitte an den Kommiſſarius Chriſtof v. Lerchenfeld, Eßdorf im Quartier vor Nienburg 17. Okt. K. R. A. in München.

Die in Stade erwogenen Pläne zur Befreiung des tapfern Offiziers und seiner Mannschaft sollten überhaupt dem ersteren nicht mehr zu Gute kommen: dafür erschien als sein Befreier der Tod.

Limbach starb am 21. Okt. an der Pest. Die Soldaten setzten seine Leiche am nächsten Tage in der Kirche bei und widmeten ihrem tapferen Führer daselbst ein ehrendes Denkmal. Allein nach der Übergabe der Stadt wurden die irdischen Überreste des Obersten aus dem Gotteshause entfernt und unter Beschimpfungen außerhalb des Ortes wider unter die Erde gebracht.[1] Den Oberbefehl übernahm nach Limbachs Tode der Major v. Pappenheim.

Die Besatzung von Nienburg suchte nach dem Tode Limbachs den Feind noch durch einen Vorstoß auf Fürstenau zu schrecken, den letzten Posten, welchen die Dänen unter einem Rittmeister Damitz im Stift Minden das ganze Jahr hindurch bis dahin behauptet hatten.

Endlich schlossen jedoch die Offiziere am 2./12. Nov. einen Vertrag mit Erwitte ab,[2] durch welchen sie sich und den Mannschaften freien Abzug und Geleit nach Stade sicherten. Mit fliegenden Fahnen und zwei Stück Geschütz verließen die Dänen den so lange mit Glück verteidigten Punkt.[3] Mit ihnen zog auch Limbachs Witwe, die bis zuletzt bei dem erkrankten Gemahl ausgeharrt hatte, während derselbe eine Tochter nach Hamburg und seine Pferde nach Ottersberg in Sicherheit gebracht hatte. Die Witwe des Obersten fand, nachdem sie im Bremischen von den Feinden festgenommen worden war, Aufnahme in Bremen selbst, wurde hier aber im nächsten Jahre von Tilly bedrängt, der den Rat zur Beschlagnahme ihrer Güter aufforderte.

Die Verteidiger der Stadt, welche nach Glückstadt geleitet werden sollten, zwang man unter Vertragsbruch bei den Ligisten Dienste zu nehmen, während mehrere Offiziere verhaftet wurden.[4]

In dem Vergleiche der Besatzung mit Erwitte soll auch die Räumung Fürstenaus zugesagt worden sein. Allein der Rittmeister Damitz weigerte sich der Übergabe des Ortes und erteilte auch, nachdem er in die Gewalt des Feindes gefallen war, keinen andern Bescheid. Schließlich wurde

---

1) Jahn am a. O. S. 351 f.

2) Nach einer Zeitungsnachricht aus Köln vom 18. Nov. geschah es am 12. Nov. und zwar sehr wahrscheinlich neues Stiles.

3) Vulturnus, Kurtze Erzehlung | Aller fürnembsten Händel (1631 M 2) gibt als Tag des Auszuges den 5. Nov. offenbar a. St. an, nach andern ist es der 6./16. Nov. gewesen.

4) Jahn a. a. O. S. 351.

jedoch der in Fürſten auliegende Lieutenant für die Übergabe gewonnen. In der Nähe von Fürſtenau lag damals das Regiment Werner v. Tilly.[1]

Limbach iſt nach ſeinem Tode ſchwer verdächtigt worden. Der General Morgan hat ihn beſchuldigt, den König dazu überredet zu haben, den engliſchen Truppen ihre Stellung an der Weſer anzuweiſen und ſie hier feſtzuhalten.[2] Auch der Täuſchung und des gemeinſten Eigennutzes klagte den toten Haudegen der unthätige Engländer an. Limbach hatte angeblich viele Vorräte hinterlaſſen, während er immer über Mangel geklagt hatte: als ihm der König einſt 8000 Thaler ſendete, verteilte er an die Soldaten nur den vierten Teil der Summe und ſteckte den Reſt in die eigne Taſche. Morgans Schlußurteil ging dahin, daß den König niemand mehr betrogen habe, als dieſer Offizier. —

Die vollſtändigere Einſchließung der Reſidenz- und Feſtungsſtadt Wolfenbüttel gelang der katholiſchen Armee erſt, als der ligiſtiſche Generalwachtmeiſter Pappenheim mit friſchen Truppen und darunter ſeinem eigenen Regimente vor der Stadt feſten Fuß faßte (28. Aug. n. St.). Nach Verlauf weniger Tage ging Pappenheim daran, Schanzen zu errichten und konnte ſeinem Kriegsherren ſchon am 15. Sept. melden, daß er im Laufe der letzten ſechs Tage den „halben und weiteſten Teil der Stadt eingefaßt und von einem Waſſer zum andern eingeſchloſſen habe".[3]

Geſtört wurde Pappenheim gleich zu Anfang in ſeinen Einſchließungsarbeiten durch den Befehl des Feldmarſchalls Anholt, ihm zwei Regimenter zu Hilfe zu ſenden. Anholt war nämlich durch die unbegründete Nachricht in Schrecken geſetzt worden, daß der König zur Entſetzung von Nienburg unterhalb (hinter) Hamburg die Elbe überſchritten habe. Pappenheim gab darauf zur Verſtärkung der Belagerungsarmee von Nienburg das Reiterregiment Curtenbach, 1100 Pf. ſtark, und das Regiment Fußvolk des Oberſten Plarr ab, erhielt aber nach einiger Zeit Erſatz durch das wallenſteiniſche Reiterregiment des ehemaligen Oberſten de la Trappola, welches damals 18 K. ſtark ſein ſollte.[4] Ende Oktober lagen 24 Komp. Fußvolk und

1) Stüve, Geſchichte des Hochſtifts Osnabrück 3. S. 91 ff.

2) Brief Morgans an Lord Conway, Stade 1. Nov. a. St. London, Record Office, Denmark.

3) Bericht Pappenheims aus dem Quartier vor Wolfenbüttel d. 15. Sept. 1627 in den Kriegsſchriften, herausgegeben von baieriſchen Offizieren. Bd. 1, 84 f.

4) Aus einem Schreiben Pappenheims an den Geh. Sekretär Elſenreich v. 28. Sept. 1627 in den Kriegsſchriften. Bd. 1, 90. Dazu Pappenheims Brief an den Markgrafen Chriſtian zu Kulmbach, mitgeteilt von Joh. Eduard Heß in der Schrift: Gottfried Heinrich Graf zu Pappenheim. S. 57—63. Das Regiment de la Trappola war nach der ſpäter zu erwähnenden Karte nur 13 Komp. ſtark.

65 Komp. Reiter aus verschiedenen Regimentern und darunter auch 500 M. des Obersten Becker in Halberstadt vor der Festung.

Nachdem Pappenheim die genannten beiden Regimenter gegen Nienburg entsendet hatte, verließ er die Schanzen zu Orem und bezog ein Lager zu Klein-Stockheim. Orem wurde darauf von der Festungsbesatzung in Brand gesteckt, später aber von dem zu Hilfe geschickten wallensteinischen Regimente de la Trappola von neuem besetzt.[1]

Als sich gegen den Schluß des September die Unglücksbotschaften von dem Mißgeschick der dänischen Heere an der Weser und an der Elbe mehrten, faßte Pappenheim frohen Mut, denn er hoffte nun, sich der im Stiche gelassenen Stadt sehr bald zu bemächtigen.

Immerhin erschwerte jedoch die Wachsamkeit und die Thatkraft der Belagerten die Fortführung der Einschließungswerke ziemlich erheblich, denn fast jeden Tag unternahm der Feind Ausfälle mit verhältnismäßig ansehnlicheren Streitkräften, so daß sich bisweilen neben dem Fußvolke Reiterabteilungen von 300—400 Pf. daran beteiligten.

Pappenheim rühmte sich einst, in einem dieser Scharmützel einen Kapitän und drei Lieutenants nebst 50 Mann gefangen genommen und 40 M. getötet zu haben. Sein militärisches Selbstgefühl prahlte damit, daß er es mit des Königs besten Truppen zu thun habe, die um ein Geringes nicht davon liefen. Daran konnte freilich die Besatzung der belagerten Stadt nicht denken, durch ihre Ausfälle den Feind zur Aufhebung der Belagerung zu nötigen. Solms hatte offenbar zuletzt hauptsächlich die Absicht, sich durch die Beunruhigung des Feindes um so günstigere Bedingungen für die Uebergabe zu verschaffen, die er auch erreichte. Schon vor dem 1. Oktober gab er in einer persönlichen Zusammenkunft mit Pappenheim zwischen der Stadt und dem Hauptquartier des letzteren, Klein-Stockheim, seine Geneigtheit zu erkennen, den Platz aufzugeben.

Mit den Verhältnissen im Lager waren natürlich die Belagerten ebenso bekannt, wie ihre Feinde mit den Zuständen in der Stadt, da beide auch Gelegenheiten zu einem friedlichen Austausche ihrer Meinungen hatten. Pappenheim hat diesen friedlichen Verkehr mit den Worten geschildert: „Wir haltens auf alt abenteuerischen Rittersgebrauch; wann das Treffen fürüber und unsere schweißige Köpf abgewischt, so kommen wir dann zusammen auf dem Feld, discouriren, essen und trinken und lobt einer des andern ritterliche Thaten, als wann wir die besten Freund wären. Wann wir dann wider von einander scheiden, geht es nit ohn

1) Vgl. Heß S. 61.

frl. Scharmüzieren ab und bekenn ich, daß ich mit keinem tapferern Feind nit zu thun gehabt".[1]

Die Ausfälle der Belagerten erleichterten indes auch die Verſorgung der Stadt mit Lebensmitteln, welche ſchon im September ziemlich knapp wurden, da man vor der engeren Einſchließung die Gelegenheit zu einer ausreichenden Einfuhr unbenützt hatte vorübergehen laſſen. Man war daher genötigt, die notwendigſten Bedürfniſſe durch Boten und Schleichhändler, unter denen ſich auch Frauen befanden, aus Braunſchweig zu befriedigen, was auch Pappenheim geraume Zeit hindurch nicht abzuſtellen vermochte. Noch um die Mitte des November ſchlichen ſich täglich 50 bis 60 Perſonen in Braunſchweig ein, welche Abends, nachdem ſie ſich mit Nahrungsmitteln und Waren jeder Art verſehen hatten, die Stadt wider verließen.

Die Zahl der militäriſchen Verteidiger der Feſtung betrug noch im Anfange des Oktober gegen 1800 M. Fußvolk und 400 Pferde; zu Beginn der engeren Einſchließung durch Pappenheim ſoll die Beſatzung 2500 M., 500 Pf. und 11 Komp. z. F. gezählt haben. Bei den zahlreichen Ausfällen hatten die Belagerten an Verwundeten und Toten einen erheblich ſtärkeren Abgang, als die Belagerer.

Auch in Wolfenbüttel waren wie in andern däniſchen Lagerplätzen die Geldmittel zur Löhnung der Truppen und Beſtreitung der notwendigſten Bedürfniſſe ſehr geringfügig und ſchwanden bald gänzlich. Infolge davon mußten der Statthalter Graf Solms und der Oberſt Loo auf Wechſel von Beamten und Bürgern Geld aufnehmen, d. h. unter den obwaltenden Umſtänden eine Art Zwangsanleihe auferlegen. Einer dieſer Wechſel lautete auf 5412 Thaler.

Unter dieſen Verhältniſſen iſt es erklärlich, daß ſich Pappenheim der Stadt auch dadurch zu bemächtigen verſuchte, daß er den Verteidigern freien Abzug unter den ehrenvollſten Bedingungen anbieten ließ.

Als der September verſtrichen war, ohne daß ſich in der bedrängten Lage der Beſatzung etwas geändert hatte, ſendete Solms mit Wiſſen und Zuſtimmung Pappenheims den Sekretär Simon Buſch aus, um über die Schickſale der königlichen Armeen Erkundigungen einzuziehen und den König perſönlich aufzuſuchen, nachdem auch die Stadt ſich in gleicher Weiſe von den Ergebniſſen des Krieges überzeugt hatte. Obwol Solms zur Ernährung der Beſatzung und der Bürgerſchaft nur noch etwa 500 Scheffel Getreide zu Gebote ſtanden, die für den Oktober ausreichen ſollten, hegte er doch die Hoffnung, den Feind „mit Höflichkeit und Finten" bis zur Rückkehr ſeines Sekretärs hinhalten zu können.

1) Heß a. a. O. 63.

Die Aufgabe dieſes Botſchafters beſtand hauptſächlich darin, den König von den vorteilhaften Anerbietungen des Feindes in Kenntnis zu ſetzen und ſeine Entſchließung über die Annahme derſelben herbeizuführen. Da aber Solms ſehr viel daran lag, die Beſatzung für den Fall des Abzuges dem Könige zu erhalten und wider zuzuführen, wozu Geldmittel erforderlich waren, erbat er ſich zugleich von Chriſtian IV. 10000 Reichsth. in Wechſeln auf Bremen oder Braunſchweig und Schiffe zum Überſetzen.

Der Botſchafter des Statthalters erreichte jedoch den König nicht mehr, ſondern gelangte nur bis nach Stade, von wo der Kommiſſarius Uslar die für Chriſtian IV. beſtimmten Nachrichten nach Kopenhagen entſendete. Hier kamen ſie demſelben erſt am 15./25. Dez. zu Geſicht![1] Und ſo mußten die däniſchen Offiziere zuletzt den Vergleich mit dem Feinde ohne die Genehmigung des Königs und auch ohne noch einmal Geld von ihm erhalten zu haben eingehen. —

In dieſer ganzen Zeit hatte ſich der Herzog Friedrich Ulrich den tiefſten moraliſchen Demütigungen unterziehen müſſen. Er hatte Wallenſtein ſeinen Glückwunſch dargebracht, daß Gott dem Kaiſer und der kaiſerlichen Armee durch ſeine „hochfürſtliche Tapferigkeit“ einen ſo ſtattlichen Sieg verliehen habe und ihm für ſolche Thaten unſterblichen Nachruhm in Ausſicht geſtellt. Aber er zweifelte auch nicht daran, daß ſich dieſer Sieger den zerfallenen Zuſtand des Reichs anempfohlen ſein laſſen und den Frieden bei dem Kaiſer befördern werde. Zum zweiten Male ſendete er dem General den ihm vom Kaiſer für ſein Land ausgeſtellten Schutzbefehl zu, da er nicht wußte, ob ihm ein früher durch einen Boten überſchicktes Exemplar zugekommen war. Denn er ſah bei der Fortdauer des Krieges nur den gänzlichen Zerfall des Reiches vor Augen.

Als Friedrich Ulrich von neuem die Bitte um Abführung der Truppen an den König richtete, erhielt er nur eine Empfangsbeſcheinigung.

Am meiſten peinigte den Herzog die Ungewißheit darüber, ob ihm Wolfenbüttel, mochte es durch Waffengewalt oder Vertrag in die Hände der Belagerer kommen, wider eingeräumt werden würde, nachdem von allen eroberten feſten Plätzen wie Calenberg, Erichsburg, Northeim u. a. kein einziger wider zu ſeiner Verfügung geſtellt worden war.

Wir haben geſehen, daß der Herzog mit dem bairiſchen Kommiſſar v. Lerchenfeld einen Vertrag eingegangen war, nach welchem er mit

1) Inſtruktion des Grafen Philipp Reinhard zu Solms vom letzten Sept. 1627 (a. St.) für Simon Buſch mit einem Schreiben des Grafen an den König, Wolfenbüttel 1. Okt. Dazu das Schreiben des Sekretärs Simon Buſch an den König aus Stade d. 12. Okt. a. St. präſ. Kop. 15. Dez. a. St. G.-A. in Kop.

Proviant und Geld zur Eroberung Wolfenbüttels beizutragen hatte, Tilly aber das Geld gegen Verpfändung eines Amtes —, man hatte Volle in Aussicht genommen, vorschießen wollte. Schon hatte Friedrich Ulrich bei dem Haupte der nächsten Agnaten, dem Herzoge Christian von Zelle um die Zustimmung zu dieser Verpfändung nachgesucht. Allein Tilly lehnte zuletzt die Unterzeichnung des Vertrags geradezu und bestimmt ab.[1] Nun hatte der Herzog im Sinne, die ganze Angelegenheit vor den Kaiser zu bringen und die Kurfürsten von Sachsen und Baiern zur Unterstützung anzurufen, wünschte aber auch die Verhandlungen mit Tilly und Lerchenfeld wider aufzunehmen und erbot sich alle Festungen, auch Wolfenbüttel selbst zu besetzen.[2] In dieser Angelegenheit trat Herzog Christian bei Tilly für Friedrich Ulrich ein und suchte den Grafen durch den Großvoigt Behr für die Rückgabe der festen Landeshauptstadt zu gewinnen. Und Tilly hat wirklich einmal, es mag dahingestellt sein, ob bei dieser Veranlassung oder einer andern, eine solche Zusage erteilt.

An den Unterhandlungen zwischen Pappenheim und Solms über die Übergabe der Festung nahm Friedrich Ulrich bisweilen durch seine Vertrauten Teil, oder die dänischen Offiziere setzten ihn im Geheimen von dem Verlaufe derselben in Kenntnis; er erfuhr auch auf diesem Wege, daß der an die Entscheidung des Kaisers und des Kurfürsten von Baiern gebundene Pappenheim nur geringe Aussichten eröffnete. Später sendete das braunschweigisch-lüneburgische Fürstenhaus eine Abordnung nach Mühlhausen, um der Gefahr vorzubeugen und die Kurfürsten für die Förderung der Angelegenheit zu gewinnen. Dr. Arnold Engelbrecht und Dr. Jakobus Lampadius führten die wolfenbüttelischen Abgeordneten, während Dr. Georg Fischer der Vertreter des Herzogs Christian von Celle war. Bei Beginn dieses Kurfürstentages zu Mühlhausen war auch Nienburg noch nicht übergeben, und die Gesandten ersuchten daher die Kurfürsten, für die Rückgabe Wolfenbüttels und Nienburgs an ihre Besitzer bei dem Kaiser einzutreten, wenn sie von dem kaiserlichen Kriegsvolk erobert werden sollten. Auch hoffte Friedrich Ulrich die Kurfürsten dafür gewinnen zu können, sich seiner Forderung anzuschließen, daß nach der Eroberung beider Festungen die Garnisonen abgeführt werden möchten.

---

1) Diese Nachricht erhielt der Herzog von Braunschweig am 30. Juli/9. Aug.

2) Nach einer Instruktion des Herzogs für Arnold Engelbrecht und Daniel v. Campen vom 31. Juli/10. Aug., welche an den Herz. Christian von Celle gesendet wurden, und einer von Christian am 3./13. Aug. unterzeichneten Antwort. H. A. in Wolfenb.

Die Angelegenheit wurde zwar in ausführlichen Beratungen erörtert, aber nur die protestantischen Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen erklärten sich schon anfangs dafür, die Gesuche der Herzöge dem Kaiser zu empfehlen. Die übrigen machten dagegen geltend, daß von der Abführung der kaiserlichen Truppen überhaupt nicht die Rede sein könnte, so lange die Dänen die Festungen behaupteten, und wollten sich offenbar für die Zeit nach der Eroberung nicht im voraus binden. Später einigte man sich darüber, dem Kaiser die Klageschreiben einzusenden. Die beiden protestantischen Kurfürsten beharrten dagegen bis zuletzt bei ihrer Anschauung, daß man sich dabei zugleich der braunschweigischen Herzöge vermittelnd anzunehmen habe. Sie wollten sich bei Zeiten davor sichern, daß einst eine kaiserliche oder eine ligistische Besatzung nach Wolfenbüttel gelegt würde.

Herzog Friedrich Ulrich ließ aber auch dem Kaiser durch seinen Agenten rechtzeitige Vorstellungen machen, die freilich ebenso wenig fruchteten. Zuletzt befahl er seinem Vertreter, wenn sein neues Schreiben ebenso erfolglos bleiben sollte, dem Kaiser das Versprechen zu erteilen, daß seine braunschweigischen Besatzungstruppen in den Festungen bis zu einem allgemeinen Frieden auf den kaiserlichen Namen vereidigt bleiben sollten. Noch kurz vor der Übergabe Wolfenbüttels entledigte sich der braunschweigische Geschäftsträger dieses Befehls[1] und ersuchte den Kaiser zugleich darum, seinem Herrn die Festung nach der Übergabe unentgeltlich und ohne eine fremde Besatzung wider einzuräumen.

Der Herzog wurde von den unterhandelnden dänischen Offizieren im Voraus mit den Bedingungen bekannt gemacht, unter welchen die Einlagerung der katholischen Truppen vor sich gehen sollte, und zuletzt wurden dieselben geradezu zwischen ihm und Pappenheim vereinbart. Die Besatzung sollte erträglich sein, und nur der Servis für dieselbe von den Bürgern gefordert werden. Ferner wollte man nicht rauben und plündern lassen und keine Marketender mit in die Stadt bringen, um Handel und Gewerbe nicht zu schädigen. In der Bestellung des Gottesdienstes sollte alles in dem Zustande gelassen werden, in welchem es sich im Augenblicke befand. Ja man erteilte auch die Zusicherung, die Bürger vor kein Kriegsgericht zu stellen, sondern die Handhabung der Rechtspflege den braunschweigischen Landesbehörden zu überlassen.

Um die Übergabe der Festung womöglich ohne einen Sturmangriff herbeizuführen, hatte Pappenheim unterhalb der Stadt einen Damm errichtet, so daß sich das Wasser der Ocker staute und Gassen und Märkte und zuletzt sogar die unteren Stockwerke der Häuser überschwemmte.

1) Am 5./15. Dez.

An dem Jahrestage seiner Ankunft in Linz (4. Nov.) war das großes Aufsehen erregende Werk vollendet, wurde aber nach dieser Zeit noch erhöht. Nun hielt es Pappenheim für ganz unmöglich, daß die Festung einen längeren Widerstand leisten könnte, und gab Solms und Loo am 6. Nov. nur noch 24 Stunden Bedenkzeit, nach deren Verlauf überhaupt von keinem Parlamentieren mehr die Rede sein sollte. Und doch ist der Vertrag zwischen Pappenheim und Friedrich Ulrich, welcher die Einzelheiten regelte, erst am 22. Nov. (a. St.?) gezeichnet worden.[1] Der Herzog von Braunschweig behielt sich die Landesregierung und sein in Wolfenbüttel befindliches Eigentum vor und leistete auch keineswegs Verzicht auf Tillys Versprechen im Betreff der Übergabe der Festung an ihn selbst.

Der Damm war in dem Gebiete zwischen Klein-Stockheim und der Festung, aber näher nach Wolfenbüttel zu, errichtet worden, nachdem man die Arbeiter durch Auswerfen von Gräben und Errichtung von Schanzwerken von allen Seiten gesichert hatte. Er trug die Bezeichnung Sancta Maria. Um die Gewalt des Wassers aufzuhalten, hatte man aber auch schon oberhalb des Dammes in größerer Nähe der Stadt ein Stauwerk aufgeworfen. Die ganze Stadt ward außerdem von Laufgräben und Verschanzungen umgeben, welche ein Durchbrechen der wenig zahlreichen Besatzung sehr erschwerten. So zog sich zwischen Vimelsen und der Festung ein in der Form eines rechtwinkeligen Dreiecks ausgeworfener Laufgraben von dem Walde nach der Ocker hin, und auch auf der Westseite des Flusses war ein Graben nach den waldigen Bergen hin gezogen. Ebenso verband ein Graben zwischen Alem und Wolfenbüttel, in dessen Mitte ein Schanzwerk Sanctus Karolus errichtet war, zwei Waldstrecken, und im Süden der Stadt dehnten sich lange Gräben diesseit und jenseit des Flusses zwischen dem Dorfe Orem und Wolfenbüttel bis zum Walde hin aus. Außerdem hatte Pappenheim vorspringende Teile der Wälder niederhauen lassen, um der vorbrechenden feindlichen Reiterei Hindernisse entgegen zu setzen.

Pappenheims Hauptquartier befand sich in dem nach Braunschweig zu gelegenen Ort Klein-Stockheim. Hier lag der Generalwachtmeister mit der sächsischen Reiterei unter dem Oberstlieutenant Rotenhan und mit 1500 M. Fußvolk des Obersten Gonzaga. Jenseit der Ocker in Tiede stand der Oberst v. Curtenbach mit brandenburgischer Reiterei und 7 Komp. z. F. und südwärts von Tiede in Vimelsen auf derselben Seite der Ocker der Oberst Isolano mit 12 Komp. Kroaten und 4 Komp. Fußvolk des Obersten Aldringer. In Orem hatte sich das Regiment des

1) H. A. in Wolfenb.

verſtorbenen Oberſten de la Trappola, über welches jetzt der Oberſt Leo Gropello Medici den Oberbefehl führte, feſtgeſetzt. Es waren alſo nicht gerade geringfügige Streitkräfte, welche Pappenheim zur Bezwingung der Feſtung zuſammengeführt hatte. In der letzten Zeit der Belagerung lagen vor Wolfenbüttel 20 Komp. und 1500 M., alſo wahrſcheinlich doch nicht unter 5000 M. Fußvolk.[1]

Trotzdem beſtand jedoch der Pappenheims Beſtreben, die Stadt je eher je lieber zu Falle zu bringen, ſo nachteilige Zwiſchenhandel aus Braunſchweig fort, ſo daß der Generalwachtmeiſter den braunſchweigiſchen Rat endlich aufforderte, gegen die Offiziere und Soldaten an den Thoren, welche dieſen Handel beförderten, unnachſichtlich mit Strafen vorzugehen. Der Rat erwiderte zwar, daß ſich die Handelsleute als pappenheimiſche Soldaten oder Marketender ausgäben, erließ aber doch eine ſehr ſtrenge Verordnung, in welcher er jeglichen Handelsverkehr mit Wolfenbüttel geradezu verbot. Die Wachen an den Thoren erhielten den Befehl, den Trägern die Waren abzunehmen und die Verbrecher dem Rate zur willkürlichen Beſtrafung zu übergeben. Allein auch damit war Pappenheim noch nicht zufrieden geſtellt. Er richtete vielmehr am 19. Nov. die Mahnung an die Stadtobrigkeit, keinen einzigen Wolfenbütteler in Braunſchweig mehr Aufenthalt und Unterſchleif oder die geringſte Hilfe zu gewähren, ſondern jeden als offnen Feind in Verhaft zu nehmen. Er eröffnete dem Rate zugleich, daß man in Wolfenbüttel außer dem, was man täglich aus Braunſchweig erhielt, faſt nichts mehr zu eſſen habe, befahl demſelben, dieſes ſein Mahnſchreiben der Bürgerſchaft vorzuleſen und forderte innerhalb 24 Stunden Antwort.[2] Endlich ließ er dem Rate noch die Weiſung zugehen, alle Thore bis auf eins oder zwei zu ſchließen und dieſe dann ſorgfältigſt bewachen zu laſſen. Die Stadt fügte ſich auch dieſem letzten Verlangen, konnte aber trotzdem

---

1) Eigentlicher Abris der Weittberümbten Vestung vnd Fürstl: Braun: Residentz Stadt Wolffenbittel wie solche in name Röm: Käy Mtth vnd beuelch Churfl: Dnl: (!) Hertzog Maximilian in Bayrn Von Herren Gottfr'dt Heinrich Reichs Marsc... Plocquirt Ins Wasser gesetzt vnd 24. Dec. A. 1627 eingenomen. Dieſe Karte iſt Pappenheim gewidmet durch „Amandum Gartner W (?) Dero Rath vnd geheimen Secretarium. Anno 1627“. Mit derſelben ſtimmen die Drucke im Theatrum Europaeum Bd. 1. (J. 1662) nach 967 und in Khevenhillers Annalen Bd. 10 nach S. 1601 nicht völlig überein, doch mag die Zeichnung benutzt worden ſein. In den letzteren iſt z. B. die Überſchwemmung abgebildet, was in der Karte nicht der Fall iſt. Wir benutzten ein etwas beſchädigtes Exemplar des Abriſſes, welches ſich in der H. Bibl. zu Wolfenb. befindet.

2) Archiv der Stadt Braunſchweig.

nicht allen und jeglichen Veranlaſſungen, bei welchen ihre Bürger und Unterthanen ſogar gegen die Belagerer zu den Waffen greifen mußten, vorbeugen.

Als zuletzt nur noch ein Thor der Stadt Braunſchweig geöffnet wurde, vor welchem Pappenheim ſeine Wachtpoſten aufſtellte, ſtieg der Mangel an Nahrungsmitteln in Wolfenbüttel in ſo erheblicher Weiſe, daß man ihm nicht mehr abzuhelfen vermochte. Und darauf erklärte ſich endlich der Graf v. Solms am 26. Nov. zur Übergabe bereit, machte aber kurz darauf am 28. Nov. noch einen Ausfall.[1] Der Vertrag wurde nach langen Verhandlungen zwiſchen Solms und dem Oberſten Loo auf der einen Seite und Pappenheim und Leo Gropelli Medici auf der andern abgeſchloſſen.[2] Der Letztere unterzeichnete ihn als wallenſteiniſcher Oberſt.

Der Abſchluß der Verhandlungen hatte ſich hauptſächlich deshalb in die Länge gezogen, weil auch die däniſchen Offiziere den Vertrag mit den Belagerern nicht ohne Zuſtimmung Tillys und Wallenſteins eingehen konnten und wollten. Ja ſelbſt dem Kaiſer wurden die Bedingungen vorgelegt. Und dieſer ſuchte wider Wallenſteins Rat nach, der ſich in einem Schreiben an Collalto über die Verhältniſſe ausſprach.[3] Wallenſtein widerriet die Begnadigung des Grafen von Solms, um welche Pappenheim bei dem Kaiſer nachgeſucht hatte, und legte der möglichſt ſchleunigen Beendigung der Belagerung überhaupt kein großes Gewicht bei. Auch die Frage der ſpäteren Beſetzung der Stadt mit kaiſerlichen und ligiſtiſchen Truppen war in dieſen Kreiſen bereits zur Sprache gebracht worden. Wallenſtein war auffallender Weiſe geneigt, den Ligiſten oder vielmehr den Baiern die Stadt ausſchließlich zu überlaſſen und begründete ſein Wolwollen für Maximilian mit einem ſehr denkwürdigen Worte: „Die Beſatzung zu Wolfenbüttel belangend iſt es nicht bös, daß [ſie] von Ihr[er] Majeſtät und bairiſcher Armee wär, doch wollte ich nicht gern ein Urſach zur Diffidenz geben, dann wann wir Kurbaiern recht auf unſer Seiten haben, ſo ſeind wir patroni nicht allein von Deutſchland, ſondern von ganz Europa.“ Eine Entſcheidung über die Angelegenheit wünſchte aber Wallenſtein bis zur Rückkehr des kaiſerlichen Rates Verda aufzuſchieben, über deſſen Verhandlungen mit dem General wir keine Kenntnis haben.

---

1) Bericht Pappenheims an den Kurfürſten von Baiern vom 27. Nov. 1627. Kriegsſchriften 1, 91 f.

2) Stockheim am 18. Dez. n. St. 1627. Kriegsſchriften 1, 99—108.

3) Wallenſtein an Collalto Klitſchdorf d. 29. Nov. 1627, Chlumecky a. a. O. 66 f. „den von Bapenheim hatt des grafen von Solms weib darzu vermöcht, das er vor ihren man ſo intercedirt hatt, ...“

Die Verzögerung der Übergabe war nicht nur der Stadt und ihren Verteidigern, sondern auch den Belagernden sehr beschwerlich. In den Reihen der letzteren brachen Krankheiten aus, der Weiterbau des Dammes konnte aus Mangel an Arbeitsleuten und an Geld zu ihrer Bezahlung nur langsam gefördert werden. Der Kommissarius Lerchenfeld geriet daher sogar auf den Einfall, 1000 Thaler bei der Stadt Braunschweig zu entleihen, wurde aber mit seinem Gesuche abgewiesen. Im November mußte man die notwendigen Lebensmittel für Menschen und Thiere aus einer Entfernung von drei bis vier Meilen und zwar meistens unter Anwendung von Gewaltmitteln herbeiholen. Als in der ersten Novemberwoche Friedrich Ulrich zur Besichtigung des Dammes erschien, ersuchte Lerchenfeld seine Räte um die Lieferung der versprochenen Lebensmittel. Allein er erhielt die Antwort, daß ihnen außer dem Leben alles genommen sei: diese Versicherung mag freilich doch nicht ganz wörtlich zu verstehen sein, da die Räte dem bairischen Kommissar auch die 600 Malter Getreide versagten, die zum Unterhalte des Hofes noch in Schöningen aufbewahrt waren. Dagegen versicherten die Räte bei dieser Gelegenheit, daß im Braunschweigischen im verflossenen Sommer nicht die Hälfte des Landes angebaut worden sei, und daß man, was gewachsen sei, teils nicht habe einernten können, teils den Soldaten später als Beute habe überlassen müssen.

In dem Vertrage wird des Landesherren nur so gedacht, daß versichert wird, es sei in den Punkten, „welche die Garnison nicht beträfen, zwischen dem Herzoge und Pappenheim Richtigkeit getroffen." Außerdem machte sich Pappenheim anheischig, allen braunschweigischen Offizieren und Soldaten mit einer einzigen Ausnahme[1] die Verzeihung des Herzogs Friedrich Ulrich zu erwirken und zum Besten desselben auch den Wasserdamm durchstechen zu lassen.

Allen Offizieren und auch den Mannschaften nebst ihren Frauen und Kindern wurde ehrenvoller Abzug mit Sack und Pack zugesichert. Kurz vor der Übergabe der Stadt kam es jedoch unter den Mannschaften der Besatzung zu aufrührerischen Bewegungen, so daß der Graf v. Solms und der Oberst Loo für ihre persönliche Sicherheit fürchteten und Pappenheim ersuchten, sofort ein Regiment hereinzuführen. Pappenheim traf Anstalten dazu, dem Gesuche zu willfahren, doch waren die Befehlshaber noch imstande, die Unruhen aus eigner Kraft zu stillen.

Erst am Weihnachtsvorabende der neuen Zeitrechnung setzte sich Pappenheim in den Besitz der Stadt, in deren Festungswerken er ungefähr 180 schwere Geschütze nebst 500 Zentnern Pulver vorfand. Pappenheim richtete selbst

1) Außerhalb „Bornstorfen".

einige Geschütze gegen den von ihm errichteten Damm, welchen er zwei Mal hintereinander traf, während die Belagerten denselben bei 2480 Schüssen überhaupt nur zwei Mal erreicht hatten. Der Grund davon war gewesen, daß sie stets zu hoch geschossen hatten. Als Pappenheim die umstehenden Feinde darauf hinwies, daß er, „wenn sie den Schuß recht observiert hätten", den Damm unmöglich hätte aufführen können, trat ihnen die Schamröte in das Gesicht.[1]

Die Dänen verließen die Festung an demselben Tage, an welchem die Belagerer ihren Einzug hielten: sie mögen damals ungefähr noch 1500 M. Fußvolk und 300 R. stark gewesen sein. Vor dem Ausmarsche derselben ersuchte Pappenheim noch die Stadt Braunschweig, die für die Ausmarschierenden erforderlichen Lebensmittel auf die nächsten Dörfer unterhalb der Stadt schaffen zu lassen. 300 kaiserliche Reiter sollten den Dänen das bewaffnete Geleit nach der Ostsee geben. Allein nachdem schon viele kurz vor dem Auszuge davon gegangen waren, wurden die übrigen alsbald im ersten Quartier entlassen und stellten sich, nachdem sie Cornet und Fahnen von den Stangen gerissen hatten, bei den bisherigen Feinden mit voller Ausrüstung unter.[2] So wurden zuletzt nur der Graf v. Solms nebst dem Obersten Loo und einigen andern dänischen Offizieren nach Lübeck geleitet. Der Graf v. Solms überließ Pappenheim noch zwei dem Könige zuständige Geschütze samt dem dazu gehörigen Schießbedarf. Die Hansestadt wurde auf diese Weise der nicht ungefährlichen und bereits abgelehnten Verpflichtung, die dänische Besatzung auf die Inseln überzuführen, von selbst enthoben. Der Graf v. Solms verkaufte das Pulver, welches man ihm gestattete, aus der Festung mit sich zuführen, an die Stadt Braunschweig. Pappenheim aber führte 41 Stück grobes Geschütz von Wolfenbüttel nach Braunschweig und veräußerte sie hier gleichfalls. Ob er dies zu seinem Vorteil gethan hat oder nicht, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist, daß er schon früher Anspruch auf die dänische Artillerie, welche sich in der Stadt befand, erhob, während andererseits der Kommissarius Lerchenfeld von Maximilian den Befehl erhielt, die dänischen Geschütze nach Fulda führen zu lassen und Pappenheim trotz seines widerholten Gesuches „zur Gebühr zu disponieren". Allein dieses Schreiben (vom 23. Dez. 1627) langte jedenfalls zu spät in Braunschweig an: Pappenheim hatte sich

---

1) Bericht Pappenheims aus Wolfenbüttel vom 25. Dez. n. St 1627. In den Kriegsschriften 1, 96 ist fälschlich der 28. Dez. angegeben, wir benutzten das handschriftlich verbesserte Exemplar der Kön. Bibliothek in München.

2) Friedrich Ulrich an den Kurfürsten von Sachsen 21./31. Dez. 1627.

vielleicht für den Ausfall seiner Löhnung, um welche er sich sehr besorgt zeigte, bezahlt machen wollen. Hatte er doch den Kurfürsten sogar mündlich um die rechtzeitige monatliche Entrichtung seiner Generalwachtmeisterbesoldung ersucht und zum Verdruß seines Kriegsherrn seinen Anspruch auch dem Kommissarius Lerchenfeld gegenüber geltend gemacht.

Durch den Einzug der Ligisten in Wolfenbüttel fühlte sich natürlich das von den Katholischen bisher so mißtrauisch beobachtete Braunschweig auf das äußerste bedroht. Seine Abgeordneten waren daher dem Bündnisse, welches Dr. Buxtorff und Johann Linke aus Bremen um die Zeit der Übergabe der Landesfestung in Braunschweig vorschlugen, keineswegs abgeneigt, obwol sie noch Einwendungen im Betreff der Oberleitung machten. Und gefährlich genug ließen sich die nächsten Wochen allerdings an.

Als Pappenheim im Begriff war, seine Armee in die Altmark in die Winterquartiere zu führen, erhob er eine Forderung von 24000 Reichsthalern als Entschädigung für die Verschonung mit Einlagerung von der Stadt Braunschweig, erklärte sich aber zuletzt mit 5000 Reichsthalern zufrieden. Allein Tilly wollte der Stadt trotzdem 6 Komp. aufbürden, so daß Pappenheim seine Zusage nicht halten konnte. Demungeachtet ging der ligistische Oberstwachtmeister nicht ganz leer aus. Einige Tage nach der Übergabe Wolfenbüttels war der braunschweigische Syndikus so glücklich, ihm einen vergoldeten Pokal mit 700 rheinischen Goldgulden „verehrlich beizubringen", und im Januar 1628 empfing er zur Abwendung der von Tilly nachgesuchten Einquartierung noch 1000 Reichsthaler. In der Zwischenzeit war auch Maximilians Generalkommissarius Christof v. Lerchenfeld mit einer goldenen Kette, welche 100 Goldgulden wog und 20 Thaler zu verfertigen gekostet hatte, beehrt worden.

Anhalt bemächtigt sich des Erzstifts Bremen mit Ausnahme von Stade.

Am 4. Oktober ließ Anhalt den Oberstlieutenant Glayen mit 1000 M. Fußvolk und den Generaloberstwachtmeister v. Lindlo mit angeblich vier Reiterregimentern gegen Ottersberg vorrücken. Der befestigte Ort, auf den die Dänen große Hoffnungen gesetzt hatten, hielt sich trotz einer Beschießung bis zum 10 (12?) Oktober, ehe sich die Besatzung ergab.[1] Die Verteidiger erhielten mit fliegenden Fahnen und allem Gepäck freien Abzug. Nicht lange darauf (11./21. Okt.) gewannen die Ligisten Buxtehude,

1) In dem weiter unten erwähnten Briefe Morgans an den König wird der 2./12. Okt. als Tag der Übergabe genannt.

dessen Besatzung entwaffnet und entlassen wurde, und bedrohten Stade.[1] Die Bürger Buxtehudes waren ihrer Verteidigungsmannschaften, die zuletzt nur noch 120 M. betragen haben sollen, überdrüssig geworden und hatten sie auf das Geheiß ihres Landesherrn genötigt, die Stadt zu verlassen, und ihnen die Waffen nachgesendet. Sie getrösteten sich in ihrer Kurzsichtigkeit der Hoffnung, daß die Ligisten die Stadt, die sich nun für gut kaiserlich erklärte, nicht von neuem mit Besatzung beschweren würde.

Nach den Mitteilungen des englischen Gesandten in Hamburg standen unter Morgans Befehl vor seinem Einzuge in Stade immer noch gegen 6000 Mann, 2000 M. englische und 1000 M. deutsche Fußtruppen nebst 3000 Reutern. Der König hatte sich nach längerem Zaudern und Beraten entschlossen, den Oberbefehl über alle Truppen a. d. Weser in seine Hand zu legen.

Morgan hat selbst berichtet, daß er den Befehl von Christian IV. erhielt, mit seinen Truppen nach Jütland und zwar nach Ribe zu gehen. Diese Weisung mag der König um die Zeit, wo er aus Glückstadt aufbrach, erlassen haben. Später, als Holstein und Schleswig vom Feinde besetzt waren, befahl Christian IV. Morgan, sich mit seinem Fußvolke in Aalborg festzusetzen, wozu derselbe auch Anstalten traf.[2] Indessen er fand, als er sich anschickte, dem letzten Befehle des Königs nachzukommen, daß nicht die geringsten Veranstaltungen zum Übersetzen der Truppen getroffen waren, und so mag ihm nichts übrig geblieben sein, als an der Lesum längere Zeit der Ankunft der Schiffe zu harren. Nach der Einnahme Ottersbergs war jedoch hier seines Bleibens nicht mehr, und er führte sein englisches Fußvolk nach Stade. Um diese Zeit war auch der unglückliche Verteidiger der unteren Elbe gegen Tilly, der Graf von Thurn, wider seinen Willen in das Stift verschlagen worden. Er hatte sich über Rendsburg zum Könige begeben wollen, war aber nicht mehr durchgekommen und nach Glückstadt ausgewichen. Von hier eilte er auf den Kriegsschauplatz zwischen Weser und Elbe und suchte die Armee Morgans auf. Von den ersten Oktobertagen an verweilte er eine zeitlang in Bremervörde[3] und ersuchte den König von dort aus, Hamburg und Bremen auf dem Wasserwege mit Getreide zu versorgen. In Bremervörde war Thurn Zeuge der grenzenlosen Verwirrung, welche mit

1) Archiv des Ver. f. Gesch. der Herz. Br. und Verden und des Landes Hadeln zu Stade a. a. O. 395.

2) Morgan an den König, Stade 18. Okt. a. St. auf das Schreiben des Letzteren aus Dalum vom 26. Sept. a. St.

3) Briefe Thurns an den König Bremervörde den 2. und 4. Oktober. K. G. A. in Kopenhagen.

dem Herannahen der Dänen und Ligisten über das Erzstift hereinbrach, und mußte mit ansehen, daß die Dänen den Ort mit Ausnahme weniger Häuser einäscherten (5. Okt. n. St.).[1] In Verbindung mit dem Prinzen Friedrich von Dänemark, dem stiftischen Koadjutor, sowie den dänischen Kriegskommissaren wirkte er darauf hin, daß Morgan mit seinem englischen Fußvolke Stade besetzte: Doch ließ derselbe bei dem Reiterregimente des Oberstlieutenants Hatzfeld noch etwa 400 M. z. F. in der alten Stellung jenseit der Burg zurück.[2] An die Ausführung des königlichen Befehls an Morgan, sich in Aalborg festzusetzen, konnte bei der Annäherung der Feinde an Stade, bei dem schlechtem Zustande der Regimenter und dem Mangel an Fahrzeugen zum Übersetzen nicht mehr gedacht werden.

Am 10. Oktober n. St. befanden sich die Dänen bereits auf dem Rückzuge über Bremervörde nach Stade, den Thurn durch sein persönliches Eingreifen zu erleichtern bemüht war. Eine Woche später kam Morgan mit einem beträchtlichen Teile seiner Truppen persönlich nach Bremervörde.

Bei dem Rückzuge der Dänen von Achim nach Stade hatte die militärische Disciplin auch aus dem Grunde in Schrecken erregender Weise gelitten, weil die Mittel zur Löhnung der Truppen ausblieben. Ein englischer Gesandter Clarke, welcher von Hamburg in das Lager

---

1) Archiv des Ver. f. Gesch. der Herz. Br. und Verden und des Landes Hadeln zu Stade a. a. O. 395.

2) Morgan an den König Stade 18./28. Okt. In diesem Schreiben gibt der General den Grund an, warum er nicht nach Aalborg gegangen ist: „Ich kan aber E. kön. mayt. underthenigst nicht bergen, das ein accident darzwischen gefallen, in denen der feindt die vestung Ottersberg den 2. Okt. (a. St.) mit accord erobert, die statt Buxtehude auchbey nachtlicher zeit E. kön. mayt. drin gewesene guarnison disarmiret und heraussgeschaffet, darauff der feindt bei gedachter statt Buxtehude vorüber und anhero marchiret, dahero auff gutachten und belieben E. kön. mayt. herrn sohns, des herrn coadjutoris dieses ertzst. Br., des herrn Friedrichs F G, wie auch des herrn generalveltmarschalchs, des graffen von Thurns undt general kriegscommissarien ich mit der unterhabenden soldatesca von der englischen nation zu besser besetz- und verwahrung dieser statt herein geruckt bin ...“

Einen andern Grund für sein Verbleiben im Bremischen enthielt Morgan dem Könige vor, teilte ihn aber bald darauf dem Lord Conway (1./11. Nov.) mit: „The King did writte unto me to come into Jutland (where of I acquainted your Lordpp^e^ in my last letter): uppon the Kings letter I marched, thinking to have found all provisions redie for our transporting, but I found none, nor any order taken for the same, neither by the Kings Commissaries nor my Lord Ambassador. Thus your Lordpp^e^ may see howe things are carried ...“ London.

ging, brachte keine ausreichenden Unterstützungen. Die dänischen Kommissare aber waren so entblößt von allen Zahlungsmitteln, daß Anstruther ihnen endlich das englische Halsband auslieferte, um vorläufig 50000 bis 60000 Thaler darauf zu entleihen. Mit diesem schmalen Erlöse hoffte man die wichtigsten Plätze an der Elbe auf fünf bis sechs Wochen mit Lebensmitteln und Kriegsbedürfnissen zu versehen.

Thurn schreibt die große Unordnung unter den deutschen Heeresteilen hauptsächlich den bösen Einflüssen der französischen und englisch-schottischen Söldner zu, die ohne Geld keinen Spatenstich thun wollten, und deren Beispiel die Deutschen getreulich nachahmten. Aber er sprach sich auch zugleich sehr bitter über die Offiziere aus und verschonte sogar Morgan nicht.[1] Selbst unter barbarischen Völkern hatte er keine so großen Unordnungen gesehen. „Die Dörfer, alle Quartier und Länder werden ausgeplündert, der arme Mann mit Weib und Kind weggetrieben, also daß dieselben zu Gott rufen und schreien um Rach und Straf, nehmen ihr Zuflucht zu den Feinden mit ihrem Hab und Gut, also daß wir der Fuhren und Handarbeit entbehren müssen, der Feind von ihnen Hilf, Kundschaft und guten Willen hat. Was Schand und Unehr ist dies unserer Armee! Wir müssen dergleichen beneficia alle entraten. O wie leicht und ohne Kunst kann der Feind gegen uns obsiegen, bei seinen Befehlichshabern ist der große Eifer, Sorg und Furcht, Begierlichkeit, Ehr und Versicherung der Remuneration, da verträgt man geduldig Hunger, Kummer, starke Wachten und große Arbeit. Man schreit nit um Geld und Brot, als die Franzosen und Schotten thun, das ich zu viel Malen gehört hab. Gestern ist dem Herrn General Morgan sein Wagen von unsern Reitern geplündert worden, welcher ihnen doch so viel Guts gethan hat, leider aber gar zu viel nachgesehen. Da hat er die Vergeltung! Zur Widerreouperirung und Bestrafung bemühe ich mich treulich; die Ehr trag ich davon, daß es bei meiner Zeit beschehen. Die Hölzer, so man läßt krumm verwachsen, lassen sich nit so leicht gerad zügeln."[2]

Allein auch Thurns Fähigkeiten und Charakter waren dieser Lage der Verhältnisse nicht im geringsten gewachsen. Noch an dem Tage, an welchem er dem Könige diese verzweiflungsvollen Mittheilungen machte, glaubte er Zeit zu haben, die zügellosen dänischen Truppenüberreste in feste Plätze zu bringen, und wollte sich dann persönlich zum Könige

1) Briefe Thurns an den König, Bremervörde, den 10. und 17. Okt. K. G.-A. in Kopenhagen.

2) Aus Thurns Schreiben vom 17. Okt. an den König.

begeben. Er hegte zu einer Zeit, wo der Feind bereits ein gut Stück unterhalb Bremens ſtand, noch keine allzu ängſtlichen Beſorgniſſe für die Sicherheit des Erzſtifts.

Morgan langte vielleicht ſchon am 18. Oktober in Stade an, fand aber hier die Zuſtände um ſo troſtloſer, als die Ligiſten nur eine Meile von der Stadt entfernt ſtanden. In und um die Stadt ſammelten ſich gegen 4000 M. ſtarke Reiterſchwärme, Überreſte der Armee des Markgrafen von Durlach und der ſchleſiſchen Scharen, und täglich überſchritten neue Ankömmlinge die Elbe, welche ein Unterkommen ſuchten. Der engliſche General aber wußte ſich ihrer nicht anders zu entledigen, als dadurch, daß er ſie den Landleuten über den Hals ſchickte, um ſich bei ihnen den Unterhalt zu holen.

Wie lange Thurn noch in Bremervörde verweilt hat, wiſſen wir nicht; doch iſt es ſicher, daß er ſich noch vor der völligen Zerſtreuung der in dieſen Gebieten befindlichen däniſchen Truppenteile gleichfalls nach Stade begab, wo er mit Morgan und dem Generallieutenant Norprath Beratungen über das Schickſal der preisgegebenen Scharen hielt. Die Ergebniſſe dieſer Beratungen wurden dem Könige von ihm mitgeteilt.

Dem Anſchein nach gab ſich Morgan auch jetzt noch der Hoffnung hin, wenigſtens die zahlreichen Reiterſchwadronen, welche ohne Unterkommen waren, zu retten und ſie rechtzeitig aus dem Erzſtift zurückzuziehen. Vielleicht dachte er eine zeitlang ſogar noch an die Ausführung des ihm vom Könige erteilten Befehls, nach Jütland zu kommen. Allein der Generallieutenant Norprath legte Widerſpruch gegen die Zurückziehung der Reiterei aus dem Erzſtifte ein, und man faßte den Beſchluß, daß die Reiterei in drei verſchiedenen Punkten zwiſchen Elbe und Weſer untergebracht werden ſollte. An die Ausführung dieſes Beſchluſſes ging man noch während Thurns Anweſenheit in Stade. Der Generallieutenant Norprath glaubte offenbar, daß auf dieſer Maßregel die Rettung des Erzſtifts faſt ausſchließlich beruhe, denn er erbot ſich gegen den Grafen Thurn, „die Poſten, welche General Morgan zu verwahren gehabt, zu mantenieren“ und fügte die Worte hinzu: „Dieſe Örter, ſo man dem Feind in Rachen ſtecken wollen, will ich erhalten, und unſer König ſoll verſpüren, was für guter Dienſt daraus entſtehen wird.“

Und doch iſt dieſer Beſchluß, die Reiterei auf drei Punkte zu verteilen, auffallender Weiſe nicht vollſtändig ausgeführt worden, ohne daß indeſſen auch Thurn, der ſich bald wider vom Kriegsſchauplatze entfernte und ſeine Zuflucht nach den Niederlanden nahm, den Grund anzugeben wußte. Denn er ſchrieb dem Könige gegen den Schluß des Jahres von Franeker aus: „Norprath wird obliegen, Bericht zu thuen, daß der Schluß nit

observiert worden, und woher das Übersehen geschehen."[1] Möglicher Weise hat auch in dieser Angelegenheit der Mangel die Entscheidung herbeigeführt. Denn noch in der zweiten Dezemberwoche war Anstruther in solcher Besorgnis um Stade und seine englische Besatzung, daß er von den englischen Kaufleuten in Hamburg 13000 Thaler entlieh und sofort übersendete.

Während die ligistischen Truppen dem Feinde an der Lesum beobachtend gegenüber lagen, unternahm Anholt eine Reise zu dem eben von einer nicht unbedeutenden Krankheit genesenen Tilly in Lauenburg. Dieser setzte damals geringe Hoffnung auf einen raschen und glücklichen Verlauf der Unternehmungen seines Feldmarschalls im Bremischen und unterstützte ihn deshalb mit zwei Regimentern Fußvolk, die auf der Brücke bei Lauenburg den Fluß überschritten. Nach seiner Rückkehr traf Anholt die erforderlichen Anstalten zum Aufbruche. Er nahm zu einer Abteilung Reiterei je 400 M. Fußvolk von jedem Regiment, ließ aber auch die von ihm errichtete große Schanze in der Burg wol besetzt zurück, während die Artillerie und die Fahnen des Fußvolks nach Verden, das Gepäck nach Rethem zurückgebracht wurde. In den letzten Oktobertagen befand sich die Vorhut der Ligisten an der Grenze der Grafschaft Stade, während die Nachhut noch immer in der Umgebung von Ottersberg lag. Da die Verpflegung erhebliche Schwierigkeiten machte, die der Feind durch die Einäscherung der Dörfer zwischen Zeven und Bremervörde steigerte, kam man nur langsam vorwärts.

Auf ihrem Vormarsche gegen Stade nahmen die Ligisten am 28. Oktober das Städtchen Horneburg nordwestlich von Buxtehude ein. Bei dieser Gelegenheit geriet der dänische Kommissar Brun Karl v. Uffeln in Gefangenschaft.

Am 7. November mußte sich Buxtehude davon überzeugen, wie trügerisch seine Hoffnung bei der Ausschaffung der dänischen Besatzung gewesen war. Die Stadt wurde nach der Vermittelung des Grafen v. Gronsfeld mit der Leibkompagnie desselben belegt und auch genötigt, Tilly nebst seinem Stabe aufzunehmen, der sie zu seinem Hauptquartier für den Winter erkoren hatte.[2]

---

1) Aus einem Schreiben Thurns an den König. Franeker 17./27. Dez. 1627.

2) M. Liborius Vulturnus (1631) M. 2. Schlüter, Buxtehuder Nachrichten im Archiv des Ver. für Gesch. u. Altertümer in Stade 3, 396. Wassenberg, Deutscher Florus 1647. 128 f. Aitzema an die G.-St. Hamburg 24. Okt./3. Nov. Die constitutie van't sticht Bremen begint oick seer te vervallen, naer dat den Here van Anholt heeft geoccupeert het castel Ottersberg, idem het steteken Horenberch, ende nui tegenvordich is ingebroken ind oude land tuschen Stade ende Buxtehuide,

In den Verschanzungen jenseits der bremischen Burg hatte nach Morgans Abzug der Generalkommissarius Thomas Ferenz den Oberbefehl übernommen, der jedoch Morgan bald nach Stade folgte. Als er die Schanzen verließ, blieben außer dem Reiterregimente des Grafen von Ortenburg noch etwa 350 M. Fußvolk zu ihrer Verteidigung zurück, während die Ligisten ihre Stellungen mit etwa 500 M. z. Fuß besetzt hielten. Östlich von Bremen, im Holler Land, standen außerdem zwei ligistische Reiterregimenter. Bei dem Kloster Lilienthal jenseit der Wümme ließ der Graf von Ortenburg dem Feinde einst eine Wassermühle abbrennen, worauf er sich zurückzog.

Nach einiger Zeit erhielt der Graf von Ortenburg den Befehl, mit fünf Kompagnien die Dörfer um Bremervörde zu besetzen, was er durch seinen Oberstlieutenant, einen Grafen von Wittgenstein, glücklich ausführte. Später erteilte ihm der Generallieutenant Norprath die schriftliche Weisung, die bisher behauptete Stellung gegenüber der Burg aufzugeben und ebenfalls in die Nähe von Bremervörde vorzurücken. Der Graf kam diesem Befehle in der Weise nach, daß er nach Basdahl südwestwärts von Bremervörde vorging, aber doch noch zwei Komp., seine eigene und die des Majors von Kniphausen, in den Verschanzungen am Lesumflusse zurückließ. Auf ein neues Schreiben des Generallieutenants legte er darauf noch einige Kompagnien in die drei nächsten Dörfer jenseit Basdahl und mußte endlich auch noch Teile des jedenfalls auf dem Rückzuge befindlichen Regiments Geist durch drei Kompagnien ablösen. So war das Regiment des Grafen und die ihm außerdem zugewiesenen Truppenteile von dem Lesumflusse bis jenseit Bremervörde über eine Linie von acht Meilen verzettelt worden und mußte sich fast stündlich eines Angriffs durch überlegene Streitkräfte vom Osten und vom Nordwesten her gewärtig halten. Denn die Bauern der Lande Wursten und Hadeln zwischen Weser und Elbe hatten geradezu die Waffen gegen die Dänen ergriffen und wagten sogar einst, angeblich 1500 M. stark, einen Einfall in die dänischen Quartiere.[1]

---

so salt groote swarichheid hebben, om die cavallerie van syne koninkliche Majesteit diso winter over in die contreen te conserveren. Der ligistische Oberst Wahl erzählte bei seiner Durchreise durch Dessau (Nov. 1627), daß Anholt 10 Cornet des Ob. Norprath, 10 C. des Grafen v. Ortenburg, 8 C. des Ob. Geist nebst vier schlesischen Cornets und einigen Kompagnien Fußvolk verfolgt habe.

1) Der Extrakt des Berichts des Grafen Johann Philipp zu Ortenburg, „welcher gestalt das ihm anuertrawtes Regiment in Ihrer Kon. Maytt. Dienst gebraucht vndt wieder verhoffen ruinirt worden", bildet eine Hauptquelle dieser

Der Graf von Ortenburg warf zwar die Bauern zurück, behauptete aber seine Stellung den überlegenen feindlichen Streitkräften im Osten gegenüber nur noch kurze Zeit. Infolge der Unsicherheit seiner Lage faßte er den Entschluß, sich auf eine Abteilung Fußvolk, welche am „weißen Moore", jedenfalls einem Teile des sich an dem westlichen Ufer der Oste hinziehenden großen Moores, lagerte, zurückzuziehen, wie ihm überdies sein Befehl vorschrieb. Allein diese Abteilung Fußvolk hatte bereits von den Statthaltern in Stade Befehl, aus dem Amte Neuhaus über die Oste in das Kehdinger Land auszuweichen und sich an einem Teiche am Flusse entlang, gegenüber der Cranenburger Brücke, festzusetzen. Und darauf brachte der Graf v. Ortenburg vermittelst zweier Fähren den Rest seines Regiments während der Nacht über den Fluß und zog noch einiges in der Nähe liegende ungemusterte und nicht einmal hinreichend mit Schießbedarf versehene Fußvolk an sich und besetzte den Teich. Ja er zwang auch die Bauern, sich ihm anzuschließen und rückte bis auf einen Musketenschuß an die Brücke heran.

Jedenfalls zur Strafe für die Parteinahme ihrer Standesgenossen ließ der Graf die unglücklichen Landleute in erster Linie an die Brücke herantreiben. Um seine Stellung möglichst zu sichern, begann er Verschanzungen aufzuwerfen. Und noch war er hiermit beschäftigt, als ihn die Unglücksbotschaft erreichte, daß der Feind in der Nähe von Stade auf Bützfleth im Lande Kehdingen durchgebrochen sei.

Unterdessen hatten sich die Ligisten westwärts von Buxtehude ausgebreitet und dadurch der dänischen Reiterei an der Oste die nächste Verbindung mit Stade abgeschnitten. Anholts Hauptquartier war am 12. Nov. in Harsefeld südwestlich von Buxtehude.[1] Am folgenden Tage brach er von hier „mit allem Volk und drei Falkonet und zwei Feuermörsern auf" und näherte sich der Schwinge.[2] Im Passe „zu Schwinge" befand sich sein Hauptquartier am 15. Nov.

Darstellung. Dieser Auszug entbehrt einer Zeitangabe, das Original ist aber von dem Grafen sowie von Johann Friedrich Hildenbrand (!) und Philipp v. Creß, jedenfalls Offizieren dieses Regiments, unterzeichnet gewesen. Diesem Auszuge ist noch ein kleines Stück eines „Extrakts" eines Berichts des Oberstlieutenants Brand v. Barleben und der Rittmeister Starschedel und Plußkow, „wie es mit Zertren- vnd abdanckung des General-Leutenants Regiments ergangen", angeheftet; Der übrige Teil des Berichts scheint verloren gegangen zu sein.

1) Archiv d. fr. Stadt Bremen.

2) Der leider zu allgemein gehaltene Bericht des Theatrum Europaeum I. (J. 1662), S. 988, 989 ist auch in die Annalen Khevenhillers übergegangen.

Bei dem Vorgehen der Ligisten nach der Schwinge hat der Oberst Wahl als Führer der Vorhut eines Tages jeden Mann ein Bund Stroh mit sich nehmen und in den vor ihnen liegenden Morast streuen lassen, der hierdurch nicht nur für das Fußvolk, sondern auch für einzelne Reiter gangbar gemacht wurde. An diesem von Wahl nicht näher bezeichneten Punkte[1] südwestwärts von Stade hatte der Feind damals 2000 Pferde zusammengebracht, die er aber infolge der ungünstigen Bodenbeschaffenheit nicht zu entwickeln vermochte, so daß es dem Obersten Wahl möglich war, sie mit 1000 Pf. und den Dragonern anzugreifen. In einem Passe machten die Ligisten hier 140 Reiter zu Gefangenen. Diesem Angriffe bereitete jedoch die hereinbrechende Nacht ein Ende. Auch scheint ihn Anholt nicht weiter fortgesetzt zu haben, weil er den größten Teil seiner Reiterei noch nicht über den vorher erwähnten Morast gebracht hatte. Mit dem Anbruche des nächsten Tages aber folgte Anholt nebst dem Generalwachtmeister Lindlo dem Feinde und erreichte ihn in der Nähe von Stade, ohne ihm jedoch einen erheblicheren Abbruch thun zu können. Um der für die Dänen so wichtigen Festung die Verbindung mit der Elbe offen zu halten, hatte übrigens Morgan im Einvernehmen mit den Räten des Königs den Elbteich bei Twielenfleet öffnen lassen. Bei Braunshausen wurde eine Schanze errichtet.

Aus der Umgebung von Stade wendete sich die Hauptmacht der Ligisten mehr nach Norden, und es gelang dem Obersten Reinach mit 2000 M. über den dem Kehdinger Lande vorgelagerten Morast elbabwärts vorzudringen, so daß er die Rückzugslinie der Dänen bedrohte. Demungeachtet scheinen diese noch einen Vorsprung erlangt zu haben, so daß es ihnen möglich wurde, bis nach Freiburg nördlich von der Insel Krautsand zurückzuweichen. Denn hier hofften die Flüchtigen auf Schiffe zum Übersetzen nach Glückstadt zu stoßen. Ziemlich beträchtliche Teile der zurückweichenden dänischen Streitmacht, besonders des Regiments Norprath, sind durch Stade gezogen, wo sich ihrer Morgan jedenfalls aus Besorgnis für seine kärglich zugemessenen Lebensmittel schleunigst entledigte.

Bei ihrer Ankunft in Freiburg machte jedoch die Reiterei die verzweiflungsvolle Wahrnehmung, daß sie sich einer vergeblichen Hoffnung

---

1) In der zu Frankfurt erschienenen Continuatio Relationis historicae des Jahres 1627, S. 78, wird der Morast und Paß, an welchen eine Meile Wegs von Schwinge ein Oberst gesendet wurde (Wahl) „Oberserel“ genannt; die öfter erwähnte Zeitung enthält einen Bericht aus dem kaiserlichen Lager zu Cranenburg vom 23. Nov., in dem der Morast und Paß „Oversen“ heißt.

getröstet hatte, denn es waren keine Schiffe zum Übersetzen vorhanden. Ja der Generallieutenant Norprath, der mit 500 Musketieren zu Wasser von Stade nach Freiburg kam, schlug sogar dem Oberstlieutenant Barleben, wie versichert wird, die Bitte ab, mit seinem Fußvolk Freiburg so lange gegen den Feind zu verteidigen, bis man die Reiterei übergesetzt haben würde, und begnügte sich damit, sein Fußvolk an dem östlichen Elbufer an das Land zu setzen.

Und so bot sich denn der Reiterei kein anderer Ausweg dar, als die Ergebung. Der Feldmarschall Anholt soll seine Stellungen so gut gewählt haben, daß er sie durch dreihundert Musketiere dazu nötigte. In der Nacht vom 15. zum 16. November ließ er den Gemeinen Pässe anbieten, wenn sie ihre Offiziere und ihre Feldzeichen ausliefern würden. Darauf erklärten die Soldaten, daß sie lieber ihre Pferde niederschießen würden, fügten sich aber, da sie von der Feindseligkeit der Einwohner nicht einmal Lebensmittel und Futter zu erwarten hatten, schnell in das Unvermeidliche und nahmen den angebotenen Vertrag an. Der Oberst Geist wurde als Gefangener hinweggeführt; von den Mannschaften erklärten sich 1300 Reiter sofort bereit, in die Reihen der Ligisten einzutreten; sie wurden aber gegen das Versprechen, keine Dienste mehr gegen den Kaiser zu nehmen, in ihre Heimat gesendet. Am 18. Nov. n. St. erlitt die Sache des Königs und des Protestantismus diesen neuen sehr empfindlichen Schlag. In Glückstadt soll der bisherige Generallieutenant darauf alle diejenigen Soldaten, die nach der Auflösung des Heeres sich hier noch zusammengefunden hatten, entlassen haben. Auch dieser hohe Offizier, dessen Dienste dem Könige so wenig genützt hatten, erhielt seinen Abschied und begab sich darauf nach den Niederlanden. Von der Anschuldigung des Verrates, welche ein genauer Kenner seiner kriegerischen Maßnahmen gegen ihn in neuerer Zeit erhoben hat,[1] ist uns in den durchforschten Briefen und Berichten keine Spur entgegengetreten. Seine Weigerung, für die Rettung der Reiterei bei Freiburg einzutreten, würde sich wol auch durch andere Gründe erklären lassen. Und sicher ist ferner, daß

1) F. H. Jahn, Grundtræk in Christian den Fjerdes Krigshistorie, Anden Afdeling S. 346 ff. Jahn berichtet jedenfalls nach einer gleichzeitigen, uns jedoch unbekannt gebliebenen Überlieferung folgendes: „En Oberst Uslar forklarede, at en af Norprahts Skrivere paa Doedssengen havde tilstaaed, at Generalen havde staaet i en uafbrudt Correspondents mit Fjenden, og at han — Skriveren paa hans Befaling havde maattet give Fjenden Underretning om ethvert hemmeligt Anslag.“ Wenn dieser Oberst Uslar der in jenen Monaten in Stade anwesende Kriegskommissarius Uslar gewesen sein sollte, würde der Anschuldigung freilich eine wichtigere Bedeutung beizulegen sein.

Norprath noch in den ersten Monaten des folgenden Jahres von den Niederlanden aus einen brieflichen Verkehr mit dem Könige unterhalten hat. Dagegen dürfte kein Zweifel darüber obwalten, daß seine militärischen Fähigkeiten sehr untergeordneter Natur waren und den Vergleich mit denen Tillys und Anholts nicht aushielten.

Als dem Grafen von Ortenburg diese Unglücksbotschaft gemeldet wurde, bemühte er sich angelegentlichst, ein ähnliches Schicksal von der kleinen unter seinem Oberbefehle stehenden Streitmacht abzuwenden,[1] obwol er bereits nordwärts von Bremervörde von dem Feinde überflügelt war. Denn kaum waren jene drei zur Ablösung von Mannschaften des Regiments Geist nordostwärts von Bremervörde entsendeten Kompagnien an ihren Bestimmungsorten angelangt, als der Feind bei einem starken Morgennebel aus einem dichten Busche bei dem Dorfe Elm an der Straße nach Stade hervorbrach und einen dänischen Posten von neun Reitern nötigte, sich auf seine Kompagnien zurückzuziehen. Da sich auch diese zu schwach zum Widerstande zeigten, gingen die Dänen nach erheblichen Verlusten auf Bremervörde zurück, wo der Graf sein Regiment zu sammeln beschloß. Allein während er noch hiermit beschäftigt war, erhielt er die Meldung, daß der Feind mit ansehnlichen Streitkräften gegen die Brücke bei Cranenburg an der Oste nordwärts von Bremervörde marschiere, um ihm den Rückzug abzuschneiden. Mit fünf Kompagnien versuchte der Graf darauf den Vorsprung zu gewinnen, erfuhr aber bald, daß die Brücke von den durch die Landbewohner auf das kräftigste unterstützten Ligisten mit 400 Musketieren besetzt worden war. Der im Bistum Bremen hochangesehene Johann Marschalk war ihr persönlicher Führer gewesen.

Diese letzten Maßregeln des Obersten hatten jedenfalls nur den Zweck, die Truppen vor einer plötzlichen Überraschung durch die Feinde zu sichern, da der Graf von der Unhaltbarkeit seiner Stellung überzeugt war. Denn er hatte bereits den Gouverneur von Glückstadt ersucht, schleunigst Schiffe zu senden und seine Truppen in die Festung aufzunehmen. Von diesem Schritte machte er nun seinem Regimente Mitteilung und ermahnte die Truppen zur Treue und Ausdauer.

---

1) Die Darstellung beruht auf dem Extrakt des Berichts, welchen der Graf an den König erstattete. Sie weicht in mehreren Punkten von der Jahns (Bd. 2, 343 f.) ab, der z. B. der Besetzung des Teiches gar nicht gedenkt und nicht deutlich genug hervorhebt, daß die Trennung des Regiments des Grafen erst erfolgte, nachdem er das Schicksal der Reiter bei Freiburg in Erfahrung gebracht hatte. Als Druck- oder Lesefehler sind in Jahns Darstellung „Ortlenborg" f. Ortenburg 342 f., „Anhalt" f. Anholt 342 ff., „Barteleben" f. Barleben zu berichtigen.

Da lief die Antwort von Glückstadt ein, daß es unmöglich sei, den Truppen die Hand zur Rettung zu bieten, und von diesem Augenblicke an verlor auch der Graf von Ortenburg die Möglichkeit, über den unter seinem Befehle stehenden Heeresteil weiter zu verfügen.

Da das Fußvolk nicht einmal Schießbedarf besaß, bemächtigte es sich einiger Schiffe und fuhr ohne Befehl des Obersten von dannen. Es wollte sich auf der Oste nach Stade oder Glückstadt retten, um angeblich dem Könige hier weiter zu dienen.

Die Reiter aber, die selbst an den allernotwendigsten Bedürfnissen Mangel litten und nicht einmal Stroh für die Pferde besaßen, sendeten ihre Feldzeichen an den Obersten und ersuchten ihn, sie ihres Dienstes zu entlassen und ihnen bei dem Feinde einen annehmbaren Vertrag auszuwirken. Sie versprachen übrigens, sich bei erster Gelegenheit wider unter die Fahnen des Königs zu stellen. Da der Oberst dieses Ansinnen zurückwies, begannen sie auf eigne Faust mit dem Feinde Unterhandlungen anzuknüpfen, welche natürlich zu einem Vertrage führten. Sie übergaben ihre Feldzeichen und durften darauf nach dem üblichen Gelöbnis, welches die kaiserliche Partei gegen ihren Widereintritt in die Dienste des Feindes sicher stellen sollte, abziehen.

Der Graf bestieg samt den Rittmeistern und einigen anderen Offizieren noch während der Vertragsverhandlungen der Reiter ein kleines Fahrzeug, welches ihn mit seinem ganzen Gefolge nach Glückstadt brachte. Doch verloren die Offiziere hierbei ihr sämtliches Gepäck nebst ihren Waffen. Der ehemalige dänische Oberst Benedikt Bremer bemächtigte sich mit feindlichen Offizieren und zahlreichen Bauern des Schiffes, auf welchem die Habseligkeiten der dänischen Offiziere untergebracht waren, behielt selbst die besten Sachen für sich und gab die übrigen den Soldaten preis.

Um den 20. (23. Nov.?) herum[1] mag sich das Schicksal dieser Abteilung der dänischen Streitmacht entschieden haben. Das ganze Stift Bremen mit einziger Ausnahme der damals sehr wichtigen Festung Stade war nun von den Dänen befreit.

---

1) Am 20. Nov. 1627 befand sich die Kanzlei des Grafen v. Anholt zu Cranenburg a. d. Oste. Sie entschuldigt an diesem Tage den Feldmarschall, daß er zahlreicher Geschäfte wegen ein Schreiben des Rats von Bremen nicht ordentlich beantworten kann.

Neuntes Buch.

Der kurfürstliche Kollegialtag zu Mühlhausen.

Die Vorbereitungen zum kurfürstlichen Kollegialtage zu Mühlhausen und der Verlauf der Verhandlungen bis zum Eingreifen des kaiserlichen Gesandten.

Den Gedanken, gerade in Mühlhausen einen sogenannten kurfürstlichen Kollegialtag abzuhalten, hat Johann Georg von Sachsen zuerst angeregt, indem er auf eine Anfrage des Kurfürsten von Mainz, ob er den nach Nürnberg ausgeschriebenen Deputationstag besuchen werde, die Antwort erteilte, daß er Mühlhausen vorziehe, und sich zugleich für einen von Mainz bereits in Vorschlag gebrachten Kollegialtag erklärte.[1] Gegen Nürnberg hatte er einzuwenden, daß die kaiserlichen Kriegsvölker unter dem Markgrafen Johann Georg von Brandenburg und dem Herzoge Julius Heinrich zu Sachsen-Lauenburg rings um das Gebiet der freien Reichsstadt ihr Lager aufgeschlagen hatten. Dabei versprach Johann Georg, sich persönlich in Mühlhausen einzustellen. Er machte dann dem Kaiser Mitteilung von dem mainzischen Vorschlage, was Mainz bisher unterlassen hatte.[2]

Johann Georg wurde jedoch von Mainz auch ersucht, den Kurfürsten von Brandenburg zum persönlichen Besuche zu ermahnen. Allein die brandenburgischen Räte in Berlin hatten nicht bloß der Kosten, sondern auch der persönlichen Sicherheit der Kurfürsten wegen ihre Bedenken und hegten überhaupt kein Vertrauen zu einem solchen Tage. „Wie bald ist

1) Torgau 27. April a. St.

2) Über diese Versamlung sind von je her sehr irrtümliche Behauptungen verbreitet worden. Nach Khevenhiller Bd. 10, 1447 f. soll die kaiserliche Botschaft schon bei Beginn der Sitzungen am 19. Oktober an die Kurfürsten gerichtet worden sein, während Stralendorf an diesem Tage gar nicht in Mühlhausen anwesend war. Gindely erzählt in der Gesch. des dreißigj. Kr. Abt. 2. (Leipzig 1882) 115, daß der Kaiser den Kurfürstentag berufen habe, an dem sich auch der Kurfürst von Köln beteiligt haben soll. Diesen ersten Irrtum, der von Hurter Bd. 9, 536 u. 538 angeregt worden zu sein scheint, hat freilich Gindely später in seinem Waldstein Bd. 1, 260 berichtigt. Unserer Darstellung liegt hauptsächlich das im Kön. Hauptstaatsarchiv zu Dresden befindliche Protokoll zu Grunde; daneben wurden das erzkanzl. Archiv zu Wien, das K. St.-A. zu München und das Geh. St.-A. zu Berlin benutzt.

es auch geschehen, daß einer, der gerne auf Kaisers Pantoffeln ginge, sich mit einer Kriegsmacht herzunäherte und den Kurfürsten des Reichs, wann er sie alle beisammen [träfe], ihre vota zum römischen Könige ihm zum Besten abnötigte?" Mit dieser Frage suchten Pruckmann, Götz, Winterfeld und Striepe den Kurfürsten zu schrecken, rieten ihm aber doch, sich über die Angelegenheit in Einvernehmen mit Kursachsen zu setzen. Demungeachtet entschied sich Georg Wilhelm dahin, den Tag entweder persönlich zu besuchen oder seine Bevollmächtigten zu senden. Damit war auch der noch nicht aus Polen zurückgekehrte Schwarzenberg einverstanden, dessen Rat man schriftlich eingeholt hatte. Schwarzenberg hielt diese Versamlung für sehr notwendig; er schrieb Georg Wilhelm, wenn diesen Vorschlag keiner der Kurfürsten auf die Bahn gebracht haben würde, hätte er es selbst thun müssen.

Die Hoffnung auf diese Zusammenkunft, welche in den von der rohesten Militärdiktatur Unterdrückten und Bedrohten erweckt wurde, steigerte sich noch, als die Anerkennung des Kurfürsten von Baiern durch Brandenburg bekannter wurde. Und als sich endlich selbst Maximilian von Baiern bedingungsweise für das Zusammentreten der Kurfürsten aussprach, schien der baldigen Eröffnung dieses Tages nichts mehr im Wege zu stehen.

In Wien freilich betrachtete man schon diese Vorbereitungen, welche die Kurfürsten dazu führen konnten, eine mehr oder weniger feindselige Stellung gegen das Kaiserhaus einzunehmen, mit sehr mißtrauischem Auge.[1] Und auch der Kurfürst von Köln erklärte unter dem 27. Juni an Mainz, „der Kaiser werde durch die Anstellung des Kollegialtages nicht wenig disgustiert werden". Nach einer Mitteilung Maximilians von Baiern richtete sich der Groll des Kaisers vorzugsweise gegen die katholischen Kurfürsten, die es Sachsen überlassen hatten, ihn von ihrer Absicht in Kenntnis zu setzen.

Demungeachtet erließ jedoch der Kurfürst von Mainz am 12. Juli ein förmliches Ausschreiben an die Kurfürsten und ersuchte sie, sich persönlich am 13. Sept. n. St. in Mühlhausen einzufinden. Gegen Baiern sprach er zugleich die Absicht aus, dem Kaiser, sowie eine willfährige Erklärung von Johann Georg eingelaufen sein würde, eine vertrauliche Nachricht zukommen zu lassen. Übrigens hatte man in Wien bereits Stellung zu dem kühnen Unterfangen genommen und erteilte dem Reichsvizekanzler Strahlendorf, welcher auf seinem Gute Peterswalde in der Nähe von Dresden einen längeren Urlaub verlebte, Auftrag, dem Tage im Namen des Kaisers beizuwohnen.

---

1) Vgl. Gindely, Waldstein 1, 261.

Das Bestreben, auf diesem Tage Mittel ausfindig zu machen, den eine immer bedrohlichere Ausdehnung gewinnenden Krieg in gewisse räumliche Grenzen einzuengen, wenn nicht gar dem Frieden entgegenzuführen, war bei Sachsen und Mainz im Anfange aufrichtig und anscheinend auch gleich stark. Ganz anders stellte sich dagegen Maximilian von Baiern den Verlauf der bevorstehenden Verhandlungen vor. Er sprach bereits am 20. Juli dem Kurfürsten von Mainz gegenüber seine Überzeugung dahin aus, daß, wenn sich auch Dänemark und England durch Gesandte an der Versamlung beteiligen würden, mit Übergehung des Kaisers doch keine endgiltige Vereinbarung mit diesen Mächten getroffen werden könnte, und daß daher Mainz seine löbliche Friedensabsicht auf diesem Kollegialtage nicht erreichen werde. Er war der Ueberzeugung, daß es zu einer endgiltigen Beilegung dieser englisch-dänischen Streitsache einer neuen Zusammenkunft der Kurfürsten mit dem Kaiser an der Spitze bedürfen werde. Demungeachtet gab er noch am 27. Juli dem Kurfürsten von Mainz das ausdrückliche Versprechen, daß er den Tag persönlich besuchen werde.[1]

Bald darauf sehen wir aber den Kurfürsten von Baiern damit beschäftigt, sich in den bevorstehenden Verhandlungen eine Stellung zu sichern, welche der Kaiser nicht gerade als eine ihm feindselige bezeichnen konnte, und dagegen Sachsen mit den geistlichen Kurfürsten möglichst in den Vordergrund zu drängen. Maximilian empfahl Mainz am 24. Aug., persönlich mit den Kurfürsten von Sachsen und Köln zur Anbahnung des Friedens zusammenzutreten. Er wünschte eine solche Zusammenkunft um so mehr, weil ihm von einem vornehmen Reichsfürsten vertrauliche Mitteilungen über „die weitaussehende Intention des Herzogs von Friedland im römischen Reich und wider dessen vornehmste Mitglieder“ zugegangen waren, gegen deren Richtigkeit ihm fast kein Zweifel mehr obzuwalten schien. In diesen friedländischen Plänen nahm auch die Auflösung der ligistischen Armee eine Stelle ein. Die Berichte seines Rates Leuker über die monarchischen Bestrebungen der kaiserlichen Politik im Reiche mögen Maximilian damals in Unruhe versetzt haben.[2] Der Kurfürst von Mainz fand diese Besorgnisse, „weil alle circumstantiae der friedländischen Werbung und Einquartierung damit übereinstimmen“, nicht unbegründet, hat aber doch wol Bedenken getragen, sich ohne Baiern in

1) Erzkanzlerisches Archiv in Wien. Reichstagsakten Fasc. 124.

2) Vgl. hierüber auch die von Gindely im ersten Bande des Waldstein S. 261 ff. zum Abdruck gebrachten Aktenstücke, deren Text jedoch unsicher ist. So muß es S. 263 Z. 30 v. o. offenbar heißen: „doch wollt ich nit gern“.

eine solche Verhandlung mit den beiden übrigen katholischen Kurfürsten einzulassen. Seiner Antwort[1] an Maximilian (v. 30. Aug.) entnehmen wir noch die wertvolle Mitteilung, daß besonders der Jesuitenpater Lamormaini als ein Hauptwerkzeug dieser wallensteinischen Pläne angesehen wurde. Mainz stellte daher Maximilian anheim, dem Jesuitengeneral oder auch Lamormaini selbst Vorstellungen machen zu lassen und beiden zu Gemüt zu führen, daß die Folgen dieser Bestrebungen ihrem Orden nicht gerade zum Besten in Deutschland ausschlagen dürften. Der Kurfürst von Köln wurde von jenen Plänen Wallensteins durch die mainzische Kanzlei gleichfalls in Kenntnis gesetzt, und das Zusammentreten der Kurfürsten unter diesen Umständen als um so dringlicher bezeichnet. Allzu große Hoffnungen setzte freilich Mainz selbst nicht mehr auf diese Versamlung, „weil es bei den Unkatholischen ohne große und gleichsam unversöhnliche Alienation gegen J. K. M. nit abgehen dürfte". Und von einer Neigung zur Nachgiebigkeit gegen die Erwartungen und Ansprüche der Evangelischen war auch bei ihm nichts zu spüren.

Der Kaiser dagegen, dem von Mainz der Inhalt der Einladungen an die Kurfürsten mitgeteilt war, machte gute Miene zum bösen Spiel. Er gab dem Schritte des Kurfürsten von Mainz die für ihn und seine Pläne allerbeste Deutung, als ob sich die Kurfürsten lediglich zur Beförderung seiner Absichten und zur Mehrung seiner Ehre und Hoheit versammeln wollten und erteilte dazu in einem fast freudig-ironischen Tone seine Zustimmung.[2]

Da wurden diese schwächlichen Versuche der Kurfürsten, friedliche Verhältnisse in Deutschland anzubahnen, auf einmal wider gänzlich in Frage gestellt. Der Kurfürst von Köln sah sich nach der Eroberung der Stadt Groll durch die Generalstaaten, bei der ihm so nahe gerückten Kriegsgefahr außer Stande, sein Kurfürstentum zu verlassen und ließ sich von diesem Entschlusse selbst durch die widerholten ernsten Mahnungen seines Bruders nicht abbringen. Und um dieselbe Zeit, oder noch etwas früher, war es auch Maximilian von Baiern unmöglich geworden, sich persönlich in Mühlhausen einzustellen. Er entschuldigte sich mit Krankheit: er soll von einem Ausschlage befallen gewesen sein. Der Kurfürst von Trier aber wollte überhaupt nur erscheinen, sobald er Gewißheit darüber erlangt haben würde, daß die andern Kurfürsten den Tag persönlich besuchten.

---

1) Handschreiben des Kurfürsten im erzk. Arch. zu Wien.

2) Schreiben des Kaisers an den Kurfürsten von Mainz vom 24. Juli.

Maximilian kam der Entschluß seines Bruders sichtlich sehr ungelegen. Er machte ihn darauf aufmerksam, daß man bei seinem Fernbleiben auf die Anwesenheit Johann Georgs nicht werde rechnen dürfen, und brachte ihm die Schwere der Verantwortlichkeit, welche sein ganzes Haus bei der Mit- und Nachwelt treffen werde, zum deutlichen Bewußtsein. „Wir beide Gebrüder und unser löblich Haus werden uns sowol bei Sachsen und andern unsern Mitkurfürsten als auch allen des Friedens begierigen Ständen . . . in- und außerhalb des Reichs mit diesem unauslöschlich üblen Verdacht und Argwohn beladen, als ob wir zu Frieden, Ruhe und Einigkeit weder Gefallen, Lust noch Liebe hätten". Der Kurfürst von Köln werde nicht wollen, daß sie beide „bei den im h. Reich fürgehenden unzählbaren Exorbitanzen die Schuld und Ursach eben allein über und auf sich laden und sowol bei allen Ständen des Reichs als nachfolgender Posterität disfalls den Unglimpf, Verweis und Nachklang allein tragen sollten".[1]

Eine ablehnende Antwort erteilte endlich auch Georg Wilhelm von Brandenburg. Er entschuldigte sich bei Mainz mit der Weite des Weges und der Besetzung Preußisch Hollands durch Gustav Adolf und mit seinem augenblicklichen Verhältnis zu seinem Schwager überhaupt, welches ihm die Besorgnis einflößte, daß sich am Ende der ganze Krieg nach Preußen wenden werde.[2] Unter solchen Umständen wollte er auf keinen Fall sein Herzogtum verlassen. Dagegen wagte der Kurfürst auch nicht dem Tage ganz fern zu bleiben und betraute endlich den Grafen von Schwarzenberg, Siegmund v. Götz und Dr. Fritze mit seiner Stellvertretung.

Der Kurfürst von Sachsen ließ sich dagegen durch nichts, auch nicht durch die ausdrückliche Weigerung Kölns von seinem Entschlusse abbringen, wie er am 22. Aug./1. Sept. bestimmt erklärte. Auf die Nachricht, daß Maximilian nicht persönlich in Mühlhausen erscheinen wolle, hatte diesem der Kurfürst von Mainz Bamberg als Ort der Zusammenkunft vorgeschlagen. Allein Maximilian weigerte sich auch nach Bamberg zu kommen und führte neben seiner Kränklichkeit als Grund seiner Weigerung ausdrücklich die Rücksichtnahme auf Johann Georg an, welcher seine Entschuldigungen bereits empfangen und sich doch zur Reise entschlossen hatte.

Während sich nun Maximilian anschickte,[3] an seiner Statt Gesandte nach Mühlhausen abzufertigen, entschloß sich auch der Kurfürst von Mainz

---

1) München, 31. Aug.

2) Königsberg, 28. Juli/7. Aug. Georg Wilhelm an den Kurf. von Mainz.

3) Die erste von ihm unterzeichnete Instruktion ist vom 2. Septbr., als Hauptinstruktion wird jedoch eine spätere vom 7. Okt. bezeichnet.

in der Erwartung, daß nach der Absage Kölns und Baierns Johann Georg dem Tage gleichfalls fern bleiben werde, die Reise vorläufig einzustellen und die Eröffnung der Versamlung auf drei bis vier Wochen hinauszuschieben. Am 3. Sept. machte er dem Kurfürsten von Sachsen von dieser Veränderung der Sachlage Mitteilung.

Dieses Schreiben traf den treuherzig-eifrigen Johann Georg bereits in der nächsten Nachbarschaft Mühlhausens, in Langensalza. Begleitet von der Mehrzahl seiner Geheimen Räte, unter denen damals der Geheimeratsdirektor und Präsident Kaspar v. Schönberg die einflußreichste Persönlichkeit war, hatte er sich mit einem ungeheuren Gefolge von 606 Personen rechtzeitig auf den Weg gemacht. Da ist es denn wol erklärlich, daß er in seiner Bestürzung über diese neue, unerwartete Wendung der Dinge und über den Mißbrauch, den man mit seiner Ehrlichkeit getrieben hatte, zuerst auf den Gedanken geriet, ohne weiteres Kehrt zu machen und den Dingen ihren Lauf zu lassen. Zuletzt entschloß er sich indessen doch, bis Michaelis in und um Langensalza auszuhalten, machte aber dem Kurfürsten von Mainz gegenüber seinem Mißmute in der herbsten Weise Luft. Er erklärte, daß Trier, Köln und Baiern, wenn sie bis Michaelis nicht erscheinen würden, die Anklage treffen würde, sie hätten zum Frieden keine Lust und stellten die Tagfahrten nur zum Scheine an, „um sich unterdessen besser in Verfassung zu stellen". Falls das Feuer weiter um sich greifen sollte, wollte er sogar eine feierliche Verwahrung einlegen und sich nicht so leicht wider zu einer ähnlichen Zusammenkunft bewegen lassen, besonders da er auf die dem Kaiser und den Kurfürsten von Mainz und Köln im Auftrage Christians IV. überreichten Friedensvorschläge nicht einmal eine Antwort erhalten hatte.

Auch Maximilian hatte die Botschaft von der Vertagung der Versamlung nicht mehr rechtzeitig erreicht, so daß seine Gesandten die einzigen waren, welche an dem zuerst festgesetzten Tage (13. Sept.) in Mühlhausen erschienen.

Die brandenburgischen Gesandten waren gleichfalls am 9. Sept. von Berlin aufgebrochen. Man hatte Schwarzenberg 4000 Thlr. zur Bestreitung der Kosten in Aussicht gestellt, aber schwerlich vollständig gezahlt, da er noch vor seiner Ankunft in Mühlhausen um die Nachsendung von 2000 Thlrn. ersuchte. Da man erwartete, daß in der kleinen Stadt eine beträchtliche Teuerung eintreten werde, wurden acht Tage vor Schwarzenbergs Aufbruch 20 Stück Rindvieh und 100 Schafe vorausgeschickt, die bei seiner Ankunft noch nicht eingetroffen waren. Schon vom Amte Zehden aus hatte der Gesandte noch um Nachsendung von 32 Ochsen und 200 bis 300 Schafen gebeten. Sollte doch ein junger Stier in Mühlhausen 30 Thaler, ein Hammel 3—4 Thaler kosten.

Schwarzenberg erreichte am 17. Sept. die Reichsstadt und fand hier außer den bairischen Gesandten auch den Vertreter des Kaisers mit seinem Bruder und den Obersten Balderon anwesend.

Drei Tage nach dem Aufbruche der brandenburgischen Gesandtschaft traf in Berlin erst das mainzische Schreiben ein, in welchem der Aufschub der Versamlung in ganz unbestimmten Ausdrücken gemeldet wurde, und der Kurfürst den Tag seines Erscheinens in Mühlhausen anzuzeigen versprach. Nachdem jedoch der Kurfürst von Mainz von der Anwesenheit der kaiserlichen, bairischen und brandenburgischen Gesandten in Mühlhausen, sowie des Kurfürsten von Sachsen in Langensalza, Kenntnis erhalten hatte, zeigte er durch ein Schreiben vom 19. Sept. an, daß er am Michaelistage des alten Kalenders (9. Okt. n. St.) eintreffen werde. Die kurfürstlichen Räte in Berlin erklärten sich das Schwanken des Mainzers dadurch, daß der Kaiser die katholischen Kurfürsten von der Teilnahme an diesem Tage zurückzuhalten bemüht sei, um den Fortschritt der kaiserlichen Waffen in Norddeutschland nicht zu hemmen, während eine solche Versamlung in Zeiten der Not wol ihre guten Dienste leisten könnte. In Berlin waren einmal Gerüchte vom Tode des Kaisers und des Kurfürsten von Baiern verbreitet; die Räte gaben sich anfangs der irrigen Meinung hin, der Kurfürstentag werde in einen Reichstag verwandelt werden: „denn diese Convente tragen J. M. nichts, aber Reichstage sind gar selten ohne Steuer abgelaufen."

Schon in Langensalza empfing Johann Georg Abgeordnete protestantischer Stände, wie des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel und des Domkapitels von Magdeburg, welche ihn um Hilfe anflehten. Am 20. September machte ihm der Graf von Schwarzenberg seine feierliche Aufwartung und wurde auch zur Tafel gezogen.

Da sich die Hofjägerei unter dem Hofjägermeister Siegmund Adolf von Ziegesar gleichfalls im kursächsischen Gefolge befand, begab sich der Kurfürst, welcher bereits auf der Reise in Chemnitz, Werdau und Zwickau, ferner im Voigtlande und im Stift Zeitz große Jagden abgehalten hatte, in der Zwischenzeit auf ein Trappenschießen und zog am 23. Sept. in die Grafschaft Henneberg, von wo er erst am 6. Okt. nach Langensalza zurückkehrte. Die Beute dieses letzten Feldzugs war eine außerordentlich reiche: der Kurfürst erlegte über 1000 Stück Wildes.

Dem Kurfürsten von Mainz war sein Entschluß, von allen katholischen Kurfürsten als der einzige in Mühlhausen zu erscheinen, schon der Kosten wegen nicht leicht geworden. Allein die Rücksichtnahme auf Johann Georg, der durch sein Stillsitzen die Fortschritte der kaiserlichen und ligistischen Waffen so sehr befördert hatte, gab zuletzt den Ausschlag.

Auf die Nachricht, daß die Ankunft Georg Friedrichs von Mainz sehr nahe bevorstehe, begab sich Johann Georg endlich am 14. Okt. nach Mühlhausen und empfing noch an demselben Tage den am vorigen Tage eingetroffenen Erzkanzler des Reichs.

Schon Tags darauf bot der französische Gesandte Marcheville dem Sachsen die Vermittelung seines Königs an, der Johann Georg zur Widerherstellung der Ruhe und des Friedens im Reiche mahnen ließ, damit das Haus Östreich zum Schaden der kurfürstlichen Hoheit nicht allzu weit um sich greife. Der Kurfürst ließ dem Gesandten zuerst durch den Präsidenten Schönberg lateinisch, und als man erfuhr, daß der Franzose kein Latein verstehe, durch seinen Rat, den Reichspfennigmeister Joachim v. Loß, italienisch antworten und wies denselben an Mainz, falls er Aufträge bei dem Kurfürstenkollegium zu erledigen habe.[1]

Am 16. Oktober ließ der Kurfürst durch den Hofprediger Hoë in seiner Wohnung predigen. Vor der Predigt wurde das Lied „Erhalt uns Herr bei deinem Wort" gesungen, so daß der Kurfürst von Mainz in seiner Behausung jedes Wort vernehmen konnte.

Der Rat der kleinen Reichsstadt hatte besondere Vorsichtsmaßregeln für die Sicherheit der Beratungen ergriffen und ließ drei Thore ganz verschlossen halten, die übrigen vier aber jedes mit 25 M. Wache besetzen. Alle Abende mußten dem Kurfürsten von Sachsen als Schutzherren der Stadt die Thorzettel eingereicht werden; alle Postreiter und Boten, welche nach dem Thorschluß anlangten und ihre Briefschaften nicht von sich geben wollten, mußten bis zu Tagesanbruch vor den Thoren bleiben. Der Rat verehrte dem Kurfürsten auch ein Gastgeschenk: drei Fuder Wein, zwei F. Bier, 30 Malter Hafer und ein Fuder Heu.

Noch vor dem Beginn der Verhandlungen verständigten sich die Protestanten darüber, wie man sich gegen Baiern der Titulatur halber verhalten wollte. Da beide protestantische Kurfürsten die Übertragung der Kur auf Baiern nur bedingungsweise anerkannt hatten, kamen sie überein, der vier abwesenden Kurfürsten nur im allgemeinen zu gedenken, wenn man aber Kurbaiern allein namhaft machen müßte, abwechselnd Baiern und Pfalz zu sagen und sich überhaupt an keine bestimmte Bezeichnung zu binden.

Die nicht auf dem Kollegialtage anwesenden Kurfürsten wurden durch Vertrauenspersonen vertreten, denen der Rang ihrer Auftraggeber angewiesen wurde. Maximilian von Baiern hatte seine Aufträge den Freiherren Paul Andreas v. Wolkenstein und Maximilian v. Kurz anvertraut, zweien seiner zuverlässigsten Diener. Von Seiten Triers war

1) Wir folgen hier vorzugsweise dem sächsischen Protokoll.

der Dompropſt, Landhofmeiſter und Kanzler Johann Kaſpar v. Leyen zum Botſchafter erkoren; im Auftrage des Kurfürſten von Köln erſchien der Biſchof v. Osnabrück, ein naher Verwandter des Erzbiſchofs und ſeines Bruders Maximilian.

In den Sitzungen wurde keine Debatte geführt, ſondern die Räte gaben nur ihre meiſt weitläufige Begründungen enthaltende Abſtimmung zu Protokoll. Die eigentlichen Verhandlungen zwiſchen den Parteien oder den einzelnen Kurfürſten blieben beſonderen Beſprechungen oder Einzelausſchüſſen überlaſſen.

Montags, am 18. Oktober n. St., wurde endlich die Verſamlung, deren die proteſtantiſchen und die katholiſchen Stände ſo lange ſehnſüchtig geharrt hatten, eröffnet. Früh nach acht Uhr begab ſich der Kurfürſt von Sachſen, der einen Teil ſeines weitläufigen Gefolges zurückgelaſſen hatte, in großem Aufzuge zu Roß nach dem Rathauſe: vor ihm her ſchritten Lakaien in Sammetwämſern und neben ihm eine Schaar Trabanten mit 50 Einſpännigen, alle barhäuptig. Alle übrigen Mitglieder der Verſamlung hielten eine Auffahrt in Kutſchen.[1]

Die anweſenden Kurfürſten und die unmittelbaren Stellvertreter der Abweſenden, die Prinzipalgeſandten, nahmen der Reihe nach und zwar an erſter Stelle Baiern und nach ihm Mainz, Köln, Trier, Sachſen und Brandenburg auf Stühlen in der Nähe der Fenſter des Sitzungsſaales Platz. Ihnen gegenüber ſaßen an langer Tafel die mit den Verhandlungen betraueten Räte, zu welchen ſich die katholiſchen Stände ihre Kanzler auserſehen hatten. Den Vorſitz unter dieſen Räten führte der mainziſche Kanzler Dr. Gereon, für Trier ſprach Dr. Kuno v. Gravenſtein, für Köln Dr. Dietrich Dürhofen, Baierns Stimme brachte Dr. Johann Peringer zur Geltung, der anweſende Kurfürſt von Sachſen ließ ſich durch den Präſidenten v. Schönberg, und der abweſende Georg Wilhelm v. Brandenburg durch den geheimen Rat Siegmund v. Götz vertreten. Fünf Punkte waren es, welche der mainziſche Kanzler der Verſamlung unterbreitete.[2] Man wollte ſich zuerſt darüber einigen, wie den militäriſchen Unordnungen und verfaſſungswidrigen Bedrückungen im Reiche zu ſteuern

1) An den Verhandlungen haben natürlich nur die anweſenden Kurfürſten ſowie die Geſandten der abweſenden teilgenommen. Nach Caraffa's Darſtellung (Commentaria de Germania Sacra... 1641 359) war man anfangs unſchlüſſig darüber, ob auch Geſandte anderer Reichsfürſten zugelaſſen werden ſollten. In den von mir eingeſehenen Akten habe ich von hierauf bezüglichen Verhandlungen nichts gefunden.

2) Sie finden ſich bei Londorp A. p. II. (1630) 1354. und in der ſpäteren Ausgabe III. (1668) 995.

sei, und dann über die Mittel zur Herstellung des Friedens und zur dauernden Behauptung desselben in Beratung treten. Der vierte Punkt betraf die noch schwierigere Frage, wie man sich verhalten wollte, falls man an der Aufrichtung des Friedens verhindert würde, oder sich auswärtige Mächte einmischen sollten, und zuletzt wollte man sich aller der Klagen und Beschwerden annehmen, welche von den Ständen vor den lang ersehnten Kurfürstentag gebracht worden waren. Sie betrafen zumeist die ungeheuren Bedrückungen, durch welche die zügellose kaiserliche Militärdiktatur die Stände niedergeworfen hatte.

An dem Tage der Eröffnung der Versamlung beschäftigte man sich, nachdem man die Bestimmung der Reihenfolge der zur Verhandlung stehenden Fragen Mainz anheim gestellt hatte, nur noch mit der Prüfung der Vollmachten.

Die eigentlichen Beratungen nahmen erst Mittwoch, den 20. Oktober, ihren Anfang. Schon nach acht Uhr stellte sich der Kurfürst von Sachsen, nachdem er die Predigt gehört hatte, in demselben Aufzuge, wie das erste Mal, auf dem Rathause ein. Mainz hatte die Abwehr der militärischen Gewaltthätigkeiten als ersten Gegenstand auf die Tagesordnung gebracht, worauf Köln den Vorschlag machte, den Kaiser persönlich durch eine Gesandtschaft im Namen aller Kurfürsten (gesamte Schickung) um Abstellung der Bedrückungen und Aufrichtung einer strafferen Ordnung anzugehen. Der spanischen und der kaiserlichen Einlagerungen im Hochstift Köln sollte dabei besonders gedacht werden. Baiern erklärte sich für eine Gesandtschaft oder ein Schreiben und sprach die Hoffnung aus, daß sich der Kaiser um so weniger mit neuen Werbungen beladen werde, als der König von Dänemark erheblich geschwächt sei. Der sächsische Vertreter schilderte nach einer ziemlich weitläufigen geschichtlichen Einleitung, welche sich über die Folgen des böhmischen Krieges für das Reich verbreitete, in ziemlich erregter Weise die Unterdrückung und die persönliche Demütigung der Stände durch die kaiserlichen Heere, welche so klar wie die Sonne sei, „mit den Augen gesehen, mit den Ohren gehört, mit dem Munde beklagt und mit den Händen gegriffen werde“. Nach der Anschauung Sachsens hatte man die Kurfürsten bereits dahin gebracht, daß keiner sich selbst mehr zu helfen vermochte. Die Hauptursache der ganzen Verwirrung fand jetzt Sachsen leider viel zu spät darin, daß man überhaupt einen so bedeutenden Krieg ohne Beratung mit denjenigen, welche hätten befragt werden sollen, begonnen und alles auf die Spitze des Schwerts gesetzt habe, ohne doch die zu einem Unternehmen von solchem Umfange erforderlichen Mittel zu besitzen. Da hatte jedermann geworben, wer nur wollte, und zwar auch ohne Geld. Und so geschah

es noch fort und fort, obwol die Zahlungsunfähigkeit der Werbenden einer solchen Truppenanzahl gegenüber längst feststand. Johann Georg forderte daher mit Nachdruck die allerschleunigste Abstellung sämtlicher Beschwerden und stellte im entgegengesetzten Falle, wenn die Unterthanen selbst zu den Waffen greifen und sich schützen müßten, den allgemeinen Untergang des Oberhaupts und der Stände in Aussicht. In Beziehung auf die Mittel der Abhilfe enthielt sich jedoch der Kurfürst vorläufig einer bestimmten Erklärung: er wollte erst die Entschließungen der vorstimmenden Kurfürsten abwarten. Viel kürzer und auch gemäßigter lautete die Erklärung Brandenburgs: im Betreff des letzten Punktes schloß es sich Sachsen an. Mainz bestritt zwar den verfassungswidrigen Charakter der militärischen Ausschreitungen nicht, hielt aber den Kaiser als den angriffenen Teil für entschuldigt: „denn wenn einmal die Waffen ergriffen sind, ist das Mittel der Consultation nicht wol möglich zu prakticieren, sonderlich wenn der Krieg weitläufig, der Feind geschwind und verschlagen ist und sich eilends in Bereitschaft stellet!“ Eine bestimmte Erklärung über die dem Kaiser gegenüber zu thuenden Schritte lehnte es überhaupt ab: der Reichserzkanzler hielt es für das Beste, zuerst die übrigen Kurfürsten ihre Entscheidung treffen zu lassen.

Auch bei der zweiten Umfrage schwankten die Erklärungen zwischen einer Gesandschaft an den Kaiser und einem Schreiben. Doch trat Sachsen hier noch ausdrucksvoller für einen sichern Frieden, das beste Mittel der Befreiung von allen Kriegsdrangsalen, ein.

In nachdrücklichster Weise sollte der Kaiser ersucht werden, keine neuen Werbungen zu veranstalten, da man sonst gar keine Mittel, sich der Soldaten wider zu entledigen oder ihnen Quartier zu verschaffen, werde ausfindig machen können. Ja Johann Georg wollte dem Kaiser sogar andeuten, daß sämtliche Stände, wenn nicht bald Abhilfe erfolge, zum Schutze ihrer Unterthanen würden zusammentreten müssen. Und wenn es dann so weit gekommen wäre, sollte der Kaiser eine „solche Maßregel für keinen Angriff“ (Offens) erachten, sondern sich auch dann noch versichert halten, „daß die gehorsamen Stände nichts minder in schuldiger Devotion verbleiben würden, und daß das, was für die Hand genommen würde, allein zur Defension und Erhaltung kaiserlicher Majestät und schuldigen Respekts geschähe“. Sachsen schlug also vor, zur Rettung der kaiserlichen Autorität im äußersten Notfalle die Waffen gegen die kaiserlichen Heere zu ergreifen und wollte den Kaiser von dieser Entschließung schon jetzt in Kenntnis setzen. Und noch folgenreicher hätte sein hiermit im Zusammenhange stehender Antrag werden müssen, den Kaiser zu ersuchen, diesen Beschluß der Kurfürstenversamlung den Offizieren

durch die beiden Generäle kund zu thun, wenn derselbe von den Kurfürsten weiter verfolgt worden wäre.

Brandenburg versprach sich von einer Gesandtschaft an den Kaiser eine größere Wirkung, als von einem Schreiben, schloß sich aber der letzten, Kriegsmut atmenden Erklärung Sachsens nicht an. Zur Beschränkung der militärischen Ausschreitungen schien es ihm ausreichend, wenn den Kreisobersten unter Zuziehung der Offiziere die Strafgewalt über die in den betreffenden Gebieten liegenden Heeresteile übertragen wurde, während es die eigentliche Leitung der Kriegsoperationen dem Kaiser auch weiterhin anheimstellte.

Erst nach der dritten Umfrage wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, dem Kaiser die Ergebnisse dieser Kurfürstenversamlung durch eine besondere Gesandtschaft zu unterbreiten, während man über die Stände, welche diese Gesandtschaft auf sich nehmen sollten, auch dies Mal zu keiner Übereinstimmung gelangen konnte. Sachsen wollte dieselbe dem Ausschusse, d. h. Mainz und Baiern, übertragen. Allein Mainz machte dagegen geltend, daß beide Kurfürsten bereits in der letzten Zeit eine Gesandtschaft in Wien gehabt hätten und sich daher, wenn sie jetzt widerkommen würden, nur eines geringen Erfolges getrösten könnten. Mainz machte vielmehr den Vorschlag, daß sich der Kurfürst von Sachsen der Gesandtschaft und zwar in eigner Person unterziehen sollte.

Auch die dritte Sitzung (21. Okt.) begann mit Beratungen über den Träger dieser kurfürstlichen Botschaft an den Kaiser. Da sich aber Johann Georg beharrlich weigerte, die Sache in eigner Person auf sich zu nehmen, ließ man die Frage vorläufig auf sich beruhen und schickte sich an, zu dem zweiten Punkte der Beratungen überzugehen. Man wollte sich über die dem Kaiser vorzuschlagenden Mittel einigen, durch welche man wider zum Frieden gelangen könnte.

Und schon war man in die verwirrte pfälzische Frage eingetreten, als Köln mit der Unterstützung Baierns den Vorschlag machte, zuvor dem kaiserlichen Gesandten Gehör zu geben. Dagegen erhob indessen Sachsen Einsprache und machte geltend, daß zunächst zu entscheiden sein würde, durch wen die Absendung zu geschehen habe, und ob dieselbe erfolgen sollte, bevor man über die übrigen zur Verhandlung stehenden Fragen Beschluß gefaßt habe. Und darauf schlugen alle übrigen Kurfürsten nochmals Johann Georg zum Träger ihrer Botschaft an den Kaiser vor. Allein den Kurfürsten gelüstete es keineswegs, eine Aufgabe zu übernehmen, die einem kräftigen Willen und staatsmännischer Begabung einen geradezu entscheidenden Einfluß auf die weitere Gestaltung der Reichsverhältnisse gewährt haben würde. Sachsen forderte vielmehr die Kurfürsten noch-

mals auf, durch ihre Gesandten schleunigst eine Botschaft an den Kaiser zu richten und die Antwort desselben in Mühlhausen abzuwarten. Da Johann Georg nun einmal dem Kaiser nicht persönlich gegenüber treten wollte, was auch Brandenburg am liebsten gewesen wäre, so stimmte dieses dem sächsischen Vorschlage bei, mit dessen Annahme sich die Kurfürsten aller Konfessionen immer noch zu einem gemeinsamen Handeln gegen den Kaiser hätten vereinigen können. Allein Mainz lenkte die Verhandlungen von einer Beschlußnahme über die Frage ab, indem es hervorhob, daß man notwendiger Weise dem Kaiser die Mittel zur Abdankung wenigstens eines Teiles der Truppen, welche den Zorn und das Mißtrauen der Kurfürsten in so hohem Grade herausgefordert hatten, werde gewähren müssen. Diese Erklärung machte aber einen so bedeutenden Eindruck auf Sachsen, daß es nun selbst für die schleunige Zuziehung des kaiserlichen Gesandten eintrat.

Die Wendung der Verhandlungen nach dem Eintritte des Reichsvizekanzlers v. Stralendorf in die Versamlung.

Von einem mainzischen und einem bairischen Rate geleitet, erschien darauf Stralendorf, dessen rechtzeitiges Eintreffen jetzt angeblich durch Krankheit verzögert worden war, Sonnabend am 23. Okt. Die Gesandten erhoben sich bei seinem Eintritte, blieben aber an ihren Stühlen stehen. Der im voraus getroffenen Bestimmung gemäß nahm Stralendorf seinen Sitz zwischen Mainz und Köln. Nachdem der Reichsvizekanzler den Kurfürsten im Namen des Kaisers Gottes Segen und den Geist der Weisheit gewünscht hatte, damit ihre Beschlüsse dem Kaiser, den Kurfürsten und Ständen zur Erhaltung ihrer Autorität und Wolfahrt gereichen möchten, entledigte er sich seiner besonderen Aufträge und gab damit den Beratungen eine geradezu entgegengesetzte Richtung.

Denn schon aus der Mitteilung der drei Fragen, in welchen seine Aufträge an das Kurfürstenkollegium bestanden, mußte dieses erkennen, daß dem Kaiser viel mehr an der Fortsetzung des Krieges und an der Unterstützung der Kurfürsten in demselben gelegen war, als an einem schleunigen Friedensschlusse, welcher die kaiserliche Politik der besten Früchte des Sieges berauben mußte, sowie an der Verminderung des kaiserlichen Heeres und der Abstellung der durch den militärischen Despotismus herbeigeführten Unordnungen. Stralendorf ersuchte die Kurfürsten allerdings um ein Gutachten, wie der Friede wider hergestellt und den aus den böhmischen Wirren erwachsenen Mißständen im Reiche

abgeholfen werden könnte, allein er legte ihnen auch die Frage nach der kaiserlichen Entschädigung für die angeblich aufgewendeten Kriegskosten und nach der schließlichen Ablohnung der kaiserlichen Armee vor. Und endlich sollten sich die Kurfürsten darüber erklären, in welcher Weise die Reichsstände dem Kaiser bei der Fortsetzung des Krieges unter die Arme zu greifen gedächten. Auf das Ersuchen von Mainz überreichte Stralendorf diese Punkte auszugsweise auch schriftlich.[1]

Die Kurfürsten sahen sich demnach in ihren Erwartungen getäuscht. Auf die Verminderung oder Abführung der kaiserlichen Truppen und die Verbesserung der Kriegszucht waren Stralendorfs Aufträge nicht gerichtet.

Man trat darauf in eine Verhandlung über die pfälzische Sache ein, welche im Augenblicke für die Kurfürsten doch von so geringem Gewicht war, und stritt sich längere Zeit darüber, ob die ganze Angelegenheit ausschließlich der Entscheidung des Kaisers überlassen oder auch den Kurfürsten ein Anteil an derselben gewahrt werden sollte. Die beiden protestantischen Kurfürsten erklärten sich für den ersten Teil der Alternative: man mag sich hier der Hoffnung hingegeben haben, daß bei einem Friedensschlusse des Kaisers mit Dänemark die pfälzische Angelegenheit doch noch zum größeren Vorteile des Pfalzgrafen, als durch die katholische Majorität des Kurfürstenkollegii entschieden werden könnte. Dagegen vertrat besonders Mainz die Ansicht, daß sich die Kurfürsten ihrer Mitwirkung, da die Sache ein Kurfürstentum betreffe, nicht entschlagen könnten. In Sonderverhandlungen zwischen Sachsen und Mainz kam endlich die Vereinbarung zustande, daß man dem Kaiser anheim gab, welche Kurfürsten er zu den Verhandlungen heranziehen wolle (23. Okt./2. Nov.).

Darauf nahm man die dänische Frage in Angriff und zog Stralendorf wider zu den Verhandlungen hinzu. Derselbe gab indessen die ausdrückliche Erklärung ab, daß er in dieser Sache keinerlei Aufträge erhalten und daher auch von den Absichten des Kaisers keine Kenntnis habe. Er betonte natürlich die Friedensliebe Ferdinands II., hob aber auch hervor, daß Christian IV. die Verhandlungen zu Braunschweig abgebrochen und dadurch den Kaiser nicht wenig gereizt habe. Sachsen weigerte sich anfangs, überhaupt in die Behandlung der dänischen Friedensfrage einzutreten, da es noch ohne Antwort auf seine letzten dem Kaiser im

1) Sie sind in Londorps Samlung Bd. II (1630), 1353/54, in der späteren Ausgabe Band III (1668), 994/95 und bei Khevenhiller Bd. 10, 1447/50 gedruckt. Es ist auffällig, daß Caraffa so ungenau über die Sendung Stralendorfs unterrichtet war. Nach seiner Darstellung S. 363 könnte es fast scheinen, als ob die Vorbereitung der Restitutionssache und die Gewinnung der Zustimmung Johann Georgs zu dem ganzen Plane die Hauptaufgabe Stralendorfs gewesen wäre.

Einverständnisse mit dem Herzoge Friedrich von Holstein eingesendeten Vorschläge war. In einem Ausschusse hatte Stralendorf diesen Vorwurf mit dem Hinweise beantwortet, daß diese Artikel dem Kollegialtage von dem Kaiser überwiesen seien, so daß die Kurfürsten nun erwägen könnten, ob und wie sie dem Kaiser nach seinen Siegen noch annehmbar seien oder nicht. Trotz dieser ablehnenden Haltung des kaiserlichen Gesandten unternahm es Sachsen, eine materielle Grundlage für neue Verhandlungen mit Dänemark ausfindig zu machen. Es schlug vor, der Kaiser möge aus den zu Braunschweig vereinbarten Bedingungen, sowie aus den von Christian IV. durch Vermittelung Kursachsens übersendeten und bis dahin unbeantworteten Vorschlägen und den von Wallenstein und Tilly aufgestellten Punkten eine Auswahl treffen. Die auf diese Weise gewonnenen neuen Vorschläge sollten freilich möglich, erträglich und ausführbar sein. Brandenburg wollte dagegen nur die braunschweigischen Bedingungen als Grundlage neuer Verhandlungen anerkennen und drang außerdem auch auf die Heranziehung „anderer" Mächte, damit man zu einem Universalfrieden gelange. Zugleich bezeichnete es Prag als den Ort, wo der Friede geschlossen werden sollte, während Sachsen gerade diese Stadt später für ganz ungeeignet erklärte. Die Folge dieser Vorschläge der beiden protestantischen Kurfürsten war eine Vertagung dieser Verhandlungen. Allein beide benutzten die Gelegenheit noch, um an demselben Tage (20./30. Okt.) wegen neuer militärischer Bedrohungen Klage zu führen. Sachsen beschwerte sich über ein neues Einquartierungsgesuch Wallensteins für Merode an den Grafen zu Stolberg und drang nun auf eine um so schleunigere Absendung des Klageschreibens an den Kaiser. Brandenburg aber teilte mit, daß Hebron die Neumark mit Einlagerung bedrohe. Auf Triers Vorschlag beschloß man dann, die den Gesandten an den Kaiser zu erteilende Instruktion in die Form eines Schreibens zu bringen und dieses möglichst bald nach Wien abgehen zu lassen. „Denn auf die Fortschickung der Gesandten zu warten, würde zu lang werden." Auf das Betreiben Kursachsens wurde diesem Schreiben die ausdrückliche Bemerkung einverleibt, daß dasselbe auch deshalb erlassen sei, weil beide Kurfürsten auf der Versamlung von neuem Klage geführt hätten.

In den weiteren Verhandlungen trat den sächsischen Friedensbestrebungen besonders Baiern entgegen, indem es geltend machte, daß der Kaiser ja Aussicht auf einen vollständigen Sieg habe. Zur Einleitung der Friedensverhandlungen wurde von dieser Seite eine kurfürstliche Kommission in Vorschlag gebracht, da der Kaiser schwerlich den Anfang werde machen wollen, später aber die beiden Generäle als die besten Friedensvermittler bezeichnet. Da dieser letzte Vorschlag sicherlich auf besonderen

Weisungen Maximilians beruht, so geht daraus hervor, daß er die Ehre, den Frieden mit dem ausländischen Könige herbeiführen zu helfen, mit keinem der übrigen Kurfürsten teilen wollte. Brandenburgs Meinung ging dahin, daß die Friedensvermittlung sämtlichen Kurfürsten übertragen werden sollte. Da keine Übereinstimmung zu erzielen war, machte Kurmainz einen Vermittelungsvorschlag. Das Kollegium sollte erklären, daß es für Kaiser und Reich viel rühmlicher und zuträglicher sei, „wenn J. K. M. hintangesetzt aller Considerationen, aus Neigung zu dem lieben Frieden die media pacis auf Anhalten des Königs in Dänemark oder wer seinetwegen gütliche Tractaten suchen möchte, nicht ausschlüge". Ja der Kaiser sollte den Frieden nicht allein Dänemark, sondern auch andern, „so sich des Pfalzgrafen angenommen und mit Dänemark conjungiert, da bei J. K. M. sie mit gebührender Submission ansuchten, bewilligen, denn dadurch würde J. K. M. die Neigung und Begierde zum Frieden der ganzen Welt kundmachen". Die eigentliche Friedensverhandlung sollte in der kaiserlichen Residenz und in des Kaisers Gegenwart mit Zuziehung der beiden Kurfürsten von Sachsen und Köln und unter Beiordnung von Assistenzräten der übrigen stattfinden. In Beziehung auf die Friedensbedingungen trat Mainz dem sächsischen Vorschlag bei. Allein auch dieser Vermittelungsversuch blieb in der Minorität. Köln lehnte die ihm zugedachte Ehre sicherlich mit Rücksicht auf Baiern ausdrücklich ab.

Dagegen erzielte diese Sitzung einen andern Erfolg von grundsätzlicher Bedeutung: man ward darüber einig, daß die Stände, wenn sich Dänemark nicht nachgiebig erweise, dem Kaiser bis zu seiner und seiner Bundesgenossen vollständigen Niederwerfung Beistand zu leisten schuldig seien. Man erklärte sich also bereit, einen Reichskrieg zu führen, dem eine sehr bedeutende Ausdehnung gegeben werden konnte. Dabei werden die protestantischen Kurfürsten freilich von der Voraussetzung ausgegangen sein, daß sich auf der von dem Kaiser zu berufenden und persönlich abzuhaltenden abermaligen Vereinigung der Kurfürsten, auf welcher sie bestanden, die Hartnäckigkeit und Unversöhnlichkeit des Königs deutlich herausstellen würde.

Und hiermit erreichten die Hauptverhandlungen über die pfälzische und die dänische Sache ziemlich plötzlich ihren Abschluß. Stralendorf hatte die Hoffnung gehegt, daß sich die Kurfürsten über die ganze dänische Angelegenheit ebenso ausführlich aussprechen würden, wie über die pfälzische, stieß aber bei den protestantischen Kurfürsten auf einen unüberwindlichen Widerstand. Die Katholischen mußten sich, wenn sie anders eine vollständige Trennung vermeiden wollten, in diesem Punkte den Protestanten anbequemen: der Kaiser sollte zur Beendigung des dänischen Krieges

demnächst einen neuen Convent berufen und sich zu demselben persönlich einfinden. Unter den Gründen, durch welche Stralendorf sich und dem Kaiser diesen hartnäckigen Widerstand zu erklären suchte, erwähnt er an zweiter Stelle, daß die Protestanten vielleicht ihre Hoffnung auf eine Meuterei der kaiserlichen Heere setzten, wenn sie sich nicht länger in den zu Grunde gerichteten Ländern zu erhalten vermöchten.[1]

In der neunten Sitzung (24. Okt./3. Nov.) kam endlich das die militärischen Bedrückungen schildernde Schreiben an den Kaiser zur Verlesung, welches indessen ein beträchtliche Abschwächung erfuhr. Von der für die Kreisobersten geforderten Gerichtsbarkeit über die in ihren Kreisen eingelagerten kaiserlichen Heere wurde wider Abstand genommen. In ähnlicher mildernder Weise verfuhr man mit dem Entwurfe des an Wallenstein gerichteten Gesuchs im Betreff der Einquartierung in Thüringen. Den Ausdruck, daß Fürsten und Stände unter Umständen „auf andere Mittel denken" müßten, ersetzte man durch einen maßvolleren.[2]

Die auffällige Eilfertigkeit, mit welcher die Beratungen von jetzt an ihrem Schlusse entgegengeführt wurden, hatte zum Teil ihren Grund darin, daß Wallenstein gerade in jenen Wochen wie zur Verhöhnung der kurfürstlichen Bestrebungen drei Regimenter unter der Führung Merode's nach Thüringen entsendete, was Johann Georg als eine sehr tiefe Kränkung, ja geradezu als eine Bedrohung empfand. Ferner werden aber auch die neben den gemeinsamen Hauptverhandlungen hergehenden besonderen Besprechungen der Katholischen das Mißtrauen der Protestanten im höchsten Maße erregt haben.

Denn schon bei der ersten Zusammenkunft mit dem Kurfürsten von Mainz hatte es der kaiserliche Gesandte als selbstverständlich ausgesprochen, daß die Beschlüsse der Versamlung nur einen vorbereitenden Charakter tragen könnten, und die geistlichen Kurfürsten zugleich aufgefordert, darauf bedacht zu sein, wie alle nach dem Jahre 1552 eingezogenen Erzbistümer, Stiftskirchen, Klöster und Stiftungen jeder Art ihren rechten Herren zurückgegeben werden könnten.[3] Vor der Hand hatte er freilich noch die

1) Stralendorf an den Kaiser, Mühlhausen 5. Nov., Erzk. Archiv.

2) Den Entwurf dieses Schreibens hat Gindely im Waldstein Bd. 1, 284/85 veröffentlicht. Unterschrieben und gesiegelt haben die Kurfürsten das Schreiben erst am 5. Nov. n. St.

3) Mit Unrecht behauptet Gindely in der zweiten Abteilung seines kleineren Werkes, Geschichte des dreißigjährigen Krieges 122, daß die Angelegenheit in Mühlhausen zuerst von den geistlichen Kurfürsten angeregt worden sei. Unsere Darstellung folgt einem in dem erzkanzlerischen Archive zu Wien befindlichen Nebenprotokoll. Vgl. dazu Le Vassor T. V. 2. 623.

Geheimhaltung des Planes empfolen. Der kaiserliche Gesandte warf also in Mühlhausen selbst die Frage der Zurückforderung der geistlichen Güter auf, die ohne die Mitwirkung der katholischen Kurfürsten nicht zu lösen war und begegnete natürlich ihrem vollständigsten Einverständnisse. Hatte doch Maximilian seinen Räten bereits ziemlich eingehende Vorschläge für die Widerbesetzung einiger norddeutscher Bistümer zugehen lassen.[1]

Selbstverständlich that dies Stralendorf auch in der Hoffnung, den Groll der katholischen Stände gegen die Übergriffe der östreichischen Armee und das Mißtrauen gegen die Tragweite der kaiserlichen Politik durch die Erregung des politisch-konfessionellen Eigennutzes herabzustimmen, und beides scheint ihm gleich gut gelungen zu sein. Daß er aber hierbei auf die besondere Weisung des Kaisers handelte, beweist ein Schreiben des letzteren, in welchem er seinen Rat auffordert, zunächst mit Vertrauenspersonen der katholischen Kurfürsten und dann mit diesen selbst geheime Verhandlungen über die Frage zu pflegen.[2] In ihrem Gutachten ersuchten infolgedessen die katholischen Kurfürsten den Kaiser geradezu, die Zurückführung aller seit dem erwähnten Zeitpunkte in den Besitz der Protestanten übergegangenen geistlichen Güter ungesäumt in Angriff zu nehmen. Freilich mußten sich die kaiserlichen Politiker zu einem solchen Vorgehen auf dem Tage zu Mühlhausen auch durch die Antwort ermutigt fühlen, welche die geistlichen Kurfürsten dem Kaiser in der Sache der Bischöfe von Augsburg und Konstanz und des Abtes von Kaisersheim gegen den Herzog von Würtemberg und den Markgrafen von Anspach mit dem Bemerken erteilten, daß jetzt der günstigste Zeitpunkt gekommen sei.[3] Durch ihr Sondergutachten stellten die katholischen Kurfürsten zugleich die einschränkende Bemerkung in der allgemeinen kurfürstlichen Denkschrift an den Kaiser als nichtig hin, nach welcher ihm die Entscheidung über die Beschwerden der Katholiken zugestanden wurde, so weit und so viel sich die protestantischen Stände bereits damit einverstanden erklärt hatten. Diese Einschränkung war aber auf das ausdrückliche Begehren der Protestanten der Denkschrift einverleibt worden.

Auch als Mitglieder der Liga und als kaiserliche Bundesgenossen richteten die katholischen Kurfürsten eine Bitte an den Kaiser. Sie ersuchten ihn ausdrücklich, bei der künftigen Widerbesetzung der zur Erledigung kommenden Stifter, Kurfürsten und Fürsten, welche in ihrer standhaften Ergebenheit

1) Maximilian an die Räte, München 14. Okt.

2) Ferdinand II. an Stralendorf, Pardubitz 4. Okt.

3) Das Schreiben der geistlichen Kurfürsten ist vom 26. Sept. und findet sich bei Khevenhiller 10, 1450/57 und in Caraffa's Comm. de Germania sacra 361 ff. in ziemlich vollständiger lat. Übersetzung.

gegen den Kaiser so viel aufgewendet und erlitten hatten, vor andern billiger Weise zu bedenken. Und so mußte die Katholischen auch die Aussicht auf eine Entschädigung für die im Dienste des Kaisers aufgewendeten Mittel davon zurückhalten, ihre gegen das Heer und den Feldherrn Ferdinands II. gerichteten Anklagen in eine allzu herbe Form zu kleiden. Stralendorf aber wird keine Veranlassung gefunden haben, diesen trügerischen Hoffnungen der begehrlichen katholischen Kurfürsten und Fürsten entgegenzutreten.

So waren die Verhandlungen dieses Convents, welche anfangs auf eine Verbindung der katholischen und protestantischen Kurfürsten gegen den Kaiser und im äußersten Falle auf eine gemeinsame Erhebung des Reichs gegen den Träger seiner Krone gerichtet schienen, von Stralendorf in eine ganz andere Bahn übergeleitet worden, bei deren weiterer Verfolgung die katholischen und die protestantischen Kurfürsten und ihre Glaubensgenossen einander schroff gegenüber treten mußten.

Von den Gesandten ausländischer Mächte haben nur die Vertreter Frankreichs, Spaniens und des päpstlichen Nuntius in Wien Zutritt in Mühlhausen erhalten, und von diesen ist wiederum, so viel wir wissen, nur der französische Gesandte Graf von Marcheville in nähere Beziehungen zum Kurfürstentage getreten. Marcheville hatte bereits Aufträge für den nürnbergischen Deputationstag besessen, hatte aber auf der Reise nach Nürnberg vernommen, daß derselbe gescheitert war. Darauf hatte ihn der König von neuem aufgefordert, Mainz zur Berufung einer Kurfürstenversamlung anzuspornen, und der Kurfürst hatte sich dazu bereit gefunden.[1] Nun mahnte Marcheville die kurfürstliche Versamlung im Auftrage seines Herrn, die Ruhe im Reiche widerherzustellen und ihm seinen alten Glanz widerzugeben, d. h. also dem Kaiser entgegenzutreten.[2]

---

1) Ludwig XIII. hatte Marcheville als conseiller en mon conseil d'estat am 27. Juni ein Beglaubigungsschreiben für den Kurfürsten von Brandenburg ausgestellt.

2) Khevenhiller 1457 f. Nach Fagniez a. a. O. S. 30, hätte Marcheville viel weitergehende Aufträge gehabt: „Il devait aussi les (élect. cathol.) amener à se rendre compte de l'inopportunité et des dangers de l'élection du roi de Hongrie comme rois des Romains, de l'avantage de faire passer la couronne impériale dans une autre maison, c'est a dire dans celle des Wittelsbachs, il devait enfin assurer l'électeur de Trèves du paiement régulier de la pension de 36000 livres, au prix de la quelle la France acquérait dans le collège électorale un serviteur dévoué de les intérêts. Ce fuit encore le père Joseph qui lui traça ses instructions (26. juin 1627). Wenn Marcheville diese Aufträge wirklich zum Tage von Mühlhausen erhalten hat, so hat er sie schwerlich geltend

Am 26. Oktober wurde die von ihm übergebene Denkschrift in der Sitzung der Kurfürsten gelesen. Allein Ludwig XIII. erreichte seine Absicht nicht. Man suchte den Argwohn des Königs über die Fortschritte des östreichischen Hauses in Deutschland durch eine allgemeine Erklärung zu beschwichtigen und schnitt ihm damit die Hoffnung auf eine erfolgreiche Einmischung in die Reichsangelegenheiten abermals ab.

Das war sicherlich auch eine Folge des Eindrucks, unter welchem die Kurfürsten Stralendorfs Mahnung entgegengenommen hatten, dem Kaiser ihren Rat zu erteilen, wie man der durch die Gewaltthätigkeiten des Königs veranlaßten Entfremdung des Stiftes Verdun von dem Reiche und andern feindseligen Schritten desselben entgegenzutreten habe. Sie ersuchten darauf den Kaiser, die bisher mit Frankreich geführten Verhandlungen mitzuteilen und Ludwig XIII. aufzufordern, alle im Stift Verdun getroffenen Veränderungen rückgängig zu machen. Die Kurfürsten hatten der Angelegenheit auch in ihrem Antwortsschreiben an Ludwig XIII. gedacht, strichen aber auf Marchevilles Ersuchen die Bemerkung wider und brachten die Sache in einem besonderen Schreiben an den König in Anregung. Man erkennt hieraus, daß sie die der kaiserlichen Hoheit zugefügte Schmach nicht ernster auffaßten, als der Kaiser selbst, denn als man den kaiserlichen Abgesandten nach den Schritten fragte, welche Ferdinand II. bei Frankreich gethan hatte, erklärte dieser, keine Kenntnis davon zu besitzen, da er lange nicht am Hofe gewesen sei, und wußte nur zu berichten, daß der kaiserliche Resident in Paris vom Könige mit „einem schlechten Bescheide“ abgewiesen sein sollte.[1]

Außer dem französischen Gesandten fand sich ferner vor dem Schlusse des Konvents ein Gesandter der Infantin, der kaiserliche Rat und Kämmerer und spanische Kriegsrat Johann Karl Freiherr v. Schönberg in Mühlhausen ein, der aber wol nur den Gang der Verhandlungen beobachten sollte. Daß der päpstliche Nuntius in Wien, Caraffa, einen Vertreter nach Mühlhausen entsendete, berichtet er selbst.[2]

---

gemacht; in Wirklichkeit hat er in Mühlhausen gar keinen Einfluß geübt. Das Urteil des erwähnten französischen Schriftstellers über den Erfolg seiner Thätigkeit in Mühlhausen — La diète, où Marcheville joua un rôle actif, reconnut l'hérédité de la dignité électorale dans la maison de Maximilien, mais ce ne fut pas sans peine — ist hinfällig.

1) Von der Wahl des Königs von Ungarn zum römischen König, welche Richelieu schon damals zu verhindern strebte, ist in Mühlhausen nicht ernstlich die Rede gewesen, Le Vassor, Histoire du regne de Louis XIII. T. V. 2, 614, 615, 623.

2) Caraffa, Commentaria de Germania sacra restaurata (1641) S. 364.

Kurz vor dem ersten Auftreten des kaiserlichen Gesandten waren auch die um Geleit bittenden Schreiben des englischen Gesandten Anstruther und des Königs von Dänemark zur Verlesung gekommen. Der letztere war mit seinem Gesuche von Mainz schon vorher an den Kaiser gewiesen worden; die Antwort an den englischen Gesandten wurde verschoben, bis man den kaiserlichen Gesandten gehört hatte, und dann ebenfalls durch Verweisung Anstruthers an Ferdinand II. erledigt. Nur Brandenburg war in diesem Punkte anderer Meinung: man sollte doch wenigstens von den Anerbietungen des englischen Königs Kenntnis nehmen und die Generäle ersuchen, die Gesandten passieren zu lassen. Vergeblich wendete sich Anstruther mit seinem Geleitsgesuche auch an Wallenstein. Später lief noch ein umfangreiches Schriftstück des Königs von Dänemark in Mühlhausen ein, in welchem er darzuthun suchte, daß er zu diesem Kriege von seinen Gegnern, besonders von Tilly, gewissermaßen mit den Haaren herangezogen worden sei, ferner seine Friedensliebe beteuerte und schließlich die Hoffnung aussprach, daß die Kurfürsten dem befugten Teile mit Rat und That beispringen würden. Unter den Beilagen dieser Denkschrift befand sich auch eine Abschrift des lauenburgischen Bundesvertrages.[1]

Von Mitgliedern des deutschen Fürstenstandes waren außer den beiden Kurfürsten nur der Graf Anton Günther von Oldenburg und die Landgräfin Juliane von Hessen-Kassel zeitweise anwesend. Den ersteren betrachtete man anfangs als einen Abgesandten Christians IV., allein es stellte sich bald heraus, daß ihn nur die Sorge für seine eigenen Angelegenheiten nach Mühlhausen getrieben hatte. Er wünschte sich durch die Verwendung der Kurfürsten die drohende Wintereinquartierung fern zu halten und suchte ferner die Gunst derselben in seinen Streitigkeiten mit der Stadt Bremen über den Weserzoll zu gewinnen.

Dagegen brachten mehrere Fürsten und Stände ihre zerrütteten Verhältnisse durch Gesandte und noch mehr durch Bittschriften vor dem Kurfürstenconvente zur Sprache. Der Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel und sein Vetter, der Herzog Christian von Celle, die Grafen von Schwarzburg und die von der Wetterau, der ganze fränkische Kreis, das Stift Halberstadt und das Domkapitel von Magdeburg, mehrere Reichsstädte und viele andere kleinere Herren und Stände wurden klagbar und überreichten umfangreiche Aktenstücke und baten um die Verwendung der Kurfürsten bei dem Kaiser für die Erleichterung ihrer schweren Bürden.

---

1) Die Denkschrift ist Crempe 30. Aug./9. Sept. gezeichnet und am 7. Nov. in der mainzischen Kanzlei zu Mühlhausen eingereicht worden.

Gegen den Schluß der Verhandlungen gewährte man noch einer Anzahl von Reichsstädten wie Straßburg, Nürnberg, Frankfurt und Ulm Audienz, welche ihre Klagen gegen die drohenden Eingriffe in ihre religiös-konfessionellen Verhältnisse mit derselben Erfolglosigkeit darlegten, mit welcher die umfangreichen Zusammenstellungen über die Bedrückungen der kaiserlichen Heere übergeben wurden. So manche dieser Bitt- und Klagschriften wurde in den Sitzungen wirklich gelesen, wol alle dem Kaiser zur Abhilfe eingereicht und — den archivalischen Beständen einverleibt, in welchen sie den späten Nachkommen noch heut den handgreiflichen Beweis für die maß- und zum großen Teil zwecklosen, ja widersinnigen Bedrückungen liefern, welchen diese Militärdiktatur selbst die ganz unschuldigen Stände unterwarf.[1]

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß auch zwei Standeserhöhungen zur Sprache gebracht wurden. Mainz war von vielen Seiten ersucht worden, den Antrag zu stellen, Tilly in den Fürstenstand zu erheben und fand mit seinem Vorschlage fast allgemeinen Beifall; auch Kursachsen gab die Erklärung ab, es wäre unnütz, die Gott und dem ganzen Reiche wolbekannten Verdienste des Grafen aufzuzählen: Tilly wäre höherer Gnaden würdig. Die brandenburgischen Vertreter entbehrten einer auf beide Standeserhöhungen bezüglichen Vollmacht, wollten sich aber von ihren Mitkurfürsten nicht absondern. Diese aber waren offenbar bestrebt, Tilly auf diese Weise zu begütigen, da sie sein durch einen besonderen Gesandten überbrachtes Gesuch auf Zahlung der ihm in Regensburg verwilligten 100,000 Rchsthlr., von denen bis dahin nur eine geringe Summe entrichtet war, nicht zu erfüllen vermochten. So ging der Beschluß durch, ein Verwendungsschreiben an den Kaiser abzufassen, welches erst abgesendet werden sollte, nachdem Tilly seine Zustimmung erteilt haben würde.

Während man Zweifel darüber äußerte, ob Tilly mit einer solchen Verwendung und mit der Erhebung in den Reichsfürstenstand überhaupt gedient sein würde, hatte der Reichshofratspräsident Graf Wratislav v. Fürstenberg die Empfelung der Kurfürsten bei dem Kaiser zu seiner Standeserhöhung selbst nachgesucht, und seinem Gesuche wurde von diesen willfahrt.

Nachdem Stralendorf noch Verwahrung dagegen eingelegt hatte, daß der Kaiser nicht in seiner Würde als König von Böhmen zu diesem Kurfürstenkonvente berufen worden war, erhielt er einige Tage darauf

1) Einige dieser Klagschriften hat Gindely in seinem Waldstein Bd. 1, 268 ff., aber mit sehr zahlreichen Druckversehen, veröffentlicht. Vgl. Opel, Lit. Zentralblatt, Jahrg. 1886.

am 2./12. Nov. seine Abfertigung. An demselben Tage verabschiedeten sich die Teilnehmer in der Sitzung von einander, und der Kurfürstentag hatte sein unrühmliches Ende erreicht. Der Kurfürst von Sachsen empfing nach dem Schlusse noch den französischen Gesandten und gab am 14. Nov. ein Mahl, an dem auch der Kurfürst von Mainz teilnahm. Dieser zog darauf nach dem Eichsfelde, um sich hier huldigen zu lassen, während Johann Georg noch mehrere Tage in Eisenach verweilte und dann in derselben Weise, wie er zu diesem Tage ausgezogen war, jagend und hetzend, über Heldrungen, Wendelstein und Sittichenbach in sein Land zurückkehrte.

Stralendorf mochte mit dem Erfolge seiner Sendung wol zufrieden sein. Das freundschaftliche Einvernehmen der Kurfürsten unter einander hatte auf diesem Tage keine weiteren Fortschritte gemacht. Infolge der vorsichtigen Zurückhaltung Baierns waren die Kurfürsten vielmehr auf der schon vorher dem Kaiser gegenüber eingenommenen Linie schüchterner Warnung stehen geblieben, und nur Sachsen hatte sich im Anfange eine Strecke weiter vorgewagt und eine fast drohende Haltung angenommen. Dagegen konnte der Kaiser aus der Erklärung der Kurfürsten in der pfälzischen Angelegenheit die zuversichtliche Erwartung schöpfen, daß man ihm in den pfälzischen Landen seine Entschädigung für die im böhmischen Kriege aufgelaufenen Unkosten werde suchen lassen, und also auch für das verpfändete Oberöstreich. Er konnte ferner mit einer gewissen Sicherheit darauf rechnen, daß die nun aufgeworfene Frage der Zurückgabe der geistlichen Güter das Kurfürstenkollegium als solches davon zurückhalten werde, eine feindselige oder auch nur drohende Haltung gegen ihn als Reichsoberhaupt einzunehmen.[1]

Stralendorf beeilte sich übrigens nicht, den kaiserlichen Politikern von den Erfolgen seiner Sendung ausführlichere Meldung zu machen: Er hatte wider einmal das Podagra bekommen, dessen Verlauf er in Leipzig abwartete. Man wird es in der Zeit der Telegraphie und Telephonie hervorheben müssen, daß er noch am 19. Dez. von Prag aus gemahnt werden mußte, schleunigst an den kaiserlichen Hof zu kommen und zur Vermeidung von Gefahren Bericht zu erstatten. Auch er hatte zuletzt ganz unter dem Eindrucke der Erbitterung über Merodes Ein-

1) Die Antwort der Kurfürsten auf die kaiserlichen Vorschläge ist vom 4. Nov., wurde aber ebenso wie das Sondergutachten der Katholiken vom 12. Nov. sehr geheim gehalten. Carafſa teilt 373—375 die auf den Pfalzgrafen bezüglichen Bestimmungen mit; Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse 266 ff. hat den neunten Punkt derselben ausgelassen. Über die Geheimhaltung der Beschlüsse spricht sich Khevenhiller Bd. 10, 1450 aus.

lagerung im Thüringiſchen geſtanden, welche während des Kurfürſtenkonvents in Mühlhauſen herſchte. Er ſchrieb infolgedeſſen dem Kaiſer, daß man ſogar vor einem allgemeinen Aufſtande nicht ſicher ſei, und legte ihm den Gedanken nahe, Wallenſtein zu ſich zu fordern und durch Räte und Geſandte aller Kurfürſten eine Ermäßigung der Kriegslaſten mit ihm beraten zu laſſen.[1] Dieſen Rat konnte natürlich nur ein Staatsmann erteilen, dem die Ziele der kaiſerlichen Politik in ſehr ſchwankenden und unſichern Umriſſen vor den Augen ſchwebten.

Zehntes Buch.

Chriſtian IV. nach dem Verluſte ſeiner Armee.

Die Entlaſſung des Markgrafen von Baden und des Herzogs Bernhard von Weimar.

In den erſten Wochen nach dem Unglückstage von Heiligenhafen und Großenbrode hatte es den Anſchein, als ob der König dem Markgrafen von Baden ſeine Gunſt nicht entzogen habe. Mußte derſelbe doch noch auf den Befehl Chriſtians IV. eine ausführliche Denkſchrift über die Widererrichtung einer den feindlichen Streitkräften gewachſenen Armee abfaſſen, die er am 3./13. Oktober einreichte.[2] Damals hatte Georg Friedrich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dem Könige und der Sache, für die er mit wahrhafter Begeiſterung eingetreten war, weitere erfolgreiche Dienſte zu leiſten. Ja er hegte ſogar das Zutrauen zu ſich ſelbſt, die verlorenen Lande widerzugewinnen, wenn der König auf ſeine Vorſchläge eingehen würde, welche darauf hinausliefen, daß ein feſterer Zuſammenhang unter den einzelnen Heeresteilen hergeſtellt, mehr Regimenter geworben und beſonders die Artillerie in eine beſſere Verfaſſung gebracht werden ſollte.

Aber der Markgraf hatte in dieſer Denkſchrift auch die Schwächen der däniſchen Armeeverfaſſung, den Mangel an Ordnung und Überſicht und die geringe Anzahl höherer Offiziere ziemlich rückſichtslos aufgedeckt

---

1) Stralendorf an den Kaiſer, Mühlhauſen 5. Nov. Erzkanzleriſches Archiv zu Wien.

2) K. G. St.-A. in Kopenhagen.

und damit wol nicht nur den König allein, sondern auch seine Kriegskommissare ganz empfindlich gekränkt. Andererseits mag auch der sehr offenherzige, durch große Klarheit und Unbefangenheit ausgezeichnete Bericht des Herzogs Bernhard über die Vorgänge bei Oldenburg und Heiligenhafen, der des Markgrafen keineswegs schonte, dem Könige und seinen Räten die Augen über die Mängel der Heeresleitung Georg Friedrichs und zwar besonders über sein geringes persönliches Eingreifen in die Verhältnisse geöffnet haben. In seinem Berichte über den Rückzug von Oldenburg nach Heiligenhafen suchte sich der Markgraf mit der Bemerkung zu rechtfertigen, daß sich das Unglück zwar unter seinem Kommando, aber nicht durch dasselbe zugetragen habe. Seines allzugroßen Vertrauens auf die Versicherung, daß die ihm weder aus eigner Kenntnis noch durch eingehende und zuverlässige Berichte bekannte Umgebung von Oldenburg leicht zu verteidigen sein würde, mußte er sich freilich schuldig bekennen. Ein anderes Urteil über den Anteil, welcher seinem Generallieutenant an dem Verluste seiner Regimenter beizumessen sei, hatte jedoch nach einiger Zeit der König gewonnen. Er zeigte dem Markgrafen unter dem 7./17. Okt. 27 den Empfang der Denkschrift über die Widerherstellung der Armee mit dem Bemerken an, daß ihm die widerholten Niederlagen wol würden erspart worden sein, wenn nur jeder sein Amt nach Gebühr ausgefüllt hätte. Zu den Niederlagen hätten aber sogar „der Vornehmsten hohe Fehler nicht die geringste Ursache gegeben". Schon aus diesen Worten mußte der Markgraf erkennen, daß sich in dem Urteile und in den Gesinnungen des Königs eine gänzliche Umwandlung vollzogen hatte. Das mochte ihn aber gerade damals um so schmerzlicher berühren, als ihn der König in demselben Schreiben auch von den Veränderungen in Kenntnis setzte, welche er ohne seine Mitwirkung in der Oberleitung seiner Armee bereits getroffen hatte. Er teilte ihm mit, daß dem Grafen Thurn bereits das Amt eines Feldmarschalls übertragen sei, und daß er den Schotten Karl Morgan zum General der Infanterie ernannt habe. Dagegen weigerte er sich ausdrücklich, auch einen General der Kavallerie anzustellen und übertrug vielmehr die Befugnisse und Geschäfte eines solchen dem Feldmarschall, dem auch der General der Infanterie untergeordnet wurde. Zum Obersten über die ganze Reiterei war unter dem Titel eines Generalmajors Schlammersdorf befördert worden. Ebensowenig wie der König einen General der Kavallerie ernannte, bestellte er einen Generalkommissarius, welchen der Markgraf auch für unerläßlich erachtet hatte, sondern war entschlossen, die Geschäfte desselben, wie das der Musterung, der Ausfertigung der Bestallungen, und endlich der Löhnung entweder persönlich oder durch seine Beauftragten

zu verrichten. Thurns Ernennung zum Feldmarschall hat dem Könige und seiner Sache kaum einen erwähnenswerten Nutzen gebracht, da derselbe gleichfalls nach kurzer Zeit aus dem Dienste desselben ausschied.

Der Markgraf von Baden begab sich bald nach seiner Ankunft in Fünen mit den in seiner Umgebung befindlichen höheren Offizieren nach Odense, wo man eine Art Kriegsgericht über ihn gehalten zu haben scheint. Er mußte sich mit seinem Sohne Christof, dem Herzoge Bernhard von Weimar, dem Rheingrafen und anderen Offizieren auf dem Rathause zu Odense zur Verantwortung stellen und wurde von den Vertretern des Königs nicht eben glimpflich behandelt. Der Markgraf weigerte sich daher, unter Berufung auf seine Reichsfürstenwürde, welche der dänischen Gerichtsbarkeit nicht unterworfen sei, in Zukunft noch einmal daselbst und wenn auch nur durch Bevollmächtigte Rede zu stehen, wurde aber später trotzdem noch über einzelne bestimmte Punkte zur Verantwortung gezogen. Man forderte Rechenschaft von ihm, warum er die Reiterei zuerst übergesetzt, sich nicht sofort am Ufer verschanzt und den ganzen Paß nicht besichtigt habe. Auch Mangel an der nötigen Vorsorge für den Fall des Rückzuges, und daß er sich zu früh wider eingeschifft habe, wurde ihm vorgeworfen. Die Antwort des Markgrafen auf diese Vorwürfe hat sich erhalten und zeigt nur, daß die ganze Unternehmung mit großer Übereilung und ganz unzulänglichen Mitteln in das Werk gesetzt worden war. Am Schlusse seiner Verantwortung erbot sich der Markgraf in einem unparteiischen Kriegsgerichte, welches er sich als ein internationales vorstellte, dem Könige Beweise seiner Treue zu geben und ihm noch weiter Rede und Antwort zu stehen. Bis zur Eröffnung dieses Kriegsgerichts, welches sehr bald zusammentreten sollte, wollte er sich mit der Erlaubnis des Königs, aber auf „Unrechts Kosten", im Haag aufhalten. Noch an demselben Tage (16. 26. Okt.), an welchem er diese Antwort verfaßte, bat Georg Friedrich den König, falls die Erlaubnis zu seiner Entfernung nicht zurückgezogen würde, um einen Paß und ein Schiff, und was sonst zur Reise erforderlich sei; andernfalls sollte ihn Christian IV. mit Arrest belegen. Der König suchte ihn darauf wider zu begütigen, aber der Markgraf erwiderte ihm doch, daß es noch viele andere und größere Ursachen gäbe, welche ihn verhindert hätten, dem Könige die erwünschten nützlichen Dienste zu leisten. Die oldenburgische Niederlage bezeichnete er nur als die zufällige Ursache des Verfalls der Sache, mit welcher die Freiheit Deutschlands und infolge davon auch der Religion verbunden sei. Er verstand unter diesen Ursachen hauptsächlich das Unglück der königlichen Armee in Schlesien und Tillys plötzlichen Übergang über die Elbe. Zuletzt sprach er sein Urteil dahin aus, daß man

doch nicht imstande gewesen sein würde, dem Feinde erfolgreichen Widerstand zu leisten, auch wenn sich der Unfall bei Oldenburg nicht ereignet hätte, sondern daß man sich hätte nach Vendsyssel oder auf die Inseln zurückziehen müssen. Und diesem Urteile wird man seine Zustimmung nicht versagen können, wenn es auch den Markgrafen nicht im geringsten rechtfertigt.

Als Georg Friedrich daher seines Alters und seiner leiblichen Gebrechen wegen den König um seine gänzliche Entlassung anging, wurde sie ihm sofort zugesichert, wenn man auch im Augenblicke nicht imstande war, seine Anforderungen an die königliche Kriegskasse zu erfüllen. Er sollte zusammen mit dem gleichfalls vom Könige, wenn auch sehr ungern, entlassenen Herzog Bernhard[1] auf einem dänischen Kriegsschiffe nach den Niederlanden gehen. Allein nach einigen Tagen änderte der König seinen Beschluß: er wollte jetzt seinen ehemaligen Generallieutenant nicht eher ziehen lassen, als bis die eingeleitete Untersuchung über die letzten Kriegsereignisse bei Oldenburg zum Abschlusse gelangt waren. Denn er wünschte besonders noch darüber aufgeklärt zu werden, welche Offiziere sich dem Feinde ohne Not ergeben und ihre Pflicht vernachlässigt, und welche redlich gefochten hätten. Außerdem erhob er jetzt den neuen Vorwurf gegen den Markgrafen, daß er durch die Verzettelung seiner Armee fast alle seine Pläne und den ganzen Stand des Krieges dermaßen aus den Angeln gehoben habe, daß er nunmehr für seine eignen Besitzungen besorgt sein müsse. Hierauf erneuerte der Markgraf seine merkwürdige Rechtsanrufung, wenn auch natürlich ohne Erfolg.

Eins scheint der Markgraf durch seinen hartnäckigen Widerspruch doch erreicht zu haben. Der Prozeß wurde nicht weiter verfolgt, und man ließ den gebrechlichen Mann, dessen Selbstbewußtsein auch durch die moralische Niederlage noch nicht gedemütigt war, endlich seines Weges ziehen. Während sich jedoch Herzog Bernhard schon Anfangs November auf einem dänischen Kriegschiffe nach den Niederlanden begab, verweilte der Markgraf noch einige Wochen in Helsingör, zog es aber dann vor, ein holländisches Kriegschiff zur Überfahrt zu benutzen. Er scheint zuletzt noch hinfälliger gewesen zu sein, als während des Feldzugs, wo ihn auch schon das Podagra geplagt hatte. Trotz der königlichen Ungnade verabschiedete er sich in einem besonderen ehrerbietigen Schreiben von seinem bisherigen Kriegsherrn, dem er so üble Dienste geleistet hatte, und versicherte ihn noch

1) Die Entlassungsurkunde ist vom 17. Okt. a. St. und von Röse, Herzog Bernhard der Große von Sachsen-Weimar, Bd. 1. Urkundenbuch 397 f. zum Abdruck gebracht worden.

immer seiner guten Affection zur gemeinsamen Sache und zu ihm selbst. Ja er wollte noch immer durch die That beweisen, daß er nichts als sein und der gemeinen Sache Bestes suche.

Mit dieser Selbsttäuschung verließ der treuherzige, in seiner Art hingebende Fürst einen Kriegsschauplatz, den er schon wegen Mangels an Selbsterkenntnis niemals hätte betreten sollen.

Dänemarks Lage gegen das Ende des Jahres 1627.

Die völlige Niederlage des Königs von Dänemark und die Überschwemmung ganz Nord- und Mitteldeutschlands bis nach Polen durch die zügellosen Regimenter des Kaisers und der Ligisten wurde auch von allen nichtdeutschen protestantischen Staaten als eine sehr drohende Gefährdung ihrer politischen und religiösen Selbständigkeit empfunden. In den Niederlanden hegte man die ernstesten Besorgnisse vor einem Reichskriege; in England kamen die regierenden Kreise mehr und mehr zum Bewußtsein ihrer leidenschaftlichen politischen Verirrungen, und die einsichtigsten Männer der Nation erhoben gerade auf Grund dieser Ereignisse auf dem Festlande die schwersten Vorwürfe gegen eine ganz unfähige Regierung. Selbst Gustav Adolf berührte die Ausbreitung der kaiserlich-ligistischen Heere von der Donau bis nach Skagen sehr unsanft: er fühlte, daß seine Machtentfaltung auf der Ostsee und ihren Küstengebieten bedroht war.

In Dänemark selbst schien anfangs die Verzweiflung jede Hoffnung auf Rettung verdrängt zu haben. Man hörte allgemein klagen, daß weder Entschlossenheit noch Ordnung wahrzunehmen sei, sondern nur Uneinigkeit unter den Großen und Mißtrauen und Unzufriedenheit unter dem Volke. Da weder Geld noch Kriegsmaterial vorhanden war, und die Inseln, besonders Fünen, noch überdies von den unbezahlten Scharen der aus den Elbherzogtümern vertriebenen königlichen Truppen arg belästigt wurden, so war die Lage des schutzlosen Reiches in den beiden letzten Monaten des Jahres 1627 eine sehr gefährliche.

Nicht einmal Kopenhagen war hinlänglich mit Lebensmitteln versehen, ebensowenig die Flotte.

Die Verwirrung stieg noch, als die Kaiserlichen Jütland überfluteten, woher die Inseln bisher einen großen Teil ihrer Lebensbedürfnisse bezogen hatten.

Nach diesen Schreckensbotschaften verließen die Reichsräte in ihrer Mehrzahl Kopenhagen und begaben sich nach Slagelse in Fünen, wohin

ſie vom Könige zu einer Beratung berufen waren.[1] Hier nahmen ſie die Klagen der Bedrängten und Vertriebenen entgegen und ſuchten durch ihre Ratſchläge der Ratloſigkeit des Königs zu ſteuern, der ſich während des Monats Oktober bis in den November hinein meiſtens in Dalum aufhielt.

Infolge der Plünderungen, welche ſich die königlichen Truppen in Jütland hatten zu Schulden kommen laſſen, richteten die Reichsräte die herbſten Vorſtellungen an den König. Die Schilderungen der zahlreichen Flüchtlinge vermehrten die Aufregung des niederen Volkes, und die Klagen über dieſe Verwüſtungen wendeten ſich ſogar gegen die Perſon des Königs, ſo daß ſich derſelbe zu der Erklärung genötigt ſah, es habe nicht in ſeiner Gewalt geſtanden, dem, was in Jütland geſchehen ſei, Einhalt zu thun.[2] Als er aber durch dieſe Erklärung den Unwillen noch nicht beſchwichtigte, bezeichnete er zum großen Leidweſen der Reichsräte jeden als einen Schurken, der ſeine Perſon trotzdem mit dieſen Vorgängen in Beziehung gebracht habe, erteilte aber auch jedem ſicheres Geleit, der ihm nähere mündliche oder ſchriftliche Mitteilungen über die Vorgänge in Jütland machen wollte.

Der Reichsrat maß beſonders dem ehemaligen Oberſten Baudiſſin große Schuld an der Plünderung Aalborgs bei und behauptete geradezu, daß die Truppen des Königs in Vendſyſſel würden aufgenommen worden ſein, wenn er und die übrigen Offiziere ſich in Jütland beſſer betragen hätten.[3] Baudiſſin warf wider die Schuld hauptſächlich auf den Oberſten

1) Vgl. Erslev, Aktstykker og Oplysninger til Rigsraadets og Staendermoedernes Historie i Kristian IV's Tid Bd. II, 59. ff. 1. Novbr. Raadsmoede i Slagelse.

2) Molbech a. a. O. S. 287. Dazu die Antwort des Reichsrats bei Erslev a. a. O. II. S. 60, 65 ff.

3) Raadets Betaenkning om Baudissin 8. Nov. a. St. Erslev II. 68—70. Der Rat ſprach den Wunſch gegen den König aus: „at der som eders mayest. lader hannum tilspoerge, om hand icke hafver hos verrit oc vist, at saadan ugudelighedt er bedrefven, om hand intit of same bytte hafver bekommit, om hannum icke af printsen er blefven befalit at comparere med sine ryttere y Holstedbroe oc lade sig munstere och stille under fanen, som hand icke hafver efterkommit, om hand icke af printsen er befalit at drage tilbage igen adt Veyle och det icke heller hafver giort, och hvad svar hand gaf, om hand icke in persona hafver verrit paa Aalborre hus, der hand med andre eders mayest^{s} officerer af lensmanden vor tilgest bedit och ombedit, de icke saa ville handle med fattige folck, och om same tid icke lensmanden och alt det hand hafde blef plynderit saa vel som oc Aalborrebye, foeren finden kom, af hvilke vel kand forfaris, at hand icke hafver verrit saa fremmit fra dette verck eller hafver haft saa ringe commendo, som nu vil

Calenberg und Otto Pogwisch, ohne indessen die Reichsräte von seiner Schuldlosigkeit zu überzeugen. Er begründete seine Unschuld an den Gewaltthätigkeiten des Kriegsvolks mit der Thatsache, daß er überhaupt zu dieser Zeit kein Commando über Calenbergs Reiter und das schlesische Volk gehabt habe, sondern vom Prinzen als Curier verwendet worden sei. Baudissin hatte vier Reichsräten sein Wort gegeben, sich am 1. Nov. a. St. in Slagelse einzufinden, erschien aber doch nicht. Schließlich mußte er, nachdem er bei seiner Ankunft in Korsör verhaftet und nach Kopenhagen geführt worden war, wider freigelassen werden.

Während dieser trostlosen Verwirrung schrieb der niederländische Kommissar in Helsingör Cracau an die Generalstaaten: „Jeder ruft, wenn der König von Schweden und die Generalstaaten nicht die Hand bieten, so ist alles verloren".[1] Nach demselben Berichterstatter tadelten die Reichsräte besonders die große Unbeständigkeit des Königs: „was den einen Tag beschlossen wurde, widerrief man am andern oder ließ es unausgeführt". Tonne Friis ließ der König zur Verantwortung ziehen, weil er zum Obersten Baudissin gesagt hatte: „Was der Rat mit ihm am Tage beschließe, werde von Frau Kirsten Munk in der Nacht wider umgestoßen.[2] Der Statthalter Franz Ranzau ließ in der dritten Novemberwoche Cracau ersuchen, die Generalstaaten um eine Unterstützung durch Kriegsvolk anzugehen. — Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß sich der König damals nicht eben im besten Einvernehmen mit den Reichsräten befand, von denen manche seine deutsche Politik stets gemißbilligt hatten. Als die Reichsräte ein Vermittelungsanerbieten des Herzogs von Gottorp empfahlen,[3] welches die Unterstützung des Kurfürsten von

---

forregifves: och er y den mening, at dersom baade hand och de andre icke hafde saa ilde forholt sig y Jutland och soenderlighed y Aalborre, som laaeret op til Vensoessel, som de imod forbud, som os berettis, plyndrede, da hafde Vensoessel vel tagit dennum ind, och eders mayst. hafde denne time ennu haft Vensyssel". Dazu die Beilage S. 70, 71. Raaderne til Kongen om Baudissins Faengsling o. D. (sidst i October).

1) Karl von Cracau an die G.-St., Helsingör 29. Oktob./8. Nov. Von den übrigen Berichten dieses sehr scharfsichtigen niederländischen Commissars ist besonders der vom 13./23. Dec. sehr reichhaltig. R.-A. im Haag. Über Cracau vgl. Fock: Rügensch-Pommersche Geschichten aus sieben Jahrhunderten, Band 6, S. 501 ff.

2) K. v. Cracau an die G.-St., 29. Okt./8. Nov. Molbech a. a. O. 290, 292.

3) Raadets Betaenckning Slavgels den 9. Novemb. 1627. Erslev a. a. O. II. 71—73.

Sachsen gefunden hatte, steigerte sich sein Mißmut; er argwöhnte sogar, daß sie sich mit dem von ihm verabschiedeten Obersten Slawata in ein geheimes Einverständnis eingelassen hätten. Einige Reichsräte bekämpften ferner die in Aussicht genommene Verbindung mit Schweden und wol die meisten beklagten die eigenwillige Selbständigkeit des Königs, der „keinem guten Rate, sondern nur seinem eignen Kopfe folgen wollte".

Und in Wahrheit war gerade jetzt der von seinem allzugroßen Vertrauen auf die Unterstützung seiner Verbündeten gründlich geheilte König von einem Selbstvertrauen und einer hoffnungsvollen Zuversicht erfüllt, welche uns heut noch in Erstaunen versetzt. Diese auf religiösem Grunde beruhende Selbständigkeit Christians IV. hat aber, so viel wir sehen können, Dänemark in dieser sehr gefahrvollen Lage gerettet.

Der König richtete in Dalum an die Reichsräte trotz ihrer ihm wolbekannten Friedensneigungen das Gesuch, ihm Mittel vorzuschlagen, durch welche er seinen Verlusten wider beikommen und die verlorenen Gebiete zurückerobern könnte. Der Reichsrat reichte dem Könige darauf einen Kostenanschlag über 17 Tonnen Gulden und 65000 Reichsthaler ein, welche die nächsten militärischen Bedürfnisse seines Landes erforderten, gab aber zugleich die Erklärung ab, daß man an die Rückeroberung von Jütland und Holstein selbst dann nicht würde denken können, wenn man die Summe auf den vierfachen Betrag zu steigern im stande sein sollte.[1] Nach seiner Behauptung behielt der König nicht zehn Thaler übrig, wenn er mit seinem ganzen Einkommen die Unterhaltung der Flotte im Winter bestreiten und für die dringenden Bedürfnisse der Landeshauptstadt Sorge tragen wollte. Um die Ausgaben zu vermindern, drängte der Reichsrat den König besonders zur Abdankung der Reiterei, die zugesagt und teilweise durchgeführt wurde. Die Reiter des entlassenen Obersten Slawata wurden von Arröe, wo sie eine Zeit lang gelegen hatten, zum größten Teil an die Küste des Festlandes hinübergeführt und hier ausgesetzt. Sie traten darauf ebenso wie ihr Oberst in den Dienst ihres bisherigen Feindes. Zwei Cornet behielt der König indessen in seinem Dienste und verschaffte ihnen in Fünen Unterkommen.

In der ersten Hälfte des Januar wurden auf einer Ständeversamlung zu Kopenhagen dem Könige wenigstens einige Mittel zum Zwecke der Landesverteidigung bewilligt. Der Adel gewährte ihm den fünften Teil seines Einkommens, und auch die Geistlichkeit versagte ihm ihre Unterstützung nicht.

1) Dalum, 29. Okt./8. Nov. Molbech a. a. O. 278—283. Die Antwort des Reichsrats ist vom 9./19. Nov. und findet sich in derselben Samlung 281—283 und ein neuer Abdruck bei Erslev II. 13 ff.

Mit zuversichtlicher Hartnäckigkeit hat Christian IV. damals dem widerholten Drängen der Reichsräte, den Frieden um jeden Preis zu suchen, Stand gehalten. Nur wenige Tage, nachdem er ihnen seine Geneigtheit zu einem billigen Frieden zu erkennen gegeben hatte, entwarf er eine Vollmacht für eine Gesandtschaft an Gustav Adolf, aus welcher wir ersehen, daß er keineswegs ganz hoffnungslos war. Mit Hilfe der drei protestantischen Seemächte England, Holland und Schweden hoffte er die Ost-, Nord- und Westsee in Kontribution und Gehorsam zu halten. Auf die Vorstellung des Reichsrats, daß Dänemark nur 7000 M. Fußvolk zu unterhalten im stande sei, erwiderte er mit Ernst und Entschiedenheit, er werde demungeachtet die Hände nicht sinken lassen und an Gottes Hilfe nicht verzweifeln. „Was die 7000 M. anlangt, sofern die Zahl auf der Versamlung der Stände nicht vermehrt werden kann, so mag sie reichen, so weit sie reichen kann, bis der Allmächtige sie vermehren will, welcher die Seinen nicht verläßt." Aber er betonte zugleich seine Friedensliebe nochmals und berief sich sogar darauf, daß er seinen Kammerdiener mit Schreiben an Wallenstein abgesendet habe.[1]

Trotzdem legten ihm jedoch die Reichsräte Friedensbedingungen vor, welche Wallenstein dem Herzoge Friedrich mitgeteilt haben sollte und der König nach ihrem Erachten eingehen konnte. Unter diesen hielten sie die Verzichtleistung auf die Stifter Bremen und Verden für selbstverständlich und waren auch damit einverstanden, daß der König zur Befreiung Jütlands von den Kaiserlichen eine große Summe Geldes aufzubringen habe. Der König versicherte darauf den Reichsrat von neuem seiner Bereitwilligkeit, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen, falls der Kaiser seinen Vertretern ausreichende Vollmachten einhändigen werde,[2] machte aber zum Glück für Dänemark, für das protestantische Norddeutschland und den europäischen Protestantismus überhaupt keinen vorschnellen ernstlichen Versuch, sich der Gegenpartei zu nähern. Den eine Zeit lang erwogenen Plan, den Dr. Kratz nach Spanien zu entsenden, ließ er bald wider fallen.

Einige Zeit darauf fanden jedoch die Reichsräte nicht einmal mehr den Mut, Vorschläge, welche ihnen wahrscheinlich durch den Herzog von

1) Über die Frage, wie weit die Friedensneigungen des Königs damals gingen, liegen seine Erklärungen vom 29. Okt., 14. und 30. Nov. (a. St.) vor. S. Bricka og Fridericia, Breve II. B. 112, 121, 127. Wallenstein nahm die ihm vom Könige übersendeten Eröffnungen des Reichsrats ziemlich gleichgiltig auf, s. Chlumecky 62, 64.

2) Molbech a. a. O. S. 312. Bricka og Fridericia 138.

Gottorp mitgeteilt waren, dem Könige zu unterbreiten, erſuchten aber den Kaiſer trotzdem um Ernennung von Unterhändlern.[1]

In demſelben Maße bewährte aber Chriſtian IV. damals ſein hartnäckiges Selbſtvertrauen und ſeine ſtandhafte Zurückhaltung denjenigen befreundeten Mächten gegenüber, welche an ſeinem und ſeines Reiches Geſchick den innigſten Anteil nahmen und ſich anſchickten, ihm mit ihrer Hilfe, wenn auch nicht ohne ſelbſtſüchtige Nebenabſichten beizuſpringen.

In ſeiner großen Verlegenheit, die Mittel zur Beſtreitung der notwendigſten Bedürfniſſe zur Aufrechterhaltung ſeines Staatsweſens herbeizuſchaffen, ſuchte er durch ſeine Bevollmächtigten Antonius und Detlev v. Buchwald von den Holländern und von Frankreich die rückſtändigen Hilfsgelder einzuziehen, um ſie zur Erhaltung der Städte und Feſtungen an der Elbe zu verwenden, in denen er angeblich noch 10000 M. z. F. und 1000 Reiter hatte. Auch erteilte er den Geſandten den Auftrag, gewiſſe noch in ihren Händen befindliche Kleinodien zu verpfänden. Dieſe Verhandlungen mit den Niederlanden hatten den Erfolg, daß die Staaten 30000 Thlr. zahlten und Glückſtadt mit Lebensmitteln verſorgten.[2]

Als jedoch im Auftrage der Generalſtaaten der frühere Generalgouverneur in Indien Lorenz Reael dem Könige im Geheimen einige Tauſend Mann zur Verſicherung des Sundes anbot und nach Kronenborg und Helſingör niederländiſche Beſatzungen legen wollte,[3] lehnte der König das Anerbieten ſeiner Freunde und Bundesgenoſſen dankend ab. Der Grund der Ablehnung lag aber nicht darin, daß er mit dem Kaiſer in geheimen Verhandlungen ſtand und etwa wußte, daß es gar nicht zur Verteidigung des Sundes kommen würde, ſondern allein darin, daß er die für das Beſtehen ſeines Reiches ſo wichtige Straße nicht einmal in die Hände ſeiner Bundesgenoſſen geraten laſſen wollte.[4]

---

1) Erslev a. a. O. II. S. 97.

2) Jahn a. a. O. II. 371, 527.

3) Arend, Allgemeene Geschiedenis III, 4. 313. Reael kam am 18./28. Dec. 1627 in Helſingör an, nicht im Sommer 1628, wie ſich bei Molbech S. 305 findet. Vgl. Arend a. a. O. Slange (Schlegel) II. 368.

4) Reaels Aufträge erörtert Aitzema, Saken van Staet en Oorlogh Bd. 1. 715, 716. Hier findet ſich auch ein Bruchſtück der Antwort des Königs (716): „Dat hy van zijn eygen en wel vertrout volck genoegh hadde ende konde krijghen, om soo naer gelegen ende lieven pandt te bewaren. Recommandeerde ende begeerde, dat veel meer dese Staet mochte prompt voltoen de maentlijke subsidien aen hem belooft: en continueren in haer sorge tot conservatie van de Luckstad ende tot ontset van Crempe".

Noch vor der Ankunft Reaels waren Karl Banner und der geheime Hofrat Rasch bemüht, ein Bündnis Dänemarks und Schwedens vorzubereiten, erreichten indessen ihre Absicht ebensowenig. Die großen Anerbietungen, welche Gustav Adolf seinem protestantischen Nachbar zu einem gemeinsamen Kriege gegen die katholischen Mächte Deutschlands und Europas machen ließ, blieben ohne Wirkung.

Denn auf die irrtümliche Nachricht hin, daß die Kaiserlichen Fünen eingenommen hätten, war Gustav Adolf persönlich nach Calmar geeilt, hatte in Schonen angeblich 6000 M. gesammelt und seine Gesandten abgefertigt, um mit Christian IV. über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Feinde zu unterhandeln. Als sich jedoch die Gesandten von ihrem Irrtum überzeugt hatten, ersuchten sie Christian IV. nur, mit ihrem Könige durch Vertreter Unterhandlungen über ein Bündnis anzuknüpfen.[1] Der König erteilte darauf seinem Kanzler Christian Friis und dem Reichsrate Tage Tott Aufträge,[2] aus denen sich ergiebt, daß er sich keineswegs der Gnade Gustav Adolfs würdelos zu unterwerfen gedachte, denn seine Ansprüche waren sehr bedeutende. Gustav Adolf sollte seinem unglücklichen Nachbar eine Anleihe gewähren, einige Tausend Mann Fußvolk zukommen lassen, die Mannschaften sogar auf eignen Schiffen zu den Küsten der Elbherzogtümer führen, wenn der König von Dänemark zur Widereroberung derselben schreiten würde und sie auch auf eigne Kosten erhalten. Dann forderte Christian IV. Schiffe zum Schutze der Ostsee und aller der Ströme und Städte, an deren Erhaltung ihm am meisten gelegen war. Schiffe und Mannschaften sollten ausschließlich unter seinem Befehle stehen. Ersatz wollte der dänische König nach dem Kriege in baarem Gelde leisten: doch versprach er auch Gustav Adolf bei einem Angriffe auf sein Land mit Schiffen und Kriegsvolk zu unterstützen und Schwedens Feinden den Sund zu sperren. Ferner wollte er ohne das Vorwissen Gustav Adolfs keinen Frieden mit dem Kaiser eingehen, sondern den König von Schweden in einen solchen einschließen. Ein Bündnis gegen alle Päpstler sollten die Gesandten dagegen schon aus Rücksicht auf Frankreich zurückweisen. Zugleich hegte aber Christian IV. auch die Besorgnis, daß beide nordische

1) Die schwedischen Gesandten erhielten am 30. Nov./10. Dec. zu Anderskau ihren Abschied vom Könige, hielten sich aber darauf noch einige Zeit in Kopenhagen auf, wo sie Christian IV. wider antraf.

2) Uddrag af Instructionen for de danske Sendebud til K. Gustav Adolph vom 2./12. Dec. 1627 bei Molbech S. 297 ff. Die an den Kanzler Friis am 15./25. Okt. erteilten Aufträge (276) sind von selbst hinfällig geworden, da Friis damals nicht zu Gustav Adolf ging. Nach Cracau's Schreiben vom 19./29. Dec. waren die Gesandten am Tage vorher nach Schonen übergefahren.

Reiche durch den Abschluß eines solchen konfessionellen Bundes nur die Gründung eines allgemeinen katholischen Bündnisses heraufbeschwören dürften, dem sie selbst nicht gewachsen sein würden.

Die dänischen Gesandten wurden in Schweden sehr gut aufgenommen und setzten ihre Absichten wenigstens zum Teil durch. Sie schlossen einen Vertrag zu Stockholm ab, der ihrem Könige die Unterstützung Gustav Adolfs auf der Ostsee im Bedürfnisfalle sicher stellte.[1] Jedes Jahr, so lange der Krieg Dänemarks mit dem Kaiser währte, wollte Gustav Adolf in der Zeit vom Beginn des Juni's bis zum Ausgang des Oktobers für Christian IV. acht Kriegsschiffe mit 140 Kanonen bereit halten und sie im Falle der Not noch vermehren. Stellte der König von Schweden eine größere Anzahl von Schiffen, so fiel ihm von selbst auch die Führung derselben zu, während jene acht Schiffe ihre Befehle von Christian IV. oder seinem Stellvertreter empfingen. Diese schwedischen Schiffe durften jedoch nur für den Dienst in der Ostsee in Anspruch genommen werden; auch gegen die Hansestädte durfte sie der König nur dann verwenden, wenn diese sich Feindseligkeiten gegen die Verbündeten hatten zu Schulden kommen lassen. Zum Entgelt für diese Zugeständnisse versprach Christian IV. unter anderm, seinem Verbündeten den Sund selbst für Kriegsvolk und Kriegsbedürfnisse jeder Art offen zu halten und Schiffe gegen die Feinde desselben in der Ostsee kreuzen zu lassen.[2]

Da Dänemark im folgenden Sommer von keiner feindseligen Flotte bedroht wurde und es überhaupt zu keinem Seekriege kam, so hat dieses schwedisch-dänische Bündnis freilich auch keine in die Augen fallenden Proben seiner Festigkeit zu bestehen gehabt. Aber schon das unverkennbare Einverständnis beider Könige scheint eine wolthätige Einwirkung auf die kleinen protestantischen Gebiete des Festlands ausgeübt zu haben:[3] die natürliche Abneigung der Hansestädte, sich durch einen engeren Anschluß an den Kaiser in einen Krieg gegen Dänemark und Schweden verwickeln zu lassen, konnte dadurch nur gesteigert werden.

---

1) Christian IV. erteilte dem Bündnisse seine Genehmigung am 19./29. April, Gustav Adolf am 28. April/8. Mai.

2) Vgl. Slange (Schlegel) II. 335, Jahn II. 370 und Molbech 301 f. Anm. Jonas Buräus ist in den letzten Monaten 1627 nicht von Gustav Adolf zu Christian IV. gesendet worden, wie Slange und Schlegel behaupten. Der Abschluß des Bündnisses verursachte bei der gegenseitigen Eifersucht beider Könige Schwierigkeiten, wie sich aus dem Schreiben Gustav Adolfs an Oxenstierna, Stockholm 31. März a. St., ergibt, Rikskanzleren A. Oxenstiernas skrifter och brefvexeling. Senare afdelingen första bindet 386.

3) Das Bündnis ist erst nach einigen Monaten in den Städten bekannt geworden.

Die nächste Sorge des Königs bestand darin, Mittel herbeizuschaffen, um die allerdringendsten Bedürfnisse in notdürftiger Weise zu befriedigen. Von seiner Mutter entlieh er zu diesem Behufe gegen die Bürgschaft der Reichsräte 40000 Thlr. Er legte ferner zwei Kopfsteuern hintereinander auf, erhöhte den Sundzoll und die Verbrauchssteuern in den Städten, trieb Naturallieferungen für die Schiffe ein und versetzte von neuem Juwelen. Aus Norwegen erhielt er eine freiwillige Beisteuer.[1]

Das Arsenal des Königs waren auch damals die Niederlande. Durch Laurenz v. Müllengracht und Cornelius v. Lewen ließ er hier mehremals sehr beträchtliche Ankäufe von Waffen und Kriegsbedarf jeglicher Art veranstalten. So erteilte er diesen Kaufleuten in der ersten Januarwoche Auftrag 1000 Centner Büchsenpulver, 6000 Musketen samt Zubehör, 2000 Harnische, 1000 Centner Blei, 8000 Riemen und Gehänge zu den Untergewehren und 1000 Centner Lunten in den Niederlanden einzukaufen und nach Kopenhagen überzuführen. Dafür stellte er ihnen Anweisungen auf die niederländischen Unterstützungsgelder vom Monat März bis zum Juli aus, die sich auf 100000 Rthlr. beliefen. Den mit dem Ablaufe des Februar fälligen Monatsbetrag von 50000 Gulden, wies er dem zuletzt genannten Kaufmanne noch besonders für 100 Centner Pulver und 1000 Centner Lunten an, und im Anfange des März gab er Müllengracht einen Auftrag zum Ankauf von 250 Centner Büchsenpulver und 10000 Pf. Blei.[2]

Die Besorgnisse der Inseldänen vor einem feindlichen Überfalle waren in den letzten Monaten des Jahres 1627 so stark, daß Adel und Bauern von den Reichsräten eine Erklärung darüber verlangten, ob sie gegen die Plünderungen der Feinde verteidigt werden könnten. Der Adel erbot sich seine Lehnsfahnen aufzubieten und gegen Bezahlung auch noch mehr Truppen zu stellen.

Trotzdem waren jedoch die Inseln auch schon in dieser Zeit nicht ganz schutzlos.

In Helsingör lagen freilich eine Zeit lang nur gegen 200 M. wenig geübtes und schlecht bewaffnetes Landvolk. Dagegen hatte der König

1) S. Bricka og Fridericia a. a. O. 131.

2) Diese Lieferungen werden sicherlich zum größten Teil in der bezeichneten Weise ausgeführt worden sein: nur der Ausführung von Pulver leisteten die Niederlande eine Zeit lang Widerstand. Dagegen ist es zweifelhaft, ob die mit diesen Kriegslieferungen betrauten Kaufleute ihre Zahlungen aus den niederländischen Bundesbeiträgen erhalten haben, die bald ganz ausschließlich von den dänischen Commissaren zu Hamburg für den Schutz der unteren Elbe in Anspruch genommen wurden.

in die kleinen Städte der Insel Seeland ein Regiment Franzosen des Obersten Montgommery verteilt und Kopenhagen mit vier Compagnien Fußvolk des Obersten Marquard Ranzau und außerdem mit Landvolk besetzt. Ferner ließ der König in Kopenhagen Kriegsschiffe ausrüsten und bereit halten, befestigte Schloß Friedrichsburg und traf auch Anstalten in Laaland und Falster Befestigungen zu errichten.

In größter Gefahr befand die Insel Fünen und war deshalb auch in der ersten Zeit am stärksten besetzt. Am Ende des Jahres 1627 sollen hier gegen 3500 M. Fußvolk und 12 Reiterkornet des Rheingrafen unter dem Generallieutenant Schlammersdorf zum Empfang der Feinde bereit gewesen sein. In Schonen lagen unbewaffnete Schotten unter dem Befehle des Grafen Spyney, 1000 bis 1200 M. stark.[1]

Zur unmittelbaren Verfügung des Königs standen ferner fünfzig größere und kleinere Kriegsfahrzeuge, deren Bemannung freilich zum Teil sehr ungeübt und wenig brauchbar war. Von diesen lagen im November sechs vor Kopenhagen, eins vor Helsingör und einige andere nebst kleineren Fahrzeugen, Galeien, mit zwölf Riemen auf jeder Seite des Belt.

Eilftes Buch.

Die kaiserliche Armee in Nord- und Mitteldeutschland im Herbste des Jahres 1627.

Wallenstein und die Herzöge von Mecklenburg.

Je schlimmer sich die Lage des dänischen Königs gestaltete, und je weiter die kaiserliche Armee in Holstein vorrückte, um so straffälliger wurde in Wallensteins Augen auch das Verhalten der Herzöge von Mecklenburg und besonders des älteren, obgleich beide Brüder seit Wochen außer stande waren irgend einer Partei einen bedeutenden Nutzen oder Schaden zuzufügen. Um so begreiflicher war daher das Bestreben der Herzöge, von Wallenstein eine Anerkennung ihrer gegenwärtigen gesetzlichen Haltung, wie sie das Schreiben des Kaisers vom 3. Juli forderte, zu erhalten. Denn schon damals waren die herzoglichen Brüder von Mißtrauen gegen die Pläne Wallensteins erfüllt.

---

1) Karl von Cracau an die Generalstaaten 13./23. Dec. 1627.

Und so entsendete denn der Herzog von Schwerin nach der Rückkehr des Friedrich von Damnitz seinen Vizekanzler Dietrich Bartold v. Plessen in das kaiserliche Hauptquartier nach Holstein.[1] Er wünschte Schutzbriefe für seine Ämter Schwerin, Dobberan und Pöl zu erhalten, ersuchte Wallenstein ferner, die kaiserliche Bestätigung der Zusicherungen, welche Schlick bei der Besetzung von Dömitz erteilt hatte, herbeizuführen und bat den kaiserlichen Oberfeldherrn um ein Zeugnis über sein politisches Wolverhalten.

Wallenstein nahm Plessen mit auffallender Freundlichkeit auf, zog ihn im Feldlager vor Itzehoe mehrmals zur Tafel und ließ sogar eines Freitags Abends in dem Zimmer des lutherischen Botschafters Tafel halten. Er versprach dem mecklenburgischen Gesandten seinem Herren persönlich jeden Gefallen erweisen zu wollen. Allein die durch den Botschafter an ihn gerichteten Bittgesuche lehnte er von vorn herein und nicht ohne Empfindlichkeit ab. Nachdem er die kaiserliche Bestätigung der von Schlick vor der Besetzung von Dömitz erteilten Versprechungen für unnötig erkärt hatte, sprach er „zu Bezeugung seiner guten wolmeinenden Affection gegen den Herzog offenherzig und gut deutsch" zu seinem Abgesandten: Man hätte zu jeder Zeit gute Worte und Versprechungen von sich gegeben, aber in der That wäre nichts erfolget, sondern es hätten im Gegenteil „die Herzöge von Mecklenburg dem Könige mehr Vorschub und Assistenz gethan, als irgend ein anderer Fürst im niedersächsischen Kreise". Wallenstein rückte dem Gesandten vor, sein Herr habe einst dem Könige versprochen, „das Seinige bei ihm aufzusetzen, sollte er auch beim weißen Stecken zum Lande ausgehen", — und weigerte sich hartnäckigst demselben ein Zeugnis auszustellen, bevor nicht seine Thaten besser mit den Worten übereinstimmten. Da wies Plessen darauf hin, daß der Herzog Adolf Friedrich ja schon früher von der Verbindung mit dem Könige zurückgetreten sei und dem Kaiser Anzeige davon gemacht habe, daß ihm aber hoffentlich nicht übel gedeutet werden könne, was er später unter dem Zwange einer übermächtigen Gewalt und um das gänzliche Verderben von Land und Leuten zu verhüten, habe thun müssen: allein Wallenstein ließ sich dadurch nicht erweichen, sondern schloß diese Unterhaltung im selbstbewußten Gefühl seiner Überlegenheit mit den Worten: „Ich lasse solches so weit passieren, will es auch an die K. M. gebührlich gelangen lassen, aber ehe ich sehe, wie sich J. L. weiter verhalten, und ob Sie auch in Ihre andern feste Örter und Plätze, daran gelegen, gutwillig kaiserlich Volk aufnehmen, sich

1) Plessens Instruktion ist Wismar 31. Aug./10. Sept. ausgestellt, Apologia, Beyl. 706 ff.

des Feinds gänzlich entschlagen und auf allen Fall demselben werden Abbruch thuen helfen, werde ich J. L. kein Attestation schreiben können". Und wie zum Hohn las er am andern Tage nach seiner Rückkehr von Breitenburg Plessen ein Schreiben zum geöffneten Fenster hinaus vor, nach welchem der Markgraf von Baden noch neulich mit Adolf Friedrich persönlich verhandelt haben und die dänischen Offiziere und überhaupt jeder, wer es nur wollte, in Pöl mit dem Herzoge verkehren sollte. Auch daß Wismar und Rostock dem Feinde Proviant lieferten, erhöhte in seinen Augen die Schuld des doppelt Bedrängten. „Was soll ich nun Eurem Herrn für Attestationes schreiben, wenn er noch dergestalt mit dem Feinde Gemeinschaft hält?"— lautete seine Schlußfolgerung. Als aber Plessen auch jetzt noch das Wort zur Entschuldigung ergriff, schnitt er es ihm ab mit den Worten: „Der Herr hat aber gehört, was mir geschrieben wird", und schloß das Fenster. Tags darauf fragte er den bestürzten Botschafter nochmals mit lachendem Munde, was er zu dem gestrigen Schreiben sage, fügte indessen wie begütigend hinzu: „Es ist gut, wenn es sich so verhielte, wie Ihr saget, Ihr sehet aber und spüret, daß ichs gut mit J. L. meine, und daß ich ohnverdeckt und offenherzig mit euch handle".

So hatte Wallenstein dem Botschafter und seinem Herrn, von dem er sehr wol wußte, daß er gar keinen feindseligen Schritt gegen die Dänen unternehmen konnte, einen tötlichen Schrecken eingejagt und sie mit einer noch bangeren Besorgnis vor der Zukunft erfüllt. Und schon am Tage nach Plessens Abreise aus dem kaiserlichen Lager befahl er Arnim, alle Hauptplätze des Landes Schwerin zu besetzen, und falls die Stadt Schwerin selbst zu diesen gehöre, auch diese, wo aber nicht, der Bitte des Herzogs um Befreiung Gehör zu schenken. Plessen begab sich trotz des Geleites nicht ohne Furcht für seine persönliche Sicherheit nach Lübeck, wo er sich am 17./27. Sept. befand.[1]

Mit demselben Maßstabe wie Adolf Friedrich maß Wallenstein jetzt auch seinen Bruder Johann Albrecht, ohne sich darum zu kümmern, daß er sich dadurch mit seinen früheren Erklärungen in Widerspruch setzte. Schon seit Beginn des Jahres hatte Johann Albrecht durch seinen jugendlichen Schwager, den Fürsten Ernst von Bernburg, auf Wallenstein und selbst auf den Kaiser einzuwirken versucht. Dem letzteren hatte der junge Anhaltiner sogar ein Schreiben Johann Albrechts einhändigen lassen. Von Stralendorf hatte Anhalt dem Herzoge berichtet, daß er das tröstliche Versprechen erteilt habe, sich seines Vaterlandes jederzeit bestens annehmen zu wollen.

1) Er erstattete einen ziemlich ausführlichen Bericht am Montage vor Michaelis (24. Sept./4. Okt.) und zwar zu Wismar. Großh. Arch. zu Schwerin.

In Dömitz versicherte dann Wallenstein den Abgeordneten des Herzogs geradezu, daß er sich keiner Feindseligkeit von ihm zu befahren habe. Da der Herzog seinen wirklichen Gehorsam „an allen gebührlichen Orten" rechtzeitig erwiesen habe, wollte ihn Wallenstein dem Befehle des Kaisers gemäß nicht für einen Feind, sondern für „einen devoten und gehorsamen Fürsten" halten und ihn mit Land und Leuten durch seine Armee in kaiserlichen Schutz nehmen;[1] seine Residenz Güstrow samt allem Zubehör, sowie das Amt Schwan befreite er damals durch einen öffentlichen Tagesbefehl an die Truppen von Einquartierung. Von dieser günstigeren Stimmung des kaiserlichen Generals gegen Johann Albrecht hatte der junge Fürst von Anhalt schon einige Tage vorher berichtet,[2] aber freilich auch die Mahnung an den Schwager hinzugefügt, sie durch die Fürsprache des einflußreichen Franz Albrecht zu Sachsen-Lauenburg und des Grafen Schlick zu befestigen. Die Mittel, durch welche diese Fürsprache zu gewinnen sei, vertraute er jedoch seinem Schreiben nicht an, sondern schloß dasselbe mit den Worten: Mons. Wartensleben, E. L. Rat, wird den unsern modum, so wir in solchen Fällen im Fürstentum Anhalt gehalten, wol sagen können. Wir haben uns in solchen und dergleichen Fällen wol dabei befunden. Besser ein verdorben Land, als kein Land."

Ob Johann Albrecht diese Mittel verwenden konnte, welche hier angedeutet sind, wissen wir nicht. Indessen wenn auch der Herzog zu Lauenburg und Schlick Fürsprache für ihn eingelegt haben sollten, so ist der Erfolg derselben doch keineswegs der von dem Fürsten Ernst erwartete gewesen. Bei seinem Vorrücken im südlichen Holstein machte Wallenstein einer Gesandtschaft des Herzogs noch das Zugeständnis, Johann Albrecht „zu freundlichem Gefallen für dies Mal" Rostock mit einer Besatzung zu verschonen, wollte sich aber nicht verbindlich machen, die Stadt gar nicht zu besetzen. Er betrachtete die Verpflichtung derselben zur Unterhaltung der Armee beizutragen als selbstverständlich. Von dieser Zeit an aber hört jede Andeutung auf, daß Wallenstein Johann Albrechts Verschulden milder beurteilt habe, als das seines Bruders.

Dieser gab seine Sache schon seit dem September verloren und fürchtete das Schlimmste. Er ersuchte daher Gustav Adolf darum, seine Kinder bei sich aufzunehmen, was dieser versprach. Aber der König bestärkte ihn auch in der Absicht, das Verhängnis über sich ergehen zu lassen und sich dem „durchdringenden Fatum seines gedrückten Vaterlandes

1) Großh. Arch. zu Schwerin, Förster, A.'s v. Wallenstein Briefe Bd. 1, S. 106, 107.

2) Perleberg 18./28. Aug. Großh. Arch. zu Schwerin.

nicht zu opiniatrieren, sondern es als eine Schickung Gottes aufzunehmen". Er gab ihm ferner den Rat, auf Mittel zu sinnen, sich aufs füglichste aus der Sache „zu extricieren".[1]

Diesem Rate folgte der Herzog, indem er den Kaiserlichen die Besetzung von Wismar erleichterte. Als Arnim um dieselbe Zeit, wo sich Schlammersdorf anschickte, Pöl zu verlassen,[2] das letzte Gesuch wegen der Übergabe Wismars an den Herzog richtete, forderte Adolf Friedrich nur noch einige Tage Bedenkzeit, die ihm Arnim in einem Zwiegespräche zugestand.[3] In diesen letzten Tagen vor dem Einzuge der Kaiserlichen übertrug man endlich von seiten der Stadt dem Herzoge die Oberleitung aller Verteidigungsanstalten, welche man ihm einige Monate vorher beharrlich verweigert hatte. Allein die Absicht des Herzogs, die Kaiserlichen einzulassen, erregte die größte Mißstimmung, so daß die empörte Bürgerschaft Gewaltmaßregeln vorbereitete und sich verschanzen wollte. Arnim näherte sich jedoch mit seinem ganzen Heere der Stadt und forderte die augenblickliche Öffnung der Thore. Unter diesen Umständen begab sich der Herzog am Morgen des 10./20. Oktober persönlich in das kaiserliche Lager und schloß mit dem Obersten einen Vertrag über die Einnahme einer Besatzung von 1000 M. Wie groß indessen seine Befürchtungen dabei waren, geht daraus hervor, daß er sich seine Regalien ausdrücklich vorbehielt, und daß jede Veränderung oder Vermehrung der Besatzung ausgeschlossen wurde. Ebenso wurde festgesetzt, daß während der Einquartierung keine Veränderung in der Religion vorgenommen werden sollte. Die Schiffe und Bote ließ man zwar den Bürgern vorläufig, allein die Kaiserlichen behielten sich doch die Verwendung derselben zum Dienste des Kaisers gegen eine Entschädigung bei eintretenden Verlusten vor. Ebenso verblieb die Stadt im Besitze der Geschütze und der Munition, und die Bürgerschaft wurde nicht entwaffnet. Zuletzt mußte sich Arnim anheischig machen, die schriftliche Bestätigung des Vertrags durch Wallenstein einzusenden, welche indessen ebensowenig erfolgte, wie die des Vertrags über Frankfurt a. d. Oder. Das Schriftstück wurde auch von dem Rate der Stadt untersiegelt.[4] Noch an demselben Tage führte der Oberst Daniel Hebron, ein lutherischer Pommer, die Kaiserlichen in die Stadt, wobei der Herzog widerum die Vermittelung

1) Schreiben des Königs aus Dirschau vom 31. Aug./9. Sept. und vom 18./28. Sept.

2) Es geschah am 7./17. Okt.

3) K. v. Lützow, Beitrag z. Charakteristik d. Herz. Adolf Friedrich in den Jahrbüchern f. meckl. Gesch. Bd. 12. 89 f.

4) Apologia, Beylagen 717 ff.

zwischen der aufgeregten Bürgerschaft und dem kaiserlichen Obersten und zwar nicht ohne eigne Gefahr übernahm.

Nun ließ der Herzog Wallenstein ersuchen, dem Kaiser von diesem thatsächlichen Beweise seines Gehorsams schleunigst Bericht zu erstatten, teilte ihm aber zugleich mit, daß seine Versuche, sich mit der Ritterschaft über eine Summe, die man ihm für die Einquartierung bieten wollte, zu vergleichen, an ihrer gänzlichen Mittellosigkeit gescheitert sei, und bat um eine Herabsetzung der letzteren.[1] Seine Gesandten, unter denen sich auch Plessen wider befand, trafen Wallenstein bereits in Lauenburg, wurden aber erst in Wittenburg mit einem sehr ungnädigen Bescheide entlassen.

Um diese Zeit scheint auch den ungetreuen Heinrich Husanus, der so viel dazu beigetragen hatte, seine Landesherren am kaiserlichen Hofe in das dunkelste Licht zu stellen, die Reue erfaßt zu haben, oder die Herzöge hatten sich seiner durch Bestechung versichert. Denn Husanus ließ ihnen damals vertraute Weisungen zukommen und unterrichtete sie wol auch davon, wie weit Wallensteins geheime Anschläge bereits gediehen waren. Da entschlossen sich die Herzöge dazu, gerade Husanus nach Wien zu senden, der auch anfangs die Reise übernehmen wollte. Man einigte sich mit ihm über die Summe von 1300 Reichsthalern. Allein nach kurzer Zeit hatte der kaiserliche Rat die Überzeugung gewonnen, daß dies Mittel seine Wirkung verfehlen werde, und fürchtete wol auch für seine eigne Stellung. Er erteilte daher den Herzögen den Rat persönlich[2] zum Kaiser zu gehen und ihn um Abstellung der sich täglich mehrenden Lasten und Drangsale anzuflehen: hatte er doch bereits Adolf Friedrich davon Nachricht geben müssen, daß nach Wallensteins Abreise die Residenzen Schwerin und Güstrow besetzt werden würden.

Allein die Herzöge gewannen es über sich, den Versuch zu machen, zunächst Wallenstein ihre Anliegen bei der Durchreise durch ihre Länder persönlich vorzutragen. Adolf Friedrich machte sich infolgedessen auf den Weg nach Kraak, stieß aber, noch bevor er dieses erreicht hatte, auf seinen gerade von Wallenstein zurückkehrenden Rat Plessen, der ihm von seinem letzten übeln Empfange bei dem Diktator Bericht erstattete und ihn zur Umkehr veranlaßte. Dem Zusammentreffen mit Johann Albrecht wich Wallenstein durch eine Beschleunigung seiner Reise aus, vertröstete aber den Herzog, so wie er die Priegnitz erreicht hatte, in einem eigenhändigen

---

1) Apologia, Beylagen 723 ff.

2) Großherzogl. Archiv zu Schwerin.

Schreiben auf seine baldige Rückkehr. Dann werde er vernehmen, was ihm der Herzog „werde befehlen wollen".[1]

Aber nur wenige Tage darauf erklärte er Arnim ganz offen, daß vielleicht in kurzem „eine Mutation in Mecklenburg vorgenommen werden möchte", und empfahl ihm vorsorglich, sich schon jetzt mit der Einquartierung einzurichten, denn in Zukunft sollten nur Dömitz und Pöl sowie die Häfen besetzt bleiben.[2] Dem Herzoge Johann Albrecht hatte er gerade zehn Tage vorher jede Hoffnung auf eine Milderung der Einquartierungslasten durch die Versicherung abgeschnitten, daß er für eine so große Menge Volkes kein anderes Unterkommen finden könnte. Doch ließ Johann Albrecht wenigstens die Hoffnung auf ein befriedigendes Zeugnis des Diktators über sein politisches Wolverhalten noch nicht ganz fahren. Erst als ihm sein Schwager Ernst v. Anhalt mitteilte, daß Wallenstein auf seine Verwendung geantwortet habe, es wäre ihm nichts weiter von dem Herzoge bewußt, als daß er Gesandte zu ihm geschickt und sich weit besser, als sein Bruder erwiesen habe,[3] trat auch ihm seine trostlose Lage deutlicher vor die Augen.

Adolf Friedrich hatte durch seine letzte Gesandtschaft bei Wallenstein besonders Pöl für sich zu retten gesucht. Was seine Gesandten jedoch auf dieses Gesuch, welches auch seine Gattin Anna Maria durch eine Bittschrift an den Unerbittlichen unterstützte, zur Antwort erhielten, hat Wallenstein Arnim mit den Worten angezeigt: „Nun bin ich aufgefahren und habe den Gesandten ziemlich stark zugeredet und gesagt, im Fall daß Sie nicht in puncto die kaiserliche Garnison einnehmen, so will ich dem Herrn (Arnim) befehlen, nicht allein solches mit Gewalt zu thun, sondern gar auf die Person zu greifen. Hat er nun Lust in Schweden zu ziehen, so wird er allgemach Ursachen genug haben. Der Herr sehe das Seinige auch dabei zu thuen".[4] Von Fehrbellin aus mahnte der General seinen

---

1) Eigenhändiger ungedr. Brief Wallensteins an Herz. Joh. Albrecht Kumthau (Gumtow i. d. M. Brandenb.) 18. Nov. 27.

2) Vgl. Förster, A.'s. von Wallenstein Briefe I. 124—126. Der Brief ist falsch datiert, aber nicht von Wallenstein, sondern von Förster (vgl. die Briefe W.'s aus Frankfurt bei Förster I. 143—155). Die lustige Bemerkung Försters, Wallenstein habe durch falsche Tagesangaben die Leute wollen glauben machen, daß er mit einem Zaubermantel fliege, ist wirklich noch vor einigen Jahren nachgeschrieben worden. Der Brief ist vom 20. Nov. n. St.

3) Ernst v. Anhalt-Bernburg an Herz. Johann Albrecht, Frankfurt a. d. O. 12./22. Novbr. Großh. Archiv in Schwerin.

4) Wittenburg, 11. Nov. Ungedr. Schreiben Wallensteins ohne Adresse im Großh. Archiv zu Schwerin.

Oberſten nochmals, ſich von der Beſetzung Pöls durch keine Sache der Welt abhalten zu laſſen, erſuchte ihn aber auch, den Herzögen allen Vorſchub zur Entfernung aus dem Lande zu thun.

Und ſo forderte denn der Oberſtwachtmeiſter des Oberſten Hebron, Johann Gordon, am 12./22. Nov. mit Nachdruck die Aufnahme einer Beſatzung in die kleine Inſel und ihre Feſtung, und ein Oberſtlieutenant Arnims widerholte nach einigen Tagen das Geſuch. Darauf einigte ſich der Herzog am 20./30. Nov. mit Hebron über die ihm unerläßlich ſcheinenden Bedingungen.[1] Die erſte derſelben war, daß dieſe freiwillige Aufnahme der Kaiſerlichen auch dem Kaiſer ſelbſt beſter Maßen mitgeteilt werden ſollte. Dann wahrte ſich der Herzog das Geſchütz ſowie die andern Waffen und die Munition als ſein Eigentum, welches man nicht von der Feſtung wegführen ſollte, ſtellte aber Kraut und Lot zum kaiſerlichen Dienſte bereit. Er behielt ſich ferner den ungehinderten Zutritt zur Inſel und zur Feſtung vor und ließ ſeinem Hauptmann Pilooth einen noch längeren Aufenthalt auf dem von ihm ſo wol ausgeſtatteten Hauſe zuſichern. Auch in dieſem Vertrage wurde von den kaiſerlichen Oberſten die ungehinderte Ausübung des lutheriſchen Bekenntniſſes gewährleiſtet. Am folgenden Tage übergab dann der Herzog den kaiſerlichen Offizieren die Feſtung perſönlich und fügte noch ein Faß Wein für den neuen Befehlshaber, den Oberſtwachtmeiſter Wenzel Wratislav Freiherrn zu Mitrowitz, hinzu.[2]

Der ganze Vertrag war natürlich für die Sieger nur eine Formſache: von den drei unterſiegelten Ausfertigungen desſelben fehlt im Archive zu Schwerin keine einzige, denn die kaiſerlichen Offiziere hielten es nicht einmal für der Mühe wert, eine an ſich zu nehmen.

---

1) Der Vertrag iſt öfter abgedruckt worden, zuletzt von Wigger als Beilage des bereits angeführten Aufſatzes in den Jahrbüchern d. V. f. mecklenb. Geſch. Bd. 48. 48 ff. Hier findet ſich auch 50 ff. das Verzeichnis des Feſtungsinventars. Vgl. dazu K. v. Lützow, Beitrag u. ſ. f. in denſelben Jahrbüchern Bd. 12. 91.

2) Wenige Tage darauf wendete ſich die Herzogin Anna Maria an Wallenſteins Gattin mit der Bitte, ihren Gemahl zu bewegen, die Soldaten aus der Feſtung und der Inſel, welche ihr zum Leibgeding verſchrieben war, und auf welche ſie ihre beſten Sachen hatte bringen laſſen, wider abzuführen. Sie wird aber auf dieſes Geſuch ebenſo wenig eine Antwort erhalten haben, wie auf die Bitte an die Kaiſerin, ihre Verwendung bei Ferdinand II. dafür einzulegen, daß ihr Gemahl bei Land und Leuten verbleibe. Förſter a. a. O. 1. 149, 156, 123. Dieſer letzte Brief trägt ein unrichtiges Datum, vgl. dazu Förſter, 1. 142 ff.

Ein mecklenburgiſcher Lieutenant führte darauf die Beſatzung, 87 Mann ſtark, zur Abdankung von Pöl nach Schwerin. Die ganze bewaffnete Macht, über welche Adolf Friedrich zu Anfang des neuen Jahres noch verfügte, beſtand aus einem Wachtmeiſter und achtzehn Gemeinen.

Wallenſtein aber erblickte ſich damals ſchon im Geiſte als Herzog von Mecklenburg und ſchärfte daher Arnim widerholt ein, das zu Grunde gerichtete Land in der Einquartierung möglichſt zu erleichtern: fünfzehn Fähnlein Fußvolk und drei Kompagnien Reiter erſchienen ihm damals ausreichend. Sobald eine Änderung mit Mecklenburg vorgenommen werde, ſollte der Oberſt alle Truppen bis etwa auf dieſe Anzahl nach Pommern abführen.

Nach den letzten Erfahrungen, welche die Herzöge mit Wallenſtein gemacht hatten, konnte natürlich von einer perſönlichen Reiſe nach Wien nicht mehr die Rede ſein. Und trotzdem mußten ſie es für außerordentlich wichtig erachten, womöglich der Entſcheidung der kaiſerlichen Politiker zuvorzukommen und ſie mit allen Kräften zu hintertreiben. Auch mit dieſer ſchwierigen Aufgabe aber wußten ſie niemand anders zu betrauen, als den in dieſem Jahre ſo viel verwendeten Pleſſen und den Dr. Cothmann. Dem erſteren erteilte Adolf Friedrich bereits am 12./22. Nov. Vollmacht, während Wallenſtein noch zu Frankfurt verweilte. Noch früher als dieſer machte ſich Cothmann auf die Reiſe.

Adolf Friedrich aber war bereits damals nicht mehr imſtande, die notwendigen Mittel zu beſchaffen, um ſeinen Geſandten auszuſtatten. Da die Kaufleute nur gegen Baarzahlungen Wechſel ausſtellen wollten, mußte er ſeine Mutter um Ausſetzung von Pfändern erſuchen, für welche er etwa 1000 Thlr. erhalten konnte. Zuletzt empfing Pleſſen von einem Kaufmanne Kurt Thor Hellen in Lübeck einen Wechſel von 4000 oder 3000 Thlrn., auf einen Bürger und Kaufmann Thomas Brauns lautend, der in Leipzig wohnen ſollte. Um dieſe Summe aufzubringen, bat der Herzog den Erzbiſchof Johann Friedrich von Bremen, im Falle der Not für ihn gut zu ſagen und erſuchte auch den Bürgermeiſter Köhler in Lübeck um ſeine Unterſtützung.

Pleſſen reiſte nicht nur des Wechſels wegen nach Lübeck, ſondern auch um dem Grafen v. Schwarzenberg ſeine Aufwartung zu machen, der dem Herzoge bereits ein Verwendungsſchreiben an den Kaiſer in Abſchrift hatte zuſtellen laſſen. Schwarzenberg ſowie der kaiſerliche Rat Wenzel erkannten die Unterſtützung, welche der Herzog der kaiſerlichen Armee bei dem Durchzuge hatte zuteil werden laſſen, rühmend an und gedachten auch ſeiner Bemühungen, den Auflauf in Wismar in eigner Perſon zu ſtillen, in derſelben Weiſe. Pleſſen reiſte mit einem

von Tilly ausgestellten Passe und einem Zeugnisse desselben über das politische Verhalten seines Herrn in der letzten Zeit, welches dem Kaiser eingehändigt werden sollte.

Als er in Leipzig ankam, erfuhr er, daß jener Thomas Brauns nicht in Leipzig, sondern in Frankfurt a./M. wohnte und nur zur Meßzeit in Leipzig erschien. Er veranlaßte daher den kaiserlichen Postmeister Hans Sieber dazu, ihm in Prag 2500 Reichsthaler zahlen zu lassen, welche der Postmeister in Lübeck ihm wider erstatten sollte.

Über die Verwendung dieser Summe war bereits vor der Abreise Plessens Beschluß gefaßt worden. Sie sollte, so gering sie war, dazu dienen, das Verständnis der Geheimen Räte für die Verhandlungen und Forderungen Plessens zu erleichtern. Zu diesem Behufe hatte man die Räte nach ihrem Rang und ihrem besonderen Einfluß einer Musterung unterworfen und nach dem Ausfalle derselben die Geschenke bemessen, durch welche man sie gewinnen wollte. Beide Herzöge hatten Fürstenberg zwei schöne Pferde zu je 100 Dukaten, Stralendorf zwei goldne Ketten mit ihren von 6 Diamanten umgebenen Bildnissen in dem Werte von 500 Kronen und von der Recke zwei Ketten mit Bildnissen und vier Diamanten zugedacht. Von niedrigerem Werte waren die für den Vizekanzler Otto v. Nostiz, ferner für Otto Melander v. Schwarzenthal und für Questenberg bestimmten Ketten. Daß in dieser Reihe Eggenberg fehlt, beruht wohl nur auf einem Versehen, in einem für Johann Albrecht aufgestellten Verzeichnisse wird auch er nebst Lobkowitz namhaft gemacht.[1]

Dem Kaiser wollten wol beide Brüder Handschreiben überreichen lassen, von Adolf Friedrich ist es ausdrücklich bezeugt.

Wallensteins Aufbruch nach Böhmen.

Noch wenige Tage vor dem Falle Breitenburgs sprach sich Wallenstein in sehr friedlichem Sinne aus. „Solche Gelegenheit, im Reich Fried zu machen, wird sich nicht bald präsentieren, wie itzunder: dagegen aber in diesen morastigen Ländern Krieg zu führen ohne Geld, halte ich vor unmöglich," lauten seine Worte an Collalto.[2] Er war damals der Meinung, daß Östreich nicht im stande sein würde, seine Eroberungen in

1) Die Geschenke des Herzogs Adolf Friedrich wurden auf 1250 Kronen, die des Johann Albrecht auf 1000 bis 1100 Kr. berechnet. Großh. Archiv in Schwerin.

2) Wallenstein an Collalto, Itzehoe 20. Sept., aus dem Feldlager bei Breitenburg 24. Sept. Chlumecky 54—56.

Norddeutschland, besonders die Elbherzogtümer zu behaupten und legte Collalto auch die Gründe für dieses Urteil dar. Von Dänemark aber hoffte er, daß es in seiner bedrängten Lage selbst harte Bedingungen eingehen würde, während demselben bei der Fortsetzung des Krieges die auswärtigen Mächte ihrer eigenen Interessen wegen würden zur Seite treten müssen. Als der Kaiser in dieser Zeit durch Questenberg die Frage an ihn richten ließ, wie seine Regimenter nach dem Frieden abgeführt, und wenn man nicht zum Frieden gelangen sollte, wenigstens verringert werden könnten, sprach er in einem sehr denkwürdigen Handschreiben an Ferdinand II. ähnliche Anschauungen ganz unumwunden aus. Er erteilte endlich dem Kaiser geradezu den Rat, mit dem Könige von Dänemark gegen eine hohe Geldentschädigung Frieden zu schließen und dann einen großen Türkenkrieg zu unternehmen, wenn er anders die unruhigen Elemente aus dem Reiche entfernen wolle.[1]

Allein noch waren nicht drei Wochen in das Land gegangen, als sich diese Friedenspläne geradezu in ihr Gegenteil verwandelt hatten. Als Schlick einen so beträchtlichen Teil der dänischen Truppen bei Oldenburg gefangen genommen hatte und seinen Siegeszug durch Holstein nach Schleswig und Jütland fortsetzte, sprach Wallenstein nicht mehr vom Frieden mit Dänemark, sondern nur davon, womöglich noch im Winter seine Eroberungen auch über die dänischen Inseln, wenigstens auf Fünen und Alsen, auszudehnen. Zu einem Angriffe auf Fünen traf er wirklich Anstalten: Torquato Conti sollte denselben unternehmen, sobald der Meeresarm zwischen Koldingen und Fünen zugefroren sein würde. Möglicherweise hängt ein Besuch, welchen Torquato Conti mit dem Obersten Colloredo um die Mitte des Januars 1628 in Sonderburg machten, mit der Ausführung des Planes zusammen.[2] Spätestens wollte jedoch Wallenstein damals den König im Sommer auf seinen Inseln heimsuchen: „Denn er hat uns in Schlesien und Mähren auch heimgesucht, ragion sarà, che gli rendiamo la visita."

Zu diesem Zwecke wurde Arnim angewiesen, alle Schiffe anzuhalten, um sie teils in Kriegsschiffe umzuwandeln, teils zum Übersetzen zu benutzen. Ferner wurde der Plan, nicht nur die schwedischen, sondern auch die dänischen Kriegsschiffe in Brand zu stecken, zwischen Wallenstein und Arnim eine Zeit lang sehr eifrig erwogen. Zur Vernichtung der letzteren sollte der lutherische Oberst mehr „spendiren, als wir werden bezahlen können".

1) Wallenstein an den Kaiser, Breitenburg 28. Sept. Das Schreiben ist in Gindely's Waldstein 1, 266 mit zahlreichen Fehlern abgedruckt. Vgl. Beil. z. Allg. Zeitung, J. 1886. Nr. 311 f.

2) Chlumecky S. 63.

Wallenstein empfahl Arnim ferner das einträchtigste Zusammenwirken mit dem Grafen von Schwarzenberg, „denn was wir itzt thun sollen, muß zu Meer geschehen". Er ersuchte die Infantin um ihre Mitwirkung dazu, daß der Graf Philipp von Mansfeld mit Personen, welche der Schiffahrt kundig wären, in die Elbherzogtümer kommen möchte, und wies ihn für die Zeit seiner Abwesenheit an Aldringer in Itzehoe. An diesem in Aussicht genommenen Seekriege sollten sich auch die norddeutschen Seestädte mit eigenen Kriegsschiffen beteiligen, denn Wallenstein „wollte sich gern aufs Jahr stark auf der See befinden".[1] Den Kaiser gewann der General leicht für diesen Vernichtungskrieg gegen den König von Dänemark. Noch vor seiner Ankunft in Prag stellte er ihm vor: „E. M. werden, wenn Sie diese Inseln haben, desto leichter ihm den Rest nehmen können".[2]

Später erhielt Arnim sogar den Auftrag, für die Wahl Ferdinands II. zum Könige in Dänemark zu wirken. Wallenstein ließ dafür den Dänen ihre Religion und ihre Freiheiten gewährleisten, suchte sie aber zugleich durch die Drohung zu schrecken, daß sie im Fall der Eroberung ihrer Länder Leibeigene werden würden: Für diese Bemühungen stellte er Arnim eine sehr hohe Belohnung in Aussicht.[3]

Diese vollständige Veränderung der Anschauungen über die Fortsetzung des Krieges gegen Dänemark tritt zuerst in jenen Wochen zu Tage, wo Wallensteins stürmischer Ehrgeiz die Erwerbung Mecklenburgs näher in's Auge faßte. Ganz erfüllt von der Hoffnung auf den Besitz dieses alten, unter den obwaltenden Umständen so bedeutungsvollen Reichslandes, erbat er sich, noch bevor der Kampf um die Elbherzogtümer zu Ende geführt war, Urlaub vom Kaiser, um einige Monate in der Heimat zuzubringen und hier in eigner Person Pläne zu fördern, deren Ausführung die Reichsverhältnisse einer gänzlichen Umgestaltung entgegenführen mußte.

Seine Reise führte ihn über Itzehoe, Elmshorn, Pinneberg, wo er mit Arnim über die mecklenburgischen Verhältnisse Rates pflog, nach Trittau. Hier ließ ihm der Rat der Stadt Hamburg ansehnliche Geschenke überreichen: kostbare Juwelen nebst einigen tausend Dukaten. Bei dieser Gelegenheit äußerte Wallenstein seine Meinung dahin, daß der König von Dänemark mit der Unterstützung Englands und der Generalstaaten den Krieg zur See fortsetzen würde, stellte aber auch seine Rückkehr nach

1) Förster 1. 129.

2) Chlumecky 63.

3) Förster I. a a. O. 162.

Norddeutschland für den nächsten März in Aussicht. Ferner erfuhren die hamburgischen Abgeordneten von ihm, daß Spanien für den Seekrieg 40 Kriegsschiffe senden würde, während der Kaiser zwölf und er selbst auf eigne Kosten zehn aufbringen wollte.

Im Mecklenburgischen gönnte er sich darauf einige Rasttage.[1]

Infolge der siegreichen Feldzüge der kaiserlichen Armee in Schlesien und Norddeutschland, welche alle Gemüter beschäftigten, hatte man im Reiche der großen Veränderung, welcher Ferdinand II. die böhmische Verfassung unterwarf, indem er das Land zu einer erblichen Monarchie machte, nur geringe Teilnahme erwiesen. Am 21. November ließ der Kaiser seine Gemahlin Eleonore zu Prag krönen, und am 25. Nov. empfing, nachdem Tags zuvor die Stände der böhmischen Länder dem Kaiser als ihrem regierenden Könige die Erbhuldigung geleistet hatten, der ungarische König Ferdinand III. auch die böhmische Krone. Die Krönung vollzog der Cardinalerzbischof von Prag Ernst v. Harrach. Bei den Feierlichkeiten wurde großer Prunk entfaltet.[2] Zu beiden Krönungen kam der Kaiser im festlichen Ornate, die kaiserliche Krone auf dem Haupte, das Scepter in der Rechten und in der Linken den Reichsapfel. An diesen Festlichkeiten nahmen außer den hohen böhmischen Landes- und Hofbeamten auch die Stände des Hauptlandes und der Nebenländer teil. Nur der größte böhmische Grundbesitzer, der kaiserliche Generalissimus und Oberst von Prag fehlte. Während er in größter Eile durch Mecklenburg bis nach Wittenburg gereist war, nahm Wallenstein hier und im Brandenburgischen einen auffällig langen Aufenthalt. Wir finden ihn am 15. Nov. zu Fehrbellin und erst am 26. Nov. in Sommerfeld. Allein in Frankfurt a. d. O. verweilte er vier Tage.

War es nun ausschließlich oder hauptsächlich die Sorge für die Besetzung Mecklenburgs und Pommerns und die Einquartierung in Brandenburg, welche Wallenstein veranlaßte, gerade in diesen Tagen seinen Aufenthalt in der Mark so lange auszudehnen, oder wünschte der General den Festlichkeiten in Prag, besonders aber der Erbhuldigung auszuweichen? Eine genügende und für die Beurteilung Wallensteins sehr wertvolle Erklärung würde dieser lange Aufenthalt in der Mark finden, wenn wir einer Mitteilung des englischen Gesandten Anstruther

1) Wir finden ihn vom 9.—11. Nov. in Wittenburg, s. Förster 1, 130—133. Hier schrieb Wallenstein den von Förster a. a. O. S. 160, 161 mit falscher Tagesangabe abgedruckten Brief an Arnim und den von Chlumecky 62 veröffentlichten an Collalto.

2) Böhmische Crönungs Relation .... Gedruckt zu Prag durch Paul Sessy. Anno 1627, 4. 10 Bll.

Glauben ſchenken dürften, daß der böhmiſche Adel die Botſchaft an den kaiſerlichen General gerichtet hatte, ſchleunigſt nach Böhmen zu kommen und ſeine mächtige Fürſprache bei dem Kaiſer für die Wahrung der alten Landesrechte, beſonders des Wahlrechts, einzulegen.[1] Sollte dieſe Nachricht durch andere Beweiſe ihre Beſtätigung erhalten, ſo hätte ſich Wallenſtein durch ſein auffälliges Verweilen in der Mark zugleich der Erfüllung der Bitte des katholiſchen böhmiſchen Adels und der Erbhuldigung entzogen.

Der Einzug der Kaiſerlichen in Pommern.

Der Herzog Bogislav XIV. von Pommern hatte nach einer Reihe von raſch aufeinander folgenden Todesfällen in ſeinem Hauſe ganz Pommern mit dem ehemaligen Bistum Cammin in ſeiner Hand vereinigt. Er war im Jahre 1580 geboren und alſo damals 47 Jahre alt. Bei dem Tode ſeines Vaters, des Herzogs Bogislav XIII. von Stettin (1606) befand er ſich gerade auf ſeiner großen europäiſchen Bildungsreiſe; als dritter nachgelaſſener Sohn hatte er damals ſehr geringe Ausſichten, auch nur ſeinem Vater dereinſt in der Herſchaft über Stettin zu folgen. Während dem letzteren ſein älteſter Sohn Philipp II. nachfolgte, erhielt der zweite Sohn Franz das Bistum Cammin, und Bogislav XIV. lebte Jahre lang und zwar auch noch nach ſeiner Verheiratung mit der Prinzeſſin Eliſabeth von Schleswig-Holſtein-Sonderburg in Rügenwalde. Die drei herzoglichen Brüder waren alle verheiratet, blieben aber alle kinderlos. Als daher Philipp II. im Jahre 1618 verſtarb, folgte ihm Herzog Franz, der aber ſeinen älteren Bruder nicht einmal drei volle Jahre überlebte. So kam Bogislav XIV. im Jahre 1620 zur Regierung im Herzogtum Stettin, trat aber ſeinem jüngeren Bruder Ulrich das Bistum Cammin, ferner auch Rügenwalde und Bukow ab. Allein auch dieſer Bruder, der mit einer Tochter des Herzogs Heinrich Julius von Braunſchweig-

---

1) Therefore they hope his Matie will not alter the ancient rights and priviledges of the Nobility and Estate of that Kingdome, who are willing (by voices) to elect and make choice of his sonne, to be their King, soe that there be an Act made for that purpose, according to the ancient custome of that Kingdome and the coronation of Kings. And for this cause, some dislike their is. The Nobility have sent to Wallestein, who hath in his possession neere a third part of that Kingdome in his owne handes, to desire him, that he would haste thither, and interceade with the Emperor, for the preservacion of their ancient liberties, wherein his parte and interest is greatest. Anſtruther an Lord Conway, Hamburg 5. Okt. a. St.

Wolfenbüttel in kinderloſer Ehe lebte, verſtarb bereits im Jahre 1622, worauf Bogislav die ihm überwieſenen Gebiete mit ſeinem Herzogtume vereinigte und ſeinem väterlichen Oheime, dem Herzoge von Wolgaſt Philipp Julius, die Nachfolge im Bistum Cammin als Koadjutor zuſichern ließ.[1] Dieſer Herzog von Wolgaſt war ein aufopferungsvoller Freund der Wiſſenſchaften und Künſte, und hat ſich beſonders als Mäcen des augsburgiſchen Patriziers Hainhofer einen Namen gemacht. Man rühmte ihm ferner nach ſeinem Tode nicht nur ein treues Gedächtnis, ſondern auch gutes Urteil nach. Er wurde auch ſeiner Leutſeligkeit wegen geliebt. Allein ſeine künſtleriſchen und antiquariſchen Neigungen und ein wenig geordneter Haushalt ſtürzten ihn in Schulden, aus denen er ſich vermittelſt der Einkünfte ſeines Landes nicht mehr zu retten vermochte. Die leidenſchaftliche Art, in welcher dieſer talentvolle Fürſt ſeine Autorität geltend zu machen liebte, verwickelte ihn in einen langen und erbitterten Kampf mit ſeiner Stadt Stralſund, der erſt im Jahre 1615 durch einen Erbvergleich beendet wurde. Der Herzog hatte ſich in dieſen Streitigkeiten, um ſeinen Einfluß in der Stadt zu erhöhen, auf die Seite der Gemeinde geſtellt; beim Friedensſchluſſe hatte er dem Rate das Zugeſtändnis machen müſſen, daß die Stadt von jeder Beläſtigung durch fremdes Kriegsvolk frei bleiben ſollte. Infolgedeſſen wurden von derſelben nicht einmal die im Jahre 1623 geworbenen Kreistruppen aufgenommen. Indeſſen kam es zwiſchen dem Herzoge und der Stadt auch nach dem Abſchluſſe des Erbvergleichs noch einmal zu Zwiſtigkeiten, welche in der Entziehung eines der Stadt gehörigen Pfandgutes ihren Grund hatten. In den letzten Jahren ſeiner Regierung war die Ebbe in den Kaſſen des Herzogs ſo bedeutend, daß er ſogar die Verpfändung der Inſel Rügen an Chriſtian IV. durchzuſetzen beſtrebt war. Für 150000 Thlr. wollte er dieſelbe an Chriſtian IV. abtreten. Nur die Weigerung des letzten Agnaten, den ſchmählichen Handel durch ſeine Namensunterſchrift zur Durchführung bringen zu helfen, verhinderte den Abſchluß des Geſchäfts.

Nach dem kinderloſen Tode des Herzogs Philipp Julius fiel ſein Herzogtum Wolgaſt an ſeinen Neffen Bogislav XIV. von Stettin. Die herzogliche Gewalt aber wurde nach der Vereinigung beider Herzogtümer und des Bistums Cammin in einer Hand in keiner erheblichen

1) Vgl. hierzu: Die Perſonalien und Leichen-Prozeſſionen der Herzöge von Pommern . . . aus den Jahren von 1560—1663. Geſammelt von Ulr. Grafen Behr Negendanck-Semlow . . . und Julius Frh. v. Bohlen-Bohlendorf. Halle 1869. 268—306, 361—401, 417—476, 514—592.

Weise verstärkt. Beide Herzogtümer behielten ihre gesonderte Landesverwaltung, ein Vorschlag der Stadt Stralsund, wenigstens eine gemeinsame Ständeversamlung einzurichten, war an dem Widerspruche des Adels gescheitert. Die althergebrachte gegenseitige Erbitterung des Adels und der Städte vermochte der Landesherr nicht zu mildern.

Bogislav XIV. hätte wol auch keine andere politische Haltung, als die der schwächlichsten Neutralität einzunehmen vermocht, wenn er die Aussicht gehabt hätte, daß sein Herzogtum einst auf Leibeserben übergehen würde. Eine mit Ausschweifungen grobsinnlicher Art in enger Verbindung stehende Schlaffheit trug die Schuld daran, daß er überhaupt den sich bekämpfenden Parteien eine nur sehr geringe Teilnahme widmete. Über seine durchaus östreichische, kaisertreue politische Haltung, die in den letzten Monaten noch zaghafter geworden war, hat niemals in Wien selbst ein Zweifel obgewaltet.

Freilich bestand auch sein Unglück darin, daß er den Anspruch des Kaisers, die Küsten und Festungen sowie die Oder mit seinen eignen Streitkräften gegen jeden unvorhergesehenen Einfall zu schützen, nicht erfüllen konnte, und daß er daher schon vor der Entscheidung in den überelbischen Herzogtümern des ihm vom Kaiser in Aussicht gestellten Schutzes durch Wallensteins Armee gewärtig sein mußte. Aber derselbe Kaiser erteilte ihm wenigstens das Versprechen, daß man seines treuesten Gehorsams auch dann eingedenk bleiben würde. Der Herzog ließ die Lehnpferde einberufen, von jeder Regierung 600 M. Fußvolk aufstellen, sicherte Stettin den freien Verkehr auf der Oder und belegte einige damals für wichtig gehaltene Grenzorte wie Demmin, Triebsees und Damgarten mit einiger Besatzung. Allein nicht einmal die flüchtigen Weimaraner hatte man von den Landesgrenzen zurückzuweisen vermocht.

Das von dem hansischen Wecker in Umlauf gebrachte Witzwort, Herzog Bogislav habe sich nur dadurch gegen den Kaiser versündigt, daß er des Kaisers Gesundheit in stettinischem Bitterbier und nicht in Wein getrunken, ist allbekannt geworden. Später nahmen viele seiner pommerischen Unterthanen in den Regimentern des Kaisers Dienste. Einer der habgierigsten Obersten jener Zeit, Hebron, war in Stargard geboren; seine Besitzungen (Carstenitz, Damnitz und Bentzin) lagen in der Nähe von Stolpe.[1]

Schon vor dem Einmarsche der Kaiserlichen war der Herzog von Wallensteins bedrohlicher Sprache sehr eingeschüchtert worden. Als er

1) Hannecke, Dr Rud., Cosmus von Simmerns Bericht, Baltische Studien, Jahrg. 40, S. 3[illegible].

Miene machte, dem aus Polen zurückkehrenden kaiserlichen Volke des Herzogs von Holstein die Erlaubnis zum Durchmarsche zu verweigern, forderte ihn der kaiserliche General auf, so zu handeln, daß er es bei dem Reiche verantworten könne, und war besonders auch ergrimmt auf die herzoglichen Räte.[1]

Auf einer Landesversammlung zu Wolgast erhielt Herzog Bogislav in der ersten Novemberwoche 1627 genauere Nachricht von dem auch ihm bevorstehenden Unheil der Einquartierung, welche er Arnim für eine Summe von 40—60000 Thlr. hatte abkaufen wollen. Er eilte daher mit kleinem Gefolge nach dem der mecklenburgischen Grenze benachbarten Franzburg, wo ihn am 12. Nov. der kaiserliche Oberstlieutenant Bindauf mit der Botschaft überraschte, daß er zehn Regimenter kaiserliches Volk in sein Land aufzunehmen habe.

Denn Wallenstein hatte diesen lutherischen Oberstlieutenant von Pinneberg aus zunächst an Arnim entsendet, der ihn mit weiteren Vollmachten zur Reise nach Pommern versehen sollte. Die ihm von Wallenstein und Arnim erteilten Aufträge bezeichnete der treuherzige Kursachse selbst als eine odiöse Commission, die ihm wenig goldne Ketten eintragen dürfte, denn er empfand damals ein sehr starkes Mißbehagen an seinem kaiserlichen Dienste. Er schrieb an seinen Landesherrn: „Bei uns sind die Leute wunderlich", und klagte ihm, „daß er nicht mehr wisse, ob er Commissar oder Oberstlieutenant sei".[2]

Der Herzog suchte Bindaufs Forderung mit dem Hinweise auf die unerläßliche Zustimmung der Landstände abzulehnen und berief dieselben schleunigst nach Wolgast.

Allein schon am 14. Nov. erschien noch ein zweiter kaiserlicher Oberst Götz in Franzburg, dem in der Nacht Arnim selbst folgte. Götz begründete seine Forderungen ausdrücklich damit, daß das Land nicht in der Verfassung sei, dem Angriffe einer feindlichen Macht — er hatte dabei offenbar Schweden im Sinne — Widerstand zu leisten. Dem vereinten Andringen dieser drei kaiserlichen Offiziere, von denen der zuerst genannte ein lutherischer Kursachse, die beiden andern lutherische Kurbrandenburger waren, erlag der Herzog Bogislav sehr bald und erteilte seine Genehmigung zur Einquartierung der kaiserlichen Regimenter. Schon am 16. Nov. ordnete ein Erlaß des Herzogs die notwendigen Vorbereitungen zur

1) Wallensteins Brief an Arnim, Wandsbeck, 6. Nov. bei Förster 1. 128. Vgl. dazu Rudel, Dr., Die Lage Pommerns vom Beginn des dreißigjährigen Krieges bis zum Eintreffen Gustav Adolfs (1620—1630). Balt. Studien 40, 83 ff.

2) K. H. St.-A. in Dresden.

Aufnahme von acht Regimentern an. Schleunigst entbot nun der Herzog auch die Landstände von Wolgast nach Franzburg, um mit ihrem Beirat wenigstens die näheren Bedingungen der Aufnahme der Kaiserlichen festzusetzen.

Während die Regimenter bereits aus Mecklenburg heranrückten, schloß der Herzog mit den kaiserlichen Offizieren den Vertrag von Franzburg (20. Nov.)[1], nach welchem das flache Land vor der Hand frei von Einquartierung bleiben, alle mit Mauern umgebenen Städte aber mit Ausnahme von Wolgast, Stettin, Damm und Cöslin besetzt werden sollten. Nach der ersten Bestimmung dieses Vertrages durfte während der Einquartierung nicht das Geringste gegen den Religionsfrieden vorgenommen, und keine andere Religionsübung, als die bestehende, öffentlich im Lande zugelassen werden. Der Herzog wollte nur deutsches oder wenigstens zum größten Teil deutsches Volk einnehmen. Die ganze Bestimmung und Anweisung der Quartiere blieb dem Landesherrn ausschließlich vorbehalten, ohne seine Zustimmung sollte auch keine Veränderung in der Einquartierung getroffen werden. Durch sehr eingehende Bestimmungen hoffte der Herzog den freien Verkehr und Handel zu Wasser und zu Lande sowie die Sicherheit der Person und des Eigentums zu wahren. Arnim versprach ferner ausdrücklich, den Landesherrn in der Ausübung seiner Hoheitsrechte unangefochten zu lassen. Außer den genannten Residenzstädten und Höfen waren die herzoglichen Tafelgüter und Ämter sowie die adligen Rittersitze in Dörfern und offnen Flecken frei von Einquartierung, doch wurden die Unterthanen den Kriegssteuern unterworfen. Dieser ganze Vertrag galt freilich in seinen Hauptpunkten zunächst nur für den wolgastischen Teil des Herzogtums, doch vollzog die stettinische Landschaft ihren Zutritt bald darauf. Arnim machte sich anheischig, die Bestätigung seiner Bedingungen durch Wallenstein innerhalb sechs Wochen herbeizuführen, was jedoch ebenso wenig geschehen ist, wie in früheren ähnlichen Fällen. Die ganze militärische Besetzung des Landes wurde von den Kaiserlichen als Einzug in die Winterquartiere bezeichnet, von dem Herzoge und seinen Räten aber ganz anders beurteilt. Diese fürchteten offenbar schon jetzt, daß das Land demnächst zum Kriegsschauplatze gemacht werden dürfte: sonst würde man wol die Bestimmung nicht in den Vertrag aufgenommen haben, daß die Türme, Mauern, Wälle und Brücken in den Städten in ihrem Bestand gelassen und ohne Zustimmung des Herzogs oder der städtischen Verwaltungen nichts an denselben gebaut oder niedergerissen werden sollte.

---

1) Einen Abdruck dieses Vertrages enthalten die Beilagen des Gründlichen Berichtes 7—15. Vgl. Rudel a. a. O. 92 ff.

Die Stadt Stralsund glaubte sich durch ihre Verträge mit den Landesherren gegen eine Einquartierung landesherrlicher Truppen gesichert zu haben und mußte also, als die Absichten der Kaiserlichen auf die Ostseeküste allmählich ruchbar wurden, einen um so größeren Wert auf die Befreiung von den Kaiserlichen legen. Im Jahre 1626 hatte sie sich sogar ebenso wie Greifswald die Musterung der von ihr zum Landesaufgebot gestellten Truppen durch herzogliche Offiziere verbeten. Und da sie sich zur Aufbringung der Landessteuern bereit erklärt hatte, mußte der großen Mehrzahl der Bürger die später geforderte Aufnahme von kaiserlichen Truppen oder eine besondere Entschädigung dafür als eine doppelte Belastung erscheinen.

Die Stadt gehörte damals sicherlich zu den wohlhabendsten Gemeinwesen des Herzogtums, obgleich die Mittel, welcher der Gemeinde als solcher zustanden, nur mäßige waren. Denn wenn sie auch wirklich im Ganzen 2400 Häuser zählte, so waren doch unter diesen nur 600 stattlichere Giebelhäuser, während die übrigen als Querhäuser und Keller bezeichnet werden. Nur von 800 Häusern (Erben) war man im Jahre 1626 imstande, die Löhnung für die von der Stadt Geworbenen einzuziehen. Sehr bedeutend war die Schiffahrt der Stadt: vor der Belagerung sollen die Bürger gegen 300 Handelsfahrzeuge jeder Art besessen haben, von denen aber nach Verlauf der ersten Monate der Belagerung nur noch der dritte Teil vorhanden war. Ausgeführt wurde hauptsächlich Getreide und Wolle. Auch Kriegsfahrzeuge hatte die Stadt ausgerüstet und zwar im Ganzen acht, ein sogenanntes Orlogschiff mit vier Geschützen und 30 M. Besatzung, eine Kriegsschute mit zwei Geschützen und 12 M. und sechs Schaluppen, von denen jede vier metallene Falkonette und sechs M. Besatzung führte.[1] Noch nach der Belagerung konnte die Stadt eine Bürgerwehr von sieben Kompagnien zu je 350 M. stellen.

Zur eigentlichen Stadt gehörten vier Vorstädte, in denen sich zahlreiche Gärten mit Landhäusern befanden; ziemlich nahe an dieselben heran reichten schützende Seen und Moräste. Der erst später mit einem Pfahlwerk versehene Hafen besaß zwei Hauptzugänge in dem Gellen und dem neuen Tiefe. In unmittelbarer Nähe des Hafens und zwar im Nordosten der Stadt lag die Insel Dänholm, damals mit Eichen bestanden, die aber während der Kriegszeit stark gelichtet wurden. Auf dem Dänholm hatte die städtische Besatzung ein geschlossenes Schanzwerk errichtet, von dem

1) Vgl. den Bericht des niederländischen Agenten Carl v. Cracau über Stralsund aus dem Jahre 1629 bei Fock Bd. 6, 501 ff. und hierzu Dr. Kosegarten, Das Friedländische Kriegsvolk zu Greifswald in den Jahren 1627—1631 im Band 15, 1. H. der Baltischen Studien 54—56.

aus man die Küsten und Teile des Hafens mit schwerem Geschütz bestreichen konnte.

Nach dem Vertrage von Franzburg war Stralsund nicht ausdrücklich von der Einquartierung befreit, was die von dem Herzoge selbst herangezogenen Bürgermeister Steinwich und Quilow in große Unruhe versetzen mochte. Da ließ Arnim noch vor dem Abschlusse des Vertrags die beiden städtischen Vertreter zu sich kommen und setzte sie davon in Kenntnis, daß ihre Stadt, wenn sie vor Einquartierung gesichert bleiben wollte, dasselbe bei der Armee thun müßte, wozu sich angeblich Rostock erboten hatte. Jedenfalls hat Arnim ihnen dabei auch die in Anspruch genommene Summe, nämlich 150000 Rthlr., genannt. Die sundischen Bürgermeister nahmen nun zwar das Zugeständnis der in Aussicht gestellten Befreiung mit Dank entgegen, boten aber eine erheblich niedrigere Summe, nämlich höchstens 100000 Rthlr. Bei dieser Gelegenheit werden sie den passenden Augenblick benutzt haben, um Arnims persönliche Gunst durch ein Geschenk von 1000 Reichsthalern zu gewinnen. Arnim forderte jedoch eine schriftliche Erklärung, welche die Bürgermeister Tags darauf einreichten (10./20. Nov.). An demselben Tage also, an welchem Arnim den die Stadt Stralsund von der Einquartierung nicht ausschließenden Vertrag von Franzburg genehmigte, wurde derselbe von den beiden Bürgermeistern ersucht, bei Wallenstein darauf hinzuwirken, daß die Stadt nicht allein mit der Einquartierung verschont, sondern auch „die Geldsumme unter die 100000 Rthlr. auf ein Gewisses angeschlagen, und ein Mehreres ihr nicht angestellet werde."[1]

Diese Sonderverhandlungen der sundischen Abgeordneten hatten aber bei dem Herzoge und seinen Räten Befremden erregt, so daß der Oberst den herzoglichen Beamten ausdrücklich mitteilte, daß *er* die Bürgermeister zu sprechen begehrt habe, nicht aber diese ihn. Und dabei sprach er zugleich den revolutionären Grundsatz aus, welchem er sowol wie sein General in diesen Quartierangelegenheiten folgten: „kein Fürst des Reichs oder J. F. G. könne der kaiserlichen Armee verwehren, daß dieselbe mit einem Stande oder einer Stadt des Landes sonderbar tractire," und wies darauf hin, daß er auch mit Stettin besondere Verhandlungen anknüpfen werde, welches doch vertragsmäßig von der Einquartierung ausgeschlossen bleiben sollte.[2] Und trotzdem legte Arnim, nachdem er die schriftliche Versicherung der Stadtvertreter in Empfang genommen hatte,

1) Relation der nach Franzburg abgeordneten beiden Bürgermeister Steinwich und Quilow bei *Dinnies*, Nachrichten Bd. IV, S. 3—6 und *Neubur*, Gesch. der Belagerung Stralsunds 184 ff.

2) Nach der Relation der beiden genannten Bürgermeister.

in welcher diese die Stadt, wenn auch nicht zur Zahlung von 100000 Thalern, so doch von 70000 oder 80000 Thalern in erträglichen Terminen verpflichteten, noch an demselben 20. Nov. die Anordnung der ganzen Einquartierung und besonders auch in Stralsund in die Hände des Herzogs und seiner Regierung, ohne die von den Bürgermeistern ausgestellte Verpflichtung zurückzugeben. Die letzteren wurden darauf von Arnim ausdrücklich an den Herzog und seine Räte gewiesen und gingen mit ihrem Landesherren noch ein besonderes Abkommen ein, in welchem sich dieser anheischig machte, durch seine Fürsprache bei Arnim die Befreiung der Stadt durchzusetzen, während sich die Bürgermeister damit einverstanden erklärten, daß die Stadt die Kosten der Landeseinquartierung nach dem auf sie fallenden Teilbetrage, welcher auf dem nächsten Landtage zu Wolgast bestimmt werden sollte, mitzutragen habe.[1] Dieses Abkommen übersendeten die herzoglichen Räte zugleich mit dem Einquartierungsvertrage an Arnim, welcher erwiderte, daß zu diesen Abmachungen Wallensteins Genehmigung eingeholt werden müsse.

Der Insel Rügen war in den Verhandlungen dem Anschein nach nicht ausdrücklich gedacht worden, und da sie keine ummauerten Städte enthielt, hätte sie wenigstens nach den Anschauungen des Rates von Stralsund frei bleiben sollen.

Eine nähere Kenntnis von den Unterhandlungen Arnims mit Rostock besaßen die sundischen Bürgermeister in jenen Tagen nicht. Erst geraume Zeit später erfuhr man in Stralsund durch den nach Rostock entsendeten Protonotarius Vahl,[2] daß die Stadt zwar anfangs von Tilly und Wallenstein der Befreiung von Einquartierung vertröstet worden war, daß sie aber später Arnim trotzdem gefordert hatte. Darauf waren ihm von der Stadt 14000 und dann noch einmal 10000 Thaler gezahlt worden. In der über die erste Summe ausgestellten Quittung bekannte der Oberst, daß die Stadt ihm „zur Abwendung der anbegehrten Einquartierung der unter uns genommenen Abrede nach auf die Summe, so sie mir präsentiert und ferner bei dem kaiserlichen General zu behandeln verhoffen," die Zahlung geleistet hatte. Eine andere Versicherung, als diejenige ist, welche allenfalls aus dieser Quittung herausgelesen werden kann, hatte Arnim Rostock nicht erteilt.

1) Dieser Vergleich ist in den Beilagen des Gründlichen . . Berichts S. 5 f. abgedruckt.

2) Relation des nach Rostock abgefertigten Protonotarius Johann Vahl in senatu abgestattet am 7. Jan. 1628 (a. St.). Eine Erörterung der Beschlüsse der Landtage von Wolgast und von Stettin im Dez. 1627 findet sich in dem erwähnten Aufsatze Rudels (Balt. Studien J. 40. 102 ff.)

Geradezu gewaltsam verfuhr der lutherische Oberst mit dem durch die Bestimmungen des Vertrages von Franzburg befreiten Stettin. Die ersten Gesandten, welche gegen seine Forderung der Aufnahme einiger Regimenter Einspruch erheben wollten, wurden von ihm nicht vorgelassen. Und als sich darauf eine zahlreichere Gesandtschaft, in welcher sich auch ein Vertreter des Herzogs befand, einstellte, fand sie erst nach dreitägigem Warten bei ihm Gehör, und da ihm ihre Vollmachten nicht genügten, nahm Arnim ohne Weiteres den Bürgermeister Enselihn und den Syndikus Schreiner in Verhaft und sendete die übrigen Mitglieder zurück, um sich ihre Befugnisse erweitern zu lassen. Darauf bot die Stadt für die Zusicherung ihrer Befreiung 50000 Rthlr., während Arnim das Doppelte forderte. Bald nahm der Geldbedürftige jedoch auch die geringere Summe unter dem Vorbehalte der Genehmigung Wallensteins an, zwang aber die Stadt noch, dem Regiment des Fours, welches sie bis dahin aus nächster Nähe bedroht hatte, 3412 Thlr. für den Abzug zu zahlen.[1]

Dieses Verfahren gegen Stettin erscheint um so gewaltsamer, als der Herzog damals gewöhnlich in der Stadt sein Hoflager hielt und sie gerade aus diesem Grunde befreit wissen wollte.

Vergeblich wartete Stralsund einige Wochen auf die von Arnim in Aussicht gestellte Genehmigung ihrer Zusicherungen durch Wallenstein, bis der Rat endlich (7./17. Dez.) ausdrücklich bei dem letzteren vorstellig wurde, daß die Stadt vor Einquartierung und aller Gefahr versichert, und die Kriegsleute von ihren und der Ihrigen Gütern so viel immer möglich abgeführt werden möchten, ohne indessen einen Bescheid auf sein Gesuch zu erhalten.

Wie weit Wallenstein mit den einzelnen arglistigen und gewaltsamen Maßregeln Arnims einverstanden gewesen ist, dürfte schwer zu ergründen sein: den Zweck derselben billigte er durchaus. Er erklärte Arnim, „daß der Herr vermeint, daß die von Stralsund und Stettin das geben werden, wie die von Rostock, ich contentir mich, aber der Herr sehe, daß [es] nur bald geschieht".[2] Mit den Kriegssteuern der beiden pommerischen Städte gedachte Wallenstein später hauptsächtlich die kaiserlichen Besatzungen in den Hafenplätzen zu unterhalten, während er die eigentliche Landessteuer auf die zu begründende Flotte verwenden wollte. Wie schwierig es aber war, diese Landessteuer bei den übermäßigen militärischen Einquartierungslasten beizutreiben, beweist der Umstand, daß die Zahlungen im Anfange

1) Relation des nach Stettin abgeordneten Secretarii Joachim v. Braun vom 22. Jan./1. Febr. in Neubur's Beytrag zu der Gesch. des dreißigjähr. Krieges, Beyl. 194 ff.

2) Wallenstein an Arnim, Leutschin 6. Jan. 1828. Förster 1. S. 262.

des April 1628 noch nicht einmal begonnen hatten, so daß Wallenstein die Gesandten des Herzogs ziemlich scharf „katechisierte".[1]

Von der allgemeinen Landeskriegssteuer wollte sich Stralsund durch die Zahlung einer bestimmten Summe oder eines feststehenden Teilbetrages befreien. Allein auf dem Landtage zu Wolgast wurde ausdrücklich beschlossen, daß die sundischen Bürger und Einwohner die Kriegssteuern wie alle anderen Städte zahlen sollten, und daß die Stadt außerdem für die Befreiung 50000 Thlr. in den allgemeinen Landkasten zu entrichten habe.

Die Besatzung des stettinischen Landesteils und des Stiftes Cammin betrug angeblich gegen das Ende des Jahres 42 Kompagnien, die des wolgastischen Teiles wurde ungefähr ebenso hoch geschätzt. In der später verfaßten amtlichen Beschwerdeschrift finden sich jedoch weit höhere Angaben: nach diesen sollen damals nicht weniger als zwanzig Regimenter oder 163 Comp. und 17 Stäbe, im Ganzen etwa 31500 M. z. F. und 7540 M. z. R. von dem Herzogtume Besitz ergriffen haben.[2] Die Stadt Greifswald wurde dem Obersten Johannes Wratislaus v. Pernstein überwiesen, dessen Oberstlieutenant der berüchtigte Graf v. Porcia war. Der Tafel dieses Obersten wurden vom Ende Nov. 1627 bis in den Anfang des Monats März 1628 allein 3078 Thaler für Wein in Rechnung gestellt.[3]

Schon lange bevor jedoch die kaiserlichen Besatzungen von Mecklenburg her in ihre neuen Standquartiere eingerückt waren, hatten die östlichen Teile des Herzogtums die aus Polen zurückkehrenden Scharen des Herzogs Adolf v. Holstein, den Wallenstein sicherlich mit Absicht von dem Eroberungszuge in die Elbherzogtümer ausgeschlossen hatte, bedrängt. Der damals siebenundzwanzigjährige Herzog befand sich nicht in Person bei den Truppen, sondern zog denselben meist unter fremdem Namen und Charakter voraus. Nach einiger Zeit entfernte sich auch der Oberstlieutenant v. Schlez von denselben, so daß das Regiment unter dem Befehle des Oberstquartiermeisters marschierte. Der Herzog gab die Stärke seines Volkes auf etwa 4000 M. an, doch ist die Zahl der Kampffähigen erheblich geringer gewesen.[4] Als der Grund seiner Zurücksendung wurde angegeben, daß man ihn in Polen mit polnischem anstatt mit deutschem Gelde, wie es ursprünglich festgesetzt war, bezahlt hatte. Doch wollte

1) Vgl. Förster 1. S. 291, 324.

2) Dreijährige Drangsal, Beil. 11.

3) Vgl. hierüber Kosegarten, Das Friedländische Kriegsvolk zu Greifswald in den Balt. Studien, Jahrg. 15, H. 1, S. 109 ff., 121, 126.

4) Nähere Nachrichten über den Zug enthält der Aufsatz Rudels, Balt. Studien, Bd. 40, 87 ff.

man auch wissen, daß er mit dem polnischen General Koniecpolsky in Streit wegen des Oberbefehls gekommen wäre. Am 7./17. Oktober brachen die Scharen von polnisch Stargard auf und nahmen ihren Weg über Lauenburg und Stolpe. Sie marschierten ungefähr täglich drei Meilen und hielten jeden dritten Tag Ruhetag; zu ihrer Unterbringung wurden täglich etwa dreißig Dörfer in Anspruch genommen. Da, wo diese Scharen nicht die Furcht und ihre eigne Schwäche zurückhielt, wurden dem herzoglichen Geleite und dem Landesaufgebote zum Trotz große Gewaltthaten verübt, und mehr als ein pommerisches Dorf ging in Rauch auf. Selbst im Brandenburgischen war man anfangs entschlossen, das Landvolk gegen dieselben aufzubieten, doch erklärte sich der Statthalter nicht damit einverstanden. Dagegen sendete der Markgraf Sigismund den Gardehauptmann Joachim Senff nach Pommern, um den Herzog Adolf von einem Einfalle in das Brandenburgische abzubringen.

Der herzogliche Oberst hatte aber wol von vornherein Befehl, seinen Winteraufenthalt auf der Insel Rügen zu nehmen, und die Truppen schlugen daher die Richtung auf Stettin ein. Man hatte ihnen zwar anfangs den Durchzug durch die Hauptstadt Pommerns geradezu verweigert, endlich aber unter gewissen Bedingungen doch gewährt. Sie durften die Stadt nur mit dem Seitengewehr betreten und wurden in Abteilungen von 500 M. über die lange Brücke in die breite Straße und von da an das passow'sche Thor auf den Zoll geleitet, den die Stadt mit 300 Musketieren besetzt hatte. Bevor die ersten 500 M. nicht über das Stadtgebiet hinaus geführt waren, wurde dem folgenden Haufen nicht der Eintritt gewährt.

Vorher war die ganze Bürgerschaft Mann für Mann unter die Waffen gerufen worden; man hatte zwei Geschütze aufgefahren und „mit einer eisernen Kette die Straße bis an das Thor hinauf vermacht." Und zu noch größerer Sicherheit hatte man drei Tage vor der Durchführung bei Trommelschlag allen fremden Offizieren, Werbern und dem ledigen in der Stadt befindlichen Gesinde befohlen, die Stadt innerhalb Tagesfrist bis zum Sonnenuntergange zu verlassen. Aus dem Vertrage über die Verpflegung, welcher auf Veranlassung des Herzogs damals geschlossen wurde, geht hervor, daß die Truppen wenigstens in der Umgebung von Stettin keine Not gelitten haben können. Denn es wurden ihnen 21½ Ochse, 71 Schafe, 115 Gänse, 345 Hühner, 56 Tonnen Bier, 3200 Brote, 30 Drömet und 10 Achtel Butter geliefert. Nach diesen Vorbereitungen geleitete man den grotesken Zug Montags am 8. Nov. n. St. durch die Stadt. Er bestand aus 1361 Musketieren, 327 Pikenieren, 282 Reitern und Dragonern, hatte aber in seinem Gefolge 597 feile

Weiber z. F. und 300 Weiber derſelben Gattung, welche ein Unterkommen auf den 261 Gepäckwagen gefunden hatten, ſowie 100 Wagen voll Kranker. Den Schluß des Zuges bildete eine Rindviehherde von 150 Häuptern und Scharen von Schafen, Hühnern und Gänſen.[1]

Der brandenburgiſche Bevollmächtige Adam v. Winterfeld in Stettin gab dem Quartiermeiſter, um das Volk ohne große Koſten durch die nördlichen Teile der Uckermark zu bringen, eine Verehrung und erhielt dafür das Verſprechen, daß die Soldaten nur eine Nacht auf brandenburgiſchem Gebiete verweilen und von dem pommeriſchen Paſewalk aus verpflegt werden ſollten. Allein ſo ganz leichtes Kaufes wurde man der Eindringlinge in der Uckermark doch nicht wider los; ſelbſt in Prenzlau hegte man eine Zeit lang vor ihnen Beſorgniſſe. „Gott tröſte und ſtehe den elenden Leuten bei, die es betrifft", ſchrieb ein Berichterſtatter aus Prenzlau an den Kanzler Pruckmann in Berlin.

Indem er von Pommern Beſitz ergriff, lag Wallenſtein ſehr viel daran, den Feinden, beſonders Schweden, zuvorzukommen. Deshalb richtete er von Frankfurt aus noch eine ſehr dringliche Aufforderung an Arnim, ſich aller wichtigen Punkte und beſonders der Häfen zu bemächtigen, bevor den Einwohnern von irgend einer Seite her vergebliche Hoffnungen, durch Widerſtand der Einlagerung entgehen zu können, gemacht würden. Alle nur erreichbaren Schiffe ſollte Arnim anhalten, alle Häfen Pommerns, deren man damals 28 rechnete, ſollten befeſtigt werden.

Die Einquartierung der Kaiſerlichen im Kurfürſtentum Brandenburg.

Schon am 15./25. Okt. meldete Arnim dem Markgrafen Sigismund von Brandenburg, daß er ſich genötigt ſehe, die Priegnitz mit vier Regimentern zu Pf. und einem Regiment zu F. auf höchſtens vierzehn Tage zu beſetzen, und wenige Tage darauf machte Wallenſtein dem beſtürzten Statthalter von dem bevorſtehenden Winterlager in der Mark Mitteilung. Markgraf Sigismund erwiderte Wallenſtein ſofort,[2] daß der

1) K. G. St.-A. in Berlin. In Handelmanns Lebensbeſchreibung des Herzogs Adolf von Holſtein-Gottorp (Jahrb. für die Landeskunde der Herzogtümer Schleswig, Holſtein und Lauenburg, Bd. 8, 35 ff.) wird des Durchzugs durch Pommern nur kurz gedacht. Vgl. hierzu Rudel, Balt. Studien J. 40, 85—90.

2) Der Markgraf Sigismund an Wallenſtein, Cöln am 27. Okt./6. Nov. auf ein Schreiben des letzteren aus dem Feldlager bei Rendsburg vom 29. Okt. K. G. St.-A. in Berlin.

unfehlbare gänzliche Verderb der Mark die Folge dieser Einlagerung sein würde, wenn man sie nicht mildern wollte. So hoch er immer bitten konnte, ersuchte er ihn, wenigstens die Neumark nicht so hoch zu belegen und die der Residenz am nächsten gelegenen drei Kreise gänzlich zu verschonen. Der Statthalter wollte ferner die Kaiserlichen mit Verpflegung aufnehmen, während Wallenstein angeordnet hatte, daß die von Barmitteln gänzlich entblößten Kreise die förmliche Löhnung übernehmen sollten. Von vornherein verbat sich der Statthalter bei Arnim die Einlagerung des Obersten Hebron und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf seinen brandenburgischen Patriotismus und wendete sich in dieser Angelegenheit auch noch, obwol mit demselben schlechten Erfolge, an Wallenstein.

Genauere Bestimmungen über die Höhe der Einquartierung traf Wallenstein selbst während seines auffällig langen viertägigen Aufenthaltes in Frankfurt a. d. O. vom 20. bis 24. Nov.[1] Nach demselben sollten 42 Kompagnien Reiter und 30 Fähnlein Fußvolk in der Prieguitz, der Ucker- und der Neumark und den zugehörigen Kreisen ihr Winterlager halten. Außerdem freilich mußte man 18 Komp. zu F. und 7 Komp. R. in die Altmark aufnehmen, und zu diesen letzteren kamen dann noch Pappenheims Scharen, als sie von Wolfenbüttel abgeführt wurden. Die Regimenter, welche im Kurfürstentum untergebracht werden mußten, wurden von Wallenstein bestimmt. Zu den näheren Verhandlungen über die Höhe des Soldes und andere besondere Einquartierungsfragen hatte der Statthalter den Kammerjunker Kurt Bertram v. Pfuel nach Frankfurt a. O. entsendet, der aber von Wallenstein gar nicht vorgelassen wurde, sondern seine Gesuche durch die Vermittelung des jungen Fürsten Ernst von Anhalt einreichen mußte. Die Regierung war mit den Erfolgen seiner Unterhandlungen sehr wenig zufrieden, besonders weil ihr die monatliche Löhnung zu hoch erschien, denn Wallenstein forderte für den Musketier monatlich sieben, für den Arkebusier zwölf und für den Kürassier fünfzehn Gulden. Nach diesen Sätzen berechnete die Regierung die halbjährlichen Kosten der Einquartierung auf 600000 Thlr., und so viel Geld befand sich nach ihrer Meinung nicht im ganzen Lande.

---

1) Das in Försters Samlung Bd. 1, 123—124 abgedruckte Schreiben Wall.'s an Arnim ist falsch datiert: der Brief ist vom 20. Nov. Auch die Tagesangaben des vorausgehenden und des folgenden Briefes sind unrichtig. Hierdurch sind die zahlreichen Briefe aus Frankfurt von einander getrennt worden, vgl. Förster 1, 142—155. Ebenso wenig ist der in Chlumecky's Samlung S. 61. 62 befindliche Brief vom 2. Nov, sondern vom 2. Dez. wie der auf S. 68 abgedruckte.

In einem ausführlichen Berichte an den Kurfürsten[1] vom 3./13. Dez. schätzten die Räte die bereits im Lande liegenden Mannschaften der Kaiserlichen auf 41 Fähnlein zu R. und 28 Komp. z. F. oder auf etwa 9500 M. Nur die Residenzen und die Festungen blieben frei von Besatzung: doch wurden die ersteren sehr bald mit Kriegssteuern belegt. Der Kurfürst beklagte sich nach einigen Monaten darüber, daß selbst Berlin, der Aufenthaltsort seiner Gemahlin und seiner Kinder, monatlich mehr als einige Tausend Reichsthaler zahlen mußte. Um Weihnachten herum wurde die kaiserliche Besatzung bereits auf hundert Kompagnien angegeben, denn Arnim ließ es bei Wallensteins Bestimmungen nicht bewenden, sondern erhöhte die Anzahl der Kompagnien nach Belieben. Ja er gab sogar persönlich ein schlimmes Beispiel. Während er eigentlich in die Uckermark nur neun Komp., sechs eigene und drei des Herzogs Franz Albrecht zu Sachsen führen sollte, erschien er mit einem Regiment z. R. und einem z. F.[2]

Jedenfalls um Pommern und Mecklenburg ziemlich gleich nahe zu sein, wählte Arnim für diesen Winter Prenzlau zu seinem Hauptquartier,[3] während der Oberstwachtmeister Lorenzo del Maestro mit dem Stabe des Generals das seinige in Frankfurt a. d. O. aufschlug. Der Einmarsch der Truppen selbst, auf den man nicht hinlänglich vorbereitet war, ging unter entsetzlichen Gewaltthaten von statten, da der Befehl Sigismunds, daß niemand sein Haus leer stehen lassen sollte, an zahlreichen Orten ganz ohne Wirkung geblieben war. Denn schon die Erinnerung an das, was man im August bei Wallensteins Einmarsch hatte erdulden müssen, mochte viele von Haus und Hof verscheucht haben. Mit größter Entrüstung sprach sich der Statthalter gegen Wallenstein über die Greuelthaten während des Überfalls aus: „Sobald nur E. L. hinweggewesen, ists im Lande also zugangen, gehet auch noch stündlich also zu, daß es einen Stein in der Erde erbarmen möchte, daß es vor Menschen Augen nicht möglich scheinet, daß es das Land den Winter über auszudauern Vermögens sein sollte!" Das Regiment des Obersten des Fours zog unter dem Rittmeister Fiolette auf Arnims Befehl in die Quartiere des Torquato Conti, der zur Zeit noch nicht eingerückt war, und dann auf die Weisung des

1) K. G. St.-A. in Berlin.

2) Markgraf Sigismund an Wallenstein, Cöln 20./30. Dez. 1627. K. G. St.-A. in Berlin. Der Brief ist die Antwort auf ein Schreiben Wallensteins an den Markgrafen vom 14./24. Dez.

3) Von den Aufenthaltsorten Arnims in diesen letzten Monaten haben wir aufgezeichnet: Güstrow 15./25. Okt.; Neubrandenburg 7./17. Nov.; Stettin 21. Nov./1. Dez.; Boizenburg 4./14 Dez.; Prenzlau 9./19. Dez.; Prenzlau 8./18. Jan. 1628.

Oberstwachtmeisters del Maestro wider an die Orte, aus denen es seinen Marsch genommen hatte, zurückkehren mußte. „Des Fangens, Spannens, Peinigens der Leute, die teils gebunden unter den Tischen wie die Hunde liegen und sich mit Füßen treten und stoßen lassen müssen, des Prügelns und Schlagens ist kein Ende, Maß noch Ziel." Friedland wurde ersucht, eilends Rat zu schaffen, und ihm besonderer Ruhm bei Mit- und Nachwelt dafür in[1] Aussicht gestellt, daß er „den Türken ihr Lob allein lasse." Reiter des Grafen Montecuculi banden einen Bauern an einen Ofen, den sie immer heißer machten, weil er einen Knecht herbeischaffen sollte, der sich auf einem gestohlenen Soldatenpferde geflüchtet hatte. Andere banden Bauern den Pferden an die Schwänze und ritten mit ihnen davon.

Und auch jetzt ertrug die Bevölkerung alle über sie verhängten Qualen mit dumpfer Ergebung in ihr Schicksal. Wir sind nur ein einziges Mal auf einen Versuch des Landvolks gestoßen, mit den Waffen in der Hand die Räuber zurückzutreiben, und auch dieser scheint die Leiden der Landbevölkerung nur gesteigert zu haben. Im Dorfe Staffelde griffen endlich die Landleute gegen eine streifende Rotte zu den Waffen, welche nicht einmal einen Offizier nennen konnte oder wollte, unter dem sie stand, und machten zehn Mann von derselben nieder. Nach einigen Tagen meldete sich jedoch ein Hauptmann Nikolaus v. Wobersnow, der nach seiner Versicherung unter Hebron diente, und erließ einen förmlichen Fehdebrief gegen die Ärmsten, welche sich ihrer Haut gewehrt hatten.

Wochenlang lagen sogar ungemusterte Kompagnien im Lande, denn Wallenstein lehnte die Forderung der Musterung ausdrücklich ab.

In der letzten Decemberwoche begab sich endlich ein brandenburgischer Abgesandter, der bereits erwähnte noch jugendliche Kammerjunker Kurt Bertram v. Pfuel auf den Befehl des Statthalters nach Prag,[2] um Wallenstein Vorstellungen zu machen und wo möglich eine Erleichterung der Mark durchzusetzen. Der dem General aus früheren Verhandlungen wolbekannte Kammerjunker empfing den lange Erwarteten schon auf der Moldaubrücke bei seinem Einzuge, wurde später auch zur Tafel gezogen, richtete aber trotz seiner Beliebtheit bei dem Gefürchteten nur sehr wenig

1) Schreiben des Markgrafen Sigismund an Wallenstein vom 20./30. Dez., jetzt teilweise abgedruckt in Gindely's Waldstein Bd. 1, 348 f.

2) Aus Pfuels Bericht über seine Reise zu Wallenstein, Berlin 4./14. Febr. 1628. Er hatte seine Aufträge schon am 9./19. Dez., die Reisekosten aber erst am 14./24. Dez. zugestellt erhalten und langte am 27. Dez. 27/6. Jan. 28 in Prag an. K. G. St.-A. in Berlin, der Bericht ist von Gindely a. a. O. 1. 353 ff. zum Abdruck gebracht worden.

aus. Die Abführung oder Verminderung der Regimenter lehnte Wallenstein anfangs geradezu ab; später zeigte er sich zwar geneigt, die Regimenter Montecuculi, Hebron, des Fours und Fahrensbach zurückzuziehen, weigerte sich aber trotzdem, eine schriftliche Verpflichtung auszustellen. Auch das anfangs erteilte Versprechen, daß die Quartiergeber nicht zur Erhaltung der Überzähligen in den Kompagnien verpflichtet sein sollten, wurde unter dem Vorwande widerrufen, daß sich die Regimenter davon erhalten müßten.

Nach einigen Monaten zog Wallenstein zwar einen Teil der Reiterei aus der Mark heraus, dafür mehrten sich aber bald darauf die Durchzüge aus Pommern und Mecklenburg, welche den alten Leiden neue hinzufügten.

Der Oberst Arnim gab einst dem Statthalter das Versprechen, daß er verhindern werde, daß Hebron sein Winterlager in der Neumark erhalte. Er charakterisierte dabei den pommerischen Gutsbesitzer und Obersten, der zugleich ein böhmisches Lehngut Wallensteins für die Summe von 149,020 Gulden auf dreißig Jahre in Pfandbesitz genommen hatte, mit den Worten: „Das wäre gleich der rechte, denn er solche Profite machen sollte, daß nicht viel übrig bleiben würde". Und Hebron erhielt in der That anfangs das Havelland zu seinem Winterlager, wurde aber darauf wirklich mit seinen Truppen nach der Neumark verlegt. Er kehrte sich so wenig an die ihm erteilten Vorschriften, nach welchen er nur 10 Kompagnien haben sollte, daß er sehr bald den Unterhalt für zwei Regimentsstäbe forderte. Wie begründet aber Arnims Befürchtungen im betreff der Habsucht des Obersten sein mochten, läßt sich daraus schließen, daß Hebron in diesem Herbste im stande war, auf Wallensteins Drängen 18000 Reichsthaler auf sein Gut Wiltschic zu zahlen, welche der General wider Arnim als ersten Monatssold und als Entschädigung für die Errichtung seines Regiments überwies. Ja wahrscheinlich hat Hebron bald darauf auch den Restbetrag seiner Schuld von 22000 Reichsthalern abführen können, wenigstens ist uns keine Mahnung seines sehr ungeduldigen Gläubigers nach dem 29. Dez. mehr aufgestoßen.[1]

Die Verstärkungen Hebrons sind übrigens auch dadurch veranlaßt worden, daß Wallenstein endlich gerade diesen Obersten dazu ausersehen hatte, dem Könige von Polen abermals 4000 M. zuzuführen.

Durch seinen gewaltthätigen Sinn und die wüsteste Schwelgerei that sich der gleichfalls in der Neumark liegende Graf v. Montecuculi hervor. Er verlangte auf 12 Kompagnien, von denen wol keine einzige

1) Bilek, Beiträge zur Geschichte Waldsteins S. 82. Vgl. Wallensteins Briefe an Arnim, Förster 1. S. 153, 158, 166, 180.

vollzählig war, und den Stab monatlich 29 520 Gulden bar, nahm aber für seine Tafel außerdem 1200 Reichsthaler in Anspruch und sein Oberstlieutenant Carsilius v. Pallant zu demselben Zwecke und für den gleichen Zeitraum 600 Reichsthaler. Diese Tafelgelder wurden neben den Kriegssteuern noch besonders von den Dörfern eingezogen. Da man diese letzteren aber wol kaum aufzubringen imstande war, ließ sich Montecuculi in seinem Hauptquartiere Mahlzeiten von 40—60 Speisen auftischen, und die gemeinen Soldaten mit ihren Weibern folgten dem würdigen Beispiele ihres Obersten und verlangten wol sechs bis zwölf Speisen auf die Mahlzeit. Die Stadträte, denen man die Schlüssel der Thore belassen hatte, mußten für jedes Thor täglich einen halben Reichsthaler und für jeden aus- und einfahrenden Handelswagen ein halbes Kopfstück zahlen. Die Stadt Königsberg, in welcher sich einige Zeit das Hauptquartier befand, sollte innerhalb dreier Tage 1000 Thlr. für die Thore erlegen, und da man das Geld nicht schaffen konnte, verdoppelte man die Summe und drohte mit der Erhöhung bei weiterer Säumnis fortzufahren. Montecuculi ließ endlich die Vertreter der Landesregierung in Haft nehmen und mit der Auslieferung an seine Reiter bedrohen.

Die brandenburgische Regierung und der Statthalter Sigismund besaßen jedoch Unerschrockenheit genug, diese unerhörten Ausschreitungen zunächst zur Kenntnis des Generalwachtmeisters zu bringen. Allein ihre Klagen hatten einen ganz unerwarteten Erfolg: Montecuculi erklärte ungescheut, daß er sich dem Oberbefehle del Maestro's nicht unterwerfen könne, weil derselbe einst unter ihm Rittmeister gewesen und von ihm zu „dieser Charge", also wol zu der eines Obersten, erhoben worden sei. Er berief sich ferner auf seine Stellung als kaiserlicher Hofkriegsrat und sprach es ganz offen aus, daß auch Klagen am kaiserlichen Hofe keinen Erfolg haben dürften, denn Wallenstein selbst habe ihm nicht zu commandieren.[1] Das that dieser Graf, obwol ihm Wallenstein unlängst in einem ernsten Schreiben zu Gemüte geführt hatte, daß er als ein vornehmer Herr und Befehlshaber für die Unordnungen seiner Reiter verantwortlich gemacht werden würde.[2]

Montecuculis Oberstlieutenant aber, Carsilius v. Pallant, ein brandenburgischer Unterthan aus dem Lande Jülich, der von dem Vater des Kurfürsten zum Amtmann in Brugge bestellt worden war und dieses

1) Markgraf Sigismund an Wallenstein 29. Dez. 1627/8. Jan. 1628. Gindely 1, 350 hat einen Teil dieses Schreibens veröffentlicht. Hierzu tritt die Beschwerdeschrift des Kurfürsten an Wall. Königsberg 5./15. Jan.

2) Vgl. Förster 1, 136.

Amt noch nicht einmal förmlich aufgegeben hatte, schien geradezu die Unterthanen zum Widerstande herauszufordern. Von den Wällen der Festung Küstrin aus mußte der jugendliche Kurprinz mit ansehen, daß Pallant die Leute blutig schlagen ließ.

In ganz unerhörter Weise machte sich ferner der selbst von Wallenstein mit größtem Mißtrauen betrachtete und in gewissem Sinne gefürchtete Livländer Fahrensbach seine Stellung als Oberst zu nutze. Er hatte endlich in der Priegnitz und im Lande Ruppin Unterkommen gefunden und beiden Kreisen bereits im Januar 1628 über 80000 und Ende Februar über 90000 Thlr. abgepreßt. Auf seinen Befehl wurden brandenburgische Soldaten, welche auf dem Hause Ruppin als Schutzwehr gelegen hatten, geradezu entwaffnet. Und als sich der Statthalter bei dem Kurfürsten über ihn beschwerte, ließ er demselben durch einen brandenburgischen Rat die Drohung zugehen, ihm bei nächster Gelegenheit den Hals zu brechen. Auch über den Kurfürsten erging er sich ebenso wie Hebron in ganz ungebürlichen Reden.[1]

Eine noch viel auffälligere Stellung aber nahm damals Arnim selbst zu seinem Landesherrn ein. Er hatte von Schwan in Mecklenburg aus ein Schreiben an den Statthalter gerichtet, in welchem er ihn daran erinnerte, daß er gewisse Ansprüche an den Kurfürsten habe, die angeblich auf Verschreibungen der Vorfahren desselben im Betreff der Dompropstei zu Havelberg beruhten. Er berechnete diese Forderungen auf 60000 Thlr., wollte sich aber mit einer Barsumme begnügen, wie sie ihm der Kurfürst werde reichen lassen, und hielt also damals die Verhältnisse des Kurfürstentums für gerade geeignet dazu, um diese Forderung einzuziehen. Der Statthalter, dem er sich hoch verpflichtet fühlte, sollte ihm noch seine Unterstützung gewähren. Dabei sprach er offen aus, daß er zwar nicht gesonnen sei, seine Kriegslaufbahn demnächst zu verlassen, aber doch den Wunsch hege, auf den Notfall eine „retraicte“ zu haben. Dieses unter den traurigen Verhältnissen in der Mark und im Kurfürstentum überhaupt so auffallende Gesuch widerholte dieser märkische Patriot nach einigen Wochen und erhielt darauf vom Statthalter die Antwort, daß er die Angelegenheit der Entscheidung des Kurfürsten anheim gegeben habe.[2]

Und um dieselbe Zeit, wo Arnim Ansprüche an seinen Landesherrn erhob, die einem Erpressungsversuche so nahe wie möglich kamen, griff der brandenburgische Unterthan als kaiserlicher Offizier ohne weiteres in die Landesverwaltung ein und untersagte die Eintreibung von Steuerrückständen zur Erhaltung der wenigen Kompagnien, welche der Landes-

1) Georg Wilhelm an Wallenstein Preuschmark 25. Febr./6. März 1628.

2) K. G. St.-A. in Berlin.

herr überhaupt noch auf den Beinen hatte. Er that das mit der Drohung, daß es Wallenstein sehr übel aufnehmen und vielleicht das Land mit noch höherer Einquartierung beschweren, ja selbst Berlin nicht verschonen werde.

Der Markgraf fügte sich dem Ansinnen des brandenburgischen Vasallen nicht, so daß dieser ihn noch im Januar des folgenden Jahres ersuchte, die Eintreibung der geringfügigen Summe — es handelte sich etwa um 3500 Thaler — bis zu Wallensteins Entscheidung anstehen zu lassen. Und die Entscheidung erfolgte in der Weise, daß dem Statthalter aufgegeben wurde, die Beitreibung „bis zur Abführung des kaiserlichen Volkes", d. h. auf eine vorläufig unabsehbare Zeit aufzuschieben.[1]

Arnim selbst hat ferner Wallenstein um die Erhöhung der Besatzung in der Mark ersucht, zu welcher dieser erst nach einigem Bedenken seine Zustimmung erteilte.[2] Auch mit der Einlagerung des Regiments des Fours erklärte sich der General auf Arnims Betreiben einverstanden und erteilte sogar dem Generalwachtmeister den Befehl, wenn ihm Arnim noch mehr Volk zuschicken würde, auch dieses in der Mark unterzubringen. Doch soll dabei nicht verschwiegen werden, daß er eine baldige Erleichterung des Landes in Aussicht stellte.

So gewinnt es den Anschein, als ob Wallenstein dem Kurfürstentum Brandenburg und den Hohenzollern überhaupt in jenen gefährlichen Wintermonaten schon durch die Einquartierung den Garaus zu machen entschlossen gewesen sei. Arnim aber war in diese Pläne, so phantastisch sie auch gewesen sein mögen, eingeweiht und unterstützte sie nach Kräften. Einen andern Sinn vermögen wir wenigstens aus einem schon von Förster mitgeteilten Schreiben Wallensteins nicht herauszulesen, in welchem sich derselbe folgendermaßen gegen Arnim ausspricht: „Aus des Herrn vernünftigem Diskurs hab ich vernommen, wie Preußen wider möchte recuperiert werden. Nun seind die motiva ziemlich klar, ich will auch aufs eheste einen Anfang machen, daß der König [von Polen] beim Kurfürsten den Vorschlag mit Bedrohung macht. Der Herr sehe nach Gelegenheit der Zeit mit dem Markgrafen Sigmund auch zu practicieren, auf daß durch dies Mittel die Kur Brandenburg recuperiert wird."[3] Sollte Arnim vielleicht in dem Markgrafen Sigismund Besorgnisse für die Sicherheit seiner Person erwecken, damit er der Kurmark den Rücken kehrte, und hielt es Wallenstein nur noch nicht für zeitgemäß, diesen Wunsch gegen Arnim mit derselben Offenheit auszusprechen, mit der er ihn im betreff der Herzöge von Mecklenburg äußerte?

1) Wallenstein an Arnim, Prag 12. Jan. 1628 bei Förster 1, 271.

2) Förster 1. 119 f. 174.

3) Wallenstein an Arnim, Lissa 21. Dez. bei Förster 1, 169.

Die Vorschiebung kaiserlicher Regimenter nach Mitteldeutschland.

Aber auch die Kurfürsten von Sachsen und von Mainz sollten in diesem Herbste noch durch Einlagerungen in Schrecken gesetzt werden und zwar bevor die Verhandlungen des Deputationstages zu Mühlhausen ihr völliges Ende erreichten. In der Nähe der letztgenannten Stadt sowie des mainzischen Erfurt hatte Wallenstein die gänzlich unbeteiligten und schuldlosen Gebiete der Grafschaft Schwarzburg zum Winterlager für die Scharen Merodes bestimmt, deren Herannahen von der Elbe her in ganz Mitteldeutschland gewaltiges Aufsehen hervorrief.

Ungeachtet aller Mahnschreiben Wallensteins an den Obersten, durch das Fürstentum Anhalt ohne Aufenthalt hindurchzuziehen und sich dabei jeglicher Ausschreitungen zu enthalten, brachen Merode's drei Reiterregimenter am 7. Nov. n. St. in das Amt Ballenstedt ein, welches Christian dem Älteren von Bernburg gehörte, und dehnten ihren Aufenthalt auf drei Tage aus. Das war aber um so auffallender, als sich der zweite Sohn Christians I., Fürst Ernst, noch immer in Wallensteins Umgebung aufhielt und denselben auch nach Böhmen begleiten mußte. Da sich Merode persönlich bei den Truppen befand, kann der plötzliche Überfall nur als ein Akt der Rache dafür bezeichnet werden, daß gerade Fürst Ernst Wallenstein veranlaßt hatte, widerholte Erinnerungen zum Schutze Anhalts an seinen Obersten zu richten.[1]

Gerade eine Woche später (13. Nov. n. St.) überzogen zehn Kompagnien der Merodischen Reiterei die Unterherschaft Schwarzburg, und auch alle Schlösser und Amthäuser der Grafen Anton Heinrich und Hans Günther wurden von ihnen besetzt.

Dieser bedrohlichen Einlagerung traten die Kurfürsten von Mainz und von Sachsen noch von Mühlhausen aus entgegen und ersuchten Merode, seinen Einzug in den obersächsischen Kreis bis zur Rückkehr eines an den Kaiser gesendeten Kuriers einzustellen.[2] Indes Merode befand sich, als ihm dieses Schreiben in Großensimmern eingehändigt wurde, thatsächlich bereits auf dem Boden des obersächsischen Kreises, und erklärte außerdem, daß er ohne einen besonderen Befehl Wallensteins dieses Begehren nicht zu erfüllen vermöge. Nach dieser Weigerung richtete Johann Georg I. ein neues Schreiben an Merode, in dem er ihm die Absendung eines zweiten Kuriers an den Kaiser mitteilte.

---

1) Krause, Urkunden, Aktenstücke und Briefe, Bd. 1. 255 ff.

2) K. H. St.-A. in Dresden.

Auf diese Klagen versprach Ferdinand II. dem Kurfürsten wenigstens, Wallenstein bei seiner Ankunft in Prag Befehl zur Abberufung Merode's erteilen zu wollen. Und da sich der Kurfürst bereits Ende November der Hoffnung hingab, Wallenstein werde bei dem Kaiser eingetroffen sein, getröstete er sich auch des baldigen Abmarsches dieser Völker. Der Kaiser verwendete sich wirklich bei seinem General für die kleinen Grafschaften Schwarzburg, Gleichen und Stolberg. Allein demungeachtet ließ der General den 3000 für diese Gebiete bestimmten Pferden noch 2000 Pf. folgen.[1] Die Einsprache des obersächsischen Kreisobersten kümmerte ihn nicht im geringsten, äußerte er sich doch auch über die Persönlichkeit Johann Georgs I. in sehr geringschätzigen Worten: „daß sich der Kurfürst von Sachsen unnütz macht...? Man muß ihn reden und schreiben lassen. Aber es kann je nicht anders sein, denn a. 26 hat man dorten losiert, a. 27 auch, warum auch nicht a. 28?"[2] Mit diesen Worten rechtfertigte der Übermütige Collalto gegenüber seinen Entschluß. Doch wollte er damals wenigstens die unmittelbaren Gebiete beider Kurfürsten von Sachsen und von Mainz noch schonen.

So wies denn Wallenstein auch Joh. Ludwig Isolano an Merode, der dem Kroatenobersten in seiner Nachbarschaft ein Winterlager ausmitteln sollte. Als jedoch Isolano's Quartiermeister Jean Jacomo Fabiano in Mansfeld erschien, forderte er nicht nur die gräflichen Beamten, sondern auch den kursächsischen Oberaufseher der Grafschaft Sigmund v. Hagen vor sich. Dieser berief sich auf die vom Kaiser und von Wallenstein Kursachsen erteilten Zusicherungen und forderte den Quartiermeister auf, den Befehl Merode's an Isolano vorzuweisen. Allein der Quartiermeister weigerte sich und schob Isolano die ganze Verantwortung zu. Und auch dieser ließ sich nicht wider aus den eingenommenen mansfeldischen Quartieren, die sich bis zu den anhaltischen Ämtern Sandersleben und Freckleben erstreckten, verdrängen. Die Stadt Mansfeld mußte dem Obersten eine Kriegssteuer von 300 Thalern wöchentlich und zwar auf zwölf Wochen bewilligen. Dagegen blieb die unter kursächsischer Oberhoheit stehende Lutherstadt Eisleben von Einquartierung frei. Mit 50 Defensionern schützte hier Johann Georg seine mansfeldischen Interessen!

Dem kursächsischen Erbmarschall in Thüringen Wolf Marschall teilte Merode, als er ihn auf Veranlassung des Kurfürsten persönlich in Gräfentonna aufsuchte, Wallensteins Befehl mit, nach welchem er noch 500 Pf. des Obersten Hieronymus Coloredo, 1000 Pf. des Obersten Dragi und

1) Förster 1, 154.
2) Chlumecky a. a. O. 64.

500 Pf. vom Obersten Avantagni unter seinen Oberbefehl ziehen und ohne Nachteil derjenigen Stände, welche zur Liga steuerten, sowie des Kurfürsten von Sachsen unterbringen sollte. Diese Völker hatten bis dahin in der Neumark gelegen und waren von Wallenstein auf das Drängen des Markgrafen Sigismund an Merode überwiesen worden. Sie wurden für die Grafschaften Schwarzburg und Hohnstein bestimmt und sollten am 1. Dez. n. St. die Dessauer Brücke überschreiten.

Da las endlich Johann Georg dem Kaiser in einem Schreiben aus Freiburg vom 26. Nov./6. Dez. in ziemlich derber Weise den Text. Allein dieser betonte in seiner Antwort auch dies Mal wider, daß er zu diesen Rüstungen durch die Einfälle in seine Erblande genötigt worden sei und hob mit Nachdruck seine Pflicht, für des Reichs Sicherheit zu sorgen, hervor. Sehr unerwartet und nicht wenig beunruhigend mag Johann Georg I. da das beiläufige Geständnis des Kaisers erschienen sein, daß er die Grafschaften Stolberg, Schwarzburg und Gleichen des Reichs und der von der Krone Böhmen herrührenden Lehen wegen gern der Einlagerungen enthoben hätte. Indessen versicherte er dem Kurfürsten nochmals, daß seine Absicht dabei nur die sei, seine und der getreuen Kurfürsten und Stände Feinde im Reiche deutscher Nation nicht überhand nehmen zu lassen. Deshalb hoffte er auch für diese Pläne bei jedermann Unterstützung zu finden: „im widrigen Falle müßten wir es dahin gestellt sein lassen".[1]

In Kursachsen deutete man dieses Schreiben dahin, daß der Kaiser den Vorstellungen der Kurfürsten, als seiner geheimsten und innersten Räte, kein Gehör mehr schenke, und war darüber um so ärgerlicher, als auch Tilly mit Gewalt einige Regimenter im obersächsischen Kreise untergebracht hatte. Der Oberst v. Schönburg hatte sich mit Gewalt in Langensalza festgesetzt und der v. Kronberg im Gebiete des Herzogs Johann Ernst von Eisenach und in der Grafschaft Henneberg. Und das war geschehen, obwol der bairische Gesandte das mühlhäuser Bedenken mit unterzeichnet hatte, wie Johann Georg I. grollend in seiner Anzeige an den Kurfürsten von Mainz bemerkte.

Die Grafen von Schwarzburg mußten zuletzt doch ein Abkommen mit den fremden Offizieren über die Unterhaltung ihrer Truppen treffen. Ein schwarzburgischer Beamter aber machte damals seinem gepreßten Herzen mit den Worten Luft: „Gott läßt uns die letzten Zeiten wol erfahren; der komme mit seinem lieben jüngsten Tage und nehme uns zu sich in die ewige Seligkeit"!

1) K. G. St.-A. in Dresden.

Die Stärke der kaiſerlichen Armee in Nord- und Mitteldeutſchland.

Die der ligiſtiſchen an Stärke weit überlegene kaiſerliche Armee hielt in dieſem Winter ganz Nord- und Mitteldeutſchland faſt ausſchließlich beſetzt.[1] In Jütland und Schleswig ſollen damals 26400 M. Fußvolk und außerdem 5200 Reiter geſtanden haben. Hier führte Schlick den Oberbefehl, der aber ſchon in der zweiten Novemberwoche ſeine Winterreiſe in das Reich und nach Öſtreich antrat. Von ſeinen im Norden der

---

1) Armee der R. K. M. unter J. F. G. Herrn Herzogen zu Friedland Kommando.
Cavalleria. Regimenter: 1) Herz. Georg zu Braunſchweig und Lüneburg 10 Kompagnien; 2) Herz. Julius Heinrich zu Sachſen-Lauenburg 10 K.; 3) Ihr F. G. anderes Reg. 5 K.; 4) Herz. Franz Albrecht zu Sachſen-Lauenburg 12 K.; 5) Ihr F. G. anderes Reg. 6 K.; 6) Herz. Rudolf Maximilian zu Sachſen-Lauenburg 10 K.; 7) Markgraf Hans Georg zu Brandenburg 6 K.; 8) Don Balthaſar [de Marradas] 11 K.; 9) Graf v. Schlick 10 K.; 10) Marquis de Boissi 6 K.; 11) Graf v. Montecuculi 11 K.; 12) Graf v. Coloredo 5 K.; 13) Graf v. Merode 11 K.; 14) Andres Regiment 5 K.; 15) Drittes Regiment 5 K.; 16) Graf von Ferrari 9 K.; 17) Graf v. Strozzi 5 K.; 18) Don Guilielmo de Verdugo 5 K.; 19) Oberſt des Fours 10 K.; 20) Oberſt Hans Philipp Craz 10 K.; 21) Ob. Adam Dietrich Craz 10 K.; 22) Ob. v. Wittenhorſt 10 K.; 23) Ob. v. Arnim 6 K.; 24) Ob. Hebron 16 K.; 25) Ob. Götz 5 K.; 26) Ob. v. Scherffenberg 6 K.; 27) Ob. Hußmann 9 K.; 28) Ob. Sparr 7 K.; 29) Ob. Löbl (Leuell) 5 K.; 30) Ob. Leon de Medicis 6 K.; 31) Ob. Iſolano 10 K.; 32) Ob. Coronini 5 K.; 33) Ob. Stöckhel (?) 5 K.; 34) Ob. Avantagni 5 K.; 35) Ob. Dragi 10 K.; 36) Ob. Poboliſky (?!) 6 K.; 37) Pollacken 4 K.; 38) Ob. v. Dohna 10 K. Summa der ganzen Kavallerie: Regimenter 38, Kompagnien 302.
Infanteria. Regimenter: 1) General Herz. zu Friedland 19 K.; 2) Herz. Georg zu Braunſchweig nnd Lün. 10 K.; 3) Herz. Julius Heinrich zu Sachſen-Lauenburg 10 K.; 4) Herz. Adolf zu Holſtein 10 K.; 5) Herz. Franz Albrecht zu Sachſen-Lauenburg 15 K.; 6) Herz. Rudolf Maximilian zu Sachſen-Lauenburg 20 K.; 7) Markgraf Hans Georg zu Brandenburg 15 K.; 8) Graf v. Schlick 15 K.; 9) Torquato Conti 10 K.; 10) Graf v. Collalto 10 K.; 11) Graf v. Naſſau 10 K.; 12) Graf Breiner (Preiner) 10 K.; 13) Graf v. Coloredo 14 K.; 14) Graf v. Sulz 15 K.; 15) Graf v. Merode 10 K.; 16) Don Verdugo 10 K.; 17) Ob. v. Tieſſenbach 10 K.; 18) Ob v. Liechtenſtein 10 K.; 19) Ob Aldringer 30 K.; 20) Ob. v. Arnim 12 K.; 21) Ob. Cereboni 15 K.; 22) Ob. Hebron 10 K.; 23) Ob. v. Dohna 10 K.; 24) Ob. v. Fahrensbach 10 K.; 25) Ob. Nagarola (Nagel!?) 11 K.; 26) Ob. Pallant 10 K.; 27) Ob. Hans Philipp Craz 10 K.; 28) Oberſt Becker v. d. Ehr (Bockher!?) 3 K. Summa der ganzen Infanterie: Regimenter 28, Kompagnien 344. Signatum Itzenhoa (!), den 21. Okt. 1627. K. K. A. in München.

jütischen Halbinsel untergebrachten Truppenteilen vermögen wir das Regiment des Obersten v. Scherffenberg in Sonderburg, ein Regiment Collalto's unter dem Oberstlieutenant Chiesa um Randers, ferner das Regiment Ferrara in und um Aalborg, das des Herzogs Franz Albrecht in Vendsyssel und Kompagnien des Obersten Preiner in Viborg namhaft zu machen. In Süderditmarschen lag das Regiment Coloredo, und Itzehoe hielten Kompagnien Aldringers besetzt.

Die Besatzung von Holstein und Ditmarschen war auf 27 300 M. Fußvolk, 1300 Reiter und 3000 Arkebusiere festgesetzt. In diesen Gebieten stand der Oberbefehl dem Generaloberstwachtmeister Hannibal v. Schaumburg und dem Obersten Aldringer zu.

Für Mecklenburg und die Mark waren anfangs 1200 M., für Pommern 8800 bestimmt. Allein es kamen im Laufe der letzten Wochen des Jahres sehr erhebliche Verstärkungen hinzu, da in dieser Zeit allein in Mecklenburg und Pommern 30 Regimenter unter Arnim standen. Der Mark Brandenburg westlich der Elbe bürdete Wallenstein ferner während seines Aufenthaltes in Frankfurt a. d. O. 42 Komp. R. und 30 Fähnlein Fußvolk auf, welche insgesamt unter den Befehl des Generalwachtmeisters und Obersten Lorenzo del Maestro gestellt wurden.

Die Stifter Magdeburg und Halberstadt hielten diese letzten Wochen etwa 7300 M. unter dem Oberstlieutenant Becker v. d. Ehr besetzt. Um Wolfenbüttel lagen bei der Aufstellung dieses Verzeichnisses 3000 M.

Die von Merode nach Thüringen geführten 3600 M. verstärkte Wallenstein nach seinem eignen Berichte noch um 2000 M.

Von den östreichischen Gebieten hatten wol damals Mähren und Schlesien die stärkste Einquartierung zu tragen; in dem ersteren soll der Generaloberstlieutenant Don Balthasar de Marradas 9000 M., in Schlesien der Ob. Karl Hannibal v. Dohna sogar 15000 M. befehligt haben. Da jedoch der Kaiser seine Erblande zu entlasten und nur einige Kompagnien zurückzubehalten wünschte, wurde auch ein großer Teil dieses Volkes von Wallenstein in das Reich geführt. Die ganze im Namen des Kaisers aufgebotene Streitmacht wird in dem von uns benutzten und damals weit verbreiteten Verzeichnisse auf 145000 M. angegeben. Von diesem Heere, jedenfalls dem stärksten von allen, welche bis dahin im Namen des Kaisers jemals auf dem Boden des Reichs aufgetreten waren, hatte das protestantische Mittel- und Norddeutschland mit Ausschluß Kursachsens und seiner Stifter den bei weitem größten Teil zu unterhalten. Denn diese protestantischen Gebiete von Thüringen und dem Erzstift Magdeburg an bis an die äußerste Spitze von Jütland hielt damals eine Armee von ungefähr 117 900 M. besetzt.

Allein zu derselben Zeit ging man in Wien auch eifrigst damit um, ein neues, von Wallensteins Leitung unabhängiges Heer am Rhein zu errichten, welches unter den ausschließlichen Oberbefehl des Grafen Wolf v. Mansfeld gestellt und auf 24000 bis 30000 M. gebracht werden sollte.

Auf den ausdrücklichen Befehl des Kaisers war ferner ligistischen Truppen die Aufgabe erteilt worden, die Nordwestgrenze des Reichs gegen die Niederlande in Schutz zu nehmen. Tilly hatte infolge davon dem Grafen v. Anholt mit den ihm untergebenen Heeresteilen die Grafschaft Oldenburg zum Winterquartier angewiesen, während Gallas Ostfriesland erhielt. Der erstere schlug sein Hauptquartier in Jever, der letztere in Berum auf. Frei von der ligistischen Einquartierung blieben nur das von den Staaten besetzte Emden, in das bald noch sechs staatische Kompagnien einrückten, und Aurich. Nach einem Mahle, bei dem stark getrunken worden war, wurde in Berum am 16. April 1628 der sechsundzwanzigjährige Graf Rudolf Christian von Ostfriesland, durch einen Lieutenant, der in einem auf einer Wiese entstandenen Tumulte Ruhe stiften sollte, tötlich verwundet. Ihm folgte in der Regierung sein um drei Jahre jüngerer Bruder Ulrich. Da man wußte, daß Gallas nach dem Besitze der Grafschaft strebte, entstand der offen ausgesprochene Verdacht gegen den Obersten, den Tod des Grafen veranlaßt zu haben. Dem Thäter wurden Mittel zur Flucht dargeboten, so daß er nicht zur Verantwortung gezogen werden konnte.[1]

In Buxtehude schlug Tilly sein Hauptquartier auf und verblieb hier den Winter über, während der Graf von Gronsfeld mit den Obersten Freiherrn v. Reinach und Comargo das Erzstift Bremen besetzten und Stade unter Blockade hielten.[2]

---

1) Klopp, O. Geschichte Ostfrieslands von 1570—1751. 287—289.

2) Wassenberg, Der erneuwerte Teutsche TLORUS. Amsteldam Bey Ludwig Elzevier. Im Jahr, 1647. 128.

Das Jahr 1628.

Erstes Buch.

Ausbreitung der kaiserlichen Gewalt über das protestantische Norddeutschland.

Pläne zur Kräftigung der Kaisergewalt.

Die Politiker Ferdinands II. betrachteten die Beschlüsse des Kurfürstentages zu Mühlhausen als eine Aufforderung, die kaiserliche Macht noch mehr zu befestigen und ihren Einfluß auf das durch die Waffen neu gewonnene Nord- und Mitteldeutschland zu einem dauernden zu machen. Die Kaisergewalt aber konnte nur erhöht werden, wenn die Bedeutung der Stände und Städte herabgedrückt und der ganzen Reichsverfassung ein bestimmteres monarchisches Gepräge gegeben wurde. Und hierzu waren die damals maßgebenden Politiker Ferdinands II. fest entschlossen: Ja sie faßten sogar, als sie von dem Kaiser zu einem Gutachten über die Beschlüsse der Kurfürstenversamlung aufgefordert wurden, ihre Pläne in einer zusammenhängenden, sehr geheim gehaltenen Denkschrift zusammen, welche in ihrem Wortlaute wahrscheinlich ein Werk Stralendorfs ist. Im Beisein des Fürsten von Crumau (Eggenberg's) las Stralendorf dem Kaiser und dem Könige von Ungarn am 21. und 22. Jan. 1628 diese Denkschrift vor und erhielt zu fast allen Punkten derselben die ausdrückliche Zustimmung beider.[1]

Die hohe Befriedigung, welche man am Kaiserhofe über den Verlauf der Versamlung zu Mühlhausen und besonders über die Anerkennung der

1) Schon Hurter hat diese Denkschrift gekannt, aber in ganz ungenügender und gedankenloser Weise benutzt, s. Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern Bd. 9, S. 544 ff.

Achtserklärung und der Übertragung der pfälzischen Kur empfand, drückte der Verfasser des Gutachtens in dem Wunsche aus, daß diese Beschlüsse zum immerwährenden Gedächtnis und künftigen Kaisern zum Besten aufbewahrt werden möchten.

Die Befestigung und die Ausbreitung der Kaisergewalt war es also, was die kaiserlichen Politiker mit so großer Freude erfüllte. Aber dieselben Politiker gestanden sich auch, daß die Anerkennung dieser Gewalt durch die Stände noch viel zu wünschen übrig ließ, und gaben daher den vorsichtigen Rat, die Neigung zur Fortsetzung des Krieges, welche damals am Kaiserhofe vorherschte, möglichst zurückzudrängen, um nicht Katholiken und Protestanten zugleich zum Abfalle zu reizen.

Die Denkschrift behandelte drei Hauptpunkte: sie erörterte die Friedensbedingungen und die näheren Umstände, unter denen der Friede geschlossen werden könnte, und schlug endlich gewisse politische Maßnahmen als Vorbereitungen zu demselben vor.

Zu den Bedingungen, unter welchen der Friedensschluß allein möglich sei, rechneten die östreichischen Politiker vor allen die Ausgleichung der pfälzischen Streitigkeiten auf Grund der zur Zeit nach der Übertragung der pfälzischen Kurwürde auf Baiern in Deutschland bestehenden Machtverhältnisse. Über die Rechte der pfälzischen Agnaten hoffte man gerade durch eine Anerkennung derselben hinwegzukommen. Wenn einmal der Pfalzgraf und seine männlichen Nachkommen verstorben wären, dann sollten die pfälzischen Seitenverwandten ihre Rechte gegen die im Besitze der Kur befindliche Wilhelmische Linie geltend machen können. Auf diese Weise glaubte man Maximilians Erben auf viele Jahrhunderte im Besitze der Kur zu sichern. Dem Pfalzgrafen und seinen Kindern wollte man nach der Befreiung von der Acht wol auch einen Teil ihrer verlorenen Besitzungen wider einräumen; allein die Oberpfalz wurde als eine Maximilian für die Abtretung des Landes Ob der Ens gebührende Entschädigung von vornherein ausgenommen, Oppenheim sollte als Reichspfandschaft zurückbehalten, die Festungen Mannheim und Frankenthal niedergerissen werden. Von der im spanischen Besitz befindlichen Unterpfalz ist sonst nicht weiter die Rede. Das Fortbestehen des Katholicismus in den Orten, in welchen er bei der Rückgabe derselben an den Pfalzgrafen eingeführt war, wurde als selbstverständlich betrachtet. Den Pfalzgrafen wollte man nötigen, auf das ihm infolge des Religionsfriedens zustehende Reformationsrecht in einem Vertrage förmlich Verzicht zu leisten. Ein solcher Friedensschluß mit dem Pfalzgrafen wäre also einer fast unbedingten Unterwerfung desselben unter den Willen des Kaisers gleich gekommen.

Die Kurfürsten hatten dem Kaiser ferner den Rat gegeben, den Frieden mit Christian IV., falls der König in geziemender Weise darum anhalten würde, nicht auszuschlagen, sondern ihn persönlich mit Zuziehung einiger oder auch sämtlicher Kurfürsten zu verhandeln und abzuschließen. Dieser Friede mit Dänemark mußte natürlich auch über das zukünftige Schicksal der protestantischen Stifter entscheiden, in welchen Söhne des Königs durch Wahl stiftische Stellen erhalten hatten. Ferdinands II. Politiker gedachten diese Frage so zu lösen, daß die Söhne Christians IV. Verzicht zu leisten hätten, wenn sie nicht auf gesetzmäßige Weise und dem geistlichen Vorbehalt gemäß erwählt wären oder erwählt werden würden, denn in Zukunft sollten überhaupt alle, welche auf Stifter kommen wollten, der katholischen Konfession zugethan sein und verbleiben. Die Verzichtleistung des Königs auf die Elbherzogtümer nebst Stormarn und Dietmarschen wurde zwar festgehalten, aber die Möglichkeit, Christian IV. Besitzungen in denselben zurückzugeben, doch nicht ganz von der Hand gewiesen; auf jeden Fall aber riet man dem Kaiser, die Festungen Glückstadt und Krempe, ferner Itzehoe und Segeberg in seiner Hand, sowie Schleswig bei dem Reiche zu behalten. Und damit der Däne gänzlich vom Reichsboden verdrängt werde, wollte man ihn auch zu einem Verzicht auf die Anrufung des Kammergerichts zu Speier in seinen Streitigkeiten mit Hamburg nötigen. Über das Loos der mit Christian IV. einst verbündeten niedersächsischen Fürsten spricht sich die Denkschrift mit einer über die Wahlkapitulation und die bisher geltenden Reichsordnungen mit gleicher Kühnheit hinwegschreitenden Rücksichtslosigkeit aus. Der Kaiser ist berechtigt, da nicht erwiesen ist, daß sich die niedersächsischen Fürsten rechtzeitig zum Gehorsam gegen ihn bequemt haben, ihre Länder zu behalten, obgleich es noch einer besonderen Untersuchung bedarf, bevor dieselben für verfallen erklärt werden können. In gleicher Weise muß auch gegen widerspenstige Städte und gegen Privatpersonen verfahren werden. Dabei wird man insonderheit die Hansestädte nicht außer Acht lassen dürfen, und namentlich müssen Lübeck, Hamburg, Bremen und Magdeburg mehr in kaiserlichen Gehorsam gebracht werden. In dem Gutachten wird der Vorschlag gemacht, in diese Reichsstädte Vögte einzusetzen, welche ihre Aufmerksamkeit besonders den politischen Maßnahmen der Räte und der Verwaltung der städtischen Einkünfte zuwenden sollten; zu Nutz und Frommen der fremden Kaufleute gedachte man die Städte zu bewegen, ihren katholischen Bürgern eine Kirche einzuräumen. Ferdinand II. sollte ferner den Grafen von Schwarzenberg anweisen, die Hansestädte zu verhindern, ein neues Bündnis mit den Holländern nach Ablauf des zur Zeit noch bestehenden einzugehen, dagegen sollte der kaiserliche Vertreter „die erste Hanse und ihre

Privilegien", ſoweit ſie den Reichsgeſetzen gemäß waren und die Rechte anderer Stände nicht beeinträchtigten, beſtätigen. (!) Ferner faßten die Räte die Entfernung der Vertreter fremder Mächte, namentlich des engliſchen Bevollmächtigten Robert Anſtruther und des Botſchafters der Niederlande Joppius van Aitzema feſt ins Auge. Ebenſowenig ſollten die Städte öſtreichiſchen Flüchtlingen und andern Verdächtigen in Zukunft Schutz und Unterkommen gewähren. Und endlich gedachte man auch dem engliſchen Handel in Deutſchland die Wege zu verlegen und ſich beſonders ſeines Tuchmonopols — ſo nannte man den Vertrieb der engliſchen Tuchwaren geradezu — zu erwehren.

Wer möchte alſo läugnen, daß die öſtreichiſchen Politiker nicht ein ziemlich deutliches Gefühl von den nationalen Verpflichtungen, welche ihnen ihre unverhofften Siege auferlegten, empfunden hätten?

Allein alle dieſe weit ausſehenden Pläne mußten eines ſtarken Widerſtandes gewärtig ſein, und einige derſelben, wie die Entfernung der fremden Geſandten, die Handelsverbindungen und damit den Wolſtand der Städte auf das höchſte gefährden. Überhaupt konnten dem Kaiſerhauſe ſolche Maßnahmen nur ſo lange nützen, ja ſie waren überhaupt nur ſo lange durchzuführen, als ſich die höchſte Gewalt des Reiches in den Händen eines öſtreichiſchen Erzherzogs befand. Eine Kaiſerwahl, welche dem habsburgiſch-öſtreichiſchen Hauſe nicht von vorn herein geſichert war, ſtellte den ganzen Beſtand der augenblicklichen Verhältniſſe im Reiche, ja ſelbſt die Herſchaft der habsburgiſchen Familie in den Erblanden in Frage. Ein ſeiner Herſcherfamilie getreuer katholiſcher Öſtreicher mußte daher ſchon der Ruhe in den Erblanden halber den eifrigſten Wunſch hegen, daß die Kaiſerkrone einſt auch auf den Sohn Ferdinands II., der bereits im Beſitze der Kronen von Ungarn und Böhmen war, übertragen werde. Aus ſolchen und noch andern nicht weniger gewichtigen Erwägungen heraus richteten ſeine Berater daher die Mahnung an Ferdinand II., noch vor dem Beginne der Friedensverhandlungen das „Succeſſionswerk" im Reiche durch die katholiſchen Kurfürſten ſicher zu ſtellen. Denn die Räte konnten ſich der Beſorgnis nicht entſchlagen, daß bei einem plötzlichen Tod Ferdinands II. — und der Kaiſer ward öfter von nicht unbedenklichen, längeren Erkrankungen heimgeſucht —, wenn man ſich nicht zuvor über einen Nachfolger aus ſeiner Familie geeinigt hatte, unfehlbar das Chaos hereinbrechen würde. Man geſtand ſich offen, daß dann die beiden mächtigen Heere, welche allein durch den Namen und die Autorität des Kaiſers zuſammengehalten wurden und zuſammen wirkten, eines rechtmäßigen Kriegsherrn entbehrten. Die ihren Generälen erteilten Aufträge betrachteten auch die öſtreichiſchen Geheimen Räte als mit dem Tode des

Kaisers von selbst erloschen. Jeder Landesfürst, jede selbständige Stadt besaß dann das ganz unanfechtbare Recht, den Ansprüchen dieser Heere und ihrer Führer auch mit Gewalt der Waffen entgegen zu treten. Und wenn sich die beiden Reichsverweser, die Kurfürsten von Sachsen und von Baiern, welche bei der Erledigung des Reichs die kaiserlichen Befugnisse auszuüben hatten, der Heere bemächtigten, wurde die Verwirrung im Reiche nur schlimmer.

Wie leicht konnte es dann geschehen, daß der Kurfürst von Baiern, als der eine der beiden gesetzmäßigen Reichsvikare, in den oberdeutschen Gebieten um sich griff, und der von Sachsen als der andere sich Mittel- und Nord-Deutschlands bemächtigte. Die mecklenburgische Frage wird in diesem Zusammenhange in dem Gutachten nicht einmal berührt. Unter solchen Umständen stand auch zu befürchten, daß Frankreich seine alten Bestrebungen, seine Grenzen bis an den Rhein auszudehnen, weiter verfolgen würde, und daß sich alle Feinde des habsburgischen Hauses zugleich erheben könnten. Schon aus diesen Gründen empfahlen die Räte Ferdinand II., die Bestellung eines östreichischen Nachfolgers im Reich noch vor dem Friedensschlusse zu veranlassen. Denn auch die Möglichkeit war in das Auge zu fassen, daß es über der Festsetzung der Friedensbedingungen oder auch über der in Aussicht genommenen Erledigung der Beschwerden der katholischen Stände zu einem vollständigen Bruche unter den Reichsständen kam, während dessen ein befriedigender Ausgang der Kaiserwahl nicht zu hoffen war.

Zur glücklichen Durchführung dieses patriotischen Planes, der Wahl Ferdinands III. zum römischen Könige bei Lebzeiten des Vaters, sollte Ferdinand II. daher die katholischen Kurfürsten, so lange der Eindruck der Siege der kaiserlichen Waffen auch bei ihnen noch frisch war, um die schleunige Ausschreibung eines Wahltages ersuchen und zugleich die Mitteilung damit verbinden, daß der Kaiser nach glücklich vollbrachter Wahl einen Reichsfrieden mit dem Beirate der Kurfürsten abschließen werde. Den Grund dieser eigenartigen Verbindung der beiden so wichtigen politischen Unternehmungen — die Sorge um eine Trennung der Stände während der Friedensverhandlungen — wollte man den katholischen Kurfürsten nicht verhehlen.

Wir erkennen daraus, daß man damals am Kaiserhofe die Thatkraft der beiden evangelischen Kurfürsten noch viel zu hoch schätzte, oder daß man wenigstens eine vorgeschützte Besorgnis vor denselben zum Ausdruck brachte, um die Katholischen zu einer desto größeren Beschleunigung der Wahl anzutreiben.

Im dritten Abschnitte stellten die Räte dem Kaiser und seinem Sohne die Folgen vor die Augen, welchen man bei der Durchführung dieser

Umgestaltung der Reichsverhältnisse entgegen sehen mußte. Denn daß es sich um den Umsturz der bestehenden Reichsverfassung und um einen Neubau handelte, bei dem die dem Reiche benachbarten Fürsten und Staaten nicht als ganz unbeteiligte Zuschauer die Hände in den Schoß legen würden, haben die politischen Ratgeber des Kaisers ziemlich deutlich gefühlt. Nachdem die Generäle an der Spitze ihrer Heere Norddeutschland gewissermaßen wider entdeckt hatten, sprachen es die Politiker geradezu aus, daß im niedersächsischen Kreise die Hauptmacht des Reiches beruhe, und ahnten auch, daß ihre Unternehmungen eine Verlegung des Schwerpunktes dieses schwerfälligen Körpers zu bedeuten habe. Die Besetzung der norddeutschen Bistümer mit Katholiken, die Einziehung erledigter Gebiete des niedersächsischen Kreises, die Fernhaltung Dänemarks und Schwedens vom Reiche, die Unterwerfung der Hansastädte, die Begründung einer kaiserlichen Seemacht auf der Nord- und Ostsee bezeichneten Ferdinands II. Politiker als „große und ansehnliche Dinge, durch welche das Kaisertum wider zu seiner vorigen Macht, Hoheit und Autorität und zugleich auch die katholische Religion allgemach zu ihrer früheren Blüte gebracht werden würden". Allein sie machten sich auch auf Widerspruch, ja auf neue Kriege und zwar nicht nur auf einem Gebiete gefaßt, und hatten demgemäß auch nach den Mitteln Umschau gehalten, diesen gefürchteten Widerstand zu brechen.

Daß die Erblande die Lasten, mit welchen eine so kühn vorwärtsstrebende monarchische Politik verknüpft war, nicht zu tragen vermochten, galt den kaiserlichen Räten als selbstverständlich und war es auch. Eben so geringe Hoffnungen aber setzten sie auf das Reich und seine Glieder. „Die Kurfürsten wollen dem Kaiser nur Unterstützung leisten, wenn sie nicht weiter mit Durchzügen und Kriegsleistungen, welche den Reichssatzungen nicht gemäß sind, belegt werden: die Erfüllung dieser Bedingung ist aber bei dem unbezahlten Kriegsvolk unmöglich —", so lautete ihr Urteil. Man betonte ferner, daß die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen dem Kaiser noch nicht einmal die ausschließliche Entscheidung über die Beschwerden der Katholiken anheimgestellt hatten, und getröstete sich also um so weniger ihrer Unterstützung zur Durchführung dieser kaiserlichen Entscheidung. Und doch mußte man eine gewisse Sicherheit haben, bevor man die Durchführung des großen Unternehmens in Angriff nahm, wenn man nicht die bereits gewonnenen politisch-konfessionellen Vorteile wider gefährden wollte.

Diese Sicherheit sollten dem Kaiser Spanien, der Papst und die deutschen katholischen Stände gewähren. Den König von Spanien hoffte man zu noch ausgiebigeren Unterstützungen heranziehen zu können, in-

dem man ihm begreiflich machte, daß ihm die Siege des Kaisers im niedersächsischen Kreise der Niederlande wegen größere Vorteile gewährten, als dem Kaiser selbst. Und schon waren sehr vorteilhafte Vorschläge an den östreichischen Gesandten in Madrid abgegangen, deren Durchführung Spanien einen bedeutend höheren Einfluß in beiden nordischen Meeren in sichere Aussicht stellte. Man war in Wien damals geneigt, Jütland und Schleswig gegen einen sofort zu zahlenden Preis von vier Millionen Reichsthalern an Spanien zu verkaufen und glaubte einen ziemlich niedrigen Preis zu fordern, da die Dänen und einige Hansestädte nach Wallensteins Versicherung die Länder für die Summe von acht Millionen wider einlösen wollten.[1] Dieser vier Millionen Thaler bedurfte man aber zur Unterhaltung des Kriegsvolks und „weiteren Progress" zu machen, höchst notwendig. Die verkauften Länder wollte Ferdinand II. Spanien zu Lehn erteilen und zugleich das ganze östreichische Haus zur gesamten Hand damit belehnen, so daß, so lange Männer vorhanden wären, die Frauen ausgeschlossen sein sollten. Damals hatte man noch die Absicht, sich des Sunds zu bemächtigen, wies aber den König von Spanien auch darauf hin, daß er im Besitze von Schleswig den Handel von dem baltischen Meere in die Nordsee mit großem Vorteile werde eröffnen können. Doch wurde der Gesandte ersucht, mit diesen Verhandlungen noch einige Zeit an sich zu halten, weil man sich zuvor der weiteren Fortschritte der kaiserlichen Waffen versichern und die Maßnahmen der dänischen Stände abwarten wollte. Später schränkte freilich der Kaiser die Vollmacht seines Gesandten auf Jütland ein, da er gewillt war, Schleswig selbst zu behalten: der Gesandte sollte sogar einer Übertragung desselben nicht im Geringsten gedenken.[2] Doch scheinen seine patriotischen Staatsmänner auch diesen Gedanken einer Veräußerung Schleswigs vor der Hand nicht gänzlich fallen gelassen zu haben.

Dem Papste, der sich allen kaiserlichen Aufforderungen zum Trotz bisher so wenig hilfreich erwiesen hatte, wollte man vorstellen, daß sich seit den Zeiten Karls V. keine so günstige Gelegenheit zur Ausbreitung des Katholicismus gefunden habe, als gerade jetzt; und von den katholischen deutschen Ständen erwartete man Unterstützung, falls ein neuer Krieg ausbrach, da die Erledigung der Beschwerden, d. h. die Zurückführung ausgedehnter ehemals geistlicher Stiftungen in den Schoß der katholischen Kirche doch ihre eigenen Angelegenheiten betraf.

---

1) Instruktion für den Grafen Khevenhiller, Podiebrad 11. Dec. 1627. Zwei Entwürfe. Wien Hispanica.

2) Ferdinand II. an Gr. Khevenhiller. Prag 28. Jan. 1628.

Endlich hegte man die Absicht, die Kosten und Lasten eines neuen Krieges den bisher neutralen nicht katholischen Ständen, unter welchen man hauptsächlich die Reichsstädte verstand, aufzuerlegen, wenn man anders die Möglichkeit besaß, sie daran zu verhindern, mit den Feinden gemeinschaftliche Sache zu machen. —

Um nun die katholischen deutschen Stände von der Tragweite der kaiserlichen Politik und ihren Plänen im einzelnen soweit in Kenntnis zu setzen, wie man es für angemessen hielt, sollte Trautmannsdorf nach München gehen, während der mainzische Geheimratspräsident Joh. Reinhard v. Metternich mit einer ihm von Stralendorf erteilten Anweisung zum Kurfürsten von Mainz zurückkehrte.

Schon die Zeitgenossen wurden verhältnißmäßig bald davon in Kenntnis gesetzt, wie man sich in Mainz dieser in Angriff genommenen Umbildung der Reichsverfassung gegenüber allenfalls verhalten würde. Denn die Antwort des Kurfürsten vom 28. März 1628 fand nicht nur den Weg in die Archive der protestantischen Stände, sondern wurde auch im Jahre 1629 durch den Druck zur allgemeinen Kenntnis gebracht.[1]

Mainz war der Kräftigung der Kaisergewalt in gewissem Sinne nicht geradezu abhold: es forderte zur Beilegung der pfälzischen Sache sowie zum Behuf des Friedensschlusses mit Dänemark keinen Kurfürstenkonvent und noch weniger eine Reichstagsversamlung, sondern begnügte sich damit, daß der Kaiser überhaupt Kurfürsten zum Friedensschlusse heranzog. Es wollte nicht daran zweifeln, daß sich der Kaiser der Kurfürsten als seiner geheimsten Räte, wie es den Reichssatzungen entsprach, bedienen würde, damit der Friedensschluß seinen Namen von dem Kaiser und den Kurfürsten haben „und im Notfalle von allen Ständen als ein Reichsschluß desto williger aufrecht erhalten werde". Dagegen wünschte es eine Trennung der pfälzischen Angelegenheit von dem Friedensschlusse, und stellte die Forderung, daß Baiern und Mainz, wenn nicht sogar alle Kurfürsten, davon in Kenntnis gesetzt werden sollten, was der Kaiser dem Pfalzgrafen und seinen Kindern

---

1) Der erste (?) Druck in Quart findet sich in einer Sammelschrift unter dem Titel: „COPIA | vnd | Abdruck etlicher vor- | nehmer Bedenken vnd Schreiben" vom Jahre 1629. Die Antwort des Kurfürsten trägt hier die Überschrift „Chur-Mainzisches Gutachten". Auch Londorp hat die Schrift als „Churfürstliche Meinzische Erleuterung deß letzten Churfürstlichen Collegial Bedenckens zu Mühlhausen verfasset" — in sein Sammelwerk Acta publica Bd. II, S. 1371—1376 (J. 1630) aufgenommen, doch ist sein Abdruck sehr fehlerhaft.

zurückgeben wollte. Einer Fortführung des Krieges, wenn Christian IV. keinen Frieden eingehen wollte und der Krieg verteidigungsweise geführt würde, war auch Mainz nicht entgegen; allein es erhob doch den Anspruch, daß „dies mit gebührender und im Reiche herkommender Maße geschehe" und machte damit wol einen schüchternen Versuch, gegen einen Angriffskrieg zur See Verwahrung einzulegen.

Selbstverständlich erregte in Mainz der Gedanke an eine plötzliche Erledigung des Reichs ebenso heftige Besorgnisse wie in Wien: man sah hier einer Einmischung der Franzosen und einer Trennung der Stände entgegen, von welcher man den Untergang des Reiches fürchtete. Allein der Kurfürst erklärte es trotzdem für gänzlich unthunlich und ungeziemend, bei Lebzeiten eines regierenden römischen Kaisers und Oberhaupts im Reich ohne ausdrückliche Zustimmung aller Kurfürsten einen Wahltag auszuschreiben. Freilich war dieser Widerspruch kein unumstößlicher. Nur das ganz abweichende Verfahren, welches ihm durch die kaiserliche Botschaft nahe gelegt wurde, scheint dem Kurfürsten anstößig gewesen zu sein: in der Sache selbst zeigte er sich nachgiebiger und stellte sogar seine Unterstützung in Aussicht. Zu diesem Behuf erteilte er dem Kaiser den Rat, seine Zustimmung zu gewähren, daß die Wahlangelegenheit zwischen Kursachsen und Mainz im tiefsten Geheimnis erörtert und ins Reine gebracht, und daß dann durch Sachsen auch Brandenburg und durch Mainz die übrigen Kurfürsten für den Plan gewonnen würden. Erst nach diesen Vorbereitungen wollte der Kurfürst auf eine besondere Aufforderung des Kaisers das Ausschreiben zu einer Versamlung der Kurfürsten erlassen.

Als ganz unerläßliche Bedingung für das Gelingen des Planes überhaupt bezeichnete Georg Friedrich von Mainz die Beseitigung des Mißtrauens der Stände gegen die kaiserliche Politik. Er forderte nicht allein die gänzliche Abstellung der militärischen Ausschreitungen, sondern auch eine Verminderung der Armee und die möglichst unverzügliche Herbeiführung des Friedens. Von seiten des Kaisers sollte jeder Verdacht beseitigt werden, als wolle man durch Kriegsgewalt und durch die Benutzung der Siege für die Durchführung politischer Pläne „aus dem löblichen Herkommen schreiten und gleichsam mit Einem und dem Andern, welches ohne Zweifel J. K. M. Will und Meinung nicht ist, das Compelle brauchen."

Diesen Anschauungen zufolge lehnte Mainz die Berufung eines Ligatages geradezu ab. Seiner Erklärung nach war das ligistische Heer, wenn man den Ständen nur die Mittel zu seiner Erhaltung nicht abschneide, den sich etwa bei der Widerbesetzung der geistlichen Güter mit

Katholischen erhebenden Schwierigkeiten gewachsen; und Mainz setzte seine Hoffnung auch auf eine weitere Ausbreitung des Bundes, falls die neuen Inhaber der dem Katholicismus zurückgestellten protestantischen Stifter zu den Lasten des Bundes herangezogen würden.

Aus dieser Erwiderung des Kurfürsten konnten also die kaiserlichen Politiker keine Hoffnung schöpfen, die ligistischen Stände ohne weiteres für eine Stärkung der kaiserlichen Gewalt zu gewinnen: noch immer beherrschte diese vielmehr die Besorgnis, daß die kaiserliche Armee geradezu zur Veränderung der Reichsverfassung benutzt werden könnte. Die Ligisten wollten dagegen die in der Vorbereitung begriffene Restitution zu einer Stärkung der katholischen Libertät verwerten. Die verheißene Mitwirkung des Kurfürsten von Mainz bei der Erhebung des Königs von Böhmen und Ungarn zum römischen Könige wird daher der Kaiser selbst schwerlich ernst genommen, sondern vielmehr eher als eine Ablehnung seines Planes betrachtet haben.

Die Sendung des Grafen v. Trautmannsdorf nach München scheint auch weniger der Anbahnung eines Einverständnisses über die römische Königswahl und einen Reichsfrieden, als vielmehr der Auslösung Oberösterreichs aus der bairischen Pfandschaft und der Übergabe der Oberpfalz und einiger diesseit des Rheines gelegenen unterpfälzischen Ämter an den Kurfürsten Maximilian gegolten zu haben. Diese dem bairischen Freiherrn J. Chr. v. Preysing bereits am Ende des Jahres 1627 in Aussicht gestellte Übertragung der Oberpfalz brachte Trautmannsdorf in bester Form glücklich zustande,[1] wogegen Maximilian den Kaiser wider in den völligen Besitz seines Erblandes setzte. Die Summe der Kriegskosten, an deren Stelle der Kurfürst von Baiern, dessen Würde nun nach dem Tage von Mühlhausen von den maßgebenden politischen Gewalten als in seiner Linie erblich anerkannt wurde, die Oberpfalz erhielt, betrug 13 Millionen Thaler.

Eine dauernde Befriedigung über dieses glückliche Abkommen mit Österreich wird freilich Maximilian kaum empfunden haben, da er sich stets gegenwärtig halten mußte, daß der Kaiser gerade jetzt ein ähnliches Kaufgeschäft ohne Zuthun der Kurfürsten und der Reichsstände über Mecklenburg abschloß.

---

1) C. M. Frh. v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse, Urk. S. 286.

Auffallende militärische Maßregeln der kaiserlichen Politik.

Um dieselbe Zeit, in welcher vom kaiserlichen Hofe die Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um zwei Reichsfürsten ohne ein rechtliches Erkenntnis ihrer Lande zu entsetzen, erregten auch einige militärische Maßnahmen der kaiserlichen Politik die peinlichsten Besorgnisse an den deutschen Fürstenhöfen. Wallenstein ließ vier Regimenter in die an Sachsen verpfändeten Gebiete der Lausitz einrücken, und der Graf v. Montecuculi begab sich auf den Befehl des Kaisers nach München, um von Maximilian die Abführung des ligistischen Volkes aus dem fränkischen und schwäbischen Kreise zu fordern. Denn an die Stelle des ersteren sollten gleichfalls kaiserliche Regimenter gelegt werden.

Wallenstein begründete die Notwendigkeit dieser Einquartierung in der Lausitz gegen Collalto damit, daß man sich auf diese Weise der Krone Böhmen, das soll wol heißen der öffentlichen Ruhe und Ordnung in dem neuen Erblande, besser versichern und um so schneller auch Truppen nach Norden zu führen imstande sei, wenn sich die Seestädte etwa gegen den Kaiser erheben sollten.[1] Der Kaiser selbst führte dagegen in einem Schreiben (21. März) an den Kurfürsten von Sachsen die Besorgnisse vor neuen kriegerischen Bewegungen Bethlen Gabors und des Königs von Dänemark als maßgebend an, ohne dem von dem Kurfürsten unter anderen erhobenen Einwande, daß durch die Einlagerung die ihm vom Kaiser eingeräumte Hypothek verwüstet werde, Beachtung zu schenken.

Der Graf v. Montecuculi erhielt von dem Haupte der Liga einen ablehnenden Bescheid. Aber der Kurfürst von Baiern ließ es nicht hierbei bewenden, sondern erhob durch seinen Gesandten Hannibal v. Herliberg Klage gegen diese den katholischen Bund beeinträchtigende Forderung. Der Kurfürst bat noch einmal, entweder das Begehren fallen zu lassen oder ihn mit Anweisung zu versehen, wie er die Truppen der Liga, ohne ihren Untergang herbeizuführen, sonst zu erhalten vermöge. Wenn aber der Kaiser das Letztere nicht zu thun imstande sein sollte, könnte der Kurfürst nicht anders glauben, als sein Wille gehe darauf aus, die gänzliche Auflösung der Liga herbeizuführen, woran er aber vor der Hand nicht glauben wollte, weil ihn der Kaiser noch neulich durch den Grafen von Trautmannsdorf um Unterstützung hatte ersuchen lassen. Daher möge Ferdinand II. die ligistische Armee in gutem Stande erhalten helfen und ihr die notwendigen Unterhaltungsmittel und unter ihnen

1) Wallensteins Brief aus Gitschin 27. Febr. in einem mangelhaften Abdrucke bei Chlumecky a. a. O. S. 69.

auch die Quartiere gewähren oder belassen. Dann hatte Herliberz dem Kaiser Vorstellungen gegen neue Werbungen zu machen, da Herzog Julius Heinrich zu Sachsen-Lauenburg 1000 Pf. und der junge Tertzky ein Regiment von gleicher Höhe aufbringen sollte, denen bereits der Marsch über Regensburg und Donauwört nach ihrem Sammelplatze Nördlingen angewiesen war. Diese neuen Werbungen erschienen dem Kurfürsten um so unerklärlicher, als sich Wallenstein gegen Pappenheim noch neulich dahin ausgesprochen hatte, daß er Tilly auf den Notfall 10000 Pf. zu Hilfe schicken wollte. Herliberz mußte es ferner als weltkundig bezeichnen, daß Wallensteins Reiterei eine Stärke besaß, wie sie nach den Niederlagen des Königs von Dänemark gegen die Feinde des Kaisers und des Reichs nicht erforderlich war. Da nun die Bundesstände in Schwaben schon jetzt mit Reiterei so beschwert waren, daß sie keine Bundesbeiträge mehr leisten konnten, was sollte daraus werden, wenn zu den von Wallenstein nach Schwaben gewiesenen 4600 R., welche bereits im Anzuge waren, auch noch die zwei Tausend in der Werbung begriffenen anlangen würden?

Diese Bitten und Vorstellungen waren in einer von Herliberz dem Kaiser überreichten sehr ausführlichen Denkschrift (vom 26. April) enthalten.[1] Der Bescheid, welchen der Kaiser dem Kurfürsten darauf erteilte, lautete einfach dahin, die Bundestruppen würden sich in den beiden Kreisen so einzuschränken haben, daß die kaiserlichen Regimenter an ihrer Statt untergebracht werden könnten.

In dieser Zeit brachte man ferner bereits früher erwogene Pläne einer zweckmäßigeren Einteilung der ganzen kaiserlichen Armee, welche die Heeresverwaltung erleichtern sollte, teilweise zur Ausführung. Das ganze im Reiche einquartierte Heer erhielt in den Grafen Collalto, Schlick, Wolf v. Mansfeld und in Hans Georg v. Arnim vier Feldmarschälle. Arnims vom Kaiser ausgefertigte Ernennung erfolgte am letzten April 1628. Mit seiner neuen Stellung wurde ein Monatsgehalt von 1500 Gulden verbunden.[2]

Wolf v. Mansfeld war der Oberbefehl der sich um Ulm sammelnden Regimenter und dem Anschein nach auch der über die andern südwärts vom Main stehenden Truppenteile übertragen. Allein der Graf scheint sich gegen die Annahme seiner hohen Stellung gesträubt zu haben oder legte sie, vielleicht einem auf ihn ausgeübten Drucke nachgebend, sehr bald

1) Maximilians Instruktion für Herliberz ist vom 21. April 1628.

2) Vgl. Wallensteins Brief an Arnim, Prag 28. April bei Förster a. a. O. 1. 329 und die darauf folgende kaiserliche Bestallung vom letzten April S. 329 ff. Clumecky a. a. O. S. 70.

nieder, worauf Collalto als Generallieutenant an seine Stelle trat. Später wollte freilich der Graf als Kommandierender nach Süddeutschland gehen, aber ausschließlich Befehle vom Hofe annehmen. Wallenstein trat jedoch diesem Ansinnen mit sarkastischem Spott und Hohn entgegen. Er schrieb an Collalto: „Der Graf v. Mansfeld hat pretendirt wiederum ins Reich geschickt zu werden, doch daß er allein von Hof dependiren sollte. Nun taugt er kaum zu etwas, wenn er obedirt, will geschweigen, wenn er allein von ihm selbst dependiren sollte. Wäre er so krank, wie er aufgeblasen ist, so wäre er längst tot". „Aus dem Reich hat man herein geschrieben, daß der Wolf ankommen ist, wäre sehr hungrig, griffe mit beiden Händen zu. Zu diesem Werk allein ist er nicht nachlässig, aber zu allem andern."[1] Wallenstein ließ zugleich den Grafen Johann v. Nassau durch Collalto zum Feldmarschall vorschlagen.

In dem Kaufbriefe, welchen der Kaiser über Mecklenburg ausstellte, wird einer Gnadengabe des Kaisers an Wallenstein von 700 000 Thalern gedacht, welche nur als die dem General für seine Verdienste im letzten Feldzuge angewiesene Ehrengabe angesehen werden kann.

Es ist daher auffällig, daß der Kaiser seinem General auch den Gehalt verdoppelte. Durch den Kriegsrat ließ er ihm am 15. Januar die Mitteilung zugehen, daß er sich entschlossen habe, ihm monatlich 6000 Gulden reichen zu lassen, und daß der Termin dieser Solderhöhung vom 25. Juli 1625 gerechnet werden sollte.[2] In dieser Zuschrift wurde Wallenstein bereits als General des oceanischen und baltischen Meeres bezeichnet. Begründet wurde diese Erhöhung mit den veränderten Zeitverhältnissen und der großen Entfernung des Kriegsschauplatzes. Etwas später erteilte Ferdinand II. seine Zustimmung dazu, daß 66 Scheine, welche der General der Hofkammer über seine Auslagen in der Höhe von 537 072 Gulden 59 Kreuzer 2½ Pf. eingereicht hatte, ihm bei der künftigen Abrechnung gut geschrieben, in den einzelnen Regimentsrechnungen aber als geleistete Zahlungen aufgeführt werden sollten.

Tilly bewilligte der Kaiser ein Gnadengeschenk von 400 000 Reichsthalern aus den einzuziehenden Gütern im niedersächsischen Kreise, wogegen der General auf 100 000 Gulden, die ihm bereits in Böhmen angewiesen waren, Verzicht leisten mußte. Tilly erhielt später dafür die dem Kaiser im Lübecker Frieden von Christian IV. abgetretenen Obligationen des Herzogs Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel und als Pfand zur Nutznießung bis zur völligen Zahlung der 400 000 Reichsthaler das braunschweigische Amt Syke.

1) Wallenstein an Collalto. Feldlager bei Stralsund 10. Juli. Chlumecky 76.

2) Ferdinand II. an Wallenstein. Prag 15. April 1628. Wien.

Die Erwerbung Mecklenburgs durch Wallenstein.

Wallenstein ließ den Vorschlag, daß ihm Mecklenburg abgetreten werden möchte, den kaiserlichen Politikern zuerst unterbreiten. Anfangs war er geneigt, dem Kaiser das ganze Land oder wenigstens den Anteil des älteren lutherischen Herzogs Johann Adolf mit Ausnahme einiger Ämter und ein Stück von dem Gebiete des Jüngeren abzukaufen.

Sein Helfershelfer in diesem Geschäft war der Oberstlieutenant St. Julien,[1] ein noch jüngerer Offizier, der aus Frankreich eingewandert war und unter Matthias militärische Dienste genommen hatte. Nachdem er sich schon in der Schlacht auf dem weißen Berge ausgezeichnet hatte, war er im Jahre 1623 als Verteidiger der mährischen Stadt Göding gegen Bethlen Gabor noch mehr hervorgetreten und hatte sich später in der Schlacht bei Dessau so tapfer gehalten, daß er nach derselben zum Obersten ernannt wurde und ein Regiment erhielt.

Dieser Offizier bekam von Wallenstein den Auftrag, die Angelegenheit zunächst nur mit dem Fürsten v. Eggenberg und dem Kanzler Verda zu besprechen und so weit zu ordnen, daß ihm die Räte bei seiner Ankunft mit dem Vorschlage selbst entgegentraten. Alsdann wollte sich der kauflustige Herzog ein wenig spreizen und zuletzt annehmen. Mit dem Kanzler Verda hat Wallenstein die Angelegenheit vor seiner Rückkehr nach Böhmen noch persönlich dem Anschein nach in Sagan verhandelt. St. Julien erhielt für seine dem Herzoge damals geleisteten Dienste eine reiche Belohnung: bei einer späteren Veranlassung versprach Wallenstein, sich ihm wider ebenso dankbar zu erweisen, als wenn er ihm noch ein Land Mecklenburg zu Wege gebracht habe. Aber auch dem Fürsten Eggenberg fühlte sich Wallenstein tief verpflichtet, und Stralendorf und dem Herrn v. Nostiz ließ er für die Ausfertigung des Lehnbriefes ein Honorar in beliebiger Höhe versprechen.[2]

Von einer teilweisen Erwerbung der Lande hören wir jedoch nichts wider: die ganze Angelegenheit nahm überhaupt einen ziemlich raschen Verlauf. Man wird nicht läugnen können, daß Wallenstein die Bewerbung um Mecklenburg auch damit rechtfertigen konnte, daß die auf die Gewinnung

1) Vgl. Wallensteins Schreiben an St. Julien Rossa d. 29. Okt. 1627 in d. Jahrb. des Ver. für mecklenb. Geschichte Bd. 40 S. 94. Der Ausstellungsort des Briefes scheint jedoch unrichtig zu sein, da sich Wallenstein an diesem Tage in Elmshorn befand, vgl. Chlumecky S. 59.

2) Güstrow 15. Jan. 1629, Wallenstein an St. Julien. Mecklenb. Jahrb. Bd. 40 S. 106.

der Ostsee gerichteten Pläne der kaiserlichen Politik durch die Besitzveränderung in Mecklenburg eine starke Stütze erhielten. Allein trotzdem fand der ganze Plan am Kaiserhofe Gegner, die wol hauptsächlich in den Reihen der spanisch-ligistischen Partei zu suchen sind. Brachte diese Gegenpartei doch die wenige Monate später mit so großem Geräusch gegen Wallenstein erhobenen Vorwürfe schon in ihrem Gutachten für den Kaiser zur Sprache. Der kaiserliche Feldhauptmann sollte sich dahin geäußert haben, daß der Kaiser den Kurfürsten das Gasthütel abziehen und sich zum Könige von Deutschland machen müsse, wie es die Herscher von Frankreich und England in ihren Landen waren. Ja man hielt sogar dem Kaiser vor, er habe Wallenstein eine höhere Gewalt verliehen, als er ihm seiner Kapitulation zufolge verleihen könne. Wallensteins Einfluß wird es zuzuschreiben sein, daß in das dem Verkaufe günstige Gutachten der Hinweis aufgenommen wurde, man werde durch die Herausgabe der eroberten Länder gewiß zum Frieden mit dem Könige gelangen können.[1] Dagegen muß man gerade die Eilfertigkeit, mit welcher das ganze Geschäft betrieben wurde, aus den damals immer noch mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit vorbereiteten Angriffsplänen auf die dänischen Inseln erklären. Indem man aber die Untersuchung gegen das politische Verhalten der Herzöge von Mecklenburg mit dem Urteil begann, rechnete man natürlich darauf, jeden Widerstand der deutschen Fürsten im Keime zu ersticken.

Und so wurde denn schon am 9. Jan. n. St., während sich der Kaiser auf seinem Lustschlosse Brandeis aufhielt,[2] Wallenstein der Besitz des in so formloser Weise durch einen sehr dunkeln Vertrag erkauften Herzogtums zugesichert, und der Kaiser würdigte den neuen Reichsfürsten der Ehre, wie die älteren sein Haupt vor ihm bedeckt zu halten.

Damit entäußerte sich der Kaiser eines durch Kriegsrecht erworbenen Herzogtumes, welches in Verbindung mit den Elbherzogtümern und Jütland auch für die Gründung und Entfaltung einer kaiserlichen Flotte von sehr großer Bedeutung sein mußte.

---

1) Khevenhillers Annales Bd. XI. 61 ff.

2) Als der Tag, an welchem die Zusicherung erfolgte, wird sonst der 19. Jan. n. St. genannt; es erscheint aber zweifelhaft, ob Wallenstein an diesem Tage in Brandeis gewesen ist In einer Wiener Correspondenz einer gedruckten Zeitung (Lit. T. 19) wird ausdrücklich der 9. Jan. als der Tag, an welchem der General Audienz bei dem Kaiser erhielt, angegeben. Das ist aber um so wahrscheinlicher, als Wallenstein, der sich am 3. Jan. noch in Gitschin befand, schon am 7. Jan. in Brandeis eingetroffen war. Von hier ging er nach Prag und verweilte wochenlang am kaiserlichen Hoflager. Förster 1, 266. Dagegen Gindely, Waldstein 1, 365.

Einsichtigere Politiker mögen sich freilich damit getröstet haben, daß der Kaiser in den neu erworbenen protestantischen Bistümern einen Machtzuwachs auch im mittleren und nördlichen Deutschland erhielt, gegen welchen man das Herzogtum Mecklenburg verschmerzen konnte. Denn daß diese Bistümer jemals wider dem östreichischen Hause entzogen werden könnten, in dessen erblichen Besitz vor kurzem das Königreich Böhmen gelangt war, brauchte man um so weniger zu befürchten, als man eben Mecklenburg einem katholischen Herzoge überlassen hatte.

Schon im nächsten Monate wurde Wallenstein die Belehnung über Sagan und Mecklenburg erteilt. Als sich der General seines Herzogtums bereits sicher wußte, war er noch Vater eines Sohnes und hatte also Aussicht auf Nachfolge im Reichsfürstenstande. Diese Hoffnung sah er jedoch sehr bald wider untergehen. Allein nichts destoweniger trat er die neue Herschaft mit dem Vollbewußtsein eines altreichsständischen Fürsten an und war von vornherein bemüht, den Zusammenhang seines neugewonnenen Herzogtumes mit dem Kaiser und dem Reiche so locker als möglich zu gestalten. Er strebte eifrigst nach der unumschränkten Gerichtshoheit, so daß selbst der Adel nicht appellieren sollte. Alle Kriegskontributionen aus dem Mecklenburgischen behielt er sich selbst vor. In der neuen Finanzverwaltung scheinen sogar die landesherrlichen Ausgaben und die Bedürfnisse für das kaiserliche Heer nicht überall streng gesondert worden zu sein. Er wollte 90000 Reichsthaler, welche er von der Stadt Rostock forderte, ohne weiteres seinem Bankier Hans de Witte überweisen, der den Kaufpreis für einige Herschaften in der Höhe von 400000 Reichsthalern gezahlt hatte, und wollte den von dem mecklenburgischen Lande gelieferten Proviant samt den Kriegssteuern jedenfalls sich selbst in Rechnung stellen.[1]

Nachdem der Kaiser in Aldringer und Walmerode zwei mit den norddeutschen Verhältnissen nachgerade wol vertraute Männer und zugleich ergebene Diener Wallensteins zu seinen Bevollmächtigten ernannt hatte, übergaben diese demselben Obersten St. Julien, welcher die geheimen Verhandlungen in Wien geleitet hatte, und seinen zwei Rechtsbeiständen das Land. Wallenstein sollte es so lange besitzen, bis ihm die Kriegskosten wider erstattet worden wären. In seinem Auftrage begab sich St. Julien mit seinen beiden Genossen auf den von den Vertretern des Kaisers zum 23. März (a. St.) nach Güstrow ausgeschriebenen Landtag, um die Landeshuldigung vorzunehmen.

---

1) Wallensteins Schreiben an St. Julien, Gitschin 24. Mai 1628. Mecklenburgische Jahrbücher (Jahrg. 40) S. 102 f.

Adel und Städte waren in ziemlicher Anzahl erschienen und wurden ihrer Pflicht gegen die noch immer im Lande befindlichen Fürsten entbunden; sie suchten aber zunächst um einen Aufschub der Vollstreckung des Urteils über ihre Herzöge von drei Monaten nach, welchen man ihnen verweigerte. Darauf erklärten sich die Stände im vollen Einverständnisse mit ihren Landesherren bereit, dem Kaiser den Eid zu leisten. Und als sie auch hiermit zurückgewiesen wurden, begab sich ein Ausschuß, dessen Sprecher der Landrat Moltke war, im Gefolge einer großen Menge Volkes zu den Herzögen und rückte denselben nochmals die falsche Parteinahme vor, welche sie in diese Lage gebracht hatte. Die Herzöge hofften jedoch noch immer, daß sie im Stande sein könnten, die Gnade des Kaisers wider zu gewinnen, und versprachen daher die Kriegskosten in Gemeinschaft mit ihren Ständen und unter Verpfändung ihrer Länder selbst abzutragen.

Zuletzt erschien auch Arnim, um die Stände durch den Hinweis auf die Gefahr, welche eine längere Verzögerung für das Bekenntnis des Landes herbeiführen könnte, zum Entschlusse zu drängen. Arnim nahm also die Miene an, als ob er Wallensteins Regiment in dieser Beziehung für unschädlich halte.

Vergeblich übergaben die Stände noch ein Bittgesuch um die Bestätigung ihrer Privilegien und leisteten darauf am 29. März (a. St.) die Huldigung.

Die so bedeutungsvolle Besitzveränderung im niedersächsischen Kreise war binnen einer sehr kurzen Zeit durchgeführt worden, ohne daß dem Kreisobersten des obersächsischen Kreises auch nur eine Anzeige zugegangen wäre. Auch er mochte sich mit der Bekanntmachung begnügen, welche der Kaiser unter dem 1. Febr. an das Land Mecklenburg und seine Einwohner erlassen hatte.[1]

Wallenstein hätte es gar nicht ungern gesehen, wenn bei der Huldigung Unruhen ausgebrochen wären, weil er dann ohne weiteres alle Privilegien als verwirkt aufheben konnte. Er gab daher Arnim schon im Voraus Auftrag, in diesem Falle eine zahlreiche Besatzung in das Land zu legen und dem Obersten St. Julien den Befehl zu erteilen, die Güter der Widersacher einzuziehen und die Personen in Haft zu nehmen.

---

1) Vgl. den Abdruck bei Förster a. a. O. 1. 291 ff.

Die Städte Bremen, Hamburg und Lübeck am Schlusse des Jahres 1627 und in den ersten Monaten des folgenden Jahres.

Bremen.

Die Zurückhaltung der in Lübeck versammelten wendischen Städte ist schon erklärlich, wenn man nur die Lage und die Verhältnisse der größeren hansischen Gemeinwesen etwas näher in das Auge faßt.

In großer Bedrängnis befand sich nach dem unglücklichen Ausgange der Kämpfe im bremischen Erzstift die Stadt Bremen. Denn schon in der zweiten Dezemberwoche ließ Tilly um die Aufnahme eines Regiments Fußvolk nachsuchen und forderte die Auslieferung eines von der Stadt genommenen dänischen Kriegsschiffes samt seinen Geschützen und aller Bemannung. Die Unterhaltung des Regiments sollte an keine bestimmte Frist gebunden sein, sondern währen, so lange es erforderlich sein werde, und ohne Zuziehung des bremischen Landgebietes fortgesetzt werden. Zugleich beschwerte sich der General über die unziemliche Haltung der Bürgerschaft gegenüber seinen Soldaten und maß endlich der Stadt die Hauptschuld bei, daß der Krieg in diesen Gebieten noch nicht zu Ende geführt sei.

Freilich war das Vertrauen Tillys auf die Bereitwilligkeit der Stadt, ihm zu Willen zu sein, kein sehr großes, denn er stellte es auch in ihr Ermessen, ihm die Unterhaltung des Regiments abzukaufen. Mit einer beträchtlichen Geldsumme war bereits der Oberst v. Anholt von der Stadt bedacht worden.

In voller Ratssitzung entledigte sich der ligistische Oberstlieutenant Karl Friedrich Waldegg (Waldeck) seiner Aufträge.

Im Namen der Stadt begaben sich darauf die Ratsmitglieder Dr. Johann Preißwerk und Ludwig Schnelle nach Buxtehude,[1] um Tilly Vorstellungen zu machen und besonders auch die dem Amte Bederkesa zugedachten Einquartierungslasten zu mildern. Indessen alle Einwendungen waren vergeblich: Tillys Drängen wurde nur nachdrücklicher, bald verlangte er augenblickliche Zahlung der geforderten Summe und drohte zugleich die Angelegenheit höheren Orts anhängig zu machen.

Allein Monate vergingen, bevor sich die Stadt bequemte diesem Verlangen in irgend einer Weise zu entsprechen.

Nach einiger Zeit hatte sich jedoch die Stadt noch auffälligerer Belästigungen durch den ligistischen Feldobersten, der auch Bremen gegen-

1) Ihr Recreditiv ist von Tilly Buxtehude am 16. Dez. ausgestellt. St.-A. der freien Stadt Bremen.

über als unmittelbarer Bevollmächtigter des Kaisers auftrat, zu erwehren.[1] Tilly beschwerte sich über die ununterbrochene Fortführung der städtischen Festungsbauten, sowie über die mit den Befestigungszwecken in Verbindung stehende Abtragung des Paulerbergs und endlich sogar über die Einführung indirekter Steuern auf kaufmännische Waren. Er erklärte es für ein ganz eitles und vergebliches Beginnen vonseiten der Stadt, sich einer so zahlreichen, sieggekrönten Armee gegenüber zum Widerstande rüsten zu wollen. Diesen Anklagen gegenüber stellte die Stadt jede feindselige Absicht gegen den Kaiser oder Tilly in Abrede und wies den letzteren darauf hin, daß sie mit der Befestigung der Stadt nur eine Pflicht erfülle, welche ihr vom Kaiser selbst nahe genug gelegt worden war.

So hat der ligistische General, obwol er die ganze bremische Landschaft besetzt hielt, Monate lang vergeblich die Stadt zu brandschatzen versucht. Dagegen mußten die Einwohner der Ämter Bederkesa und Lehe für das ihnen zugemutete Winterquartier innerhalb vier Wochen 8000 Thlr. zahlen.

Nun hatten sich aber einstmals während einer Verhandlung der bairische Kommissar v. Lerchenfeld und Tillys Rat Mercator dahin ausgesprochen, daß die Stadt ihren General zu „besonderen Ehren und Gefallen" mit einer Bewilligung bedenken möge. Und dazu entschloß man sich endlich in Bremen.

Der Bürgermeister Dr. j. Eberhard Docen und ein Mitglied des Rats, Liborius v. Line, wurden dazu ausersehen,[2] „zu Erlangung und Erhaltung J. hochgräflichen Exc. mehren Favors und geneigten Willens" dem ligistischen General einen Schuldbrief über 10000 Thlr. anzubieten. Im Rate der Stadt hegte man Zweifel, ob Tilly das Geschenk annehmen werde; da jedoch in den weiteren Verhandlungen zwischen beiden von den früheren Geldansprüchen nicht mehr die Rede ist, wird er es schwerlich zurückgewiesen haben. Allein trotzdem wahrte die Stadt ihren früheren Standpunkt: sie bezeichnete die ihr angesonnenen Kriegssteuern als der Reichsverfassung widerstreitend. Doch hatte sie auch ein anerkennendes Wort für die Bemühungen Tillys, die Weserzölle nicht durch die Soldaten erhöhen zu lassen.

In große Besorgnis wird die Stadt ferner in jenen Wintermonaten der Gedanke an das künftige Schicksal des Erzstifts versetzt haben. Denn der Graf v. Schwarzenberg hatte in Wien zugleich den geheimen

1) Tillys Schreiben an die Stadt vom 22. Dez. 1627.

2) Untersiegelte Instruktion vom 18/28. April 1628 der beiden genannten Abgeordneten.

Auftrag erhalten, dafür Sorge zu tragen, dem Kaiſerhauſe auf jeden Fall das Erzſtift Bremen zu ſichern. Zu dieſem Behufe hatte ſich Schwarzenberg nach ſeiner Ankunft im niederſächſiſchen Kreiſe mit Walmerode verbunden, der widerum mit dem bisherigen Erzbiſchofe Johann Friedrich direkte Verhandlungen anknüpfte. Und dieſe hatten ſehr bald den Erfolg, daß der Erzbiſchof in ſeiner blinden Erbitterung gegen Chriſtian IV. dem Plane, an die Stelle des ſeitherigen Koadjutors in der Perſon des däniſchen Prinzen Friedrich den zweiten Sohn des Kaiſers, den Erzherzog Leopold Wilhelm zu ſetzen, ſeine Zuſtimmung gewährte. Schon am 25. März konnte Walmerode dem Kaiſer dieſe frohe Botſchaft mitteilen. Mit der Führung der erforderlichen Verhandlungen beauftragte der Erzbiſchof ſeinen Rat und Amtmann zu Eutin, der zugleich Kanonikus der Domkirche zu Lübeck war, Gottlieb vom Hagen. Dieſer hat ſelbſt bekannt, daß er Walmerode auf die paſſenden Mittel und Wege zur Erreichung ſeines Zweckes hingewieſen und den Eifer ſeines Herrn in der Angelegenheit gegen Stralendorf gerühmt habe. Gottlieb vom Hagen gab auch dem Reichsvicekanzler den Rat, die Domherren von Bremen zur Aufhebung der Kapitulation des däniſchen Prinzen zu nötigen und ihnen auf dieſe Weiſe die Hände zu einer Neuwahl freizumachen. Da nun der bereits bejahrte Erzbiſchof gerade damals von einem heftigen Unwolſein befallen wurde, erhielt Walmerode ſchon den Auftrag, bei dem Tode desſelben ſofort nach Bremen zu eilen und die Kapitularen bis zur Ankunft kaiſerlicher Geſandter von jeder Neuwahl zurückzuhalten.[1] Mit dieſen Beſtrebungen befand ſich natürlich Eggenberg in vollem Einverſtändnis; er hatte ſchon in Prag zu Walmerode die Worte geſprochen: Herr, der Kaiſer läßt das Erzſtift Bremen nicht aus der Hand. Jener lutheriſche Rat des lutheriſchen Erzbiſchofes ging wirklich im Auftrage ſeines Herrn nach Bremen, um das Domkapitel zu gewinnen und erteilte auch den Ratſchlag, die Stadt durch Zuwendung materieller Vorteile dem Plane geneigt zu machen. Er ſtellte anheim, in der vom Grafen von Oldenburg am kaiſerlichen Hofe anhängig gemachten Zollangelegenheit ſo zu entſcheiden, daß die Stadt nicht vor den Kopf geſtoßen würde. Die ganze Wahlangelegenheit wurde anfangs ſehr geheim betrieben; allein nach einiger Zeit kam ſie

1) Acta des K. St.-A. in Schleswig BB. Correſpondenz des fürſtl. Eutin'ſchen Rats ... Gottfried vom Hagen mit dem kſ. Abgeſandten R. v. Walmerode. Hier findet ſich ein Brief Walmerode's an Johann Friedrich aus Segeberg vom 18. April und ein nicht unterzeichnetes Schreiben an den Vicekanzler Stralendorf (vom 10./20. April) in Abſchrift, welches auf jeden Fall Gottlieb vom Hagen verfaßt hat.

doch Tilly zu Ohren, der natürlich seinem Grolle darüber, daß er nicht von vornherein in dieselbe eingeweiht worden war, gegen den Erzbischof freien Lauf ließ. — Nach Tilly's Darstellung hatten einst 3000—4000 M. mit schwerem Geschütz einen Ausfall gegen seine eindringenden Scharen gemacht. Infolgedessen führte derselbe eine noch drohendere Sprache gegen die Stadt und erinnerte sie an ihre Verpflichtungen gegen den Kaiser, nach welchen die Städte zur Unterhaltung „seiner kaiserlichen Soldateska" das Ihrige gleichfalls beizutragen hatten.

Vergeblich suchte die Stadt um die Abführung der noch immer in der Burg und den benachbarten Schanzen liegenden Besatzung nach,[1] auf die man für den Fall der Eroberung Stade's vertröstet worden war. Und wie groß mag die Bestürzung des Rates gewesen sein, als die Stadt vom Kaiser beschuldigt wurde, seinem Volke heimlich und öffentlich Abbruch zu thun und mit der Aufnahme einer holländischen Besatzung umzugehen. Bei Verlust aller Freiheiten und kaiserlichen Gnadenerweisungen wurde der Stadt dieses Unterfangen und besonders jede Verbindung mit den Staaten und andern Feinden untersagt.[2]

Wir dürften kaum irren, wenn wir den Grund dieser kaiserlichen Ungnade in den Meldungen Tillys und des Erzbischofs Johann Friedrich suchen, von denen der erstere dem Kaiser auf Grund einer Nachricht des Grafen von Schwarzenberg die Mitteilung machte, daß eine Flotte von dänischen, holländischen und englischen Schiffen einen Anschlag auf Dietmarschen und die Stadt Bremen vorhabe, und daß die letztere dem Unternehmen nicht abgeneigt sei. Ähnliche Meldungen von den gefährlichen Anschlägen Bremens erstattete Johann Friedrich an Tilly.

Ferner wies Tilly dem Obersten v. Reinach das Gebiet, „zwischen der Burg und Bremen dies Orts gelegen" an: allein die Stadt unterließ es anfangs sogar sich mit Reinach über die Verpflegung seiner Mannschaften in Verbindung zu setzen. Und als etwa 200 M. dieses Regiments ohne Genehmigung der Stadt in das Viehland einrückten, leisteten die Truppen der Stadt sogar Widerstand.

Hamburg.

Sehr eigentümlich gestalteten sich die Verhältnisse der Stadt Hamburg, die damals in ihren Mauern einer so zahlreichen Menge von Fremden eine Zufluchtsstätte bot, daß der Rat in Besorgnis geriet, wie man die

---

1) Durch Liborius v. Lihne, dessen Instruktion am 9./19. Mai ausgestellt ist.

2) Das kaiserliche Schreiben wurde Prag am 8. April ausgefertigt, aber dem Rate von Bremen erst am 27. Mai (n. St.?) ausgehändigt.

Bevölkerung bei einer Belagerung werde ernähren können.[1] Unter diesen Fremden befanden sich viele durch den Krieg vorläufig um ihre Güter gekommene Edelleute und Bauern aus Schleswig und Holstein, Räte und Offiziere des Königs von Dänemark, Freunde und Feinde des Kaisers aus dem Innern Deutschlands, welche Gelegenheit suchten, ihr Glück zu machen und hierbei auch die schlechtesten Mittel nicht verschmähten. Dazu kamen der Vertreter der Generalstaaten bei den Hansestädten Foppius van Aitzema, der englische Gesandte Robert Anstruther und manche andere Vertreter von Staaten und Fürsten, welche offen und im Geheimen mit dem Rate Geschäfte abwickelten oder spionierten.

Da forderten der Graf v. Schwarzenberg und Tilly die Auslieferung einer Anzahl verdächtiger oder dem östreichischen Hause geradezu feindlicher Personen und ihrer Güter, und als dies zurückgewiesen wurde, wenigstens ihre Verhaftung. Die letztere konnte und wollte aber der Rat um so weniger ablehnen, als wenige oder keiner der Verfolgten die Erlaubnis zum Aufenthalte nachgesucht hatten.[2]

So wurde, angeblich auf Veranlassung des Erzbischofs von Bremen, der dänische Kriegsrat Martin von der Medem in Haft genommen. Ein gleiches Schicksal hatte auch der dänische Oberstlieutenant Klein Jakob zu erleiden, der als kaiserlicher Gefangener sich nicht wider in seinem Quartiere eingestellt hatte. Auch gegen den ehemaligen Rat des Administrators von Magdeburg, Werdenhagen, der sich nach der Ansicht des Rats durch seine große Unvorsichtigkeit auffällig gemacht hatte, war ein Haftbefehl erlassen worden. Derselbe hatte sich aber noch rechtzeitig flüchten können, und seine Frau folgte ihm mit den zurückgelassenen Habseligkeiten nach. Ferner hatte der Rat die Güter und Papiere der Witwe Siegfrieds v. Pogwisch und des bei Lutter am Barenberge gebliebenen Obersten Fuchs und endlich auch die Hinterlassenschaft und besonders das Archiv des abwesenden Administrators Christian Wilhelm mit Beschlag belegen lassen. Die Papiere des letzteren waren in der Kirche zu St. Jakob niedergelegt worden und sollten nicht ausgeliefert werden. Der Erzbischof von Bremen bat den Kaiser aber auch, der

---

1) Eine allgemein gehaltene Darstellung der politischen Bestrebungen der Stadt Hamburg in jener Zeit findet sich in dem Programm des Dr. W. Fleischfresser, Die polit. Stellung Hamburgs in der Zeit des dreißigjährigen Krieges II. 1627—1629. Hamburg 1884. (Progr. d. höheren Bürgerschule.)

2) Aldringer hatte es besonders auf die Festnahme der dänischen Kommissare v. Buchwald und v. Aleseld sowie Detlevs v. Ranzau abgesehen und die Ausweisung verdächtiger Personen und des herrenlosen Gesindels überhaupt.

Stadt Hamburg bei Strafe zu befehlen, ihm seinen bremischen Landdrosten Levin Marschalk und den Dr. juris Johann Lüning auszuliefern.

Die Folge dieses anscheinend so feindseligen Verhaltens der Stadt gegen seine ehemaligen Diener war eine Beschwerde des Königs von Dänemark gegen den Rat, welche er auch den Oberalten mit dem Ersuchen mitteilen ließ, die gemeine Bürgerschaft davon in Kenntnis zu setzen und etlichen im Rat den Zügel nicht zu weit schießen zu lassen.[1] Der Rat ließ jedoch dem königlichen Abgeordneten Cratz beruhigende Versicherungen erteilen und versprach in der Neutralität zu verharren: auch wollte er weder Güter noch Personen aus der Stadt ausliefern, sondern seine Handlungen so bemessen, daß sie dem Könige nicht zur geringsten Kränkung Veranlassung geben sollten. Einige Mitglieder des Rats gingen in den Beteuerungen ihres guten Verhaltens und ihrer Dienstfertigkeit noch weiter. Als Freunde des Königs und der protestantischen Sache wurden besonders die Bürgermeister Vogler und Winkler bezeichnet, während der Bürgermeister Eytzen in nahem Verkehre mit den Kaiserlichen stand. Ähnliche Versprechungen wie dem Könige von Dänemark erteilte der Rat auch einer Anzahl geängsteter holsteinischer Adeliger: er versprach ihnen alle nur mögliche Rücksichten zu teil werden zu lassen.[2]

Der Preis, den die Stadt Hamburg für ihre der siegreichen Partei so wolwollende Haltung forderte, war jedoch ein ziemlich hoher. Ihr Syndikus Dr. Möller begab sich nach Prag, um der Stadt den völlig freien und ungehinderten Handelsverkehr sogar mit den Kriegsparteien zusichern zu lassen. Man wollte wissen, daß Mitglieder des Rats sich dahin geäußert hätten, daß die Stadt sich den Feinden des Kaisers anschließen werde, um mit ihrer Hilfe der See und der Elbe Meister zu bleiben, wenn ihr der Kaiser diese weitgehende Neutralität nicht gewährleisten sollte. Dagegen traf man wirklich Anstalten, um die Elbe rechtzeitig gegen die Anschläge der Holländer zu sichern. Man setzte die Kriegsschiffe in Gefechtsbereitschaft und versah sie mit Schießbedarf, um kein dem Kaiser feindliches Kriegsschiff die Elbe heraufkommen zu lassen. Die Stadt erteilte Tilly sehr beruhigende Zusicherungen.

Andererseits setzte man freilich auch die Stadt in den Stand, um eine Belagerung durch die Kaiserlichen auszuhalten. In den Reihen der Gegner verbreitete sich das Gerücht, daß Lübeck, Hamburg, Bremen und

---

1) Die Schreiben des Königs, Kopenhagen 6./16. Febr. befinden sich im K. K. H. H. und St.-A. in Wien in Abschriften.

2) Ein Rechtfertigungsschreiben des Rats an den König vom 21./31. Jan. 1628 im K. G. A. in Kopenhagen.

Braunschweig ein Bündnis zur gegenseitigen Verteidigung abgeschlossen hätten. In Hamburg brachten die Behörden die Bürgerschaft dazu, während dieses Krieges eine Besatzung von 6000 M. zu unterhalten.

Von dem Stadtobersten v. Hatzfeld, dem ehemaligen Befehlshaber in Pfaffenmütz oberhalb Köln, argwöhnten die östreichisch Gesinnten, daß er in dänischer Bestallung sei, und wiesen darauf hin, daß einem solchen Feinde des Reichs doch eine Stadt wie Hamburg nicht anvertraut werden könne. Auf allen Kanzeln der Stadt sagte man dagegen Gott Dank dafür, daß sich der Rat mit den bürgerlichen Kollegien über die Verteidigung der Stadt geeinigt hatte. Von den Kanzeln herab ermahnten die Prediger die Kirchenbesucher zur pünktlichen Entrichtung der Steuern, durch welche die Soldaten unterhalten werden sollten, damit sie erforderliches Falles ihre Freiheit und Religion selbst schützen und schirmen könnten. Geheime Werber erkoren die Stadt zu ihrem Aufenthaltsorte und nahmen zahlreiche kaiserliche Soldaten für den König in Pflicht. Zur Nachtzeit brachte man heimlich Geworbene nach Glückstadt. Dem Obersten Baudissin sagte man nach, daß er vor seiner Abreise nach Dänemark zehn Offizieren den Auftrag gegeben habe, in Hamburg ein Regiment Dragoner von den Kaiserlichen zu werben.

Unter solchen Umständen wuchs die Befürchtung der Kaiserlichen, daß sich die Städte endlich doch mit Holland und Dänemark vereinigen würden. Schon in den ersten Tagen des März erwartete man die Ankunft von 35 schwedischen, 14 holländischen und 18 englischen Kriegsschiffen im Sunde.

Am 26. März richtete Wallenstein von Gitschin aus ein Schreiben an den Kaiser, durch welches er ihn bewegen wollte, die Auslieferung Verdächtiger und die Einziehung ihrer Güter der Stadt ohne weiteres zu befehlen. Den dänischen Offizieren und Beamten sollte Hamburg in Zukunft ebenso wenig Unterkommen gewähren. Nur durch Strenge hoffte Wallenstein damals Rat und Bürgerschaft unter den Gehorsam des Kaisers zu beugen.

Wallenstein wollte durch dieses Schreiben offenbar dem kräftigen Auftreten des hamburgischen Syndikus Vincent Möller in Prag entgegentreten. Dieser suchte durch seine sehr ausführlichen und nachdrücklichen Vorstellungen die politische Unabhängigkeit der Stadt und besonders auch ihr Gesandschaftsrecht den kaiserlichen Ansprüchen gegenüber zu retten. Er legte seine Verwendung bei Ferdinand II. für die Freigebung der mit Beschlag belegten Güter ein und hielt dem Verlangen des Kaisers nach Ausweisung des englischen und holländischen Gesandten unter anderm die unleugbare Thatsache entgegen, daß bis jetzt ebenso wenig der König

von England wie die Generalstaaten für Reichsfeinde erklärt worden waren. Ja er bezeichnete die Holländer sogar als sehr friedlich gesinnt und suchte dem Kaiser darzuthun, wie notwendig die Anwesenheit beider Gesandten für die wichtigsten Lebensinteressen der Städte sei. Dem niederländischen Gesandten rühmte er insonderheit nach, daß er in den mit Tillys und Wallensteins Vorwissen begonnenen Verhandlungen über die Befreiung der Elbe von fremden, d. h. wol von englischen und dänischen Schiffen und auch in anderen Angelegenheiten sehr gute Dienste geleistet habe und sie noch täglich leiste.[1]

Den patriotischen Bemühungen Möllers in Prag arbeitete jedoch von Hamburg aus Dr. Michael v. Menzel entgegen, indem er in seinen Schreiben an Tilly, Schwarzenberg und Walmerode alle selbständigeren Regungen der Stadt einer scharfen Kritik unterwarf und als Zeichen offner Feindseligkeit deutete. Im Auftrage Tillys verhandelte er widerholt mit dem Rate über die Befreiung der Insel Krautsand von fremden Schiffen und Besatzungen und wendete sich in der Angelegenheit besonders an den Bürgermeister Eytzen, den er in seinen Briefen als das Haupt der kaiserlichen Partei in der Stadt bezeichnete und Tilly und Walmerode dringend empfahl. Geradezu sein Vertrauter wurde aber der dänische Agent Dr. Cratz, und auch der ehemalige Kanzler Sohn v. Elz und Antonius v. Wietersheim[2] traten in Verbindung mit beiden. Durch Menzel gelangte selbst einst ein Schreiben des Commandanten von Glückstadt Ezechiel Durant in die Hände des Kaisers. Die von Cratz eingesendeten wichtigeren Schriftstücke ließ Menzel durch Tilly dem Kaiser einreichen. So meldete er von neuen Bedrohungen der Stadt durch den König, der sie davor gewarnt haben sollte, die Kaiserlichen durch Proviant zu unterstützen, widrigenfalls er alle ihre Güter und Schiffe würde wegnehmen lassen. Andererseits sollte Christian IV. Hamburg unter gewissen Umständen Krempe und Glückstadt angeboten haben. Ferner wurde dem Kaiser durch Tilly nahe gelegt, sein besonderes Augenmerk auf die Gesandtschaft der Städte zu richten, der man die Absicht beimaß, bei dieser Gelegenheit andere Stände und besonders den Kurfürsten von Sachsen zu gewinnen und mit ihnen eine neue Defensionsverfassung zu gründen. Hiervon sollte die bewußte Person nämlich Cratz mit den in Lübeck versammelten städtischen Abgeordneten Unterhandlungen gepflogen haben. Auch diese Nachricht hatte Menzel an Tilly gelangen lassen.

---

1) Bericht des Syndikus Vincent Möller an den Kaiser, Prag 14./24. März 1628.

2) Vgl. über ihn Opel, Der Niedersächsisch-Dänische Krieg, Bd. 1, S. 211 ff.

Menzel sendete ferner einen Kundschafter nach Glückstadt und erteilte auf Grund der Mitteilungen desselben Aldringer Ratschläge im Betreff der Belagerung. Er erwarb von Cratz ein Schreiben, in welchem Christian IV. sein Urteil über Bethlen Gabor aussprach, und übersendete es zunächst an Tilly. Auch die Anschauung der protestantischen Kreise wurde von ihm lebhaft bekämpft, als ob der siegreiche Kaiser bei dieser günstigen Gelegenheit das reformatorische Bekenntnis gänzlich ausrotten wollte, wie es angeblich der dänische Rat Dr. Steinberg den Hamburgern einst verkündet hatte. Denn dieser hatte hiernach die Prädikanten und die Vornehmsten unter den Oberalten und Zünften bestochen, so daß die ersteren auf allen Kanzeln der Stadt von nichts anderem predigten, als von der gänzlichen Ausrottung der Religion. Erst im Mai 1628 fingen dagegen den Bürgermeistern und Ratsherren an, die Augen aufzugehen, so daß sie erkannten, das evangelische Defensionswesen des Königs habe keinen andern Zweck verfolgt, als den Pfalzgrafen wider einzusetzen und die Calvinisten zu erhöhen, die Katholiken dagegen zu vertreiben und die Lutheraner zu unterdrücken! Der Bürgermeister Eytzen ließ durch Menzel Walmerode und Tilly nachdrücklichst daran erinnern, daß der Kaiser auf die Vertreibung des holländischen Residenten dringen sollte, und stellte ihnen seine guten Dienste hierzu in Aussicht.

Menzel unterbreitete endlich Walmerode einen geheim zu haltenden Vorschlag, Glückstadt Neutralität zu gewähren oder es an Hamburg zu überlassen, von dem es mit Besatzung zu versehen sein würde. In diesem Gutachten war aber leider des Punktes nicht gedacht, wie man den König von Dänemark bewegen wollte, auf die von ihm gegründete Stadt zu verzichten.

Menzels Eifer im Auskundschaften und Berichten war kein interesseloser: er sprach vielmehr Walmerode gegenüber seinen Wunsch, von dem Kaiser entschädigt zu werden, ganz offen aus. Eine Zeit lang hegte man in Wien thatsächlich die Absicht, ihn zum Residenten in diesen nordischen Gebieten zu ernennen.[1]

Alle von Hamburg in diesen Monaten ergriffenen Maßregeln thun übrigens dar, daß die Stadt sich ebenso sehr davor hütete, geradezu Feindseligkeiten gegen die Kaiserlichen zu üben, wie sie bemüht war, ihre eigenen Streitkräfte zu stärken. Daran änderte sich auch nichts, als man die Wahrnehmung machte, daß der Kaiser auf die Fortsetzung des Krieges zur See zunächst wirklich verzichtet hatte.

---

1) Abschriften zahlreicher Briefe Menzels an Tilly vom Febr. bis Juni im K. K. H. H. und St.-A. in Wien.

Lübeck.

Noch vorsichtiger war die politische Haltung des Vororts der Hanse, der Stadt Lübeck, schon weil sie eine nicht unbeträchtliche kaiserliche Partei in ihrer Mitte zu scheuen hatte. Zu dieser gehörte der Stadtoberst, Hans Heinrich Voit (Voigt) von Wendelstein, der von Tilly geradezu als kaiserlicher Oberst bezeichnet wurde. Auf seinem Stiftshofe zu Lübeck hatte ferner der Erzbischof von Bremen und Bischof von Lübeck Johann Friedrich seinen Wohnsitz aufgeschlagen und bot so allen kaiserlich Gesinnten einen Mittelpunkt. Endlich verbrachte auch der Graf v. Schwarzenberg mit dem Reichshofrate Dr. Wenzel und dem spanischen Rate Gabriel de Roy den größten Teil des Winters in der Stadt. Und trotz dieser durch die Verhältnisse gebotenen Zurückhaltung wurde der Vorort der Hanse, über dessen Hafen der König seit der Mitte des September 1627 die Blokade verhängt hatte, durch die sich immer steigernden Ansprüche der ligistisch-kaiserlichen Offiziere mehr und mehr aus seiner Zurückhaltung herausgedrängt.

Als Tilly (9. Okt. 27) von Lauenburg aus die Bitte an die Stadt richtete, ihren Stadtobersten zu einer gemeinsamen Verhandlung, an der auch Hamburg teilnehmen sollte, nach Hamburg zu entsenden, lehnte der Rat das Ansinnen mit Berufung auf seine Besorgnisse für die eigne Sicherheit ohne weiteres ab: sie könnten nicht wissen, was ihnen täglich und stündlich geschehen könnte. Der Rat muß für seine Ablehnung gewichtige Gründe gehabt haben, da er im Übrigen ein freundliches Einvernehmen mit Tilly zu wahren suchte: hatte er ihm doch in seiner Krankheit sogar Ärzte zugesendet. Erst später, als Tilly die Stadt in dringlichster Weise ersuchte,[1] dem Obersten, der eiliger Geschäfte wegen im Dienste des Kaisers eine hochwichtige Reise antreten sollte, unweigerlich und angesichts seines Schreibens etwa auf acht Tage Urlaub zu erteilen, erfüllte die Stadt das sonderbare Begehren. Der Oberst unternahm darauf „im kaiserlichen Dienste" eine Reise nach Hamburg, war aber noch am 10. Nov. nicht wider zurückgekehrt. Er hatte in Tillys Auftrage Wallenstein aufgesucht und ihm Bericht über die Anzahl von Kriegsschiffen, welche die Stadt auszurüsten vermochte, erstattet.[2] Ganz auffälliger Weise wurde der Rat aber noch während der Abwesenheit seines

1) Tillys Schreiben ist vom 20. Okt. 1627. In Lübeck kam es am 22. Okt. an.

2) Wallenstein an den Grafen von Schwarzenberg aus Wittenburg in Mecklenburg am 10. oder 11. Nov.; die von Mares a. a. O. Bd. II, S. 77 und 78 veröffentlichten Briefe sind unrichtig datiert, wie sich aus den in Försters Samlung Bd. 1, S. 130—133 enthaltenen Schreiben ergibt.

Obersten von dem Freiherrn Colonna v. Fels im Namen Arnims ersucht,[1] ihm mit 8 Kompagnien den Durchmarsch durch die Stadt zu gestatten. Dieser Oberst hatte angeblich den Auftrag zu Wallenstein zu marschieren und war von Arnim berichtet worden, daß der nächste Weg für ihn über Lübeck sei. Wir kennen die Antwort des Rates nicht, sind aber der Meinung, daß sie wol schwerlich zustimmend ausgefallen ist. Hatte man der Stadt vielleicht gar in Abwesenheit ihres Obersten eine Überraschung zugedacht?

Sehr unbequem und lästig fielen den städtischen Besitzungen ferner die Streifereien der Reiterscharen des brandenburgischen Markgrafen und kaiserlichen Obersten Johann Georg, dessen Oberstwachtmeister in Trittau lag. Die kaiserlichen Soldaten achteten weder der den Reisenden erteilten Pässe noch der Schutzbriefe Wallensteins und Tillys. Der Oberstwachtmeister suchte seine Mannschaften gegen die Beschuldigungen der Stadt zu verteidigen und klagte dagegen andere an: „weil fast täglich Regimenter und Kompagnien von Crabaten und andere hin und wider marschierten, könnten sie leicht erachten, was im Durchzug vor Abnahmen geschähen."[2] Außerdem stellte er die Anforderung an die Stadt, ihren von holsteinischem Gebiet umschlossenen Dörfern und Ortschaften den Befehl zur Austreibung der holsteinischen Flüchtlinge zu erteilen, welche mit ihrem Vieh und andern Habseligkeiten hier Schutz gesucht hatten.

Am längsten währten jedoch die Verhandlungen mit Tilly über die Kriegssteuern aus den Vierlanden, welche dem ligistischen General von Wallenstein zur Besetzung überlassen worden waren.[3] Die Stadt zeigte sich von vornherein geneigt für das Lübeck und Hamburg zusammen gehörende Amt Bergedorf an ihrem Teile monatlich 2000 Mark Lübisch zu bewilligen,[4] während Tillys Ansprüche an beide Städte auf eine wöchentliche Kriegssteuer von 4000 Reichsthalern oder eine Ablösungssumme von 100000 Reichsthalern und das Futter für 250 Pf. gerichtet waren. Diese Summe wollte der ligistische Feldherr für den Unterhalt seiner unmittelbaren Umgebung seines „Hofstaates" verwenden. Im Falle der

---

1) Cornelius Colonna Freih. zu Fels an die Stadt Lübeck, Gribsmühlen (Grevesmühlen in Mecklenburg) 7. Nov.

2) Schreiben des Oberstwachtmeisters Friedrich v. Walda, Trittau 17. Okt. an den Rat.

3) Tilly wendete sich zuerst an Hamburg, welches damals die Verwaltung des Amtes hatte.

4) Instruktion für die nach Mölln abgeordneten Dr. Benedict Winckler und Georg Pavelsen vom 3. Nov.

Verweigerung drohte er mit der Besetzung der Vierlande durch ein Regiment, dem auch Marschbefehl erteilt wurde.[1]

Der Rat geriet jedoch über diese Forderung, welche Ruepp persönlich in Lübeck geltend machte, in eine um so gerechtere Erbitterung, als Tilly bei der Besetzung einer dem Zollenspiker gegenüberliegenden Schanze die Zusicherung erteilt hatte, daß er das zum Amte Bergedorf gehörige Gebiet nicht begehre. Der Rat wollte ihm daher erklären, daß ähnliche Zumutungen ihnen und ihren Vorfahren niemals gemacht wären, und sich auch auf die Bewilligungen der Reichs- und Kreissteuern berufen.[2] Der Hamburger Rat aber, welcher diese Erwiderung ebenfalls zu unterzeichnen hatte, fand besonders die letzte Angabe nicht zutreffend, da Reichs- und Kreissteuern von den Städten „aus bewußten Ursachen" nicht entrichtet wurden, und milderte auch den ersten Punkt. Beide Städte sprachen darauf in einem gemeinsamen Schreiben an Tilly die Hoffnung aus, daß er es bei den „gemeinsamen Reichsverfassungen" und dem ortsüblichen Herkommen in solchen Steuerangelegenheiten werde bewenden lassen. Um einen feindlichen Zusammenstoß zu vermeiden, zog aber Lübeck seine Mannschaften, welche das Amt Bergedorf drei Jahre besetzt gehalten hatten, zurück. Infolge der immer dringlicheren und sehr wenig respektvollen Mahnungen des Generals kam endlich Hamburg auf den Gedanken, die Vermittelung des Grafen v. Schwarzenberg anzurufen. Und als Tilly zuletzt damit drohte, das Regiment den Vierlanden sofort zuzusenden, wenn innerhalb der Frist von sechs Tagen keine zufriedenstellende Antwort erfolge,[3] sendeten beide Städte endlich ihren Verwalter zu Bergedorf Hermann Schuldorf zu ihm und boten — 8000 Reichsthaler für alles, weigerten sich aber besonders Lebensmittel und Futter im Winter bis in Tillys Hauptquartier zu Buxtehude schaffen zu lassen.

---

1) Briefe Tillys an die Stadt, Lauenburg 24. Okt. und 7. Nov.

2) Entwurf eines Schreibens der Städte Lübeck und Hamburg an Tilly vom 18. Nov. Das an Tilly wirklich abgesendete Schriftstück ist am 23. Nov. gezeichnet.

3) Tilly an die Räte der Städte Hamburg und Lübeck, Buxtehude 29. Nov. pr. in Lübeck 9. Dez. In welchem Tone Tilly an die Räte schrieb, möge folgende Stelle aus diesem Briefe darthun: „Nun wäre freilich sothaner weitläufigen Deduction ganz von Unnöten gewesen, sondern hättet ihr euch mit wenig Worten gegen uns wol erklären können, wofern ihr sonst anders geneigt seid, der R. K. M. euere Schuldigkeit gleich andern gehorsamen Ständen hierunter mit der That selbsten und nicht mit aufhältlichen, vergeblichen bloßen Worten, damit der notleidenden Soldateska ganz nicht beholfen, zu bezeigen."

Tilly war sehr ungehalten über das Feilschen der Hanseaten: er sagte zu Ruepp geradezu, man handle mit ihm, als ob man im Kramladen oder auf dem Markte etwas kaufen wollte, und wies das Angebot kurzer Hand zurück; ein neues Anerbieten des Verwalters von 5000 Reichsthalern, die in vier Terminen gezahlt werden sollten, und von 200 Wispeln Hafer und 200 Fuder Heu befriedigte ihn ebensowenig. Endlich begann jedoch der starre Soldat auch zu handeln und wollte sich Abstriche gefallen lassen. Seine letzte uns bekannt gewordene Forderung belief sich auf die in Monatsfrist zu zahlende Summe von 10000 Reichsthalern außer der angegebenen Menge von Hafer und Heu.[1]

Die Zähigkeit aber, mit welcher sich die Städte gerade dieser Brandschatzung zu erwehren suchten, hatte wol ihren Grund auch darin, daß sie den Grundbesitzern des Amtes die ganze Steuer aufzuerlegen gedachten, deren angeblich im ganzen Amte Bergedorf nicht über 150 waren. Im Namen dieser mit Einquartierung bedrohten Unterthanen und nicht in dem der beiden Hansestädte hatte Schuldorf die Verhandlungen überhaupt führen müssen und wie es scheint zur Zufriedenheit derselben beendet. Das Amt Bergedorf blieb damals frei und zahlte seine Kriegssteuer.

Um dieselbe Zeit stellte ferner Pappenheim eine sehr eigentümliche Anforderung an die Stadt. Sie sollte gegen Entschädigung Schiffe für 2000 M. Fußvolk und 300 Pf. stellen, um diesen Rest der (ehemaligen) Besatzung von Wolfenbüttel, welcher nach der Übergabe der Festung zum Könige zurückkehren wollte, nach Fünen oder Seeland überzuführen: denn Pappenheim wollte angeblich verhindern, daß die Mannschaften in Glückstadt oder Krempe Unterkommen suchten. Der Rat war jedoch vorsichtig genug, dem Obersten einen ablehnenden Bescheid zu erteilen, der sein Ersuchen indessen noch einmal, aber nur für einige höhere Offiziere mit ihrem Gefolge widerholte.[2]

Alle diese Belästigungen mußten in der Stadt mit um so gerechterem Mißmut empfunden werden, als die letzten Verhandlungen mit den Gesandten des Königs von Dänemark einen nur wenig befriedigenden Verlauf genommen hatten.

Denn Christian IV. hatte schon im November n. St. des vorigen Jahres der Stadt durch seine Botschafter Palla Rosenkranz und Friedrich Günther Vorwürfe über die Unterstützungen an Lebensmitteln und Schießbedarf machen lassen, welche auch Lübeck den Kaiserlichen hatte zu teil

1) Tilly an Bürgermeister und Rat der Stadt Hamburg, Buxtehude 11. Dez. 1627.

2) Pappenheim an den Rat von Lübeck aus dem Hauptquartier vor Wolfenbüttel 2. Dez.

werden lassen, und eine strengere Einhaltung der Neutralität gefordert.[1] Er hatte der Stadt ferner die Rückgabe angehaltener Schiffe, die Aufhebung der Blokade und die Freigebung ihres Handels nur unter der Bedingung zugesichert, daß man den Kaiserlichen keine Schiffe überlasse, den Hafen selbst in gutem Gewahrsam halte und keine Rüstungen in demselben gestatte. Allein die Verhandlungen waren zu keinem Abschlusse gelangt, da die dänischen Gesandten unter den obwaltenden Umständen keine genügenden Erklärungen über die Abführung der Kriegsschiffe zu geben vermochten.

Wie gering waren also jetzt die Aussichten für die Freigebung des Hafens, wo die Stadt in ihrer Selbständigkeit durch die Kaiserlichen so schwer beeinträchtigt wurde!

Noch war man mit Tilly nicht im Reinen, als Lübeck auch von andern kaiserlichen Offizieren beschwert wurde. In der ersten Hälfte des Dez. erschien plötzlich der aus der Haft entlassene Rudolf Maximilian von Sachsen-Lauenburg mit einem von dem Generalwachtmeister v. Schaumburg und von Aldringer unterzeichneten Schreiben,[2] nach welchem die Stadt den Stab des Obersten und sechs Kompagnien Reiter in ihre Dorfschaften aufnehmen sollte. Das Schreiben enthielt die Drohung, daß die Mannschaften, wenn man sie nicht sofort unterbringen und unterhalten werde, von selbst einrücken würden. Aber auch den kaiserlichen Offizieren willfahrte die Stadt keineswegs auf der Stelle. Erst als Schaumburg dem Herzoge zu Sachsen am 19. Dez. Befehl erteilte, die sechs bisher in Breitenburg, Steinburg und einigen andern holsteinischen Orten untergebrachten Kompagnien wirklich abzuführen, sendete die Stadt ihren Sekretär Johann Braunjohann zu den kaiserlichen Offizieren, um Ver-

---

1) Auch Mares gedenkt a. a. O. Bd. II S. 71. dieser Gesandtschaft, setzt sie aber mit Unrecht in das Jahr 1628 Es waren ferner nicht vier Bevollmächtigte (Palle, Rosen, Kranz und Fr. Günther), sondern nur die zwei oft verwendeten Diplomaten des Königs, welche im Texte genannt sind. Mares scheint sich durch eine schlechte Abschrift des K. H. H. u. St.-A.'s in Wien (1627/1628 19. März, Extract ex relatione Pallen Rosenkranz et Friederici Gunter, Als sie A° 1627 den 16 (?) Nov. an die Stadt Lübeckh gesandt gewesen) haben irre führen lassen. Uns lagen auch Akten des St.-A. zu Lübeck vor. Statt Hermann von Benkheim ist auf derselben Seite dieses Aufsatzes „Hermann von Bentheim" und statt Baudiß „Baudissin" zu lesen.

2) Schreiben des Rats an den Freiherrn Hannibal v. Schaumburg, kais. Kämmerer, Kriegsrat und Generalwachtmeister vom 14. Dez. 1627. Das gemeinschaftliche Schreiben Aldringers und Schaumburgs, welches der Herzog dem Rate am 1./11. Dez. einhändigte, ist in Itzehoe am 8. Dez. ausgestellt.

wahrung einzulegen und sich im Vertrauen zu erkundigen, ob die Einquartierung nicht durch „ein liederliches Stück Geld“ abzukaufen sein dürfte.[1] Zugleich wendete sich Lübeck aber an den Grafen v. Schwarzenberg, welcher den Offizieren Vorstellungen machte, die indessen nichts fruchteten. Mit Hartnäckigkeit bestanden die letzteren dem städtischen Abgesandten gegenüber auf ihren Forderungen und richteten in ziemlich höhnischer Weise, wie es in solchen Einquartierungsstreitigkeiten nicht selten geschah, die Aufforderung an ihn, ihnen Mittel vorzuschlagen, wie und wo sie sonst das Volk unterbringen könnten.

Der Herzog Rudolf Maximilian scheint Lübeck sogar zu seinem dauernden Anfenthaltsort erwählt zu haben: wenigstens sendete ihm die Stadt am 9. Jan. 1628 ihre beiden Kriegskommissare Gerhard Reuter und Heinrich Remmers nebst dem Syndikus Benedict Winckler zu, welche ihn mit Vorwürfen überhäuften. Die Reiter des Herzogs waren unterdessen eingerückt, hatten aber die von ihnen besetzten Dörfer leer gefunden, und bedrohten nun zwei der Stadt gehörige und von ihr besetzte Güter Velendorff (?) und Ritzerau: der Oberst drohte geradezu damit, die städtischen Truppen mit Gewalt aus denselben zu entfernen. Seine Absicht war dabei hauptsächlich, sich der Vorräte selbst an ungedroschenem Getreide zu bemächtigen, welche die Bauern aus den städtischen Dörfern auf diese ihrer Meinung nach sichern Höfe gebracht hatten. Die lübischen Abgeordneten hielten dem Obersten vor, daß man auf diese Weise endlich in Mölln, Travemünde und wol gar in Lübeck Quartier begehren könnte, und suchte ihn auch durch den Hinweis auf die leidenschaftlich erregte Stimmung der Bürgerschaft von seinem Vorhaben abzubringen. Denn ohne die Zustimmung der Bürgerschaft, die man kaum zu berufen wagte, wollte man die Häuser an der Heerstraße zwischen Lübeck und Hamburg nicht besetzen lassen. Spottete man doch jetzt bereits des Rates und sagte: „dies sei der Katholischen Glaube und Zusage, daß keine Salvaguardi gehalten werde“. Die Antwort des lutherischen Obersten lautete, daß er seine Soldaten werde zugreifen lassen, wenn der Rat seinen Unterthanen nicht verwehren werde, ihren Besitz in Sicherheit zu bringen.[2] Seine Mannschaften drangen in die Dörfer ein und nahmen ohne weiteres Quartier. Albringer sendete darauf den Kommissar Joh.

1) Seine gesiegelte Instruktion ist vom 17./27. Dez. 1627.

2) In einem Schreiben aus Hamburg vom 1./11. Febr. 1628 an den Rat erklärte der Herzog, er habe erfahren, daß der Bauer gezwungen und mit Geld bestraft werde, wenn er nicht davon laufe und Haus und Hof stehen lasse. A. d. fr. St. Lübeck.

Metzger, um einigermaßen nach dem Rechten zu sehen.[1] Erst im März wurden die lauenburgischen Mannschaften wider abgeführt, aber der saubere Herzog erhob noch persönlich eine Geldforderung an die Stadt, die jedoch von ihr mit großer Empfindlichkeit Aldringer gegenüber abgelehnt wurde.[2] Wie die Reiter dieses Herzogs hier hausten, davon berichtete der Rat dem letztgenannten kaiserlichen Kommissar ein Beispiel. Sie griffen einst die Begleitung einer Leiche an, welche von Lübeck nach Mölln geführt wurde, rissen die Leiche aus dem Sarge, zogen ihr das Leichentuch ab und vergriffen sich thatsächlich an derselben. Die Schwester des Verstorbenen, ein junges Mädchen, welche neben dem Sarge saß, wurde getötet. In dem einem lübischen Ratsverwandten gehörigen Hofe Moislingen nahe bei der Stadt, den der Herzog eine Zeit lang bewohnt hatte, hielten Reiter ein Gelage, welches die ganze Nacht hindurch währte. Am folgenden Morgen brach jedoch Feuer aus, und darauf liefen die Bauern aus den Nachbardörfern zusammen, stürzten sich auf die Soldaten, die sie als die Brandstifter ansahen, und schleppten von dem Gepäck und den Habseligkeiten derselben fort, so viel sie nur konnten; dabei bemächtigten sie sich auch des Gepäcks des Herzogs, der darauf von Hamburg aus die Stadt um Entschädigung anging.[3] Da in Lübeck die Heldenthaten des Herzogs nur zu gut bekannt waren, wies man ihn kurz ab und wendete sich noch in einem Klageschreiben an Wallenstein. Im Anfange des Mai setzte Aldringer der Stadt wider zu, indem er zwei Kompagnien in ihre Dörfer legen wollte, widrigenfalls ihm die Stadt eine wöchentliche Kriegssteuer von 400 Thalern zahlen sollte. Der Rat verstand sich zu keiner der beiden Forderungen und erhielt darauf von dem kaiserlichen Obersten Muster-, Zahl- und Quartierkommissarius eine Belehrung, durch welche ihm die Rechtlosigkeit selbst dieser größeren städtischen Gemeinwesen recht empfindlich zu Gemüt geführt wurde. Die Stadt hatte sich auf die ihr erteilten „synceraciones“ d. h. Versprechungen und auf die erhaltenen Schutzbriefe, die beide gewöhnlich erkauft wurden, berufen. Aldringer aber sprach im Betreff der Giltigkeit dieser Zusicherungen den Grundsatz aus, daß durch diese Schutzbriefe dem Heere doch nicht die Mittel zu seiner Unterhaltung entzogen werden könnten.[4] Später wies Aldringer den Obersten des gräflich-sulzischen Regiments Johann Beth an, in den lübischen Dorfschaften, welche bis dahin in keine Contribution

1) Hamburg am 30. Jan. meldete ihn Aldringer dem Rate von Lübeck an.
2) Der Rat an Aldringer, Lübeck 21. Febr. a. St. 1628.
3) Hamburg 2./12. März 1628.
4) Aldringer vor Glückstadt am 28. Mai an die Stadt Lübeck.

gezogen worden waren, für das ganze Regiment Brot und Fleisch zu fordern. Mit Ausnahme von 13 in der Grafschaft Oldenburg gelegenen Dörfern sollten die übrigen 40 gegen 70—80 Stück Kühe und Rinder aufbringen.

Auch der Übergriffe des Grafen Philipp v. Mansfeld, der in Wismar Kaperschiffe zusammengebracht hatte, suchte sich die Stadt aus allen Kräften zu erwehren. Der Rat erinnerte den Grafen am 8./18. Mai daran, daß die Stadt sowol bei dem Grafen Schwarzenberg als am kaiserlichen Hofe gegen die Ausrüstung einer Flotte auf der Trave Einsprache erhoben und dadurch den Beginn des Seekrieges wenigstens aufgehalten und verzögert habe. Schwarzenberg aber hatte bei seiner Abreise die Stadt aufgefordert, mit Mansfeld dieser Angelegenheit halber in Verhandlung zu treten. Dem entgegen hatte ein lübischer Bürger Rust auf Bestallung des Grafen doch Schiffsvolk geworben und ein Schiff auf der Trave segelfertig gemacht, dessen Auslaufen nur durch ein auf der Rhede von Travemünde erscheinendes dänisches Kriegsschiff rechtzeitig verhindert worden war. Die Folge hiervon war aber gewesen, daß lübische Schiffe von den Dänen nach dem Fehmarnsunde und nach Kopenhagen gebracht worden waren. Dem Führer jenes Schiffes war vom Rate die Weisung zugegangen, sich von Travemünde wider auf den Fluß zuückzuziehen, während die Stadt den Grafen ersuchte, sich solcher Unternehmungen auf ihrem Hafen und ihrem Strome gänzlich zu enthalten. Nach der Darstellung des Grafen hatte sich die Sache freilich etwas anders verhalten: Rust hatte sich von freien Stücken erboten, ein wismarisches Kaufmannsschiff von Travemünde nach Wismar zu liefern, zögerte aber mit dem Auslaufen, so daß er durch das dänische Kriegsschiff verhindert wurde. Übrigens fügte sich Mansfeld, wollte aber nichts davon wissen, daß Schwarzenberg dem Rate das Versprechen erteilt habe, keine Schiffe für den Kaiser auf seinem Strome zu erkaufen. Auch von den der Stadt durch den Kaiser gemachten Vertröstungen behauptete er keine Kenntnis zu besitzen.

Einige Zeit darauf wurde ein lübisches Schiff mit lübischen Waren, welche ein seeländischer Schiffer nach Nestved in Seeland bringen sollte, von einer mit Musketieren besetzten Schaluppe nach Wismar geführt. Der lübische Rat ließ darauf durch den Bürgermeister und Rat Johann Braunjohann bei dem Grafen in Wismar Klage führen, daß er armierte Schuten und Schaluppen aussende, um die aus den benachbarten Landen kommenden Schiffe gewaltsam einzubringen und Schiffe und Güter zu konfiscieren. Jetzt berief sich der Rat sogar auf ein kaiserliches Dekret, aus dem er ersehen hatte, daß der Kaiser den Seekrieg noch nicht

beschlossen habe und besonders ihrem Handel mit auswärtigen Völkern nichts in den Weg legen wollen. „Da den Ratsherren des Kaisers Will und Meinung viel anders und besser bekannt wäre, könnten sie es länger also stillsitzend nicht geschehen lassen.“ Später verwendete sich der Rat noch einmal für einen Bürger, dem zu Neustadt ein Schiff mit Planken und Dielen weggenommen worden war. Den Besitzer des Schiffes hatte man gefangen gesetzt und das Schiff in ein Kriegsschiff umgewandelt. Der Rat brachte diese Sache auch vor Wallenstein, der dem Grafen die Herausgabe des Schiffes und der Güter befahl, aber ohne daß seinem Befehle Folge geleistet wurde, weil Gabriel de Roy Einspruch erhob. Wallenstein überwies darauf die Beilegung der Angelegenheit dem Obersten Torquato Conti.

Auch als man sich des schlimmsten Geschickes, eines Seekriegs mit Dänemark, nicht mehr zu besorgen hatte, war Lübeck eifrigst bestrebt, seine Selbständigkeit gegen die kaiserlichen Offiziere zu wahren. Denn man fühlte sich in der Stadt noch keineswegs vor Überraschungen sicher. Daher setzte die Stadt auch ebenso wie Bremen und Hamburg die Rüstungen nach Kräften fort. Um aber nicht etwa in den Verdacht zu geraten, die starke Desertion der kaiserlichen Soldaten dadurch zu befördern, sendete sie ihre Werber nach Braunschweig.

Der östreichisch-spanische Handelsvertrag mit den Hansestädten und die Gründung einer norddeutschen Handels- und Kriegsflotte.

Während die hansischen Politiker in den letzten Monaten des Jahres 1627 der Zukunft mit Bangigkeit entgegensahen, da ihr Handel täglich größeren Gefahren ausgesetzt wurde, und die Besetzung ihrer Städte nach der Einnahme Pommerns und Mecklenburgs nur eine Frage der Zeit zu sein schien, traf ein kaiserlicher Botschafter bei ihnen ein, welcher ihnen die Aussicht eröffnete, ihre Verhältnisse durch ein Handelsbündnis mit Spanien in ungeahnter Weise zu verbessern.

Von diesem Plane, die Hansestädte durch einen Handelsvertrag an Spanien zu fesseln, ist zuerst in Madrid die Rede gewesen. Im Februar 1625 entwickelte denselben der spanische Minister Olivarez dem kaiserlichen Gesandten Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg, welcher den Erzherzog Karl im Sommer 1624 nach Spanien begleitet hatte und nach dessen Tode die Vermählung des Erzherzogs Ferdinands III. mit der Infantin Donna Marie vorbereiten sollte. Man empfand in Spanien das dringendste Bedürfnis,

den holländischen Handel lahm zu legen und zu diesem Behufe neue Handelsgesellschaften (Admirantascos) zu begründen. Hierbei hatte man es hauptsächlich auf die Hansestädte abgesehen, welche in diese Gesellschaften verflochten und als Nebenbuhler den vereinigten Staaten der Niederlande entgegengesetzt werden sollten.[1]

Dem Kaiser war dabei die Aufgabe zugedacht, sich der Punkte Norden und Greetsiel in Ostfriesland zu bemächtigen und Emden und Lierort von den Holländern zu befreien. Zur Vorbereitung dieser und ähnlicher Unternehmungen hatte man sich in Spanien bereits früher mit dem Grafen Enno III. von Ostfriesland in Verbindung gesetzt, und Olivarez erteilte jetzt, da der Graf gestorben war, den Rat, daß der Kaiser den Bruder desselben, den katholischen Grafen Johann zu Rietberg im Namen des Reichs mit der ganzen Angelegenheit betrauen möge. Aber man glaubte diese Absichten nicht durchführen zu können, ohne daß man sich zugleich zweier Inseln vor der Ausmündung der Elbe und sogar Hamburgs bemächtigte. Zum Gelingen dieser Anschläge auf die Nordseeküste zwischen Ems und Elbe hielt ferner Olivarez die strengste Geheimhaltung für erforderlich.

Im tiefsten Geheimnis teilte Schwarzenberg nach seiner Rückkehr aus Spanien zunächst Eggenberg diese Vorschläge mit und entwickelte sie darauf auch dem Kaiser in einer besonderen Denkschrift, die widerum der Beurteilung des letzteren unterbreitet wurde.[2] Eggenberg ging mit warmem Eifer auf die Sache ein und empfahl Ferdinand II. diese ihm selbst nur in den gröbsten Umrissen bekannten spanischen Anschläge, gab denselben aber doch eine ziemlich veränderte Richtung. In der dem Kaiser eingereichten Denkschrift gedachte er Nordens, Greetsiels und der

1) Fr. Mareš, Die maritime Politik der Habsburger in den Jahren 1625—1628 in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung Bd. I, S. 541—578 und Bd. II, S. 49—82. Wir verbessern noch einige Versehen dieses Aufsatzes So ist Bd. I, S. 545 anstatt Noort und Griet zu lesen „Norden und Greetsiel", anstatt „Embden und Milort" l. Emden und Leer (?), S. 571 anstatt Midenburg l. Nienburg und für „Stromberg" l. Steinburg.

2) Die von Schwarzenberg für den Kaiser entworfene Denkschrift ist Wien, den 26. April 1625 gezeichnet, Eggenbergs Gutachten, Gräz 30. Mai 1625. Mareš hat sie a. a. O. Bd. I. S. 573 beide abdrucken lassen. Ein nicht unwichtiger Satz der ersten Denkschrift S. 574 ist in diesem Abdruck sinnlos: „indeme der khonig sich erkhleret, das nit allein seine spanische vnd niderlendische, sondern auch teutsche lender (!?) dem reich gesesne vnderthanen nach den in dem (!) handlen vnd mit solcher condition negocieren solten". Wir glauben, Schwarzenberg hat geschrieben: „indeme der khonig sich erkhleret, das nit allein seine spanische vnd niderlendische, sondern auch teutsche v n d e r dem reich gesesne vnderthanen nach den i n d i e n handlen vnd mit s. c. n. s."

übrigen oſtfrieſiſchen Städte ebenſowenig wie Hamburgs und der Elbe. Vielmehr bezeichnete er die gewaltſame Einnahme der Städte, welche dem Kaiſer von ſpaniſcher Seite vorgeſchlagen war, als der von Ferdinand II. beſchworenen Wahlkapitulation widerſprechend.[1] Ferner hielt er es für erforderlich, daß an der Stelle des verſtorbenen Grafen von Rietberg ein anderer Reichsſtand die Ausführung der Angelegenheit in die Hand nehmen, bei dem Kaiſer um Unterſtützung zur Förderung der Reichsintereſſen nachſuchen, und daß die Hanſeſtädte ihren Zutritt zu dieſem Handelsbündniſſe dem Kaiſer ausdrücklich anzeigen und ſeine Genehmigung dazu nachſuchen ſollten.

Im übrigen billigte er die Abſicht der Spanier, den Holländern den Handel nach Indien und zugleich nach dem Norden hin abzuſchneiden und ihren engen Beziehungen zum Reiche mit Gewalt eine Grenze zu ſetzen, vollkommen. Er fand es ſehr rühmlich für Ferdinand II., wenn ſich die kaiſerliche Standarte, „welche aus der Menſchen, ja faſt aus der Bücher Gedächtnis gekommen", wider auf dem Meere ſehen laſſe, bezeichnete es als eine Kräftigung des öſtreichiſchen Hauſes, wenn es auch Macht auf dem Meere gewinne, und zugleich als das geeignetſte Mittel zur Ausbreitung der katholiſchen Religion.

„Was hat die Ketzereien bishero erhalten und mehr befördert, als daß die verführten Nationen von dem Haus Öſtreich .. durch den Teufel und ſeinen Anhang abgehalten werden? Dagegen was kann die rechte Religion mehr propagieren und erweitern, als wenn eben dieſelben verführten Nationen durch die Navigation und durch die vertraulichen Commercien mit dem Haus Öſtreich bekannt, vertraut, in Konverſation gebracht und, weil fides ex auditu, verhoffentlich mit der Zeit und leicht bekehrt werden können. Das Exempel ſo vieler indianiſchen Völker und Nationen iſt klar gnug!"[2]

Allein die Erhebung Dänemarks trat der Ausführung dieſer geheimen Abſichten Spaniens, in der Nord- und Oſtſee mit Hilfe der deutſchen Seeſtädte eine Achtung gebietende ſpaniſch-öſtreichiſche Seemacht zu entfalten, entgegen. Erſt als Schwarzenberg zum Geſandten in Brüſſel ernannt wurde, wo Spanien zunächſt mit Öſtreich und dann mit der Liga ein Bündnis einzugehen hoffte, erſchien auch der Plan, die Hanſeſtädte mit Spanien in einer Handelsgemeinſchaft zu verbinden, wider auf der Tagesordnung. Spanien ſuchte durch den Grafen v. Zollern[3] auch in Polen, beſonders in Danzig, anzuknüpfen. In Brüſſel hörte damals der bairiſche Geſandte Chriſtof v. Preyſing den Vertreter der Infantin die

1) Mareš a. a. O. Bd. I. 577.
2) Mareš a. a. O. Band I. S. 578.
3) Mareš a. a. O. S. 556 und 558.

Forderungen aussprechen, daß zur Befestigung des Reichs Bremen und Hamburg besetzt, eine Admiralität errichtet, und ein Hafen im baltischen Meere eingenommen werden müßte, in welchen man den Handel zu ziehen gedachte.[1]

Als es sich vor der Schlacht von Lutter um die Unterstützung der katholischen deutschen Armee durch die Spanier handelte, forderte die Infantin den Kaiser wirklich zur Einnahme eines Hafenplatzes in der Ostsee, zu einem Handelsverbot gegen die Holländer und zur Besitzergreifung geeigneter Punkte an der Elbe und Weser auf.[2] Von Spanien aus ließ man dem kaiserlichen Gesandten in Brüssel eine Karte zukommen, auf welcher die Küstenpunkte, deren Besitz man nötig erachtete, bezeichnet waren. Ja die begehrlichen Augen der Spanier hatten sich sogar auf zwei Inseln in Norwegen, nach einer andern Mitteilung aber auf Bergen und Masfjorden,[3] (Mertfort?) gerichtet.

Allein der Kaiser war nicht geneigt, eine Handelssperre gegen die Holländer, wie sie in den spanischen Niederlanden bereits bestand, zu errichten, und selbst Schwarzenberg sah damals ein, daß die Spanier die misslichen Zustände im Reiche nur zur Befriedigung ihrer egoistischen Absichten benutzen wollten.

Nach der Schlacht bei Lutter, welche Tilly ohne die spanische Unterstützung gewonnen hatte, traten diese Pläne mehr in den Hintergrund,[4] wenn auch der spanische Gesandte in Wien dann und wann an sie erinnerte. Nur Schwarzenberg träumte noch eine Zeit lang von einer engen Verbindung des Kaisers mit dem Könige, welche auch die ligistischen Fürsten und Stände umfassen sollte. Er schrieb an den östreichischen Gesandten in Spanien, den Grafen Khevenhiller: „Sehen wir, daß die allgemeine Defensionsverfassung geschlossen wird. Ist der König und Kaiser mit dem Reich verbunden, und daß sie perpetuum militem haben und halten können, und der Kaiser die Direktion habe, so kann man pfeifen, was man will, die andern müssen darnach tanzen."[5] —

Erst Wallensteins Marsch aus Schlesien in den niedersächsischen Kreis brachte die Frage wider in Fluß.

---

1) Frh. v. Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse, Urkunden S. 177. f.

2) Vgl. Opel, Der Niedersächsisch-Dänische Krieg, Bd. II. S. 493.

3) Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse, Urkunden S. 201.

4) Schwarzenberg an Khevenhiller 14. Okt. 1626, Mares a. a. O. Bd. I. S. 572.

5) Durch Eilboten wurde Tilly von der Infantin unmittelbar nach der Schlacht aufgefordert, sich der Weser und der Elbe bis zum Meere zu bemächtigen. Wallenstein sollte einen oder einige Häfen in der Ostsee für die Spanier besetzen, Aretin, Bayerns auswärtige Verhältnisse, Urkunden S. 210.

Als Wallenſtein und Tilly ihre Regimenter bei Lauenburg zuſammenführten, erhielt derſelbe Graf Georg Ludwig v. Schwarzenberg mit dem Reichshofrat Dr. Wenzel[1] Vollmacht zu Verhandlungen mit den Hanſeſtädten und mit Wallenſtein, deſſen Armee ſelbſtverſtändlich eine ſtarke Mitwirkung bei der Ausführung dieſer für das habsburgiſche Haus jetzt ſo bedeutungsvollen Unternehmung zugedacht war.[2]

Dieſer kaiſerliche Oberſthofmarſchall war damals ein Mann von 41 Jahren, eine hochfahrende, von leidenſchaftlichem und eigenſinnigem Ehrgeize und einem ſtarken Triebe nach Bereicherung beherſchte Natur. Er hatte ſich im 31. Lebensjahre mit der im 82. Lebensjahre ſtehenden Anna Neumann von Waſſerleonburg ehelich verbunden, die bereits fünfmal verheiratet geweſen und nach dem Tode ihres zweiten Gatten Chriſtofs v. Liechtenſtein Beſitzerin von Stadt und Herſchaft Murau in Steiermark geworden war. Dieſe Herſchaft überwies ſie teſtamentariſch an Schwarzenberg, ihren ſechſten Ehegatten, der ſich zwei Jahre nach ihrem Tode zum zweiten Male mit einer Gräfin v. Sulz verheiratete (1625).[3] In ſeiner im Gebiete des Markgrafen Chriſtian von Brandenburg-Kulmbach liegenden proteſtantiſchen Herſchaft Hohenlandsberg hatte er ſich durch ſein gewaltſames Vorgehen gegen den Proteſtantismus verhaßt gemacht: der Kanzler von Baireut beklagte ſich einſt, daß er ärger reformiert habe, als es in Spanien geſchehen ſei. Er hatte alle Prediger und Lehrer entlaſſen, und trug ſich ſogar mit dem Gedanken, den Markgrafen nicht mehr als Lehnsherrn anzuerkennen: er wollte unmittelbarer Reichsgraf werden. Vergebens ſuchte der hierdurch geängſtigte Markgraf bei dem Kurfürſten von Brandenburg einen Rückhalt. Der Graf Georg Ludwig v. Schwarzenberg hatte ſchon in jungen Jahren mit Eggenberg eine Geſandtſchaftsreiſe nach Spanien unternommen, wohin er ungefähr zwei Jahrzehnte ſpäter auch den Erzherzog Karl begleitete. 1621 betraute man ihn mit einer Geſandtſchaft nach England und machte ihn zuletzt zum Vertreter der öſtreichiſchen Intereſſen während der Conferenzen in Brüſſel. Nachdem er dem Sohne ſeines brandenburgiſchen nahen Verwandten, des Grafen Adam v. Schwarzenberg, die im Reiche gelegenen Herſchaften Schwarzen-

1) Nicht Menzel, wie er von Hurter im dritten Bande S. 17 der Geſchichte Ferdinands II. genannt iſt.

2) Im K. H. H. und St.-A. in Wien befinden ſich drei im Geheimen Rate feſtgeſtellte Inſtruktionen vom 4. Sept. 1627; einen Auszug aus einer derſelben hat Mareš a. a. O. Bd. II. 51. 52. mitgeteilt. Schreiben des Kaiſers vom 18. Septbr. an Schwarzenberg.

3) Vgl. Adolph Berger, Das Fürſtenhaus Schwarzenberg (Separatabdruck aus dem XI. und XII. Hefte der Öſterreichiſchen Revue. Wien 1866.) S. 69—77.

berg und Hohenlandsberg abgetreten hatte, ernannte er denselben in seinem Testamente auch zum Erben seiner Güter und Kapitalien in Steiermark.

Man hatte den Gesandten den Auftrag erteilt, sich mit den beiden Generälen dahin zu einigen, daß sich Wallenstein Wismars und der Mündungsgebiete der Flüsse Oder, Elbe und Weser bemächtigen sollte, während Tilly auf die Besetzung der Grafschaften Oldenburg und Ostfriesland und des Küstengebietes bis zur Weser unter dem Vorwande der Notwendigkeit, Winterquartiere zu suchen, hingewiesen wurde. Diese Maßregeln sollten offenbar dazu dienen, die Verbindung der Hansestädte mit den Holländern zu unterbrechen, so daß die Gründung jener spanisch-hansischen Handelsgesellschaft nun endlich durchgeführt werden konnte. Nachdem sich die kaiserliche Armee im Norden der Elbe bis zur Ostsee ausgebreitet, und die ligistischen Truppen an der unteren Weser festen Fuß gefaßt hatten, wollte man in Wien eine so verlockende Gelegenheit, das verheißungsvolle Projekt in das Leben zu rufen, nicht vorübergehen lassen. Außerdem wurde Schwarzenberg und Wentzel empfohlen, dafür zu wirken, daß zwischen Wallenstein und Tilly ein gutes Einvernehmen gewahrt, und die Truppen des letzteren während des Winters von dem kaiserlichen General mit Unterhalt versehen werden möchten.

Eingehendere Vollmachten zu Verhandlungen mit den Kaufleuten der Städte über die Aufbringung von Kriegs- und Handelsschiffen sowie über die Einzelheiten, die bei der Gründung des Handelsbündnisses zur Sprache kommen mußten, erhielten die Gesandten nicht und ebensowenig die zu den allerersten und notwendigsten Ausgaben erforderlichen Geldmittel, sondern wurden nur mit der Weisung versehen, nötigenfalls durch besondere Eilboten die Genehmigung des Kaisers zu ihren Abschlüssen einzuholen. Und da die Kriegs- und Handelsschiffe auf des Königs von Spanien Unkosten, wenn auch unter kaiserlicher Standarte errichtet werden sollten, wurden die Gesandten der Mittel wegen, welche auf die Bestellung und Unterhaltung der Schiffe, zur Befestigung und künftigen Sicherung der Häfen und festen Plätze erforderlich sein würden, an den in den Seestädten anwesenden spanischen Bevollmächtigten Gabriel de Roy gewiesen. Man versicherte ihnen ausdrücklich, daß sich Spanien zur Aufbringung der Kosten erboten habe.

Von der Ausführung dieses Planes versprachen sich die Politiker Ferdinands II. zunächst eine Erhöhung des kaiserlichen Ansehens, weshalb den Gesandten auch eingeschärft wurde, keine andere Oberleitung der Handelsverhältnisse in der Nord- und Ostsee zuzulassen, als die kaiserliche. Zugleich erwarteten sie aber auch eine Steigerung der kaiserlichen Ein-

künfte aus den Mauten und Zöllen, welche auf die ein- und ausgehenden Waren gelegt werden sollten. Von den Städten hegte der Kaiser dabei die Erwartung, daß sie „für keinen Zoll anziehen würden, was also der Merkantien halber abgeredet und uns gleichsam zur Rekompens unserer tragenden Protektion gereicht wird!“

Als den Gesandten ihre Aufträge erteilt wurden, war in Wien noch nicht bekannt, daß beide Generäle bereits ihre Vereinigung vollzogen hatten. Ebensowenig hatte man hier eine Ahnung davon, daß Wallenstein in Kurzem um Urlaub nachsuchen und den Winter in Östreich verleben würde. Da Schwarzenberg, dem von selbst die Führung der Gesandtschaft zufiel, kein tiefer blickender Politiker war und ihm die spanischen Interessen in Deutschland mit den östreichischen ziemlich identisch zu sein schienen, so scheint man ihm diese schwierige Aufgabe auch aus dem Grunde erteilt zu haben, weil er Spanien durchaus genehm war. Die Gesandten begaben sich über Magdeburg und Hamburg in das kaiserliche Hauptquartier vor Rendsburg, wo sie bei Wallenstein eine sehr wolwollende Aufnahme fanden. Zu seinem großem Erstaunen machte Schwarzenberg hier die Wahrnehmung, daß der Fortschritt der kaiserlichen Waffen dem ihm aufgetragenen Unternehmen mächtig vorgearbeitet hatte: Wismar war bereits durch eine kaiserliche Besatzung gesichert, und Wallensteins Entschluß, den Krieg bis zu einer noch gewichtigeren Entscheidung, bis zur Einnahme der dänischen Inseln, fortzuführen, schien das Gelingen des Vorhabens in einem vorher nicht geahnten Umfange zu verbürgen. Schwarzenberg schrieb damals an den Grafen Khevenhiller, östreichischen Gesandten in Spanien: „Man vertraue sich Sr. Fürstl. Gnaden an, dessen Eifer Sr. Majestät Hoheit, Nutzen und Aufnehmen zu befördern größer ist, als ihr euch Herrn thut einbilden“. Bis zum 2. Nov. verhandelten de Roy, Schwarzenberg und Reinhard v. Walmerode mit Friedland.[1]

Noch vor dem Auftreten der kaiserlichen Bevollmächtigten in Norddeutschland hatte Gabriel de Roy an diesem Plane seine Kräfte versucht. Er hatte schon im Sept. 1627 der Stadt Danzig den Vorschlag gemacht, unter dem Schutze des Königs von Polen einen besonderen Handelsvertrag mit der spanischen Krone einzugehen, war aber mit seinem Begehren zurückgewiesen worden.[2] Denn die Kauf- und Handelsherren der Stadt erhoben zunächst Entschädigungsansprüche an Spanien für Verluste, welche sie bis zum Jahre 1607 zurückrechneten.

1) Mareš a. a. O. II. S. 56. 57.

2) Vgl. hierüber auch K. Reichard, Die maritime Politik der Habsburger im siebzehnten Jahrhundert S. 74 ff.

Und so mußte sich der spanische Rat mit dem Versprechen begnügen, daß die Stadt den nächsten allgemeinen Hansetag beschicken würde.

Anfangs Oktober trafen die kaiserlichen Abgesandten in Lübeck ein: am 8. Nov. entledigte sich der Reichshofrat Dr. Wentzel vor dem Rate von Lübeck der für die Hansestädte bestimmten Aufträge. Der Kaiser wollte die Städte wider zu ihrer früheren Blüte bringen und sie daher zunächst von der Überschwemmung mit Handelsartikeln fremder Nationen befreien. Ausländer sollten den Deutschen nicht mehr das Brot vor dem Munde wegnehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, ließ er den Städten den Vorschlag machen, ein Handelsbündnis mit Spanien einzugehen, welches ihnen den ausschließlichen und unmittelbaren Verkehr mit diesem Lande und seinen Nebenländern sichern sollte, und forderte Lübeck als Vorort der Hansestädte zur Berufung eines Städtetages auf. Unter den einzuladenden Städten wurde insonderheit auch der Stadt Danzig gedacht.

Die Aufnahme, welche die wolklingenden patriotischen Vorschläge des Kaisers bei dem lübischen Rate fanden, war jedoch eine sehr kühle, wenn man auch die Berufung der enger verbundenen hansischen Gemeinwesen nicht ablehnte. Daß diese Vorschläge unannehmbar waren, erkannte der Rat von vorn herein.

Die Versamlung der wendischen Städte in Lübeck im Dezember 1627.

Bald darauf traten Abgeordnete der sechs wendischen Städte Lüneburg, Hamburg, Lübeck, Rostock, Wismar und Stralsund in Lübeck zusammen, und die kaiserlichen Gesandten nebst dem spanischen Rate versuchten von neuem die Unempfindlichkeit der Städte gegen das Wolwollen ihres Kaisers und seiner Diener zu erweichen. Allein sie bedienten sich hierbei so starker Mittel, ja geradezu so handfester Drohungen, daß sie die Besorgnisse der Städter nur verstärkten.

Wir hören von einem nicht unglaubwürdigen Gewährsmanne, daß sie die Städte geradezu davor warnten, sich keine vom Kaiser ganz unabhängige Macht und Souveränetät einzubilden, der der Kaiser wenig oder nichts zu gebieten habe. Die Hansestädte sollten sich in die Zeit schicken: der Kaiser und die Kurfürsten wären entschlossen, ihre Heere so lange in diesen Gebieten zu unterhalten, bis die Sache aus dem Grunde verglichen wäre. Auch zu Wasser hoffte man Mittel zu finden, und was man im nächsten Jahre nicht vollbringen könnte, im Laufe der Zeit durchzuführen. Die größte Kriegsmacht sollte demnächst gegen die Generalstaaten verwendet werden, um ihnen eine Unterstützung Dänemarks

unmöglich zu machen. Andererseits waren die kaiserlich-spanischen Politiker auch bestrebt, die Hoffnungen der Entschlossenen auf eine Verbindung zwischen Dänemark und Schweden und eine thatkräftige Unterstützung derselben herabzustimmen. Man bezeichnete eine dauerhafte Verbindung der beiden germanischen protestantischen Königreiche des Nordens als aussichtslos und überraschte die städtischen Abgeordneten durch die Eröffnung, daß dem Könige von Dänemark Friedensbedingungen angeboten werden könnten, wie er sie selbst nicht erwartet habe. Ja man hoffte ihn sogar auf die östreichisch-spanische Seite herüberzuziehen, wenn er sich rechtzeitig von „der holländischen Partei" trennen wollte!

Indes dies listige Doppelspiel, durch welches man die Städte sowol mit einem Vernichtungskriege gegen Dänemark als auch mit einem die Hanse preisgebenden Frieden mit derselben Macht bedrohte, hatte nur die Folge, daß die Abgeordneten derselben die Entscheidung einer allgemeinen Versamlung anheim gaben, welche im Beginn des Februars zusammentreten sollte.

Dazu trugen aber sicherlich auch die von aufrichtigem Wolwollen eingegebenen Warnungen des Königs von Dänemark bei, dessen Gesandter Dr. Cratz noch vor dem Schlusse der Versamlung in Lübeck eintraf.[1] Der König ließ den Städten seine Friedensliebe versichern, forderte aber, daß man den Kaiserlichen keine Schiffe verabfolgen lasse und drohte im andern Falle, mit der Unterstützung der befreundeten Mächte eine so starke Flotte auf die Ostsee zu bringen, daß die Städte dadurch in große Gefahr kommen würden. Dagegen versprach er den Städten, wenn sie ihre bisherige neutrale Stellung auch weiterhin wahren würden, alle Gnade sowie Beförderung ihres Handels und bei einem Angriffe seine Hilfe.

Auch der dänische Gesandte wurde jedoch von den Städten auf den nächsten Hansetag verwiesen, erhielt aber im Betreff der Seerüstungen der Kaiserlichen einen beruhigenden Bescheid. Weder der spanische noch die östreichischen Gesandten hatten angeblich bis dahin irgend eine Forderung in Bezug auf die Stellung von Schiffen an die Städte gerichtet. Dagegen gewann Cratz merkwürdiger Weise damals den Eindruck, als ob ein geheimes Bündnis zwischen Bremen, Hamburg und Lübeck, dessen Ziele nur gegen den Kaiser gerichtet sein konnten, abgeschlossen sei.

---

1) Cratz langte am 10./20. Dez. in Lübeck an. Am 13./23. Dez. hielt er seinen ersten Vortrag, worauf er bereits am folgenden Tage Antwort bekam. Die Stadt Lübeck als solche nahm seine Anträge erst am 15./25. Dez. entgegen. Seine Berichte an den König sind vom 14./24. und 19./29. Dez. 27. K. G. A. in Kopenh.

Die Vertagung der ganzen Angelegenheit empfand der ungeduldige, blindeifrige Graf v. Schwarzenberg sehr bitter und schickte, um den Städten zu zeigen, wie viel ihm persönlich an der ganzen Sache gelegen sei, die Einladungsschreiben zum neuen Hansetage durch Eilpost nach Danzig, Köln, Braunschweig, Magdeburg und in andere Städte.

Der dänische Bevollmächtigte begab sich teils zu Fuß, teils zu Roß unter großen Gefahren mitten im Winter durch die Kroaten von Lübeck nach Hamburg.

Allein der König hatte sich in der Wahl dieses Vertreters gröblich getäuscht, obwol er vielleicht gerade ihn damals als eine sehr geeignete Persönlichkeit angesehen haben mag. Denn Dr. Joachim Cratz war überhaupt ein Gegner der weiteren Fortsetzung des Krieges und verhehlte auch dem Könige diese seine Anschauung durchaus nicht. Seiner politischen Anschauung nach hätte der König vielmehr möglichst bald durch die Vermittelung Spaniens den Frieden mit dem Kaiser herzustellen suchen müssen.

Da Cratz noch nicht aus dem Dienste des Kurfürsten von Brandenburg ausgeschieden war, hatte ihn der König auch nicht förmlich in Eid und Pflicht genommen, ja nicht einmal durch einen Revers oder eine Bestallung an sich gekettet. Mit dieser freieren Stellung zum Könige hing nun aber auch jedenfalls die geringe Sorgfalt zusammen, mit welcher man für den Unterhalt des sehr selbstbewußten brandenburgischen Flüchtlings bedacht war. Als man ihn von Kopenhagen nach dem Festlande herübersandte, erhielt er 150 Thlr. und darauf in Lübeck noch 200 Thlr.; nach seiner die Zeit vom 25. Nov. 1627 bis zum 23. März 1628 umfassenden Rechnung hatte er für ungedeckte Baarauslagen 254 Reichsthlr. 13 Gr. zu fordern. Zur Versorgung seiner Familie, die sich in Hamburg aufhielt, hatte er im Febr. 1628 für 19 Monate nur 560 Thlr. erhalten. Als Entschädigung für seine Mühwaltung und als Ersatz für seine im Dienste des Königs erlittenen Verluste stellte er um die Mitte dieses Jahres bei seiner vollständigen Trennung von Christian IV. die Summe von 9000 Thalern in Rechnung.

Dieser Mann unterlag wenige Wochen nach seiner Abreise von Dänemark der politischen Verführung durch Gabriel de Roy, welcher ihn gegen den Schluß des Jahres 1627 vollständig für die kaiserlich-spanische Partei gewann. Schon am 28. Dez. hatte der Rat der hispanischen Legation, wie er sich nannte, in Cratz die persönliche Überzeugung befestigt, daß die Krone Spanien auch jetzt noch den Frieden zwischen dem Könige und dem Reiche gern befördern würde. Ja er stellte Cratz in Aussicht, daß Christian IV. alle seine verlorenen Länder wider erhalten und seine Stellung zum Kaiser zu einer viel besseren gestalten könnte, als sie früher jemals gewesen war.

Diese Eröffnungen kamen Cratz sehr gelegen: denn er hatte bereits selbst Bedingungen zu einem friedlichen Ausgleiche zusammengestellt und dieselben den dänischen Politikern wie dem damals noch im Dienste des Königs befindlichen Kanzler Sohn v. Eltz, ferner Friedrich Günther und selbst dem Dr. Steinberg mitgeteilt. Doch hatte man schon damals den Vorwurf gegen ihn erhoben, daß er sich allzusehr auf die spanische Seite hinneige.

Und nicht lange darauf suchte Cratz geradezu die Gegenpartei auf und bot ihr seine Dienste an. Sein Korrespondent in Hamburg, Dr. Menzel, benachrichtigte Tilly am 2. Febr., daß ihm Cratz das Anerbieten gemacht habe, auf die Seite des Kaisers zu treten. Der Verräter wollte die höheren dänischen Beamten in Fünen und Seeland für die Sache des Kaisers gewinnen und auch Mittel und Wege angeben, wie man ohne großes Blutvergießen in Seeland festen Fuß fassen könnte. Nur bat er um Beschleunigung der Sache, da die Hansestädte angeblich einen Aufstand planten, und man Dänemark in Seeland zuvorkommen müßte, bevor es seine Flotte durch die Unterstützungen seiner Bundesgenossen verstärkt haben würde. Zur Sicherstellung seiner Dienstleistungen stellte jedoch Cratz das auffällige Ansinnen, daß man ihn in Haft nehmen möge, und forderte außerdem eine schriftliche Gewährleistung der Sicherheit seiner Person und seiner Güter, so daß von nicht unterrichteter Seite während seiner Haft nichts Nachteiliges gegen ihn vorgenommen werden konnte. Tilly sollte also durch eine scharfe Weisung den Rat von Hamburg auffordern, Cratz festzunehmen und diesem selbst bei dem Verlust seiner Güter und der Bedrohung mit der Reichsacht die Verpflichtung auferlegen, Hamburg nicht eher zu verlassen, bevor der Kaiser die über ihn verhängte Haft aufgehoben haben würde. Außerdem forderte Menzel noch eine Vollmacht von Tilly, um einige dänische Güter mit Beschlag zu belegen, durch welche sich Cratz für seine dem Könige geleisteten Vorschüsse entschädigen wollte. Seine schleunige Verhaftung wünschte der Gesandte, um nicht genötigt zu werden, auf der zum Februar in Lübeck anberaumten Hanseversamlung die Befehle Christians IV. auszurichten und die Verhandlungen mit den Hansestädten zu führen. Durch Menzels Vermittelung trat der dänische Geschäftsträger nun in einen direkten brieflichen Verkehr mit Tilly.

Der ligistische General fand das ihm gemachte Anerbieten vorteilhaft und erklärte sich umgehend mit den von Menzel getroffenen Vorbereitungen einverstanden, gab aber doch dem ganzen Vorhaben eine neue Wendung. Wie es scheint, hatte Cratz anfangs seinen augenblicklichen Übertritt zur Partei des Kaisers ins Werk setzen wollen, Tilly bestand darauf, daß derselbe zuvor noch nach Lübeck gehen möge, um über den Verlauf der

hansischen Versamlung geheimen Bericht zu erstatten. Noch bevor er jedoch davon Kenntnis erhalten hatte, daß Cratz diesem Begehren wirklich nachkam, suchte er bei dem Kaiser um die erforderliche Schutzschrift für den Verräter nach.

Bei seiner Ankunft in Hamburg hatte Cratz in gewissem Sinne auch den dänischen Kommissarius Detlev v. Buchwald zu seinem Vertrauten gemacht. Er hatte ihm berichtet, daß er vorgeben werde, sich nicht mehr im Dienste des Königs zu befinden, um überhaupt mit einiger Sicherheit in Hamburg verweilen zu können. Die noch in Hamburg anwesenden höheren königlichen Beamten legten diesem Vorhaben nichts in den Weg, sondern beschlossen es zum Vorteile des Königs auszunutzen. Sie erteilten nämlich Cratz den Auftrag, bei dem Rate der Stadt Vorstellungen gegen die Belästigungen der Freunde und Diener der königlichen Sache zu erheben und eine thatsächliche Bewährung der versprochenen Neutralität zu fordern. Zu diesem Behufe verfaßte Detlev v. Buchwald eine kleine nur für Cratz bestimmte Denkschrift, welche dieser dem Rate jedoch aushändigte. Und als der Rat die in derselben gegen ihn erhobenen Vorwürfe mit einer gewissen Empfindlichkeit zurückwies, nannte Cratz zur Begütigung des Rates und zur Entschuldigung der übrigen in Hamburg befindlichen Dänen Buchwald als den verantwortlichen Verfasser der Denkschrift, den er dadurch stark gegen sich aufbrachte. Zu ihrer Rechtfertigung verfaßten die in Hamburg anwesenden Dänen darauf eine neue Eingabe an den Rat, mit dessen Übermittelung sie Cratz gleichfalls betrauten. Wie waren sie aber erstaunt, als sie erfuhren, daß sich Cratz, ohne ihren Auftrag auszurichten und ohne ihnen nur die geringste Mitteilung zu machen, von Hamburg entfernt hatte! Schon dieses Verfahrens wegen richtete Buchwald eine kräftige Beschwerde an den König. Überhaupt aber hatte sich Cratz durch seinen auffälligen vertrauten Verkehr mit den Anhängern des Kaisers schon um die Mitte des Februar so verdächtig gemacht, daß selbst der Bürgermeister Eytzen von Hamburg Detlev v. Buchwald mitteilte, allem Vermuten nach werde Cratz kein Brot mehr in Dänemark essen. Geradezu feindselig scheint das Verhältnis des dänischen Geschäftsträgers zu dem holländischen Gesandten Foppius van Aitzema gewesen zu sein.

In Lübeck setzte Cratz darauf den Grafen v. Schwarzenberg von allen Schritten des Königs, um sich der wolwollenden Neutralität der Städte zu versichern, in Kenntnis.[1]

---

1) Fr. Mares, Die maritime Politik der Habsburger in den Mitteilungen des Institt. für österreichische Geschichtsforschung Bd. II. S. 64. 69. 70 f.

Endlich suchte der falsche Unterhändler dem kriegseifrigen Könige im eignen Lande, ja unter seinen eignen Beamten Widersacher zu erwecken und rühmte sich seiner Bemühungen auch gegen die Kaiserlichen. Er teilte dem Dr. Menzel in Hamburg einst mit, daß er hoffe, den königlichen Geheimsekretär Stenius für den Kaiser eingenommen zu haben; der Geheime Rat Scultetus hatte sich gleichfalls in einem dem kaiserlichen Interesse günstigen Sinne ausgesprochen; und beide königliche Beamte wollten sich seiner Versicherung nach auch bemühen, die vornehmsten Reichsräte gegen den König einzunehmen. Zur Beförderung dieses löblichen Vornehmens hielt es Cratz für vorteilhaft, wenn Tilly den Grafen v. Schwarzenberg dazu auffordern würde, sich vom Rate der Stadt Lübeck die Abschrift eines Schreibens des Foppius im Betreff der Besetzung des Sundes erteilen zu lassen. Durch dieses Schreiben hoffte Cratz die Reichsräte wider den König aufbringen zu können, der noch immer auf die Niederlande sein Vertrauen setzte. Ja er mahnte Tillys Correspondenten geradezu, keine Zeit zu versäumen, um den König von seinen Reichsräten zu trennen.

Christian IV. hatte jedoch diesem Geschäftsträger auf seine Friedensmahnungen endlich eine rundweg abschlägliche Antwort erteilt. Er wollte auf keine Weise Frieden begehren, es möge ihm darüber auch gehen, wie es der liebe Gott wolle. Wenn der König von Spanien, das kurfürstliche Collegium, die Städte oder irgend ein katholischer oder evangelischer Fürst sich zum Vermittler anböte, würde er ihnen mit großer Freude Gehör schenken: sonst sähe er es gern, daß es verbleibe, wie es sei. Dieses Schreiben des Königs übergab Cratz dem Dr. Menzel in der Urschrift, der es darauf Tilly anbot.

Der Hansetag zu Lübeck vom Februar bis April 1628.

Der allgemeine Hansetag zu Lübeck konnte erst eine Woche nach dem festgesetzten Tage (14. Febr.) eröffnet werden (11. Febr./21. Febr.). Am spätesten und zwar lange nach der Eröffnung trafen die Abgeordneten der Stadt Köln ein. Eilf Städte hatten im Ganzen ihre Vertreter nach Lübeck entsendet, um Beschluß über die kaiserlichen Pläne zu Nutz und Frommen des deutschen Handels und zur Sicherung des ganzen norddeutschen Küstengebiets zu fassen. Und so war ein beträchtlicher Teil des norddeutschen Bürgertums in den Abgeordneten dieser Städte vertreten, an deren Wahl freilich die Einwohnerschaft, geschweige denn die

unteren Stände, nicht den geringsten Anteil hatten. Aus dem Stromgebiet der Elbe hatten Magdeburg, Lüneburg und Hamburg ihre Botschafter nach Lübeck entsendet, aus dem der Weser Braunschweig und Bremen, von den nordischen Küstenstädten ließen sich Lübeck, Wismar, Rostock, Stralsund und Danzig, und von den rheinischen nur das weit im Westen gelegene Köln vertreten. Die Räte der Städte hatten meistens ihre gelehrten Rechtsbeistände nach Lübeck entsendet. Lübeck führte, obwol schon längst nicht mehr die reichste und handelsmächtigste Stadt, noch immer den Vorsitz.

Der hansische Bund ging, so sorglich sich auch die Städte vor einer Beteiligung an den Kriegsunruhen bisher gehütet hatten, unter der allgemeinen Not der Zeit seinem Untergange mit um so beschleunigteren Schritten entgegen. Nur einzelne Städte erfreuten sich noch immer einer bedeutenden Handelsthätigkeit; Hamburg kam überhaupt erst damals recht empor.

Allein die Stärkung der monarchischen Gewalt in den benachbarten nordischen Königreichen trug dazu bei, auch die wirtschaftliche Selbständigkeit dieser Länder zu erhöhen und damit die Stellung der mit Vorrechten ausgestatteten deutschen Städte in denselben arg zu erschüttern. Der Aufschwung des englischen und holländischen Handels hatte die Thätigkeit der Hanse zurückgedrängt.

Von dieser mißlichen Lage des Bundes legte schon der Umstand Zeugnis ab, daß zu der auf den 4./14. Febr. nach Lübeck einberufenen Bundesversamlung mehr als 22 Städte gar nicht erschienen, sondern ihr Ausbleiben entschuldigten. Nur eilf Städte ließen sich überhaupt auf diesem Hansetage vertreten; die Abgeordneten von Braunschweig führten die Stimme von Hildesheim. Magdeburg rief seine Gesandten nach einiger Zeit zurück, weil man ihrer angeblich zu Hause bedurfte.

Am 11./21. Februar vereinigten sich die Bundesgesandten im unteren Rathause zu Lübeck zur ersten Sitzung. Auf der rechten Seite nahmen die Abgeordneten von Köln, Bremen, Rostock, Stralsund, Wismar, Magdeburg, Braunschweig, Danzig und Hildesheim, auf der linken Hamburg und Lüneburg Platz. Lübeck als Vorort der Hanse sendete alle vier Bürgermeister samt den beiden rechtskundigen Räten Dr. Schabbel und Dr. Tancke und außerdem noch vier Mitglieder des Rates in diese Sitzung.

Die erste wichtige Frage, welche zur Beratung gestellt wurde, galt dem weiteren Fortbestehen der hansischen Vereinigung überhaupt. Nachdem man sich im Jahre 1624 zur Fortführung des hansischen Bundes auf zehn Jahr vereinigt hatte, beschloß man jetzt, noch nicht alles für desperat zu halten, sondern die so lockere Bundesgemeinschaft auf fernere

zehn Jahre, vom J. 1624 gerechnet, bis zum Jahre 1634 auszudehnen und auch die bewilligten Bundesbeiträge für diese Zeit einzuziehen.

Und darauf schritt man zur Erörterung der zahlreichen, sich mehr und mehr steigernden Beschwerden und bezeichnete dabei die Lage des uralten hansischen Collegiums als eine so trübselige, daß seine gänzliche Auflösung zu erwarten sei, wenn ihm nicht bald Hilfe widerfahren werde. Der Verkehr mit Rußland war seit längerer Zeit schwer geschädigt, der Handel der Ostseestädte abgeleitet durch die Nordsee auf Archangel und andere Plätze. Aus Narwa waren durch königlichen Befehl die fremden Kaufleute mit ihren Gütern geradezu ausgewiesen worden. Gustav Adolf hatte zwar Verhandlungen zu Gunsten der Hanse in Aussicht gestellt, allein seinem Versprechen bis dahin keine Folge gegeben. Seit einer Reihe von Jahren waren die alten Freiheiten der Städte in Schweden überhaupt nicht mehr anerkannt worden; ein im Jahre 1620 durch eine besondere Gesandtschaft dem Könige eingereichtes Bittgesuch hatte nicht das Geringste gefruchtet, so daß man sich entschloß, neue Vorstellungen zu erheben. Dagegen wagte man unter den obwaltenden Umständen nicht eine genauere Untersuchung des Bergischen Contors in den Gang zu bringen. Ebensowenig war man im Stande, Mittel gegen die Beschwerden, die man von Dänemark erduldete, vorzuschlagen. Gegen die englischen Kaufleute in Deutschland war der Schutz des Reiches längst angerufen und zugesagt worden, allein der Kaiser war noch nicht eingeschritten, und in diesen unruhigen Zeiten war man auch nicht geneigt, ihn zum Einschreiten zu veranlassen. Denn man fürchtete, daß man dadurch nur den Handel nach Spanien gefährden würde. Endlich wurden auch zahlreiche Klagen über die Auflegung oder Erhöhung deutscher Binnenzölle durch Fürsten und Städte erhoben, gegen welche man die Hilfe des Reichsoberhauptes vergeblich angerufen hatte.

Daß ein solcher von allen Seiten her in seinen Handelsbeziehungen beschränkter Städtebund keine Neigung fühlte, sich als solcher an einem Kampfe gegen den Kaiser oder seine auswärtigen Gegner zu beteiligen, würde auch erklärlich sein, wenn er die Mittel dazu besessen hätte. Allein bei der Beratung der Finanzverhältnisse stellte es sich heraus, daß „dieser Zeit in Cassa ganz kein Vorrat vorhanden war", und man entschloß sich daher, zur Befriedigung der Gläubiger eine außerordentliche zehnfache, innerhalb zweier Monate zu entrichtende Steuer einzufordern. Waren doch im Augenblicke nicht einmal so viel Baarmittel im hansischen Kasten vorhanden, um die kaiserlichen Gesandten mit einer „Remuneration anzusehen". Die ausgeschriebenen Steuern sollten auch dazu verwendet werden, dem ehemaligen hansischen Syndikus Dr. Lambert Steinwich,

jetzigen Bürgermeister von Stralsund, gegen welchen man noch Verpflichtungen hatte, 500 Thaler zu zahlen. Die Widerbesetzung des gerade unter den damaligen Verhältnissen so wichtigen Amtes wurde der nächsten Versamlung vorbehalten.

Aus diesen Einnahmen wollte man ferner die Kosten für die schon in der vorigen Versamlung der sechs Städte in das Auge gefaßte Gesandtschaft an den Kaiser bestreiten, welche jetzt Lübeck, Hamburg und Bremen aufgetragen wurde. Der Bürgermeister Dr. Winkler von Lübeck, der die Führung der Gesandtschaft übernehmen sollte, war bereits in Prag anwesend. Diese Gesandtschaft sollte nicht allein auf die Besserung der Zwangslage hinarbeiten, in welche die Hansestädte durch die Forderungen des Kaisers versetzt worden waren, sondern auch um die Abstellung der Gewaltthätigkeiten, welche die kaiserlichen Heere gegen Mitglieder des Bundes ausübten, nachsuchen. Schon aus Rücksicht auf die am kaiserlichen Hofe zu beginnenden Verhandlungen lehnten die Städte daher die Stellung von Schiffen ausdrücklich ab,[1] während sie Stralsund auf seine Bitte eine Unterstützung von 15000 Thalern gewährten.[2]

Am 23. Febr. übergab Dr. Wentzel einer Anzahl von Vertretern der Städte eine weitläufige und teilweise schwungvolle Denkschrift,[3] in welcher diesen Stadtpolitikern die Berechtigung und die heilsamen Folgen eines Handelsbündnisses mit Spanien vor die Augen geführt wurden.

Die kaiserlichen Politiker wendeten sich zunächst an das Nationalgefühl dieser norddeutschen Ratsherren: „Was kann einer so ansehnlichen, volkreichen, streitbaren, mächtigen Nation, wie es die deutsche ist, verkleinerlicher, schimpflicher und spöttlicher sein, als daß sie sich von andern Völkern, welche keinen Vergleich mit ihr aushalten, auf ihren eignen Meeren und Flüssen Rechte und Gesetze vorschreiben lassen und denselben nolens volens gehorchen muß?“ Die Verfasser der Denkschrift fassen hierbei hauptsächlich die Engländer in das Auge, welche sich mit ihren Monopolen den Deutschen mitten in das Nest gesetzt und neben andern Handelszweigen den ganzen Tuchhandel an sich gezogen und so viele Millionen damit gewonnen haben, daß sie jetzt mit ihrer Beute nicht nur den Städten, sondern auch dem Kaiser Trotz bieten dürfen. Der Entschluß des Kaisers, diesen und andern Absurditäten nicht länger ruhig zuzuschauen, wird als

1) Nur Lübeck soll Schwarzenberg, wenn er den Krieg zur See fortsetze, Schiffe versprochen haben. Khevenhiller XI. 144; doch hat man stets daran gezweifelt, vgl. w. u. S. 505.

2) Ob die Summe auch wirklich gezahlt worden ist, steht freilich dahin.

3) Ein Abdruck derselben findet sich in Londorps A. p. 1630 Bd. II. 1360—1363.

eine mit seiner hohen Würde auf das engste zusammenhängende Verpflichtung bezeichnet, deren Hintansetzung ihm die Nachwelt einst als unverantwortliche Pflichtvergessenheit vorwerfen werde. Zum Schluß wies Wentzel auf die Vollmachten des spanischen Rates Gabriel de Roy hin, nach denen der Abschluß des Handelsbündnisses sofort erfolgen konnte, und stellte die sichere Bestätigung desselben durch Kaiser und König in Aussicht.

Indessen diese Denkschrift enthielt auch Stellen, welche auf die mit Recht argwöhnischen protestantischen Stadträte sicherlich keinen beruhigenden Eindruck gemacht haben. Wentzel sprach davon, daß sich wider die großen Gefahren der Christenheit Gott selbst armiert und der Kaiser soweit Ruhe geschafft habe, daß er nun Zeit habe, das widerzubringen, was im Reiche in Abgang oder in Unordnung gekommen sei Am Schlusse wies er und zwar gewiß nicht zur Beruhigung der Städter auf die Verteidiger hin, welche sich den Städten darbieten würden, wenn ihnen bei der Ausführung dieser kaiserlich-spanischen Pläne Widerstand entgegentreten sollte.

Andererseits wurden den Städten Lübeck, Hamburg, Rostock, Wismar, Stralsund und Lüneburg große Verheißungen gemacht: sie sollten zu Stapelplätzen des Handels mit Spanien erhoben werden.

Die Einfalt dieser östreichisch-spanischen Handelspolitiker war so groß, daß sie auch die Völker des Nordens, Schweden und Dänen, Holländer und Engländer nötigen wollten, alle ihre Bedürfnisse aus Spanien und Indien auf den norddeutschen Märkten zu befriedigen.

In den folgenden Verhandlungen, in denen auch die in Danzig und Lübeck gemachten besonderen Vorschläge Berücksichtigung fanden, wurden von den Städtern vier Hauptpunkte aus der ganzen kaiserlichen Botschaft als unerläßliche Forderungen hervorgehoben. Die rechtlich gesicherte Freiheit des Handels mit Spanien, die Bestätigung der hansischen Privilegien für Portugal und die Ausdehnung derselben auf andere spanische Besitzungen, sowie die Erledigung der von den Städten erhobenen Beschwerden. Über die Beseitigung der Beschwerden verhandelte ein aus Danzig, Lübeck, Hamburg und Bremen gebildeter Ausschuß mit den kaiserlichen und spanischen Handelspolitikern des Näheren: die Städte forderten Rechtsgleichheit für Hanseaten und Spanier, Befreiung von spanischen Ausfuhrzöllen, Aufhebung des Strandrechts an den spanischen Küsten, Sicherheit der Hanseaten gegen die Ansprüche der Inquisitionsgerichte, eigne Consuln und endlich das Recht der Ausführung spanischer Münzsorten.

Da jedoch weder die kaiserlichen Bevollmächtigten noch der spanische Rat in der Lage war, eine Abstellung dieser Beschwerden auf der Stelle

zuzusagen, und beide die große Tragweite der hanseatischen Forderungen, welche langdauernde Unterhandlungen sogar mit den geistlichen Behörden in Spanien notwendig machten, sicherlich überblickt haben werden, so zog man sich vorläufig dadurch aus der Verlegenheit, daß man die Satzungen der neuen Handelsvereinigung, die ausdrücklich als eine spanische Admiralität bezeichnet wurde, vorlegte.

Diese den flandrischen Statuten vom Jahre 1624 nachgebildeten aus zahlreichen Punkten bestehenden Satzungen haben die Städte vom 24. bis 28. März n. St. beschäftigt, und es stellte sich bei den Beratungen zwischen den hansischen Vertretern und den kaiserlichen Abgeordneten ein völliges Einverständnis über eine große Anzahl dieser Einzelbestimmungen über den Handelsverkehr mit Spanien heraus. Freilich erhoben doch verschiedene Stadtvertreter den Einwurf, daß sie zur Bewilligung der ihnen unterbreiteten Vorschläge der Vollmachten ermangelten, und baten zugleich bei den herkömmlichen Gewohnheiten und Formen ihres Handelsverkehrs gelassen zu werden. In das größte Erstaunen wurden jedoch diese mißtrauischen Stadtpolitiker versetzt, als ihnen der Graf v. Schwarzenberg und Dr. Wentzel endlich nach langem Harren die von dem spanischen Gesandten für notwendig erachteten Bedingungen zur wirklichen Begründung der Handelsgesellschaft in Deutschland mit den bereits besprochenen, den Handelsverkehr mit Spanien im Einzelnen regelnden Vorschriften überreichten. Denn die auffällig lange Dauer dieses Hansetages wird Gabriel de Roy zuzuschreiben sein, welcher seine letzten Vorschläge erst am 2. April n. St. dem kaiserlichen Gesandten übergab, der sie darauf noch einer besonderen Beratung mit Wentzel unterzog. Die Hansestädte hatten dagegen schon am 30. März die Vertreter des Kaisers zur Beschleunigung der Angelegenheit mahnen lassen.

Der Hauptpunkt dieser neuen Vorschläge bestand darin, daß die Städte als solche zum Eintritt in die Handelsgesellschaft aufgefordert wurden, für welche sie den Grundstock des erforderlichen Kapitals vorschießen sollten.[1] Dadurch hoffte man zugleich Privatleute und besonders die Kaufleute für das Unternehmen zu gewinnen. Diese von „allen Hansestädten, von den Reichsstädten und andern Reichsunterthanen und Handelsleuten" zu gründende Kasse sah man als den Ausgangspunkt des

1) Diese letzten und wichtigsten Vorschläge sind bisher gänzlich unbekannt gewesen. Kayß. Mayst. Herrn Gesanten Vorschläge wegen des Hispanischen Commercii, den Hanseſtettischen Deputierten übergeben 26. Martii (a. St.) Anno 1628. Aus dem Eingange dieses Schriftstückes geht hervor, daß Gabriel de Roy diese Vorschläge verfaßt und den kaiserlichen Gesandten übergeben hat. Zu der folgenden Darstellung wurde ferner das kurze Protokoll des Dr. v. Bobart benutzt. Arch. d. fr. St. Bremen.

ganzen segensvollen Unternehmens an. Auf die Mitwirkung der städtischen Behörden hatte man dabei besonders gerechnet. Man erwartete von ihnen nicht nur, daß sie das Unternehmen in den Städten bekannt machen, sondern auch die einzelnen Kaufleute zur Ausrüstung von Handelsschiffen veranlassen würden. Durch Bekanntmachungen hoffte man insonderheit die Privatleute in die Gesellschaft hineinzuziehen, denen deshalb auch ein Präklusivtermin gestellt werden sollte! Den Städten wurde ferner die Bestellung eines Handelsgerichts (judicium mercatorum) anheimgestellt, von dessen Entscheidungen innerhalb eines gewissen Betrages nicht appelliert werden konnte. Berufungen von den Aussprüchen dieses Gerichts sollten bei dem kaiserlichen Hofe eingelegt werden. Ja man stellte sogar in Aussicht, daß der Kaiser ein Gericht aus tauglichen Räten oder unparteiischen Personen in diesen Landen an seiner Statt bestellen könnte.

Man erwartete nun Vorschläge über Aus- und Einfuhrzölle, aus welchen die Gesellschaft ihre allgemeinen Ausgaben bestreiten konnte, sowie über die Bestellung eines Gerichts in Spanien. Denn eine enge Verbindung der Städte oder der Gesellschaft mit der in Spanien aufgerichteten Admiralität wurde für sehr vorteilhaft oder eigentlich für selbstverständlich erklärt. Im Übrigen gab man der Gesellschaft die Verwaltung ihrer Angelegenheiten und besonders der Kasse, sowie auch die Stellung der Handelsschiffe vollständig anheim. Fremden Nationen gedachte man nach der Gründung dieser Gesellschaft den Handel in Deutschland nicht zu erschweren oder gar zu wehren, wenn sie sich der Handelsverbindung nicht feindselig entgegenstellen würden: der Zweck der Gesellschaft war in dieser Beziehung nur darauf gerichtet, daß die deutsche Nation in ihrem freien Handel zu Wasser und zu Lande nicht gehindert werde, und auf ihren eignen Strömen und Meeren nicht fremden Gesetzen folgen sollte. Würden die auswärtigen Mächte dagegen dem neuen Unternehmen Hindernisse in den Weg legen, so war man entschlossen, Vergeltungsmaßregeln in Anwendung zu bringen und sie im äußersten Falle vom Handel in Deutschland gänzlich auszuschließen. Zum Schutze der Gesellschaft wollte der Kaiser unter seiner und des Reichs Standarte Kriegsschiffe ausrüsten, welche im Falle der Not auf die Unterstützung der spanisch-niederländischen Flotte rechnen konnten. Die Gesellschaft sollte eine „rechte Societät" sein und daher von allen andern Verbindungen abstehen und innerhalb oder außerhalb des Reichs ohne kaiserliche Bewilligung überhaupt kein neues Bündnis eingehen. Auch die Handelsschiffe hatten die kaiserliche Standarte zu führen.

Diese Grundzüge der zu bildenden Handelsgesellschaft überreichte Schwarzenberg im Beisein Wentzels den rechtsverständigen Abgeordneten der

Städte Lübeck, Danzig, Hamburg, Bremen und Köln am 5. April n. St. und teilte denselben zugleich den Befehl des Kaisers mit, daß die Städte das Bündnis mit den Generalstaaten aufgeben und kein neues mit denselben eingehen sollten. Eine Verbindung kaisertreuer Reichsunterthanen mit einer Macht, welche sich dem Kaiser feindlich erzeigte, wurde von Schwarzenberg als unstatthaft bezeichnet: mit Nachdruck ermahnte er die Städte, sich nur an die Kaiserliche Majestät als ihr rechtes Haupt zu halten. Wenn sie das thäten und ihr eignes Heil und Bestes bedächten, könnten sie bei der Hanse als einem alten und zu Recht anerkannten Bunde verbleiben.

Unter Dankesversicherungen nahmen die hansischen Abgeordneten, unter denen sich Dr. Tancke, der Vorsitzende der Versamlung, und der bremische Syndikus Dr. v. Bobart befanden, die Schriftstücke samt den Mahnungen entgegen. Schon am folgenden Tage bildeten die ersteren den Gegenstand einer allgemeinen Beratung, und schon an diesem Tage einigten sich auch die Bundesgesandten in dem Bekenntnisse, daß sie alle mit einander der Vollmachten entbehrten, diese Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen: man konnte sie nur den einzelnen Städten zur Beschlußfassung unterbreiten. In diesem Sinne wurde daher an die kaiserlichen Gesandten[1] berichtet. Zugleich erbat man sich aber Schutz für die bisher geltenden Rechte und Privilegien und eine Bedenkzeit von sechs Monaten. Auch darüber wurde man sich klar, daß zur endgiltigen Beschlußfassung die Berufung eines neuen Hansetages erforderlich sei.

Am 8. April n. St. eröffnete derselbe hansische Ausschuß den kaiserlichen Gesandten diese Beschlüsse mündlich und versetzte dadurch den leidenschaftlichen Grafen Schwarzenberg in große Erregung. Er forderte eine augenblickliche Erklärung über die Annahme oder die Ablehnung seiner Vorschläge und drohte den Städten damit, daß der Kaiser seine Hand von ihnen abziehen und sie mit ihren Beschwerden gegen die spanischen Handelsbedrückungen sich selbst überlassen würde. Auch der Drohung, es würden sich andere finden, welche „solchen Handel wol“ annehmen, enthielt er sich nicht. Der Unempfindlichkeit der städtischen Abgeordneten gegenüber mußte er sich jedoch endlich beruhigen und forderte zuletzt nur noch die Bestimmung eines Termins, an welchem die

1) Im Abschied lautet die betreffende Stelle: Nachdem nun diese Schrift mit Fleiß verlesen und erwogen und dabei wol in Acht genommen, daß alles auf eine neue, sonderbare Art zu commercieren gerichtet, so nie bei den Hansestädten im Gebrauch gewesen oder prakticiert worden, so hat man wegen ermangelnden Instruktionen und Befehligen in diesen consultationibus nicht weiter fortfahren können, sondern alles auf relationes stellen müssen.

Städte ihre letzten Entschließungen fassen wollten. Man bezeichnete ihm den 11. Septbr. n. St. als den Tag, an welchem man eine neue hansische Versamlung ohne ein weiteres Ausschreiben zu eröffnen gedachte. Und darauf gab Schwarzenberg seinen Widerspruch auf. Denn er besaß keine weitergehenden Befehle, mit nachdrücklichster Energie und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Städte zur Bildung der neuen Handelsgesellschaft, deren Wirkungen die völlige Auflösung des hansischen Bundes nach sich ziehen mußten, zu drängen.

Den Unmut über das Mißlingen ihrer Bestrebungen suchten die Städte übrigens den kaiserlichen Gesandten nach Kräften zu lindern. Schon bevor Schwarzenberg und Wentzel ihre Vorschläge einreichten, hatten sie sich entschlossen (30. März n. St.), Schwarzenberg eine Verehrung von 4000 Reichsthalern und Wentzel die Hälfte davon zukommen zu lassen,[1] und übernahmen auch noch die Kosten für ihre Verpflegung in der Höhe von 1177 Reichsthalern und 26 Schillingen. Da wie gewöhnlich Ebbe in der Kasse war, leisteten Lübeck und Hamburg Vorschuß.

Da sich Gabriel de Roy in Drohungen ergangen hatte, baten die städtischen Gesandten bei der Einreichung ihrer Beschlüsse Schwarzenberg und Wentzel nochmals, ihren Rechten nnd ihrer bisherigen Handelsfreiheit in Spanien in der Zwischenzeit den erforderlichen Schutz angedeihen zu lassen. Auf das Ersuchen der kaiserlichen Vertreter übergaben die Städte noch ein besonderes hierauf bezügliches Schreiben an den Kaiser.

Unmittelbar darauf wurde der Hansetag geschlossen: der Abschied desselben ist am 2./12. April gezeichnet worden.

Der dänische Agent Dr. Joachim Cratz, welcher thatsächlich von Hamburg nach Lübeck zurückgekehrt war, scheint auf diese Versamlung der Städte nur einen geringfügigen Einfluß ausgeübt zu haben, so daß ihm die Vertagung der Entscheidung der Städte keineswegs beizumessen ist. Einem Politiker seines Schlages mutete der König zu, den städtischen Abgeordneten mutig und entschlossen zuzusprechen und sie zu ermahnen, sich von seiner Sache, welche allein die Ehre Gottes und die Gewissensfreiheit betreffe, durch keine Einbildungen abwenden zu lassen. Wenn sie auch schon in so guter Sache ein wenig Beschwerlichkeit auf sich laden würden, so würde der Allmächtige doch zuletzt sein Wort nicht verlassen.

1) In den von uns benutzten Protokollen ist niemals bemerkt, daß sich auch nur eine Stimme des Widerspruches gegen die Bewilligung dieser Verehrungen geltend gemacht habe, obgleich bisweilen städtische Abgeordnete ihre augenblickliche Zahlungsunfähigkeit bekannten, wie z. B. die magdeburgischen. Davon, daß auch Gabriel de Roy beschenkt worden sei, haben wir in den Akten keine Spur gefunden.

Chriſtian IV. ließ den Städten vorſtellen, daß die Heerſcharen der Feinde ſich von ſelbſt trennen, und ihm und den Seinigen Luft gemacht werden würde, wenn die Städte jenen nur den Proviant ſperren, die Schiffe verſagen und keine Munition zuführen wollten. Auch ſeine Neigung, unter erträglichen Bedingungen Frieden zu ſchließen, hob der König hervor. Würden die Städte aber bei Gott und ihm ausharren, ſo wollte er ihnen und zwar auch jeder einzelnen ſeine königliche Gnade zu teil werden laſſen.

Auf dieſe Mahnungen erteilten Abgeordnete von Bremen, Lübeck, Hamburg, Roſtock und Danzig im Namen der verſammelten Städte Beſcheid (5./15. März), der ſich jedoch nur auf allgemeine Verſicherungen beſchränkte, wenn auch die Ausdrucksformen ſehr freundliche waren.[1] Das Befremden des Königs konnte die Stelle erregen, in welcher die „unſchuldigen Städte“ die Hoffnung ausſprachen, daß ſie, „die ſich wegen der Pflicht, damit ſie der Kaiſerl. Maj. verwandt, der Unruhe nicht teilhaftig machen könnten, in keinen Verdacht würden geraten ſein“. Der Bitte des Königs, den Feinden keinerlei Unterſtützung zu gewähren, wurde in der Antwort überhaupt nicht gedacht: die Städte verſprachen nur, daß ſie keinem kriegenden Teile die geringſte Schädigung zufügen würden. Ja ſie gaben ſich der Hoffnung hin, der König werde ihrem Handel ebenſowenig Hinderniſſe in den Weg legen, wie es angeblich im Reiche der Fall war(!). Von der Geſandtſchaft an den Kaiſer machten ſie Cratz Mitteilung.

Daneben klagten aber die Geſandten von Roſtock, Danzig und Wismar dem däniſchen Botſchafter noch ihre beſonderen Nöte. Roſtock beſchwerte ſich unter anderm über die Erbauung der Schanze bei Warnemünde durch den kaiſerlichen Oberſten St. Julien; der lübiſche Syndikus Dr. Tancke trat für ſeine Vaterſtadt Wismar ein, der nach der Aufnahme einer feindlichen Beſatzung von den Dänen Schiffe weggenommen waren, und ſuchte um Rückgabe derſelben nach. Das Hilfsanerbieten des Königs, falls man den Städten Einquartierung aufdrängen oder Schiffe von ihnen fordern würde, beantwortete man ausweichend: man wollte ſobald als möglich Beſcheid erteilen. Die Beſchwerde des Königs über die Feſtnehmung ſeiner Diener und befreundeter Politiker, wie ſie in Hamburg erfolgt war, hatte man an dem Tage, an welchem Cratz dieſe Antwort der Städte empfing, noch in keine Beratung gezogen. Bemerkenswert iſt noch, daß Cratz dem Könige wider den Rat erteilte, ſtändige Reſidenten, welche wöchentlich berichten ſollten, in den bedeutendſten Hanſe-

1) Relatio prima ad Ser. . . . Dn. Christianum IV. Lübeck 6./16. März. K. G. A. i. Kop.

städten zu bestellen und zwar aus Persönlichkeiten, welche er selbst vorgeschlagen hatte.[1] Er hatte gebeten, ihn selbst in Lübeck zu lassen und den Kanzler Sohn zu Eltz, der später zu Wallenstein übertrat, für Hamburg zu berufen oder, da dieser keine besondere Neigung dazu verspürte, Joachim Transäus, der aber gerade um diese Zeit aus dem diplomatischen Dienste des Königs entlassen wurde.

Aus dem Schreiben, welches Cratz in dieser Zeit an den König richtete, geht ferner hervor, daß Schwarzenberg im Febr. an die Stadt Lübeck das dringende Ersuchen richtete, Schiffe zur Überfahrt zu stellen. Er verhieß dafür der Stadt große Privilegien, bedrohte sie aber auch andernfalls mit der Acht. Sein Gesuch wurde aber sowol vom Rate wie von der Bürgerschaft abgelehnt.

Die Schiffe, von denen Schwarzenberg in seinen Briefen spricht, sind daher auf jeden Fall durch Kauf von einzelnen Besitzern erworben worden.

Cratz übersendete während der Versamlung geheime Berichte an Menzel in Hamburg, von dem sie an Tilly befördert wurden. Der Kaiser hatte Tilly zwar Vollmacht erteilt, den gewünschten Schutzbrief für Cratz auszustellen, zugleich aber auch die Warnung zugehen lassen, sich vor Täuschung zu hüten.

Die Zurüstungen zu einer Kriegsflotte und die Abberufung Schwarzenbergs.

Es ist unter diesen Umständen nicht gerade auffällig, daß Schwarzenberg auch die mit der Gründung dieser Handelsgesellschaft eng verbundene Aufgabe, Kriegsschiffe zusammenzubringen, nicht zu lösen vermochte. Er wirkte zwar zu diesem Behufe auf den spanischen Vertreter Gabriel de Roy ein, allein dieser erklärte, daß er vorläufig nichts thun werde, da er auch sonst „keiner Resolution gewürdigt werde und keine Disposition noch Präparation sehe". Er wollte die 24 Kriegsschiffe, von deren Ausrüstung die Rede war, den Winter über nicht umsonst unterhalten. Offenbar hatte ihm das Misstrauen der Städte gegen das plötzliche Wolwollen der spanisch-habsburgischen Politiker von vorn herein Zweifel an dem Gelingen des abenteuerlichen Planes eingeflößt. Selbst Schwarzenberg, der ein enthusiastischer Anhänger der Partei war, welche die Fortsetzung des Krieges und zwar zur See für selbstverständlich und unerläßlich hielt, konnte seinen Argwohn nicht bemeistern; er schrieb an

1) Lübeck am 27. Febr. a. St.

Aldringer: „wenn wir werden reiten wollen, wird nichts als Sattel und Zaum ermangeln".[1]

Aus den Briefen Schwarzenbergs an Aldringer geht hervor, daß die Bereitstellung der 24 Kriegsschiffe erfolgen sollte, bevor die Kaufleute der Hansestädte die ihnen angesonnenen Handelsverträge mit Spanien angenommen haben würden. Denn von diesen 24 Schiffen sollte die norddeutsche Handelsflotte ihr Geleit erhalten, wie man es den Hansestädten so oft vorgesagt hatte. Es wird vielleicht damals wenig norddeutsche Politiker gegeben haben, welche nicht den Kern der Bestrebungen dieser habsburgischen Diplomaten in der Ausrüstung dieser Kriegsschiffe erblickt haben, welche den Seekrieg gegen Dänemark einleiten sollten. Trotzdem bleibt das Geständnis Schwarzenbergs Aldringer gegenüber sehr wertvoll, nach welchem die Begleitung der Handelsflotte durch die Kriegsschiffe ein bloßer Vorwand war.[2]

Übrigens war am 19. Jan. noch nicht die geringste Anstalt zur Ausrüstung der Kriegsflotte getroffen worden, obgleich Schiffe genug vorhanden waren: nur für Proviant hatte Gabriel de Roy Sorge getragen. Schwarzenbergs leidenschaftlicher Thatendrang hatte nicht einmal am Hofe selbst die erwartete Unterstützung gefunden. Er beklagte sich, daß er bis zum 19. Jan. zu seinem Leidwesen keinen bestimmteren Befehl hatte erhalten können. „Weil ich meinen Prätext nit kann noch der Zeit gebrauchen und kein Spezialordre weiß zu erhalten, also kann ich mit Gewalt den Städten und Handelsleuten die Schiff nit wegnehmen... Bis auf diese Stunde habe ich noch aus Pommern oder Jütland nit ein[nen] Bericht haben können, ob Schiff vorhanden oder nit, wie die Porten beschaffen, ob sie zu fortificieren. Kommt Graf v. Mansfeld, wie ich denn seiner stündlich erwarte, so will ich selbsten solche Information durch Erfahrene nehmen lassen."[3] Nicht lange darauf wurde Schwarzenberg allerdings von Wallenstein ermahnt, im Einvernehmen mit Gabriel de Roy und dem Grafen von Mansfeld die Erwerbung und Ausrüstung von Schiffen zu beschleunigen, doch wurde er auch durch diese Mahnung nicht zur gewaltsamen Wegnahme derselben ermächtigt.

1) Briefe an Aldringer vom Grafen zu Schwarzenberg und A. Kgl. H. St.-A. in Dresden.

2) Und ist die Convoiirung der Armation Prätext einzig und allein gewesen... Daß aber diese Armierung vor Schließung unserer Negotiation beschehen sollte, das haben wir sämtlich gut befunden. Schwarzenberg an Aldringer, Lübeck 19. Jan. 1628.

3) Eigenhändiges Schreiben des Grafen v. Schwarzenberg an Aldringer, Lübeck 19. Januar 1828. Dresden.

Diese zuwartende Stellung, welche man am Hofe einnahm, war aber sicherlich auch die Folge der Abneigung der nordischen Seestädte gegen das ganze phantastische Unternehmen eines Seekriegs. Hatte doch Lübeck den dänischen Gesandten Rosenkrantz und Günther im voraus das bestimmte Versprechen erteilt, daß sich die Stadt in keine Feindseligkeiten gegen Christian IV. einlassen oder dem Kaiser Schiffe hierzu darleihen werde.[1]

Dem Anschein nach hat ferner die Ungewißheit darüber, ob zur besonderen Leitung dieser Seerüstungen der von Schwarzenberg sehnlichst erwartete Graf Philipp von Mansfeld oder der Spanier Don Firmin de Lodosa ausersehen sei, die ganze Angelegenheit auch nicht gefördert. Schwarzenberg war von Anfang an für den Grafen Mansfeld bei Wallenstein eingetreten und erinnerte Friedland ausdrücklich an seine eigenen früheren Ausführungen über die Bedeutung einer engeren Verbindung Östreichs mit Spanien für die Durchführung der östreichischen Pläne im Reich.[2] Seiner Meinung nach werde man unter der Anführung eines Spaniers in Deutschland weder ein Schiff noch einen Steuermann und Botsknechte erhalten. Auch fürchtete Schwarzenberg für diesen Fall die Erneuerung des Bündnisses der Hansestädte mit den Holländern und besonders auch die Eifersucht Baierns. Selbst Gabriel de Roy drohte, bei der Ankunft Firmins seine Hände von allem abzuziehen. Nach Schwarzenbergs Überzeugung war die Aufstellung Firmins in Brüssel erfolgt, obgleich der Kaiser Philipp v. Mansfeld auf den Vorschlag des spanischen Gesandten angenommen und die Könige von Spanien und Polen seine Wahl gebilligt hatten.

Schwarzenberg nahm mit großem Freimut Partei gegen Don Firmin de Lodosa, den man in Brüssel zum Admiral in der Ostsee erheben wollte, als zu dieser Stelle bereits der Graf Philipp v. Mansfeld ausersehen war. Er bezeichnete den letzteren als einen Offizier, der sich auf den Schiffbau verstehe, und als einen tüchtigen Artilleristen, während er Wallenstein über jenen Firmin schrieb, daß er in Dünkirchen abgesetzt worden sei, weil er nichts von seinem Amte verstanden habe, und von ihm behauptete, er sei im Laufe der letzten sieben Jahre niemals auf ein Schiff vor dem Hafen gekommen. Ja er ersuchte Wallenstein sogar, sich denselben nicht aufdrängen zu lassen.[3]

---

1) Anstruther an Conway 30. Nov./10. Dec. 1627 a. St.

2) Abschrift eines Schreibens Schwarzenbergs an Wallenstein. Lübeck 29. Jan. 1628 im K. Hauptstaatsarchiv zu Dresden.

3) Nach Schwarzenbergs Briefen an Aldringer im K. Hauptstaatsarchiv zu Dresden.

Obgleich sich nun Schwarzenbergs allmählich das Gefühl bemächtigte, daß er von Wien ebenso im Stiche gelassen werde wie von dem Vertreter des Königs von Spanien, berief er sich den Städten gegenüber immer noch auf die ihm zu teil gewordenen Weisungen. Aber wenn er auch endlich gegen das Ende des Januar wirklich 32 Fahrzeuge zu seiner Verfügung hatte, fehlte es doch immer noch an einem sachkundigen Leiter der Unternehmung. Schwarzenbergs Sendung zu den Hansestädten war also im Betreff dieser ganzen Handels- und Kriegsflottenangelegenheit ziemlich ergebnislos geblieben, wovon er selbst ein deutliches Bekenntnis ablegte, indem er Aldringer gestand: „Der Winter ist mit solcher Verwirrung vorüber und die Zeit verloren". Aber auch seine Bemühungen um die Lösung anderer Fragen waren gescheitert. Er hatte den Auftrag erhalten, auf die Entfernung des englischen Gesandten aus Hamburg zu dringen: allein die Stadt hatte sich mit dem Rechte der Gastfreundschaft entschuldigt, und Anstruther war mit vier Pferden unter Trompetengeschmetter an dem Tage, an welchem er diesen Sieg davon getragen hatte, ausgefahren. Ebensowenig hatte Schwarzenberg durchsetzen können, daß der hamburgische Rat Aldringer das Archiv des Administrators Christian Wilhelm auslieferte, wie es vom Kaiser befohlen war. Er hatte ferner nicht zu hindern vermocht, daß der gute Herr Tilly, wie er den General spöttisch bezeichnete, ein Abkommen getroffen hatte, über das er sich entsetzte. Dieses Abkommen hat sich vielleicht auf die Insel Krautsand, deren Besetzung Schwarzenberg von Wallenstein aufgetragen war, bezogen. Im Betreff seiner Bemühungen um die Ausrüstung von Kriegsschiffen während der letzten Zeit seines Aufenthaltes in Lübeck berichtete er selbst, daß er Arnim ersucht habe, Proviant in Rostock zusammenzubringen, und Aldringer, Schiffszwieback backen und nach Flensburg schaffen zu lassen. Seiner Versicherung nach fand er die lübischen Kaufleute und Schiffer zuletzt nicht abgeneigt, ihm Schiffe gegen Bezahlung zu überlassen, während der Rat ihm eine Antwort erteilt hatte, aus welcher er weder Ja noch Nein herauszuhören vermochte. Der Rat wollte noch immer nicht daran glauben, daß der Kaiser die Absicht habe, einen Seekrieg zu führen. Schwarzenberg gab sich jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern wollte die Sache vor die Gemeinde bringen.

Zuletzt erbitterte sein leidenschaftliches Drängen die hansischen Politiker umsomehr, je deutlicher sie erkannten, wie man sie hatte hinter das Licht führen wollen. Und doch wunderte sich der östreichische Gesandte, als sich die Nachricht verbreitete, daß man damit umgehe, demnächst Hamburg zu blokieren, und bezeichnete das Gerücht als eine Erdichtung der Engländer

und Holländer, während er selbst dem Kaiser den Rat erteilte, gegen die Städte Zwangsmittel in Anwendung zu bringen.[1]

Schwarzenberg war eine ziemlich derbe Natur und nicht etwa der Mann dazu, mit seinen politischen Zielen hinter dem Berge zu halten und zunächst die Verhältnisse für sich wirken zu lassen. Er ließ einst den Lübeckern ganz trocken sagen, derjenige Kaiser, welcher ihnen ihre Privilegien erteilt habe, sei nicht mächtiger gewesen, als Ferdinand II., welcher die Gewalt besitze, sie ihnen wider zu entziehen. Er bezeichnete sein Verfahren gegen die Hansestädte selbst als ein grobes. Auch eigene Interessen wirkten damals auf seine politischen Anschauungen ein. Er hoffte, daß Aldringer als der vom Kaiser mit der Einziehung der verwirkten Güter der Anhänger des Königs betraute Offizier bald einige Millionen in seine Hände bekommen werde, und wollte gleich von dem ersten Posten seine Schulden in der Höhe von 320000 Thalern tilgen. Ende Februar setzte er gerade den Kaufleuten und Schiffern von Lübeck besonders heftig zu, wenigstens Fahrzeuge gegen Bezahlung zu liefern.

Wenige Tage später erteilte er aber auf ein Schreiben Aldringers eine Antwort, aus der hervorgeht, daß eine Friedensbotschaft Wallensteins ihn außerordentlich überrascht und kein Verständnis bei ihm gefunden hatte. Mit Verwunderung hatte er mit seiner nächsten Umgebung diesen Brief Aldringers gelesen und erklärte nun: „Mechelburg wollen haben, wollen manuteniren und Fried machen, das sind contradictoria. Keinen Frieden zu machen und doch das Volk, wie die Lista aufweist, aus den Posten zu führen, wo es am meisten von Nöten, das kann ich auch nit begreifen". Noch deutlicher läßt er sich in einem vier Tage darauf abgefaßten Schreiben an Aldringer heraus: „Der König verlangt keinen Frieden, so lange er auf dem Wasser Herr bleibt; derwegen muß man notwendig armieren . . . Wir können nichts prosequiren, auch diese porti nicht anderst, als eine kurze Zeit manteniren . . . Confisciren wollen und durch das ganze Reich das Fürstentum (Mecklenburg) wollen manteniren und Fried machen oder auch den Krieg mit so wenig Eifer wollen fortsetzen; das seind incompatibilia. Es heißt, jacta est alea. Wir müssen über den Rubiconem oder wider hinlaufen, wo wir vor vier Jahren gewesen sein."[2]

---

1) Mareš a. a. O. II. 60.

2) Schreiben Schwarzenbergs an Aldringer aus Lübeck vom 2. und 6. März. Dresden. Möglicherweise ist Schwarzenberg auch den mecklenburgischen Plänen Wallensteins nicht eben gewogen gewesen, wenigstens vertröstete er einst den Herzog Adolf Friedrich auf die Gnade des Kaisers. K. v. Lützow, Beitrag a. a O. S. 91 f.

Bei diesem leidenschaftlichen Kriegseifer Schwarzenbergs ist es nicht zu verwundern, daß sich der Städte große Unruhe bemächtigte, und daß widerum Wallenstein hierüber in die Besorgnis geriet, ob er auch nur seinen Einzug in das neuerworbene Fürstentum werde halten können. Schon am Ausgange des Februar trieb er daher Collalto an, für die Zurückberufung des gewaltsamen Kriegsfreundes bei dem Kaiser einzutreten: „Bitt, man forder ihn von dannen ab, dann er wird nichts guts machen und durch seine Violenzen männiglich in Desperation bringen“,[1] lauten seine Worte. Und diese Abberufung ist nach einiger Zeit wirklich erfolgt, wenn sie auch nicht ausschließlich durch Wallensteins persönliche Abneigung gegen den Grafen veranlaßt worden ist, wie dieser selbst annahm.[2]

Ohne daß Schwarzenberg davon Kenntnis hatte, wurde seinem unbesonnenen Eifer in Prag ein Ende bereitet. Denn auch hier hatte er durch seine Berichte Anstoß gegeben und sehr berechtigte Zweifel an der Ausführbarkeit seiner Vorschläge hervorgerufen. Er hatte dem Kaiser den unter den obwaltenden Umständen geradezu ungeheuerlichen Ratschlag erteilt, sich des Sundes zu bemächtigen und dadurch das „vorhabende Admiraldasco zu stabilieren“. Zu diesem Zwecke erbat er sich von Ferdinand II. ernste Befehle an die Städte Lübeck und Hamburg, ihm ihre Schiffe zur Durchführung seines Vorhabens auszuliefern und auf die übrigen Hansestädte einzuwirken, daß sie ihm die ihrigen gleichfalls zuführen sollten. Für den Fall der Weigerung der Städte aber nahm er das Recht in Anspruch, die Schiffe mit Gewalt wegzunehmen und seinem Plane gemäß zu verwenden.[3]

Diese Vorschläge ließ der Kaiser nicht nur Wallenstein mitteilen, sondern unterbreitete sie auch einigen Geheimen und Reichshofräten und

---

1) Wallenstein an Collalto, Gitschin 27. Febr. 1628. Chlumecky a. a. O. S. 68 f.

2) Berger führt S. 72 eine Stelle aus seinen Memoiren an, in welchen es heißt: nachdem ich viel Verfolgung vom Herzog von Friedland ausgestanden, bin ich gleichsam mit einer Ungnad abgefordert worden. Khevenhiller XI. 146 hat die Abberufung mit geheimen Verhandlungen Christians IV. und Wallensteins in Verbindung gebracht, in welchen der letztere auf den ganzen Handelsvertrag mit Spanien verzichtet, Christian IV. aber sich anheischig gemacht haben soll, die Herzöge von Mecklenburg preis zu geben!!

3) Die mir unbekannten Relationen Schwarzenbergs und Wenzels, auf welche sich die Commission berief, waren vom 22. u. 25. Febr. und 2. und 3. März 1628 und wurden dem Kaiser am 13. März vorgelesen. Das Gutachten der vom Kaiser berufenen Commission wurde im Geheimen Rate am 28. März beraten. Wien.

forderte sie zu einem Gutachten auf. Die Commission wich nun zwar anscheinend einer bestimmten Erklärung aus, in Wahrheit aber überzeugte sie sich von der Undurchführbarkeit dieser Vorschläge und von den schädlichen Wirkungen, welche bereits der Versuch ihrer Ausführung nach sich ziehen mußte. Die Räte wollten kein eigentliches Gutachten abgeben, weil sie keine Kenntnis davon besaßen, ob der Kaiser wirklich einen Seekrieg gegen Dänemark führen wollte, und ob und welche Mittel dazu vorhanden wären oder bereit gestellt werden könnten. Wenn aber der Kaiser nicht zu einem Seekriege entschlossen und die Mittel zu demselben nicht vorhanden sein sollten, für diesen Fall erklärten sie es nicht für ratsam, gegen die Städte „ohne Ursache" mit diesen von dem Grafen vorgeschlagenen Exekutionsmaßregeln vorzugehen, welche die gefürchtete neue Verbindung der Hansestädte mit den Holländern nur befördern würden. Zuletzt verwiesen die Räte auf das zu erwartende Gutachten Wallensteins.

Diese direkt an den Kaiser gerichtete Denkschrift unterzog der Geheime Rat am 28. März einer Beratung, in welcher er sich ihrem Inhalte anschloß und auch die Folgerungen aus demselben zog. Er beschloß gleichfalls Wallensteins Ankunft und sein Gutachten abzuwarten, Schwarzenberg aber anzuweisen, sich nach Empfang des vom Hansetage erteilten Bescheides auf seine Anträge in Person nach Prag zu begeben und hier der Beratschlagung über die Antwort der Städte beizuwohnen. Dagegen sollte Dr. Wenzel in Lübeck zurückbleiben und nach Umständen (per via d'Interesse) die Verhandlungen mit den Städten weiter führen. Seine Beschlüsse begründete der Geheime Rat ausdrücklich mit der Wichtigkeit der Sache und damit, „daß der Städte Anbringen wol zu considerieren sei". Dieser Entscheidung des Geheimen Rats erteilte der Kaiser seine Zustimmung und schon wenige Tage nach dem Schlusse des Hansetages hatte Schwarzenberg in Lübeck sein Abberufungsschreiben in den Händen.

Ob Wallenstein wirklich ein besonderes Gutachten erstattet hat, wissen wir nicht: über sein Urteil im Betreff der Art, in welcher der Graf seine Aufgabe durchzuführen suchte, besteht jedoch kein Zweifel. Ließ er dem Kaiser doch sagen, daß er so lange nicht zur Armee ziehen werde, so lange Schwarzenberg in den Hansestädten verweile.[1]

---

1) Wallenstein an Arnim, Horsitz (st. Hogitz) 2. März (st. Mai). Förster 1, 333; und Wall. an Collalto, Horsitz 2. März (st. Juni). Chlumecky S. 71, 27.

Zweites Buch.

Die Gegenmaßregeln der protestantischen Staaten des Auslands.

Die Unternehmungen Christians IV. zur See im März und April 1628.

Während es sich die Kaiserlichen in diesen Wintermonaten sehr angelegen sein ließen, die Hansestädte in den Kampf mit Dänemark hineinzuziehen und vermöge ihrer Unterstützung eine Kriegsflotte auf die Ostsee zu bringen, suchte der König Christian IV. offenbar eine besondere Ehre darin, seinerseits den Seekrieg rechtzeitig zu eröffnen. Er hoffte hierdurch zugleich die deutschen Städte in ihrem wenig energischen Widerstande zu ermutigen und den unglücklichen Bewohnern der Herzogtümer wider Vertrauen zu seiner Sache einzuflößen. Trug er sich doch mit Plänen zur Eroberung Jütlands.

So ging denn Christian IV. ziemlich frühzeitig in See. Schon um die Mitte des März befand er sich mit 10 bis 14 Kriegsschiffen in der Umgebung von Nakskov auf Laaland, um noch Verstärkungen einzunehmen. Von hier aus suchte er seine Feinde in der Umgebung von Fehmarn heim, wo sie Schiffe behufs einer Landung auf den dänischen Inseln zusammenzubringen bestrebt waren.

Trotz des Artilleriefeuers einer feindlichen Besatzung von etwa 500 M., welche merodischen Regimentern angehörte, landete er endlich in Fehmarn[1]. Die Feinde zogen sich darauf in die von ihnen errichtete Verschanzung zurück, ohne die Insel weiter zu verteidigen. Am andern Tage rückte der König vor die Schanze und nahm sie persönlich in Augenschein. Da suchten die Verteidiger, welche ohne hinreichende Lebensmittel waren und keinen Entsatz zu hoffen hatten, obwol sie sich nach der Überzeugung des Schotten Monro drei Tage hätten halten können, gegen Übergabe der Waffen, des Gepäcks und alles Kriegsbedarfs ihr Leben durch einen Vertrag zu retten. Allein als die Mannschaften unbewaffnet aus den Verschanzungen herausgetreten waren, stürzte sich das zu den dänischen Soldaten gestoßene Landvolk trotz des vorausgegangenen ausdrücklichen Verbotes auf sie und begann an ihnen Vergeltung für die schlechte Behandlung im Winter zu üben. In dem sich darauf erhebenden Gemetzel wurde auch der französische Oberst

1) Die Landung soll nach Lackmann, Einleitung III. 240 am 21. März a St. stattgefunden haben.

Montgommery niedergeschlagen. Endlich gab der König dem Schotten Monro Befehl, den Tumult zu stillen, was diesem nicht ohne Anwendung von Gewalt gelang. Die überlebenden Östreicher wurden darauf nach Holstein übergesetzt, die Offiziere nach Kopenhagen gebracht. Zweihundert Gefangene gingen zu den Dänen über: die ganze Insel aber wurde von den Dänen eingenommen.[1]

Nach einigen Tagen[2] erhielt die dänische Flotte wider Befehl, in See zu gehen und schlug die Richtung an der holsteinischen Küste entlang nach Eckernförde ein. Die Besatzung der Flotte soll jetzt aus 10 Komp. dänischer Bauern, 4 englischen und 4 schottischen Komp., ferner zwei deutschen vom Regiment Schlammersdorf und einer französischen Kompagnie bestanden haben.[3] Die Zahl der Schiffe betrug angeblich 47; sie waren mit 100 Stück Geschützen besetzt.

Eckernförde hatte eine kaiserliche Besatzung von 500 M., von welcher etwa die Hälfte Dragoner waren. Diese letzteren machten sich noch vor der Landung der Dänen (5. April n. St.)[4] aus dem Staube. Das zurückgebliebene Fußvolk, eine Kompagnie des Herzogs von Lüneburg, zur Verteidigung des wenn auch kleinen Platzes viel zu schwach, setzte sich doch in einer Schanze außerhalb des Stadtthores gegen die Feinde, welche es nur für eine kleine streifende Abteilung hielt, zur Wehr.[5] Allein der König setzte gegen 2000 M. Fußvolk, Engländer, Schotten, Deutsche und Franzosen an den Strand und überwachte vom Bord eines Schiffes aus die Landung persönlich. Die Entscheidung der Würfel verlieh den Schotten unter der Führung des Majors Monro die erste Stelle bei dem Angriffe auf die Schanze. Monro hatte im Sinne, die Schanze zu stürmen, ohne einen Schuß zu thun. Allein die Verteidiger, welche auch von einer seitwärts entsendeten Abteilung Feuer erhielten, warteten seinen Angriff nicht ab, sondern zogen sich in die Stadt zurück. Die Angreifer folgten und gelangten ohne Schwierigkeiten, da die Stadt keine Wälle hatte, bis auf den Marktplatz, während sich die Östreicher in die Kirche zurückzogen und sie mit großem Verluste der Dänen verteidigten. Als die Dänen trotzdem eindrangen, waren sie entschlossen, in der Erinnerung an Breitenburg keinen Pardon zu erteilen. Allein die

1) Monro 1, S. 45 f.

2) Monro 1, S. 5 f. Die hier mitgeteilte Zeitangabe (11. April) halten wir für unrichtig.

3) Relationis Historicae Semestratis Continuatio .... (Herbstmesse). Getruckt zu Franckfurt .... M. DC XXVIII. S. 18.

4) Unter den verschiedenen Zeitangaben, welche zu diesen einzelnen Ereignissen gemacht werden, halten wir die Jahns für die glaubwürdigsten.

5) Monro 1, S. 50 f.

Öſtreicher hatten vorher Pulver geſtreut und ſteckten es an, ſo daß eine beträchtliche Anzahl ihrer Feinde zu Grunde ging. Trotzdem erhielten die öſtreichiſchen Offiziere Quartier, während die Mannſchaften dem Anſchein nach niedergemacht wurden. Von den 250 M. kamen daher nur wenige, möglicher Weiſe kein einziger außer den wenigen Offizieren mit dem Leben davon.[1] Aber auch die Königlichen ſcheinen ſtark gelitten zu haben. Nicht ohne Beſorgnis vor dem Herannahen feindlicher Reiterei ließ der König die Landungstruppen, nachdem ſie die Stadt noch geplündert hatten, die Schiffe wieder beſteigen und verpflichtete zuletzt noch den Stadtrat auf ſeinem Admiralſchiffe, ſich jeder feindlichen Einquartierung zu widerſetzen. Den Dänen fielen in Eckernförde acht Kanonen in die Hände. Da der König keine Beſatzung hinterließ, rückten die Öſtreicher ſofort nach dem Aufbruche der Flotte wider ein.

Der König ſchlug darauf mit der Flotte die Richtung nach Kiel ein, wo er am 6. April abends anlangte. Er ſendete Tags darauf an den Kommandanten des Schloſſes eine Aufforderung zur Übergabe und erſuchte zu gleicher Zeit den Rat der Stadt, ihn im Kampfe gegen die Feinde zu unterſtützen. Dafür verſprach er der Bürgerſchaft, ſie gegen feindliche Einquartierung zu verteidigen. Der Kommandant des Schloſſes wußte ſich jedoch der Treue der Bürgerſchaft zu verſichern und benutzte die ihm vor dem Angriffe gelaſſene Zeit dazu, hinter den das Schloß umgebenden Palliſaden noch einen tiefen Graben ausheben zu laſſen, den er mit etwa 1000 M. zur Verhinderung einer Landung beſetzte, ohne daß man von den Schiffen aus etwas davon gewahr werden konnte. Die Stadt war mit 5 Komp. Fußvolk beſetzt.[2]

1) Monro erzählt als Augenzeuge 1, S. 51: incontinent perceaving a great quantity of powder spread a twarth the Church, fearing the blowing up of the powder, I commandet every man upon pain of death to retire, the word not well spoken, the powder blew up, blowing the top of the Church, above a hundred were killed, and a number burnt pitifully and I with Lievetenant David Monro standing behind me, was also pittifully burnt: the blast past, Captaine Chamberlaine entring, findes the Officers and gives them quarters as his prisoners: of the souldiers few or none of two hundred and fifty escaped. Nach der Erzählung der frankfurtiſchen Meßrelation S. 10 wäre darauf der König perſönlich hineingezogen, hätte die Stadt ganz ausplündern und die Offiziere und Soldaten ohne den Hauptmann nackend ausziehen und ſie gefänglich auf den Schiffen hinweg führen laſſen. Etwas ähnliches wird auf derſelben Seite über die auf Fehmarn Gefangenen mitgeteilt.

2) Wir folgen hier Jahn 2. 393 f. Das Schreiben des Königs an Rat und Bürgerſchaft findet ſich bei Khevenhiller Bd. 11. 211 f. und iſt auf dem Admiralſchiffe am 28. März a. St. gezeichnet.

Am Morgen des 8. April, früh gegen 7 Uhr, ließ der König die Beschießung der Stadt aus siebzig halben Kartaunen zugleich eröffnen und etwa eine Stunde lang damit fortfahren, ohne daß jedoch in der Stadt erheblicher Schade angerichtet wurde.[1] Der Feind erwiderte das Feuer und seine Geschosse schlugen in die Flotte ein. Da beschloß der König, 200 M.[2] in neun Boten einen Landungsversuch unternehmen zu lassen. Widerum mußten die Würfel in der Bestimmung derjenigen Nation, welcher das Wagnis übertragen werden sollte, ihre Schuldigkeit thun, und das Los traf diesmal die Deutschen. Diese weigerten sich jedoch, die Gefahr allein auf sich zu nehmen, so daß der Streit der Nationen vor den König gebracht werden mußte. Seine Entscheidung fiel dahin aus, daß alle Nationen nach dem Verhältnis ihrer Stärke sich an der Landung beteiligen, und das Los die den Führer bestellende Nation bestimmen sollte. Auf diese Weise wurden die Engländer auserkoren und ein die Stelle eines Hauptmanns vertretender englischer Lieutenant trat an die Spitze der Landungstruppen. Allein so wie sich die Boote dem Ufer näherten, erhielten sie von den hinter den Verschanzungen liegenden Östreichern zwei Mal schnell nach einander starkes Feuer, so daß die Hälfte ihrer Besatzungsmannschaften fiel oder kampfunfähig wurde. Nichtsdestoweniger drang der führende Offizier mit den übrigen Mannschaften wirklich bis zum Ufer vor und hielt sich der Übermacht gegenüber in einem hitzigen Gefechte etwa eine halbe Stunde, bis er sich, von drei Schüssen verwundet, wider zur Flotte zurückzog; 22 Schotten, welche an dem Unternehmen teilgenommen hatten, und unverwundet geblieben waren, konnten die Schiffe nur schwimmend wider erreichen. Nur drei Boote gelangten mit einer geringen Besatzung zu den Schiffen zurück.

Der König, welcher offenbar einen ernsthaften Kampf vermeiden wollte, gab der Flotte darauf die Weisung, wider die Richtung auf Fehmarn einzuschlagen: sein eignes Schiff war das letzte, welches die Umgebung von Kiel verließ. Seine Absicht war damals, zum Schutze von Fehmarn auch die benachbarte Küste des Festlandes zu besetzen und festzuhalten. Die Besatzung der Schiffe soll ohne die Reiterei etwa noch 3000 M. stark gewesen sein. Nachdem er die Insel mit Lebensmitteln versorgt hatte, stieg Christian IV. selbst mit etwa 1000 M. bei dem

1) Vgl. dagegen Monro 1, S. 53.

2) Nach einem Bericht in der frankfurtischen Herbstmeßrelation von 1628 S. 17, der in die Erzählung des Liborius Vulturnus (1631) o2 übergegangen ist, waren es 400 M. Monro gibt die Zahlen in Worten an.

Dorfe Großenbrode an das Land. Er nahm von dem in geringer Entfernung vom Strande liegenden Dorfe Besitz und ließ sofort vor demselben Verschanzungen errichten, da der Feind nur etwa zwei Meilen davon entfernt lag. Schon bevor die Verschanzungen vollendet waren, erschienen jedoch die Östreicher mit Reiterei, offenbar in der Absicht, der kleinen dänischen Abteilung die Rückkehr auf die Schiffe abzuschneiden. Doch kam ihnen der König zuvor und zog sich rasch auf die Flotte zurück.

Die Verteidigung des Dorfes und der begonnenen Verschanzungen übertrug er dem Major Monro, der außer den Schotten und Engländern noch zwei deutsche Compagnien bei sich hatte. Monro hat etwa noch drei Wochen in und bei Großenbrode gelegen. Da er aber keinen Entsatz zu hoffen hatte, ergriff er, als einst die feindliche Reiterei von dem Dorfe abgezogen war, die Gelegenheit, die ihm anvertraute Abteilung vor der feindlichen Übermacht zu retten, worauf er den König übrigens vorbereitet hatte. Er ließ die Dragoner vorläufig zurück und suchte mit dem Fußvolke das Gestade zu gewinnen, was ihm gelang, obwol der Feind schon um Mitternacht auch mit Fußvolk wider vor Großenbrode erschien.

Die errichteten Verschanzungen hatte der König durch die beiden deutschen Kompagnien und außerdem mit 8 Geschützen besetzen lassen. Allein schon die zweite Nacht, nachdem sich die Flotte von Fehmarn entfernt hatte, verließ die Besatzung mit Preisgebung der Geschütze den Platz und rettete sich mit einem Verlust von 40 M. auf bereitliegende Fahrzeuge.

Monro befand sich um die Mitte des Mai bereits wider in Kopenhagen.

Der König aber begab sich, nachdem er sich Fehmarns und der benachbarten Küste versichert zu haben meinte, mit einer Abteilung seiner Schiffe zur Rettung von Stade nach der Elbe.

Die Übergabe Stades an Tilly.

Die Dänen hatten bei ihrem Abzuge aus dem Landgebiete des Erzbistums Bremen ihren Nachfolgern durch das Abbrennen von Häusern und Dörfern, durch das Niederwerfen und Zerstören der Schanzen und Bollwerke und sogar der Häfen das längere Verweilen im Lande möglichst zu erschweren gesucht. Als Tilly mit dem Monat März 1628 zur völligen Einschließung von Stade schritt, gab es daher viel abzuräumen und zu bauen, um den Truppen ein längeres Verweilen in diesen sumpfigen Gebieten möglich zu machen. Besondere Sorgfalt widmete der General

dem Flusse Schwinge. Er ließ eine Brücke über denselben schlagen und fünf Punkte seines Laufes besetzen. Zwei Regimenter des Markgrafen Gonzaga wurden in das Gebiet des Klosters Himmelpforte westlich von Stade geführt. Allein vollständig konnte der Feind die vier Regimenter, mit denen er Stade blokierte, nicht unter Dach und Fach bringen, sondern mußte einen Teil derselben bei trockenem Kommißbrot und Wasser und in sehr wenig ausreichender Kleidung den Unbilden der Witterung preisgeben.[1]

Stade war zuletzt von allen Seiten von den Verschanzungen der Feinde umgeben, gegen Mitternacht waren nicht weniger als fünf errichtet worden. Auf das Gelingen eines Entsatzversuches konnten die Belagerten um die Mitte des April kaum mehr rechnen.

Trotzdem unternahm jedoch der König diesen Versuch. Auf diesem Zuge nach der Elbe, dessen von Monro nicht gedacht wird, mögen zunächst die bei Apenrade gesammelten feindlichen Schiffe auseinander getrieben und teilweise vernichtet worden sein. Der König erschien darauf mit 13 Kriegsschiffen vor der Schwinge, erhielt aber aus den feindlichen Verschanzungen so starkes Feuer, daß er das Unternehmen aufgeben und die Schiffe zurückführen mußte. Doch bemächtigte er sich noch 14 kleinerer Fahrzeuge, welche dazu bestimmt waren, Lebensmittel nach Holstein und Schleswig überzuführen.[2]

Nachdem jedoch der Hauptzweck dieses Streifzuges, welchen jedenfalls auch die bei Großenbrode unter dem Befehle des Majors Monro zurückgelassene schottische Abteilung zur Unterstützung dienen sollte, vereitelt war, zog der König diese Truppenteile wider an sich.

Immerhin aber hatte das mutige Auftreten der Dänen die Östreicher an mehreren Punkten in Unruhe versetzt. In der Osternacht wurden zwei Komp. Reiter zu Bramstedt überfallen, 30 derselben niedergemacht, und die übrigen gefangen genommen. Bei einem Überfall in Pinneberg

---

1) Vgl. Tillys erregten Brief an Maximilian, Buxtehude 25. Jan. 1628 bei Fr. v. Hurter, Zur Geschichte Wallensteins S. 128—130.

2) Schlegel II. S. 353 und gestützt auf diesen Jahn 543 sind der Meinung, daß der König die Unternehmung nicht persönlich geleitet habe. Allein so berichtet ganz bestimmt eine Zeitungsnachricht aus Hamburg vom 6. Mai (Littera Oo 36. Particular=vñ rechte Or= | dinari Zeitungen, auß vnderschiedlichen | Orten, ... 4. K. B. i. München). Nach ihr auch die Herbstmeßrelation von Frankfurt 1628, S. 20 und Vulturnus (1631) o2, der Mercure François Bd. 14. 402. Der Versuch, die Stadt zu entsetzen, kann vom Könige nur in der Zeit vom 17. April bis 1. Mai n. St. unternommen worden sein. Vgl. Bricka och Fridericia a. a. O. S. 145.

verloren die Kaiserlichen ebenfalls ein Kornet Reiter in der Weise, daß alle Kroaten getötet wurden, die Deutschen aber Quartier erhielten.

Vier dänische Kriegsschiffe bemächtigten sich in der Frühe des protestantischen Ostermontages des Hafens von Greifswald und steckten hier sechs von Arnim erkaufte, aber nicht bezahlte Schiffe und ein dem Grafen Philipp v. Mansfeld gehöriges Fahrzeug in Brand.

Die Belagerer Stades hatten zuletzt drei Batterien errichtet und ihre Laufgräben bis an die Gräben der Stadt vorgeschoben. Als hierdurch die Leiden der Belagerten stiegen, fing es unter der von einer fremden Besatzung verteidigten Bürgerschaft, die im Falle einer Eroberung einem schlimmen Schicksale entgegen ging, an zu gähren. Und endlich verweigerten auch die schlecht bezahlten und noch schlechter ernährten Verteidiger der Stadt[1] den Gehorsam, so daß die Offiziere die Mannschaften nicht einmal mehr mit bloßer Klinge zum Gebrauche der Waffen zu bringen vermochten; 2000 M. soll Morgan übrigens während des Winters durch den Tod verloren haben. Vom 28. April an begannen die Feinde die Stadt zu berennen.[2]

Nachdem jedoch der Entsatz gescheitert war, hielt es Morgan überhaupt für unmöglich, dem Könige mit der Behauptung des Platzes noch einen Dienst zu leisten und übergab denselben nach einem unter der Vermittelung der Stadt Bremen abgeschlossenen und seine militärische Ehre wahrenden Vertrage (vom 5. Mai), welcher ihm mit seinen Truppen den Abzug nach Holland und von da nach Hause zusicherte. Während der nächsten sechs Monate sollten weder Offiziere noch Mannschaften gegen den Kaiser Kriegsdienste thun. Auch die beiden dänischen Generalkommissare Georg v. Uslar und Thomas Ferenz erhielten freien Abzug. Der Auszug der auf 2500 diensttüchtigen Soldaten herabgesunkenen Verteidigungsarmee durfte mit klingendem Spiel, fliegenden Fahnen und in voller Gefechtsbereitschaft erfolgen. Tilly übernahm die Stadt im Namen des Kaisers.[3]

---

1) Morgan soll 44 Komp. Engländer nach Stade gebracht haben.

2) Extract | Auß einem glaubwürdi- | gen Schreiben, dessen, so selbst mit vnd darbey | gewesen: Jn welchem aller verlauff berichtet wird, wie Herr | General Graf Johann von Tilly, die feste Stadt Staden im Nieder- | sächsischem Kraiß plocquirt, vnd solche nach harter Belägerung, | auch . . . . beängstigt, daß sie sich . . . ergeben müssen . . . . Getruckt im Jahr M. DC. XXVIII. 4. 4. Bll. K. B. in München.

3) Die Bedingungen der Übergabe finden sich bei Khevenhiller 11. 208 ff. und auch bei Villermont, Tilly S. 378 ff.

Als sich der ligistische General am 7. Mai morgens der Stadt persönlich näherte, ritt Morgan auf einem weißen Schimmel mit nur kleinem Gefolge aus dem Thore heraus und stieg, sowie er Tillys ansichtig wurde, vom Pferde, worauf dieser das Gleiche that. Nachdem sich beide Generäle die Hände gereicht hatten, erteilte jedoch der Sieger seinem bisherigen Gegner einen derben Verweis, daß er so vermessen wider den Kaiser gehandelt und so vieler Soldaten Verderben verursacht habe. Von den Verteidigern waren die Deutschen noch im besten Zustande und bildeten die erste Abteilung des Zuges: auf diese folgten die ganz kraftlosen Schotten, den Beschluß machten die Engländer. Die Truppen führten 51 Fahnen von roter und weißer Farbe bei sich.

Tilly hatte auf freiem Felde eine Tafel zurichten lassen, an welcher er mit Morgan Platz nahm. Als der Wein dem letzteren die Zunge zu lösen begann, und er sich über den König von Dänemark und seine Räte und Diener, noch mehr aber über seinen Landesherrn, den König von England, beschwerte, ließ sich Tilly noch einmal mit strafender Rede gegen ihn vernehmen.

Die Stadt selbst hatte den Versuch unternommen, dem feindlichen General eine gewisse Gewährleistung für das ruhige Fortbestehen ihrer konfessionellen Zustände abzunötigen, war aber unverrichteter Sache abgewiesen worden: Tilly versprach der Stadt nur, sich so gegen sie zu bezeigen, daß jedermann erkennen könne, daß er ihr Verderben nicht wolle.

Der König von Dänemark war noch längere Zeit nach dem Ende des ganzen Krieges mit den Bedingungen der Übergabe von Stade sehr unzufrieden. Er grollte Morgan besonders darüber, daß er die Geschütze und den Schießbedarf vergessen und stehen gelassen habe, und bezeichnete das Versprechen, innerhalb sechs Monaten nicht wider den Kaiser zu dienen, als zu weitgehend.[1]

Übrigens begab sich Morgan mit seinem Volke zunächst nicht nach Holland, sondern nach Glückstadt: bei seiner Aufnahme in die Elbfestung sollen die Überbleibsel der Armee noch 1200 M. betragen haben. Nach einem kurzen Aufenthalte in Glückstadt haben ihm jedoch die Holländer samt seinen Truppen Aufnahme gewährt.[2]

---

1) Molbech a. a. O. S. 371 f.

2) Elisabeth von der Pfalz an den Grafen von Thurn, Haag 18./28. Mai 1628: M. Morgan ist mit seinem volk zu zwol ankommen. J. Fiedler, Correspondenz des Pfalzgrafen und s. Gemahlin Elisabeth mit H. M. von Thurn in Bd. XXXI des Archivs f. K. österreichischer Geschichtsquellen.

Krempe und Glückstadt und das untere Elbgebiet unter dem Schutze der Holländer.

Die Verteidigung der beiden Festungen Krempe und Glückstadt und des angrenzenden Marschgebietes hatte der König bei seiner Abreise von Glückstadt dem Obersten Ezechiel Durant anvertraut, welcher vor seinem Übertritt in venetianische Dienste in Holland gegen die Spanier gekämpft hatte. Durant war schon ein älterer Mann, der nach seinen eignen Worten auf seinen Pilgerfahrten durch das Leben seinen Arm stets der guten Partei geliehen hatte.[1] Neben ihm hatte Christian IV. einen aus seinen getreuesten Dienern bestehenden Kriegsrat eingesetzt, außer dem holländischen Bevollmächtigten nur Deutsche und zwar der Mehrzahl nach Holsteiner. Die thätigsten Mitglieder desselben waren die Gebrüder Antonius und Detlev v. Buchwald, Detlev Ranzau, Kay v. Alefeldt und der ehemalige Kanzler des Bistums Verden, Martin v. d. Medem. Die ganze Streitmacht, über welche Durant in den Städten und Flecken der unteren Elbe zu gebieten hatte, belief sich auf 10000 M. z. F. und 1000 Pf. Unter den Mannschaften befanden sich eine beträchtliche Anzahl Franzosen, deren Unbotmäßigkeit in der ersten Zeit die Sicherheit von Glückstadt und Krempe geradezu in Gefahr setzte. Der König machte daher den Kriegsräten den Vorschlag, sie gegen Engländer oder Deutsche des Generals Morgan auszutauschen. Um die notwendigen Mittel herbeizuschaffen, erklärte er sich ferner damit einverstanden, daß die Räte die in ihren Händen befindlichen Kleinodien verpfänden und die rückständigen niederländischen und französischen Unterstützungsgelder einfordern durften.

Durant empfand in seiner Verlassenheit das größte Unbehagen. In einem Schreiben vom 4. Nov. (a. St.?) schilderte er den Generalstaaten seine ganz trostlose Lage. Er besaß nur geringe Kriegsvorräte, fast gar keine Lebensmittel und hatte schlecht bekleidete und ganz ungenügend verpflegte und noch dazu unbezahlte Besatzungstruppen im Zaume zu halten. Und trotzdem hatte er bereits damals an den Festungswerken von Glückstadt arbeiten lassen. —

Unter all den auswärtigen Mächten, auf deren Hilfe sich der König bei seinen weitgreifenden Plänen gestützt hatte, bewährten ihm die Holländer ihre Bundestreue am besten, obwol diese Treue keine ganz uneigennützige war. Hauptsächlich ihrer Unterstützung verdankte er die längere Erhaltung der damals so wichtigen Festungen Stade, Glückstadt und Krempe und des unteren Elbgebiets überhaupt. Mit einer Summe von 10000 Gulden

---

1) Reichsarchiv im Haag.

und mit Lebensmitteln im Betrage von 25258 Gulden wurde in der zweiten Hälfte des November der Kommissarius Hoogenhouck nach Glückstadt entsendet; und in der ersten Hälfte des Dezember ließen die Generalstaaten Glückstadt noch einmal mit Proviant für den Winter versehen, für welchen man 10712 Gulden in Rechnung stellte. Dadurch wurde aber von den Niederlanden auch ein erheblicher Einfluß auf Hamburg ausgeübt, so daß es den Drohungen der Katholischen um so leichter seinen passiven Widerstand entgegensetzen konnte. Glückstadt wurde damals auch noch von Hamburg aus mit Lebensmitteln versehen.

Schon dem niederländischen Gesandten Reael dankte daher der König für die Sorge, welche die Generalstaaten für die Plätze an der Elbe getragen hatten, sprach aber zugleich den Wunsch aus, daß dieselben die Besatzungen fernerhin auf Rechnung der ihm zustehenden Bundesbeiträge mit Geld versehen möchten; ein Schiff mit Lebensmitteln hatte er selbst noch kurz vorher in die Elbe gesendet. Und auch diese Bitte des Königs ist nicht unerfüllt geblieben. Wir entnehmen den im Auftrage der Generalstaaten aufgestellten Rechnungen,[1] daß bald darauf ein Kommissarius Hartmann einen Wechsel von 25490 Gulden und Lebensmittel im Betrage von 36046 Gulden nach Glückstadt brachte. Aitzema aber erhob im Februar 1628 auf Wechsel 25000 Gulden, die wol ebenfalls auf die Bedürfnisse des unteren Elbgebietes verwendet wurden. Infolge dieser Fürsorge der Generalstaaten entschlug sich der König mehr und mehr des persönlichen Eingreifens in diese niedersächsischen Verhältnisse und überließ die Leitung dieser Angelegenheiten dem von ihm bestellten Kriegsrate, der aber ohne Mittel war.

Erst als dieser im Verlauf einiger Monate die Wahrnehmung machte, daß die Unterstützungen der Generalstaaten zur Unterhaltung der Verteidigungsmannschaften der Städte unzureichend waren, ließ Christian IV. den Generalstaaten durch seine Bevollmächtigten in Hamburg vorstellen, wie notwendig es sei, nicht bloß die rückständigen, sondern auch die künftig fällig werdenden Monatsbeträge seiner Unterstützungen ausschließlich zur Erhaltung der bedrohten Punkte an der Elbe zu verwenden.[2] Ja die Kriegsräte erklärten sogar die für Waffenlieferungen erteilten Anweisungen für ungiltig und baten um Barmittel. Einige Zeit

1) R.-A. im Haag.

2) Christian IV., Friedrichsburg 2./12. Febr. 1628 an den Generalkommissarius Antonius v. Buchwald. Detlev Ranzau, Detlev und Antonius (Tonnies) v. Buchwald und Martin v. d. Medem, Hamburg 22. Febr./4. März an die Generalstaaten. Detlev Ranzau, Kay v. Aleseldt und die andern Kommissare, Hamburg 8./18. März an die Generalstaaten. Reichsarchiv im Haag.

darauf legte Christian IV. in größter Besorgnis vor einer Meuterei, ja sogar vor der Ergebung der unzufriedenen Festungsbesatzungen den Generalstaaten die Fürsorge für das untere Elbgebiet von neuem an das Herz; haftete doch an diesen Städten „das Dominium eines so schiffreichen Stromes und zugleich die Wiederaufrichtung seiner eignen Armee."

Denn der Kriegsrat war längere Zeit außer stande, für die Erhaltung von Krempe und Glückstadt etwas zu thun; er vermochte nicht einmal die gefährdeten Plätze durch die Ablohnung und Entfernung der unzuverlässigen Elemente der Besatzung sicher zu stellen.

Dazu kam, daß auch die Stellung des Kommandanten Durant während des Winters 1627/28 um so schwieriger geworden war, als er für beide Plätze Krempe und Glückstadt und auch für die angrenzenden Marschen zu sorgen hatte. In Glückstadt aber hatten während der letzten Tage des November Sturmfluten die Deiche zerstört, die Dämme unterspült und bis zur Brustwehr zernagt und die außerhalb der Festungsgräben gelegenen Verteidigungswerke verschlemmt, so daß die Sicherheit der Stadt Monate lang sehr gefährdet war. Durch den Kapitän de Batilly, dessen Kompagnie in Glückstadt lag, ließ Durant endlich den Generalstaaten ausführlichen Bericht erstatten.[1]

Nun war aber der Franzose auch nicht imstande, sich auf die Dauer das Vertrauen der dänischen Kommissare zu erhalten; ja sein Verhältnis zu denselben wurde endlich ein so gereiztes, daß sie ihm die Mittel verweigerten, welche ihm der König angewiesen hatte.[2] Von den beiden Unterstützungen, welche die Niederländer während der letzten Monate des Jahres 1627 in das Elbgebiet sendeten, wollten die dänischen Kommissare Durant nichts zukommen lassen, worüber er sich bei den Generalstaaten ausdrücklich beklagte. Er fügte dieser Klage zugleich die charakteristische Bemerkung hinzu, daß er persönlich keine Mittel zur Widerherstellung der Festungswerke besitze. Später wurden jedoch von den holsteinischen Räten des Königs sehr schwere Anklagen gegen ihn gerichtet, welche zuletzt seine Entlassung zur Folge hatten. Man scheint ihm Saumseligkeit in der Erfüllung seiner Pflichten und noch Schlimmeres vorgeworfen zu haben. Durant muß in Briefwechsel mit dem ehemaligen

1) Durants franz. Schreiben an die Generalstaaten vom 3. Jan. 1628 (a. St.?), welches erst am 3./13. März im Haag eingeliefert wurde.

2) Die von Jahn 416 ff. und 544 gegen Durant erhobenen Vorwürfe können nicht für völlig begründet erachtet werden. Die dafür angeführten Beweise, Georgs v. Aleseld Brief an den König, Krempe 5. Okt. 1627 und die Schreiben der Kommissare an den König vom 16. Jan. u. 5. Febr. 1628 (a. St.) habe ich im K. G. Archiv zu Kopenhagen nicht auffinden können.

Kanzler Sohn v. Elz und dem Dr. Cratz gestanden haben; wenigstens hofften nach einem Berichte des Grafen von Schwarzenberg beide, ihn zur Übergabe der Festung bereden zu können. Dagegen behauptete der Franzose nach seiner Entlassung, alles gethan zu haben, was ein Ehrenmann zu thun imstande gewesen sei, ging selbst nach Dänemark und that hier dar, daß er wirklich eigene Mittel an die Herstellung der Befestigungswerke in Glückstadt gewendet hatte.[1] Der König verwies ihn darauf zur Schadloshaltung mit der Summe von 2444 Reichsthalern in Gnaden an die Generalstaaten, welche auch 6110 Gulden aus den Monatsunterstützungen zahlten. Nach der Versicherung des Königs war Durant übrigens von der Signoria von Venedig zurückgerufen worden.

Auf die Nachricht, daß der Niederländer Reael auf seiner Rückreise im Skagerrack gescheitert und gefangen genommen worden war,[2] entschloß sich der König durch einen seiner vertrautesten Diener, seinen Kammersekretär Friedrich Günther, die Generalstaaten um einige Tausend Mann Fußvolk und eine Anzahl Kriegsschiffe zu ersuchen, denen er in seinem Namen Bestallungen erteilen wollte.[3] Außerdem erhielt Günther schon damals den Auftrag, für Vosbergen einen andern Holländer als Vertreter des Königs im Haag einzusetzen und zugleich — einen guten Schuhmacher für seinen Herrn ausfindig zu machen.

Allein Günther scheint nach seiner etwas verspäteten Ankunft im Haag diese früheren Forderungen des Königs nicht mehr geltend gemacht zu haben. Denn er beschwerte sich zunächst über die Zufuhr von Lebens-

---

1) Schreiben Durants an die Generalstaaten ohne Datum (Abschrift) mit der Bezeichnung „Lectum 15. Augusti" 1628 (a. St.?) Friedrich von der Pfalz gedachte seiner in einem Briefe an den Grafen Thurn in ehrenvoller Weise. J. Fiedler, Correspondenz des Pfalzgr. Friedrich und seiner Gemahlin Elisabeth mit H. M. v. Thurn, Bd. XXXI des Archivs für Kunde öster. Geschichtsquellen S. 409.

2) Die ganze Besatzung des Schiffes und auch der Gesandte gerieten in die Hände der Kaiserlichen, welche Reael mit seiner Begleitung wahrscheinlich niedergemacht hätten, wenn er nicht die vom Könige erhaltene Kette stückweise unter sie geteilt hätte. Reael wurde nach Prag und von da nach Wien gebracht und erst nach dem Lübecker Frieden wider losgelassen.

3) Den ersten Auftrag erteilte der König Günther am 26 Dez. 1627/5. Jan. 1628 (Molbech S. 303—305), allein aus späteren Zuschriften Christians IV. an seinen Sekretär (Molbech S. 311 u. 313) ergibt sich, daß derselbe nicht sofort abreiste. Noch am 13./23. Febr. befand sich Günther, durch westliche Winde zurückgehalten, in Helsingör. Karl van Cracou an die G.-St., Helsingör 13./23. Febr. 1628.

mitteln, welche die niederländischen Kaufleute den Kaiserlichen in Jütland leisteten, sowie über die Abführung zweier französischer Handelsschiffe aus einem norwegischen Hafen, dem langen Sunde, durch niederländische Kriegsschiffe. Dann bemühte er sich, die Generalstaaten zu bestimmen, sich an der Entsetzung von Stade und der Wegnahme und Befestigung der Insel Krautsand durch ihre Kriegsschiffe zu beteiligen, suchte um die freie Ausführung der für den König erkauften Waffen, Pulvervorräte und anderer Kriegsbedürfnisse nach und nahm hierfür die Bundesbeiträge der Niederlande vom März an auf sechs Monate in Anspruch. Endlich hatte Günther noch den Auftrag, den Kaufmann Brasser in Amsterdam im Betreff der im vorigen Jahre für Gabriel Bethlen an ihn gezahlten 30000 Thaler, welche nicht ihrer Bestimmung gemäß verwendet worden waren, zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Mehrzahl dieser Forderungen gegenüber verhielten sich jedoch die Generalstaaten zunächst ablehnend und weigerten sich sogar, die Genehmigung zur freien Pulverausführung zu erteilen.

Noch bevor jedoch überhaupt eine Entscheidung über diese Ansprüche des Königs getroffen war, erschien im Auftrage des königlichen Kriegsrates zu Hamburg ein zweiter Abgesandter, der ehemalige bischöfliche Kanzler von Verden, Martin von der Medem, im Haag.[1] Seine Aufgabe bestand darin, Restbeträge der Unterstützungsgelder, welche mit dem Ende des Februar fällig geworden waren, und zwar wenigstens 40000 Thaler = 100000 Gulden einzutreiben. Die dann noch übrigbleibende Summe sollte zur Widerherstellung der Festungen verwendet und nebst den nach dem Beginn des Monats April fälligen Monatsbeträgen pünktlich durch Kaufleute übersendet werden. Da der ständige Vertreter der Generalstaaten in Hamburg, Aitzema, zugleich Mitglied des Kriegsrates war und ohne seine Zustimmung die Gelder nicht zu Zwecken, für welche sie nicht bestimmt waren, verwendet werden durften, hoffte Medem leicht Gehör zu finden; führte er doch den Generalstaaten zu Gemüt, daß bei weiterer Zurückhaltung der Unterstützungen alle Festungen samt der Elbe zum Schaden der Krone Dänemark und der Vereinigten Provinzen, ja der ganzen evangelischen Christenheit in die Hände der Feinde fallen müßten. Neben der Summe von 40000 Thlr. forderte Medem noch 34000 Rth.

---

1) Die ihm von Detlev Rantzau, Kay v. Aleseld, Detlev und Antonius v. Buchwald in Hamburg ausgestellte Vollmacht ist vom 11/21. März 1628. Am 17./27. April entledigte er sich seiner Aufträge vor den Generalstaaten; diese erteilten jedoch erst am 8./18. Mai Bescheid. Vgl. Aitzema, Saken Bd. 1, S. 785. Dazu Arend, Algemeene Geschiedenis III, 4. S. 315. Anm.

für die von den Kriegsräten ins Werk gesetzte Versorgung Krempes mit Lebensmitteln, welche seinen Worten zufolge auf Jahr und Tag vorhalten sollten, und teilte auch Bedingungen mit, unter welchen sich die Kriegskommissare auf die Besetzung der Insel Krautsand einlassen wollten.

Die Generalstaaten konnten Medem in ihrer ersten Erwiderung darauf verweisen, daß ihr Kommissarius Hoogenhouck bereits mit der Summe von 100000 Gulden zum Besten der gefährdeten Festungswerke abgereist sei, und versprachen auch nach deren Verwendung dieselbe Summe auf Lebensmittel für Krempe und Glückstadt zu spenden. Die Bezahlung der für Krempe bereits gelieferten Lebensmittel wollten sie jedoch bis in den Oktober verschieben und neue Elbbefestigungen überhaupt nicht unterstützen, bevor Hoogenhouck nicht berichtet hatte. Aus einem späteren Berichte Medems ersehen wir, daß von seiten der Staaten die rückständigen Unterstützungsgelder auf 125000 Gulden berechnet wurden, während der König sie auf 250000 Gulden anschlug. Da die Kriegsräte die Versorgung Krempes durch eigne Vorschüsse bewirkt hatten, die sie bei dem ungewissen Schicksale der Stadt jedenfalls möglichst bald wider einziehen wollten, war Medem über die Weigerung der Staaten sehr aufgebracht und schrieb in seinem derben Niederdeutsch, der einzigen Sprache, der er mächtig war, an die Generalstaaten: „Ew. Hochmogende macken die Recknung, dat wan de 34000 Rickesdahler van den 125000 Gulden affgetagen werden, bliven allen 40000 G., ist 16000 Thaler. Kan man darmit 6000 Soldaten contenteren und de Vestung repareren, sehe Ick nit, entweder mut de Kriegsrat betalt sei, oder wii möte tho salverung unsere ehre Krempe quitiren, hier ist kein tertium, so geit die Elve". Dagegen waren die Kriegsräte bereit, alle Restbeträge zu quittieren, wenn sie nur die geforderten 34000 Reichsthaler erhalten würden.[1] Später bemühte sich Medem noch, ein Leihgeschäft mit den Generalstaaten abzuschließen. Die Hochmögenden sollten das englische Halsband in Verwahrung nehmen und dagegen „ein balett up hundert tusent thaler heruth geven, so weten wy des geldes tho bekamen". Von dem Erlöse sollten 70000 Thaler, für welche das Halsband bereits verpfändet war, abgetragen werden, so daß dem Kriegsrate noch 30000 Thlr. verblieben. Zu dieser Summe wollte derselbe noch 20000 Thaler von den Gebrüdern Moreß in Hamburg, welche mit 50000 Thalern an dem Pfandbesitz beteiligt waren, gegen sechs Prozent Zinsen leihen, so daß

1) Schreiben Martins v. d. Medem ohne Datum. R.-A. im Haag. Die Briefe und Eingaben dieses Gesandten sind meistens in niederdeutscher Sprache abgefaßt, Christian IV. läßt dagegen in hochdeutscher Zunge an denselben schreiben.

den Räten 50000 Thaler zur Verfügung ſtanden.[1] Mit dieſer Summe hofften ſie dem Könige „zu dieſer Zeit einen großen Vorteil zu ſchaffen“. Später hat Medem die Generalſtaaten beſonders gedrängt,[2] darauf hinzuwirken, daß ihr Kommiſſarius auf der Elbe den Beſchlüſſen des Kriegsrats, in welchen Aitzema Sitz und Stimme hatte, pünktlichſt nachkommen ſollte, und daß der ehemalige däniſche Reſident Joſias Vosbergen zur genauen Rechnungslegung über die angewieſenen Unterſtützungen angehalten würde.

Sehr eigentümlich iſt, daß beide Vertreter des Königs, Friedrich Günther und Martin v. d. Medem, dieſe niederländiſchen Unterſtützungen für verſchiedene Zwecke zu gleicher Zeit in Anſpruch nahmen, der erſtere für die neuen Rüſtungen des Königs und der letztere für die den Kriegskommiſſaren an der unteren Elbe übertragenen Aufgaben. Denn nach Günthers Behauptung hatte der König „die Subſidiengelder nur bis dahin auf die Elbe geordnet gehabt, was bis in den Februar fällig geweſen“, und deswegen war ihm auch nur ein Auftrag „auf das gegeben, was vom Februar ab fallen würde“. Den Generalſtaaten lag aber vor allem daran, daß die Elbe nicht bis zur Mündung in die Gewalt der Öſtreicher gelangte und aus dieſem Geſichtspunkte entſchieden ſie auch die ſtreitigen Forderungen der beiden Geſandten ihres Verbündeten, ohne Günthers Klagen über Vertragsbruch Gehör zu ſchenken. Wie geringſchätzig ſie überhaupt gerade dieſen Geſandten behandelten, geht aus ſeinen Beſchwerden recht deutlich hervor: „Man hat ſchon etwas Ombrage geben, als ob man an J. M. Sorgfalt und Suffiſanz, ihre Plätze und Orter zu verſehen, zweifle und ſie deswegen von hier aus in Protektion nehmen wolle; man augmentire dasſelbe doch nicht weiter, wie bereits in dem geſchehen, daß man itzige Depeſchen auf die Elbe gethan und keinen von J. M. Offizieren dabei haben wollen, ob ich ſchon den Grafen von Thurn und den Herrn Norprath dazu präſentiert. Man hat mir auch nicht einmal die Kommiſſion, die dem Kommiſſarius mitgegeben, noch die Deſignation der Mittel, ſo dahin geſchicket, communiciert, daß J. M. ich hätte davon aviſieren können. Will man dem König auch noch die Dispoſition der Subſidien entziehen, ſo dürfte man dem Faſſe den Boden gar ausſtoßen. Mehr als an der Elbe und Glückſtadt liegt doch daran, daß der gute Eifer und die Affektion des Königs zu dieſem Werke erhalten werde, daß er mit ſeiner Flotte und ſeiner Armatur

1) M. v. d. Medem am 9./19. Mai an die Generalſtaaten.

2) Schreiben vom 20./30. Mai an die Generalſtaaten und eine Eingabe mit dem Vermerk „Exhibitum 27. Mey/6. Juni 1628.“ R.-A. im Haag.

aufkomme und dadurch der Sund und die Ostsee beschützt werde.... Schließlich beruht das Werk hierauf, ob J. M. die Disposition über die Subsidien haben oder die Kommissare in Hamburg, und ob J. M. Hand und Siegel und meine wenige Person, die dadurch creditiert, glaubwürdig, daß man darauf die Assignationes acceptieren wolle".[1]

Welche Widersprüche mögen die Generalstaaten in diesen Vorwürfen gefunden haben, wenn sie sich erinnerten, daß der König im Februar selbst den Antrag gestellt hatte, die monatlichen Unterstützungen auf die Sicherung der Elbe zu verwenden! Wie deutlich geht aber auch aus diesen Worten die Besorgnis der dänischen Politiker hervor, daß den Niederlanden bei der allgemeinen Unsicherheit dieser norddeutschen Verhältnisse sehr wenig an dem dänischen Könige, sehr viel dagegen am Mündungsgebiete dieses Flusses gelegen sein müßte!

Da Günther keinen Residenten im Haag bestellte, blieb er selbst bis in den Oktober hinein in den Niederlanden, ohne daß er jedoch imstande gewesen wäre, dem Könige reichlichere Unterstützungen auszuwirken. Er setzte es zwar noch durch, daß den Kaufleuten, welche Lieferungen für Christian IV. übernommen hatten, 50000 Gulden angewiesen wurden, bemühte sich aber vergeblich, dem Könige auch nur eine genaue Übersicht über die von den Niederländern geleisteten Bundesbeiträge zu verschaffen. Als er einst ein Verzeichnis der gespendeten Summen erhielt, trug er Bedenken, es dem Könige einzureichen, weil bei „etlichen Posten kein Tag, bei etlichen keine Person specificiert, an wen und zu was Ende sie erlegt, oder wer darauf quittiert". Ferner war dieses Verzeichnis von niemand unterschrieben und stimmte auch mit einem früher ausgegebenen nicht überein. Ebensowenig scheint es ihm gelungen zu sein, den Kaufmann Brasser in Amsterdam und Josias Vosbergen zur Rechnungslegung zu nötigen.

An die Stelle des vaterlandslosen, im Kriegsdienste seinen Lebensberuf erfüllenden abenteuernden Franzosen berief der König auch aus politischen Gründen einen durch seine Teilnahme an den Kämpfen in Ungarn und Schlesien bewährten, ebenso umsichtigen wie entschlossenen holsteinischen Edelmann Marquard Ranzau aus dem Hause Neverstorff, den Sohn des Breide Ranzau, zum Kommandanten von Glückstadt. Gegen das Ende des April (17. April a. St.?) wird derselbe seine neue schwierige Stellung angetreten haben. In Krempe erhielt dagegen ein anderer Holsteiner, Georg v. Alefeld, den Oberbefehl. Auch ein Franzose Francois Freton wurde hier mit einer hervorragenden Stellung bedacht.

---

1) Günthers Schreiben an die Generalstaaten vom 8./18. Mai (nach einer Bleistiftangabe von neuerer Hand). R.-A. im Haag.

In dem Kreise der Freunde des Königs hegte man eine Zeit lang immer noch die Besorgnis, daß man dem neuen thatkräftigen Kommandanten von Glückstadt keine Zeit zur Ausbesserung der Festungswerke gewähren werde. Als man wahrnahm, daß Tilly den Hafen von Ritzebüttel mit Verschanzungen umgab und auch bei dem Städtchen Wedel Befestigungswerke anlegte, steigerte sich die Besorgnis der Hamburger um die Sicherheit der Festungen und die Freiheit der Elbe noch mehr.

Glückstadt mag damals höchstens eine Besatzung von 3500 M. gehabt haben. An Geschützen der verschiedensten Art standen dem Kommandanten 32 Stück und darunter 6 Kartaunen zu Gebote, allein es mangelte noch in der letzten Juniwoche an Holz zur Aufstellung derselben und zugleich an Kugeln zum Gebrauch. Seinen Bedarf an Kugeln schätzte damals Marquard Ranzau, indem er auf jedes Geschütz 150 St. rechnete, auf 3050 St. Aus einer etwas späteren Zeit hat sich ein Verzeichnis erhalten, nach welchem die Besatzung aus 2630 Deutschen, 616 Franzosen und 637 Schotten, also aus nicht ganz 4000 M. bestand.

In dieser Zahl sind jedoch ebensowenig wie in der oben angegebenen die Reiterschwadronen enthalten, welche bis in den Monat Mai hinein in den benachbarten Marschdörfern ihr Winterlager hielten. Erst in dieser Zeit verstärkten sich die Kaiserlichen zwischen Glückstadt und Krempe so sehr, daß sie diese dänische Reiterei aus ihren Quartieren trieben, die Dörfer abbrannten und die Reiter nötigten, unter den Kanonen von Glückstadt Schutz zu suchen. Von hier brachte man sie darauf zu Schiffe nach Kopenhagen.

Die Besatzung Krempe's mag etwa um die Hälfte geringer, als die von Glückstadt gewesen sein. Während des Winters war über die Hälfte von Glückstadt von den Soldaten teils aus Mutwillen, teils um Holz zur Feuerung zu gewinnen, zerstört worden. Denn sogar Torf und Holz mußte als Brennmaterial von außen zugeschafft werden; nur auf diesem Wege konnte man auch das erforderliche Material zur Ausbesserung der halbzerstörten Festungswerke und zu Pallisaden gewinnen. Da man ferner von Glückstadt aus das benachbarte Krempe mit Lebensmitteln versehen hatte, waren die Vorräte dort so zusammengeschmolzen, daß man in der letzten Juniwoche nach Ranzaus Versicherung nur noch auf 14 Tage zu leben hatte. An Schießbedarf sollen damals noch 200 Zentner vorhanden gewesen sein.

Unter diesen Umständen war die Besatzung nicht imstande, den in der Umgebung eingelagerten Feinden Abbruch zu thun und ließ auch die Gelegenheit dazu unbenutzt vorübergehen, als sich im März ein Aufstand des Landvolkes gegen die Kaiserlichen erhob, dessen Urheber auf ihre

Teilnahme und Unterstützung gerechnet hatten.[1] Von Meldorf aus zog ein Haufe der Aufständischen nach Friedrichshafen, machte die kleine aus 20 M. bestehende Besatzung des Ortes nieder und breitete sich auch noch weiter aus. Eine andere Abteilung marschierte südwärts über Barlt und Marne, in der Hoffnung, mit der Unterstützung der Besatzung von Glückstadt die Kaiserlichen aus ihren schon im Oktober 1627 errichteten Verschanzungen bei Brunsbüttel herauszutreiben. Allein die Besatzung von Glückstadt scheint sich nicht gerührt zu haben, und da die Landleute überhaupt nicht die beste Ordnung hielten, wurden sie von den Kaiserlichen nordwärts von Brunsbüttel überrascht und zerstreut. Und schon am andern Tage (20./30. März) rückten die letzteren nach Meldorf vor, wo sie die Herausgabe einiger an dem Aufstande Beteiligten erzwangen, die sie später mit dem Tode bestraften. Auf die Kunde von dem Aufstande erschienen dann noch die beiden kaiserlichen Obersten Hannibal von Schaumburg und Fränk von Itzehoe aus mit einer kleinen Abteilung in Meldorf (21./31. März), kehrten aber, da die Bewegung bereits niedergeworfen war, unverweilt zurück.

Trotz der schwierigen Lage, in welcher sich das von der Mehrzahl der Einwohner verlassene Glückstadt befand, ließen es die Feinde lange Zeit ziemlich unangefochten. Erst am 10./20. Mai führte Aldringer gegen 4000 M. heran, in der Hoffnung, ihr Eindringen in die Stadt ohne große Schwierigkeiten zu erzwingen.[2] Allein die Östreicher wurden durch Ranzau zurückgewiesen und begannen darauf, sich in Kanonenschußweite von der Stadt einzugraben. Von besonderer Wichtigkeit wurde die Redoute auf der hohen gepflasterten Straße zwischen Glückstadt und Krempe. Auch bei Ivensleth und dem Kreuzteiche wurden Verschanzungen errichtet. Am 23. Mai (n. St.) sollen die Östreicher die Laufgräben eröffnet haben.

Die Folge dieser Annäherung der Feinde an Glückstadt war die, daß Krempe von dieser Zeit an fast vollständig von Glückstadt abgeschnitten und enger blokiert wurde. Den Belagerten in Glückstadt kam dagegen in den nächsten Wochen das weiche Wetter zu statten und hielt die Feinde zurück: in diesen Wochen verhältnismäßiger Ruhe ließ der Gouverneur aus allen Kräften an den Verschanzungen arbeiten. In der letzten Juniwoche sprach Ranzau die Hoffnung aus, den früher besonders nach der Ostseite hin ganz offenen Hafen halten zu können, wenn nicht

1) Hans Detleff tho Windtbergen. Dahlmann, Neocorus 2. 475 f.

2) Marquard Ranzau an die Generalstaaten, Glückstadt 14./24. Juni 1628. Dazu sendete Ranzau die Abschrift einer Denkschrift an den König, den Statthalter, die dänischen Reichsräte und die Kommissare ein.

gar zu trocknes Wetter eintreten und Ebbe und Flut hindern würde. Aber er ersuchte die Generalstaaten doch um Überlassung von 1000 oder 1500 M. Truppen, die er nur so lange in Glückstadt behalten wollte, bis die Festungswerke besser ausgebaut sein würden. Wollte man dann dem dänischen Admirale noch 10 Schiffe zusenden, so glaubte er den Kaiserlichen von Hamburg her die Elbe vollständig und dauernd sperren zu können. Wurde doch bereits durch die vorhandenen dänischen Kriegsschiffe die Verbindung des feindlichen Lagers mit der Stadt zeitweise unterbrochen.

Diese Unterstützung gewährten jedoch die Generalstaaten keineswegs, ja sie hatten sogar ihrem Kommissarius Hoogenhouck so eingeschränkte Vollmachten erteilt, daß es eher den Anschein gewann, als ob sie eine Art neutraler Stellung zwischen den Parteien einnehmen wollten. Dieser Kommissarius, der mit drei Kriegsschiffen und einer Summe von 40000 Thlrn. angekommen war, ließ die dänische Flagge nicht fliegen,[1] und erhob von Anfang an Schwierigkeiten im betreff der Lohnzahlungen und wollte nicht einen vollen Monatssold auf ein Mal, wie es der Befehl des Königs forderte, sondern nur wöchentliche Löhnungen auszahlen. Als die Kriegsräte in Glückstadt einen Teich durchstechen ließen, weigerte er sich die Kosten zu tragen, ja er wollte sich nicht einmal zur Entschädigung der Kundschafter verstehen. Ebensowenig wurden die holländischen Kriegsschiffe auf der Elbe unter den Befehl des dänischen Admirals Wind gestellt, sodaß sie den Feinden hätten direkt Abbruch thun können. Über dieses Verfahren des holländischen Bevollmächtigten, der jedenfalls nur auf Befehl handelte, waren natürlich die dänischen Offiziere samt den Mannschaften sehr ungehalten.

Vielleicht hängt es auch mit dieser vorsichtigen Stellung, welche die Holländer einnahmen, zusammen, daß die Kaiserlichen in den ersten Monaten der Einschließung keinen ernstlichen Angriff machten. Trotzdem war die Hoffnung Ranzaus, die Festung auf die Dauer zu halten, nur gering.

Und auch Pappenheim fand die Befestigungen, als er sie kurz vor der Einnahme von Krempe einer Besichtigung aus der Ferne unterzog.[2]

1) Kay v. Alefeld an den Kanzler Martin v. d. Medem, Hamburg 29. April, 9. Mai. R.-A. im Haag.

2) Er hat den Auftrag von Tilly erhalten, an den er auch Bericht erstattet hat. Derselbe findet sich in den Kriegsschriften, herausgegeben von bayerischen Offizieren 1. 109 ff. Einen fehlerhaften und gekürzten Abdruck dieses Berichts brachte jedoch schon die zur Fastenmesse 1629 in Frankfurt erschienene Halbjahrsrelation des Latomus (Meurers) S. 6—8.

keineswegs uneinnehmbar. Der tiefliegende, aus Holzhäusern bestehende, noch unausgebaute und schmale Ort,[1] der an beiden Langseiten von Dämmen umgeben war, schien ihm mehrere schwache Angriffspunkte darzubieten. Auf einer Anhöhe vor dem Hafen, die von der Stadt durch einen Graben getrennt war, stand eine Windmühle, „von der die ganze Stadt als von einer Citadelle commandiert“ wurde. Freilich war dieser Punkt „zu Ende des Dammes gleich vor dem Hafen“ von den Dänen mit Artillerie besetzt. Ferner hielt es Pappenheim für möglich, das in einiger Entfernung von der Stadt „in der Elbe“ am Hafen errichtete Blockhaus in längstens drei Tagen durch zwei Batterien in Grund und Boden zu schießen und auch den Hafen durch das Geschütz zu verderben. Von beiden Langseiten der Wälle konnten die Feinde durch die Artillerie vertrieben werden. Die niedrigen Wälle waren nicht gefüttert. Nur dem Feinde die Unterstützung auf dem Wasserwege ganz abzuschneiden, erschien Pappenheim unmöglich, so lange man nicht imstande war, den Dänen mehr Schiffe entgegenzuführen. Und das Verhältnis der dänischen Fahrzeuge zu den kaiserlichen schätzte der katholische Offizier immer noch wie zwanzig zu eins. Er sah endlich einen besonderen Glücksumstand für den König darin, daß man von Anfang an beide Städte blokiert hatte. Wären von seiten der Katholischen alle verfügbaren Truppen gegen Glückstadt geführt worden und die erforderliche Anzahl von Geschützen vorhanden gewesen, so hätte ein glücklicher Erfolg nicht wol ausbleiben können. „Denn die Eroberung von Glückstadt ist leichter als die der Krempe, und wer die Glückstadt hat, der ist unfehlbarlich Herr der Krempe und des Elbstroms, nicht aber vice versa.“

Nun machte jedoch Ranzau trotz seiner wenig gesicherten Lage einige kräftige und erfolgreiche Ausfälle.

Nachdem am 13./23. Juli ein königliches Kriegsschiff, die Meerkatz mit zwei Jachten zwei für das kaiserliche Lager vor Glückstadt bestimmte Schiffe aus Magdeburg, „die Eychen“, mit Kriegsvorräten und Lebensmitteln nach Glückstadt gebracht hatte, führte er am 15./25. Juli eine verhältnismäßig größere Anzahl seiner Besatzungsmannschaften (2000 M.) aus der Stadt, verjagte den Feind aus dem im freien Felde zwischen Krempe und Glückstadt errichteten Schanzwerke, machte einen verwundeten Lieutenant und einige zwanzig Mann zu Gefangenen und brachte das ganze feindliche Lager in eine rückläufige Bewegung. Das Schanzwerk wurde geschleift. Einige Tage darauf sprach Ranzau seine

1) Vgl. hierzu den der Schrift Luchts beigefügten Plan: Die Festung Glückstadt 1628 sowie die Abbildung Jahns.

Überzeugung dahin aus, daß er den Feind zur Aufhebung der Belagerung würde gezwungen haben, wenn er ihm mit 1000 oder 2000 M. hätte nachsetzen können.[1] Allein den Feind zu verfolgen und zugleich die Festung besetzt zu halten, dazu waren seine Streitkräfte zu schwach. Die Besatzung von Krempe, welche sich gleichfalls an dem Ausfalle beteiligte, war zu spät aufgebrochen. Wie richtig Ranzau seine Lage in Glückstadt beurteilte, bewies ein neuer, während der Nacht vom 24. zum 25. Aug./3. und 4. Sept. unternommener Ausfall aus dem Teichthore. Er erreichte das nicht verschanzte feindliche Lager, dessen Hütten unmittelbar am Damme aufgeschlagen waren, steckte es in Brand,[2] drängte den Feind zurück und machte Gefangene, unter denen sich auch ein höherer Offizier, der Generalwachtmeister Hannibal von Schaumburg befand.[3] Freilich konnte er wol des entstandenen Brandes wegen der Verfolgung keinen Nachdruck geben und erlitt angeblich bei der Rückkehr einen stärkeren Verlust, als der Feind.

Dagegen gelangten die Bemühungen des Unermüdlichen, die Generalstaaten zu einer kräftigen Unterstützung zu bewegen, nicht zum Ziel. Auch ein Bittschreiben an den Grafen Ernst Kasimir von Nassau, der sich bei dem Prinzen und den Staaten für die Entsendung von 3000 M. guter deutscher Soldaten verwenden sollte, blieb, so viel wir sehen können, erfolglos.

Zur Sicherung der Elbe hatte Ranzau auch die Insel Krautsand mit 200 M. besetzen und ein kleines Festungswerk auf derselben errichten lassen. Allein da seine Mittel zu einer Verteidigung nicht hinreichten, gab er sie nach kurzer Zeit wider auf. Die Stadt Hamburg, in welcher Ranzau's

1) Marquard Ranzau an den Grafen Ernst Kasimir von Nassau. Glückstadt 18./28. Juli. — Die außerordentlichen holländischen Gesandten in London gaben im Juni 1628 die Stärke der Besatzung von Glückstadt auf ungefähr 3000 M. in 19 Kompagnien, die von Krempe auf 1750 M. in 10 Kompagnien an, „avec lesquels a fallu accorder en payant une partie des gages escheues et assurer pour l'advenir, les prests montants à 5568½ Ryxd. par semaine, ce qui surpasse de beaucoup la quote de 50m. franc par mois, que nos superieurs suiuant le Traitte doivent fournir. Et les commissaires du Roy de Dennemarck disent resolument, que rien de leur part ne se puisse contribuer, soit pour gages, vivres, ammonitions, fortifications ou autre chose quelconque, ce que tout montera aussi à grandsomme de deniers. Verbael van de H. H. v. Randwyck ende van Heemstede van de Legatie naer Engelandt in den jare 1628 en 1629. R.-A. im Haag.

2) Nach Pappenheims Bericht a. a. O. 111 ff.

3) Danckwerth S. 188. Lucht, Glückstadt oder Beiträge zur Gesch. dieser Stadt, S. 141. Lackmann III. 298. Theatr. Europ. 1, 1091. Schlegel, Gesch. der Könige von Dänemark, II. 152. Jahn a. a. O. 423 f.

Vorgehen große Bewegung hervorgerufen hatte, bemühte sich darauf in ihrer Besorgnis, in den Kampf hineingezogen zu werden, der Insel eine neutrale Stellung auszuwirken und verhandelte hierüber mit den Gesandten Englands und der Niederlande sehr angelegentlich. Hierzu trieben sie hauptsächlich die schweren Drohungen der Kaiserlichen, die damals den Plan, der Stadt den Krieg zu erklären, noch nicht ganz aufgegeben hatten.

Ebensowenig aber wie Ranzau in diesem ganzen Sommer das Gefühl der völligen Sicherheit vor den Feinden erlangte, vermochten diese den festen Entschluß zu fassen, alles daran zu setzen, um sich Glückstadts zu bemächtigen. Zunächst zögerte man offenbar, weil man die Entscheidung vor Stralsund abwarten wollte. Später verfolgte man mit der Blokierung Glückstadts überhaupt nur den Zweck, die Unterstützung Krempe's von der See her unmöglich zu machen.[1] Die einzelnen Abteilungen der Einschließungstruppen wurden daher so weit auseinander gelegt, daß sie sich gegenseitig nicht zu unterstützen vermochten. Und da man in der Herbstzeit die Nahrungsmittel vier Meilen weit zuführen mußte, so stand zu befürchten, daß man sich bei dem Anbruche des bösen Herbstwetters selbst im nächsten Lager vor Glückstadt nicht mehr werde halten können.

Christian IV. und die Stadt Rostock.

Die Stadt Rostock hatte bereits im August 1627 den Schutz Tillys nachgesucht und sich dann auch Wallenstein empfohlen.[2] Allein noch war der Monat nicht verflossen, als sie Schlick und Arnim zugleich zur Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung drängten. Nach Schlicks Auffassung hatte Rostock dasselbe zu leisten, was Reichsstädte wie Worms und Speier geleistet hatten, sollte dafür aber auch neue Privilegien erhalten. Eigentümlich war es, daß er sich zur Begründung seines Gesuchs gerade auf die letzten loyalen Erklärungen der mecklenburgischen Herzöge berief. Arnim hob noch besonders hervor, daß keine Ausländer, sondern nur Mannschaften seines eignen Regiments in die Stadt gelegt werden sollten.

Der Überbringer dieser Briefe erhielt zwar vom Rate eine goldene Kette, aber zugleich einen ablehnenden Bescheid, den die Stadt durch eine ausführliche Begründung vor Schlick zu rechtfertigen suchte. Demungeachtet wurde Arnim darauf von der Stadt nach Kräften mit Lebensmitteln und

1) Pappenheims Bericht a. a. O. 1. 112.

2) W. Rogge, Wallenstein und die Stadt Rostock in den Mecklenb. Jahrbüchern, Jahrg. L. 1, S. 283 ff. Doch sind nicht alle Angaben dieses Aufsatzes von gleicher Zuverlässigkeit.

Futter, selbst mit Schießbedarf unterstützt, obwol die Räubereien der Kaiserlichen in den städtischen Dörfern die Mißstimmung der unteren Klassen in sehr erheblicher Weise steigerten. Kaiserlichen Offizieren, welche in der Stadt Geschäfte hatten, wurden wol mehr zu ihrem Schutz, als um ihnen einen Schimpf anzuthun, ein Geleit von Bewaffneten oder von Stadtknechten gegeben.

Übrigens hatte sich die Stadt Rostock ebensowenig wie die mecklenburgische Ritterschaft den Dänen geneigt gezeigt, sondern die Bemühungen ihrer Landesherren, die bewaffnete Neutralität zu wahren, nach Kräften erschwert. Den dänischen Truppen in Strömckendorf und Pöl versagte sie die geforderte Unterstützung.

Eine Gesandtschaft, welche während der Belagerung Rendsburgs an Wallenstein geschickt wurde, erhielt zwar die beschwichtigende Antwort, daß die Stadt von einer Besatzung befreit bleiben sollte, aber Wallenstein forderte dafür eine Entschädigung, die er ganz deutlich nicht als eine einmalige Abfindungssumme bezeichnete. Seine Erklärung lautete, er wisse wol, daß die Stadt nicht Hamburg oder Lübeck wäre, man dürfe sie nicht auf einmal ausrupfen.

Demungeachtet nahm aber Arnim in einer Verhandlung zu Bützow die Unterhaltung zweier Regimenter zu Fuß und zu Roß auf drei Monate in Anspruch, deren Kosten er auf 140000 Thlr. angab, und bedrohte die Stadt im Falle der Weigerung mit der Belagerung. Darauf ließ die Stadt zunächst 50000 Thlr. bieten, allein Wallenstein wollte sich jetzt nicht einmal mit der Summe von 100000 Thlrn. begnügen, sondern stellte die Stadt vor die Alternative, ihm den Unterhalt für zwei Regimenter zu gewähren oder eine Besatzung einzunehmen. Nach erneuten Verhandlungen wurden Arnim endlich 140000 Thlr. zugesagt, von denen bis Ostern 1628 100000 Thlr. entrichtet werden sollten. Für ein paar Monate wollte sich Wallenstein daran genügen lassen: 24000 Thaler wurden im November 1627 wirklich entrichtet.

Im Dezember dieses Jahres wurde auf Wallensteins Befehl das Ansinnen an die Stadt gerichtet, dem Grafen v. Schwarzenberg Schiffe zu liefern, welches sie ablehnte. Je ernstlicher Wallenstein damals auf die Erwerbung der beiden mecklenburgischen Herzogtümer bedacht war, desto geringer wurde seine Nachgiebigkeit im Betreff Rostocks und Wismars. Er schrieb an Arnim: „ich will die von Rostock und Wismar wol tractieren, aber ich will ihr Herr und nicht ihr Nachbar sein“. In beiden Städten sollte daher Arnim Citadellen errichten; um Rostock vor auswärtigen Feinden sicher zu stellen und die widerspenstige Stadtbevölkerung niederzuhalten, wollte Wallenstein die Stadt besetzen und den Hafen sperren.

Auf seine widerholten Mahnungen errichtete der Oberst St. Julien im Laufe der ersten Monate des Jahres 1628 in der Nähe von Warnemünde ein Schanzwerk. St. Julien hatte den Rat von Rostock persönlich von der Notwendigkeit, Verteidigungswerke bei Warnemünde aufzuführen, zu überzeugen gewußt und war dann ohne weiteres an das Werk gegangen. Er bot die Bauern aus dem Amte Schwan zur Arbeit auf, und bereits gegen das Ende des Februar war ein vierkantiges Schanzwerk aufgeführt. Um sich der Bevölkerung Rostocks gefällig zu erweisen, erließ St. Julien eine Bekanntmachung an die Besatzung, nach welcher dieselbe allen Schiffen, selbst schwedischen und dänischen, wenn sie keine verbotenen Waren, Pulver, Munition oder Kriegsvolk geladen hätten, freie Ein- und Ausfahrt gewähren sollten.[1]

Der dänische Rat Dr. Jakob Steinberg, welcher am 6. März auf einem dänischen Kriegsschiffe auf der Rhede von Warnemünde anlangte, fand, daß die Kaiserlichen sogar die Nacht hindurch in ihren Erdarbeiten fortfuhren. Auch Truppen zeigten sich an der Küste und ließen ihre rotweiße Fahne gegen das Schiff hin fliegen: nach Steinbergs Bericht an den König waren es sieben Fahnen. Den Verteidigungsmannschaften standen Falkone oder Doppelhaken zu Gebote. Steinberg sendete ein Boot aus, welches einige Schüsse gegen das bereits errichtete Blockhaus abgab, hielt es aber für schwierig, wenn die Verschanzungen noch weiter fortgeschritten sein würden, die Feinde im Verlaufe einiger Tage zurückzutreiben. Ein Lieutenant Steinichen, welchen Steinberg auf einem Boote nach Rostock entsendet hatte, berichtete diesem jedoch von den mißlichen Zuständen in der Stadtgemeinde. Auf das äußerste waren die Hundertmannen gegen den Rat aufgebracht und forderten, daß dieser den Kaiserlichen jede Unterstützung aus der Stadt verweigern sollte. Nach einigen Tagen kamen sogar Abgesandte der geängsteten Stadt zu Steinberg auf das Boot und erklärten, daß sie keine Garnison einnehmen wollten, wenn sie nicht durch die äußersten Zwangsmittel dazu genötigt würden. Auch Kraut und Loth sollte den Kaiserlichen in Zukunft von ihnen versagt werden. Steinberg hatte damals die Empfindung, daß einige dänische Kriegsschiffe nebst zwei Galeeren gegen die Städte viel thun könnten, fürchtete aber auch, daß diese, wenn keine Schiffe eintreffen

1) Wallensteins Briefe an den Obersten St. Julien, Prag den 9. Febr., Gitschin den 27. Febr., den 2. April, Prag den 10. April 1628, mitgeteilt von Lorenz in den Jahrbüchern des Ver. f. meckl. Gesch. Jahrg. 40, S. 94 ff. Dazu zahlreiche Schreiben desselben an Arnim, Förster Bd. 1. 263, 169, 274, 278, 309, 323, 328. Rogge, Wallenstein und die Stadt Rostock a. a. O. 313. Franck, Dav., Des Alt- und Neuen Mecklenburgs Dreyzehendes Buch 66.

würden, alle Versprechungen in den Wind schlagen möchten. Da nun die Stadt Rostock dem kaiserlichen Obersten auf die bewilligten 100000 Thlr. bereits eine Abschlagssumme entrichtet hatte, wies Steinberg die Ratsherren von Rostock ziemlich scharf ab. Diese kehrten zur Stadt zurück und brachten einen neuen Bescheid des Rates, welcher Steinberg indessen auch nicht vollständig befriedigte. Die Stadt erwiderte, daß sie sich von der Aufnahme einer Besatzung durch die Bewilligung jener Geldsumme losgekauft habe, und die Hoffnung hege, durch eine Gesandtschaft an den Kaiser von jeder hierauf gerichteten Belästigung befreit zu werden. Lebensmittel wollte sie jedoch den Kaiserlichen gegen Bezahlung zukommen lassen, und Kriegsbedarf hatten dieselben ihrer Versicherung nach noch nicht von der Stadt gefordert.

Steinberg trieb dagegen die Botschafter der Stadt durch die Forderung in die Enge, daß diese dem Könige gerade soviel zahlen sollte, wie sie dem kaiserlichen Obersten bereits zugesagt hatte. Und um den Abgesandten den Ernst ihrer Lage recht deutlich zu machen, hielt er drei Rostocker Schuten an, auf denen sich sehr erbitterte Gegner des Rates befanden. Von der einen ließ er Lebensmittel auf sein Schiff bringen, gab aber zuletzt alle drei wider frei. Die Bemannung der Fahrzeuge schwur darauf, daß sie dem Rate die Hälse brechen würden, wenn den Bürgern infolge der Maßnahmen des Rates von dem Könige der Seeverkehr abgeschnitten werden sollte. Übrigens hatte Steinberg bereits früher eine Schute weggenommen und nach Kopenhagen bringen lassen. Der dänische Bevollmächtigte glaubte damals, daß der Feind aller Schiffe an dieser Küste mächtig sei, und daß auch die kaiserliche Besatzung auf Rügen eine mit Geschütz ausgerüstete Schute auf dem Meere habe.

Ähnliche Aufträge, wie die für Rostock waren, besaß Steinberg für Stralsund und Stettin: von dem ersteren hielten ihn jedoch nicht nur ungünstige Winde zurück, sondern auch Besorgnisse vor den auf dem Dänholm befindlichen feindlichen Geschützen. Ebensowenig vermochte er nach Stettin zu kommen und hatte daher die Absicht, die Botschaft des Königs durch den Rat von Stralsund zu übermitteln.[1]

1) Briefe des Dr. Jakob Steinberg an den König von dem Schiffe bei Rostock, 25. Febr./6. März, und vor Warnemünde 29. Febr./10. März, 2./12. März im K. G.-A. zu Kopenhagen. Von diesen Verhandlungen Rostocks mit Steinberg erhielt der Oberst St. Julien ganz genaue Kenntnis: denn schon das erste Mal, als sich die städtischen Gesandten zu Steinberg begaben, suchten sie die Einwilligung des Obersten nach und machten denselben bei ihrer Rückkehr auch mit den Erfolgen der Verhandlungen bekannt. Dasselbe Verfahren beobachteten sie bei ihrer zweiten Absendung.

Das Erscheinen des dänischen Kriegsschiffes und der Einzug der Kaiserlichen in Warnemünde steigerte die Verwirrung in Rostock, und der Groll der niederen Bürgerschaft gegen den Rat stieg bis zu einem bedenklichen Grade. Bei einem bedeutenden Auflaufe mußte der letztere sogar die Drohung hören, daß die Bürger mit Hilfe der Dänen die Kaiserlichen aus Warnemünde herauswerfen würden. Diese Drohung hätte sich vielleicht verwirklichen können, wenn die durch die Verkehrsstockungen in ihrem Erwerb so schwer geschädigte Bürgerschaft gewußt hätte, daß St. Julien schon um die Mitte des April den Befehl zu ihrer Entwaffnung und zur Erbauung einer Citadelle in der nächsten Nähe der Stadt von Wallenstein erhalten hatte.

Da indessen St. Julien fürchtete, daß der König sehr ernstlich damit umgehe, den Kaiserlichen gerade hier entgegen zu treten, sendete er allein nach Warnemünde 2000 M. und besetzte auch das Hinterland mit ausreichenden Streitkräften und zwar angeblich mit 5000 M. Das in diesen Gebieten versammelte kaiserliche Kriegsvolk bestand zum größten Teil aus den Regimentern Torquato Conti und Fahrensbach.

Einer solchen Kriegsmacht gegenüber sah sich der König außer Stande, bei Warnemünde einen Landungsversuch zu unternehmen: er mußte sich zunächst damit begnügen, das Schiff, welches seinen Bevollmächtigten nach Dänemark zurückbrachte, abermals nach Warnemünde zu senden. Etwas später legte er drei Schiffe vor die Stadt und ihre Verschanzungen, deren Befehlshaber P. Mund sogar seine Geschütze gegen die Stadt und ihre Befestigungswerke spielen ließ. Den Hafen suchten die Dänen durch Versenkung zweier mit Steinen beladenen Schuten für längere Zeit unbrauchbar zu machen.

Die Versuche des Rates von Rostock, durch die Hansestädte und später durch die Vermittelung Gustav Adolfs den König zur Aufhebung der Blokade zu veranlassen, verliefen ganz ergebnislos.

Die Huldigung wurde dem Rate und der Bürgerschaft innerhalb ihrer Mauern von dem damaligen Statthalter Wallensteins, dem Obersten St. Julien, abgenommen, noch bevor die nach Prag und Gitschin entsendeten Botschafter, der Bürgermeister Luttermann und Dr. Lindemann, wider zurückgekehrt waren.

Wallenstein nahm diese Gesandten freundlich auf, zog sie auch zur Tafel, hielt sie aber lange hin, da sein Oberst von Zusammenrottungen der unteren Stände und der Schiffer berichtet hatte, welche mit Hilfe der Dänen die östreichische Besatzung aus den Befestigungen bei Warnemünde heraustreiben wollten. Endlich wurde ihnen doch Befreiung von Einquartierung zugesichert, so lange es die militärischen

Rückſichten geſtatteten; allein Wallenſtein ließ ſich auch den Boten der Stadt gegenüber mit dem charakteriſtiſchen Worte vernehmen: Wann es ratio belli erforderte, ſo legte er die Soldaten auch wol auf den Altar. Ferner wurde den Boten der Stadt die Befreiung von der Landeskriegsſteuer zugeſichert, während Wallenſtein noch in der letzten Maiwoche die Abführung der ihm ſchuldigen Summe von 90000 Thlrn. in Anſpruch nahm und ſie bei ſeiner Ankunft im Lande baar vorzufinden hoffte. Von der Errichtung der Citadellen in Wismar und Roſtock nahm er keinen Abſtand.[1] Zuletzt verhehlte er den Geſandten ſeine friedlichen Neigungen nicht und ſprach zu ihnen auch von ſeinen Zukunftsplänen: er wollte eine Kanalverbindung nicht allein zwiſchen Schwerin und Wismar, ſondern ſogar zwiſchen der Oſtſee und Nordſee herſtellen.

Die Vermittelungsverſuche der Generalſtaaten zwiſchen England und Frankreich.

Schon im Juni 1627 hatte man ſich in den Niederlanden ſchlüſſig gemacht, in Frankreich und England durch beſondere Geſandtſchaften mit aller Macht Vorſtellungen gegen eine Politik zu erheben, welche nicht nur die Selbſtändigkeit des kleinen, mit beiden Großmächten verbündeten Staatsweſens, ſondern geradezu das Beſtehen desſelben in ſo hohem Grade gefährdete. Allein das Jahr ging doch zu Ende, ohne daß man den Entſchluß ausgeführt hatte.[2] Als man jedoch in England mit neuen Rüſtungen zu einer ſommerlichen Kriegsunternehmung gegen Frankreich umging, wurde der löbliche Vorſatz, Buckingham von einer Widerholung ſeines ſeltſamen Abenteuers zurückzuhalten und in Karl I. freundlichere Geſinnungen gegen Frankreich zu erwecken, zur That. Zu dieſem Behufe wurden endlich der aus Gelderland gebürtige A. Randwijk und Adrian Pauw, Herr von Heemſtede, nach England entſendet und Kaſpar van Vosbergen und Sommelsdijk begaben ſich nach Frankreich.[3]

Am 14. Febr. (a. St.?) 1628 langten die holländiſchen Geſandten in Gravesend an, wo ſie der niederländiſche Reſident in London, Joachimi,

---

1) Förſter 1. 340.

2) Arend, Algemeene Geschiedenis III. 4 S. 267, 268.

3) Verbael van de H. H. v. Randwijck ende van Heemstede van de Legatie naer Engelandt in den jaere 1628 en 1629. Verbael van de Heeren van Sommelsdijck ende Vosbergen van hare extraordinaris Ambassade aen den Coninck van Vranckrijck in de Jaren 1628 ende 1629. Reichsarchiv im Haag.

empfing.[1] Schon von diesem wurde ihnen die Mitteilung, daß sich der König vielleicht zum Frieden mit Frankreich werde bewegen lassen, wenn sich dieses verpflichte, in Gemeinschaft mit England die Angelegenheiten Dänemarks und Deutschlands zu ordnen und zwar so, daß Frankreich zwei Drittel der Kosten auf sich nehmen würde, während England das letzte Drittel tragen wollte. Ferner sollte sich Ludwig XIII. verpflichten, der Stadt La Rochelle sowie den Reformierten überhaupt die Zugeständnisse zu halten, welche er ihnen unter der Vermittelung des Grafen Holland und Carletons gewährleistet hatte.

Die Gesandten machten indessen schon bei ihrem ersten Empfang die Wahrnehmung, daß Buckingham ganz andere Pläne beschäftigten, als der einer Versöhnung mit Frankreich. Er beklagte sich über die wenig ehrerbietige Weise, in der man von ihm in der Versamlung der Staaten gesprochen hatte, sowie über die Hindernisse, welche die Generalstaaten seinem Versuche, den Hugenotten Hilfe zu bringen und den König von Frankreich zur Unterstützung seiner gegen Östreich und Spanien gerichteten Bestrebungen zu nötigen, entgegensetzten. Wenn sich Frankreich dagegen der allgemeinen Sache thatkräftig zuwenden wollte, würde Karl I. sein Ohr friedlichen Vorschlägen nicht verschließen. Daneben versicherte jedoch Buckingham auch, daß Spanien zu einer Verständigung mit England bereit sei. Aus diesen Erklärungen konnten die Gesandten nur den Schluß ziehen, daß Buckingham zunächst von seinen Feindseligkeiten gegen Frankreich nicht ablassen werde. Wollte doch Karl I. seinen Schwager zum Anschluß an die deutsch-dänische Politik Englands geradezu nötigen.

Und in engster Verbindung mit diesen auswärtigen Bestrebungen stand die innere Politik des Königs und seines Günstlings. Beide waren entschlossen, sich die Mittel zur Durchführung dieser Pläne dem Parlament zum Trotz durch Gewalt zu verschaffen. Ja Buckingham stellte das widersinnige Ersuchen an die holländischen Gesandten, ihren Einfluß auf die Parlamentsmitglieder aufzubieten, damit die Versamlung die Mittel zur Durchführung von Unternehmungen bewilligen möchte, welche die Holländer durch ihre rechtzeitige Einsprache zu verhüten strebten.

Im Gegensatz zu Buckingham gaben freilich andere hochstehende Politiker, wie der Sekretär Conway, der Graf von Pembroke, ihrer Geneigtheit zu einem Frieden mit Frankreich offenen Ausdruck.

Bald erhielten jedoch die Gesandten aus dem Munde des Königs selbst die Gewißheit, daß sich Karl I. im vollsten Einverständnis mit

---

1) Arend a. a. O. S. 294–296.

seinem Günstlinge befand: die Klagen der Holländer über die Störungen ihres Handels gerade durch diesen englisch-französischen Krieg wurden von ihm mit der Mahnung zurückgewiesen, daß sie um des allgemeinen Besten Willen schon einiges Ungemach auf sich nehmen müßten.

Wie eindringlich aber die Warnungen waren, welche diese holländischen Gesandten, denen sich auch der Resident Joachimi anschloß, damals an den König richteten, ersehen wir aus einer ziemlich ausführlichen Denkschrift. War ihnen doch der Handel sowol in die spanischen Gebiete wie in die Ost- und Nordsee durch den englisch-französischen und den schwedisch-polnischen Krieg sehr erheblich erschwert, ja fast gänzlich abgeschnitten. Nach dem Binnenlande hin fanden sie die Flußgebiete Norddeutschlands durch die östreichisch-ligistische Eroberung fast ganz gesperrt, und der Sund schwebte in nicht geringer Gefahr. Ja ohne die Unterstützung Englands und Frankreichs erklärten sie ihre Sache selbst bei voller Verkehrsfreiheit für verloren, nachdem durch die neue böhmische Landesordnung der östreichische Absolutismus und zugleich der Katholizismus in Böhmen fest begründet, die Pfalz derselben Tyrannei anheimgefallen war, und die Feinde den niedersächsischen Kreis, den mächtigsten Teil Deutschlands, begrenzt vom Meer und zwei großen Strömen und geeint durch den Protestantismus, unter ihr Joch gebeugt hatten. Die ehemals geistlichen Fürstentümer unter weltlichen Herschern, besonders auch ihre Städte waren eine Beute der Sieger. Aus allen diesen Veränderungen konnten die Holländer keinen andern Schluß ziehen, als daß sich die vereinten Streitkräfte ihrer Gegner endlich auch gegen sie wenden würden. Dagegen waren sie der Meinung, daß der König von Dänemark durch die Anstrengungen beider Kronen noch gerettet werden könnte, während alle Verbündeten nur mit Mühe imstande sein würden, ihn nach seiner Vertreibung aus Dänemark mit Gewalt wider zurückzuführen. Indem die Gesandten den König an das Band der Verwandtschaft mit Ludwig XIII., seinem Schwager, an den Ruin der Pfalz und Böhmens und das Unglück seiner einzigen Schwester und ihrer Kinder, an die treue Fürsorge seiner Vorfahren für die Religion und die Freiheit der Niederlande erinnerten, baten sie ihn, der gemeinsamen Sache die Rache für seine persönlichen Beleidigungen zum Opfer zu bringen. England sollte den König von Frankreich nicht angreifen, sondern sich mit ihm gegen Spanien zur Unterstützung Dänemarks und des Reiches verbinden. Auf diese Weise hofften sie, werde auch den französischen Reformierten ein sicherer Friede erwirkt werden können. Im anderen Falle, wenn der König auf der einmal betretenen Bahn weiter fortschreiten sollte, stellten sie ihm das Schreckbild einer engeren Verbindung Spaniens mit Frankreich,

dessen Unterstützung die Niederlande nicht entbehren konnten, in sichere Aussicht.[1]

Allein die inneren Parteigegensätze und die Erbitterung Buckinghams und des Königs gegen Frankreich waren viel zu stark, als daß diese mahnenden Worte Eindruck hätten machen können. Später (9./19. Juni) ersuchten die Gesandten den König, auf seine Kosten sofort 2000 M. nach Glückstadt und Krempe zu schicken, an deren Stelle andere geworben werden könnten. In das größte Erstaunen gerieten sie aber, als sie ungefähr einen Monat später erfuhren, Karl I. sei vom spanischen Könige ersucht worden, einen Frieden mit ihm abzuschließen und habe sich dazu auch geneigt gezeigt. Die beiden Holländer blieben so mehr als Beobachter denn als Unterhändler bis zum Jahre 1629 in England.

Von ebenso geringem Erfolge waren die Bemühungen der nach Frankreich entsendeten Unterhändler Kaspar van Vosbergen und Sommelsdijk. Ja man ließ diese hier ziemlich deutlich merken, daß man ihren Vermittelungsversuch als ein sehr unzeitiges Beginnen betrachtete. Den König schienen ihre Besorgnisse vor den auf 150000 M. geschätzten kaiserlichen Heeren sehr wenig zu rühren. Selbst die Königin-Mutter, welche sie anflehten, ihre mütterlichen Rechte geltend zu machen und eine Versöhnung zwischen ihrem Sohne und ihrem Schwiegersohne herbeizuführen, nahm ihren Bitten gegenüber eine ablehnende Stellung ein. Sie erwiderte gerade wie der König, daß die Engländer die Feindseligkeiten begonnen hätten, und daß sie daher auch die Verantwortung dafür tragen müßten, daß der Kaiser eine Macht gewonnen habe, wie sie einst nur Karl der Große und Karl V. besessen hätten. Die außerordentlichen dänischen Gesandten Brahe und Thomasson v. Sehestedt gaben den Niederländern einen fast gleichlautenden Bericht über eine Verhandlung, die sie mit dem Großsiegelbewahrer gepflogen hatten. Dieser hatte sich dahin geäußert, Karl der Erste habe zuerst den Heiratsvertrag gebrochen, dann einen feindlichen Einfall in Frankreich gemacht, und müsse daher in Betreff einer Friedensverhandlung zuerst das Wort ergreifen. Vor seiner Abreise zum Heere wies Ludwig XIII. die Gesandten in einer Audienz im Louvre an seine Mutter.

Die Holländer machten indessen die befremdende Wahrnehmung, daß der Einfluß Spaniens in Paris im Steigen begriffen war. Als Mittelpunkt der spanisch gesinnten Partei bezeichnete man ohne Scheu die

1) Beilage zu einem Briefe A.'s van Randwijk, Ad.'s Pauw und Alb.'s Joachimi aus London vom 6. März a. St., der am 22. März a. St. im Haag anlangte. Der Inhalt dieser Denkschrift mag dem Könige am 29. Febr. a. St. (Arend S. 296) oder etwas später von den Gesandten vorgetragen worden sein.

regierende Königin, die es trefflich verstand, einen Großen gegen den andern zu hetzen und einen vertrauten Briefwechsel mit dem Könige von Spanien unterhielt. In Paris ging damals ein Wort des Königs herum, der sich über die wachsende Anzahl seiner Feinde beklagte und geäußert haben sollte, daß er selbst in seinem Bette nicht frei von ihnen sei.

Demungeachtet verfaßten die Holländer sogar den Entwurf eines Friedens zwischen beiden Kronen und sendeten ihn auch dem Könige von England ein. Allein ihre Thätigkeit war noch erfolgloser, als die der dänischen Unterhändler, welchen man endlich 200000 Gulden zusicherte. Den letzteren erteilte man um die Mitte des April den Abschied mit den üblichen Geschenken. Allein trotzdem verweilten sie noch Wochen lang in Paris, da sie die völlige Baarzahlung der ihnen verheißenen Summe nicht durchzusetzen vermochten, obwol die Königin-Mutter Auftrag gegeben hatte, ihnen bei Zahlungen einen Vorzug zu gewähren.[1] Wahrscheinlich erhielten sie in Bar höchstens 60—70000 Gulden und mußten sich bequemen, an Stelle des Restes Ämter und Bestallungen anzunehmen, die sie in Paris noch in bares Geld umzusetzen hatten. Doch ist es fraglich, ob man in Paris dem Könige während dieses Sommers auch nur diese geringfügige Unterstützung zugewendet hat.

Übrigens nahm Frankreich im Laufe dieses Jahres doch eine drohendere Haltung gegen Östreich ein. Schon als der Kaiser um Abstellung der gegen den Bischof von Verdun ergriffenen Maßnahmen, mit denen die rücksichtsloseste Verletzung der Autorität des Reiches verbunden war, nachgesucht hatte, war ihm eine sehr wenig entgegenkommende, ja verletzende Antwort erteilt worden. Ludwig XIII. erklärte den Bischof von Lothringen für einen geborenen Franzosen und für seinen Unterthan, der es darauf abgesehen habe, seinen persönlichen Streithandel mit dem Könige von Frankreich zu einer allgemeinen Angelegenheit zu machen und Könige und Fürsten wider einander zu hetzen. Auf die Anklage, daß man dem Reiche die Justizhoheit entzogen hatte, ging die Antwort des französischen Königs gar nicht ein.[2]

---

1) Nach dem Gesandtschaftsberichte nahmen Brahe und Thomasson von den Holländern am 31. Mai 1628 (a. St.?) Abschied, nachdem sie sich bereits unter Klagen über den Krieg zwischen den Kronen von England und Frankreich von Maria v. Medici verabschiedet hatten. Die Königin-Mutter hatte darauf nur erwidert: dat sij niet leuer soude sien, dan de vereeninge van dien ende sij haer hulpe ende beleyt daertoe mochte brengen, maer ter wijlen den tijt de selve noch niet toe enliet, dat men andere bequemheyt daertoe moste verwachten. Bl. 156.

2) Meteranus novus S. 573 f. Das Schreiben des Kaisers ist Prag d. 25. Jan. 1628 gezeichnet, die Antwort Ludwigs XIII. Paris d. 7. März 1628.

Selbst während des Kampfes gegen La Rochelle und die Engländer ließ Richelieu die deutschen Angelegenheiten nicht gänzlich aus den Augen: mehr und mehr befestigte sich vielmehr der Gedanke in ihm, Östreich auch im Reiche entgegenzutreten.

Nach dem Einzuge des französischen Königs in La Rochelle trat bei den maßgebenden Personen eine noch stärkere Sinnesänderung ein, wenn auch Richelieu jetzt die italischen Angelegenheiten am meisten erregten In Italien wollte der Cardinal Frankreichs Macht der vereinigten spanisch-östreichischen zunächst entgegenstellen. Immerhin scheint er indessen gegen den Schluß des Jahres 1628 die Absicht, gegen das Elsaß eine Diversion zu unternehmen, ernstlicher verfolgt zu haben, um dem Könige auf diese Weise Lust zu machen. —

Der damalige dänische Gesandte Zobel war während dieses Sommers in Paris ebenso einflußlos gewesen wie in Dänemark selbst. Die Franzosen klagten geradezu, daß er nicht nur seiner Religion, sondern auch seiner Hinneigung zu England wegen ungeeignet sei, die Angelegenheiten seines Königs zu fördern. Es ist sehr bezeichnend für das Verhältnis, in welchem Christian IV. damals zu Frankreich stand, daß Zobel den niederländischen Gesandten in der letzten Novemberwoche offen eingestand, er habe seit langer Zeit auf alle seine Berichte weder vom Könige von Dänemark noch von seinen Räten Antwort erlangen können. Infolge dieser Vernachlässigung hatte er seinen Abschied eingereicht und stand auf dem Sprunge, Frankreich den Rücken zu kehren, war aber noch ohne jegliche Kenntnis davon, wem er seine Stelle zu überlassen habe. Etwas später machte er Richelieu seinen Abschiedsbesuch und empfahl ihm die Unterstützung Christians IV. schon aus dem Grunde, weil er von Frankreich zu diesem Kampfe veranlaßt worden sei. Dem widersprach Richelieu freilich kräftigst, versicherte aber, Frankreichs Absicht sei, sobald der Friede mit England zu stande gekommen sein würde, sich Dänemarks energisch anzunehmen. Doch hatte Zobel den Eindruck, daß Richelieu die tiefere Würdigung dieser dänischen Verhältnisse, so z. B. der Bedeutung des Sundes, überhaupt abging.

Die niederländischen Gesandten erfuhren noch während ihrer Anwesenheit in Paris, daß ein Bündnis zwischen Frankreich, Venedig und dem Papste geschlossen sein sollte, in welches man auch Baiern und die katholischen Kantone der Schweiz hineinzuziehen gedachte.

Drittes Buch.

Höhepunkt der Kaisergewalt in der Belagerung Stralsunds.

Die Belagerung Stralsunds durch Hans Georg v. Arnim bis zur Aufnahme der dänischen Unterstützung.

Während die meisten Städte des Herzogtums Pommern nach dem Vertrage von Franzburg ihre Thore den Kaiserlichen öffneten, faßte der Rat der Stadt Stralsund den mannhaften Beschluß, keine Besatzung aufzunehmen.[1]

An der Spitze des Rates und der Stadt überhaupt stand damals ein begabter Mann, der mit heller Einsicht rüstigste Thatkraft verband und von unanfechtbarem Charakter war, der aus Düsseldorf gebürtige Bürgermeister und erste Syndikus Dr. Lambert Steinwich. Er war im April des Jahres 1571 geboren und stand also damals noch in den rüstigsten Mannesjahren; aus seiner zweiten Ehe mit Regina Völschow aus Greifswald lebte ihm ein Sohn. In Stralsund hatte sich Steinwich seit dem Jahre 1601 heimisch gemacht; in diesem Jahre war er von Anklam als städtischer Syndikus übergesiedelt. Allein schon in den ersten Jahren seines Aufenthalts traf ihn die Ungnade des Herzogs, so daß er mehrere Jahre hindurch seine Thätigkeit als Sachwalter nicht ausüben durfte. Während der Streitigkeiten der Stadt mit dem leidenschaftlichen Herzog Julius Philipp wurde er infolge seiner Beharrlichkeit in der Verteidigung der städtischen Freiheiten und Gerechtsame seines Amtes gänzlich entsetzt (1612). Demungeachtet erhob ihn jedoch das allgemeine Vertrauen der Bürgerschaft im Aug. 1616 zum Ratsherrn und Bürger-

1) Gründlicher, warhafftter vnnd | kurtzer Bericht Von der Hänsestadt Stralsundt. | Auß Befehl E. E. Rahts daselbst in Druck geben. | Stralsundt, | Bey vnd in Verlegung Augustin Ferbers, | ANNO M. DC. XXXI. 4. 170 S. Beylagen S. 1—144 (Von der Stadt selbst veröffentlichter Bericht.) Dinnies, Nachrichten die Einrückung der Kaiserlichen im Jahre 1627 und die Belagerung der Stadt Stralsund im Jahre 1628 betreffend. (Handschriftliche Samlung zahlreicher Urkunden in der Ratsbibliothek zu Stralsund). G. F. A. Neuburs Beytrag zu der Geschichte des dreißigjährigen Krieges, so viel ins besondere das Herzogthum Pommern betrift, aus authentischen Urkunden bewährt... Leipzig und Stralsund 1772. Fock, Rügensch(!)-Pommersche(!) Geschichten aus sieben Jahrhunderten, Bd. VI. 1872.

meister, und man beließ ihm auch die Stelle des ersten Syndikus. Als die Hansestädte im Jahre 1619 eine Gesandtschaft an Gustav Adolf schicken wollten, richteten sie ihr Augenmerk auf den unerschrockenen und umsichtigen Vertreter der alten Stadtherrlichkeit Lambert Steinwich. Stralsund wollte ihn jedoch damals nicht missen, und so wurde ihm die Erlaubnis zur Reise verweigert. Ebenso widersprach der Rat bald darauf seiner Wahl zum hansischen Generalsyndikus und erklärte ihn wegen der immer noch nicht ganz zum Abschluß gelangten Streitigkeiten mit dem Herzoge für unabkömmlich. Allein Steinwich betrieb seine Entlassung aus den städtischen Diensten selbst sehr nachdrücklich, weil er infolge seiner Treue gegen die Stadt bei dem Herzoge in Ungnade gefallen war, und man ihm bei Strafe untersagt hatte, den Parteien vor den herzoglichen Gerichten seine Dienste zu leisten. Es war das dritte Mal, daß man ihm seit seiner Übersiedelung nach Stralsund die Advokatur entzogen hatte. Auch machte er geltend, daß die Stadt selbst seiner Person halber in Ungelegenheiten bei der Regierung geraten werde, und daß der Herzog seine Entfernung wünsche. Allein Rat und Hundertmänner, die letzteren im Namen der ganzen Bürgerschaft, hoben Lübeck und den gesamten Hansestädten gegenüber rühmend hervor, Steinwich habe sich in seiner letzten Bestallung Stralsund auf eine Reihe von Jahren verpflichtet und könne sich ihr daher jetzt nicht entziehen, „zumal da er eine solche Person sei und in solchem Ansehen stünde, daß ein großer Teil der Wolfahrt dieser Stadt auf ihm beruhe". Endlich gab die Stadt jedoch insoweit nach, daß sie ihrem ersten Syndikus gestattete, das hansische Amt als ein Nebenamt zu übernehmen. Seinen Wohnort durfte jedoch Steinwich nicht verändern; dafür versprach ihm die Stadt Pferde und Wagen zum Besuche der Hansetage zu stellen.[1]

Von geistes- und charakterverwandten Ratsmitgliedern, wie Dr. Krauthoff und Johann Quilow, dem Syndikus Dr. Jakob Hasert und dem Protonotarius Johann Vahl, norddeutsch-nüchternen, aufrechten und dabei sehr klug um sich blickenden Männern unterstützt, hat dieser Bürgermeister einer damals für unüberwindlich gehaltenen Macht Widerstand geleistet und damit Pläne zu nichte gemacht, durch welche man die Geschicke der Deutschen in ganz neue Bahnen überzuleiten gedachte.

Die Bürgerschaft Stralsunds stimmte den Entschließungen ihres Rates ganz entschieden zu. Doch war man sich auch von vornherein bewußt, daß man für diesen Beschluß mit den Waffen werde einzustehen

1) Die Nachrichten über die Persönlichkeit Steinwichs beruhen auf einer kurzen Lebensbeschreibung, welche in Dinnies' Nachrichten von der Belagerung d. St. Stralsund, Bd. I. enthalten ist.

haben. Man entschied sich daher schon im Anfange der ganzen Bewegung dafür, die Vorstädte, da sie nicht verteidigt werden konnten, abzubrechen, legte vor dem Frankenthore im Westen der Stadt Verschanzungen an und erbaute ein Blockhaus zum Schutze des unbefestigten Hafens.

Die Stadt Stralsund konnte damals ihre Wälle, Mauern und Thürme mit etwa 80 Geschützen besetzen; auch die Bürger besaßen Waffen und waren imstande zur Wehr zu greifen. Bald erließ jedoch der Rat noch den ausdrücklichen Befehl, daß sich jeder Hausbesitzer mit einem Gewehr und einer bestimmten Menge Pulver versehen sollte: denn die Pulvervorräte des Rates waren anfangs nur gering. Aus der ansässigen Bürgerschaft und den Einwohnern vermochte die Stadt 2450 M., und wenn auch die nicht in der Stadt einheimischen, jetzt aber ihren Schutz genießenden Männer aufgeboten wurden, über 4000 M. Bewaffnete zu stellen, also eine sehr ansehnliche Zahl von Verteidigern, wenn man in Anschlag bringt, wie schwach damals gewöhnlich die Besatzungen befestigter Plätze waren.[1] Gegen das Ende des Jahres 1627 stellte man hierzu noch etwa 500 Geworbene in den Dienst ein, die im Anfange der Belagerung bis auf 1000 M. verstärkt wurden. Diese ganze bewaffnete Macht stand unter den zwei kriegserfahrenen Hauptleuten Chemnitz und Georg Volkmann, deren letzterer vor einigen Monaten den dänischen Dienst verlassen und in seine Heimat zurückgekehrt war. Unter den übrigen Offizieren bemerken wir einen dem bekannten auf Rügen ansässigen Geschlechte v. Bohlen zugehörigen Lieutenant. Zum Admiral über die kleine Flotte wurde ein aus Anklam gebürtiger, bereits erprobter Schiffskapitain Peter Blome ernannt, der später in die Dienste Gustav Adolfs als Viceadmiral trat; den Hafen stellte man unter die besondere Oberaufsicht des Kapitäns Bernd Stubbe.

Um Geld für die Löhnung der Soldaten zu beschaffen, nahm die Bürgerschaft eine Kopf- und eine Vermögenssteuer auf sich, der auch die Ärmsten unterworfen wurden. Nur die Geistlichen machten allerlei Ausflüchte und beriefen sich ebensowol auf ein angebliches Verbot eines ägyptischen Pharaonen wie auf den Reichstag vom Jahre 1594, welcher ihnen eine gewisse Steuerfreiheit zugesichert haben sollte und bezeichneten sich ohne Scheu als Bettler und Almosenempfänger und zahlten nichts. Im Verlaufe der Belagerung mußte man dann widerholt zu diesem Mittel der Besteuerung seine Zuflucht nehmen, ohne daß man jedoch mit den eingehenden Beträgen die Soldaten völlig befriedigen konnte. Man mußte daher auch noch andere städtische Mittel in Anspruch nehmen und

1) Fock VI. S. 136 ff.

verwendete aus diesen Hilfsquellen allein auf die Löhnung der Soldaten vom Juli bis zum Dez. noch etwa 30883 M. oder 5183 Reichsthaler.[1]

Nun hatte sich aber auch der Landtag zu Wolgast dahin schlüssig gemacht, die Kosten der kaiserlichen Einquartierung durch eine Vermögenssteuer von zwei Prozent aufzubringen, wozu die Vertreter der Stadt, die Bürgermeister Steinwich und Krauthof, nach einiger Zögerung ihre Zustimmung erteilt hatten. Sie mochten eingesehen haben, daß der Landtag ihnen als Ausgleichung für die bewilligten Steuern die Befreiung von Einquartierung, welche sie verlangten, nicht zuzusichern vermochte, und daß er noch weniger imstande war, einer solchen Zusicherung Nachachtung zu verschaffen. Die Stadt freilich hielt es für selbstverständlich, nachdem sie dem Beschlusse über die Erhaltung der kaiserlichen Truppen ihre Zustimmung erteilt hatte, sich der Einlagerung derselben in ihr Stadtgebiet möglichst zu erwehren.

Die rechtzeitige Verstärkung ihrer Wehrkraft zum Behuf der Abwehr von Durchzügen und Einlagerung mußte den wachsamen Vätern der Stadt um so notwendiger erscheinen, als sie sehr bald wahrnahmen, mit welchen Drangsalen die kaiserliche Besatzung die Einwohner Rügens beschwerten.[2] Bei der großen Wichtigkeit Rügens für die Sicherheit der Küste war die Einquartierung von 15 Komp., welche Wallenstein der Insel von vornherein zugedacht hatte, keine geradezu übermäßige. Allein die Verpflegung war so hoch angesetzt, daß infolge der Klagen darüber einer Anzahl von Hilfsquartieren des Festlandes Lieferungen auferlegt wurden, wodurch freilich Rügen auch nicht entlastet wurde, da noch sechs Kompagnien Reiter des Obersten Hans v. Götz, der persönlich auf dem Schlosse zu Putbus Quartier nahm, einrückten. Und bald darauf suchte auch das Regiment St. Julien in der preisgegebenen Insel Unterkommen und nahm es nach einiger Zeit. Schon in den ersten Wochen des neuen Jahres 1628 soll daher die Besatzung der Insel, den sehr beträchtlichen Troß abgerechnet, 6800 M. betragen haben.[3] Im Sommer 1628 mußten außer 3 Stäben 26 Komp. zu R. und F. unterhalten werden, zu denen später, nach dem Abzuge der Kaiserlichen von Stralsund, um der drohenden

1) Dinnies, Nachrichten Bd. I. „Die Besoldung der Soldaten ist sonst von dem Schoß- und Kopfsteuergelde genommen worden, indessen sind im Julio ex aerario civitatis zu solchem Behufe hingegeben worden 9309 Mark 8 Schil., im Aug. 5886 M., im Sept. über 8300 M., im Okt. 1500 M., im Nov. 1950 M., im Dec. 3938 M."

2) Julius Henning v. Bohlen, Die Kaiserlichen auf Rügen 1627—1630. Als Handschrift gedruckt, Stralsund 1846, S. 9.

3) J. H. v. Bohlen a. a. O. S. 16.

Landung Christians IV. wirksam zu begegnen, mehr als noch einmal so viel Kriegsvolk zugelegt wurde. Damals wurde der Oberbefehl über die ganze Besatzung dem Obersten Sparr übertragen. Da die Zufuhren schon bei dem Ausbruche der Streitigkeiten Arnims mit Stralsund von den sundischen Schiffen und später von den Dänen gehindert wurden, gestaltete sich die Lage der Bewohner der sonst so glücklichen und wol angebaueten Insel von Monat zu Monat unerträglicher. Im Januar des Jahres 1629 bekannte Wallenstein mit der ihm eigenen cynischen Offenheit dem Kaiser: „Die Länder, wo wir den Krieg führen, seind im Grund ruinirt, also daß die Soldaten allbereit in der Insel Rügen Hund und Katzen essen, die Pauern aus Not und Desperation sich selbst ins Meer stürzen.“ [1]

Schon Mitte Dezember 1627, als ein Offizier des von Triebsees her im Anmarsche befindlichen Obersten Götz um den Durchzug für dieses Regiment nachsuchte, wahrte Stralsund seine Selbständigkeit und erteilte eine ablehnende Antwort. Allein es war dem Obersten nur um ein Geschenk zu thun gewesen, welches man ihm auch nach einem tüchtigen Herabbieten gewährte. Die Stadt zahlte ihm für seine Person 400 und seinem Rittmeister 100 Rchsthlr.,[2] versah außerdem das Lager des Regiments bei Brandshagen mit Bier, Wein und Fleisch und setzte es endlich auf sundischen Schiffen nach Rügen über. Selbstverständlich erhielten überhaupt die kaiserlichen Soldaten damals noch freien Zutritt in die Stadt zum Einkaufe von Lebensmitteln oder zum Vergnügen; ein wallensteinischer Werber durfte freilich seinem Berufe in derselben nicht nachgehen.

Nur etwa eine Woche, nachdem Götz befriedigt worden war, erhob ein anderer lutherischer Oberst, auch ein Brandenburger wie Götz, Ernst Georg Sparr, im Namen des Kaisers die Forderung von 150000 Reichsthalern, deren dritten Teil der Oberst sofort von der Stadt einziehen sollte. Die Zahlung dieser Summe scheint als eine Entschädigung für die Befreiung von Einquartierung von Sparr bezeichnet worden zu sein. Ferner sollte die Stadt alle ihre Schiffe vom Auslaufen zurückhalten, um den Abschluß des Friedens nicht zu stören, der nach dem Berichte des Unterhändlers sehr nahe war.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Ratsherrn dieser letzten plumpen Unwahrheit des Obersten Glauben geschenkt haben; und doch

1) Güstrow d. 26. Jan. 1629. Wallenstein an Ferdinand II. Chlumecky S. 94.

2) In Dinnies' Nachrichten Bd. I. findet sich die Bemerkung: Dem Obristen Götze verehret 500 Rchthlr. (3000 Mark).

wies man das durch dieselbe begründete Gesuch, da der Winter vor der Thür stand, nicht gänzlich zurück. Rat und Bürgerschaft einigten sich darüber, innerhalb 14 Tagen 15000 Thaler zu zahlen, und erhöhten auf Sparr's Weigerung, sich hiermit zu begnügen, den Betrag auf 30000 Rchsth. Als Entschädigung hierfür nahmen sie freilich die Enthebung von der allgemeinen Landsteuer und die Sicherung vor Einquartierung in Anspruch und zwar die letztere ausdrücklich nicht nur für die Stadt, sondern auch für ihre auswärtigen Besitzungen, z. B. in Rügen. Eine solche von Wallenstein und Arnim unterzeichnete Zusage verpflichtete sich Sparr durch Namensunterschrift der Stadt auszuwirken und reiste nach einem mehrtägigen Aufenthalte mit seinem Sohne wider ab. Ein Geschenk von 100 Rosenoblen, welches auffallender Weise Vater Sparr zurückwies, nahm der Sohn an.[1]

Unmittelbar darauf begab sich jedoch eine städtische Gesandtschaft, an deren Spitze der Bürgermeister Dr. Krauthof stand, nach Prenzlau zu Arnim, von welchem Sparr seine Vollmachten erhalten hatte.[2]

Der Herzog Bogislav erklärte zwar Arnim, daß diese Zumutungen der mit Hand, Siegel und teurem adeligem Versprechen bestätigten Kapitulation von Franzburg schnurstracks zuwiderliefen und versicherte, er habe eher des Himmels Einfall, als solche Zumutungen erwartet, begnügte sich aber mit der Hoffnung, daß die göttliche Allmacht „von oben herab Rat, Hilfe und Errettung in Gnaden werde widerfahren lassen",[3] ohne sonst irgend etwas zur Unterstützung seiner Hafenstadt zu unternehmen.

Dem ebenso verschlagenen wie zähen kaiserlichen Obersten Arnim aber bot sich von neuem eine Gelegenheit, sich um die katholische Sache ein großes Verdienst zu erwerben. Als Lutheraner und Norddeutscher, der auch von den früheren Absichten der nordischen protestantischen Könige auf die jedem energischen Wollen leicht zugänglichen norddeutschen Stifter und kleinen Herzogtümer genauere Kenntnis hatte, sollte er eine zweite, ihrer Lage nach sehr wichtige Stadt zur Aufnahme einer kaiserlichen Besatzung oder zur Zahlung einer beträchtlichen Kriegssteuer oder vielmehr zu beidem bewegen. Nachdem es ihm geglückt war, im Gebiete seines Landesherrn eine kaiserliche Truppenabteilung aufzustellen und dadurch

1) In Dinnies' Nachrichten Band I. lesen wir die einfache Bemerkung: Dem Obristen Sparre verehret 100 Rosenobel (2400 Mark).

2) Die Instruktion dieser Gesandtschaft vom 19./29. Dez. findet sich in Neuburs Beyl. S. 185 ff. abgedruckt.

3) Herzog Bogislav an Arnim, Stettin d. 22. Dez. 1627/1. Jan. 1628 in den Beyl. des Gründl. Berichts S. 19.

den reformierten Kurfürsten völlig zu entwaffnen, nachdem er mit zwei andern lutherischen Offizieren den Herzog von Pommern zur Aufnahme einer Besatzung genötigt hatte, schien diese Aufgabe einem vielköpfigen Stadtregimente gegenüber um so leichter zu sein, als er von der landesherrlichen Gewalt nicht den geringsten thatsächlichen Widerstand zu erwarten hatte. Dem Bürgermeister Krauthoff und seinen Begleitern gegenüber erwies sich aber der Vorsichtige doch soweit nachgiebig, daß er die Gesamtforderung auf 100000 Reichsthaler herabsetzte. Dagegen wich er jeder bindenden Zusage im Betreff der Befreiung von Einquartierung dadurch aus, daß er den Abschluß der ganzen Unterhandlung Wallenstein anheimstellte.

Dieser Bescheid mußte in den städtischen Abgeordneten die Besorgnis stärken, daß Arnim nicht nur eine hohe Kriegssteuer, sondern auch die Einquartierung durchsetzen wollte; und infolge davon wurde die Stimmung des Rates von jetzt an unsicherer, während die Innungen und die niederen Bürgerklassen ihre Entschlossenheit bewahrten. Unter den letzteren begannen jetzt zwei Sachwalter Johann Jusquinus v. Gosen und Lorenz Rostock ihren nachhaltigen Einfluß auszuüben.

Unter diesen bedrohlichen Aussichten hielt es die Stadt für geraten, die von ihr bewilligten Beiträge zur landesherrlichen Kriegssteuerkasse trotz widerholter Mahnungen zurückzuhalten: dagegen erfüllte sie geringere Ansprüche mehrerer kaiserlicher Offiziere, ohne daß die geringste rechtliche Verpflichtung geltend gemacht werden konnte, ohne weiteres. Als jedoch Götz von Rügen aus das Ansinnen an sie richtete, die Pläne der Kaiserlichen durch Stellung von Kriegsschiffen zu unterstützen und sich die Aufnahme von dänischem Kriegsvolk verbat, wurde er auf die vom nächsten Hansetage zu erwartende Entscheidung verwiesen.

Da erschien am 2. Febr. Oberst Sparr abermals in der Stadt und machte neue Forderungen geltend. Man sollte ihm sofort 60000 Rchsth. zahlen, vier Geschütze ausliefern und allerlei Wünsche erfüllen, die sich auf eine glänzende Ausstaffierung der kaiserlichen Offiziere bezogen. Nach golddurchwirktem Zeug zu neuen Kamisolen, nach Scharlach, rotem Atlas, Silber und Goldtressen, braunem englischen Tuch und manchen andern ähnlichen Bedürfnissen stand der Sinn der Begehrlichen. Wichtiger als alle diese im Notfall mit Geld zu befriedigenden Ansprüche war jedoch für die Sicherheit der Stadt, daß Sparr auch auf die Unterbrechung der Arbeiten an den Befestigungen drang und vier Geschütze verlangte. Rat und Bürgerschaft wiesen zwar die meisten dieser Ansprüche zurück und erklärten zugleich, daß die Stadt noch mehr Geschütze nötig habe, sagten aber die Zahlung von 30000 Reichsthalern unter der bereits früher

gestellten Bedingung von neuem zu. Sparr verstieg sich darauf zu sehr ernsten Drohungen, die ihre Wirkung auf den Rat nicht verfehlten, dagegen die Unerschütterlichkeit der Bürgerschaft nicht zu brechen vermochten.[1] Abgeordnete der Bürgerschaft mit dem Rechtsbeistand Lorenz Rostock an der Spitze boten darauf Arnim in Greifswald die genannte Summe geradezu an, der sie auch als eine Abschlagszahlung annahm, aber jede Zusicherung der Befreiung von einer Besatzung ablehnte. Stralsund sollte ganz wie Rostock behandelt werden und nicht nur eine erhebliche Kriegssteuer zahlen, sondern auch eine Besatzung einnehmen. Nach der Rückkehr dieser Gesandtschaft geriet die Stimmung des Rates sehr ins Schwanken, die Mehrzahl der Mitglieder zeigte sich geneigt, die Zahlung ohne jede Bedingung zu leisten, und endlich stimmten auch alle einzelnen Abteilungen (Quartiere) der Bürgerschaft der Anschauung der Ratsmehrheit zu. Man wollte gegen eine einfache Quittung Arnims 30000 Thlr. zahlen und auf keiner weiteren Versicherung des Obersten oder Wallensteins selbst bestehen. Dagegen leistete man auf eine solche natürlich auch nicht ausdrücklich Verzicht.

Allein Arnim hatte die Stadt und ihre Vertreter gröblich getäuscht. Während man sich in Stralsund entschloß, seiner Geldforderung nachzukommen, hatte er schon den Plan zur Besetzung der kleinen so nahe gelegenen Insel Dänholm entworfen, den er am 4./14. Febr. ins Werk setzte, ohne das es die Stadt zu verhindern vermochte. Und sofort teilte er der Stadt auch seine Absicht mit, auf der Insel einige notwendige Gebäude aufzuführen, und forderte nochmals die Einstellung der Befestigungsarbeiten und außerdem die Abdankung der Geworbenen.

Diese unerwartete Feindseligkeit gegen die Stadt gewährte den leidenschaftlicheren und entschloßneren Elementen der Bürgerschaft einen Einfluß, welchem sich auch der Rat fügen mußte. Noch an demselben 4./14. Febr. brannten aufgeregte Scharen ohne Befehl des Rates die immer noch stehenden Scheunen in den Vorstädten nieder, und am folgenden Tage trat ein Kriegsrat zusammen, dem die Befugnis erteilt wurde, in dringenden Fällen auch ohne Rückfrage an den Rat und die Bürgerschaft zu handeln. Von einer bedingungslosen Zahlung der 30000 Rchsth. war jetzt keine Rede mehr, vielmehr mußte eine neue Gesandtschaft gegen die Besetzung des Dänholms Verwahrung einlegen und die Zahlung der geforderten Summe nur gegen die Räumung der Insel in Aussicht

1) Fock a. a. O. S. 156 ff. Die Ratsbeschlüsse sind vom 3. u. 6. Febr. a. St. Vgl. Gründl. Bericht Beyl. S. 24—29.

ſtellen.[1] Die Geſandten trafen jedoch Arnim nicht mehr auf dem Dänholm an, ſondern nur den Oberſten Götz, der ſich ohne weiteres einiger derſelben als Geiſeln bemächtigte, während die übrigen Arnim nachzogen und ihn in Greifswald erreichten. Unterdeſſen aber hatten die Bürger auf eigne Fauſt die Überfahrt vom Dänholm nach Rügen geſperrt und von ihren Fahrzeugen aus das Feuer gegen die Beſatzung des Dänholms eröffnet. Mehrere Soldaten, darunter ein kaiſerlicher Offizier, waren von ihnen aufgehoben worden. Götz ſuchte dagegen durch maßloſe Drohungen die von ihm zurückgehaltenen Geiſeln einzuſchüchtern: in dem kurzen Zeitraume von acht Tagen ſollten 50000 M. zum Angriff auf die Stadt heranziehen. Und die Mahnbriefe der von Götz geängſtigten Geiſeln, verbunden mit den Warnungen einer herzoglichen Geſandtſchaft, an welcher Volkmar Wolf Freiherr v. Putbus und der Hofgerichtspräſident Eccard v. Uſedom teilnahmen, beſchwichtigten die Aufregung in der Stadt wirklich ſoweit, daß man den neuen Forderungen Arnims, welche die Geſandten von Greifswald mitbrachten (19. Febr.), Gehör ſchenkte. Ziemlich unmittelbar darauf gingen Botſchafter der Stadt mit dem Bürgermeiſter Krauthof zu Arnim nach Greifswald und ſchloſſen hier am 11./21. Febr. einen Vergleich mit dem Oberſten, welcher dem letzteren die eigenommene Inſel ſicherte, bis er von Wallenſtein den Befehl zu ihrer Räumung erhalten[2] werde, die Stadt dagegen zur Aufhebung der Einſchließung der Inſel und zur wirklichen Auszahlung der angebotenen Summe von 30000 Rthlrn. verpflichtete. Unter Anrufung des Namens Gottes beteuerte Arnim, daß er ein Freund der Stadt ſein werde, wenn ſie ſich jetzt füge, obgleich er Befehle Wallenſteins in den Händen hatte, deren Befolgung dieſe Freundſchaft gänzlich ausſchloß. Da die Abführung der Schiffe innerhalb 24 Stunden ſtattfinden ſollte, trat der Kriegsrat in der folgenden Nacht (22. Febr.) früh ein Uhr mit den Hundertmannen und den Schiffern zuſammen und einigte ſich mit dieſen Vertretern der Stadt über einen vorſichtigen Antrag des Bürgermeiſters Steinwich, nach welchem die engere Einſchließung des Dänholms aufgehoben werden ſollte. Doch wollte man den Schiffen eine ſolche Stellung anweiſen, daß man ſich von den Vorgängen auf der Inſel ſtets unterrichtet halten konnte. Und darauf wurde der Vertrag mit Arnim genehmigt, und die Stadt

1) Vgl. die Inſtruktion dieſer Geſandtſchaft vom 5./15. Febr. bei Neubur S. 201—203.

2) Fock hat ſich S. 172 Anm in der Annahme, daß Wallenſteins Brief an Arnim vom 27. Febr (Förſter 1. 308 f.) die Antwort auf die Mitteilung des Vergleichs von Greifswald ſei, geirrt. Dieſer Vergleich wurde am 11./21. Febr. geſchloſſen, vgl. Neubur 210, 211.

zahlte nun endlich die Summe von 30000 Rthlrn. baar aus.[1] Wie vorsichtig und zugleich wie nachgiebig hat sich also die Bürgerschaft und ihre Vertretung in diesen ersten Verhandlungen mit dem kaiserlichen Obersten erwiesen.

Arnim dagegen scheint dieses Abkommen vom 21. Febr. nur angenommen zu haben, um sich möglichst bald in den Besitz von Mitteln zu einem weiteren kriegerischen Vorgehen gegen die Stadt zu setzen. Er unterbrach deshalb den Ausbau seiner Befestigungen auf dem Dänholm nicht einen Augenblick und setzte sehr bald den Rat von neuem in Angst.

In dieser Zeit wird der Bürgerschaft auch der Grund klar geworden sein, aus welchem die Kaiserlichen so eifrig nach dem Besitze der Stadt strebten. Verkündete doch der Graf von Schwarzenberg in Lübeck ungescheut, daß sie sich zum Besten der Stadt selbst in den Besitz des Hafens setzen müßten, damit der Feind hier keinen Einfall mache. Ja er suchte sogar die konfessionellen Bedenken der starren städtischen Lutheraner durch einen Hinweis auf Arnim selbst, der ihrer Religion verwandt und fast „der frömmste auf der Welt wäre", zu beschwichtigen. Der würde ihnen doch „kein Ungleiches aufdringen".

Da ist es nicht zu verwundern, daß sich endlich die Ungeduld der Leidenschaftlichen mit Gewalt Luft machte, welche den Rat beschuldigten, daß er den Forderungen des kaiserlichen Obersten eine allzu große Nachgiebigkeit entgegenbringe. Als der Rat zwei Geschütze, welche Arnim von einem stralsundischen Bürger erkauft hatte, durch die städtischen Truppen vor das Thor bringen lassen wollte, erhob sich ein Auflauf, durch welchen das Vorhaben zunächst verhindert wurde. Arnim benutzte das an sich ziemlich bedeutungslose Ereignis sofort dazu, den Rat von neuem einzuschüchtern. Er erklärte, daß er „mit vielen unschuldigen Leuten in Stralsund ein großes Mitleiden trage", fürchtete aber, „daß dieses Jetzige das Vorige dermaßen wider rege machen werde, daß daraus allerhand große Unangelegenheit entstehen werde. Insonderheit habe ich solches aus den nächsten Schreiben, die mir aus Prag zugekommen, ersehen, wie gar hoch am kaiserlichen Hofe das erste übel bedachte Beginnen aufgenommen worden. An meinem Ort will ich zwar keinen Fleiß sparen, das Beste vorzuwenden, wie ich dann auch noch heutiges Tages widerum an J. F. G. den Herrn General einen abgefertigt und alles zum Besten entschuldiget habe". „Gott gebe, daß es nur auch dergestalt selbiges Ortes möge aufgenommen und nicht ein neues Blutbad dadurch verursachet

1) Arnims Quittung vom 22. Febr. n. St. ist auch von Förster Bd. 1. 210 abgedruckt.

werde."[1] Als freilich der Rat darauf die Bürger nach den einzelnen Quartieren in die Kirchen zusammen berief, genehmigten sie die Auslieferung der Geschütze, wenn auch mit einigem Widerwillen, trotzdem. Allein die Leidenschaftlichen hatten den Rat doch in die unvorteilhafte Lage gebracht, bei Arnim seine Entschuldigung einlegen zu müssen.

Dieser aber erhob kurze Zeit nachdem er die 30000 Thlr. in Empfang genommen hatte, neue Ansprüche. Wie sich die Ligisten des Herzogs Friedrich Ulrich zur Bezwingung seiner Hauptstadt und Festung Wolfenbüttel bedient hatten, so versuchte der wallensteinische Oberst durch den geringen Einfluß, welchen der schwache und dem Vergnügen ergebene Herzog Bogislav noch besaß, auf die Bürgerschaft Stralsunds einzuwirken. Nachdem man von seiten der Stadt die Entlassung der Geworbenen zurückgewiesen hatte, ließ Arnim durch die Räte des Herzogs den scheinbar unverfänglichen Vorschlag machen, daß die Besatzung nicht mehr der Stadt, die sie bezahlte, sondern dem in den Händen ihrer Feinde befindlichen Herzoge den Eid leisten sollte.

Denn unterdessen war auch eine Gesandtschaft des Herzogs an Wallenstein mit dem Befehle der Aufnahme einer Besatzung aus Prag zurückgekehrt. Nur wenn der Landesfürst die Bürgschaft für die Stadt übernehmen wolle, und sich die Besatzung derselben unter seinen Oberbefehl stellen und vereidigen lasse, wollte der General von der Einführung einer kaiserlichen Besatzung abstehen. Und auch dieses Zugeständnis machte er noch davon abhängig, daß sich nicht neue Schwierigkeiten erheben dürften: er dachte dabei wol an die Annäherung dänischer oder schwedischer Kriegsschiffe.

Mit diesen Forderungen Wallensteins machten der Freiherr v. Putbus, der Kanzler v. Horn und der Stiftsvogt Bonin Rat und Bürgerschaft in der zweiten Märzwoche bekannt.

Und nach einigem Sträuben erteilte denselben nicht nur der Rat, sondern auch Vertreter der Bürgerschaft und selbst die Vorsteher der Zünfte ihre Zustimmung.[2] Sehr bald darauf aber erschien eine neue zahlreichere Gesandtschaft des Herzogs unter der Führung des Geheimen Rats Ekkard v. Usedom in der Stadt, welche nicht nur die Vereidigung der städtischen Besatzung auf den Herzog, sondern daneben auch andere Ansprüche durchzusetzen bemüht war. Wie charakteristisch ist da die

1) Arnim an den Rat, Greifswald 27. Febr./8. März. Dinnies, Bd. IV. 139—141.

2) Nach Fock 177 hätte sich die Stadt erboten, dem Herzoge und dem Kaiser die Huldigung zu leisten. Davon ist in der Antwort des Rats vom 9./19. März an den Herrn v. Usedom und Genossen auffallender Weise nicht die Rede. Vgl. Beylagen des Gründtlichen Berichts 54 ff. u. Neubur 234 ff.

Antwort, durch welche der Rat den Herzog und die Landstände auf das Widerspruchsvolle der ganzen Sachlage aufmerksam machte.[1] Er gab ihnen zu bedenken, welche Gefahren nicht allein für diese Stadt, sondern auch für das Land dieses ganz neue verdächtige Begehren auf sich habe, da weder der Landesherr noch die Landschaft „ihrer selbst mächtig wären, sondern Gewaltigeren zu Gebote stehen müßten". Und trotzdem machte der Rat auch jetzt das vorläufige Zugeständnis, daß seine Hauptleute und Soldaten „J. F. G. Person und weiter nicht und uns zugleich schwören sollten". Zu einer bindenden Zusicherung wollte er sich aber nicht verstehen, „bevor die Versicherung wider Einquartierung und andere Beschwerung dieser Stadt von dem Herrn Vicegeneral und dem General selbst erfolge", und der Vertrag zu Greifswald bestätigt werde.

Bei dieser Stimmung des Rats und der Bürgerschaft wäre es Arnim, wenn er der Stadt aufrichtiges Wolwollen hätte beweisen und sie gegen Zahlung der verabredeten Summe mit der Belagerung hätte verschonen wollen, recht wol möglich gewesen, die Verhandlungen fortzuführen, sie zu einem für die Stadt erträglichen Ende zu bringen und die Verantwortung eines glimpflichen Ausgangs dem General gegenüber auf sich zu nehmen.

Allein diese letzten Verhandlungen sind sehr schnell abgebrochen worden, da Arnim die von ihm verlangte Sicherstellung der Stadt eben nicht gewähren wollte, und nur wenige Tage darauf mußte sich die Stadt davon überzeugen, daß es ihm mit dem zuletzt ergriffenen Auskunftsmittel überhaupt kein Ernst gewesen war.

Die Anwesenheit des dänischen Rates Dr. Steinberg in Stralsund veranlaßte ihn, die Einquartierung von neuem zu fordern, und kurz darauf machten seine Truppen bei Nachtzeit ihren ersten Angriff auf die Wache am Frankenthore[2] und bereiteten eine Verstärkung ihrer Besatzung auf dem Dänholm vor, den sie durch Geschütze uneinnehmbarer machen wollten.

Aber sofort ließ auch der sundische Admiral seine Schiffe wider gegen den Dänholm kreuzen und sperrte den Kaiserlichen jede Zufuhr. An der Errichtung von Schanzen und dem Ausbau der Befestigungswerke der Stadt überhaupt wurde nun mit verdoppeltem Eifer gearbeitet. Und da man sich sehr bald davon überzeugte, daß sich die Kaiserlichen auf dem

1) Bürgermeister, Rat, Alter-, Hundertmänner und Ausschuß der ehrliebenden Bürgerschaft der Stadt Stralsund an die fürstl. Herrn Commissarien 9./19. März. Das Credniv dieser Gesandtschaft ist Wolgast am 7./17. März ausgestellt. Dinnies IV, 142—150.

2) Es geschah am 27. März, vgl. Fock S. 178.

Dänholm aus Mangel an Nahrungsmitteln nicht lange würden halten können, war man in der Einschließung der Insel um so sorgfältiger. Am 5./15. April mußte sich endlich die Besatzung ergeben.

In diesen Tagen trat zugleich den Leitern der ganzen Bewegung in der Stadt der volle Ernst ihrer Lage deutlich vor das Bewußtsein. Man erkannte jetzt, daß Arnim trotz aller Versprechungen doch nur die eine Absicht verfolgte, sich der Stadt und des Hafens auf irgend eine Weise zu bemächtigen und ließ sich auch durch sein Luthertum nicht länger täuschen. Und doch wurde andererseits diesen besonnenen und weitschauenden bürgerlichen Politikern, denen jeder phantastische Aufschwung gänzlich fremd war, der Übergang zu ernstlichen Feindseligkeiten gegen einen Obersten des Kaisers nicht etwa leicht. Man erwog schon damals, daß die Stadt bei einem Angriffe wol oder übel bei auswärtigen Mächten werde Hilfe suchen müssen, deren Einschreiten nach dem geltenden Reichsrechte schwer zu rechtfertigen war. Aus diesem Grunde hatte man auch dem dänischen Abgesandten, welcher der Stadt die Hilfe seines Königs unter Drohungen anbot, eine ausweichende Antwort erteilt,[1] und hatte ihn an demselben Tage unbegleitet, wie er gekommen war, wider abziehen lassen. In dieser moralischen Zwangslage entschied man sich endlich dafür, geradezu die Unterstützung des Reichsoberhauptes selbst gegen seine höchsten Offiziere anzurufen. Noch vor der Ergebung der Kaiserlichen auf dem Dänholm entsendete man den Protonotarius Vahl zunächst zu Wallenstein und dann zum Kaiser nach Prag.[2]

Arnim hat alle seine seit dem Vertrage von Franzburg gegen Stralsund unternommenen Schritte zunächst auf seine eigne Verantwortung gethan und ohne zu ahnen, daß seinen Forderungen ein so energischer Widerstand entgegentreten würde. Erst später erteilte ihm Wallenstein die ausdrückliche Weisung, Stralsund womöglich mit einer Besatzung zu versehen und am 27. Febr. ließ er ihm den geschärften Befehl zugehen, sich der Stadt auf jede Weise zu bemächtigen. Schon jetzt betrachtete er das Widerstreben derselben als einen Anlaß für andere Bedrängte, sich seinen Ansprüchen gleichfalls zu entziehen. Wie leicht konnte die in Pommern entzündete

1) Der Bescheid ist vom 15. März, vgl. Beyl. des Gründl. Berichts S. 77f.

2) Seine Instruktion ist vom 9. April n. St., s. Neubur a. a. O. S. 237—240. Er erhielt zugleich ein Schreiben an Wallenstein (Beyl. des Gründl. Berichts S. 81), an welchen sich die Stadt schon am 23. Febr. vergeblich gewendet hatte. Die für die Reise aufgewendeten Mittel waren außerordentlich geringfügig. Dinnies berichtet: „Mart. 31 (a. St.) an Johann Vahlen zur Reise nach Prag 180 Mark; dem Diener, der ihn begleitet, zur Kleidung und zum Hute 105 M. Juli 10 (a. St.): Was auf der Reise aufgenommen, zu bezahlen 150 M.

Flamme nach Mecklenburg hinüberschlagen, ja vielleicht sogar in den Hansestädten einen allgemeinen Brand erwecken! Diese und ähnliche Besorgnisse drückten die an Arnim gerichteten Worte aus: „Der Herr muß sehen, die von Stralsund mit Ernst anzugreifen, denn ich will [es] nicht dazu kommen lassen, daß sie etwas wider uns erhalten und dadurch sie und andere ihres gleichen [ein] Herz fassen und Ungebührlichkeiten anfangen."[1] Doch schien Wallenstein auch damals ein friedlicher Vergleich im Bereiche der Möglichkeit zu liegen. Immerhin aber bereitete die Widersetzlichkeit der Stadt seinem eifrigen Bemühen, Küstenbefestigungen zu errichten und durch Erbauung kleiner Festungen und Schanzen in oder vor Travemünde, Wismar, Warnemünde, Rostock, ja selbst vor Stettin die Bürgerschaften dieser Städte vollständig zu demütigen, ihre Häfen zu schließen und den protestantischen Königen des Nordens womöglich die Ostsee zu sperren, Hindernisse, welche er um jeden Preis überwinden wollte. In rücksichtslosen, ziemlich barschen Formen ersuchte er daher den Herzog v. Pommern und den Markgrafen Sigismund von Brandenburg um Unterstützung durch Geschütze und Schießbedarf und Errichtung von Vorratshäusern und wies verschiedene Obersten an, Arnim ihre Regimenter zuzuführen.

Wahrscheinlich hat der Herzog Bogislav selbst Arnim und Wallenstein das Gesuch unterbreitet, sich im äußersten Falle mit einer Besetzung der Stadt durch den Herzog von Pommern zu begnügen, deren Offiziere gut kaiserlich gesinnt sein sollten.

Allein gerade um die Zeit, wo sich Wallenstein auch einem solchen Plane geneigt zeigte, stieg das Mißtrauen der Bürger gegen Arnims Zuverlässigkeit und Wallensteins katholisch-absolutistische Pläne in einem Grade, der jeglichen gütlichen Ausgleich unmöglich machte. Daß die Durchführung dieser Pläne den Untergang des Wolstandes der Seestädte zur Folge haben mußte, ward auch dem gemeinen Manne zur handgreiflichen Gewißheit, die sich mit der noch bangeren Scheu vor der Widereinführung des Katholicismus unlösbar verband. Und wie hätte das auch anders sein können, da Wallenstein schon im Oktober 1627 entschlossen war, demnächst in Rostock und Wismar Jesuitenkollegia zu begründen, als man ihm Mecklenburg noch gar nicht übertragen hatte.[2]

1) Wallenstein an Arnim, Gitschin 27. Febr. Förster 1. S. 308 f.

2) Wallenstein an St. Julien 29. Okt. 1627 in Band 40 der Mecklenb. Jahrbücher 94 ff. Diese von O. Lorenz mitgeteilten Briefe enthalten zahlreiche Lese- oder Schreibfehler, von denen hier einige berichtigt werden sollen: st. Zerda (S. 94, 113, 114, 124) l. Verda, st. Oberst v Ziemann (S. 94, 95, 96, 97, 99, 101, 102, 105, 107) l. Oberst v. Arnim, st. Bruneo (S. 125) l. Bruneo,

Und so darf es nicht Wunder nehmen, daß sich im Hinblick auf eine so verderbenschwangere Zukunft in der zweiten Woche nach Wahls Abreise der Rat mit der Bürgerschaft und allen Verteidigern in einem alle verpflichtenden eidlichen Gelöbnis vereinigte, bei der wahren Religion augsburgischer Konfession bis ans Ende beharrlich verbleiben und für der Stadt Freiheit, Privilegien, Rechte und Wolfahrt bis auf den letzten Blutstropfen streiten zu wollen. Trotzdem erklärte jedoch die Bürgerschaft auch ausdrücklich, als ein unzweifentliches mittelbares Glied dem Reiche bis in den Tod getreu und zugethan zu bleiben, soweit es vor Gott, vor den Nachkommen und den der Stadt geschworenen Eiden zu verantworten sein würde. Und darauf verbanden sich alle, keine Besatzung einzunehmen, sie werde ihnen auch angemutet, von wem es sei.[1] Dieser letzte Zusatz wurde selbstverständlich ausschließlich auf den Kaiser oder seinen General und den Herzog von Pommern gedeutet.

Nun war aber schon geraume Zeit vor dem Tage, an welchem der sundische Abgeordnete Wahl in Prag abgefertigt wurde, die Aufnahme einer fremden Besatzung in Stralsund, welche die kaiserlichen Politiker durch ihre Erklärung verhindern sollten, zur Thatsache geworden, und die Angelegenheiten der Stadt hatten sich dadurch zum Bessern gewendet.

Denn obwol die Stadt die früheren Anerbietungen Christians IV. ziemlich frostig beantwortet hatte, sendete ihr der König doch darauf in Daniel Troyen (Troya, Troja) von neuem einen Unterhändler zu und ließ ihr endlich durch ihn und den schon vorher verwendeten Dr. Steinberg drei Kriegsschiffe, ferner Geschütze mit dem erforderlichen Schießbedarf und Bedienungsmannschaften zuführen. Die Stadt nahm von dem Dargebotenen zwar nur die Geschütze nebst Zubehör entgegen, gab aber dies Mal den dänischen Gesandten die erfreuliche und sehr bestimmte Antwort, daß sie sich gegen feindliche Angriffe verteidigen und keine Besatzung von Arnim einnehmen werde.[2] Die Bitte der Stadt um eine Anleihe konnte oder wollte freilich weder die Mutter des Königs noch dieser selbst erfüllen.[3]

---

st. Topii (S. 124) l. Foppii, st. strecke (S. 114, 120) l. sterke, st. Rektor Wenzel (S. 101) l. Doktor Wenzel. Dieser Oberst v. Ziemann muß aus der Zahl der oberen Offiziere Wallensteins als ein frecher Eindringling ausgewiesen werden. Auch der bei Chlumecky 111 erwähnte „von Zienen" ist kein anderer als „der von Arnim."

1) Am 22. April, s. Neubur a. a. O. S. 240 f.

2) Vgl. das Nähere bei Fock, S. 195 f.

3) Vgl. die hierauf bezüglichen Vollmachten vom 6 (!) und 16. (!) April für Daniel Crögers bei Neubur a a. O. S. 244 f. Allein nicht nur der Name ist unrichtig, wie Fock angibt, sondern dem Anschein nach auch die Tagesangaben.

Nicht lange darauf sendete auch Gustav Adolf Stralsund aus freiem Entschlusse 100 Zentner Pulver.

Alle Bemühungen der Stadt dagegen, die Mitglieder der Hanse zu einer Unterstützung zu bewegen, hatten vor der Hand keinen Erfolg: Hamburg ließ sich nicht einmal zu einer Anleihe bewegen. Die Furcht, unter den sehr gespannten Verhältnissen irgend einen falschen Schritt zu thun, hielt die Städte alle zurück: und die im Hansekasten bereit liegenden Mittel waren unglaublich geringfügig.

Die Zeit verhältnismäßiger Ruhe benutzte die Stadt zur Ausdehnung und Verstärkung ihrer Befestigungswerke auf das Beste. Vor dem Franken- und Knieperthore wurden umfangreiche Außenwerke angelegt, das Küterthor ganz zugeschüttet und das Hospitalerthor eingerissen und an seiner Stelle eine halbmondförmige Schanze angelegt, auch die Mauern und Wälle ausgebessert und die innerhalb der ersteren aufgeführten Häuser, wo es nützlich erschien, durch eine Erdbedeckung gesichert.

Während den Bürgern die Wälle, Thore und Mauern zur Verteidigung angewiesen wurden, legte man die Geworbenen in die Außenwerke.

Unter solchen Vorbereitungen nahte der Monat Mai heran, wo Arnim seine Zurüstungen zur engeren Einschließung der Stadt mit größtem Nachdruck betrieb, während der Herzog von Pommern Rat und Bürgerschaft noch immer zur Nachgiebigkeit zu bewegen suchte. Arnim errichtete mit Hilfe des Herzogs zu Franzburg ein Lager, legte Küstenbefestigungen an und erbaute besonders bei Brandshagen eine ansehnliche Schanze. Und dieser gegenüber ließ er an der Küste von Rügen die neue Fährschanze errichten. Schon belästigten seine Streifparteien die vor den Thoren der Stadt ihren notwendigen Geschäften nachgehenden Bürger.

Da erschien am 5./15. Mai im Westen der Stadt in einer Entfernung von einer Viertelmeile die erste größere feindliche Abteilung, und zwei Tage darauf unternahm der Feind mit 14 Kompagnien Fußvolk von demselben Punkte aus einen kräftigen Vorstoß und setzte sich „in der Gegend der sogenannten Hufe, heute Grünhufe genannt," fest.

An demselben Tage aber fanden sich auch Abgeordnete der Städte Hamburg, Lübeck und Rostock in Stralsund ein, um womöglich noch in letzter Stunde die streitenden Mächte zu versöhnen. Nachdem sie sich von der Lage der städtischen Verhältnisse unterrichtet hatten, begaben sie sich zu Arnim, der ihnen aber mit großer Entschiedenheit eröffnete, daß sich die Stadt jetzt höheren Bedingungen zu fügen haben würde, wenn er ihr die kaiserliche Gnade, welche Stralsund in Wahrheit noch gar nicht verloren hatte, wider erwerben solle. Er forderte jetzt nicht weniger als 250000 Thaler, zehn der besten Schiffe, sechs halbe Kartaunen und

die Aufnahme eines kaiserlichen Bevollmächtigten. Und außerdem erhob er noch eine Anzahl andere, den Seeverkehr der Stadt schwer schädigende Ansprüche. Diese Bedingungen wurden zwar sehr bald ermäßigt, besonders ging der Feldmarschall in seiner Geldforderung auf 150000 Rthlr. herab; allein der Rat der Stadt mußte doch daraus erkennen, daß alle Verhandlungen vom Feinde nur noch zum Schein fortgesponnen wurden.[1] Und sehr bald überzeugte Arnim die Stadt hiervon durch die That.

Am 13./23. Mai führte der Feldmarschall persönlich eine weit stärkere Abteilung, welche 8000 M. gezählt haben soll, in den Nordwesten der Stadt und nahm Besitz von dem Hainholze vor dem Spitaler Damme. Das Hainholz lag jenseit der die Vorstädte einschließenden Landwehr, welche damals die städtischen Verteidigungsmannschaften an dieser Stelle noch besetzt hielten. Arnim selbst nahm seinen Aufenthalt in dem benachbarten Dorfe Redingshagen. Wahrscheinlich hatten sich die Feinde um dieselbe Zeit der Stadt auch von Süden genähert, obgleich es die Berichte nicht ausdrücklich melden.

Noch immer eilten die sich in Täuschungen wiegenden herzoglichen und hanseatischen Vermittler zwischen Arnims Hauptquartier und der Stadt hin und her. Denn gerade durch fortgesetzte Unterhandlungen hoffte der listige lutherische Oberst die Verteidiger seines Glaubens um so lässiger zu machen. Wie mögen daher die gerade in der Stadt verweilenden hanseatischen Abgeordneten in Schrecken gesetzt worden sein, als Arnim in der Nacht des 26. Mai zwischen zehn und elf Uhr plötzlich seine Truppen auf zwei Seiten zum Angriff vorgehen ließ.[2] Die eine Abteilung warf sich auf die St. Jürgenschanze vor dem Knieperthore, während sich die andere gegen das Frankenthor wendete. Der Angriff auf die St. Jürgenschanze wurde mit großer Hartnäckigkeit ausgeführt und bis gegen den Morgen des folgenden Tages fortgesetzt, und am Frankenthore kämpfte man gleichfalls bis gegen zwei Uhr Morgens. Allein auf beiden Punkten blieben die Anstrengungen des Feindes erfolglos: mit einem angeblichen Verluste von 500 M. wurde er zum Rückzuge genötigt. Die hinter das Licht geführten hanseatischen Vermittler hatten schon in der Stadt einen schimmen Stand; als sie aber bei ihrer Rückkehr zu Arnim in die Nähe der feindlichen Posten kamen, gab man sogar Feuer auf sie und nötigte sie, von neuem in der Stadt Zuflucht zu suchen. Nicht lange darauf gaben sie ihr fruchtloses und gefährliches Beginnen auf und kehrten in ihre Heimat zurück.

1) Vgl. Fock S. 206—208.
2) Fock S. 212.

Nachdem sich jedoch die Kaiserlichen trotzdem am 27. Mai der St. Jürgenschanze noch mehr genähert hatten, unternahmen sie in der Nacht vom 28. zum 29. Mai einen neuen Angriff auf diese Befestigung, der abermals fruchtlos ablief.[1] Sie waren nur imstande, eine Batterie bis zu einer Entfernung von einigen hundert Schritten von der genannten Schanze an den Teich an der Niedermühle vorzuschieben. Doch wurde die tapfer verteidigte Schanze am 31. Mai durch einen nächtlichen Angriff, in welchem die feindliche Reiterei den Verteidigern in den Rücken kam, wirklich genommen. Die Besatzung konnte sich zwar, wenn auch mit Verlusten, zurückziehen, mußte aber die Geschütze im Stiche lassen. Von dieser Schanze aus bestrichen nun die Feinde durch das Feuer ihrer Geschütze das Knieperthor. In derselben Nacht war auch das Geschützfeuer vor dem Frankenthor ein sehr nachdrückliches, denn Arnim wollte wol den Glauben erwecken, als ob sein Angriff hauptsächlich diesem Punkte gelte.

Aber schon zwei Tage darauf (2. Juni) ging er sogar gegen alle drei Thore, das Knieper- und Spitalerthor und die vor dem Frankenthore errichteten Verschanzungen vor. Die Kaiserlichen scheinen, da sie sogar die Sturmleitern mit sich führten, das Ersteigen der Wälle für wahrscheinlich gehalten zu haben, und wirklich glückte anfangs der Angriff auf der zuletzt erwähnten Stelle. Über ein Außenwerk auf dem Gertrudenkirchhofe gelangten die Feinde bis auf ein Ravelin, der Triangel genannt: hier wurde jedoch ihrem Vordringen ein so kräftiger Widerstand geleistet, daß sie endlich noch über das gewonnene Außenwerk zurückgetrieben wurden. Vor dem Knieperthore entschied zuletzt der städtische Hauptmann Volkmann durch einen nachdrücklichen Ausfall den Kampf; und am Spitalerthore hinderte ein schmaler, mit Einschnitten versehener Damm eine größere Annäherung der Feinde.

In dieser Juninacht mußte die Stadt alle ihre Kräfte im höchsten Maße anspannen, um das schwere Schicksal der Eroberung von sich abzuwenden, und der Ruhm, die Feinde zurückgetrieben zu haben, fällt fast ausschließlich den von ihr ernannten Hauptleuten und der tapferen Bürgerschaft zu.

Demungeachtet war jedoch die Stimmung des Rats eine so wenig hoffnungsvolle, daß er am Tage darauf ein Bittschreiben an Arnim abfaßte und um einen Waffenstillstand zur Fortsetzung der Beratungen mit dem Herzoge und seinen Räten nachsuchte. Wenn irgend etwas, so legt dieses Schreiben ein unwidersprechliches Zeugnis davon ab, daß der

1) Die näheren Einzelheiten finden sich bei Fock S. 214—218.

Rat in dem Bewußtsein handelte, daß der Stadt ein Kampf aufgezwungen sei, in dem ihr göttliches und menschliches Recht zur Seite stand. Nachdem der Rat Arnim vorgerückt hat, nach dem Empfange der 30000 Thlr. dem Vertrage zuwider die Feindseligkeiten begonnen und den Weg gütlicher Unterhandlung zuerst verlassen zu haben, erklärt er freimütig und offen: „Nun können wir bei diesem allem anders nichts thun, als nebst den Unsrigen zu Gott demütig aufseufzen und aus desselben Befehl unser und der Unsrigen Leib und Leben, so viel Gott verleihet, retten und verteidigen. Gott ist und bleibet Richter im Lande, vor dessen Gericht sind wir aller Strafen wol schuldig, aber vor Allerhöchstgedachter Kais. Maj. und weltlichem Gericht gänzlich unschuldig.... Weil dann zu E. Excellenz wir, wie obgedacht, dermaßen dienstlich Vertrauen gesetzet, E. Exc. auch dieser Ends benachbart und nit allein aus adeligem, löblichem Stamme entsprossen, sondern auch löblichen Ruhm erlanget und unser Glaubens Genosse sein, so bitten wir um unsers Heilands und Erlösers Jesu Christi willen, welcher unsers Glaubens Grund und Ursprung ist, Ew. Exc. wollten Obgedachtes beherzigen und verordnen, daß von gedachter Feindseligkeit abgelassen oder zum wenigsten sicherer Stillstand gemachet werden möge".[1]

Wir hören nicht, daß dieses aufrichtige Bekenntnis auf Arnims Ehrgeiz irgend einen Eindruck gemacht hätte. Seine Absicht ging vielmehr gerade damals dahin, die Stadt ohne eine lange Belagerung zu Falle zu bringen und Wallenstein bei seinem Eintreffen als Sieger entgegenzutreten. Freilich mußte den Obersten auch die militärische Vorsicht zur möglichsten Beschleunigung des ganzen Unternehmens antreiben; denn er wußte, daß schwedische und dänische Gesandte Augenzeugen der verzweifelten Anstrengungen gewesen waren, welche die Bürger zur Rettung ihres Gemeinwesens gemacht hatten. Und wenn er nun auch gewiß davon überzeugt war, daß der Rat die Hilfe der protestantischen Könige nicht leichtsinnig und vorzeitig anrufen würde, so mußte er doch auch die Maßnahmen in Rechnung ziehen, welche Christian IV. und Gustav Adolf zur Wahrung ihrer eignen Interessen auf der Ostsee und zugleich zur Rettung von Stralsund aus freien Stücken ergreifen konnten.

Und schon hatte ein schwedischer Hofjunker Borchard der Stadt auf Befehl des Königs hundert Centner Pulver zugeführt (28. Mai), ohne daß sie darum nachgesucht hatte. Zugleich sicherte Gustav Adolf bei dieser Gelegenheit der Stadt seine Unterstützung mit Rat und That zu, wenn

1) Bürgermeister und Rat an Arnim 24. Mai/3. Juni.

er in geziemender Weise daraum ersucht werde.[1] Dieses Schreiben des Königs wurde in Gegenwart des Rates und einer beträchtlichen Anzahl von Vertretern der Bürgerschaft am 29. Mai überreicht, und am folgenden Tage richtete die Stadt ein ebenso dringendes wie ehrerbietiges Hilfsgesuch an den König, mit welchem sie den Syndikus Dr. Hasert und einen Vertreter der Bürgerschaft Stevelin Brandenburg zu ihm entsendete. Freilich waren die den Unterhändlern erteilten Aufträge ziemlich unbestimmter Natur. Man stellte es Gustav Adolf anheim, darauf hinzuwirken, daß die kaiserliche Armee in Gutem abziehe, oder sie mit Gewalt durch einen Angriff vor der Stadt oder an irgend einem andern Punkte zu vertreiben. Wenn jedoch der König den Anspruch erheben würde, ihn zum Schutzherren anzunehmen, sollten die Gesandten jeder Erklärung ausweichen. Sie durften nur allenfalls Erkundigungen darüber einziehen, auf wie lange Zeit und unter welchen näheren Bedingungen die Schutzherrschaft in Anspruch genommen werde. Dagegen wünschte die Stadt sehnlichst, daß die Verhandlungen über ihre politische Stellung zum Könige auf keinen Fall die thatkräftige Unterstützung desselben verzögern möge, von der man 500—600 M. ausgerüstetes Fußvolk, welches die Stadt besolden wollte, vier Geschütze, Pulver und Geld erwartete.

Nur zwei Tage darauf richtete die Stadt auch ein Bittgesuch an Christian IV., der jedoch ihren Wünschen bereits zuvorgekommen war: Denn schon am 8. Juni langte die erste Abteilung des schottischen Regiments Monro nebst einer deutschen Kompagnie und drei Tage später der Rest desselben in Stralsund an. Ohne daß dem Könige ein Gesuch der bedrängten Stadt vorgelegen hätte, war den Schotten Marschbefehl erteilt worden (18. Mai). Der dänische Gesandte Dr. Steinberg, welcher sich allerdings mit einem Hilfsgesuche auf der Rückreise befand, wurde selbst durch die Botschaft von der nahen Ankunft des Regiments überrascht.

Später (17. Juni) erhielten die Dänen noch eine geringe Verstärkung und besonders auch Geschütze (9 St.) nebst den erforderlichen Bedienungsmannschaften.[2] Pulver sendete der König gleichfalls, soviel er entraten konnte.

---

1) Dieses Schreiben des Königs findet sich öfter, so in den Beyl. des Gründtl. Berichts S. 100f., im Theatrum Europaeum 1. S. 1066, bei Neubur a. a. O. S. 255f. Die Antwort der Stadt vom 20./30. Mai, die Vollmacht und die Instruktion für ihre Abgesandten von demselben Tage sind in Neuburs Schrift S. 257ff. enthalten.

2) Fock a. a. O. S. 226.

Doch währte es freilich einige Zeit, bis die umsichtigen und zähen Ratsherrn den dänischen Kriegsobersten Heinrich Holk soweit gebracht hatten, daß er einen die Verbindung der Stadt mit Kaiser und Reich und die städtischen Gerechtsame wahrenden Vergleich einging, welcher der Stadt sogar die Möglichkeit sicherte, sich mit Arnim über die Abführung der kaiserlichen Truppen friedlich zu vertragen.[1] Denn die Stadt vermied es, mit Christian IV., der sich mit dem Kaiser und nach den Anschauungen der kaiserlichen Partei auch mit dem Reiche im Kriege befand, geradezu ein Bündnis abzuschließen.

Eine unmittelbare Folge des Einzugs des dänischen Regiments war die Einsetzung eines Kriegsrats, der aus den obersten fremden Offizieren, den beiden städtischen Hauptleuten und zwei Ratsmitgliedern nebst zweien Bürgern gebildet wurde. An der Spitze der Offiziere stand der Oberst Holk; unter den bürgerlichen Mitgliedern wird der bedeutendste Einfluß dem Bürgermeister Steinwich zugefallen sein. Da, wo eine augenblickliche Entscheidung von Nöten war, mußten sie der Oberst Holk, der städtische Hauptmann Volkmann nebst dem Bürgermeister Steinwich und einem Mitgliede der Bürgerschaft, Jusquinus von Gosen, auf sich nehmen. Dieser Kriegsrat unterwarf sofort Bürger und Soldaten einer strengen Regimentsordnung, welche den Ausschreitungen der letzteren entgegentrat, aber auch die Lässigkeit und Unzuverlässigkeit der Bürger mit schweren Strafen bedrohte. Und wie notwendig die strengste militärische Ordnung für diese den Bürgern fremden, zum großen Teil ausländischen Kriegsknechte in der von den Feinden umlagerten Stadt war, beweist der Umstand, daß der Ratsherr Flemming bei einem Rundgange in den Befestigungen zwischen dem Knieper- und dem Spitalerthore einst einer Frau den Befehl erteilen mußte, durch Trommelschlag eine größere Anzahl von Verteidigern an eine bedrohte Stelle herbeizurufen. —

Auch nach der Ankunft der ersten dänischen Unterstützungsmannschaft stellte Arnim seine nächtlichen Angriffe noch nicht ganz ein. Bald darauf aber begnügte er sich mit einem ziemlich wirkungslosen Geschützfeuer und ging endlich noch während desselben wider zu Unterhandlungen über, die nun hauptsächlich auf die augenblickliche Entfernung der dänischen Truppen gerichtet waren.[2] Außerdem sollten alle seit dem Einmarsche

1) Nach Fock S. 221 ist das Abkommen mit Holk am 16./26. Juni getroffen worden, dagegen ist der „Revers und Versicherung, welche der Oberst Heinrich Holk eingereichet, und bei welcher es endlich verblieben" am 18./28. Juni gezeichnet. Neubur S. 244—66.

2) Fock S. 229 f.

der Kaiserlichen in Pommern errichteten städtischen Verteidigungswerke geschleift, und der Dänholm in die Hände der Kaiserlichen zurückgegeben werden.

Denn nachdem ihm die Eroberung der Stadt vor Wallensteins Eintreffen mißlungen war, scheint Arnim seinen Ehrgeiz darein gesetzt zu haben, sich derselben durch einen Vertrag zu bemächtigen. Er bot nach einiger Zeit dem Herzoge Bogislav in demselben Schreiben, in welchem er ihn auf Wallensteins Veranlassung um Unterstützung durch Geschütze und Lebensmittel anging, seine guten Dienste zur Vermittelung eines Vertrages an, wenn sich die Stadt noch vor Wallensteins Ankunft den vorgeschlagenen Bedingungen fügen würde.[1]

Und unmittelbar darauf erließen der Herzog und die Landstände Mahnschreiben an die Stadt und übersendeten ihr zugleich einen Drohbrief Wallensteins im Original. Die Landstände erteilten der Stadt den Rat, sich in das Unvermeidliche zu fügen, und der Herzog versprach, sein Bestes in der Sache thun zu wollen, falls man den von seinen Kommissaren überbrachten Vertragsentwurf genehmigen würde. Nur sollte man nicht mehr auf die Abführung der Truppen aus dem ganzen Herzogtum dringen, riet dieser letzte Herzog von Pommern, da besonders an dieser Forderung die früheren Verhandlungen gescheitert waren. Er wollte Stralsund dazu verpflichten, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrags durch den Feldmarschall die Verteidigungsmannschaften in Anwesenheit des letztern abzudanken, der Stadt aber auch gewährleisten, daß man ihr darauf ohne Zustimmung des Kaisers keine neue wider aufnötigen würde. Nach dem Vertrage sollte der Rat geradezu versprechen, die Kaiserlichen bei einem Angriffe auf Rügen zu unterstützen, wenn der Herzog und die Landstände damit einverstanden sein würden. Ebenso stellte man das Ansinnen an die Stadt, mit der Einwilligung des Landesherren und der Stände den Hafen zum Dienste des Kaisers offen zu halten. Beide Punkte versprach aber Arnim noch mit Wallenstein besonders zu verhandeln, um sie womöglich ganz aus dem Vertrage zu entfernen. Man mutete der Stadt zu, bis Weihnachten in vier Terminen 100000 Thlr. zu zahlen gegen das Versprechen, daß ihr vor dem Michaelistermine unter Hand und Siegel des Kaisers oder Wallensteins die Zusicherung erteilt werden sollte, sie weder mit Einquartierung noch mit Blokierung zu beschweren.

---

1) Arnim an Herzog Bogislav, Anklam 11./21. Juni. Das von Arnim an den Herzog von Pommern eingesendete Schreiben Wallensteins ist Frankfurt a. O. 17. Juni n. St. (vgl. Förster 1, 346 f.) gezeichnet. Die Mahnschreiben des Herzogs und der Landstände sind zu Wolgast am 13./23. Juni ausgestellt.

Für ein zu Wyk vor Greifswald angezündetes, dem Grafen zu Mansfeld zuständiges Schiff wurde der Stadt eine Buße von 2300 Rthlr. und zugleich die Entschädigung anderer zu Schaden gekommener Schiffseigentümer auferlegt. Arnim machte sich anheischig, dem Rate und der Bürgerschaft mit Ausnahme der Urheber (autores) der ganzen Bewegung, deren Auslieferung gefordert wurde, die Verzeihung des Kaisers und des Generals auszuwirken. Der Herzog und die Landstände nahmen dagegen schon damals auf sich, Arnim innerhalb vierzehn Tagen die schriftliche Gewährleistung einzuhändigen, daß die Stadt diesen Vertrag halten werde.

Die Stadt ließ sich darauf wirklich noch in Verhandlungen über diesen Vertragsentwurf ein und zeigte sich soweit nachgiebig, daß sie die Forderung der Abführung der Kaiserlichen aus dem Herzogtum fallen ließ und Arnims Versprechen, die Belagerung aufzuheben, für ausreichend erklärte. Allein die Bürgerschaft lehnte die Vorschläge durch einen Beschluß vom 19./29. Juni ab,[1] weil der Stadt durch die Annahme derselben große Gefahren und Weitläufigkeiten entstehen würden. Sie sprach zugleich den Wunsch aus, daß der Herzog und die Landschaft mit den Kaiserlichen einen Vergleich über die Abführung der wallensteinischen Scharen schließen sollten, und versprach in diesem Falle mit Unterstützung der Landschaft 50000 Thlr. zu zahlen. Selbst die Abbitte wurde in Aussicht gestellt.

Die hansische Gesandtschaft in Prag und ihre Erfolge.

Die schon auf dem wendischen Städtetage im Dec. 1627 beschlossene Gesandtschaft,[2] welche Ferdinand II. Vorstellungen gegen die Fortsetzung des Krieges besonders zur See machen sollte, nahmen zuletzt Stralsund, Lübeck, Hamburg, Bremen und Braunschweig auf sich. Ihre Abgeordneten, der siebzigjährige Protonotarius Dr. Johann Bahl aus Stralsund, Dr. Benedikt Winkler aus Lübeck, der bremische Dr. Johann Preißwerk und der hamburgische Lic. Vincent Moller und Dr. Hermann Baumgart

1) Der Bürgerschaft Erklärung über den mit dem Feldmarschall v. Arnim zu treffenden Vergleich vom 19. Junius a. St. 1628. Dinnies V, 119 ff.

2) Reichard a. a. O. 73. — Die Darstellung beruht hier hauptsächlich auf den Berichten des braunschweigischen Syndikus Dr. Hermann Baumgart an den Rat, welchen das braunschweigische Stadtarchiv unter der Signatur: „Zur Geschichte der Hanse Bd. XXX." enthält. Diese Berichte sind neuerdings von Heinrich Mack zum Druck befördert worden: H. M. Eine Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof zu Prag im Jahre 1628..... Wolfenbüttel 1892.

aus Braunſchweig traten zum erſten Male am 4. Mai n. St. in Prag zu einer gemeinſamen Sitzung zuſammen. Der lübiſche Abgeordnete legte einen kurzen Entwurf des mündlichen Vortrags, mit dem man den Kaiſer begrüßen wollte, vor. Am nächſten Tage wurde dieſer Entwurf genehmigt, und die der Geſandtſchaft erteilte Geſamtinſtruktion (vom 10./20. März) noch einer Prüfung unterworfen. Dabei ſtellte ſich als notwendig heraus, den Inhalt derſelben zu einer Bittſchrift an den Kaiſer mit geringen Änderungen beſonders im Eingange und am Schluſſe umzuarbeiten. Dieſe Bittſchrift wurde dann von allen fünf Abgeordneten am 6. Mai unterzeichnet, und der Kaiſer erteilte der Geſandtſchaft, nachdem ſie dem Oberkämmerer Grafen Khiſl ihre Vollmachten eingereicht hatte, noch an demſelben Tage in äußerlich ſehr freundlichen Formen Audienz.

Der lübiſche Geſandte führte das Wort und brachte dem Kaiſer nicht nur Glückwünſche für ſein und ſeiner Familie perſönliches Wolergehen, ſondern auch für die Siege dar, welche die kaiſerlichen Heere ſo weit nach Norden geführt hatten, daß ſich die Städte ihrer kaum zu erwehren vermochten! Winkler legte zugleich Fürbitte für die Stadt Stralſund ein, von deren unverdienter Einſchließung die Geſandten angeblich erſt in Prag Kenntnis erhalten hatten, erinnerte den Kaiſer ferner an das Unglück, welches die Fortſetzung des Krieges beſonders zur See über die Städte bringen würde und bat um Frieden; dabei übergab er die Bitte der Hanſeſtädte ſchriftlich.

Der Kaiſer erklärte, daß er „bei den Haaren zum Kriege und zur Verteidigung ſeiner Lande herangezogen worden ſei“, war aber nach ſeiner Verſicherung zum Frieden bereit, wenn nur der andere Teil ſich dazu ſchicken und ſich ſolche Mittel finden wollten, welche einen reputierlichen und dem Reiche nützlichen Frieden zu verbürgen geeignet wären. Als die Geſandten bereits im Aufbruche begriffen waren, rief er ihnen noch zu, Kurfürſten und Fürſten würden bald zuſammen kommen, da würde vom Frieden geratſchlagt werden.

Die von den Abgeordneten eingereichte Bittſchrift enthielt die ausführlichſten Klagen darüber, daß die Städte durch die Erfüllung der von Schwarzenberg an ſie gerichteten Anſprüche ihre Verträge mit dem Auslande ſamt ihren Privilegien, ja geradezu den ganzen Handel in die größte Gefahr bringen würden, wie ja noch „das ganze Deutſchland bei den uralten muskowitiſchen Commercien durch die Norder Seefahrt mit höchſtem Nachteil und Schaden täglich empfindet“. Nach einer Verlegung der Handelswege, auf welchen ſich das Reich bisher durch Vermittelung der Städte mit ſeinen Bedürfniſſen verſorgt hatte, würde man genötigt ſein, die mit Zöllen beſchwerten Waren durch die dritte und vierte

Hand aus Holland, England und Frankreich einzuführen und dadurch besonders die Bedürfnisse des Krieges und des Schiffbaues schädigen.

Als unausbleibliche Folge der bloßen Zurüstungen zum Seekriege von seiten des Reichs bezeichneten die Abgeordneten nicht bloß die Sperrung der Flüsse und die Blokade der Küsten, sondern auch den Verlust aller Guthaben der hansischen Kaufleute in dem mit Krieg bedrohten Auslande. Trotzdem aber waren die Städte entschlossen, „sich durch keine Gefahr, Not und Beschwer von der dem Kaiser schuldigen Treue, Pflicht und Gehorsam abtreiben zu lassen, sondern vielmehr, da es durch Gottes Verhängnis unabwendlich zum Seekriege geraten sollte, J. K. M. Gnade und Hulde allem Zeitigen (!) fürzuziehen". Doch baten sie den Kaiser als Vater des Vaterlands in tiefster Devotion in seiner „Friedensintention allergnädigst zu verharren und fortzufahren".

In dieser Bittschrift mußte dem Kaiser und seinen Staatsmännern ein Punkt von größter Bedeutung erscheinen, daß ihm die Städte nämlich das freiwillige Versprechen erteilten, bei einem Seekriege seine Feinde nicht zu unterstützen.[1] Eine besondere Verwendung für Stralsund enthielt diese auch von Johann Bahl unterzeichnete Denkschrift nicht.

Bei der verhängnisvollen Spannung, in welcher sich die Verhältnisse an der Ostseeküste und besonders in Stralsund befanden, hätte ein rascher Bescheid an die Gesandten der Hansestädte von entscheidenden Folgen sein können. Da man sich jedoch längere Zeit zur Antwort nahm, obwol man der schleunigen Einmischung der Dänen und Schweden entgegensehen mußte, bleibt nur der Schluß übrig, daß der Kriegspartei eine solche Einmischung um so weniger unerwünscht war, als man das Gelöbnis der Treue der Hansestädte in den Händen hatte.

Am 8. Mai waren die Gesandten bei dem Direktor des Geheimen Rats, dem Fürsten von Eggenberg, den man um eine möglichst schleunige Aufhebung der Belagerung Stralsunds ersuchte, obwol man zugleich der hierauf bezüglichen Drohworte einer hohen Person, jedenfalls Wallensteins,

1) Diese Zusicherung erteilte Dr. Benedikt Winkler dem Kaiser auch in seinem mündlichen Vortrage. Vgl. die Bemerkung im Rostocker Spiegel über dieselbe, nach welcher „obgefaßtes auß lauterer eingebildeter Klugheit und schädlichen Fürwiß gar weiniger Personen, ohne Vorwissen vnd Mitbilligung der andern Städte (denn sonsten hätten die vnsrigen auch davon Wissenschaft haben müssen, auch allererst nach Endigung des damaligen Hänse Tages in die Instruktion gerücket worden". E. 2. nach dem Exemplar der Ponick. Bibl. in Halle. Die nicht ganz klare Zusicherung der Städte wurde in dem mündlichen Berichte Baumgarts an den Syndikus Camman als „Dubius passus instructionis .. de eventuali assistentia in bello navali" bezeichnet. Mack 70.

gedachte. Der Beſcheid des leitenden Staatsmanns klang hoffnungsvoll: „er wüßte nicht, daß die Stadt etwas delinquiret; wäre aber kein delictum, ſo wäre auch keine Straf“. Auf eine ganz andere Geſinnung ließ dagegen die Erklärung des Reichshofratspräſidenten und Geheimen Rats Grafen v. Fürſtenberg ſchließen: „die großen Städte würden ſich nicht viel darum bekümmern, wenn die kleineren abgingen“. Dieſe Anſchauung wies aber der hamburgiſche Syndikus ausdrücklich zurück. Auf die Bitte der Geſandten ſchenkte ihnen der gegen Ende des April[1] nach Prag zurückgekehrte Graf v. Schwarzenberg am Nachmittage desſelben 8. Mai Gehör und ſuchte ſie noch immer für den Krieg gegen Dänemark zu gewinnen. Er forderte die Städte auf, dem Könige von Dänemark zu verſtehen zu geben, daß ſie den Frieden, wenn er keinen machen würde, in Gemeinſchaft mit dem Kaiſer durch Waffengewalt herſtellen würden.

Der Vizekanzler des Königreichs Böhmen und Geheime Rat Otto v. Noſtiz bezeichnete die Stralſunder anfangs als ſchuldig, ließ ſich aber anſcheinend eines Beſſeren belehren und erbot ſich zu allem Guten.

Endlich begaben ſich die Geſandten am 9. Mai Nachmittags zu Wallenſtein: aber ohne den Protonotarius Vahl, der ſchon zwei Tage vorher den General vergeblich zur Milde zu ſtimmen verſucht hatte. Wallenſtein hatte den alten Mann mit den Worten angefahren: „Ihr Beſtien, wollt Ihr Euch dem Kaiſer widerſetzen? Ihr ſeid Rebellen“. Vahl entgegnete: „Ich ſage Nein dazu“, — worauf ihn Wallenſtein noch einmal anherſchte: „Wollt Ihr mich Lügen ſtrafen“ und dann den Abgeordneten an Arnim verwies.[2]

Er erklärte ihm rund heraus, er werde ſelbſt zum Heere kommen und nicht eher abziehen, als bis Stralſund kaiſerliche Garniſon eingenommen habe, oder er wolle es ſo machen, daß nichts davon übrig bleibe. Bei den letzten Worten aber ſtrich er mit der Hand über den Tiſch, als ob er damit ſagen wollte, daß er mit der Stadt ganz reinen Tiſch machen werde.

Etwas gelinder verlief die Verhandlung des Generals mit den Vertretern der übrigen Seeſtädte.[3] Der Redner eröffnete ihr Anliegen in möglichſter Kürze, wurde aber doch von dem ungeduldigen General

1) Seinem Befehle zufolge wird Schwarzenberg am 14. April von Lübeck abgereiſt ſein und kann daher recht wol gegen den Ausgang des Monats in Prag angelangt ſein, wie der Mercure Francois Bd. 14. 418 berichtet: le Comte de Schwarsembourg ... s'en retourna à Prague sur la fin d'Avril sans aucune conclusion de sa negotiation auec les villes Anseatiques ...

2) Mack S. 74.

3) Mack 11—15.

durch die Versicherung unterbrochen, der Kaiser wäre zum Kriege genötigt worden, trotzdem aber zum Frieden geneigt, und wenn der König darum bitten würde, — denn entgegentragen würde man ihm denselben nicht, so hätte er Befehl, zu verhandeln. Für diesen Fall stellte er auch die Berücksichtigung der Interessen der Hansestädte in Aussicht, deren Vertreter er an Ort und Stelle hören wollte. Sonst war er bereit, den Krieg fortzusetzen und behauptete auch Mittel zum Seekriege zu besitzen. Dem Könige von Polen gedachte er zum Kriege gegen Schweden 50000 M. zuzusenden und die aus Holland und England eingeführten Waren in den Städten anzuhalten. Als die Gesandten zuletzt die Aufhebung der Blokade Stralsunds anregten und hinzufügten, daß die Stadt auch den Rest der versprochenen 80000 Thaler zahlen würde, geriet er von neuem in Harnisch und rief aus, er müsse und wolle die Stadt haben, und wenn er auch 100000 M. davor verlieren solle, wolle auch des Kindes im Mutterleibe nicht verschonen. Die militärische Bedeutung der Stadt war es, die ihn zu der Erwiderung veranlaßte, um Geld wäre es ihm nicht zu thun, er müßte die Stadt haben und Garnison hineinlegen. Wenn sie dieselbe noch einnehmen würde, wäre es gut, wo aber nicht und wenn sie in ihrer Bestialität verharrte, müßte er sie mit Gewalt bezwingen. Das Anerbieten der Stadt, die städtischen Geworbenen auf den Kaiser zu vereidigen, keine Feinde des Kaisers einzulassen und sich gegen Auswärtige zu verteidigen, genügte ihm zu seiner Versicherung nicht. Zum Schluß gab er die Erklärung ab, dem Obersten Arnim die Entscheidung anheim gestellt zu haben, der ein guter Mann sei, auch kein Wälscher, sondern ein Deutscher, und kein Deutscher allein, sondern auch ein Märker, und kein Katholik, sondern ein Lutherischer, mit dem müßten und könnten die Stralsunder handeln. Während er die Gesandten unter Händeschütteln entließ, teilte er ihnen zuletzt wie zufällig unter Gelächter mit, daß er ein Mittel kenne, durch welches der König von Spanien zum Frieden mit den Holländern zu gelangen vermöge, daß er ihnen nämlich ein Privilegium gebe, daß sie müßten zum Teufel fahren. Die Redewendung bezeichnete er ausdrücklich als die eines Katholiken und wollte damit wol in den Vertretern der Hansestädte die Besorgnis erregen, daß sich der König von Spanien durch Freigebung der Religion mit den Holländern völlig aussöhnen könne. Der Hofkriegsrat Freiherr Gerhard v. Questenberg eröffnete den Abgesandten, daß ihm der General ein eigenhändiges Schreiben an Arnim offen zugesendet habe, damit es der pommerische Gesandte lesen konnte, in welchem sich Wallenstein wirklich mit der Vereidigung der städtischen Truppen in Stralsund zufrieden erklärte: wenn die Stadt ihr Kriegsvolk dem Kaiser eidlich verpflichte und sich

verbindlich mache, sich „in K. M. Gehorsam zu Dero und des Reichs Bestem zu verteidigen, ferner keine Auswärtigen, viel weniger J. M. Widerwärtige einzunehmen“ und der Herzog und die Landstände Bürgschaft dafür leisten würden, sollte der Oberst Arnim sie quittieren und mit der Einlagerung verschonen.

Selbst der Hofkriegsratspräsident Collalto hatte von keinem Vergehen der Stadt gegen den Kaiser gehört und bemühte sich ausdrücklich, dem Gedanken bei den Abgeordneten Eingang zu verschaffen, daß die Einquartierung nicht als Strafe angesehen werden möchte: er bezeichnete sie als eine unumgängliche kriegerische Maßregel. Der Geheime Rat Graf v. Trautmannsdorff gab eine ähnliche Erklärung ab: er wußte nicht anders, als daß die Stadt im kaiserlichen Gehorsam verblieben wäre.

Aus diesen Eröffnungen der kaiserlichen Räte mußten die Abgeordneten also den Schluß ziehen, daß wol keiner derselben bis dahin von einer Schuld der Stadt überzeugt war, und daß die feindseligen Maßnahmen Wallensteins keineswegs allgemein gebilligt wurden. Allein demungeachtet wurden die Abgeordneten nicht rechtzeitig abgefertigt, sondern mußten in Unthätigkeit Wochen lang der Entscheidung harren. —

Kurze Zeit vor der Ankunft der hansischen Gesandten in Prag hatte die Erbitterung gegen Hamburg bei den kaiserlichen Räten einen bedenklichen Grad erreicht. Wallenstein hatte dem Kaiser mitgeteilt, daß ein in Haft genommener Oberstlieutenant, „der kleine Jakob,“ der Tochtermann des Obersten Konrad Nell, in Frauenkleidern wider aus der Stadt entkommen war und hatte sich über die Weigerung der Stadtbehörden, das Archiv des Administrators von Magdeburg und andere mit Beschlag belegte Güter auszuliefern, beschwert. Zu seinem großen Verdruß hatten ferner dänische Reiter einen italienischen Kaufmann Abondio Somigliano aus Hamburg[1] vom Hause Wandsbeck nach Glückstadt entführt, was ihm nur möglich erschien in Folge der Sicherheit, welcher sich die Feinde in der Stadt Hamburg erfreuten. Aldringer war der Meinung, daß der Anschlag eigentlich seiner Person gegolten habe, und daß die Feinde in stärkerer Anzahl in einem Gebüsch gehalten hätten. Vergeblich hatte Aldringer bis jetzt auch die Festnehmung der dänischen Commissare Detlevs v. Buchwald und Kays v. Alefeld sowie Detlevs v. Ranzau gefordert und auf die Entfernung der verdächtigen Personen und des herrenlosen Gesindels gedrungen. Infolge davon drängte Wallenstein den

1) Vgl. Pieper, Die Propaganda-Congregation und die nordischen Missionen im 17. Jahrhundert, Köln 1886, S. 17. Dieser Kaufmann war aus Como gebürtig und stand wahrscheinlich mit Wallenstein in näherer Verbindung.

Kaiser, dem hamburgischen Gesandten Vincent Möller einen Verweis zu erteilen und der Stadt nochmals den Befehl zugehen zu lassen, die Verdächtigen unverzüglich festzunehmen und sie samt ihrer Habe den östreichischen Beamten und Offizieren auszuliefern.

Allein Vincent Möller trat mit solchem Nachdruck für die ihm anvertrauten Rechte der gefährdeten Stadt ein, daß er den Mut der kaiserlichen Politiker und Generäle wirklich beugte. Er stellte vor, daß Feindseligkeiten der Stadt gegen die ausländischen Offiziere und Politiker die Vernichtung des Handels zur See und den Verlust aller Forderungen der Hamburger in den protestantischen Landen des Nordens, sowie die völlige Sperrung der Elbe nach sich ziehen und die Stellung des Rates der Stadt zur Bürgerschaft zu einer sehr gefahrvollen machen würden. Er drang darauf, daß man den Rat mit der Forderung der Einziehung von Personen und Gütern verschonen möchte und suchte die Unmöglichkeit darzuthun, den englischen und den holländischen Gesandten auszuweisen. Würde das letztere geschehen, so würden auch die mit den beiden Gesandten gepflogenen Verhandlungen über die Sicherheit der Elbe, die weder mit Kriegsschiffen belegt noch mit Befestigungswerken beschwert werden sollte, vergeblich sein. Gerade diese Verhandlungen aber wollten die Hamburger mit den fremden Diplomaten fortsetzen.

Diesen Ausführungen gegenüber wahrte nun freilich der Reichshofrat dem Kaiser das Recht, Verfügungen, wie sie gegen Hamburg ergangen waren, zu erlassen und betonte die Verpflichtung der Stadt, bei Vermeidung von Strafen solchen Befehlen nachzukommen. Die Reichsbehörden wollten der Stadt natürlich keine neutrale Stellung zugestehen. Auf der andern Seite hatten jedoch auch die von Möller angeführten Entschuldigungsgründe einen tiefen Eindruck gemacht, so daß man die Frage erörterte, was man thun könnte, wenn sich die mächtige Stadt den kaiserlichen Geboten nicht fügen, sondern Widerstand leisten würde. Auch in dieser Angelegenheit wendete sich der Kaiser an Wallenstein und ersuchte ihn um Beantwortung der Frage, wie man für den Fall der Widersetzlichkeit zu „gebürlicher Execution" gelangen könnte. Der Hofkriegsrat sollte sich gleichfalls mit dem General darüber beraten und dem Kaiser dann sein Gutachten überreichen. Darauf erklärte es Wallenstein noch nicht für ratsam, Gewaltmittel gegen die Stadt in Anwendung zu bringen, wobei sich der Hofkriegsrat natürlich beruhigte.[1] Man fürchtete die

1) Das Gutachten des Hofkriegsrats ist in einer gesiegelten Originalausfertigung im K. H. H. und St.-A. in Wien erhalten. „Kriegs Raths Gutachten der Statt Hamburg Parition betreffendt". Ex consilio Bellico 4. Maij Ao. 1628. Jo. Friedrich Vischer.

Glaubwürdigkeit der kaiſerlichen Verſicherungen im Betreff des Religions- und Profanfriedens noch mehr zu entkräften und wollte ſich auch die Unterſtützung der Städte zur Erhaltung der kaiſerlichen Armee nicht geradezu abſchneiden. Und ſo hielt man es für geratener, gute Miene zum böſen Spiele zu machen und zog verdächtige Freunde, von denen doch zu Zeiten noch ein guter Dienſt zu hoffen war, erklärten Feinden vor.

Immerhin aber ließ der Kaiſer die früheren Forderungen der Ausweiſung, beſonders der Dänen und der Rebellen, ſowie die Einziehung ihrer Güter nicht fallen, wenn er ſie auch auf die Hauptrebellen einſchränkte; der Anſpruch auf das magdeburgiſche Archiv wurde gleichfalls erneuert. Dagegen ſollte die Stadt den beiden fremden Geſandten nur andeuten, daß ſie ihnen gegen des Kaiſers Willen keinen Schutz mehr gewähren könnte und ſie auffordern, ſich ſelbſt vor Gefahr zu hüten. Darauf folgte die Verſicherung, daß der Kaiſer jeden getreuen Stand des Reichs bei ſeinen Rechten und der deutſchen Libertät ſchützen werde, und eine Warnung, jenen Gerüchten Glauben zu ſchenken, welche von ſeiten der Feinde auch wol in den öffentlichen Zeitungen verbreitet würden.[1] Man deutete mit den etwas geheimnisvollen Worten darauf hin, daß man dem Kaiſer Schuld gab, die Aufhebung des Religionsfriedens im Schilde zu führen.

Während man in Prag der Ankunft der hanſiſchen Geſandten und Schwarzenbergs entgegenſah, ſendete Ferdinand II. noch einen beſonderen Botſchafter in ſeinem Hofkammerrate J. R. v. Walmerode an die Städte Braunſchweig, Bremen, Hamburg und Lübeck, deſſen Berichte man wol vor einer Antwort auf die hanſiſchen Geſuche erwarten wollte.[2] Der Kaiſer ließ über ein angeblich neues Bündnis dieſer Städte untereinander Klage führen und beſchwerte ſich zugleich über die Werbungen derſelben, die in Prag um ſo auffälliger waren, als man keinen Feind namhaft machen konnte, dem die kaiſerliche Kriegsmacht nicht gewachſen war. Auch in dieſer Beziehung wurde der herbſte Tadel gegen Hamburg

1) Der Beſcheid für den hamburgiſchen Abgeordneten Lt. Möller wurde im Geheimen Rate am 3. Juni geleſen und vom Kaiſer gutgeheißen. In dem Entwurfe des Geheimen Rats befand ſich ſogar die Verſicherung, daß der Kaiſer einen jeden getreuen .. Stand .. bei[der] ... deutſchen Libertät, *inſonderheit aber dem von Ihro hochbeteuerten Religion- und Profanfrieden zu manutenieren und* zu ſchützen jederzeit reſolviert geweſt und noch ſei". Allein die geſperrten Worte ſind jedenfalls während der Beratung mit dem Kaiſer geſtrichen und durch eine allgemeinere Bemerkung im Sinne unſeres Textes, die nicht von der Hand eines Schreibers ſtammt, erſetzt worden.

2) Seine Inſtruktion iſt vom 15. April. Wien Kr. A.

ausgesprochen, da zahlreiche Flüchtlinge aus den kaiserlichen Heeren in die städtischen Regimenter aufgenommen wurden: Walmerode sollte daher Hamburg geradezu bei Verlust der Privilegien die Fortsetzung der Werbungen untersagen, durch welche die Stadt nur ihr Misstrauen gegen den Kaiser selbst an den Tag zu legen schien.

Etwas später erhielt man in Wien Nachricht davon, daß Hamburg 18 Komp. geworben habe und im Augenblick zwar infolge der Absendung Walmerodes mit Werbungen zurückhalte, dafür aber 5000 M. Handwerksgesellen als Wartgelder annehme. Walmerode hatte aber auch den Auftrag, die immer stärker hervortretenden Besorgnisse vor bevorstehenden Änderungen in der Religion zu zerstreuen und niederzuschlagen. In derselben Zeit, wo man sich bereits entschlossen hatte, Magdeburg nicht in die Hände des protestantischen Kursachsen fallen zu lassen und Halberstadt zum Katholizismus zurückzuführen, hatte Walmerode den Hanseaten die Besorgnis vor religiösen Neuerungen als eine Folge der Aufhetzungen der dänischen Sendboten, als eine Maske, unter der man schon so lange einhergezogen sei, und als einen Deckmantel darzustellen, unter welchem die Gegner nur den Untergang ihrer eigenen Religion befördert hätten. Dagegen sollte er die Versicherung erteilen, daß die Wolfahrt der Städte von der kaiserlichen Gnade sowenig getrennt werden könnte, wie die Wärme von der Sonne.

Walmerode hat diese Aufträge an die Städte ausgeführt: die Erfolge seiner Sendung konnten freilich nicht genauer verfolgt werden. In Braunschweig verhandelte er in der letzten Woche des Mai.[1] Seiner Anwesenheit in Hamburg legte Tillys bekannter Berichterstatter eine erhebliche Bedeutung bei, da der Rat jetzt angeblich den östreichischen Forderungen mehr Gehör schenkte, als früher.

Allein gerade in den Tagen, wo Walmerode in Hamburg anwesend war, trat hier auch der schwedische Botschafter Ritter Christof Ludwig Rasch durch den Geschäftsträger der Niederlande mit den auf der dänischen Seite stehenden Mitgliedern des Rats, als welche die Bürgermeister Vogler und Winkler genannt werden, in engere Verbindung.

Rasch kam von Lübeck, wo er die Aufträge seines Königs schriftlich überreicht hatte.[2] Seine Aufgabe bestand darin, den Bestrebungen Walmerode's nach jeder Richtung hin entgegenzuarbeiten. Gustav Adolf ließ die Städte ferner vor dem Plane des Kaisers und des Königs von Spanien, sie in einer ganz neuen Handelsgesellschaft zu vereinigen,

1) Mack 64.

2) Sie sind Lübeck 30. April (a. St.) gezeichnet. A. d. St. Braunschweig, Zur Geschichte der Hanse Bd. XXX.

warnen und versprach ihnen für den Fall, daß sie in ihren alten natürlichen und nachbarlichen Verbindungen bleiben würden, seinen Schutz. Er mahnte sie noch besonders davon ab, sich in irgend einer Weise an Freibeuterzügen, wie sie Wolmar von Fahrensbach und andern zuzutrauen waren, zu beteiligen und forderte sie endlich auch auf, sich durch die vielgebrauchte Blendung, „als wenn es die Religion nicht anginge", nicht verführen zu lassen, sondern auf jeden Fall sich bei dem Könige um guten Rat und Beistand zu bewerben. Rasch stellte es als zweifellos hin, daß der König den Städten und jeder einzelnen insonderheit mit gutem Rat und kräftiger That gern die Hand bieten werde. Würden sie dagegen unter irgend einem Vorwande Schiffe auf Seeraub oder gegen den König von Dänemark aus ihren Häfen ausgehen lassen, so würden sie sich in die äußerste Gefahr setzen und auf jeden Fall dem Sieger zur Beute werden.

In Hamburg bezog Rasch später den Gasthof zur Goldnen Traube und bezeichnete sich ganz offen als einen schwedischen Abgesandten, der mit dem Rate der beiderseitigen Handelsbeziehungen wegen zu schaffen habe. Er ließ Foppius van Aitzema, sowie den dänischen Kommissaren ungescheut Einladungen zur Tafel zugehen.

Von Hamburg ging Rasch im Geheimen nach Bremen, kehrte aber noch einmal in die Elbstadt zurück. Er verhandelte hier täglich mit den Vertretern der auswärtigen protestantischen Mächte über die Hauptfrage, auf welche Weise sich die Städte mit dem Könige und den übrigen protestantischen Großmächten verbinden könnten, ohne geradezu die Kaiserlichen zu einem vorzeitigen Angriffe herauszufordern. Der Berichterstatter, welchem wir folgen, war der Meinung, daß die Städte dabei ihre Handelsinteressen vorschützen würden, um sich im schlimmsten Falle bei dem Kaiser entschuldigen zu können. Trotzdem war Hamburg im Begriff, bei Walmerode die vollständige Befreiung der Elbe auszuwirken und Glückstadt entweder ganz unter seine Botmäßigkeit zu bringen oder ihm wenigstens die Neutralität zusichern zu lassen. Michael v. Mentzel sah freilich auch in diesen Bestrebungen holländische Pläne und warnte den kaiserlichen Gesandten ausdrücklich vor denselben.[1]

Walmerode übergab am 7. Juni n. St. seine Aufträge für Lübeck schriftlich.[2] Er erwähnte darin auch des in diesen bürgerlichen norddeutschen Kreisen sehr getadelten Tages von Lauenburg und bezeichnete wirklich den Religionspunkt als die „bloße Larve, darunter die Subjugation

1) Michael v. Mentzel an Reinhard v. Walmerode, Hamburg 24. Mai/3. Juni 1628.

2) Archiv d. fr. St. Lübeck, Reichstagsakten 1627—29.

dieſes ganzen Kreiſes verborgen geweſen". Schwerlich werden jedoch auch die friedfertigſten Ratsherren von Lübeck den dreiſten Verſicherungen der Ungefährlichkeit dieſes kaiſerlichen Kriegszuges für ihr religiöſes Bekenntnis Glauben geſchenkt haben, da ſie die redenden Beweiſe vom Gegenteil in den Händen hatten. Denn ſchon war die Stadt Osnabrück, von welcher Anholt bereits eine Summe von 40000 Thlrn. erhalten hatte, bei dem Syndikus Dr. Winkler in Prag um die Fürſprache der Hanſeſtädte gegen die Forderung des Biſchofs, ihm beide Pfarrkirchen der Stadt einzuräumen, eingekommen. Der Rat der Stadt Osnabrück hatte dabei zugleich mitgeteilt, daß der kommandierende Oberſtlieutenant dem Bürgermeiſter und dem Rate die Weiſung erteilt habe, der bevorſtehenden Reformation keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, ſonſt würden ſie noch drückendere Einquartierung tragen müſſen.

In ſeiner Antwort (9. Juni) leiſtete der lübiſche Rat noch einmal das Verſprechen, er werde ſich durch keinen Vorwand vom Kaiſer abwendig machen laſſen, und beantwortete damit Walmerode's Vorhaltungen über den religiöſen Charakter dieſer Kämpfe in nicht eben geſchickt ausweichender Form.[1] Andererſeits bat er jedoch inſtändigſt um Frieden. Ihre Werbungen geſtanden die Lübecker ein, waren aber auch von der Rechtmäßigkeit derſelben überzeugt, da ſie der Kaiſer ſelbſt dazu aufgefordert hatte. Als Zeichen ihrer kaiſertreuen Geſinnung konnten ſie anführen, daß die Verbote der fremden Werbungen noch öffentlich angeſchlagen waren. In Travemünde hatte der Rat durch offenen Anſchlag unterſagt, Soldaten den Paß zu Waſſer zu geſtatten; die lübiſchen Wirtshäuſer ließ er täglich nach däniſchen Werbern durchſuchen. Ja zum Beweiſe für ſeine dem Kaiſer gegenüber durchaus tadelloſe geſetzliche Haltung teilte der Rat Walmerode ſogar mit, daß er die Aufträge der däniſchen Bevollmächtigten ſtets im Vertrauen zur Kenntnis der kaiſerlichen Geſandten gebracht habe.

Während die hanſiſchen Geſandten in Prag verweilten, ſahen ſie die feierliche Einholung der beiden großherzoglichen Brüder von Toskana, denen zu Ehren der Kaiſer kurz darauf eine Bärenhetze im Thiergarten veranſtaltete. Schon am nächſten Tage nahmen die italieniſchen Prinzen aber auch an der feierlichen Prozeſſion Teil, in welcher der Kaiſer und die Kaiſerin mit dem ganzen Hofſtaate von der Schloßkirche zum Kloſter Strahof gingen. Der Feſtzug mit den Reliquien des h. Norbertus galt der Widerkehr des Tages, an welchem vor etwa Jahresfriſt die Gebeine des Heiligen von Magdeburg nach Prag übergeführt worden waren

1) Archiv d. fr. Stadt Lübeck.

(2. Mai 1627). Auf Veranlassung des Abtes von Strahof wurden dabei silberne Schaustücke mit dem Bildnisse des heiligen Norbert, der eine Kirche in der einen Hand, eine Palme in der andern trug, ausgeworfen. Nachdem der Hof das Mittagsmahl im Kloster abgehalten hatte, fuhr der Kaiser mit seinen italienischen Gästen nach Brandeis, von wo er nach Verlauf einer Woche nach Prag zurückkehrte. Hier wurde darauf der Beginn des allgemeinen päpstlichen Jubiläums durch eine abermalige Festprozession von der Schloßkirche in die Kapuzinerkirche eingeleitet, zu der sich der Kaiser und die Kaiserin widerum eingestellt hatten. Am Himmelfahrtstage wurden die hansischen Gesandten der Ehre gewürdigt, eine Stunde lang an der kaiserlichen Mittagstafel aufzuwarten und sich darauf noch länger an der schönen Tafelmusik zu erfreuen. Während ihrer Anwesenheit in Prag war der kaiserliche Abgesandte Hermann von Questenberg aus Mantua zurückgekehrt (15. Mai).

Am 13. Mai[1] brach Wallenstein aus der böhmischen Hauptstadt nach Gitschin auf, um die erforderlichen Vorbereitungen zu seinem Einzuge in Mecklenburg und zur Übernahme des Oberbefehls über die Armee zu treffen.

Da in diesen Tagen der den evangelischen Böhmen, die sich nicht bekehren wollten, gestellte Termin zur Auswanderung ablief, zogen vor den Augen der norddeutschen Protestanten damals Hunderte der sächsischen Grenze zu, um sich vor der Hand in Pirna niederzulassen, wo ihnen der Kurfürst Aufnahme gewährte.

Auch in der allgemeinen Angelegenheit der Hansestädte wurde der Reichshofrat um sein Gutachten ersucht und erstattete es in derselben vorsichtigen und zurückhaltenden Weise, wie er sich im Betreff der Stadt Hamburg geäußert hatte. Er riet dem Kaiser, seinen Bescheid allgemein zu halten, das Mißtrauen der Städte zu beschwichtigen, sie des Religionsfriedens zu versichern, ihr „utile und interesse" herfürzuziehen und die Gemüter dadurch für sich zu gewinnen. Diesen Bescheid begründete er zugleich damit, daß ihm nichts davon bewußt sei, „wohin eigentlich das Kriegswesen dies Jahr dirigiert und wie dasselbe fortgesetzt werden sollte". Er wollte dem Kaiser also damit wol auch den Weg der Gewalt, ja vielleicht des kriegerischen Angriffs gegen die Städte nicht als geradezu ausgeschlossen bezeichnen.

1) H. Baumgart an Bürgermeister und Rat der Stadt Braunschweig, Prag 13. Mai n. St.: „J. F. G. von Friedtland ist heut vffgebrochen". Die Tagesangabe stimmt mit einer Meldung in Nr. XXI einer Zeitung: „Gewisse vnd warhaffte Wochentliche Or- | dinari Zeitungen, | Anno 1628" (4. K. B. in München) überein. Die von Förster 1. 333 f. unter „Hogitz den 2. Mai und Gitschin den 5. Mai" abgedruckten Briefe tragen also falsche Tagesangaben.

Und wirklich fiel der den hanſiſchen Abgeordneten endlich am 3. Juni auf ihr Friedensgeſuch erteilte, vom Kaiſer nicht unterzeichnete, ſondern nur unterſiegelte Beſcheid weit ſtrenger aus, als das Gutachten des Reichshofrats es hätte erwarten laſſen.[1] Man verſicherte den Abgeordneten, daß der Kaiſer in ſeinen friedlichen Beſtrebungen fortfahren werde, aber beſonderer Wallenſtein erteilter Weiſungen wurde nicht gedacht. Vielmehr nahm man die Geſandten beim Wort und erinnerte ſie nachdrücklich an das Verſprechen, daß ſich ihre Städte durch keine Gefahr, Not und Jammer von dem ſchuldigen Gehorſam abwenden laſſen wollten. Abermals wurden ferner ähnliche Anforderungen an die Hanſeſtädte gerichtet, wie die waren, deren Erfüllung ſie durch ihr Bittgeſuch hatten entgehen wollen. Da von den Feinden noch alles auf die Waffen geſtellt werde, ſo müßten die Hanſeſtädte dem Kaiſer mehr als bisher unter die Arme greifen, von der Neutralität, welche Reichsunterthanen gegen ihre höchſte Obrigkeit überhaupt nicht zuſtehe, ablaſſen, und wenn ſie die Früchte des Siegs genießen wollten, auch die Gefahren mit dem Kaiſer teilen. Eines Seekriegs gegen Dänemark wurde freilich in dieſem Beſcheide nicht mehr ausdrücklich gedacht, dagegen ſollten ſich die Städte gänzlich darauf verlaſſen, „daß ſie bei dem heilſamen Religion- und Profanfrieden von J. K. M. geſchützt und gehandhabt werden ſollten.“

An demſelben Tage wurde ferner die Antwort unterzeichnet,[2] welche man den Städten auf ihre Beſchlüſſe über das Handelsbündnis mit Spanien zu teil werden ließ. Man ſprach die Hoffnung aus, daß die Städte im September zu dem gewünſchten Entſchluſſe gelangen, d. h. das Handelsbündnis eingehen und damit auch „die Abſchaffung der ſpaniſchen Pragmatik“ erleichtern würden. Zugleich wurden die Städte noch einmal davor gewarnt, die Handelsbeziehungen zum Deckmantel politiſcher Verbindungen mit auswärtigen Mächten zu machen, in denen gefährliche Praktiken wider den Kaiſer und das Reich mit unterlaufen könnten, und ihnen befohlen, dem Kaiſer von ſolchen Verhandlungen jederzeit Mitteilung zu machen und feſte Verbindungen nur auf ſeine Genehmigung hin abzuſchließen.

Ein ebenſo ſachgemäßes und behutſames Gutachten wie über die hamburgiſche Angelegenheit und über die hanſiſchen Fragen überhaupt, erſtattete der Reichshofrat im Betreff der gegen Stralſund zu

1) Möglicherweiſe hat der Geheime Rat das Gutachten des Reichshofrats verſchärft, Mack 63.

2) Auch ſie iſt wie die vorige Urkunde nur im Namen des Kaiſers ausgeſtellt und nicht unterſchrieben, wol aber unterſiegelt. Beide Urkunden hat Stralendorf gezeichnet.

ergreifenden Maßregeln. Er riet, die Streitigkeiten beizulegen, damit die Stadt sich nicht mit andern Städten zu verbinden genötigt werde und sich aus Verzweiflung „an Dänemark und Schweden schenke und vom Reiche getrennt werde". Daß man ihr den Hafen nicht werde sperren oder einnehmen können, galt dem Reichshofrate als ausgemacht. Bei dieser Anschauung von der Sachlage stellte er sich ausdrücklich auf den Rechtsstandpunkt: der Reichshofrat hatte die Angelegenheit „als ein Justizrat" geprüft. Er räumte ein, daß kein gerechter Grund für diese Belagerung vorhanden sei, sondern daß sowol die Stadt als auch die ganze Landschaft sich jederzeit im Dienste des Kaisers standhaft erwiesen, und daß die Stadt bereits eine nicht geringe Summe entrichtet und zur Zahlung einer größeren sich anheischig gemacht habe. Die Weigerung, eine Besatzung einzunehmen, entschuldigte er damit, daß sich die Stadt durch die Vorgänge in Wismar und Rostock habe abschrecken lassen.[1]

Da vorauszusetzen ist, daß dem Reichshofrate bei der Abfassung dieses Urteils Wallensteins Gesinnung gegen Stralsund bekannt war, erklärte er sich ausdrücklich gegen dessen Absicht, die Stadt erforderliches Falles mit Waffengewalt unter seine Botmäßigkeit zu bringen und sie zur Einnehmung einer Besatzung zu zwingen. Wie der Geheime Rat, wenn ihm die Angelegenheit vorgelegt worden ist, entschieden hat, ist unbekannt, doch dürfte er schwerlich einen entgegengesetzten Beschluß gefaßt haben.

Diesem Gutachten schloß sich der Kaiser an, und so wurde Wahl, wenn auch auffallend spät (14. Juni), ein dem Anschein nach befriedigender und in gewissem Sinne korrekter Bescheid ausgefertigt. Der Kaiser war nicht gewillt, jemand zu gestatten, Stralsund wider die Billigkeit und ungehörter Sache beschweren und bedrängen zu lassen. Deshalb hatte er auch bereits dem Generalfeldhauptmann durch die Kriegsexpedition Befehl erteilt, zur Verhütung weiterer Inkonvenientien alle Missverständnisse in der Güte auszugleichen und die Stadt mit Einquartierung zu verschonen.[2] Dieser untersiegelte Bescheid ist jedoch nur im Namen des Kaisers ausgestellt und von Stralendorf unterzeichnet, während das Beglaubigungs- und Empfehlungsschreiben Wahls des Kaisers Unterschrift trägt.

1) Das Gutachten entbehrt einer Zeitangabe. Die dem Entwurfe beigefügte Bestimmung „Mai 1628" ist von neuerer Hand. K. K. H. H. u. St.-A. in Wien. Als Tag der Abfassung habe ich aus einer mir jetzt nicht mehr erinnerlichen Schrift den 28. Mai bezeichnet.

2) Hurter, Zur Geschichte Wallensteins S. 268 ff. Der erste Druck des Bescheides dürfte der unter den Beilagen zum Hansischen Wecker (1628) befindliche sein; nach dem Original hat ihn neuerdings Fock S. 490 f. veröffentlicht.

Als die hansischen Abgeordneten den Bescheid im Betreff der allgemeinen Angelegenheiten ihrer Städte empfangen hatten, traten sie noch einmal zu einer gemeinsamen Beratung (9. Juni) zusammen und beschlossen, es bei diesem Bescheid bewenden zu lassen. Schon am folgenden Tage machten sie dem Kaiser zum letzen Male ihre Aufwartung, der ihnen noch mündliche, freilich nicht gerade Vertrauen erweckende Versprechungen erteilte. Er verhieß den Städten und ihren Gesandten seine Gnade, setzte indessen dazu, die Städte sollten es auch „also machen, daß er Ursache hätte, ihnen mit kaiserlicher Gnade wol zugethan zu bleiben.“ [1]

Am 14. Juni verließ der Kaiser mit dem ganzen Hofe Prag und verlegte sein Hoflager zunächst nach Brandeis, dann nach Znaym.[2] Die sundischen Gesandten statteten Tags darauf bei dem Reichshofrate und Geheimen Sekretär Arnoldin v. Klarstein ihren Abschiedsbesuch ab und bedachten ihn dabei mit einer Verehrung von 50 Reichsthalern. Unmittelbar darauf kehrten sie in ihre Heimat zurück, nur der braunschweigische Gesandte Hermann Baumgart verweilte in der seine Stadt betreffenden Angelegenheit noch einige Tage in Prag.

Er hatte unter anderm den Auftrag erhalten, am kaiserlichen Hofe dahin zu wirken, daß die Stadt Braunschweig der Verbindlichkeit enthoben würde, für sechs Kompagnien Verpflegung und Unterhalt zu schaffen, wie Tilly von ihr forderte. Denn auch der ligistische General suchte seine Regimenter möglichst durch Erpressungen von den Städten zu erhalten: er stand zu derselben Zeit in Unterhandlungen mit Hannover über einen Kriegsbeitrag von 10000—15000 Thalern, mit Hildesheim über eine Zahlung von 16000 Th.; die Stadt Dortmund hatte bereits eine Wochenlöhnung von 1300 Th. auf sich nehmen müssen.

Der braunschweigische Gesandte gewann für die Unterstützung seines Anliegens den gerade damals in Prag anwesenden Pappenheim, der in dieser Zeit vom Kaiser in den Grafenstand erhoben und von seinem Kriegsherrn, dem Kurfürsten von Baiern, an Stelle des Grafen von Fürstenberg zum General der Artillerie befördert worden war. Allein weder seine Fürsprache noch die allerbesten mündlichen Versprechungen des Kaisers hatten den gewünschten Erfolg. Der Kaiser ließ am 9. Juni Maximilian das Ersuchen zugehen, Tilly zu veranlassen, Braunschweig so viel als möglich zu verschonen, und dieses Schreiben dem Abgesandten mitteilen: eine andere Hilfe gewährte er der Stadt nicht. Die Hanse-

1) Mack 33 f. 77.

2) Nach einer Zeitungsnachricht zog der Kaiser am 4. Juli n. St. still und ohne Ceremonien in Wien ein; nur die ungarischen Studenten bildeten ein Cornet und holten ihn „in zierlichem Habit“ ein.

ſtädte ſelbſt erteilten auf ihrer Juliverſamlung Braunſchweig den Rat, zur Vermeidung größeres Unheils ſich mit Tilly auf eine möglichſt billige Weiſe abzufinden.

Wie ſtark aber das Beſtreben der kaiſerlichen Politiker, feſten Fuß in den Gebieten der norddeutſchen Flüſſe zu faſſen, bei aller Vorſicht in der Auswahl der Mittel trotzdem blieb, bezeugt das in jener Zeit der Stadt Hamburg erteilte Privilegium.[1] In dieſem wurde die Anlegung von Befeſtigungen jeder Art auf den Inſeln und Ufern der Elbe fünf Meilen von Hamburg an ſtromaufwärts und ſtromabwärts bis zur See verboten und jedem fremden Kriegsſchiffe der Aufenthalt auf dem Fluſſe unterſagt. Ebenſowenig wollte Ferdinand II. jemand geſtatten, einen Zoll von Hamburg an bis zur See zu erheben. An dieſe letzte Beſtimmung wollte ſich der Kaiſer nicht nur perſönlich binden, ſondern ſchon im Voraus auch ſeine Nachfolger auf dem Kaiſerthrone in ihrer Machtbefugnis, Zölle aufzulegen, einſchränken. Was etwa einer der letzteren dagegen beſtimmen werde, wurde als unverbindlich und hinfällig erklärt. Sich ſelbſt aber und ſeinen Nachfolgern wahrte Ferdinand II. das Befeſtigungsrecht für den Fall, daß der Fluß und ſeine Ufer von feindlichen Einfällen bedroht würden, ſowie überhaupt bei einem Kriege.

Der Stadt Hamburg legte er dagegen die Pflicht auf, den Strom von der Stadt an bis zur See freizuhalten und gegen Widerwärtige und Feinde des Kaiſers und des Reichs zu ſchützen.

Für den Augenblick ſtellte alſo der Kaiſer durch dies Privilegium die Anforderung an die Stadt, das Einlaufen holländiſcher und engliſcher Schiffe zur Unterſtützung der däniſch-holſteiniſchen Feſtung Glückſtadt zu verhindern, d. h. ſich geradezu an dem Kriege zu beteiligen. Von erhöhter Bedeutung aber mußte dies Privilegium noch werden, ſobald Glückſtadt und Krempe von den Kaiſerlichen beſetzt waren: dann konnte ſich die Stadt der Aufgabe nur ſchwer entſchlagen, durch ihre Kriegsſchiffe die Feſtſetzung der katholiſchen kaiſerlichen Armee an der unteren Elbe geradezu zu unterſtützen, und der Kaiſer beſaß nach dieſem Privilegium das von jeder Mitwirkung der Stände unabhängige Recht, Befeſtigungen an der Elbe anzulegen.

Indeſſen traten dieſe und ähnliche Folgen der kaiſerlichen Maßnahme nicht wirkſam hervor, da ſich Glückſtadt hielt und auch Hamburg durch die fortgeſetzte Belagerung Stralſunds ſo ſehr in Schrecken geſetzt wurde,

1) Londorp, A. p. Bd. III. (J. 1668). S. 1083 ff. und anderwärts. Auch dieſes Privilegium (!) iſt am 3. Juni ausgeſtellt. Vgl. Fleiſchfreſſer, Die politiſche Stellung Hamburgs in der Zeit des dreißigjährigen Krieges II. 15. (Hamb. Progr. 1884.)

daß es nichts that, um den an die Stadt gerichteten Forderungen nachzukommen. Auch daß der Kaiser Hamburg den Zoll zu Neuwerk bestätigte (8. Juni) und seine Zahlung in der Stadt selbst anordnete, machte keinen erheblichen Eindruck.

Ebenso geringes Vertrauen in eine friedlichere Gestaltung der nächsten Zukunft konnte die Nachricht in Norddeutschland erwecken, daß man Wallenstein besondere Weisungen zu Verhandlungen mit dem Herzoge von Gottorp nachgesendet hatte. Die geringe Eile, mit welcher dieser das Geschäft betrieb, legte er durch die Mitteilung an Arnim an den Tag, daß er diese Weisungen vor ihrer Vermittelung an den Herzog Friedrich erst mit diesem seinem General „abdreschen" wollte.

Ende März war endlich der zum Befehlshaber der Flotte bestellte Graf Philipp von Mansfeld in Lübeck angelangt und erhielt die Weisung von Wallenstein, sich den Städten gegenüber großer Mäßigung zu befleißigen, damit sie nicht zur Verzweiflung gebracht würden. Immerhin aber bestand auch seine Hauptaufgabe noch darin, mit der Unterstützung des Gabriel de Roi und Arnims eine Kriegsflotte aufzubringen. Auf diese wollte also auch Wallenstein keineswegs verzichten, von dem man bereits im Januar in den Zeitungen berichtete, daß er von neuem zum General zu Wasser und Land bestätigt sei und mit kaiserlicher Genehmigung neue Rüstungen vornehme. Allein er wurde doch erst, nachdem die Abberufung Schwarzenbergs wirklich erfolgt war, zum General des oceanischen und baltischen Meeres ernannt. In der öffentlichen Bekanntmachung, in welcher der Kaiser diese Berufung mitteilte, wurde die Notwendigkeit betont, die Feinde auch zu Wasser anzugreifen und ihnen hier einen möglichst starken Widerstand zu leisten. Dieser und anderer Gründe wegen fühlte sich der Kaiser bewogen, „hinfüro ein armada zu Meer anzurichten und unterhalten zu lassen."

Die spanisch-ligistischen Anschläge gegen Wallenstein.

Es ist sehr bezeichnend, daß gerade in jenen Monaten, in welchen maßvollere und friedlichere Bestrebungen in Prag die Oberhand gewonnen zu haben schienen, die katholische Libertät einen ohnmächtigen Versuch zu Wallensteins Sturz unternahm, bevor sich derselbe noch in seinem Herzogtume festgesetzt hatte. Man wollte der kaiserlichen Militärdiktatur nun wirklich das Ende bereiten.

Das allgemeine Mißtrauen gegen den Diktator scheint Maximilian von Baiern am tiefsten empfunden zu haben. Sehr scharfe Aussprüche

Wallensteins über die Kurfürsten wurden von ihm weiteren Kreisen mitgeteilt. Der General sollte gesagt haben, er wolle die Kurfürsten mores lernen: sie müßten von dem Kaiser und nicht er von ihnen abhängen; des Kaisers Sohn gebühre die Succession am römischen Reiche ohne das, und der Wahl bedürfe es nicht. Nach einer andern Nachricht lautete ein ähnliches Wort Wallensteins: „Der Kaiser müßte nur die Kurfürsten, Fürsten und Stände debattieren, um ein rechter Kaiser zu sein". Maximilian war fest davon überzeugt, der Kaiser wolle das Reich erblich machen.

Diesen Argwohn stärkten die Übergriffe selbst der höheren Offiziere im allerhöchsten Maße. So hatte der so oft erwähnte Herzog Maximilian Rudolf zu Sachsen-Lauenburg auf Grund eines Befehls des Kriegskommissarius Rudolf v. Ossa ein so derbes Schreiben erlassen, daß es Wallenstein selbst als ein impertinentes bezeichnete und Ossa die Weisung erteilte, schleunigst Abhilfe zu schaffen, weil dieser Vorgang den Anschein erwecke, als sei es Wallensteins Absicht, daß die kaiserliche und die ligistische Armee an einander kommen sollten. Über militärische Erpressungsversuche beklagten sich besonders der Bischof von Würzburg und der Kurfürst von Mainz.

Dem letzteren ließ Maximilian infolge dieser Befürchtungen durch seinen Vizekanzler Richel gewisse Eröffnungen zugehen und erteilte dann seinem Bruder Ferdinand von Köln den Rat, daß die Kurfürsten schleunigst ihre Vertrauten nach Aschaffenburg entsenden möchten, um Maßregeln vorzuschlagen, diesen kaiserlichen Plänen bei Zeiten Widerstand zu leisten und Ferdinand II. an die Ausführung der mühlhäuser Beschlüsse zu erinnern. Und zwar sollten sich zuerst die katholischen Kurfürsten mit einander vereinigen, dann aber auch die protestantischen in die Verbindung hineinziehen. Von Baiern erging ferner die Anfrage an Köln, ob nicht alle Kurfürsten dem Kaiser persönlich Vorstellungen machen sollten, und was zu thun sein würde, wenn sie der Kaiser nicht in Prag, sondern an einem andern Orte vor sich lassen wollte, oder wenn er ihren Vorstellungen kein Gehör schenken würde. Der Kurfürst von Köln stimmte dem Vorschlage des Bruders zu: er war der Meinung, daß der großen Veränderung der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland nicht besser entgegengetreten werden könnte, als wenn sich alle Kurfürsten persönlich zu dem Kaiser begeben würden. Wie unsicher er sich überhaupt in seinem Kurfürstentum vorkam, bezeugen die an seinen Bruder Maximilian gerichteten Worte: „Ich halte in meinem einfältigen Verstande dafür, quod non cunctando, sed accelererando res imperii notwendig werde zu restituiren sein. Aber wer weiß, was unser Herr mit uns allen vor hat".[1]

1) Ferdinand von Köln an Maximilian, Köln 2. April 1628.

Die weiteren Schritte, welche die Kurfürsten in dieser sehr geheim betriebenen Angelegenheit gethan haben mögen, verlieren sich in das Dunkle. Wir teilen nur noch mit, daß man sich entschloß, die Rückkehr des mainzischen Geheimen Rats v. Metternich zu erwarten, welcher dem Kaiser bereits mit der Verweigerung der Königswahl hatte drohen müssen.[1]

Mit diesen Oppositionsregungen der Kurfürsten hängen jene Kapuzinerrelationen zusammen, denen in neuerer Zeit eine ungebührliche Bedeutung beigelegt worden ist. Man versuchte die gegen Wallenstein gerichteten Anklagen zu sammeln und in eine Form zu kleiden, welche sie als Unterlage für das gegen den General zu eröffnende Anklageverfahren geeignet erscheinen ließ.

Ein von Maximilian schon früher zu politischen Sendungen in das Ausland verwendeter Kapuziner, Alexander de Hales (Rota) wurde auf Veranlassung eines kaiserlichen Ministers von München nach Prag entsendet, um geheime Nachrichten von größter Bedeutung für Maximilian entgegen zu nehmen.[2] Dieser Kapuziner erhielt nun in Prag von einer Persönlichkeit von Rang und Stand (Personaggio grande) den Auftrag, den Kurfürsten von Baiern auf die Gefahren aufmerksam zu machen, welche ihm und dem Reiche von Wallenstein drohten, und ihm zugleich die Mittel zur Entfernung des Generals vom Oberbefehle an die Hand zu geben. Nach seiner Rückkehr nach München reichte der Kapuziner infolge dessen eine italienische Anklageschrift gegen Wallenstein ein, die den Kurfürsten in die größte Unruhe versetzte, so daß er sie in seiner Bestürzung auch Kurmainz übersendete.[3] Auf seinen Befehl mußte darauf Alexander de Hales nach Prag zurückkehren und einen neuen Bericht von jener Persönlichkeit einziehen, der noch mehr Einzelheiten enthielt und Wallenstein geradezu beschuldigte, daß er die Absicht verfolge, die deutsche Aristokratie, wie das verfassungsmäßige Verhältnis der Reichsstände zu einander und zum Kaiser wol damals bezeichnet wurde, zu stürzen und sich selbst von der Armee zum erblichen Könige der Deutschen ausrufen zu lassen und dann der Welt zu zeigen, was ein einiges Deutschland unter einem Herscher, wie er es war, zu leisten imstande wäre.[4] Diese

1) Maximilian an Ferdinand von Köln, 18. April.

2) K. M. Frh. v. Aretin, Wallenstein S. 39 f.

3) Abgedruckt in dem eben erwähnten Werke Aretins, Urk. S. 23—34.

4) Dieser zweite Bericht ist Maximilian von demselben Pater, München am 21. Mai, abgestattet und durch Aretin in dem oben angeführten Werke, Urkunden S. 34—46 veröffentlicht worden. Vgl. über beide Berichte die mit Übersetzungen versehenen Ausführungen, welche Gindely in seinem „Waldstein" Bd. II. S. 1—40 gegeben hat.

beiden italienisch geschriebenen Berichte liegen also der Zeit ihrer Abfassung nach fast vier Wochen auseinander. Der sich in das Geheimnis der Anonymität hüllende Feind Wallensteins, welcher sich des Kapuzinerpaters als seines Sprachrohrs bediente, hatte offenbar seit längerer Zeit und noch ganz zuletzt Gelegenheit gehabt, mit Wallenstein sehr vertraut zu verkehren und hatte auch Zutritt zu Eggenberg, Collalto, Trautmannsdorff und andern kaiserlichen Politikern, so daß er als eine mit den Verhältnissen des kaiserlichen Hofes wol vertraute Persönlichkeit angesehen werden muß. Dagegen gewinnt man nicht den Eindruck, als ob diese Persönlichkeit von Rang und Stand zu den leitenden Ministern gehört habe. Der geistige Urheber dieser Pamphlete stand ferner dem spanischen Gesandten nahe und maß sich auch Einfluß auf denselben bei. An mehreren Stellen seiner Darstellungen tritt eine ausgeprägt klerikale Gesinnung hervor: doch stand er dem Jesuitenorden ziemlich feindselig gegenüber.

Die Charakteristik Wallensteins, mit welcher der erste Bericht anhebt, kann nur ein Mann verfaßt haben, welcher zahlreiche persönliche Berührungen mit dem General hatte, da sie mehrere, damals noch weniger in die Öffentlichkeit gedrungene Züge seines Charakters heraushebt. Wir rechnen unter diese Züge die kurzangebundene Art der mündlichen Rede des Generals und seine geistreiche naturalistisch-sarkastische Ausdrucksweise, welche selbst der höchsten Würdenträger des Reichs und der Kirche nicht immer verschonte und in seinen Briefen so zahlreiche, treffende Beispiele hinterlassen hat. Ferner hat sich dem Urheber dieser Verdächtigungen ein sehr tiefer Eindruck von dem unbeugsamen Willen des Allgewaltigen eingeprägt, obgleich er auch ganz richtig bemerkte, daß in den oft so naturwüchsigen, ja rohen Kundgebungen dieses Willens manches Gemachte und auf den Eindruck Berechnete war.

Der erste Bericht geht mehr darauf aus, Maximilian überhaupt in Harnisch gegen den General zu bringen, der den Kaiser und alle Reichsfürsten tyrannisieren werde, wenn man ihm nicht entgegentrete. Dem Kurfürsten wird dagegen vor der Hand nur der Rat erteilt, die Augen offen zu halten und im Geheimen in Brüssel gegen Wallenstein zu schüren: während die große Persönlichkeit sich selbst und dem spanischen Gesandten die Minierarbeit am kaiserlichen Hofe vorbehält. Denn der eigentliche Angriff auf Wallenstein muß von „anderswo ausgehen". Sobald der König von Spanien sich zur Unterhaltung des Heeres der Liga bereit erklärt hat, soll Maximilian von Baiern und die Kurfürsten den Kaiser dazu nötigen, Friedland den Oberbefehl zu entziehen und ihm Tilly zu übertragen.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der Kapuziner Kenntnis von der aufregenden Wirkung, welche sein Bericht auf Maximilian ausgeübt hatte, erhielt und auch seinem Auftraggeber bei seiner Rückkehr nach Prag von derselben Nachricht gab. Schon hieraus erklärt es sich, daß der zweite Bericht in seinen Anschuldigungen noch dreister gegen Wallenstein vorgeht und dem General geradezu die Absicht beimißt, nach des Kaisers Tode sich durch die Armee und dann durch ganz Deutschland die erbliche Herschaft übertragen zu lassen. An einer andern Stelle äußert sich der Geheimnisvolle freilich nicht eben in Übereinstimmung mit diesem Plane, denn er sagt: „Nach Erschöpfung der katholischen Liga hält es Friedland für keine schwierige Aufgabe, Deutschland zu unterjochen, wenn er in den wichtigen Städten sehr starke Citadellen aufführen läßt, sich der Schiffahrt auf den Flüssen und in den namhaften Seehäfen versichert, Zölle auflegt, Privilegien verleiht, vor allem aber, wenn er nicht abrüstet. Er glaubt übrigens, daß die Reichsstädte, wenn sie nur erst unterworfen und besetzt sind und nicht um ihre alten reichen Handelsbeziehungen gebracht werden, in wenig Monaten ihre alte Freiheit vergessen oder daran verzweifeln werden. Die Kurfürsten wird er vernichten, wenn sie sich nicht demütigen.“ Davon, daß kaiserliche Geheime Räte mit dem Kaiser und dem Könige von Ungarn bereits maßvollere Pläne darüber gefaßt hatten, wie man sich der Städte besser versichern und womöglich Reichsvögte einsetzen könnte, scheint also der Urheber dieser Verdächtigungen nichts gewußt zu haben, sondern er maß ausschließlich Wallenstein diese absolutistischen Absichten bei.

Die Mittel, welcher sich die Stände zu ihrer Rettung bedienen müssen, werden in diesem zweiten Berichte ebenfalls etwas anders bezeichnet, als im ersten. Besitzen die Kurfürsten, wenn sie Wallenstein stürzen wollen, ein zuverlässiges Heer, so brauchen sie nur im tiefsten Geheimnis eine vertraute Person an den Kaiser zu senden und ihm folgende Mitteilung zugehen zu lassen: „Da die Kurfürsten sehen, daß nicht der Kaiser der Herr seiner Armee ist, sondern Friedland, den sie als Feind oder mit Mißtrauen ansehen, so verlangen sie, daß die Autorität diesem Manne entzogen werde, von welchem, wie es scheint, Seine Majestät und seine Räte abhängig sind, widrigenfalls sie genötigt wären“ u. s. f.

Obgleich nun die gehässige und plumpe Anklage ihre Absicht nicht erreicht hat, so ist sie doch nicht ganz wirkungslos geblieben. Der Präsident Bruneau in Brüssel, welcher von Maximilian während seines Aufenthaltes in München mit dem ersten Berichte bekannt gemacht wurde, teilte, was er erfahren hatte, der Infantin mit, und der spanische Gesandte in Wien fügte seinen früheren gehässigen Berichten an den König von Spanien

einen neuen hinzu und schlug ihm zwei Wege vor, auf welchen man Wallensteins Sturz herbeiführen könnte.[1] Sobald sich die Infantin davon überzeugt hat, daß man zum Vorteil für die ganze Christenheit und das Haus Habsburg, Wallenstein seines Oberbefehls entheben muß, ist der Kurfürst von Baiern von der Äußerung des Kaisers gegen Eggenberg in Kenntnis zu setzen, wie ihm dem Drängen der Kurfürsten gegenüber nichts anders übrig bleibe, als „in Angelegenheit des Herzogs von Friedland zu einem wirksamen Mittel zu greifen". Dann sollte Maximilian persönlich nach Wien gehen, um Ferdinand II. zu dem erwünschten Entschlusse zu nötigen. Dieses Verfahren würde freilich nicht besonders ehrenvoll für den Kaiser sein, weil jedermann sagen müßte, daß er einem Drucke nachgegeben habe. Sollten jedoch der Kaiser und seine Minister aus eigner Bewegung zum Entschlusse gelangen, so wollte der spanische Gesandte den noch erforderlichen Druck auf sie ausüben, um den Entschluß zur That werden zu lassen. Freilich hegte der spanische Gesandte keine Hoffnung auf eine solche freie Entschließung Ferdinands II. Zugleich empfahl Aytona seinem Könige noch, den Kurfürsten von Baiern und das ganze Reich davon in Kenntnis zu setzen, daß er mit den Plänen Wallensteins keineswegs einverstanden sei.

Es würde nicht schwer sein, die gehässigen Übertreibungen, welche allen diesen Anklagen zu Grunde liegen, aufzudecken: muß doch der Ankläger, welcher uns als die hohe Persönlichkeit bezeichnet wird, den großen Fähigkeiten des Generals wider seinen Willen die höchste Anerkennung zollen und die ausdrückliche Erklärung abgeben, daß Eggenberg „gegenwärtig bei Friedland keine ausgesprochene Treulosigkeit, sondern nur die Sorge für den Kriegsruhm des Kaisers und für seinen Privatvorteil bemerke."

Trotzdem kann nicht geleugnet werden, daß in diesen Schmähungen zahlreiche zutreffende und der Wirklichkeit entsprechende Beobachtungen enthalten sind.

Über den Urheber derselben, der Maximilian von Baiern bekannt war und von dem er sagte, daß er Friedland selbst anfangs zu vielem Anlaß gegeben habe,[2] sind die Forscher bis jetzt zwiespältiger Meinung gewesen, und auch wir sind nicht imstande, das Rätsel zu lösen. Aretin hat den Vater dieser Verläumdungen und der ganzen spanisch-klerikalen Intrigue zum Sturze Wallensteins in dem späteren böhmischen Kanzler

1) Aytona an Philipp II. 27. Mai 1628. Dieser wertvolle Brief ist zuerst von Gindely a. a. O. Bd. II. S. 35 ff. im Original und in der Übersetzung abgedruckt worden.

2) Aretin, Wallenstein, Urk. S. 45.

Slawata, und Gindely[1] in dem Fürsten von Lobkowitz, dem Vorgänger Slawatas im Kanzleramte, zu erblicken geglaubt. Wir sind der Meinung, daß beide Annahmen nicht recht zu der gründlichen Kenntnis der norddeutschen Pläne passen, welche in diesen Berichten zu Tage tritt, und daß Maximilian von Baiern von keinem der beiden Würdenträger mit Grund habe sagen können, er habe Wallenstein anfangs zu vielem Anlaß gegeben.

Neuerdings hat Ritter in dem italienischen Kapuzinerpater Valeriano Magno mit mehr Glück den Urheber dieser giftigen Ausstreuungen nachzuweisen versucht.[2] Aber auch er hat es unterlassen, auf ein Zeugnis Wallensteins selbst gegen einen seiner Ankläger, welches gerade aus jener Zeit stammt, Rücksicht zu nehmen. Wallenstein forderte in einem sehr charakteristischen Schreiben an Collalto vom 2. März 1628 die Abberufung des Grafen von Schwarzenberg,[3] der gewissermaßen als sein Stellvertreter bei den Hansestädten während der letzten sechs Monate in Niederdeutschland thätig gewesen war. Die Worte dieses Schreibens lauten: der Graf v. Schwarzenberg braucht mehr Ridenzen, als wie zuvor, mit den Hansestädten. Er hat sie allbereit in ein ziemliche Desperation und [so]zusagen zur offentlichen Rebellion gebracht. Ich kann seine Chimären nicht secundiren; denn thue ich's, so kann ich's nicht ausführen und bringe dadurch den Kaiser in größten Labyrint; thue ich's nicht, sein Malitia ist so groß und giftig, der mit seinen Detractionen möchte zu verstehen geben, als wenn ich auch etwan ein Rebell wäre,

1) Vgl. Gindelys Ausführungen a. a. O. Bd. II. 28ff.

2) M. Ritter, Zur Geschichte Wallensteins in d. deutschen Zeitschrift f. Geschichtswissenschaft, herausg. von L. Quidde 1890. 14—53.

3) Nach dem Drucke ist das Schreiben vom 2. Juni (Chlumecky 71. 72). Allein an diesem Tage kann Wallenstein den Hofkriegsratspräsidenten Collalto nicht veranlaßt haben, die Abberufung Schwarzenbergs zu betreiben, weil damals jener bereits nach Prag zurückgekehrt war, was Wallenstein und Collalto wußten. Am 8. Mai n. St. machten ferner Schw. die hansischen Gesandten in Prag ihre Aufwartung und am folgenden Tage dieselben Gesandten auch Wallenstein. Wenn der Ausstellungsort des Briefes richtig wäre, so könnte man den 2. Mai als Tag der Unterzeichnung annehmen, da an diesem Tage zu „Hogitz"? ein anderer Brief gezeichnet ist (Förster 1. 333), in welchem der „Violenzen" Schwarzenbergs gleichfalls gedacht wird. Nun zeichnet aber Wallenstein „den andern Mai" 1628 zu Prag (Förster 1. 332), und diese Angabe erweist sich als richtig. Wir sind daher der Meinung, daß beide Briefe (Chlumecky 72, Förster 1. 333) am 2. März geschrieben sind, und werden hierin dadurch bestärkt, daß Wallenstein schon am 11. April Graf Philipp von Mansfeld die Mitteilung von der erfolgten Abberufung Schwarzenbergs macht (Förster 1. 326).

wie er's an dem gethan hat.[1] Darum bitt ich, man removire ihn von dannen; denn nicht allein er wird mit seinen narrischen Vorschlägen nichts richten, sondern wird durch seine Ridenzen uns unsere gute Sach a mal partito bringen. Der Herr Bruder kann viel dabei thun, ist Ihrer Majestät vornehmer Ministro. An diesem Werk liegt Ihrer Majestät mehr, als zu viel". Als Wallenstein dies schrieb, war Schwarzenberg also noch nicht nach Prag zurückgekehrt.

Denn wir erfahren aus einem seiner Briefe an Aldringer, daß er auf kaiserlichen Befehl am 14. April n. St. von Lübeck aufbrechen mußte, um einer Hauptberatung in Prag beizuwohnen, von deren Inhalt ihm jedoch nichts bekannt war. Auch befand er sich im Ungewissen darüber, ob er wider nach Norddeutschland zurückkehren oder am Hofe verbleiben werde.[2] Dem Anschein nach war er also bei seinem Abzuge von Lübeck nicht davon unterrichtet, daß seine Abberufung auf einen Antrag erfolgte, welchen Wallenstein bereits am 27. Febr. an Collalto gerichtet und der Reichshofrat genehmigt hatte. Um so auffälliger ist daher das erneute Gesuch Wallensteins an Collalto um die Abberufung des übereifrigen, leidenschaftlichen und kurzsichtigen Vertreters der neuen kaiserlichen Bestrebungen in Norddeutschland, der sich in eine äußerlich zuwartende Haltung gegenüber Dänemark und den Städten nicht zu finden wußte.

Begegnete vielleicht diese Maßregel in sehr hohen Kreisen, in welchen man auf eine energische Fortsetzung des Krieges rechnete, Widerstand und gehörte auch Collalto zu denjenigen Politikern, welche dieser Zurückberufung entgegenwirkten? Der Plan einer Eroberung des Sundes, an dessen Durchführung Spanien so viel gelegen war, mußte mit der Rückberufung Schwarzenbergs als vorläufig aufgegeben betrachtet werden.

Möglicherweise sollten also diese sogenannten Kapuzinerrelationen auch dazu dienen, Schwarzenbergs Abberufung Hindernisse in den Weg zu legen, und die Persönlichkeit von Rang und Stand suchte zugleich mit Hilfe des Kurfürsten von Baiern und des spanischen Gesandten Wallenstein vom Einzuge in Norddeutschland und von der Besitznahme seines Herzogtums zurückzuhalten.

Wir lesen in dem ersten Berichte die warnenden Worte: „In kurzem wird er sich in sein Herzogtum Mecklenburg begeben, wo S. M. sozusagen einen Gesandten wird halten müssen. Von dort aus wird er dem Heere die seinen Plänen und den Umständen entsprechenden Befehle erteilen." Wallenstein aber schreibt in jenem Briefe an Collalto: „Ich bitt, er mache,

1) Zu welcher Zeit Schwarzenberg diese Anklage gegen Wallenstein gerichtet haben mag, vermag ich nicht anzugeben. Reichard a. a. O. 111.

2) Lübeck 14. April. K. G. St.-A. in Dresden.

daß er bald abgefodert wird, denn daß ich eher sollte hinreisen, leidet Ihr. Majestät Dienst und bon publico nicht", und ähnlich lauten seine Worte an Arnim.

Nun wird freilich der am 14. April von Lübeck abgereiste Schwarzenberg dem Pater Alexander de Hales bei seiner ersten Anwesenheit in Prag nicht imstande gewesen sein, mündliche Aufträge zu erteilen, deren sich der Pater am 26. April in München wider entledigen konnte. Man wird also schwerlich behaupten können, daß die große Persönlichkeit und Schwarzenberg eine Person seien. Allein bei der Rückkehr des Paters aus München ist Schwarzenberg jedenfalls in Prag anwesend gewesen[1] und sicherlich auch nicht ohne Kenntnis von dem Anschlage gegen Wallenstein geblieben, wenn er ihn nicht etwa selbst mit leitete. Maximilian könnte seinen Kapuziner zu dem Zwecke nach Prag zurückgesendet haben, um auch Schwarzenbergs Enthüllungen über die persönlichen Pläne Friedlands schleunigst entgegenzunehmen und in größter Eile wider nach München gelangen zu lassen.

Sehr auffällig ist sicherlich, daß Schwarzenberg von jetzt an für längere Zeit aus der Reihe der einflußreichen und mit der Durchführung der Pläne Ferdinands II. betrauten Politiker ausscheidet.

Stralsunds Belagerung von Wallensteins Ankunft in Norddeutschland an bis zu ihrer Aufhebung.

Der Aufbruch Wallensteins nach dem Kriegsschauplatze und in sein Herzogtum hatte sich ebenso verzögert, wie die Rückkehr des Kaisers von Prag nach Wien. „Nach Ostern zieht der Kaiser nach Östreich und ich zum Kurfürsten von Sachsen wegen der Friedenstraktation und von dannen gleich ins Land zu Mecklenburg" ließ sich der General am 1. April gegen Arnim vernehmen, später glaubte er Ende Mai in Mecklenburg eintreffen zu können. Allein trotzdem setzte sich der Reichsdiktator erst am 3. Juni von Gitschin aus in Bewegung, um sich in langsamen Märschen der Ostseeküste zu nähern.

In der Zeit, in welcher Wallenstein die Abberufung Schwarzenbergs betrieb, äußerte er sich außerordentlich friedliebend. Er forderte die Unterwerfung Stralsunds, um eine Fortsetzung des Krieges mit Dänemark zu verhüten. Allein diese friedlichen Anschauungen wurden anfangs

1) Die Rückkehr Schwarzenbergs nach Prag ist nach dem Mercure François, 1628 T. XIV. 418 Ende April erfolgt.

am Kaiserhofe keineswegs einstimmig geteilt: Wallenstein hatte hier Gegner zu bekämpfen, welche „den Krieg gern a la longa sehen thäten."[1] In seinen Briefen an Arnim betonte er widerholt diese seine friedlichen Absichten in Beziehung auf den deutschen Norden und sogar auf Dänemark. Wenn der König den Frieden begehrte, so wollte er nach seiner Ankunft in Holstein, Ende April, die Verhandlungen beginnen und nach dem glücklichen Abschlusse derselben einen Türkenkrieg unternehmen. Allein vor seinem Aufbruch von der Ostsee zu einem orientalischen Feldzuge wollte er sich auch in Mecklenburg festsetzen. In Dresden gedachte er sich angeblich persönlich in ein Einvernehmen mit dem Kurfürsten von Sachsen zu setzen. Denn endlich hatte er, wiewol mit harter Mühe, den Kaiser und seine Räte für seine Anschauungen gewonnen.

Die auch durch die Zeitungen verbreitete Nachricht von einem bevorstehenden Besuche Wallensteins in Dresden wird Arnim überrascht haben, der bei dem Empfange derselben sicherlich schon von der bevorstehenden Besetzung der Lausitzen unterrichtet war.[2]

Denn um dieselbe Zeit, in welcher sich Wallenstein in so beruhigenden und friedliebenden Äußerungen erging, faßte man in Prag den Entschluß, die Lausitzen mit einigen Regimentern zu belegen, so daß das Kurfürstentum von allen Seiten durch die östreichischen Regimenter umstellt wurde.[3] Man sendete zu diesem Behuf den Oberstlieutenant v. Bleyleben mit einem Schreiben nach Dresden, in welchem der Kaiser dem Kurfürsten einfach mitteilte, daß er bei der Erschöpfung der meisten Reichsgebiete nun genötigt sei, „seine selbsteignen Lande", d. h. eben die Lausitzen anzugreifen und sie mit Besatzungen zu versehen. Vergeblich suchten sich der Kurfürst und die Stände der Belastung zu erwehren: der Kaiser hob die Notwendigkeit der Maßregel hervor, und die Regimenter Marradas und Liechtenstein besetzten Görlitz, Lauban, Zittau, Löbau und Kamenz, und auch das platte Land blieb von der Einlagerung nicht vollständig verschont.

Nach einer Mitteilung des sächsischen Bevollmächtigten Lebzelter waren der Kaiser und sämtliche Kriegsräte gegen die Maßregel gewesen, und nur Wallenstein hatte auf der Durchführung derselben bestanden;

1) Wallenstein an Arnim, Gitschin 27. Febr. Förster 1. 308. Dazu die Schreiben an denselben vom 20. März, 1. April, 28. April, 17. Mai a. a. O. S. 308, 321, 323, 329, 335.

2) Arnim erhielt diese Nachricht durch Wallensteins Brief vom 1. April, Förster 1. 323.

3) Knothe, Die Oberlausitz während der Jahre 1623—1631. Neues Lausitzer Magazin Bd. 65. 190 ff.

Stralendorf erklärte später, „er selbst und die übrigen geheimen Räte hätten die Lausitzen gern geschont: Wallenstein aber besitze alle Macht im Kriegsrat, und es wäre vor Augen, wies um diesen Herrn beschaffen." Demnach ist diese nicht eben friedliche Maßnahme gegen Kursachsen auf Wallensteins Forderung zurückzuführen, und der Kaiser genehmigte dieselbe und hielt sie allen Bitten der Stände und ihres neuen Landesherrn gegenüber Monate lang aufrecht. Wallenstein sprach sich über einige Gründe, aus welchen er die Besetzung für erforderlich hielt, gegen Collalto ziemlich offen aus:[1] es galt ihm, durch dieselbe die Schlesier zu einer bereitwilligeren Entrichtung der Kriegssteuern zu veranlassen, Böhmen zu sichern und die Städte an der Ostsee davon zurückzuhalten, die Sache Stralsunds zu der ihrigen zu machen und den Kaiserlichen mit vereinter Macht entgegenzutreten.

So wenig nun diese Maßregel den friedlichen Anschauungen, die Wallenstein in dem Schreiben an Arnim äußerte, entsprachen, so darf doch nicht daran gezweifelt werden, daß er durch Friedensverhandlungen mit dem Könige von Dänemark gerade damals die Städte, insbesondere Stralsund, gern jeder Aussicht auf Unterstützung beraubt hätte. Ja er erbat sich sogar vom Kaiser hierzu ausdrückliche Vollmachten,[2] die ihm indessen auffälliger Weise verweigert wurden: der Kaiser wollte zuerst die Vorschläge der Dänen abwarten. Wallenstein wendete sich darauf mit neuen Mahnungen an den Kriegsratspräsidenten Collalto und hob nochmals hervor, daß man „die Traktation nicht ausschlagen solle noch thun, was dagegen sei". Und diese Mahnungen sind von Erfolg gewesen. Man sendete Wallenstein neue Aufträge, die derselbe in Frankfurt a. d. O. erhielt, wenn auch schwerlich eine förmliche Instruktion, wie er sie gefordert hatte. Wallenstein aber ließ nun diesen Aufträgen eine so geringe Würdigung angedeihen, daß er sie nicht einmal dem Herzoge von Gottorp übermittelte, sondern die Mitteilung derselben von einer Beratung mit Arnim abhängig machte.

Der Kaiser aber verwies um dieselbe Zeit, wo er Wallenstein diese Aufträge erteilte, den Herzog Friedrich von Gottorp,[3] der ihm ein

1) Chlumecky 69.

2) Dies geschah in einem Schreiben vom 24. Mai; die ablehnende Antwort des Kaisers ist vom 27. Mai (Chlumecky 266/67; statt „durch sey", ist „durch die" zu lesen. Dazu Wallensteins Schreiben aus Friedland an Collalto vom 4. Juni und das an Arnim aus Frankfurt a. d. O. vom 17. Juni bei Chlumecky 73 und Förster 1. 347, hier ist zu lesen, „welche auf mich remittiret".

3) Prag am 10. Juni. Der Kaiser an den Herzog Friedrich von Gottorp auf dessen Schreiben vom 17. Mai (a. St.?)

Schreiben der dänischen Reichsräte übersendet hatte, an Wallenstein, denn ihm wollte er „alles“ anheim gestellt haben, und ersuchte an demselben Tage zugleich Maximilian von Baiern, Tilly schleunigst den Auftrag zu erteilen, sich an diesem Friedenswerke zu beteiligen. Mit dem von dem Herzoge von Gottorp vorgeschlagenen Orte der Verhandlungen „Kiel“ erklärte er sich ausdrücklich einverstanden.

Wallenstein war bei seinem Aufbruche von Gitschin noch zweifelhaft darüber, ob er sich gerades Wegs zu Arnims Armee begeben solle. Die Absicht, Dresden zu besuchen, hatte er aufgegeben. Erst in Frankfurt oder in Prenzlau wollte er einen festen Entschluß fassen und sich entweder nach Mecklenburg oder zur Armee vor Stralsund wenden.[1] Auf dieser ganzen Reise, die er mit sehr großem Gefolge zurücklegte, entwickelte er eine auffällig geringe Eile. Er hielt sich mehrere Tage in Sagan auf und verweilte in Frankfurt a. d. Oder, wo er am 17. Juni Nachmittags seinen Einzug hielt, bis zum 21. Juni.

Hier erteilte er dem leitenden Minister, dem Grafen A. v. Schwarzenberg, welcher sich sofort nach der Tafel anmelden ließ, zunächst einen abweisenden Bescheid, der in eine geradezu possenhafte Form gekleidet wurde.[2] Schwarzenbergs Abgesandter wurde mit der Weisung entlassen: „Diesen Tag sei keine Gelegenheit, der General habe seinen Schiefer; er habe Sekretarien, Kammerdiener und Edelknaben abgeschmiert und verboten, daß man keine Glocken läuten, sowie befohlen, daß man alle Hunde von den Gassen abschaffen solle.“ In Wahrheit ist aber das Glockenläuten nicht verboten und auch nicht unterlassen worden.

Noch an demselben Abende wurde jedoch Schwarzenberg auf den folgenden Tag eingeladen und zur bestimmten Zeit von dem Obersten Don Lorenzo del Maestro in feierlicher Weise zu Wagen abgeholt. Auch im übrigen ließ es Wallenstein während dieser Tage an Höflichkeitsbezeigungen gegen den Herrenmeister, die bisweilen etwas aufdringlich erschienen, nicht fehlen. Er würdigte den Grafen sofort einer mehrstündigen Unterredung über die schwebenden politischen Tagesfragen, in der besonders seine Erbitterung gegen Gustav Adolf zu Tage trat. „Sollte der Schwede in Preußen prosperieren, so würde er ihn mit Gottes Hilfe vertreiben, und da es die Polen nicht zulassen wollten, so wollte er mit 100000 M. kommen, daß er sein Intent doch wol erreichen würde. Mit Polen hätte der Kaiser in Ungutem nichts zu schaffen: aber einmal vor alles könnte

1) Förster 1. S. 342 f.

2) Schwarzenbergs Bericht vom 11./21. Juni an den Kurfürsten im K. G. St.-A. in Berlin, der auch von G. W. v. Raumer in seinem Aufsatze: „Wallensteins Auftreten in der Mark Brandenburg“ benutzt worden ist. (Berl. Kalender 1844).

der Kaiser den Schweden zum Nachbar nicht leiden." Welche Augen mag der Graf zu diesen Eröffnungen gemacht haben, der wenige Wochen vorher dem Kurfürsten mitgeteilt hatte, daß man ganz Preußen dem deutschen Orden wider zustellen wolle, und daß Georg Wilhelm, wenn alles, was spargiert würde, ins Werk gesetzt werden sollte, „ganz und zumal nix behalten werde."

Bei seinem Nachmittagsbesuche, den er auf fast fünf Stunden ausdehnte, erging sich Wallenstein über die mecklenburgische Angelegenheit, welche Schwarzenberg nicht von selbst berühren durfte.[1] Denn die Räte des Kurfürsten wollten keine Anerkennung dessen, was geschehen war, aussprechen, um die Anwartschaft Brandenburgs auf Mecklenburg nicht preiszugeben. Auch war man noch zweifelhaft darüber, in welcher Form das Herzogtum Wallenstein übertragen war: er selbst bediente sich des Titels eines Herzogs von Mecklenburg noch nicht. Trotzdem mag Wallenstein damals eine Art Anerkennungsvertrag auf das Tapet gebracht haben, durch welchen er Schwarzenberg zugleich zur Mitwirkung in der sundischen Sache verpflichten wollte. Dem Vernehmen nach stellte Schwarzenberg sogar Bedingungen auf: Mecklenburg sollte nach dem Aussterben des Hauses Friedland an Brandenburg fallen, und Pommern sofort nach dem Tode des Herzogs von diesem besetzt werden. An Wallenstein wurde angeblich das Ansinnen gerichtet, für die Rückgabe Jägerndorfs und für einen billigen Vergleich in der jülich'schen Sache zu wirken und die Truppen aus der Mark abzuführen.[2]

Am andern Tage machte der neue Nachbar Kurbrandenburgs Schwarzenberg mit einem andern politischen Geheimnisse bekannt, daß nämlich die Pommern nach dem Absterben ihres Herzogs keinen calvinischen Herrn haben, sondern dem Kaiser so unmittelbar wie die Reichsritterschaft unterworfen sein wollten. Daß irgend eine erheblichere Partei des Adels

1) Nach Raumer a. a. O. S. 242. In dem oben angeführten Berichte Schwarzenbergs an den Kurfürsten finden sich in Beziehung auf diese Unterredungen die Worte: Den Inhalt dieses Gesprächs „werden E. K. D. aus einer andern Relation gnädigst vernehmen". Allein in den von mir durchgesehenen Akten hat sich gerade diese Relation nicht vorgefunden.

2) Irmer, G. Hans Georg v. Arnim als kaiserlicher Heerführer in Pommern und Polen in den Forschungen Bd. 19, 277 f. Daß die Anwartschaft Brandenburgs auf Mecklenburg gewahrt werden sollte, war auch die Meinung des Kurfürsten, wie sich aus seinem Schreiben an die Geheimen Räte Königsberg vom 16./26. Mai 1628 ergibt. Schwarzenberg hat eine Instruktion für seine Verhandlungen von den Geheimen Räten in Berlin erhalten, welche am 2. Juni a. St. gezeichnet ist. K. G. St.-A. in Berlin.

in Pommern dem General eine solche Willensmeinung kundgegeben hätte, liegt natürlich gänzlich außer dem Bereiche der Möglichkeit.[1] Später berichtete Schwarzenberg ganz im Gegensatze hierzu, daß sich Wallenstein anheischig gemacht habe, dem Herzoge von Pommern und den Ständen die Hölle so heiß zu machen, daß er dem Kurfürsten die Regierung abtreten müsse. An diesem Tage (9./19. Juni) fuhr Wallenstein den kurfürstlichen Rat mit Karl Hannibal v. Dohna nach der Mittagstafel im eifrigsten politischen Zwiegespräch vier Stunden lang spazieren, und wollte ihn, als er ihn endlich abgesetzt hatte, auch noch nach seinem Zimmer geleiten, was Schwarzenberg dankend ablehnte.

Auf eine besondere Einladung stattete der General darauf dem Hofe zu Berlin einen kurzen Besuch ab und traf hier mit einem Gefolge von 1500 Personen nach Schwarzenbergs Zurückkunft am 14./24. Juni ein. Doch blieb er daselbst nur eine Nacht. In seiner Begleitung befanden sich auch zwei norddeutsche Fürsten, der Herzog Johann Albrecht zu Sachsen-Lauenburg und der jugendliche Fürst Ernst von Anhalt. Durch seine gesellschaftliche Liebenswürdigkeit erwarb sich der Gefürchtete hier schnell Anerkennung. Die von ihrem Gemahl, dem Herzoge Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel getrennt lebende Schwester des Kurfürsten, Anna Sophia, begleitete ihn bei seinem Scheiden sogar mit einem frommen Wunsche, weil er ihr offenbar Versprechungen im Betreff ihres Ehehandels gemacht hatte.[2]

Den oberflächlichen Grafen Schwarzenberg hatte das Ergebnis seiner Verhandlungen mit dem kaiserlichen Oberbefehlshaber höchlich zufrieden gestellt. Ja der sehr selbstbewußte Leiter der kurfürstlichen Politik war sogar eitel genug, sich den Erfolg dieser Verhandlungen als ein großes Verdienst um den Kurfürsten und sein Land anzurechnen. Er schrieb an

---

1) Etwas näheres über den angeblichen Plan der kaiserlichen Politiker, Pommern bei dem Tode des Herzogs nicht in brandenburgische Hände fallen zu lassen, welcher schon 1627 bestanden haben soll, hat sich nicht ergeben.

2) Wir weisen noch auf einige unrichtige Tagesangaben in Drucken wallensteinischer Briefe aus dieser Zeit hin. Das von Förster 1. 345 mitgeteilte Schreiben wird vom 10. oder 11. Juni n. St. sein (Chlumecky 73). Der in derselben Samlung 1. 348 enthaltene Brief vom 17./27. Juni kann nur am 7./17. Juni geschrieben sein. Auch das von Chlumecky 74 veröffentlichte Schreiben CXXXII trägt eine unrichtige Monatsangabe. Anstatt „Juni" muß Marci oder Martii (vgl. Chlumecky 69) stehen. Nach der Mitteilung G. W. v. Raumers 287 soll Wall. am 22. Juni in Berlin angelangt sein. In seinem Schreiben vom 11./21. Juni meldet aber Schwarzenberg dem Kurf., daß er übermorgen, Freitag, nach Berlin zieht, und daß der General am Samstag (14./24. Juni) nachfolgt.

Georg Wilhelm: Ein heiliger Engel hat mich zur rechten Thür hineingeführt, der General hat recht aufrichtig und vertraulich mit mir geredet, mich wol gehalten und geehrt und mir alles das gesagt und an die Hand gegeben, was mir zur Reise nach Wien nötig gewesen ist.

In Wahrheit sind aber diese stundenlangen politischen Unterhaltungen Schwarzenbergs mit Wallenstein für Brandenburg gänzlich nutzlos geblieben. Wallenstein lehnte die völlige Befreiung des Landes von Besatzung geradezu ab und machte selbst die Linderung der militärischen Lasten von einem Berichte Arnims abhängig. Die Versprechungen in Bezug auf die Milderung der zahlreichen Gewaltthätigkeiten und Bedrückungen der Obersten wurden später nicht erfüllt und enthielten keine Gewähr für eine bessere Zukunft.

Dagegen gewann Wallenstein wirklich die Unterstützung der brandenburgischen Politiker in der wichtigen sundischen Frage. Der Graf v. Schwarzenberg schrieb an Herzog Bogislav:[1] wenn nur Stralsund sich in die Zeit schicken und auf liederliche conditiones Garnison einnehmen wollte, so sollte S. G. der Herr General zur Gelindigkeit auf gar liederliche Wege wol zu disponieren sein.

Und zum Behuf einer die Einquartierung erleichternden Vermittelung wurden auf besondere Veranlassung des Herzogs Bogislav brandenburgische Bevollmächtigte, Johann v. Wilmerstorff und Dr. Petrus Fritze, an den Herzog und an den Rat der Stadt entsendet.

Und so wird sich Wallenstein über das, was er in Frankfurt und in Berlin zu sehen und zu hören bekam, nicht eben beunruhigt haben. Er muß erkannt haben, daß ihm in allen seinen Anschlägen auf Stralsund, Pommern und Preußen von Brandenburg aus vor der Hand nicht der geringste Widerstand geleistet werden würde.

Erst am 3. Juli finden wir Wallenstein in Anklam. Eilig hat es also der Generalissimus über das oceanische und baltische Meer mit der Uebernahme des Oberbefehls über die Belagerungsarmee vor Stralsund sicherlich nicht gehabt. Aber sollte diese Zögerung nicht eine absichtliche gewesen sein? Trug der berühmte Kriegsfürst vielleicht Bedenken, in eine Unternehmung einzutreten, in welcher Arnim bisher gescheitert war. Oder hegte er gar die Hoffnung, daß der Feldmarschall die ihm gestellte Aufgabe vor seiner Ankunft lösen, so daß der die Belagerung mißbilligende kaiserliche Bescheid an den stralsundischen Abgeordneten von selbst gegen-

1) Des Grafen von Schwarzenberg Schreiben an den Herzog von Pommern, Berlin 18. Juni. Markgraf Sigismund und Graf v. Schwarzenberg an den Rat von Stralsund, Cölln a. d. Spree 17. Juni, eingeliefert am 30. Juni. Diese Tagesangaben sind im alten Stile ausgedrückt. Dinnies IV. 152. 188 f.

ſtandslos wurde? An kräftigen Aufforderungen ſeines Oberſten hat er es wenigſtens nicht fehlen laſſen.

Von Berlin zog Wallenſtein über Neuſtadt-Eberswalde nach Prenzlau, wo er abermals zwei Tage Halt machte. Hier ſoll ihm Vahl den vom Kaiſer erhaltenen Beſcheid überreicht haben.[1] Weniger glaubhaft will es uns erſcheinen, daß auch Arnim einen Befehl vom Kaiſer erhalten haben ſoll, die Belagerung aufzuheben und die Armee ſofort abzuführen.[2] Nach einer Mitteilung des Licentiaten Vincent Möller auf dem Hanſetage zu Lübeck im Juli 1628 ſendete indeſſen der Kaiſer Gerhard v. Queſtenberg zu Wallenſtein nach Gitſchin, um ihm ſeine Entſchließung in der Angelegenheit kund zu thun. Wallenſtein ſoll darauf Arnim die Nachricht mitgeteilt haben, „daß der Kaiſer beliebt habe, die Belagerung aufzuheben und die Stadt nicht weiter zu bedrängen. Allein er erteilte angeblich auch den Auftrag, den Stralſundern ſchwere Bedingungen für die Befreiung aufzuerlegen, ja den Befehl des Kaiſers gar nicht zu befolgen.[3]

Der gottorpiſche Rat und Kanzler Ägidius von der Lancken verbreitete in Lübeck, Wallenſtein habe das kaiſerliche Dekret von ſich gewieſen, weil die Stadt nach dem Erlaß desſelben noch fremde Hilfe angenommen und deshalb des kaiſerlichen Dekretes nicht mehr fähig ſei. Ferner ſollte der kaiſerliche General erklärt haben, „daß er als Generaliſſimus ratione status belli nicht pariren könnte".

Eine von den brandenburgiſchen Abgeordneten nach Berlin entſendete Abſchrift dieſes kaiſerlichen Dekrets iſt mit der Randbemerkung verſehen, daß die Stralſunder den Erlaß erhalten hätten, der General ihn aber nicht habe ſehen wollen, ſondern vorgegeben habe, „er wäre sub-et obreptitie ausgewirkt".

---

1) Der in Theatrum Europäum 1. 1069 und bei Khevenhiller XI. angegebene Tag (10./20. Juni) iſt vielleicht unrichtig; die Nachricht ſelbſt möchten wir nicht für ſo unglaublich erachten, wie es Fock 189 thut.

2) Theatrum Europäum und Khevenhiller a. a. O. Im Mercure François 1628 T. XXIV. 417 wird der Ort Bremklaire (!) genannt. Die Mitteilung iſt dem Theatrum Europäum oder dem dieſem zu Grunde liegenden Berichte entlehnt.

3) „Es ſolten aber daneben dem von Arnimb gantz ſchwere Conditiones denen von Stralſundt vorzuſchlagen vnd dem (? der?) andern ſchreiben nicht zu geloben, zugefertiget ſein, worvon man copiam alda erlangt, vnd davon etlichen Geheimen Kay. Räthen ad partem referirt worden, die ſolches faſt nicht glauben konnen vnd ſich verwundert." Aufzeichnung eines braunſchweigiſchen Geſandten in Lübeck zum 19. Juli (a. St.?) Archiv d. St. Braunſchweig. Zur Geſchichte d. Hanſe 1628 Band XXX.

Von Sagan aus erteilte der General seinem Feldmarschall den Befehl, einen Akkord mit der Stadt zu schließen,[1] versprach ihm aber auch in einer Nachschrift zu demselben Schreiben mehrere Regimenter Fußvolk zuzuschicken, „weil er zu der Impresa wegen Stralsund viel Fußvolk bedürfen werde". Diese beiden Mitteilungen eines und desselben Briefes an Arnim lassen sich nicht in Einklang mit einander bringen. In den gedruckten Briefen Wallensteins an seinen Feldmarschall findet sich keine Nachricht darüber, daß der Kaiser oder Wallenstein Arnim die Aufhebung der Belagerung befohlen habe; in diesen Briefen wird des Beschlusses der Reichshofräte und des kaiserlichen Erlasses an Wahl vom 14. Juni überhaupt nicht gedacht.

In Frankfurt a. d. O. hatten Wallenstein pommerische Gesandte um Abführung der kaiserlichen Besatzung aus dem Lande und von der Stadt Stralsund ersucht. Beide Gesuche wurden aber von ihm rund zurückgewiesen. Er erklärte, nach Pommern müßte eher mehr Volk hineingelegt werden, als daß man etwas herausnehmen könnte. Auch Stralsund müßte Volk einnehmen, denn der Kaiser wäre der Stralsunder nicht sicher; sie wären zu mutwillig, er aber wollte sie aus der bösen Gewohnheit bringen. Als der stettinische Kanzler ihn darauf hinwies, daß der König von Schweden der Stadt Hilfe angeboten, und Herzog Bogislav das königliche Originalschreiben an Arnim gesendet habe, daß die Hansestadt sehr fest und nicht bald zu nehmen sein werde, warf er sich in die Brust und entgegnete: „Ich bin kein Polack". Die Weigerung der Abgeordneten, brandenburgische Geschütze auf pommerischen Schiffen von Stettin aus weiter zu befördern, brachte ihn noch mehr gegen das unglückliche Land auf.

Sein Ingrimm gegen die Unbotmäßigkeit der „losen Buben" von Stralsund wurde um so stärker, je mehr er sich der Stadt näherte, und je näher der Augenblick heranrückte, an welchem Wahl dem Rate Bericht von seiner Reise erstatten konnte.

Gegen die Verhandlungen Arnims mit der Stadt hatte er nichts einzuwenden, aber er verbot ihm ausdrücklich, sie einem Abschlusse zuzuführen oder mit den Schanzarbeiten innezuhalten. Alle Verhandlungen sollten nur den Zweck haben, „die Verteidiger schläfriger zu machen". Seine letzten Absichten sprach er kurz vor seinem Eintreffen vor der Stadt gegen Arnim mit den Worten aus. „Das Übel, so sie gethan haben, will [ich] ihnen gewiß nicht schenken; denn sie sind lose Buben und müssen gestraft werden".[2]

---

1) Förster a. a. O. 1. 345 f.

2) Schreiben an Arnim, Uckermünde 2. Juli 1628 bei Förster 1. 355.

So hat also das Rechtsgutachten des Reichshofrats und die Weisung der Kriegsexpedition auf Wallensteins Verfahren gegen Stralsund keinen bemerkenswerten Einfluß ausgeübt. Andererseits muß jedoch auch hervorgehoben werden, daß der Kaiser und seine Politiker der Absicht des Generals, die sie kennen mußten, durch ein zweites förmliches Verbot der Ausführung nicht entgegengetreten sind. Der Kaiser erließ vor seinem Widereintreffen in Wien nur eine Warnung an seinen General, zu welcher ihn die Besorgnis vor dem Scheitern aller übrigen Pläne „zu Wasser und zu Land", vor einer Verbindung der bisher so getreuen Städte mit den erklärten Feinden Östreichs, ja vor einem allgemeinen Volksaufstande veranlaßten. Und dabei ersuchte Ferdinand II. seinen selbstherrlichen General doch wider um ein Gutachten![1]

Noch vor Wallensteins Eintreffen im Lager vor der Stadt erhielt der Rat Nachricht davon, welchen Bescheid Wahl in Wien davon getragen hatte, und daß Wallenstein durch ein kaiserliches Dekret die Anwendnng von Gewaltmitteln untersagt war.[2] Wie verdächtig mag es unter diesen Umständen den Ratsmitgliedern vorgekommen sein, daß der Feldmarschall auch noch in den letzten Verhandlungen keine bestimmte Zusage erteilen wollte, daß nach Erfüllung seiner Forderungen durch die Stadt die ganze Armee, wenn auch nicht aus dem Lande, so doch von den nächsten Schanzen und Gräben zurückgezogen werden sollte, sondern daß er sich auch jetzt noch zum Bericht an Wallenstein verpflichtet erklärte. Infolge davon

1) Ferdinand II. an Wallenstein, Znaym 28. Juni bei Fock a. a. O. 492.

2) Über die Mitteilung des kaiserlichen Bescheides an die Stadt berichtet eine handschriftliche Beschreibung der Belagerung Folgendes: Zu dieser Zeit (20. Juni a. St.) kam auch durch die Herrn Unterhändler die Nachricht ein, welche bis dahin war hinterhalten worden, daß der stralsundische Abgesandte an die R. K. M., der Protonotarius Johann Wahl, auf der Heimreise von Prag begriffen und zu Stettin angekommen, allein wegen der unsichern Passage auf Lübeck, um sich von dort zu Wasser nach Stralsund zu begeben, gereiset sei und die Copei der Briefe hinter sich gelassen habe, von welchen er die Originalien selbst mitbringen werde. Der Inhalt eines dieser Briefe sei gewesen, daß so wenig der Kaiser als die kaiserlichen Kriegsräthe zu Prag um die stralsundische Belagerung etwas gewußt, sondern solche mit Verwunderung vernommen hätten. Im andern sei enthalten, daß der Herzog von Friedland von wegen J. K. M. und Dero Kriegsräthe die Sache mit Stralsund zu allem guten accommodieren solle, damit nicht Ursache gegeben werde, daß diese Stadt gänzlich vom Reich getrennet werden möge. Dinnies, Nachrichten Bd. I. S 65. 66. Nach dieser Aufzeichnung war Wahl am 20./30. Juni noch nicht nach Stralsund zurückgekehrt; der von Fock S. 185. 189. angegebene Tag der Rückkehr (26. Juni) wird also als eine Bezeichnung nach dem alten Kalender aufzufassen sein.

verweigerte der Rat den herzoglichen Kommissaren gegenüber die Einnahme einer Besatzung im Namen des Kaisers geradezu mit der Begründung, daß „solches Anmuten schnurstracks wider des Kaisers Bescheid“ und zugleich wider das Decret des Kaisers an den General laufe, „welches dem Bescheide conform“ wäre. Nun teilte der Rat den pommerischen Kommissaren offen mit, in welcher Zwangslage er sich gerade in diesen Tagen dem schwedischen Gesandten in der Stadt und der schwedischen Flotte unter dem Admiral Flemingk auf dem Tiefe gegenüber befand. Er konnte die schwedische Hilfe nicht ausschlagen, wenn er nicht zwei Feinde vor den Mauern haben wollte.

In Anbetracht dieser Lage der Dinge ließ Herzog Bogislav durch den Herzog Franz Albrecht von Sachsen-Lauenburg die Bitte an Wallenstein gelangen, den Mittelweg einzuschlagen und sich mit der Entfernung der auswärtigen Truppen aus der Stadt und mit der Vereidigung der von Stralsund geworbenen Mannschaft auf den Herzog und die Stadt, sowie mit der eidlichen Verpflichtung des Rats und der Bürgerschaft für Kaiser und Reich zu begnügen. Für den Fall, daß Wallenstein dieser Vorschlag nicht genehm sein sollte, ersuchte ihn Bogislav um eine gütliche Vermittelung durch die brandenburgischen Räte und den Herzog von Sachsen-Lauenburg.

Große Wirkungen scheint der Herzog von Pommern von diesem Gesuche an Wallenstein aber nicht erwartet zu haben, da er sich zugleich bemühte, die Tragweite des kaiserlichen Bescheides an Stralsund möglichst abzuschwächen und der Stadt vielmehr anzuempfehlen, sich Wallenstein gegenüber ja nicht allzu hartnäckig auf ihn zu berufen!![1]

Wie ganz anders und wie viel günstiger für die östreichischen Pläne an der Ostsee hätten sich gerade in diesen Tagen diese Dinge gestalten können, wenn Wallenstein in loyaler Anerkennung des kaiserlichen Bescheides hätte Billigkeit gegen die Stadt walten lassen und ihr ein solches Maß von Vertrauen entgegen gebracht hätte, daß sie auf den herannahenden schwedischen Zuzug hätte verzichten können!

Nun trieb die Zwiespältigkeit der östreichischen Politik und Wallensteins Starrsinn Stralsund geradezu in die Arme der Schweden. Davon, daß der General den kaiserlichen Bescheid zur Grundlage neuer Ver-

1) Bogislav befahl dem Rate, seine Abgeordneten anzuweisen, daß sie das Werk mit unzeitigen Behelfen, „als daß die gänzliche Abführung der kaiserlichen Armee vor dem Akkorde vorhergehen solle, nicht in neue Difficultäten und Widerwärtigkeiten setzen, auch dem am 14. huj. st. n. zu Prag erteilten kaiserlichen Dekret keinen größern Effekt, „als Ihr nach der Sachen Umständen und nach Beschaffenheit dieser Zeit zu gewarten habt“, zuschreiben sollten.

handlungen mit der Stadt gemacht habe, findet sich nicht das geringste Anzeichen. —

Während der Verhandlungen Stralsunds mit den Kaiserlichen und dem Herzoge in der zweiten Hälfte des Juni hatten die Wallensteiner ihre Laufgräben weiter vorgeschoben und sie in der Nähe des Frankenthores bis etwa 500 Schritt vor das Außenwerk der Stadt geführt. Hier hatten sie eine Batterie errichtet, die von zwei andern seitlich und etwas rückwärts gelegenen unterstützt wurde. Gefahrdrohend erwies sich besonders eine große Schanze vor dem Frankenthore nach dem Dänholm zu, von der aus die Laufgräben gegen das Thor gezogen wurden.

Etwa 100 Schritte vor dem Knieperthore erhob sich ein beträchtliches Werk, von dem aus man nicht allein die See, sondern auch den Zugang nach dem Thore hin und die Stadtseite des Hafens zu beherschen imstande war. Die Jürgenschanze vor demselben Thore hatten die Feinde mit zwei Batterien besetzt und eine andere ungefähr in derselben Nähe von 600—700 Schritt vor dem Hospitalerthore errichtet.

Der Bau dieser Werke und das Vorschieben der Laufgräben war von unbedeutenden Gefechten begleitet, die nur davon Zeugnis ablegten, daß sich die Belagerer immer noch zu schwach fühlten, um eine größere Annäherung der Feinde mit Gewalt zu hindern.[1] Freilich mag auch Holk nicht gerade persönlich geneigt gewesen sein, die Verteidigung auf die Spitze zu treiben, da seine Hochzeit bevorstand, die er in Dänemark zu feiern gedachte. Bald nach dem 18./28. Juni erteilte er sich den zu derselben erforderlichen Urlaub. Man wird annehmen dürfen, daß er schon vor seiner Abreise mit dem Könige über eine nachdrücklichere Unterstützung verhandelt hatte.

Bevor indessen neue dänische Streitkräfte in Stralsund eintrafen, erschien eine kleine schwedische Flotte mit 600 M. Fußvolk am Bord im Hafen. Und gerade am 30. Juni, also während der Verhandlungen am Triebseeischen Zingel, entledigte sich der der Flotte beigegebene politische Bevollmächtigte Gustav Adolfs, der später so bekannt gewordene Philipp Sattler, ein Schwabe aus Kempten, der Aufträge des Königs. Auf dieser Flotte kehrten die sundischen Abgeordneten Hasert und Brandenburg, welche der oben erwähnte Hofjunker Borchard zu Gustav Adolf nach Marienburg geleitet hatte, in ihre bedrängte Heimat zurück. Diese Unterstützung Gustav Adolfs, welche unter den obwaltenden Umständen nicht abgelehnt werden konnte, nötigte die Stadt zugleich zu einer sehr erheblichen Wendung in ihrer bisherigen politischen Stellung.

---

1) Einzelheiten sind bei Fock 236 f. nachzulesen.

Der schwedische König forderte den Rat zu einem Bündnisse auf, welches zwar zunächst nur zur Verteidigung der Stadt, ihres Hafens und damit der Ostsee bestimmt war, aber auch weitere Ziele in Aussicht nahm. Denn ebenso wie der König jetzt der Stadt Unterstützungen sendete, so sollte diese ihm jeden erforderlichen Beistand leisten, wenn er infolge dieses Schrittes in einen Krieg verwickelt werden würde. Ferner sollte sich die Stadt geradezu bemühen, in dieses Bündnis die Hansestädte hineinzuziehen, sowie überhaupt der Eintritt in dasselbe auch andern „Potentaten, Fürsten und Kommunen" offen gehalten wurde.

Auch bei dem Abschlusse dieses Vertrages wahrten die städtischen Politiker mit anerkennenswerter Zähigkeit der Stadt ihre Selbständigkeit und ihre Zugehörigkeit zum Reiche und zum Herzogtum Pommern. Während Sattler den städtischen Vertretern zuerst ein beständiges und ewigwährendes Bündnis mit Gustav Adolf und der Krone Schweden vorschlug, wurde der Vertrag in Wirklichkeit nur auf 20 Jahre abgeschlossen. Daß der König infolge dieses Bündnisses Hoheitsrechte gegen die verbündete Stadt geltend machen konnte, hinderte eine Bestimmung, nach welcher das Schiedsrichteramt bei Streitigkeiten zwischen den Verbündeten den Staaten der Niederlande und den Hansestädten übertragen wurde. Mit welchem Eifer beide Teile den Abschluß des Bündnisses betrieben, geht daraus hervor, daß Sattler den ersten Entwurf desselben am 1. Juli überreichte, und daß man sich bereits am 3. Juli über die streitigen Punkte geeinigt hatte und zum Abschlusse gelangte.[1] Wer hierbei das größere Maß von Nachgiebigkeit gezeigt hat, muß vor der Hand dahin gestellt bleiben: wir wollen jedoch ausdrücklich hinzufügen, daß der schwedische Gesandte Befehl hatte, vor dem Abschlusse des Bündnisses die Soldaten nicht in die Stadt zu führen.

Schon am 3. Juli machte der Rat dem Könige Anzeige von dem Abkommen, welches bis zur erfolgten königlichen Bestätigung nur als ein vorläufiges gelten konnte. Und nur zwei Tage darauf waren auch die Bedingungen, unter welchen die Aufnahme der schwedischen Truppen erfolgte, festgesetzt.[2] Die ausländischen Soldaten traten als Mietstruppen, welche ihr Oberst womöglich stets in derselben Anzahl zu erhalten hatte,

1) Die von dem schwedischen Abgesandten am 1. Juli übergebenen Artikel sind bei Neubur a. a. O. 281 f. abgedruckt, der Bündnisvertrag dagegen in den Beilagen des Gründlichen Berichts S. 118—120. Als Vollmacht des Königs für die zurückkehrenden städtischen Gesandten wird sein Schreiben aus Marienburg vom 12. Juni (Neubur 291, 292) anzusehen sein.

2) Capitulation, wie es mit d. kön. schwed. Succurs in der Stadt Stralsund zu halten ist, vom 25. Junius (a. St.) 1628. Dinnies V. S. 165 ff.

in den Dienst der Stadt. Rat und Bürgerschaft behielten sich ausdrücklich die Oberleitung der ganzen Verteidigung vor: bei den Vertretern derselben mußte sich der Oberst seine Befehle holen. Sogar die Posten sollten von der städtischen Verteidigungskommission ausgeteilt und jeder Abteilung nach ihrem Gutdünken angewiesen werden. Dagegen wurden auch die städtischen Geworbenen unter den Befehl des schwedischen Obersten gestellt. Ohne des Königs Zustimmung konnte die Stadt ferner keinen Vergleich mit dem Feinde eingehen: dem schwedischen Obersten und seinem Oberstlieutenant mußte selbst von Verhandlungen mit dem Feinde Mitteilung gemacht werden.

Einige Tage nach Sattlers Abreise sendete die Stadt abermals einen Botschafter an den König, der ihn mit den letzten Vorgängen bekanntzumachen und wahrscheinlich auch über sein persönliches Auftreten auf dem Kriegsschauplatze zu verhandeln hatte.[1]

Unmittelbar nachdem die Stadt das ihr vom Könige angebotene Bündnis abgeschlossen hatte, führte der schwedische Oberst Fritz Rosladin seine vier Kompagnien herein. Dem Könige von Schweden erschien diese Einmischung in die Verhältnisse der deutschen Ostseestadt nur als der Anfang eines Kampfes um etwas Höheres und weit Wichtigeres, um die Freiheit des baltischen Meeres oder vielmehr um die Wahrung der Machtverhältnisse, welche die protestantischen Küstenstaaten bis jetzt auf demselben ausgeübt hatten. Er wendete sich daher auch an die Stadt Lübeck und legte ihr nicht nur die Unterstützung Stralsunds nahe, sondern forderte sie gleichfalls zu einem engeren Bündnisse auf.[2]

So hatte Stralsund kurz vor Wallensteins persönlichem Eingreifen in die Belagerung gerade von einer Macht Unterstützung erhalten, in welcher der kaiserliche General mit dem sichern Vorgefühle des Feindes seinen mächtigsten und hartnäckigsten Gegner erkannte. Wie tief mag er da ergrimmt gewesen sein, als er die Wahrnehmung machte, daß er auf der Ostsee ohne einen Kampf mit vereinten Gegnern, die bereits zur

---

1) Des Rats Schreiben an Gustav Adolf vom 29. Juni a. St. Regia M. V. ex legato nuper ad nos misso haud dubio clementissime intellexit, quo loco sint res nostrae, et quid post domini legati abitum in hanc usque horam acciderit, praesentium lator humillime explicabit; proinde nos ex relatione contenti breviores erimus et quod reliquum est, post Deum Optimum Maximum R. Majestatis Vestrae laudatissimae prudentiae et felicissimae gubernationi permittimus, eundem orantes, ut R. M. V., cui officia nostra deferimus, diutissime incolumem felicissimamque conservet.

2) Gustav Adolfs Schreiben aus dem Lager an der Weichsel vom 17./27. Juni bei Neubur a. a. O. S. 280 f.

Verteidigung einer für ihn sehr wichtigen Seestadt zusammenwirkten, die maritimen Pläne des Kaiserhauses nicht durchzusetzen, ja wahrscheinlich auch sein erkauftes Herzogtum nur unter den allergrößten Schwierigkeiten zu behaupten imstande sein würde. Und so bleibt sein Entschluß, die Stadt unter Anwendung aller nur irgendwie verfügbaren Mittel zu Falle zu bringen, wol erklärlich. In jenen Tagen wird das trotzige Wort gesprochen worden sein, daß Stralsund herunter müsse, wenn es auch mit Ketten an den Himmel gefesselt wäre.[1]

Denn in der Hansestadt Stralsund galt es auch noch eine andere von ihm bitter gehaßte Macht zu demütigen: das städtische Bürgertum in seinem unter dem segensvollen Schutze der Freiheit erworbenen Wolstande und seiner von religiösen Empfindungen erfüllten tieferen Charakterbildung, und mit diesem die Freiheit der Hansestädte überhaupt, welche er wol als des Reichs Holländer bezeichnete. Von seiner unversöhnlichen Feindseligkeit gegen diese selbstbewußten Bürger der Hansestadt zeugen die an Arnim gerichteten Worte: „Wir wollen die Canaglia mit Gottes Hilfe bald zum Gehorsam bringen.“[2]

In diesen Tagen wurde die Verlegenheit der pommerischen Beamten und Unterhändler um so peinlicher, als sie fürchteten, daß den Schweden in kurzer Zeit eine große Armee unter dem Oberbefehle des Grafen von Thurn zum Entsatze der Stadt folgen werde. Deswegen stellten sie an ihren Herzog eine Reihe von Forderungen, die ihnen gleich unerläßlich schienen.[3] Der Herzog sollte bei dem General schleunigst um Abführung der Truppen anhalten, mit dem schwedischen Gesandten Philipp Sattler und dem Admiral Flemingk in Stralsund in Unterhandlungen treten, zur Abwendung der drohenden Gefahr einen allgemeinen Landtag aus allen drei Regierungen zusammenberufen und einen Stillstand der Waffen und Zurüstungen zum Kampfe vor der Stadt anbahnen. Ferner wünschten die Beamten sehnlichst, daß sich der Herzog selbst dem Kriegsschauplatze nähern und seinen Aufenthalt wenn nicht zu Wolgast, so doch zu Uckermünde nehmen möchte. Sie sprachen dabei zugleich die Hoffnung auf die persönliche Übernahme der Verhandlungen mit Arnim aus, der sie gern enthoben gewesen wären. Zu thatkräftigen Entschlüssen haben indessen diese Anregungen der Räte weder den Herzog noch die Landstände zu treiben vermocht.

---

1) Gedruckt ist das Wort wol zuerst im hansischen Wecker Kap. 3 nachweisbar.

2) Anklam 3. Juli bei Förster 1. S. 356.

3) Anwesende nach Stralsund deputierte Kommissarii und Räte an den Herzog Bogislav, Franzburg 22. Juni a. St. K. G. St.-A. in Berlin.

Nachdem er noch am 5. Juli zu Greifswald mit Arnim Rats gepflogen hatte, erschien Wallenstein zwei Tage darauf persönlich[1] bei den Belagerungstruppen im Hainholze und führte dem Heere zugleich erhebliche Verstärkungen zu. Über die Stärke der Belagerungstruppen, welche Arnim bis dahin vor Stralsund verwendet hatte, sind wir nicht sehr genau unterrichtet: er soll zuerst mit 8000 M. sein Hauptquartier im Hainholze aufgeschlagen und mit Einschluß anderer vor Stralsund gelagerter Abteilungen bereits zu Beginn der Einschließung 14 000 M. gehabt haben. Zu dem in der Nacht vom 7. zum 8. Juli unternommenen nächtlichen Angriffe auf das Frankenthor wurden angeblich drei Regimenter verwendet, die mit einem Verluste von 1000 M. zurückgetrieben wurden, während die städtische Besatzung nur 150 M. durch den Tod verlor.

Noch vor seiner Ankunft vor der Stadt hatte Wallenstein Sorge für eine ansehnliche Verstärkung getragen. Er zog die drei Regimenter Dohna, Verdugo und Fahrensbach aus der Mark heran, ließ sechs Geschütze aus Küstrin kommen und auch Stücke aus Berlin, Anklam, Stettin und Greifswald heranführen. Überläufer berichteten in Stralsund Ende Juni, daß der Feind sieben Regimenter stark sei und noch drei erwarte. Von Greifswald aus scheint Wallenstein die neu angekommenen Mannschaften vor Stralsund geführt zu haben. Die drei Regimenter, welche er aus Holstein heranziehen wollte, sind jedoch schwerlich im Lager vor der Stadt eingetroffen. Tilly hat keine Truppen zur Belagerung entsendet, wie Wallenstein forderte. Das ganze Belagerungsheer hat schwerlich 25 000 M. gezählt, wie ein neuerer Forscher annimmt, sondern ist wahrscheinlich erheblich schwächer gewesen.[2]

Die Stadt hatte sich geweigert, ihre Vertreter auf einen zu abermaligen Verhandlungen angesetzten Tag nach Anklam zu entsenden, mußte nun aber, nachdem der Feind Verstärkungen erhalten und der gefürchtete Diktator selbst den Oberbefehl übernommen hatte, des Äußersten gewärtig sein.

In der Nacht vom 6./7. Juli, in welcher die städtischen Truppen vor dem triebseeischen Thore von der Landwehr bis auf den Damm zurückgetrieben wurden, mußte sich den Bürgern ein Vorgefühl davon aufdrängen, daß man einer Reihe schwerer Tage entgegengehe. Einen sehr energischen Vorstoß machten die Feinde in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli gegen die unter dem Befehle des Majors Monro stehenden Schotten vor dem Frankenthore: 4000 M. Fußvolk wurden in drei Abteilungen gegen die Schanzen geführt. Schon infolge des ersten stürmischen

1) Der 7. Juli wird von Wallenstein in einem Schreiben an den Kaiser vom 15. Juli bestimmt als Tag seiner Ankunft angegeben.

2) Förster 1. 347, 350, 356, 369; Fock 210, 252.

Angriffs mußten die Schotten auf die Hauptschanze zurückweichen; bei dem zweiten erhielt der Major Monro eine Verwundung, die ihn kampfunfähig machte, und als der dritte Hause der Feinde zum Sturm vorging, gaben die Verteidiger das Schanzwerk preis, und die Kaiserlichen drangen sogar bis in ein zwischen der Schanze und dem Thore liegendes Ravelin vor. Da führte der Oberst Rosladin die schwedischen Kompagnien mit einer Abteilung Deutscher aus dem Thore heraus, nahm das Ravelin wider und setzte sich auch von neuem in den Besitz des Außenwerkes vor demselben.

Ungeachtet dieses Mißerfolgs setzten die Belagerer die schon am 6. Juli begonnene Beschießung auch am 8. J. fort und erneuerten in der folgenden Nacht ihren Angriff auf das Außenwerk vor dem Frankenthore. Der dies Mal hier den Befehl führende Oberstlieutenant Seaton räumte einer Verabredung mit dem Major Monro gemäß das Werk, und ein erneuter Versuch, den die städtische Besatzung zur Widergewinnung desselben machte, scheiterte. In dieser Nacht wurde der charaktervolle und thatkräftige schwedische Oberst so schwer verwundet, daß er sich nicht mehr persönlich am Kampfe beteiligen konnte und einige Zeit darauf in der noch umlagerten Stadt seine tapfere Seele aushauchte.

Der Stadt bemächtigte sich infolge dieser wenig glücklichen Kämpfe eine große Niedergeschlagenheit, so daß abermals eine Anzahl Frauen und Kinder außerhalb derselben in Sicherheit gebracht wurden. Wie früher sah man auch dies Mal darauf, daß dieselben nicht zu viele Wertsachen und Kostbarkeiten mit sich davon führten, da die zur Fortsetzung des Widerstandes bereitliegenden Baarmittel sehr gering waren.

Am 9. Juli aber flehte man Gustav Adolf von neuem um Unterstützung an und ersuchte an demselben Tage zugleich Wallenstein um einen Waffenstillstand und eine Fortsetzung der Unterhandlungen. Wallenstein stellte darauf freilich die Feindseligkeiten nicht ein, empfing aber doch am 10. Juli eine sundische Gesandtschaft unter der Führung des Syndikus Dr. Hasert. Den Besprechungen wohnten auch die eben im Lager angelangten pommerischen Landesbeamten und die von dem Kurfürsten von Brandenburg entsendeten Vermittler Johann v. Wilmerstorff und Dr. Petrus Fritze bei. Der kaiserliche General verzichtete jetzt auf den Dänholm und die Einlegung einer kaiserlichen Besatzung, bestand aber mit Nachdruck darauf, daß die Stadt eine pommerische Besatzung aufnehme, welche durch nicht weniger als vier Eide verpflichtet werden sollte. Er nahm die Vereidigung derselben auf den Kaiser, den Herzog von Pommern und seinen erbberechtigten Nachfolger, den Kurfürsten von Brandenburg, und auf die Stadt selbst und zwar, „einzig

und allein zur Defension der Stadt" in Anspruch. Außerdem sollte sich die Stadt zur schriftlichen Abbitte und dem ausdrücklichen Gelöbnis, bei Kaiser und Reich verbleiben zu wollen, verstehen und die Hälfte der zuletzt geforderten Summe, nämlich 50000 Reichsthaler, zahlen. Die landesherrlichen Gesandten deuteten dem Vertreter der Stadt sogar an, daß sie auch ihre eignen Truppen würden behalten dürfen, wenn man sie nur in der geforderten Weise vereidigen würde. Zuletzt erteilte man die Versicherung, „man werde die Stadt mit Änderung der Religion nicht beschweren." [1]

Der Rat zeigte sich durch diesen Bescheid vollständig zufrieden gestellt, und auch bei der Bürgerschaft fand derselbe zunächst Anklang. Doch wurden von dieser noch einige Bedenken wegen des Oberbefehls und der Höhe der künftigen städtischen Besatzung erhoben. Und endlich gab ihr der Verdacht, daß sie auf diese Weise doch in den Kampf gegen die nordischen protestantischen Könige hineingezogen werden sollte, Anlaß zu der nachdrücklichen Forderung, die Könige von Schweden und Dänemark selbst zur Mitwirkung bei dem Abschlusse des Vertrags heranzuziehen. Daß diese Besorgnis nicht unbegründet war, davon überzeugte sich der Rat bereits, als Wallenstein am 11. Juli den städtischen Abgeordneten „die Freiheit des Handels zu Wasser und zu Lande nur für das laufende Jahr" zusicherte. Schon im folgenden Jahre, wo der neue Herzog von Mecklenburg voraussichtlich Dänemark und wahrscheinlich auch Schweden zur See bekämpfte, sollte die Stadt ihre Handelsbeziehungen mit den Östreich feindlichen Ländern abbrechen.

Am andern Tage (12. Juli) gaben die städtischen Abgeordneten im Lager die Erklärung ab, daß sie in kaiserlichem Gehorsam verbleiben, das fremde Kriegsvolk aus der Stadt schaffen, ihr eigenes abdanken und eine andere Besatzung zur Verteidigung einnehmen wollten, baten aber zugleich, daß dieselbe nur dem Herzoge von Pommern und der Stadt vereidigt werden und auf etwa 800 M. herabgesetzt werden sollte. Wallenstein forderte dagegen die Aufnahme von 2 Regimentern kaiserliches Volk und die Vereidigung auf den Kaiser und auf den Kurfürsten von Brandenburg. Außerdem aber sollte der Herzog von Pommern und die Landschaft dem Kaiser Bürgschaft leisten, daß ihm und dem römischen Reiche von seinen Feinden aus Stralsund keine Ungelegenheit zugefügt werde, ja auch der Kurfürst von Brandenburg zu einer gleichen

1) Ob dies von Wallenstein oder den pommerischen Gesandten geschehen ist, wird aus der Relation des Bürgermeisters Dr. Steinwich an die versammelte Bürgerschaft nicht genau ersichtlich, s. Förster, 1. S. 363 f.

Bürgschaftsleistung herangezogen werden. Auf die Bitte der städtischen Vertreter, welche die vierfache Vereidigung des Kriegsvolkes zugestanden, ermäßigte Wallenstein darauf die Stärke desselben auf ein Regiment. Die pommerischen Räte aber erklärten sich, ohne daß sie zuvor mit den brandenburgischen Rücksprache genommen hätten, zu der geforderten Gewährleistung bereit, während die Brandenburger sie unter Entschuldigungen ablehnten, und Wallenstein auch nicht weiter in sie drang. Von einer solchen Gewährleistung und Versicherung durch den Herzog und seine Landstände war freilich schon im Mai bei den Verhandlungen mit Arnim die Rede gewesen, und die Landschaft hatte sich gleichfalls auf dem Landtage zustimmend ausgesprochen. Um Bescheid auf diese Punkte einzubringen, erhielten die städtischen Gesandten wider eine Frist von einem Tage.

Die im Namen des Herzogs mit dem Rate verhandelnden Landesbeamten, der Freiherr Wolf zu Putbus und der Kanzler v. Horn, setzten darauf die künftige städtische Besatzung auf 1500 M. fest, der zugleich landesherrliche Bevollmächtigte beigegeben werden sollten. Und mit diesen Abänderungen nahmen sechszehn Ratsherren die angegebenen Bedingungen an. Dagegen beharrten der Bürgermeister Steinwich nebst dem städtischen Kriegsrate und dem verwundeten schwedischen Obersten Rosladin bei ihrem Widerspruche. Die Zustimmung der Bürgerschaft scheint man unter diesen Umständen nicht eingeholt zu haben. Als sich nun an diesem Tage die Boten der Stadt an der Verschanzung des Obersten Fahrensbeck meldeten, der sie zu Wallenstein zu geleiten hatte, erhielten sie von diesem den Bescheid, noch etwa eine Stunde zu warten. In der Zwischenzeit fuhren aber die Belagerer so eifrig an der Errichtung ihrer Verschanzungen fort, daß die Städter sie darin durch Geschützfeuer störten und nicht mehr daran dachten, Gesandte in das Lager zu schicken, sondern Wallenstein nur eine schriftliche Antwort erteilten.

Gerade an diesem 12. Juli aber, an welchem die Mehrzahl des Rats zu dem Entschlusse gekommen war, den Widerstand aufzugeben, erhielten die Belagerten von neuem Unterstützung: 400 M. dänisches Fußvolk verstärkten die Zahl der bisherigen Verteidiger.

Auf Wallensteins Veranlassung setzten nun die pommerischen und die brandenburgischen Vermittler ihre Unterhandlungen mit dem Rat noch an diesem Tage auf einem Hause am Triebseeischen Thore fort. Es lag ihnen besonders daran, Gewißheit darüber zu erlangen, ob die Stadt ungeachtet des fremden Kriegsvolkes noch in der Lage sei, einen Vertrag einzugehen. Die städtischen Botschafter bejahten diese Frage energisch, trugen aber den brandenburgischen Vermittlern fast mit weinenden

Augen auf, Wallenstein zur Milde zu stimmen und in ihrem Namen mit ihm abzuschließen. Sie wollten 1500 M. von ihrem Herzoge einnehmen und sie auch vierfach vereidigen lassen. Die Vermittler trafen Wallenstein in der Fahrensbachischen Schanze in höchster Aufregung: er genehmigte zwar die letzten Bedingungen, verlangte aber, daß der Schluß der Verhandlungen noch an demselben Tage stattfinden sollte, sonst wollte er die Stadt sofort angreifen und, wenn er ihrer mächtig werden sollte, nichts in derselben leben lassen, was eine lebendige Seele hätte.

Diese Drohungen begann der General schon in der Nacht vom 12. bis 13. Juli zu verwirklichen. An dem letzten Tage steigerte er aber das Artilleriefeuer bis zu dem Grade, daß 1564 Schüsse auf die Stadt abgegeben worden sein sollen. Die ganz ungewöhnlichen Anstrengungen des Feindes galten hauptsächlich dem Frankenthor und seinen Befestigungen. Denn während Arnim seine Angriffe auf die Stadt gewöhnlich von zwei Seiten her ausgeführt hatte, faßte Wallenstein nur einen Punkt der Befestigungen und zwar hauptsächlich das Frankenthor in das Auge und ließ an diesem 13. Juli 22 Stücke, die zum teil Geschosse von 24 bis 44 Pfund warfen, zu gleicher Zeit lösen. Diese Kanonade aus einer Entfernung von etwa 600 Schritten, welche den ganzen Tag über bis Abends 10 Uhr währte, war aber doch nicht im stande, den Verteidigungswerken erheblichen Schaden zuzufügen: ihren Zweck, Bresche zu schießen, erreichte sie nicht.

Die Stadtbehörde hatte Wallenstein ihre letzten Erklärungen durch eine besondere Abordnung am 13. Juli im Lager selbst überreichen lassen wollen, hatte es aber unter den an diesem Tage obwaltenden Umständen unterlassen. Trotzdem war gerade damals ihre Hoffnung auf Rettung gering, was ihre Vertreter auch bei einem neuen Zwiegespräche den Brandenburgischen im Vertrauen erklärten (13. Juli). Sie nahmen daher die ihnen gebotenen Bedingungen nun wirklich an und versprachen diesen unter Handschlag, auch Verhandlungen über eine Gewährleistung einzuleiten, durch welche sie ihren Landesherren und die Landstände für die von ihnen übernommenen Verpflichtungen schadlos halten wollten. Im Zelte des Feldmarschalls, in welchem er sich bei der Rückkehr der Vermittler gerade befand, erklärte sich Wallenstein über diesen Ausgang der Verhandlungen ziemlich zufriedengestellt, so daß er den Angriff, zu welchem schon alle Vorbereitungen getroffen waren, unterließ. Dagegen wurde in dem Ausbau der Verschanzungen von seiten der Belagerer fortgefahren, was die natürliche Folge hatte, daß das Geschützfeuer die ganze Nacht hindurch nicht zur Ruhe kam.

Am folgenden Tage (4./14. Juli) verhandelten die pommerisch-brandenburgischen Abgesandten mit den Vertretern des Rats bereits über die von der Stadt geforderte Gewährleistung für den Herzog und die Landstände. Durch Paul von Damnitz und den Bürgermeister Steinwich wurden einige Punkte zusammengestellt, zu welchen die Stadtgemeinde ihre Genehmigung erteilen sollte. Darauf begaben sich die Unterhändler in das Lager, wo Wallenstein einen förmlichen Vertrag aufsetzen ließ, dem die Bürgschaftserklärung des Herzogs und der Landschaft beigefügt war. Und dieses Schriftstück wurde noch in derselben Nacht von den pommerischen Abgeordneten ohne Wissen der Brandenburger unterzeichnet, die auch dem späteren Ansinnen Arnims und der Pommern auf eine Vollziehung des Aktenstückes klüglich auswichen. Ja die Brandenburger machten den pommerischen Landesbeamten zum besonderen Vorwurf, daß sie unterzeichnet hatten, ohne Deckung für ihren Herzog und die Landschaft durch eine Verpflichtung der Stadt in den Händen zu haben. Sie hoben hervor, daß die Lage des Herzogs und der Stände sich sehr mißlich gestalten könnte, falls die Stadtgemeinde von ihrem Versprechen zurücktreten würde, so daß das Letzte ärger als das Erste werden könnte. Die pommerischen Landesbeamten hatten sich dazu verpflichtet, innerhalb vier Tagen die Genehmigung des Herzogs einzubringen.

Die Befürchtungen der brandenburgischen Abgeordneten erwiesen sich sehr bald als begründet. Denn als die Vermittler nach der Aushändigung des Vertrages und des Reverses an Wallenstein zur Stadt zurückkehrten und den Rat ersuchten, die von ihm auszustellende Gewährleistung an ihren Landesherrn und die Landstände einzureichen, forderten die Ratsdeputierten zunächst Abschriften, um den Inhalt der Aktenstücke dem ganzen Rate und der Gemeinde vorzutragen. Und von diesem Augenblick an kam die ganze Angelegenheit in das Stocken; Rat und Gemeinde von Stralsund schlossen keinen Vertrag mit Wallenstein und verbürgten sich auch nicht gegen ihren Landesherrn und die Landstände in einer von diesen als ausreichend bezeichneten Form.

Unmittelbar nach seinem letzten verfehlten Angriffe entbot Wallenstein abermals eine Deputation der Stadt in das Hainholz (4./14. Juli), der gegenüber er mildere Saiten aufzog und das Volk gegen einen Vertrag zurückzunehmen versprach. Und am 15. Juli ließ er bereits die Stücke von einer Seite abführen und zog auch einiges Kriegsvolk zurück. Wallenstein eröffnete am 14. Juli nach den Mitteilungen des sundischen Vertreters auf dem Juli-Hansetage zu Lübeck den städtischen Abgeordneten: „Es wäre ihm lieb, daß die Stadt zu bessern Gedanken käme, doch würden sie solches wol nicht gethan haben, wenn er ihnen nicht so nahe kommen

wäre. Wann sie sich accommodieren würden, wollte er abziehen und das Volk abführen, auch seine Zusage aufrichtig halten, und sollten sie nicht gedenken, weil er katholisch wäre, daß er gedenken sollte, haereticis non esse servandam fidem. Sie müßten aber ein Regiment ihres Fürsten Volk einnehmen, doch könnte ihr, der Stadt Volk, mit darunter sein. Der König in Dänemark wäre sein Feind; mit dem Könige in Schweden hätte er nichts [zu] schaffen, wollte sich mit demselben wol vertragen. Nach den versprochenen 80000 Thalern wollte er so groß nicht fragen, hätte doch Geldes genug, weil sie aber versprochen, müßte der Rest vermüg Zusage erlegt werden, und sollten sie sich eidlich verreversieren, und weil sie sich vergriffen, schriftlich deprecieren". Der Eindruck, welchen die Nachricht von der unerwarteten Nachgiebigkeit des Generals in der Stadt hervorbrachte, war so stark, daß die Prediger beim Morgengottesdienste Gott dafür dankten. Aber nur zwei Tage darauf überbrachten die Unterhändler „eine Declaration", welche als sehr hart und scharf bezeichnet wurde. Die Stadt sollte ein Regiment von 3000 M. einnehmen und ihre jetzige Besatzung entlassen, die sie jedoch unter der Bedingung wider bestallen konnte, daß sie dem Kaiser und Reiche, dem Herzoge von Pommern und seinem Nachfolger, sowie der Stadt vereidigt würde.[1] Diese Vereidigung in Gegenwart des Generals und der Kommissare schloß auch die Versicherung in sich, daß sich die Truppen nicht gegen den Kaiser und das Reich, den Herzog von Pommern und seinen Nachfolger wollten gebrauchen lassen. Der Eintritt in diese neue Besatzung war Bürgern und Bürgerskindern von Stralsund ausdrücklich untersagt. Ihr Oberster sollte ein pommerischer Edelmann sein, der das Recht hatte, an allen wichtigen Beratungen teil zu nehmen: ohne seine Zuziehung durfte kein Gesandter gehört oder expediert werden. Jetzt wurden von der Stadt sogar 100000 Thaler gefordert, deren Entrichtung man bis zu Weihnachten entgegen sah. Die fremde Hilfe sollte die Stadt alsbald entlassen und mit den Benachbarten keine Korrespondenz halten.

Diese Bedingungen erklärte der mit den Verhandlungen betraute Ratsausschuß für so hart, daß er sie kaum an die Bürgerschaft zu bringen wage, während die Vertreter des Herzogs hervorhoben, daß der General mit der Stadt überhaupt nichts mehr zu schaffen habe, denn er habe mit dem Herzoge einen Vertrag geschlossen, in welchem von dem letzteren Land und Leute als Hypothek eingesetzt worden seien. Das Bad werde

1) Aussage Rostocks in Lübeck. Aktenstück des Archivs d. St. Braunschweig XXX. Die Mitteilungen dieses Gesandten liegen unserer Darstellung auch in den folgenden Angaben zu Grunde, die von Focks Erzählung abweichen.

am schwersten über die Stadt ausgehen. Da baten die städtischen Abgeordneten um Aufschub, um die Angelegenheit der Bürgerschaft vorzutragen, der, wenn auch nur auf einen Tag, gewährt wurde.

Und nun entschloß man sich in der Stadt, noch einmal um Milderung der Bedingungen nachzusuchen und erhielt sie auch. Die herzoglichen Unterhändler wollten sich jetzt mit einer Besatzung von 2000 M. begnügen, gestanden zu, daß der Magistrat in seinem Amte verbleiben und der Befehlshaber der Truppen nur die Mitaufsicht über die Stadt haben und seine Befugnisse auf dem nächsten Landtage näher festgestellt werden sollten. Die Vertreter der Stadt ließen sich darauf vernehmen, wenn der General ihnen diese Erklärung und Verheißung selbst gäbe und die jüngste Deklaration milderte, hätten sie Ursache mehr zu trauen, den herzoglichen Kommissaren wollten sie dagegen ihr Vertrauen „nicht allerdings" schenken.

Nun scheinen am 17. und 18. Juli noch persönliche Verhandlungen zwischen Vertretern der Stadt und Wallenstein stattgefunden zu haben, infolge deren die städtischen Abgesandten sich am 18. in allen Punkten unterthänig und willig erklärten, obwol sie das nach der kaiserlichen Verordnung nicht nötig hatten.[1] Von dieser Erklärung trat die Stadt aber nach einigen Tagen ausdrücklich zurück, weil sich die fremden Soldaten geweigert hatten, abzuziehen, bevor nicht alles in der Stadt in den vorigen Stand gesetzt wäre, und die Bürgerschaft sich zu keinem versiegelten Vertrage verstehen wollte, bevor die fremde Hilfe sich nicht gutwillig aus der Stadt entfernt hatte.

Während dieser letzten Tage bestand zwischen der Belagerungsarmee und der Stadt eine Art Waffenruhe, um welche Wallenstein selbst zuerst nachgesucht hatte (15. Juli). In diesen Tagen mochte Wallenstein auch das bereits erwähnte besorgnisvolle Schreiben des Kaisers erreicht haben, in welchem seiner Erwägung anheim gegeben wurde, ob nicht durch diese Belagerung die Hansestädte zur Verzweiflung getrieben werden und eine General-Revolta erfolgen dürfte.[2] Man wird nicht daran zweifeln können, daß diese neue Mahnung des Kaisers den blinden und leidenschaftlichen Eifer des der früheren Weisung ungehorsamen Generals erheblich ernüchtert hat. Nun wirkten doch bereits die beiden protestantischen Könige des Nordens zur Verteidigung Stralsunds zusammen, was man in Wien offenbar vermeiden wollte. Und außerdem mußte Wallenstein

1) Diese Erklärung der Stadt vom 11. Juli a. St. an die herz. Kommissare bei Förster 1. 377 f.

2) Ferdinand II. an Wallenstein, Znaym 28. Juni 1628.

voraussehen, daß sein letzter ungestümer Artillerieangriff nur die Folge haben würde, die nordischen Könige zu einer beschleunigten Verstärkung ihrer Unterstützung zu veranlassen. Wirklich kam in dieser Zeit der nun verehelichte Oberst Heinrich Holk mit dem schottischen Regiment Spyney, welches 1000—1100 Mann zählte, zurück und quartierte es fast mit Gewalt ein (9/19. Juli) Diese Verstärkung der Besatzung und die damit verbundene Vermehrung der Verteidigungsmittel hob natürlich den Mut der Bürger außerordentlich, sodaß von einem friedlichen Abkommen mit Wallenstein überhaupt nicht mehr die Rede war. Ja schon am folgenden Tage sendete Wallenstein die Räte des Herzogs wider in die Stadt, um Holks Einwirkungen auf den Rat und die Bürgerschaft entgegenzutreten. Den pommerischen Räten sollte Arnim jetzt mitteilen, daß er gar nicht darauf dringe, daß auch nur 1500 Mann Besatzung in der Stadt wären, die Räte sollten es mit den Stralsundern anstellen wie sie wollten, auf eine kleinere Anzahl oder wie es ihnen am besten gefiele. Sein Schlußwort an Arnim lautete: Bitt der Herr disponiere auf solche Weis' mit ihnen, auf daß wir mit Ehren bestehen und bald abziehen können.[1]

Der Rat verlangte jetzt sogar die Räumung des Landes durch die Kaiserlichen wider und lehnte die Aufnahme einer Besatzung mit Rücksicht auf die fremden Hilfstruppen geradeswegs ab. Die Bürgerschaft aber bestand darauf, daß ein Vertrag mit den Kaiserlichen nicht eher von städtischer Seite genehmigt werden sollte, bis die Dänen und Schweden aus freien Stücken ihre Geneigtheit zum Abzuge zu erkennen gegeben hätten. Dagegen ermäßigten jetzt die landesherrlichen Unterhändler ihre Forderungen; um die Stadt vor allem zur Entfernung der fremden Besatzung zu bewegen, stellten sie ihr sogar die gänzliche Befreiung von Einquartierung in Aussicht.

Gerade an dem Tage, an welchem der Oberst Holk sieben Kompagnien nach Stralsund führte (9./19. Juli), denen später noch zwei folgten, erschien endlich auch der in Schrecken gesetzte Herzog von Pommern in Franzburg, wie es seine Räte schon vor Wochen gewünscht hatten und begab sich am 11./21. Juli in das Lager, wo er von Wallenstein mit großem militärischem Gefolge empfangen und bei Tafel „stattlich traktiert" wurde. Von der Unterzeichnung des Vertrages und der Kaution durch seine Räte war er sicherlich unterrichtet. Als man auch ihm das Ansinnen stellte, beiden Urkunden durch Namensunterschrift seine Genehmigung zu erteilen, weigerte er sich anfangs, worauf man ihm zu verstehen gab, daß er nicht

1) Wallenstein an Arnim, Hauptquartier den 19. Juli.

eher wider aus dem Lager entlassen werden könnte. Darauf fügte sich der energielose Fürst und unterzeichnete, nachdem noch einige Änderungen und Milderungen stattgefunden hatten, daß ungeheuerliche Schriftstück ebenso wie Wallenstein selbst.[1]

Der Herzog von Pommern versprach „wegen der Stadt Stralsund", daß sie Abbitte leisten, in kaiserlicher Devotion verbleiben und sich den Reichs- und Kreisverfassungen gemäß bezeigen, sowie dem kaiserlichen Volke in Rügen den freien Verkehr auf ihren Fähren gestatten sollte. Ferner verbürgte sich der schwache Herzog für die augenblickliche oder innerhalb Monatsfrist zu erfolgende Entlassung aller Verteidigungsmannschaften der Stadt und für die Abtragung der während der Belagerung errichteten äußeren Verteidigungswerke, sowie für die Aufnahme einer pommerischen Besatzung in einer Stärke, wie er sie selbst für nötig befinden würde. Die vierfache Vereidigung dieses Volkes gestand der Herzog ebenfalls zu, der brandenburgischen ward mit dem Zusatze gedacht, da „Dero F. G. mit Tode ohne männliche Leibeserben in währender solcher Kriegsbestallung abgehen sollte". Die augenblickliche Entlassung der ehemaligen Unterthanen des Kaisers, denen sicher Geleit zum Abzug in Aussicht gestellt wurde, wollte der Herzog von Pommern gleichfalls durchsetzen und ebenso die gleichmäßige Ratenzahlung von 50000 Reichsthalern, deren Termine auf das nächste Martinifest und auf Estomihi 1629 bestimmt wurden. Falls nun die Bürgerschaft von Stralsund all diesen Bedingungen nicht nachkommen sollte und dem Kaiser daraus Ungelegenheiten entstehen würden, so wollte der Herzog von Pommern dem Kaiser Fug und Macht geben, sich an seinen Fürstentümern und Landen zu erholen und auch die Versicherung seiner getreuen Landschaft hierüber förderlichst einschaffen.

Dagegen machte sich Wallenstein anstatt des Kaisers anheischig, *nach* Erfüllung dieser Bedingungen, und *nach* der Einsendung der besonderen Verpflichtungen des Herzogs und der Landstände ohne Aufenthalt und Schaden die zur Belagerung der Stadt hereingeführte Armee von Stralsund und den geistlichen, weltlichen und Bürgergütern diesseits der Fähre wie auch aus dem Lande ohne Aufenthalt abzuführen und die Stadt fernerhin mit Einquartierung oder sonst nicht zu beschweren.

1) Der Vertrag ist am 11./21. Juli von Wallenstein und Bogislaus XIV. unterschrieben und gesiegelt worden. Eine Abschrift desselben wurde von dem brandenburgischen Abgeordneten nach Berlin gesendet und befindet sich noch in den Akten des Geh. Staatsarchivs. Der Wortlaut des Vertrags scheint aber schon am 4./14. Juli festgestellt worden zu sein, da sich in denselben Akten des Geh. St.-A. eine Abschrift von diesem Tage ohne Unterschriften vorfindet.

Er wollte auch die von ihm errichteten Schanzen, Batterien und neuen Werke niederlegen lassen und sicherte den Geworbenen der Stadt ebenso wie den fremden Soldaten freien Abzug zu.

Die Bürgerschaft wurde der völligen Verzeihung des Kaisers versichert, so daß „die Stralsundischen an Ehre, Leib und Gütern nicht gefährdet werden" und die Stadt mit keiner weiteren Strafe belegt werden sollte. Auch der Auswechselung der Gefangenen ward nicht vergessen. Den Handel zu Wasser und zu Lande wollte der Admiral über beide nordische Meere unverhindert lassen, fügte aber diesem Punkte eine unerläßliche Beschränkung hinzu: wenn man sich mit den Hansestädten „ein anderes" vergleichen würde, müßte sich auch Stralsund darnach richten.

So verpflichtete Wallenstein Bogislaw XIV. und seine Landstände, die Pläne gegen Stralsund, welche er selbst weder durch unmenschliche Drohungen noch durch Aufbietung der ganzen ihm zu Gebote stehenden Waffengewalt hatte durchsetzen können, zur Ausführung zu bringen. Land und Leute und alle ihre Besitzungen mußten der Herzog und die Landstände dafür einsetzen, daß Stralsund die fremden Verteidiger aus der Stadt entfernte. Wallenstein erkühnte sich, obgleich er von der Unmöglichkeit überzeugt sein mußte, daß der machtlose Herzog von Pommern imstande sein würde, auszuführen, was ihm selbst mißlungen war, in dieses Abkommen die Drohung einzuflechten, daß der Kaiser das Recht haben sollte, sich an ganz Pommern schadlos zu halten. Und doch sind bis jetzt nur sehr geringe Spuren einer Verhandlung des Generals mit den kaiserlichen Politikern oder mit Ferdinand II. selbst über diese Angelegenheit hervorgetreten. Am 22. Juli stellte der Herzog von Pommern Wallenstein einen hierauf bezüglichen Revers aus.[1]

Obwol sich nun der General mit diesem Augenblick persönlich von dem Unternehmen zurückzog, blieben doch alle Bemühungen der landesherrlichen Räte, die Stadt zur Annahme von Bedingungen zu nötigen, welche man dem General gegenüber als eine Erfüllung des Vertrags vom 11./21. Juli hinstellen konnte, erfolglos. Die Stadt versprach nur, ihren Landesherrn für die Wallenstein erteilte Bürgschaft schadlos zu halten und nach Kräften für die Entfernung der fremden Offiziere und Soldaten zu wirken. Und dabei ging man noch von der Voraussetzung aus, daß der Herzog nicht nur die Räumung des städtischen Gebietes, sondern auch des Landes in das Werk setze. Um Genehmigung des Abzugs ihrer ausländischen Verteidiger wollte die Stadt auch die

1) Schreiben Wallensteins an den Kaiser vom 11. Aug. bei Fock a. a. O. 493.

benachbarten Potentaten angehen. Diesen Revers vom 24. Juli bezeichneten die landesherrlichen Vertreter von vornherein als nicht ausreichend.[1]

Aber als nur zwei Tage nach der Ausfertigung dieses Schriftstückes der des Lesens und Schreibens unkundige schottische Oberst Alexander Lesley noch eine schwedische Verstärkung von 1200 M. in die Stadt brachte, wäre es wol auch dem stärksten Drängen des Rates unmöglich gewesen, seinen milderen Beschlüssen bei der Bürgerschaft Anerkennung zu verschaffen. Ja als man in der Stadt wahrnahm, daß die Kaiserlichen vor dem Knieperthore hinter den Dämmen wider arbeiteten, und daß sie sich den Wällen soweit näherten, daß die Soldaten mit einander trinken und scherzen konnten, beschloß der schwedische Oberst,[2] Sonnabend den 29. Juli vom Frankenthore einen Ausfall zu machen. Obgleich der Rat sich gegen das Unternehmen erklärte, brach die Besatzung doch Nachmittags gegen 2 Uhr auf, drang im Verlauf einer Stunde in die feindlichen Laufgräben ein und nahm eine feindliche Schanze. Nun gebot der Oberst den weiter vordringenden Mannschaften freilich Halt, fand aber kein Gehör, und der Angriff brachte endlich das ganze kaiserliche Lager in Bewegung. Darauf wurden die städtischen Truppen in die feindliche Schanze zurückgetrieben, die sie noch eine Zeit lang behaupteten. Damals erhielt die Stadt von dem die Truppen begleitenden schwedischen Gesandten Sattler zugleich ein königliches Schreiben, in welchem Gustav Adolf das Versprechen erteilte, daß er demnächst der Stadt persönlich zu Hilfe eilen werde.

An dem Tage, an welchem der schwedische Oberst seinen Ausfall unternommen hatte, entschied sich endlich Wallenstein, der bereits wider in Güstrow angelangt war, aus Besorgnis vor einer Landung des Königs von Dänemark dafür, die Truppen von Stralsund abzuführen. Wie um das Gefühl der Beschämung auch vor Arnim zu verbergen, stellte er die Angelegenheit in dessen Diskretion, wies ihn aber ausdrücklich an, „den Herzog von Pommern zu sekundieren in allem, was nur möglich wäre".

Unter den Eindrücken dieser letzten Tage wurden Laurentius Rostock Vollmachten zu einer Gesandtschaftsreise an die Hansestädte nach Lübeck und an die Generalstaaten vom Rate ausgestellt, der nun bekennen mußte, daß er in der Leitung der Verteidigung die wünschenswerte Freiheit nicht mehr besaß. Laurentius Rostock trat seine Reise am 30. Juli an.

1) Vgl. die Darstellung des Gründlichen warhafften vnnd kurtzen Berichts S. 168 f. und die dazu gehörigen Urkunden in den Beilagen S. 141 f. Förster 1, 379 f.

2) Nach Rostock, Fock nennt S. 283 Holk.

Die Kaiserlichen führten, nachdem sie die Stadt Tags vorher noch einmal sehr heftig beschossen hatten, in der Nacht des 31. Juli die Geschütze ab und am folgenden Nachmittage brach das Fußvolk vor dem Kuiper- und Spitalerthore auf. Erst am dritten August verließen die Regimenter vor dem Frankenthore ihre Stellungen. Als nächster Sammelpunkt war der ganzen Belagerungsarmee anfangs Triebsees bezeichnet worden, allein Arnim führte die Armee zunächst nur bis Brandshagen, Rügen gegenüber, wo er eine Schanze errichtete.

Wallenstein fürchtete durch eine längere Belagerung das einträchtige Vorgehen der Könige von Dänemark und Schweden zu beschleunigen, welches den Besitz von Mecklenburg und die umfassenden Pläne der Kaiserlichen an der Ostsee nur gefährden konnte. —

Die lange Einschließung hat in der Stadt selbst keine ganz außergewöhnlichen Wirkungen hervorgebracht. Da der Seeverkehr niemals gesperrt war, entstand kein Mangel an Nahrungsmitteln und nicht einmal eine erhebliche Teuerung. Trotz der leidenschaftlichen Erregung besonders der unteren Stände gelang es dem Rate stets, Ausschreitungen rechtzeitig zu unterdrücken. So wurde er eines Auflaufs Herr, als sich zum zweiten Mal eine Anzahl Frauen und Mädchen mit obrigkeitlicher Genehmigung zu Wasser aus der Stadt zurückziehen durften. Bei der schlechten Beschaffenheit der Artillerie richtete die Beschießung keinen sehr großen Schaden an. Dreimal drangen Kugeln durch die Jakobskirche während des Gottesdienstes, ohne daß auch nur eine Person geschädigt worden wäre. Die Kinder spielten ungestört auf den Gassen, und ihr Schulbesuch erlitt keine erhebliche Unterbrechung. In der Katharinenschule fielen Musketenkugeln den Knaben vor die Füße.

Demungeachtet hat nicht nur das damals lebende Geschlecht der Bürgerschaft, sondern alle ihnen folgenden bis in unser Zeitalter hinein den Tag der völligen Befreiung mit lautem Jubel gefeiert. Und wenn auch die wackern und entschlossenen Führer schwerlich schon damals die Tragweite ihres aufopferungsvollen Handelns ahnten, so haben doch die späteren Ereignisse die Befürchtungen, von welchen ihre Entschlüsse ausgingen, vollständig gerechtfertigt. Wären sie der Verführung erlegen, oder hätten sie sich der Gewalt gebeugt, so würden die maritimen Pläne der katholischen Kaisergewalt einen Stützpunkt von großer Bedeutung gewonnen haben. Die Beharrlichkeit und Zähigkeit dieser niederdeutschen Stadtpolitiker hat, soweit man es ermessen kann, den Ausbruch eines Seekrieges verhindert und Wallenstein die Möglichkeit geraubt, mit seiner Würde als Admiral auch die entsprechende Wirksamkeit zu verbinden.

Wallensteins Rücksichtslosigkeit und Schroffheit hatte gerade beschleunigt, was die Milde der kaiserlichen Reichshofräte vermeiden wollte. Die protestantischen Könige hatten sich der Stadt vollkommen bemächtigt, und es war die Frage, ob eine energische Fortsetzung der Belagerung nicht auch die Hansestädte, welche auf den 26. Juli zusammenberufen waren, zum Anschlusse an die Könige bewegen würde.

Mit erleichtertem Herzen teilte der Rat von Stralsund die günstige Veränderung der Lage der Dinge Gustav Adolf mit (23. Juli): „Wir haben nächst Gott E. K. M. hoher Autorität und derofelben sowol als der Kön. Maj. zu Dänemark geschickter Hilfe zu danken, daß es bis daher nach der Feinde Willen nicht ergangen". Aber er sprach auch die Hoffnung aus, daß der König von Schweden ihnen seinen Rat und seine Hilfe schleunigst angedeihen lassen werde. Die Errettung und völlige Befreiung von dem Feinde erwartete der Rat von der „Direktion" des Königs.

Denn an Warnungen und an Drohungen ließ es der kaiserliche Feldmarschall auch jetzt noch nicht fehlen. Arnim erklärte, der Kaiser oder Wallenstein würden trotz der der Stadt zugeführten Unterstützungen die Regimenter nicht aus Pommern abführen. Er suchte den Räten des Herzogs den Glauben einzureden, daß bei dieser Unternehmung gegen die lutherische Hansestadt von einer Gefährdung des Bekenntnisses nicht die Rede sein könnte, und stellte den landesherrlichen Beamten das Verfahren der Bürgerschaft in einem sehr eigentümlichen Lichte vor die Augen: „Meines Erachtens ist anfänglich ihr Prätextus dieses gewesen, sich dadurch die Last und Einquartierung zu benehmen und ihre Commercia frei zu behalten. Denn von der Religion mag ich nichts erinnern, weil nunmehr vielen anständigen und erfahrenen Leuten kundbar genug, wie in vielen unrechtmäßigen Sachen die liebe Religion zum Prätext gebraucht, mit derselben den gemeinen, auch wol andern verständigen Leuten einen Haß und Verbitterung zu erwecken, auch große Herren zu ihren Händeln dadurch zu persuadiren. Und wann man gleich etlichen Leuten ihre Gedanken hierin lassen möchte, so würde doch solches von dieser Stadt nicht anzuziehen sein, *denn ja hierinnen nichts geschehen können, ehe man sich derselben bemächtiget*".[1] Man wird also Arnim am glimpflichsten beurteilen, wenn man von ihm sagt, daß er sich das von der katholischen Partei geflissentlich verbreitete Schlagwort, daß dieser Kampf in Norddeutschland mit religiös-konfessionellen Absichten der Katholischen nichts zu thun habe, vollständig zu eigen gemacht hatte.

1) *Zober*, Geschichte der Belagerung Stralsunds durch Wallenstein S. 206.

Viel weiter vorausschauend, als dieser lutherische Feldmarschall der katholischen Armee, zeigten sich demnach die klugen Führer der städtischen Bewegung, welche nicht abwarten wollten, ob Wallenstein vielleicht auch Stralsund zum Sitz einer Jesuitenmission erkor oder nicht. Hatte aber ein religiöser Charakter, wie es Arnim war, auch nur den Schein einer Berechtigung dazu, den Bürgern von Stralsund, seinen Glaubensgenossen, zu überlegen zu geben, daß sie das Christenblut, welches vergossen würde, auf ihr Gewissen zu nehmen hätten? Wußte er, als er dies schrieb, noch nichts davon, daß die katholischen Reichshofräte das gewaltthätige Verfahren gemißbilligt hatten, und daß Wallenstein durch die Kriegsexpedition hiervon Mitteilung gemacht worden war?

Nach großen Verlusten der Armee[1] und mit dem Bewußtsein, die Ansprüche der Reichsregierung auf eine Neugestaltung der politischen Verhältnisse der norddeutschen Küstengebiete zwar zu jedermanns Kenntnis gebracht, aber ihrer Erfüllung nicht näher geführt zu haben, zog Wallenstein seine Hand von Stralsund zurück. Er selbst freilich stellte dem Kaiser in seinem ersten Schreiben aus dem Feldlager vor Stralsund die Vorgänge in einem ganz andern Lichte dar. Er berichtete ihm, daß die Stralsunder nach einem Artillerieangriffe auf den Halbmond um Gnade gebeten, und daß die brandenburgischen und pommerischen Beamten einen Vertrag vermittelt hätten, und sprach von diesem Vertrage wie von einer völlig vollendeten Thatsache. Zudem setzte er dem Kaiser die Vorteile auseinander, welche dieser Vertrag vor einer Einnahme der Stadt durch Waffengewalt voraus hatte. Man hatte ein Blutbad vermieden, aus welchem die Feinde des Kaisers die Besorgnis hätten schöpfen können, daß es auf die Religion abgesehen sei, und daß man das Reich erblich machen und unter das spanische Joch bringen wolle, und war der Stadt in Folge der Verbürgung des Herzogs und der Landstände doch viel besser versichert. Schließlich sprach der General dem Kaiser aber seine Überzeugung dahin aus, daß er sich der Stadt innerhalb 14 Tagen mit Gewalt bemächtigt haben würde!

In diesem Schreiben wird des kaiserlichen Bescheides an Stralsund und der in ihm erwähnten Weisung der Kriegsexpedition an Wallenstein nicht mit einem Worte gedacht, daher macht dasselbe den Eindruck, als habe sich der General der mißlungenen Eroberung halber wenigstens entschuldigen wollen.[2]

1) Nach Khevenhillers Annalen Bd. XI. 205 belief sich der Abgang der Armee auf 10800 M. Fußvolk und 1200 R.

2) Schreiben Wallensteins an den Kaiser aus dem Feldlager bei Stralsund vom 15. Juli. K. K.-A. in Wien; von demselben Tage ist noch ein anderer

Die wahren Gründe, welche seinen leidenschaftlichen Eifer mäßigten, verhelte Wallenstein damals dem Kaiser noch: die Besorgnis vor der dänischen Flotte bei Rügen und vor einer Vereinigung der beiden protestantischen Könige des Nordens zur Erlösung der Stadt. „Der Herzog von Pommern", so berichtete er später dem Kaiser, „hat mich wegen der Stadt Stralsund beharrlicher Treu und Devotion, auch dabei versichert, daß sie allem dem, so in dem Akkord verglichen worden, fleißig nachkommen, und weiln ich dergestalt mit ihm und nicht der Stadt akkordiert, habe ich bei solcher Versicherung verbleiben und auf starkes Anhalten des Herzogen zu Pommern die Belagerung aufheben und die Armee abführen lassen". Denn er hegte die Besorgnis, daß ihn der Feind um Stralsund festhalten wolle, „um unterdessen an einem andern Punkte anzusetzen und etwas zu tentieren". Dem zu begegnen und die Armee beweglicher zu machen, so daß sie imstande war, sich an die Orte zu wenden, wo es von Nöten sein könnte, „habe ich bei so starker Versicherung und auf des Herzogs in Pommern inständiges Anhalten, dieselbe abführen lassen, welches.. anderst keinen Schaden bringen kann, als daß man das Fürstentum Pommern, sonderlich aber die an Stralsund gränzenden Örter zu Verhütung allerlei Ungelegenheiten etwas stärker wird besetzen müssen".[1] Auch in diesem Schreiben thut der kaiserliche Feldherr einer vom Kriegsrate oder von seinem Kriegsherrn selbst erhaltenen Weisung keine Erwähnung.

Versamlung einiger Hansestädte in Lübeck im Juli und August 1628.

Durch das kaiserliche Schreiben vom 28. Juni war Wallenstein darauf hingewiesen worden, daß die Berufung eines Hansetages bevorstehe, der möglicherweise für Stralsund eintreten könnte. Und wirklich hatte Lübeck auf die flehentlichen Bitten der belagerten Stadt die nächstgelegenen Städte Bremen, Hamburg, Rostock, Wismar, Braunschweig, Magdeburg und Lüneburg, die zugleich Mitglieder der mit dem Monat Juni ihr Ende erreichenden hansisch-niederländischen Verbindung waren, zu einer Versamlung innerhalb seiner Mauern auf den 16./26. Juli

---

Brief an den Kaiser, in welchem sich W. auf das Schreiben des Kaisers vom 28. Juni beruft. K. H. H. u. St.-A. in Wien.

1) Wallenstein an den Kaiser, Güstrow 11. Aug. Fock 493 f.

zuſammenberufen.[1] Zugleich waren den Städten die von Stralſund eingetroffenen Briefe und Nachrichten mitgeteilt worden. Allein von dreien der eingeladenen Gemeinweſen liefen Entſchuldigungsſchreiben ein, ſo daß ſich außer Lübeck überhaupt nur vier Städte, Hamburg, Bremen, Braunſchweig und Roſtock an der Verſamlung beteiligten. Magdeburg hatte den braunſchweigiſchen Abgeordneten ſeine Vertretung übertragen, da ihm die Anweſenheit kaiſerlicher Geſandter, welche die Zurückführung des Prämonſtratenſerordens betrieben, die Beſchickung des Tages unmöglich machte. Lüneburg trug Bedenken, in einer ſo verhängnisvollen Angelegenheit überhaupt eine Entſcheidung herbeiführen zu helfen, und das bereits mit einer kaiſerlichen Beſatzung beſchwerte Wismar wollte keinen böſen Verdacht gegen ſeine Zuverläſſigkeit wachrufen.

Bei der wirklichen Eröffnung der Verſamlung war man, da ein von Lübeck ausgeſendetes Boot noch nicht zurückgekehrt war, über die augenblickliche Lage der Dinge in Stralſund nicht näher unterrichtet, ja man ſchien ſogar zu glauben, daß bereits eine gütliche Vereinbarung zwiſchen der Stadt und ihren Feinden zu ſtande gebracht worden ſei. In Magdeburg war das Gerücht mit ſolcher Beſtimmtheit verbreitet worden, daß es der Rat unter den Gründen aufführte, durch welche er ſein Fernbleiben von der Verſamlung entſchuldigte; in Hamburg war man noch bei der Abreiſe der Geſandten desſelben Glaubens. Der Hauptanlaß dieſes Gerüchts dürfte in einer Druckſchrift,[2] welche die Bedingungen namhaft machte, unter denen Wallenſtein ſeine Truppen abführen wollte, zu ſuchen ſein.

Die kaiſerliche Entſcheidung über die Aufhebung der Belagerung wurde den Städten im Wortlaute mitgeteilt, nur wußte man nicht, ob der Befehl des Kaiſers bereits zu Wallenſteins Kenntnis gebracht worden ſei. Man erzählte ferner, Queſtenberg habe den Auftrag, Wallenſtein aufzufordern, Arnim den Befehl zu einem Vergleich mit Stralſund zu erteilen, falls dasſelbe noch kein fremdes Volk in ſeine Mauern aufgenommen habe. Über die Bedingungen, unter denen die Stadt eine ſolche Bitte allenfalls zu erfüllen geneigt war, zeigten ſich jedoch die hanſiſchen Vertreter nicht näher unterrichtet.

1) Die Verhandlungen ſcheinen erſt am 19./29. Juli begonnen und bis zum 31. Juli 10. Auguſt gewährt zu haben. Das von uns benutzte Protokoll des bremiſchen Abgeordneten Dr. v. Bobart gibt über den Tag der Eröffnung und des Schluſſes keinen beſtimmten Beſcheid.

2) Es wird ein Druck der ſogenannten Punktation vom 4./14. Juli ſein, nicht aber des Vertrages Wallenſteins mit dem Herzoge von Pommern vom 11./21. Juli, obgleich ſich auch Drucke dieſes Abkommens in den hanſiſchen Akten des bremiſchen Archivs befinden. Vgl. Fock a. a. O. S. 278.

Mit um so größerem Verlangen sahen sie daher der Ankunft des bereits angekündigten sundischen Abgesandten Laurentius Rostock entgegen[1], den man nach seinem Eintritt in die Versamlung nicht als einen fremden Bittsteller behandelte, sondern als einem Vertreter einer verbündeten Stadt seinen Sitz zwischen Rostock und Braunschweig anwies.

Nachdem Stralsund bereits Bremen und jedenfalls auch andere Städte um eine erhebliche Anleihe gegen Verzinsung ersucht hatte, entledigte sich sein Abgeordneter der Versamlung gegenüber derselben Bitte. Und da er recht wol wußte, daß die Städte nicht über bereitliegende Mittel zu verfügen hatten, ersuchte er sie, wenigstens Bürgschaft zu übernehmen. Aber sein Auftrag ging auch dahin, die Städte zu einer Unterstützung durch Truppen und zur Entsendung zweier Abgeordneter zu bewegen. Über die Aufnahme dänischer und schwedischer Truppen erstattete er wahrheitsgemäßen Bericht und verhelte auch nicht, daß er den Auftrag habe, in den Niederlanden dieselben Ansprüche auf Unterstützung mit Berufung auf das Bündnis der Staaten mit der Hanse geltend zu machen. Ferner sprach er ganz offen davon, daß Gustav Adolf ein Bündnis angeboten habe, welches auch die übrigen Hansestädte umfassen sollte. Als man ihm im Verlauf der Verhandlungen die Frage vorlegte, ob ein Bündnis zwischen Schweden und Dänemark bestehe, bejahte er dieselbe und wies zum Beweis der Wahrheit darauf hin, daß der dänische Oberst vor allen gemeinsamen Unternehmungen den Rat des schwedischen eingeholt habe. Für eine ausgemachte Sache hielt er es ferner, daß beide Könige mit vereinten Kräften Rügen angreifen würden.

Aus den Verhandlungen, welche die Vertreter der Städte über das Bittgesuch Stralsunds pflogen, ergibt sich, daß keine einzige Stadt die bisherige Haltung der bundesgenössischen Gemeinde gegenüber der kaiserlichen Armee als eine unangemessene oder gar ungesetzliche bezeichnete. Lübeck gab seine Meinung dahin ab, Stralsund sei im kaiserlichen Gehorsam verblieben, habe in allem den Gesetzen gemäß gehandelt und nur aus höchster Not gethan, was es gethan habe. Noch stärker lautete die Erklärung Bremens: Wenn sich auch die Stadt etwas hätte zu Schulden kommen lassen, hätte Wallenstein doch in dieser Weise nicht gegen sie verfahren sollen, da die Reichsverfassung selbst nach den Anschauungen ihrer Feinde noch in Geltung sei. Da kein gesetzliches Verfahren gegen die Stadt eingeleitet war, erschien dem bremischen Rat die Behandlung

1) Seine Instruktion ist vom 12./22. Juli, das Rekreditiv der Hansestädte vom 26. Juli/5. Aug. Wir folgen dem im Archive der freien Stadt Bremen sich vorfindenden Protokolle des Dr. v. Bobart.

Stralſunds als nackte Gewalt (mera vis et violentia). Nach Hamburgs Urteil waren die Bürger von Stralſund vor Gott und der Welt zu entſchuldigen. Von Braunſchweig und Roſtock wurden dieſelben Geſinnungen kund gegeben.

Infolge dieſer gleichmäßigen Beurteilung der Rechtsfrage ſtieß auch das Bittgeſuch des Geſandten um eine Geldunterſtützung bei den Städten auf keinen grundſätzlichen Widerſpruch. Ja von Braunſchweig wurde ſogar der vielweitergehende Vorſchlag gemacht, ob nicht alle Städte insgemein eine Summe aufbringen könnten, vermittelſt deren man nicht nur den bereits erhobenen Forderungen Genüge leiſten, ſondern auch ſpäter auftauchende Anſprüche befriedigen könnte.

Allein demungeachtet wurde die Bitte des ſtralſundiſchen Abgeſandten nicht bewilligt; nur Lübeck und Bremen erklärten ſich zu einer Geldunterſtützung bereit: in der Abſicht, die Selbſtändigkeit der geängſteten Stadt ihren Schutzmächten gegenüber zu ſtärken, wollte das erſtere die Mittel zur Beſoldung der Verteidigungsmannſchaft gewähren. Dagegen wurde Hamburgs Bereitwilligkeit durch die Erwägung zurückgedrängt, ob man ſich nicht auf dieſe Weiſe an den Plänen Schwedens gegen den Kaiſer beteilige, und ob ſich die Stralſunder nach ihrer Verbindung mit Schweden auch wirklich in den Grenzen der Verteidigung gehalten hätten. Außerdem konnte Hamburgs Vertreter auch deshalb keine beſtimmte Erklärung abgeben, weil in Geldangelegenheiten dieſer Art die Älteſten der Bürgerſchaft zu Rate gezogen werden mußten. Und endlich wurde von dieſer Seite darauf hingewieſen, daß man, nachdem der Vertreter Stralſunds gehört worden war, auch Wallenſtein zum Worte kommen laſſen müſſe, bevor man ſich über eine Geldunterſtützung ſchlüſſig mache, die unmöglich geheim gehalten werden konnte. Dieſelbe Anſchauung, daß man ſich mit Wallenſtein in Verbindung zu ſetzen habe, bezeichnete Braunſchweig als einen Wunſch der Stadt Magdeburg. Dieſen Einwendungen aber ordneten die übrigen Städte ihre abweichenden Anſchauungen und Wünſche unter.

Die Forderung, hanſiſche Kommiſſare nach Stralſund zu ſchicken, war von Lübeck von vornherein in der Beſorgnis zurückgewieſen worden, daß man ſich damit ſofort einer thatſächlichen Parteinahme ſchuldig mache, während Bremen, Roſtock und Braunſchweig nichts Verfängliches darin erblickten. Daß dagegen die Städte in ihrem eignen Namen in Stralſund mit bewaffneter Macht auftreten könnten, was Stralſund gleichfalls forderte, ſcheint keinem ihrer Vertreter auch nur in den Sinn gekommen zu ſein.

Mit einem beſonderen Ausſchuß ging Roſtock noch einmal Punkt für Punkt die letzten Forderungen Wallenſteins durch und erörterte die

Gründe, welche den ſundiſchen Rat zur Ablehnung einzelner und damit des ganzen Vertragsentwurfs genötigt hatte. Allein einen beſtimmenden Einfluß auf die Entſchließungen der Städte hatte auch dieſe Beratung nicht. Wir wiſſen nicht anders, als daß man bei dem Beſcheide verblieb, den Laurentius Roſtock unmittelbar nach ſeinen erſten Eröffnungen erhalten hatte: „Weil es eine Sache von großer Wichtigkeit ſei, könnte man ſobald nichts Gewiſſes ſchließen; alles ſollte aber reiflich erwogen werden, und darauf der eigentliche Beſcheid erfolgen“. Auch der ſchwediſche Geſandte Philipp Sattler hatte ſich während dieſer Verſamlung in Lübeck eingefunden und ein Schreiben des Königs überreicht. Man erteilte ihm gleichfalls einen hinhaltenden Beſcheid. Nicht anders lautete die Antwort, welche der Holländer Aitzema auf ſein Geſuch um Erneuerung oder Fortſetzung des Bündniſſes mit den Niederlanden empfing. Da nur wenige Städte Abgeordnete geſendet hatten, konnte man in dieſer alle Glieder der Hanſe betreffenden und bedeutungsvollen Angelegenheit keinen Beſchluß faſſen, ſondern ſetzte die Sache bis zur nächſten hanſiſchen Verſamlung aus.[1] Zuletzt wurde Lübeck, Hamburg und Bremen der Auftrag erteilt, mit Wallenſtein in Verbindung zu treten; und Bremen und Hamburg ſollten in gleicher Weiſe Tillys Anſchauungen über die Sachlage zu erkunden ſuchen.

Sehr erfreut mögen die Städte über ihre vorſichtige Zurückhaltung geweſen ſein, als ihnen Laurentius Roſtock ſchließlich noch mitteilte, Wallenſtein ſei nach großen Verluſten von Stralſund abgezogen. Freilich ſprach er auch zuletzt noch die Bitte aus, die Städte möchten Stralſund „mit ein wenig Geld zu Hilfe kommen, damit es nicht ganz und gar in fremde Gewalt gerate“.

In ganz derſelben Weiſe begründete Stralſund dieſe ſeine Bitte an Lübeck in dem Schreiben, in welchem es die Befreiung von der Belagerungsarmee mitteilte. Die Stadt wünſchte, ſich nach der Verringerung der Gefahr ganz oder teilweiſe von den fremden Bundesgenoſſen zu befreien und wollte ihre Sicherheit nur ihren eigenen oder nötiges Falls Truppen der bundesgenöſſiſchen Städte zu verdanken haben.[2]

Denn daß die fremden Truppen die Stadt in Unternehmungen hineinzureißen ſuchten, welche mit ihrer Verteidigung wenig oder nichts zu thun hatten, davon mußte ſich der Rat ſehr bald überzeugen, als der Oberſt Holk die Gelegenheit ergriff, um gegen die feindliche Beſatzung der kleinen pommeriſchen Stadt Barth einen Handſtreich auszuführen.

1) Das Schreiben der Geſandten der fünf Städte an Aitzema iſt vom 30. Juli/9. Aug.

2) Schreiben der Stadt Stralſund an Lübeck vom 24. Juli/3. Aug.

81 Mann kaiſerlicher Reiterei hatten durch ihre Bedrückungen die Bürgerſchaft des Städtchens bereits im Mai ſoweit gebracht, daß eine Anzahl entſchloſſener Männer und Frauen das Werk der Befreiung durch Liſt und Gewalt in die Hand nahmen. Nach dem Abzuge der Kaiſerlichen aus der unmittelbaren Umgebung von Stralſund überbrachte dem Oberſten Holk eine gleichſam im Namen der Stadt Barth ausgeſtellte und von einer Tochter des worthaltenden Bürgermeiſters Wichmann unterſiegelte Aufforderung zur Beſetzung der Stadt, welcher Holk nachkam. Am 3./13. Aug. brachte er einige Hundert Mann Fußvolk in die Stadt und machte eine beträchtliche Anzahl der feindlichen Reiter zu Gefangenen. Von der verwitweten Herzogin Agnes von Pommern, der die Stadt als Leibgeding verſchrieben war, zog er eine Kriegsſteuer von 2000 Thalern ein und ließ ſieben der Stadt gehörige Geſchütze abführen, wagte aber doch nicht, den Ort länger beſetzt zu halten.[1] —

Die in Lübeck verſammelten Abgeordneten der Hanſeſtädte faßten den Beſchluß, noch einmal Vorſtellungen bei Wallenſtein und Tilly zu erheben, beide zum Frieden zu mahnen und ihnen zugleich Stralſund zu empfelen. Dr. Winkler von Lübeck, der Syndikus Licentiat Möller von Hamburg und Dr. Lindemann aus Roſtock machten ſich ſchleunigſt auf den Weg,[2] ſtießen in Triebſees auf Wallenſtein und wurden von ihm auf der Fahrt von Triebſees nach Greifswald gehört (16. Aug.). Mit gen Himmel gerichteten Blicken beklagte dieſer das Blutvergießen zwiſchen den Chriſten und ſprach von einem Türkenkriege, zu welchem gerade jetzt ſehr geringe Ausſicht vorhanden war, und verſicherte ſchließlich den Städteboten, der Kaiſer werde noch Schiffe zum Seekriege gegen Dänemark erhalten. Ihren Aufträgen gemäß mußten die Abgeordneten Wallenſtein daran erinnern, daß die Städte die Hoffnung gehegt hätten, man werde dem Vahl erteilten Beſcheide nachgehen. Wallenſtein würdigte jedoch die läſtige Erinnerung keiner Erwiderung, ſondern berief ſich auf den mit dem Herzoge von Pommern geſchloſſenen Vertrag; was der Herzog verſchrieben hätte, das möchte er erfüllen; oder er wollte ſich an ſeine Lande halten. Seinen jetzigen Äußerungen nach lag ihm an dem Beſitze der Stadt ſoviel wie nichts, dagegen erging er ſich in Zornesausbrüchen gegen die pommeriſchen Räte, welche die Schuld tragen ſollten, daß er mit der Stadt nicht in das Reine gekommen war.

---

1) Fock 288 ff.

2) Ihre gleichlautende Inſtruktion an Wallenſtein und Tilly iſt vom 1./11. Auguſt 1628.

Deutlicher ging Arnim, den die Abgeordneten unmittelbar darauf in Greifswald trafen (17. Aug.), mit der Sprache heraus. Er verlangte von Stralsund noch immer die Entlassung des fremden Volkes und das Verbot fremder Werbungen. Dann sollten die Wachen aus der Umgebung der Stadt abgeführt werden, so daß die Bürger auch den Verkehr zu Lande wider eröffnen konnten. Nur die Schanze zu Brandshagen wollte Arnim besetzt halten. Die Gesandten begaben sich darauf nach Stralsund, verhandelten im Hainholze mit den Bürgermeistern Steinwich und Krauthoff und andern Vertretern der Bürgerschaft, nahmen aber den Eindruck mit nach Hause zurück, daß jetzt alle Versprechungen der Österreicher bei den Stralsundischen taube Ohren fanden. Sah man doch gerade damals einer neuen Kampfesentscheidung zwischen Christian IV. und vielleicht auch Gustav Adolf und dem kaiserlichen Feldherrn und Admiral innerhalb der nächsten Tage entgegen.

Viertes Buch.

Unsicherheit der Stellung der Kaiserlichen an der Ostsee.

Die Landung des Königs von Dänemark bei Wolgast und sein Rückzug.

Die Anzahl der Besatzungstruppen in Stralsund berechnete man im Anfange des August auf 5300 M., 2000 Dänen, 1800 Schweden und 1500 M. städtisches Volk.

Die Stadt hatte ihrem Landesherzoge, welcher sich für sie verbürgt hatte, die besten Zusicherungen für ihre friedfertige Haltung erteilt, aber nach Arnims Anschauung nicht erfüllt. Derselbe beschwerte sich vielmehr über die fortgesetzte Thätigkeit in dem Aufbau oder der Widerherstellung der Verteidigungswerke innerhalb und außerhalb der Stadt bei dem Herzoge. Andererseits vermochte auch der sundische Rat an Gustav Adolf nur von der Fortsetzung der Feindseligkeiten durch die Feinde zu berichten und erwartete die Ankunft des Königs noch immer mit Sehnsucht.

Zuletzt war Wallenstein sehr viel daran gelegen, daß Arnim die Armee möglichst schleunigst von der geängstigten Stadt zurückzog, denn er fürchtete sie an irgend einem Punkte der pommerischen Küste gegen Christian IV. und vielleicht auch Gustav Adolf sehr nötig zu haben.

---

1) Vgl. Fock a. a. O. S. 495—500.

Selbst die Haltung des Herzogs von Pommern erschien ihm unsicher. Um ihm einen tüchtigen Schrecken einzujagen, ließ er einer Mahnung desselben zu einer beschleunigten Abführung der Truppen von Stralsund eine sehr derbe Abfertigung zu teil werden: „Eine Belagerung aufzuheben und eine Armee zu movieren erfordert mehr Mühe und Zeit, als [wenn] man bloß ein Gutschiwagen anspannen und spazieren fahren will". Und am Ende dieses Schreibens erinnerte der Diktator den unglücklichen Fürsten in schonungslosester Weise an die ihm selbst erteilten Zusagen und seine Wehrlosigkeit zugleich. Aber ganz sicher fühlte er sich dem Herzoge gegenüber doch nicht. Als Bogislav in den kritischen Tagen der ersten Augusthälfte den Landtag in Wolgast versammelte, schrieb er an Arnim: „Daß der Herzog von Pommern ein[en] Landtag hat ausgeschrieben, vermeine ich, daß es wegen der von Stralsund ist, denn er wird, ob Gott will, nicht wollen ein[en] Krieg mit uns anfangen; ich wollte, daß ihn die Lust ankäme, so stände Pommern Mecklenburg gewaltig glatt an".[1] Andererseits aber stellte Wallenstein gerade in den Tagen, in welchen der König Christian IV. in Pommern verweilte, sehr gemäßigte Anforderungen an Stralsund: er war jetzt mit der Entlassung der fremden Truppen innerhalb drei oder vier Wochen, mit dem Verbot der Werbungen für auswärtige Mächte und mit der Einstellung der Ausfälle zufrieden. Dagegen wollte er jetzt Pardon erteilen, die Pässe eröffnen, die Wachen zurückziehen und die Stadt gegen alle Feindseligkeiten in seinen Schutz nehmen.[2]

Der Herzog Bogislav ließ während dieser Zeit Gustav Adolf um Schonung seines Landes bitten und Christian IV. um Abführung der Flotte von der Küste und Zurückziehung seiner Mannschaften aus Stralsund ersuchen, erhielt aber von dem letzteren einen ablehnenden Bescheid. Denn der König rechnete offenbar darauf, daß seine Landung in Pommern einen mächtigen Einfluß auf die Volksstimmung ausüben und vielleicht den völligen Anschluß wenigstens der Landbewohner an sein Heer herbeiführen werde.

Christian IV. war bereits am 22. Juli n. St. in der Umgebung von Rügen angelangt. Seine Flotte zählte angeblich 14 Kriegsschiffe und sehr zahlreiche kleinere Fahrzeuge, so daß er Rügen fast ganz einzuschließen vermochte und an einigen Punkten auch Truppen an das Land setzte, welche sofort Verschanzungen aufwarfen. Wallenstein suchte jedoch die

1) Wallenstein an Arnim, Güstrow 11. Aug. Förster 1. S. 391.

2) Schreiben des Rats an den Herzog v. Friedland vom 11./21. Aug. bei Dinnies V. 266 ff.

Festsetzung derselben zu hindern, indem er von Brandshagen aus Truppen hinübersendete. Ein förmlicher Angriff auf Rügen scheint jedoch nicht in dem Plane des Königs gelegen zu haben.

Erst am 1./11. Aug. landete er auf der Insel Usedom und bemächtigte sich der gleichnamigen Stadt und der ganzen Insel. Eine von den landesherrlichen Truppen bei Peenemünde besetzte Schanze wurde mit Gewalt genommen, wobei den Dänen vier Geschütze in die Hände fielen; ein anderes Befestigungswerk, die anklammische Fahrt, erhielt der König ohne Anwendung von Zwangsmitteln, indem die Besatzung nach Wolgast zurückging. Als er bis zu der die Verbindung mit Wolgast bildenden Fähre vorgerückt war, suchte er einen friedlichen Eingang in die Stadt zu gewinnen. Die Landstände und die herzoglichen Räte dachten einen Augenblick an Widerstand, und der städtische Rat wollte auf eigne Faust keine Gemeinschaft mit dem Könige machen.

Allein der König scheint sich trotz aller Einwendungen der landesherrlichen und der städtischen Behörden der geneigten Stimmung der Bürgerschaft von Wolgast versichert zu haben und setzte am frühen Morgen des 14. Aug., ohne auf Widerstand zu stoßen, seine Truppen an das Land.[1] Und als darauf der pommerische Oberstlieutenant Jürgen v. Heyden seine Mannschaften den Dänen in feindseliger Absicht entgegenführen wollte, brachen diese in offne Meuterei aus und riefen: „Geld! Geld! Der König ist unser Vater; ein Schelm, wer eine Muskete gegen ihn abfeuert!“ Unter dem Jubel der Bevölkerung hielt der König nun mit zweien seiner Söhne seinen Einzug in die Stadt, während sich der pommerische Oberstlieutenant mit seinen unzuverlässigen Mannschaften auf das Schloß zurückzog (14. Aug. n. St.).[2] Aber schon am folgenden Tage wurde Heyden durch die Unbotmäßigkeit seiner Mannschaften genötigt, das Schloß zu übergeben. Zu seiner Verstärkung zog der König noch die in Stralsund liegenden Überreste des schottischen Regiments Mac-Keye, welche damals nicht mehr 400 M. stark der Oberst Mac-Kennye befehligte, an sich. Vor Wolgast hatte der König einen schußfreien Pram mit Kriegsvolk und acht großen Kartaunen gelegt, und hatte die Zeit auch dazu benutzt, alles auf dem Schlosse befindliche Mobiliar auf die Schiffe bringen zu lassen, um es nach Kopenhagen zu

1) Fock a. a. O., S. 295 ff. Dazu ein Zeitungsbrief aus dem kais. Lager vor Wolgast vom 23. Aug. n. St. in Lit. K. k. k. 54 des Blattes: Particular- vñ rechte Or- | dinari Zeitungen, auß vnterschiedlichen | Orten auff das 1628. Jahr, | 4. Kön. Bibl. i. München.

2) Einzelheiten bei Fock 295.

führen.[1] Zum Schutze der Stadt errichtete er am Zieſenberge in geringer Entfernung von derſelben eine Verſchanzung (Hornwerk?).[2]

Der König hatte etwa 6 Reg. Fußvolk und 1500 R. zu ſeiner Verfügung oder nach Wallenſteins Schätzung etwa 7000—8000 Mann. Nach holländiſchen Angaben betrug jedoch die Stärke der an das Land geſetzten Truppen nur etwa 5000 M. Unter ſeinen Feinden war die Meinung, welche ſelbſt Wallenſtein teilte,[3] verbreitet, daß er noch auf eine ſchwediſche Unterſtützung von 6000 M. zähle. Die ganze Unternehmung des Königs konnte nur den Zweck haben, Wolgaſt in ſeinen dauernden Beſitz zu bringen und damit die Durchführung des Planes der Feinde, ganz Pommern darnieder zu halten, zu erſchweren oder die Öſtreicher bei einer günſtigen Wendung der Dinge vollſtändig aus dem Lande zu treiben.

Arnim hatte während und nach der Abführung ſeiner Belagerungstruppen von Stralſund auf Wallenſteins Befehl bei dem Dorfe Brandshagen ein Schanzwerk aufwerfen laſſen und dieſem gegenüber auf der Inſel Rügen noch ein anderes. Dieſe Schanzen wurden mit Lebensmitteln, Schießbedarf und ſchwerem Geſchütz verſehen, da ſie zu Stützpunkten der Kaiſerlichen gegen die erwarteten feindlichen Unternehmungen auf Rügen und Pommern beſtimmt waren. Auf die Meldung, daß ſich die däniſche Flotte bei Barth zeige, erhielt Arnim von Wallenſtein den Befehl, mit dem größten Teile der unter ihm ſtehenden Truppen auf Triebſee zurückzugehen. In dieſer Zeit erkrankte der Feldmarſchall jedoch, ſo daß er ſchon aus dieſem Grunde der Landung der Dänen auf Uſedom nicht entgegentreten konnte. Dagegen eilte Wallenſtein rechtzeitig perſönlich von Güſtrow herbei und traf wahrſcheinlich am 16. Auguſt in Greifswald ein, wo ſich Arnim noch am 21. Auguſt befand.

Wallenſtein traf ſehr umfangreiche Anſtalten zum Empfange des Feindes. In ſeiner den Ereigniſſen vorauseilenden Siegesſtimmung ſchrieb er nach dem Einzuge der Dänen in Wolgaſt: „Der König hält ſich noch alles in den Inſeln, daher denn ich ihm noch nicht kann zukommen; er ſauft ſich aber alle Tage voll, verhoffe zu Gott, daß er einmal im

1) Monro 1. S. 80.

2) Relationis Historicae Semestralis Continuatio . . Getruckt zu Franckfurt am Mayn, durch Sigismundi Latomi S. Erben, Im Jahr M. DC. XXVIII. S. 86 f.

3) Wolgaſt 24. Auguſt 1628. Wallenſtein an die Infantin. Der König iſt „ſtündlich 6000 M. Schweden gewärtig geweſen, wie bereits Praktiken mit den pommeriſchen und Hanſeſtädten vorgangen". Daß Guſtav Adolf dieſe Abſicht der Unterſtützung Chriſtians IV. gehegt habe, muß bezweifelt werden.

Rauſch etwas wagen wird; kriecht er heraus aus den waſſerigten Örtern, ſo iſt er gewiß unſer". Der kaiſerliche Generaliſſimus war daher eifrig bemüht, zu ſeiner Verſtärkung nicht nur Truppen aus den überelbiſchen Herzogtümern heranzuziehen, ſondern erteilte auch dem auf dem Marſche nach Süddeutſchland befindlichen und bei Deſſau angelangten Merode Befehl, Halt zu machen und erforderlichen Falls ihm mit ſeiner ganzen Macht zu Hilfe zu eilen.[1] — Unmittelbar nach dem Einzuge in Wolgaſt richteten ſich die Dänen auf die Verteidigung ein. Sie beſetzten die ſumpfartige Umgebung des kleinen Fluſſes Zieſe und trafen alle Vorbereitungen zum Empfange des Feindes.

Wallenſtein zögerte einige Tage, bevor er ſich von Greifswald aus gegen Wolgaſt in Bewegung ſetzte. Möglicher Weiſe wollte er ſich zuvor verſichern, ob er es wirklich mit den däniſchen Truppen allein werde aufzunehmen haben, oder ob Schweden zu ihrer Verſtärkung eintreffen würden. Endlich aber brach er auf, führte jedoch dem Könige nur die Regimenter entgegen, über welche er gerade verfügen konnte: es waren nicht über 6000 M. Fußvolk und 1500 Reiter.[2] Der König zog gleichfalls alle ſeine Streitkräfte aus Wolgaſt und ſeiner Umgebung zuſammen, war aber Wallenſtein an Mannſchaften wahrſcheinlich nicht völlig gewachſen, während er den Vorteil einer durch Verſchanzungen einigermaßen geſicherten Stellung für ſich hatte. Dieſe Verſchanzungen mögen das Hornwerk gebildet haben, welches auf beiden Seiten durch einen Moraſt geſchloſſen war.

---

1) Das Nähere in dem Schreiben an Collalto, Greifswald d. 18 Auguſt bei Chlumecky 78. Wallenſtein an Collalto, Triebſees, d. 15. Aug.: „dem Obriſten Merode befehle ich, er ſolle bei „Taſſe" (? Deſſau) warten vndt ſo baldt ihm ordinanz von mir zukompt mitt den Krabaten und ſeinen reitern zu mir marchiren" ... Krauſe, Urkunden, Aktenſtücke und Briefe zur Geſch. der Anhaltiſchen Lande und ihrer Fürſten 1. 326.

2) Nach einer Zeitungsnachricht beſtand das Fußvolk Wallenſteins aus dem ganzen Regiment des Ob. Tieffenbach und dem Regiment des Ob. Bertold v. Wallenſtein, aus acht Komp. des Ob. von Dohna und fünf Komp. des Ob. Julius Heinrich An Reiterei führte Wall. mit ſich: 11 Komp. des Ob. Bernſtein, 4 Komp. des Herz. Julius Heinrich zu Sachſen, 3 Komp. ſeines Bruders des Herz. Hans Albrecht und 2 Komp. des Ob. Sparr; außerdem ſtanden ihm 11 Geſchütze zur Verfügung. Der König ſoll Wallenſtein mit 22 Fahnen zu F. und 7 Trupp Reiter, jeden zu 150 Pf. geſchätzt, entgegen gegangen ſein. Relationis Historicae Semestralis Continuatio ... Getruckt zu Franckfurt am Mayn, durch Sigismunds Latomi S. Erben, im Jahr M. D.C. XXIX. S. 4. Der hier ſich findenden Erzählung ſcheint ein Zeitungsbrief aus Wolgaſt vom 1. Sept. zu Grunde zu liegen. Auf dieſer hiſtoriſchen Relation beruht größtenteils die Darſtellung des Liborius Vulturnus (1631) P.

Aus dieser Stellung suchte Wallenstein bei seiner Ankunft (22. Aug.) die Dänen zuerst durch Geschützfeuer zu vertreiben und setzte sie dadurch in Verwirrung, daß er zwei Mal ihre Munition zum Auffliegen brachte; den Hauptangriff wollte er jedoch erst am frühen Morgen des nächsten Tages unternehmen. Noch größeren Nachteil brachte jedoch den Dänen auch dies Mal wie bei Oldenburg und im Erzstift Bremen die geringe Bekanntschaft mit den von ihnen besetzten Örtlichkeiten. Ein kaiserlicher Feldwebel machte eine vom Feinde übersehene Stelle ausfindig, wo das Fußvolk, zehn Mann neben einander, einen Morast zu durchwaten vermochte. Wallenstein ließ diesen Paß darauf durch einige hundert Mann besetzen in der Absicht, hier am andern Tage überzugehen. Dies geschah erst nach Sonnenuntergang. Allein der Feind fand die Annäherung der Wallensteiner gerade an diesem Punkte sehr gefährlich und zog sein Fußvolk zurück, weil er angeblich eine Umzingelung fürchtete. Wallenstein ließ darauf andere ihre Verschanzungen noch behauptende feindliche Haufen von vorn angreifen. Bei dem dritten Angriff drangen seine Scharen in die Verschanzung ein und bemächtigten sich derselben, so daß die Dänen den Rückzug antreten mußten. Und nun ging Wallensteins Reiterei vor, welche die Niederlage bald vollendete. Nur einmal vermochte sich der Feind zu wenden, Reiterei und Fußvolk wurden „völlig getrennt".

Die Niederlage verschuldete besonders die eilige Flucht des Fußvolkes: freilich entdeckten die Soldaten auch bei diesem Kampfe, daß die Kugeln nicht alle in die Gewehre paßten.

Da Wallenstein zwanzig Kompagnien Reiterei mit sich führte, war die Verfolgung eine ziemlich heftige: 500 Gefangene fielen den Kaiserlichen vor der Stadt in die Hände. Der Rest setzte den Rückzug in leidlicher Ordnung fort und fand auch noch Zeit, bis zur Nacht die Schiffe wider zu besteigen. Ja man war sogar imstande, den größten Teil der im Schlosse befindlichen Kriegsvorräte und darunter 66 Geschütze auf die Schiffe zu bringen. Der König, der sehr früh vom Kampfplatze auf das Schloß zurückgeeilt war, scheint die Abführung des ansehnlichen Kriegsbedarfs persönlich geleitet zu haben. Der ganze Kampf hatte nur vom Mittag bis zum Abend hin gewährt.

An der Spitze der dänischen Reiterei fügte der Graf v. Solms in nächster Nähe der Stadt den Feinden noch empfindlichen Schaden zu. Während sich das übrige Heer einschiffte, hielt der Schotte Mac Kennye die Feinde vor den Thoren längere Zeit auf, bis auch er sich über die Brücke in das Schloß zurückzog und sie hinter sich in Brand steckte. Das Feuer der brennenden Brücke teilte sich jedoch der Stadt mit und legte einen beträchtlichen Teil derselben in Asche. Monro betrachtete

dieſen Dienſt als den beſten, welchen die Schotten dem Könige geleiſtet hatten.[1]

Die Dänen hatten wol die Rhede von Wolgaſt noch nicht verlaſſen, als wallenſteiniſche Scharen, 5 Komp. des Oberſten Julius Heinrich zu Sachſen, 200 M. vom Regiment Tieffenbach und 300 Knechte des Oberſten Bertold v. Wallenſtein in die brennende Stadt eindrangen. Sie unterwarfen dieſelbe ſofort einer greulichen Plünderung, „ſo daß es kein Türke oder Heide hätte ärger machen können". Im Schloſſe ergaben ſich den Wallenſteinern noch 600 M.: der Rheingraf, welcher hier zuletzt den Oberbefehl führte, erhielt die Freiheit, wurde aber wenige Tage darauf vom Könige ohne Bezahlung entlaſſen.

Die übrigen aufgebotenen Regimenter hielt Wallenſtein perſönlich die ganze Nacht hindurch an einem Berge in der Nähe der Stadt zuſammen. Am 25. Auguſt überzeugte er ſich perſönlich von den in der Stadt herrſchenden Zuſtänden.

Die Verluſte der Dänen wurden von ihren Feinden als ziemlich erheblich bezeichnet: gegen 1000 M. und unter ihnen zahlreiche däniſche Landleute wurden niedergemacht, 1100 gefangen, und ein ziemlich großer Teil der Flüchtigen kehrte nicht wider zurück, ſondern ließ ſich bei den Kaiſerlichen unterſtellen. Ein Reiterregiment des Rheingrafen verlor den Oberſtlieutenant, den Oberſtwachtmeiſter und mehrere andere Offiziere durch Gefangenſchaft. Die Öſtreicher erbeuteten vier Fahnen und vier Kornet.[2]

Nicht über 2000 M. ſoll der König nach der Schätzung ſeiner Feinde von dieſem verunglückten Feldzuge davon gebracht haben. Mit den Überreſten ſeiner Armee fuhr er von Uſedom geradeswegs nach Kopenhagen und überließ Pommern ſeinem Schickſale.

Stralſund unter ſchwediſchem Schutz.

Mit wachſendem Argwohn betrachtete in dieſer ganzen Zeit Guſtav Adolf die Vorgänge um und in der Stadt Stralſund, deren Sicherheit ihm auch durch ſeine eigne Beſatzung nicht völlig gewährleiſtet erſchien.

---

1) Monro 1. 80.

2) Fock 299. Dazu der Zeitungsbrief aus Wolgaſt vom 1. Sept. Gewiſſe vnd warhaffte Wochentliche Ordinari Zeitungen, Anno 1628. Nr. XXXVIII. 4. Dieſer Brief ſtammt aus dem kaiſerlichen Lager und wurde von Enzersdorf an den kaiſerlichen Geſandten Kuefſtein in Konſtantinopel geſendet.

Schon um die Mitte des August, möglicherweise bevor er noch Kenntnis von dem Vertrage Wallensteins mit dem Herzoge von Pommern erhielt, erwog er daher den Plan, die Stadt entweder ganz aufzugeben oder ausschließlich mit seinen eignen Truppen zu besetzen. Schon damals versah er Oxenstierna mit ganz eingehenden Weisungen zu Verhandlungen mit Christian IV. und der Stadt selbst.[1] Gustav Adolf mochte nicht bloß Besorgnisse vor einem friedlichen Abkommen der Stadt mit dem Kaiser oder dem Herzoge von Pommern, sondern auch vor einem Frieden Dänemarks mit dem Kaiser hegen, der um so wahrscheinlicher wurde, je weniger die Verbündeten Christians IV. für seine und zugleich ihre gemeinsame Angelegenheit zu thun vermochten.

Und da nach dem mißlungenen Angriffe Christians IV. auf Pommern Stralsund und die Hansestädte überhaupt wider mehr gefährdet erschienen, mußte sich bei seinem Charakter die Neigung des Königs, Stralsund ganz von sich abhängig zu machen, steigern.

Als daher der herzoglich pommerische Gesandte Antonius v. Bonin unter Hervorhebung des Vertrages, durch welchen der Herzog Bogislav und Wallenstein die Geschicke der Stadt entschieden zu haben meinten, die Abführung der schwedischen Besatzung forderte, erhielt er keinen zusagenden Bescheid.[2] Gustav Adolf war weit entfernt davon, der Versicherung des Herzogs von Pommern, daß Wallenstein nach der Entfernung der ausländischen Verteidiger aus der Stadt seine Armee ebenfalls von Stralsund, ja überhaupt aus Pommern zurückziehen werde, Glauben zu schenken. Er war vielmehr davon überzeugt, daß Wallenstein eine Verminderung oder Zurückführung seiner Truppen aus Norddeutschland auch von dem Ausgange des polnisch-schwedischen Krieges und von einem Frieden zwischen beiden Mächten abhängig machte. Und so hat Bonins Botschaft nur die Wirkung ausgeübt, den König in seinem Plane zu bestärken, Stralsund noch enger an sich zu ketten und seine Geschicke womöglich ausschließlich nach seinem Ermessen zu bestimmen. —

---

1) Näher auf diese Verhältnisse einzugehen, müssen wir uns hier versagen, vgl. Instruction öfver dhe ehrender, som K. M:tt allernädigest hafver betoodt och befalet Cantzleren först i Strålsundh och sedan hoos K. M:tt i Danmark att förrättas. Actum Höwet (Danziger-Haupt) den 4. Augusti, Anno 1628 und die darauf folgenden Aktenstücke in Rikskanzleren Axel Oxenstierna's Skrifter och Brefvexeling, Senare Afdel. första Bandet S 407 ff.

2) Des fürstlich pommerischen Gesandten Proposition an Se. Kön. Majestät zu Schweden, übergeben zu Marienburg am 7. Aug. 1628. Dinnies a. a. O. V. S. 277 ff.

Aber auch in der Stadt machte sich nun mehr und mehr der Wunsch geltend, sich mit der Unterstützung Schwedens gänzlich von den Wallensteinern zu befreien. Mußte man doch befürchten, daß Wallenstein und der Kaiser nun mit allergrößtem Nachdruck auf die Entlassung der dänischen Schutztruppe dringen und im Falle der Weigerung die Belagerung mit verstärkten Kräften von neuem beginnen möchten. Und so wurden denn einige Tage nachdem das Kriegsglück bei Wolgast abermals für Wallenstein entschieden hatte, der Bürgermeister Steinwich und Jusquin von Gosen zu Gustav Adolf nach Preußen entsendet, um das Werk der völligen Sicherung und Befreiung einzuleiten. Man setzte den König von den friedlichen Aussichten, welche die Verhandlungen zwischen Wallenstein und dem Herzoge von Pommern zu eröffnen schienen, in Kenntnis, ließ ihn aber zugleich wissen, daß der Seekrieg trotz des Widerstrebens der Hansestädte eine beschlossene Sache wäre, und daß er gerade von Stralsund aus unternommen werden sollte. Man berief sich hierfür auch auf ein Wort des Grafen Philipp v. Mansfeld, der angeblich zu Greifswalde öffentlich geäußert hatte, sobald Stralsund erobert wäre, sollte Dänemark angegriffen und der Seekrieg mit Macht in Angriff genommen werden. Deshalb erhielten die Abgesandten den Auftrag, den König zu ersuchen, seinen früheren Versprechungen gemäß die Stadt in eigener Person mit ansehnlicher Heeresmacht zu entsetzen, wie man es bereits erwartet hatte. Indem der Rat dieses Gesuch an den König richtete, war er sich der Tragweite seines Unternehmens recht wol bewußt, aber er erklärte dem Könige offen heraus, daß es noch bedenklicher sei, sich allein auf gütliche Mittel zu verlassen, wenn keine wirkliche Macht zur Hand sei. Dabei machte die Stadt auch jetzt noch den Vorbehalt, daß sie sich in keinen Angriffskrieg verwickeln lassen, sondern in den Grenzen der Verteidigung bleiben wolle.[1]

Die Gesandtschaft reiste am 16./26. August von Stralsund ab und gelangte am 23. Aug./2. Septbr. in das königliche Lager in der Nähe von Graudenz, wo sie am folgenden Tage von Gustav Adolf empfangen wurde. Der König versicherte derselben, daß er die Absicht gehegt habe,

1) Instruktion und Befehlich, was bei der Kön. Maj. zu Schweden der Stadt Stralsund Abgesandte . . . . unser Mitbürgermeister und Syndicus primarius, auch Advocatus und Mitbürger, D Lambertus Steinwig und Johannes Jusquinus a Gosen zu verrichten haben, vom 6. August 1628 (a. St.?) Dinnies, Nachrichten von der Belagerung d. St. Stralf. Bd. V. S. 254 bis 265. Dazu Relation von der durch den H. Bürgermeister Lambert Steinwig und den Advocaten Johann Jusquin von Gosen abgelegten Gesandtschaft im August und Sept. 1628. Dinnies a. a. O. S 304 ff.

nach Stralsund zu kommen, aber von Christian IV. daran verhindert worden sei, der ihm geschrieben habe, in Pommern sei weiter nichts zu holen, der Feind müsse sich hier verzehren. Darauf erwiderten die Gesandten, in Pommern sei noch genug zu holen, und Stralsund habe noch immer alles zu befürchten.

Allein auch König Gustav Adolf wollte von einem Feldzuge noch in diesem Jahre nichts mehr hören; er entgegnete, es wäre nun zu spät, er hätte jetzt andere Sachen angefangen, und wies auf die dem Kanzler Oxenstierna erteilten Aufträge hin. Gesprächsweise aber äußerte er zugleich die Besorgnis, bei dieser Gelegenheit mit Dänemark in die Hare zu kommen. Es wäre bekannt, wie es Dänemark mit den Städten gemacht hätte: Christian IV. möchte vielleicht Stralsund behalten oder plündern.

Damit war also der eine Teil Forderungen Stralsunds zu Ungunsten der Stadt erledigt. Gustav Adolf lehnte es ab, im Augenblicke einen Kampf zu Lande weiterzuführen, in dem der König von Dänemark den Kürzern gezogen hatte.

Dagegen übernahm der König von Schweden jetzt den ferneren Schutz der Stadt ausschließlich und versprach zu diesem Zwecke, dieselbe mit drei schwedischen Regimentern zu je 1200 M. bis zum 1. Mai 1629 besetzt zu halten.[1] Zwei Drittel der Unterhaltungskosten wollte er auf sich nehmen, während das letzte Drittel die Stadt tragen sollte. Die Bitte um persönliche Befreiung der Stadt von ihren Drängern, den Wallensteinern, lehnte er für das nächste Frühjahr nicht geradezu ab, sagte sie aber auch nicht zu, sondern machte ihre Erfüllung von den Umständen abhängig. Sehr erfreulich wird es den städtischen Ratsherrn für den Augenblick gewesen sein, daß er zugleich auf jegliche Entschädigung für die manigfaltigen Unterstützungen, welche er der Stadt bereits erwiesen hatte, Verzicht leistete.

Da der König von Schweden nicht im Kriege mit dem Kaiser begriffen war, und der Kaiser selbst seinem General die Bedrängung der Stadt untersagt hatte, so schien ihm eine Unterstützung derselben einen nicht gerade feindseligen Charakter an sich zu tragen. Er vergalt die Hilfe, welche der kaiserliche Feldherr dem Könige von Polen gegen Schweden geleistet hatte, damit, daß er sich einer bedrängten Stadt

1) Resolutio S. R. Maiestatis Succicae ad ea, quae S. R. Maiestati nomine civitatis Stralsundensis illius urbis legati, spectabiles et consultissimi D. Lambertus Steinwich et Johannes Jusquinus a Gosen d. 24. Augusti proposuerunt, data in castris regiis ad Ossam die 28 eiusdem anno 1628 (a. St.). Dinnies V. S. 318 ff.

annahm, für welche der Kaiser bei seinem General selbst um Nachsicht und Schonung eingetreten war.[1]

Die sehr weitgehenden Wünsche des Königs in Betreff seiner Stellung zu dem gefährdeten Gemeinwesen wurden freilich von den ebenso vorsichtigen wie hartnäckigen Stadtpolitikern nicht erfüllt. Sie verweigerten dem Könige die Huldigung, weil Stralsund auch fernerhin eine pommerische Stadt bleiben wollte, und waren auch nicht geneigt, eines ihrer Ratsmitglieder zum vereideten königlichen Burggrafen oder königlichen Rat ernennen zu lassen. Nur der Höchstkommandierende sollte außer dem Rate auch dem Könige den Eid leisten, während allerdings die städtischen Offiziere dem schwedischen Oberbefehlshaber vereidigt werden mußten. Dem letzteren standen drei Vertreter des Rats und der Bürgerschaft zur Seite. Überhaupt traf man vorsorgliche Maßregeln, um die Stadt und ihr Eigentum der fremden Militärgewalt nicht völlig preiszugeben.

Die zahlreichen einzelnen Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Stadt gegenüber der fremden Besatzung und über die Befugnisse der letzteren sind in einem besonderen Vertrage zusammengefaßt worden.[2] Die Stadt machte sich anheischig, im Notfalle auch die Unterhaltung der zwei Drittel der Verteidigungsmannschaften, welche dem Könige oblag, zu übernehmen, wofür der König sie im Frühjahre durch Geld, Kupfer, Eisen, Holz und andere schwedische Landesprodukte zu entschädigen versprach. Wie sicher sich aber die Stadt bereits in dem Schutze des Königs fühlte, geht daraus hervor, daß sie mit seiner Unterstützung nicht nur die Erweiterung ihrer Rechte, sondern auch die Ausdehnung ihres Besitzstandes durchzusetzen suchte. Was ihr einmal an Dörfern, Voigteien, Zöllen, Ländereien und Gerechtigkeiten entzogen worden war, wollte sie bei dieser Gelegenheit widergewinnen, und sich zugleich von allen landesherrlichen Steuern und Auflagen mit Ausnahme der alten „Urbare" befreien. Sie wünschte ein eigenes Appellationsgericht und zugleich den unmittelbaren Zutritt zu dem höchsten Reichsgerichtshofe zu erhalten und nahm eine Entschädigung für die Unterstützung, welche ihr Landesherr

1) Vgl. das außerordentlich geschickte Schreiben des Königs an sämtliche Kurfürsten, Stockholm 25. April 1629 a. St., in welchem er seine Einmischung verteidigt. Arkiv till upplysning om Svenska Krigens och Krigsinrättningarnes Historia 1, 33—37.

2) Kapitulation zwischen dem Könige von Schweden und der Stadt Stralsund, wie es den künftigen Winter über bis auf den ersten Mai mit der Stadt Defension zu halten sei. Geschlossen im Lager an der Ossa am 29. August 1628. Dinnies V. S. 324 ff.

ihren Feinden erwiesen hatte, durch die Übereignung der nächstgelegenen Ämter, Dörfer, Höfe und Mühlen in Anspruch. Dieser noch inhaltreichere Wunschzettel war dem königlichen Gesandten Sattler schon am 15. Aug. a. St. in Stralsund überreicht worden, und Gustav Adolf erteilte wenigstens die allgemeine Versicherung, diese Forderungen der Stadt bei erster Gelegenheit in Überlegung zu nehmen.[1] Infolge aller dieser Verhandlungen versprach Gustav Adolf die Besatzung zu übersenden, sobald Christian IV. seinen Entschluß kund gegeben haben würde, seine Mannschaften aus der Stadt zurückzuziehen.

Schon einige Tage früher, als die sundischen Boten nach Preußen, war Oxenstierna aus Preußen nach Stralsund aufgebrochen und langte hier am 22. Aug. a. St. an. Er überbrachte dem Rate die Bestätigung des abgeschlossenen Bündnisses und einigte sich mit demselben über die näheren Bedingungen der Aufnahme einer Besatzung. Aber er verpflichtete den Rat zugleich zur schleunigen Verbesserung der Außenwerke bei dem Frankenthore, des Hornwerks bei dem Knieperthore, „der Bastion und angehefteten Courtine" bei dem Triebseeischen Thore und zu Strandbefestigungen und zwar nach vorgelegten Zeichnungen. Die Sicherung des Hafens sollte durch die Aufführung „einer guten roialen Schanze" bewirkt werden.

Noch vor der Rückkehr Steinwichs und seines Gehilfen wurde zwischen beiden Teilen ein förmlicher Vertrag abgeschlossen,[2] und die Stadt ersuchte nun Christian IV. um die Zurückziehung seiner Besatzungstruppen. Der schwedische Kanzler begab sich darauf nach Dänemark und erreichte seine Absicht bei dem Könige ohne allzu große Schwierigkeiten, so daß sich der vorsichtige Rat Gustav Adolfs, bei der Weigerung Christians IV. den mit der Stadt eingegangenen Vertrag als ungeschehen zu betrachten und sich dann zu bemühen, die ganze Angelegenheit in dem Zustande zu erhalten, in welchem er sie vorgefunden hatte, als unnötig erwies.

Nach dem neuen Mißerfolge auf dem Festlande mag es dem für die Sicherheit der Inseln sehr besorgten Könige von Dänemark selbst zweifelhaft erschienen sein, ob er mit seinen geringen Streitkräften imstande sein werde, die Stadt auf die Dauer zu halten. Und auch

1) Gustav Adolf an die Stadt Stralsund im Lager an der Ossa 12./22. Septbr.

2) Kapitulation zwischen dem Kön. schwed. Abgesandten und Reichskanzler Axel Oxenstierna und der Stadt Stralsund, errichtet am 2. Sept. a. St. Dinnies a. a. O. V. Dazu: Tal inför Rådet i Stralsund om K. Adolfs medförda ratification å tractaten of d. 25. Juni (a. St.) och behofvet af närmere öfverenskommelse i afseende på försvaret, omkring d. 1. Septbr. (a. St.!) 1628. Rikskanzl. Axel Oxenstiernas Skrifter och Brefvexeling I. 531—535.

nach seinem Frieden mit dem Kaiser befand sich Dänemark vor der Hand offenbar besser dabei, wenn Stralsund in den Händen der Schweden blieb, als wenn es seinen Hafen und seine Mauern den Kaiserlichen öffnen mußte. Schon am 17./27. Septbr. erteilte daher Christian IV. dem schwedischen Kanzler das Versprechen, seine Truppen bis auf 300 M. aus der Stadt herauszuführen.

Die sundischen Gesandten waren am 21. Sept. aus Preußen wider in der Stadt angelangt, wurden aber sofort dem schwedischen Kanzler nachgesendet, der nach seiner Abreise von Kopenhagen durch widrige Winde auf dem Jellen zurückgehalten wurde. Hier verabredeten die Vertreter der Stadt noch einige Aenderungen des Vertrags mit Oxenstierna, so daß Stralsund seine deutschen Geworbenen behielt und nur zwei Regimenter schwedische Besatzungstruppen aufzunehmen brauchte. Die Gesamtstärke der Besatzung wurde auf 4000 M. bestimmt.

Die unter dem Oberstlieutenant Georg Volckmann in der Stadt verbliebenen 300 M. rief Christian IV. erst unter dem 16./26. März 1629 zurück: im Januar dieses Jahres betrug die ganze schwedisch-dänische Kriegsmacht etwa 3000 M., während die Stadt selbst etwa 900 M. zu ihrer Verteidigung aufgebracht hatte.

Der Hansetag zu Lübeck im September 1628.

Die Festsetzung der Schweden in Stralsund trug bei der Zerfahrenheit, welche in den Kreisen der hansischen Stadtgemeinden herschte, nicht dazu bei, das Sicherheitsgefühl derselben zu stärken, wie sich besonders in ihrer Herbstversamlung zeigte. Auch dieser Hansetag konnte nicht rechtzeitig (1./11. Sept.) eröffnet werden, da selbst die Vertreter von Bremen, Hamburg und Rostock erst später erschienen. Köln, Wismar und Danzig beteiligten sich an dieser Versamlung überhaupt nicht persönlich, Magdeburg hatte der Stadt Braunschweig seine Vertretung übertragen.[1] Und

1) Die Verhandlungen nahmen erst am 9./19. Sept. ihren Anfang. Wir folgen hier ebenfalls hauptsächlich dem von Arnold v. Bobart verfaßten bremischen Protokoll.

Braunschweig hatte einen Bürgermeister und den Syndikus Dr. Baumgart entsendet, Lüneburg den Syndikus Dr. j. Heinrich Backmeister, Bremen den Dr. j. Regenstorff und Dr. j. Arnold v. Bobart. Hamburg ließ sich durch den Syndikus Vincentius Müller und den Senator Rudolf Amßing, Lübeck durch vier Bürgermeister, darunter Gerdes, drei Syndici, darunter Dr. Tancke, und einige Ratsherrn und Sekretäre vertreten, Rostocks Abgeordnete waren die Ratmänner Bernhard Klinge und Nikolaus Scharffenberg. Die Vertreter Hildesheims werden in dem bremischen Protokoll nicht genannt.

ſo waren es nur ſieben Städte, Braunſchweig, Hildesheim, Lüneburg, Bremen, Hamburg, Lübeck und Roſtock, welche den Tag durch ihre Abgeordneten beſchickten. Im Namen Lübecks führte der Syndikus Dr. Tancke wie früher den Vorſitz. Der Kaiſer und Wallenſtein hatten Aldringer, Walmerode und Dr. Wentzel mit der Wahrnehmung ihrer in Frage kommenden Intereſſen betraut.

Nachdem Bericht über die ziemlich ergebnisloſen hanſiſchen Geſandtſchaften an Tilly und Wallenſtein erſtattet war, ging man zum erſten Gegenſtande der Verhandlungen, welcher die Beförderung des Friedens betraf, über. Denn man hatte bereits Kenntnis davon, daß Tilly und Wallenſtein mit der Herbeiführung desſelben betraut ſeien, und glaubte auch an eine Heranziehung des Herzogs Friedrich von Holſtein. Lübecks Vorſchlag, den Hauptbeteiligten die Friedenswünſche der Städte noch einmal an das Herz zu legen, begegnete von keiner Seite ein ſachlicher Widerſpruch. Dagegen erhob ſich ein Streit darüber, ob man nicht den Kurfürſten, deren Beteiligung an dem Friedenswerke man noch für ziemlich ſelbſtverſtändlich anſah, die Anliegen der Städte durch Geſandte zu empfehlen habe. Lübeck und Hamburg, welche dieſer Anſchauung huldigten, blieben indeſſen in der Minderheit; man beſchloß, auch an die Kurfürſten nur Schreiben zu ſenden. Dagegen einigte man ſich in dem Beſchluſſe, an den König von Dänemark, deſſen friedliebender Stimmung Gefahr von den Niederlanden und von Schweden zu drohen ſchien, eine Geſandtſchaft abzuordnen, welche Hamburg, Lübeck und Roſtock auf ſich nahmen. Der Abgang derſelben verzögerte ſich einige Tage, da man vergeblich auf Nachrichten vom Könige durch beſondere Botſchafter wartete. Zu Geſandten wurde der hamburgiſche Syndikus Dr. Germers, ferner Dr. Winckler von Lübeck und der Roſtocker Bernhard Klinge ernannt. Sie erhielten zugleich den Auftrag, mit den Reichsräten zu verhandeln. Endlich trat auch der Wunſch der Städte nach einer thatkräftigen Beteiligung an den in Ausſicht ſtehenden Friedensverhandlungen lebhaft hervor, obwol der hamburgiſche Vertreter den Frieden nicht als das lange herbeigeſehnte Ende aller Beſchwerden betrachtete, ſondern merkwürdigerweiſe eher als eine Steigerung derſelben. Denn er gab zu bedenken, daß die Forderungen des Kaiſers Punkte enthalten dürften, auf die ſich die Städte ſchwerlich würden zuſtimmend erklären wollen.

Am 12./22. Sept. konnte man dieſen Gegenſtand als erledigt verlaſſen und ſich der ſtralſundiſchen Sache zuwenden. Denn die Städte waren von neuem um Unterſtützung, beſonders durch Geld, erſucht worden. Nach eingehenden Verhandlungen entſchied man ſich beſonders auf das Drängen Hamburgs dafür, zunächſt Stralſund aufzufordern, ſeine An-

gelegenheit durch einen besonderen Abgeordneten vor der Versamlung der Städte zu betreiben. Der Widerspruch, welcher besonders von Lübeck, Braunschweig und Hildesheim anfangs gegen diesen Vorschlag erhoben wurde, mochte in der Besorgnis begründet sein, welche die Verlesung eines Wallensteinischen Schreibens an Dr. Wentzel hervorgerufen hatte. Wallenstein erklärte in demselben, daß er in Stralsund ebenso wenig, ja noch weniger schwedische Besatzung, als dänische dulden könne, sondern daß er die Stadt, so lange sie von einer solchen besetzt wäre, als seine Feindin betrachten müsse. Aber auch der Vertreter Hamburgs war weit entfernt davon, Stralsund durch persönliche Verhandlungen mit seinem Abgeordneten in der Widersetzlichkeit gegen den Kaiser und seinen General zu bestärken, sondern hoffte vielmehr auf diese Weise die Befreiung der Stadt aus ihren Drangsalen und die Aussöhnung derselben mit dem Kaiser nur um so sicherer durchzusetzen. Sein Plan ging dahin, daß Vorschläge gemacht werden sollten, welche Gustav Adolf jede Veranlassung entzögen, Stralsund noch weiter besetzt zu halten, und wenn die Stadt sich des schwedischen Volkes nicht wider entledigen könnte, dasselbe auf Kosten der Hansestädte völlig abzulohnen. Zu diesem Zwecke hielt Hamburg mündliche Verhandlungen mit vollständig sachkundigen sundischen Vertretern für dringend erforderlich. Seine Anschauung verschaffte sich Geltung, und zwei Boten, oer eine zu Lande, der andere zu Wasser, erhielten Auftrag, Stralsund diesen Beschluß mitzuteilen.

Die Stadt entsandte darauf den Ratsverwandten Joachim Martini nach Lübeck, der am 22. Sept. der hansischen Versamlung seinen ersten Bericht erstattete. Mit einem dankbaren Aufblick zu Gott, der die Stadt in ihren Drangsalen und in ihrer Verlassenheit vermittelst ihrer eigenen geringen Streitkräfte geschützt hatte, begann der Ratsherr seine Schilderung Er klagte in derselben die pommerischen Räte und auch den Herzog Bogislav selbst an, daß sie Weitläufigkeiten verursacht hätten, als sich Wallenstein nach dem Eintreffen der kaiserlichen Entscheidung anfangs einem billigen Vergleiche zugeneigt hatte. Martini's Forderung bestand in der Zusendung und Erhaltung von 600 M. Fußvolk ohne Offiziere und in der Übermittelung einer schleunigen und ansehnlichen Geldunterstützung. Er unterrichtete ferner die hansischen Gesandten davon, daß Christian IV. den größten Teil seiner Truppen bereits wider abgeführt und auch die Zurücknahme der übrigen in Aussicht gestellt hatte, und gedachte endlich eines Planes Gustav Adolfs, welcher nach der Zurückziehung der dänischen Besatzung in Verbindung mit den Hansestädten dem Kaiser durch eine Gesandtschaft die Unschuld der Stadt darlegen und den Frieden befördern wollte. Von Lübeck wurde

darauf die Frage an den Gesandten gerichtet, ob es möglich sei, die Stadt von allen fremden Besatzungen, auch der schwedischen, zu befreien, und welchem Zwecke die erbetenen Geldmittel dienen sollten. Martini verhehlte nicht, daß ohne Zustimmung Schwedens kein Friede mit dem Kaiser geschlossen werden könne, verweigerte aber ausdrücklich die Mitteilung des schwedischen Bündnisses. Die erbetene Unterstützung sollte zur Befriedigung der Besatzung und der Arbeiter an den Befestigungswerken verwendet werden, deren Haltung nach der Versicherung des Ratsverwandten eine sehr drohende war.

Diese Mitteilungen des Gesandten erfuhren eine ziemlich abfällige Beurteilung, da die Städte alles zu vermeiden wünschten, was die friedlichen Aussichten zu trüben imstande sein konnte. Man gedachte jetzt eines Hoffnung erweckenden Ausspruches des verschlagenen Aldringer; man deutete die Sendung Questenbergs an Wallenstein in friedlichem Sinne und setzte endlich große Hoffnungen auf ein Mahnschreiben, welches die Kurfürsten an den König von Dänemark gerichtet hatten. Und so wurde die Bitte des Gesandten um eine Unterstützung durch Truppen kaum ernstlich in Beratung gezogen: Lübeck empfahl nur das Gesuch, der Stadt mit Geldmitteln zu Hilfe zu kommen, um ihr die Möglichkeit zu gewähren, sich alles fremden Kriegsvolks in kürzester Frist zu entledigen, und brachte anscheinend die Summe von 15000 Thalern in Vorschlag. Aber auch hiergegen wurden Einwendungen erhoben. Unter mancherlei Bedenken versprach Bremen seinen Anteil auf sich zu nehmen, aber nicht mehr. Rostock hegte die wolwollendsten Gesinnungen, wußte aber keinen Rat zur Hilfe, da der Stadt mit einer kleinen Summe nicht gedient war. Braunschweig war derselben Meinung, stellte aber in einer späteren Erklärung wenigstens seine Unterstützung bei einer Bürgschaftsleistung in Aussicht, wenn man die Summe überhaupt werde aufbringen können. Diese Unterstützung sollte nur dem Zwecke dienen, die fremde Besatzung aus der Stadt zu schaffen und diese dadurch bei dem Reiche und in ihrem verfassungsmäßigen Zustande zu erhalten. Hildesheim fand die Unterstützung durch Geld unrätlich. Hamburg machte sich zwar anheischig, seinen Anteil gleich Bremen und Lübeck zu zahlen, stellte aber die ganze Sache dahin, weil mit der in Betracht kommenden geringen Summe der Zweck doch nicht erreicht werde. Dagegen wurde von dieser Seite der Vorschlag gemacht, ob die Städte nicht die Bezahlung des Volkes direkt auf sich nehmen und zur Gewinnung der hierzu erforderlichen Zeit einen Waffenstillstand vermitteln könnten. Trotz aller Einwendungen blieb jedoch Lübeck bei seinem Vorschlage und stellte den Städten anheim, das Geld bei einem Kaufmanne gegen eine Obligation Stralsunds, für

welche Bremen, Lübeck und Hamburg jedes die volle Bürgschaft übernehmen sollte, zu entleihen. Und als sich endlich noch Streit über die Zahlungsverpflichtung der einzelnen Städte erhob, erklärte der Vorort mit ersichtlichem Unwillen, die Beratung betreffe die Summe von 15000 Thalern, welche die Hansestädte aufbringen sollten! Der in Aussicht genommene Zinsfuß von 6 Prozent wurde erst auf die besondere Beschwerde des stralsunder Ratsherrn erniedrigt.

Aber auch damit hatte man die für alle annehmbare Form des Anlehens noch nicht gefunden.

Auf Lübecks Antrag schossen endlich Hamburg und der Vorort selbst gegen einen Schuldschein, den Stralsund in den Hansekasten einlegte, die Summe vor; Stralsund erhielt diese 15000 Thaler auf vier Jahre zinslos, während die anwesenden Städte den Darleihern die jährlichen Zinsen ihren Anteilen gemäß abzuführen hatten. Da die hamburgischen Abgeordneten vorläufig jedoch nur 5000 Thlr. auf sich nehmen wollten, versprach Lübeck erforderliches Falles auch die noch fehlenden 2500 Thlr. aufzubringen.

Unter so großen Schwierigkeiten haben die Hansestädte die von ihnen selbst für völlig unzureichend erklärte Summe von 15000 Thalern, wahrscheinlich den einzigen Betrag, mit welchem sie Stralsund überhaupt unterstützten, aufzubringen vermocht. Noch bevor sie sich über die Art der Aufbringung geeinigt hatten, setzten sie Martini von ihrer Bereitwilligkeit in Kenntnis, hoben aber auch ausdrücklich hervor, daß Stralsund mit der Annahme dieser Unterstützung die Verpflichtung zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Wallenstein auf sich nehmen und sich auf die Vorschläge desselben erklären müsse.

Der Vertreter der Stadt Rostock, Nikolaus Scharffenberg, erhielt den Auftrag, die maßgebenden Kreise Stralsunds mit diesen Entschließungen der Städte bekannt zu machen und auch Wallenstein aufzusuchen.

Die Verhandlungen über den spanischen Handelsvertrag nahmen diese Versamlung nur kurze Zeit in Anspruch und wurden in einer einzigen Sitzung zum Abschlusse gebracht (15./25. Sept.). Die Belagerung Stralsunds und die Einweisung Wallensteins in das Herzogtum Mecklenburg hatten natürlich die norddeutschen protestantischen Städte und ihre wohlhabenderen Einwohner nicht geneigter gemacht, ihr Vermögen in der ihnen vorgeschlagenen Handelsgesellschaft anzulegen und ihre Handelsflotte von spanisch-östreichischen Kriegsschiffen begleiten zu lassen.

Daher gab schon der Vorort der Hanse seine Meinung dahin ab, daß man sich in den alten hergebrachten Handelsformen zu halten haben würde, und erklärte die spanisch-östreichischen Vorschläge in Anbetracht

der augenblicklichen Zeitverhältnisse für unausführbar. Man fand es in Lübeck überhaupt bedenklich, dem Kaiser allein den Abschluß dieser Verhandlungen zu überlassen, und hob auch hervor, daß nicht alle Hansestädte unter dem Reiche stünden, und daß die Städte jederzeit ihre Angelegenheit selbst geführt und verwaltet hätten. Die Rücksicht auf die auswärtigen Mächte war gerade in Lübeck schwer ins Gewicht gefallen. Die Bürgerschaft hatte zwar in ihren Verhandlungen über die Angelegenheit den lebhaften Wunsch nach Abhilfe der spanischen Beschwerden geäußert; dem spanischen Handelsvertrage aber ebensowenig das Wort geredet wie der neuen Handelsgesellschaft.

Darauf kam das Gutachten Kölns zur Verlesung, welches ebenfalls dahin ging, daß die Städte nichts Neues unternehmen, sondern bei dem Alten bleiben sollten. Bremen stimmte dem bei, erteilte aber den Rat, bei dem ablehnenden Bescheide jede Kränkung des Kaisers zu vermeiden. Rostock bezeichnete die kaiserlichen Vorschläge als nicht nützlich, wünschte aber aus Rücksicht auf den Kaiser für dies Mal so viel als möglich einer durchaus und bestimmt ablehnenden Antwort auszuweichen. Braunschweigs Erklärung lautete gleich der kölnischen, und das von Danzig eingelaufene Schreiben hatte ganz denselben Sinn. Hildesheim und Lüneburg stimmten wie Rostock: sie wollten die Angelegenheit in der Schwebe erhalten. Der lüneburgische Abgeordnete begründete seine Abstimmung damit, daß die Bürgerschaft von Lüneburg keine Mittel zur Begründung einer solchen Gesellschaft besitze.

Nur von den Vertretern Hamburgs wurden auch vorteilhaftere Seiten der Vorschläge hervorgekehrt. Man schien in Hamburg zu befürchten, daß andere Nationen die Gelegenheit ergreifen und sich zum Nachteil der Hanse gefügiger zeigen möchten, wenn die Städte eine abschlägliche Antwort erteilen sollten. Man hoffte, sich vermöge der kaiserlichen Autorität alle Vorteile eines Handelsmonopols erwerben zu können und die Nachteile zu vermeiden. Die Gesandten der Stadt gaben ferner ihrem Unwillen über die unwürdige Lage, in welcher sich die Städte eines großen Volkes dem Auslande gegenüber befanden, einen offenen Ausdruck: das deutsche Volk war in eine solche Knechtschaft gebracht worden, daß ihm fremde Nationen gleichsam nach Belieben vorschreiben durften, wie und mit welchen Waren sie handeln sollten. Selbst der Anspruch des Kaisers auf die Teilnahme an der Aufsicht über die Geschäftsführung der Städte und sein Wunsch, den Handelsschiffen der Städte Kriegsschiffe unter der kaiserlichen Standarte zum Geleit zu stellen, erschienen den Gesandten nicht als unüberwindliche Hindernisse. Allein von der hamburgischen Kaufmannschaft und der

Bürgerschaft überhaupt waren dieselben Einwendungen gegen den ganzen Plan erhoben worden wie anderwärts, und so lautete die Schlußerklärung der Gesandten doch der der übrigen städtischen Vertreter gleichförmig. Sie empfahlen eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit, welche mit den ganz ungeeigneten Zeitumständen, den zahlreichen Handelserschwerungen und der Unmöglichkeit eine solche Gesellschaft zu begründen, wenn die andern Nationen nicht vollständig ausgeschlossen werden sollten, bei dem Kaiser entschuldigt werden konnte. So wurde also ein einstimmiger Beschluß gefaßt und der Handelsvertrag in unanstößiger, ja milder Weise abgelehnt. Sieben Vertreter der an dem Hansetage teilnehmenden sieben Städte begaben sich zu den kaiserlichen Gesandten und überreichten ihnen den schriftlichen Bescheid, der noch durch mündliche Erörterungen erläutert wurde. Schon am nächsten Tage erhielten die Städte Antwort. Gabriel de Roy aber sendete außerdem ein Schreiben mit neuen spanischen Forderungen an Dr. Tancke ein, während er seine früheren Vorschläge „für sich selbst" ausdrücklich fallen ließ. Dagegen sollten die Städte von nun an, um Unterschleifen im Handelsverkehr vorzubeugen, wegen des Königs von Spanien Aufseher in ihre Mauern aufnehmen. Gabriel de Roy glaubte durch seine oder seiner bestellten Vertreter Empfehlungsbriefe den Städten allenfalls bis zu Ende des laufenden Jahres erträgliche Zusicherungen für ihren Handel nach Spanien gewährleisten zu können.

Zur Annahme dieser neuen spanischen Erlaubnisscheine rieten jedoch nur die Vertreter Hamburgs, während dieselben bei allen andern Städten mehr oder weniger starken Bedenken begegneten. Bremen gab die Erklärung ab, das laufe wider die alte Freiheit und werde, wenn man sich einmal darauf eingelassen habe, nicht leicht wider abzuthun sein, sondern weitere Folgen nach sich ziehen.

Da sich die kaiserlichen Gesandten bereits zur Abreise rüsteten, einigte man sich noch über die ihnen gebührenden Verehrungen; denn noch niemals waren Botschafter des Kaisers „unbeehrt" aus den Städten von dannen gezogen. Für den Herrn von Dietrichstein wurden 1200 Reichsthaler, für Walmerode 1000 Rchsth., und für Dr. Wentzel die gleiche Summe, später noch 200 Thaler mehr ausgeworfen. Lübeck und Hamburg schossen die an Dietrichstein und Walmerode zu zahlenden Summen vor. Auch die Verpflegung der Gesandten nahmen die Städte noch auf sich. Die feierliche Gesandtschaft der drei größten Hansestädte, welche Wentzel die für ihn bestimmte Verehrung „beibrachte", empfahl dem kaiserlichen Vertreter bei dieser Gelegenheit die spanischen Handelsinteressen der Städte sowie die Geschicke der Stadt Stralsund nochmals.

Zuletzt wendeten die Städte ihre Aufmerksamkeit noch der Verwaltung ihrer eignen Angelegenheiten zu. Man kam überein, die Stadt Lübeck zu ersuchen, wenigstens noch auf ein Jahr die Geschäfte des hansischen Syndikats gegen eine Entschädigung verwalten zu lassen und erhielt einen zusagenden Bescheid. Als sich jedoch Dr. Tancke, der die Geschäftsleitung wider übernahm, zum Behuf der Kassenführung und zu seiner Erleichterung in der Correspondenz die Anstellung eines Sekretärs gegen ein Jahresgehalt von 50 bis 60 Reichsthalern erbat, wies man ihn ab und wollte zunächst einen Bericht über den schon einmal zurückgewiesenen Antrag abwarten.

Baares Geld scheint sich in dem hansischen Kasten damals nicht befunden zu haben. Man war vielmehr genötigt, zur Deckung von Schulden und zur Auszahlung der dies Mal gespendeten Verehrungen die Beiträge widerum auf das Zehnfache zu erhöhen. Dagegen suchte schon damals die Stadt Magdeburg um die Herabsetzung ihres regelmäßigen Beitrags und um Befreiung von allen außerordentlichen Leistungen nach.

Nachdem am 2./12. Oktober der Abschied gelesen und genehmigt war, wurde die Versamlung geschlossen.

Wentzel verweilte noch bis in den Dezember hinein in Lübeck, begab sich aber darauf zurück nach Wien. Auch hier beschäftigten ihn immer noch die Handelsangelegenheiten der norddeutschen Städte. In einem Schreiben an den Syndikus Dr. Tancke machte er den Vorschlag,[1] daß die Städte eine mit dem Seeverkehr und den norddeutschen Handelsverhältnissen vertraute Gesandtschaft auf längere Zeit an das kaiserliche Hoflager entsenden möchten, mit welcher man kurzer Hand die erforderlichen Beratungen anstellen könnte. Denn der Kaiser war seiner Versicherung nach noch immer auf die schleunige Linderung der gegen die Spanier erhobenen Beschwerden bedacht und wollte auch dem stralsundischen Wesen abhelfen. Wir glauben nicht, daß die Städte diesem Ersuchen Gehör geschenkt haben.

Daß die kaiserliche Politik auch nach Wallensteins Abzug von Stralsund nicht vollständig auf die Hansestädte verzichtet hatte, dafür empfing man in den Städten Beweise genug. Man machte den Versuch, von Hamburg die rückständigen Reichs- und Kreissteuern einzutreiben, und Walmerode riet dem Kaiser, mit dieser Steuerexekution Wallenstein zu betrauen und zugleich zu ersuchen, ihm selbst bei dem ganzen Unternehmen seine Unterstützung zu gewähren. Daß dieser aber die Bitte nicht

1) Wien 17. Jan. 1629. In diesem Schreiben sowie in einem andern vom 10. Jan. versicherte Wentzel zugleich, daß er die Stadt Lübeck gegen feindselige Beschuldigungen verteidigt habe.

ohne Wallensteins Mitwissen und Billigung an den Kaiser richtete, ist selbstverständlich.[1] Walmerode fand die städtische Oberbehörde von Hamburg nicht geradezu abgeneigt, sich auf Zahlungen einzulassen, erteilte aber dem Kaiser doch den Rat, die Angelegenheit vor der Hand nicht weiter zu betreiben, weil die Behörden der größeren Hansestädte sehr misstrauisch geworden waren. Tilly wurde später ein Wort des Bürgermeisters Vogler in Hamburg mitgeteilt, welches lautete: Es wäre besser, das Gewehr mit der Unterstützung fremder Potentaten in die Hand zu nehmen, als sich das Messer an die Kehle setzen zu lassen.[2] Im Oktober warben in Hamburg zwei dänische Offiziere, ein Mitglied der Familie Uslar und Ferenz, ziemlich offen: der erstere hatte trotz der Warnung des worthaltenden Bürgermeisters sein Regiment fast vollzählig. Diese Werbungen wurden durch Abdankungen städtischer Truppen begünstigt, von denen jede Kompagnie um 30 M. verringert wurde. Man maß den Feinden des Kaisers damals den Plan bei, Glückstadt zum Stützpunkt einer neuen kriegerischen Bewegung an der Elbe zu machen, sowie Stralsund zu einem solchen an der Ostsee. Von einer englischen in Werbung begriffenen Truppe besorgten die Kaiserlichen feindselige Anschläge auf Ostfriesland und auf die Weser. Oberst Carpzow hatte auf der Insel Nordstrand einen Laufplatz eröffnet; zu seinen Mannschaften sollten, wie man glaubte, noch 4000 Holländer und der General Morgan mit 6000 Schotten stoßen.

Diese Besorgnisse scheinen in Wien schon vor dem Eintritt des Herbstes ziemlich stark gewesen zu sein, so daß man Wallenstein nicht nur einmal empfahl, Milde und Nachgiebigkeit walten zu lassen und die Städte von einem Bündnisse mit einer ausländischen Macht möglichst zurückzuhalten. Diese neutrale Stellung der Hansestädte mußte den kaiserlichen Staatsmännern um so wichtiger sein, seitdem des Kaisers Sohn Leopold Wilhelm in einer Zusammenkunft der Domkapitularen zu Bremen als Koadjutor des Bischofs Johann Friedrich in Aussicht genommen war (25. Juli).

Auch Pommern gegenüber sollte Wallenstein ein möglichst gelindes Verfahren beobachten. —

Bei diesen Beschwichtigungsversuchen kam die bösliche Verbreitung jenes in die deutsche Sprache übersetzten lateinischen Schreibens des kaiserlichen Beichtvaters Lamormaini an einen vornehmen Jesuiten in Hildesheim um so ungelegener.[3] Dieses seinem Hauptinhalte nach un-

1) Walmerode an den Kaiser, 5. August 1628.

2) Meldung des Correspondenten Tillys in Hamburg vom 13. Okt. 1628.

3) Nach G. Droysen, Gustav Adolf Bd. 1. S. 288 ist die Schrift in einem handschriftlichen Exemplar unter dem Titel: „Copia schreibens so Pater

zweifelhaft ächte Schreiben war ſehr geeignet, die Städte gegen die Gnadenbezeigungen des Kaiſers mißtrauiſch zu machen. Man ſendete daher auch von Wien eine Abſchrift mit dem Erſuchen an Wallenſtein, es für eine völlige Unwahrheit erklären zu laſſen, obgleich man über ſeine Entſtehung nur mitteilen konnte, daß es vermutlich in Hamburg von dem engliſchen und holländiſchen Reſidenten zuſammengeſtellt worden ſei.

Noch unruhiger wurde man im Lager der Katholiſchen, als im Oktober der Hanſiſche Wecker erſchien,[1] der die norddeutſchen Städte offen zum Kampfe gegen den Kaiſer aufforderte. „Bei Buß- und Bettagen darf man es nicht bewenden laſſen; im Namen Gottes muß man es nun frei öffentlich wagen; die Trommel gerühret vor Euch, die E. E. Städte, zur Erhaltung des Religion- und Profanfriedens! Der Feind darf nicht mehr proviantiert werden, alle müſſen vor einen Mann ſtehen; die Waffen dürfen nicht niedergelegt werden, bis der Feind über die Elbe getrieben iſt.“ Schon hat die Austreibung der Proteſtanten auch in den Hanſeſtädten begonnen; wer alſo in dieſem Kampfe für die bedrückte Sache die Waffen ergreift, der kämpft nicht ſowol gegen den Kaiſer, als gegen den Papſt und den König von Spanien. Und obgleich etliche Offiziere aus dem Becher der babyloniſchen Hure ſo viel geſoffen, daß ſie taumeln, (darunter Arnheimb, apostata et persecutorum sui ordinis signifer), ſo werden doch die meiſten ſich erinnern, daß ſie evangeliſch ſind, werden ihnen ſelbſt fürhalten, wie abſcheulich es ſei, daß ein Evangeliſcher wider das Evangelium diene und fechte, und daher deſto leichter die Partei verlaſſen, weil ſie nicht alle Feldmarſchälle werden oder große Fürſtentümer zur Ausbeute bekommen können.

Und wird nicht die ganze evangeliſche Kirche in- und außerhalb des römiſchen Reichs angegriffen? Was hat Bogislav von Pommern verſchuldet oder geſündigt? Anders nichts, denn daß er des Kaiſers Geſundheit in ſtettiniſchem Bitterbier und nicht in Wein getrunken? Was der fromme Herzog zu Lüneburg-Zell? Kurſachſen kann Ehr und Gewiſſens wegen nicht länger zuſehen. Und nun hat Gott den Städten einen ſolchen ſtreitbaren Held und rechten Gideon erweckt, desgleichen bei keines

---

Lämmerman an einen andern Jeſuiten abgehen laſſen. Den jetzigen Zuſtand im Reich betreffend. Sub dato Prag 5. Aprilis 1628“ im Königl. Staatsarchiv zu Dresden vorhanden. Das Schreiben iſt in den Drucken „Praga am 8. Aprilis Anno 1628“ unterzeichnet.

1) Hanſiſcher Wecker: Das iſt: Trewhertzige War- | nung an die Erbare Hanſe- | Städte ... Durch | Einen getrewen Patrioten kürtz- | lich delineiret. | Matth. 26. | Wachet, vnd betet! | ANNO | SpIrItVs DoMInI SVperabIt Vos In ChrIsto IesV. | Gedruckt zu Grüningen, bey Hans Sachſen. | 4. 16 Bll.

Menſchen Gedenken gelebet, Guſtav Adolf, den großmächtigen und unüberwindlichen König der Schweden. Den ſollen die Städte mit dem Verfaſſer alſo anrufen: „Gürte Dein Schwert an Deine Seite, du Held, und ſchmücke Dich ſchön, es müſſe Dir gelingen in Deinem Schmuck. Zeug einher der Wahrheit zu Gute und die Elenden bei Recht zu behalten".

Chriſtian IV. und die Niederlande im Sommer 1628.

Nach den vergeblichen Verſuchen, England und Frankreich zu vermögen, ihre beſonderen Streitigkeiten um ſeinetwillen raſch zu ſchlichten und dann dem Kaiſer vereint in Deutſchland entgegenzutreten, bemühte ſich der König von Dänemark nochmals, die Generalſtaaten zu ausgiebigeren Unterſtützungen heranzuziehen, und ſendete Palla Roſenkranz nach dem Haag.

Der Botſchafter hatte die Generalſtaaten zunächſt einzuſchüchtern. Durch den Hinweis auf die angeblich von ſeinen Feinden ausgehenden Bemühungen, Chriſtian IV. zum Abſchluß eines Friedens zu nötigen, ſollte er den Generalſtaaten ſeine Forderungen um ſo annehmlicher machen.[1] Dieſen zufolge hatten die Staaten aber einige Tauſend Mann Fußvolk mit Waffen und Schießbedarf zur freien Verwendung des Königs an die untere Elbe zu ſenden, deren Unterhaltungskoſten nicht von den Unterſtützungsgeldern gekürzt werden ſollten. Ferner richtete Roſenkranz das Anſinnen an die Holländer, die aus Stade entlaſſenen Engländer, welche in den nächſten ſechs Monaten nicht im Dienſte des Königs verwendet werden konnten, auf ihre Koſten anzuwerben und zu unterhalten, und dem Könige dafür tauſchweiſe die gleiche Anzahl ihrer eigenen Truppen zu überlaſſen. Dann ſollten die Niederländer ihrem früheren Anerbieten nachkommen und wenigſtens vier Kriegsſchiffe in den Oreſund ſenden und ſie unter den Oberbefehl des Königs ſtellen. Dazu kamen noch Geldforderungen: der König nahm die unverzügliche Abtragung der noch rückſtändigen Unterſtützungen und die Befriedigung derjenigen Perſonen, welche in ſeinem Namen Waffen und Kriegsbedürfniſſe in den Niederlanden aufgekauft hatten, in Anſpruch. Endlich ließ er um die Unter-

1) Memoire de la proposition faicte à Messieurs les Estats generauls du pais bas ce dixhuictiesme de Julet de la part du Roy de Dannemarc. Exhibitum 20. July 1629 (! 1628). R.-A. im Haag. Vgl. Aitzema, Saken Bd. I. S. 787 Die Antwort der Generalſtaaten iſt vom 26. Juli, Aitzema S. 788. Auf dieſe erwiderte Roſenkranz noch am 29. Juli/8. Aug. in einer franzöſiſchen Denkſchrift. Vgl. auch Arend, Algemeene Geschiedenis III. 4 S. 316 ff.

stützung seiner Gesandten in England, welche Karl I. zu den vertragsmäßig aufzubringenden Kriegsbeiträgen nötigen sollten, nachsuchen.

Man erkennt aus diesen Ansprüchen an die Generalstaaten unschwer, daß der König darauf ausging, die Niederlande geradezu in den offenen Kampf gegen den Kaiser hineinzuziehen.

Allein die Staaten gerieten über die Nachricht von den in Aussicht genommenen Friedensverhandlungen in keine große Erregung und versprachen dem Könige nur, erforderliches Falls mit ihm darüber Rats zu pflegen, was zum Wole der Religion und der deutschen Freiheit erforderlich sein sollte. Die Hauptforderungen des Königs, die Überlassung von Fußvolk und Kriegsschiffen lehnten sie kurzweg ab. Denn die Zeiten hatten sich in den letzten Monden ganz gewaltig geändert. Die Niederlande hatten zu ihrer eignen Verteidigung noch 10000 M. annehmen müssen. Gerade damals rüsteten sie zu ihren 35 Kriegsschiffen noch fünf Jachten und fünf Fregatten aus, den bereits vorhandenen Geleitschiffen ihrer Handelsfahrzeuge wollten sie noch zehn Kriegsschiffe für das eigene Bedürfnis hinzufügen. Durch ihre eigene Verteidigung und durch ihre Streifzüge auf der See glaubten sie überdies dem Könige eine größere Hilfe zu leisten, als durch Überlassung von vier Kriegsschiffen. Doch wollten sie diesen Punkt noch einer näheren Überlegung vorbehalten. Sogar die Pulverausfuhr versagten sie dem Könige unter dem Hinweise auf den eigenen Bedarf und ebenso die Ausfuhr von Waffen.

Dagegen wollten sie Christians IV. Sache bei dem Könige Karl I. nach allen Kräften unterstützen.

Rosenkranz nahm diese völlige Zurückweisung der Forderungen des Königs nicht ohne Widerspruch entgegen und bemühte sich wenigstens dieselben zu rechtfertigen. Er brachte den Generalstaaten die Bestimmungen des Vertrags in Erinnerung (8. Aug.), welche die Niederlande nicht nur zu einer möglichst kräftigen Unterstützung des Königs in seinem eignen Reichsgebiet, sondern auch in Deutschland verpflichteten, und suchte ihnen begreiflich zu machen, daß sie gerade nach ihren neuen Werbungen recht wol einige Tausend Mann entbehren könnten, die im Falle des eignen Bedürfnisses in kurzer Frist von der Elbe nach Friesland zurückgesendet werden mochten. Und wie leicht konnte eine solche thatkräftige Unterstützung die gänzliche Vertreibung der Feinde von der untern Elbe und also auch die Freiheit der Schiffahrt zur Folge haben. Die Besorgnisse vor dem Bruche der Neutralität suchte Rosenkranz dadurch abzuschwächen, daß er versicherte, der Kaiser werde auch so, wenn er seine Zeit ersehen habe, ihnen so viel Übles thun, als er überhaupt imstande sei, und zwar um so mehr, je größere Furcht man an den Tag lege. Da der König

überdies die Regimenter und die Schiffe in seinen unmittelbaren Dienst nehmen wollte, ließ Rosenkranz eine solche thatkräftige Unterstützung desselben überhaupt nicht als einen Bruch der Neutralität gelten.[1] Zur besonderen Begründung seines Unterstützungsgesuches führte er noch den Umstand an, daß der König durch seine Truppen Stralsund gerettet habe, wozu ihn nicht der eigne Vorteil, sondern nur die Sorge für das Gemeinwol verpflichtete. Selbst die widerholte Bitte um die Überlassung von Pulver wurde von Rosenkranz noch durch den Hinweis auf den Bedarf Stralsunds begründet.

Allein auch diese erneuten Vorstellungen blieben wirkungslos. Rosenkranz selbst verließ bald darauf die Niederlande und begab sich nach England, bevor die Staaten noch förmlich Beschluß über dieselben gefaßt hatten. Bei dieser Zurückhaltung der Generalstaaten bleibt es auffällig, daß sie einige Wochen später dem Könige in anderer Weise mit thatkräftiger Unterstützung beizuspringen Miene machten.

Der in die Niederlande zurückgekehrte Administrator von Magdeburg hatte mit dem Herrn von Nortwick und Goßwin Schaffer einen Anschlag auf Eiderstadt und Nordstrand entworfen, den der König mit der Weisung gebilligt hatte, daß der Markgraf sich hierzu der Unterstützung der Generalstaaten versichern sollte. Der noch immer unthätige Charles Morgan hatte nach diesem Plane seine Truppen durch Werbungen zu verstärken, die Generalstaaten demselben 4000 M. mit Schiffen, Waffen und Schiffsbedarf nebst Lebensmitteln zu Gebote zu stellen, worauf der erstere den Anschlag ausführen sollte. Der König aber wollte ihnen im günstigen Falle des Gelingens die Lande bis zum geleisteten Schadenersatz hypothekarisch verpfänden. Auch die Bitte des Königs, dem Administrator 10000 Thaler vorzustrecken, scheint mit diesem Anschlage im Zusammenhange gestanden zu haben.[2]

---

1) Si on voulait craindre que tel secours pourroit preindicier à la neutralité que cest Estat tient avec l'Empereur, on le pourra aussi persuader asseurement, que l'Empereur voyant la commodité taschera à faire tout le mal, qu'il pourra a cest estat, comme il a faict paroistre effectivement au siege de Breda et allieurs, et tant plus qu'il appercevera qu'on l'apprehend et craint icy, tant plus il employera son autorité et forces contre ces pais. En oultre la neutralité n'est pas rompue pour (!) cela, quand ces gens-la seroyent comme au service du dict Roy, et pour ce faict se trouvent icy des commissions du Roy. Et encores est-il permis d'envoyer du secours a ses alliez sans preiudice de neutralité, comme Mrs. les Estats ont faict autres fois à l'union et ailleurs.

2) Der König an die Generalstaaten Kopenhagen 22. Juli/1. Aug. 1628, 29. Aug./8. Sept.

Die Generalstaaten zeigten sich diesem verlockenden Plane gegenüber fügsamer und erklärten geradezu ihr Einverständnis mit demselben; allein da der König ihre Unterstützung gerade damals zur Rettung von Krempe dringend bedurfte, hielt er es für zweckmäßiger, die Ausführung des Anschlags hinauszuschieben. Erst nach der Sicherstellung der für die ganze holsteinische Landschaft so wichtigen Festung durch die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln sollte das Unternehmen in Angriff genommen werden.

Nur kurze Zeit nach der Abreise des dänischen Abgesandten erschien der an Vosbergens Stelle ernannte neue dänische Resident Johannes Schultetus im Haag und erhielt bei den Generalstaaten Gehör. Denn endlich hatte sich Christian IV. doch genötigt gesehen, seinem höchst verdächtigen bisherigen Vertreter im Haag seine Vollmacht zu entziehen und hatte den Generalstaaten schon vor Monaten davon Mitteilung gemacht.[1] Durch einen Notar und vor Zeugen hatte der dänische Sekretär Günther Vosbergen den Entschluß des Königs angekündigt und ihm zugleich befohlen, seine Papiere zurückzustellen und Rechnung abzulegen. Allein Vosbergen weigerte sich eine Zeit lang seine Stellung aufzugeben, berief sich sogar noch auf einen direkten Befehl des Königs (v. 22. Juni a. St.), durch welchen er wider eingesetzt sein sollte, und nahm als Mitwisser der politischen Geheimnisse des Königs eine ziemlich drohende Stellung an. Ja der Hartnäckige ersuchte sogar die Generalstaaten noch um Gehör.[2] und in Amsterdam scheint er wirklich noch eine Zeit lang als Gesandter aufgetreten zu sein. Schultetus forderte die Staaten deshalb ausdrücklich auf, ihm eine untersiegelte Bescheinigung an Bürgermeister und Rat von Amsterdam zu erteilen, daß er sich nicht allein bei ihnen durch ein königliches Beglaubigungsschreiben als Gesandter eingeführt, sondern daß man ihm auch als solchem Gehör geschenkt habe.[3]

---

1) Vgl. seine Denkschrift an die Generalstaaten vom 23. Juli/2. Aug. 1628. Das von Aitzema a. a. O. angeführte Datum (13. Juli) ist jedenfalls unrichtig, wie man aus dem Eingang einer andern Denkschrift, welche Schultetus einer Kommission der Generalstaaten einreichte, ersieht. Schultetus bezieht sich hier auf „die Verrichtung seines Vorgängers im abgewichenen Monat Juli und die nach seiner Abreise von ihm eingegebene Proposition".

2) Vgl. sein Schreiben vom 27. Mai/6. Juni an die Generalstaaten.

3) Johannes Schultetus an die Generalstaaten, Haag 22. Aug./1. Sept. Vosbergen bemühte sich, einen Vertrag zwischen Spanien und England zustande zu bringen, in welchen der König von Dänemark eingeschlossen werden sollte. Arend III, 4. S. 340.

Schultetus widerholte natürlich die von Rosenkranz geltend gemachten Ansprüche in dringlichster Weise, gewährte jedoch den Staaten auch ein sehr erhebliches Zugeständnis. Für den Fall, daß der Feind mit der Unterstützung der niederländischen Regimenter, von der Elbe zurückgedrängt wurde, sollten die Staaten die eroberten Gebiete bis zur Widererstattung der Kriegskosten in ihrer Verwahrung und Gewalt behalten. Andererseits erhob jedoch der Resident die alte Klage über die Unterstützung des Feindes in den Erbherzogtümern durch niederländische Kaufleute und Schiffer und über die Eigenmächtigkeit der niederländischen Kommissare an der Elbe, welche den Vertretern des Königs und sogar Christian IV. selbst die Verfügung über die niederländischen Hilfsgelder gänzlich entzogen hatten. Auch nahm er die Unterstützung der Generalstaaten für die unverweilte Ausbesserung der vom Wasser beschädigten Festungswerke in Krempe und Glückstadt in Anspruch.

In einer späteren Denkschrift[1] verwendete sich Schultetus angelegentlichst für die Erhaltung des auf das höchste gefährdeten Krempe, welches sich aus Mangel an Lebensmitteln höchstens bis zum Ausgange des Oktober halten konnte und dessen Übergabe Glückstadt in die äußerste Gefahr zu bringen schien. Auf die von England in Aussicht gestellte Unterstützung Krempes durch die noch unter Morgan stehenden 1200 M. wollte sich Christian IV. nicht verlassen, sondern sie nur für eine Zubuße halten, wenn sie zur rechten Zeit anlangen sollten. Dagegen sollten die Staaten 4000 M. auf eignen Schiffen und mit Unterhalt versehen zum Entsatz von Krempe direkt in die Elbe führen. Und als Schultetus von der beharrlichen Weigerung der Generalstaaten, auf diese Forderung einzugehen, Kenntnis erhielt, drängte er[2] sie noch vor der Ausfertigung des ablehnenden Beschlusses zur Zahlung eines Monatsbetrages ihrer Unterstützungen für Werbungen. Zum wenigsten sollten sie ihren Vertretern Hoogenhouck und Aitzema Auftrag geben, von den für Glückstadt bestimmten Summen 50000 Thlr. — oder 30000 Thaler nebst den Gewehren für 2000 M. — zum Besten von Krempe auszahlen zu lassen. Da die Truppen der Feinde damals scharenweise entliefen, schien gegründete Aussicht vorhanden zu sein, daß man in der Umgebung von Hamburg eine bedeutende Anzahl Geworbene zusammenbringen konnte. Unter den politischen Vorteilen, welche der Resident den Staaten bei dem Gelingen des Entsatzes in Aussicht stellte, machte vielleicht die Hoffnung den größten

1) Receptum 9./19. August, R.-A. im Haag.

2) Schreiben an die Generalstaaten vom 7./17. Okt.

Eindruck, nicht nur die schleswig-holsteinische Ritterschaft in ihrem Widerstreben gegen den Sieger zu bestärken, sondern auch Bremen, Hamburg und Lübeck zu einem näheren Bündnis heranzuziehen. Endlich stellte er ihnen vor, daß gerade diese Unternehmung das einzige Mittel sei, „durch welches man künftig wider den Fuß ins Reich werde setzen und die verlorene deutsche Freiheit mit göttlicher Hilfe werde recuperieren können".

Allein trotz aller dieser widerholten Verlockungen hielten die Generalstaaten ihren alten Standpunkt fest und leisteten keine thatkräftige Hilfe zum Entsatze von Krempe. Sie haben höchstens dem Generalmajor über die Infanterie Joachim von Carpzov, dem der König die Aufbringung von 2 Regimentern Fußvolk aufgetragen hatte, sein Geschäft bei seiner Anwesenheit in den Niederlanden einigermaßen erleichtert. Dieser Carpzov und der Oberst Uslar haben kurz vor der Einnahme Krempes einige Mannschaften auf die Beine gebracht.

Die Einnahme von Rostock.

Lange Zeit hindurch erschien Arnim das Wagnis, Rostock mit Gewalt zur Aufnahme einer Besatzung zu nötigen, zu unsicher; und wenn er auch den Befestigungswerken der Stadt keine allzugroße Widerstandsfähigkeit beimaß, so war er doch nicht imstande, ihre Verbindung mit der See zu sperren. Auch Wallenstein enthielt sich während der Belagerung Stralsunds und noch Wochen darauf offener Feindseligkeiten, während die Stadt sich vor einem Schicksale, wie es Stralsund Monate hindurch drohte, durch eine Verstärkung ihrer Festungswerke zu wahren bemüht war, bis es Wallenstein durch ein Verbot wehrte.

Nachdem aber seine Absichten mit Stralsund gescheitert waren, ja die Stadt ein Bündnis mit Gustav Adolf geschlossen hatte, hielt es der Admiral des baltischen Meeres, der zugleich Besitzer von Mecklenburg war, für eine unabweisbare patriotische Pflicht, Rostock bei dem Reiche und bei dem Herzogtum Mecklenburg zu erhalten und es mit einer Besatzung zu versehen.

Von dem Bestreben beseelt, nach der Vertreibung Christians IV. vom Festlande den Feldzug dieses Jahres zu beendigen und sich auch rechtzeitig der unteren Elbe zu versichern, hatte er den ersten Schlag seiner Stadt Rostock zugedacht, obgleich er verbreiten ließ, daß seine Unternehmung Krempe gelte. Allein gewaltsame Mittel wollte er gegen Rostock nicht anwenden, sondern er glaubte besser durch Überraschung

und Überlistung zum Ziele zu gelangen. Zu diesem Behufe versicherte er sich zuerst einiger einflußreichen Ratsmitglieder und Bürger, indem er ihnen durch seinen Vertrauten Wengersky nicht unansehnliche Geldgeschenke überweisen ließ, wie dem Bürgermeister Luttermann 2500 Thlr. und dem Dr. Lindemann sogar 10000 Thlr.[1]

Mit sechs Regimentern Fußvolk, einiger Reiterei und neun Geschützen verließ er in der zweiten Hälfte des Oktober sein bisheriges Hauptquartier Miltzow und wendete sich westwärts nach Holstein zu.[2] Da erhielt man in der Stadt die Nachricht, er könne auf dem eingeschlagenen Wege die Stücke nicht durchbringen und müsse daher seinen Weg zurück und näher an der Stadt hin nehmen. Durch seinen Statthalter Wengersky ließ er um die Zuführung von Brot und Bier für die anmarschierenden Regimenter nachsuchen und durch Aldringer und einige andere höhern Offiziere in einer geheimen Verhandlung mit dem Rate die friedliche Aufnahme einer Besatzung vorbereiten.

Von Ribnitz her drangen die Wallensteiner gegen Schwaan vor, in dessen Umgebung sich die Regimenter am 24. und 25. Oktober sammelten.[3] Obgleich ihren Zug Gesandte der Stadt Rostock begleiteten, so geriet man doch, als sich Wallenstein in der folgenden Nacht den Mauern näherte, in der Stadt in Unruhe. Ein ehemaliger, im Dienste der Stadt gewesener holländischer Kapitän Kars verrichtete die Dienste eines Kundschafters und führte die Kaiserlichen in einen Garten nahe an der Stadt, so daß sie die Außenwerke umgingen. Auf diese Weise gelangten die Truppen vor das Steinthor, während in der Stadt Lärm gemacht wurde und die Bürger in größeren Scharen die Wälle besetzten. Darauf ließ Aldringer am 26. Oktober früh zwischen sechs und sieben Uhr durch Wengersky eine Anzahl Ratsherren und Bürger vor das Thor entbieten, um seine Forderungen entgegenzunehmen. Den städtischen Abgeordneten, welche vom Bürgermeister Joachim Schütte und dem Dr. Thomas Lindemann geführt wurden, teilte Aldringer darauf Wallensteins Ersuchen mit, eine Besatzung von 2000 M. aufzunehmen, welche Rostock vor Gustav Adolf sicher stellen sollte. Die städtischen Abgeordneten machten darauf von dieser Forderung auf dem Rathause Meldung; Schütte und Lindemann aber wurden von neuem hinausgesendet, um Bedenkzeit nachzusuchen. Diese Abordnung stieß mit ihrer Begleitung auf Wallenstein selbst, der der Stadt anfangs nur bis ein Uhr Frist gewähren wollte, ihr aber

1) Nach Irmer, Hans Georg v. Arnim, Forschungen Bd. 19, 276.

2) Kais. Hofkriegskanzlei. Expedit. 1628. Wien.

3) Nach Rogge a. a. O. S. 331 ff.

ausdrücklich die Wahrung aller Privilegien ſowol in religiöſen als in weltlichen Angelegenheiten zuſagte. Nach ihrer Rückkehr verhandelten die Bürgermeiſter mit den auf dem Walle ihren militäriſchen Verpflichtungen obliegenden Bürgerfahnen, ſprachen ſie zur Ruhe und hielten ſpäter noch eine Bürgerverſamlung auf dem Rathauſe. Das Ergebnis derſelben war, daß abermals eine Anzahl Vertreter der Bürgerſchaft zu Wallenſtein entſendet wurden, welche einen Aufſchub der Erklärung bis zum nächſten Vormittag auswirkte. Während der Nacht wurde von beiden Seiten an den Verſchanzungen gearbeitet.

Allein am folgenden Morgen faßte der Rat einen Vertragsentwurf ab, zu dem er die Zuſtimmung der Bürgerfahnen von neuem einholte. Später wurde freilich dieſer Entwurf noch geändert und endlich die einzelnen Bedingungen Wallenſteins Ermeſſen ſo ziemlich anheimgeſtellt: gerade dadurch aber ſetzte man den Erlaß der noch rückſtändigen Zahlung durch. Vor einer Scheune am Wachtfeuer ſitzend, nahm Wallenſtein den Vertrag entgegen, den er alsbald unterzeichnete. Noch am Abend des 27. Oktober zogen darauf die öſtreichiſchen Beſatzungstruppen 1000 M. ſtark durch das Steinthor ein. Von Seiten der Kaiſerlichen hatten die Verhandlungen hauptſächlich Arnim und Aldringer geleitet.

Schon vor der Unterzeichnung des Vertrags waren in der Bürgerſchaft Anſchuldigungen des Verrats gegen die mit den Verhandlungen betrauten Ratsperſonen laut geworden, und die Herzöge haben ſpäter gegen den Bürgermeiſter Luttermann, Johann Maaß und einige andere eine Unterſuchung eröffnen laſſen, deren Verlauf uns unbekannt iſt. Man wird indeſſen ſchwerlich den Beſchenkten zum Vorwurf machen können, daß ſie geradezu aus Eigennutz die Übergabe herbeigeführt haben. Da die Stadt die Politik ihrer Landesherrn niemals gebilligt, Wallenſtein auch gehuldigt hatte, würde ein Widerſtand mit gewaffneter Hand nur dann Ausſicht auf Erfolg geboten haben, wenn man ſchleuniger und ausreichender Hilfe verſichert geweſen wäre, was, ſo viel man weiß, nicht der Fall geweſen iſt. Dennoch traute Wallenſtein dem Frieden in der Stadt ſo wenig, daß er ſie ſelbſt nicht zu betreten wagte, ſondern auch den andern Tag noch in dem Hauptquartiere vor derſelben verblieb.

Seine Genugthuung darüber, daß er ſich ohne Anwendung gewaltſamer Mittel in den Beſitz der Stadt geſetzt hatte, mochte ihn nach der vor Stralſund erlittenen Enttäuſchung wol tröſten.[1] Trotzdem erteilte ihm aber der vorſichtige Collalto den Rat, ſich eines feſten Stützpunktes innerhalb der Stadt, eines Thores oder einer Kirche, gegen eine Volkserhebung

1) Chlumecky 79. 325 f.

zu versichern und der Stadt möglichst bald ein Festungswerk auf die Nase zu setzen. Nach außen hin erregte die widerstandslose Aufnahme der Besatzung nicht geringes Aufsehen, und man schloß daraus mit Recht, daß geheime Mittel in Anwendung gebracht worden seien.

Die Besetzung von Krempe.

Die Belagerung der kleinen, höchstens 600 Häuser zählenden Festung Krempe scheint erst nach Wallensteins Widererscheinen auf dem Kriegsschauplatze nachdrücklicher betrieben worden zu sein. Wallenstein übertrug sie dem Italiener Torquato Conti: Von bedeutungsvollen Ereignissen während derselben vernehmen wir nichts; die Festungswerke waren auf jeden Fall dauerhaft genug, um den schwachen Wirkungen des Artilleriefeuers Widerstand zu leisten, und die Geschütze der Verteidiger trugen nicht weit genug, um den Belagerern erheblichen Schaden zuzufügen.

Der Oberst Conti vermochte sich daher nur von einer längeren Dauer der Belagerung Erfolg zu versprechen, obwol der König außer Stand gesetzt war, irgend etwas für die Verteidigung des Platzes zu unternehmen und den Schutz desselben England und den Niederlanden anvertrauen mußte.

Nun waren aber beide Städte Glückstadt und Krempe von Anfang an nur schlecht mit Lebensmitteln versorgt worden. Die Kommissare des Königs, welche hauptsächlich zur Versorgung des letzteren Platzes bis Ostern 1629 30000 Reichsthaler in den Niederlanden aufgenommen hatten, waren hinter ihrem Versprechen zurückgeblieben.

Da stellte der dänische Resident im Haag, Johann Schultetus, noch einmal den Antrag an die Staaten, zur Entsetzung von Krempe dem Könige 4000 M. nebst Schiffen zum Übersetzen sowie Lebensmittel und die erforderlichen Kriegsbedürfnisse darzubieten, und der ehemalige Administrator Christian Wilhelm unterstützte ihn durch ein ähnliches Gesuch.[1]

Allein die Teilnahme der Holländer für die kleine Landstadt war erloschen. Auf die Veranlassung des Statthalters beschlossen die Staaten, die Gesuche beider Bittsteller mit einer Entschuldigung zu beantworten, und gaben zugleich die ausdrückliche Erklärung ab, daß sie innerhalb ihres Staatsgebietes oder an seinen Grenzen nicht einmal fremde Werbungen zu gestatten vermöchten. Aber nicht lange darauf verpflichteten sie sich doch für die Erhaltung von Glückstadt, auf welche nach der

1) Die Eingabe des Residenten ist vom 25. Sept./5. Okt. G. A. in Kop.

eignen Bestimmung des Königs alle Unterstützungsgelder und Kriegsvorräte verwendet werden sollten.[1]

Der Prinz aber eröffnete dem dänischen Residenten noch persönlich, Krempe sei kein Platz von großer Bedeutung, und sein Verlust werde nicht einmal für Glückstadt verhängnisvoll sein, worin er sich nicht getäuscht hat. Auch war er der Meinung, die kleine Festung werde sich, sowie die Herbststürme die Wässer herantreiben würden, weit besser mit Schiffen verteidigen lassen. Endlich rechnete er zugleich auf den in England vorbereiteten Entsatz durch Morgan: man möge von den Niederlanden doch nicht alles verlangen.[2]

Der niederländische Kommissarius Philipp Hartmann, welcher Mitte Oktober über Hamburg nach Glückstadt ging, um der Besatzung ihre Löhnung zu zahlen, empfing daher für Krempe keine Aufträge.[3] Er befand sich am 14. Okt. in Hamburg und hoffte, daß ihm am nächsten Tage Aitzema noch 5000 Reichsthaler zustellen werde, um dann in Glückstadt die Zahlung der wöchentlichen Löhnungen, mit welcher man noch im Rückstand war, fortsetzen zu können. Im Anfange des November nahm der Rat der Vereinigten Staaten nur die Unterhaltung von 3880 Köpfen, die bereits früher in Glückstadt bezahlt worden waren, auch weiterhin mit der Zustimmung des Prinzen in Aussicht.

In England hatten andere Sorgen die Teilnahme für die beiden bedrängten Plätze des Königs im unteren Elbgebiet in diesem Sommer fast gänzlich in den Hintergrund gedrängt. Die von Buckingham mit so großem Eifer betriebene Entsetzung von Rochelle nahm alle verfügbaren Mittel in Anspruch. Der ständige politische Agent Christians IV. in London, Wolf, ebenso von seinem Könige im Stich gelassen, wie Zobel in Paris, besaß auch ebensowenig Einfluß wie dieser. Und als Christian IV. zwei außerordentliche Gesandte, Thomasson Sehestedt und Brahe, an Karl I. entsendete, erhielten diese vom Könige zwar das Versprechen, daß er mehr Volk für Glückstadt senden werde, von einer Geldunterstützung ließ aber

1) Schultetus an den König. Amsterdam 16./26. Okt. 1628.

2) Joh. Schultetus an den König, Haag 27. Sept./7. Okt.

3) J. van Verchem an die Generalstaaten, Haag 12 Okt. a. St. Wy hebben de bygaende memorie van den Commissario Hogenhoeck gecommuniceert met zyn Excellencie, dewelcke van advys is, dat hy soude behooren gelast te worden geene betalinge te doen dan alleenlick aen de drie duysent acht hondert tachtentich coppen, die hy voor desen binnen Glückstadt betaelt heeft, volgens de lyste mede hier neffens gaende, behalven de betalinge van de fortificatie wercken aldaer, die hy oock vortaen noch sal mogen blyven doen, doch met discretie .... Haag.

Karl I. weder in seiner ersten Audienz noch später etwas verlauten. Ebensowenig hat Rosenkranz, der im August in England erschien, auszurichten vermocht. Man war zwar damals entschlossen, die für Morgan bestimmten Truppen demnächst nach Harwich zu senden, von wo man sie nach Glückstadt überführen wollte, damit sie hier oder anderwärts dem Könige ihre Dienste leisten könnten. Allein die Erbitterung der maßgebenden Kreise gegen Frankreich trieb die Engländer in eine so leidenschaftliche Kriegsthätigkeit hinein, daß man darüber die Bedrängnisse des dänischen Königs und der beiden Städte vollständig vergaß. Während Christian IV. alles daran liegen mußte, daß dieser englisch-französische Streit möglichst bald durch einen Vergleich beendigt werde, und seine Gesandten daher Karl I. sehr ernste Vorschläge machten, erklärte der König Rosenkranz geradezu, daß er sich von den französischen Protestanten nicht werde absondern lassen und ebensowenig von dem Könige von Frankreich Bedingungen für die Bestellung und Führung seines Haushalts annehmen werde. Erst nach der Beendigung des französischen Krieges wollte man den Kampf in Deutschland aufnehmen: erst nach der Annahme der Petition of Right dachte das Geheimratskollegium an die Unterstützung der Elbstädte.

Und als endlich Morgan mit seinem Kriegsvolk in die Elbe einlief, war es, wenigstens für Krempe, zu spät.

Die Besatzung der kleinen Festung hatte die Regimenter des wallensteinischen Obersten Torquato Conti, die sie zu beobachten hatten, mehrmals zu durchbrechen versucht. Ende März unternahmen es die Eingeschlossenen, Steinburg in ihre Gewalt zu bringen. Allein die Kaiserlichen nahmen Borsfleth und Süderau, unterbrachen die Verbindung mit Glückstadt und besetzten später auch das nordöstlich von Krempe gelegene Neuenbrok.[1] Monate lang bis in den Sommer hinein wurde die Stadt nur unter einer lockeren Blokade gehalten. Noch am 15. Juli (a. St.?) wirkten die Kommandanten beider Städte zu einem gemeinsamen Ausfalle zusammen: allein die Besatzung von Krempe traf zu spät an ihrem Bestimmungspunkte ein, und der Zweck des Ausfalls, ein Schanzwerk zwischen Krempe und Glückstadt wegzunehmen, wurde nicht erreicht. Seit dieser Zeit war die Landverbindung zwischen Krempe und Glückstadt gesperrt.

Die Stadt hatte natürlich zahlreiche Bewohner der umliegenden Marschdörfer mit ihrem Vieh bei sich aufnehmen müssen. Bei dem

1) Lucht A. C., Glückstadt oder Beiträge zur Gesch. dieser Stadt und des dreißigjährigen Krieges 136 f. Wassenberg, Deutscher Florus 125, Lackmann III. 299; Meteranus novus, Niederländische Historien 563. Theatrum Europ. I. 1091.

Mangel an Lebensmitteln, welcher sich gegen den Herbst hin sehr fühlbar machte, hielt sich die Besatzung wie die Einwohnerschaft zunächst an das eingebrachte Vieh der Landleute. Allein da man mehr schlachtete, als verzehrt werden konnte, gingen die Fleischmassen und besonders die nicht verwendbaren Abfälle in Fäulnis über, so daß endlich eine pestartige Krankheit in der Festung ausbrach.

Als Pappenheim die Festungswerke in Augenschein nahm, fand er sie stärker, als die Glückstadts und hielt dafür, daß eine Eroberung mit Gewalt viel Zeit und Menschen kosten würde. Die Einnahme Krempe's erschien ihm schwieriger, als die Glückstadts und viel weniger folgenreich.[1]

Die Verstärkung und Weiterführung der Befestigungen von Krempe hatte der König bald nach seiner Thronbesteigung mit um so größerem Eifer betrieben, als damals Glückstadt noch nicht bestand. Die Stadt bildete jetzt ein längliches Viereck, dessen Langseiten nach Norden und Süden gerichtet waren; sie wurde von breiten Gräben umzogen und besaß nur vier Thorzugänge (das Borsflether-, Grevenkopper-, Elskopper- und Osterthor). Die vier Ecken der Langseiten wurden durch „ganze Bastionen" geschirmt, in der Mitte derselben waren noch zwei lünettenartige Werke, jedes dem andern gegenüber, nach außen vorgerückt. Die Wälle hatte der König angeblich auf 18 Fuß Höhe bringen lassen. Am stärksten hatte der Feind die Westseite des Festungsgebietes besetzt: hier hatten einer Karte zufolge unter andern die Obersten Graf Torquato Conti, Sachsen-Lauenburg, Sparr, Graf Schlick, Coloredo, Aldringer, Oberstwachtmeister Hannibal v. Schaumburg für ihre Regimenter Zeltlager aufschlagen lassen.[2] Auch im Süden waren kaiserliche Regimenter gelagert: Cereboni, Oberstlieutenant Gram, Oberst v. Scherffenberg und die Artillerie und im Osten Oberst Coronini mit seinen Reitern und Dragonern.

---

1) Kriegsschriften, herausgegeben von baierischen Offizieren. Erster Band 109 ff. Ausführliche Mitteilungen aus dieser hier abgedruckten Schilderung der beiden Festungen finden sich schon in der Continuatio Relationis Historicae Semestralis (Frankfurt) des Jahres 1629 S. 6—8, ferner bei Londorp, A. p. II. (1630) S. 1381 f.

2) Lucht, A. L. Einzelnes zur Geschichte Glückstadts und Krempe's. Glückstadt 1847. 4. (Programm der Gelehrtenschule.) Die beigegebene Karte ist die Nachbildung eines Originals(?), welches sich einst in den Händen des Bürgermeisters Volquardts in Krempe befand, der es hier in einer Auktion erstanden hatte. Diese Karte war auf grobe Leinwand mit Ölfarbe gemalt und 3¼ F. lang, 2¼ F. breit.

Daß auch Wallenstein von den Versuchen Christians IV., mit englischer und holländischer Unterstützung beide Städte vor jeder Gefahr zu sichern, unterrichtet war, darf als selbstverständlich gelten, und ebenso, daß er zuletzt von der Absicht der Engländer Kenntnis erhielt, Morgan mit einer ausreichenden Truppenanzahl an die untere Elbe zu entsenden. Um so größerer Eile bedurfte es daher, wenn er den Engländern noch zuvorkommen wollte. Und welchen bedeutenden Einfluß mußte ein glücklicher Ausgang dieses Unternehmens gegen die beiden Elbstädte für den jetzt ernstlich von Wallenstein in Aussicht genommenen Frieden mit Dänemark gewinnen!

Es ist daher natürlich, daß er von Rostock aus schleunigst seinen Marsch nach der unteren Elbe und insonderheit gegen Krempe richtete, in dessen Umgebung er in der zweiten Novemberwoche anlangte. Dem Anschein nach hat er nur einen einzigen mißlungenen Angriff gegen ein feindliches Schanzwerk unternommen, zugleich aber sofort nach seiner Ankunft Unterhandlungen eingeleitet, die auch zum Ziele führten. Da der Verteidiger von allen Seiten und besonders auch von seinem Könige im Stiche gelassen wurde und ihm das Brot fast gänzlich ausgegangen war, ergriff er die Gelegenheit, sich und seine Soldaten durch einen annehmbaren Vertrag zu retten.[1] Georg von Aleseld durfte am 14. Nov. seine Truppen, angeblich noch 1500 M. oder 13 Fähnlein stark, Deutsche, Franzosen und Schotten, mit allen militärischen Ehren herausführen und auch vier Geschütze mit sich nehmen. Aber er hatte freilich dem Feinde 66 (64) Geschütze und Rüstungen für 6000 M. nebst 400 (446) Zentnern Pulver Preis geben müssen. Die bisherige Besatzung wurde von den Kaiserlichen nach Glückstadt geleitet, sollte aber von da unverzüglich nach Dänemark gebracht werden. Zum Kommandanten des verlassenen Platzes erhob Wallenstein den Obersten Wangler und versah denselben mit Vorräten für längere Zeit.[2]

Es war ein glücklicher Zeitpunkt gewesen, an welchem Wallenstein Alefelds Bedingungen angenommen hatte. Denn in denselben Tagen langten beträchtliche Unterstützungsmannschaften unter Karpzov und

1) Der Vertrag vom 10. Nov. bei Londorp A. p. II. (1630) 1404—1405, Theatrum Europäum I (1662), 1091 f. Meteranus Novus, Niederl. Historien 561. Lackmann III. 315.

2) Wallenstein an Arnim, Feldlager vor Krempe 12. Nov. (Förster 1. 401 f.). Wallenstein an Collalto, Feldlager bei Krempe 16. Nov. (Chlumecky 79 f.). Anstatt „Bügeln" im Maul l. „Kugeln", statt „Moreau" l. „Morean" oder „Morgan". Partikular-vñ rechte Or- | dinari Zeitungen, auß vnterschiedlichen | Orten auff das 1628. Jahr. 4. Littera Z z z 67.

Morgan in Glückstadt an. Bald darauf aber erhob sich ein großer Sturm aus Westen, die Allerheiligenflut (17. Nov.), die auch die Umgebungen von Krempe unter Wasser setzte, so daß man die Stadt auf Schiffen mit Lebensmitteln hätte versorgen können, und die Kaiserlichen die Einschließung von selbst hätten aufgeben müssen. Der Oberst Conti aber sah sich genötigt, „geistliche Mittel" gegen die ungestümen Wasserfluten in Anwendung zu bringen.

In Hamburg erregte der Fall der Stadt große Enttäuschung:[1] man hatte mit ziemlicher Sicherheit auf ihre Entsetzung gerechnet.

Die öffentliche Meinung im protestantischen Norddeutschland.

Nach diesen Ereignissen verfehlte die Mahnung, welche der dänische König noch zuletzt an die Stadt Hamburg gerichtet hatte,[2] jetzt endlich den Feinden jede Unterstützung durch Lebensmittel und Kriegsbedürfnisse zu entziehen und dadurch den längeren Aufenthalt seiner Regimenter in ihren Quartieren zur Unmöglichkeit zu machen, eines durchschlagenden Erfolges. —

Die Einnahme von Rostock und Krempe steigerte vielmehr die Besorgnisse der größeren hansischen Städte vor einem ähnlichen Schicksale in hohem Maße, besonders als Wallenstein und Tilly von Boizenburg aus abermals strenge Anforderungen an Bremen, Hamburg und Lübeck erhoben. Die Generäle forderten die Einstellung von Werbungen, verlangten, daß die Städte das Zuströmen der aus ihren Armeen Entlassenen zu den Werbern der Feinde des Kaisers hindern und verdächtige Personen abschaffen sollten. Ja Wallenstein ersuchte Hamburg und Lübeck von neuem, ihm zur Erlangung von Schiffen behilflich zu sein oder sich der Ein-

---

1) Aitzema an die Generalstaaten, Hamburg 8./18. Nov. 1628. Den 14./4. deses is die Stad Krempen overgegaen, niet sonder leetweesen van alle dese nagebuiren, ende boven toeversicht die men hyr geschept hadde op d'ankomste van de trouppen van den Colonel Morgan ende opt ontset daer die Denemarkse officiers dieselbe tyd med besich waren, waran dat den succes is getardeert worden, daervan men sich so geheel versekert gehouden heeft, daervan hebbe ick noch geen gewisheit.

2) Außführlicher Bericht, | Was die Königli- | che Mayestet zu Denne- | marck, durch dero Abgesandten, der löbli- | chen Ansee-Stadt Hamburg wegen jetzigen | höchstverderblichen Kriegsvnwesens in | Deutschland, den 28. Octobris, dieses 16?8. Jahres, haben anbringen | vnnd vortragen lassen. | Erstlich gedruckt zu Hamburg, | Im Jahr 1628. 4. 4 Bll.

quartierung in ihren Außengebieten gefaßt zu halten. Selbst die nach der Zusammenkunft der Generäle verbreiteten Nachrichten über den in naher Aussicht stehenden Beginn der Friedensverhandlungen fanden keinen Glauben, da die Zurückführung des Friedens nicht den Kurfürsten oder den Reichsständen, sondern den beiden Generälen anheim gegeben war, denen man nicht zutraute, daß sie ihre im Kriege erworbene Macht dem Frieden opfern würden.

Der Verfasser einer in dieser Zeit erschienenen politischen Flugschrift,[1] welche sich durch Schärfe des Urteils sehr vorteilhaft vor andern auszeichnet, warnt die Städte noch ausdrücklich vor Vertrauensseligkeit und beruft sich sogar auf Briefe von Wien, nach welchen der Kaiser keinen Frieden wolle und trotz der Mahnungen der Kurfürsten nicht entwaffne und nicht entwaffnen könne. Man wollte sich eben der Hansestädte zuvor bemächtigen. Dieser Politiker[2] weist ferner auf die Krankheit des Kaisers

1) Nachklang | des Hänsischen Weckers: | Das ist, | Copey Schreibens eines Patritii von Braunschweig | An | Einen Rathsverwandten der Stadt Ham- | burg, darinnen derselbige wieder die allenthalben leuch- | tende vnd scheinende Friedens Grillen vnd Friedens Brillen, | den gantz kläglichen Zustandt der Hänse- staedte für Augen stellet, | vnd hertzlich beklaget, ... Gedruckt zu Grüningen bey Hanß Sachßen. | Die Schrift enthält ein „Post Scriptum, das ist: Rostocker Spiegel" und ist, diese letztere Abteilung eingeschlossen, in dem uns vorliegenden Drucke der Ponickauischen Bibliothek in Halle 22 Quartblätter stark. Das eigentliche Schreiben ist Braunschweig den 16. Nov. (jedenfalls a. St.) 1629 unterzeichnet, während es offenbar in den beiden letzten Monaten 1628 verfaßt und gedruckt ist. Der uns vorliegende Druck scheint ein Nachdruck zu sein.

2) Nach einem Schreiben Menzels an Tilly, Hamburg 6./16. Okt., hatte der holländische Resident Aitzema den Stoff des Hansischen Weckers gesammelt, während der schwedische Gesandte Rasch ihn in die Form gebracht und der in Hamburg residierende schwedische Agent in der Druckerei von Michael Hering in Hamburg (s. Lappenberg, Zur Gesch. der Buchdruckerkunst in Hamburg XLVIII f.) veröffentlicht hatte. Tilly übersendete den Wecker am 25. Okt. von Stade an Maximilian von Baiern. Neuerdings ist auch der „Nachklang" des H. Weckers Rasch zugeschrieben worden (Grünbaum, Über die Publicistik des dreißig. Krieges von 1626—1629 S. 95 ff.), und in Wahrheit forderten Wallenstein und Tilly die Entfernung des Rasch aus Lübeck, weil er „unterschiedliche hochstrafbare Famosschriften in offenen Druck gesprengt, und darin K. M. samt derselben hohe Offiziere und die kathol. Potentaten, geistliche und weltliche, innerhalb und außerhalb des Reichs auf das greulichste traduciert habe". Allein trotzdem haben wir nicht die Überzeugung gewinnen können, daß Rasch wirklich den „Nachklang" des Weckers und den Rost. Spiegel verfaßt hat. Die Hinweisung auf Christian IV. scheint uns dagegen zu sprechen. Freilich ist der Nachklang wahrscheinlich in derselben Druckerei wie der Wecker gedruckt worden.

hin und ist der Meinung, daß die Entscheidung über die von Aldringer überbrachten Vorschläge Wallensteins in Wien schwer fallen dürfte, da der Reichshofrat Wallensteins Schritte keineswegs billigte. Wird doch der Krieg nicht allein wider den König von Dänemark, sondern auch wider die Städte geführt, wie die Fortsetzung der Belagerung Stralsunds und die Überrumpelung Rostocks erweisen. Die Städte sollen durch diese Friedensbemühungen nur in Sicherheit gewiegt werden, kommen aber endlich doch an die Reihe, wenn auch kein rechtmäßiger Grund zu Feindseligkeiten vorliegt.

Den Städten werden ihrer weitläufigen und erfolglosen Versamlungen halber sehr bittere, aber begründete Wahrheiten gesagt. Es wird auf diesen Hansetagen alles auf die nächste Versamlung und von dieser wider auf die nächstkünftige und sofort in infinitum vertagt, „und ziehen die guten Hänse unverrichteter Sache wider von einander, nicht anders als die Gänse“: und unterdes „wird eine Stadt nach der andern belagert, hinweggenommen, überrumpelt und überteufelt“.

Bei der nächsten Versamlung sollen sich die Vertreter der Hansestädte dagegen eidlich verpflichten, nur dem allgemeinen Wole zu dienen; diese selbst aber müssen endlich ihre Thore zuschließen und dürfen nichts mehr an Nahrungsmitteln und Lebensbedürfnissen jeder Art hinaus lassen: dann werden die Armeen bald das Weite suchen müssen...

Mit noch leidenschaftlicherem Eifer ruft der Verfasser des Rostocker Spiegels die Entschlossenheit der Städte wach und warnt sie davor, den alten Ordnungen und Reichsabschieden länger Vertrauen zu schenken, die nun wirklich abgeschieden sind, die man nur noch wie alte Münzen schätzt, deren man sich im laufenden Verkehr nicht mehr bedienen kann. Er wendet sich insonderheit an Hamburg und Lübeck,[1] über die neulich Pontius und Pilatus — Wallenstein und Tilly sind gemeint — ihren Frieden geschlossen haben. Er weist sie mit Recht darauf hin, welche Rechtsverletzungen in den Forderungen der Generäle enthalten sein würden, selbst wenn sie im Namen des Kaisers gestellt worden wären, während ein solcher kaiserlicher Befehl bis jetzt niemals in glaubhafter Form vor-

1) Und jhr beyden guten Städte Lübeck vnd Hamburg habet wol acht auff ewere Schantzen, vmb euch ists nun zuthun, vber euch wird die Glock gegossen... Jhr habts Leberlein gefressen: Jhr seydt diejenigen, die den Kayser an der Außführung seines Kriegs hindern: Jhr seydt es, die S. K. M machen sagen: Mann werde vnd könne dero keine Victoriam einbilden, so lang jhr beyden nicht vberwunden seydt: Jhr seydt es nun, sage ich, jhr lieben Städte, welche annoch merklich vorhindern, daß mit der allgemeinen reformation nicht also, wie manchen wol vmbs Hertz ist, herauß gefahren werde.“ D. 2.

gelegt worden ist. „Der Kaiser als Kaiser kann ihnen dergleichen nicht anmuten noch auferlegen, weil es wider der Städte Wolfahrt und Privilegia laufen würde, dabei er sie unverbrüchlich zu schützen geschworen hat.“ Und dann ist dieser Krieg nicht ein Krieg des römischen Reichs, sondern des Kaisers eigner und Partikularkrieg, zu welchem die Städte zu helfen oder ihre Schiffe und Güter herzugeben nicht gehalten sind, es geschehe denn durch einen einhelligen Reichs- oder Deputationstag. „Demnach nun aber ein solcher Schluß nirgend zu finden sein wird, mein, aus was für Fundament darf man denn von euch solche unziemliche Dinge begehren, und wann ihr nicht einer jeden Lust oder Mutwillen euch alsofort unterwerfet und in allem willfährig sein wollet, euch mit Feuer und Schwert dräuen, ja damit exequiren? Ja gesetzt auch, daß ein solcher offenbarer Reichsschluß ergangen, so könntet ihr doch auch absolute ohne einige Bedingungen nicht gezwungen werden, die Schiffe also herzugeben, ehe und zuvor von den allgemeinen Ständen des h. r. Reichs über die Anlage und Versicherung des Kaufs, über Schaden, Unkosten, Mühe, Arbeit und Gefahr mit euch ein richtiger Vergleich getroffen worden.“

Zum Schluß werden die Städte noch einmal daran erinnert, daß der König von Dänemark als ein hochverständiger, kluger und nachdenkender Herr, der hinlängliche Beweise seines Heldensinnes gegeben hat, niemals einen unehrenhaften Frieden eingehen, und daß er sich überhaupt nur mit dem Schwert in der Hand auf Friedensverhandlungen einlassen wird.[1]

Den Zweck, die Städte, und namentlich Hamburg und Lübeck, zu einem heroischen Entschlusse fortzureißen, erreichte der Verfasser dieser kleinen in ihrer Art vortrefflichen Denkschriften allerdings nicht, dagegen darf nicht daran gezweifelt werden, daß er gar manche unschlüssige Gemüter in den höheren bürgerlichen Kreisen in ihrem Bestreben, sich den Forderungen der hohen Offiziere zu entziehen, bestärkte.

Denn die Stimmung wurde in den Hansestädten, auch als sich die Gerüchte über die Friedensunterhandlungen als begründet erwiesen, nicht hoffnungsvoller. Der holländische Resident in Hamburg schrieb den Hochmögenden in dieser Zeit,[2] daß Wallenstein und Tilly nach einem Frieden mit Dänemark ihren Vorteil an der Elbe und Weser und an der Ostsee keineswegs Preis zu geben gedächten: nach seinen Wahrnehmungen war man noch immer darauf bedacht, den Seekrieg in das

1) Nachklang ... Rostocker Spiegel D. 3. Der „Nachklang“ ist am 16. Nov. a. St. (?) unterzeichnet, der „Rostocker Spiegel“ bald nach der Zusammenkunft Wallensteins und Tillys zu Boizenburg (27. Nov. n. St.) verfaßt.

2) Hamburg 8./18. Nov.

Werk zu setzen. Bremen hatte einen großen Teil seiner Besatzung aus Mangel an Mitteln zu ihrer Unterhaltung entlassen müssen, und auch in Hamburg war es mit den Mitteln zum Zweck der Verteidigung nicht eben gut bestellt; Lübecks Lage erschien Aitzema als eine sehr gefährdete. Nach langem Zögern lieferte Hamburg endlich die Habseligkeiten und das Archiv des Administrators Christian Wilhelm an die Kaiserlichen aus, nachdem durch einige Deputierte alle für den niedersächsischen Kreis, für Holland, Dänemark und England verfänglichen Papiere entfernt und nach Holland in Sicherheit gebracht waren.[1]

Fünftes Buch.

Die Zwistigkeiten des Kaisers und der Liga im Sommer und Herbst des Jahres 1628.

Andauernde Mißstimmung der Ligisten gegen den Kaiser und seine Politik.

Die Besetzung der Ober- und Niederlausitz, des Pfandbesitzes des Kurfürsten von Sachsen, hatte auch die Folge, daß sich Johann Georg nun ganz energisch weigerte, zur Ordnung der Nachfolge im Reich die Hand zu bieten und an einer persönlichen Zusammenkunft der Kurfürsten teilzunehmen. Von dieser Stimmung des Sachsen machte der Kurfürst von Mainz dem Kaiser ganz ausführliche Mitteilung, ohne daß jedoch seine Einwendungen in den Maßnahmen der kaiserlichen Politik eine erhebliche Veränderung herbeiführten, wenn auch Ferdinand II. die besten Versprechungen erteilte. Doch entsendete er wenigstens den Grafen Collalto zu Wallenstein, um mit diesem die Entlassung und Abführung von 8000 Reitern vom Boden des Reichs zu verabreden.[2] Später, nach dem völligen Friedensschlusse mit der Türkei, wollte er in der Entwaffnung fortfahren und die katholischen Stände, aber auch andere von der Einquartierung entlasten. Der Abführung der Truppen aus den Lausitzen wurde jedoch hierbei nicht gedacht, obgleich der Kaiser von neuem das Ansinnen an den Kurfürsten von Mainz stellte, auf Johann Georg und andere Stände begütigend einzuwirken und ihre Besorgnisse vor einem gewaltthätigen Verfahren des Kaisers gegen die Reichsstände zu beschwichtigen.

1) Menzel an Tilly, Hamburg 28. Dez a. St. (?) 1628.

2) Der Kaiser an den Kurfürsten von Mainz, Prag 14. Juni, auf das Schreiben des Mainzers vom 27. Mai.

In Reichenberg traf der Kriegsratspräsident Collalto eine Verabredung mit Wallenstein über die Anzahl der zu entlassenden Truppen, welche hier nur auf 4000 R. bestimmt wurde, und der letztere erstattete dem Kaiser ausdrücklich Bericht über die gefaßten Beschlüsse.[1]

Der Kaiser faßte darauf in Znaim in der letzten Juniwoche seine Erwägungen über die zahlreichen Klagen aus dem Reiche zusammen und berücksichtigte dabei zwar die Heeresverminderung in erster Stelle, dehnte sie aber doch nicht weiter aus, als es in Reichenberg von Wallenstein und Collalto verabredet war. Er erklärte ferner ausdrücklich, daß er die Nachfolge im Reiche nur auf gesetzlichem und gewöhnlichem Wege herbeiführen wolle. Mit den diktatorischen Maßregeln Wallensteins war er nicht völlig einverstanden, sondern wollte ihn trotz seiner für die Christenheit so ersprießlichen Dienste erinnern, in Zukunft größere Bescheidenheit und Vorsicht walten zu lassen. Endlich betonte er sogar die Bedeutung der von ihm beschworenen Wahlkapitulation: er wollte nichts gegen sie vornehmen und die Privilegien der getreuen Städte aufrecht erhalten.

Collalto begab sich darauf im Auftrage des Kaisers und unter der völligen Zustimmung Wallensteins nach München, um den Kurfürsten zu beruhigen und das militärische Haupt der Liga von einer geradezu feindseligen Stellung gegen das Reichsoberhaupt zurückzuhalten. Er erteilte dem Kurfürsten das Versprechen der Abführung von 8000 R., von denen 4000 entlassen und je zwei Tausend der Infantin und dem Könige von Polen zugesendet werden sollten. Er eröffnete ferner Maximilian die Aussicht auf eine noch stärkere Verabschiedung nach dem türkischen Frieden und versprach für die Verpflegung der im Dienste verbleibenden Regimenter „eine leidenliche Taxel" aufzurichten. Weiter erteilte er die Zusage, daß die Ligisten in Zukunft mit keiner kaiserlichen Einquartierung mehr beschwert werden sollten, wird aber den Argwohn Maximilians durch die Mitteilung, daß zwei Regimenter nach Würtemberg gelegt werden müßten, eher gesteigert, als verringert haben. Endlich ersuchte der Kaiser den Kurfürsten durch Collalto auch um Aufschluß über die Mißstimmung der Reichsstände und Kurfürsten gegen Wallenstein, von dem ihm berichtet worden war, daß er gefährliche Anschläge wider die Reichsstände im Schilde führen sollte. Zur Beruhigung des Kurfürsten mußte Collalto jedoch zugleich hinzufügen,

1) Die Zusammenkunft wird zwischen dem 1. und 4. Juni stattgefunden haben. Chlumecky S. 74. 76. Vgl. das italienische Aktenstück, welches Chlumecky a. a. O. S. 267—270 abgedruckt hat. Es dürfte als eine Art Instruktion des Kriegsratspräsidenten für die Reise nach München anzusehen sein.

wenn Wallenstein wirklich unverantwortliche Sachen vornehmen wollte, werde der Kaiser ihm vorbauen, und zugleich die Versicherung erteilen, daß seine Mittel zur Vereitelung solcher Pläne völlig ausreichend seien. Auch habe der Kaiser seinem Feldherrn rund heraus sagen lassen, er werde den Unterdrückungen im Reiche nicht länger zusehen.

Maximilian nahm diese Versprechungen des Hofkriegsratspräsidenten, von dem er selbstverständlich wußte, daß er sich gerade damals des größten Vertrauens von seiten des kaiserlichen Feldhauptmanns erfreute, mit schlecht verheltem Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit entgegen und wies Collalto an, sich über die Quartiere mit Tilly zu vergleichen, der gerade eine Badekur in Wiesbaden brauchte. In seinen Eröffnungen über die Wallenstein zugeschriebenen Pläne wahrte er eine noch vorsichtigere Zurückhaltung und gab die ausdrückliche Erklärung ab, daß er nichts von ihnen wisse, daß aber andre Fürsten von denselben sprächen. Auch brachte der Kurfürst persönlich keine Klage gegen den kaiserlichen Feldherrn vor, ja er versicherte Collalto sogar, er habe von ihm eine bessere Meinung, als andre. Aus den Klagen der katholischen Bundesstände, daß der Herzog der Liga die Quartiere einschränke und die Absicht verfolge, den Bund zu Grunde zu richten, daß er eine so große Menge Kriegsvolk geworben und versammelt habe, wie sie im Reiche gar nicht notwendig sei, machte er freilich Collalto gegenüber kein Geheimnis und widersprach diesen Klagen seiner Bundesgenossen nicht.[1]

Und doch nahm derselbe Kurfürst auf dem um diese Zeit in Bingen versammelten Bundestage wenigstens anfangs eine ganz andre Stellung gegen den kaiserlichen Feldherrn ein.[2] Auf den Antrag seines Gesandten Wolkenstein wurde hier die Frage erwogen, ob man den Kaiser um die Entlassung Wallensteins zu ersuchen habe und die Wahl Ferdinands III. zum römischen Könige geradezu verweigern wolle, wenn man in Wien dieser Forderung nicht Gehör schenken werde. Der ganze in den Kapuzinerrelationen entwickelte Plan zu Wallensteins Sturz sollte möglichst bald zur Ausführung gebracht werden.

---

1) Einige aktenmäßige Mitteilungen über diese Sendung Collalto's sind in Gindely's Buche „Waldstein während seines ersten Generalats" II. S. 44 ff. abgedruckt. Doch schien Ferdinand II. schon zur Verringerung der Armee entschlossen, bevor von dem Konvent zu Bingen die Rede war.

2) Über diese ligistische Versamlung hat zuerst Hurter in seiner Schrift „Zur Geschichte Wallensteins" S. 225—234 ausführlichere Nachrichten mitgeteilt, welche Gindely in seinem eben erwähnten Werke Bd. II. S. 50, 51 nicht eben vermehrt hat.

Nun beschwichtigte freilich die Mitteilung eines kaiserlichen Schreibens über die in Aussicht genommene Entlastung die aufgeregte Stimmung der ligistischen Räte einigermaßen, allein ihre Beschlüsse klangen doch immer noch drohend genug. Man war überzeugt davon, daß „ein neuer unhergekommener Dominatus zu endlicher Eversion der löblichen uralten Reichsverfassung wolle eingeführt werden", und brachte damit die Überschwemmung des Reichs mit Kriegsvolk in Verbindung. Ja bei längerer Fortdauer der Bedrückungen wollte man die Bundesarmee zu ihrer Abwehr verwenden. Da man der Erfüllung der neuen kaiserlichen Versprechungen auch jetzt noch keinen rechten Glauben schenkte, so einigte man sich im voraus darüber, daß man im gegebenen Falle dem Kaiser eine Gesandtschaft zuschicken und Wallensteins Entlassung nachsuchen wolle. Dieser Gesandtschaft wurde auch der Auftrag zugedacht, bei einer unbefriedigenden Antwort des Kaisers in einer Audienz vor Ferdinand II. geradezu eine Kriegserklärung gegen seinen General auszusprechen. Sie hatte dann dem Kaiser zu eröffnen: „daß K. M. Ihres Feldhauptmanns zum Gehorsam nicht mehr mächtig genug wären; demnach lebten sie der tröstlichen Hoffnung, J. K. M. werde es den Ständen des Reichs nicht in Ungnade aufnehmen, wenn sie gemeldeten Herzog durch ihre Defensionsmittel zum schuldigen Gehorsam gegen J. K. M. anhielten, indem sie zugleich ausdrücklich bezeugen könnten, von Treue und Gehorsam gegen Dieselbe im geringsten nicht aussetzen zu wollen".[1] So nahmen also die kaisertreuen katholischen Stände einen Anlauf, den Feldherrn des Kaisers durch Gewaltmittel zum Gehorsam gegen seinen Kriegsherrn zu nötigen, den der letztere angeblich selbst nicht mehr zu erzwingen imstande war.

Schon vor dem Zusammentreten der ligistischen Abgeordneten hatte der Kurfürst von Mainz auch Kursachsen von diesen Plänen Kunde gegeben und Johann Georg ersucht, sich mit Kurbrandenburg dieser ligistischen Vereinigung anzuschließen. Mainz hegte den Wunsch, daß Brandenburg etwa nach vier Wochen einen Gesandten nach Dresden schicken und in Verbindung mit Sachsen zu den von der Versamlung in Bingen zu erwartenden Beschlüssen Stellung nehmen möchte. Später stiegen die Ansprüche noch, welche Mainz an die beiden protestantischen Kurfürsten stellte: der katholische Kurfürst wollte dieselben zur Beteiligung an der Gesandtschaft und zugleich auch an der in Aussicht genommenen feindseligen Bewegung des ligistischen Heeres gegen die Östreicher heranziehen.[2]

1) Diese Beschlüsse tragen das Datum des 7. Juli. Vgl. Hurter a. a. O. S. 229.

2) Vgl. Johann Georgs Schreiben an Kurmainz vom 1./11. Aug. in Gindely's Abdruck II. S. 52 ff.

An der Gesandtschaft sich zu beteiligen, lehnte Johann Georg ebensowenig ab, wie der auf der Reise nach Wien in Dresden vorsprechende Graf Adam zu Schwarzenberg, dagegen wiesen beide ein Zusammengehen mit den Ligisten bei einem kriegerischen Auftreten derselben gegen Wallenstein und seine Truppen wenigstens vor der Hand zurück. Der Vorschlag, den Kaiser durch eine Gesandtschaft den Vorstellungen der Stände gegenüber gefügiger zu machen, scheint sogar den sächsischen Politikern sehr genehm gekommen zu sein: man schlug Mainz von Dresden aus als Ort des Zusammentreffens dieser Gesandten Prag vor und wünschte die größte Beschleunigung ihrer Abreise, schon um der Not der Winterquartiere zuvorzukommen.

Schwierigkeiten bei den Versuchen der Verminderung des kaiserlichen Kriegsvolks.

Allein der Kriegsmut der Ligisten war doch nur Strohfeuer gewesen, und gar bald war nicht einmal von dieser Gesandtschaft, geschweige denn von der Absetzung Wallensteins mehr die Rede. Ja der Kurfürst von Baiern stellte endlich Mainz geradezu anheim, ob es nicht geratener sei, das ganze Unterfangen überhaupt aufzugeben und die Instruktion für die in Bingen beschlossene große Gesandtschaft zu ändern. Nach dem erfolgreichen Kampfe Wallensteins bei Wolgast, mit dessen Ausgange Wallenstein den Kurfürsten von Baiern durch eine ausführliche Schilderung bekannt machte, war Maximilian die Hoffnung gänzlich entschwunden, daß man den Kaiser gerade jetzt zur Entlassung seines siegreichen Generals werde bewegen können.

Zu dieser Sinnesänderung Maximilians mag auch beigetragen haben, daß es Tilly nicht geglückt war, in seiner Zusammenkunft mit Collalto zu Würzburg (3. Aug.) die Quartierfrage zu einer die Ligisten befriedigenden Lösung zu bringen. Collalto hatte Tilly anfangs Worms, Speier und Frankfurt als zu besetzende Quartiere vorgeschlagen, die von Tilly mit Rücksicht auf die Kurfürsten von Mainz und Trier zurückgewiesen wurden. Tilly nahm dagegen die Wetterau, den Westerwald, Hessen und die Grafschaft Mark in Anspruch und forderte die Abführung derjenigen friedländischen Kompagnien, welche im fränkischen und schwäbischen Kreise neben den drei ligistischen Regimentern Schönberg, Cronberg und Curtenbach untergebracht waren. Ebenso sollten die Östreicher das Herzogtum Braunschweig räumen. Dagegen wollte Collalto den Ligisten nur die Wetterau, den Westerwald, Cleve und Berg gewähren, während diese

die drei genannten Regimenter aus dem fränkischen und schwäbischen Kreise zurückziehen sollten.[1]

Bis zu diesem Zeitpunkte hatte Collalto die östreichische Reiterei im schwäbischen Kreise um die Hälfte, d. h. um 30 Komp. oder 3000 R. verringert. Noch mehr zu thun, hatte er aber keinen Befehl und auch keine Mittel.

Zur Vermehrung seiner Geldmittel nahm Collalto die unfreiwillige Unterstützung kleiner protestantischer Stände ohne weiteres in Anspruch. Er ersuchte den Markgrafen Christian von Baireuth, 3 Komp. z. R. in sein Fürstentum einzunehmen oder eine monatliche Kriegssteuer von 9000 Gulden zu zahlen. Der Kurfürst von Sachsen betonte darauf in seinem Verwendungsschreiben für den Markgrafen dem Kaiser gegenüber, daß Collalto's Verfahren den Anschein gewinne, als wolle man die Stände unter immerwährende Contribution bringen, während ihnen doch ohne ihre Bewilligung nichts aufgelegt werden solle.[2] Noch schärfer sprach sich derselbe Kurfürst als Kreisoberster gegen und über Collalto selbst aus, als derselbe dem Herzog Johann Philipp von Altenburg 5 Komp. samt einem Stabe gegen 4 Komp. und einen Stab, welche abgeführt wurden, aufbürden wollte.[3] Dem Herzoge war diese Botschaft nur durch einen Offizier Collalto's, Tham Vitztum v. Eckstädt, zugegangen. Der Kurfürst wies Collalto darauf hin, welcher Widerspruch zwischen seiner Aufgabe und der Ausführung derselben vorhanden sei: es war keine Abdankung im größeren Maßstabe erfolgt, sondern man ging mit neuen Einquartierungen um. Und zwar wurde auch bei diesen die alte oft und schwer beklagte Weise in Anwendung gebracht: kein Kreisoberster wurde für würdig erachtet, darum begrüßt zu werden, ebensowenig wurden kaiserliche Schreiben an einen Fürsten oder Reichsstand übergeben. Es schien dahin zu kommen, daß Fürsten und Stände des Reichs nicht besser geachtet werden sollten, als der geringste Unterthan. Zuletzt drohte der Kurfürst Collalto mit einer Klage bei dem Kaiser.

Später setzte Collalto von Schweinfurt aus die ihm aufgetragenen Reformen in das Werk,[4] welche Wallenstein mit Rücksicht auf den

1) Tilly an Maximilian, Würzburg 4. Aug.

2) Das Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser aus Marienberg 13. August (a. St.) findet sich in der Schrift: COPIA | vnd ABdruck etlicher vor= | nehmer Bedencken vnd Schreiben . . . Gedruckt im Jahr vnsers HERRN | CHRISTI 1629. 4. 28 Bll.

3) Schreiben an Collalto Augustusburg 9. Sept. 1628 (a. St.) in der eben angeführten Schrift.

4) Vgl. Chlumecky 320 ff.

jeweiligen Stand seiner Kriegsunternehmungen an der Ostsee zeitweise einzuschränken suchte. So gab er Collalto vor dem Kampfe bei Wolgast anheim, „mit den Reformen noch etwas zurückzuhalten“,[1] während der Kaiser wahrscheinlich auf die Kunde hiervon dem Kriegsratspräsidenten befahl, mehr Kriegsvolk zu entlassen, wenn er auch von Wallenstein andere Befehle haben sollte.[2] Allein die so bestimmte Weisung scheint doch nicht zur Ausführung gekommen zu sein, sondern Collalto einigte sich mit Wallenstein in der Nähe von Stralsund persönlich über die Einschränkung der Abdankungen. An dieser Beratung nahm auch Questenberg bei seiner Anwesenheit in Norddeutschland teil und machte den Kaiser nach seiner Rückkehr mit den Ergebnissen derselben bekannt.[3] Collalto aber befand sich zuletzt den an ihn gerichteten Ansprüchen der Fürsten und Stände gegenüber, welche sich auf die ausdrücklichen Befehle des Kaisers stützten, in großer Verlegenheit und ersuchte Wallenstein ausdrücklich am 17. Nov. um nähere Verhaltungsmaßregeln.[4]

Überdies stellten sich den Versuchen des Kaisers, einen Teil seiner Truppen aus Süddeutschland abzuführen, auch andere unüberwindliche Hindernisse entgegen. Auf Befehl der Infantin mußten die angeblich zu ihrer Unterstützung entsendeten Kompagnien umkehren. Der Kurfürst von Trier verweigerte dem Grafen Collalto den Paß für die Mannschaften, welche er aus Oberdeutschland in das Kurfürstentum entsenden wollte.[5] Der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg, welcher bereits Beschwerde bei dem Kaiser dagegen eingelegt hatte, daß Collalto sein Fürstentum mit Einlagerung bedrohte und Jülich zum Musterplatze für eine beträchtliche Menge Kriegsvolk ausersehen hatte, bot endlich sogar seine Lehnsleute gegen die der Infantin zugedachten Kaiserlichen auf. Er erhielt dafür zwar einen Verweis, aber der Kaiser gab Collalto doch Befehl, das Volk anderweit unterzubringen.[6]

---

1) Wallenstein an Collalto, Greifswalde 18. August, Chlumecky 78.

2) Ferdinand II. an Collalto, Wien 7. Sept. D'una letera della espeditione di Guera uederete, Il ordine ch'io ui do dell licenciamento di piu gente et essendo questo il mio uero animo et uolonta, sono sicuro, anchorche hauereste altro ordine del Generale che esseguirete questa mia risolutione, uolendo io tratare gli miei affari con gli eletori non per forza secondo il mio giuramento ma con dolce maniera. Chlumecky 270.

3) Ferdinand II. an Collalto, Wien 15. Nov. 1628. Chlumecky 274.

4) Chlumecky 326.

5) Gindely a. a. O. II. S. 57.

6) Schreiben des Kaisers an den Pfalzgrafen, Wien 13./23. Septbr.

Wallenstein entließ bald nach seiner Ankunft vor Stralsund gegen 11 Kompagnien Reiter, berichtete aber dem Kaiser von der Notwendigkeit, die Armee im Reich um so viel Fußtruppen zu vermehren, als man Reiter abdanke. Denn wenn man in Süddeutschland einmal schnell Fußvolk bedürfe, werde im Norden nichts zu haben sein, wo er die Seeküste 240—250 Meilen weit zu hüten habe.[1]

Als sich Maximilian in seinen Erwartungen über die Schnelligkeit und die Ausdehnung der Entwaffnung getäuscht sah, entsendete er den Grafen Wolkenstein nach Wien und erhielt etwas günstigere Zusagen. Ferdinand II. wollte jetzt die in seinem Namen geworbenen Scharen so weit entlassen, daß nur 8000 M. in Süddeutschland auf den Beinen bleiben sollten, welche er hauptsächlich zur Erleichterung der in Aussicht genommenen Zurückführung der Protestanten zum Katholizismus zu verwenden versprach.

Allein indem der Kaiser diese Verminderung seiner Armee in Aussicht stellte, durfte er mit Recht die Erwartung hegen, daß die Ligisten das Gleiche thun würden, besonders da sie nach der Einnahme von Stade keinen Feind mehr gegen sich hatten. Dazu wären die geistlichen Fürsten sicherlich sehr geneigt gewesen, wenn sie die Zustimmung ihres weltlichen Bundesoberhauptes, des Kurfürsten von Baiern, hätten erwirken können. Dieser erteilte aber vielmehr Tilly die Weisung, die Regimenter in Ostfriesland und Oldenburg ja anzuhalten, sich mit ihren Quartieren zufrieden zu geben und die Plätze im Stift Bremen ohne sein Wissen und Wollen nicht zu räumen, sondern sie vielmehr mit Nahrungsmitteln und Munition dergestalt zu versehen, daß sie auf jeden Fall behauptet werden konnten. Ja der Kurfürst dachte sogar an die bessere Befestigung der wichtigsten Punkte und forderte Tilly's Gutachten hierüber. Und auch den Grund dieser Maßnahmen verbarg er seinem General nicht: er bestand in der Besorgnis, daß der Kaiser seinem jüngeren Sohne das Erzstift Bremen überweisen würde.[2]

Tilly freilich war nicht damit gedient, daß seine Regimenter die Quartiere festhalten sollten, in denen sie sich gerade befanden; er wünschte vielmehr sehnlichst eine Erweiterung derselben und sah im Hinblick auf die vom Kaiser und der Liga aufgebotene Heeresmacht sehr schwarz in die Zukunft. Er erklärte dem Kurfürsten einmal, der Zweck beider Armeen sei soweit überschritten worden, daß sie das ganze Reich zur Öde und

1) Wallenstein an Ferdinand II., Feldlager vor Stralsund 15. Juli pr. 3. Aug. 1628.

2) Maximilian an Tilly, 9. August. R.-A. in München.

Wüste machen würden, wenn keine Abhilfe erfolge,[1] und bat auch Wallenstein um eine starke Verringerung der Reiterei und um Abstellung der Verwirrung in den Quartieren. Denn die Klagen über die Lasten der Einquartierung brachten den besorgten General öfter in arge Verlegenheit. In Osnabrück wurde er von den städtischen Behörden und den Bürgern mit fußfälligen Bitten und unter Thränen um Erleichterung bestürmt, so daß er in seiner Bestürzung das Versprechen erteilte, der Stadt innerhalb vierzehn Tagen zwei Kompagnien abzunehmen, die er in das Stift Hersfeld zu legen gedachte. Da aber die Kaiserlichen noch nicht aus Hersfeld gewichen waren, erwuchs dem General aus seinem Versprechen nur neue Verlegenheit. Um Stade lagen in dieser Zeit noch vier Regimenter ohne feste Quartiere. Im Lande Braunschweig, im Bremischen und Verdischen hatten viele Landleute während dieses Sommers den Feldbau ganz unterlassen und zwar nicht allein solche, welche kein Schiff und Geschirr und keine Pferde mehr besaßen, sondern auch andere, weil sie hierin ein sicheres Mittel erblickten, die Soldaten möglichst bald aus ihren Gebieten zu entfernen. Und so suchte denn Tilly dringlichst bei dem Kurfürsten um etliche Plätze im Reiche zur Erweiterung seiner Quartiere nach.[2] In einem sehr trübseligen Schreiben forderte der General nach einigen Tagen den Bischof von Bamberg auf, einem Teile seiner Truppen Aufnahme in seinen Stiftern und Landen zu gewähren oder den Unterhalt für dieselben in den niedersächsischen Standquartieren zu übernehmen.[3] „Ich bezeuge . . . vor Gott, daß ich kein ander Mittel, wie sehr ich mich darum bewerbe, zu erlangen weiß. Denn obwol mit Herrn Grafen Collalto wegen Erweiterung der Quartiere ich jüngsthin persönlich traktiert, auch etlichermaßen darauf vertröstet worden, so ist doch einige wirkliche Deoccupation seinerseits nicht erfolgt, ist auch Zweifel, . . ob selbige erfolgen werde oder nicht . . . Und wenn gleich einige Quartier hienächst durch Abdankung etlicher Kompagnien kaiserliches Kriegsvolks erledigt und mir assigniert werden sollten, alldieweil es aber doch mit sothaner Abdankung fast langsam hergeht, und . . . bei solcher Verweilung diese Soldateska heftig wegstirbt und verdirbt, so hat man sich deswegen auf ichtwas nit zu getrösten." Mit diesen Worten sprach Tilly sein Urteil über den ganzen Entwaffnungsversuch der Kaiserlichen aus.

1) Tilly an Maximilian, Neustatt in Hessen 13. Juni 1628, K. R.-A. in München.

2) Tilly an Maximilian, Verden 23. Aug. 1628. K. R.-A. in München.

3) Tilly an den Bischof von Bamberg, Stade 29. Aug. 1628, gedruckt in der Schrift: COPIA | vnd ABdruck etlicher vor- | nehmer Bedencken vnd Schreiben: | . . . . . Gedruckt im Jahr vnsers HERRN | CHRISTI 1629. | 4. 28 Bll.

Schlimmer war es noch für die Erhaltung der ligistischen Armee, daß der Kaiser ihrer Unterstützung bereits nicht mehr zu bedürfen glaubte. Er bekannte sich Tilly gegenüber zu dem Grundsatze, daß die kaiserlichen Regimenter notwendiger Weise ebenso von den zur Kasse der Liga nicht beisteuernden Ständen des Reichs unterhalten werden müßten, wie die ligistischen Regimenter von dem katholischen Bunde. Daher dürften aber auch die ersteren nicht übermäßig beschwert werden und sollten z. B. nicht gehalten sein nach der Verminderung der kaiserlichen Armee die Regimenter der Liga aufzunehmen. Maximilian nahm an diesem Grundsatze großen Anstoß und gab in Verbindung mit Mainz dem Kaiser zu verstehen, „daß auf solch J. M. Vorhaben" die ligistische Armee von selbst auseinandergehen müßte. Später scheint der Kurfürst von Baiern dem Kaiser nochmals vorgestellt zu haben, wie notwendig die Erhaltung der ligistischen Armee für ihn selbst sei.

Die Sendung des Freiherrn v. Questenberg zu Wallenstein.

Die Botschaft, deren sich der Graf v. Wolkenstein zu entledigen hatte, machte in Wien einen tieferen Eindruck und verschaffte der Wallenstein abgeneigten Partei eine sehr erhebliche Stärkung. Diejenigen Politiker, welche auf alle Fälle den Schein zu vermeiden wünschten, als wolle man die deutschen Stände mit Gewaltmaßregeln zu Entschließungen drängen, wie sie dem kaiserlichen und dem östreichischen Interesse gerade förderlich waren, gewannen auf einige Zeit die Oberhand. Man schien endlich Ernst damit machen zu wollen, die Zustände im Reiche zu bessern und besonders die Klagen über die Militärdiktatur und die Besorgnisse über den Zweck derselben zum Schweigen zu bringen. Gerhard v. Questenberg erhielt Aufträge für Wallenstein, welche nicht ohne Einfluß auf die ganze Stellung des Generals in Norddeutschland hätten bleiben können, wenn sie sich wirklich hätten durchführen lassen. Der Kaiser ließ jetzt seinem General erklären, daß gerade durch diese übermäßige Kriegsverfassung der Friedenszweck und die Befestigung der kaiserlichen Hoheit, sowie die Sicherstellung seines Heeres nicht erreicht, sondern nur alles schwerer gemacht werde. Die allzustarken Armeen erweckten Mißtrauen bei Freund und Feind. Der Kaiser wies auf die in fortlaufender Steigerung begriffenen Armeelasten hin und auf mancherlei Hoffnungen, welche gerade die Feinde darauf setzten, daß die Kosten für diese übermäßig starke Armee unerschwinglich waren. Wallenstein wird ferner an die bisherigen Verhandlungen des Kaisers mit ihm selbst im Betreff der Nachfolge im

Reich und des Wahltages erinnert, welche bis jetzt unbekannt geblieben sind. Da die Kurfürsten nun einmal der Meinung sind, daß ein Wahltag erst nach der Abführung eines beträchtlichen Teiles der Armee und nach der Einleitung der Friedensverhandlungen anberaumt werden kann, und der Kaiser diesen Anschauungen in einem Schreiben an Mainz (14. Juni) beigepflichtet hat, so bleibt nichts übrig, als das Reich thatsächlich von Truppen zu entlasten und noch vor dem Eintreten des Winters mit den Friedensverhandlungen den Anfang zu machen. Diese Abdankung und Verringerung der Truppen muß hauptsächlich in Schwaben, Franken und am Rhein, ferner in der Lausitz und Thüringen, und wo sonst der Kurfürsten Erb- und Pfandländer belegen sein mögen, durchgeführt werden. Daher wird Wallenstein ersucht, ungefähr einen Überschlag zu machen, wie viel Truppen man zur Besetzung der Seeküste und gegen Christian IV., sowie zur Vollstreckung der Exekution in Justiz- und Religionssachen werde nötig haben. Nach dem Urteile des Kaisers genügten dazu etwa 5000 M. z. F. und 3000 R., und zu diesen Zwecken könnte das Volk aus der Lausitz und aus Böhmen abgeführt werden. Immerhin aber sollten die kaiserlichen Truppen stärker bleiben, als die der Liga, welcher gleichfalls eine Herabsetzung ihrer Regimenter zugemutet wurde.

Dieser kaiserlichen Botschaft sollte Wallenstein ohne jede Weigerung und jedes Zurückberichten Folge geben. Ferdinand II. erklärte ausdrücklich, keine Veranlassung zu haben, sich von seinen innersten und geheimsten Räten, d. h. den Kurfürsten, und von so manchem Blutsverwandten, der mit ihm bei dieser ganzen Angelegenheit zu gewinnen oder zu verlieren habe, zu trennen. Auch der Gedanke an die Verantwortung schien dem Kaiser tief zu Herzen zu gehen, wenn etwa die Angelegenheiten des Reichs zum Äußersten, d. h. zu irgend einer politischen Revolution von oben oder zu militärischen Ausschreitungen von unten, führen sollten.

Diese teilweise Entwaffnung sollte vor allem dazu dienen, den Frieden mit Dänemark und die römische Königswahl durchzusetzen, wozu der Kaiser gerade den jetzigen Augenblick, wo Dänemark nur eine geringe Armee hatte, der Schwede mit Polen und Frankreich und England miteinander im Kriege begriffen waren, für den passendsten erachtete. Der Kaiser hegte vor einem Interregnum die höchste Besorgnis: noch vor dem Winter wollte er daher eine Kurfürstenversamlung berufen sehen. Wäre doch auch zum Friedensschlusse mit Dänemark ein solcher Convent unerläßlich, in welchem alles endgiltig beschlossen werden müßte![1]

1) Nach der Instruktion vom 5. Sept. 1628 in den Reichstagsakten zu Wien. Diese Instruktion erinnert auch dem Wortlaute nach an das „Anbringen und die Proposition“ des Grafen Wolkenstein.

Außerdem hatte Questenberg noch ein Handschreiben[1] des Kaisers zu überreichen, in welchem sich derselbe in sehr auffälliger Weise über die Mittel, durch welche er sein Haus in Deutschland nicht zu befestigen gedenke, aussprach. Er erklärte hier seinem General: „Ich bin nicht gemeint, mein Haus durch Macht und durch andere Mittel, als die Reichsverfassung und meine Capitulation mit sich bringt, zu stabiliren", und verknüpfte damit das Ersuchen an Wallenstein, bei der weiteren Abdankung und Reformierung des Volkes den Weisungen Folge zu leisten, welche er ihm durch seinen Gesandten zugehen ließ. In diesem Zusammenhange mußte der Gesandte ausdrücklich auch des auf die Wahlkapitulation geleisteten Eides gedenken. Questenberg sollte Wallenstein zu erwägen geben, daß sich der Verdacht der Reichsstände stärken müsse, wenn man jetzt nach dem Frieden mit der Türkei nicht abdanke. Ferner fürchtete Ferdinand II., bei noch größerem Mangel im Heere werde das Bad endlich über ihn selbst ausgehen und die Regimenter würden geradezu in seine Erbländer ziehen müssen. Aber auch aus Besorgnis vor einem französischen Kriege am Rhein, wenn Ludwig XIII. mit La Rochelle kein Glück haben sollte, und vor einem Anschlusse der katholischen Stände an den französischen König während eines solchen Krieges ersuchte der Kaiser seinen General um Verminderung der Truppen![2]

Zur schleunigen Beruhigung Maximilians wurde dem Grafen von Wolkenstein ein Vorbescheid des Kaisers überreicht, der von dem Kurfürsten eiligst unter den Mitgliedern der Liga weiter verbreitet wurde.

Alle diese Questenberg erteilten Weisungen würden jedoch von einer ernsteren Bereitwilligkeit des Kaisers, im Reiche friedlichere Zustände anzubahnen, Zeugnis ablegen, wenn sie Ferdinand II. nicht geradezu abgenötigt worden wären, ferner keine einander widersprechenden Forderungen enthalten und den Thatsachen nicht geradezu Hohn gesprochen hätten. Mit welcher Miene mag Wallenstein wol die Erklärung Ferdinands II. entgegengenommen haben, daß er im Reiche durchaus nichts auf anderem Wege, als auf den in der Kapitulation ihm gewiesenen, erstrebt habe?

---

1) Dieses Schreiben vom 6. Sept. ist von Hurter, Zur Geschichte Wallensteins S. 259 f. mitgeteilt worden. Einen ähnlichen Handbrief vom 6. Sept. richtete der Kaiser an Mainz.

2) Die Instruktion für Questenberg vom 5. September 1628 gedenkt im Eingange auch des Auftrags, welchen Collalto auf Wallensteins Gutachten erhielt. K. K. H. H. u. St.-A. in Wien. Der Bescheid, welcher Wolkenstein zu teil wurde, ist am 7. September gezeichnet. Auf diesen wird sich Maximilians Schreiben an den Bischof von Würzburg vom 17. Sept. beziehen. Vgl. COPIA vnd ABdruck etlicher vornehmer Bedencken.

Stand diese Erklärung des Kriegsherrn nicht mit seiner Feldhauptmannschaft und der Aufstellung und Erhaltung seines Heeres in völligem Widerspruche? Hatte denn der Kaiser den ihm im Anfange dieses Jahres von seinen Geheimen Räten vorgelegten Plan zur Befestigung seines Hauses in Deutschland nicht gebilligt? Hatte er nicht noch kurz vor Questenbergs Absendung an Wallenstein Maximilian von Baiern um ein Gutachten darüber ersucht, wie man Bremen, dann aber auch andere Hansestädte zu besserem Gehorsam bringen könnte?[1]

Wir wissen nicht zu sagen, wie es Wallenstein aufgenommen hat, daß die Forderung einer Verminderung und Herabsetzung der kaiserlichen Heere mit dem Anschlusse begründet wurde, den die katholischen Kurfürsten während eines französischen Krieges an Ludwig XIII. suchen könnten. Dagegen war er mit dem Gebote der Verminderung der kaiserlichen Armee im Hinblick auf den Frieden mit der Türkei, und da man sich auch für sicher vor Bethlen Gabor hielt, einverstanden. Nur erschreckte er den Kaiser geradezu durch die Mitteilung, daß er jetzt die Erblande werde belegen müssen. Ferdinand II. schlug dagegen Schweinfurt und andere bequeme Orte im Reich vor, und kam also selbst wider auf Quartiere zurück, welche Maximilian so angelegentlich freizuhalten bemüht war.

Selbstverständlich ging auch die damalige Neigung des Kaisers für eine Verminderung der Einquartierungslasten nicht weiter, als er etwa durch dieselbe die Kurfürsten von Baiern und Sachsen für die Königswahl gewinnen konnte, nicht aber so weit, alle in den letzten Jahren in Deutschland durch seine Armee errungenen Vorteile wider fahren zu lassen. Dagegen wird man der Versicherung, daß er den Kurfürsten die Wahl seines Nachfolgers im Reiche nicht zu entziehen gewillt sei, ohne weiteres Glauben schenken müssen: suchte er sie doch gerade für die Beschleunigung der Wahl auch durch die Heeresverminderung zu gewinnen. Immerhin aber scheint der starke Nachdruck, welchen der Kaiser Wallenstein gegenüber auf diese Frage legte, darauf hinzudeuten, daß Wallenstein wirklich bemüht gewesen ist, den Kaiser für irgend einen das Wahlrecht der Kurfürsten einschränkenden Plan zu gewinnen.[2]

Als Wolkenstein nach München zurückkam, äußerte sich der Kurfürst mit freudiger Anerkennung über die Entschließungen des Kaisers und sprach ihm seinen besonderen Dank für das Handschreiben aus, welches

1) Maximilian an Tilly 28. August 1628. K. R.-A. in München.

2) Auch das Schreiben Ferdinands II. an Collalto vom 7. Sept. enthält eine hierauf bezügliche Stelle. Vgl. oben S. 671. A. 2.

sein Gesandter überbrachte. Er erklärte dem Kaiser, jetzt wolle er sich nichts Höheres angelegen sein lassen, als mit Rat und That zu befördern, was nur zur Erhaltung der kaiserlichen Hoheit und Reputation erforderlich sein könne, und versicherte, nie daran gezweifelt zu haben, daß die „kaiserlichen actiones allzeit aufrichtig verbleiben würden".[1]

Und dennoch gingen die Erwartungen des Kurfürsten auch dies Mal nicht in Erfüllung. Trotz der Absendung Questenbergs an Wallenstein bewegte sich die kaiserliche Politik in derselben absolutistischen Richtung weiter, in welcher sie bisher geführt worden war; und die Entwaffnung des Kaisers in Süddeutschland machte gerade seit dieser Zeit nur noch geringe Fortschritte.

Collalto fand nicht alle Klagen der Ligisten berechtigt. Gegen die Beschwerde des Kurfürsten von Mainz über die Einlagerungen im Gebiete der Stadt Erfurt machte er geltend, daß Erfurt niemals Beiträge zur Liga geleistet habe.[2] Ja seiner Versicherung zufolge waren die ligistischen Fürsten mit ihren Bundesbeiträgen überhaupt seit zwei Jahren im Rückstande geblieben, und die Armee hatte gerade aus diesem Grunde ihre Quartiere so weit ausdehnen müssen. Es schien ihm daher ganz in der Ordnung zu sein, an Mainz die Anforderung zu stellen, den Kurfürsten von Baiern zur Abführung der Mannschaften aus den schwäbischen und fränkisch-thüringischen Gebieten aufzufordern. Zuletzt beschloß aber der Kriegsrat in der Angelegenheit, Collalto ein Schreiben an den Kurfürsten von Mainz zu übersenden, in welchem derselbe ersucht wurde, sich noch kurze Zeit zu gedulden.[3]

Unter den protestantischen Beschwerdeführern gegen die Kriegslasten befanden sich auch die Grafen zu Schwarzburg. Diese hatten zwei Abgeordnete nach Wien entsendet, um die Befreiung ihrer Lande von der merodischen Einquartierung durchzusetzen, denen jedoch die Mittel ausgegangen waren, so daß sie nicht einmal die Rückreise in die Heimat antreten konnten, denn ihre Herren hatten sie vollständig im Stich lassen müssen. Ihre Abgeordneten flehten endlich den Kaiser um der Barmherzigkeit Gottes, ja der bluttriefenden Wunden Jesu Christi willen an, sich ihrer Herschaft und der armen in den Himmel hinauf schreienden Unterthanen zu erbarmen und die schleunigste Verfügung zur Entledigung ihrer Lande zu erlassen.

1) Maximilian an den Kaiser, Kloster Baumburg 22. Sept. 1628.

2) Nach dem Schreiben des Kaisers an Collalto, Wien 4. Okt., ist dies doch der Fall gewesen. Chlumecky 270 f.

3) Nach einem Concept an Herrn Secretarium Arnoldin. K. K. H. H. u. St.-A. in Wien.

Sie schlugen die Kosten und Schäden dieser nun beinahe ein Jahr währenden Einquartierung merodischer Regimenter auf zwei Millionen an und klagten noch besonders darüber, daß ihren Herrn von den kaiserlichen Offizieren kein befriedigender Bescheid zu teil geworden war. Oberst Ossa hatte in Erfurt den Ansprüchen der schwarzburgischen Grafen auf Ermäßigung der Einquartierung nur sehr wenig genügt und sie auf weitere Verhandlungen mit Collalto in Schweinfurt verwiesen. Als ihre Abgeordneten hier dem Hofkriegsratspräsidenten ein kaiserliches Schreiben überreichen wollten, war derselbe inzwischen plötzlich von Schweinfurt aufgebrochen und zu Wallenstein gereist. Nun hofften die schwarzburgischen Gesandten, daß der Kaiser wenigstens beiden Offizieren während ihres Zusammenseins die von ihnen so heiß ersehnten Aufträge erteilen werde. Diese ihre Bittschrift ist am 27. Oktober gezeichnet und wahrscheinlich bald darauf eingereicht, aber erst am 16. Nov. im Reichshofrat übergeben worden. Wann mag nun wol im günstigen Falle die Entscheidung des Kaisers bei Collalto oder Wallenstein eingetroffen sein?[1]

Auf der anderen Seite hegte Tilly den Wunsch, Collalto möge dem ligistischen Volke Quartiere abtreten und äußerte denselben auch gegen Wallenstein. Dieser aber erwiderte darauf, daß er selbst Mangel leide und deshalb entschlossen sei, noch drei Regimenter, das Brandenburgische, Lüneburgische und Sulzische, in das Reich führen zu lassen. Darüber scheint Tilly jedoch so erschrocken zu sein, daß er seiner Bitte nicht weiter gedachte, da er um die eignen Quartiere am Rhein in Sorge geriet. Denn in Süddeutschland räumten die Ligisten den Östreichern wirklich von ihnen besetzte Gebiete ein, ohne freilich damit den an sie gerichteten Forderungen völlig zu genügen. Der Kaiser zeigte sich mit der Abführung des curtenbachischen Regiments aus den Landen des Markgrafen Friedrich von Baden noch nicht zufriedengestellt, sondern forderte im ersten Drittel des Dezember kurz und kühl die Abführung des ganzen ligistischen Volkes aus den oberen Reichskreisen. Zugleich mit diesem Ersuchen, welches er als eine väterliche Erinnerung bezeichnete, übersendete Ferdinand II. an Maximilian auch die gegen die Ligisten eingelaufenen Beschwerden.

Der Kaiser hatte anfänglich in Oberdeutschland etwa 30 Komp. z. R. und F. behalten wollen und bis zur Mitte des Dezember seine Truppen hier bis auf 5000 M. z. F. und 3000 Pf. vermindert. Gerade um diese Zeit aber sprach er wider von neuen Rüstungen gegen die Holländer,

1) Wien 17./27. Okt. 1628. Dr. Johann Georg Müller und Wolf Christof von Korckaum(?) an den Kaiser. Memorial wegen der Grafen zu Schwarzburg.

welche Emden beſetzt hatten und angeblich Miene machten, in Weſtfalen einzufallen. Jetzt gab er Maximilian ſchon wider zu erwägen, welche Unterſtützung ihm der Kurfürſt und die Liga gegen die Holländer gewähren wollten.

Die ligiſtiſche Armee im Herbſte 1628.

Übrigens leiſtete der Kurfürſt von Baiern zuletzt den Anſprüchen des Kaiſers auf Herabſetzung der Stärke der ligiſtiſchen Truppen keinen Widerſtand mehr, ſondern trieb vielmehr Tilly an, dieſelbe ſchleunigſt herbeizuführen. Zu dieſem Schritte mochten den Kurfürſten am meiſten die Klagen der Bundesmitglieder bewegen: allein er hoffte ſicherlich auch auf dieſe Weiſe ein gewiſſes Anrecht darauf zu erhalten, daß die Rüſtungen des Kaiſers wenigſtens keinen größeren Umfang nahmen. Schon am 1. Nov. überſendete daher Tilly ſeinem Kriegsherrn ein Verzeichnis der abzudankenden Kompagnien. Von 16 Regimentern Reiter ſollten die meiſten um zwei Komp., die ſchwächeren wie Lindlo, Eckſtädt und Waldeck um eine vermindert werden; nur Anholt ſollte ſechs und Pappenheim von ſeinen 18 Komp. acht abgeben. Die Stärke jeder Reiterkompagnie wurde für die Zukunft, den Rittmeiſter und die Offiziere eingeſchloſſen, auf 100 M. bemeſſen. Den Monatsſold für den gemeinen Reiter ſetzte man auf zwei Reichsthaler feſt.

Der unter Tillys perſönlichem Befehl ſtehenden Reiterregimenter waren zehn;[1] außerdem beſtand noch Tillys Leibkompagnie, die keinem Regiment einverleibt war. Dieſe Regimenter hatten eine ſehr verſchiedene Stärke, was natürlich mit der Werbung und der erſten Aufſtellung derſelben zuſammenhing. Während das Regiment des Oberſten Schönberg aus zwölf Kompagnien beſtand, zählte das des Oberſten Eckſtädt nur fünf. Das Regiment des Oberſten Witzleben, ſieben Kompagnien ſtark, wird ſchon in dieſer Zuſammenſtellung als abgedankt bezeichnet, doch iſt die Zahl ſeiner Kompagnien in der Summe aller Reiterkompagnien Tillys, 81, enthalten.

Die Stärke des von Tilly befehligten Fußvolks betrug 11 Regimenter[2] oder mit Zuzählung von zwei Kompagnien des Oberſtlieutenants de Bruin

1) Lindlo, Schönberg, Cronberg, Curtenbach, Fugger, Witzleben, Eckſtädt, Waldeck, Herberſtorf, Erwitte und dazu die Leibkompagnie.

2) Es waren die Regimenter Tilly, Anholt, Fürſtenberg, Pappenheim, Gronsfeld, Herberſtorf, Montigni, Gallas, Blanckhart, Reinach, Plarer, dazu zwei Leibkompagnien.

und des Hauptmanns Don Vargo zusammen 140 Komp. Die Zahl der zu einem Regimente gehörigen Kompagnien schwankte zwischen zehn und achtzehn. Im Regiment Pappenheim waren vor der Verminderung achtzehn Kompagnien vorhanden. Tillys Absicht war, diese 140 Kompagnien auf 111 herabzusetzen und etwa 28 oder 29 K. zu entlassen, so daß jedes Regiment in Zukunft aus 10 Komp. bestehen sollte. Die Regimenter Herberstorf, Blanckhart und Plarr wollte er ganz abdanken.

Da jedoch die Entlassung der Mannschaften hauptsächlich von den Mitteln abhing, über welche man verfügte, und diese keineswegs reichlich oder auch nur ausreichend waren, so kam man nicht sofort und mit einem Male damit zustande, sondern das ganze Geschäft zog sich Monate lang hin. Tilly selbst betrieb dasselbe übrigens mehr, weil es ihm befohlen war, als weil er die Verminderung der Truppen für notwendig oder nützlich erachtet hätte. Dem nach Heidelberg entsendeten Kommissarius Lerchenfeld erteilte er daher den Befehl, sich auf dem Bundestage wenigstens gegen die Herabminderungen der Kompagnien des Fußvolks auszusprechen. Nach seinem Urteile hätten die Besatzungen der von den Ligisten behaupteten Landstriche vielmehr bedeutend stärker sein müssen. Während er für das Erzstift Bremen drei Regimenter Fußvolk für unerläßlich erachtete, wollte oder konnte er doch nur der Schwierigkeit der Verpflegung wegen 1½ Regiment hineinlegen. Dasselbe Verhältnis zwischen der militärischen Notwendigkeit und der Möglichkeit der Unterhaltung stellte sich in den Gebieten von Verden, Minden, Hoya und den Weserschanzen, ferner für Braunschweig und Lüneburg heraus. Dagegen war man in Tillys Umgebung der Meinung, daß in den Grafschaften Oldenburg und Ostfriesland, wenn sie vom Regiment Fugger befreit sein würden, zwei Regimenter untergebracht werden könnten. Der Altmark hatte man für die nächste Zukunft und nach Auflösung des Herberstorfischen Regiments nur 10 Kompagnien Pappenheimer zugedacht; für Osnabrück, die Grafschaft Schauenburg und das Ravensbergische war nach der Abdankung der Regimenter Waldeck und Eckstädt ein Regiment bestimmt; dem Lande Hessen gedachte man die Unterhaltung der Artillerie und des Regiments Lindlo aufzuerlegen.

Diesen 11 Regimentern Fußvolk wollte man durch ihre Quartierwirte Unterhalt gewähren lassen; drei Regimenter aber, für welche kein Verpflegungsgebiet in dieser Verteilung ausfindig gemacht werden konnte, sollten ihren Unterhalt aus den Grafschaften Waldeck und Lippe beziehen.

Die Reiterei war Tilly entschlossen bis auf 4000 M. zu vermindern. Und zwar sollten nach diesem Plane die Regimenter Schönberg, Curtenbach und Cronberg in der Stärke von 26 Kompagnien in den von ihnen

besetzten Quartieren im Reich belassen werden. Das Regiment des Obersten Erwitte, bisher im Ravensbergischen liegend, ward dem Stift Lüttich zugedacht, während die Quartiere im Ravensbergischen für das Regiment Lindlo bestimmt wurden. Diese beiden Regimenter wollte man auf nur 13 Kompagnien herabsetzen.

Nach seinem Kostenanschlage für die Reiterei wollte Tilly ein Regiment von 10 Kompagnien für eine wöchentliche Löhnung von 3410 Reichsthalern oder 5115 Gulden unterhalten, wenn die Wirte den Mannschaften das Brot lieferten; Collaltos Ansätze waren etwas höher: die Wochenlöhnung betrug nach ihnen 5300 Gulden.

Dieser ganze Verteilungsplan wurde dem zur Bundesversamlung nach Heidelberg entsendeten Christof v. Lerchenfeld mitgegeben.[1]

Die Zusammenkunft Wallensteins und Tillys in Boizenburg.

Am 15. Nov. eröffnete Ferdinand II. den Kurfürsten von Mainz und Sachsen, daß er, nachdem endlich der Friede mit der Türkei zustande gebracht sei, Befehl zur Verminderung und Abführung der Truppen und zur Erleichterung der Militärlasten erteilt habe. In Boizenburg wird darauf Wallenstein auch Tilly von seinen Absichten in Beziehung auf Verminderung der Reiterei näher unterrichtet haben,[2] da er Arnim schon von hier aus um ein Gutachten über die Frage ersuchte. Allein nichts deutet darauf hin, daß der Herzog von Mecklenburg eine dauernde Herabsetzung der Armee, deren Oberbefehlshaber er war, in Aussicht genommen hatte. Er wünschte Arnim nur darüber zu hören, wie man diesen Winter über aus der Not eine Tugend machen und mit dem Volke in Norddeutschland auskommen könne. Im nächsten Frühling sollte dann ein Teil anderswohin geführt werden.

Ferner machte Wallenstein Tilly in Boizenburg darauf aufmerksam, daß die Verfügung über die oberländischen Quartiere ausschließlich Collalto anheim gegeben sei, dem in dieser Frage nach dem Kaiser die Entscheidung zustehe.

---

1) Memoriale vor den chf. Dt. in Baiern etc. rath und der hochlöblichen catholischen liga mitverordneten general kriegs commissarium ... herrn Christophen von Lerchenfeld ..... Stade 30. Dec. 1628.

2) Diese Zusammenkunft ist von Wallenstein veranlaßt worden, der am 17. Nov. von Krempe aus eine Einladung an Tilly zum 25. Novbr. erließ. Den Inhalt der Verhandlungen teilte Tilly dem Kurfürsten, Stade 6. Dez., mit. K. R.-A. in München. Tilly war am 30. Nov. wider nach Stade gereist. Wallensteins Schreiben an Arnim aus Boizenburg vom 26. u. 29. Nov. bei Förster 1. 403 f.

Der Kurfürst von Baiern suchte anscheinend durch schärfere Betonung seines Kriegseifers die drohende Verminderung der ligistischen Armee möglichst abzuschwächen. Er sprach noch einmal den Wunsch aus, Christian IV. in seinen Landen, also auf den Inseln, anzugreifen und empfahl Pappenheim, welcher ihm einen Angriffsplan eingesendet hatte, die Angelegenheit mit Wallenstein in Beratung zu ziehen. Noch vor dem Winter sollte der Anschlag mit Unterstützung des letzteren ausgeführt werden.[1] Pappenheim entwickelte darauf in Boizenburg beiden Generälen seinen Plan, wurde aber von Wallenstein damit abgewiesen, der angeblich über bequemere Mittel verfügte, um dem Feinde Abbruch zu thun. Sein politischer Scharfsinn witterte in einem solchen Beginnen die Veranlassung eines neuen Kriegssturmes, und sein Ehrgeiz fand jetzt in der Herbeiführung des Friedens sein Genüge. Er einigte sich daher auch mit Tilly über ein Schreiben an den Herzog Friedrich von Holstein, in welchem die Eröffnung der Verhandlungen in nahe Aussicht gestellt wurde. In den Beratungen der Generäle wurde der 16. Januar 1629 als der Tag des Beginns derselben festgesetzt.

Wallenstein trug in diesen Tagen Tilly gegenüber eine große Zuvorkommenheit zur Schau. Da er früher als der ligistische General in Boizenburg angekommen war, ging er ihm mit großem Gefolge bis zur Elbe entgegen (27. Nov.) und wies ihm auch das Schloß zu seinem Aufenthaltsorte an, während er selbst mit seiner Umgebung sein Quartier in einem Bürgerhause aufgeschlagen hatte. Dagegen begab sich der kaiserliche General täglich auf das Schloß zur Tafel, an der Tilly niemals teilnahm.[2]

Da Pappenheims Ehrgeiz durch die beiden Generäle keine Befriedigung erhalten hatte, wird es seinem emporstrebenden Sinne um so mehr geschmeichelt haben, daß ihn der Kurfürst im Anfange des folgenden Jahres von der Stelle eines Generalwachtmeisters zu Fuß zum General der Artillerie erhob. Der Kurfürst wollte hierdurch den sehr befähigten Offizier sich und der Liga erhalten, da die letzten Maßnahmen der ligistischen Heeresverwaltung in den höheren Offizierkreisen Mißstimmung erregt hatten, und gar mancher Offizier die Absicht hegte, je eher je lieber diesen sehr unsichern Dienst ganz zu verlassen und in die große kaiserliche Armee überzutreten. So wünschte der Graf v. Anholt je eher je lieber aus dem Verbande der ligistischen Truppen auszuscheiden. Man erteilte ihm den Bescheid, daß er sich bis zum Bundestage von Heidelberg, auf dem seine Entlassung zur Sprache gebracht werden mußte, zu gedulden habe.

1) Maximilian an Tilly.

2) Particular= vñ rechte Or= | dinari Zeitungen auß vnderschiedlichen | Orten, auff das 1628 Jahr. 4. Littera Z z z 70. K. B. in München.

Später befahl der Kurfürst Tilly sogar, den Obersten Gallas wegen seines barschen Abschiedsgesuches festzunehmen und seiner Stelle zu entsetzen.[1]

In der letzten Hälfte dieses Jahres rechnete man in Wien noch immer darauf, daß demnächst ein Kurfürstenkonvent zusammentreten würde, obwol selbst der Kurfürst von Mainz dem Kaiser recht unzweideutige Beweise seiner Abneigung zu teil werden ließ. Der Kurfürst erhob den Vorwurf gegen die kaiserliche Militärverwaltung, daß sie ihn der Mittel beraube, seine Verbindlichkeiten gegen die Bundesarmee zu erfüllen und dem Kaiser auf Konventen und Reichsversammlungen, wie gern er auch immer wolle, seine Dienste zu leisten.[2] Demungeachtet erhielt er freilich vom Kaiser den Auftrag, Johann Georg von Sachsen zum Besuche einer Kurfürstenversammlung zu vermögen, und sprach darauf auch die Hoffnung aus, daß Johann Georg nach der Befreiung der Ober- und Niederlausitz nebst Thüringens keinen Grund mehr haben werde, seine persönliche Teilnahme an einem solchen Tage zu verweigern. Allein die Erfüllung dieser Bedingungen schien ihm noch nicht nahe bevorstehend zu sein: rückte er doch dem Kaiser geradeswegs vor, daß seine eignen erfurtischen Dörfer nach kurzer Entlastung von neuem mit den Scharen des Regiments Draghi belegt worden waren. In der ersten Dezemberwoche trieb indessen der Kaiser Collalto doch an, sich die Abführung der Regimenter aus Thüringen angelegen sein zu lassen, weil er wünschte, daß „die Reichskonvente unverzüglich ihren Fortgang" gewinnen sollten.[3] Und auch Wallenstein zeigte sich geneigt, nachdem Erfurt dem Erzbischofe von Mainz eine Summe Geld zugesagt hatte, das erfurtische Gebiet zu verschonen, den Obersten Draghi zu entlassen und sein Regiment von 10 Komp. auf 5 herabzusetzen. Auf seinen Befehl sollte der Oberst Wolf Rudolf v. Ossa eine Anzahl Regimenter reformieren und zahlreiche Kompagnien derselben einziehen.[4]

Allein ungeachtet dieser scheinbaren Bereitwilligkeit der kaiserlichen Offiziere, die Einquartierungslasten zu vermindern, wurde von den Politikern vor der Hand kein Versuch mehr unternommen, eine kurfürstliche Versammlung oder gar einen Reichstag zusammenzuberufen. Je näher der Zeitpunkt rückte, an welchem die Friedensverhandlungen mit Dänemark eröffnet und — die geistlichen Güter zurückgefordert werden sollten, um so mehr trat der Gedanke, gerade jetzt die Königswahl vornehmen zu lassen, zurück.

---

1) Maximilian an Tilly, 7. März 1629. K. R.-A. in München.
2) Schreiben des Kurfürsten an den Kaiser vom 14. Sept. und 6. Nov. 1628.
3) Ferdinand II. an Collalto, Wien 5. Nov. 1628. Chlumecky 277.
4) Chlumecky S. 80—89.

1629.

Der Friede von Lübeck.

Der Friede von Lübeck im Zusammenhange mit der Politik Spaniens und den Zuständen Östreichs und des Reiches.

Der Friede von Lübeck ist keineswegs ausschließlich die Folge von Erwägungen, welchen die östreichischen Politiker die Reichsverhältnisse unterzogen. Auf die Entschließungen der kaiserlichen Politiker machten auch die dringenden Mahnungen des Königs von Spanien Eindruck, ihm nun endlich die Genugthuung zu gewähren, welche er so oft vergeblich gefordert hatte: die Niederlande in die Acht zu erklären und mit der Unterstützung Spaniens den Reichskrieg gegen sie zu eröffnen. Schien sich doch in einer Zeit, wo beide Schutzmächte des kleinen protestantischen Staatenbundes, Frankreich und England, in einem erbitterten Kampfe gegen einander begriffen waren, die beste Gelegenheit darzubieten, dem sehr gefährdeten niederländischen Staatswesen den völligen Untergang zu bereiten.

Am 6. Oktober 1628 berichtete der kaiserliche Gesandte in Madrid seinem Herrn, daß man in Spanien das dringende Bedürfnis fühle, sich der Mitwirkung der kaiserlichen und der ligistischen Truppen zu bedienen, um von den Holländern bessere Bedingungen bei dem Abschlusse eines neuen Waffenstillstandes zu erhalten, wenn man sich anders in Deutschland nicht entschließen wollte, mit den Rebellen gänzlich zu brechen.[1] Das kaiserlich-ligistische Heer sollte wenigstens eine drohende Stellung gegen dieselben einnehmen. Denn in Spanien herschte um diese Zeit eine ziemlich starke Verstimmung gegen den Kaiser und die Liga, die bisher eine so geringe Erkenntlichkeit für die militärische Unterstützung und die Summen, mit denen man den Bedürfnissen des kaiserlichen Hofes und nicht weniger Reichsfürsten zu Hilfe gekommen war, an den Tag gelegt hatten. Und da die wirtschaftliche Lage des Landes sich von Jahr zu Jahr verschlimmerte, da die auswärtige Politik immer größere Summen verschlang, zeigte man sich sogar den Friedensanerbietungen Englands und den Gesuchen der Niederländer um Erneuerung des Waffenstillstandes nicht gerade abgeneigt.

1) Der merkwürdige Brief befindet sich im K. K. H. H. u. St.-Archiv zu Wien.

Andrerseits suchte der Lenker der spanischen Politik den Kaiser und das Reich in einen Krieg gegen die Holländer zu verwickeln. Widerholt stellte der Graf Olivarez dem kaiserlichen Gesandten Khevenhiller vor, daß Spanien entweder mit England Frieden und mit Holland einen Waffenstillstand eingehen oder mit dem Kaiser und dem Reiche und den gehorsamen Kurfürsten ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis abschließen müsse, kraft dessen der Kaiser und das Reich mit Holland, England und den übrigen augenblicklichen und zukünftigen Feinden des Königs, dieser aber mit Dänemark, Schweden, dem Pfalzgrafen, den Türken und auch später auftretenden Gegnern zu brechen haben würde. Ähnliche Mitteilungen besonders über einen Frieden Spaniens mit England wurden von dem östreichischen Gesandten in Madrid auch dem Kurfürsten von Baiern und Wallenstein auf das ausdrückliche Verlangen des Grafen Olivarez kundgegeben. Ja der kaiserliche General wurde um ein besonderes Gutachten über die Ansprüche, welche man im Interesse des Kaisers und des Reichs, sowie des Kurfürsten von Baiern bei dem Frieden zu stellen habe, und ob nicht auch der König von Dänemark in denselben einzuschließen sein dürfte, ersucht. Spanien schien also nicht übel Lust zu haben, den Frieden geradezu im Namen des Reichs abzuschließen. Doch machte es seinen Verbündeten das Zugeständnis, daß der Kaiser und die Liga auch nach dem Frieden ein starkes Heer auf den Beinen erhalten könnten, zu dessen Unterhaltung der König jährlich einen beträchtlichen Teil der Kosten beitragen wollte.

Der Bescheid, welcher in München und in Wien auf diese spanischen Werbungen erteilt wurde, war im Grunde genommen ein ablehnender. Der Kaiser konnte bereits nach Madrid berichten, daß er Wallenstein und Tilly mit Weisungen zur Eröffnung der Verhandlungen versehen habe, und auch die den Generälen erteilten Bedingungen beifügen.

Er hob ferner die bekannte Abneigung des Hauptes der Ligisten gegen einen förmlichen Bruch mit den Holländern hervor, und machte dem Könige ziemlich deutlich bemerkbar, daß man auf diese Weise die deutschen Streitkräfte nur zur Bewältigung einer Aufgabe heranziehen wolle, die Spanien selbst auszuführen Bedenken trage. Der hierauf bezügliche merkwürdige Satz der von Khevenhiller dem Grafen Olivarez eingereichten Denkschrift lautet ungefähr: „Die Einquartierung des kaiserlichen und ligistischen Volkes an der holländischen Grenze hätte im verflossenen Jahr leicht Veranlassung zum Bruche, wie ihn der König verlange, gewähren können, wenn man spanischerseits den Holländern nicht Zeit und Gelegenheit gelassen hätte, alle ihre Macht wider das

kaiserliche und das ligistische Kriegsvolk zu verwenden".[1] Die Form freilich, in welche die ablehnende Antwort gekleidet wurde, ließ dem Könige von Spanien doch eine Hoffnung auf die Erfüllung seiner Absicht übrig. Der Kaiser versprach, die spanischen Anträge auf dem nächsten Reichstage mit dem Kurfürsten von Baiern und den übrigen Reichsständen in Beratung zu ziehen und sagte dem Könige seine Mitwirkung zu dem in Aussicht genommenen Unternehmen zu. Nur wollte er sich vorher noch versichern, ob unter diesem allgemeinen Bunde, auf welchen Spanien so stark hindrängte, eine ganz neue Vereinigung zu verstehen sei, und wie derselbe eigentlich zur Befriedigung des Königs, sowie zum allgemeinen Vorteil und zum Besten der Religion in das Leben zu rufen sei. Der Kurfürst von Baiern war in der Hauptsache mit dieser kaiserlichen Erklärung einverstanden, ließ aber noch hervorheben, daß er diese ganze Angelegenheit nur in Gemeinschaft mit den übrigen Kurfürsten zu erledigen imstande sei. Er wies ferner auf die immer stärker auftretende Neigung seiner Bundesgenossen zur Abdankung des größten Teils des ligistischen Heeres hin, und ließ durch Khevenhiller zur Verhütung der Abdankung um eine Unterstützung für dasselbe nachsuchen.

Unter diesen Verhältnissen erscheint die Beklommenheit, mit welcher man in Spanien den Friedensverhandlungen des Kaisers mit Dänemark entgegensah, wol erklärlich. Mußte doch die Hoffnung auf einen Reichskrieg gegen die Holländer nach dem Frieden des Kaisers mit Dänemark als eine weit geringere erscheinen, als während des Krieges der beiden Mächte. Daher wurde auch von Spanien aus das Ersuchen an Wallenstein gerichtet, vor dem Abschlusse der Verhandlungen Mitteilung von dem Stande der Dinge zu machen. Dem entgegen erhielt aber Wallenstein von Wien die Weisung, sich durch nichts in der Weiterführung der Verhandlungen aufhalten zu lassen, da Spanien keine andere vertragsmäßige Forderung erheben könne, als in diesen Frieden eingeschlossen zu werden. Und zugleich wies man darauf hin, daß der Friede Spanien auch sonst zu Gute kommen werde.[2]

Diese Zumutungen Spaniens an seine deutschen Verbündeten gingen Hand in Hand mit Rüstungen gegen Frankreich und zwar auch zur See, welche nicht bloß darauf berechnet waren, der Braut Ferdinands III. die glückliche Überfahrt in ihre neue Heimat zu sichern. Der katholische

---

1) Schreiben des Grafen Khevenhiller an den Grafen von Olivarez „ex domo den 18. Febr. 1629". K. H. H. u. St.-A. in Wien.

2) Antwort des Kaisers vom 23. Jan. 1629 auf ein Schreiben Wallensteins vom 10. Jan.

König schloß vielmehr nach einiger Zeit mit einem Unterhändler des Herzogs von Rohan einen Vertrag ab, in welchem er dem Herzoge monatlich 25000 Dukaten zusicherte, wenn derselbe mit einer genügenden Kriegsmacht in Languedoc einfallen und diesen Krieg so lange unterhalten würde, bis der französische König den Holländern seine Unterstützung entzöge. Eine Versammlung von Geistlichen, der man dieses Vorhaben unterbreitete, war mit dieser Unterstützung des Hugenottenführers durchaus einverstanden.[1]

Nun erreichten freilich diese Verhandlungen Spaniens über einen Frieden mit England und die Verlängerung des Waffenstillstands mit Holland ihren Abschluß zunächst nicht, ja sie wurden sogar nach einigen Monaten viel lauer betrieben, als früher. Allein man suchte trotzdem in Wien durch einen Sonderfrieden mit Dänemark dem Abschlusse Spaniens mit England zuvorzukommen und Dänemark auf diese Weise von den übrigen protestantischen Mächten des Nordens zu trennen. —

Selbstverständlich mußte auch die mantuanische Angelegenheit, für welche der Kaiser bereits seine Autorität eingesetzt hatte, die vorsichtigeren unter den östreichischen Politikern veranlassen, den Krieg im Norden seinem Ende entgegenzuführen, und von dem vergeblichen Versuche einer Eroberung Dänemarks abzustehen. Denn durch diese Wirren in Italien konnten sehr leicht kriegerische Unruhen im Westen des Reiches wider erweckt werden. Befürchtete man doch bereits einen Einfall der Franzosen in das Elsaß.

Alle diese Erwägungen über die Beziehungen des Reichs zu den Nachbarstaaten, welche einen Frieden mit Dänemark rätlich erscheinen ließen, traten freilich zurück hinter die Rücksichten, welche die östreichische Dynastie sich selbst und ihren deutschen Bundesgenossen widmen mußte. Diese Rücksichten auf die eigne Selbsterhaltung und das gute Einvernehmen mit den bisherigen deutschen Bundesgenossen wiesen aber alle auf einen Frieden mit Dänemark hin.

Indem sich Östreich endlich friedlichen Bestrebungen hingab, erfüllte es die sehnsüchtigsten Hoffnungen aller deutschen Stände und besonders auch der Liga. Auf der Bundesversammlung zu Heidelberg faßten die Ligisten den Beschluß, den Kaiser durch eine Gesandtschaft zu bitten, zuerst im Reiche die Ruhe wider herzustellen und darauf nötigesfalls mit gemeinem Rat und Zuthun der Reichsstände gegen diejenigen ausländischen Mächte vorzugehen, welche ihn stören würden.[2] Zu diesem

1) Khevenhiller an den Kaiser, Madrid 24. Jan. 1629.

2) Vgl. Aretin, Bayerns Auswärtige Verhältnisse S. 285. Gindely, Waldstein Bd. 2 S. 146 ff.

Behufe sollte Ferdinand II. einen kurfürstlichen Kollegialtag einberufen, auf welchem man diesen allgemeinen Reichsfrieden herstellen wollte. Falls man in Wien auf diese Forderungen nicht einging, waren die Mitglieder des katholischen Bundes entschlossen, sich durch Sonderverhandlungen auf eigne Hand zu helfen. Mit größter Entschiedenheit lehnte man die Zurückziehung der Bundestruppen aus den besetzten geistlichen und weltlichen Gebieten ab, falls man den Bundesständen nicht wenigstens eine annehmbare Gewähr für die Kostenerstattung leisten würde, und wollte die Landschaften nicht wider abtreten, es begehre sie auch, wer da wolle. Deutlicher, als sich die Ligisten auf dieser Bundesversamlung zu Heidelberg über ihre Stellung zu Spanien aussprachen, hätte es nicht wol geschehen können. Sie wollten den Kampf gegen die Niederlande, welchen Spanien durch Aufwendung von Hunderten von Millionen nicht hatte durchführen können, nicht auf sich nehmen: vielmehr sollte der Kaiser auf einer Reichsversamlung Vorschläge machen, wie das Reich vor den Holländern sicher gestellt werden könnte.[1]

Mehr als je fühlte man sich ferner in Wien im Betreff der Nachfolge im Reich unsicher. Man wußte genau, daß sich die Kurfürsten der Wahl Ferdinands III. zum römischen Könige so lange enthalten würden, als nicht Friede mit Dänemark geschlossen und Norddeutschland und die Gebiete der protestantischen Kurfürsten von dem kaiserlichen Kriegsvolke einigermaßen entlastet sein würden. Wenn aber der Kaiser, der in dem Winter von 1628 zu 1629 Monate lang an einem Fieber zu leiden hatte, vor der Königswahl und dem Friedensschlusse sterben sollte, so war die ganze Eroberung Norddeutschlands gefährdet, da an die Stelle des Reichsoberhauptes von selbst die Reichsvikare getreten wären und Wallensteins Feldhauptmannschaft ein schnelles Ende bereitet haben würden. Damit wäre aber auch dem östreichischen Hause die Aussicht verloren gegangen, das von Wallenstein auf Kosten des Reichs geworbene und unterhaltene Heer als ein östreichisches weiterzuführen und vom Reiche besolden zu lassen.

Noch dringlicher aber mußte ein günstiger Friedensschluß mit Dänemark denjenigen katholischen Ständen erscheinen, welche gewillt waren, bei der bevorstehenden Durchführung des Restitutionsedikts Waffengewalt in Anwendung zu bringen. Denn dieser Hoffnung gaben sich die katholischen Politiker doch nicht von vornherein hin, daß die bedrohten Protestanten in den niedersächsischen und westfälischen Stiftern die

1) Vgl. das Schreiben des Kaisers an den Kurfürsten von Baiern bei Gindely, Waldstein Band 2. 148.

Gelegenheit, sich vermittelst der Regimenter des dänischen und des schwedischen Königs in eine bessere Lage zu bringen, wie bisher ungenützt würden vorüber gehen lassen. —

Die Vorverhandlungen bis zur Zusammenkunft Wallensteins und Tillys in Voizenburg.

Der allzeit den Frieden suchende Herzog Friedrich von Gottorp hatte auch nach dem Abzuge der königlichen Heere aus der Halbinsel die Verbindung mit den dänischen Ständen und Reichsräten zur Anbahnung eines friedlichen Ausgleichs aufrecht erhalten. Auf seine Veranlassung richteten die letzteren am 27. Jan. 1628 a. St. ein Gesuch an den Kaiser, in welchem sie der Hoffnung Ausdruck gaben, daß derselbe der dänischen Krone und ihren Ländern keine Feindseligkeiten erweisen, sondern sich vielmehr Friedensverhandlungen geneigt zeigen werde.[1] Diesen Schritt thaten die Reichsräte, nachdem ihnen durch den Herzog Friedrich ein Friedensvorschlag Wallensteins mitgeteilt worden war, in welchem keiner Gebietsabtretung und keiner Schmälerung des Rechtes ihres Königs auf den Sund mehr gedacht wurde. Friedland stellte jetzt angeblich nur zwei Hauptforderungen an Christian IV., Verzichtleistung auf die norddeutschen Stifter und Zahlung einer Summe Geldes zur Befriedigung der kaiserlichen Armee in Jütland.[2] Allein der König hegte mit Recht Zweifel an der Wahrheit und Aufrichtigkeit dieser Mitteilungen und wollte sich vor allen weiteren Schritten von dem Vorhandensein einer kaiserlichen Vollmacht zu Friedensunterhandlungen überzeugen.

Nach einiger Zeit zeigte Herzog Friedrich den Reichsräten die nicht weiter beglaubigte Ernennung der Feldherrn, d. h. Wallensteins und Tillys, zu Friedensvermittlern an (1./11. April) und meldete zugleich, daß der Kaiser dem Könige die Wahl der Stadt überlasse, in welcher die Verhandlungen gepflogen werden sollten: nur Hamburg und Lübeck wollte Ferdinand II. von vornherein ausgeschlossen wissen.[3] Darauf schlugen die Reichsräte dem Herzoge Bremen vor und bezeichneten den

1) Wiener Friedensakten Fasc. III.

2) Über diese Vorschläge erstatteten die Reichsräte ein Gutachten, Kopenhagen 10./20. Jan. 1628. Erslev II. S. 102 f. Vgl. den Brief des Königs an die Reichsräte von demselben Tage bei Molbech S. 312 nebst der dazu gehörigen Anmerkung; Bricka og Fridericia, Kong Christian den Fjerdes Egenhaendige Breve. 2. Bind. 137 f.

3) Vgl. Erslev II. S. 126.

31. Mai a. St. als den zum Beginn der Verhandlungen passenden Tag. Die von den Reichsräten dem Könige empfohlenen Abgeordneten zum Friedenscongresse waren demselben genehm,[1] und Christian IV. schien anzunehmen, daß die Eröffnung der Versamlung demnächst von statten gehen könnte.

Den von den Kaiserlichen eingereichten Friedensbedingungen stimmten die Reichsräte im ganzen zu und stellten selbst zehn Punkte auf, welche sich der König vom Kaiser gewährleisten lassen sollte. Unter den ersteren fällt auf, daß man dem Könige angeblich gegen die Zahlung von 20 Tonnen Gold Holstein zurückgeben wollte, und daß für die Befreiung Jütlands und Schleswigs zur Deckung der Kriegskosten dieselbe Summe gefordert wurde. Einer solchen Auslösung der verlorenen Lande zeigten sich die Reichsräte nicht geradezu abgeneigt, die Abtretung der Herzogtümer dagegen wiesen auch sie zurück. Zur Verzichtleistung auf das Kreisoberstenamt und die norddeutschen Stifter, welche letztere der König zugleich im Namen seiner Söhne aussprechen sollte, rieten die Reichsräte schon damals: nur Krempe und Glückstadt wollten sie womöglich festhalten. Dagegen hatte der König nach der Anschauung der Reichsräte Schadenersatz für die Verwüstungen der Herzogtümer und Jütlands, sowie die freie Ausübung der augsburgischen Confession im ganzen römischen Reiche, wie sie vor dem Kriege bestanden hatte, zu fordern.[2]

Der König erwog darauf die ihm zugemuteten Opfer sehr ernstlich, ohne daß sich freilich sein unbeugsamer Sinn von der Notwendigkeit, sich demütigenden Bedingungen zu fügen, überzeugte. Er wollte zwar den niedersächsischen Kreis quittieren, das heißt, seine Armee abfordern, aber doch nur nach einem schiedsrichterlichen Ausspruche der Könige von Spanien, Frankreich und Polen. Er wollte für sich und seine Erben die niedersächsischen Bistümer darangeben, aber niemals seine Söhne weder mit Güte noch Gewalt zu einer Verzichtleistung anhalten.

In denselben Monaten, in welchen der Herzog von Gottorp diese ihm von den Kaiserlichen nicht eben in guter Absicht unterbreiteten Verhandlungen mit den dänischen Reichsräten fortspann, war der König bemüht, Mittel zur Wiedereroberung Jütlands herbeizuschaffen und den Bestand seiner kleinen Armee zum Schutze der ihm noch verbliebenen

1) Schreiben des Königs an die Reichsräte vom 28. April a. St.

2) Rigens raads underdanigste bedenckende anlangendis fredts forhandling, 29. April a. St. Erslev II. 129—132. Dazu das Schreiben des Königs an den Reichsrat, Kopenhagen 7. Mai a. St., bei Molbech 318 und Bricka og Friedericia a. a. O. 150 f.

Lande auf Kosten derselben zu sichern.[1] Und die Bemühungen der Reichsräte um den Frieden hielten ihn auch nicht von der Unterzeichnung des Bündnisses mit Schweden zurück. Endlich enthob ihn jedoch der Eindruck, welchen die Belagerung Stralsunds und die Verfolgung der maritimen Pläne der Östreicher in den Hansestädten hervorbrachten, allen weiteren Erwägungen über das Maß und die Grenzen seiner Nachgiebigkeit: mußte er doch aus diesen Zeichen erkennen, daß Dänemark noch immer mit dem Untergange bedroht war.

In Prag herschte nach dem siegreichen Vordringen der östreichischen Heere am Schlusse des Jahres 1627 die Besorgnis, daß man das Gewonnene nicht nur gegen Dänemark, sondern auch gegen Frankreich, England und Schweden und die Hansestädte werde verteidigen müssen. Der Kaiser selbst äußerte sich dahin, er werde den Krieg gegen Dänemark noch etwas laufen lassen. Man sprach davon, daß die spanische Flotte Wismar nehmen und den Sund sperren werde.[2]

Wallenstein war damals mit den Maßregeln, welche Schwarzenberg zu einer Landung auf den dänischen Inseln ergriff, durchaus einverstanden und befahl den kommandierenden Offizieren, ihn dabei in allem zu unterstützen. Damals hoffte er noch immer, die Dänen auf den Inseln heimzusuchen und hätte gern ein Bündnis mit Gustav Adolf abgeschlossen, um sich der Inseln desto eher zu bemächtigen.[3] „Alsdann könnte ich" — so lauten seine Worte — „die Anschläg, die man vom Hof proponiert hat, desto eher und sicherer annehmen." Diese Anschläge können nur darin bestanden haben, daß man im günstigen Falle womöglich mit Hilfe der dänischen Stände den Kaiser zum König von Dänemark machen wollte, nachdem Wallenstein diese Krone abgelehnt und sich mit dem ihm sicherer dünkenden Herzogtum Mecklenburg begnügt hatte. Später glaubte Wallenstein indessen, die Rüstungen zur See auch nach der entgegengesetzten Seite verwerten zu können. Er erklärte Arnim: „ich vermeine, wann wir uns der porti und Ström wol werden versichert haben, daß der Feind wird viel leidlichere Conditionen eingehen, insonderheit, wenn wir werden anfangen zu der See zu armiren, das wird ihren cervell a partito bringen, ich will zum Frieden gewiß mit Hand und Fuß helfen, allein

1) Vgl. die mit den Reichsräten hierüber gepflogenen Verhandlungen bei Erslev II. 123—129, 132—136. Dazu Molbech 316—319. Bricka och Fridericia a. a. O. 142—143.

2) Vgl. u. A. die Mitteilungen in Christophs v. Preysing Tagebuche bei Aretin: „Bayerns auswärtige Verhältnisse", Urk. S. 283.

3) Wallensteins Schreiben an Arnim in Försters Samlung 1. 264, 266 f. 271.

Mechelburg muß ich halten und darbei bleiben; denn im Wiedrigen begehre ich kein[en] Fried".[1] Schon als er dies schrieb, hatte er offenbar der Partei, welche den Krieg bis zur Eroberung Dänemarks fortsetzen wollte, den Rücken gekehrt. Bald trat er sogar mit einer gewissen auffälligen Entschiedenheit für den Frieden im Norden, aber zu gleicher Zeit für einen Türkenkrieg ein. Wir hören ihn die Stralsunder, die schlimmen Kerls, beschuldigen, Veranlassung zu geben, „daß kein Fried erfolge, und er, wie er willens sei, den Krieg gegen die Türken nicht werde transferiren können, denn an unser Seiten auch nit Leit mangeln, die gern den Krieg im Reich a la longa sehen thäten, aber ich bin ihnen mit Gottes Hilf durch den Sinn gefahren und J. M. dahin gebracht, daß sie drein bewilligt". Nach seiner Ankunft in Holstein, Ende April 1628, gedachte er damals die Verhandlungen zu beginnen.[2]

Dieser Umschwung in seinen politischen Ideen war der Grund, daß sich Wallenstein mit Schwarzenberg verfeindete, der trotz seiner Lebhaftigkeit dem Ideenfluge des Generals nicht zu folgen vermochte und ihm daher als politisch unbrauchbar erschien, wie oben näher dargelegt worden ist.

Um diese Zeit scheint auch der Herzog Friedrich vom kaiserlichen Hofe oder von Wallenstein eine Hoffnung erweckende Andeutung erhalten zu haben, denn er ging den Kaiser gegen die Mitte des Mai wirklich um die Festsetzung des Ortes und der Zeit für die Eröffnung eines Friedenskongresses an und schlug Lübeck als die dazu geeignete Stadt und die letzten Tage des Mai oder den ersten Juni als Eröffnungstag vor.

Sein Schreiben wurde jedoch zunächst Wallenstein zugleich mit einem Gesuche der Reichsräte, wahrscheinlich dem oben erwähnten vom 27. Jan. a. St., übersendet, der darauf beide am 4. Juni Ferdinand II. zugehen ließ. Dabei sprach der General zugleich den Wunsch aus, die Bittsteller an ihn zu verweisen, der ja eben im Begriff war, als Herzog von Mecklenburg seinen Einmarsch in Norddeutschland anzutreten. Zugleich riet er dem Kaiser, den Kurfürsten von Baiern in Kenntnis zu setzen, damit er Tilly Auftrag gebe, sich durch Vertreter an den Verhandlungen zu beteiligen. Obgleich Wallenstein in dem Kaiser keine Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang derselben erweckte, sprach er doch den Wunsch aus, sie möglichst bald zu eröffnen. Die Welt sollte sehen, daß der Kaiser niemals ausschlage, was zur Ruhe und Einigkeit der Christenheit gereichen könne. Darauf erhielt der General die erste Vollmacht von Ferdinand II., der sich jedoch die „Ratification" der Friedensbedingungen vorbehielt.

1) Wallenstein an Arnim, Prag 23. Jan. 1628. Förster a. a. O. 1. S. 281.

2) Wallenstein an Arnim, Gitschin 27. Febr. 1628. Förster 1. 308.

Und nun erſt wurde das Schreiben der däniſchen Reichsräte vom 27. Jan. a. St. vom Kaiſer einer Antwort gewürdigt.[1]

Vom Feldlager vor Stralſund aus erinnerte dann der kaiſerliche Feldhauptmann ſeinen Kriegsherrn wider an das gute Vorhaben, da Tilly noch keinen Auftrag erhalten hatte.

Denn Maximilian von Baiern hatte ſich auf die Anregung des Kaiſers zunächſt an die ligiſtiſchen Kurfürſten gewendet, um nicht auf eigne Fauſt zu handeln. Endlich äußerte er ſich am 27. Juli dahin, daß er Tilly Auftrag erteilen werde. Aber er wie ſeine Mitkurfürſten waren der Meinung, daß ſich der ligiſtiſche General nicht als Wallenſteins „Aſſiſtenzrat und Adjunkt, ſondern als ein kaiſerlicher Mitkommiſſarius“ an den Verhandlungen zu beteiligen habe, wie es zu Braunſchweig der Fall geweſen war. In Wien hatte man im allgemeinen gegen dieſe Forderung nichts einzuwenden, doch wahrte man ausdrücklich Wallenſtein ſchon ſeines Fürſtenſtandes wegen, dann aber auch als einem unmittelbaren kaiſerlichen General den Vorrang, der natürlich auch auf ſeine Stellvertreter übergehen ſollte. Dagegen wurde die Forderung, daß die Genehmigung der Friedensbedingungen durch den Kaiſer mit Zuziehung einiger oder aller Kurfürſten erteilt werden ſollte, ausweichend beantwortet und ihre Erfüllung von dem Ausgange der Verhandlungen abhängig gemacht.[2]

Der Kaiſer war ſelbſtverſtändlich nicht geneigt, den proteſtantiſchen Kurfürſten einen Anteil an der Beilegung ſeines Kampfes mit dem proteſtantiſchen Könige zu gewähren, was, wie er ſich ausdrückte, den katholiſchen Kurfürſten nachteilig ſein könnte. Aber er wollte auch die Teilnahme der letztern auf ein möglichſt geringes Maß beſchränken oder ſie wol gar unmöglich machen. Er erwiderte Maximilian, daß man vielleicht den Abſchluß auf Bedingungen hin erreichen könnte, deren Genehmigung auch der geringſte Verzug nachteilig ſein würde. Die Beſorgniſſe der katholiſchen Kurfürſten ſuchte er durch den Hinweis auf die Teilnahme Tillys an den Verhandlungen zu verſcheuchen. Später machte der Kaiſer den Kurfürſten von Baiern mit dem Wallenſtein erteilten Auftrage bekannt, und gewährte ihm das Zugeſtändnis, daß „die Publikation“ des Friedens mit Zuziehung etlicher oder aller Kurfürſten

1) Ferdinand II. an Wallenſtein, Wien 10. Juni. An demſelben Tage iſt das Schreiben an die däniſchen Reichsräte auf ihr Geſuch vom 27. Jan. a. St. 1628 gezeichnet. Wien.

2) Relatum hoc votum Badenae 8. Aug. praes. principe ab Eggenberg et comite Meggau. Placuit per omnia. Wien. Dazu die Schreiben des Kaiſers an Maximilian und Tilly vom 14. Aug.

erfolgen sollte. Im übrigen hatte er Wallensteins Ermessen alles anheimgestellt. Allein Maximilian bestand darauf, daß an die Stelle des dem Anschein nach von Stralendorfs Hand am Rande eingetragenen Wortes Publikation wider Ratifikation gesetzt werde, und begründete seine Forderung mit der für den Kaiser nicht eben schmeichelhaften Bemerkung, daß „die Ratifikation" einen größeren Eindruck hervorbringen werde.[1] Die Dänen schlugen damals Lübeck und Hamburg als die ihnen bequemen Orte vor, während Wallenstein ihnen Kiel und Lauenburg nannte.

Nicht lange darauf ließ der König eine Erklärung drucken, in welcher er unter Beifügung der Urkunden aller Welt beweisen wollte, daß er stets nach Frieden getrachtet habe, durch welche er aber auch seine lauen Freunde und Bundesgenossen zu einer um so kräftigeren Unterstützung zu bewegen hoffte.[2] Die Besorgnis, daß die europäischen Gegner des Hauses Habsburg den zum zweiten Male von der deutschen Nordküste vertriebenen König auch ein drittes Mal unter die Waffen rufen könnten, beschleunigte zuletzt doch die kaiserlichen Entschließungen, so daß sich Wallenstein und Tilly in ihrer Zusammenkunft zu Boizenburg (27. Nov.) über Ort und Zeit des Beginns der Friedensverhandlungen verständigten.

Christians IV. Friedensneigungen.

Der Eindruck, welchen die Niederlage des Königs in Pommern auf die dänische Bevölkerung machte, war ein sehr niederdrückender: der Reichsrat wünschte, daß der König mit seinen Söhnen schleunigst in das Land zurückkehren möge,[3] da man die größte Besorgnis um ihr Wolsein und zugleich Furcht vor einer Landung des Feindes hegte. Wie gern hätten die Reichsräte damals die 4000 Reiter, welche sich noch im Lande befanden, gegen 4000 M. gutes schwedisches Fußvolk hingegeben.

Unter diesen Verhältnissen darf an den Friedensneigungen des Königs nicht gezweifelt werden. Am liebsten wäre es ihm freilich gewesen, wenn er den Kaiserlichen mit den Waffen in der Hand wider hätte abnehmen können, was er durch die Überlegenheit und das Zusammenwirken ihrer Streitkräfte, die Unbeständigkeit seiner Bundesgenossen und seine und seiner Untergebenen zahlreiche Mißgriffe verloren hatte.

1) München 31. Aug. Maximilian an Ferdinand II.

2) Diese Deklaration ist am 14. Sept. 1628 a. St. gezeichnet.

3) Vgl. hierzu das Schreiben der Reichsräte an den König vom 21. August a. St. bei Molbech a. a. O. S. 322 ff. und Erslev II. 139 f., sowie die darauf folgenden Aktenstücke des letztgenannten Werkes.

Denn immer noch regte sich in ihm eine Hoffnung auf die Unterstützung auswärtiger Mächte: selbst Kursachsen nahm in seinen Erwägungen noch eine Stelle ein.[1] Er hielt es nicht für ganz unmöglich, daß Johann Georg im Geheimen die Städte zu seiner Unterstützung bewegen und ihm selbst heimlich Geld auf Wechsel zukommen lassen könnte; dann wollte er im nächsten Frühjahre den Frieden mit den Waffen in der Hand machen. Der ausgetriebene Herzog von Schwerin erhielt den Auftrag, dem Kurfürsten davon Mitteilung zu machen, aber ihm auch zu versichern, daß sich der König den Friedenstraktaten, welche die Kurfürsten dienlich erachteten, fügen würde. Christian IV. wollte den Tag zu Kiel seinen Fortgang nehmen lassen, obwohl ihm zu derselben Zeit sehr ironische Ausdrücke gegen denselben entschlüpften.[2]

Zur Unterstützung seiner Unternehmung im nächsten Frühjahre gedachte er zugleich Schweden heranzuziehen. Um in Jütland oder Schleswig wider festen Fuß zu fassen, ließ er Oxenstierna ersuchen, sich bei Gustav Adolf um Überlassung von 8000—10000 M. gutes Fußvolk unter tüchtigen Führern zu verwenden, die auf schwedischen Schiffen nach der Halbinsel übergeführt und auf Kosten Gustav Adolfs 6—8 Wochen unterhalten werden sollten.[3] Christian IV. hoffte aus mehreren Gründen auf günstigen Bescheid: denn noch war er der ihm in seinem Bündnisse mit Schweden verheißenen Schiffe nicht teilhaftig geworden und leistete für den Rest des Jahres auf sie Verzicht; andererseits war er Gustav Adolf in der Stralsunder Angelegenheit zu willen gewesen und hatte ihm überdies das Reiterregiment des Rheingrafen überlassen. Und dazu versprach er ihm erforderliches Falles auch Ersatz.

Es wird nicht daran zu zweifeln sein, daß Oxenstierna seinem Könige diesen Wunsch nahe gebracht hat. Allein Gustav Adolf scheint ihn nicht einmal in Erwägung gezogen zu haben.

Um so eifriger mußte der dänische König für die Sicherung Fünens im nächsten Winter besorgt sein. Obgleich die fünischen Stände bittere Klagen über die Verminderung und Verarmung der Einwohner ausstießen,

---

1) Christian IV. an den Herzog Adolf Friedrich von Schwerin, Kopenhagen 3. Okt. a. St. (C. F. Bricka og J. F Fridericia, Kong Christian den Fjerdes Egenhaendige Breve, 2. Bind. 164 f.

2) In einem zweiten Schreiben aus Kopenhagen vom 3. Okt. 1628 a. St. an den Herzog von Schwerin (rec Torgau 6. Nov. a. St.) gedenkt er einer fabrica pacis in Kiel.

3) Raadernes Memorial til Axel Oxenstierna, 26. Septbr. a. St. Erslev, II. 171—173.

ließ er Truppen aus Seeland heranziehen und traf auch die erforderlichen Maßregeln für die Unterhaltung der Flotte im nächsten Jahre. —

Der Herzog Friedrich von Gottorp hatte endlich seiner Versicherung nach bei Wallenstein so viel durchgesetzt, daß die Verhandlungen am 6./16. Jan. 1629 in Hamburg oder in Kiel ihren Anfang nehmen sollten;[1] und da in Hamburg die Pest war, erklärte sich endlich Wallenstein auch mit Lübeck einverstanden. An den Personen, welchen der König seine Aufträge erteilen wollte, fand er ebenso wenig etwas auszusetzen. Der Herzog von Gottorp führte in diesen ersten Zeiten die Verhandlungen zwischen den Parteien und erhielt durch seinen Geheimen Rat Ägidius v. d. Lancken zugleich den Kurfürsten von Sachsen auf dem Laufenden.

Johann Georg war, obwol die Evangelischen im Reiche der größten Gefahr entgegen gingen, mit den Friedensmaßnahmen der kaiserlichen Politik völlig einverstanden. Er hatte nichts dagegen einzuwenden, daß der Kaiser zwei hohe katholische Offiziere zu Friedensstiftern ausersehen hatte und keinen eigentlichen Vermittler zulassen wollte. Ja er scheint eine gewisse Beruhigung darin gefunden zu haben, daß man seine Vermittelung nicht anrief und weigerte sich geradezu, für seinen künftigen Schwiegersohn, den Herzog Friedrich, im voraus bei Ferdinand II. Verwendung einzulegen. Die unverglichenen Punkte würde man ja doch an die kaiserliche Majestät und das kurfürstliche Kollegium bringen und ihre Entscheidung erwarten müssen![2]

Christian IV. zeigte sich zuletzt einer Zuziehung der Kurfürsten nicht gerade abgeneigt, nur sollte ihnen nicht die Leitung der Verhandlungen übertragen werden und sie auch in dem Vertrage selbst keine Erwähnung finden.

Bevor er noch des Ortes und der Zeit ganz versichert war, hatte der König seinen Unterhändlern die erforderlichen Weisungen erteilt.[3] Zu den letzteren gehörte die Verpflichtung, für die Erhaltung der Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises bei dem Religionsfrieden einzutreten und überhaupt die freie Übung des augsburgischen Bekenntnisses

---

1) Erslev II. 167. Schreiben des Herzogs an die Reichsräte vom 1. Dez. a. St.

2) Johann Georg an den Herzog Friedrich Wernsdorff, 11. Dec. a. St. 1628. K. G.-A. in Kop.

3) Die Instruktion trägt keine Tagesangabe (den Novembris 1629) und findet sich in dem Foliobande Instrux. 1613—1669 im K. G. A. zu Kop. Dazu gehört noch ein „Ferner Befehlich und Gewalt, dessen sich unser .. nach Lübeck ... deputierte Bevollmächtigte .. zu gebrauchen. Schloß zu Copenh. den Nov. 1628. In Fridericias Werk, Danmarks ydre politiske Historie I. S. 37 wird der 6. Nov. a. St. als Tag der Abfassung angegeben.

zu fordern. Insonderheit verwendete sich der König für alle diejenigen Personen aus dem Reiche, welche einst seine Partei ergriffen hatten. In einem Zusatze werden der Administrator von Magdeburg, beide Herzöge von Mecklenburg, der Graf von Solms und der Rheingraf namentlich als in diesen Frieden einzuschließende Personen genannt. Auffällig ist, daß der König die Unterstützung des Kaisers forderte, wenn er dieses Friedens halber von jemand angegriffen werden sollte: er hegte offenbar Besorgnisse vor Schweden. Jener Zusatz enthält auch noch den Bescheid auf eine Reihe von Bedingungen des Feindes, auf welche man sich in Dänemark im voraus gefaßt gemacht hatte.

Seinen Reichsräten scheinen diese Bedingungen nicht völlig genügt zu haben: wenigstens erhob Skeel mehrere Einwendungen. So schien es ihm bedenklich, die Wahrung des Religionsfriedens im niedersächsischen Kreise vom Kaiser zu begehren: der König sollte sich vielmehr jeglicher Einmischnng in deutsche Verhältnisse, so weit sie nicht seine eignen Länder betrafen, gänzlich enthalten.[1]

Die Geleitsbriefe, welche Friedland endlich Ägidius v. d. Lancken einhändigte, erregten jedoch trotz aller Vorverhandlungen den Argwohn des Herzogs von Gottorp. Friedrich fand den kaiserlichen sehr behutsam abgefaßt, und an dem Wallensteins war ihm anstößig, daß sich derselbe immer noch als General des baltischen und oceanischen Meeres bezeichnete, was im kaiserlichen nicht geschehen war.

Der Gang der Unterhandlungen bis zur Einreichung der ersten kaiserlichen Friedensbedingungen.

Wallenstein hatte von Güstrow aus nicht weniger, als vier Unterhändler mit den Verhandlungen betraut: den Freiherrn *Hannibal* v. Schaumburg, kaiserlichen Obersten und Generalwachtmeister über die Infanterie, der noch dänischer Kriegsgefangner war und nur zum Behuf dieser Friedensvermittelung einstweilen seine Freilassung erhalten hatte, den Generalkommissarius Aldringer, sowie den Obersten seines Regiments, Freiherrn Johann Balthasar v. Dietrichstein und den Hofkammerrat Walmerode.[2] Von diesen nahm freilich der sich zu Anfang des Jahres 1629 in Wien aufhaltende Aldringer erst nach seiner Rückkehr an den Verhandlungen Teil.

---

1) Albret Skeels Betaenkning o. Tagesangabe. Erslev II. 171.

2) Ihre Vollmacht ist Güstrow am 11. Jan. ausgestellt.

Als die Abgeordneten Wallensteins am 21. Jan. in Lübeck eintrafen, fanden sie die Dänen mit beträchtlichem Gefolge schon anwesend: den königlichen Kanzler Christian Friis, den Reichskanzler Jakob Ulfeld und den Reichsrat Albert Skeel nebst den drei Deutschen, Levin Marschalk, Detlev und Heinrich Ranzau.[1] Levin Marschalk war der deutsche Kanzler des Königs.

Tillys zwei Vertreter, der oft erwähnte bairische Rat Ruepp und der Graf v. Gronsfeld, erschienen einen Tag später, als die wallensteinischen. Diese letzteren nahmen im Bischofshofe zu Lübeck Wohnung.

Schon am 23. Januar erfolgte die Übergabe der Vollmachten. Da jedoch die Wallensteiner nur zu Verhandlungen mit den dänischen Reichsräten, nicht mit dem Könige selbst Auftrag erhalten hatten, erhoben die Dänen Einspruch und stellten die Forderung, daß die kaiserlichen Gewaltbriefe gleich den dänischen ausgefertigt werden sollten. Sie sprachen ferner ihr Befremden darüber aus, daß den Vollmachten der Vertreter Wallensteins zufolge alles auf Bericht an den Kaiser gestellt bleiben sollte, und somit auch Wallenstein das Recht, endgiltige Beschlüsse zu fassen, vorenthalten war. Sie wünschten eine zuverlässigere Gewährleistung für die Genehmigung der Friedensbedingungen durch den Kaiser. Die Dänen wahrten endlich ihrem Könige sein Recht auf die nordischen Meere, denn „der General des oceanischen und baltischen Meeres" erregte ihren Argwohn noch immer. Die von Wallenstein geforderte gänzliche Losgebung des Freiherrn v. Schaumburg wurde als ein dem Könige ausschließlich zustehendes Recht von ihnen in Anspruch genommen. Endlich waren die Dänen auch bemüht, den König von dem gegen ihn erhobenen Vorwurfe, den Krieg begonnen zu haben, zu reinigen.

Auf diese Ausstellungen und Gesuche der Dänen erteilten die kaiserlichen Vermittler eine ziemlich ausführliche Antwort, in welcher sie an dem Rechte Wallensteins auf seinen stolzen Titel festhielten und dasselbe mit dem Rechte des Kaisers und des Reichs auf die beiden nordischen Meere und die in dieselben mündenden Ströme und Flüsse begründeten.[2]

Trotzdem wurden Änderungen in der kaiserlichen Vollmacht in Aussicht gestellt. Nach einigen Tagen wurde dann von beiden Parteien der förmliche Beschluß gefaßt, daß die Friedensverhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Könige stattfinden, und daß der Friedensvertrag selbst von dem Kaiser und dem Könige vollzogen werden sollte. Im Laufe von acht Wochen

---

1) Die Instruktion derselben bei Londorp, Bd. III. (J. 1668). S. 1678.

2) Die Denkschrift der Dänen ist vom 26. Januar a. St. Die Kaiserlichen erteilten ihre Antwort schon den Tag darauf.

wollten die Vertreter des Kaisers die geänderte Vollmacht vorlegen. Beide Teile einigten sich ferner schriftlich dahin, diese Vorverhandlungen überhaupt als nicht geschehen anzusehen und alsbald zur Hauptsache überzugehen.

Am 5. Febr. richtete Wallenstein schon die Bitte an den Kaiser, die Vollmacht auf Verhandlungen mit dem Könige auszustellen, da ihm das rühmlicher sei, als mit den Reichsräten zu verhandeln. Auch die Genehmigung dessen, was die Unterhändler beschließen würden, empfahl er, erteilte aber die Versicherung, daß weder er noch Tilly einen wichtigeren Beschluß fassen würden, ohne sich im voraus der kaiserlichen Genehmigung zu versichern.[1] Tilly gab er schleunigst von diesem Schritte Kenntnis und übersendete ihm zugleich eine Abschrift des an den Kaiser gerichteten Schreibens.

Der dänische Reichsrat Skeel begab sich darauf zum Könige, um Bericht zu erstatten und die Genehmigung desselben zu diesen Vorbeschlüssen einzuholen. Am 9. Febr. n. St. kehrte er mit derselben nach Lübeck zurück.

Am Tage darauf überreichten die dänischen Bevollmächtigten die von dem Könige gestellten Bedingungen. Nach denselben hatten der Kaiser und der katholische Kurfürst alle ihre Truppen aus den besetzten Fürstentümern und Landschaften ohne Beschädigung der Unterthanen abzuführen, alle bisher besetzten Städte und Orte samt den ehemals vorhandenen Kriegsvorräten und allen Vermögensstücken zurückzugeben, die erwiesenen Schäden zu vergüten und die Gefangenen freizulassen.[2] Der König nahm die Erhaltung der Fürsten und Stände des niedersächsischen Kreises bei der freien Übung der augsburgischen Konfession, wie sie Karl V. übergeben worden war, und den Schutz der Rechte seines Sohnes auf die Bistümer in Anspruch, in denen er postuliert war. Er verwendete sich ferner für die Sicherheit seiner Unterthanen im Reich, ja sogar für *seine* ehemaligen Bundesgenossen, welche ihn so bald verlassen hatten, und für die in seinen Dienst eingetretenen Reichsangehörigen. Der Kaiser sollte

1) Ungedrucktes Schreiben Wallensteins an den Kaiser vom 5. Febr. Dazu sein Brief an Collalto vom 6. Febr. bei Chlumecky 96 f. Nach Londorp, Acta publica II. S. 1410 und Khevenhiller, Annales XI. 668 soll der Generalwachtmeister Hannibal v. Schaumburg dem Kaiser diese Gesuche seines Feldherrn damals überbracht haben.

2) Proposositioñes, den Kaiſ. Herrn Subbelegirten von den Kön. Dännemärkiſchen Herrn Commissarien übergeben, Lübeck d. 10. Febr. 1629, K. R.-A. i. München. Ein ungenauer Abdruck dieser Bedingungen ist in Londorps Samlung, Band III. 1078 f. (J. 1668) und in Khevenhillers Annales XI. 667 f. enthalten.

allen Ansprüchen an dieselben entsagen und eine allgemeine Amnestie erlassen. Ferner wollte Christian IV. die Könige von Frankreich, Großbritannien und Schweden samt den vereinigten Staaten von Holland in den Frieden eingeschlossen wissen. Daß auch er den Frieden für eine lange Zeit zu schließen gedachte, bewies sein Gesuch, daß Zwistigkeiten zwischen dem Kaiser und dem Könige und ihren Nachfolgern durch Schiedsrichter ausgeglichen werden möchten: und eine große Besorgnis für die zukünftige Sicherheit seiner eignen Lande verriet der Versuch, durch diesen Frieden den Kaiser, sowie die Fürsten und Stände des niedersächsischen und anderer Kreise zur Hilfsleistung zu verpflichten, falls er wegen desselben einen feindlichen Angriff zu erdulden hatte.

Da natürlich weder die kaiserlichen noch die ligistischen Unterhändler imstande waren, auf diese Forderungen eine befriedigende Antwort zu erteilen, reisten der Generalwachtmeister v. Schaumburg und Walmerode zu Wallenstein nach Güstrow, während die Ligisten die Vorschläge an Tilly übersendeten.[1]

Die von dem besiegten Könige geltend gemachten Ansprüche sollen den stolzen, siegreichen General angeblich außerordentlich in Wallung gebracht haben, so daß er ausrief, er werde in Rügen 60 Kriegsschiffe zusammenbringen und den Frieden wol machen. Doch teilte er die Bedingungen der Dänen dem Kaiser durch einen besonderen Eilboten mit, der Güstrow am 13. Febr. verließ.

Da voraussichtlich eine geraume Zeit dahinging, bevor man von Wien Antwort erhalten konnte, kam Wallenstein auf den Gedanken, die Ungeduld der Dänen durch die Einreichung der ihm bereits bei seiner Ernennung zum Friedensvermittler vom Kaiser übergebenen Bedingungen, welche auf seine Veranlassung noch um einige Punkte vermehrt worden waren, zu beschwichtigen. Denn auf Wallensteins Betreiben wurde damals der von Maximilian und den Ligisten sehnsüchtig gewünschte Schadenersatz für die treuen Kurfürsten und Stände, d. h. für die Mitglieder der Liga, in Anspruch genommen und zugleich das Ansinnen an den König gerichtet, auf die westfälischen Stifter Verzicht zu leisten. Aber auch für den Kaiser selbst forderte Wallenstein damals Entschädigung. Diese vermehrten Friedensbedingungen übersendete der General seinem Generalwachtmeister am 25. Febr. zur Mitteilung an die Vertreter Tillys.

1) Eine sehr ausführliche Schilderung der Einzelheiten der Verhandlungen in diesen Februartagen enthält ein Schreiben des Grafen v. Gronsfeld und Ruepps an Tilly, Lübeck 17. Febr. 1629. Aus diesem geht hervor, daß Wallensteins und Tillys Abgeordnete in Lübeck mit dem wirklichen Friedensprogramm Wallensteins unbekannt waren.

so daß sie den Dänen noch mehrere Wochen vorenthalten wurden, da sie von den Unterhändlern noch zur Kenntnis des ligistischen Generals gebracht werden mußten. Ruepp und Gronsfeld erschien besonders der Punkt wegen der Erstattung der Kriegskosten an die Ligisten besserungsbedürftig. Von ligistischer Seite forderte man außerdem die Rückgabe der Insel Fehmern und die Verzichtleistung des Königs auf die Erhöhung des Sundzolles.

Die kaiserlichen Bevollmächtigten kehrten bald von Güstrow nach Lübeck zurück, da ihrem Auftraggeber sehr viel daran gelegen war, die Verhandlungen mit den dänischen Abgeordneten fortzuspinnen. War doch Wallenstein entschlossen, das Äußerste an die Herbeiführung des Friedens mit Dänemark zu setzen, obgleich sich das Mißtrauen gegen seine Aufrichtigkeit noch nicht beschwichtigen ließ. Man zweifelte an derselben, weil man der Meinung war, daß sein Ansehen mit der Niederlegung der Waffen sinken werde, und glaubte vielmehr, daß er den Ehrgeiz besitze, dem Kaiser alles unter die Füße zu legen.

Gegenbestrebungen der mit Dänemark befreundeten Mächte.

Gustav Adolf.

Als Wallenstein die östreichischen Politiker dazu bewog, den Friedensgesuchen der dänischen Reichsräte nachzugeben, wurde er auch von der Besorgnis geleitet, daß Gustav Adolf, der bereits Stralsund in seinen Schutz genommen hatte, demnächst mit noch größerer Macht in Norddeutschland auftreten würde. Und keinen Gedanken erwog der Heldensinn des Königs in den letzten Monaten dieses Jahres 1628 eifriger, als diesen. Er befahl deshalb Oxenstierna, den Reichsräten die *ganze* augenblickliche Lage des Staates vor die Augen zu führen und sie schon jetzt darauf vorzubereiten, daß der Krieg mit den Kaiserlichen unausbleiblich sei. Und dieser legte seinen Genossen in einer ausführlichen Denkschrift die Frage vor, ob es für Schweden geratener sei, die Kaiserlichen und ihre Verbündeten bei Kalmar und Stockholm zu erwarten und ihnen erst hier entgegenzutreten, oder ihnen bei Stralsund die Stirn zu bieten. Verhandlungen mit dem Kaiser wollte indessen auch er noch nicht ganz zurückweisen.[1] In einem umfangreichen Schreiben an den

1) Axel Oxenstierna an den Reichsrat, Elbing 30. Nov. 1628, Nya Handlingar rörande Skandinaviens Historia. Femtonde Delen 23—42, Arkiv till upplysning om Svenska Krigens och Krigsinrättningarnes Historia I. 5—14.

König, in welchem er dieſes Problem der Zukunft nach allen Seiten hin erörtete, ſtellte er das Urteil Guſtav Adolfs vor die Entſcheidung, im nächſten Jahre den Krieg gegen Polen als einen Angriffskrieg und den Kampf für Stralſund nur verteidigungsweiſe zu führen oder das umgekehrte Verfahren einzuſchlagen. Dann gab er dem Könige noch zu bedenken, ob ſich in Schweden die Mittel finden würden, den Angriff ſowol gegen den König von Polen wie gegen den Kaiſer zu richten. Und er war zugleich aufrichtig genug, mit ſeinem perſönlichen Urteil nicht hinter dem Berge zu halten. Er ſelbſt erachtete es für das Beſte, im nächſten Jahre einen Offenſivkrieg gegen Polen zu führen und ſich in dem Kampfe gegen den Kaiſer auf der Linie der Verteidigung zu halten und führte natürlich für die Ausführung ſeines Planes eine Reihe von Gründen in das Feld.[1]

Aber die Anſchauungen ſeines Königs hatte der Kanzler damit nicht getroffen.[2] Guſtav Adolf war vielmehr ganz erfüllt von der Aufgabe, im Laufe des nächſten Jahres den Kampf in Deutſchland mit Achtung gebietender Streitmacht zu beginnen und in Preußen eine defenſive Haltung einzunehmen. Nicht weniger als zwölf Gründe ließen ihm gerade dieſe Art des Eingreifens in die Kämpfe der Zeit rätlich erſcheinen. Er hoffte auf dieſe Weiſe Wallenſtein von Preußen zurückhalten, Stralſund gegen eine erfolgreiche Belagerung ſichern und den kaiſerlichen General daran hindern zu können, ſich mit erdrückender Macht auf den König von Dänemark zu ſtürzen. Auch den Einfluß, welchen ſein Auftreten in Norddeutſchland auf die niedergedrückten Gemüter der Deutſchen, auf die Hanſeſtädte und auf Dänemark gewinnen mußte, ſchlug er ſehr hoch an. Zur Sicherung von Stralſund ſchien es ihm geradezu notwendig zu ſein, im nächſten Jahre eine verhältnismäßig ſtarke Armee nach Pommern zu werfen.

In einer Beratung der wichtigen Frage, zu welcher er ſofort nach ſeiner Heimkehr aus Preußen die in Stockholm anweſenden Reichsräte zuſammenberief, fand der Plan des Königs vollſtändige Billigung. (15./25. Dez.)

In dieſen Verhandlungen wird der Lage Schwedens, falls ſich Öſtreich zu einem Frieden mit Dänemark bequemen würde, nicht gedacht; wahrſcheinlich hielten die ſchwediſchen Politiker ebenſo wie der

---

1) Axel Oxenſtierna an Guſtav Adolf, Elbing 2. Dez. 1628 a. St. Nya Handlingar a. a. O. 43—55. Arkiv I. 14—20.

2) Guſtav Adolf an Axel Oxenſtierna, Stockholm 26. Dez. 1628 a. St. Nya Handlingar a. a. O. 55—64. Arkiv I. 25—28.

König eine solche für Schweden verhängnisvolle Wendung der Dinge für unmöglich. Aber bereits vor der Jahreswende muß man in Stockholm von der herannahenden Eröffnung des Friedenskongresses Kunde gehabt haben, und Gustav Adolf stand nun vor der Frage, ob es möglich sein würde, seinen stolzen Nachbar, der seine Länder so gern mit dem Schwerte wider gewommen hätte, von seinem friedlichen Vorhaben abzubringen, wenn er ihm die Eröffnung zugehen lasse, daß er jetzt zum Eintreten in den Kampf gegen den gemeinsamen Feind entschlossen sei. Zunächst freilich suchte er selbst Anteil an den Friedensverhandlungen zu gewinnen und erteilte Gabriel Oxenstierna, Johann Sparre und Karl Banner darauf bezügliche Vollmachten.

Zum eigentlichen Unterhändler bestimmte er aber den Sekretär Dr. Johann Salvius, dem die übergroße Sorgfalt des Königs für drei verschiedene Möglichkeiten der Beantwortung Weisungen zugehen ließ: 1) für den Fall, daß die Kaiserlichen die Sache auf die lange Bank schieben oder dem Kaiser anheimgeben; 2) wenn sie das ganze Gesuch von vornherein abweisen oder 3) wenn sie wirklich zugestehen wollten, daß die Gesandten des Königs für das eigne Interesse oder die Sache Stralsunds und Mecklenburgs eintreten dürften.

In materieller Beziehung erhielt Salvius Befehl, auf die Räumung des ganzen Küstengebiets der Nord- und Ostsee von Ostfriesland bis nach Pommern hinzuwirken, und für Stralsund völlige Sicherheit und sogar eine Entschädigung auszuwirken.[1] Für alle diese von den Feinden besetzten Küstengebiete sollten die Verhältnisse des Jahres 1620 maßgebend sein, und der Wechsel der Herschaft in Mecklenburg rückgängig gemacht werden. Denn Stralsund und die mecklenburgische Angelegenheit faßte der König hauptsächlich in das Auge. Er forderte eine Untersuchung der Vergehen der Herzöge und bezeichnete als ihre eventuelle Strafe von vornherein eine Geldstrafe, über deren Betrag sich der Kaiser mit den Kurfürsten und Ständen zu einigen haben würde, und deren Entrichtung Gustav Adolf gewährleisten wollte. Er scheint selbst Neigung gehabt zu haben, den Herzögen für die Befreiung ihres Landes eine Million Thaler zu Gebote zu stellen.

1) Die Instruktion des Salvius ist nach Cronholm, Sveriges Historia under Gustav Adolphs Regering, V. 1. 413 sechs Tage nach der Zusammenkunft der Könige in Ulfsbäck festgesetzt worden. Derselbe Schriftsteller gibt aber den 20. Jan. 1629 als Tag der Zusammenkunft an, was ebenso unrichtig ist, wie die vorhergehende Angabe. Die Instruktion ist in Wahrheit fast einen Monat vor der Begegnung in Ulfsbäck (23. Febr.) abgefaßt.

Mit dieser Vollmacht begab sich Salvius nach Kopenhagen, wo er Christian IV. das schwedische Friedensprogramm vorgelegt haben wird.

Noch bevor aber Christian IV. diese Eröffnungen entgegennehmen konnte, hatte ihm Gustav Adolf den Vorschlag einer persönlichen Zusammenkunft unterbreitet (2./12. Febr. 1629), welchen der schwedische Botschafter Christof Rasch schon früher wie von selbst auf die Bahn gebracht hatte.

Die schwedischen Gesandten begaben sich darauf nach Langeland, um hier des Ausgangs ihrer Anmeldung zu warten, und sendeten den Sekretär Johann Lehausen mit ihrer Botschaft nach Lübeck.

Es ist leicht erklärlich, daß Wallenstein sein Abkommen mit den Dänen, daß der Friede nur zwischen dem Kaiser und dem Könige von Dänemark zu schließen sei, auch als eine bequeme Handhabe betrachtete, jede Einmischung einer ausländischen Macht in die Friedensverhandlungen von vornherein zurückzuweisen. Wie heftig brauste er daher auf, als ihm gemeldet wurde, daß Gustav Adolf um Zutritt zu den Verhandlungen nachsuche. Denn am 23. Febr. wurde ein Schreiben der drei schwedischen Unterhändler Johann Sparre, Karl Bañer und Johann Salvius in Lübeck übergeben,[1] in welchem dieselben erklärten, nicht nur für die schwedischen Interessen, sondern auch für die Stadt Stralsund auf dem Friedenstage eintreten zu wollen und die Zulassung ausdrücklich nachsuchten.[2] Sie beriefen sich dabei auf das Einverständnis ihres Königs mit Christian IV.

Der Freiherr von Dietrichstein überreichte das Schreiben den Abgeordneten Tillys, und man trat darauf in eine Beratung über den Zwischenfall ein, in welcher sich die Friedländischen auf Befehl des Generals sogar für die Verhaftung der schwedischen Abgesandten aussprachen. Tillys Abgeordnete schienen dagegen anfangs nicht gerade abgeneigt zu sein, allen Gesandten, also auch den schwedischen, den Eintritt in die Stadt zu gewähren. Wallenstein trug darauf Collalto durch einen besonderen Eilboten auf, dem Kaiser die Angelegenheit zur Entscheidung vorzutragen und teilte ihm zugleich seine Meinung über den Vorfall mit. „Mein Meinung ist", so schrieb er, „man solle sie auf keinerlei Weis nicht admittiren; J. M. sollen nur mit Dänemark und keinem andern traktiren, denn sie kommen nicht zu komponiren, sondern zu turbiren, dahero denn ich ihnen kein[en] salvum conductum will geben. Wollen sie etwas wegen derer von Stralsund tractiren, so tractiren die Hanseſtädt, und nicht der Schwed .... J. M. werden mir deswegen selbst schreiben müssen, daß ich keine fremde Ambassatoren zu dieser Tractation soll zulassen,

1) Das Schreiben war vom 27. Jan./6. Febr.

2) Nach dem Protokolle Hövels (nicht „Hödels"), welches in Gindelys Waldstein 2. 100ff. teilweise abgedruckt ist.

nicht allein zu der Tractation, sondern gar nicht auf Lübeck, denn sonsten glaubetens die Tillyschen nicht: aber mit J. M. Befehlich will ich sie das Credo lernen".[1]

Vor der Hand erteilte Wallenstein den harrenden Schweden gar keine Antwort. Tilly suchte er für die Abweisung der Schweden zu gewinnen und erinnerte ihn besonders daran, daß sie im vorigen Jahre dem Rate von Lübeck den Befehl erteilt hatten, den schwedischen Gesandten Rasch nicht länger in der Stadt zu dulden.[2] Ein ähnliches Gebot richtete Wallenstein auch jetzt an die Stadt Lübeck, nämlich die schwedischen Gesandten, wenn sie sich zeigen sollten, auszuweisen. Dem Boten der letzteren, Lehausen, wurde aufgegeben, die Stadt schleunigst zu verlassen. Tilly setzte Wallensteins Verlangen in dieser Frage keinen andauernden Widerstand entgegen.

Aus den Weisungen, welche Gustav Adolf seinem Vertreter Johann Salvius für die Verhandlungen mit den katholischen Politikern erteilt hatte, geht hervor, daß seine Anschauungen über den Inhalt des im Anzuge befindlichen Friedens weit über die Ziele hinausgingen, welche sich Wallenstein gesteckt hatte. Während der letztere nur auf einen Frieden mit Dänemark hinarbeitete, hatte Salvius Auftrag, auch auf die Rückgabe Mecklenburgs und Pommerns und die Zurückführung der früheren Zustände im ober- und niedersächsischen Kreise zu dringen und von diesen Zielen der schwedischen Politik unter der Hand auch bei deutschen Fürsten und Städten Mitteilung zu machen. Da jedoch Gustav Adolf sicherlich nicht des Glaubens lebte, daß sich Wallenstein diesen Bedingungen ohne weiteres und ohne Schwertschlag fügen würde, kann sein Begehren, Anteil an den Friedensverhandlungen zu erlangen, nur als ein Versuch betrachtet werden, den König von Dänemark von seinen friedlichen Neigungen abzubringen und womöglich zu nötigen, im Verein mit ihm wider in den Kampf einzutreten. Denn schon war er entschlossen, sich persönlich davon zu überzeugen, ob er sich in seinem friedensbedürftigen Nachbar nicht doch einen Bundesgenossen zu erwerben vermöchte.[3]

---

1) Chlumecky 106f. Wallensteins Schreiben ist vom 26. Febr.

2) Wallenstein an Tilly, Güstrow 26. Febr. München.

3) Die Instruktion Gustav Adolfs für die Gesandten nach Dänemark und Deutschland ist am 26. Jan. 1629 (a. St.) gezeichnet (Geijer, Geschichte Schwedens III. S. 155f.). Am 2. Febr. a. St. erhielt Christian IV. das die Zusammenkunft betreffende Schreiben Gustav Adolfs, und am 11. Febr. a. St. hatte Salvius bei Christian IV. selbst Audienz (Molbech, S. 334.). Anm. C. F. Bricka og I. A. Fridericia, Kong Christian den Fjerdes Egenhaendige Breve 2. Bind. 178—180.

Noch ehe eine Antwort auf Wallenſteins Geſuch von Wien in Güſtrow eingetroffen ſein konnte, erhob Salvius Beſchwerde über die Behandlung der Geſandten und fragte noch einmal an, ob das Geleit bewilligt werden ſollte. Für dieſen Fall wurde es ausdrücklich, anſtatt für den erkrankten Baner, für Gabriel Oxenſtierna nachgeſucht.[1] Der ſchwediſche Diplomat verſicherte, daß die königlichen Geſandten nicht als Feinde des Kaiſers und des Reichs, ſondern als Freunde, und nicht um den Krieg anzukündigen, ſondern um ihn beizulegen und Frieden zu ſtiften, erſcheinen würden. Allein man würdigte auch dieſe Verſicherungen nach ihrer Tragweite, und die katholiſchen Unterhändler bedeuteten Salvius endlich (20. März n. St.), daß Guſtav Adolf etwaige Anträge im Betreff des Friedens direkt an den Kaiſer zu richten haben werde. Da der König den Boden des Reichs ohne Grund angegriffen und ſich Feindſeligkeiten gegen die kaiſerliche Armee hatte zu Schulden kommen laſſen und ſeine Truppen noch immer auf dem Reichsboden ſtanden, wollte Wallenſtein ſeine Vertreter nicht zulaſſen. Dieſen Standpunkt zur Sache gab der General auch nicht auf, als noch ein drittes ſchwediſches Schreiben im Namen Sparres und ſeiner Genoſſen übergeben wurde.

Aus der Zurückweiſung ſeiner Geſandten mußte Guſtav Adolf den Schluß ziehen, daß die Kaiſerlichen den Mut und die Kraft in ſich fühlten, ihre Stellung in Norddeutſchland auch nach dem Frieden mit Dänemark zu behaupten. Daher verſuchte er Chriſtian IV. perſönlich davon zu überzeugen, daß ihm die Fortſetzung des Krieges größere Sicherheit gewähren würde, als der Friede mit Öſtreich.

Beide proteſtantiſchen Könige des Nordens verhandelten in der von Guſtav Adolf veranlaßten Zuſammenkunft im Pfarrhauſe zu Ulfsbäck (22. bis 25. Febr. a. St.) perſönlich über die Mittel, die Kaiſerlichen von der Küſte zu vertreiben, aber auch zugleich über ein vereintes Eintreten in die im Gange befindlichen Verhandlungen zu Lübeck.[2]

---

1) Khevenhiller, Annales XI. 674 f. Gindely a. a. O. II. 102 f. Vgl. auch G. Droyſen, Guſtav Adolf I. 359.

2) Riksrådet Gabriel Gustafsson Oxenstiernas Berättelse om mötet mellan K. Gustaf II. Adolf och K Kristian IV. i prestgarden Ulfsbäck i marka ryds socken i Småland Februari 1629. Utgiven af Kongl. samfundet för utgifvande af handskrifter rörande Skandinaviens historie. Histor. handlingar del 8 N. 4. 1881. Wir halten die in Oxenſtiernas Darſtellung angeführten Zeitangaben für richtig: mit ihnen ſtimmt auch der Brief Guſtav Adolfs an Axel Oxenſtierna vom 25. Febr. 1629 a. St. überein. Molbech a. a. O. S. 334 Anm. Nach dem Schreibkalender iſt der König erſt am 23. Febr. a. St. (Bricka, Kong Christians IV. Kalender-

Der König von Schweden, welcher natürlich von den däniſchen Friedensbedingungen Kenntnis hatte, überraſchte Chriſtian IV. mit der Erklärung, daß er, wenn er an der Stelle des Kaiſers wäre, dem däniſchen Könige ſeine verlorenen Länder wider erſtatten würde, um dann im Frieden mit Dänemark eine ſtattliche Flotte zuſammenzubringen, darauf aber dem Könige ſeine Länder wider abzunehmen und ſich auch gegen Schweden zu wenden. Er ſuchte ihm einleuchtend zu machen, daß die langgeſtreckten mecklenburgiſch-pommeriſchen Küſtengebiete in den Händen der Kaiſerlichen für beide nordiſche Königreiche ſtets eine ſehr große Gefahr bedeuten würden, und bezeichnete als die beſte Sicherung für beide Staaten, den Feind von der Küſte zurückzutreiben. Zu dieſem gemeinſchaftlichen Zwecke machte er ſich anheiſchig, gegen 8000 Pf. und 10 Regimenter gute Knechte in das Feld zu ſtellen. Als Ausgangspunkte der neuen Unternehmung machte er Glückſtadt und auch Stralſund namhaft.

Am andern Tage (23. Febr. a. St.) machte Guſtav Adolf ſeinem königlichen Nachbar geradezu den Vorſchlag, mit ihm ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis einzugehen und widerholte ſein Verſprechen im Betreff der Stellung der Truppen. Je nach dem Wunſche Chriſtians IV. wollte er die Oder aufwärts marſchieren oder ſich bei Glückſtadt einen Weg ſuchen. Der König ſollte ſich an dem ganzen Unternehmen nur mit dem vierten Teile des Kriegsvolkes und den Unkoſten hierfür beteiligen oder ihm eine Unterſtützung von ſechs Tonnen Goldgulden in Reichsthalern gewähren.[1] Die oberſte Leitung des Ganzen behielt ſich Guſtav Adolf natürlich vor. Chriſtian IV. gab darauf die Erklärung ab, daß er unmöglich den vierten

optegnelser fra Aarene 1617, 1629 og 1639 S. 60. Danske Samlinger, Femte Bind. 1869/70.) mit Guſtav Adolf zuſammengetroffen, allein dieſe Unrichtigkeit iſt nicht die einzige in dieſen Kalenderaufzeichnungen.

1) „och dett E. K. see må, att detta werket går oss hart till hiertat, och wij gerna både E. K. asistera och sielffue och wår staat försökra wille, så ähre wij till fredz att taga uppå oss tre deelar aff armeen medh all dess tillhörande omkostnadt, och denn 4 deelen holle E. K. allena, och der E. K. fierde deelen icke förmå att uthstå, E K. hulpe oss då 6 tynnor gull i riksdaler, dermedh wij de Tyske reuter, som E. K. tillförenne tientt haffua, afflöhna kunne, och der wij dem ett par månader sålt giffue konne, skole de wäl fölia os hwart wij dem begäre . . .“ Gabriel Gust. Oxenstiernas Berättelse S. 10. 11. In dem Briefe Chriſtians IV. an Friis vom 28. Febr. a. St. findet ſich eine von der obigen abweichende Angabe über die Leiſtung, welche Guſtav Adolf dem Könige zumutete: „Iblandt andid bleff der sagdt, at hand uille dette Werck til beste, görre en trefflig diuersion udi Prissen, om ieg uille staa den triidie paardt aff omkostningen“. Molbech a. a. O. S. 334.

Teil der Streitkräfte zu ſtellen vermöge, und daß ſechs Tonnen Gold durch ganz Europa nicht aufzubringen ſein würden. Guſtav Adolf dagegen getraute ſich dieſe Summe in einer einzigen Stadt flüſſig zu machen und ließ es ſich nicht verdrießen, Chriſtian IV. auch noch auf die Mittel hinzuweiſen, die er in ſeinem eignen Lande bei dem Adel und den vermögenden Städten trotz aller Kriegsnöte finden könnte.

Da jedoch der däniſche König die Anſprüche ſeines kriegsluſtigen Nachbarn widerholt als unerfüllbar bezeichnete, richtete der letztere endlich geradezu die Frage an ihn: „Worauf ſetzen E. M. Ihre Hoffnung, Ihren Staat zu erhalten und die verlorenen Lande wider zu erhalten?“ Der Gefragte erwiderte: „Wir ſetzen unſere Hoffnung auf Gott“. Darauf ſagte Guſtav Adolf: „Das wiſſen wir wol, aber Gott wirkt nicht ohne Mittel. Setzen E. M. Ihre Hoffnung auf den König in Frankreich, auf England oder Holland?“ Und als darauf Chriſtian IV. erwiderte, er rechne auf eine Diverſion durch die Türkei, durch Baiern und Sachſen, mußte er ſich ſagen laſſen, was er ſelbſt zu ſeinem Schaden bereits erfahren hatte, daß er darauf nicht werde zu bauen haben.

Der däniſche König dankte zuletzt ſeinem Nachbar für ſeine gute Geſinnung, weigerte ſich indeſſen ſtandhaft, irgend etwas zu beginnen, was er nicht durchzuführen imſtande ſein würde. Guſtav Adolf aber wandte ſich jetzt in mannhafter Rede an die danebenſtehenden Reichsräte und rief ihnen unter andern das Wort zu: „Wir müſſen zuerſt Gott zu Hilfe nehmen und dürfen uns nicht auf Fremde verlaſſen, ſondern Dänen und Schweden müſſen dies hinausführen“. Da trat Chriſtian IV. näher herzu und fragte Guſtav Adolf: „Was haben E. M. in Deutſchland zu thun, oder womit hat ſich der Kaiſer gegen E. M. vergangen?“ Nicht ohne ſichtbare Erregung näherte ſich darauf Guſtav Adolf dem däniſchen Könige zwei Schritt und rief ihm auf Deutſch entgegen: „Iſt das fragenswert?“ Und darauf entwickelte er ihm ſeine Beſchwerden gegen Ferdinand und ſchloß dieſe Erörterung mit einer ſo kräftigen Verſicherung, ſich Genugthuung gegen den Kaiſer zu verſchaffen, daß Chriſtian IV. verſtummte und die Unterredung abbrach.

Zuletzt ließ Guſtav Adolf den däniſchen Politikern ſeine in vier Punkten beſtehenden Bedingungen ſchriftlich zuſtellen. Der König forderte ein gemeinſchaftliches Vorgehen in den Verhandlungen zu Lübeck und die gemeinſchaftliche Vorlegung der Friedensbedingungen, ferner eine Vereinigung beider Könige und Reiche zur Durchführung dieſer Friedensbedingungen, welche keine Macht ohne die Zuſtimmung der andern verändern ſollte; auch den Frieden ſollten beide Könige nur gemeinſchaftlich eingehen. Endlich erſuchte Guſtav Adolf den König von Dänemark um ſeinen Rat

darüber, wie er im gegebenen Falle seinen Angriff auf die kaiserlichen Truppen in Deutschland am besten anstellen könnte.[1]

Diese Punkte scheinen sofort eine Antwort erhalten zu haben, die unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders, als ablehnend lauten konnte, da Christian IV. sich bereits damit einverstanden erklärt, daß der Friede ausschließlich zwischen dem Kaiser und dem Könige von Dänemark abgeschlossen werden sollte, und auch seine Friedensbedingungen bereits den Kaiserlichen eingesendet hatte.[2] Einer positiven Antwort auf die letzte Frage im Betreff seines deutschen Kriegsplans enthielt sich Christian IV. gänzlich.

Am 25. Febr. a. St. gingen beide Könige unverrichteter Sache wider auseinander. Gustav Adolf trennte sich von seinem Rivalen mit dem bittern Gefühle, sich in ihm getäuscht zu haben, das er in derb sarkastischer Weise zum Ausdruck brachte.[3]

Daß auch Wallenstein von dem Inhalte dieser Unterredungen bald darauf Kenntnis erhielt, wird nicht zu bezweifeln sein. Sie konnte natürlich nur dazu dienen, seine besonderen Anschauungen über die dem Könige zu gewährenden Bedingungen zu kräftigen.

Der Mißerfolg der Zusammenkunft beider nordischen Könige verleidete jedoch Gustav Adolf seinen Plan keineswegs.[4] Er wendete sich trotzdem noch einmal an seinen Kanzler, erneuerte ihm gegenüber seinen Vorschlag und bemühte sich, die Bedenken desselben im Betreff der Schwierigkeiten durch einen sehr denkwürdigen Grund zu beschwichtigen. Gustav Adolf schrieb Oxenstierna: da man sieht, daß man unausbleiblich in diesen Krieg hineinkommt, würde es gut sein, den Sitz desselben anders wohin, als nach Schweden zu verlegen, denn wir sind nirgends schwächer, als in Schweden. Auch auf Stralsund wies er ihn hin, dessen vertragsmäßige Verbindung mit Schweden nur bis zum 1. Mai 1629 währte. Erst der wirkliche Friedensschluß und Arnims Zug nach Polen gaben den Gedanken des Königs für kurze Zeit eine andere Richtung.

---

1) Diese vier Punkte sind von Molbech a. a. O. 384 zugleich mit der Beantwortung derselben, welche Sehestedt als Randbemerkungen beigefügt hat, mitgeteilt worden.

2) Vgl. den Brief des Königs an Christian Friis, Kopenhagen 28. Febr. a. St., Molbech 333—335.

3) Jeg maerkede heraf, at enten maa Kongen have vaeret beskienket, da han gav Rask Commission og Creditiv, eller ogsaa maa Rask have vaeret fortumlet i hovedet og ikke ret fattet Kongens Mening. Brief Gustav Adolfs an den Reichskanzler, Danske Magazin, Tredie Raekke Förste Binds andet Hefte S. 125 f.

4) Gustav Adolf an den Reichskanzler Jönköping 5. März 1629 a. St. Arkiv I. 29—33, Skytte 529—538.

Pläne der Holländer und Engländer.

Außer Gustav Adolf versuchten auch andere angesehene und einflußreiche Freunde der protestantischen Sache den König von Dänemark, noch bevor die Friedensverhandlungen recht in Fluß gekommen waren, von seinen Friedensgedanken abzubringen und neue Hoffnungen auf kriegerische Erfolge in ihm zu erwecken. Zu diesen Freunden gehörten die Holländer, die durch ihre Gesandten Randtwijck und Pauw schon im Jan. 1628 Karl I. von England daran mahnen ließen, Christian IV. die längst fälligen Hilfsgelder zu zahlen und die ihm für die Zukunft gebührenden sicher zu stellen.[1] Die Generalstaaten hatten in diesem Sinne auch an ihre Gesandten nach Frankreich geschrieben, um Ludwig XIII. zur Unterstützung Dänemarks zu bewegen. Selbst Gustav Adolf hatte man aufgemahnt. Man wollte eben alles daran setzen, um dem gemeinsamen Unglück zu begegnen, daß Weser, Elbe und Sund in die Hände der Feinde gerieten.

Christian IV. freilich nahten sich Unterhändler mit einem Vorschlage, welcher sehr bittere Empfindungen in ihm erregen mußte. Zwei englische Gesandte, Carlisle und Thomas Roe, von denen der erstere aus Italien, der letztere aus Konstantinopel zurückgekehrt war, schmiedeten im Haag den Plan, Bethlen Gabor wider in die Waffen zu bringen. Noch einmal sollte der König an eine thatkräftige Mitwirkung des Fürsten von Siebenbürgen im Bunde mit England, Schweden und den Niederlanden glauben.

Roe brachte die ganze Angelegenheit vor die Generalstaaten und vor den Prinzen von Oranien. Seiner Meinung nach war Bethlen Gabor trotz des Friedens der Türkei mit dem Kaiser immer noch zum Kriege geneigt. Sowie man in Westeuropa Gustav Adolf zum Führer in diesem Kampfe annähme, und dieser in Schlesien einrückte, wollte er sich mit 25000 Reitern an dem Kriege beteiligen und einen verheerenden Einfall nach Östreich unternehmen. Roe's Mitteilung zufolge forderte Bethlen Gabor nicht einmal eine neue vertragsmäßige Festsetzung der Bedingungen, sondern war geneigt, die früher unterzeichneten anzuerkennen.[2]

---

1) Vreede, Inleiding IIb Bijl. 55 f. Propositie op de saeken van Dennemarken aen den Koning Karel I gedaen den 17./27. Jan. to Whithall.

2) Memoir given by Sir Thomas Roe to the Prince of Orange Dec. 27./Jan. 6. 1628/9 (Gardiner, Letters relating to the mission of Sir Thomas Roe to Gustavus Adolphus 1629/30 in den Schriften der Camden Society 1875. S. 2 f. Dazu Rusdorfs Schreiben VII. Idus Januarii 1629 bei Cuhn II. 674 ff.

Der englische Gesandte stellte nur das Ansinnen an den Prinzen von Oranien, daß sich die Generalstaaten und England zur Zahlung der früher bestimmten monatlichen Kriegsunterstützung von 40000 Thalern und zwar in Venedig verstehen möchten. Mit Sicherheit rechnete Roe zugleich auf einen Beitrag Christians IV. Roe versprach auch, nach seiner Ankunft in England sofort darauf hinzuwirken, daß Karl I. den König von Schweden von dem Vorhaben in Kenntnis setze. Der Prinz und die Generalstaaten sprachen sich nach seiner Versicherung dahin aus, daß die Staaten den auf sie fallenden Beitrag entrichten würden, sowie England das Seinige dabei thue.

In noch greifbarerer Form war der Anschlag der beiden Engländer Christians IV. damaligem Vertreter im Haag, Schultetus, entwickelt worden. Ein ehemaliger Sekretär der Fürstin von Siebenbürgen, Hieronymus Beckmann, der sich in Roe's Gefolge befand, sollte nach Siebenbürgen gehen, um dem Fürsten den Vorschlag mitzuteilen und „eine qualificierte Person auf der Post mit Wechselbriefen" nachgesendet werden.[1] Der Gesandte, welcher Christian IV. von dem Anschlage in Kenntnis setzte, kam in einem späteren Schreiben nochmals auf den abenteuerlichen Gedanken zurück und gedachte dabei zugleich eines Schreibens des Fürsten an den König, in welchem sich Bethlen Gabor anheischig gemacht hatte, falls sich Gustav Adolf mit ihm verbinden würde, ohne Kriegsunterstützungen zu Felde zu ziehen, sobald der König von Dänemark den Krieg fortsetzen, und der Kampf der Franzosen gegen die Östreicher in Italien vor sich gehen würde. Man scheint Schultetus sogar zu dem Glauben verleitet zu haben, daß sich Bethlen Gabor, den Gustav Adolf bald darauf durch einen Gesandten, den berüchtigten ehemaligen wallensteinischen Obersten Fahrensbach, ausforschen ließ, lieber mit Christian IV., als mit dem Könige von Schweden verbinden werde, während den Fürsten in diesen letzten Monaten seines Lebens in Wahrheit hauptsächlich polnische Pläne beschäftigten.[2]

---

1) Schultetus an den König „Datum 381 (Haag) 6./16. Jan. 1629" und dazu sein Schreiben vom 17. April 1629 n. St. In einem Schreiben des Königs an die Generalstaaten, Kopenhagen 21. März 1629 a. St., wird der von Carlisle vorgeschlagenen Diversion gedacht.

2) Szilágyi, Gabriel Bethlen und die schwedische Diplomatie (Ungarische Revue 1882) 27. Ein Bericht des Gesandten an Gustav Adolf, Mulbach den 8. Juni wird in derselben Schrift 53—59 mitgeteilt. In den Verhandlungen des Martinus Bonicida, eines siebenbürgischen Gesandten, mit Oxenstierna in Preußen ist von diesem Plane nicht die Rede, 42 ff.

Wie hätte aber ein so wenig ausgereifter Vorschlag, der dem pfälzischen Rate Rusdorf ein Zeichen der geringen Bekanntschaft Roe's mit den Verhältnissen am Hofe Karls I. und mit der unzuverlässigen und schwankenden englischen Politik zu sein schien,[1] Christian IV. seinem Vorsatze, den Frieden zu suchen, abwendig zu machen vermocht!!

Andererseits erregte der Plan, sowie er den Feinden bekannt wurde, trotzdem Mißtrauen, und Wallenstein schärfte Collalto noch kurz vor der Unterzeichnung des Friedens durch ihn selbst, dringend ein, sich nicht von den Verhältnissen überraschen zu lassen, sondern auch gegen Bethlen Gabor und die Türken rechtzeitig in Bereitschaft zu stehen.[2]

Der französische Gesandte Charnacé in München.

Wallenstein erhob im Anfange der Verhandlungen den Vorwurf gegen Tilly und seinen Kriegsherrn Maximilian, daß sie das Scheitern seiner friedlichen Bestrebungen wünschten. So deutete er besonders die Anschauung Tillys, daß es vorteilhafter sein würde, mit den dänischen Reichsständen und Reichsräten, als mit dem Könige zu unterhandeln, weil man auf diese Weise Zwietracht zwischen beiden erwecken und so zu dem gewünschten Ziele gelangen könnte. Die Ligisten wollten aber Wallensteins Meinung nach den Frieden allein zu dem Zwecke hindern, damit das Haus Östreich nicht noch größere Fortschritte in Mitteleuropa mache.

Für diese Behauptung, daß die Ligisten dem Frieden ernstere Hindernisse in den Weg legten, wird sich wol kaum ein irgendwie erheblicher Beweis vorbringen lassen. Möglicherweise ist Wallenstein zu dieser Anschauung durch die Wahrnehmung von gewissen geheimen Zusammenhängen zwischen den ligistischen und den dänischen Abgeordneten verleitet worden. Hatte doch der Kurfürst von Baiern Ruepp ausdrücklich Auftrag gegeben, die Dänen durch Gronsfeld heimlich davon verständigen zu lassen, daß die Friedensbedingungen nicht von ihm und der Liga herrührten, sondern vom Kaiser, und daß Tilly überhaupt seine Vollmachten nicht von ihm, sondern vom Kaiser erhalten habe. Maximilian ließ aber auch ausdrücklich die Versicherung erteilen, daß er mit seinen Bundesgenossen durchaus zu Ruhe und Frieden geneigt sei.

Und an diesem Standpunkte hielt der Kurfürst auch den französischen Einflüsterungen gegenüber fest, welche sich bald darauf an ihn heran-

2) Cuhn a. a. O. II. 676.

3) Chlumecky 138 f.

drängten.[1] Denn man suchte damals in Frankreich nach Mitteln, den Widerstand der deutschen Staaten und ihrer Grenznachbarn gegen den wachsenden Absolutismus der Kaisergewalt neu zu beleben und zu kräftigen. Daher sendete Richelieu in der Besorgnis, daß der Kaiser nach seinem Frieden mit Dänemark noch gebietender auftreten würde, den Baron Charnacé zunächst nach München, um womöglich den Kurfürsten zu veranlassen, sich in dieser Friedensfrage von dem Kaiser zu trennen.

Allein der Gesandte fand am kurfürstlichen Hofe eine sehr frostige Aufnahme: von den vertrauteren Räten Maximilians soll ihn nur Jocher infolge eines Schreibens des päpstlichen Nuntius Bagni in Paris empfangen haben; der Kurfürst erteilte ihm nur eine geheime Audienz. In derselben erhob Charnacé hauptsächlich zwei Forderungen: Maximilian sollte sich der Verwendung seiner und der ligistischen Truppen gegen Mantua widersetzen und sich mit dem Könige von Dänemark vertragen, um dann auch in ein näheres Verhältnis zu den deutschen protestantischen Fürsten zu treten: d. h. er mutete dem Kurfürsten zu, sich zum Führer Gesamtdeutschlands gegen Östreich und den Kaiser aufzuwerfen. Richelieu ließ Maximilian nahe legen, daß durch den in Aussicht genommenen Frieden die deutschen Verhältnisse überhaupt wider in den früheren Zustand gesetzt, und also auch alle diejenigen Fürsten, deren Gebiete im Laufe des Kriegs in die Hände Östreichs gekommen waren, wider in dieselben eingesetzt werden müßten. Da nun der Kaiser einen solchen Frieden voraussichtlich nicht eingehen würde, erteilte Charnacé dem Kurfürsten als dem Haupte der Liga den Rat, sich auf eigne Hand mit der Unterstützung Frankreichs mit dem Könige abzufinden und legte ihm sogar einen Vertragsentwurf vor. Dann, hoffte Charnacé, werde man auch den Kaiser leicht zur Vernunft bringen.[2]

Der Punkt im Betreff der Verwendung der bairisch-ligistischen Truppen war natürlich den Absichten des Kurfürsten vollständig entsprechend: hatte er doch dem französischen Könige bereits durch den Kardinal Bagni das Versprechen erteilen lassen, daß er seine Waffen, falls der König seine Feinde nicht unterstütze, nicht gegen Frankreich kehren werde. Gegen die zweite Forderung erhob jedoch der Kurfürst zahlreiche von dem französischen Gesandten mit geringem Glück bekämpfte Einwendungen.

---

1) Entwurf eines Schreibens des Kurfürsten an Ruepp vom 6. Jan. 1629. St.-A. in München. Mémoires de Richelieu T. V. S. 109—115. Siri, Delle memorie recondite VII. S. 150 ff. Le Vassor, Histoire du regne de Louis XIII. P. IV, I. S. 125 ff.

2) Siri a. a. O. 155 f.

Übrigens verhelte der Kurfürst Charnacé keineswegs, daß er zu spät komme, und daß sich die Friedensunterhandlungen ihrem Abschlusse näherten.

Im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen sprach der französische Botschafter davon, daß die Kurfürsten ihre Freiheit nur zu retten vermöchten, wenn sie dem Hause Östreich mit Achtung gebietenden Streitkräften entgegentreten könnten, und bezeichnete es als unerläßlich für dieselben, sich zu diesem Zwecke zugleich der deutschen Protestanten zu bedienen. Der Franzose regte ferner die Frage der Nachfolge im Reiche an und suchte Maximilian davon zu überzeugen, daß gerade er die Aufgabe habe, die Interessen der Kirche mit denen der allgemeinen Freiheit zu verbinden und deswegen die Wahl eines römischen Königs bis zu dem Augenblicke zu verschieben, in welchem sie mit völliger Freiheit vorgenommen werden könnte.[1] Ja Charnacé versprach endlich Maximilian die Unterstützung Frankreichs zur Erwerbung der Kaiserkrone, denn er hielt es für selbstverständlich, daß man sie dem Hause Östreich nicht länger überlassen könne. Um dem Kurfürsten die Gefahr recht deutlich vor die Augen zu stellen, brachte er ihm angebliche Äußerungen Wallensteins im Betreff der Teilnahme der Kurfürsten an der Wahl und Krönung des römischen Königs in Erinnerung, welche darauf hinausliefen, daß man die Kurfürsten bei der Strafe der Reichsacht anhalten sollte, sich in der zur Krönung bestimmten Stadt einzufinden.

Allein Maximilian war viel zu scharfblickend dazu, um Vorschlägen zu folgen, welche ihn sofort in eine geradezu feindselige Stellung zum Kaiser versetzt haben würden. Mit dem Hinweise darauf, daß er solche Schritte ohne Einvernehmen mit seinen Verbündeten nicht zu thun vermöge, deren Stellung zum Kaiser er dem französischen Abgesandten noch im Einzelnen schilderte, verband er das Ersuchen an den letzteren, seinen Friedensplan zunächst dem Könige von Dänemark und darauf der Liga zu unterbreiten. Erst dann wollte er seine eigne Meinung über diesen Vorschlag frei aussprechen. Im Übrigen versicherte er dem Franzosen, daß die Kurfürsten nach dem Abschlusse des Friedens mit Dänemark

1) Siri VII. S. 157. Sopro ciò Charnassè hebbe ordine di stendersi per far' vedere quand cadesse pregiudiciale alla quiete publica che la dignità Imperiale rimanesse sempre in potere de gli Austriaci che se ne servirano come d'una tela ò d'un' hamo per prendere gli Stati de loro vicini. Eccitare il Bavero à non ributtare questo mezo che Dio gli offeriva con publica acclamatione per fare regnare la giusticia ... accoppiando gli' interessi della Chiesa alla libertà comune. Rappresentarli quanto importava di differire l'elettione à Rè de' Romani fino à tanto, ch'ella si potesse fare liberamente, e non nell' oppressione ....

den Kaiser zur Entwaffnung nötigen und, bevor diese stattgefunden habe, sich nicht zur Wahl eines römischen Königs verstehen würden. Die Absicht, sich selbst als solchen aufstellen zu lassen, wies er von sich, gestand aber ein, daß sie ihm auch der Kaiser beimesse.[1]

In Folge dieser Unterhandlungen wurde aber doch bereits damals ein Bündnis zwischen Baiern und Frankreich verabredet, welches der König noch vor dem Lübecker Frieden zeichnete und dem Kurfürsten zusendete.

Die Zurückhaltung, welche der Kurfürst dem Drängen Frankreichs im Betreff des Friedensschlusses gegenüber wahrte, erhielt jedoch sehr bald die Billigung Ludwigs XIII. selbst, nachdem er sich von seiner Übereilung überzeugt und erkannt hatte, daß er die Besorgnisse der Kurfürsten vor den Plänen des Kaisers überschätzt habe.

Maximilian war loyal genug, dem Kaiser in einem Handbriefe mit Charnacés Vorschlägen und ihrer Abfertigung bekannt zu machen. Der Kaiser äußerte sich über die letztern sehr zufriedengestellt: er erteilte dem Kurfürsten die Versicherung, niemand solle sich unterstehen, „seinen Herrn Bruder bei ihm schwarz zu machen". Freilich brachte Maximilian dabei den Bündnisentwurf sicherlich nicht zur Kenntnis Ferdinands II.[2]

Ende März verließ Charnacé München und begab sich zunächst in die Hansestädte.

Wallenstein und die Hansestädte.

Während der Kaiser und Maximilian ebensowol wie der König von Dänemark jeden Eingriff auswärtiger Mächte in den Gang der Verhandlungen von sich wiesen, nahmen die katholischen Friedensvermittler dem Anschein nach eine freundlichere Stellung gegen die Stände des Reichs und besonders gegen die Hansestädte ein. Selbst Wallenstein wollte keinem Fürsten oder Stande des Reichs, welcher sich anmelden würde, das Gehör verweigern. Freilich vernehmen wir nichts davon, daß sich außer den Hansestädten ein Reichsstand bemüht habe, erheblicheren Einfluß auf die Gestaltung der Dinge zu gewinnen.

Auch in Kursachsen sah man dem Gange der Verhandlungen in der Bestürzung über den Erlaß des Restitutionsedikts regungslos zu.

---

1) Mémoires du cardinal de Richelieu T. V. 114.

2) Das Handschreiben des Kurfürsten an den Kaiser ist vom 24. März, die Antwort des letzteren vom 1. April 1629. St.-A. in München.

Schon im Febr. baten jedoch die Hanseſtädte die wallenſteiniſchen Abgeordneten, ihrer Angelegenheiten bei dem Friedensſchluſſe zu gedenken, was von den Kaiſerlichen zugeſagt wurde, ohne daß ſie indeſſen näher auf die Bitte eingingen. Nicht lange darauf brachten die Städte einen Waffenſtillſtand für die Dauer der Verhandlungen in Vorſchlag und legten Verwendung für Stralſund ein. Allein im Betreff des erſten Punktes befanden ſich die Subdelegirten ohne Vollmacht, und für Stralſund wollten ſie keine Hand rühren, ſo lange ſich eine ausländiſche Beſatzung in der Stadt befand. Später widerholten die Städte ihre Bitte für das in ſo mißlichen Verhältniſſen befindliche ſundiſche Gemeinweſen und ſuchten ihre Aufnahme in den Frieden mit Namensnennung nach, allein ſie wurden an Wallenſtein und Tilly verwieſen, von welchen ſie natürlich nichts zu hoffen hatten.[1] Denn Wallenſtein nahm zwar die Miene an, als ob er ein freundliches Einvernehmen mit den Städten inne halten wollte, ſuchte ſie aber in Wahrheit gerade damals vollſtändig niederzudrücken. Als ein Beweis für ſeine wirkliche Geſinnung gegen die Städte mag ſein Verhalten gegen Hamburg angeführt werden. Trotz aller äußeren Freundlichkeit gegen die hanſiſchen Geſandten verlangte er damals von Hamburg für die Einquartierung in den Vierlanden nicht weniger als 60000 Reichsthaler, während dieſes ſich mit etwa 12000 Thalern loskaufen wollte. Trotz aller tröſtlichen Verſicherungen noch am Schluſſe der Verhandlungen wurde der Städte im Frieden nicht beſonders gedacht, ja ihre Lage geſtaltete ſich nach demſelben noch ſchlimmer, als ſie vorher geweſen war, da Wallenſtein nun keinerlei Rückſicht mehr auf Dänemark zu nehmen hatte, deſſen Verwendung die Städte nach dem Erlaſſe des Religionsedikts ſo dringend nachgeſucht hatten. So konnten ſich die Städte zwar unter die gehorſamen und in dem Frieden begriffenen Stände des Reichs zählen, aber nicht mit der geringſten Ausſicht auf Erfolg denſelben anrufen, wenn man Anſprüche gegen ſie erhob, welchen das Reſtitutionsedikt eine Handhabe zur Rechtfertigung bot.

Nur ein ſehr ſchwacher Verſuch, die Kurfürſten zu einer Beteiligung an dieſen Friedensverhandlungen aufzurufen, wurde von der Königin-Mutter von Dänemark, Sophia, unternommen.[2] Sie erſuchte Maximilian von Baiern und auch die übrigen Kurfürſten auf die Vermittelung

1) Gindely a. a. O. II. S. 100, 103, 105. Ruepps Brief an Maximilian 4 Mai. München.

2) Copiae jüngſt erfolgter Churfürſtlicher Beantwortungsſchreiben an J. K. M. die Königliche Wittwe zu Dänemark, Norwegen u. ſ. f. betreffend die geſuchte interposition bey den itzigen Friedenstractaten zu Lübeck. Kopenhagen bey Heinrich Waldkirch, Mense Aprili 1629.

sämtlicher Kurfürsten hinzuwirken. Allein Ferdinand II. erteilte Maximilian, der dem Kaiser wirklich das Ansinnen stellte, einen abschlägigen Bescheid und erklärte, Friedland dürfe ohne seine Genehmigung weder den Frieden schließen noch die Verhandlungen abbrechen. Der Kaiser wollte daher den Gang der Unterhandlungen abwarten, und sehen, ob die Zuziehung sämtlicher oder einiger Kurfürsten erforderlich sein würde. Die Verhandlungen in einer ganz andern Form weiter zu führen, d. h. im Einvernehmen mit den Reichsständen und den Kurfürsten, lehnte er ab.

Wallensteins neues Friedensprogramm und der Friedensabschluß.

Die dänischen Abgeordneten wurden, als auch in der zweiten Märzwoche noch kein Bescheid auf ihre Vorschläge erfolgt war, sehr argwöhnisch, und die deutschen Friedensvermittler traten in Lübeck zu einer Beratung darüber zusammen, ob nicht wenigstens die von Wallenstein an Schaumburg übergebenen Friedensbedingungen den Dänen vorläufig eingereicht werden könnten. Um Tillys Meinung darüber einzuholen, begab sich Ruepp nach Lauenburg. Nach seiner Zurückkunft übergaben die deutschen Subdelegierten besonders auf das Drängen der kaiserlichen Abgeordneten endlich am 12. März dem deutschen Kanzler des Königs, Levin v. Marschalk, diesen Friedensentwurf.[1] Man mutete dem Könige nicht nur die Verzichtleistung auf die Elbherzogtümer und Jütland sowie auf Dietmarschen zu, sondern auch die Erstattung der Kriegskosten an den Kaiser und seine deutschen Verbündeten. Man wollte ihn ferner nötigen, Jütland dem Kurfürsten von Sachsen, der dafür die Lausitzen herausgeben sollte, einzuräumen, und zwar sollte Johann Georg so lange im Besitz des Landes verbleiben, bis die Ansprüche des Kurfürsten an den Kaiser aus den Landeseinkünften befriedigt oder demselben in anderer Weise von dem Könige Genugthuung zu Teil geworden sei. Auf jeden Fall wollte sich also der Kaiser durch den König wider in den Besitz der Lausitzen setzen. Außerdem hatte der König den Feinden des Kaisers und des Reichs den Sund zu sperren und dagegen den Freunden des kaiserlichen Hauses und den gehorsamen Gliedern des Reichs offen zu halten, sowie den Sundzoll auf die alten Beträge herabzusetzen. Auch zur Entschädigung der Herzöge von Lüneburg, Pommern und des Herzogs Friedrich von Holstein gedachte man den König zu verpflichten und forderte ausdrücklich Gewähr dafür, daß

1) Ausführliche Mitteilungen über die Vorgänge in diesen Tagen enthalten Rueppes Briefe an den Kurfürsten Maximilian, Lübeck 8 und 16. März 1629. K. R.-A. in München. Dazu Londorp a. a. O. 1079.

weder er selbst das Reich beleidigen, geschweige denn angreifen, noch auch in seinen Gebieten gegen das Reich gerichtete Werbungen zulassen werde. Von den Friedensvermittlern Wallensteins hatten Joh. Balthasar v. Dietrichstein und Reinhard v. Walmerode diese Bedingungen unterzeichnet.

Als Maximilian von Baiern von diesen Bedingungen in Kenntnis gesetzt wurde, überkam ihn ein sehr unbehagliches Gefühl, welches ihm besonders die in Aussicht genommene Abtretung Jütlands an Sachsen verursachte. Er wünschte damals Sachsen zu schonen und wollte sich daher gerade mit dieser Angelegenheit nicht gern befassen. Dagegen verlangte er Schadenersatz vom Könige für sich und den katholischen Bund durch eine Summe Geldes, welche sicher gestellt werden sollte, und den ihm gebührenden Anteil an Holstein, Schleswig und Dietmarschen, obwol ihm dieser gemeinschaftliche Erwerb mit dem Kaiser auch schwere Bedenken erregte.[1]

In Wirklichkeit waren jedoch alle Erwägungen des Kurfürsten über diese Friedensbedingungen von vornherein gegenstandslos, da gerade derjenige, welcher sie den Vertretern des Königs von Dänemark eingereicht hatte, am allerwenigsten geneigt war, sie festzuhalten und durchzuführen,[2] was Maximilian damals noch nicht ahnen konnte. Denn Wallenstein hatte diese schwerfälligen und weitläufigen Verhandlungen überhaupt nur zu dem Zwecke eingeleitet, um den Staatsmännern in Wien und dem Kaiser selbst Zeit zu lassen, sich davon zu überzeugen, daß das von ihnen aufgestellte Friedensprogramm überhaupt keine Aussicht zur Verwirklichung bot, und verfolgte in der Hauptsache die gerade entgegengesetzten Ziele.

Schon am 20. Febr., also etwa drei Wochen vor dem Tage, an welchem die eben gewürdigten Bedingungen Levin v. Marschalk übergeben wurden, zeichnete er eine kleine Denkschrift an den Kaiser, in welcher er wol nicht zum ersten Male seine Anschauungen mit größtmöglichster Deutlichkeit entwickelte.[3] „Es befinden sich beim König" — so beginnen

1) Maximilian an Tilly 27. März.

2) Auf dieses Doppelspiel Wallensteins hat zuerst **Fridericia** aufmerksam gemacht: Men i Virkeligheden var detto Forslag ikke alvorligt ment fra Wallensteins Side .... **Danmarks ydre politiske Historie** I. 47. Freilich bemerkte schon **Waitz** (Schleswig-Holsteins Geschichte Bd. 2. 534). „Aber **plötzlich ließ Waldstein** die stärksten Forderungen fallen und verzichtete auf jede Abtretung von Land."

3) Wallenstein an Ferdinand II., Güstrow d. 20. Febr. 1629. Dieses eigenhändige sehr wertvolle Schreiben des Generals ist bisher unbekannt gewesen; ich verdanke seine Kenntnis der Güte des Herrn Hofrats Dr. **Hallwich** in Wien. — Gindely's Darstellung zufolge (Waldstein II. 95) soll man in Wien von vornherein

seine Entwickelungen „Ambassadoren von Frankreich, Engelland, Schweden und Holland, welche nicht alleine große Hilfen an Volk und Geld dem König versprechen, sondern auch da er Fried machen wird, nicht schlechte Bedrohungen thun. Der König ist wegen so viel erlittenen Spotts und Schadens desperiert, von Natur stolz und geizig, möchte sich in ein neue Conförderation mit ihnen einlassen, wenn er sehen sollte, daß man der Tractation kein[en] Anfang machen will. Dem vorzukommen habe ich diese beiliegende Punkta, so mir E. M. zugeschickt, dem Generalwachtmeister überantwortet, darbei auch noch etlich andere, so ich vor nötig geachtet, zusetzen lassen. Insonderheit dieweil der König die Amnistiam vor seine Conföderierte im Reich sucht, so ist es nicht unbillig, daß E. M. die Erstattung der Schaden, so treue Kur- und Fürsten von ihm empfangen haben, auch begehren sollen. Auch dieweil er die Kriegskosten von E. M. bezahlt haben will, und selbst Anfänger dieses Kriegs gewest ist, so begehren E. M. auch billig die Erstattung derselbigen. Auch solle er alle Prätensionen auf die Stifter fahren lassen. Nun sehe ich wol, daß so wenig als der König das, was er begehren thut, von E. M. erlangen wird, daß so wenig auch er in die von E. M. vorgeschlagene Puncta bewilligen wird. Was nun E. M. und Dero hochlöblichstes Haus an diesem Frieden gelegen ist, wissen Sie's besser, als ich Ihnen sagen kann. Dann seind wir dahie accordirt, so seind E. M. und des Haus[es] von Österreich Feind a mal partito. Dann die Menge des Volks, so man notwendig zu Versicherung der Seekanten halten muß, wenn's anderwärts geführt würde, wird darmit viel mügen verricht[et] werden; dahie aber muß man nur sa la defesa stehen, und solches auch nicht mehr wird geschehen können, dieweil diese Länder ganz und gar ausgezehrt seind, darvon ich dann zuvor zu unterschiedlichen Malen E. M. gehorsamlich berichtet hab. Dies sicht der König auch gar wol, dringt desto weniger auf den Frieden, dieweil er weiß, das Seinige ohne Schwertstreich zu

„keine Gebietsabtretung, nur eine Geldentschädigung verlangt haben, um mit dieser die Lausitz wider auszulösen, und das Zugeständnis, den Sund mit eignen oder befreundeten Schiffen frei und ungehindert befahren zu dürfen". Derselbe beruft sich für diese seine Anschauung auf eine Zuschrift Ferdinands II. an Maximilian von Baiern vom 5. Jan. 1629. Allein die von ihm angeführten Zeilen dieses Briefes stützen diese Behauptung nicht. Selbstverständlich würden, wenn Gindely's Annahme richtig wäre, Wallensteins Briefe an Ferdinand II. und an Collalto sinnlos sein, und die zeitliche Ausdehnung der Friedensverhandlungen ganz unerklärlich. Gindely hat die von Chlumecky herausgegebenen Schreiben Wallensteins unberücksichtigt gelassen.

recuperiren. Die den Frieden begehren, seind die dänische Reichsständ, insonderheit die, so in Jütland ihre Güter haben, welche ihnen dermaßen ruinirt werden, daß sie bei ihren Lebzeiten dieselbigen wenig werden genießen können, auch gewinnen E. M. oder der König, daß ihre Privilegia und freie Wahl werden aufgehebt werden. Diese Bedenken aber hat der König nicht, dann er vermeint, durch die ihm auf's neue offerirte Hülf das Seinige wiederum zu bekommen und dardurch das Königreich erblich machen. Bitt derowegen E. M. gehorsamlich, Sie wollen mir Dero gnädigste Resolution geben, wie weit ich mich in die Tractation einlassen soll. Dann wird man a la longa die Sachen führen wollen, vermeinend, bessere condiciones zu bekommen, so besorg ich mich, daß der König ganz wird brechen, insonderheit wann er sehen wird, daß E. M. ein Teil Volks anderswo müssen gebrauchen, welches doch nicht ohne Fried oder Treuga geschehen kann. Mein unerthänigste Meinung wäre, was vor Curtesi E. M. dem König thun wollen, daß es bald geschehe. Dardurch werden Sie ihn und seine Nachkommen devinciren, daß er mehr E. M. wegen der empfangenen Wolthat, als seinen Conföderirten, welche ihn auf's Eis geführt haben, vertrauen und Dero Confident allezeit verbleiben wird. Und dieweil der Frühling vor der Thür ist und E. M. merklich dran gelegen zu wissen, wie Sie mit Dänemark stehen, als bitte ich unterthänigst mir Dero gnädigsten und endlichen Willen zu eröffnen. Dann ich versichere E. M., daß ich vor der Zeit darmit nicht werde aussprengen, sondern in allem E. M. Hochheit und Nutz in Acht nehmen. Ohne Restituirung Jütlands, Schleswigs und Holstein wird gewiß kein Fried geschehen. Ist dies restituirt, so verhoffe ich gänzlich, daß der König nicht allein ein[en] Fried[en] wird machen, sondern sich ganz und gar mit E. M. und Dero hochlöblichsten Haus conföderiren. Der Stifter und anderer Reichssachen wird er sich auch nicht anmaßen; aber alles liegt an dem, daß man zeitlich E. M. gnädigste Resolution könnte wissen, dann gewiß die andern bringen ihn auf ihre Seiten...." Auch Collalto erteilte Wallenstein dieselben Versicherungen und drängte ihn, sein Friedensprogramm in Wien kräftigst zu unterstützen. Er schrieb ungefähr eine Woche später an den ihm damals sehr vertrauten Hofkriegsratspräsidenten: „Der König samt seinen Nachkommen wird sich in die Händ des Haus[es] von Österreich werfen und ihr Confident verbleiben. Geschiehts nicht, so haben wir weder Fried noch Treuga. Was nun an einem und dem andern gelegen ist, die Herren Geheimen Rät wissen[s] gar wol, poiche hano gli mani nela pasta, bitt' allein, der Herr Bruder führe die Sachen dahin, daß dies

bewilligt wird zu restituiren, und alsbalden. Denn geschiehts nicht, la altera impresa andara al fumo."[1]

Als Gründe für diese ganz unerwartete Beilegung des langwierigen und erbitterten Kampfes, welche bei den Politikern des Kaiserhofes das größte Aufsehen hervorrufen mußten, führte Wallenstein fast nur Verhältnisse an, welche sich auf den König und seine augenblicklichen Verbindungen mit den auswärtigen Mächten, die ihm wolwollten, bezogen, sowie die demnächst bevorstehenden Aufgaben der kaiserlichen Politik und des kaiserlichen Heeres. Spaniens oder des Kurfürsten von Baiern und des Reichs überhaupt wird in dem umfangreichen Schreiben vom 20. Febr. nicht mit einer Silbe gedacht. Wie der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in einer modernen Monarchie seinem Herrn in einer ähnlichen Lage die Entscheidung anheimstellt, so legte Wallenstein dem Kaiser die Vorteile dar, welche der Friede unter den angegebenen Bedingungen für ihn und sein Haus nach sich ziehen würde. An eine Heranziehung des Reichs oder seiner Stände zu diesem Friedensschlusse dachte weder der Kaiser noch sein General. So ist dieser Friede seinem Inhalte nach ein Werk Wallensteins, wenn auch der Werkmeister bemüht war, hinter seinen Auftraggeber zurückzutreten und sich rechtzeitig in der allerheiklichsten Frage der kaiserlichen Genehmigung zu versichern.

Man ließ in Wien Wallenstein nicht lange auf die Beantwortung der dänischen Vorschläge warten; aber der Bescheid entsprach den Erwartungen des Generals keineswegs.

Man weigerte sich auf die Elbherzogtümer wider zu verzichten, nur Jütland wollte man allenfalls gegen eine Entschädigung von fünf Millionen Thalern zurückgeben. Allein diese Entschädigungssumme sollte, so scheint es, nicht mehr auf die Widereinlösung der verpfändeten Lausitzen verwendet werden, sondern Wallenstein erhielt die ausdrückliche Weisung vom Kaiser, „daß aus beweglichen Ursachen der Auslösung des Markgraftums Lausitz nicht gedacht werden sollte". Auch wünschte man den König noch zur Erstattung der Kriegskosten zu nötigen, damit der Kaiser der Mittel zur Abdankung des Kriegsvolks teilhaftig werde. Dieser Bescheid des Kaisers an Wallenstein ist am 2. März gezeichnet und also wahrscheinlich noch vor der Übergabe jenes Friedensprogramms in Wien abgefaßt, welches Wallenstein am 20. Februar auf eigne Hand eingesendet hatte.

Am 14. März wurden Wallenstein diese kaiserlichen Friedensbedingungen in Güstrow eingehändigt, welche er darauf den bestellten

1) Güstrow 26. Febr. Chlumecky S. 105.

Vermittlern überreichte, „auf daß ſie ſich deswegen mit den königlichen Kommiſſarien zanken“.[1]

Nur wenige Tage, nachdem die Ablehnung der däniſchen Vorſchläge in Lübeck eingelaufen war, teilten die Dänen auch die Antwort ihres Königs auf die ihm von den katholiſchen Friedensvermittlern zuerſt geſtellten Bedingungen mit (19. März), in welcher die Forderungen des Kaiſers ſchroff zurückgewieſen wurden.[2]

Da Wallenſtein aus dem letzten Beſcheide von Wien den Schluß ziehen mußte, daß man ſeinen Ratſchlägen zunächſt kein Gehör ſchenken werde, erteilte er im tiefſten Geheimnis Hannibal von Schaumburg den Auftrag, ihm Gewißheit darüber zu verſchaffen, ob überhaupt ein Mittel, zum Frieden mit dem Könige zu gelangen, ausfindig zu machen ſei. In welcher Weiſe ſich dieſer Unterhändler dieſe Gewißheit von den Dänen verſchafft hat, wiſſen wir nicht. Allein Ägidius von der Lanken konnte ihm ſchwerlich die feſte Überzeugung einflößen, daß der König nur gegen die Rückgabe der Herzogtümer abſchließen werde, wie ein neuerer Forſcher anzunehmen ſcheint.[3]

Andererſeits trieb Wallenſtein ſeinen Vertrauten Collalto von neuem an, ſeinen Vorſchlägen in Wien Gehör zu verſchaffen. „Giebt man die Örter ohne Cavillation, ſo hoffe ich, daß Fried wird werden, wo nicht, ſo wird ein langwieriger Krieg, denn ſie werden den König in eine neue Liga bringen. Bitt derowegen den Herrn Brudern ganz dienſtlich, er rede mit dem Fürſten (von Eggenberg), auf daß mans bewilligt“.[4]

Dieſe Verſicherungen Wallenſteins entſprachen durchaus den Zweifeln an der Aufrichtigkeit der Friedensneigungen ſeiner Gegner, welche der König noch etwas ſpäter in zwei charakteriſtiſchen Schreiben an ſeinen Neffen, den vertriebenen Herzog von Schwerin, der ſich damals in Kurſachſen aufhielt, kund gab.[5] Er eröffnete demſelben: „Mein Vertrauen zu Gott iſt noch, E. L. und andere Cavalliere werden dermaleinſt blicken

1) Wallenſtein an Collalto, Güſtrow 14. März. Chlumecky S. 109.

2) Gindely, Waldſtein II. 102.

3) Wallenſtein an Collalto, Güſtrow 14. März. Die von Fridericia angeführten Briefe des Ägidius v. d. Lanken an Johann Georg beweiſen nur, daß derſelbe Kenntnis von dem hatte, was Wallenſtein Hannibal v. Schaumburg aufgetragen hatte. Vgl. Fridericia I. 47 Anm.

4) Chlumecky 109. Wallenſteins Schreiben an Collalto iſt vom 14. März n. St.

5) Der König ſchrieb beide Briefe auf ſeinem Schiffe Spes 27. März 1629 a. St. Sie ſcheinen beide an den Herzog Adolf Friedrich von Schwerin gerichtet zu ſein. Kong Christian den Fjerdes Egenhaendige Breve. Udgivne ved C. F. Bricka og J. A. Fridericia 2. Bind 195—197.

lassen, daß noch jemand vorhanden, der für Gottes Wort ein blau Auge wagen darf, an mir soll es mit Gottes Hilf nit mangeln. Zu Lübeck wird noch Fried tractiert, was man einen Tag vorwärts tractieret, das tractieret man den folgenden Tag zurück und bieten mir solche Possen, die nit gehn werden".[1] Noch deutlicher drückt sich der König in einem zweiten Schreiben von demselben Tage aus: „Man tractiert noch fleißig den Frieden zu Lübeck, aber mit geringer Hoffnung, dann sie mir schon Punkta vorgeschlagen, so ganz unbillig, unmöglich und unverantwortlich für Gott und den Menschen gewesen. Vermeine auch, daß die, so folgen werden, nit besser sein werden. Der Friede ist ihnen bis dato kein Ernst gewesen". —

Durch den Bescheid des Kaisers vom 2. März war jedoch den Dänen das immerhin wichtige Zugeständnis gemacht worden, daß Ferdinand II. gegen eine Entschädigung auf Jütland verzichten wollte. Infolge dieser Nachgiebigkeit des Feindes führten die königlichen Politiker nur eine um so festere Sprache und schüchterten dem Anschein nach die Katholischen nicht wenig ein.[2] Sie verwarfen die Abtretung der beiden Elbherzogtümer von neuem und ebenso die Verzichtleistung auf die Stifter und lehnten Verhandlungen über die Freiheit des Sundes und den Sundzoll ohne weiteres ab. Ja sie drohten geradezu mit ihrer Abreise, falls ihnen keine milderen Bedingungen gestellt würden.

Die katholischen Friedensvermittler machten darauf die Generäle mit der Sachlage bekannt und erteilten ihnen den Rat, die von den Dänen verlangte Verzichtleistung auf Schleswig-Holstein und die Neben-

1) Der König hatte damals also noch keine Kenntnis von dem, was ihm Wallenstein bieten wollte. Fridericia scheint dies S. 49. Anm. 8 freilich anzunehmen, aber sicherlich mit Unrecht, da Wallenstein schwerlich vor einer ziemlich sicheren Genehmigung seines Planes durch den Kaiser dem Könige irgend eine Zusicherung machen ließ.

2) Ruepp schreibt am 16. März an Maximilian „So fiehren sie auch stetts im mundt den Khönig in Schweden, die Hollender, machen groß fest wegen der flotta, Vnd ob es zwar nur particular khaufleutt Schif, soll es doch ein grosser schaz gewesen sein (R. spricht von der durch die Holländer erbeuteten spanischen Silberflotte). So machen sie ebenmessig auf den Khönig in Frankreich nit wenig hofnung, will geschweigen den trost, den sie haben zum Gabor vnd dergleichen, damit sie sich selbst speisen vnd erquikhen, vnd also vermeinen, daß durch soliche diversiones ihnen der last des Khriegs ab dem halß khommen, oder das die benambste Inen zum succurss Bastant vnd genueg sein sollen, hergegen gedenckhen sie nicht, daß Schweden mit Pollen, Franckhreich mit Italia, die Holender mit Spania zu thuen haben, vnd der Gabor mit ihme selbst, vnd das Dennemarkh bey solicher Coniunctur anderst nichts zugewartten, als ein total ruin ...

lande, auf die Erstattung der Kriegskosten und die im Betreff des Sundes erhobenen Ansprüche zu genehmigen. Auch Tillys Vertreter empfahlen also jetzt Wallenstein die von ihm in Wien vorgelegten Bedingungen.[1] Ruepp entwickelte Tilly in Lauenburg den ganzen Sachverhalt mündlich, soweit er ihn kannte.

Der letztere aber sprach den Wunsch aus, daß sich Wallenstein von Wien ganz bestimmte Weisungen möge erteilen lassen, wie weit man eigentlich in der Nachgiebigkeit gehen dürfe, um nur den Dänen keine Veranlassung zum Bruche zu geben. Irgend einen Schadenersatz für die Liga vom Könige zu erhalten, hoffte er damals nicht mehr.

Von Lauenburg begab sich Ruepp nach Güstrow und kehrte von da am 29. März nach Lübeck zurück. In einer Beratung der katholischen Gesandten teilte er darauf mit, daß sich die Generäle über alle wesentlichen Punkte verständigt hätten und sprach als besonderen Wunsch Wallensteins aus, daß in der den Dänen zu überreichenden Antwort alle verletzenden Worte vermieden und überhaupt nichts berührt werden sollte, was Verbitterung hervorrufen könnte. Wallenstein verzichtete auf die von den Ligisten geforderte Sicherstellung der Ausführung der Friedensbedingungen, auf Schadenersatz für den Kaiser und die Liga und auf jedwede Bestimmung über den Sund: würde man dem Könige viel Gesetze vorschreiben wollen, so würden sich England, Schweden und Holland zur Verteidigung des Sundes vereinigen. Auch Gabriel de Roy war mit diesem Einwurfe von Wallenstein zur Ruhe verwiesen worden.

Walmerode verfaßte darauf eine Denkschrift, in welcher den Dänen die Aussicht eröffnet wurde, daß der Kaiser auf Schleswig und andere Gebiete Verzicht leisten könne, an der Forderung im Betreff der Stifter und der Ablösungssumme von 5000000 Thalern für Jütland dagegen festhalten werde. In diesen Bescheid wurde ferner ein Punkt im Betreff der Rückgabe der beiderseitigen Gefangenen aufgenommen und dem Könige eine ziemlich enge Verbindung mit dem Kaiser, um nicht zu sagen ein Bündnis, angetragen. Der Kaiser versprach dem Könige seine Unterstützung, falls er dieses Friedens wegen von irgend einer Macht zu Wasser oder zu Lande angegriffen werden sollte, und der König sollte dagegen dem Kaiser bei einem Angriffe, dessen Ursachen in diesen Kriegen lagen, mit seiner Streitmacht zur Seite stehen.

Am 31. März wurde diese Gegenerklärung den Dänen ausgehändigt und ihnen zum ersten Male die frohe Aussicht eröffnet, daß ihr König wider in den Besitz der verlorenen Lande gelangen könne.

---

1) Ruepp an den Kurfürsten Maximilian, Lübeck 30. März, München.

Die dänischen Anwälte Friis und Scheel reisten darauf zum Könige, um in mündlicher Zwiesprache mit demselben die weiteren Schritte in Beratung zu ziehen.

Nach dieser Wendung der ganzen Angelegenheit wird man annehmen dürfen, daß Wallenstein kurz vor seinen letzten Erklärungen Weisungen von Wien erhielt, welche ihn zu dieser Nachgiebigkeit berechtigten und sich den von ihm aufgestellten Bedingungen ein gut Stück näherten.[1] Allein er hegte trotzdem noch immer sehr erhebliche Zweifel darüber, daß man hier seinen Wünschen durchaus nachkommen werde, und rechnete eigentlich doch nur auf die Beständigkeit zweier Vertrauter: Collalto's und Eggenberg's. Dem ersteren drückte er seine Besorgnisse in einem ziemlich erregten Briefe aus:[2] „Bitt, man differire darmit nicht, denn nachher, wenn wirs haben wollten, so wird es nicht sein können. Daß der Fürst nach Ostern in die Steiermark will verreisen, das hat mich so perplex gemacht, daß ich nicht weiß, was ich darzu sagen soll. Bitt um Gottes Willen, der Herr Bruder halte ihn darvon ab. Ich bins auch versichert, daß S. L. Gottes und J. M. Dienst ihnen also angelegen sein lassen, daß sie bei diesen frangenti (?!) nicht aussetzen und den Widerwärtigen den gusto nicht geben werden. Daß man auch gern sehen thäte, daß der Herr Bruder ins Reich ziehen thäte, das glaube ich gar wol. Obs aber des Kaisers Nutz wäre, zweifl ich. Denn im Reich ist wol kein Gefahr, aber von Hof möchten insonderheit, wenn der Fürst abziehen sollte, solche Resolutionen kommen, daß nicht allein im ganzen Römischen Reich alles über und über gehen müßte, sondern auch J. M. Königreich und Erbländer in äußerste Mühe müßten gesetzt werden".

Der Kaiser, dem man einst Hoffnung auf die Eroberung von ganz Dänemark gemacht hatte, scheint die von ihm eingesendeten und auch Spanien mitgeteilten Friedensbedingungen lange Zeit als die allein möglichen betrachtet zu haben. Ja in seiner unmittelbaren Umgebung wurden jetzt noch Stimmen laut, welche die Eroberung der dänischen Inseln als im Bereiche der Möglichkeit liegend bezeichneten. Der Kriegsrat Questenberg scheint diesem Kreise von Staatsmännern angehört zu haben. Auf Befehl des Kaisers mußte Collalto den General von dieser Anschauung der Sachlage in der Umgebung seines Kriegsherrn

1) Er schreibt am 23. März (!) an Collalto: die kaiserliche Schreiben hab ich durch den Obersten Aldringer dezifriren lassen. Chlumecky a. a. O. 129.

2) Wallenstein an Collalto, Güstrow 23. März. Chlumecky hat S. 130 Maji drucken lassen und den Brief auch demgemäß eingereiht. Es liegt aber offenbar ein Versehen in dieser Bezeichnung des Monats vor.

sogar in Kenntnis setzen. Allein dieser fertigte die kriegsverständigen Politiker in Wien mit ätzendem Spott ab. Seine Antwort an Collalto lautet: „Ich hab gesehen das, was mir der Herr Bruder aus Befehlich F. M. geschickt hat; ich vermeine, der, so den lateinischen Zettel geschrieben hat, wird um unsere Sachen wenig Wissenschaft haben. Wenn er mit dem Herrn von Questenberg sich auf ein Schaluppen setzen sollte, so würde er anders darvon discuriren. Ich hab wol bei 13 Schiff, aber mit keinem kann ich auf die See, denn der Gabriel de Roa hat die Mateloten und Büchsenmeister licentirt. Dieser vermeint, daß man ein Land so leicht einnimmt, als man ein[en] lateinischen Zettel schreibt, dahero denn, wie ers versteht, also schreibt er auch".[1]

Wallenstein und Tilly in Güstrow.

Erst am 20. Febr. zeichnete Ferdinand II. eine erweiterte Vollmacht für die Generäle, in welcher ihnen aufgetragen wurde, nach ihrer eignen Diskretion den Frieden abzuschließen. Drei Tage darauf erteilte er Wallenstein die Zusicherung, daß er nicht nur alles bestätigen wollte, was er mit den dänischen Ständen, sondern auch, was er mit dem Könige schließen werde.

Vor der Ankunft der kaiserlichen Bescheide auf diese Vorbedingungen wollte aber Wallenstein natürlich jede nähere materielle Erklärung an die dänischen Politiker vermeiden.[2]

Allein die Mahnungen Friedlands an Collalto, seinen Einfluß für die von ihm vorgeschlagenen Friedensbedingungen geltend zu machen, beschleunigten die Entscheidung keineswegs. Selbst nach dem Erlaß des Restitutionsedikts widerstand man in Wien Wallensteins Begehren noch geraume Zeit.

Diese Zögerung der kaiserlichen Staatsmänner scheint in Wallenstein den Verdacht erweckt zu haben, als ob sie durch den Kurfürsten von Baiern veranlaßt sei. Infolgedessen beschloß er mit Tilly in den nächsten persönlichen Verkehr zu treten und forderte ihn auf, sein Hauptquartier ebenfalls in Güstrow aufzuschlagen.[3] Tilly erfüllte seine Bitte und traf am 5. April in Wallensteins Residenz[4] ein. Von vornherein erteilte er

---

1) Chlumecky 115.

2) Vgl. Wallensteins Schreiben an Collalto vom 14. Febr bei Chlumecky 97 und Fridericia a. a. O. S. 41.

3) Güstrow 8. April, Chlumecky 113.

4) Protokoll des Sekretärs Hövel (nicht „Höbel") bei Gindely a. a. O. II. 99.

das Versprechen, seinen Aufenthalt bis nach Ostern (15. April) auszudehnen, in der Hoffnung, daß die Dänen bis dahin eine neue Erklärung eingeliefert haben würden.

Wallenstein fand ihn im Anfange seinen Friedensplänen sehr abgeneigt. Er schrieb an Collalto: „ich sehe wol, daß er zum Frieden im wenigsten nicht inclinirt, aber halte gänzlich darfür, daß das aus seines Herrn Boteka kommt". Da jedoch die Dänen mit ihrer neuen Erklärung zögerten und in Wien das entscheidende Wort erst spät gesprochen wurde, so verlängerte Tilly seinen Aufenthalt in Güstrow bis tief in den Mai hinein.

Infolge dieses engeren persönlichen Verkehrs mit Wallenstein änderte nun der ligistische General seine Anschauungen in verhältnißmäßig kurzer Frist vollständig und unterstützte mitsamt seinen Unterhändlern Wallensteins Friedensprogramm. Unter Zuziehung Hannibals von Schaumburg, des von Wien bereits im März zurückgekehrten Aldringer und Walmerode's auf der einen Seite, sowie Ruepps und des mainzischen Oberamtmanns und Landrichters auf dem Eichsfelde Friedrich Westfals auf der andern einigten sich endlich Wallenstein und Tilly in einem Gutachten,[1] in welchem Wallensteins Plan als das einzige Mittel, um einer großen Gefahr zu entgehen, sowol dem Kaiser wie auch Maximilian empfohlen wurde. Beide Generäle erklärten die gewissesten Nachrichten davon zu besitzen, daß sich Christian IV., falls man ihm nicht seine Reichslehen ebenso wie die zur Krone Dänemark gehörigen unmittelbaren Gebietsteile wider einräume, von Frankreich, England, Schweden und Holland noch weiter zum Werkzeuge ihrer Pläne brauchen lassen würde, so daß eine noch größere Verwirrung zu befürchten wäre. Sie wiesen darauf hin, wie wenig man sich gerade jetzt nach dem Erlaß des Restitutionsedikts bei der Landung eines Feindes auf die leidenschaftlich erregten norddeutschen Protestanten werde verlassen können, die dem Anschein nach nur auf die Gelegenheit warteten, sich den Feinden geradeswegs anzuschließen. Ganz besonders richteten die Friedensvermittler die Aufmerksamkeit ihrer Herrn auf die Feindseligkeiten Schwedens gegen Polen, die nicht nur das Reich, sondern auch die östreichischen Erblande bedrohten und zur weiteren Folge hatten, daß man die langgestreckte Küste von Preußen bis über die Elbe decken mußte. Nun gestand man endlich zu, daß man aus Mangel an Schiffen nichts weiter gegen Dänemark zu unternehmen imstande war, während der König zu Schiff in wenig Stunden eine größere Strecke

1) Gutachten Tillys und Wallensteins über die dänischen Friedensverhandlungen, Güstrow 19. April. K. K.-A. i. München. Londorp III. 108. Adlzreiter, Ann. Boj. III. 181. 182.

zurücklegen konnte, als das kaiserliche Heer zu Lande in vielen Wochen. Ferner wurde in diesem Gutachten der Mangel hervorgehoben, mit welchem die Heere in allen Gebieten Norddeutschlands zu kämpfen hatten. Man wies auch auf den unberechenbaren, halsstarrigen und tollkühnen Sinn des Königs hin, dem die Absicht, die verlorenen Länder mit gewappneter Hand wider zu erobern, wol zuzutrauen war. Daß man sich in der angeblich feindseligen Stimmung der Reichsräte getäuscht hatte, bekannte man offen. Aus all diesen Erwägungen ergab sich für die Generäle nur der eine Schluß, daß es für Kaiser und Reich nicht dienlich sei, durch Vorenthaltung der Länder Holstein, Stormarn und Schleswig dem Könige zu neuen Kriegen Veranlassung zu geben und den Frieden zu verzögern oder unmöglich zu machen. Dagegen sollte der König auf alle Ansprüche im niedersächsischen und in andern Kreisen ausdrücklich Verzicht leisten und natürlich auch auf die Bistümer.

Die Geneigtheit, mit welcher sich Tilly für Wallensteins Vorschläge erklärte, wird auch eine Folge der Auszeichnung sein, welcher sich der sonst Wallenstein wenig sympathische General schon in der ersten Zeit seines Aufenthaltes in Güstrow zu erfreuen hatte. Tilly war schon früher durch den Kaiser eine Ehrengabe von 400000 Thalern für seine treuen Dienste angewiesen worden, ohne daß bis dahin hätte Zahlung erfolgen können. Als derselbe nun von Güstrow aus den Propst und Domherrn Fleron zu Lüttich nach Wien entsendete, um irgend eine Gewähr oder Sicherheit für seinen Anspruch durchzusetzen, ersuchte Wallenstein den Hofkriegsratspräsidenten um seine Verwendung bei dem Kaiser, daß ihm selbst der Auftrag erteilt werden möchte, dem ligistischen Generale in den Herzogtümern oder in Wolfenbüttel und Kalenberg ein Gebiet anzuweisen. Diese Überweisung sollte Tilly in den Genuß seiner Ehrengabe einsetzen. Freilich ist Wallenstein nicht erst in jenen Tagen auf den Gedanken gekommen, für Tilly eine Dotation im Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel ausfindig zu machen, denn er hatte schon im Februar auf Pappenheims Ersuchen Collalto darauf aufmerksam und gewissermaßen im voraus verantwortlich dafür gemacht, daß der Kaiser dem Herzoge Friedrich Ulrich nicht etwa einen andern, d. h. einen erweiterten Pardon erteilen möchte, als er bereits durch Tilly erlangt hatte. Schon damals hatte er dem Kaiser durch Aldringer den Vorschlag gemacht, Tilly an Stelle der ihm versprochenen Geldsumme das Amt Kalenberg zu überweisen und zugleich seine Befugnis, Konfiskationen gegen die Feinde des Kaisers vorzunehmen, zu erweitern.[1] —

1) Chlumecky 103 f. 122 f. Khevenhiller XI. 770 f. Von d. Decken, Herzog Georg 1. 275.

Nachdem die dänischen Abgeordneten Friis und Skeel Lübeck verlassen hatten, gerieten die Verhandlungen hier gänzlich ins Stocken, so daß Tillys Vertreter sehr argwöhnisch wurden. Die beiden dänischen Diplomaten aber wurden von einem ungünstigen Winde in den Hafen von Wismar getrieben und warfen hier in der Besorgnis, trotz der kaiserlichen Geleitsbriefe festgenommen zu werden, ihre Schriften und Briefschaften in das Meer. Allein man that ihnen nichts zu leide, und sie konnten ihre Reise nach Kopenhagen fortsetzen. Als sie indessen in der Hauptstadt anlangten, fanden sie den König nicht anwesend, der vielmehr gerade in der Richtung nach Travemünde gereist war. Er hatte sich dann nach Wismar gewendet, um hier zu versuchen, feindlichen Schiffen die Einfahrt zu wehren.

Christian IV. hielt sich in der Umgebung von Travemünde einige Tage lang (5) auf und trat hier mit den in Lübeck zurückgebliebenen und von da zu ihm entbotenen Jakob Ulfeldt und Levin Marschalk in eine Unterhandlung ein, über deren Ausfall Ruepp seinem Kurfürsten noch am 4. Mai keinen Bescheid zu geben vermochte. In Wirklichkeit wurde hier bereits ein Vertragsentwurf festgestellt.[1] In Nakskov erteilte der König drei Tage später Friis und Skeel Vollmachten, welche den wichtigsten Ansprüchen seiner Gegner fast volles Genüge thaten.[2] Er verzichtete auf das Kreisoberstenamt und gab die deutschen Stifter auf. Er versprach zugleich, nachdem ihm von den dänischen Reichs- und Landräten Entschädigung zugesichert war, dem Kaiser seine Forderungen an den Herzog Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel in einer besonderen Urkunde abzutreten und war gewillt, die Insel Fehmarn dem Hause Gottorp ohne jegliche Gegenleistung von seiten der Einwohner zurückzugeben.[3] Ganz besondere Sorgfalt widmete er dem Punkte, welcher den Verzicht der Kaiserlichen auf die Erstattung der Kriegskosten und Schäden betraf. Er wünschte ihn so genau gefaßt, daß nicht etwa die Ligisten noch Ansprüche an ihn erheben könnten. Wenn keine allgemeine Amnestie vom Kaiser zu erlangen war,

1) Ruepp an den Kurfürsten Maximilian, Lübeck 4. Mai. München.

2) 11. April a. St. Waar Jacob Ulfeld og Leuin Marskalck paa Spes huoss mig, huor den Form aff tractionen y mellom mig och Keysseren bleff udkast. Bricka, Kong Christian IV.'s Kalender optegnelser fra Aarene 1617, 1629 og 1639 — Danske Samlinger, Femte Bind 62.

3) Memorial, wie weit unsere . . abgefertigte Gesandten in die abgefassete und uns zu Ratification unterthänigst präsentierte Vernotelung eines Vertrags unseret halben sich einzulassen und sonst dabei in Acht zu nehmen haben . . . 14. April 1629 (a. St.) in unser Stadt Nackstov. Vgl. dazu Fridericia I. 50 f. Am 16/26. April befanden sich Friis und Skeel wider in Lübeck.

wollte er wenigstens ein Verzeichnis der Diener einschicken, für welche er Sicherheit nachsuchte. Der Punkt wegen der gegenseitigen Hilfe machte dem Könige jetzt Bedenken: es schien ihm das Beste, wenn ihn seine Unterhändler würden auf sich beruhen lassen können.

Die Frage im Betreff des Religionsfriedens und des Schutzes der augsburgischen Konfession hatte der Kaiser durch den Erlaß des Restitutionsedikts eigenmächtig gelöst, und da sie recht eigentlich eine Reichsangelegenheit war, mußte sie von selbst aus den Punkten ausscheiden, für welche der König im Anfange der Verhandlungen eingetreten war.

Von welchen Empfindungen Christian IV. aber in jenen entscheidungsvollen Tagen beseelt war, drücken die inbrünstigen Dankesversicherungen aus, welche er bald darauf gegen seine Friedensvermittler äußerte.[1] „Wir können dem Allerhöchsten niemals genug danken, daß alles bis jetzt so gut abgelaufen ist. Gott gebe allem ein gutes Ende, seinem heiligen Namen sei Lob, Preis und Ehre.“ Es beseelte ihn wider das frohe Gefühl, daß der Fortbestand seiner Monarchie gesichert sei.

Die Unterhandlung des französischen Gesandten Charnacé mit Christian IV.

Zu guter Stunde hatte der König vor Travemünde auch den französischen Gesandten Charnacé in eines seiner Schiffe aufgenommen und ihn mit sich nach Kopenhagen geführt. Derselbe kam aus den Hansestädten, hatte sich aber hier nicht geradezu für einen Gesandten ausgegeben.

Christian IV., der bereits die Gewißheit in den Händen hatte, daß er seinen Frieden unter den möglichst besten Bedingungen werde durchsetzen können, war vorsichtig und vielleicht auch boshaft genug, jeder vorzeitigen Annäherung des französischen Botschafters an seine Person auszuweichen. Er ließ denselben ziemlich lange auf eine Audienz warten und erteilte sie ihm erst am 30. April n. St.[2] Da entwickelte Charnacé den französischen Plan von einem Frieden des Königs mit Baiern und

---

1) Der König an die Reichsräte Friis, Ulfeldt, Skeel und an Levin v. Marschalk, Kopenhagen 20./30. April. Molbech 344.

2) Vgl. den eben erwähnten Brief. Nach dem Kalender des Königs hat die Audienz erst am folgenden Tage stattgefunden: 21. April. Drog iog fra Croneb. till Kopenh. Sammo dag haffde den Fransosiske Gesandter audiens, Bricka a. a. O. S. 62.

der Liga und bot zugleich für den Fall, daß der Kaiser sich nicht fügen würde und der Krieg fortgesetzt werden müßte, dem Könige 500000 Livres jährliche Kriegsunterstützungen. Auf besonderes Ersuchen übergab Charnacé seine Vorschläge auch schriftlich. Schon wenige Tage darauf erhielt er indessen einen durchaus ablehnenden Bescheid.[1] Und welche andere Antwort hätte der König, der nach der Audienz des Franzosen, aber an demselben Tage, jenes dankbare und hoffnungsvolle Schreiben an seine Vertreter in Lübeck richtete, diesen befremdenden Zumutungen zu teil werden lassen können?

Er sollte seinen Frieden mit dem Kaiser erst durch einen Frieden und ein Bündnis mit Baiern und der Liga einleiten? Er sollte daran glauben, daß er auf diese Weise die Liga und den Kaiser von einander trennen und vom Kaiser dann einen ehrenvollen, allgemeinen und sicheren Frieden erhalten würde? Man mutete ihm zu, sich vorzustellen, daß der Kaiser nur den Plan verfolge, ihn von seinen deutschen Bundesgenossen, von denen er seit dem Herbste 1626 vollständig im Stiche gelassen worden war, zu trennen, um nach deren Unterwerfung auch ihm mit um so größerer Aussicht auf Erfolge zuzusetzen! Sehr eigentümlich mußte es den dänischen König berühren, daß in diesem französischen Vorschlage auch die Fortsetzung des Krieges gegen den Kaiser in Rechnung gezogen wurde: Charnacé stellte ihm vor, er werde nach dem Frieden mit der Liga nur die Hälfte der Kosten im Kampfe gegen Ferdinand II. aufzuwenden haben, da derselbe um die Hälfte seiner Streitkräfte geschwächt sein würde; er machte ihm ferner auf den Anschluß der Hansestädte und Schwedens nach einem solchen Umschwunge der Verhältnisse Hoffnung!

Mit vollem Recht erkannte der König in diesen französischen Vorschlägen nur einen Versuch, den Frieden überhaupt zu hintertreiben; er aber war in seinen Verhandlungen mit den Kaiserlichen viel zu weit vorgerückt, als daß er diesem gänzlich unfertigen Plane hätte Geschmack abgewinnen können. Er fand endlich die für den Fall der Fortsetzung des Krieges gebotene Unterstützung gänzlich ungenügend und hob besonders hervor, daß sie nicht einmal die früheren Angebote erreichte.[2] Und mit seinen Zahlungen für die früheren Jahre war Frankreich noch im Rück-

1) Der Inhalt dieses Bescheides findet sich bei Siri a. a. O. S. 164—166 unter dem Datum des 24. Aprils a. St.

2) „Confidare internamente, che 'l Rè Christianissimo..... colla sua autorità promoverebbe quei consigli, si che ove nell' Imperadore prevalesse il pensiero della guerra à quello della pace l'assistessa con validi aiuti, e non con quei soli che dal Signor Ambasciadore erano stati espressi, ma di gran lunga maggiori, e quali per avanti

stand. So war es also nicht auffällig, daß das französische Anerbieten ohne weiteres abgelehnt wurde.

Aber ganz ungelegen kam dem Könige die Botschaft Charnacés und sein längerer Aufenthalt in Dänemark keineswegs. Er teilte vielmehr die französischen Anträge sofort den kaiserlichen Politikern mit,[1] die daraus den Schluß ziehen mochten, daß wirklich für die kaiserliche Sache Gefahr im Verzuge sei. —

Der Friedensschluß.

Bevor man in Wien einen endgiltigen Beschluß über die neuen von Wallenstein eingesendeten und zuletzt von Tilly mit empfohlenen Bedingungen faßte, versicherte man sich des vollen Einverständnisses des Kurfürsten von Baiern und sendete zu diesem Zwecke den Abt von Kremsmünster nach München. Am 22. April erteilte ihm Maximilian Audienz. Der Abt hielt Maximilian einen Vortrag über den Gang der Friedensverhandlungen, den sich dieser schriftlich ausbat. Der östreichische Gesandte überreichte darauf eine kurze aus Wallensteins Berichten und der kaiserlichen Instruktion zusammengestellte und der größeren Sicherheit halber eigenhändig geschriebene Denkschrift. Dieser Darstellung zufolge hatte man zuerst die Abtretung der Elbherzogtümer gefordert, aber den Friedensvermittlern den Auftrag erteilt, die Bedingungen gradatim zu ermäßigen und dem Könige zunächst Hoffnung auf die Rückgabe Jütlands und endlich auch Schleswigs und Holsteins gemacht.[2] Und nun war man geneigt auf dieser Grundlage mit seinen Gesandten abzuschließen, nachdem man in Erfahrung gebracht hatte, daß Christian IV. niemals zum Frieden

---

alla M. S. il Rè Christianissimo spontaneamente col mezo de suoi Ambasciadori haveva offerto, et ultimamente s'erano promessi all' Ambasciadore Zobel." Siri S. 166.

1) Mémoires du cardinal de Richelieu T. V. S. 116—119. Il lui sembloit que le meilleur conseil qu'il pût prendre étoit de tirer l'avantage des paroles qui lui étoient portées par Charnacé, et les faire entendre à l'Empereur; ce que non seulement il fit, mais lui manda pour empêcher de conclure la paix avec lui ce qui nètoit pas véritable; car il lui reprèsenta seulement que, pour l'obtenir raisonnable, il lui étoit avantagenx de la faire premièrement avec la ligue catholique, de laquelle l'Empereur étant destitué seroit obligé de lui accorder toutes les conditions équitables qu'il lui présenteroit .. S. 118.

2) So stellte der Abt die Angelegenheit dem Kurfürsten dar; in Wahrheit hat Wallenstein dem Kaiser und seinen Politikern die Zugeständnisse abgerungen.

geneigt gewesen, sondern nur durch die Stände und die Reichsräte zur Eröffnung der Verhandlungen veranlaßt worden war. Ferner wies der östreichische Politiker auf die Zusammenkunft des Königs mit Gustav Adolf hin, der angeblich eine zweite Besprechung folgen sollte. Er hob, ohne sich freilich in Einzelheiten einzulassen, die Verheißungen hervor, welche Christian IV. angeblich von Frankreich, England, Schweden und Holland erteilt wurden, und eröffnete endlich dem Kurfürsten, daß der König, wenn ihn die Reichsräte wider sein Vermuten der völligen Rückgabe der verlorenen Herzogtümer versichern könnten, ohne jedes Bedenken und auch ohne die Mächte zuvor zu hören, welche den Frieden zu verhindern strebten, nachgeben und den ihm angetragenen Frieden annehmen werde.[1]

Die Antwort des Kurfürsten war die gewünschte. Maximilian hielt den Frieden für sehr heilsam und notwendig und erteilte auch seine Genehmigung zu den Opfern, zu welchen sich der Sieger geneigt zeigte. Nur sollte der Kaiser dafür Sorge tragen, daß sich der König nicht weiter in die pfälzische Angelegenheit einmische. Die Besorgnis vor einem Einfalle der Franzosen in das Elsaß scheint auf Maximilians Entschluß mitbestimmend eingewirkt zu haben. Als er dem Abte seinen persönlichen Besuch abstattete, kam er noch einmal auf die französischen Pläne gegen die Unterpfalz zurück und äußerte ferner Mißtrauen gegen die Holländer. Er behauptete, daß die Staaten 30000 M. z. F. und 5000 Pf. bei einander hätten und noch vor Beginn des nächsten Monats die Grenze überschreiten könnten. Auch zur Verzichtleistung auf die Kriegskosten hatte sich der in Geldangelegenheiten so peinliche Kurfürst jetzt entschlossen. Schon am 24. April wies er Tilly an, von dieser Forderung, falls nichts von den Dänen zu erhalten sein würde, abzustehen und sich mit den kaiserlichen Gesandten darüber zu vergleichen.

Unterdessen war man in Lübeck, wo die katholischen Unterhändler über das lange Ausbleiben der dänischen Antwort auf ihre letzten Vorschläge vom Ausgange des März sehr unwirsch geworden waren, dem Ziele doch näher gerückt. Auf das Ersuchen der holsteinischen Gesandten verließen die Kaiserlichen die bisherige Form der schriftlichen Verhandlungen und gingen zu mündlichen Besprechungen über. Der vor kurzem vom Kaiser zum Generalwachtmeister erhobene Aldringer kehrte am

1) K. K. Archiv in Wien. Ein Teil des dem Kurfürsten vom Abte gehaltenen Vortrags ist von O. Klopp, Tilly I. S. 548—550 veröffentlicht worden. Vgl. dazu den Bericht des Kurf. von Köln an den Bischof von Osnabrück vom 13. Mai ebenda. S. 550 f.

4. Mai von Güstrow nach Lübeck zurück und berichtete den übrigen katholischen Friedensvermittlern, wie sehr die Generäle den baldigen Abschluß herbeisehnten. Auch der Tillys Stelle damals vertretende Friedrich Westphal fand sich bald darauf in Lübeck ein.

Am 5. Mai überreichten die Dänen Hannibal von Schaumburg ihre Forderungen. Die kaiserlichen Vertreter bestimmten in ihrer Beantwortung derselben die Einmischung des Königs in die Reichssachen näher dahin, daß derselbe seinen Ansprüchen auf die norddeutschen Erzstifter und Stifter ebenso entsagen sollte wie seine Söhne. Dagegen gestanden sie jetzt zum ersten Male die unentgeltliche Herausgabe der Herzogtümer zu und wahrten dem Kaiser und dem Reiche nur die Rechte an Holstein und den zugehörigen Landen. Das Auftreten der Dänen scheint auf die mit dem innern Zusammenhange der Verhandlungen unbekannten Vertreter des Kaisers großen Eindruck gemacht zu haben: denn indem dieselben ihre fünf Punkte einreichten, erklärten sie auf das Bestimmteste, falls der König wider zu seinen Landen komme, werde man sich bemühen, über die andern noch streitigen Punkte einen Ausgleich zu treffen. Dagegen wäre der König fest entschlossen, sein Recht mit dem Schwerte zu suchen, wenn man gesonnen sein sollte, ihm Land und Leute innen zu behalten.

Am 10. Mai begaben sich Aldringer, Walmerode und Ruepp wider nach Güstrow zu den Generälen, die nun auch ihrerseits nach Wien und München Bericht erstatteten. Dem Anschein nach waren um diese Zeit Wallensteins politische Gegner am Kaiserhofe noch immer sehr rührig und suchten den Abschluß der Verhandlungen zu verzögern oder gar rückgängig zu machen. Noch am 12. Mai schrieb Wallenstein an Collalto: „Ich bitt, man denke zu, denn man begehrts an allen Seiten zu hindern, nicht allein beim König unsere Feind, sondern auch bei uns unsere Freund". Drei Tage darauf mahnte er Collalto fast mit denselben Worten, mit welchen er ihn schon im Februar angetrieben hatte, seinen Einfluß für die von ihm zuerst auf die Bahn gebrachten Bedingungen geltend zu machen.

Bis dahin scheint der General die Politiker in Wien in dem Glauben erhalten zu haben, daß die Dänen nur einen längeren Waffenstillstand eingehen würden: jetzt eröffnete er dem Kaiser, Christian IV. wolle durchaus keinen Waffenstillstand, sondern nur einen Frieden schließen. Wie dringlich seine Mahnungen um diese Zeit wurden, ist aus einem Schreiben an Collalto vom 13. Mai deutlich ersichtlich. „Ich hab noch dies erinnern wollen, daß was mir J. M. wegen der Friedenstraktation befehlen werden, daß in höchster Geheim expediert wird etwan durch des Herrn v. Werdenberg eigene Hand. Denn wanns der Gegenteil erfahren

thäte, so möchten sie viel weniger den Frieden bewilligen, auch wenns die Bayrische erführen, dieweil sie den Frieden nicht gern sehen, allerlei impedimenta zu thun sich befleißen. Schließe hiermit und bitt, daß die Resolution erfolgt, Jütland, Schleswig und Holstein ohne einige Exception zu geben. Des Sunds muß man auch nicht gedenken, denn sobald man saget, daß man den Sund des Hauses von Österreich Feinden solle sperren, so werden dieselbige unter diesem Prätext, wie sie dann drauf gehen, denselbigen occupieren. Aber sobald der Fried geschlossen, ist der König wegen seiner Länder außerhalb der Stifter restituiert, so wird er gewiß J. M. Confident und seine Erben verbleiben, aber was man thun will, das thue man in continenti".[1]

An diesem oder dem folgenden Tage mag aber die Zustimmung des Kaisers zu den Bedingungen, welche zuletzt aufgestellt worden waren, in Güstrow eingegangen sein.

Am 14. Mai erstatteten die Generäle ihren letzten Bericht an den Kaiser vor dem förmlichen Abschlusse. Spätestens am Tage darauf übersendete Tilly seinem Kurfürsten den Entwurf des den Dänen vorzulegenden Friedensvertrages, welchen dieser mit sehr kritischem Auge musterte und an mehreren Punkten selbst dem Ausdrucke nach verbessert wissen wollte.

Aber auch dieser Friedensentwurf enthielt für die Katholischen und besonders für Maximilian einen sehr anstößigen Punkt. Denn der König wollte wol für sich selbst auf die Erzstifter und Stifter verzichten, nicht aber auch im Namen seiner Söhne, während seine Gegner darauf drangen, daß diese wenigstens die Friedensurkunde mitunterzeichnen sollten. Da die kaiserlichen Friedensvermittler jedoch außer stande waren, auf die dänischen Prinzen irgend einen Zwang auszuüben, ließen sie endlich auch diesen Anspruch dahingestellt. So lange die östreichisch-ligistischen Truppen ganz Norddeutschland beherschten, war ja doch jede Gefahr, daß Bremen, Verden, Osnabrück oder gar Halberstadt in die Hände eines dänischen Prinzen gelangen konnte, ausgeschlossen. Die Stellvertreter Tillys aber werden eine besondere Genugthuung darüber empfunden haben, daß die Dänen am 15. Mai die feierliche Erklärung abgaben, daß sie nach der Genehmigung des Friedens dem Kaiser die Cession der Schuld, mit welcher der Herzog Friedrich Ulrich dem Könige verpflichtet war, in einer besonderen Urkunde einreichen würden. Denn die Verzichtleistung auf die Widererstattung der Kriegskosten und Schäden verstand Maximilian dahin, daß sich zwar der Kaiser und der König über diesen Punkt ver-

1) Chlumecky a. a. O. 126.

ständigt hätten, die Liga aber in diese Verständigung nicht eingeschlossen sein könnte, da überhaupt in ihrem Namen niemand zu diesem Vertrage hinzugezogen worden war. Er erteilte daher auch Tilly den Auftrag, die Hälfte dieser braunschweigischen Schuld für ihn und die Bundesarmee in Anspruch zu nehmen. Außerdem aber war der Kurfürst gewillt, die Schadloshaltung für sich und die ligistischen Stände bei den von ihm besetzten Erzstiftern und Stiftern zu suchen und sie daher bis zu einer billigen Befriedigung nicht aus den Händen zu lassen. Tilly sollte auch nach dem wirklichen Abschlusse des Friedens ohne weiteren Befehl und ohne Ersatz der Kriegskosten die Plätze nicht räumen. Ja Maximilian erschien sogar die Fortsetzung des Krieges noch möglich: wenn man sich nur die vorhandenen Vorräte in den Elbherzogtümern gehörig zu Nutze machen und Lebensmittel aus Böhmen und aus dem Magdeburgischen herbei schaffen würde, konnte man seiner Meinung nach das Volk wol noch so lange unterhalten, bis man den König zu bessern und für den Kaiser rühmlichen Bedingungen gebracht habe. Auffällig war dem Kurfürsten ferner an dem Friedensentwurfe, daß man dem Könige nicht die ausdrückliche Verpflichtung auferlegt hatte, sich des Pfalzgrafen und seiner Händel zu entschlagen und es zur größeren Sicherung des Friedens nicht für nötig gehalten hatte, sich von Christian IV. einige Plätze und Festungen ausliefern zu lassen.

Ganz ernstlich waren jedoch diese Einwendungen nicht gemeint: der Kurfürst wollte durch dieselben den Abschluß nicht erschweren, geschweige denn hintertreiben.

Übrigens war der Friede schon bei der Abfassung dieses Briefes zu stande gebracht. Nachdem die Subdelegirten am 16. Mai von Güstrow nach Lübeck zurückgekehrt waren, übergaben Aldringer und Schaumburg die letzten Beschlüsse der beiden Generäle, welche die Dänen freilich nicht ohne weiteres genehmigen wollten. Sie erbaten sich vielmehr noch eine kleine Frist, jedenfalls um dem Könige Anzeige zu machen, nach deren Verlauf jedoch die Verhandlungen am 22. Mai in Michael Festers Garten ihren Abschluß erreichten. Die Friedensvermittler unterzeichneten an diesem Tage den Vertrag.

Der Friede wurde auf Grund der letzten kaiserlichen Vollmacht von beiden Teilen angenommen. Nur in einem Punkte hatten sich die Kaiserlichen noch einmal nachgiebig erweisen müssen: man forderte die Unterzeichnung des Vertrags durch die königlichen Prinzen oder die ausdrückliche und urkundliche Verzichtleistung derselben auf die geistlichen Güter in Niedersachsen und Westfalen nicht mehr.

Als Ruepp am 25. Mai die nun von beiden Parteien endgiltig genehmigten Friedensbedingungen seinem Kurfürsten einsendete, gedachte

er noch einmal der Versuche der ligistischen Abgeordneten, den König ganz aus dem Reiche auszuschließen und wenn nicht sämtliche Kriegskosten, so doch wenigstens einen Teil zurückerstatten zu lassen. Allein es war nichts durchzusetzen gewesen. Die Dänen hatten allen diesen Bestrebungen gegenüber mit dem Abbruche der Verhandlungen gedroht.

Schon am 25. Mai brachen die dänischen Friedensstifter Ulfeldt, Friis, Skeel und Levin Marschalk von Lübeck auf, um dem Könige die frohe Botschaft zu überbringen. In den beiden folgenden Tagen reisten Schaumburg, Aldringer, Ruepp und Walmerode nach Güstrow zu Wallenstein. Tilly hatte sich am 23. Mai von Güstrow nach Stade begeben, scheint aber später noch einmal zurückgekehrt zu sein.

Maximilian blickte trotz des nahen persönlichen Verkehrs, in dem sein General diese Wochen hindurch mit dem Hauptträger der östreichischen Politik gestanden hatte, mit ausgesprochenem Unmut auf den ganzen Gang dieser Friedensverhandlungen, welche so wenig vorteilhaft für die Liga ausgefallen waren, zurück. Als der Kaiser den von ihm unterzeichneten Vertrag dem Kurfürsten einsendete, fügte der letztere seiner Dankesversicherung nur das trockene Wort hinzu, daß es nun billigermaßen bei dem Frieden als einer abgeschlossenen Thatsache sein Bewenden habe, und sprach den Wunsch aus, daß dem dänischen nun auch der Friede im Reich nachfolgen möge. Ob der Kurfürst und sein General eine Vorstellung davon gehabt haben, daß die persönliche Beteiligung Tillys nur dazu dienen sollte, Wallensteins von Anfang an feststehendes Friedensprogramm auch seinen Gegnern in Wien und München und insonderheit dem Kaiser und dem Kurfürsten selbst annehmbarer zu machen, können wir nicht entscheiden.

Der König erteilte den ihm vorgelegten Bedingungen „pure und obligatorie seine Genehmigung" und versprach innerhalb vier Wochen seine Bestätigung nach Lübeck einzusenden, in der Erwartung, daß Tilly und Wallenstein die kaiserliche Urkunde in derselben Zeit beibringen würden.[1] Außerdem ersuchte der König seine Unterhändler sich sofort über den Zeitpunkt der Abführung des Kriegsvolks mit den Generalen zu vergleichen und für diejenigen Diener, deren Namen er einsenden würde, Sicherheit ihrer Personen und Güter auszuwirken.[2]

---

1) Zum 17. Mai a. St. hat der König in seinen Kalender eingetragen: Sammo dag kom Commissarierne fra Lybeck med Fridtztractationen. Am 19. Mai a. St. unterzeichnete er den Frieden. Bricka a. a. O. S. 64.

2) Auf unserm Schiffe Prahm für Schwenburg d. 19./29. Mai 1629. K. G.-A. in Kop. Instruz 1613—1669. Molbech S. 347.

Kurze Zeit darauf bewilligten die Reichsräte für den Fall, daß der Friede wirklich ausgeführt und die Herzogtümer zurückgegeben würden, so daß jeder wider zu dem Seinigen gelange, die vom Könige geforderten zehn Tonnen Goldes und deckten somit den Verlust des Königs infolge des Verzichtes auf die dem Herzoge Friedrich Ulrich von Wolfenbüttel geliehene Summe und andere persönliche Aufwendungen mehr als ausreichend.[1] Und zu gleicher Zeit kamen sie der Aufforderung des Königs nach, ihre zum Frieden mahnenden Ratschläge näher zu begründen. An die Spitze ihrer Erwägungen stellten sie die Besorgnisse vor den Bestrebungen der Jesuiten, welchen die Herzogtümer nun enthoben wurden. Sie machten den König ferner ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich trotz des Restitutionsediktes kein deutscher protestantischer Fürst mit ihm in Verbindung gesetzt hatte, und daß er vielleicht sogar von dem ganzen kurfürstlichen Kollegium für einen Reichsfeind erklärt und der Reichskrieg gegen ihn beschlossen werden könnte. Wie gering waren endlich die Unterstützungen, welche die zur Fortsetzung des Kampfes drängenden Mächte anboten! Selbst die veränderte Stellung Frankreichs zum burgundischen Hause, sowie Englands zu Frankreich und die beginnenden Verhandlungen zwischen Schweden und Polen suchten die Reichsräte für ihren Zweck geltend zu machen.[2]

Die dänischen Unterhändler Friis und Marschalk kehrten am 1. Juni nach Lübeck zurück. Die von den beiden katholischen Generälen unterzeichnete Urkunde ist vom 4. Juni. Walmerode brachte dieselbe am folgenden Tage nach Lübeck, und am 6. Juni wurde hier der Friedensschluß nach allen Himmelsrichtungen hin verkündet. Die hohen kaiserlichen Offiziere erließen eine Bekanntmachung, nach welcher das frohe Ereignis am 1./11. Juni in allen Garnisonen und Quartieren beider Armeen in Holstein und Schleswig ausgeblasen werden sollte und in den nächsten acht Tagen darauf auch in Jütland und Vendsüssel. Bei Leibes- und Lebensstrafe wurde den kaiserlichen Soldaten verboten, gegen die

1) Raadets Betaenkning, 30. Mai a. St. Erslev II. S. 191 f.

2) Molbech a. a. O. S. 348—351. Erslev II. S. 187—190. Herforuden er dette at betracte, hvorledis nu keiseren ofver gandske Tyskland det edictum anlangende det geistlikee godtses restitution hafver ladet publiciere, som stor skade ohc alteration paa religionen hos di tyske fürster foraarsaget hafver, doch ingen of den nombhaft bud hos eders maiestat eller eders maiestatis commissaries, somb denne fredts tractation paa eders maiestats vegne var committerit. Hvorudaf letteligen eractis, hvad assistents ochc hielp hos di tyske fürster er at formode, ochc hvad di erre tilsinds at gioere ....

dänischen Soldaten und Unterthanen diesseits und jenseits der Elbe Feindseligkeiten auszuüben.

Mit Glockengeläut und Freudenschüssen von den Wällen der Stadt begrüßte man in Lübeck das so lange sehnsüchtig erwartete Ereignis und feierte den siebenten Juni als einen allgemeinen Freudentag. Die kaiserlichen Friedensunterhändler bewirteten die noch anwesenden dänischen durch eine feierliche Mahlzeit im Bischofshofe.

Die Originalurkunden wurden am 2. Juli ebenfalls in Lübeck und zwar in Festers Garten ausgewechselt.

Der Angriff des Königs auf Schleswig.

Obwol der dänische König bereits im April ziemlich zuverlässige Beweise von der Nachgiebigkeit seiner Feinde in den Händen hatte, gab er die Absicht, sich der Herzogtümer mit den Waffen wider zu versichern, nicht auf, sondern schien Wallensteins Anschauungen über seinen tollkühnen, wagehalsigen Mut bestätigen zu wollen. Gerade in der Zeit, in welcher die Friedensverhandlungen ihrem Abschlusse entgegengingen, bewies er seinen Feinden durch die That, daß er zu einem neuen Wagestück entschlossen sei. Im Grunde war freilich seine ganze Unternehmung mehr gegen den Herzog Friedrich von Gottorp, als gegen die Kaiserlichen gerichtet. Er wollte sich schon im Voraus in Schleswig wider festsetzen, ohne damit die Absicht zu verbinden, den Frieden rückgängig zu machen.

Denn trotz seiner Bemühungen um den Frieden hatte sich der Herzog Friedrich von Holstein-Gottorp bei dem Könige, seinem Mitregenten, nicht in Gunst zu setzen vermocht. Christian IV. war vielmehr noch in der letzten Zeit außerordentlich aufgebracht gegen ihn und rüstete Kaperschiffe gegen die Westküste von Holstein und Schleswig aus, die freilich wol auch dazu bestimmt waren, den Holländern die Versorgung des Feindes mit Lebensmitteln und Zufuhren jeglicher Art zu erschweren. Schon im März war er auch entschlossen, den englischen General Morgan auf einen Anschlag gegen die Westküste auszusenden, womit sich selbst die Reichsräte einverstanden erklärten.

Morgans Truppen standen noch immer im englischen Solde, wenn auch die Zahlungen sehr unregelmäßig erfolgten, so daß Anstruther widerholt für die Erhaltung und Verstärkung des Volkes eintreten mußte. Den ausdrücklichen Befehl zur Landung erhielt Morgan jedoch von

Christian IV. Von Anfang an hegte der König die Absicht, sich von der Ostküste her mit Morgan zu vereinigen. Anstruther sprach die Hoffnung aus, daß Morgan etwa 5000 M. werde zusammengebracht haben, unter denen sich auch Schotten befanden. Von anderer Seite ist die Truppenstärke Morgans auf 8000 M. berechnet worden, in Wahrheit wird dieselbe kaum die von dem englischen Gesandten in Hamburg angegebene Höhe erreicht haben. Auf einer sicheren Nachricht scheint die Angabe zu beruhen, daß das dem englischen General zur Verfügung stehende Kriegsvolk in sechs Regimentern zu Fuß und zu Roß bestanden hat. Auch Artillerie führte Morgan mit sich: acht Feldstücke und vier Mörser.

Am 10./20. April verließ der General Glückstadt, versicherte sich der auf Föhr und Sylt gesammelten Truppen und näherte sich am 5./15. Mai der Insel Nordstrand. Die Angreifenden landeten „bei der Klunde an Röhrbeck" und stießen zuerst bei den Lither Schanzen von vier starken Bollwerken und Außenwerken auf Widerstand.[1] Die Verteidigung der Schanzen lag zwei Fähnlein herzoglicher Landestruppen ob, welche kurz zuvor durch 200 Mann Kaiserliche von Eiderstedt her verstärkt worden waren. Die Holsteiner machten indessen sehr bald gemeinschaftliche Sache mit den Dänen, und die Kaiserlichen folgten diesem Beispiele. Außerdem erstürmten die Königlichen noch zwei oder drei Schanzen und machten dabei alles nieder mit Ausnahme eines aus Östreich gebürtigen Kapitäns Miller. Am 7./17. Mai ergab sich ein Major Blarr mit 100 M. in der „Batteria Schanz", welche in einem andern Berichte die Bupthringer genannt wird.[2] Dabei kamen zwei metallene Geschütze und außerdem ein in der Nähe liegendes Kriegsschiff mit sechs Geschützen in die Hände der Dänen. Den nicht sehr klaren Berichten zufolge brachten die Königlichen auch noch ein zweites Kriegsschiff durch Unterhandlungen in ihre Gewalt und erbeuteten auf demselben sechzehn Geschütze. Zu den oben bezeichneten Verteidigungswerken scheint die Süderschanze nicht gehört zu haben, welche ein Fähnrich mit 40 M. und zwei Kanonen zu verteidigen hatte. Auch diese vermochte natürlich keinen andauernden Widerstand zu leisten und wurde am 7./17. Mai genommen. So war innerhalb dreier Tage die ganze Insel erobert, wozu sicherlich nicht wenig beigetragen

1) Lackmann, Einleitung zur Schleswig-Holsteinischen Historie III. S. 358. In Meteranus novus (Continuatio) S. 586 steht „Liecht". Ein Zeitungsbericht „aus dem Nordstrand 3. Juni" findet sich in Nr. 25 des Zeitungsunternehmens mit der Überschrift: „Gewisse vnd warhaffte Wochentliche Or- | dinari Zeitungen, Anno 1628". K. Bibl. in München, Jahrg. 1629.

2) „Schanze bei der Süderstehl in Pilworm", Lackmann a. a. O. S. 359.

hat, daß sich die Einwohner mit den Angreifern und nicht mit den Verteidigern verbanden. Später nahmen zwei dänische Kommissare, Detlev Brocktorf und Dr. Jakob Steinberg, die Einwohner geradezu für den König in Eid und Pflicht.

In der ersten Schanze war der herzogliche Statthalter von der Wahl aufgegriffen worden. Man fand bei ihm zwei Briefe, aus denen hervorzugehen schien, daß er die Absicht gehegt habe, die Insel den Dünkirchischen oder den Spaniern in die Hände zu liefern.

Darauf wendete sich Morgan gegen das Festland und landete bei Dagebüll. Von hier drang er, ohne erheblichen Widerstand zu finden, über Riesum, Gottes Koog nach Tondern vor, welches ihm nach kurzer Einschließung in die Hände fiel. Südwärts von Dagebüll wurden Ockholm und Bredstedt besetzt.

Als der Feind jedoch bei Husum eine beträchtlichere Truppenmacht zusammenzog, richtete Morgan seinen Marsch wider südwärts dem Strande zu und brachte Hattstedt und Schobüll, zwei Nordstrand gegenübergelegene Punkte, in seinen Besitz. Von hier aus ging er gegen die Kaiserlichen vor, trieb sie in die Flucht und nahm angeblich den größten Teil derselben gefangen.

Nach dieser glücklichen Wendung der Dinge auf der Westküste ging der König persönlich mit einer großen Anzahl von Schiffen und Fahrzeugen jeder Art (150?) und einem sehr ansehnlichen Artilleriepark am 19./29. Mai von Fünen aus unter Segel. Die Bemannung dieser Flotte soll 8000—9000 M. betragen haben. Auch das Reiterregiment des Prinzen Ulrich nahm an dem Zuge Teil. Bei Düttebüll (Düttebüttel) nordwärts von dem Ausflusse der Schlei setzte er seine Truppen an das Land und schlug in der Nähe des Edelhofes Öhe auf der Halbinsel Mase sein Lager auf.

Vor seiner Abfahrt von Fünen hatte jedoch Christian IV. am 19./29. Mai auf seinem Kriegsschiffe Prahm vor Svendborg zugleich seine unbedingte Zustimmung zu den ihm von seinen Räten vorgelegten Friedensbedingungen erteilt.

Nach der Landung stellte der König seine Truppen für jeden Angriff bereit auf, so daß auf dem rechten Flügel der Generalmajor Schlammersdorf, auf dem linken Holk den Oberbefehl führte. Die Vorhut wurde bis Neukappeln vorgeschoben. Am 28. Mai/7. Juni rückte Christian IV. persönlich mit 800 M. Fußvolk gegen Schleswig und Gottorp vor. Zwei kaiserliche Regimenter Fußvolk und einige Kompagnien Reiter, welche zum Entsatz der bedrohten Punkte herbeieilten, wurden von Holk zurückgewiesen. Bald bereitete man sich im Lager des Königs zum Sturm-

angriffe auf Gottorf vor, wo ebenfalls Kaiserliche unter dem Oberstlieutenant Hubner und dem Hauptmann Koch lagen.[1] Der König hatte ein Geschütz auf den kleinen, jetzt verschwundenen Heisterberg gebracht.

Da erschienen drei Räte des Herzogs Friedrich bei ihm und erteilten ihm die Versicherung, daß ihr Herr alle kaiserlichen Truppen aus seinen Gebieten entfernen würde, wogegen Christian IV. die Aufhebung der Belagerung zusicherte.

Von Gottorf begab sich der König nach Schleswig. Allein schon an demselben Tage (28. Mai/7. Juni) brachten kaiserliche Kommissare die Nachricht, daß Wallenstein den Frieden unterzeichnet habe.

Anfangs hatte der König bei seinem doppelseitigen Angriffe die Absicht verfolgt, sich von der Ostküste her mit Morgan zu vereinigen,[2] welche nun natürlich aufgegeben wurde. Er erteilte dagegen alsbald das erneute Versprechen, dem Herzoge Friedrich alle von seinen Truppen besetzten Orte, und unter diesen auch Haus und Amt Tondern zurückzugeben. Noch am 31. Mai/10. Juni befand sich jedoch sein Hauptquartier zu Öhe auf der Maje. Das Kriegsvolk, welches er bei dem Friedensschlusse in den Herzogtümern stehen hatte, wird auf 4 Reg. zu F. und 3. Reg. Reiter angegeben.

Wallenstein brachten die glücklichen Unternehmungen des Königs auf das äußerste gegen den Herzog Friedrich auf, der selbst durch die ärgsten Drohungen nicht zu bewegen gewesen war, rechtzeitig wider kaiserliches Volk in seine Besitzungen aufzunehmen. Er machte seinem leidenschaftlichen Unmute in den Worten Luft: „Der Herzog von Gottorp hat meritirt, daß ihm der Kaiser alles, was er hat, confisciren thäte, denn der halsstarrige Esel hat auf mein so vielfältiges Bitten und Protestiren nie wollen gestatten, daß kaiserliches Volk sollte hineinkommen, da ich ihm gar geschrieben hab, im Fall er nicht kaiserliches Volk annehmen wird, daß ich ihn will vor Kaisers Rebellen halten". Aber auch gegen den König machte er die heftigsten Ausfälle.[3] Er meinte, Christian IV. werde den Einbruch nach Tische beschlossen haben und hielt eine

1) A. O.(learius), Kurtzer Begriff einer Holsteinischen Chronic S. 230. Slange (Schlegel) II. 382 f. Bricka a. a. O. S. 64.

2) In einer kleinen Denkschrift, mit welcher ein Sekretär Anstruthers nach England geschickt wurde, heißt es: His Maty of Denmark hath given command to Generall Morgan with those troopes that he hath in Gluckstadt, and such other as he can possibly assemble to be in readinesse to meete him, who will come by sea with a greate force out of Denmark ... and fall upon some of the lands of Holstein, Ditmarsch or Jutlandt. Hamburg 27. März a. St.

3) Chlumecky S. 135, 137, 139, 143. „Gotfrey" S. 128 ist ein Lese- oder Druckfehler.

Zeit lang dafür, daß der König den Frieden überhaupt nicht annehmen wolle, und als er sich von der Grundlosigkeit dieser Befürchtung überzeugte, daß die ganze Unternehmung auf einen Betrug hinauslaufe. Schon war er entschlossen, neue Regimenter nach Holstein zu senden und selbst von Güstrow dahin aufzubrechen, als die öffentliche Verkündigung des Friedens seine Besorgnisse zerstreute.

Schlußwort.

Schon seine Zeitgenossen haben Wallenstein beschuldigt, daß er den Frieden mit Dänemark nur aus dem Grunde mit fast leidenschaftlichem Eifer betrieben habe, um sich seines Herzogtums Mecklenburg desto mehr zu versichern, und daß er aus diesem Grunde auch jene maritimen Anschläge des Hauses Habsburg gegen die dänischen Inseln fallen gelassen habe. Indessen die Absicht, die deutschen Seestädte in irgend einer Form enger an die kaiserliche Gewalt heranzuziehen, haben die östreichischen Politiker bis zum Auftreten Gustav Adolfs nicht aus den Augen verloren.

Allerdings hat Wallenstein gerade in jenen Monaten, in welchen der Friede von Lübeck verhandelt wurde, eine sehr rege Thätigkeit für sein neu erworbenes Herzogtum entwickelt und sich bemüht dasselbe in einen Staat umzuwandeln, welcher fester in sich geeinigt war, als die früheren beiden Herzogtümer, und auch weitergehenden Plänen in Beziehung auf die Einführung des Katholicismus in Norddeutschland zur Stütze dienen konnte. Der herzoglichen Gewalt wollte er dem Kaiser wie den Ständen gegenüber eine größere Unabhängigkeit sichern.

Er ließ das Stift Schwerin vollständig einziehen und befahl keinen Schein der früheren Selbständigkeit des stiftischen Gebiets in Gericht und Verwaltung übrig zu lassen. Es sollte nur ein Schafstall und ein Hirte sein. In seiner Residenz Güstrow begründete er ein Hofgericht, in welches er sechs Mitglieder des Adels aufzunehmen befahl: den Kanzler und zwei Räte wollte er stets in seiner Nähe haben. Dem Adel hatte er in der Regierung des Herzogtums eine bedeutendere Stellung zugedacht, als die früheren Landesherrn. Bei der Bestätigung der Rechte des Adels ließ er es sich aber trotzdem angelegen sein, demselben die Appellation abzuschneiden und setzte seine Absicht durch. Um die Zeit, wo die Friedensunterhandlungen begannen, betrieb er die Ausfertigung eines Lehnbriefs für sich und sein Geschlecht sehr eifrig. Als die Unter-

handlungen ihren Abschluß erreichten, wurden auch die Vorbereitungen über seine Investitur in Mecklenburg zu Ende gebracht. Aus seinen auf diese Verhältnisse bezüglichen Briefen geht deutlich hervor, daß er das ganze mecklenburgische Geschäft mit einer gewissen Hast und mit Aufwendung reicher Geschenke betrieb.

Schon in der ersten Maiwoche 1629 hob er alle besonderen Maße und Gewichte durch ganz Mecklenburg auf mit Ausnahme der Maße und Gewichte von Rostock, welche vom Johannistage an durch das ganze Land in Anwendung gebracht werden sollten.[1]

Man wird also gewiß annehmen müssen, daß Wallenstein der Meinung war, durch einen Frieden und eine nähere Verbindung mit Christian IV., wie er sie erhoffte, seine Stellung als Landesherr in Mecklenburg zu befestigen, obgleich in seinen Briefen nur die allgemeinen politischen Verhältnisse als zum Frieden nötigend angeführt werden.

In dem Bestreben, seine landesherliche Macht fest zu begründen, spielen auch die konfessionellen Verhältnisse eine Rolle.[2] Am letzten Tage des Januars 1629 unterzeichnete er die Urkunde zur Gründung einer katholischen Ritterakademie in Güstrow: drei Herren von Harrach und zwei Mitglieder seines eignen Geschlechts sind als Zöglinge derselben nachweisbar. Der Umfang der Akademie war zunächst auf die Aufnahme von fünf jungen Herren und zwölf Edelknaben berechnet. Einige Monate nach der Unterzeichnung des Gründungsbriefes wurde die Akademie eröffnet. Daneben sendete er auch junge Mecklenburger vom Adel nach Gitschin, um sie hier in seiner von Jesuiten geleiteten Unterrichtsanstalt erziehen zu lassen. Denn wenn er auch dem herschenden Luthertum in Mecklenburg vor der Hand nicht geradezu feindselig entgegen trat und nicht wenige lutherische Pastoren während seiner Regierung Pfarrstellen erhielten, so war er doch keineswegs gewillt, dem Protestantismus für immer freien Lauf zu lassen. Er selbst bekannte schon im Jahre 1627, daß er zur Einführung des Katholicismus zwei Jesuitenkollegia, das eine zu Rostock, das andere zu Wismar begründen werde. Freilich that er in diesen Bemühungen um die Zurückführung der Unterthanen zum römischen Glauben den ausschweifenden Wünschen der Fanatiker am Hofe

1) O. Lorenz, Briefe Wallensteins in den Jahrbüchern d. V. für meckl. Gesch. Jahrg. 40. 100 u. ff., dazu die Verordnung über Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in Meckl., mitgeteilt von Lisch in demselben Bande 87 f. Vgl. Wallensteins Brief an St. Julien vom 12. Juni, Jahrb. d. V. f. meckl. Gesch. a. a. O. 107.

2) Lisch, Wallensteins Kirchen und Schulregiment in Mecklenburg, Jahrbücher d. V. f. mecklenb. Geschichte Jahrg. 27. S. 3 ff.

zu Wien und dem Kaiser selbst noch lange nicht genug; aber er versprach doch das Beste für die Zukunft und entwickelte dem Kaiser gerade in diesen Tagen seinen Plan über die Umwandlung der confessionellen Verhältnisse in Ober- und Niedersachsen, welche er hauptsächlich durch Jesuitenschulen auszuführen dachte, sehr ausführlich.[1] Auch an die Durchführung eines solchen Planes, der mit seinen Gedanken über die zukünftige Stellung der eroberten Stifter eng verbunden war, hätte er nicht denken können, wenn er nicht die feste Absicht gehabt hätte, sich in Mecklenburg zu behaupten. Mahnt er doch seinen Vertrauten ausdrücklich: „Der Herr sehe noch vor des Fürsten Verreisen die Privilegia wegen dieses Lands zu bekommen, denn so lang ich dieselbige nicht hab, so kann ich weder in politicis noch spiritualibus kein[en] Nutz schaffen."

Aber indem Wallenstein durch diesen Frieden eine gewisse Gewährleistung für den sichern Besitz Mecklenburgs wenigstens von einer Seite zu erhalten bemüht war, hoffte er auch der östreichischen Sache in Deutschland den besten Dienst zu erweisen. Der mit seinem leidenschaftlichen Streben immer eine gewisse Nüchternheit in der Bezeichnung seiner Ziele verbindende Politiker war ein Gegner des sich neu erhebenden mantuanischen Unternehmens und erteilte sogar den Rat, ihm durch rechtzeitige Verhandlungen mit Frankreich den Boden zu entziehen. Allein in diesem Punkte war sein Einfluß und seine Beredsamkeit in Wien machtlos. Er mußte in den letzten Monaten die Wahrnehmung machen, daß man in einen italienischen Krieg gegen Frankreich und seine Bundesgenossen hineintrieb, der auf das große Beginnen, an welches er bisher alle seine Kräfte gesetzt hatte, das römische Reich deutscher Nation einer monarchischen Umbildung entgegenzuführen, nur nachteilig zurückwirken konnte.[2] Einen Krieg in Italien und an der Nord- und an der Ostsee mit Glück zu gleicher Zeit zu führen, dessen war Östreich nach Wallensteins Urteil nicht fähig. Noch am 31. Mai schrieb er an Collalto: „Ich bitt, man halte nur wenig an, bis wir des Friedens halber werden versichert werden, denn es wäre uns nicht möglich an beiden Teilen zu kriegen".[3]

Wallensteins Bestrebungen waren wirklich dahin gerichtet, durch die Rückgabe der eroberten Gebiete Christian IV. davon abzuhalten, in eine neue Verbindung gegen das Haus Östreich einzutreten, die ihn vielleicht

1) Ungedruckter Brief Wallensteins an dem Kaiser, Güstrow, 29. Mai 1629 im K. K. Kriegsarchiv zu Wien.

2) Vgl. hierüber auch Opel, Zur Wallenstein-Litteratur in den Beilagen z. Allg. Zeitung 1886. Nr. 311. 312.

3) Chlumecky 134.

jetzt kräftiger unterstützt hätte. Und diese Absicht hat er vollkommen erreicht. Darum trieb er die zaudernden Politiker in Wien widerholt zur Beschleunigung der Entscheidung. Darum rief er ihnen zu: „Der König hat sich zwar noch in kein Conföderation, wie Baiern vermeint, eingelassen, aber folgt nicht unverzüglichen der Fried, so wirds geschehen.“ [1]

Es ist auch die seltsame Meinung geäußert worden, daß sich der König im Geheimen sehr zeitig mit Wallenstein über die Bedingungen geeinigt habe, und daß die weitläufigen Verhandlungen nur zum Schein und um nach allen Seiten hin zu täuschen unternommen worden seien. Wir hoffen, daß durch unsere Darstellung ein solcher Schluß widerlegt ist, fügen aber hinzu, daß Wallenstein noch am letzten Mai über die Annahme des dem Könige übersendeten Vertrages in völliger Ungewißheit schwebte. Er teilte an diesem Tage Collalto mit: „Den Torquato hab ich eilends ins Jütland abgefertigt, ich selbst stehe in Bereitschaft, wohin es die Noth erfordern wird oder nach Pommern oder nach Jütland zu marschieren. Der Oberst Aldringer vermeinet, ich sollte, wann der Fried nicht erfolgen sollte, Jütland devastiren und verlassen, aber ich wills nicht thun, viel weniger die Friedstractation zerschlagen, denn mit dem Devastiren benehmete ich denen, so ihre Güter daselbst haben, den Lust zum Frieden, mit Zerstoßung aber der Friedstraktation mir die Gelegenheit zu practiciren mit den dänischen Ständen, dieweil sie sehen, daß ihr König so unbillig an ihnen handelt.“ [2]

Nach diesen Worten war Wallenstein also gesonnen, falls der König den Frieden, der ihm die Herzogtümer widergab, nicht annehmen sollte, mit den dänischen Ständen zu unterhandeln.

König Christian IV. hat aber den glücklichen Moment, unter dem sich vollziehenden Umschwunge der politischen Verhältnisse Europas den Bestand seiner Monarchie zu retten, rechtzeitig erfaßt. Allein das politische Urteil hat seiner Handlungsweise trotzdem selten Lob gespendet. Man begreift, daß man in Frankreich damals sehr ärgerlich darüber war, daß der König gerade in dem Augenblicke Friede machte, wo man sich anschickte, nach mehreren Seiten hin eine drohendere Stellung gegen das

---

1) Wallenstein an Collalto 19. April. Chlumecky 115.

2) Wir haben hier den gedruckten Text verbessert und lesen „mir“ statt „nur“, was uns sinnlos zu sein scheint: „denn mitt dem devastiren benehmete ich denen so ihre gütter daselbst haben den Lust zum frieden mit Zerstossung aber der friedtstractacion nur(!) die Gelegenheit zu practiciren mitt den denischen ständen dieweil sie sehen das ihr Künig so unbillich an ihnen handelt... Chlumecky 135.

Haus Habsburg einzunehmen und zu offnen Feindseligkeiten gegen das Reich überzugehen. In Richelieus Denkwürdigkeiten ist der König daher der äußersten Mutlosigkeit und Niedergeschlagenheit geziehen worden.[1] Diesen Vorwürfen würde eine größere Berechtigung, als ihnen inne wohnt, beigemessen werden müssen, wenn Frankreich den König, den es als seinen Bundesgenossen betrachtete, in einer Weise unterstützt hätte, wie es seine Vertragspflicht gewesen wäre.

Überhaupt wären die Mächte, welche sich damals wider als Bundesgenossen des Königs fühlten, bei der langen Dauer der Verhandlungen recht wol im stande gewesen, sich in einem festen Beschlusse über die Weiterführung des Kampfes zu einigen. Denn der König hat mit seinen Absichten so wenig hinter dem Berge gehalten, daß diese Bundesgenossen höchstens über seine Hartnäckigkeit und sein Zaudern den Kaiserlichen gegenüber in Erstaunen geraten konnten. Noch während der Verhandlungen ersuchte Christian IV. die Generalstaaten unter besonderer Anerkennung, daß sie den spärlichen Leistungen der übrigen Verbündeten gegenüber eine ansehnlichere Summe auf die ihm zukommenden Hilfsgelder erlegt hätten, um einige Monate Unterstützungen, welche er auf den Sund verwenden wollte. Der von ihm getroffenen Veranstaltungen zur Sicherstellung der Ostsee gedenkt er dabei insonderheit. In einem späteren Schreiben rechtfertigt er seinen Entschluß ausdrücklich durch die Hoffnungslosigkeit, unter den obwaltenden Umständen von seinen Verbündeten noch einer thatsächlichen und kräftigen Unterstützung teilhaftig zu werden.[2] In übereinstimmenden Schreiben an die Könige von Frankreich und England beruft er sich auf Anstruthers Mitteilungen über ernsthafte Friedensunterhandlungen zwischen den Königen von England und Spanien und auf eine andere Nachricht über eine friedliche Vereinbarung zwischen Spanien und Frankreich.[3]

Unter diesen Verhältnissen bedarf es auch keiner Entschuldigung, daß in dem ganzen Frieden der pfälzischen Sache nicht mit einem Worte gedacht wird. Aber dem ehemaligen Kurfürsten Friedrich V. hatte der

1) Le pauvre prince fut si lâche de coeur, que se contentant de ravoir le sien et de ne rien payer de ce qu'il lui étoit demandé pour les frais de la guerre, reçut ces conditions-là, abandonnant tous ses alliés. Mémoires du Cardinal de Richelieu T. V. 119.

2) Briefe des Königs an die Generalstaaten, Kopenhagen 24. März a. St., Öhe an der Mase 31. Mai a. St. Geh. Arch. zu Kop.

3) Schreiben des Königs an den König von England und (mut. mutandis) an den König von Frankreich vom 31 Mai a. St. 1629. Lat. Briefbuch im Geh. Arch. zu Kopenhagen.

König rechtzeitig reinen Wein eingeſchenkt.[1] Chriſtian IV. ſcheint zu Beginn der Verhandlungen noch der Meinung geweſen zu ſein, daß ſich die Kurfürſten durch Geſandte an ihnen beteiligen würden, und daß auch der pfälziſchen Sache abgeholfen werden könnte. Für dieſen Fall verſprach er Friedrich V. ſeinen Beiſtand. Dann aber erklärte er, wenn die deutſchen Kurfürſten und Fürſten etwa andere Mittel zur Widerherſtellung des Reiches anwenden und keine Geſandten ſchicken ſollten, würden ſich die Kaiſerlichen mit ſeinen Geſandten über Reichsſachen, „inſonderheit die außerhalb des niederſächſiſchen Kreiſes ſein", in keine Communication einlaſſen, ſondern ſie auf einen Reichs- oder Deputationstag verweiſen. Er erbat ſich für dieſen Fall Ratſchläge darüber, was dann im Betreff der pfälziſchen Sache geſchehen könnte.

Von deutſch-proteſtantiſcher Seite hat man den Vorwurf gegen Chriſtian IV. erhoben, er habe die norddeutſchen Stifter zu einer Zeit preisgegeben, wo ſie eines ſtarken monarchiſchen Schutzes am dringendſten bedurft hätten. Man ließ aber auch hierbei unbeachtet, daß ſeine deutſchen Verbündeten ſich beſonders nach der Schlacht von Lutter ihrer Verpflichtungen gegen ihn vollſtändig entſchlugen, ſoweit ſie nicht von ſeinen Armeen zu Kriegsleiſtungen herangezogen wurden, ja daß ſie geradezu ſeinen Feinden die beträchtlichſten Unterſtützungen angedeihen ließen. Aus keinem niederſächſiſchen oder weſtfäliſchen Stifte erfuhr der König in dieſen letzten Kriegsjahren eine namhaftere und freiwillige Förderung; keine der großen ſtiftiſchen Städte, die Hanſeſtädte eingeſchloſſen, hat ihm als Verfechter des Proteſtantismus offen und mit ſolchem Nachdruck unter die Arme gegriffen, daß ſie mit einem gewiſſen Schein des Rechts Anſpruch auf ſeine Aufopferung hätten erheben können.

Und ſo zerfällt auch dieſe Anklage bei näherer Betrachtung der Verhältniſſe in nichts. Man wird dem Könige nicht verargen können, daß er ſich in ſeinem geſunden Realismus die Verhältniſſe nutzbar machte, wie ſie ſich im Verlaufe des Krieges geſtaltet hatten.

Aber auch darüber darf man ſich nicht wundern, daß er ſich nach ſolchen Erfahrungen ſelbſt nicht mehr als den Helden fühlte, der im ſtande geweſen wäre, mit mächtiger Hand in die Geſchicke der Welt einzugreifen und im Nordoſten Europas ein deutſch-proteſtantiſches Königreich zu ſchaffen, welches dem Hauſe Habsburg die kaiſerliche Krone ſtreitig machen konnte.

---

1) Schreiben Chriſtians IV. an den Pfalzgrafen vom 17./27. Jan. K. G. A. in Kop.

Digitized by Google

Verbeſſerungen.

S. 3. Z. 9 v. u. l. **Prerau**. — S. 47. Z. 14 v. o. l. 26. März/5. **April**. — S. 53. Z. 8 v. o. l. **der**. — S. 178. Z. 17 v. o. l. ſt. redlichen — **rechtlichen**. — S. 198. Z. 23. v. o. l. **Dudley** Carleton. — S. 202. Z. 20 v. o. l. **Übertritt**. — S. 243, 245, 247 (Überſchrift) l. **„Kaiſers“**. — S. 315. Z. 20 v. o. l. **und**. — S. 447. Anm. 2 l. **Florus**. — S. 459. Z. 12 v. u. und S. 460. Z. 9 v. o. und Z. 17 v. o. l. **Herliberg**. — S. 472. Z. 4 v. o. iſt hinter Stadtoberſten **„Ludwig“** v. H. zu ergänzen. — S. 513. Anm. 3 l. Semestralis. — S. 563. Z. 16 v. o. l. **Verhandlung**. — S. 625. Z. 5 v. o. iſt nach überbrachte **„eine Frau“** zu ergänzen. — S. 650. Z. 18 v. o. l. Eiderſtedt.

Digitized by Google

Digitized by Google

Princeton University Library
32101 074363571

Digitized by Google